SOZIOLOGIE DER KRIMINALITÄT

HERAUSGEGEBEN VON
DIETRICH OBERWITTLER UND SUSANNE KARSTEDT

WESTDEUTSCHER VERLAG

Einleitung

NEUE PERSPEKTIVEN DER KRIMINALSOZIOLOGIE[1]

Susanne Karstedt und Dietrich Oberwittler

Zusammenfassung: Der Standort der Kriminalsoziologie im disziplinären Gefüge lässt sich für Deutschland kaum anders als marginal bezeichnen. Während in den 1960er und 1970er Jahren der Paradigmenwechsel in der Kriminologie entscheidend von soziologischen Perspektiven vorangetrieben wurde, haben diese Impulse weder langfristig in die Kriminologie noch in die Soziologie hineingewirkt. Ein Blick über die Grenzen zeigt, dass in Ländern wie den USA, Großbritannien und Australien sozialwissenschaftliche Theorien der Kriminologie ihr Fundament geben und zu wesentlichen Entwicklungen des Faches in den letzten Jahren beigetragen haben. Das gilt für das traditionelle Feld der Sozialstrukturanalyse, für die Untersuchung von Entscheidungen und Situationen wie auch für die Potenziale der Kriminalsoziologie, zur Gegenwartsdiagnose postmoderner Gesellschaften einen substanziellen Beitrag zu leisten. Hier erschließen sich neue Wege, die Kriminalsoziologie aus ihrer Randposition herauszuführen, und Chancen für das Fach, aus der Perspektive von *Verbrechen und Strafe* die Grundzüge der moralischen Ordnung moderner Gesellschaft auszuleuchten.

I. Kriminologie, Soziologie und Kriminalsoziologie: Standorte im disziplinären Niemandsland

1968 erschien ein Band mit dem Titel ‚Kriminalsoziologie', der dieses Forschungsgebiet der Soziologie zum ersten Mal in Deutschland benannte und zugleich umriss. Der von Fritz Sack und René König herausgegebene Band versammelte eine Reihe von Autoren und Beiträgen nahezu ausschließlich aus den USA, die bereits damals Klassiker waren – wie Sutherland und Merton – oder es im Laufe der folgenden Jahrzehnte wurden. Er zeigte, dass sich Soziologen wie Parsons und Coser dem Thema abweichenden Verhaltens mit bedeutenden Beiträgen gewidmet hatten und machte deutsche So-

1 Wir möchten an dieser Stelle allen Beteiligten an diesem Sonderheft für Ihre Unterstützung danken. Unser Dank gilt natürlich in erster Linie unseren Autorinnen und Autoren und den Herausgebern der KZfSS sowie deren Redakteur Heine von Alemann für seine sorgfältige Lektüre, seine Unterstützung und Ratschläge bei den Editionsarbeiten. Sylvia Loebach und Lena Kruckenberg danken wir für Hilfen bei der Textbearbeitung und Recherche. Heide Schmidt war eine hervorragende Übersetzerin schwieriger Texte, und wir danken ihr herzlich für ihre Arbeit.

ziologinnen und Soziologen erstmals in Übersetzungen mit Robert Mertons „Anomie and Social Structure", den darauf aufbauenden Untersuchungen von Cloward, Cohen und Short, der derzeit eine Renaissance erlebenden Theorie der Neutralisationstechniken von Sykes und Matza (vgl. Maruna und Copes 2004) und der sozialökologischen Forschung in der Tradition der Chicagoer Schule bekannt. Darüber hinaus enthielt er Beiträge, die eine neue Richtung in der Kriminologie und Kriminalsoziologie einschlugen. So wurde mit der gesellschaftlichen Wahrnehmung abweichenden Verhaltens erstmals das Problem der Definition abweichenden Verhaltens thematisiert, und in einer Kritik des psychiatrischen Ansatzes, der damals die deutsche und kontinentaleuropäische Kriminologie noch weitgehend dominierte, wurden neue und bis dahin weitgehend unbekannte Töne angeschlagen. In seinem Ausblick auf die „Neuen Perspektiven in der Kriminologie" griff Fritz Sack diese Entwicklungen auf und stellte mit dem Labelling Approach, dem später so genannten Definitionsansatz jene Theorie vor, die einen entscheidenden Paradigmenwechsel im Fach hervorrufen sollte (vgl. Sack 1998). Insgesamt hatten die Herausgeber mit glücklicher Hand die besten und in Zukunft einflussreichsten Beispiele der Forschung zusammengestellt, die sich aus soziologischer Perspektive mit Abweichung, Kriminalität und Justiz befassten.

Selten wohl ist ein Sammelband, der zudem noch Arbeiten enthielt, die überwiegend zehn und mehr Jahre zuvor verfasst worden waren, auf einen fruchtbareren Boden gefallen. Die Beiträge gaben einen ersten Eindruck von dem Potenzial einer Forschungsrichtung in der Soziologie, die gerade dabei war, sich in den USA zu einem der bedeutendsten Gebiete der soziologischen Forschung zu entwickeln, wenngleich später unter dem Namen *Criminology*. Heute beansprucht das Fach *Criminology* in den USA und weltweit die in dem Band versammelten Autoren als Gründungsväter und Klassiker. Die Kriminalsoziologie ist nicht nur nahtlos in der Kriminologie aufgegangen, sondern hat vielmehr dazu beigetragen, dass soziologische oder im weitesten Sinne sozialwissenschaftliche Ansätze, Perspektiven und Methoden das Fach in den derzeit führenden Ländern wie den USA, Großbritannien und Australien dominieren.

Der ‚Zusammenstoß' mit soziologischen Perspektiven – denn anders kann man dies im Lichte der Folgen kaum nennen – war für die deutschsprachige Kriminologie und das bis dahin kaum existierende Gebiet der Kriminalsoziologie ebenso fruchtbar wie folgenreich. Anders als in Großbritannien, wo auf Grund der größeren sprachlichen und kulturellen Nähe soziologische Perspektiven bereits Eingang in die Kriminologie gefunden hatten und wohlfahrtsstaatliche Orientierungen in der Justizpolitik vorantrieben, die sich auch auf Mertons anomietheoretische Ansätze stützten (vgl. Garland 2001 und in diesem Band), trafen sie im deutschsprachigen Raum auf eine Kriminologie, die sich ganz überwiegend als Kriminalpsychiatrie verstand und allenfalls den multifaktoriellen Ansatz der Gluecks rezipiert hatte, wie z.B. in der Tübinger Täterstudie von Göppinger (1983). In der Strafrechtspolitik war es gerade gelungen, mit einem Alternativentwurf eine Neuauflage rigider und punitiver Strafgesetze seitens der konservativen Regierung zu verhindern, und Reformbestrebungen konzentrierten sich auf die Einführung sozialtherapeutischer Anstalten nach Modellen in den skandinavischen Ländern. Insofern trafen hier ungeschützt zwei ‚Paradigmen' aufeinander, und die beiden folgenden Jahrzehnte waren in der Kriminologie und Kriminalsoziologie von einem anhaltenden Paradigmenstreit geprägt, wobei die beiden Disziplinen auch im We-

sentlichen die ‚feindlichen Lager' markierten. Die Tatsache, dass in der deutschen Kriminologie die sozialstrukturelle Perspektive gleichsam übersprungen wurde und sozialwissenschaftliche Ansätze zunächst und unvermittelt durch den Definitionsansatz repräsentiert wurden, hat hier zu Lande wie auch in anderen europäischen Ländern (Italien und Frankreich sind hier mit vergleichbaren institutionellen Strukturen zu nennen) zu lang anhaltenden Verwerfungen im Fach geführt.

In der Folge dominierte die konstruktivistische Perspektive in der Kriminalsoziologie und die sich dann in Anlehnung an die US-amerikanische *Sociology of Deviance* entwickelnde Soziologie der Devianz und sozialen Kontrolle.[2] In dem Paradigmenwechsel, der sich grob als Übergang von einer (psychiatrischen) Täter- zu einer (soziologischen) Kontrollperspektive umreißen lässt, wurden die deutsche Kriminalsoziologie und „kritische Kriminologie" nachhaltig von der britischen so genannten „Radical Criminology" beeinflusst. Deren Vertreter Taylor, Walton und Young (1975) und Cohen (1972) legten bereits Anfang der 1970er Jahre exemplarische Forschungsarbeiten mit dem neuen Ansatz vor, die richtungweisend auch für die deutsche Kriminalsoziologie wurden (auch wenn diese sich nicht „Kriminologie" nannte). Forschungen zu Selektionsprozessen innerhalb der Polizei und Staatsanwaltschaften und zur Benachteiligung der Unterschichten im Prozess der Zuschreibung von ‚Kriminalität' (Blankenburg et al. 1978; Feest und Blankenburg 1972), zur Rolle der Medien im Prozess der Definition von Abweichung, zur Normgenese oder zu Drogenpolitik und Drogenkonsum folgten im Wesentlichen den Vorlagen der angelsächsischen Kollegen. Dazu gehörten ferner detaillierte ethnographische Analysen polizeilicher Strategien und später die Analyse von Alltagskonflikten und Definitionsprozessen innerhalb der Bevölkerung (Hanak et al. 1989).

Während in den führenden Nationen USA und Großbritannien der Paradigmenwechsel ganz allgemein aus der Kriminologie ein sozialwissenschaftlich dominiertes Fach machte und die Kriminalsoziologie in der Kriminologie aufgegangen ist, hat diese Transformation in Deutschland nicht stattgefunden. Zwar hat sich die Forschung in erster Linie an Entwicklungen des Faches in den USA und Großbritannien orientiert und Themen und Perspektiven aufgegriffen, wie die Viktimologie oder feministische Kriminologie oder die Unsicherheit und Kriminalitätsfurcht in der Öffentlichkeit und im städtischen Raum, die insgesamt neue Ansatzpunkte für kriminalsoziologische Forschungen lieferten. Diese Orientierungen lockerten jedoch die engen Bindungen zwischen kritischer Kriminologie und kriminalsoziologischer Perspektive, die dem Paradigmenwechsel seine Kontur und sein theoretisches Fundament gegeben hatten.[3] Die ‚Soziologie der Kriminalität' (Lüdemann und Ohlemacher 2002) ist derzeit stärker durch Themen und Forschungen bestimmt, denen eine soziologische Perspektive und Fundierung im weitesten Sinne, jedoch kein Paradigma gemeinsam ist.

---

2 Dazu trugen die vom so genannten Arbeitskreis Junger Kriminologen herausgegebenen Bände (Arbeitskreis Junger Kriminologen 1974) sowie ferner der von Brusten und Hohmeyer 1975 herausgegebene Sammelband mit dem Titel „Stigmatisierung: Zur Produktion gesellschaftlicher Randgruppen" bei. 1974 erschien Wolfgang Keckeisens „Die Definition abweichenden Verhaltens", das den Paradigmenwechsel endgültig festklopfte.

3 Vgl. hierzu den von Kreissl und Bussmann 1996 herausgegebenen Sammelband, in dem eine neue Positionsbestimmung der kritischen Kriminologie versucht wird.

Diese nicht stattgefundene Transformation ist die Ursache für das „Standortproblem" des Faches in Deutschland (Karstedt 2000c). Für Soziologinnen und Soziologen nicht überraschend spielen hier institutionelle Rahmenbedingungen eine entscheidende Rolle. Kriminologie ist in Deutschland nicht als eigenständiges Fach etabliert und sowohl in der Lehre als auch in der Forschung mit wenigen Ausnahmen an juristische Fakultäten und an Lehrstühle für Straf- oder Jugendrecht gebunden. Dies mag auch dazu beigetragen haben, dass sich aus den durchaus viel versprechenden Anfängen der Institutionalisierung der Soziologie der Devianz und Kontrolle an den Universitäten keine weiteren übergreifenden Entwicklungen und Impulse für das Fach insgesamt ergeben haben. Diese Position „zwischen allen (Lehr-)stühlen" (Karstedt 2000c: 142) hat dem Fach weder zu neuen Konturen noch zu einer stabileren institutionellen Basis verholfen, wie sie in den angelsächsischen Ländern besteht.

Die Position der Kriminalsoziologie innerhalb der deutschen Soziologie lässt sich ebenfalls kaum anders als marginal bezeichnen. Die führenden Theoretiker des Faches haben sich nur selten den Problemen von Abweichung und Kontrolle gewidmet.[4] Ein Blick über die Grenzen zeigt, dass dies ganz anders sein kann. Foucault hat nahezu sein gesamtes Werk an kriminalsoziologischen Themen entwickelt. Der kürzlich in Großbritannien erschienene Band „Criminology and Social Theory" (Garland und Sparks 2000) enthält Beiträge von führenden Sozialwissenschaftlern wie Zygmunt Bauman, Mary Douglas und Nikolas Rose, die offensichtlich den Kontakt mit der Kriminologie nicht scheuen und damit das Fach bereichern.[5]

Ein solches Umfeld gibt der Kriminologie Impulse, die Perspektive von Abweichung und Kontrolle zur soziologischen Gegenwartsdiagnose zu nutzen (vgl. Garland in diesem Band; Garland 2001) und dabei gleichzeitig neue Entwicklungen in der Soziologie aufzugreifen. In diesem Zusammenhang ist die „Cultural Criminology" zu nennen, die sich vor allem mit der Popularkultur befasst und auf die Analyse der Medien gerichtet ist, aber auch die Institutionenforschung beeinflusst hat. Eine weitere neue Entwicklung ist die (Wieder)Entdeckung von Emotionen in der Kriminologie, die nach einer Periode der Dominanz von Rational Choice-Theorien in der Kriminologie belegt, wie eng dieser Anschluss sein kann (de Haan und Loader 2002; vgl. de Haan und Vos in diesem Band). Damit einher geht eine Wiederbelebung von ethnographischer und qualitativer Forschung. In diesem Kontext werden Perspektiven entwickelt, die traditionelle Gegenstände in ganz neuem Licht erscheinen lassen. So wird z.B. das Gefängnis als „häusliche Sphäre" (Crawley 2004) und im Hinblick auf seine „moralische Performanz" (Liebling und Arnold 2004) untersucht oder die Polizei als „sakrale Institution", die in besonderer Weise den kulturellen Kern einer Gesellschaft und ihre Entwicklung reflektiert (Reiner 1995). Zudem ist man offener für Entwicklungen wie z.B. die Privatisierung von Sicherheit, sei es durch Sicherheitsdienste, sei es durch Nachbarschaftsgruppen und private Investitionen (vgl. Hope in diesem Band).

4 Anders in der Rechtssoziologie, der vor allem Luhmann und Habermas bedeutende Impulse gegeben haben.

5 Der Band erschien ursprünglich als Sonderheft anlässlich des Jubiläums zum 40. Jahrgang des British Journal of Criminology und demonstriert damit diese engen Verbindungen. In der Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform, dem deutschsprachigen Äquivalent zum British Journal of Criminology, lässt sich eine solche Veröffentlichung derzeit nicht vorstellen.

Dies wird dann zum Ausgangspunkt, das Gebiet der Kriminologie im Rahmen einer Regulationswissenschaft neu zu fassen (Braithwaite 2000) und zugleich analytische Konzepte zu entwickeln, die über das enge Fachgebiet hinaus in die Sozialwissenschaft hineinwirken können, wie Shearings Konzept des „nodal government" (Johnston und Shearing 2003). Diese Ansätze und die genannten Arbeiten zeigen, dass Abweichung und Kontrolle sich hervorragend als analytische Instrumente und exemplarische Themen für die soziologische Gegenwartsdiagnose eignen.

Wie lässt sich in dieser Situation das Feld und die Position der Kriminalsoziologie umreißen und bestimmen? Selbst dort, wo die Kriminologie sozialwissenschaftlich betrieben wird und die Soziologie den dominierenden Beitrag zu der Entwicklung des Faches geleistet hat – in den USA – sehen Beobachter diese Position inzwischen als gefährdet an und appellieren, die Beziehung zwischen Kriminologie und Soziologie neu zu bestimmen und sich anbahnende Ungleichgewichte neu auszutarieren. In einem Sonderheft der Zeitschrift *Law, Crime and Social Change*, das dem Verhältnis von Kriminologie und Soziologie gewidmet ist, gehen Savelsberg und Sampson (2002) das Problem von beiden Disziplinen aus an. Die Kriminologie hat sich mittlerweile zu Lasten ihrer Wurzeln in der Soziologie verselbstständigt, jedoch fehlen ihr – so die provokante These von Savelsberg und Sampson – eine spezifische Methodologie ebenso wie ein gültiger paradigmatischer Rahmen, gemeinsame Grundannahmen wie Einsichten, die das Feld strukturieren, und insofern verfügt sie nur über eine schmale und disparate intellektuelle Basis. Die Kriminologie, so ihr Argument, sollte sich daher auf ihre multi- und interdisziplinären Anfänge rückbesinnen und sich wieder stärker in eine solche Struktur einbetten. Prekär wird diese Situation dadurch, dass der fehlende intellektuelle Kern durch die treibenden Kräfte der Kriminalpolitik und die Forschungsgelder, die für staatliche Auftragsforschung in die Universitäten geflossen sind, ersetzt worden ist (vgl. auch Karstedt 2004a zur Situation in Großbritannien), und die Kriminologie damit in Gefahr gerät, zu einer „administrativen Kriminologie" zu degenerieren. Dem stellen sie die Notwendigkeit einer paradigmatisch orientierten Kriminologie gegenüber: „Auch wenn der Labellingansatz etwas aus dem Ruder gelaufen war (run a bit amok), so waren seine Einsichten doch tiefgreifend und seine Implikationen für das Verständnis der sozialen Konstruktion kriminologischen Wissens fundamental" (Savelsberg und Sampson 2002: 102; vgl. Garland in diesem Band). Sie plädieren dafür, dass sich kriminologische Forschung wieder stärker an dem konzeptuellen Rahmen der beitragenden Disziplinen orientiert, an Ideen und nicht am Tagesgeschäft, und beschwören die Klassiker der Kriminologie und Kriminalsoziologie, die sich an den Leitfragen ihrer (soziologischen) Disziplin orientierten, wie Thrasher (1927), Whyte (1943) oder Shaw und McKay (1942), mit ihren berühmten Untersuchungen über städtische Subkulturen und benachteiligte Wohngebiete. Die Soziologie sozialer Ungleichheit und Exklusion, die Rechtssoziologie oder eine „moderne Chicago School" (Sampson 2002) haben alle der Kriminologie immer noch oder wieder aktuelle Ideen und Forschungsrichtungen zu bieten, die weit über die beengende Agenda justizpolitischer Forschung hinausreichen.

Der Appell von Savelsberg und Sampson macht darauf aufmerksam, wie ein Zusammenwirken von Kriminologie und Soziologie aussehen könnte. Entscheidend ist, dass in ihrer Vision ein Gebiet, das sich Kriminalsoziologie nennt, nicht vorkommt.

Die Soziologie trägt vielmehr eine spezifische intellektuelle Agenda und einen konzeptuellen Rahmen in die Kriminologie hinein und ist dabei eine von mehreren Disziplinen. Sie definiert jedoch weder eine ausschließliche Perspektive, unter der dies geschehen kann, noch auch einen Bereich von Themen und Forschungsfragen, die als genuin (kriminal-)soziologisch anzusehen wären. Der soziologische Blick ist weder ausschließlich konstruktivistisch, noch auf Definitionsprozesse oder noch enger die Institutionen sozialer Kontrolle fixiert. Short (2002) und Sampson (2002) demonstrieren beide an der alten und „modernen" Chicago School, welches die charakteristischen Eigenschaften der soziologischen Perspektive in diesem exemplarischen und überaus erfolgreichen Fall waren und sind: „(1) eine beständige Fokussierung des Kontextes; (2) die Zentralität von ‚communities' und Städten als sozialen Systemen; (3) die relationale Perspektive im Hinblick auf Variabilität der Formen sozialer Organisation; (4) die Betonung von Wandel und Dynamik; ... (6) die Ausrichtung auf politische Maßnahmen und Verbesserungen des urbanen Lebens und (7) ein integrierendes Thema für theoretisch interpretative empirische Forschung" (Sampson 2002: 46). Dieses integrierende Thema, keineswegs deckungsgleich mit Devianz und Kontrolle, ihm jedoch durchaus verwandt und nahe, ist die *moralische Ordnung des Urbanen*.

Das Thema der moralischen Ordnung (post)moderner Gesellschaften ist auch in dem genannten Band von Garland und Sparks (2000) durchgehend präsent und wird hier aus der Perspektive von Risiko, Unsicherheit und Moralität in Prozessen des sozialen und ökonomischen Wandels angegangen. Zygmunt Bauman untersucht die neuen Hochsicherheitsgefängnisse als Ausdruck der Ängste und Unsicherheiten der Bevölkerung in postmodernen Gesellschaften und der entsprechenden politischen Strategien. Entscheidend für die Prozesse der Exklusion und Verteidigung, die diesen zu Grunde liegen, ist der kulturelle und politische Wandel in Richtung einer Maximierung individueller Wahl zu Lasten kollektiver Sicherheitsarrangements. Llianos und Douglas untersuchen die neue Kultur der „Gefährdung" (dangerization) aus dem Blickwinkel der Technisierung von Kontrolle und des Verlustes an Moral. Nikolas Rose schließlich analysiert die neuen Formen der Kriminalpolitik aus ihrem grundlegenden Verständnis von Risiko und Moralität und aus der Perspektive der Gouvernementalität, die diesen ihren Stempel aufdrücken. Alle diese Beiträge lassen sich nicht in einem Theoriegebäude oder einheitlichen Paradigma unterbringen, sondern operieren eher in der Tradition Simmels, die sich generell für die Kriminologie als besonders fruchtbar erwiesen hat, wie die Arbeiten der frühen Chicago School oder von Goffman zeigen.

Gemeinsam ist diesen Versuchen, soziologische Perspektiven und Theorien in das Feld der Kriminologie hineinzutragen, dass sie den engen Zuschnitt kriminologischer Theorie und Forschung und deren Konzentration auf ‚Verbrechen und Strafe' verlassen und andere Zusammenhänge eröffnen, in denen es um sozialen Ausschluss, Konfliktregelungen oder ganz allgemein um Formen gesellschaftlicher Regulation geht (vgl. Braithwaite 2000). Dies eröffnet Rückwirkungen in die Soziologie und Möglichkeiten für die Soziologie, selbst zu profitieren. Jeffrey Alexander (Alexander und Smith 1994: 162) hat in seinem „kultursoziologischen Entwurf" gesagt, dass „der Konflikt zwischen Gut und Böse innerhalb der Kultur als innerer dynamischer Prozess (funktioniert). ... Repression, Ausgrenzung und Herrschaft sind Teil des innersten Kerns eines Wertesystems". Insofern befindet sich die Kriminalsoziologie mit ihrer weit umrissenen Thema-

tik im Zentrum der Soziologie, eine Tatsache, deren sich Durkheim wie Foucault wohl bewusst waren. Kriminalität und Kriminalitätskontrolle können als analytische Instrumente und exemplarische Themen diesen Kern ausleuchten und zeigen, wie zentrale gesellschaftliche Mechanismen und Institutionen funktionieren. Hier eröffnen sich neue Chancen für die Kriminalsoziologie, und die Zeichen stehen weniger ungünstig, als sie Savelsberg und Sampson aus der engeren Perspektive der Kriminologie deuten.

Im folgenden Abschnitt wollen wir einen Überblick über drei Gebiete geben, in denen sich sowohl in der Weiterentwicklung von Traditionen als auch durch aktuelle theoretische und kriminalpolitische Entwicklungen der Kriminalsoziologie neue und viel versprechende Forschungsfelder eröffnen: in der Sozialstrukturanalyse im Sinne einer ‚strukturellen Kriminologie' (Hagan 1989), der Untersuchung von Entscheidungen und Situationen und in der Analyse, welche Rolle Kriminalität als symbolische Ressource für die Herstellung moralischer Ordnung in postmodernen Gesellschaften spielt.

II. Neue Perspektiven

1. Strukturen

Es besteht kein Mangel an thematischen Anknüpfungspunkten für eine Kriminologie, die sich von soziologischen Strömungen und Ideen nicht isoliert, sondern von ihnen anregen lässt, und die relevante Beiträge zur Analyse aktueller gesellschaftlicher Entwicklungen leisten will. Ein Blick auf Veröffentlichungen der letzten Jahre zeigt, dass diese Chancen auch von der deutschsprachigen Forschung in vielfältiger Weise genutzt wurden und werden. Der bereits erwähnte Fokus auf den urbanen Raum als Ort gesellschaftlicher (Un)ordnung und sozialer Exklusion (Eisner 1997; Heitmeyer und Anhut 2000) sowie neuer, ‚postmoderner' Praktiken der Sozialkontrolle (Beste 1999; Nogala 2003), die Nutzung der Lebenstil- und Milieukonzepte für kriminologische Analysen (Heitmeyer et al. 1996; Hermann 2003) oder die Auswirkungen raschen sozialen Wandels auf Kriminalität und Wahrnehmungen von Kriminalität (Boers et al. 1997) sind dafür Beispiele. Diese und andere soziologisch inspirierte Studien haben ihr Interesse an den *strukturellen* Bedingungen der untersuchten Phänomene gemein. Krasse Unterschiede in der Kriminalitätsbelastung zwischen Stadtvierteln, Städten und Staaten, ebenso wie schnelle Zu- oder Abnahmen von Gewaltkriminalität innerhalb weniger Jahre, wie in den USA oder jüngst in Japan erlebt (Blumstein 2000; Roberts und LaFree 2004), stellen legitime Fragen nach gesellschaftlichen Ursachen, die mit den in der Kriminologie weit verbreiteten mikrosoziologischen und psychologischen Theorien allein kaum befriedigend beantwortet werden können (LaFree 1998). Die besondere Perspektive, die die Kriminalsoziologie zu dem interdisziplinären Feld der Kriminologie beizutragen hat und die hier ausgespielt werden kann, ist auf die Bedeutung der Meso- und Makroebenen gesellschaftlicher Strukturen gerichtet – im Gegensatz zur oftmals kritisierten Täterorientierung der ätiologischen Kriminologie. Da sich Kriminalität als gesellschaftliches Phänomen dennoch aus den Handlungen Einzelner zusammensetzt, müssen sich soziologische Theorien der Kriminalität besonders dem Zusammenwirken von Mikro- und Makro-Ebenen und der ‚Übersetzung' gesellschaftlicher

Einflüsse in individuelles Verhalten widmen – nicht anders als in anderen Bereichen sozialen Verhaltens auch (vgl. Esser 1996). Zur Zeit dominieren hier unterschiedliche Forschungsansätze, die an die anomietheoretischen Traditionen sowohl von Merton als auch von Durkheim anknüpfen.

Eine dieser aktuellen Weiterentwicklungen ist die von Messner und Rosenfeld (2001 [1994], vgl. Messner in diesem Band) formulierte *‚institutional anomie theory‘* (IAT), die die Mertonsche Anomietheorie durch einen Fokus auf nicht-ökonomische Institutionen erweitert. Die IAT stellt die Rolle von sozialen Institutionen – die Sozialpolitik, das Bildungssystem und die Familie – in den Mittelpunkt des spannungserzeugenden Mechanismus zwischen ‚Struktur‘ und ‚Kultur‘. Die Kernhypothese der IAT lautet, dass die Machtbalance zwischen Marktwirtschaft und sozialen Institutionen über das Ausmaß von Kriminalität in einer Gesellschaft entscheidet, insbesondere dass eine ‚Zähmung des Marktes‘ durch staatliche Wohlfahrtsinstitutionen das Ausmaß von Gewaltkriminalität reduzieren kann.

Ein ähnliches und derzeit wahrscheinlich das populärste soziologische Konzept in der kriminologischen Forschung ist der Sozialkapital-Ansatz. Ein Vorteil dieses Ansatzes liegt darin, dass Sozialkapital anknüpfend an die Definition von James Coleman (1988: 100, *„it exists in the relations among persons“*) explizit als eine Eigenschaft von Gruppen und Kollektiven verstanden werden kann und daher als Bindeglied zwischen Mikro- und Makro-Ebenen geeignet ist. Nach einer allgemeinen Definition bezeichnet Sozialkapital kooperative soziale Beziehungen, die das Erreichen gemeinsamer Ziele erleichtern (Rosenfeld et al. 2001: 284, vgl. Portes 1998: 6). Rosenfeld et al. (2001) haben in einer regionalen Analyse der Homizidraten in den USA gezeigt, dass Sozialkapital (gemessen durch soziales Vertrauen sowie Beteiligung an Wahlen und karikativen Organisationen) eine kriminalitätsmindernde Wirkung ausübt, auch wenn der gegenläufige Effekt der Minderung von Sozialkapital durch Kriminalität berücksichtigt wird (vgl. Lederman et al. 2000 für eine internationale Studie).[6]

Im Zusammenhang mit der Verbreitung des Sozialkapital-Konzepts hat auch die Theorie der ‚sozialen Desorganisation‘ eine Renaissance und Neuformulierung erfahren, die in den 1930er und 1940er Jahren von der ‚Chicago School‘ der Stadtsoziologie entwickelt worden war (Shaw und McKay 1969 [1942], vgl. Oberwittler in diesem Band). Die Desorganisationstheorie fokussiert auf die Fähigkeit von Nachbarschaften, durch informelle Sozialkontrolle gemeinsame Normen des Zusammenlebens durchzusetzen. In der erweiterten Definition der ‚kollektiven Wirksamkeit‘ (*collective efficacy*) von Robert Sampson (1999: 247) wird die ‚community‘ zum eigentlichen Ort der moralischen Ordnung: Hier werden die grundlegenden und gemeinsamen Werte realisiert und Kollektivgüter in Form von öffentlicher Sicherheit, von Normen des zivilen Umgangs, Vertrauen und effizienten bürgerschaftlichen Vereinigungen geschaffen. Die Bedeutung der kollektiven Wirksamkeit von Stadtvierteln für das Niveau von Gewaltkri-

6 Dabei sollten jedoch verschiedene Formen und Intensitäten von Sozialkapital unterschieden werden. Enge und exklusive Bindungen und ein hohes Ausmaß von Vertrauen innerhalb von sozialen Gruppen können durchaus Kriminalität fördern, wie die organisierte Kriminalität bis hin zu hochrangiger Wirtschaftskriminalität und Korruption zeigen. Aus dieser Perspektive sind es eher die ‚schwachen‘ Bindungen zwischen Individuen sowie zwischen Individuen und Institutionen, die kriminalitätsmindernd wirken (Karstedt 2004b, in diesem Band).

minalität jenseits von struktureller Benachteiligung konnten Sampson et al. (1997; Morenoff et al. 2001) anhand ihrer in Chicago angesiedelten Studie empirisch belegen.

Zweifellos kommt der Meso-Ebene von Nachbarschaften und Stadtvierteln eine wichtige Bedeutung nicht nur für die Entstehung und räumliche Verteilung von Kriminalität, sondern auch für die Wahrnehmung von Kriminalitäts- und anderen sozialen Problemen durch die Bevölkerung einschließlich des Phänomens der Kriminalitätsfurcht zu (für aktuelle Überblicke siehe Karstedt 2000b; Kubrin und Schweitzer 2003; Sampson et al. 2002). Eine Vielzahl von Studien hat sich in den letzten Jahren den wechselseitigen Einflüssen von Sozialkapital und informeller Sozialkontrolle, Kriminalitätsfurcht und Kriminalität sowie den so genannten *incivilities* – Zeichen sozialer und physischer Unordnung – auf der Stadtviertelebene gewidmet (z.B. Bellair 2000; Warner 2003; vgl. auch Hope und Trickett in diesem Band). Es bedarf keiner Prophetie um vorauszusagen, dass dies auch in den kommenden Jahren so bleiben wird. Besondere Aufmerksamkeit verdienen hier die groß angelegten Längsschnittstudien, die diese Meso-Ebene der Stadtviertel mit Paneldaten zur individuellen Entwicklung von Kindern und Jugendlichen verbinden, und damit erstmals Mehrebenenanalysen der Entwicklung von Delinquenz in sozialräumlichen Kontexten ermöglichen (Wikström und Sampson 2003; Wheaton und Clarke 2003; vgl. Oberwittler in diesem Band).

Ein weiterer makro-soziologischer Erklärungsansatz mit anomietheoretischen Wurzeln ist die Desintegrationstheorie (vgl. auch Morgenroth und Boehnke in diesem Band). In mehrfacher Hinsicht stellt die bekannteste, von Wilhelm Heitmeyer (Heitmeyer et al. 1996) vertretene Variante der Desintegrationstheorie einen spezifisch deutschen Forschungsansatz dar: Sie wendet das von der deutschen Sozialstrukturanalyse formulierte Konzept der Sozialmilieus an und stellt das in Deutschland besonders drängende Problem der fremdenfeindlichen Gewalt von Jugendlichen in den Mittelpunkt. Diese Gewaltform wird im Kern als Folge von Verunsicherungen durch gesellschaftlichen Wandel gesehen, der zu Individualisierungen und Enttraditionalisierungen und einem damit verbundenen Wertewandel geführt hat, der die Eigenverantwortung des Individuums und die Konkurrenzkräfte des Marktes betont. Zwar kann dieser ambitionierte Theorieansatz als eine zeitgemäße, auf die Veränderungen der ‚postindustriellen' Gesellschaft bezogene Fortentwicklung der Anomietheorie gelten, der zudem auf das seit den 1960er Jahren ansteigende Gewaltniveau in den USA und den westeuropäischen Ländern reagiert. Problematisch erscheint jedoch neben der Anwendung der wenig transparenten Milieutypologie (vgl. Ludwig-Mayerhofer 2000a), dass die gesellschaftliche Makro-Ebene in den empirischen Modellen nicht berücksichtigt wird. Indikatoren, die den gesellschaftlichen Wandel über längere Zeiträume messen, sind schwer zu gewinnen und ergeben ein durchaus widersprüchliches Bild, das die Annahmen der Desintegrationstheorie in Frage stellt (Eisner 2001b; Jungbauer-Gans 2002; vgl. Boehnke und Berg-Winkels 2002 für einen alternativen Ansatz).

Während die Protagonisten der Desintegrationstheorie annehmen, dass der gegenwärtige soziale Wandel und insbesondere die damit einhergehende Individualisierung den Druck auf die Menschen und damit ihre Gewaltneigung erhöhen, kommen andere Forscher, die den beeindruckenden historischen Rückgang des Gewaltniveaus in den westlichen Gesellschaften vom Mittelalter bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts vor Augen haben (Eisner 2002), zu der gegenteiligen Auffassung, dass der soziale Wandel so-

gar eine gewaltvermindernde Wirkung gehabt hat, und stützen sich dabei auf zwei soziologische ‚Klassiker' – Durkheim und Elias. Weniger bekannt als seine Ausführungen zu den kriminalitätsfördernden Folgen schnellen sozialen Wandels ist Durkheims Annahme, dass moderne Gesellschaften mit zunehmender Arbeitsteilung kollektivistische zugunsten individualistischer Werte aufgeben und damit weniger Anlässe für Gewalt, wie z.B. die Verteidigung einer Familien- oder Gruppenehre gegeben sind (DiCristina 2004; Thome 2004, vgl. auch Enzmann et al. in diesem Band).[7] Häufiger als Durkheim wird jedoch Norbert Elias zur Erklärung des Gewaltrückgangs herangezogen, der in seinem Werk ‚Über den Prozess der Zivilisation' (1977 [1939]) eine komplexe historisch-soziologische Theorie einschließlich Makro-Mikro-Verbindungen entwickelt hat, die vor allem die Ausbildung des staatlichen Gewaltmonopols und die veränderte Rolle des Adels im absolutistischen Staat mit der Zurückdrängung von Gewalt im öffentlichen Raum und der Herausbildung einer stärkeren Affektkontrolle der Menschen in Beziehung setzt (Eisner 2001a; Karstedt 2004b). Eine weitere Herausforderung stellt die U-förmige Entwicklung der Homizidraten im 20. Jahrhundert dar, die sich der Vorstellung linearer Zusammenhänge versperrt (Thome 2004). Insgesamt erweist sich die Erweiterung des Zeithorizonts auf langfristige historische Wandlungen und Prozesse als äußerst fruchtbar für die soziologische Analyse auch von Gegenwartsproblemen.

2. Entscheidungen und Situationen

Die zentrale Forderung des Labelling Approach nach einer Entpathologisierung von Kriminalität und einer Abkehr von der täterzentrierten Forschung wurde in den 1980er Jahren auf eine überraschende Weise eingelöst: Mit dem Rational Choice-Ansatz hielten ökonomisch inspirierte Perspektiven Einzug in die Kriminologie – ebenso wie in die allgemeine Soziologie, was einmal mehr die enge Verbindung der beiden Gebiete bezeugt. Der Rational Choice-Ansatz leitete einen Perspektivwechsel ein vom Täter zur Tat, von Motiven zu Situationen und Gelegenheiten und folgerichtig von der Rehabilitation der Straffälligen zur situativen Kriminalprävention. Während die klassischen soziologischen Erklärungen von Kriminalität ‚Defizittheorien' (Ruggiero 2001) sind, d.h. Kriminalität mit Belastungen und Problemen unterschiedlichen Ursprungs erklären, analysiert der Rational Choice-Ansatz dieses Verhalten kühl als Ergebnis von Kosten-Nutzen-Rechnungen (Cornish und Clarke 1986). Gefördert wurde die Verbreitung dieser Perspektive durch den von Cohen und Felson (1979) formulierten *‚routine activity approach'*, der den säkularen Anstieg der Eigentumskriminalität in der Nachkriegszeit erklären sollte. Die weit verbreitete Verfügbarkeit leicht transpor-

7 Eine empirische Unterstützung erhält dieser Erklärungsansatz durch eine Querschnittsanalyse, die im internationalen Vergleich von Homizidraten auf eine gewaltverstärkende Wirkung kollektivistischer Einstellungen hinweist (Karstedt 2001b); eine andere Querschnittsanalyse der Körperverletzungsraten in den Städten und Regionen des Deutschen Reiches gegen Ende des 19. Jahrhunderts ergab gleichfalls einen negativen Zusammenhang zwischen dem Gewaltniveau und einer niedrigen Geburtenrate als einem demographischen Indikator für Individualismus (Thome 2004). Dies deckt sich mit der auch auf andere Länder zutreffenden Beobachtung, dass Städte im 19. Jahrhundert – also die Vorreiter des Modernisierungsprozesses – ein geringeres Gewaltniveau aufwiesen als ländliche Gemeinden (Eisner 1997: 54).

tierbarer und daher für Diebstähle geeigneter Konsumgüter sowie die gleichzeitige Zunahme von Situationen, in denen diese ungenügend bewacht werden, z.B. in Wohnungen, in denen ausschließlich berufstätige Erwachsene leben, oder Selbstbedienungsläden, schafft eine Vielzahl von Gelegenheiten für kriminelle Handlungen. Diese Überlegung lässt sich prinzipiell auch auf Gewalthandlungen und deren situative Kontexte übertragen (Eisner 1997).

Dieser Perspektivwechsel hatte auch Auswirkungen auf die Formulierung von Kriminalpolitik. Anstatt sich um die Klärung der tiefer liegenden Ursachen von Kriminalität zu bemühen, die naturgemäß eine pathologische Sichtweise voraussetzen, konnte man sich auf die mit den Tatgelegenheiten verbundenen Ursachen sowie auf die ‚offensichtlichen' Begleiterscheinungen der zunehmenden Kriminalität, den Zeichen von Unordnung in den Straßen und dem sich ausbreitenden Gefühl der Unsicherheit in der Bevölkerung konzentrieren. Es waren daher bezeichnenderweise die kritischen Kriminologen und Protagonisten des Labelling Approach in Großbritannien, die diese Perspektive mit dem *‚new realism'* zuerst aufgriffen, in Deutschland sind Hess und Scheerer (vgl. in diesem Band) zu nennen. Diese Neuorientierung fügte sich zudem in die allgemeine Erosion des wohlfahrtsstaatlichen Modells auch in der Kriminalpolitik ein, die David Garland (2001; in diesem Band) eindrucksvoll für die USA und Großbritannien beschrieben hat, und die dort zur Ausbreitung von modernen Überwachungsanlagen, privaten Sicherheitsdiensten, abgeschlossenen und bewachten Wohnanlagen und zur Mobilisierung von Vigilantengruppen (vgl. Hope und Trickett in diesem Band) geführt hat.

Bei der wissenschaftlichen Diskussion über den umstritten gebliebenen Rational Choice-Ansatz sollte man nicht aus den Augen verlieren, dass hiermit *eine* Komponente eines wesentlich komplexeren und damit auch nicht durchweg rationalen Entscheidungsprozesses angesprochen wird (vgl. Karstedt und Greve 1996; McCarthy 2002). Die empirische Evidenz auf der Aggregatebene ist durchaus beeindruckend und verdankt sich einigen ‚natürlichen Experimenten' – wie etwa dem Rückgang der Motorraddiebstähle in Deutschland nach Einführung der Helmpflicht (Mayhew et al. 1989) oder dem dramatischen Anstieg von Raubdelikten während Polizeistreiks in den USA (Sherman 1997). Auf der Ebene individuellen Handelns machen sich dagegen theoretische Probleme bemerkbar, die das einfache Entscheidungsmodell in Frage stellen (vgl. de Haan und Vos in diesem Band). Die gleiche Einschränkung gilt – trotz ihres Namens – für die *general theory of crime* (Gottfredson und Hirschi 1990; vgl. Seipel und Eifler sowie Vazsonyi in diesem Band), die zwar an das utilitaristische Kalkül des Rational Choice-Ansatzes anknüpft, jedoch mit der These, dass Menschen mit geringer Selbstkontrolle zur rationalen Abwägung kurzfristiger Vorteile und langfristiger Nachteile ihres Handelns nicht in der Lage seien, die aber die Vorstellung von der pathologischen Täterpersönlichkeit wieder neu belebt.

Dass diese Theorieansätze den mikrosoziologischen Dimensionen von Situationen und Entscheidungen insgesamt zu einer größeren Aufmerksamkeit verholfen haben, kann dennoch als positiver Impuls für die Entwicklung der kriminologischen Forschung bewertet werden. Abweichendes Verhalten ereignet sich stets in *Situationen.* Die Situation und ihre subjektive Wahrnehmung und Bewertung ist die Nahtstelle, an der die unterschiedlichen Stränge zusammenlaufen, welche gemeinsam soziale Hand-

lungen erzeugen, aber von unterschiedlichen Theorien meist isoliert betrachtet werden. Die Dispositionen und Motivationen des Handelnden ebenso wie die (subjektiv wahrgenommenen) Gelegenheiten, Provokationen und Hemmnisse der Situation, die schließlich zur Entscheidung für eine bestimmte Handlungsalternative führen, sind in diesem Zusammenhang entscheidend und lenken das Augenmerk auf die Interaktionen zwischen dem Täter und dem Kontext, in dem er handelt (Wikström 2004; vgl. Hess und Scheerer in diesem Band). Damit rückt die zielgerichtete Handlungskompetenz des Menschen (*agency*) stärker in das Blickfeld – eine Perspektive, die sich deutlich von der Vorstellung des passiven ‚Reaktionsdeppen' (von Trotha 1977) abhebt. So bezeichnen Sampson und Laub (2004; vgl. Maruna und Farrall in diesem Band) in einem Resümee ihrer Lebenslauf-Forschungen die aktive Handlungskompetenz der Menschen als ein zentrales Element des Verständnisses von Kriminalität und Abweichung – allerdings eines, das, wie sie betonen, notwendigerweise auch eine Zufallskomponente mit ins Spiel bringt und die Voraussagekraft traditioneller Erklärungsansätze in Frage stellt. Dies fordert den Einsatz qualitativer und ethnographischer Forschungsmethoden stärker heraus als sie derzeit praktiziert werden.

Über die Bedeutung situativer Kontexte für abweichendes Verhalten sowie darüber, wie Eigenschaften und Motivationen der Handelnden mit den Kontexten, in denen sie leben, interagieren, ist wenig bekannt (Eisner und Ribeaud 2003). Einige aktuelle Studien weisen auf bedeutsame Interaktionseffekte hin, die eine Präzisierung oder Einschränkung der Reichweite von Theorien zur Folge haben können. So zeigen Wright et al. (2004), dass entgegen den Annahmen der *general theory of crime* auch Personen mit einer sehr niedrigen Selbstkontrolle zur Abwägung von Vorteilen und Risiken strafbaren Verhaltens in der Lage sind (vgl. auch Seipel und Eifler in diesem Band), und Wikström und Loeber (2000) stellen delinquenzverstärkende Kontexteffekte des Stadtviertels nicht für alle, sondern nur für Jugendliche mit niedrigen individuellen Risikofaktoren fest. Damit soll nicht einer Neuauflage des traditionellen multifaktoriellen Ansatzes das Wort geredet werden, sondern einer Erweiterung der theoretischen Perspektive, die insbesondere berücksichtigt, dass menschliches Handeln stets in sozialen Kontexten stattfindet. Insofern ist eine handlungsorientierte Analyse der Kriminalität grundsätzlich auch ein Erfolg versprechender Ansatz, um das weitgehend ungelöste Problem der Makro-Mikro-Verbindungen zwischen strukturellen Einflüssen und individuellem Verhalten anzugehen.

3. Kriminalitätsrisiko, Furcht und Unsicherheit – Soziologie der Kriminalität als Gegenwartsdiagnose

Es wird der Kriminologie oft und durchaus zu Recht vorgeworfen, dass sie sich als angewandte Wissenschaft zu sehr an der Kriminalpolitik und staatlichen Interessen orientiere. Die kritische Kriminologie und Kriminalsoziologie haben es daher als ihre Aufgabe gesehen, hier Gegengewichte zu schaffen, und sich als intellektuelles Unterfangen verstanden, den gesamten Bereich der Phänomene auszuleuchten, die „ihren sozialen Sinn von der Kategorie des *crimen* erhalten" (Hess und Scheerer in diesem Band). Jedoch sind es gerade auch die kriminalpolitischen Entwicklungen der letzten Jahrzehnte

gewesen – nicht zuletzt durch die zunehmende Präsenz von Kriminalität im öffentlichen und politischen Diskurs angestoßen –, die für die Kriminalsoziologie neue Felder und eine zunehmend wichtige Rolle im interdisziplinären Gebiet der Kriminologie erschließen können. Kriminalität – vor allem in ihrer Form als Gewaltkriminalität, aber auch als Kriminalität hochrangiger Eliten, als transnationale und organisierte Kriminalität oder in der Form des abweichenden Verhaltens jugendlicher Angehöriger von ethnischen Minderheiten – ist zunehmend zu einem Brennpunkt geworden, in dem sich die Unsicherheit und Wahrnehmung von Lebensrisiken in der Bevölkerung bündeln, und gerät der Bevölkerung zum Symbol der gesamten Gefährdungen, die die Öffnung von Grenzen, der Verlust von Lebenssicherheit und Arbeitsplätzen und der Abbau des Wohlfahrtsstaates und Rückzug des Staates aus der kollektiven Sicherung von Lebensrisiken mit sich bringen. Der Verlust der moralischen Ordnung kristallisiert sich ebenso in der „Unordnung" (*incivilities*) im öffentlichen Raum wie in den Skandalen von Korruption und Wirtschaftskriminalität, in die die Mitglieder von Eliten verwickelt sind. Ungewöhnliche und schreckliche Taten geraten zu symbolhaften Ereignissen, an denen sich Strafforderungen entzünden und die das gesamte öffentliche Klima punitiver gemacht haben. Die letztlich untergeordnete Position, die die Straf- und Kriminalpolitik im Ensemble der politischen Strategien und innerhalb der politischen Kultur bis weit in die zweite Hälfte des letzten Jahrhunderts gehabt haben, hat sich in ihr Gegenteil verkehrt: In gewissem Sinne regieren sich Staaten und Gesellschaften derzeit durch Kriminalität (Simon 1997). Diese Zusammenhänge zeigen sich in Studien, die feststellen, dass sich in den US-amerikanischen Staaten mit dem Abbau der Ausgaben für soziale Sicherung und öffentliche Bildung die Gefangenenzahlen – und damit die Ausgaben für das Gefängniswesen – drastisch erhöhen.

Die westeuropäischen Gesellschaften sehen sich heute als *High Crime*-Gesellschaften, und sind es im Vergleich zu den ersten Jahrzehnten der Nachkriegszeit. In den Transformationsgesellschaften Mittel- und Osteuropas ging der tief greifende soziale und ökonomische Wandel mit einer Welle an Kriminalität einher, der zugleich eine Hinterlassenschaft der anomischen Situation der totalitären Staaten ist, aus denen sie entstanden. Individuelle Autonomie, Selbstdurchsetzung in Wirtschaft und Gesellschaft, erhöhte Anforderungen an die Risikobereitschaft, Ungleichgewichte in der Belohnung von Leistung und reinem Erfolg signalisieren insgesamt einen Wandel der moralischen Ordnung, der die Frage nach der Balance zwischen Abweichung und Kontrolle, Kriminalitätsrisiko und Toleranz, zwischen Risiko und Gerechtigkeit, kurz: zwischen dem Ausmaß und den Formen an Kriminalität, die toleriert werden können und den Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung, neu stellt. Harte Formen der Bestrafung oder Disziplinierung sind in postmodernen Gesellschaften keineswegs mehr geeignet, die Bande der Solidarität zu knüpfen, sondern vielmehr tragen sie zu sozialer Exklusion bei: In den amerikanischen Ghettos sind u.U. bis zu 40 Prozent der erwachsenen männlichen Bevölkerung vom Wahlrecht auf Grund einer Verurteilung ausgeschlossen, und viele verbringen einen guten Teil ihres Erwachsenenlebens hinter Gittern. Solidarität wird möglicherweise eher durch das schwache Band erzielt, das das Gefühl der generellen Bedrohung durch Kriminalität und eine diffuse Solidarität und Identifikation mit den Opfern hervorruft (Sparks 2000). In der Analyse dieser Prozesse bewegt sich die Kriminalsoziologie in ihrem ureigensten Feld, dem der Soziologie. Sie kann hier

auf konzeptionelle und empirische Instrumente zurückgreifen und neue interdisziplinäre Verbindungen zur politischen Wissenschaft, zur Mediensoziologie oder zur allgemeinen Soziologie erschließen. In erster Linie kann sie jedoch einen Beitrag zur soziologischen Gegenwartsdiagnose leisten, die bislang diese Prozesse eher ignoriert hat, und sich damit auch innerhalb der Soziologie neu positionieren.

Darüber hinaus haben diese gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen eine Verlagerung des Schwerpunktes in der Kriminalpolitik hin zur Prävention zur Folge gehabt. Damit wurde die Polizei zu der wichtigsten Institution und rückte ins Zentrum politischer Strategien und Aufmerksamkeit. Der unübersetzbare Begriff des *Policing* umfasst alle Formen der polizeilichen Arbeit und schließt die privaten Sicherheitsdienste sowie die von den Bürgerinnen und Bürgern unternommenen Sicherheitsanstrengungen ein, von der Nachbarschaftsgruppe bis hin zu den abgeschlossenen Wohngebieten, und damit alle Formen, wie eine Gesellschaft ihre öffentliche Ordnung herstellt. Auch hier geht es um eine neue Balance zwischen privater und staatlich garantierter Sicherheit und um neue Formen, das kollektive Gut ganz alltäglicher Sicherheit für die Bevölkerung bereitzustellen sowie die Folgen, die eine solche Neutarierung für demokratisch verfasste Gemeinwesen und rechtsstaatliche Garantien mit sich bringt. Das Gebiet des *Policing* hat sich daher in den letzten Jahren zu einem der fruchtbarsten und innovativsten Gebiete in der Kriminologie entwickelt. Untersuchungen zur *Cop Culture*, zur Rolle der Polizei als zentraler und symbolischer Institution des Nationalstaates (Loader und Mulcahy 2003), zur Rolle supra-nationaler Sicherheitsregime einerseits und zur „Partnerschaft" mit den Bürgern andererseits haben die Fragen nach dem Zusammenhang von Sicherheit, moralischer und politischer Ordnung neu formuliert. Neu entwickelte Konzepte wie *nodal government* (Johnston und Shearing 2003), die die Diffundierung der Sicherheit und die Ablösung der staatlich zentrierten Sicherheitspolitik analysieren, sind ebenso politisch wie wissenschaftlich einflussreich (z.B. im Patton Report zur Neustrukturierung der Polizei in Nordirland). Dass dieses Feld insbesondere für soziologische und politikwissenschaftliche Perspektive sowie neue und traditionelle Instrumenten der Institutionenanalyse ein fruchtbares Feld bietet, steht außer Frage. Die Kriminalsoziologie kann hier insbesondere der Soziologie sozialer Sicherung neue Impulse geben, die in Deutschland bislang eng auf die Probleme wohlfahrtsstaatlicher Sicherung zugeschnitten ist.

Die Beziehungen zwischen Risiken und Sicherheit, moralischer Ordnung und Gerechtigkeit, die sich derzeit in postmodernen Gesellschaften neu ausformen, bahnen der Kriminalsoziologie neue Wege, sich aus der Umklammerung der kriminalpräventiven Strategien und ihren konzeptionellen Fundierungen in Rational Choice-Ansätzen zu lösen, die in den vergangenen Jahren bestimmend waren. Ähnlich wie sich in der Ökonomie mit der „Neuen Institutionellen Ökonomie" die Erkenntnis durchgesetzt hat, dass die institutionelle und damit moralische und kulturelle Ordnung ein unverzichtbares Fundament wirtschaftlichen Handelns (und seiner Erklärung) bietet, so zeichnet sich in der Kriminologie derzeit eine „Neue Institutionelle Kriminologie" ab, für die die Fragen der institutionellen und moralischen Ordnung ein neues Gewicht gewinnen, sei es in Nachbarschaften und Gemeinden, sei es im Bereich der Wirtschaft, sei es in den Institutionen der sozialen Kontrolle. Die Risikogesellschaft läutet keineswegs das Ende moralischer Ordnungen und Diskurse ein, wie vielfach behauptet wird,

sondern im Gegenteil: Wer sich Risiken ausgesetzt fühlt, meint auch, dass an ihm „gesündigt" wird und er der Gefährdung durch übermächtige Institutionen, Gemeinschaften oder schlicht kriminellen Individuen ausgeliefert ist (Ericson und Doyle 2003: 5). So wie die Soziologie dem Definitionsansatz und damit sozialwissenschaftlichen Perspektiven in der Kriminologie zum Durchbruch verholfen und dabei eine führende Rolle gespielt hat, eröffnen sich auch jetzt wieder Möglichkeiten für die Kriminalsoziologie, der kriminologischen Forschungslandschaft neue Konturen zu geben.

III. Einführung in die Beiträge

Mit der Auswahl der Beiträge für diesen Band haben wir zwei Anliegen verfolgt. Zum einen galt es, neue Entwicklungen in der soziologischen Analyse von Kriminalität und Kontrolle vorzustellen, und zum anderen solche Themen auszuwählen, die sich besonders für eine kriminalsoziologische Analyse anbieten. Wir haben dabei vor allem auf die Repräsentation derjenigen internationalen Entwicklungen Wert gelegt, von denen wir meinen, dass sie in Deutschland erst wenig beachtet werden und für die deutschsprachige *scientific community* von besonderem Interesse sein können. Andererseits zeigen wir anhand einer Reihe von Beiträgen, wie neue theoretische Ansätze inzwischen auf die spezifische Situation in Deutschland angewendet werden und hier innovativ weiterentwickelt worden sind. Allen Tendenzen zur Globalisierung zum Trotz ist gerade die Kriminalpolitik tief in Traditionen verankert und insofern eher lokal und parochial denn global und international. Diese Spannung spiegeln die Beiträge in verschiedenen Facetten deutlich wider.

1. Theoretische Perspektiven

Die theoretische Entwicklung in der Kriminalsoziologie ist derzeit weniger durch eigene theoretische Entwürfe gekennzeichnet als durch eine ausgesprochene Offenheit gegenüber den gegenwärtigen Hauptströmungen soziologischen Denkens. So hat in den letzten Jahren Giddens Theorie der *structuration* und *agency* eine Rolle gespielt (vgl. Maruna und Farrall in diesem Band), und besonders einflussreich sind Becks Theorie der Risikogesellschaft, die Theorien der Gouvernementalität in der Nachfolge Foucaults, die gesamte Breite Bourdieuscher Theorie und Theorien der Zivilgesellschaft gewesen. Sie stellen ein analytisches Instrumentarium zur Verfügung, die Rolle von *Verbrechen und Strafe* in modernen Gesellschaften auszuleuchten und aus dieser Perspektive zur soziologischen Gegenwartsdiagnose beizutragen. Wie moderne Gesellschaften durch und über Kriminalität und Strafe ‚regiert' werden und ihre prekäre moralische Ordnung herstellen (vgl. Simon 1997: Governing through Crime), steht dabei im Mittelpunkt des Interesses, das sich naturgemäß stärker auf die Kriminalpolitik und den öffentlichen Kriminalitätsdiskurs als auf die Institutionen der Kontrolle und Justiz konzentriert. Es wäre jedoch verfehlt anzunehmen, dass sich hier schlicht die konstruktivistische Perspektive des Definitionsansatzes in einer neuen Form präsentiert. Vielmehr gehen alle diese Ansätze im Sinne eines *new realism* davon aus, dass Kriminalität

in ihren verschiedenen Erscheinungsformen in der Tat ein Problem für moderne Gesellschaften darstellt, für die Bevölkerung und Politik gleichermaßen, und ebenso gilt, dass die involvierten Akteure – als Täter und Opfer – sich mit dieser Realität auseinandersetzen. Insofern haben diese Ansätze zwar alle die fundamentale Botschaft des Konstruktivismus aufgenommen, jedoch dessen radikale Perspektive ad acta gelegt.

Die beiden Beiträge demonstrieren das jeweils in charakteristischer Weise. David Garlands Beitrag, den er als „Geschichte der Gegenwart" verstanden wissen will, führt vor, wie die Kriminalsoziologie zur Gegenwartsdiagnose und zum Verständnis zentraler Merkmale gesellschaftlicher Entwicklungen beitragen kann. Sein Ausgangspunkt ist die Zunahme von Eigentums- und Gewaltkriminalität, die in den westlichen Industriegesellschaften das Klima in den vergangenen Jahrzehnten entscheidend verändert hat, wovon allen voran die Mittelschichten betroffen waren. Er verknüpft die strukturellen Veränderungen in der Lebensführung dieser Gruppen, den Wandel in der Wohlfahrts- und Kriminalpolitik, den Verlust des Vertrauens in die staatliche Sicherheitspolitik, den von den Medien vorangetrieben Diskurs, der die Opfer von Kriminalität in den Mittelpunkt stellt und schließlich den wissenschaftsinternen Perspektivenwechsel zu einem Panorama der Kultur von „High Crime Societies". Auch wenn Garland sich in seiner Analyse auf die Entwicklung in Großbritannien und den USA bezieht und sich seine Gegenwartsdiagnose nicht umstandslos auf bundesrepublikanische Verhältnisse übertragen lässt, so liefert er doch ein Modell, wie sich eine solche „Geschichte der Gegenwart" für die Bundesrepublik schreiben ließe.

Ebenso verlässt der Beitrag von Henner Hess und Sebastian Scheerer die eingefahrenen Bahnen einer rein konstruktivistischen Analyse und zeigt, wie der Definitionsansatz nunmehr in neue theoretische Entwicklungen eingebunden werden kann. Ihr innerhalb der deutschen Kriminologie viel diskutierter Entwurf einer „Theorie der Kriminalität" ist handlungstheoretisch orientiert und im weitesten Sinne der Konzeption von *structuration* und *agency* in der Theorie Giddens' verpflichtet. Die Autoren versuchen, auf diese Weise das Problem von Mikro- und Makroverbindungen zu lösen und gleichzeitig (kriminelle) Handlung, Kriminalitätsereignis und Kontrollstrategien unter einem theoretischen Dach zusammen zu fügen. Dieses wird getragen von einer konzeptionellen Neuformulierung des Gegenstandes ihrer Theorie, die nunmehr alle Phänomene einschließt, die „ihren sozialen Sinn durch die Kategorie des *crimen*" erhalten.

Bei aller Unterschiedlichkeit im Vorgehen ist beiden Beiträgen gemeinsam, dass sie „Verbrechen und Strafe" in den Rahmen weiter gefasster gesellschaftlicher Entwicklungen und konzeptioneller Überlegungen stellen, die über den Rahmen einer eng gefassten Kriminologie allemal hinausreichen und zugleich das Potenzial kriminalsoziologischer Analysen demonstrieren, neue theoretische Anschlussmöglichkeiten und Konzeptionen des Gegenstandsbereiches auszuloten.

2. Sozialstruktur und Anomie

Ohne Zweifel stellt die Verknüpfung von sozialer Ungleichheit und Kriminalität einen klassischen und zugleich aktuellen Bezugspunkt für makrosoziologische Ansätze in der Kriminologie dar (Hagan und Peterson 1995; Ludwig-Mayerhofer 2000b). Hier ist die

Anomietheorie in der Tradition Mertons (1938) noch immer ein Anknüpfungspunkt. Gleichfalls von Bedeutung ist jedoch der von Durkheim geprägte und breiter angelegte Begriff der Anomie, der auf den Verlust kollektiv verankerter Verhaltensrestriktionen und Normen im Zuge gesellschaftlicher Modernisierung zielt. Im Rahmen der Desintegrationstheorie (Heitmeyer et al. 1996) beschreibt Anomie die Verunsicherungspotenziale, die durch Individualisierung- und Destrukturierungstendenzen in der ‚Risikogesellschaft' entstehen. Beide anomietheoretische Traditionen und ihre aktuellen Weiterentwicklungen sind in diesem Band präsent.

Steven F. Messner stellt den gegenwärtigen Entwicklungstand und die weiteren Perspektiven der von ihm und Richard Rosenfeld (2001 [1994]) formulierten und oben bereits erwähnten *‚institutional anomie theory'* (IAT) vor. Zu dieser sehr neuen Theorieentwicklung liegen einige internationale Vergleichsstudien vor, die den Ansatz als prinzipiell Erfolg versprechend ausweisen. Mit ihrer Betonung der Rolle sozialer Institutionen scheint sich diese Theorie besonders gut für die Analyse der Transformation und des Abbaus des Wohlfahrtsstaates zu Beginn des 21. Jahrhunderts und insbesondere der strukturellen Spannungen in den Transformationsstaaten Mittel- und Osteuropas geeignet zu sein.

Der Beitrag von Olaf Morgenroth und Klaus Boehnke baut auf der Durkheimschen Tradition der Anomietheorie auf und führt einen neuen Aspekt in die Debatte über gesellschaftliche Desintegration ein. Die Autoren stellen ein Erklärungsmodell fremdenfeindlicher Einstellungen von Jugendlichen vor, dass Verunsicherungen durch die Deregulation zeitlicher Strukturen in den Mittelpunkt rückt. Anhand von Strukturgleichungsmodellen untersuchen sie, ob und durch welche sozialen Prozesse die subjektiv wahrgenommene ‚temporale Desintegration' Fremdenfeindlichkeit fördert.

Dietrich Oberwittler greift die im Anschluss an Wilson (1987) viel diskutierte These auf, dass die sozialräumliche Konzentration von sozial benachteiligten Familien in bestimmten Stadtvierteln insbesondere bei den jugendlichen Bewohnern zu einer Verstärkung abweichenden Verhaltens führt. Die Mehrebenenanalyse einer Schulbefragung zur selbstberichteten Delinquenz in Köln und Freiburg deutet auf die Existenz eines solchen Kontexteffekts (unter Kontrolle der individuellen Zusammensetzung der Jugendlichen in den Stadtvierteln) hin, die jedoch von den räumlichen Orientierungen der Jugendlichen und ihrer Freundeskreise abhängig ist.

3. Lebenslauf und Passagen

Der Schritt von der statischen Querschnitts- zur dynamischen Lebenslaufperspektive, vor allem verbunden mit der von Laub und Sampson (1993; Sampson und Laub 2003) formulierten Theorie der kumulativen Einschränkung von Lebenschancen, hat eine immense Bedeutung für die kriminologische Forschung der letzten Jahre gehabt. Längsschnittstudien wurden in Deutschland aus Zeit- und Kostengründen bislang selten durchgeführt. Das gilt ganz besonders für Studien, die deviante ‚Karriereverläufe' über lange Zeiträume und mehrere Lebensphasen hinweg verfolgen (vgl. aber Schumann 2003a, 2003b; Stelly und Thomas 2001). Paneldesigns ermöglichen tiefergehende – und z.T. überraschende – Einblicke in die Dynamik sozialer Prozesse, wie etwa

den viel diskutierten und umstrittenen Wechselwirkungen zwischen eigener Delinquenz und der Delinquenz der Peers (Matsueda und Anderson 1998), oder den Kausalzusammenhang zwischen delinquentem Lebensstil und *nachfolgendem* schulischem Misserfolg und Arbeitslosigkeit (Hagan 1993, 1997).

Im Gegensatz zu der eher psychologisch-psychiatrisch dominierten *‚developmental criminology'* geht die soziologisch inspirierte *‚life-course criminology'* von der Offenheit und Dynamik der Karriereverläufe aus und rückt äußere, soziale Faktoren und Ereignisse und in den Vordergrund (Boers 2004; Farrington 2003; Laub und Sampson 2003; Le Blanc und Loeber 1998). Zudem nimmt die *life-course criminology* mit dem Jugend- und frühen Erwachsenenalter eine Lebensphase in den Blick, in der wichtige Entscheidungen über die soziale Position von Heranwachsenden in der Gesellschaft fallen, und hat auch deswegen eine enge thematische Verbindung zur Soziologie des Lebenslaufs.

Die gemeinsame Perspektive, die die drei Beitrage in diesem Band auf die Entwicklung von abweichendem Verhalten im Lebenslauf wählen, ist auf den ‚Ausstieg' aus der Kriminalität gerichtet, für die sich in der englischsprachigen Kriminologie der Ausdruck *‚desistance'* eingebürgert hat (Laub und Sampson 2001; Weitekamp et al. 2000). Die Beobachtung, dass die meisten Menschen, die in ihrer Jugend- oder frühen Erwachsenenzeit straffällig geworden sind, ihre kriminelle Karriere *nicht* fortsetzen, gehört zu den universellen ‚Wahrheiten' der Kriminologie, die vielleicht gerade deswegen selten untersucht wurden und für die es daher bislang wenige befriedigende Erklärungen gibt. In ihrer viel beachteten Reanalyse der klassischen Längsschnittstudie des Ehepaars Glueck (1950) haben Sampson und Laub (1993) den Ausstieg aus kriminellen Karrieren als Resultat von sozial bedeutsamen Ereignissen und ‚Wendepunkten' – vor allem Heirat und Arbeit, auch Militärdienst – im Lebenslauf interpretiert, die mit einer Verstärkung sozialer Bindungen an die konventionelle Gesellschaft einhergehen. Zu den Ereignissen, die im Gegensatz dazu zur Schwächung sozialer Bindungen und zu einer kumulativen Einschränkung von Lebenschancen führen können, zählen sie auch staatliche Sanktionen. Damit wird eine Kernthese des Labelling Approaches aufgegriffen, der zufolge kriminelle Karrieren (‚sekundäre Devianz') das Ergebnis negativer Feedback-Prozesse auf Delinquenz im Jugendalter sein können (Lemert 1967; vgl. Bernburg und Krohn 2003; Huizinga et al. 2003).

Die hier versammelten Aufsätze treiben diese Diskussion durch neue empirische Erkenntnisse, Verbindungen von quantitativen und qualitativen Methoden und konzeptionelle Überlegungen voran. Shadd Maruna und Stephen Farrall schlagen eine theoretische Neuformulierung der ‚Ausstiegs'-Problematik entlang des Begriffspaars *‚structure'* und *‚agency'* vor. Beobachtungen aus qualitativen Tiefeninterviews mit ehemaligen Straffälligen, die ihren Ausstieg aus der Kriminalität als Resultat ihres eigenen, aktiven Willens erleben, ebenso wie die eher geringe Erklärungskraft struktureller Prädiktoren sprechen dafür, diese subjektive Dimension stärker zu beachten als es bislang üblich ist.

John Hagan und Bill McCarthy untersuchen anhand einer Längsschnittstudie von obdachlosen Jugendlichen und Heranwachsenden in Vancouver und Toronto die Rolle von strafrechtlichen Sanktionen und deren Zusammenspiel mit früheren familiären Belastungen für die weitere Straffälligkeit. Ihre Ergebnisse interpretieren Hagan und

McCarthy mit Bezug auf Braithwaites (1993) Konzept des *‚reintegrative shaming'* als Ergebnis negativer Gefühle von Entfremdung und ausgrenzender ‚Beschämungen', die schon in der eigenen Familie beginnen und einen Ausstieg aus der kriminellen Karriere erschweren.

Auch der Beitrag von Lydia Seus und Gerald Prein, der auf einer Längsschnittbefragung Bremer Hauptschulabgänger über mehr als zehn Jahre basiert (Schumann 2003a, 2003b), liefert einen empirischen Beleg für die Plausibilität der Theorie der sekundären Devianz: Gerichtskontakte und Verurteilungen führen zu einer weiteren Zunahme der Delinquenz. Darüber hinaus modifizieren sie die bisherigen Annahmen der kriminalsoziologischen Lebenslaufforschung zur Dynamik von Arbeitsleben und Delinquenz und erweitern die Perspektive durch die gleichberechtigte Analyse der unterschiedlichen Karriereverläufe von Männern und Frauen. Die geringere Verwicklung in und früheren Ausstieg von Frauen aus Kriminalität stellen sie in den Kontext der ‚doppelten sozialen Kontrolle' von Frauen in der Gesellschaft.

4. Migration

Unter dem Schlagwort ‚Ausländerkriminalität' stellt die Beteiligung ethnischer Minderheiten an Kriminalität ein erstrangiges Reizthema in der öffentlichen Diskussion in Deutschland dar und hat ein entsprechend großes Interesse in der Forschung geweckt (für einen internationalen Überblick siehe Tonry 1997). Den Ausgangspunkt dieses Interesses bildete die Höherbelastung von Jugendlichen aus Migrantenfamilien in der Polizeilichen Kriminalstatistik seit den 1970er Jahren, die von Kriminalsoziologen mit dem marginalisierten Status dieser Gruppe in der Gesellschaft erklärt wurde. Dabei argumentierte man sowohl anomietheoretisch, wonach die soziale Position in der Unterschicht eine Motivation zu abweichendem Verhalten darstellte, als auch mit dem Labelling Approach, nach dem ethnische Minderheiten einer diskriminierenden Strafverfolgung ausgesetzt seien (Albrecht und Pfeiffer 1979; Mansel 1990; Geissler und Marissen 1990). Diese beiden Perspektiven wurden später durch konflikt- und kulturtheoretische Ansätze ergänzt, die sich auf die ethnographische Tradition der Chicago School stützen konnten (Tertilt 1996). In den USA ist das Problem der Kriminalitätsbelastung der afro- und hispano-amerikanischen Minderheiten untrennbar mit dem Problem der sozialstrukturellen Benachteiligung und Ghettoisierung verbunden (Sampson and Wilson 1995; Short 2002; vgl. Dubet 1997 für die Situation in Frankreich). Alle diese genuin soziologischen Perspektiven tragen zum Verständnis des Themenkomplexes Migration und Kriminalität bei.

Die Beiträge in diesem Band überprüfen Erklärungsmodelle von Delinquenz bei den beiden Migrantengruppen, die in Deutschland derzeit besondere Aufmerksamkeit auf sich ziehen: Türkisch-stämmige Jugendliche und ‚Aussiedlerjugendliche' aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion. Trotz unterschiedlicher Theorieansätze weisen sie übereinstimmend auf die gefährlichen Folgen mangelnder sozio-ökonomischer Integration der Einwanderungsgruppen in die Mehrheitsgesellschaft hin. Zudem gehen beide Beiträge der wichtigen Frage nach, inwieweit Erklärungsmodelle auf männliche und weibliche Jugendliche gleichermaßen anwendbar sind. Eva Schmitt-Rodermund und

Rainer K. Silbereisen berichten aus einem laufenden Forschungsprojekt, das die Anpassungsprozesse von Jugendlichen, die aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion nach Deutschland oder Israel ausgewandert sind, vergleichend und im Längsschnitt analysiert. Hier stellen sie ein querschnittliches Modell vor, in dem die selbstberichtete Delinquenz von Aussiedlerjugendlichen in Deutschland im Wesentlichen durch (materielle) Benachteiligungs- und Diskriminierungsgefühle erklärt wird. Dirk Enzmann, Katrin Brettfeld und Peter Wetzels gehen auf der Basis der KFN-Schulbefragungen der Frage nach, inwieweit die höhere Gewaltneigung türkisch-stämmiger Jugendlicher mit den in den kulturellen Traditionen ihres Herkunftslandes verwurzelten ‚gewaltlegitimierenden Männlichkeitsnormen' erklärt werden kann. Dieser kulturelle und zudem geschlechtsspezifische Erklärungsansatz wird hier im Lichte neuer empirischer Ergebnisse modifiziert und um eine subkulturtheoretische Komponente erweitert, die sowohl geschlechts- als auch ethnienunabhängig ist.

5. Gelegenheiten, Entscheidungen und Kontrolle

Entscheidungstheorien im weitesten Sinne, zu denen auch die *general theory of crime* von ihren Verfassern gerechnet wird (vgl. Karstedt und Greve 1996), gehören zu den wichtigsten theoretischen Entwicklungen der letzten Jahre und liefern darüber hinaus auch die Basis für die neuen Strategien der situativen Kriminalprävention. Der hohe Anspruch dieser Theorie, universell und unabhängig von kulturellen Bedingungen gültig zu sein, begegnet einerseits dem kritischen Einwand gegenüber einer Reihe traditioneller Theorien, dass diese allzu sehr auf die Situation in westlichen Industrieländern – insbesondere in den USA – zugeschnitten seien, erfordert jedoch andererseits die Überprüfung im internationalen Vergleich oder zumindest eine systematische Zusammenschau von nationalen Forschungsergebnissen (vgl. Karstedt 2001a). Jedoch sind internationale Vergleichsstudien ebenso kostspielig und aufwändig wie Längsschnittstudien und demzufolge ebenso selten. Alexander Vazsonyi zeigt anhand der Ergebnisse einer internationalen Vergleichsstudie von Schülern in der Schweiz, den Niederlanden, Ungarn und den USA, dass die Annahmen der *general theory of crime* prinzipiell in allen untersuchten Ländern gültig sind, dass jedoch die Stärke der Effekte je nach nationalem Kontext variiert. Vazsonyi bietet zwei Interpretationen an, deren eine sich auf die spezifische Transformationssituation in Ungarn bezieht, und weist zum zweiten auf die unterschiedliche Rolle von Schuld und Scham in katholisch und protestantisch geprägten Kulturen hin. Von Interesse dürften daher in Zukunft Ergebnisse aus außereuropäischen Kulturen sein.

Christian Seipel und Stefanie Eifler verbinden in ihrem Beitrag die beiden Versionen von Entscheidungstheorien, die persönlichkeitszentrierte *general theory of crime* mit dem *routine acitvity approach* von Cohen und Felson. Von besonderer Bedeutung ist hier der theoretisch und empirisch fundierte Vergleich von Selbstkontrolltheorie und Rational Choice-Ansatz, der im Ergebnis auf eine situative Qualifizierung beider Theorien hinausläuft. Sind Gelegenheiten geradezu überwältigend, dann kommen personale Restriktionsmechanismen ins Spiel. Im Prinzip bestätigen sie in gewisser Weise die ‚Philosophie' der Entscheidungstheorien und verweisen auf spezifische kulturelle Not-

wendigkeiten von „High Crime Societies": Die Zunahme an Gelegenheiten für abweichendes Verhalten bedarf hoch entwickelter Mechanismen der Selbstkontrolle und erfordert, dass Gesellschaften diese in zunehmendem Masse generieren.

In den Szenarien der Entscheidungstheorie fehlt im Prinzip Moral als Kategorie. Der Beitrag von Willem de Haan und Jaco Vos nimmt sich dieser Problematik an. Er kann als eine grundlegende Kritik der Rational Choice-Ansätze gelesen werden, in der theoretische Argumente mit einer empirischen Studie verbunden werden. In Anlehnung an die Arbeiten von Jack Katz, einem Schüler Goffmans, werden in einer detaillierten ethnographischen Studie die Entscheidung der Täter und Täterinnen nachvollzogen. Aus der Sicht und in den Worten der jungen Menschen, die einen Straßenraub begangen haben, wird deutlich, welche Rolle Emotionen und moralische Skrupel in diesen Entscheidungen spielen, wie die Jugendlichen in nahezu unvorstellbar ‚irrationaler' Weise auf Gelegenheiten reagieren und wie sie mit ihren Ängsten fertig werden. Die Studie zeigt, welche neuen Perspektiven diese Form der Entscheidungsforschung im Hinblick auf die von Hess und Scheerer angesprochene „Sinngebung durch Kriminalität" eröffnen kann und insbesondere den Wert ethnographischer Studien in der Kriminalsoziologie (Katz 2002).

6. Märkte der Kriminalität

Es ist immer ein besonderes Anliegen der kritischen Kriminologie und Kriminalsoziologie gewesen, anhand der Kriminalität der Mächtigen zu zeigen, wie sich in der Skandalisierung von Korruption und Wirtschaftskriminalität Normen entwickeln und durchgesetzt werden, welche regulativen Kontrollmechanismen hier anstelle des harten Zugriffs des Strafrechts eingesetzt werden und wie sich Ungleichgewichte in der Behandlung von Straftätern zeigen, die Täter aus der Unterschicht systematisch benachteiligen. So zentral dieses Thema aus der Sicht des Definitionsansatzes sein musste, so wenig ist es empirisch eingelöst worden. Inzwischen hat dieses Gebiet eine rasante Entwicklung erfahren, die es derzeit zu einem der wichtigsten in der internationalen Kriminologie machen. Zum einen zeigte sich, dass die Globalisierung der Wirtschaft nicht nur legalen, sondern vor allem illegalen Transaktionen exponentielle Zuwächse bescherte (vgl. Karstedt 2000a). Dabei ergab sich ein Zusammenspiel zwischen organisierter Kriminalität, Wirtschaftskriminalität und Formen der transnationalen Kriminalität wie dem Drogen- und Menschenhandel, die sich inzwischen allesamt der gängigen innovativen Unternehmensstrategien bedienen und in die legale globale Ökonomie hineinwirken. Darüber hinaus entwickelte Braithwaite (1989) seine einflussreiche Theorie der integrativen Beschämung anhand seiner Untersuchungen von Wirtschaftskriminalität und machte die regulativen Kontrollmechanismen, denen die Oberschichten unterliegen, zu einem Modell für die generelle Reaktion auf Kriminalität. Insofern sind die „Märkte der Kriminalität" nicht nur zu einem weltweiten Problem und Gegenstand globaler Kriminalpolitik geworden, sondern ebenso zu einem Feld, auf dem die Kriminalsoziologie in besonderer Weise konzeptionell herausgefordert ist.

Letizia Paoli untersucht in ihrer vergleichenden Studie zum Drogenhandel in Italien, Deutschland und Russland, in welcher Weise sich die Akteure – einschließlich

der klassischen Mafia – den Bedingungen und Spielregeln illegaler Märkte unterwerfen müssen. Ihre Ergebnisse zeigen, dass die organisierte Kriminalität gerade unter den Bedingungen der Illegalität eben nicht hierarchisch funktionieren kann, sondern flexibel vernetzt sein muss, um erfolgreich zu operieren. Diese Beobachtungen räumen vor allem mit dem falschen Bild organisierter Kriminalität auf, das allzu lange Strategien zu ihrer Bekämpfung und den politischen Diskurs bestimmt hat.

Korruption als nicht nur „unmoralischer Tausch" (Neckel), sondern auch zunehmend weltweit kriminalisierte Transaktion gilt als Prototyp der Kriminalität der Mächtigen und zugleich als exemplarischer Fall der kulturell und strukturell bestimmten Definition und Durchsetzung von Normen. Korruption ist international und in der Bundesrepublik während der letzten Jahrzehnte zunehmend skandalisiert worden, und wurde – eine Ausnahme in der kriminologischen Forschung – vor allem auch hinsichtlich ihrer ökonomischen und sozialen Folgen untersucht. Susanne Karstedt analysiert in einem internationalen Vergleich, der auf dem Corruption Perceptions Index von Transparency International basiert, welche strukturellen und kulturellen Faktoren Korruption begünstigen. Ausgangspunkt ist ein Modell, in dem hierarchisch-elitäre und kulturell und strukturell egalitäre Gesellschaften idealtypisch kontrastiert werden. Dabei erweisen sich insbesondere jene kulturellen Muster als besonders erklärungskräftig, die einen hierarchisch-elitären sozialen und institutionellen Kontext bestimmen.

7. Strafjustiz und Kriminalpolitik

Eine der wichtigsten Bewegungen in der Kriminalpolitik der letzten Jahrzehnte, die sich durchaus auch den fundamentalen Einsichten des Definitionsansatzes verdankte, lässt sich als Rücknahme staatlicher Intervention und Aktivierung informeller Kontrollen und Verfahren charakterisieren. Ebenfalls in diesen Kontext einzuordnen ist einerseits die stärkere Berücksichtigung der Opfer von Kriminalität in bestehenden und neu entwickelten Verfahren des Täter-Opfer-Ausgleichs und andererseits die Aktivierung potenzieller Opfer für präventive Strategien. Diese von Garland (in diesem Band) so genannten „adaptiven Strategien" bestimmen zusammen mit den zunehmend punitiven Strategien „souveräner Staatlichkeit" (ebenda) derzeit das internationale Bild der Kriminalpolitik, und die nationalstaatliche Kriminalpolitik bewegt sich in der Bundesrepublik wie in vielen anderen Ländern in diesem Spannungsfeld. Gemeinsam ist den beiden Formen adaptiver Strategien – der Reintegration und der so genannten partnerschaftlichen Prävention –, dass sie von einer reinen Konzentration auf den Täter abgerückt sind. Mit den Beiträgen von John Braithwaite und Tim Hope und Alan Trickett sind diese beiden Formen vertreten.

John Braithwaite ist Kriminologen zumeist als Verfasser von *Crime, Shame and Reintegration* (1989) bekannt, das den Anstoß für die weltweite Bewegung der *Restorative Justice* gab. In seinem Beitrag für diesen Band wendet er die Grundzüge seiner Theorie in dem weiteren Rahmen einer Theorie der integrativen Verfahrensgerechtigkeit auf die Besiedlung Australiens durch die Deportation von Strafgefangenen an und kann damit erklären, warum – im Gegensatz zu der ehemaligen Sklavengesellschaft der USA – Australien zu einer Nation mit ausgesprochen niedrigen Kriminalitätsraten

wurde. Sein Beitrag enthält zugleich eine fulminante Kritik an Foucault, in dessen Theorie staatlicher Disziplinierung die Deportation von Strafgefangenen konsequent vernachlässigt wird und regt dazu an, die Foucaultsche Perspektive gründlich zu überdenken.

Die Strategie des *community policing* und der Aktivierung von Bürgerinnen und Bürgern für die Kriminalitätsprävention wurde zuerst in Großbritannien unter der Federführung des *Home Office* entwickelt. Ziel war es, die Bürger selbst für ihre Sicherheit verantwortlich zu machen und auf diese Weise die Polizei und Justiz von Ansprüchen an die Gewährleistung von Sicherheit zu entlasten. Zentraler Bestandteil dieser Strategie war die Förderung von *Neighbourhood Watch*, jenen Gruppen, in denen sich Nachbarn zusammenfanden und ihre Umgebung kontrollierten. Tim Hope und Alan Trickett zeigen, dass diese Strategie keineswegs zu einer gleichmäßigen Erhöhung der Sicherheit für alle führt, sondern im Gegenteil diejenigen Gebiete besonders benachteiligt, die generell stärker mit Kriminalität belastet sind. Die Etablierung solcher Gruppen ist genau auf die Formen des Sozialkapitals angewiesen, die auch Kriminalität generell verhindern, und insofern begünstigen sie Mittelschichtsgebiete. Die Autoren schließen daraus, dass Sicherheit als *kollektives Gut* nicht durch diese Strategien gewährleistet ist, sondern dass sie vielmehr Sicherheit zu einem *„club good"* für wenige machen. Der Rückzug des Staates aus der kollektiven Aufgabe, innere Sicherheit bereitzustellen, führt zu einer erheblichen und zunehmenden Ungleichverteilung an Sicherheit.

Der Beitrag von John Braithwaite macht darauf aufmerksam, dass integrative Verfahren dann angewendet werden, wenn sich die betroffenen Täter in einer starken Position befinden und ihre Kooperation und Rechtstreue nicht ausschließlich durch Sanktionen erzielt werden kann. Dies ist exakt die Situation, der sich der Staat bei der Strafverfolgung von Wirtschaftskriminalität und der Sicherung von legalem Verhalten im Bereich der Wirtschaft gegenüber sieht. Derzeit geht der Rückzug des „Interventionsstaates" aus der Wirtschaft mit einer Zunahme an regulativen Mechanismen einher, was Braithwaite (2000) veranlasst, die Zukunft der Kriminologie in einer „Regulationswissenschaft" und die der Kriminalpolitik in der Entwicklung regulativer Mechanismen zu sehen. Der Beitrag von Klaus Boers, Hans Theile und Kari-Maria Karliczek, der – eine Ausnahme innerhalb der internationalen Debatte – auf einer systemtheoretischen Konzeption basiert, lässt sich in den Kontext dieser neuen Entwicklungen einordnen. Sie untersuchen am Beispiel der Wirtschaftskriminalität im Zuge der Privatisierung von ehemaligen DDR-Betrieben, in welchem Verhältnis kooperative Regulierung und Steuerung durch Strafrecht stehen. Dabei erweist sich, dass das Strafrecht ein erhebliches Steuerungspotenzial vor allem gegenüber großen Unternehmungen besitzt. Ihre Ergebnisse machen deutlich, dass gerade in diesem Bereich das Strafrecht über Reputationsverlust wirksam werden kann; sie zeigen Wege auf, in welche Richtung sich ein Zusammenspiel von Regulierung und Strafverfolgung in Zukunft entwickeln kann.

Literatur

Albrecht, Peter-Alexis, und *Christian Pfeiffer*, 1979: Die Kriminalisierung junger Ausländer. Befunde und Reaktionen sozialer Kontrollinstanzen. Weinheim: Juventa.

Alexander, Jeffrey, und *Peter Smith,* 1994: Der Diskurs der amerikanischen Zivilgesellschaft: Ein neuer kultursoziologischer Entwurf. Berliner Journal für Soziologie 4(2): 157–177.

Arbeitskreis Junger Kriminologen (Hg.), 1974: Kritische Kriminologie. München: Juventa.

Bellair, Paul E., 2000: Informal Surveillance and Street Crime: A Complex Relationship. Criminology 38(1): 137–169.

Bernburg, Joen Gunnar, und *Marvin D. Krohn,* 2003: Labeling, Life Changes, and Adult Crime: The Direct and Indirect Effects of Official Intervention in Adolescence on Crime in Early Adulthood. Criminology 41(4): 1287–1318.

Beste, Hubert, 1999: Morphologie der Macht. Urbane „Sicherheit" und die Kommerzialisierung sozialer Kontrolle. Opladen: Leske + Budrich.

Blankenburg, Erhard, Klaus Sessar und *Wiebke Steffen*, 1978: Die Staatsanwaltschaft im Prozess strafrechtlicher Sozialkontrolle. Berlin: Duncker & Humblot.

Blumstein, Alfred (Hg.), 2000: The Crime Drop in America. Cambridge: Cambridge University Press.

Boehnke, Klaus, und *Dagmar Berg-Winkels,* 2002: Juvenile Delinquency Under Conditions of Rapid Social Change. Sociological Forum 17(1): 57–79.

Boers, Klaus, 2004: Kriminalität und Kausalität. Eine kritische Analyse der kriminologischen Längsschnitt- und Karriereforschung. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften (im Druck).

Boers, Klaus, Günter Gutsche und *Klaus Sessar* (Hg.), 1997: Sozialer Umbruch und Kriminalität in Deutschland. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Braithwaite, John, 1989: Crime, Shame and Reintegration. Cambridge: Cambridge University Press.

Braithwaite, John, 2000: The New Regulatory State and the Transformation of Criminology. S. 64–89 in: *David Garland* und *Richard Sparks* (Hg.), Criminology and Social Theory. Oxford: Clarendon.

Brusten, Manfred, und *Jürgen Hohmeier* (Hg.), 1975: Stigmatisierung. Zur Produktion gesellschaftlicher Randgruppen. Neuwied/Darmstadt: Luchterhand.

Bussmann, Kai-Dieter, und *Reinhard Kreissl* (Hg.), 1996: Kritische Kriminologie in der Diskussion. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Cohen, Lawrence E., und *Marcus Felson,* 1979: Social Change and Crime Rate Trends: A Routine Activity Approach. American Sociological Review 44(4): 588–608.

Cohen, Stanley, 1972: Folk Devils and Moral Panics. The Creation of Mods and Rockers. London: MacGibbon.

Coleman, James S., 1988: Social Capital in the Creation of Human Capital. American Journal of Sociology 94: 95–120.

Cornish, Derek A., und *Ronald V. Clarke* (Hg.), 1986: The Reasoning Criminal: Rational Choice Perspectives on Offending. New York: Springer.

DiCristina, Bruce, 2004. Durkheim's Theory of Homicide and the Confusion of the Empirical Literature. Theoretical Criminology 8(1): 57–91.

Crawley, Elaine, 2004: The Social World of the Prison Officer. Cullompton: Willan (im Druck).

De Haan, Willem, und *Ian Loader*, 2002: On the Emotions of Crime, Punishment and Social Control. Theoretical Criminology, Special Issue ‚Emotions' 6(3): 243–254.

Dubet, François, 1997: Die Logik der Jugendgewalt. Das Beispiel der französischen Vorstädte. S. 220–234 in: *Trutz von Trotha* (Hg.), Soziologie der Gewalt. Sonderheft 37 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Eisner, Manuel, 1997: Das Ende der zivilisierten Stadt? Die Auswirkungen von Modernisierung und urbaner Krise auf Gewaltdelinquenz. Frankfurt a.M.: Campus.

Eisner, Manuel, 2001a: Individuelle Gewalt und Modernisierung in Europa, 1200–2000. S. 71–100 in: *Günter Albrecht* und *Wolfgang Kühnel* (Hg.), Gewaltkriminalität zwischen Mythos und Realität. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Eisner, Manuel, 2001b: Kriminalität in der Stadt – ist Desintegration das Problem? S. 3–24 in: *Jörg-Martin Jehle* (Hg.), Raum und Kriminalität: Sicherheit in der Stadt; Migrationsprobleme. Mönchengladbach: Forum Verlag.

Eisner, Manuel, 2002: Langfristige Gewaltentwicklung: Empirische Befunde und theoretische Erklärungsansätze. S. 58–80 in: *Wilhelm Heitmeyer* und *John Hagan* (Hg.), Internationales Handbuch der Gewaltforschung. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Eisner, Manuel, und *Denis Ribeaud*, 2003: Erklärung von Jugendgewalt – eine Übersicht über zentrale Forschungsbefunde. S. 182–206 in: *Jürgen Raithel* und *Jürgen Mansel* (Hg.), Kriminalität und Gewalt im Jugendalter. Hell- und Dunkelfeldbefunde im Vergleich. Weinheim/München: Juventa.

Elias, Norbert, 1977 [1939]: Über den Prozeß der Zilivisation. Soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Enzmann, Dirk, und *Peter Wetzels,* 2000: Gewaltkriminalität junger Deutscher und Ausländer. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 52(2): 142–156.

Ericson, Richard V., und *Aaron Doyle,* 2003: Risk and Morality, S. 1–10 in: *Richard V. Ericson* und *Aaron Doyle* (Hg.), Risk and Morality. Toronto: University of Toronto.

Esser, Hartmut, 1996: Soziologie. Allgemeine Grundlagen. Frankfurt a.M.: Campus.

Farrington, David, 2003: Developmental and Life-Course Criminology: Key Theoretical and Empirical Issues. Criminology 41(2): 221–256.

Feest, Johannes, und *Erhard Blankenburg,* 1972: Die Definitionsmacht der Polizei. Strategien der Strafverfolgung und soziale Selektion. Düsseldorf: Bertelsmann Universitätsverlag.

Garland, David, und *Richard Sparks* (Hg.), 2000: Criminology and Social Theory. Oxford: Clarendon.

Garland, David, 2001: The Culture of Control. Crime and Social Order in Contemporary Society. Oxford: Oxford University Press.

Geißler, Rainer, und *Norbert Marißen,* 1990: Kriminalität und Kriminalisierung junger Ausländer. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 42: 663–687.

Glueck, Sheldon, und *Eleanor Glueck*, 1950: Unraveling Juvenile Delinquency. New York: Commonwealth Fund.

Göppinger, Hans, 1983: Der Täter in seinen sozialen Bezügen. Ergebnisse aus der Tübinger Jungtäter-Vergleichsuntersuchung. Berlin: Springer.

Gottfredson, Michael R., und *Travis Hirschi*, 1990: General Theory of Crime. Stanford: Stanford University Press.

Hagan, John, 1989: Structural Criminology. New Brunswick: Rutgers University Press.

Hagan, John, 1993: The Social Embeddedness of Crime and Unemployment. Criminology 31(4): 465–491.

Hagan, John, 1997: Defiance and Despair: Subcultural and Structural Linkages between Delinquency and Despair in the Life Course. Social Forces 76(1): 119–134.

Hagan, John, Hans Merkens und *Klaus Boehnke,* 1995: Delinquency and Disdain: Social Capital and the Control of Right-Wing Extremism Among East and West Berlin Youth. American Journal of Sociology 100(4): 1028–1052.

Hagan, John, und *Ruth Peterson* (Hg.), 1995: Crime and Inequality. Stanford: Stanford University Press.

Hanak, Gerhard, Johannes Stehr und *Heinz Steinert*, 1989: Ärgernisse und Lebenskatastrophen. Über den alltäglichen Umgang mit Kriminalität. Bielefeld: AJZ.

Heitmeyer, Wilhelm, Birgit Collmann, Jutta Conrads, Ingo Matuschek, Dietmar Kraul, Wolfgang Kühnel, Renate Möller und *Matthias Ulbrich-Hermann*, 1996: Gewalt: Schattenseiten der Individualisierung bei Jugendlichen aus unterschiedlichen Milieus. Weinheim/München: Juventa.

Heitmeyer, Wilhelm, Rainer Dollase und *Otto Backes* (Hg.), 1998: Die Krise der Städte: Analysen zu den Folgen desintegrativer Stadtentwicklung für das ethnisch-kulturelle Zusammenleben. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Heitmeyer, Wilhelm, und *Reimund Anhut* (Hg.), 2000: Bedrohte Stadtgesellschaft. Soziale Desintegrationsprozesse und ethnisch-kulturelle Konfliktkonstellationen. Weinheim/München: Juventa.

Hermann, Dieter, 2003: Werte und Kriminalität. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Huizinga, David, Karl Schumann, Beate Ehret und *Amanda Elliott*, 2003: The Effect of Juvenile Justice System Processing on Subsequent Delinquent and Criminal Behavior: A Cross-National Study. Final Report to The National Institute of Justice. Boulder, Co.: University of Colorado und Bremen: Universität Bremen.

Johnston, Les, und *Clifford Shearing*, 2003: Governing Security. Explorations in Policing and Justice. London/New York: Routledge.

Jungbauer-Gans, Monika, 2002: Schwindet das soziale Kapital? Soziale Welt 53: 189–208.

Karstedt, Susanne, und *Werner Greve*, 1996: Die Vernunft des Verbrechens. S. 171–210 in: *Kai-Dieter Bussmann* und *Reinhard Kreissl* (Hg.), Kritische Kriminologie in der Diskussion. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Karstedt, Susanne, 2000a: Knights of Crime. The Success of ‚Pre-Modern' Structures in the Illegal Economy. S. 53–68 in: *Susanne Karstedt* und *Kai Bussmann* (Hg.), Social Dynamics of Crime and Control. New Theories for a World in Transition. Oxford: Hart.

Karstedt, Susanne, 2000b: Der urbane Raum als Zentrum sozialer Prozesse – Kriminalität in der polarisierten Stadt. S. 23–28 in: *Wolfgang Ludwig-Mayerhofer* (Hg.), Soziale Ungleichheit, Kriminalität und Kriminalisierung. Opladen: Leske + Budrich.

Karstedt, Susanne, 2000c: Standortprobleme: Kriminalsoziologie in Deutschland. Soziologische Revue 23: 141–151.

Karstedt, Susanne, 2001a: Comparing Cultures, Comparing Crime: Challenges, Prospects and Problems for a Global Criminology. Crime, Law and Social Change 36: 285–301.

Karstedt, Susanne, 2001b: Die moralische Stärke schwacher Bindungen – Individualismus und Gewalt im Kulturvergleich. Monatsschrift für Kriminologie 84: 226–243.

Karstedt, Susanne, 2004a: Notizen von einer Insel oder Kriminologie als „fröhliche Wissenschaft": Kann man von der britischen Kriminologie lernen? In: *Arno Pilgram* und *Cornelius Prittwitz* (Hg.), Jahrbuch für Rechts- und Kriminalsoziologie. Baden-Baden: Nomos (im Erscheinen).

Karstedt, Susanne, 2004b: Typen der Sozialintegration und Gewalt: Kollektivismus, Individualismus und Sozialkapital. S. 269–292 in: *Wilhelm Heitmeyer* und *Hans-Georg Soeffner* (Hg.), Gewalt. Entwicklungen, Strukturen, Analyseprobleme. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Katz, Jack, 2002: From Hows to Why: On Luminous Description and Causal Inference in Ethnography. Ethnography 2(4): 443–473 (Part I) und 3(1): 63–90 (Part II).

Keckeisen, Wolfgang, 1974: Die gesellschaftliche Definition abweichenden Verhaltens. Perspektiven und Grenzen des labeling approach. Weinheim/München: Juventa.

Kubrin, Charis E., und *Ronald Weitzer,* 2003: New Directions in Social Disorganization Theory. Journal of Research in Crime and Delinquency 40(4): 374–402.

LaFree, Gary, 1998: Losing Legitimacy: Street Crime and the Decline of Social Institutions in America. Boulder, Co.: Westview Press.

Laub, John H., und *Robert J. Sampson*, 2001: Understanding Desistance from Crime. S. 1–69 in: *Michael Tonry* (Hg.), Crime and Justice. A Review of Research, Bd. 28. Chicago: Chicago University Press.

Laub, John H., und *Robert J. Sampson*, 2003: Shared Beginnings, Divergent Lives: Delinquent Boys to Age 70. Cambridge, Mass.: Harvard University Press.

Le Blanc, M., und *R. Loeber*, 1998: Developmental Criminology Updated. S. 115–198 in: *Michael Tonry* (Hg.), Crime and Justice. A Review of Research, Bd. 23. Chicago: Chicago University Press.

Lederman, Daniel, Norman Loayza und *Anna Maria Menendez*, 2000: Violent Crime: Does Social Capital Matter. Washington D.C.: Worldbank.

Lemert, Edwin M., 1967: Human Deviance, Social Problems, and Social Control. Englewood Cliffs, N.J.: Prentice-Hall.

Liebling, Alison, und *Helen Arnold*, 2004: Prisons and their Moral Performance – A Study of Values, Quality, and Prison Life. Oxford: Oxford University Press.

Loader, Ian, und *Aron Mulcahy* 2003: Policing and the Condition of England. Memory, Politics, and Culture. Clarendon Studies in Criminology. Oxford: Oxford University Press.

Ludwig-Mayerhofer, Wolfgang, 2000a: Von Schicht zu Milieu – Was bringen neue Konzepte sozialer Ungleichheit für die Kriminalsoziologie? S. 235–262 in: *Wolfgang Ludwig-Mayerhofer* (Hg.), Soziale Ungleichheit, Kriminalität und Kriminalisierung. Opladen: Leske + Budrich.

Ludwig-Mayerhofer, Wolfgang (Hg.), 2000b: Soziale Ungleichheit, Kriminalität und Kriminalisierung. Opladen: Leske + Budrich.

Lüdemann, Christian, und *Thomas Ohlemacher*, 2002: Soziologie der Kriminalität. Theoretische und empirische Perspektiven. Weinheim: Juventa.

Mansel, Jürgen, 1990: Informelle Kontrolle zur Verhinderung von Kriminalisierung: Die Handlungsmöglichkeiten der Subsysteme der sozialen Kontrolle aus der Sicht von jungen Deutschen, Türken und Italienern. Kriminologisches Journal 20: 121–141.

Maruna, Shadd, und *Heith Copes,* 2004: Excuses, Excuses: What Have we Learned from Five Decades of Neutralization Research? In: *Michael Tonry* (Hg.), Crime and Justice. An Annual Review of Research. Chicago: University of Chicago (im Erscheinen).

Matsueda, Ross L., und *Kathleen Anderson,* 1998: The Dynamics of Delinquent Peers and Delinquent Behavior. Criminology 36(2): 269–308.

Mayhew, Patricia, Ronald Clarke und *David Elliott,* 1989: Motorcycle Theft, Helmet Legislation and Displacement. The Howard Journal of Criminal Justice 28: 1–8.

McCarthy, Bill, 2002: New Economics of Sociological Criminology. Annual Review of Sociology 28: 417–442.

Merton, Robert K., 1938: Social Structure and Anomie. American Sociological Review 3: 672–682.

Messner, Steven F., und *Richard Rosenfeld*, 2001 [1994]: Crime and the American Dream. Belmont, C.A.: Wadsworth.

Messner, Steven F., und *Richard Rosenfeld,* 1997: Political Restraint of the Market and Levels of Criminal Homicide: A Cross-National Application of Institutional Anomie Theory. Social Forces 75: 1393–1416.

Morenoff, Jeffrey, Robert J. Sampson und *Stephen W. Raudenbush,* 2001: Neighborhood Inequality, Collective Efficacy, and the Spatial Dynamics of Urban Violence. Criminology 39(3): 517–559.

Nogala, Detlef, 2004: Überwachungstechnologien: Neue Formen der Sozialkontrolle. Frankfurt a.M.: Campus.

Portes, Alejandro, 1998: Social Capital: Its Origins and Applications in Modern Sociology. Annual Review of Sociology 24: 1–24.

Reiner, Rob, 1995: From Sacred to Profane: The Thirty Years' War of the British Police. Policing and Society 5(2): 121–128.

Roberts, Aki, und *Gary Lafree,* 2004: Explaining Japan's Postwar Violent Crime Trends. Criminology 42(1): 179–209.

Rosenfeld, R., Steven M. Messner und *Eric P. Baumer,* 2001: Social Capital and Homicide. Social Forces 80(1): 283–309.

Ruggiero, Vinzenco, 2001: Crime and Markets: Essays in Anti-Criminology. Oxford: Oxford University Press.

Sack, Fritz, und *René König* (Hg.), 1968: Kriminalsoziologie. Wiesbaden: Akademische Verlagsanstalt.

Sack, Fritz, 1998: Vom Wandel in der Kriminologie – und Anderes. Kriminologisches Journal 30(1): 47–64.

Sampson, Robert J., und *John Laub*, 1993: Crime in the Making: Pathways and Turning Points Through Life. Cambridge, Mass.: Harvard University Press.

Sampson, Robert J., und *William J. Wilson*, 1995: Towards a Theory of Race, Crime, and Urban Inequality. S. 37–54 in: *John Hagan* und *Ruth Peterson* (Hg.), Crime and Inequality. Stanford, CA.: Stanford University Press.

Sampson, Robert J., Stephen W. Raudenbush und *Felton J. Earls,* 1997: Neighborhoods and Violent Crime: A Multilevel Study of Collective Efficacy. Science 277: 918–924.

Sampson, Robert J., 1999: What ‚Community' Supplies. S. 241–292 in: *R. F. Ferguson* und *W. T. Dickens* (Hg.), Urban Problems and Community Development. Washington, D.C.: Brookings Institution Press.

Sampson, Robert J., 2002: Studying Modern Chicago. City & Community 1(1): 45–48.

Sampson, Robert J., Jeffrey D. Morenoff und *Thomas Gannon-Rowley,* 2002: Assessing ‚Neighborhood Effects': Social Processes and New Directions in Research. Annual Review of Sociology 28: 443–478.

Sampson, Robert J., und *John Laub*, 2004: A General Age-Graded Theory of Crime. Lessons Learned and The Future of Life-Course Criminology. In: *David Farrington* (Hg.), Testing Integrated Developmental/Life Course Theories of Offending. New Brunswick: Transactions (im Druck).

Savelsberg, Joachim, und *Robert J. Sampson,* 2002: Mutual Engagement? Criminology and Sociology. Crime, Law & Social Change 37: 99–105.

Schumann, Karl F. (Hg.), 2003a: Berufsbildung, Arbeit und Delinquenz. Bremer Längsschnittstudie zum Übergang von der Schule in den Beruf bei ehemaligen Hauptschülern, Bd. 1. Weinheim: Juventa.

Schumann, Karl F. (Hg.), 2003b: Delinquenz im Lebenslauf. Bremer Längsschnittstudie zum Übergang von der Schule in den Beruf bei ehemaligen Hauptschülern, Bd. 2. Weinheim: Juventa.

Shaw, Clifford, und *Henry D. McKay*, 1969 [1942]: Juvenile Delinquency and Urban Areas. Chicago: Chicago University Press.

Sherman, Lawrence, 1997: Policing for Crime Prevention. Kapitel 7 in: *Lawrence Sherman* (Hg.), Preventing Crime: What Works, What Doesn't, What's Promising? A Report to the United States Congress College Part. MD: University of Maryland.

Short, James F., Jr., 2002a: Ethnische Segregation und Gewalt. S. 104–123 in: *Wilhelm Heitmeyer* und *John Hagan* (Hg.), Internationales Handbuch der Gewaltforschung. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Short, James F., Jr., 2002b: Criminology, the Chicago School and Sociological Theory. Crime, Law and Social Change 37: 107–115.

Simon, Jonathan, 1997: Governing Through Crime. S. 171–189 in: *Lawrence Friedman* und *George Fisher* (Hg.), The Crime Conundrum: Essays on Criminal Justice. Boulder, Co.: Westview.

Sparks, Richard, 2000: Bringing it all Back Home: Populism, Media Coverage, and the Dynamics of Locality and Globality in the Politics of Crime Control. S. 196–213 in: *Kevin Stenson* und *Richard Sullivan* (Hg.), Crime, Risk and Justice. Cullompton: Willan.

Stelly, Wolfgang, und *Jürgen Thomas,* 2001: Einmal Verbrecher, immer Verbrecher? Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Taylor, Ian, Paul Walton und *Jock Young* (Hg.), 1975: Critical Criminology. London: Routledge.

Tertilt, Hermann, 1996: Turkish Power Boys. Ethnographie einer Jugendbande. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Thrasher, Frederic M., 1927: The Gang: A Study of 1313 Gangs in Chicago. Chicago: The University of Chicago Press.

Thome, Helmut, 2004: Theoretische Ansätze zur Erklärung langfristiger Gewaltkriminalität seit Beginn der Neuzeit. S. 315–345 in: *Wilhelm Heitmeyer* und *Hans-Georg Soeffner* (Hg.), Gewalt: Entwicklungen, Strukturen, Analyseprobleme. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Tonry, Michael (Hg.), 1997: Ethnicity, Crime, and Immigration. Comparative and Cross-National Perspectives (Crime and Justice. A Review of Research, Bd. 21). Chicago: Chicago University Press.

Trotha, Trutz von, 1977: Ethnomethodologie und abweichendes Verhalten. Anmerkungen zum Konzept des ‚Reaktionsdeppen'. Kriminologisches Journal 9: 98–115.

Warner, Barbara D., 2003: The Role of Attenuated Culture in Social Disorganization Theory. Criminology 41(1): 73–98.

Weitekamp, Elmar, Hans-Jürgen Kerner, Wolfgang Stelly und *Jürgen Thomas*, 2000: Desistance from Crime: Life History, Turning Points, and Implications for Theory Construction in Criminology. S. 197–218 in: *Susanne Karstedt* und *Kai Detlev Bussmann* (Hg.), Social Dynamics of Crime and Crime Control. New Theories for a World in Transition. Oxford: Hart.

Wheaton, Blair, und *Philippa Clarke*, 2003: Space Meets Time: Integrating Temporal and Contextual Influences on Mental Health in Early Adulthood. American Sociological Review 68: 680–706.

Whyte, William F., 1943: Street Corner Society. The Social Structure of an Italian Slum. Chicago: Chicago University Press.

Wikström, Per-Olof, und *Rolf Loeber,* 2000: Do Disadvantaged Neighborhoods Cause Well-Adjusted Children to Become Adolescent Delinquents? Criminology 38: 1109–1142.

Wikström, Per-Olof, und *Robert J. Sampson*, 2003: Social Mechanisms of Community Influences on Crime and Pathways in Criminality. S. 118–148 in: *Benjamin B. Lahey* und *Avshalom Caspi* (Hg.), The Causes of Conduct Disorder and Serious Juvenile Delinquency. New York: Guilford Press.

Wikström, Per-Olof, 2004: Crime as Alternative. Towards a Cross-Level Situational Action Theory of Crime Causation. In: *Joan McCord* (Hg.), Beyond Empiricism: Institutions and Intentions in the Study of Crime. New Brunswick: Transaction (im Druck).

Wilson, William J., 1987: The Truly Disadvantaged: The Inner City, the Underclass, and Public Policy. Chicago: Chicago University Press.

Wright, Bradley R., Avshalom Caspi, Terrie E. Moffitt und *Raymond Paternoster,* 2004: Does the Perceived Risk of Punishment Deter Criminally Prone Individuals? Rational Choice, Self-Control, and Crime. Journal of Research in Crime and Delinquency 41(2): 180–213.

Young, Jock, 1999: The Exclusive Society. Social Exclusion, Crime and Difference in Late Modernity. Thousand Oaks: Sage.

I. Theoretische Perspektiven

DIE KULTUR DER „HIGH CRIME SOCIETIES“

Voraussetzungen einer neuen Politik von „Law and Order“*

David Garland

Zusammenfassung: Im Rahmen des Versuchs, eine umfassende Erklärung für das Auftreten neuer Strategien der Kriminalitätskontrolle in Großbritannien und den USA zu entwickeln (Garland 2001), wird hier eine Theorie der kulturellen Adaption vorgestellt. Dieses Vorhaben versteht sich als eine ‚Geschichte der Gegenwart‘ von Kriminalität und Kontrolle. Der Beitrag untersucht, in welcher Weise Veränderungen der allgemeinen Kriminalpolitik und in der Administration von Kriminalitätskontrolle und Justiz durch zeitlich weiter zurückreichende Prozesse sozialen Wandels auf der Ebene sozialer Strukturen und ‚kultureller Empfindsamkeiten‘ bedingt und geformt wurden. Eine historische Untersuchung dieser Prozesse wird in ihren Umrissen vorgestellt, und zugleich werden die entscheidenden Merkmale der Kultur von ‚High Crime Societies‘ herausgearbeitet.

I. Die neue Politik von „Law and Order“

In einem früher erschienenen Artikel habe ich eine These aufgestellt, mit Hilfe derer ich versuchte, neue Entwicklungen der Kriminalitätskontrolle zu erklären, und zwar sowohl aus der Sicht der Administration als auch derjenigen der politischen Akteure, die für die politischen Entwicklungen direkt verantwortlich sind (Garland 1996). Hier stelle ich eine weitere Ausarbeitung zu meiner These vor, in der ich nunmehr beschrei-

* Übersetzte und gekürzte Fassung des Aufsatzes „The Culture of High Crime Societies. Some Preconditions of Recent ‚Law and Order‘ Policies“ (British Journal of Criminology 40, 2000, 347–375), mit freundlicher Genehmigung von Oxfort University Press. Ich bedanke mich bei den folgenden Freunden und Kollegen und Kolleginnen für ihre Hilfe bei diesem Aufsatz: Liena Gurevitch, James B. Jacobs, Aaron Kupchik, Pat O’Malley, Geoff Pearson, Joachim Savelsberg, Michael Tonry und Franklin Zimring. Mein Dank gilt auch den Teilnehmern der Seminare, in denen der Aufsatz diskutiert wurde: Yale Law School, Michigan Law School, Toronto Centre for Criminology und McGill University, Sociology Department. Ich möchte ferner dem Filomen D’Agostino und Max E. Greenberg Research Fund für die finanzielle Unterstützung danken. Mein Dank gilt schließlich Heide Schmidt, die diese Übersetzung mit viel Einfühlungsvermögen in komplizierte Sachverhalte hervorragend ausgeführt hat.

be, inwieweit bestimmte Veränderungen in der Struktur der Gesellschaft und der kulturellen Sensibilität diese Formen der Kriminalpolitik möglich gemacht haben. Meine These in diesem Aufsatz ist, dass die spezifischen Konfigurationen, die sich im Feld der Kriminalitätskontrolle in den letzten Jahrzehnten entwickelt haben, ihre Wurzeln in einer neuen kollektiven Erfahrung von Kriminalität und Unsicherheit haben, einer Erfahrung, die wiederum von den gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Gegebenheiten geprägt wird, die charakteristisch für den Kapitalismus des späten 20. Jahrhunderts sind.[1]

Die kognitiven und emotionalen Dimensionen dieser kollektiven Erfahrung wurden von Politikern, Politikstrategen und Meinungsmachern aufgenommen, bearbeitet und für ihre jeweiligen Zwecke neu aufbereitet. Der politische Prozess ist in diesem Sinne determinierend (für die Kriminalpolitik). Aber es wäre ein Fehler, unsere ganze Aufmerksamkeit auf die Prozesse der politischen Transformation und Darstellung zu richten. Die sich neu entwickelnde Politik der Kriminalitätskontrolle beruht sowohl hinsichtlich ihrer Möglichkeiten und ihrer öffentlichen Resonanz auf der vorgängigen Existenz von weit verbreiteten gesellschaftlichen Routinen und kulturellen Empfindsamkeiten. Diese Routinen und Empfindsamkeiten sind die vor-politischen Bedingungen, die diese Art von Politik in Großbritannien und in den USA sowohl möglich (im technischen Sinne) wie wünschenswert (für entscheidende Gruppen der Wählerschaft) gemacht haben.[2]

Da es Sache der Politik ist, Strategien zur Kriminalitätskontrolle zu entwickeln, zu diskutieren und sie in Gesetze umzusetzen, ist es nicht erstaunlich, dass sich die meisten Kommentare auf den politischen Prozess, seine Interessen und Ideologien ausgerichtet haben.[3] Ich stelle dagegen die These auf, dass die neue Politik der Kriminalitätskontrolle gesellschaftlich und kulturell bedingt ist und dass der Inhalt, der Zeitpunkt und die öffentliche Resonanz dieser Politik nur verstanden werden können, wenn man die Veränderungen der gesellschaftlichen Praxis und der kulturellen Mentalität berücksichtigt. Das impliziert nicht, wie ich ausdrücklich wiederholen möchte, dass Politik und politische Entscheidungen durch Ereignisse und Umstände in anderen Bereichen determiniert und unvermeidlich werden. Partei- und Sachpolitik zu betreiben heißt immer, eine Wahl zu treffen, Entscheidungen zu fällen und impliziert die Möglichkeit, grundsätzlich anders zu handeln. Meine These ist, dass die politischen

1 Für die weitere Entwicklung dieser These, die zeigt, wie diese kriminalitätszentrierten Entwicklungen mit den generellen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen der letzten 50 Jahre und dem veränderten Charakter von Klassen-, ethnischen und Geschlechterbeziehungn verbunden sind und von ihnen bedingt werden, siehe Garland (2001).

2 Der Artikel geht von der Annahme aus, dass es strukturelle Ähnlichkeiten (sowie weitreichende Beispiele von Imitation und Anleihen) gibt, die es lohnenswert machen, Großbritannien und die USA gemeinsam zu betrachten. Dabei werden natürlich wichtige Unterschiede nicht beachtet. Was ich jedoch für interessant halte und für Wert erachte zu erklären, ist die Tatsache, dass sich sehr ähnliche Muster der Straf- und Kontrollpolitik in beiden Ländern in den vergangenen Jahrzehnten entwickelt haben. Meine These wird sich nur dann auf Unterschiede im Inhalt, im Zeitpunkt und Kontext beziehen, wenn diese relevant für die strukturelle Analyse sind.

3 Siehe Garland (1996) genau dazu; siehe auch Savelsberg (1994), von Hirsch (1995), O'Malley (1999), Scheingold (1995), Cohen (1985), Beckett (1997).

Strategien, die hier diskutiert werden, bestimmte Bedingungen benötigten, um möglich zu werden, und dass das Vorhandensein dieser Hintergrundbedingungen die Wahrscheinlichkeit beträchtlich erhöht, dass diese Politik dann tatsächlich gemacht wird.[4]

Ich werde damit beginnen, dass ich kurz die wesentlichen Argumente meines vorangegangenen Aufsatzes zusammenfasse. Die derzeitige Kriminalitätskontrolle in Großbritannien und den USA weist zwei neue und entscheidende Richtungen der Kriminalpolitik auf: eine „adaptive Strategie" (*adaptive strategy)*, die Prävention und Partnerschaft zum Ziel hat, und eine Strategie „souveräner Staatlichkeit" (*sovereign state strategy*), die auf Verstärkung der Kriminalitätskontrolle und expressive Bestrafung setzt. Beide Strategien, die sich deutlich von der Straf- und Wohlfahrtspolitik (*penal-welfare policies*) der vorangegangenen Jahrzehnte unterscheiden, wurden als Antwort auf ein neues Dilemma entwickelt, dem sich die Regierungen vieler postmoderner Gesellschaften konfrontiert sahen. Diese Zwangslage erwuchs aus der Tatsache, dass zu einem bestimmten historischen Zeitpunkt eine hohe Kriminalitätsrate ein normaler gesellschaftlicher Tatbestand geworden war und gleichzeitig die Lösungen der Straf- und Wohlfahrtspolitik in Ungnade fielen. Das moderne, differenzierte System der Strafjustiz schien bei der Aufgabe zu versagen, ein angemessenes Maß an Sicherheit für die Bürger zu gewährleisten.

Die Notwendigkeit für den Staat, diese Realitäten einerseits anzuerkennen, ohne jedoch andererseits den Eindruck zu erwecken, sich in ihrem Angesicht zurückziehen zu wollen, stellt nunmehr ein akutes und stetig wiederkehrendes politisches Problem dar. Politische Akteure ebenso wie die staatliche Bürokratie erkennen dieses Dilemma zunehmend an und passen sich an seine Anforderungen an, indem sie z.B. die Aufmerksamkeit auf die Folgen von Kriminalität (Opfer, Kosten, Kriminalitätsfurcht usw.) statt auf die Ursachen richten. Eine wichtige und innovative Reaktion bestand darin, dass der Staat seinen Anspruch zurücknahm, die alleinige Verantwortung für die Sicherheit zu tragen, und dass er versuchte, Kriminalitätskontrolle auf einer entdifferenzierten Partnerschaftsbasis umzuformen. Mit diesem Arrangement arbeitet der Staat *durch* die Zivilgesellschaft und nicht *„über sie hinweg"* und betont damit eher proaktive Vorbeugung als die Verfolgung und Bestrafung Einzelner. Adaptive Lösungen wie diese sind politisch schwierig und institutionell radikal. Sie implizieren u.a. die Bildung hybrider Organisationen, die die alten Grenzen von öffentlichem und privatem Leben überschreiten; ferner die Aktivierung von vorbeugenden Maßnahmen auf Seiten der Kommunen, der Unternehmen und der Bürgerinnen und Bürger; und schließlich eine Neudefinition der Ziele und Praktiken in den Organisationsapparaten der Polizei, der Bewährungshilfe und der Gefängnisse. Regierungen haben begonnen, solche adaptiven Reaktionen zu entwickeln und neue Infrastrukturen für die Kriminalprävention und für die Beziehung zwischen Polizei und Bürgern (c*ommunity policing*) durch Strategien der kommunalen Kriminalprävention aufzubauen.

Aber Regierungsvertreter – und besonders gewählte – sind zutiefst ambivalent im Hinblick auf diese und andere adaptive Strategien und zucken häufig vor deren Konsequenzen zurück. Vor allem unter bestimmten Umständen oder mit Bezug auf spezifi-

4 Vergleichende Forschung könnte sich sinnvollerweise auf solche Fälle konzentrieren, in denen die gesellschaftlichen und kulturellen Bedingungen, die ich beschreibe, vorhanden sind, aber die entsprechenden Kontrollstrategien fehlen oder vice versa.

sche Delikte oder Tätergruppen reagieren sie auf das Dilemma, indem sie es verleugnen und den alten Mythos vom mächtigen Staat reaktivieren. Im Ergebnis entstehen dann expressivere und intensivere Formen der Polizeiarbeit und der Bestrafung, die beide darauf abzielen, die Gefühle der Öffentlichkeit ebenso wie die volle Macht der Staatsautorität deutlich zu machen und zu vermitteln.

Ich möchte nun hier mit dieser Analyse fortfahren, indem ich eine Reihe von Fragen zu diesen beiden Strategien stelle, die ich der Einfachheit halber „Präventionspartnerschaft" (*preventive partnership)* und „punitive Segregation" (*punitive segregation)* nennen werde. Wo kommen diese Strategien her? Welches sind ihre historischen Existenzbedingungen? Aus welchen Quellen speist sich ihre gesellschaftliche Unterstützung und ihre kulturelle Resonanz?

Was die Strategie der „Präventionspartnerschaft" betrifft, so bezieht sich die Schlüsselfrage auf deren Möglichkeit, eine neue Form der Rationalität in der Kriminalitätskontrolle zu mobilisieren – eine neue Art des Denkens und Handelns, die sich radikal von den vorangegangenen Methoden der Kriminalitätskontrolle unterscheidet. Präventionspartnerschaften ziehen eine ganz neue Infrastruktur von gewissermaßen vertraglichen Vereinbarungen nach sich, in denen staatliche und nichtstaatliche Organisationen ihre Aktionen koordinieren, um die Sicherheit in den Kommunen zum einen durch die Reduzierung von Gelegenheiten zur Begehung von Delikten und zum anderen durch die Stärkung des Bewusstseins für Kriminalität zu erhöhen. Auf beiden Seiten des Atlantiks haben wir die Zunahme kommunaler Polizeiarbeit in ihren verschiedensten Formen beobachten können, z.B. durch die Koordination der Behörden für sozialen Wohnungsbau, öffentliche Verkehrsmittel und Stadtplanung, von Schulen und Sozialarbeit gemeinsam mit Polizei und Justiz in dem Bemühen, die Verantwortung dieser Akteure für die Kriminalitätskontrolle zu etablieren und auszubauen. Dazu gehören Partnerschaften zwischen dem öffentlichen und privaten Sektor wie beispielsweise in *Business Improvement Districts*, kommunale Kriminalpräventionsräte und „*Neighbourhood Watch*"-Programme in Wohnvierteln, oder Projekte, die die Energien und Interessen privater Bürger und kommerzieller Organisationen kanalisieren und für die Kriminalprävention nutzbar machen (Skogan 1988; Rosenbaum 1988; Grabosky 1992; Crawford 1997; Garland 1998). Diese Strategie zieht eine Reihe von kriminologischen Annahmen nach sich (die neue „Kriminologie der Opportunitätsstrukturen") sowie ferner einen neuen politisch-administrativen Stil („Dezentralisierung von Verantwortung"; „Regieren aus der Distanz") und ein Repertoire von Techniken und Wissensbeständen, die alle ziemlich neu sind und sich in je unterschiedlicher Weise von den früher etablierten und eingefahrenen Wegen des Denkens und Handelns unterscheiden (Garland 1996).

1. Die Strategie der punitiven Segregation

Es gibt derzeit eine lange Liste von Maßnahmen, die eine Wende zur Punitivität im gegenwärtigen Strafrecht indizieren. Dazu gehören härtere Strafen und ein zunehmender Anteil von Gefängnisstrafen; die Praxis von „three strikes and you are out" sowie gesetzlich vorgeschriebene Mindeststrafen, die Reduzierung vorzeitiger Entlassungen

und eine restriktivere Handhabung von Entlassungen auf Bewährung; ferner Verschärfungen der Haftbedingungen und strikteste Handhabung des Regimes in Gefängnissen, was vor allem die Aufhebung von Vergünstigungen bedeutet. Dazu rechne ich weiterhin, dass Vergeltung als Sanktionsprinzip in Jugendgerichten wieder eingeführt wird sowie die Inhaftierung von Kindern; das Wiederaufleben von Sträflingskolonien (*chain gangs*) und körperlicher Züchtigung; die Organisation von Gefängnissen als militärische Ausbildungslager (*boot camps*) und die Einrichtung von Hochsicherheits-Gefängnissen (*supermax prisons*). Hinzu kommen neue Delikte, für die die Todesstrafe gesetzlich vorgesehen ist, und entsprechend eine Zunahme von Todesurteilen; Registrierungspflicht für Sexualstraftäter in ihren Wohngemeinden und die Information der Öffentlichkeit über deren Wohnsitze sowie bundesweite Register für pädophile Täter oder Sexualstraftäter im Allgemeinen. Schließlich gehört die Politik der *Zero Toleranz* gegenüber kleinen Vergehen und Ordnungswidrigkeiten in diese Liste.[5] Derzeitige Analysen tendieren dazu, diese Strategie als ein vorrangig politisches Phänomen zu sehen: nämlich als Gelegenheit zur symbolischen Demonstration souveräner Macht und als politisch gelenkte Rituale einer mechanischen Solidarität. Harte Strafen und die kraftvolle Rhetorik von „Law and Order" werden vom Staat als machtvolle Gesten eingesetzt, um sich der eigenen Herrschaft zu versichern und öffentliche Zuversicht auszustrahlen, und beide finden Unterstützung in der Öffentlichkeit, für die dieser Prozess von Verurteilung und Bestrafung dazu dient, dass sich die Spannungen nachdrücklich in einem Moment der Einigkeit angesichts von Kriminalität lösen. Kurz gesagt, es ist die Standardgeste einer „expressiven Justiz", nur zu vertraut aus der Geschichte. Aber mir scheint – und damit lasse ich diese Standardanalysen jetzt einmal hinter mir –, dass die heutigen Bestrafungsstrategien in vieler und spezifischer Hinsicht anders sind und dass diese anderen Charakteristika durch den postmodernen gesellschaftlichen Kontext geformt wurden, in dem sie sich entwickelten.[6]

Der erste Punkt, der im Hinblick auf diese Maßnahmen der Härte gegenüber Kriminalität zu erwähnen ist, betrifft den typischen expressiven Modus der Bestrafung. Trotz des expressiven Modus der Aktion – Bestrafung um der Bestrafung willen, das Ansprechen öffentlicher Gefühle, die Hervorhebung punitiver oder rein denunziatorischer Ziele –, legen diese Maßnahmen doch gleichzeitig eine eher instrumentelle Logik an den Tag. Typischerweise operiert jede Maßnahme mit zwei verschiedenen Regis-

5 Die USA haben sich offensichtlich viel weiter in diese Richtung bewegt als Großbritannien, und es gibt große Unterschiede im Ausmaß und in der Intensität zwischen beiden Rechtssystemen. Aber besonders signifikant und relevant für die strukturelle Analyse, die hier vorgelegt wird, ist das Ausmaß, in dem sich die strategischen Muster, diskursiven Themen und die politischen Optionen der beiden Nationen in den vergangenen Jahren angeglichen haben.

6 Zur Diskussion der Arbeitskommandos von Strafgefangenen, die 1995 in Alabama und in der Folge auch in verschiedenen anderen Südstaaten wieder eingeführt wurden, siehe Barry (1997). Gesetzesvorlagen, die die körperliche Züchtigung von Jugendlichen gestatten, wurden dem Parlament des Staates Mississippi vorgelegt (und passierten dieses), ebenso den Parlamenten von Oklahoma, New York und Kalifornien zwischen 1994 und 1997. Zu strikten Gefängnisregimes („*no frill prisons*") siehe Nossiter (1994), der die Wiedereinführung von gestreiften Gefängnisuniformen und die Rücknahme von Privilegien in Gefängnissen der Südstaaten beschreibt. Zur Behandlung von Sexualstraftätern wie auch zu den *Anti Social Behaviour Orders* (gerichtliche Anordnungen bei kleineren Vergehen gegen die öffentliche Ordnung) und gesetzlichen Mindeststrafen in Großbritannien siehe Downes (1998).

tern: mit einem Register expressiven Strafens, das Symbole der Verurteilung und des Leidens nutzt, um seine Botschaft zu vermitteln, und mit einem instrumentellen Register, das den Schutz der Öffentlichkeit und staatliches Krisenmanagement betont. Die bevorzugten Modi des Ausdrucks der Punitivität sind ferner, und das ist besonders wichtig, Modi der pönalen Segregation (*penal segregation*) und der pönalen Kennzeichnung und Stigmatisierung (*penal marking*). Die Bestrebungen der Kriminalpolitik sind heute weder ausschließlich an Strafe noch am Schutz der Öffentlichkeit orientiert. *Das neue kriminalpolitische Ideal ist, dass die Öffentlichkeit gleichzeitig geschützt und ihre Gefühle ausgedrückt werden.* Punitive Segregation – lange Haftzeiten in Gefängnissen ohne Hafterleichterung und eine gebrandmarkte und stetig überwachte Existenz für die, die entlassen werden – wird zunehmend zur bevorzugten Bestrafungsstrategie.

Der zweite bemerkenswerte Punkt im Hinblick auf diese Maßnahmen ist, dass sie *populistisch* und *politisiert* sind (Bottoms 1995; Zimring 1996). Die kriminalpolitischen Maßnahmen sind so angelegt, dass sie der öffentlichen Meinung den Vorrang gegenüber den Ansichten von Experten im System der Justiz und von professionellen Eliten geben. Die professionellen Gruppen, die bis vor kurzem politikbildend waren, bleiben zunehmend außerhalb des Entscheidungsprozesses und haben keine Stimme. Politik wird von politischen Aktionsgruppen und politischen Ratgebern – und nicht von Forschern oder Experten innerhalb der Administration formuliert (Lewis 1997; Pillsbury 1995). Politische Initiativen werden im politischen Umfeld angekündigt: auf Parteitagen, Parteiversammlungen und in Fernsehinterviews. Sie werden in wohlklingende, mundgerechte Formulierungen gegossen: „Gefängnisstrafe wirkt“, „Drei Delikte und du bist dran“ (*three strikes and you are out*), „Keine vorzeitige Haftentlassung“, „Kein Freizeit-Gefängnis“; „Härte gegenüber Kriminalität, Härte gegenüber den Ursachen von Kriminalität“. Diese Initiativen sind häufig weder erforscht noch im Hinblick auf ihre Kosten oder Konsequenzen für die Zukunft ausreichend kalkuliert, was in anderen Politikbereichen inzwischen zum Standard gehört.

Das dritte Merkmal dieser Strategie ist, dass sie eine neue Verbindung zu der Figur des Opfers herstellt. Die Interessen und Gefühle der Opfer – der tatsächlichen Opfer, der Familien der Opfer, der potenziellen Opfer und der projizierten Bilder „des Opfers“ – werden routinemäßig hinzugezogen, um die Maßnahmen der punitiven Segregation zu unterstützen. Amerikanische Politiker verkünden neue Strafgesetze, die Mindeststrafen festlegen (*mandatory sentencing laws*) und sind dabei auf dem Podium von den Familien von Verbrechensopfern umringt. Opfer von Kriminalität sind gesuchte Sprecher auf britischen Parteiversammlungen. Gesetzliche Maßnahmen werden nach prominenten Opfern benannt (*Megan's Laws, Jenna's Laws, the Brady Bill*). Der neue Imperativ der Kriminalpolitik ist, dass Opfer geschützt werden müssen, ihre Stimmen gehört, ihr Andenken geehrt, ihrer Wut Ausdruck verliehen und ihre Ängste ausgesprochen werden müssen. Die Rhetorik der kriminalpolitischen Debatte beschwört routinemäßig das Bild des Opfers – typischerweise ein Kind, eine Frau oder ein älterer Bürger – als das eines rechtschaffenen Menschen, dessen Leiden Ausdruck verschafft wird und dessen Sicherheit in Zukunft garantiert sein muss. Jeder unpassende Hinweis auf die Rechte und das Wohlergehen des Täters wird als Ablenkung vom angemessenen Maß an Respekt für das Opfer gesehen. Eine politische Logik hat sich etabliert, die besagt, dass der, der „für“ die Opfer ist, automatisch hart mit den Tätern umgehen

muss. Es handelt sich um ein politisches Null-Summen-Spiel, in dem der Gewinn des Täters in Form von Rehabilitation und anderen Maßnahmen zum Verlust des Opfers wird.

Dies ist der neue und beherrschende Zug gegenwärtiger Strafkultur. Die Geschichte, wie das moderne Strafrechtssystem über fast zwei Jahrhunderte die Opfer ausgeschlossen hat, indem es ihre Erfahrungen in ein rechtsförmiges Verfahren umgewandelt hat, ist oft genug erzählt worden (Christie 1977; Elias 1993). Das gilt ebenso für die jüngere Geschichte des Wiederauftauchens des Opfers als einer Partei im Verfahren oder im Täter-Opfer-Ausgleich (Rock 1990). In dieser Geschichtsschreibung wird nicht genügend beachtet, in welchem Ausmaß die Figur des Opfers den Status eines „repräsentativen Individuums" in der gegenwärtigen Gesellschaft angenommen hat.

Das Opfer eines Verbrechens ist nicht länger ein Bürger, der das Unglück gehabt hat, dass ihm oder ihr ein Schaden durch ein Delikt zugefügt wurde, und dessen Bedürfnisse und Betroffenheit unter das „öffentliche Interesse" subsumiert werden, das Strafverfolgung und Strafvollzug leitet. Das Opfer ist heutzutage in gewissem Sinne eine eher repräsentative Figur, deren Erfahrung als allgemein und kollektiv und nicht mehr nur als individuell oder Ausnahme angesehen wird (Labour Party 1995; President's Task Force on Victims 1982; Young 1996). Wer immer im Interesse von Opfern spricht, spricht im Interesse von uns allen – so oder ähnlich stellt sich die neue politische Weisheit der High Crime Societies dar (Sykes 1992; Kaminer 1995). Diese Perspektive des Opfers als „Jedermann" (und vor allem, „jeder Frau") hat die bislang gültigen Vorstellungen von „Öffentlichkeit" unterminiert und dazu beigetragen, diese kollektive Existenz neu zu definieren und zu dekonstruieren. Es reicht nicht mehr aus, die Erfahrungen des individuellen Opfers in der generellen Vorstellung des Allgemeinwohls aufzufangen: Das öffentliche Gut muss individualisiert werden – in individuelle Einzelne zerlegt werden. Ganz bestimmte Opfer sollen eine Stimme haben: Sie sollen Erklärungen vor Gericht über die Folgen der Tat abgeben, sie sollen zur strafrechtlichen Verfolgung befragt werden, zu Verurteilung und Bewährung, und sie müssen über die Lebensumstände des Täters nach seiner Freilassung informiert werden (siehe Elias 1993). War das Kernstück der Straf- und Wohlfahrtspolitik (aus der Sichtweise der Experten) der einzelne Täter und seine oder ihre Bedürfnisse, so ist das Kernstück des gegenwärtigen Diskurses das einzelne Opfer und seine oder ihre Gefühle (bzw. die jeweilige politische Projektion).

Um die deutlich punitiven Aspekte dieser Strategie *und* ihrer Ausrichtung auf Sicherheit und Segregation zu verstehen, müssen wir die neue kollektive Bedeutung des „Opferseins" (*victimage*) untersuchen. Wir haben dabei zu analysieren, welche neuen Erfahrungen von Viktimisierung und Unsicherheit dazu beigetragen haben und die Beziehung zu untersuchen, die sich derzeit zwischen dem individuellen Opfer, dem symbolischen Opfer und den öffentlichen Institutionen, die seine Interessen repräsentieren und seine Klage vertreten, entwickeln. Die gegenwärtige Strategie der punitiven Segregation sollte nicht als ein neuerlicher Ausbruch des allgegenwärtigen punitiven Instinkts oder primitiver Gefühle gesehen werden. Kollektive Gefühle sind sicherlich eine Komponente dieser Politik – es ist in der Tat ein Charakterzug dieser Kultur, dass sie zu Emotionalität und zur emphatischen Äußerungen von Gefühlen auffordert. Wut und Ärger sind Mittel gegen Furcht und Angst, und der offene Ausdruck dieser Ge-

fühle ist ein Teil des Trostes und der Therapie, die damit angeboten werden. Aber diese Gefühle sind sehr spezielle Emotionen, die in spezifischen Merkmalen unseres gesellschaftlichen Gefüges begründet liegen und nicht in einem zeitlosen punitiven Instinkt. Sie werden konditioniert, hervorgerufen und kanalisiert durch gesellschaftliche Routinen und kulturelle Praktiken der gegenwärtigen Gesellschaft sowie in bestimmter Weise durch die Strategie der punitiven Segregation aufgenommen und artikuliert und sind somit ein Resultat dieses politischen und kulturellen Prozesses.

2. Das Problem einer historischen Erklärung

Die historische Entwicklung dieser Strategie erfordert eine Analyse, die nicht nur ihre verschiedenen Elemente erklären kann, sondern auch den Zeitpunkt ihres ersten Erscheinens und das Ausmaß ihrer Beliebtheit und ihrer Verbreitung politischer Akzeptanz. Punitive Politik wird nicht immer als Bedürfnis der Opfer oder als notwendig zum Schutz der Öffentlichkeit deklariert. Sie ist nicht immer und überall ein Rezept für politischen Erfolg. Auch war die Kriminalitätskontrolle keineswegs immer ein passender Rahmen für populistische Formeln oder Diskussion. Über weite Teile des 20. Jahrhunderts hinweg haben Bestrafung und Kriminalitätskontrolle kaum eine Rolle im Wahlkampf gespielt, besonders nicht auf der nationalen Ebene (Friedman 1993; Chernoff et al. 1996; Jacob 1984; Downes and Morgan 1994; Beckett 1997). Erst in den 1960er Jahren in den USA und dann Mitte der 1970er Jahre in Großbritannien begannen republikanische und konservative Parteien, der Kriminalität eine prominente Rolle in ihren Parteiprogrammen zu geben. Es mussten erst einige Wahlen stattfinden, bevor der politische Gegner in der demokratischen und Labour Partei entsprechend reagierte, die Reaktion jedoch intensivierte die Debatte eher als dass sie sie grundsätzlich veränderte. Schließlich war es eine alte politische Weisheit, dass gewählte Amtsinhaber strittige Ankündigungen dann vermeiden sollten, wenn ein Versagen der Politik absehbar war (Windlesham 1993). Bis zu diesem Zeitpunkt waren die Details des Strafvollzugs und der gesamten Kriminalpolitik in den Händen von Experten innerhalb des Systems der justiziellen Kontrolle, und „öffentliche Meinung“ wurde eher als gelegentliche Bremse der Strafrechtspolitik empfunden und nicht als bevorzugte Quelle für politikgestaltende Initiativen.

Die Einflussmöglichkeiten der Expertengruppen, die Formulierung der Strafrechtspolitik zu kontrollieren und so wirksam eine entpolitisierte Kriminalitätskontrolle sicherzustellen, waren eine Folge der Rahmenbedingungen der Wohlfahrts- und Strafpolitik, und entsprechend dominierten sie die Kriminalpolitik in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg. Wohlfahrtsexperten gelang es, Probleme der Kriminalitätskontrolle als im Wesentlichen technische Probleme darzustellen, die am besten durch Fachwissen und empirische Forschung gelöst werden konnten. Es gelang ihnen auch, Argumente der Vergeltung oder entsprechende Emotionen als irrational und unangemessen abzutun – unwürdige Gefühle, die am besten unterdrückt wurden – bis hin zu dem Punkt, dass explizite punitive Emotionen aus dem offiziellen Diskurs über Kriminalität und ihre Kontrolle so gut wie verschwunden waren. Wenn das Wiederauftauchen von extrem harten Strafen in der Strafrechtspolitik eine Rückkehr des Verdräng-

ten bedeutet, dann signalisiert dies auch einen Wandel im Gleichgewicht zwischen Populismus und Professionalität in der Kriminalpolitik. Wir müssen uns daher fragen, warum die Öffentlichkeit sich in eine solche Erregung über Fragen der Kriminalität hineinsteigerte und warum die Experten ihre Fähigkeit verloren, den Einfluss der öffentlichen Meinung auf die Kriminalpolitik einzugrenzen.

Es wird oft ganz selbstverständlich davon ausgegangen, dass öffentliche Punitivität ein oberflächliches, von den Medien hervorgerufenes Phänomen ist. Diese Annahme tendiert unter anderem dazu, punitive Strafmaßnahmen nicht als echte Forderungen der Öffentlichkeit anzusehen, und zwar in dem Sinne, dass die Öffentlichkeit sich nicht wirklich für diese Maßnahmen engagiere oder dass – falls ein solches Engagement tatsächlich existieren sollte – es künstlich geweckt und aufgeputscht wurde. Dafür werden die Medien oder Wahlkampagnen verantwortlich gemacht, die beides falsch darstellen, sowohl das Ausmaß der Kriminalität wie die öffentliche Meinung zu diesem Thema. Öffentliche Unterstützung punitiver Politik ist aus dieser Perspektive das Produkt einer manipulativen politischen Rhetorik und einer hetzerischen Regenbogenpresse. Ohne Zweifel sind die Presse wie die Serien und Filme im Fernsehen ein wichtiger Faktor in der Formung des öffentlichen Wissens über Kriminalität, und das Resultat ist ein hohes Maß an Desinformation und Mythologisierung. Ebenso wahr ist aber auch, dass die Einstellungen der Bevölkerung zu Kriminalität und Strafe auf Information beruhen und durchaus durch aufklärerische Maßnahmen verändert werden können (Hough und Roberts 1999). Es ist aber ein Fehler, daraus den Schluss zu ziehen, dass die Wählerschaft leicht zu führen und unendlich formbar sei,[7] dass Massenunterstützung für punitive Politik aus dem Nichts beschworen werden könnte, oder dass die Presse und das Fernsehen eine Massenzuhörerschaft für Kriminalgeschichten mobilisieren könnte, ohne dass bestimmte gesellschaftliche und psychologische Bedingungen nicht schon vorhanden wären.

Punitive Politik ist nicht ohne Kosten zu haben. Neue Machtbefugnisse der Polizei, ein allgemein härteres Niveau an Bestrafungen oder Einschränkungen der Freiheiten ehemaliger Täter – all das hat seinen Preis in der Erosion bürgerlicher Freiheiten oder der Macht des Bürgers gegenüber dem Staat. Die populäre Unterstützung dieser Maßnahmen sowie die gut dokumentierte Faszination weiter Bevölkerungskreise durch Nachrichten über Verbrechen und Kriminalfilme (Reiner et al. 1998) sind Phänomene, die bestimmte Vorbedingungen haben. Sie werden nicht von irgendwoher heraufbeschworen, weder durch die magischen Kräfte einer Ideologie noch durch die unausweichliche Macht politischer Rhetorik. Wenn sich heute die Menschen massenweise gefühlsmäßig auf Kriminalgeschichten einlassen, punitive Politik unterstützen, entsprechend wählen und ihre Steuergelder für die Unterstützung dieser Maßnahmen ausge-

7 Die beste Studie zu diesem Problem stammt von Beckett (1997), die in der Tat ein hohes Ausmaß an Beeinflussbarkeit der Öffentlichkeit zeigt. Becketts Daten legen nahe, dass sich die öffentliche Beschäftigung mit Kriminalität und die öffentliche Meinung von den Schlagzeilen in den Medien leiten lässt und politischen Initiativen eher folgt. Aber Becketts Daten können leicht ein derartiges Ergebnis produzieren. So fragte sie in ihren Interviews „Welches ist das größte Problem für das Land?“ Eine solche Form der Befragung generiert leicht Antworten, die eher ein Wissen über die nationale Politik indizieren als persönliche Gefühle und lokale Sorgen. Anzumerken ist ferner, dass auch Beckett herausstellt, dass der Diskurs über ‚Recht und Ordnung‘ „wichtige kulturelle Themen und Gefühle“ widerspiegelt (S. 11).

ben wollen, dann ist das ein Phänomen, das der Erklärung bedarf. Die Evidenz ideologischer Manipulation und der Falschdarstellung durch Politiker ist hier relevant, aber sie wiegt nicht schwer genug, um die ganze Last der Erklärung zu tragen.

Schließlich bleibt noch die Frage nach dem Zeitpunkt. Das weitverbreitete Aufgreifen der punitiven Emotionen durch den Gesetzgeber und die Verbreitung von Strafgesetzen und kriminalpolitischen Maßnahmen, die diese Gefühle ausdrücken, korrespondieren beide nicht direkt mit einer steigenden Kriminalitätsrate. Die Höhepunkte der punitiven „Reaktion", die sowohl in den USA als auch in Großbritannien Mitte bis Ende der 1990er Jahre zu beobachten waren, bleiben weit hinter den Höhepunkten der Kriminalitäts- und Viktimisierungsraten zurück. Im Fall der USA handelt es sich dabei nicht nur um Monate oder Jahre, sondern um Jahrzehnte.[8] Ferner gibt es keine Anzeichen dafür, dass die Stabilisierung und der folgende Rückgang der Kriminalitätsrate in den 1980er und 1990er Jahren in den USA und in jüngster Zeit in Großbritannien dazu geführt hat, dass die politische und öffentliche Unterstützung für eine punitive Segregationspolitik zurückgegangen wäre.

Die Fragen, die ich hier angeschnitten habe, sind denen vergleichbar, die in letzter Zeit in der Literatur, die sich mit sozialen Problemen befasst, diskutiert wurden; hier haben Kritiker des „strikten Konstruktivismus" angefangen, das Problem des Kontextes zu betonen und darauf zu bestehen, dass strukturelle und kulturelle Vorbedingungen notwendig sind, um die öffentliche Aufmerksamkeit für bestimmte Forderungen und Probleme zu gewinnen (siehe Fine 1997; Goode 1994; Best 1993). Wissenschaftler auf diesem Gebiet stellen jetzt Fragen zur *Rezeptivität (receptivity):* Warum wird eine bestimmte Gesellschaft, eine gesellschaftliche Gruppe oder eine staatliche Administration empfänglich für die Bemühungen, ein soziales Problem zu konstruieren? Welches sind die Charakteristika eines gesellschaftlichen Umfeldes, das es zu einem fruchtbaren Boden für solche Konstruktionen macht?[9] Solche Fragen sind sicherlich Teil der Untersuchung, die ich hier umreiße. Ich ziehe es vor, darüber unter dem Aspekt der genealogischen Analyse nachzudenken, die jene historischen Existenzbedingungen erforscht, die die gegenwärtigen Strategien möglich gemacht haben. Das erlaubt mir nämlich, zwei Fragen gleichzeitig zu stellen: die Frage nach der „Erfindung" der rationalen Begründungen und der Technologien, die eine derartige Strategie ermöglichen, und nach den Mentalitäten, die sie wünschenswert machen.

---

8 1992 war das Jahr mit der höchsten Kriminalitätsrate in Großbritannien. Das Home Office (1996) berichtete: „1996 wurden 5,5 Millionen Delikte von der Polizei registriert, ein Prozent weniger als 1995. Das war der vierte jährliche Rückgang in Folge und damit das erste Ergebnis dieser Art in diesem Jahrhundert" (S. 16). Allerdings ergab sich aus dem British Crime Survey Report von 1996 ein Anstieg von vier Prozent bei Delikten gegen Personen und Eigentum zwischen 1995 und 1996. In den USA erreichte gemäß den UCR Daten die registrierte Kriminalität ihren Höhepunkt 1980 mit dem Rekord von 5.950 registrierten Fällen je 100.000 der Bevölkerung. Danach fiel die Rate ständig bis 1984, stieg wieder an bis 1990 und reduzierte sich während der 1990er Jahre entscheidend (United States Department of Justice 1995). Die nationalen Viktimisierungs-Surveys legen nahe, dass die Viktimisierungsrate ihren Höhepunkt 1981 erreicht hatte (United States Department of Justice 1994 und 1996).

9 Siehe Scheingold (1991) und Hall et al. (1978) zu wichtigen Analysen der Verbindung zwischen der Politik von ‚Law and Order' und dem sozialen und kulturellen Umfeld, in dem diese Politik allgemeine Resonanz findet.

II. Die neue Erfahrung von Kriminalität

Meine These ist, dass die Strategien der Präventivpartnerschaft und der punitiven Segregation durch bestimmte historische Anpassungsprozesse an die Erfahrungen mit Kriminalität bedingt und geformt wurden, ein Prozess, der in den 1960er und 1970er Jahren begann. Die Koordinaten dieser Erfahrung entwickelten sich früher und intensiver in den USA als in Großbritannien. Zwar hat jedes der beiden Länder seine besonderen Charakteristika und Schwerpunkte, aber es sind die Gemeinsamkeiten, die ich hier hervorheben möchte.[10]

In meinem vorausgegangenen Artikel habe ich dargelegt, dass hohe Kriminalitätsraten in den USA und in Großbritannien zu einem normalen gesellschaftlichen Tatbestand geworden sind. Der Artikel analysierte, wie Akteure in der Administration und Politik auf dieses Problem reagierten und wie die gegenwärtigen Strategien der Kriminalitätskontrolle in einem Prozess der Reaktion, der Anpassung und Problemlösung entwickelt wurden (Garland 1996). Wenn aber hohe Kriminalitätsraten ein normaler gesellschaftlicher Tatbestand geworden sind – „ein selbstverständlicher Teil modernen Bewußtseins, ein tägliches Risiko, das einkalkuliert und bewerkstelligt werden muss ... ein unser Leben begleitender Grundzug" (Garland 1996: 446) –, dann ist dies ein Tatbestand, der ursprünglich die gesamte Bevölkerung traf und mit dem sie sich auseinandersetzen musste. Er betraf also Menschen, die ihren normalen Geschäften nachgingen und ihr tägliches Leben lebten. Es ist die aktive Auseinandersetzung der Bevölkerung – oder vielmehr von Einzelnen, Haushalten, Gemeinden und Organisationen, aus denen sie sich zusammensetzt – mit diesem neuen gesellschaftlichen Tatbestand, die zunehmend eine neue kollektive Erfahrung mit Kriminalität und ein neues Bündel von Möglichkeiten der Kriminalitätskontrolle hat entstehen lassen.

Mit „Erfahrung" meine ich hier nicht das unmögliche empirizistische Konzept einer direkten, unvermittelten Begegnung mit der Wirklichkeit. Individuen mögen direkt die Betroffenen von Kriminalität sein, aber keiner von uns erfährt „Kriminalität" in einer unvermittelten, unvorbereiteten oder improvisierten und nicht vorgefertigten Weise. Die historisch angesiedelte „Erfahrung mit Kriminalität", auf die ich mich beziehe, wird konstituiert und gelebt von gesellschaftlich eingebundenen Individuen, die mit dem Komplex von Praktiken, Wissen, Normen und Sujektivitäten vertraut sind,

10 Das ungewöhnlich hohe Maß an tödlicher Gewaltkriminalität in den USA (Zimring und Hawkins 1997), die Verbreitung von Waffen, die Durchdringung der Gesellschaft mit rassistisch gefärbter Angst und Feindseligkeit, ein wesentlich durchlässigeres Netz sozialer Sicherung und der intensiv verfolgte „Krieg gegen Drogen" haben eine stärker akzentuierte Strategie der punitiven Segregation bewirkt als in Großbritannien. Die zentralisierte, administrative Macht, die das britische Home Office (Innenministerium) ausübt und ein frühes Engagement für Präventionspartnerschaften ermöglichten es, rascher eine präventive Strategie von größerer Geschlossenheit zu etablieren, als dies in den USA der Fall war. Die signifikanten Unterschiede zwischen den politischen Entscheidungsprozessen und den politischen Institutionen der beiden Länder haben einen starken Einfluss auf die Entwicklung der Politik der Kriminalitätskontrolle. Das Ausmaß, in dem die öffentliche Meinung direkt Strafgesetze und ihre Durchsetzung beeinflussen kann, unterscheidet sich erheblich zwischen den USA und Großbritannnien. Direkte Wählerinitiativen (direct ballot voter initiatives) und die Wahl von Staatsanwälten und anderen hohen Ämtern im System der Strafjustiz machen Populismus eher zu einem Wesenszug der Kriminalpolitik der USA. Zur Bedeutung dieser Unterschiede siehe Savelsberg (1994).

die eine Kultur ausmachen. Es ist eine kollektive kulturelle Erfahrung, die die Fäden ihrer Bedeutung in jede einzelne Begegnung einspinnt und die im Gegenzug durch die individuellen Begegnungen, die jeden Tag stattfinden, verändert und revidiert wird. Über Erfahrungen mit Kriminalität auf diese Weise zu sprechen, bedeutet darüber zu sprechen, welche Bedeutung Kriminalität in einer bestimmten Kultur zu einem bestimmten Zeitpunkt hat.[11] Es bedeutet, über ein dicht gewobenes Muster von kollektiven Mentalitäten und Empfindsamkeiten zu sprechen und über einen Begriffsapparat, durch den diese öffentlich repräsentiert werden – ein kulturelles Netz von Bedeutungen, das an bestimmte Lebensformen geknüpft und aus diesem Grunde nur schwer zu verändern und resistent gegenüber geplanten Veränderungen ist.

Ein solches Konzept ist natürlich zu breit, zu abstrakt und zu allgemein, um von großem Nutzen zu sein. Aber ich glaube, dass es uns erlaubt, grob einige historische Gegensätze zu kennzeichnen – wie zum Beispiel den Gegensatz zwischen der Erfahrung mit Kriminalität, der der Straf- und Wohlfahrtspolitik (siehe Garland 1985; Wiener 1990) zu Grunde lag, und der neuen Kriminalitätserfahrung, die die Rekonfiguration und gegenwärtige Formation des gesamten Feldes bedingt. Es erlaubt uns ferner, die Grundelemente der Wahrnehmung und der Zielsetzungen zu identifizieren, mit denen sich die Kriminalpolitik befasst.

Die kollektive Erfahrung mit Kriminalität tendiert dazu, hoch differenziert und stratifiziert zu sein, besonders in modernen Gesellschaften. Was ich versuche herauszuarbeiten und zu erklären, ist nicht die Verteilung der punitiven Gefühle, sondern ein spezifischer Wandel, der offenbar während der letzten drei Jahrzehnte aufgetreten ist. Dazu möchte ich die Veränderungen in den Erfahrungen einer bestimmten Gruppe hervorheben – der professionellen Mittelschichten, die oft auch als „liberale Elite" bezeichnet werden –, denn ich halte sie für entscheidend in diesem Zusammenhang. Auch wenn die öffentliche Meinung allgemein eine punitive Richtung eingeschlagen hat[12] (Pettinico 1994; Ellsworth und Gross 1994), gehe ich davon aus, dass es diese Gruppe ist, deren Einstellungen und Dispositionen während der letzten drei Jahrzehnte gründlich transformiert worden sind, und dass es ihre Adaption an die Erfahrung mit hohen Kriminalitätsraten war, die den größten Einfluss auf die Politik der Kriminalitätskontrolle hatte.

1. Die professionellen Mittelschichten und die Straf- und Wohlfahrtspolitik

Liberale Eliten, die gebildete Mittelschicht und die professionellen Angehörigen der öffentlichen Dienste (von Soziologen werden sie manchmal „die neuen Klassen" genannt – siehe Brint 1994) waren die Gruppen, die in erster Linie die Resozialisierungsziele der Wohlfahrts- und Strafrechtspolitik der Nachkriegszeit unterstützten und einen pro-

11 Zu Foucaults Gebrauch des Begriffs „Erfahrung", von dem ich das Konzept übernehme, siehe Foucault (1984).

12 Tyler et al. (1997) und Beckett (1997) fassen Ergebnisse von repräsentativen Befragungen zusammen, die nahe legen, dass die Kriminalpolitik in den USA in den letzten Jahrzehnten punitiver geworden ist. Zu Einstellungen zur Bestrafung in Großbritannien siehe Hough und Roberts (1998).

fessionellen, technischen und auf Fachwissen gegründeten Umgang mit der Kriminaljustiz förderten (Rutherford 1993). Sie haben dies teils als politische Wählergruppe getan, indem sie kompromisslos die Wohlfahrtsstaatsprogramme und die Programme der „*Great Society*"[13] unterstützten, insbesondere jedoch in ihrer Position als neue professionelle Schicht, die sich aus den Berufsgruppen der Sozialarbeiter, Erzieher, Psychologen, Psychiater, Bewährungshelfer, Verwaltungsangestellten usw. zusammensetzte und die die Positionen in den Bürokratien des Wohlfahrtstaates besetzten.

Drei Bedingungen verbanden die professionelle Mittelschicht mit der Kriminalpolitik der Resozialisierung. Erstens waren es politische und ökonomische Interessen, die die Mittelschicht mit der Wohlfahrtspolitik und ihren Institutionen verbanden. Es waren eher diese Gruppen als die weniger gut gestellten Schichten, die den größten Gewinn aus den Umverteilungseffekten der nationalen Pflichtversicherung, der Sozialversicherung, der Krankenversicherung, der Subvention von Hauseigentum und des staatlichen Schulwesens zogen (Baldwin 1990; Pierson 1994). Ferner waren es diese expandierenden Gruppen, die die neuen Positionen ausfüllen konnten, die mit der Ausweitung des öffentlichen Sektors, vor allem im Bildungsbereich, in der Sozialarbeit und der Betreuung von Kindern zur Verfügung standen (Perkin 1989).[14]

Zweitens war für die gebildete Mittelschicht eine „zivilisierte" Haltung gegenüber der Kriminalität – eher die sozialen Umstände verantwortlich zu machen als die Person, eher Hilfe und Behandlung als Bestrafung zu fordern – ein Zeichen des kultivierten Andersseins und einer urbanen, gebildeten und kultivierten Einstellung, im Gegensatz zu den eher „vulgären" und reaktionären Ansichten der Gruppen unmittelbar über und unter ihnen in der Hierarchie der Schichten (Ranulf 1964; Garland 1990). Der Kontrast zu dem „engstirnigen" Kleinbürgertum war für das spezifische Selbstbildnis dieser „neuen" Mittelschicht ebenso wichtig wie die Kritik an denen, die ihnen gesellschaftlich überlegen waren und die den Wert des Eigentums über Humanismus und Mitgefühl zu stellen schienen.

Die dritte Überlegung bezieht sich auf die soziale Distanz, die bis vor kurzem die professionelle Mittelschicht von Kriminalität und Unsicherheit trennte. Anders als die Armen oder auch die untere Mittelschicht lebte die professionelle Mittelschicht in den 1950er und 1960er Jahren weit entfernt von Kriminalität (Fishman 1987). Ihre Mitglieder wohnten in Stadtteilen und Vororten mit einer niedrigen Kriminalitätsrate. Ihre Kinder besuchten Schulen, die gut geführt und weitgehend frei von Kriminalität, Drogen und Gewalt waren. Ihre täglichen Routinen setzten sie nur selten Kriminalität aus, und Kriminalitätsfurcht hatte keinen Raum in ihrem Bewusstsein. Infolgedessen war das von ihnen bevorzugte Bild des ‚Kriminellen' das des mangelhaft sozialisierten, ausgebildeten und ernährten Jugendlichen – mithin eines ‚jugendlichen Täters', für den allgemeine Sozialreformen und individualisierte Behandlung im Vollzug oder außerhalb die angemessenen Reaktionen waren. Die Erfahrung mit Kriminalität, die in

13 Anm. der Hrsg.: Das Programm der „*Great Society*" wurde in den 1960er Jahren von Präsident L.B. Johnson ins Leben gerufen. Es war das letzte große sozialpolitische Programm zur Bekämpfung der Armut in den USA.

14 Diese ökonomischen Interessen und Ausbildungen unterscheiden die professionellen Mittelschichten und insbesondere die, die im öffentlichen Sektor beschäftigt sind, von den kommerziellen Mittelschichten in der freien Wirtschaft (Brint 1994).

hohem Maße die Kriminalpolitik beeinflusst und geformt hat, wurde aus einer sozialen Distanz vom Problem selbst, auf der Grundlage einer geringen Viktimisierung, sowie durch Expertenwissen und die Wohlfahrtstaats-Ideologie bestimmt und gab somit Kriminalität eine sinnvolle Erklärung als „Problem der armen Leute".

Auf dieser Basis war diese Mittelschichtsgruppe in der Lage, eine „zivilisierte" Haltung zu Kriminalität und Kriminellen einzunehmen. Sie sah Kriminalität als ein „soziales Problem", abhängig von und erklärbar durch spezifische soziale Bedingungen und zugänglich für Experten sowie Techniken und Lösungen, auf die sie selbst spezialisiert waren. Für diese Experten war die Übernahme des rehabilitativen Ideals und nichtpunitiver Einstellungen ein Ausdruck ihrer Verachtung der „Vulgarität" der Ungebildeten und ihres Mitgefühls für schlechter gestellte Gruppen der Bevölkerung, wobei sie gleichzeitig ihre professionellen Interessen verfolgen konnten. Die Entpolitisierung der Kriminalpolitik, die Unterdrückung von punitiven Themen, die Professionalisierung der Kriminaljustiz und die Vorherrschaft von Resozialisierungszielen – all die Schlüsselelemente, die die Kriminalitätskontrolle in der Nachkriegszeit charakterisierten – waren zu großen Teilen die Errungenschaften dieser gesellschaftlichen Gruppe und ihrer politischen Vertreter, die innerhalb eines strukturellen Kontextes agierten, der solcher Politik höchst zugänglich war.

2. Das Schwinden des Einflusses sozialer Expertise

Was ist in den letzten Jahrzehnten geschehen, das diese Arrangements unterminiert hat? Was hat die enge Verbindung zwischen Mittelschicht und Straf- und Wohlfahrtspolitik gelöst? Zwei Erklärungen bieten sich an, die beide angesichts der Beweislage plausibel scheinen. Eine mögliche Erklärung besteht darin, dass die professionelle Elite es weniger gut verstanden hat, dem Druck der öffentlichen Meinung bei der Formulierung der Kriminalpolitik zu widerstehen – entweder ist der Prozess der Politik ‚politischer' geworden, oder aber diese professionellen Gruppen haben etwas von ihrem Status und ihrer Glaubwürdigkeit verloren. Die andere Erklärung geht davon aus, dass die professionelle Mittelschicht der Straf- und Wohlfahrtspolitik ihre Unterstützung entzog und sich statt dessen eher punitiven Reaktionen auf Kriminalität zuwandte. Ich gehe davon aus, dass beide Prozesse zutreffen.

Die Experten des Wohlfahrtssystems haben seit den 1970er Jahren eine empfindliche Verringerung ihres Status und politischer Schlagkraft hinnehmen müssen (Glazer 1978; Hopkins 1996) – eine Abwärtsbewegung, die Teil einer allgemeineren Reaktion auf den Wohlfahrtsstaat und die Art des sozialen Fachwissens war, die sein Fundament ausmachte (Yergin und Stanislaw 1998). Marktförmige Problemlösungen, individuelle Verantwortung und Selbsthilfe haben die kollektiven Lösungen des Wohlfahrtsstaates verdrängt, und die Sozialpolitik legt heute mehr Wert auf Kosteneffektivität und wirtschaftlichen Sachverstand als auf Sozialarbeit und klinische Psychologen. Ein zentraler Pfeiler der Unterstützung der Wohlfahrtspolitik ist damit weggebrochen.

Die Experten im Strafrechtssystem, deren Politik und Ideologien mit der jahrzehntelang ansteigenden Kriminalität und dem Versagen dieser Institutionen in Verbindung gebracht wurden (Anderson 1995), haben sich diesem Abwärtstrend nicht entziehen

können. Im Gegenteil, wichtige Gruppen innerhalb des Straf- und Wohlfahrtskomplexes haben sich mit Kriminologen an Universitäten und radikalen Reformern zu einer umfassenden Kritik an dessen Programm zusammengetan und offen ihre Missbilligung des Resozialisierungsprojektes kund getan (Bottoms 1980; Allen 1981). Als das gesamte Resozialisierungs- und Rehabilitationsprojekt später ernsthaft angegriffen wurde, waren die Gruppen, die ihm am engsten verbunden waren, intern uneins und daher unfähig, eine wirksame Opposition gegen den Wandel zu organisieren.

Seit Mitte der 1970er Jahre hat die Legislative die Macht zu bestrafen, die sie vordem den Experten überlassen hatte, zunehmend zurückgefordert und so das historische Modell ausgehebelt, das Grundlage des Wachstums der Organisationen des Straf- und Wohlfahrtskomplexes gewesen war. Seit dieser Zeit hat eine Vielzahl von Maßnahmen, wie gesetzliche Mindeststrafen, gesetzliche Richtlinien für Strafrahmen, nationale Richtlinien für Bewährungsauflagen und die Durchführung gemeinnütziger Arbeit, die Einschränkung der Möglichkeiten für eine vorzeitige Entlassung sowie eine intensivere politische Kontrolle des institutionellen Regimes, die Autorität der professionellen Gruppen reduziert, die vorher das System verwaltet hatten.

Der Ruf und die Position der Sozialberufe innerhalb des Systems strafrechtlicher Kontrolle wurde auf diese Weise seit den späten 1970er Jahren herausgefordert, und dieser Prozess verschärfte sich in den 1980er Jahren durch Verschiebungen zwischen den Entscheidungsträgern, von Psychologen und anderen (klinischen) Praktikern hin zu Finanz- und Managementplanern (Simon 1992; Parton 1996). Eine Reihe von Entwicklungen hätte für sich genommen den Straf-Wohlfahrts-Komplex modifizieren können, so die Einschränkung der professionellen Entscheidungsspielräume, die Verrechtlichung der Entscheidungsprozesse und vor allem die Verschiebung des Schwergewichts auf die pönalen Aspekte der Institutionen. Es ist jedoch schwer vorstellbar, dass die Rekonfiguration des Systems strafrechtlicher Kontrolle so weit hätte gehen können, wenn die liberale Elite weiterhin die bisherige Straf- und Wohlfahrtspolitik gestützt hätte. Das war aber nicht der Fall. Ihr „liberaler Optimismus“ und ihre Resozialisierungsideologien hatten sich in den 1970er Jahren ganz deutlich gewandelt (Bayer 1981; Ehrenreich 1989), und seit den 1980er Jahren stellten sich diese Gruppen in den Dienst von politischen Parteien, die sich für eine Politik der harten Hand in der Kriminalpolitik und später auch in den neo-liberalen Wohlfahrtsreformen einsetzten (Bottomley and Johnstone 1998; Beckett 1997).[15]

Die Veränderungen in den Einstellungen dieser Gruppen fand in zwei Stufen statt. Die erste der beiden – der Übergang vom rehabilitativen zum retributiven Ideal (*just deserts*) und zur Verfahrensförmigkeit (*due process*) – ist viel diskutiert worden und relativ leicht zu erklären (Allen 1981; Bottoms 1980). Es ist jedoch viel schwieriger zu erklären, warum der Skeptizismus gegenüber dem Rehabilitationsideal während der 1970er Jahre dann in den 1980er Jahren Strategien wie die punitive Segregation generierte. Die konventionelle Erklärung ist hier eine eindeutig politische. Die liberale Bewegung, die für Bestrafung als angemessene ‚Negation der Tat‘ und in Form maßvoller

15 Die Entwicklung des „left realismus“ zu einer einflussreichen Position innerhalb der radikalen Kriminologie, besonders in Großbritannien, ist ein anderer signifikanter Indikator für den Zusammenbruch linksliberaler Positionen. Zu einer Diskussion des Kontextes, in dem dieser Wechsel auftrat, siehe Taylor (1992).

Vergeltung eintrat, wurde rasch von den Hardlinern unter den Politikern für ihre Zwecke ausgebeutet. Sie trieben in dem neuen Kontext von hohen Kriminalitätsraten und moralischer Panik in der Bevölkerung die punitiven Forderungen und damit das Niveau der Strafen in neue Höhen, die weit jenseits von alledem lagen, was die Kritiker des Rehabilitationsideals auch nur angedacht hatten (Greenberg und Humphries 1980; Zimring und Hawkins 1995). Diese Erklärung, die das politische Geschehen und dessen Akteure in den Mittelpunkt stellt, ist soweit zweifelsohne richtig. Aber sie begnügt sich mit dem Naheliegenden und übersieht, was nicht unmittelbar auf der Hand liegt: Die professionelle Mittelschicht, eine ehemals mächtige und und sich gut artikulierende Gruppe, scheint wenig getan zu haben, um sich gegen diese punitive Politik zu stellen. Warum? Was hat bewirkt, dass die Mittelschicht ihre traditionelle „zivilisierte" Grundeinstellung zur Strafproblematik aufgegeben hat und in die neue Kultur der Kontrolle sowie die Politik der Bestrafung und des Sicherheitsdenkens hineingezogen wurde?

3. Eine neue Erfahrung von Kriminalität

Die gesellschaftlichen und räumlichen Veränderungen, die die hohen Kriminalitätsraten der 1960er Jahre und der folgenden Jahrzehnte verursachten, transformierten ebenso und unabhängig von den oben beschriebenen Prozessen die Erfahrung der Mittelschicht mit Kriminalität. War Kriminalität zuvor ein Problem gewesen, das überwiegend die ärmeren Schichten der Bevölkerung betraf (besonders Vandalismus, Diebstahl, Einbruch und Raub), musste es nunmehr in die täglichen Überlegungen aller einbezogen werden, die ein Auto besaßen, die die Untergrundbahn benutzten, ihr Haus tagsüber unbeaufsichtigt ließen oder nachts durch die Straßen gingen. Viktimisierung war zwar immer noch ungleich verteilt, und die weniger gut Gestellten trugen die Hauptlast der Zunahme (Sparks 1981; vgl. Hope in diesem Band), aber innerhalb einer einzigen Generation wurde Kriminalität zu einer das Leben bestimmenden Tatsache nicht nur für die urbane Mittelschicht, sondern ebenso für die Bewohner der Mittelschichtvororte (Radzinowicz und King 1979).[16] Die Gruppen, die hauptsächlich vom Wirtschaftsaufschwung der Nachkriegsjahre profitiert hatten, fühlten sich angesichts der massiv ansteigenden Eigentumsdelikte, die dieser Aufschwung mit sich gebracht hatte, verwundbarer als je zuvor. Als die verräterischen Zeichen von Kriminalität und Unordnung (*incivilities*) auf den Straßen in Form von Vandalismus und Graffitis, dem unzivilisierten Benehmen unbeaufsichtigter Teenager oder dem unberechenbaren Verhalten von aus den psychiatrischen Institutionen entlassenen psychisch Kranken sichtbarer wurden, wurde die Angst vor Kriminalität zum festen Bestandteil des täglichen Lebens (Skogan und Maxfield 1981; Hough 1995; Mirrlees-Black et al. 1996). Was früher für einen Großteil der Mittelschicht vorübergehende, gelegentliche Ängste gewesen waren, die an besondere Situationen und ungewöhnliche Umstände

16 Das britische Home Office (1996: 16) berichtete, dass „die (registrierte) Kriminalität seit 1950 um mehr als das Neunfache gestiegen ist. Die Rate pro 100.000 Einwohner stieg von 1.100 1940 auf 9.400 1996. Das durchschnittliche jährliche prozentuale Anwachsen während der letzten 40 Jahre betrug ungefähr 6 Prozent."

geknüpft waren, wurde nun zur Routine und in einem höheren Maße ein „gewohnheitsmäßiger" Teil des täglichen Lebens, besonders in den großen Städten (President's Task Force on Victims 1982; Research and Forecasts Inc. 1983). Die Distanz zwischen Mittelschicht und Kriminalität war größtenteils geschwunden, mit allen Konsequenzen für die Wahrnehmung und Lebensperspektive dieser Gruppe.

Kein Zweifel, die Verteilung der Ängste entsprach nur höchst ungenau dem faktischen Muster von Viktimisierung und Risiko, und natürlich wurde die Angst vor Kriminalität von anderen moralischen Ängsten als Folge der gesellschaftlichen Umbrüche, die den 1960er Jahren folgten, überschattet. Aber die zunehmende Besorgnis über Kriminalität hing zweifelsohne mit der steilen und unaufhörlichen Zunahme von Delikten zusammen (besonders gewalttätigen Delikten), die in 1960er, 1970er und 1980er Jahren stattfand. In dem Augenblick, als immer weitere Kreise der Bevölkerung selbst Opfer eines Einbruchs, ausgeraubt oder überfallen wurden, Menschen nahe Freunde oder Verwandte hatten, denen so etwas zugestoßen war, als Autodiebstahl und das Aufbrechen von Autos zu einer normalen Begleiterscheinung für Autobesitzer wurde, als sich die sichtbaren Beweise des Drogenmissbrauchs in den Straßen und an Schulen manifestierten und als die Kriminalstatistiken der USA eine deutliche Zunahme von Morden anzeigten, die von Tätern ausgeführt wurden, welche den Opfern gänzlich unbekannt waren, da hörte die Kriminalitätsrate auf, allein eine statistische Abstraktion zu sein und bekam eine handfeste Bedeutung im öffentlichen Bewusstsein und in der individuellen Psyche.

Besonders sichtbare und schreckliche Ereignisse dramatisierten diesen Umschwung, machten Kriminalität und Gewalt zu nationalen Themen und etablierten sie als Transportmittel für tieferliegende und weniger leicht artikulierbare Ängste. Angst vor Kriminalität ist eng verknüpft mit der Angst vor Fremden und anderen gesellschaftlichen Gruppen (Hale 1996). Die Verwerfungen in der sozialen Schichtung während der 1980er und 90er Jahre mit ihrer Konzentration von Armut, Jugendarbeitslosigkeit – insbesondere von jungen Männern aus ethnischen Minoritäten in den Innenstädten –, der Intensivierung der sozialen und kulturellen Exklusion dieser Gruppen und ihrer Wahrnehmung als einer neuen, gefährlichen und fremden Klasse (Wilson 1987; Campbell 1993; Morris 1994) führten zu einer Verschärfung der Ängste. Die (neoliberale) Sozialpolitik, die große soziale Gruppen ausschloss und verelenden ließ, produzierte auf diese Weise neue Probleme der gesellschaftlichen Ordnung und ebenso die Ängste, wie sie aufrechterhalten werden konnte. Die Furcht wurde noch gesteigert durch die Entwicklung eines *crime mix*, der in den 1980er Jahren begann. Der relative Anstieg des Anteils von Gewaltdelikten und insbesondere von Drogen- und Beschaffungskriminalität (wie Raubüberfälle, Einbrüche und Morde) war besonders beunruhigend, nicht zuletzt deshalb, weil diejenigen, die in solche Delikte verwickelt waren, oft als verzweifelt, getrieben und zu sinnloser Gewalt fähig beschrieben wurden (Best 1999).

4. Gesellschaftliche Veränderungen, Mittelschicht und Kriminalität

Diese neuen Verunsicherungen der Mittelschicht durch Kriminalität wurden maßgeblich von drei zu gleicher Zeit auftretenden gesellschaftlichen Entwicklungen beeinflusst. Die erste dieser drei hat mit den grundlegenden Veränderungen in der typischen Organisation und dem „Lebensstil" von Mittelschichthaushalten zu tun. Die verhältnismäßig fest gefügte und stabile Organisation der Mittelschichthaushalte wurde ab den 1950er Jahren durch eine komplexere und empfindlichere Organisation abgelöst, die mehr Management, Zeitpläne und Koordination erforderte, als dies vorher der Fall gewesen war. Die entscheidenden gesellschaftlichen Trends der Nachkriegsjahre, wie die Verbreitung des Autos, die Massenabwanderung in die Vororte, der damit einhergehende längere Weg zur Arbeit, das Drängen der Frauen auf den Arbeitsmarkt, die Zunahme von Familien, in denen beide Partner eine berufliche Karriere verfolgten, die steigenden Scheidungsraten oder die Auslagerung von Hausarbeit und Kindererziehung aus der Kernfamilie – alle diese Tendenzen hatten einen massiven Einfluss auf die Organisation der Mittelschichthaushalte, sowohl in Großbritannien als auch in den USA (Smith 1995; Butler und Savage 1996; Crompton 1997). Die meisten dieser Entwicklungen haben natürlich die Freiheit, die Möglichkeiten und den Wohlstand der Mitglieder dieser Haushalte beträchtlich erhöht (besonders der Frauen), aber der Preis dafür war oft ein tiefes Gefühl der Verletzlichkeit, der Unsicherheit und der Verunsicherung. In den heutigen „arbeitsintensiven" Mittelschichthaushalten müssen ständig Zeit, Leute und Ereignisse koordiniert werden; Schule, Arbeit, Einkauf und Freizeit müssen aufeinander abgestimmt werden (Hochschild 1997; Schor 1992; Hewitt 1993). Das Gefühl der Fragilität und einer überforderten Existenz ist ein wichtiges neues Element im Leben der Menschen, und das, obwohl dieses Leben immer vielfältiger, mobiler und aufregender wird. Das Gefühl der „ontologischen" Unsicherheit (Giddens 1990) wird durch die jüngsten Veränderungen auf dem ersten Arbeitsmarkt intensiviert. Ausschlaggebend sind hier der Wechsel von der staatlich finanzierten Sozialpolitik zur autonomen Eigenverantwortlichkeit in der privaten Altersvorsorge und zu marktabhängigen Anteilen der sozialen Sicherung sowie die allgemeinen Befürchtungen, dass die sozialen Institutionen und besonders die Familie zusammenbrechen.[17] Mein Argument ist jedoch, dass diese neuen Elemente der Fragilität und Unsicherheit zum festen Bestandteil des täglichen Lebens geworden sind und tendenziell auch bleiben werden, selbst wenn die Wirtschaft ihre periodischen Zyklen durchläuft oder auf Grund der Auswirkungen der Globalisierung darniederliegt. Es überrascht also wenig, dass die Kontrolle über die Risiken und Ungewissheiten emotional notwendig und ebenso wie der Wunsch, die Unsicherheit abzuwehren, ein immer wichtigerer Aspekt der Mittelschichtpsychologie und -kultur geworden ist.[18]

---

17 Zu einer empirischen Studie über die Verbindung zwischen diesen Sorgen und der Unterstützung punitiver Maßnahmen siehe Tyler und Boeckmann (1997).

18 Natürlich sind die erheblich unterschiedlichen Nöte und Unsicherheiten in der Arbeiterschicht und den Haushalten mit geringem Einkommen eindeutig größer und wurden durch die neoliberale Politik und „Reformen" der sozialen Sicherung in den 1980er und 90er Jahren noch verschärft. Ich konzentriere mich hier auf die Einstellungen der Mittelschicht, weil ich der Auffassung bin, dass es der Wechsel in der politischen Orientierung dieser Gruppen war, der

Diese ökonomischen und ökologischen Entwicklungen haben die Haushalte und ihre einzelnen Mitglieder anfälliger als früher für Kriminalität gemacht. Die Abwesenheit eines ‚Hüters des Hauses' (*stay-at-home guardian*), die Ansammlung von wertvollen, transportablen Gütern, der Besitz von Autos, die weit voneinander entfernt und einzeln stehenden Häuser der Vororte, die nicht durch Nachbarn oder Passanten auf natürliche Weise kontrolliert werden: Dies alles erhöhte die Wahrscheinlichkeit einer Viktimisierung (Cohen und Cantor 1981; Felson 1994, 1997). Ebensolche Wirkungen hatte der Rückzug der ‚respektablen' Erwachsenen und Familien aus den öffentlichen Plätzen der Städte und Großstädte zurück in ihre Häuser und andere privatisierte Freizeitanlagen (siehe Taylor 1995). Das führte dazu, dass öffentliche Parkanlagen, Plätze und Straßen zunehmend verwahrloster und unsicherer zu werden schienen.

Im Verlauf der Nachkriegsjahrzehnte wurde die Struktur des täglichen Lebens durchlässiger und offener in ihrer Textur und damit ein Nährboden für Gelegenheiten für kriminelle Übergriffe. Was als Versagen des Systems der Kriminaljustiz angesehen wurde, sollte besser als Ausdünnung des gesellschaftlichen Netzes, als Prozess des Auseinanderdriftens von Zeit und Raum (*time-space distantiation;* Giddens 1990) und nachlassender ‚organischer' oder natürlicher Kontrollen gesehen werden, die insgesamt eine zerbrechlichere und verletzlichere Zivilgesellschaft hervorgebracht haben. Dieser Wandel der Zivilgesellschaft führte dazu, dass die Gelegenheiten für Straftaten zunahmen, traditionelle situative Kontrollen geschwächt und die Zwänge, die die Einzelnen in Gruppenkonformität einbanden, gelockert wurden. Hohe Kriminalitätsraten waren eine Folge der so entstehenden gesellschaftlichen Strukturen. Im Endergebnis wurde Kriminalität zu einer der Bedrohungen, die Mittelschichthaushalte ernst nehmen müssen, zu einem weiteren Problem, das gelöst werden musste, und eine weitere Möglichkeit, die mitbedacht und kontrolliert werden musste. Kriminalität ist zu einer Quelle der Angst, der Frustration und des Ärgers geworden, und sie ist täglich äußerst präsent in der Notwendigkeit, Kontrollen vorzunehmen, vorsichtig zu sein und sich selbst und die Familie gegen die Gefahren der modernen Welt zu sichern.

Die zweite bedeutende Entwicklung, die die Erfahrung der Mittelschichten mit Kriminalität geformt hat, war das teilweise nicht-intendierte und ungeplante Ergebnis einer Reihe von politischen Veränderungen (Garland 1996). Seit 1960 bestand eine der wesentlichen Reaktionen des Systems der Kriminaljustiz auf steigende Kriminalität darin, abweichendes Verhalten herunterzuspielen, die Eingriffsschwelle für die Polizei zu erhöhen und damit im Endeffekt geringfügige Vergehen und Fehlverhalten zu tolerieren oder darauf mit schwachen Sanktionen zu reagieren. Dieses Muster der minimalen Durchsetzung von Strafrecht (*under-enforcement of law*) hatte bei aller bürokratischen Rationalität die allerdings unbeabsichtigte Konsequenz, dass die Angst der Öffentlichkeit zunahm, besonders in den Straßen der Großstädte, in öffentlichen Verkehrsmitteln und in ärmeren Wohngegenden, wo rüpelhaftes Verhalten (*incivilities*) und kleinere Verstöße am meisten verbreitet waren. Während die Polizei und die Gerichte ihre Ressourcen auf die schwere Kriminalität konzentrierten, wurden kleinere Delikte oft gar nicht beachtet und blieben ohne Reaktion. In der Folge wurden die Zeichen von Normerosion und sozialer Desorganisation zunehmend sichtbarer und

eine Schlüsselrolle in der Bewegung gespielt hat, die von der Straf- und Wohlfahrtspolitik wegführte.

breiteten sich im öffentlichen Raum aus, der von der Mittelschicht auf dem Weg von und zur Arbeit, zur Schule oder zu Freizeitunternehmungen genutzt wurde. Diese ziemlich rapide Veränderung im urbanen Umfeld zu einer Zeit, als Kriminalität und Kriminalitätsfurcht sowieso zunahmen, ließ viele glauben, dass der Staat sich in kleinen, aber sehr folgenreichen Schritten von einer Lösung des Problems zurückzog. Das daraus resultierende Gefühl eines Kontrolldefizits, das sowohl durch die Lockerung der strikten Rechtsdurchsetzung als auch durch die Schwächung der natürlichen Kontrollen in Nachbarschaften und Gemeinden bedingt war, wirkte auf viele zutiefst verunsichernd. Dass sich dies alles in einer Zeit raschen sozialen Wandels und erheblicher politischer Verwerfungen abspielte, in der traditionelle Institutionen und Autoritätsformen für viele nahe dem Kollaps zu sein schienen (Hobsbawm 1994), vertiefte nur das Gefühl, dass eine härtere Haltung gegenüber Kriminalität und ernsthaften Störungen des Alltagslebens notwendig war (Tyler und Boeckmann 1997).

Die dritte dieser Transformationen betrifft den Einfluss der Massenmedien, insbesondere des Fernsehens auf die öffentliche Wahrnehmung von Kriminalität. Fernsehen wurde ziemlich zum gleichen Zeitpunkt ein Massenphänomen, als die hohen Kriminalitätsraten zu einem normalen gesellschaftlichen Tatbestand wurden, das heißt ungefähr zwischen 1950 und 1970. Das Fernsehen konzentrierte sich schwerpunktmäßig eher auf nationale als auf lokale Nachrichten, seine Affinität zum Thema Kriminalität, die Darstellung einzelner Opfer als besonders sympathisch, die in den Händen von Kriminellen gelitten hatten und von einem wenig mitfühlenden Justizsystem im Stich gelassen worden waren – diese spezifischen Charakteristika des Fernsehens haben die öffentliche Wahrnehmung von Kriminalität verändert. Vor allem haben sie die Distanz gegenüber der Kriminalität reduziert, die früher ein Privileg der Mittelschicht gewesen war. Die Dynamik, die sich in einer Pressekonferenz oder während eines Interviews im Fernsehen entfaltet, hat es Verwaltungsbeamten und Fachleuten schwerer gemacht, die emotionalen Kräfte der öffentlichen Meinung zu meiden. Im Endeffekt hat das Fernsehen die Regeln der politischen Aussage grundlegend verändert. Der Fernsehauftritt mit seiner griffigen Geschwindigkeit, seiner emotionalen Intensität und seiner großen Zuschauergemeinde hat Politiker dazu gebracht, sich populistischer, gefühlsbetonter und ganz offensichtlich im Einklang mit den Gefühlen der Öffentlichkeit zu geben.

Die zunehmende Bekanntheit und Beliebtheit von Kriminalfilmen und -serien im Fernsehen, die 1960 begann (Surette 1992), ist selbst eine kulturelle Begleiterscheinung der Normalität von hohen Kriminalitätsraten in der gegenwärtigen Gesellschaft. Die zum Teil unbewussten Befürchtungen und Ängste, die ein so herausragendes Merkmal von *High Crime Societies* sind, finden ihre kulturelle Kanalisierung und ihren Ausdruck auf dem Fernsehschirm. Sie werden hier durchgespielt in der Form von Rachedramen, Moralgeschichten, Erzählungen von Verbrechen und Bestrafung, als Geschichten von Kriminellen, die ihrer gerechten Strafe zugeführt werden, und als Nachrichten über Gräueltaten, die Empörung auslösen und Katharsis einfordern (Sparks 1992; Ericson et al. 1991; Duclos 1998; Reiner et al. 1998). Die Darstellungen im Fernsehen geben unserer Erfahrung mit Kriminalität ihre Form und emotionale Prägung. Sie tun das in einer Art und Weise, die größtenteils von den Strukturen und Werten innerhalb der Medien diktiert wird und nicht von dem Phänomen, das sie zeigen. Die selektive Darstellung des faktischen Kriminalitätsgeschehens und die unrealis-

tischen Kriminalfilme verzerren tendenziell die öffentliche Wahrnehmung des Problems. In derselben Weise wirkt die Dominanz dessen, was wir als ‚Opfer-Diskurs' bezeichnen können, gegenüber einem ‚System-Diskurs'. In den Medien besteht eine Präferenz für die Rhetorik der persönlichen Geschichte derjenigen, die innerhalb des Justizsystems keine Gerechtigkeit gefunden haben, während die Repräsentanten dieses Systems mit ihrer Darstellung immer weniger Gehör finden. Diese Akzentverschiebung bringt uns dazu, auf Kriminalität als emotionales, menschliches Drama zu reagieren, und veranlasst uns, Kriminelle für zahlreicher, bedrohlicher und gefährlicher zu halten, als sie typischerweise sind.

Das soll nicht heißen, dass die Medien unser Interesse an Kriminalität *produziert* haben und auch nicht, dass sie die öffentliche Punitivität *produziert* haben, die derzeit eine machtvolle und einflussreiche politische Strömung ist. Ohne eine fundierte, allgemeine und kollektive Erfahrung von Kriminalität wäre es unwahrscheinlich, dass Nachrichten und Filme über Verbrechen ein so großes Publikum anziehen oder so einträglich für die Werbung sein könnten. Ich stehe eher auf dem Standpunkt, dass die Massenmedien zunächst eine neue öffentliche Erfahrung – eine Erfahrung mit tiefer psychologischer Resonanz – für sich entdeckt und ausgebeutet haben, diese dann dramatisierten und verstärkten, und dadurch diese Erfahrung schließlich *institutionalisiert* haben. Die Medien haben uns mit Bildern von Verbrechen, Verfolgung und Bestrafung umgeben und versorgen uns auf diese Weise täglich mit Gelegenheiten, unsere Emotionen der Furcht und Wut, des Ressentiments und der Faszination auszuleben, die Kriminalität nun einmal provoziert.

Diese Institutionalisierung hat die prominente Rolle von Kriminalität im täglichen Leben verstärkt. Sie färbt auch die Reaktion der Öffentlichkeit, weniger auf die Kriminalität selbst oder auf die offiziell registrierten Kriminalitätsraten, sondern vielmehr auf die typische mediale Darstellung von Kriminalität und die kollektive Repräsentation, die die Medien im Laufe der Zeit etabliert haben. Dies wird illustriert durch die Tatsache, dass in Bevölkerungsumfragen in den USA und Großbritannien die Mehrheit glaubt, dass Strafurteile typischerweise zu milde sind. Wurden die Befragten jedoch mit einer Reihe von aktuellen Urteilsentscheidungen konfrontiert, wählten die meisten Urteile, die entweder genauso oder noch milder als die der Richter ausfielen (Hough und Roberts 1999). Das Wissen und die Einstellungen gegenüber dem Strafrecht basieren eher auf kollektiven Vorstellungen als auf genauen Informationen und eher auf einer kulturell bestimmten Erfahrung von Kriminalität als auf der Sache selbst. Während also sozialökologische Veränderungen die *soziale* Distanz zwischen Mittelschichten und Kriminalität reduziert haben, hat die gleichzeitige Verbreitung dieser kulturellen Praktiken die *psychologische und emotionale* Distanz um ein Weiteres verringert.

III. Kulturelle Anpassung und der ‚Kriminalitäts-Komplex'

Veränderungen in der Häufigkeit und Verteilung von Kriminalität, in den Mustern der Strafverfolgung und sogar die Veränderungen in der Lebensqualität der Mittelschichten sind nicht ausreichend, um den tiefgreifenden Wandel der Einstellungen der Bevölkerung zur Kriminalität zu erklären. Es gibt keine automatische Anpassung der

Wahrnehmung auf Grund von Veränderungen in den „objektiven" Koordinaten eines Phänomens wie Kriminalität.[19] Gesellschaftliche Entwicklungen determinieren nicht die politischen und kulturellen Reaktionen, die sie hervorbringen. Sie werfen allerdings bestimmte Probleme auf, die Korrekturen, Anpassung oder Lösungen der einen oder anderen Art erfordern. Für unser Ziel, die gesellschaftliche Unterstützung für die derzeitige Kriminalpolitik zu erklären, sind die kulturellen Reaktionen auf eine hohe Kriminalitätsrate jedoch wichtiger als die Kriminalitätsraten selbst.

Welcher Art waren diese Reaktionen? Wie haben sich diese Gruppen ihrer neuen Situation und ihrem neuen Verhältnis zu Kriminalität und Unsicherheit angepasst? Die Reaktion bestand zunächst darin, mehr Vorsorge vom Staat und größere Effektivität vom System der Strafjustiz zu fordern. Aber Mittelschichtgruppen sind weniger abhängig von staatlicher Unterstützung, und es mangelte ihnen auch nicht an Möglichkeiten, eigene private Strategien zu entwickeln. Die wichtigste ‚Story' der letzten beiden Jahrzehnte ist in diesem Zusammenhang die Erfindung von sozialen und situativen Kontrollen, typischerweise durch private Akteure, und deren Integration in einen Kontext, in dem die Organe der staatlichen Kriminalitätskontrolle zunehmend als ineffizient wahrgenommen wurden. Angesichts hoher Kriminalitätsraten und des Fehlens eines adäquaten und staatlich gewährleisteten Sicherheitsniveaus wurden die Energien und der Erfindungsreichtum der Zivilgesellschaft stimuliert, um neue Verteidigungslinien gegen Kriminalität aufzubauen und neue Maßnahmen zu ihrer Kontrolle zu entwickeln.

Wie sahen diese Anpassungen und Erfindungen aus? Die korrekte Antwort auf diese Frage bestünde in der Dokumentation einer Vielzahl relativ begrenzter und simpler Aktionen und Techniken, die sich im sozialen Feld durch Prozesse der Imitation, der Wiederentdeckung und der Wiederbelebung ungefähr so verbreiteten, wie Foucault (1977) das Auftauchen und die Verbreitung von disziplinierenden Techniken in der frühen Neuzeit in Europa beschreibt. Eines Tages wird vielleicht die Geschichte dieser Adaptationen geschrieben werden; alles, was ich hier tun kann, ist eine Skizze der wichtigsten Quellen und Handlungstypen zu liefern.

1. Der kommerzielle Sektor

Die Reaktion des kommerziellen Sektors bestand darin, ein Repertoire von privaten Sicherheitsvorkehrungen zu entwickeln. Das Wiederauftauchen privater Wachdienste, die Entwicklung von abgetrennten und geschlossenen Wohnanlagen (*gated communities*), neue Verwaltungsroutinen, die Sicherheit zu einem integrierten Bestandteil der Arbeit der beteiligten Organisationen machten, die Entwicklung von Kosten-Nutzen-Analysen der Kriminalitätskontrolle, die Einführung von Sicherheitsberichterstattung (*security audits*), die technische Blockade von Gelegenheiten für Delikte, Maßnahmen zur Reduzierung potenzieller Schäden durch Kriminalität, oder Präventionsansätze, die auf

19 Wenn hierfür noch ein Beweis gebraucht wird, sollten wir uns an die Zeit zwischen 1960 und 1975 erinnern, als die registrierte Kriminalität in Großbritannien und den USA jäh anstieg, die Kriminalpolitik und -praxis sich jedoch in beiden Ländern weiterhin in genau die entgegengesetzte Richtung entwickelte, indem sie zunehmend „liberal" und „nicht-punitiv" wurde.

das Angebot (*supply-side*) an kriminellen Gelegenheiten zielten: Alle diese Reaktionsformen entwickelten sich im privaten Sektor (Felson und Clarke 1997). Die private Sicherheitsindustrie hat sich während der letzten drei Jahrzehnte rasant entwickelt, indem sie ihre Dienste Organisationen zur Verfügung stellte, die ein höheres Maß an Sicherheit brauchten als die staatliche Polizei gewährleisten konnte, und indem sie die Verfahren des Sicherheitsmanagements auf die kommerziellen Bedürfnisse ihrer Kunden abstellte (Johnson 1992; Jones und Newburn 1998).

Kommerzielle Organisationen betrachten mittlerweile die staatliche Strafverfolgung als suboptimal, und zwar genau deswegen, weil das System der strafrechtlichen Kontrolle typischerweise die Firmeninteressen dem öffentlichen Interesse untergeordnet hatte. Sie haben daher unabhängig vom staatlichen System der Kriminalitätskontrolle Prozesse entwickelt, um Kriminalität und Sicherheit zu „managen". Diese privatisierten und manageriellen Ansätze zur Lösung des Kriminalitätsproblems betonen präventive Strategien sowie Maßnahmen zur Reduktion krimineller Gelegenheiten. Auf diese Weise entwerten sie die strafrechtlichen Strategien der Verfolgung und Sanktionierung strafbarer Handlungen. Sie zielen auf den räumlichen und zeitlichen Strom von Delikthandlungen und konzentrieren sich auf die häufigsten und kostenreichsten Deliktformen. Im Gegensatz zur staatlichen Strafverfolgung sind sie auch nicht verpflichtet – und müssen es daher gar nicht erst versuchen –, Strafverfolgung in einer gerechten und umfassenden Weise durchzuführen. Kommerzielle Unternehmen optieren für integrierte, technische Lösungen, die die Mechanismen der Kriminalitätskontrolle in die Praktiken des Unternehmens einbetten, und zwar so, dass sie weder aufdringlich sind noch das zentrale Geschäft stören: Sie sind verkaufsfördernd, vertrauensbildend und gewinnbringend (Beck und Willis 1995).

Diese Anpassungen auf Seiten der Geschäftswelt an die erhöhte Kriminalitätsbedrohung, an die ineffiziente oder gar störende Reaktion des Strafrechtssystems sowie an die generell gewandelten Bedingungen des Geschäftslebens führten im Laufe der Zeit zu der Entwicklung einer Enklave „privater Justiz", in der mögliche oder tatsächliche Täter eine andere Behandlung erfuhren als die, die ihnen das öffentliche Rechtssystem zuteil werden ließ. In diesen „privaten" Räumen (oft handelt es sich um große (halb-) öffentliche Räume, die zufälligerweise in Privatbesitz sind und privat verwaltet werden) können Personen aufgefordert werden, sich einer Durchsuchung zu stellen, sie können überwacht und mit Videokameras aufgenommen werden, und sie können ohne Angabe von Gründen der Orte verwiesen und von ihrer Benutzung ausgeschlossen werden. Es entsteht eine „wilde" (*rough*) und ungeregelte Justiz der *Exklusion* und der *allumfassenden Überwachung*, die jedoch in unserer Erfahrung immer mehr zur Routine und zunehmend als notwendig angesehen wird, die Sicherheit und das Wohlbefinden der Konsumenten und der rechtschaffenen Bürger zu gewährleisten. In dieser Hinsicht wurde „Kriminalitätsbewusstsein" – mit seiner immanenten Dialektik von Angst und abwehrender Aggression – in unsere physische Welt im Wortsinne ‚eingebaut' (in Einkaufszentren, Freizeitparks, Flughäfen, Bahnhöfe, Busbahnhöfe, Innenstädte usw.) und damit zugleich in die Routinen und Gewohnheiten unseres täglichen Lebens.

Innerhalb dieser Anpassungsstrategien des privaten Sektors können wir auch den Ursprung neuerer kriminologischer Theorien und Erklärungsansätze ansiedeln. Es handelt sich um die neuen ‚Kriminologien des täglichen Lebens' wie die Rational-Choice-

Theorie, die Theorie der Routineaktivitäten und kriminellen Gelegenheiten sowie die situativen Ansätze zur Kriminalitätsprävention, die besonders einflussreich in der Entwicklung der derzeitigen Kriminalpolitik sind. Tatsächlich sind möglicherweise weniger ihre Autoren (wie z.B. Ron Clarke, Marcus Felson, George Kelling oder James Q. Wilson) verantwortlich als vielmehr die zahl- und namenlosen Manager und Sicherheitsbediensteten, deren Aufgabe es war, praktische Lösungen für das spezifische Kriminalitätsproblem zu finden, das ihr Unternehmen hauptsächlich betraf.

In einer Weise, die sich wie eine echte Foucaultsche Geschichte anhört, wurde dieses weite und übersichtliche Feld von Rezepten und Techniken der Kriminalitätskontrolle, das sich aus einer Vielzahl einzelner Erfindungen von geringer Größenordnung zusammensetzte – einige genial, die meisten jedoch ziemlich einfach –, und die alle im Rahmen von situationsbezogenen Problemlösungen und nicht auf der Grundlage abstrakter Analysen entstanden waren, von kriminologischen Experten entdeckt. Sie rationalisierten und systematisierten diese Ideen und Techniken, erfanden neue kriminologische Theorien und überzeugten staatliche Institutionen davon, diese neuen Perspektiven aufzugreifen und anzuwenden. Die Theorien flossen auf diese Weise, z.B. durch Präventionspartnerschaften und Präventionsberatung (Crawford 1997), zurück in die örtliche Praxis, wo sie den Praktikern halfen, ihre Erfahrungen zu systematisieren, ihre eigene Praxis zu reflektieren und von den Daten und der anerkannt ‚besten Praxis' zu lernen (Garland 1999).

In ganz ähnlicher Weise wie der Strafvollzug des 19. Jahrhunderts die morphologische Oberfläche bildete, auf der die Wissenschaft der Kriminologie sich dann entwickelte und später folgerichtig durch das „wissenschaftliche" Wissen informiert und beeinflusst wurde, das die Kriminologie hervorgebracht hatte (Foucault 1977; Garland 1985), ist die heutige Welt der Prävention im privaten Sektor den Theorien und praktischen Vorschlägen der situativen Kriminalitätsprävention in einer reflexiven Beziehung verbunden. In diesem Austausch zwischen den praktischen Rezepten des kommerziellen Kriminalitäts-Managements und den ausgearbeiteten Begründungen akademischer Kriminologen und Strategen der Kriminalpolitik sind die Strategie der Präventionspartnerschaft sowie die Denkgewohnheiten und Handlungsweisen, auf denen sie aufbaut, angesiedelt.

2. Privatbürger, Haushalte, Nachbarschaften und Kommunen (Communities)

Die Anpassungsreaktionen der Privatbürger, Haushalte, Nachbarschaften und Gemeinden auf die neue Erfahrung mit Kriminalität haben allesamt eine ähnliche Richtung eingeschlagen (Krahn und Kennedy 1985; Warren et al. 1984) und vergleichbare institutionalisierende Effekte produziert. Im Laufe der Zeit entwickelte sich ein Muster von Reaktion und Anpassung, und die Individuen fingen an, routinemäßig Vorsichtsmaßnahmen gegen Kriminalität zu ergreifen (Riger et al. 1982; Skogan und Maxfield 1980, Dubow et al. 1979; Conklin 1975; Schneider und Schneider 1977; Hope in diesem Band). Wie alle gesellschaftlichen Veränderungen war dieser Wandel am Anfang langsam und eher unbewusst. An der Spitze der Bewegung stand eine Minderheit der Bevölkerung, besonders die Wohlhabenden, die jüngeren Einwohner und die

Hausbesitzer aus der Mittelschicht, die die heruntergekommenen Wohngebiete gentrifizierten. Schließlich jedoch erreichte die Tendenz, „sicherheitsbewusster" zu sein, einen Schwellenwert und wurde zu einem kollektiven Muster, das auf dem neuen Common Sense der Hausbesitzer und Mieter beruhte und durch Kostenvorteile, Subventionen sowie Anweisungen von Versicherungsgesellschaften, Baugesellschaften, Organisationen für Touristik und durch die lokale Polizei verstärkt wurde. Das Sicherheitsbewusstsein wurde natürlich ebenso durch die Sicherheitsindustrie vorangetrieben, deren Verkäufe von Sicherheitsinstallationen die Ängste und Unsicherheitsgefühle der Bevölkerung mit jeder Versicherung, zu ihrer Beruhigung beizutragen, nur noch weiter anstachelten.

Die Bevölkerung kaufte Versicherungspolicen und Sicherheitsvorkehrungen. Die Menschen installierten Schlösser und Riegel an Türen und Fenstern, Sprechanlagen an den Eingängen zu ihren Gebäuden, Alarmanlagen auf ihren Grundstücken und herausnehmbare Radios und Alarmanlagen in ihren Autos. Vor allem die Frauen[20] revidierten ihre täglichen Routinen, um ihre Verletzbarkeit durch kriminelle Übergriffe zu minimieren. Nahezu alle nahmen sich die Zeit, ihre Türen zu verschließen, Wertgegenstände zu verstecken, die Alarmanlagen ein- und auszuschalten oder das Licht in einem leeren Haus anzulassen, sie öffneten Fremden nicht die Tür, begrenzten das Bargeld, das sie bei sich trugen, und kontrollierten ihr Verhalten auf Straßen und öffentlichen Plätzen zwanghaft, um nicht als potenzielles Opfer die Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen (Research and Forecasts Inc. 1983; Sacco und Johnson 1990; Flanagan und Maguire 1994). Diese routinemäßigen Vorsichtsmaßnahmen gingen häufig mit Ausweichmanövern einher, die mit Unbequemlichkeit und Kosten verbunden waren (z.B. die Benutzung eines Taxis statt öffentlicher Verkehrsmittel). Viele Stadtbewohner begannen, eher ihr Auto als öffentliche Verkehrsmittel zu benutzen, vermieden das Parken auf Straßen und unbewachten Parkplätzen, blieben nachts der Straße fern, gingen nach Einsetzen der Dunkelheit nicht mehr durch Parks und Anlagen, hörten auf, zu Football-Spielen zu gehen und verbrachten sehr viel Zeit damit, ihre Kinder lieber selbst zur Schule oder zu Freizeitbeschäftigungen zu fahren, als sie dem Risiko der Kriminalität auf der Straße, im Bus und in der Untergrundbahn auszusetzen. Andere ergriffen drastischere Maßnahmen und „flüchteten" in die Vororte oder, als die Vororte selbst stärker von Kriminalität heimgesucht wurden (oder einfach zu „ethnisch gemischt" wurden), in *„gated communities"* (Blakely und Snyder 1997).[21]

Die Effekte der Kriminalitätskontrolle auf der Ebene dieser privaten, niedrigschwelligen Anpassungsmechanismen sind schwer zu messen und sind meines Wissens niemals wirklich sorgfältig evaluiert worden.[22] Aber für unsere Zwecke ist es wichtiger,

20 Siehe Stanko (1990); die Rolle der Frauen in der neuen Politik der Kriminalitätskontrolle ist zentral, so z.B. in der Opferbewegung, in den Untersuchungen zur Kriminalitätsfurcht, in den täglichen Prozessen der Anpassung und in Kampagnen von Pressure-Groups zum Schutz gegen häusliche Gewalt, Sexualdelikte, Trunkenheit am Steuer und Kindesmissbrauch.

21 Man beachte die Reaktion der Architekten und Stadtplaner auf urbane Kriminalität und Desorganisation, z.B. Davis (1990) zur Militarisierung des Innenstadtlebens; Beck und Willis (1995) zur Sicherheit beim Einkaufen; Sibley (1995) zu der „Geographie der Exklusion". Zu Angst und Verhaltensreaktionen darauf siehe Riger et al. (1982), Krahn und Kennedy (1985).

22 Zu der empirischen Messung von routinemäßigen Vorsichtsmaßnahmen siehe US Department

dass sich diese Veränderungen der täglichen Routine schließlich in stabilen *kulturellen* Mustern niederschlugen. Wie die Menschen denken und fühlen, worüber sie reden und wie sie darüber reden, ihre Werte und Prioritäten und schließlich, wie sie ihre Kinder erziehen oder wie sie Neuankömmlinge in ihrer Nachbarschaft informieren: in diesen Routinen zeigt sich der kulturelle Wandel. Die Angst vor Kriminalität – oder eher das *kollektiv gewachsene Kriminalitätsbewusstsein* – wurde allmählich *institutionalisiert*. Common sense und die Routinen des täglichen Lebens tragen seine Handschrift: Wir finden dieses Bewusstsein in unseren Erwartungen, unseren Vergnügungen und Nachrichtenprogrammen, in unseren Versicherungsverträgen, unseren urbanen Mythen und dem Wert unserer Häuser.

3. ‚Der Kriminalitäts-Komplex': die Kultur von High Crime Societies

Man könnte diesen historischen Prozess in der Weise zusammenfassen, dass ein kulturelles Muster sich um das Phänomen der hohen Kriminalitätsraten und der gestiegenen Unsicherheit etabliert hat und nunmehr der Erfahrung mit Kriminalität eine feste institutionelle Form gibt. Dieses kulturelle Muster, das wir als ‚Kriminalitäts-Komplex' der späten Moderne bezeichnen können, ist durch ein spezifisches Cluster von Einstellungen, Wertorientierungen und Annahmen charakterisiert:

- hohe Kriminalraten werden als ein normaler Zustand gesellschaftlichen Lebens angesehen;[23]
- die emotionale Auseinandersetzung mit Kriminalitätsproblemen ist weit verbreitet und intensiv und umfasst sowohl Elemente der Faszination als auch der Furcht, der Wut und des Ärgers;
- Kriminalitätsprobleme werden politisiert und öffentlich hoch emotionalisiert dargestellt;
- die Sorge um die Opfer und die öffentliche Sicherheit dominieren die Kriminalpolitik und die Politik im Allgemeinen;
- das System der Strafjustiz wird als inadäquat und ineffizient angesehen;
- private und routineförmige Abwehrmaßnahmen sind weit verbreitet, und ein großer Markt für private Sicherheit entsteht;
- ein „Kriminalitätsbewusstsein" hat sich in den Medien, in der populären Kultur und in unserem räumlichen Lebensumfeld institutionalisiert.

---

of Justice (1995: 173, T2.42, „Reported self-protective measures taken as a result of concerns about crime"); Sacco und Johnson (1990).

23 „Hoch" ist natürlich ein relativer Begriff; siehe dazu die Diskussion über hohe Kriminalitätsraten als normalen gesellschaftlichen Tatbestand bei Garland (1996). In den USA und in Großbritannien sind gegenwärtig die Kriminalitätsraten und vor allem die Raten von Gewaltkriminalität auf einem historisch hohen Niveau, und dies trotz des kürzlichen Rückgangs; sie werden weitgehend auch so wahrgenommen, besonders von alten Leuten, die sich noch an die ganz anderen Umstände der 1950er und frühen 1960er Jahre erinnern können. Für den Zweck meiner Analyse bezeichne ich als eine *wahrgenommene* ‚hohe' Kriminalitätsrate diejenige, bei der die Vermeidung von Kriminalität und Viktimisierung ein wichtiges Prinzip für die Organisierung des Alltags wird.

Hat sich ein solches kulturelles Muster einmal etabliert, dann verändert sich diese Sichtweise der Welt nicht so schnell. Sie ist kaum beeindruckbar durch die jährlichen Veränderungen der Kriminalstatistiken, selbst dann nicht, wenn diese eine Abnahme der offiziellen Kriminalitätsrate indizieren. Das erklärt das offensichtliche Fehlen einer Beziehung zwischen den Trends der Deliktentwicklung und der Kriminalitätsfurcht. Unsere Einstellungen zur Kriminalität – unsere Ängste und unser Ärger, aber auch die Erklärungen und das Problemverständnis, die unser gesunder Menschenverstand nahe legt – werden zu feststehenden kulturellen Tatsachen, die von kulturellen ‚Skripten' abgesichert und durch sie reproduziert werden, jedoch kaum durch kriminologische Forschung oder offizielle Kriminalitätsdaten.

Die Entwicklung eines solchen „Kriminalitäts-Komplexes" produziert eine Reihe von psychologischen und sozialen Effekten, die die Politik und deren Umsetzung beeinflussen. Die Bürgerinnen und Bürger wurden kriminalitätsbewusst, risikobewusst und auf das Kriminalitätsproblem eingestimmt, und viele haben große Angst und Sorge. Sie sind in Institutionen und täglichen Praktiken gefangen, die von ihnen fordern, dass sie die Identität eines (tatsächlichen oder potenziellen) Verbrechensopfers annehmen, um entsprechend denken, fühlen und agieren zu können. Diese aufgezwungene Beschäftigung mit Kriminalität und Kriminalitätsprävention ruft in der Tendenz eine ambivalente Reaktion hervor.[24] Diese besteht einerseits in einer stoischen Anpassung, die neue Gewohnheiten des Vermeidens und Routinen der Kriminalitätsprävention mit sich bringt. Die Kehrseite ist ein gerütteltes Maß an Irritation, Frustration und Ärger angesichts der Kumulation von Unannehmlichkeiten, die Kriminalität im täglichen Leben begleitet (Gaubatz 1995; Kaminer 1995). Beträchtliche Teile der Öffentlichkeit zeigten daher immer weniger Bereitschaft, die Täter mit Sympathie zu unterstützen, verloren ihre Geduld gegenüber einer Strafrechtspolitik, die sie als ineffizient empfanden, und identifizierten sich mit den Opfern (Anderson 1995). Der Versuch, einen Täter „zu verstehen", war immer schon anstrengend und schwierig gewesen, bereitete aber einer liberalen Elite weniger Probleme, da sie kaum von Kriminalität betroffen war, ebensowenig wie den professionellen Gruppen, die davon lebten. Diese Perspektive änderte sich kontinuierlich zugunsten der Auffassung, die Täter zu *verdammen*. Straftäter zu resozialisieren, wurde zunehmend als unrealistisch angesehen und erschien vor allem auch immer weniger als *moralisch* zwingend.

Das, was Menschen sozial und psychisch in die Auseinandersetzung mit dem Kriminalitätsproblem und der Bestrafung von Straftätern investieren, nimmt beträchtlich zu. Die Emotionen werden intensiver erfahren und verbreiten sich extensiv in der Bevölkerung. Weite Kreise der Öffentlichkeit machen immer häufiger ihrer Furcht und ihrem Ärger darüber Luft, dass sie ihren Lebensstil ändern und Kosten auf sich nehmen müssen sowie ihrer Unzufriedenheit mit einem System, das dabei versagt hat, ein ganz „normales" Niveau an Sicherheit zu gewährleisten. Die tägliche Prüfung durch wenn auch kleinere Straftaten und Gesetzlosigkeit geht allzu leicht in die Sorge über

24 Die Ambivalenz der öffentlichen Meinung zur Kriminalitätskontrolle wird regelmäßig erfasst, aber diese widersprüchlichen Einstellungen in den Meinungsumfragen werden selten analysiert. Meinungsforscher berichten, dass die Öffentlichkeit in den USA und Großbritannien die härtere Bestrafung von Tätern fordert, gleichzeitig aber auch Maßnahmen zur Prävention und Rehabilitation unterstützt; siehe Scheingold (1995).

„Kriminalität an sich" über und suggeriert hier eher schwere Kriminalität.[25] Das Trauma der Machtlosigkeit angesichts der Ängste ruft die Forderung nach tatkräftigem Handeln hervor. Das Gefühl, dass „etwas getan werden muss" und dass „jemand die Schuld dafür hat", findet zunehmend seinen Niederschlag in der Politik und heizt politischen Aktionismus an.

Es ist dieses Muster aus sozialen Routinen, kulturellen Praktiken und kollektiven Emotionen und Empfindlichkeiten, das das gesellschaftliche Raster bildet, innerhalb dessen die derzeit dominierenden Strategien der Kriminalitätskontrolle entwickelt wurden. Es handelt sich um ein Ensemble aus strukturellen und kulturellen Faktoren und kollektiver Erfahrung, das ein neues Niveau an Kriminalitätsbewusstsein aufrecht erhält, der emotionalen Betroffenheit eine neue Dimension gibt und Kriminalität ihre aktuelle Bedeutung im täglichen Leben verleiht. Die Strategien der punitiven Segregation und der Präventionspartnerschaft sollten als verwaltungspolitische Initiativen gesehen werden, die auf diesem gesellschaftlichen Fundament aufruhen und von seinen Konturen und Charakteristika bedingt werden. Sie sind weit davon entfernt, ausschließlich Erfindungen von Politikern oder der Medien zu sein. Sowohl in Bezug auf ihre praktische Anwendung wie auch ihre politische Unterstützung sind diese Strategien durch weit verbreitete Denkgewohnheiten, Handlungsroutinen und Gefühlsstrukturen determiniert, die unsere Zivilgesellschaft seit einiger Zeit kennzeichnen.

Die Hauptthemen der neuen Strategien sind Expressivität, Punitivität, Opferzentrismus, Schutz der Öffentlichkeit, verbesserte Kontrollen, Schadensvorbeugung, öffentlich-private Partnerschaften, die Übertragung von Verantwortlichkeit auf Bürger und Nachbarschaften und die Aufwertung der lokalen und gemeindebezogenen Polizeiarbeit. Sie sind in der neuen kollektiven Erfahrung begründet, aus der sie ihre Bedeutung und ihre Stärke beziehen, sowie in den sich derzeit entwickelnden gesellschaftlichen Routinen, die ihnen die Techniken und die praktische Unterstützung liefern. Sie haben ihre Wurzeln ebenfalls in einer reaktionären Thematisierung von „Postmoderne" – doch das ist eine andere Geschichte (Garland 2001). Dieser Diskurs wird nicht nur durch Kriminalität generiert, sondern durch die gesamte reaktionäre Strömung in Kultur und Politik, die die Gegenwart mit Begriffen und Schlagworten wie ‚moralischer Zusammenbruch', ‚Unzivilisiertheit und Disziplinlosigkeit' (*incivilities*), oder ‚Untergang der Familie' charakterisiert und die Rücknahme der kulturellen Revolution der 1960er Jahre sowie der kulturellen und politischen Befreiung, die sie hervorbrachte, fordert. Die offene, durchlässige und mobile Gesellschaft von Fremden, die wir als Postmoderne kennzeichnen, hat Praktiken der Kriminalitätskontrolle hervorgebracht, die darauf abzielen, die Gesellschaft weniger offen und weniger beweglich zu machen. Identitäten sollen fixiert und die Individuen eingeengt werden, ganze Teile der Bevölkerung sollen unter Quarantäne gestellt, Grenzen errichtet und Zugänge verschlossen werden (Baumann 2000). Auch wenn diese Strategien in keiner Weise von dem sozialen Umfeld, das ich beschrieben habe, *determiniert* werden, liefert es doch äußerst

25 Zimring und Hawkins (1997) nennen dies „kategoriale Infektion"; siehe Anderson (1995), der zeigt, wie spezifische Fälle (wie der des entlassenen Strafgefangenen Willie Horton, der anschließend einen Mord beging) den Inhalt und die Struktur dieser Ängste spiegeln und verstärken.

wirksame Bedingungsfaktoren. Außerhalb dieses Umfeldes sind diese Strategien wahrscheinlich nicht vorstellbar.

Literatur

Allen, Francis A., 1981: The Decline of the Rehabilitative Ideal. New Haven, CT: Yale University Press.

Anderson, David C., 1995: Crime and the Politics of Hysteria. How the Willie Horton Case Changed American Justice. New York, NY: Times Books.

Baldwin, Peter, 1990: The Politics of Solidarity: Class Basis of the European Welfare State, 1875–1975. Cambridge: Cambridge University Press.

Barry, Keith, 1997: Chain Gangs (unpublished paper, on file with the author).

Bauman, Zygmunt, 2000: The Social Uses of Law and Order. S. 23–46 in: *David Garland* und *Richard F. Sparks* (Hg.), Criminology and Social Theory. Special Issue of the British Journal of Criminology: 40 (2).

Bayer, Ronald, 1981: Crime, Punishment and the Decline of Liberal Optimism. Crime and Delinquency 27: 169–190.

Beck, Adrian, und *Andrew Willis*, 1995: Crime and Security: Managing the Risk to Safe Shopping. Leicester: Perpetuity Press.

Beckett, Katherine, 1997: Making Crime Pay. New York, NY: Oxford University Press.

Best, Joel, 1993: But Seriously Folks. S. 129–147 in: *James A. Holstein* und *Gale Miller* (Hg.), Reconsidering Social Contructionism. New York, NY: Aldine de Gruyter.

Best, Joel, 1999: Random Violence. Berkeley, CA: University of California Press.

Blakely, Edward J., und *Mary Gail Snyder,* 1997: Fortress America. Washington, DC: Brookings Institute.

Bottomley, Keith, und *Gerry Johnstone,* 1998: Labour's Crime Policy in Context. Policy Studies 19 (3, 4): 173–184.

Bottoms, Anthony E., 1980: Introduction to the Coming Penal Crisis. S. 1–24 in: *Anthony E. Bottoms* und *R. H. Preston* (Hg.), The Coming Penal Crisis. Edinburgh: Scottish Academic Press.

Bottoms, Anthony E., 1995: The Philosophy and Politics of Punishment and Sentencing. S. 17–49 in: *Chris Clarkson* und *Rod Morgan* (Hg.), The Politics of Sentencing Reform. Oxford: Clarendon Press.

Brint, Steven, 1994: In an Age of Experts: The Changing Role of Professionals in Politics and Public Life. Princeton, NJ: Princeton University Press.

Butler, Tim, und *Mike Savage* (Hg.), 1996: Social Change and the Middle Classes. London: UCL Press.

Campbell, Beatrix, 1993: Goliath: Britain's Dangerous Places. London: Methuen.

Chernoff, Harry A., Christopher M. Kelly und *John R. Kroger,* 1996: The Politics of Crime. Harvard Journal on Legislation 33: 527–579.

Christie, Nils, 1977: Conflicts as Property. British Journal of Criminology 17 (1): 1–15.

Cohen, Stanley, 1985: Visions of Social Control. Oxford: Polity.

Cohen, Lawrence E., und *David Cantor,* 1981: The Determinants of Larceny in the United States: Life Style and Demographic Factors Associated with the Probability of Victimization. Journal of Research in Crime and Delinquency 18: 113–127.

Conklin, John E., 1975: The Impact of Crime. New York, NY: MacMillan.

Crawford, Adam, 1997: The Local Governance of Crime. Oxford: Clarendon Press.

Crompton, Rosemary, 1997: Women and Work in Modern Britain. Oxford: Oxford University Press.

Davis, Mike, 1990: City of Quartz. London: Vintage.

Downes, David, 1998: Toughing it Out: From Labour Opposition to Labour Government. Policy Studies 19 (3, 4): 191–198.

Downes, David, und *Rod Morgan*, 1994: Dumping the ‚Hostages to Fortune‘? The Politics of Law and Order in Post-War-Britain. S. 87–134 in: *Mike Maguire, Rod Morgan* und *Robert Reiner* (Hg.), The Oxford Handbook of Criminology. Oxford: Clarendon Press.

Dubow, Fred, Edward McCabe und *Gail Kaplan,* 1979: Reactions to Crime. A Critical Review of the Literature. Washington, DC: National Institute of Law Enforcement, US Department of Justice.

Duclos, Denis, 1998: The Werewolf Complex: America’s Fascination with Violence. New York, NY. Oxford University Press.

Ehrenreich, Barbara, 1989: Fear of Falling. The Inner Life of the Middle Class. New York, NY: Perennial Library.

Elias, Robert, 1993: Victims Still: The Political Manipulation of Crime Victims. Newbury Park: Sage Publications.

Ellsworth, Phoebe C., und *Samuel R. Gross,* 1994: Hardening of the Attitudes: Americans’ Views on the Death Penalty. Journal of Social Issues 50 (2): 19–52.

Ericson, Richard, Patricia Baranek und *Janet Chan,* 1991: Representing Order: Crime, Law and Justice in the News Media. Buckingham: Open University Press.

Felson, Marcus, 1994: Crime and Everyday Life. Thousand Oaks, CA: Pine Forge Press.

Felson, Marcus, 1997: A Routine Activity Analysis of Recent Crime Reductions. The Criminologist 22 (6): 1–3.

Felson, Marcus, und *Ronald Clarke* (Hg.), 1997: Business and Crime Prevention. Monsey, NY: Criminal Justice Press.

Fine, Gary Alan, 1997: Scandal, Social Conditions and the Creation of Public Attention. Social Problems 44 (3): 297–323.

Fishman, Robert, 1987: Bourgeois Utopias: The Rise and Fall of Suburbia. New York, NY: Basic Books.

Flanagan, Timothy J., und *Kathleen Maguire*, 1994: Reported Self-Protective Measures Taken as a Result of Concern about Crime. Sourcebook of Criminal Justice Statistics, Table 2.42.

Foucault, Michel, 1977: Discipline and Punish: The Birth of the Prison. London: Allen Lane.

Foucault, Michel, 1984: Preface to the History of Sexuality, Volume II. S. 333–339 in: *Paul Rabinow* (Hg.), The Foucault Reader. New York, NY: Pantheon.

Friedman, Lawrence, 1993: Crime and Punishment in American History. New York, NY: Basic Books.

Garland, David, 1985: Punishment and Welfare: A History of Penal Strategies. Aldershot: Gower.

Garland, David, 1990: Punishment and Modern Society. Chicago, IL: Chicago University Press.

Garland, David, 1996: The Limits of the Sovereign State: Strategies of Crime Control in Contemporary Society. British Journal of Criminology 36 (4): 445–471.

Garland, David, 2001: The Culture of Control. Oxford: Oxford University Press.

Gaubatz, Kathlyn Taylor, 1995: Crime in the Public Mind. Ann Arbor, MI: University of Michigan Press.

Giddens, Anthony, 1990: The Consequences of Modernity. Oxford: Polity Press.

Glazer, Nathan, 1987: Towards a Self-Service Society. Public Interest 70: 66–90.

Goode, Erich, 1994: Round Up the Usual Suspects: Crime, Deviance and the Limits of Constructionism. The American Sociologist 25: 90–104.

Grabosky, Peter N., 1992: Law Enforcement and the Citizen: Non-Governmental Participants in Crime Prevention and Control. Policing and Society 2: 249–271.

Greenberg, David, und *Drew Humphries,* 1980: The Co-optation of Fixed Sentencing Reform. Crime and Delinquency 26: 205–225.

Hale, Chris, 1996: Fear of Crime: A Review of the Literature. International Review of Victimology 4: 79–150.

Hall, Stuart, Chas Critcher, Tony Jefferson, John Clarke und *Brian Roberts*, 1978: Policing the Crisis: Mugging, the State and Law and Order. London: MacMillan.

Hewitt, Patricia, 1993: About Time: The Revolution in Work and Family Life. London: Institute of Public Policy Research.

Hobsbawm, Eric, 1994: The Age of Extremes: The Short Twentieth Century, 1914–1991. London: Michael Joseph.
Hochschild, Arlie Russell, 1997: The Time Bind. New York, NY: Metropolitan Books.
Home Office, 1996: Criminal Statistics for England and Wales. London: HMSO.
Hopkins, John, 1996: Social Work through the Looking Glass. S. 19–35 in: *Nigel Parton* (Hg.), Social Theory, Social Change and Social Work. London: Routledge.
Hough, Michael, 1995: Anxiety about Crime: Findings from the 1994 British Crime Survey. London: Home Office.
Hough, Michael, und *Julian Roberts*, 1998: Attitudes to Punishment: Findings from the British Crime Survey. London: Home Office.
Hough, Michael, und *Julian Roberts*, 1999: Sentencing Trends in Britain: Public Knowledge and Public Opinion. Punishment and Society: The International Journal of Penology 1 (1): 11–26.
Jacob, Herbert, 1984: The Frustration of Policy. Boston: Little Brown and Co.
Johnson, Les, 1992: The Rebirth of Private Policing. London: Routledge.
Jones, Trevor, und *Tim Newburn*, 1998: Private Security and Public Policing. Oxford: Clarendon Press.
Kaminer, Wendy, 1995: It's All the Rage: Crime and Culture. New York, NY: Addison-Wesley.
Krahn, Harvey, und *Leslie W. Kennedy*, 1985: Producing Personal Safety: The Effects of Crime Rates, Police Force Size, and Fear of Crime. Criminology 23 (4): 697–710.
Labour Party, 1995: Everyone's a Victim, 28 March. London: Central Office.
Lewis, Derek, 1997: Hidden Agendas: Politics, Law and Disorder. London: Hamish Hamilton.
Mirrlees-Black, Catriona, Pat Mayhew und *Andrew Percy*, 1996: The 1996 British Crime Survey. London: HMSO.
Morris, Lydia, 1994: Dangerous Classes. The Underclass and Social Citizenship. London: Routledge.
Nossiter, Adam, 1994: Making Hard Time Harder. New York Times, 17 September: 1 (1).
O'Malley, Pat, 1999: Volatile and Contradictory Punishments. Theoretical Criminology 3: 175–196.
Parton, Nigel (Hg.), 1996: Social Theory, Social Change and Social Work. London: Routledge.
Perkin, Harold, 1989: The Rise of Professional Society. London: Routledge.
Pettinico, George, 1994: Crime and Punishment: America Changes its Mind. The Public Perspective, 5: 29–32.
Pierson, Paul, 1994: Dismantling the Welfare State. New York, NY: Cambridge University Press.
Pillsbury, Samuel, 1995: Why Are We Ignored? The Peculiar Place of Experts in the Current Debate about Crime and Justice. Criminal Law Bulletin, July-August.
President's Task Force on Victims, 1982: Final Report. Washington, DC.
Radzinowicz, Leon, und *Joan King,* 1979: The Growth of Crime. Harmondsworth: Penguin Books.
Ranulf, Svend, 1964: Moral Indignation and Middle Class Psychology. New York, NY: Schocken Books.
Reiner, Robert, Sonia Livingstone und *Jessica Allen,* 1998: Discipline or Desubordination: Changing Images of Crime in the Media since World War II. Paper presented to the ISA World Congress, Montreal, July 1998.
Research and Forecasts Inc., 1983: America Afraid: How Fear of Crime Changes the Way We Live (The Figgie Reports). New York, NY: NAL.
Riger, Stephanie, Margaret T. Gordon und *Robert Lebailly*, 1982: Coping with Urban Crime: Women's Use of Precautionary Behaviors. American Journal of Community Psychology 10 (4): 369–386.
Rock, Paul, 1990: Helping Victims of Crime. Oxford: Clarendon Press.
Rosenbaum, Dennis, 1988: Community Crime Prevention: A Review and Synthesis of the Literature. Justice Quarterly 5: 323–395.
Rutherford, Andrew, 1993: Criminal Justice and the Pursuit of Decency. Oxford: OUP.
Sacco, Vincent F., und *Holly Johnson*, 1990: Patterns of Criminal Victimization in Canada. Ottawa: Minister of Supply and Services Canada.

Savelsberg, Joachim, 1994: Knowledge, Domination and Criminal Punishment. American Journal of Sociology 99: 911–943.
Scheingold, Stuart A., 1991: The Politics of Street Crime: Criminal Process and Cultural Obsession. Philadelphia, PA: Temple University Press.
Scheingold, Stuart A., 1995: Politics, Public Policy and Street Crime. The Annals of the American Academy of Political and Social Science 539: 155–168.
Schneider, Anne L., und *Peter R. Schneider*, 1977: Private and Public-Minded Citizen Responses to a Neighborhood-Based Crime Prevention Strategy. Eugene, OR: Institute of Policy Analysis.
Schor, Juliet B., 1992: The Overworked American. New York, NY: Basic Books.
Sibley, David, 1995: Geographies of Exclusion. London: Routledge.
Simon, Jonathan, 1992: Poor Discipline: Parole and the Social Control of the Underclass 1890–1990. Chicago, IL: Chicago University Press.
Skogan, Wesley G., 1988: Community Organizations and Crime. S. 39–78 in: *Micheal Tonry* und *Norval Morris* (Hg.), Crime and Justice: An Annual Review of Research. Chicago, IL: Chicago University Press.
Skogan, Wesley G., und *Michael Maxfield,* 1980: Coping with Crime: Victimization, Fear and Reactions to Crime in Three American Cities. Evanston, IL: Northwestern University Center for Urban Affairs.
Skogan, Wesley G., und *Michael Maxfield,* 1981: Coping With Crime. Beverly Hills, CA: Sage.
Smith, David J., 1995: Living Conditions in the Twentieth Century. S. 194–295 in: *Michael Rutter* und *David J. Smith* (Hg.), Psychosocial Disorders in Young People: Time Trends and their Causes. London: Wiley.
Sparks, Richard, 1981: Multiple Victimization. Journal of Criminal Law and Criminology, 72: 762–775.
*Sparks, Richard,*1992: Television and the Drama of Crime. Milton Keynes: Open University Press.
Stanko, Elizabeth, 1990: Everyday Violence: How Women and Men Experience Sexual and Physical Danger. London: Pandora Press.
Surette, Ray, 1992: Media, Crime and Criminal Justice: Images and Realities. Pacific Grove: Brooks/Cole.
Sykes, Charles, 1992: A Nation of Victims. New York, NY: St Martin's Press.
Taylor, Ian, 1992: Left Realist Criminology and the Free Market Experiment in Britain. S. 95–122 in: *Jock Young* und *Roger Matthews* (Hg.), Rethinking Criminology: The Realist Debate. London: Sage.
Taylor, Ian, 1995: Private Homes and Public Others. British Journal of Criminology 35 (2): 263–285.
Tyler, Tom R., und *Robert J. Boeckmann*, 1997: ‚Three Strikes and You're Out', but Why? The Psychology of Public Support for Punishing Rule Breakers. Law and Society Review 331 (2).
Tyler, Tom R., Robert J. Boeckmann, Heather J. Smith und *Yuen J. Huo*, 1997: Social Justice in a Diverse Society. Boulder, CO: Westview Press.
United States Department of Justice, 1994: Criminal Victimization in the United States: 1973–1992 Trends. Washington, DC: US Government Printing Office.
United States Department of Justice, 1995: Crime in the United States 1995, Federal Bureau of Investigation Uniform Crime Reports. Washington, DC: US Government Printing Office.
United States Department of Justice, 1996: Sourcebook of Criminal Justice Statistics 1995. Washington, DC: US Government Printing Office.
Von Hirsch, Andrew, 1995: Law and Order: The Politics of Resentment (unpublished manuscript).
Warren, Robert, Mark S. Rosentraub und *Karen S. Harlow*, 1984: Co-Production, Equity and the Distribution of Safety. Urban Affairs Quarterly 19: 447–464.
Wiener, Martin, 1990: Reconstructing the Criminal. Cambridge: Cambridge University Press.
Wilson, William J., 1987: The Truly Disadvantaged. Chicago, IL: Chicago University Press.
Windlesham, Lord, 1993: Responses to Crime, Volume 2, Penal Policy in the Making. Oxford: Clarendon.

Yergin, Daniel, und *Joseph Stanislaw,* 1998: The Commanding Heights: The Battle between Government and the Marketplace that is Remaking the Modern World. New York, NY: Simon and Schuster.
Young, Alison, 1996: Imagining Crime. London: Sage.
Zimring, Franklin E., 1996: Populism, Democratic Government, and the Decline of Expert Authority: Some Reflections on ‚Three Strikes' in California. Pacific Law Journal 28: 243–256.
Zimring, Franklin E., und *Gordon Hawkins*, 1997: Crime Is Not the Problem: Lethal Violence in America. New York: Oxford University Press.

Übersetzt von *Heide Schmidt.*

THEORIE DER KRIMINALITÄT

Henner Hess und Sebastian Scheerer

Zusammenfassung: Die allgemeine Soziologie verfügt über Makro-Mikro-Makro-Modelle, die für die Theorieentwicklung der Kriminologie nicht nur im Hinblick auf die Integration vorhandener Teiltheorien nützlich sind, sondern auch helfen, eine Theorie der Kriminalität als gesellschaftlicher *Sinnprovinz* zu strukturieren. Eine solche allgemeine Theorie der Kriminalität würde nicht nur Kriminalitätsraten (Makro-Ebene) und kriminelles sowie kriminalisierendes Handeln von Individuen (Mikro-Ebene) erklären, sondern in radikaler Erweiterung herkömmlicher Aufgabenzuweisungen an die Kriminologie alle Phänomene zum Gegenstand der Erklärung machen, die ihren sozialen Sinn von der Kategorie des *crimen* erhalten. Das erlaubt dann die Suche nach Bedingungskomplexen, Eigendynamiken, Wechselwirkungen usw. zwischen den unterschiedlichsten Elementen innerhalb dieser Sinnprovinz wie auch zwischen der Sinnprovinz der Kriminalität und ihrer Umwelt. Zugleich stimuliert eine Theorie auf dieser Grundlage die Generierung neuer Fragestellungen und Einzeltheorien.

In der Kriminologie gibt es, wie in anderen Wissenschaften auch, viele Einzeltheorien über spezielle Phänomene und Einzelbereiche des Gesamtgegenstandes. Aber im Gegensatz zu anderen Wissenschaften ist das Interesse an einem Fortschreiten zu einer allgemeineren Theorie recht gering. Viele Kriminologen finden schon die Idee eines solchen Projekts illusorisch. Eine allgemeine Theorie, so meinen sie, würde sowohl an der prinzipiellen Unvereinbarkeit der erkenntnistheoretischen Prämissen gegenwärtiger Erklärungsansätze (von der Anomietheorie bis zum Labeling) als auch an der Unvergleichbarkeit der unter Strafe gestellten Delikte (vom Ladendiebstahl bis zum Völkermord) scheitern. Und manche sehen darin gar nicht einmal ein Problem, weil sie die aktuelle „fragmentation of criminology" (Ericson und Carriere 1996) sowieso vorziehen. In postmoderner Skepsis gegenüber „Wahrheit", „Wissenschaft" und „objektiver Erkenntnis", in denen sie nicht mehr als die Mythen einer „Großen Erzählung" sehen, plädieren sie dafür, jeglichen „Anspruch auf eine wie auch immer geartete Wissenschaftlichkeit" aufzugeben und dem herrschenden Diskurs über Kriminalität und Kontrolle „originelle Neubeschreibungen" entgegen zu setzen (vgl. Kreissl 1996: 34–36; siehe auch Henry und Milovanovic 1996 zu ihrem Programm des „replacement discourse").

Hinzu kommt, dass man selbst dort, wo man von der Möglichkeit und Wünschbarkeit einer „general theory of crime" ausgeht, dem eigenen Anspruch oft nicht genügt und sich unter Ausklammerung der gesamtgesellschaftlichen Dimension dann doch wieder auf die bloße Erklärung kriminellen Handelns – also auf die Mikroperspektive – beschränkt (vgl. z.B. Gottfredson und Hirschi 1990; Tittle 1995). „Allgemein" sollte eine Theorie aber sinnvollerweise erst dann genannt werden, wenn sie neben der Begehung von Delikten auch die makro-perspektivisch zu analysierenden Vor-

aussetzungen und Folgen von Kriminalität als Handlung in den Blick nimmt, von der Rechtssetzung bis zum Kriminalitätsdiskurs. „Die Kriminalität der Gesellschaft" (Krasmann 2003) – das ist ein komplexes Ensemble von Akteuren und Handlungen, von Institutionen und Bewegungen, von sozialen Netzen und rechtlichen Regeln, von Machtverhältnissen und Konflikten, aber auch von Gefühlen, Phantasien, Symbolen, Diskursen und Geschichten der unterschiedlichsten Art, in dem sich jedes Element letztlich nur in seinem und durch seinen Kontext begreifen lässt. Eine wirklich allgemeine kriminologische Theorie, d.h. eine Theorie, deren Hauptzweck darin gesehen wird, zu einem besseren Verständnis des Gesamtphänomens der Kriminalität beizutragen, sollte deshalb auf jeden Fall breit genug angelegt sein, um alle genannten (und überhaupt alle für diese Aufgabe relevanten) Phänomene berücksichtigen zu können. Das heißt: alle Phänomene, die ihren Sinn aus dem Begriff *crimen* erhalten (in dem die Lateiner interessanterweise schon die Bedeutungen Schuld, Beschuldigung und Verbrechen zusammenfassten) und die damit die *Sinnprovinz der Kriminalität* bilden.

Ob man sich zum Beschreiben und Begreifen der Sinnprovinz Kriminalität einer strukturalistischen, funktionalistischen, systemtheoretischen oder handlungstheoretischen Sprech- und Denkweise bedienen sollte, wird in der Praxis oft zu einer Glaubensfrage hochstilisiert oder nach der mutmaßlichen Affinität eines Modells zu „linker" oder „rechter" Ideologie entschieden, ist aber lediglich eine Frage der Zweckmäßigkeit. Unter diesem Gesichtspunkt ist es kein Geheimnis, dass holistische Ansätze entweder wenig Interesse an oder aber erhebliche Schwierigkeiten mit der Vermittlung von kollektiven Phänomenen (z.B. Kriminalitätsraten) und individuellen Handlungen (z.B. der Begehung einer Straftat) haben, während handlungstheoretische Modelle wie der *methodologische Individualismus* (Esser 1984), der *soziale Konstruktivismus* (Berger und Luckmann 1970) bzw. das so genannte *Modell der soziologischen Erklärung* (Coleman 1990; Esser 1991; 1999–2001) die Verbindung gesellschaftlicher Erscheinungen auf der Makro-Ebene mit Vorgängen auf der Mikro-Ebene individuellen Handelns (wobei die Deutung der Situation durch die Akteure die Scharnierstelle bildet) in das Zentrum ihrer Überlegungen stellen und gerade deshalb auch die Emergenz neuer sozialer Makro-Phänomene aus der Aggregation (massenhaften) individuellen Handelns nachvollziehbar zu erklären vermögen.[1] Wie andere Kriminologen, die an der Überwindung

1 Man kann also auch nicht, im Stile Durkheims, eine soziale Tatsache auf der Makro-Ebene durch Rekurs auf eine andere soziale Tatsache auf der Makro-Ebene erklären, etwa eine hohe Kriminalitätsrate durch ein hohes Maß an Armut. Auf diese Weise kann man bestenfalls Korrelationen feststellen, versteht aber nicht, warum und wie diese Korrelationen entstehen. Verstehen und erklären kann man die Zusammenhänge nur, wenn man über die Mikro-Ebene des individuellen Handelns, durch die Situationsinterpretationen der Akteure hindurchgeht. Die Theorie gibt also auch einen Mechanismus an, über den ein soziales Phänomen auf ein anderes wirkt. Also z.B.: Wenn die Armut in einer bestimmten Region steigt, dann steigt auch die Kriminalitätsrate, weil die Leute kein Geld haben, ihre Wünsche auf legale Weise zu befriedigen – oder weil die Behörden bei steigender Armut Unruhen befürchten, die Kontrolle intensivieren und damit das Dunkelfeld aufhellen bzw. mehr Handlungen als kriminelle definieren und bearbeiten. Im Gegensatz zu den üblichen Kriminalitätstheorien interessiert sich unsere zudem nicht nur für die Ursachen, sondern auch für die Folgen von Kriminalität: Wenn die Kriminalitätsrate in einer bestimmten Region steigt, steigt meist auch die Armut, weil Investitionen ausbleiben, Arbeitsplätze verloren gehen, die Bessergestellten fortziehen und arme Leute zuziehen.

der Trennung zwischen makro- und mikroperspektivischer Devianzforschung besonderes Interesse hegen (Lüdemann und Ohlemacher 2002: 17ff.; Hermann 2003: 44), halten auch wir eine handlungstheoretische Herangehensweise deshalb für besonders geeignet (Hess und Scheerer 1997).[2] Und zwar nicht nur wegen der dabei möglichen Verbindung von Makro- und Mikro-Ebenen, sondern auch, weil es dadurch leichter wird, einem für ein besseres Verständnis oft sehr nützlichen genetischen Modell der Erklärung zu folgen, also einem Modell, das nicht nur auf die Faktoren blickt, die in dem Moment wirksam sind, in dem ein Phänomen auftritt, sondern jedes Phänomen als Resultat eines fortschreitenden Prozesses rekonstruiert, bei dem in zeitlicher Abfolge immer wieder neue (Vor-)Bedingungen für den weiteren Verlauf geschaffen werden (das implizit die Absage an jeden Determinismus und an die Illusion, es ließe sich der Endpunkt einer Entwicklung schon aus den ursprünglichen Ausgangsbedingungen vorhersagen).

Im Folgenden skizzieren wir, wie sich die drei Schritte des Modells einer sozialkonstruktivistischen Kriminologie konkretisieren ließen, in dem die Einzelteile nicht additiv nebeneinander, sondern in einem interaktiven Gesamtzusammenhang stehen: Wir integrieren Aussagen über die ursprüngliche und die alltägliche Entstehung der Kategorie Kriminalität mit solchen über die Entstehung und Entwicklung kriminellen Handelns und zeigen abschließend, wie aus kriminellem Handeln individueller Akteure in Interaktion mit dem Handeln von Kontrolleuren als Resultat wiederum neue überindividuelle Phänomene (illegale Märkte, Kriminalstatistiken, Kriminalitäts- und Kontrolldiskurse) entstehen. Diese Resultate reproduzieren, aber sie modifizieren immer auch die gesamtgesellschaftliche Realität und verändern damit die Ausgangsbedingungen für das Handeln künftiger Akteure.[3]

I. Makro-Ebene: Kriminalität als Definition

1. Risiken für die soziale Ordnung

Die Organisationsweise der Beziehungen, die die menschlichen Individuen bei der Auseinandersetzung mit der Natur und bei ihrer Interaktion miteinander eingehen, d.h. die soziale Ordnung, ist historisch variables Menschenwerk. Ihre Strukturen sind Produkte menschlichen Handelns und werden nur durch menschliches Handeln aufrechterhalten, auch wenn sie den Menschen dann wieder als ihnen entfremdete „durchaus fremde Mächte" (Marx/Engels) und verdinglichte „faits sociaux" (Durkheim) gegenübertreten. Der Bestand dieser Ordnung bzw. einer jeweiligen sozialen

2 Unser damaliger erster freundlicher Vorschlag zu einer allgemeinen kriminologischen Theorie hat aus den Kreisen der kritischen Kriminologen überraschend viel Kritik auf sich gezogen (vgl. z.B. Heft 2/1998 des Kriminologischen Journals). Der Ton dieser Kritik hat uns fatal an jenen erinnert, der in Sekten gegenüber Abtrünnigen üblich ist; wissenschaftlich gesehen waren die Argumente fast durchweg schwach und leicht zu entkräften (vgl. Hess und Scheerer 1998, 1999).

3 Das Modell ist zunächst als Erklärungsrahmen für die ganze Sinnprovinz der Kriminalität konzipiert. Es kann aber durchaus auch dazu dienen, die Erklärung einzelner Bereiche sinnvoll zu ordnen (exemplarisch zum Terrorismus: Hess et al. 1988).

Ordnung ist – von Naturkatastrophen, kriegerischen Auseinandersetzungen, Seuchen und dergleichen einmal abgesehen – in doppelter Weise gefährdet.

Zunächst durch die biologische Freiheit des Menschen als des „nicht fest-gestellten Tieres" (Nietzsche), das sich im Laufe der Evolution vom Instinkt distanziert und eine große Offenheit der Verhaltensmöglichkeiten erreicht hat. Da ihm die für das soziale Leben notwendigen Regelmäßigkeiten des Verhaltens, die Kooperation und Erwartungssicherheiten garantieren, nicht von Natur gegeben sind, müssen sie durch soziale Ordnung von außen suggeriert und erzwungen werden (Gehlen 1940). Die gleiche Besonderheit des Menschen aber, die eine soziale Ordnung nötig macht, macht es auch möglich, dass der Mensch diese soziale Ordnung stets überschreiten kann. So wird der einzelne Mensch durch den *Widerspruch Individuum-Gesellschaft* (einen Widerspruch, den auch noch so viel Gesellschaft im Individuum nicht beseitigen kann) zum Risiko für die soziale Ordnung.

Entscheidend für die ursprüngliche Erfindung der Kategorie Kriminalität (und des Rechts mit seinen Kriminalstrafen, das diese Kategorie definiert) ist aber ein zweiter Widerspruch, nämlich der *Widerspruch zwischen Herrschenden und Beherrschten.* Während der erste Widerspruch universal ist, ist der zweite erst im Laufe der sozialen Evolution entstanden. In akephalen Gesellschaften, die die längste Zeit der Menschheitsgeschichte bestimmten, gab es keine zentrale Instanz, die mit zwingender Autorität sagen konnte, was richtig und was falsch sei. Da alle Mitglieder einer Horde oder eines Stammes prinzipiell gleichrangig waren, wurde die Ordnung der sozialen Welt vor allem dann als in höchstem Maße bedroht angesehen, wenn Einzelne sich privilegierten Zugang zu Ressourcen und Macht über andere Menschen verschaffen oder diese Privilegien gar (durch Erbfolge) institutionalisieren wollten.

Erst an dem Punkt der sozialen Evolution, wo Konflikte um Güter und Positionen nicht mehr im Interesse aller geregelt wurden, sondern wo es einigen Gesellschaftsmitgliedern gelang, die bisherigen Kontrollen zu durchbrechen und sich privilegierte Positionen zu verschaffen, wo Herrschaft politisch als institutionalisierte Macht und ökonomisch als Herrengewalt an den entscheidenden Wirtschaftsmitteln entstand, kam es zu jener drastischen Änderung von Konflikten und Konfliktregelungen, aus der sich die Phänomene Recht (als durch Erzwingungsstäbe garantierte Normen), Verbrechen (als Verstöße gegen solche Rechtsnormen) und Kriminalstrafen (als Sanktionierungen von Verbrechen) entwickelten. Waren in den akephalen Gesellschaften jene Handlungen als wesentliche Gefährdungen der sozialen Ordnung angesehen worden, die sich gegen die Prinzipien der Egalität und Reziprozität richteten, so waren es nunmehr solche Handlungen, die sich gegen die Vorzugsstellung der Machthaber richteten. Von nun an war es die soziale Ordnung selbst, die Interessengegensätze hervorbrachte, welche sich als Bestandsrisiken auswirkten (Hess und Stehr 1987).

Später, zum Teil historisch viel später, zogen Herrschaftsinstanzen auch die Regelung und Bestrafung von Handlungen an sich, die sich aus dem Widerspruch Individuum-Gesellschaft, aus Konflikten zwischen den Untertanen, aus Konkurrenz, Privateigentum, Kommodifizierung von Gütern usw. ergaben. Neben das Normsetzungsmonopol trat ein weitgehendes Sanktionsmonopol und führte seinerseits wiederum zur Stärkung und Legitimierung von Herrschaft. Um das crimen laesae maiestatis herum organisierte sich so allmählich ein Hof weiterer Strafbestimmungen, die zunächst häu-

fig einzelfallbezogen waren und durch Analogiebildungen ausgedehnt wurden, später aber zumindest im kontinentaleuropäischen Rechtskreis abstrakt-generell formuliert wurden, indem sie einen Tatbestand mit einer negativen Sanktion verknüpften.

2. Soziale Kontrolle

Den Handlungen, die als Risiken für die soziale Ordnung wahrgenommen werden, begegnen jene Kräfte, die an der Ordnung interessiert sind, mit Maßnahmen der sozialen Kontrolle. Es gehört bereits zur Strategie sozialer Kontrolle, unerwünschte Verhaltensweisen abstrakt (gewissermaßen in der Form von Diagnosefiguren) zu typisieren und auf diese Weise für die Zukunft handhabbar und im konkreten Einzelfall beantwortbar zu machen. So können gefährdende Handlungen z.B. je nach den Umständen als Sünde (mit Bearbeitung durch Kirche), als Revolte (Militär), Krankheit (Psychiatrie), Verwahrlosung (Erziehung) oder eben Kriminalität stigmatisiert und den darauf spezialisierten Institutionen (Polizei, Justiz) überlassen werden. Welche Diagnosefigur jeweils Anwendung findet, ergibt sich nicht automatisch aus der Natur der Sache, sondern hängt auf jeder Ebene auch mit Machtverhältnissen und Interessenkonstellationen zusammen. (Das ließe sich übrigens heute sehr schön am Beispiel der Definition des Drogenkonsums als autonome Entscheidung, als Krankheit oder als Verbrechen illustrieren.)

Durch im Strafrecht geronnene Definitionsleistungen avancieren einige gefährdete Interessen (an der Würde eines Gottes, an der Staatsform, am Landfrieden, an Leib und Leben, am Eigentum, an einer bestimmten Moral, an der sexuellen Selbstbestimmung, an der Volksgesundheit usw.) zu *Rechtsgütern*. Aus den Handlungen, die als Risiken für die soziale Ordnung bzw. als Verletzungen oder Gefährdungen solcher Rechtsgüter wahrgenommen werden, wird mittels dieser Definitionsleistungen *Kriminalität*. Die Erklärung dieser Definitionsleistung muss ebenfalls nach dem Makro-Mikro-Makro-Modell vorgehen: die Entstehung von Rechtsnormen als Makro-Phänomen ist aus Makro-Vorbedingungen nur durch deren Wirkungen auf normsetzende Individuen und durch ihr individuelles Handeln hindurch (Mikro-Ebene: Handeln von Moralunternehmern, Interessengruppen, Bürokraten, Journalisten usw.) als Aggregation dieses Handelns eben zum neuen Makro-Phänomen Rechtsnormen zu erklären (Chambliss 1974; Pfeiffer und Scheerer 1979: 72–86). Die Aufnahme einer Handlungskategorie in den Katalog der Straftaten dient also als eines von vielen Mitteln sozialer Kontrolle dazu, Gefährdungen der sozialen Ordnung zunächst einmal durch Prävention abzuwehren. Sie öffnet natürlich auch den Weg zu späterer Repression, wenn gefährdende Handlungen trotz aller Prävention dennoch stattfinden. Aber schon die Ächtung der Handlungskategorie als strafbares Unrecht und die pure Androhung von Repression machen das Auftreten entsprechender Verhaltensweisen weniger wahrscheinlich. Und dort, wo sie sie nicht verhindern können, besteht die Wirkung allein schon des Verbots zumindest in einer häufig tiefgreifenden Modifikation des verbotenen Verhaltens (Scheerer und Hess 1997).

3. Kriminalitätsbegriffe

Welche Handlungen unter Strafandrohung verboten werden, bestimmt der jeweilige Gesetzgeber mit verbindlicher Wirkung für seinen Zuständigkeitsbereich – und insofern bestimmt er auch, was Kriminalität ist und was nicht. Denn aus seiner Sicht ist Kriminalität nichts anderes als die Summe der Straftaten. Die gesellschaftlichen Kräfte, die sich im Strafrecht artikulieren können, haben aber nun keineswegs die alleinige Definitionsmacht. Andere Kräfte können die Stigmatisierungswirkung, die von dem Etikett ausgeht, für ihre oft divergierenden Zwecke zu nutzen suchen. Wir möchten daher vier Kriminalitätsbegriffe unterscheiden.

Als *Kriminalität* wird in der gesellschaftlichen Wirklichkeit zunächst einmal das bezeichnet, was im Gesetz als strafbare Handlung definiert ist. Kriminalität als Summe der strafbedrohten Handlungen. Das ist sozusagen die *strafrechtlich definierte* bzw. *theoretische Kriminalität.* Daneben gibt es aber auch das, was nach Ansicht des jeweiligen Sprechers sehr anstößig ist – im Sinne des empörten Ausrufs „Das ist ja kriminell!" – oder was nach anderen Kriterien und im Gegensatz zum positiven Recht „wirkliche Kriminalität" sein sollte. Das lässt sich vielleicht ganz gut als *moralunternehmerisch definierte Kriminalität* bezeichnen. Indem die Kriminologie beide Begriffsbildungen registriert und vergleicht, gewinnt sie einen unabhängigen Blick auf die Differenz zwischen positivem Recht und anderen Normen (z.B. dem Naturrecht oder dem Rechtsempfinden von Teilgruppen bzw. Subkulturen in der Gesellschaft) und kann vieles über die sozialen Konflikte lernen, aus denen dann Veränderungen im geschriebenen Recht erwachsen (können). Als *informell definierte Kriminalität* wäre die Masse jener Handlungen anzusehen, die unter die Kategorien der theoretischen Kriminalität subsumiert werden könnten, die aber noch nicht von den dazu autorisierten Instanzen, sondern vorerst nur von den Tätern selber, von Opfern, Beobachtern, Kriminologen etc. so klassifiziert werden, also Howard S. Beckers „rule-breaking behavior" oder Michel Foucaults „illégalismes". *Formell definierte Kriminalität* soll schließlich jene Menge von Handlungen heißen, die tatsächlich von den Kontrollinstanzen verarbeitet wird und in die Kriminalstatistik eingeht.[4]

Erst die vorurteilslose Anerkennung des wirklichen Sprachgebrauchs kann eine Vorstellung vermitteln von den Grenzen und der Beschaffenheit jener Sinnprovinz der Kriminalität, die sich an ihrer unteren Grenze vom erträglich Unguten (z.B. der Lüge) und an ihrer oberen Grenze vom Mega-Bösen (z.B. dem Vernichtungskrieg) unterscheidet und offenbar nicht leicht über diese Grenzen hinweg ausgedehnt werden kann (Frehsee 1991; Jäger 1989).[5] Sie kann aber andererseits auch nicht so einfach von der

4 Aus der Perspektive eines konsequenten Labeling-Ansatzes mag nur diese letzte Gruppe von Handlungen, nämlich die von dazu autorisierten Instanzen als Kriminalität definierten und behandelten, als Kriminalität erscheinen. Aber eine solche Begriffsverengung wäre sicher unpraktisch, um es gelinde zu sagen. Denn damit trennte man sich ja auch von der Denkbarkeit von Dunkelfeld und Dunkelziffer, Klassenjustiz und Selektionsprozessen. Für eine sozialkonstruktivistische Kriminologie wie die unsere jedenfalls ist die Konstruktion von Kriminalität außerhalb der Instanzen ebenso interessant. Außerdem macht nur die Konfrontation der formell definierten mit der informell definierten Kriminalität z.B. Dunkelfelduntersuchungen oder eine Kritik der Kontrollapparate möglich.

5 Obwohl der Bedeutungsgehalt des *crimen* als Sinn jeweils den Verweis auf und den Anschluss

Landkarte getilgt oder einfach umbenannt werden. Man kann zwar diese und jene konkrete Verhaltensweise umdefinieren und ihr das Etikett Kriminalität nehmen, doch die Kategorie als solche ist extrem resistent.

Dass „Kriminalität" (von wem auch immer, jedenfalls nicht nur von den Instanzen) als solche definiert und erst so zu einem sozialen Faktum sui generis wird, unterscheidet sie übrigens nicht von den Gegenständen vieler anderer Wissenschaften (z.B. Kunst, Arbeit, Geld usw.). Und die Kriminologie steht dadurch nicht – wie in den sechziger Jahren als große Entdeckung verkündet – vor anderen oder größeren Problemen als etwa eine Theorie der Arbeit oder eine Theorie der Kunst.

II. Mikro-Ebene: Kriminalität als Handlung

In unserem Modell sollen bestimmte Makro-Phänomene, wie z.B. das Entstehen illegaler Märkte oder das Entstehen von Kriminalitätsraten, zwar als Konsequenzen der bisher behandelten Makro-Phänomene, aber letztlich nur durch das Handeln individueller Akteure (Täter wie Kontrolleure) hindurch mögliche und vor allem nur so verstehbare erklärt werden. Das Handeln individueller Akteure ist aber darüber hinaus auch um seiner selbst willen interessant und erklärungsbedürftig.

Sexueller Missbrauch von Kindern und Steuerhinterziehung, Hausfriedensbruch und Hochverrat, Taschendiebstahl und Vergewaltigung sind extrem disparate Phänomene. Dennoch muss es erklärbar sein, warum sie trotz ihrer Verschiedenheit letztlich in derselben Kategorie der „Kriminalität" landeten und ob bzw. inwiefern sich aus der exogenen Homogenisierung womöglich folgenreiche reale Gemeinsamkeiten ergeben. Wenn ihre grundlegende Gemeinsamkeit darin besteht, dass sie als Straftaten verboten sind, dann folgt daraus eine weitere: Wer eine dieser Handlungen begeht, tut das in aller Regel im Bewusstsein des Verbots, d. h. mit einem gewissen materiellen und/oder immateriellen, physischen und/oder psychischen Mehraufwand. Auch werden strafbare Handlungen durch das Verbot in spezifischer Weise modifiziert und damit zu legitimen Gegenständen einer (notwendig interdisziplinären) Theorie, die sich vor allem mit diesem Mehraufwand und der Modifizierung beschäftigt, ohne deswegen freilich andere Determinanten der Handlung ganz vernachlässigen zu dürfen. Aufgabe der Kriminologie ist es also, sich mit Handlungen zu beschäftigen, die unter kriminalisierte Handlungskategorien subsumiert werden; und da diese Subsumtionen meistens zuerst und vor allem durch die Handelnden selbst vorgenommen werden, lässt sich durchaus sagen, dass sie – im Gegensatz zu einer verbreiteten Anschauung – durch den vom Akteur mit der Aktion verbundenen subjektiv gemeinten Sinn (das Kriterium, das nach Max Weber Handeln von bloßem Verhalten unterscheidet) *von vornherein Kriminalität sind.*

---

an weitere Phänomene herstellt und ständig Differenzen markiert und obwohl wir von den Grenzen einer Provinz sprechen, möchten wir doch unseren Gegenstand nicht systemtheoretisch „rephrasieren" (Luhmann). Wir befürchten, dass wir für Erkenntnisgewinne, die mit einer solchen Rephrasierung vielleicht verbunden sein könnten, all jene Gefahren eines holistischen Ansatzes uns einhandeln würden, die wir mit unserem akteurstheoretischen Ansatz gerade vermeiden. (Vgl. aber für einen interessanten Versuch, die Systemtheorie für die Kriminologie nutzbar zu machen, Bussmann 2000.)

Bei der Betrachtung der Vorgänge auf der Mikro-Ebene kann man mindestens drei unterschiedliche Perspektiven wählen: Erstens die eher traditionelle, sozusagen die Dinge durch die Augen des Täters sehende Perspektive, die mit dem Konzept der *Karriere* arbeitet (Hess 1970: 48–81; 1978; Box 1971; Clarke und Cornish 1985: 147–185); zweitens eine konsequente *Labeling-Perspektive*, die auf die Kontrollhandlungen konzentriert ist und den Täter weniger als Subjekt denn als ein Wesen auffasst, dessen Verhalten letztlich Produkt von Zuschreibungen ist (Schur 1971, Hawkins und Tiedeman 1975); und schließlich drittens eine Perspektive, die vom unmittelbaren *Ereignis* einer kriminellen Tat ausgeht und von da zu dessen unmittelbaren und mittelbaren Bedingungen und Konsequenzen fortschreitet (Taylor, Walton und Young 1973: 270–274; Sacco und Kennedy 1996). Jede dieser Perspektiven berücksichtigt Aspekte der beiden anderen, integriert sie aber jeweils unter einem spezifischen Blickwinkel. Es handelt sich dabei nicht um drei unterschiedliche Auffassungen von der Wirklichkeit, sondern lediglich um drei verschiedene „Bilder", d.h. drei verschiedene Möglichkeiten, das gegenwärtig vorhandene Wissen in Bezug auf die Mikro-Ebene der Kriminalität darzustellen.

Für die Übersetzung von der Makro- auf die Mikro-Ebene bietet der Karriere-Ansatz insofern die einfachste Darstellungsform, als sich die Bedingungen der Makro-Ebene hier als subjektive Interpretationen des Akteurs – bezüglich seiner eigenen Lage, Umstände, Handlungschancen und Handlungsziele – wiederfinden. Jeder Akteur nimmt ja eine bestimmte Position in der Sozialstruktur ein, und die Verbindung der Makro-Ebene mit der Mikro-Ebene des Handelns wird hergestellt, indem man die Interpretation beschreibt, die der Akteur seiner Position und seiner strukturellen Situation gibt, also seine *primären Konstruktionen* (Schütz): Wie er seine materiellen und instrumentellen Ressourcen einschätzt, welche Werte und Ziele ihm bewusst sind, welche Chancen zu ihrer Verwirklichung er sich zutraut, welches Wissen um die Verwirklichungsmöglichkeiten er zu haben glaubt usw. Das alles hängt in starkem Maße auch von der (u.a. durch Sozialisationsbedingungen geprägten) Persönlichkeit des Akteurs ab. Entscheidend an diesem Ansatz ist, dass Handlungen und Handlungssequenzen als *prozessartige Verläufe* gesehen werden, bei denen sowohl die handelnden Personen wie auch die *Situationen*, in denen sie handeln, ständig sich verändern, so dass Handlungen und Interaktionen ständig neue Situationen mit neuen Handlungschancen und neuen einschränkenden Zwängen schaffen. Da auf jeder neuen Stufe des Verhaltensverlaufs neue Ausgangsbedingungen wirksam werden, die ihrerseits neue Verhaltensweisen möglich und andere unmöglich machen, kann der Erklärungsversuch nur mithilfe mehrerer, aufeinander aufbauender Hypothesen arbeiten. Der Karriere-Ansatz beschreibt deshalb einen Filterprozess und integriert die zur Erklärung der Übergänge vorhandenen Hypothesen. Obwohl diese Hypothesen durchaus aus verschiedenen kriminologischen Theorien stammen können, ist der Karriere-Ansatz als *genetische Erklärung* keineswegs zu verwechseln mit einer simplen Anhäufung möglicher Kausalfaktoren, wie sie für die so genannten multi-faktoriellen Ansätze charakteristisch ist.

1. Der Weg in die Kriminalität

Fasst man den Menschen als ein intentional handelndes Wesen auf, so ist zunächst einmal zu erklären, warum ein Akteur *motiviert* ist, bestimmte Ziele anzustreben, und warum er bestimmte, in unserem Fall verbotene, Mittel ins Auge fasst. Dazu eignen sich aus dem Arsenal der kriminologischen Theorien die Anomie-Theorie, die Theorie der differenziellen Assoziation und andere Subkultur- sowie Sozialisationstheorien. Sie können erklären, warum ein Akteur bestimmte Ziele entwickelt und sich in bezug auf diese Ziele in einem Zustand relativer Deprivation sieht, aus dem ihm nach seiner Einschätzung nur (oder zumindest besonders effektiv) illegale Mittel heraushelfen könnten. Sie können auch erklären, warum ein Akteur sich als jemand sieht, der gegebenenfalls zu diesen Mitteln greifen könnte, warum er also aus Zielen, Mitteln und Bedingungen einen entsprechenden Handlungsentwurf konstruiert *(subjektive Möglichkeit)*. Solche Handlungsentwürfe spuken übrigens in den Köpfen der meisten Menschen ganz spielerisch und ohne echte Verwirklichungsabsicht (Herren 1973: 169–192).

Zwischen der subjektiven Möglichkeit und der Bereitschaft, aber auch zwischen der Bereitschaft und der Ausführung der Tat steht als Hindernis die *inhibierende Wirkung antizipierter Kontrollen*. Hiermit beschäftigen sich in der Kriminologie die *Kontrolltheorien*. Sie erklären, dass und warum trotz massenhaft verbreiteter Motivation weit seltener auch Bereitschaft entsteht und selbst gute Gelegenheiten zur Begehung strafbarer Handlungen nicht genutzt werden. Sie erklären darüber hinaus, wann und warum der Karriere-Prozess z.B. trotz verinnerlichter Werte und Normen, die dieser Karriere entgegenstehen, seinen Fortgang nimmt (Neutralisationstechniken), welche Kontakte, Szenen und Subkulturen dabei eine Rolle spielen (Theorie der differenziellen Kontakte, Subkulturtheorien), und welch relativ geringe Bedeutung dabei den *inneren Kontrollen* (d.h. verinnerlichten Werten und Normen) im Vergleich zu den situativen Bedingungen, aktuellen Sozialbeziehungen und anderen *äußeren Kontrollen* zukommt. Die Befürchtung, dass sich aktuelle Bezugspersonen wegen der Tat oder deren Entdeckung/Bestrafung abwenden würden, ist womöglich ein sehr viel wirksameres Präventionsmittel als das durch die Sozialisation vermittelte oder in einer bestimmten Lebensstilszene vorherrschende Wert- und Normgefüge.[6] Dies gilt freilich auch andersherum: Wem vom aktuellen sozialen Umfeld (und womöglich auch von offiziellen Autoritäten z.B. durch geringe Sanktionsbereitschaft) suggeriert wird, dass auf die Begehung von Straftaten eher positiv (oder zumindest wenig punitiv) reagiert werden würde, ist erfahrungsgemäß nur allzu leicht bereit, seine eigenen Hemmungen zu neutralisieren und die Schritte von der Motivation zur Bereitschaft und von der Bereitschaft zur Tat zu tun.

Neben der Antizipation der informellen Kontrollen spielt auch die der formellen Kontrollen eine Rolle. Auf verschiedene Weise werden Individuen sowohl die direkten Kosten abschätzen, die diese mit sich bringen könnten, als auch die Folgekosten, die diese mittelbar auf informelle Kontrollen (Familie, Freundeskreis, Arbeitskollegen) ha-

6 Dem so genannten normativen Paradigma zuzurechnende Ansätze – darunter in jüngster Zeit Dieter Hermanns „allgemeine voluntaristische Kriminalitätstheorie" – postulieren demgegenüber eine zentrale Bedeutung von Werten und Normen für die Bereitschaft zu und die Begehung von delinquenten Handlungen (vgl. Hermann 2003: 326ff., 343ff.).

ben könnten. Dabei ist vor allem die Sanktionswahrscheinlichkeit (und daneben die Schwere der angedrohten Sanktion) bedeutsam, und zwar so, wie sie vom Individuum wahrgenommen werden.

Schließlich müssen auch seitens des Individuums selbst ganz handfeste Bedingungen gegeben sein. Wie jede Handlung, so setzen auch spezifische Formen von Kriminalität jeweils spezifische Eigenschaften, Fertigkeiten und Kenntnisse voraus, die ein zur Kriminalität motiviertes und bereites Individuum nicht besitzen mag, ebenso wie Kontakte und Geheimhaltungschancen, die ihm nicht zugänglich sein mögen – oder von denen es glaubt, dass es sie nicht besitzt oder dass sie ihm nicht zugänglich sind. All diese Mechanismen gelten generell, also z.B. auch für die Wirtschaftskriminalität. Hier ermöglicht etwa Trennung von Wohn- und Arbeitswelt die entsprechende Trennung zwischen informeller Alltagsmoral und subkultureller Berufsmoral, damit eine Distanzierung des Tatbereichs von der konformen Lebenswelt und deren Neutralisierung bei gleichzeitiger subkultureller Stützung im Tatbereich und antizipierter Straflosigkeit.

Auch wenn bei einem Individuum Motivation, Bereitschaft, Fähigkeit und Gelegenheit dafür gegeben sind, ein Handlungsziel auf illegalem Wege zu verwirklichen, lässt sich noch nicht mit Sicherheit voraussagen, dass dieser Weg auch beschritten wird, denn der Mensch kann immer die Umstände überdenken, ihre direkte Wirkung durch Reflexion brechen, aus Alternativen wählen und selbst dann, wenn alles auf eine Handlung zuzulaufen scheint, immer noch in plötzlicher Kehrtwendung ganz anders entscheiden. Er ist zwar durch die Makro-Bedingungen seiner Biographie und seiner Situation in vieler Hinsicht geprägt, aber nie determiniert. Er kann, wie Sartre sagt, immer noch etwas machen aus dem, wozu man ihn gemacht hat (Sartre 1964: 75).

Welche Gesichtspunkte leiten einen Menschen, wenn er Handlung „a" ausführt, obwohl er in der konkreten Situation durchaus auch Handlung „b", „c" oder „d" hätte ausführen können? Die Theorie der rationalen Wahl (*rational choice*) geht von einer utilitaristischen Grundannahme aus: Der Akteur wägt Zwecke, Mittel und Nebenfolgen ab und entscheidet sich für diejenige Handlungsalternative, von der er sich im Augenblick den meisten Nutzen verspricht, mit deren Hilfe er sein Ziel mit den billigsten Mitteln und den geringsten unangenehmen Nebenfolgen erreichen zu können glaubt. Das Ziel muss keineswegs nur ein ökonomisches sein. Bill Buford (1990) hat gezeigt, dass auch ein Gefühlszustand – etwa vermittelt über eine Schlägerei oder ein ähnliches Gewalterlebnis – als „Nutzen" angestrebt und ganz zweckrational realisiert werden kann. Natürlich darf man sich vom Idealtypus der Wahl als nützlicher Handlungstheorie nicht zu der dogmatischen Annahme verleiten lassen, dass etwa Straftäter immer nur auf Grund einer bewussten Entscheidung unter Handlungsalternativen Delikte begehen. Oft scheint nur ein *Hineingleiten* (*drift*) in kriminelles Tun registrierbar (Matza 1964). Manchmal ist auch ein Verhalten vom Handelnden durchaus als konform, als Spiel oder Risiko auf der Grenze gemeint, und erst informelles oder formelles Etikettieren, d.h. Subsumtion seines Verhaltens unter eine als kriminell definierte Handlungskategorie durch seine Interaktionspartner oder durch formelle Kontrollinstanzen, mag ihm ein anderes Bewusstsein davon geben. Das sollte andererseits jedoch auch nicht dazu verleiten, Aspekte der Entstehung der Motivation und der Bereitschaft bis hin zur Überschreitung der Schwelle zur Tatausführung ganz aus dem Blickfeld zu ver-

lieren. Bei verfeinerter Analyse erweist sich denn auch das Hineingleiten als eine Kette kleiner Entscheidungen, von denen jede für sich unbedeutend sein mag, von denen aber jede günstigere Voraussetzungen für die nächste, weiterreichende schafft, z.T. auch Alternativen abschneidet und schon damit den Fortgang in eine bestimmte Richtung suggeriert. Am detailliert dargestellten Einzelfall lässt sich meist zeigen, dass die vielen kleinen Einzelentscheidungen durchaus jeweils als rationale Wahlen interpretiert werden können.[7] Darüber hinaus kann der Idealtypus der Zweckrationalität – ganz im Sinne Max Webers – als Folie dienen, um die Art des real im Einzelfall gegebenen Handelns in seiner Differenz zur Zweckrationalität beschreiben und erklären zu können, also gegebenenfalls als wertrationale, affektuelle, habituelle, triebhafte usw. Entscheidungsweisen.

2. Kriminalität als Ereignis

Die Bereitschaft wird in dem Augenblick virulent, wo eine aktuelle Situation gegeben ist, die dem Akteur für den Vollzug seines Handlungsentwurfs günstig erscheint. Mit Vorsicht könnte man von der jeweiligen *objektiven Möglichkeit* sprechen (mit Vorsicht, weil ja auch diese immer subjektiv interpretiert wird). D.h. Straftaten werden aus bestimmten Situationen heraus begangen. Situationen, die manchmal mühsam hergestellt werden, sich manchmal aber auch ergeben oder geradezu aufdrängen. Und wenn eine Tat begangen wird, so verändert dies wiederum die Situation. Je genauer man hinschaut, desto deutlicher wird, dass die Dynamik der Situation zwar häufig als verführerischer Zwang empfunden und vom Handelnden (wie manchmal auch vom Kriminologen) als determinierend interpretiert wird, letztlich aber doch keineswegs so unabhängig von Entscheidungen des Akteurs ist, wie er und andere es gerne sähen. So ist auch die spontane und hoch-affektgeladene *actio* nicht selten *libera in causa*. Der Täter arbeitet sich also in den Determinismus hinein, der ihn dann beherrscht – bzw. von dem er sogar will, dass er ihn beherrsche (Katz 1988; Buford 1990). Das gesuchte Gefühl, determiniert zu sein, die Hingabe an die sinnliche Faszination z.B. der Gewalt (aber ohne weiteres auch des Kaufhausdiebstahls usw.) kann ja durchaus als Befreiung von der Subjektivität wirken, innere Kontrollen neutralisieren und später sehr gut zur Abwehr von Schuldzuweisungen verwendet werden.[8]

---

7 Grundsätzliche Gegner des rational choice müssen entweder dem Akteur überhaupt jede Bedeutung absprechen, also das Subjekt aus ihrer Theorie verschwinden lassen, oder sie müssen dieses Subjekt als ein bisschen dümmlich verkaufen, als Spielball seiner ererbten Anlagen, seiner Triebe, seiner Gewohnheiten oder seiner Interaktionspartner, was immer schwieriger wird, je mehr man sich vom traditionellen Täterstereotyp der konventionellen Kriminologie entfernt (Trotha 1977). Untersuchungen zur situational crime prevention (Clarke 1992) oder zum quality of life policing (Hess 2003) haben dagegen belegen können, dass eine Kriminalpolitik, die sich an Theorien der rationalen Wahl orientiert, sehr erfolgreich ist. In diesem Zusammenhang ist schließlich auch eine Überprüfung der heute weithin üblichen, aber ziemlich leichtfertigen Negation jeglicher Generalprävention angezeigt; vgl. dazu Vanberg (1982), die Beiträge in Macaulay, Friedman und Stookey (1995: 415–509), Reynolds (1997).

8 Tittle (1995: 62–71) zeigt in Auseinandersetzung mit Katz (1988), dass hinter einem solchen Prozess paradoxerweise gleichwohl die Suche nach Rückgewinnung von Kontrolle stehen kann.

Neben dem motivierten potenziellen Täter, der in die Situation und in seine Interpretation der Situation all das einbringt, was wir unter *Abschnitt II.1* als Vorgeschichte beschrieben haben, gehören natürlich zur Situation – wie oben erwähnt – auch die „suitable targets" (also z.B. Häuser, die für einen Einbruch geeignet scheinen, oder Personen, die als Opfer in Frage kommen und ihrerseits Eskalationsprozesse vorantreiben können), der architektonische und soziale Charakter der Lokalität, das Maß, in dem Zielobjekte durch „guardians" geschützt sind, und schließlich mögliche Mittäter und dadurch ausgelöste gruppendynamische Prozesse. All diese weiteren Faktoren bestimmen sowohl die objektive als auch die subjektive Möglichkeit einer Tat mit, und der potenzielle Täter wird sie in den geschilderten Interpretations- und Entscheidungsprozess einbeziehen (Felson 1998).[9]

3. Die Produktion des Kriminellen

Die Erfahrungen, die ein Handelnder direkt und indirekt mit der kriminellen Handlung macht, beeinflussen – je nachdem, ob sie positiv oder negativ sind, verstärkend oder inhibierend – sowohl künftige Handlungsziele als auch die künftige Mittelwahl. So wird die Karriere fortgeführt werden, wenn die kriminelle Aktion in sich so befriedigend war, dass sie selber zum Handlungsziel wird, wenn man die „positive, often wonderful attractions within the lived experience of criminality" (Katz 1988: 3) gefühlt hat. Das gleiche gilt für sekundäre positive Erfahrungen, etwa wenn andere Handlungsziele dadurch erfolgreich verwirklicht werden konnten, wenn man zu Geld gekommen ist, wenn man sich Interaktionspartnern als attraktiv, wirklich männlich, mutig, gerissen, abgebrüht darstellen, wenn man vielversprechende Kontakte knüpfen konnte usw. Diese Erfahrungen schaffen neue Ausgangsbedingungen für eine Wiederholung aller bisher geschilderten Vorgänge auf neuer Ebene.

Insofern der Akteur weiß, was er tut, antizipiert er auch Kontrollen, und zwar nun in konkreterer Weise als vor der Tat. Er versucht, diese Kontrollen abzuwehren, indem er möglichst wenig Informationen an mögliche Sanktionierende gelangen lässt. Es kann ihm gelingen, auf diese Weise die Zuweisung der kriminellen Rolle zu vermeiden, aber latent wirkt das Informationsmanagement auch in die entgegengesetzte Richtung; indem Kontakte zu konformen Interaktionspartnern erschwert und deshalb seltener und Kontakte zu Personen in gleicher Lage erleichtert und häufiger werden. Die Bezugsgruppe von Freunden und Bekannten wird immer homogener deviant.

Eine entscheidende Schwelle in der Karriere ist erreicht, wenn eine Handlung trotz aller Verheimlichungsversuche von anderen als suspekt wahrgenommen und unter eine als kriminell definierte Handlungskategorie subsumiert wird. Die erste *Fremdsubsumtion* eines beobachteten Sachverhalts unter einen Tatbestand der Rechtsnormen kann

9 Felsons routine activities-Theorie ist übrigens ein ausgezeichnetes Beispiel dafür, dass sich wandelnde Bedingungen auf der Makro-Ebene I (z.B. zunehmende Berufstätigkeit von Frauen und damit eine größere Anzahl von tagsüber unbewachten Wohnungen) zu Veränderungen auf der Makro-Ebene II führen können (hier zu höheren Raten von Wohnungseinbrüchen), aber eben nur durch das Handeln individueller Menschen hindurch, die die Gelegenheiten wahrnehmen und nutzen (Clarke und Felson 1993).

natürlich zunächst einmal durch dem Täter irgendwie nahestehende Personen erfolgen, wobei die Folgen unterschiedlich sein und im Informellen bleiben können. In der Regel folgenreicher, weil ins Formelle gehend, sind Subsumtion sowohl von Seiten privater Anzeiger als auch gleich von Seiten der Polizei als tatnächster Kontrollinstanz. Die Subsumtion wird im weiteren auf den verschiedenen Ebenen der formellen Kontrolle (Polizei, Staatsanwaltschaft, Gericht) entweder bestätigt oder auch verworfen. Auf allen Ebenen, also von der ersten Wahrnehmung bis zur gerichtlichen Urteilsfällung, ist der Vorgang als ein Verhandlungsprozess zu begreifen, bei dem es immer mehr oder weniger große Spielräume gibt und bei dem sowohl Merkmale des Täters wie Werte, Stimmungen, Erfahrungen der Reagierenden wie die Politik der Kontrollinstanzen zu berücksichtigen sind. Die sozialen Reaktionen in diesem Prozess sind verbunden mit und abhängig von Interpretationen des Handlungsantriebs (Motivzuschreibung, z.B. Differenzierung zwischen Totschlag und Mord), die auch auf die oben als Motivation erwähnte Eigeninterpretation zurückwirken können. Fremd- und Eigeninterpretationen werden von sozial üblichen Standards der Zurechnung von Ursachen und Wirkungen bestimmt (z.B. von Ansichten zur Willensfreiheit). Außerdem heißt eine Handlung unter eine Kategorie subsumieren meistens zugleich: den Handelnden als ganze Person unter eine Personenkategorie subsumieren. Man „erkennt", dass er im Grunde ein Krimineller ist – Kriminalität als *master status* (Hughes) – und interpretiert rückwirkend seine bisherige Biographie unter diesem Aspekt. Diese interdependenten Etikettierungen von Handlung und Person sind der Kern des Labeling-Prozesses. Sie finden statt in Interaktionen, die von den Kontrolleuren manchmal als Degradierungszeremonien gemeint sind und vom Täter fast immer so empfunden werden. Dem Täter werden dabei pejorative Attribute zugewiesen, er wird *stigmatisiert*.

Direkte Folge informeller und formeller Sanktionen ist in der Regel eine Modifizierung künftiger Handlungschancen. Die Möglichkeit, konforme Rollen zu spielen, wird eingeschränkt, während die Chance, in non-konformen Rollen Status zu gewinnen, manchmal verbessert wird.

Auch wenn ein Akteur selbst eine seiner Handlungen als kriminell definiert, so bleibt sie für ihn zunächst eben nur eine von vielen, die seine Identität bestimmen. Und solange seine bisherige Identität sozial abgestützt wird, kann er auch bei wiederholten Straftaten Distanz zur kriminellen Rolle wahren. Erst wenn mit der Definition seiner Handlung durch andere auch seine Person neu definiert wird, beginnt sich seine Identität zu wandeln, insbesondere wenn seine Bezugspersonen ihre bisherige Einschätzung zur Täuschung erklären, die Neudefinition durch Kontrollinstanzen in dramatischer Form vorgenommen und durch neue Interaktionspartner verstärkt wird, in deren Gruppen der Akteur hineinwächst (Jugendbanden, Schmugglerringe, Frühstückskartelle, terroristische Gruppen, mafiose cosche usw.). Da das Selbstbild stets zum größten Teil Ergebnis erfahrener Fremdeinschätzungen ist und sich gegen diese nur schwer aufrechterhalten lässt, passt sich nach einer Periode der Identitätskonkurrenz während der Devianzkrise die subjektive Identität den neuen Identitätszuschreibungen an. Diese *neue Identität* führt dazu, dass die Chancen des Akteurs, anders als der kriminellen Rolle gemäß zu handeln, nun nicht nur objektiv, sondern auch subjektiv eingeschränkt werden: Er erwartet künftig von sich selbst ein Handeln, das der kriminellen Rolle entspricht, und diese neue innere Disposition beeinflusst im weiteren die Wahl von

Handlungszielen und die Wahl der Mittel zu ihrer Verwirklichung. Eine solche als Folge sozialer Kontrollen verfestigte Abweichung bezeichnet man seit Lemert als *sekundäre Devianz*.[10]

III. Makro-Ebene: Kriminalität als Institution

Nach der Erklärung von (Ketten von) Einzelereignissen im Laufe von Karrieren auf der Mikro-Ebene, bei der es darum geht zu zeigen, wie Makro-Bedingungen von Akteuren verarbeitet werden und zu Handlungen=Ereignissen führen, hat man zwar kriminelles Verhalten erklärt und damit den Punkt erreicht, der für die üblichen kriminologischen Theorien den Schlusspunkt bildet. Der Anspruch einer allgemeinen Theorie sollte aber darüber hinaus gehen und sich auch der Frage widmen, wie aus einer Masse von Einzelereignissen neue Makro-Phänomene (mit welchen Folgen) entstehen.

Aus der Soziologie ist bekannt, dass diese Transformation von Handeln in Strukturen oder von individuellen in überindividuelle Phänomene (Ritzer 1996: 489–561) sich je nach Bereich unterschiedlich vollzieht, und zwar nach jeweils spezifischen, das Handeln kanalisierenden Transformationsregeln: Verwandtschaftsnomenklaturen, Familientraditionen, Sittennormen, Spielregeln, Marktgesetzen, Straßenverkehrsvorschriften, Wahlordnungen, Organisationsstatuten usw. Auch wenn wir nur den Bereich der Kriminologie betrachten, können wir eine ganze Reihe recht unterschiedlicher Transformationsregeln feststellen, ein buntes Gemisch von Gruppennormen, Marktmechanismen, informellen Professionsnormen und formellen Kodifikationen. Dabei sind wir Kriminologen in der verhältnismäßig günstigen Lage, dass die meisten dieser Regeln ziemlich gut erforscht sind, vor allem natürlich die Kodifikationen (Strafrecht, Polizeirecht, Strafprozessordnung, Gerichtsverfassungsgesetz usw.), aber auch die informellen Regeln oder *second codes*, die das Verhalten von Opfern, Zeugen, Anzeigern, Polizisten, Staatsanwälten, Richtern usw. zusätzlich steuern, und sogar die Siebungsmechanismen, nach denen etwa Medien- oder Wissenschaftsdiskurse zustande kommen. Im letzten Abschnitt wollen wir exemplarisch die Entstehung neuer Makro-Phänomene skizzieren.

1. Szenen, Banden, Märkte

Von allen Makro-Phänomenen, die aus dem Zusammenhandeln von Tätern und Kontrolleuren entstehen, sind Szenen, Banden und Schwarzmärkte diejenigen, die dem Täterhandeln am nächsten und am meisten davon bestimmt sind, obwohl auch ihnen die Orientierung der Täter an möglichen Kontrollen und Sanktionen einen ganz anderen Charakter gibt als ihren legalen Pendants.

Szenen entwickeln sich durch häufigen Kontakt von Personen, die von gleichen Interessen, Bedürfnissen und Vorlieben geleitet sind. Sie sind der lebensweltliche Raum, der die soziale Abstützung der eigenen Weltsicht und Lebensweise bietet. Sie sind häu-

10 Wir weisen hier nochmals darauf hin, dass die skizzierten Abläufe keineswegs zwangsläufig aufeinander folgen müssen. Ausstiege sind überall möglich, und jeder Determinismus liegt unserem Ansatz schon prinzipiell fern.

fig lokal verankert und meist auch gut wahrnehmbar: Rotlichtviertel, Straßenstrich, Drogenszene, street corners, bestimmte Bars als Treffpunkte von Dieben und Hehlern, Industrieklubs usw. Sie können jedoch durchaus auch, und zwar besonders unter dem Druck der Illegalität, geographisch fließend und punktuell verstreut sein, ohne den Zusammenhang zu verlieren: Appartement-Prostitution, Glückspielszene, Wucherszene, Pädophilenszene, Terroristenszene, Waffenhändlerszene usw. Neben ihrer subkulturellen Eigenart, die sich in Sprache, Kleidung, Habitus manifestiert, und neben der gegebenenfalls auch geographischen Verankerung ist es vor allem die Gelegenheit zur direkten oder indirekten Befriedigung eines spezifischen Bedürfnisses, also ein im weitesten Sinne ökonomischer Faktor, der eine Szene charakterisiert, der sie überhaupt begründet und auf dem dann das ganze subkulturelle Gepräge aufbaut.

Während es bei Szenen eher vage Kriterien der Zugehörigkeit gibt und auch die Beteiligten nicht immer in der Lage sind zu sagen, wer nun am Rande noch dazugehört und wer nicht, ist das bei *Banden und Organisationen* aller Art meist sehr viel klarer. Piraten, Banditen, mafiosi, Mitglieder von Jugendbanden oder Frühstückskartellen wissen ziemlich genau, wer, manchmal auf Grund elaborierter Initiationsriten, zur in-group gehört – obwohl die Mitgliedschaft dennoch immer durch ‚Mitmachen' bewiesen und erneuert werden muss, z.T. durch Probeleistungen, die vor verdeckten Ermittlern schützen sollen. Selektionskriterien, die den Zugang steuern, können sein die Nachbarschaft oder ethnische Herkunft (wie bei Jugendgangs und street corner societies), die Zugehörigkeit zu traditionsreichen Familien (wie häufig bei einer mafiosen cosca), die gemeinsam gelebte Geschichte in der linken oder rechten politischen Szene (wie bei terroristischen Gruppen), gemeinsame Gefängniserfahrung (wie bei ad hoc-Teams von Einbrechern), gemeinsame Mitgliedschaft im Golfklub (wie bei Frühstückskartellen) und vieles andere mehr.

Viele dieser Zusammenschlüsse sind kaum zu verstehen, wenn man sie nicht als Teile von oder besser Subjekte auf *Märkten* sieht. Und zwar auf Märkten, wo Güter und Dienstleistungen in verbotener Manier oder überhaupt verbotene Güter und Dienstleistungen gehandelt werden, also auf Schwarzmärkten. Diese weisen viele Ähnlichkeiten mit dem wirtschaftlichen Geschehen in der legalen und in der sog. informellen Ökonomie auf, die zwischen der illegalen und der legalen steht. Allerdings führen die Illegalität und die vielen Risiken, von denen illegales Marktgeschehen bedroht ist, zu einigen ökonomischen Besonderheiten von erheblicher Bedeutung (Mündlichkeit der Verträge, ständige informelle quasi-rechtliche Streitereien, große Bedeutung des Bargelds, Vermischung der Finanzen von Haushalt und Betrieb, Erschwerung oder Abwesenheit der von der legalen Ökonomie bekannten Tendenzen zur Konzentration und Oligopolisierung etc.).

Da man zur Garantie von Verträgen oder zur Konfliktregelung nicht auf Zivilrecht oder Strafrecht zurückgreifen kann und Gewalt auf die Dauer aufwendig und auffällig, ökonomisch gesehen teuer ist, muss man das nötige Vertrauen in Interaktionspartner durch andere Mechanismen zu schaffen suchen. Zum Beispiel durch die Selektion von Mitarbeitern und Geschäftspartnern nach außerökonomischen Kriterien und partikularistischen Gesichtspunkten, wodurch illegale Unternehmen ihren ganz spezifisch traditionalen, personalisierten, unmodernen Charakter bekommen. Solche Kriterien sind Verwandtschaft, rituelle Verwandtschaft, Freundschaft und gemeinsame ethnische Her-

kunft. Sie machen Kooperation jeder Art leicht und unbürokratisch, sogar – wie das Phänomen der sog. Handelsdiaspora von z.B. sizilianischen Familien, Auslandschinesen, Armeniern, Juden zeigt – über Kontinente hinweg, und sie senken damit auch wirtschaftliche Transaktionskosten in oft erstaunlichem Maße. Und natürlich machen sie eine Penetration von außen ziemlich schwierig, weil die Voraussetzungen für entsprechende Bindungen schwer zu erwerben oder zu simulieren sind (Hess 1970; Reuter 1983; Jacobs 1999).

2. Die Selektion zur Statistik und zur Paria-Gruppe der Gefangenen

Zu den sozialen Tatsachen, die aus der Vielfalt von Interaktionen auf der Handlungsebene entstehen und als Makro-Phänomene eine eigene Bedeutung gewinnen, gehören auch die Kriminalstatistik und die Kriminalitätsraten. Es ist schwer bis unmöglich, über „wirkliche" Kriminalitätsraten etwas zu sagen. Was Kriminalität ist, muss ja immer erst definiert werden, wenn auch keineswegs nur durch die offiziellen Instanzen Polizei und Justiz. Entsprechend unseren oben angeführten Kriminalitätsbegriffen könnte man verschiedene Kriminalitätsraten unterscheiden. Bedeutsam für den öffentlichen Diskurs sind vor allem Kriminalitätsraten, die sich in Dunkelfelduntersuchungen widerspiegeln, und solche, die in der Kriminalstatistik aufscheinen. In Dunkelfelduntersuchungen definieren Forscher, Täter und Opfer den zu messenden Faktor Kriminalität, in die Statistik gehen die offiziell definierten Taten und Täter ein. Über den Umfang potenziell als Kriminalität definierbarer Handlungen bzw. Handlungen, die überhaupt nur den Tätern und evtl. noch deren nahem Umfeld bekannt sind und nur von diesen als möglicherweise kriminalisierbar eingestuft (und deshalb z.B. geheimgehalten) werden, wissen wir wenig. Allerdings kann man zweifellos sagen, dass auch diese Masse in ihrem Umfang von Art und Grad der sozialen Kontrolle beeinflusst wird – und nicht nur von bestimmten sozialen Ausgangsbedingungen wie z.B. ökonomischer Lage. Das Makro-Mikro-Makro-Modell der Erklärung setzt zwischen soziale Ausgangsbedingungen auf der einen und emergente Makro-Phänomene auf der anderen Seite die Mikro-Ebene des Akteurs, und dieser bezieht in der Regel Art und Grad der sozialen Kontrolle in sein Kalkül ein. Und wie die soziale Kontrolle individuelle Karrieren mitbestimmt, so bestimmt sie dann auch „wirkliche" Kriminalitätsraten mit (Hess 2003).

Die Dunkelfelduntersuchungen kommen den „wirklichen" Kriminalitätsraten näher als die Kriminalstatistik. Für den öffentlichen Diskurs und für die Kriminalpolitik bedeutsamer – und in ihrem Zustandekommen besser analysiert – ist allerdings das emergente Phänomen Kriminalstatistik. Im Gegensatz zur landläufigen Meinung handelt es sich bei der polizeilich registrierten Kriminalität nur um einen sehr kleinen Ausschnitt aus der Gesamtheit strafbedrohten Tuns. Wie die Selektion im einzelnen vorgenommen wird, ergibt sich weder aus dem Gesetz noch folgt es dem Zufallsprinzip, sondern wird durch ein Ensemble von Anwendungsregeln bestimmt (*second codes*). Es handelt sich also um eine Art Filterung, an deren Schluss „die Kriminalität" ganz anders aussieht als sie aussähe, wenn das, was sichtbar gemacht wird, in allen wesentlichen Merkmalen dem entspräche, was an kriminalisierbaren (strafbaren) Handlungen passiert.

Wenn wir die Transformation der Summe individueller strafbarer Handlungen in den Kollektivsingular der Kriminalität im landläufigen Sinne rekonstruieren wollen, bedeutet das, sich mit den Produktionsbedingungen der Statistik und den zahllosen Entscheidungen zu beschäftigen, die diesen Selektionsprozess bestimmen (Kerner 1973; Kürzinger 1978; Behr 2000).

Ein weites Forschungsfeld ist schließlich der Fortgang des Selektionsprozesses in der Justiz (Eisenberg 1995: 324–411), der zur Strafverfolgungsstatistik führt und an dessen Ende der Strafvollzug steht (Kaiser et al. 1992). Die Gefängnisinsassen selbst sind eine neue, durch den Selektionsprozess hergestellte soziale Erscheinung mit eigenen Regeln und Normen und einer eigenen gesellschaftlichen Bedeutung – etwa als *Paria-Gruppe.* Dies freilich heute weniger als früher, als die von den Kontrollmaßnahmen betroffenen Personen weit mehr als heute tatsächlich als Parias Gezeichnete und Gemiedene waren. Eine umfangreiche historische Literatur (aus der wir nur Rusche und Kirchheimer 1974, Foucault 1976 und Garland 1990 hervorheben wollen) behandelt Strafe und Strafvollzug als soziale Institution und die verschiedenen ökonomischen, politischen, kriminalpolitischen und kulturellen Einflüsse, die diese Institution prägen.

3. Kriminalitätsdiskurse

Das in der Bevölkerung vorhandene Wissen beruht nur zum Teil auf unmittelbarer oder durch persönliche Kommunikation vermittelter Erfahrung. Es wird daneben auch aus dem *Mediendiskurs* bezogen, und vielen gilt offenbar das massenmediale Bild in Berichterstattung und Unterhaltung als die eigentliche Wahrheit über die Kriminalität. Betrachtet man die Arbeit der Kontrollapparate als primären Selektionsprozess zur Statistik, so lässt sich nunmehr von einer *sekundären Selektion* sprechen, die das Kriminalitätsbild der Massenmedien und den Alltagsmythos von der Kriminalität (Hess 1986) zustandebringt. Kriterien sind hier – neben dem an Aufklärung orientierten journalistischen Ethos – politische Interessen, die Auswahl, Modifizierung und Zensur von Nachrichten über Kriminalität und Kontrollapparate beeinflussen, weiterhin wirtschaftliche Erwägungen der konkurrierenden Medien wie Auflagenhöhe und Einschaltquote, organisatorische Besonderheiten der Medien wie z.B. Abhängigkeit von Informationen aus den Kontrollapparaten oder das Angewiesensein auf schnell erfassbare unerhörte Begebenheiten, die ihres umfassenden Kontexts entkleidet werden, sowie die Bedürfnisse der Konsumenten nach Sensation und Unterhaltung (wodurch wiederum Elemente des Alltagsdiskurses in die Medien eindringen). Ergebnis dieser Selektion sind spezifische Aussagen über Quantität, Qualität und Ursachen der Kriminalität sowie Stereotype von Straftätern und Kontrolleuren. Ein besonderes Kennzeichen des massenmedialen Diskurses ist das Zusammenfassen vieler Einzelereignisse zu demagogisch handhabbaren Entitäten (‚die Kriminalität', ‚der Terrorismus' oder ‚das Drogenproblem').

Gefiltert wird der Mediendiskurs von den Rezipienten durch Informationen aus anderen Quellen, die ein Hintergrundwissen liefern, an dem die Glaubwürdigkeit der Medieninformationen gemessen wird – und das auch schon die selektive Wahrnehmung der Medieninhalte und der damit verbundenen Wertungen steuert. Solche ande-

ren Quellen sind einerseits die eigene Erfahrung, andererseits die ‚Volksweisheit', d.h. das allgemein kulturell oder schichtspezifisch oder subkulturell vorgegebene Wissen, das sich in Sprüchen, Redewendungen, gängigen Geschichten und Fallbeispielen, als selbstverständlich tradierte Aussagen über die Ursachen der Kriminalität oder die Wirkung von Kontrollen usw. manifestiert. Welche Art *Alltagsdiskurs* aus diesen Inhalten von den aktiv diese Inhalte verarbeitenden Diskursteilnehmern konstruiert wird, hängt u.a. vom sozialen Milieu ab, innerhalb dessen der Diskurs stattfindet. Die Aussagen des Alltagsdiskurses werden auch in der Regel durch gewisse Leitthemen geordnet bzw. in einen sinngebenden Interpretationsrahmen eingeordnet. Besonders erfolgreich sind dabei Leitthemen, die sich mit Material aus allen drei Hauptquellen des Alltagsdiskurses – Medien (einschließlich der Berichte über Statistiken), eigene Erfahrung und Volksweisheit – illustrieren und abstützen lassen (Sparks 1992; Sasson 1995).

Als *Kontrolldiskurse* im engeren Sinne könnte man jene Diskurse bezeichnen, die in den Kreisen der Politiker und Parteien und innerhalb der Verwaltungs- und Kontrollapparate geführt werden und Kontrollprobleme angesichts aktuell drohender Gefahren thematisieren. Im weiteren Sinne gehören dazu aber auch Kampagnen, die von außerhalb dieser Apparate stehenden Moralunternehmern ausgelöst werden und die typischerweise die schärfere Kontrolle bestimmter Bereiche, bestimmter von ihnen perhorreszierter Erscheinungen und bestimmter Personengruppen fordern – und meist zugleich akzentuierte Bilder der von ihnen anvisierten Kriminalität entwerfen und verbreiten. Um Wirkung zu erzielen, werden solche Diskurse meist in die Medien getragen und damit Teil des Mediendiskurses. Besonders dann können sie sich zu regelrechten moralischen Paniken auswachsen (Cohen 2002).

Die bisher behandelten Diskurse sind in durchaus interdependenter Weise mehr oder weniger eng verquickt mit dem *Wissenschaftsdiskurs der Kriminologie* (zu dessen Entstehung vgl. Garland 1985, Strasser 1984). Die traditionelle Kriminologie nahm und nimmt unreflektiert ihren Ausgang vom Ergebnis des primären Selektionsprozesses, nämlich von den offiziellen Kriminalitätsraten und den erfassten bzw. verurteilten Tätern. Die anhand solchen schon ausgelesenen Materials entwickelten ätiologischen Theorien bestätigten lange Zeit eine stereotype Vorstellung vom typischen Kriminellen und von der Unterschicht-Kriminalität als typischer Kriminalität. Diese Theorien wirken dann als *self-fulfilling prophecy* über die pragmatischen Devianztheorien der Kontrolleure auf die Produktion der Statistik zurück, an deren Material sie wiederum überprüft werden usw.

Wer von „dem" Wissenschaftsdiskurs spricht, sollte allerdings nicht vergessen, dass es sich dabei auch (nur) um eine sekundäre, aus sehr widersprüchlichen Teilen zusammengesetzte Konstruktion handelt. So gibt es natürlich im Wissenschaftsdiskurs auch die Stimme der kritischen Kriminologie. Sie kritisiert gerade das gängige Bild – etwa, indem sie auf die im gängigen Bild lange Zeit unterbelichtete Kriminalität der Mächtigen hinweist. Zudem sieht sie die Kontrollorgane nicht nur als Produzenten der Statistik, sondern auch schon der Ereignisse auf der Mikro-Ebene. D.h. sie thematisiert das Handeln der Agenten sozialer Kontrolle, die Aktenvorgänge in den Instanzen, die Strafprozesse etc. als Zuschreibungsprozesse, die „Kriminelle" überhaupt erst zustandebringen. Für sie sind diese Kriminellen nicht nur wie bisher auch oft in der traditionellen Kriminologie Opfer ihrer sozialen Bedingungen, sondern vor allem Opfer der

Kontrollapparate. Das Strafrecht und die Apparate der sozialen Kontrolle werden zum eigentlichen sozialen Problem, und es entwickelt sich auch – im Anschluss an Huxley und Marcuse oder Orwell und Foucault – ein ganz spezifischer, teilweise geradezu paranoider Kontrolldiskurs über Meinungsmanipulation, den gläsernen Menschen und den Computerstaat. Teilweise wird aber auch versucht, das ganze in unserem Modell nachgezeichnete „Gedankengefängnis" (Quensel) zu sprengen bzw. konsequent zu dekonstruieren (Hulsman und Bernat de Celis 1982; Scheerer 1991). Dabei wird die eigentliche Aufgabe der Wissenschaft – in der Angst, dass man „unterstützt was ist, im Übereifer, zu sagen was ist" (Adorno 1972: 205) – manchmal vom reformerischen Impetus überwältigt; eine kritische Theorie versucht, in die Welt hinein zu wirken statt sie zu beschreiben, zu verstehen und zu erklären. Statt zu sagen, was ist, formuliert man, was sein sollte (und heißt „problematische Handlung", was alle Welt „Kriminalität" nennt). Kriminologie wird direkt zu Kriminalpolitik statt der notwendigerweise wertenden Kriminalpolitik wertfrei die Sachverhalte an die Hand zu geben.

Der reflexive Blick auf unsere Wissenschaft offenbart eine Reihe von Wahlverwandtschaften zwischen den normativen Voraussetzungen von Menschenbildern und Kriminalpolitiken einerseits und theoretischen Aussagen andererseits, die wir versuchsweise in folgendem Schema zusammenfassen (Hess 1999: 172):

Wahlverwandtschaften in der Kriminologie

Menschenbilder	Täter als Opfer von Herrschaft	Täter als Opfer sozialer Bedingungen	Täter als Kosten-Nutzen-Kalkuliere	Täter als Anderer, Fremder, Böser
Kriminalpolitiken	Abolitionismus; radical nonintervention	Resozialisierung, Kriminalpolitik als Sozialpolitik	rational kalkulierende Kriminalpolitik, situational crime prevention	Punitive Kriminalpolitik, Medizinalisierung
Kriminologien	labelling approach	Kriminologien des Sozialdeterminismus (kriminalsoz. Theorien)	Kriminologien des Alltagshandelns, routine activities theory, rational choice	Kriminalbiologie, Kriminalpsychiatrie, Kulturkonfliktheorie

Wir glauben, dass bestimmte Menschenbilder und Kriminalpolitiken dazu führen, dass man die entsprechenden wahlverwandten kriminologischen Theorien eher akzeptiert und für richtig hält bzw. dass eine bestimmte kriminologische Theorie für denjenigen richtig ist, der das wahlverwandte Menschenbild hat und die wahlverwandte Kriminalpolitik verfolgt. In historischer Perspektive wird man wahrscheinlich leicht nachweisen können, dass die verschiedenen, sich z.T. widersprechenden kriminologischen Theorien immer nebeneinander bestehen, dass es aber durch den jeweils vorherrschenden Einfluss bestimmter Interessen, Menschenbilder und Kriminalpolitiken zu einer Selektion der jeweils passenden Theorie kommt, die dann als richtig angesehen wird und die Szene beherrscht.[11]

11 Eine solche wissenssoziologische Theorie wahlverwandtschaftlicher Selektion wäre ein evolutionstheoretischer Ansatz, der mit den Begriffen Variation, Selektion und Stabilisierung arbeitete und ein schönes Beispiel hätte an Max Webers Religions- und Rechtstheorien, in denen jeweils die Eigendynamik und die soziale Selektion thematisiert werden. Wahrscheinlich könnte eine solche Theorie die Entwicklung der Sozialwissenschaften inklusive der Kriminologie bes-

Aber natürlich ist das Schema nicht nur ideologiekritisch interessant. Es kann durchaus auch als Fahrplan dazu benutzt werden, einerseits die sozialen Wurzeln bestimmter Menschenbilder, kriminalpolitischer Forderungen und kriminologischer Ansichten wissenschaftssoziologisch zu analysieren und zugleich andererseits die gesellschaftlichen Auswirkungen bestimmter Kriminologien und Kriminalpolitiken in den Blick zu nehmen.[12]

4. Kriminalität als Ideologie: Funktionen des Alltagsmythos

Die Wirkungen der Kriminalitätsdiskurse (und indirekt der Kriminalstatistik, soweit die Diskurse darauf aufbauen) sind komplex und ambivalent. Wie der massenhafte Bruch einer Norm zu Sanktionsverzicht und schließlich sogar zur Aufhebung der Norm führen und Kriminalität also (wie schon Durkheim betont hat) Zeichen sozialer Veränderung sein kann (wie im Falle der Abtreibung), so können auch die Diskurse durchaus Komponenten von Gesellschaftskritik (wie einst den Mythos vom edlen Räuber) und doppeldeutige Wertungen (der Verbrecher hat auch Züge eines Helden und bietet häufig Anhaltspunkte für Identifizierungen) enthalten. Sie transportieren jedoch andererseits immer auch von vornherein eine fundamentale Grundvoraussetzung: nämlich den Begriff von der Kriminalität. Und wirkungsmächtig wird vor allem die Selbstverständlichkeit, mit der eine Kategorie von Handlungen abgesondert und perhorresziert wird, als eigene Kategorie abgetrennt von anderen Handlungen, die genauso oder stärker Leiden und Unterdrückung oder den Verlust von Leben, Gesundheit und Eigentum zur Folge haben.

Kriminalität als Ideologie ist also eine widersprüchliche Erscheinung, doch überwiegen letztlich zweifellos die konservativen, die Ordnung konservierenden Wirkungen, was auf die Kräfteverteilung zurückzuführen ist, die die Transformationsprozesse bestimmt. Unter den Stichworten *Triebentlastung, Grenzbestimmung* und *Herrschaftssicherung* sind einige der ordnungsstabilisierenden Wirkungen thematisiert worden.

Die psychoanalytische Theorie geht im Rahmen ihrer so genannten *Psychologie der strafenden Gesellschaft* von der anthropologischen Variante des Widerspruchs Individuum-Gesellschaft aus. Ein gewisses Maß an Triebverzicht, Unterdrückung libidinöser

ser erklären als etwa die Theorie Thomas Kuhns, auf die man sich im sogenannten kriminologischen Paradigmenstreit immer wieder berufen hat.

12 So hat David Garland (2000, 2001) sehr überzeugend gezeigt, dass die Popularität zweier neuer Tendenzen in der Kriminalpolitik – „strategy of preventive partnership" einerseits, also kühl-rationale situational crime prevention, und dramatisierende „punitive segregation" andererseits – auf die direkte Konfrontation der Mittelschicht (einst Verfechter des penal welfare-Ansatzes und der sozialdeterministischen kriminalsoziologischen Theorien) mit wachsender und nun auch die Mittelschicht direkt bedrohender Kriminalität zurückzuführen sind. Dem deutschen Kriminologen fällt dabei übrigens auf, dass Garland nicht – in der idealistischen Manier der kritischen Kriminologen – die Massenmedien allein, sondern konkrete Erfahrungen für die steigende Kriminalitätsangst verantwortlich macht und auch ohne Verrenkungen von „crime" spricht und damit sowohl die offiziell registrierte Kriminalität wie auch die in den victim surveys erscheinenden und im Dunkelfeld verbliebenen Handlungen meint, die wir – mit der lähmenden Last der radikalen Etikettierungstheorie auf den Schultern – allerhöchstens „potenziell kriminalisierbare Handlungen" nennen dürften!

und aggressiver Antriebe erscheint ihr für die Existenz der Kultur und die soziale Anpassung des einzelnen unerlässlich. Die verbotenen Begierden bleiben aber nur mangelhaft ins Unbewusste verdrängt, immer wieder regt sich das Verlangen nach ihrer Befriedigung. Zugleich und deshalb werden sie vom Über-Ich mit heftigen Schuldgefühlen belegt. Am Verbrecher kann man nun einerseits, indem man seine Tat durch Identifikation mit ihm erlebt, die verbotene Lust genießen und in der an ihm vollzogenen Strafe Aggressionen ausleben, andererseits, wieder in der Strafe, auch dem passiven Strafbedürfnis Genüge tun und die eigenen Schuldgefühle mildern. Der zum Sündenbock im biblischen Sinne zugerichtete Verbrecher, die Paria-Minorität der Gefängnispopulation und die Darstellung von Verbrechen und Strafe in den Medien, haben also eine stabilisierende Funktion, indem die Majorität mit ihrer Hilfe ihre potenziell für die Ordnung riskanten Handlungen nur symbolisch ausführt (Reiwald 1973; für eine stärker soziologisch orientierte Interpretation des Strafbedürfnisses vgl. Ranulf 1964).

Durch Abweichung von den Normen und vor allem durch die Sanktionen, die diese Abweichungen treffen, werden – nach der Ansicht funktionalistischer Autoren (Durkheim 1976: 156–164; Erikson 1966) – die *Grenzen des sozial tolerierbaren Verhaltens* immer wieder ins Bewusstsein gerufen und dadurch die Normen gestärkt. Die gemeinsame Reaktion auf den Außenseiter stärkt außerdem die Solidarität der Konformen, frischt Kollektivgefühle auf und erhöht die Bereitschaft zur Konformität. Abweichung und Sanktion tragen also dazu bei, Gleichgewicht und Kohäsion der Gesellschaft zu wahren.

Herrschaftssoziologisch ist die Rolle von Kriminalität und Kriminalitätsmythos vor allem im Anschluss an die Paria-Theorie einerseits, an Gramscis Hegemonie-Theorie andererseits thematisiert worden. Ihren Beitrag zur Erhaltung von Herrschaft können die Metaphänomene direkt im politischen Bereich leisten. So werden die von Kontrollapparaten produzierten stigmatisierten Kriminellen beispielsweise als wegen ihrer Außenseiterposition leicht handhabbare Werkzeuge in den Machtapparat eingefügt oder sonstwie in seinen Dienst genommen: Sie dienen als Denunzianten, agents provocateurs, Meuchelmörder, Streikbrecher, milices patronales etc. Bedeutsamer ist aber die Rolle des Mythos im ideologischen Bereich. Die Thematisierung der Kriminalitätsgefahr und noch stärker natürlich Kriminalitäts- und Kontrollpaniken legitimieren eine Expansion der Kontrollapparate und Kontrollmaßnahmen. Wo der Wohlfahrtsstaat als Instrument direkter sozialer Befriedung, aber auch als Instrument der ideologischen Hegemonie abgebaut wird, kann der Sicherheitsstaat mit direkter Repression, aber auch mit deren spezifischer Legitimierung, die an das Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung anschließt, teilweise in die Funktionen des Wohlfahrtsstaats eintreten (Beckett und Sasson 2000). Je größer die Probleme verschiedenster Art, desto größer das Sicherheitsbedürfnis, desto nötiger der Mythos von der Kriminalität. Deshalb treten Aggressionswellen gegen Kriminelle und andere Außenseiter meist in Situationen wirtschaftlicher Not und erhöhten Herrschaftsdrucks auf (Sigrist 1965; Christie und Bruun 1991; Beckett 1997; Hagan 1995; Simon 1997).

Der latente Sinn der Prozesse, die die Meta-Phänomene zustande bringen, offenbart sich also als eine Umdeutung von Handlungen, die eine spezifische soziale Ordnung gefährden, in Erscheinungen, die, so ambivalent sie stets bleiben, auch (und

meist vor allem) zu ihrer Stabilisierung beitragen. Sie werden – so kehren wir zu unserem Ausgangspunkt zurück – funktional für die soziale Kontrolle.

Literatur

Adorno, Theodor W., 1972: Soziologie und empirische Forschung. S. 196–216 in: Gesammelte Schriften, Bd. 8. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Beckett, Katherine, und *Theodore Sasson*, 2000: The War on Crime as Hegemonic Strategy. A Neo-Marxian Theory of the New Punitiveness in U.S. Criminal Justice Policy. S. 61–84 in: *Sally S. Simpson* (Hg.), Of Crime and Criminality. The Use of Theory in Everyday Life. Thousand Oaks/London/New Delhi: Pine Forge Press.

Beckett, Katherine, 1997: Making Crime Pay. New York: Oxford University Press.

Behr, Rafael, 2000: Cop Culture. Der Alltag des Gewaltmonopols. Opladen: Leske + Budrich.

Chambliss, William J., 1974: The State, the Law, and the Definition of Behavior as Criminal or Delinquent. S. 7–43 in: *Daniel Glaser* (Hg.), Handbook of Criminology. Chicago: Rand McNally.

Christie, Nils, und *Kettil Bruun,* 1991: Der nützliche Feind. Die Drogenpolitik und ihre Nutznießer. Bielefeld: AJZ.

Clarke, Ronald V. (Hg.), 1992: Situational Crime Prevention. Albany: Harrow and Heston.

Clarke, Ronald V., und *Derek B. Cornish*, 1985: Modeling Offenders' Decisions: A Framework for Research and Policy. S. 147–185 in: *Michael Tonry* und *Norval Morris* (Hg.), Crime and Justice. An Annual Review of Research, Vol. 6. Chicago: University of Chicago Press.

Clarke, Ronald V., und *Marcus Felson*, 1993: Criminology, Routine Activity, and Rational Choice, S. 1–14 in: *Dies.* (Hg.), Routine Activity and Rational Choice. Advances in Criminological Theory 5. New Brunswick/London: Transaction Publishers.

Cohen, Stanley, 2002: Folk Devils and Moral Panics. 3. Aufl. London: Routledge.

Coleman, James S., 1990: Foundations of Social Theory. Cambridge, MA/London: Harvard University Press.

Durkheim, Emile, 1976 (1895): Die Regeln der soziologischen Methode. Darmstadt/Neuwied: Luchterhand.

Ericson, Richard, und *Kevin Carriere,* 1996: The Fragmentation of Criminology. S. 508–516 in: *John Muncie, Eugene McLaughlin* und *Mary Langan* (Hg.), Criminological Perspectives. A Reader. London/Thousand Oaks/New Delhi: Sage Publications.

Erikson, Kai T., 1966: Wayward Puritans. A Study in the Sociology of Deviance. New York: John Wiley and Sons.

Esser, Hartmut, 1984: Figurationssoziologie und methodologischer Individualismus. Zur Methodologie des Ansatzes von Norbert Elias. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 36: 641–666.

Esser, Hartmut, 1991: Alltagshandeln und Verstehen. Zum Verhältnis von erklärender und verstehender Soziologie am Beispiel von Alfred Schütz und ‚Rational Choice'. Tübingen: Mohr (Siebeck).

Esser, Hartmut, 1999–2001: Soziologie. Spezielle Grundlagen, 6 Bände. Frankfurt a.M.: Campus.

Felson, Marcus, 1998 (1994): Crime and Everyday Life. Thousand Oaks: Pine Forge Press.

Fischer, Michael, 2001: Kriminalität als Konstruktion: Drei konzeptionelle Probleme des radikalen Definitionsansatzes. Kriminologisches Journal 33: 102–115.

Frehsee, Detlev, 1991: Zur Abweichung der Angepassten. Kriminologisches Journal 23: 25–45.

Garland, David, 1985: The Criminal and His Science. British Journal of Criminology 25: 109–137.

Garland, David, 2000: The Culture of High Crime Societies. British Journal of Criminology 40: 347–375.

Garland, David, 2001: The Culture of Control. Crime and Social Order in Contemporary Society. Chicago: University of Chicago Press.

Gehlen, Arnold, 1974 (1940): Der Mensch. Seine Natur und seine Stellung in der Welt. Frankfurt a.M.: Athenaion Verlag.

Gottfredson, Michael R., und *Travis Hirschi,* 1990: A General Theory of Crime. Stanford, Cal.: Stanford University Press.
Hagan, John, 1995: Crime and Disrepute. Thousand Oaks/London/New Delhi: Pine Forge Press.
Hawkins, Richard, und *Gary Tiedeman*, 1975: The Creation of Deviance. Interpersonal and Organizational Determinants. Columbus, Ohio: Merrill Publishing Company.
Henry, Stuart, und *Dragan Milovanovic*, 1996: Constitutive Criminology: The Maturation of Critical Theory. S. 436–450 in: *Stuart Henry* und *Werner Eisenstadter (*Hg.). The Criminology Theory Reader. New York/London: New York University Press.
Hermann, Dieter, 2003: Werte und Kriminalität. Konzeption einer allgemeinen Kriminalitätstheorie. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
Herren, Rüdiger, 1973: Freud und die Kriminologie. Einführung in die psychoanalytische Kriminologie. Stuttgart: Enke.
Hess, Henner, 1970: Mafia. Zentrale Herrschaft und lokale Gegenmacht. Tübingen: Mohr.
Hess, Henner, 1978: Das Karriere-Modell und die Karriere von Modellen. S. 1–30 in: *Henner Hess, Hans Udo Störzer* und *Franz Streng* (Hg.), Sexualität und soziale Kontrolle. Heidelberg: Kriminalistik Verlag.
Hess, Henner, 1986: Kriminalität als Alltagsmythos. Ein Plädoyer dafür, Kriminologie als Ideologiekritik zu betreiben. Kriminologisches Journal, 1. Beiheft: 24–44.
Hess, Henner, 1999: Zur Wertproblematik in der Kriminologie. Kriminologisches Journal 31: 167–186.
Hess, Henner, 2003: Polizeistrategie und Kriminalität – das umstrittene Beispiel New York. S. 49–103 in: *Martin Herrnkind* und *Sebastian Scheerer* (Hg.), Die Polizei als Organisation mit Gewaltlizenz. Möglichkeiten und Grenzen der Kontrolle. Münster: LIT Verlag.
Hess, Henner, Martin Moerings, Dieter Paas, Sebastian Scheerer und *Heinz Steinert*, 1988: Angriff auf das Herz des Staates. Soziale Entwicklung und Terrorismus, 2 Bände. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
Hess, Henner, und *Sebastian Scheerer*, 1997: Was ist Kriminalität? Skizze einer konstruktivistischen Kriminalitätstheorie. Kriminologisches Journal 29: 83–155.
Hess, Henner, und *Sebastian Scheerer,* 1998: Lüderssens Elend. Kritische Justiz 31: 60–68.
Hess, Henner, und *Sebastian Scheerer*, 1999: Erwiderung. Kriminologisches Journal 31: 36–58.
Hess, Henner, und *Johannes Stehr*, 1987: Die ursprüngliche Erfindung des Verbrechens. Kriminologisches Journal, 2. Beiheft: 18–56.
Hulsman, Louk, und *Jacqueline Bernat de Celis*, 1982: Peines Perdues. Le système pénal en question. Paris: Le Centurion.
Jacobs, James B., 1999: Gotham Unbound. New York: New York University Press.
Jäger, Herbert, 1989: Makrokriminalität. Studien zur Kriminologie kollektiver Gewalt. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
Katz, Jack, 1988: Seductions of Crime. Moral and Sensual Attractions in Doing Evil. New York: Basic Books.
Kerner, Hans-Jürgen, 1973: Verbrechenswirklichkeit und Strafverfolgung. München: Goldmann.
Krasmann, Susanne, 2003: Die Kriminalität der Gesellschaft. Zur Gouvernementalität der Gegenwart. Konstanz: UVK.
Kreissl, Reinhard, 1996: Was ist kritisch an der kritischen Kriminologie. S. 19–43 in: *Kai-D. Bussmann* und *Reinhard Kreissl* (Hg.), Kritische Kriminologie in der Diskussion. Opladen: Westdeutscher Verlag.
Kürzinger, Josef, 1978: Private Strafanzeige und polizeiliche Reaktion. Berlin: Duncker & Humblot.
Lüdemann, Christian, und *Thomas Ohlemacher,* 2002: Soziologie der Kriminalität. Theoretische und empirische Perspektiven. Weinheim/München: Juventa.
Macaulay, Stewart, Lawrence M. Friedman und *John Stookey* (Hg.), 1995: Law and Society. Readings on the Social Study of Law. New York/London: W.W.Norton and Company.
Matza, David, 1964: Delinquency and Drift. New York: John Wiley and Sons.
Pfeiffer, Dietmar K., und *Sebastian Scheerer*, 1979: Kriminalsoziologie. Eine Einführung in Theorien und Themen. Stuttgart: Kohlhammer.

Ranulf, Svend, 1964 (1938): Moral Indignation and Middle Class Psychology. A Sociological Study. New York: Schocken Books.
Reiwald, Paul, 1973 (1948): Die Gesellschaft und ihre Verbrecher. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
Reuter, Peter, 1983: Disorganized Crime. Illegal Markets and the Mafia. Cambridge, Mass.: MIT Press.
Reynolds, Morgan O., 1997: Crime and Punishment in America. Dallas: NCPA.
Ritzer, George, 1996: Sociological Theory. 4. Aufl. New York: McGraw-Hill.
Sacco, Vincent F., und *Leslie W. Kennedy*, 1996: The Criminal Event. An Introduction to Criminology. Belmont: Wadsworth Publishing Company.
Sartre, Jean-Paul, 1964: Marxismus und Existentialismus. Versuch einer Methodik. Reinbek: Rowohlt.
Sasson, Theodore, 1995: Crime Talk: How Citizens Construct a Social Problem. New York: Aldine de Gruyter.
Scheerer, Sebastian, 1991: Abolitionismus. S. 287–301 in: *Rudolf Sieverts* und *Hans Joachim Schneider* (Hg.), Handwörterbuch der Kriminologie (Nachtrags- und Registerband). Berlin: de Gruyter.
Scheerer, Sebastian, und *Henner Hess,* 1997: Social Control. A Defense and Reformulation. S. 96–130 in: *Roberto Bergalli* und *Colin Sumner* (Hg.), Social Control and Political Order. European Perspectives at the End of the Century. London/Thousand Oaks/New Delhi: Sage Publications.
Schur, Edwin M., 1971: Labeling Deviant Behavior. Its Sociological Implications. New York: Harper and Row.
Sigrist, Christian, 1965: Max Weber und der heutige Stand der Paria-Forschung. S. 325–336 in: Max Weber und die Soziologie heute. Verhandlungen des 15. Deutschen Soziologentages in Heidelberg. Tübingen: Mohr (Siebeck).
Simon, Jonathan, 1997: Governing through Crime. S. 171–190 in: *Lawrence Friedman* (Hg.) und *George Fisher* (Contributor): The Crime Conundrum: Essays on Criminal Justice. Boulder: Westview Press.
Sparks, Richard, 1992: Television and the Drama of Crime. Moral Tales and the Place of Crime in Public Life. Buckingham: Open University Press.
Strasser, Peter, 1984: Verbrechermenschen. Frankfurt a.M./New York: Campus.
Taylor, Ian, Paul Walton und *Jock Young*, 1973: The New Criminology. For a Social Theory of Deviance. London: Routledge & Kegan Paul.
Tittle, Charles R., 1995: Control Balance. Toward a General Theory of Deviance. Boulder: Westview Press.
Trotha, Trutz von, 1977: Ethnomethodologie und abweichendes Verhalten – Anmerkungen zum Konzept des ‚Reaktionsdeppen'. Kriminologisches Journal 9: 98–115.
Vanberg, Viktor, 1982: Verbrechen, Strafe und Abschreckung. Die Theorie der Generalprävention im Lichte der neueren sozialwissenschaftlichen Diskussion. Tübingen: Mohr (Siebeck).

II. Sozialstruktur und Anomie

AN INSTITUTIONAL-ANOMIE THEORY OF CRIME: CONTINUITIES AND ELABORATIONS IN THE STUDY OF SOCIAL STRUCTURE AND ANOMIE

Steven F. Messner

Abstract: This paper reviews the institutional-anomie theory of crime. The paper begins with a discussion of the theoretical background of the theory, locating it within the broader anomie tradition in sociology and criminology. The initial formulation of the theory is then discussed along with theoretical elaborations. Empirical research informed by the perspective is briefly summarized. The paper concludes with a consideration of the more important challenges for future development of the theory.

I. Introduction

In 1938, the *American Sociological Review* published an article entitled "Social Structure and Anomie" by Robert K. Merton, at the time a little known junior faculty member at Harvard University. The article did not create much of a stir at first. Indeed, as Stephen Pfohl (1985: 226) has observed, the "essay sat dormant for about fifteen years after its publication". This would change dramatically. Over the course of subsequent decades, Merton's arguments as introduced in the initial article and as subsequently elaborated, most significantly in his book *Social Theory and Social Structure* (Merton 1968), inspired an extraordinary volume of empirical studies on crime and deviance, as well as numerous theoretical exegeses and critiques.

Merton's ideas, however, were not confined to the academic community, at least not within the United States. They were widely diffused throughout the larger societal community. His arguments about social structural causes of crime and delinquency informed major policy initiatives associated with the "Great Society" in the 1960s (Liska and Messner 1999: 49). Moreover, generations of students were exposed to (and continue to be exposed to) classroom and textbook presentations of "Social Structure and Anomie" (hereafter SS&A). As a result, the notion that crime might be systematically related to social structure is certainly a familiar one in public discourse in the U.S., even if the specifics of Merton's thesis are not universally accepted.

The purpose of the present paper is to explicate a relatively recent effort to build upon and extend Merton's SS&A. In the book *Crime and the American Dream*, Richard Rosenfeld and I (Messner and Rosenfeld 2001) have proposed an explanation of crime that has been labeled "institutional-anomie theory" (IAT).[1] IAT incorporates key elements of Merton's work. However, it attempts to compensate for what we consider to be important limitations in the conceptual and analytic framework of SS&A.

My discussion is organized as follows. First, I set the stage by reviewing Merton's theoretical arguments. SS&A, like Merton's writings more generally, has a deceptive simplicity surrounding it. The information scientist Eugene Garfield has aptly characterized this aspect Merton's work, observing that much of it is "so transparently true that one can't imagine why no one else has bothered to point it out" (cited in Kaufman 2003: 2). However, despite this seeming simplicity, SS&A entails a sophisticated, albeit incomplete, analysis of social organization. After reviewing Merton's key arguments, I explicate IAT, highlighting the ways in which it contrasts with SS&A. This is followed by a survey of recent efforts to apply and test IAT with quantitative data. Finally, I conclude with a brief discussion of important challenges that must be faced to further develop this newly proposed approach to understanding the interconnections between social structure and crime.

II. Merton's SS&A

SS&A falls squarely within the Durkheimian tradition in sociology. Most obviously, Merton appropriates a sociological concept popularized by Durkheim – "anomie" – and places it prominently in the title of his essay. Merton also shares an overriding meta-objective that motivated much of Durkheim's (1966 [1897]) theorizing, especially the theoretical arguments developed in *Suicide*. Specifically, Merton intends to develop a distinctively *sociological* explanation for crime and deviance to serve as an alternative to psychological, and particularly Freudian, explanations (Merton 1968: 175; see also Messner 1988). In so doing, Merton is essentially advancing the case for sociology as a scientific discipline that offers a unique perspective on human behavior (cf. Durkheim 1964 [1895]).

The questions addressed in SS&A are thus quintessentially sociological in nature. In Merton's words: "For whatever the role of biological impulses, there still remains the further question of why it is that the frequency of deviant behavior varies within different social structures and how it happens that the deviations have different shapes and patterns in different social structures ... Our perspective is sociological. We look at variations in the rates of deviant behavior, not at its incidence" (Merton 1968: 185–186).[2]

---

1 The theoretical arguments developed in *Crime and the American Dream* are very much the result of a collaborative effort. Accordingly, when reviewing these arguments, I will use plural pronouns (e.g., "we" and "our").

2 My citations to SS&A refer to the elaborated version published in *Social Theory and Social Structure* (Merton 1968).

Given the nature of the questions under examination, Merton quite naturally turns to sociological concepts to look for the answers. He adopts the general framework of structural/functionalism (cf. Parsons 1951) and conceptualizes social organization in "systemic" terms. According to this approach, any social system can be described with reference to two fundamental properties: a culture structure and a social structure.

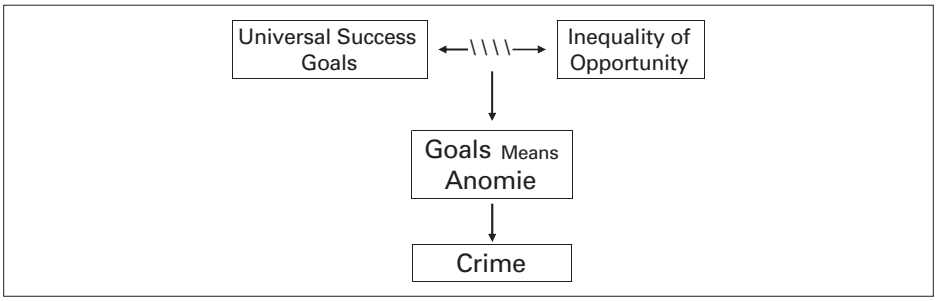
Merton does not provide rigorous definitions of either culture structure or social structure in SS&A, but he clarifies their meaning while formulating his original explanation for deviant behavior and in his subsequent writings (Merton 1964; 1968). The key elements of the culture structure are the prescribed goals (or ends) of action and the normatively approved means for realizing these goals. The other component of social organization – social structure – refers to "... that organized set of social relationships in which members of the society or group are variously implicated" (1968: 216).

To illustrate the application of these basic conceptual tools of sociology to the explanation of deviant behavior, Merton focuses his analytic lens on one particular social system – the social system prevalent in the United States at the time of his writing. The distinguishing feature of this social system is "malintegration", which is manifested in two ways: (1) between the main subcomponents of the culture, and (2) between the culture and the social structure. With respect to the culture structure, the goals and means are imbalanced. The culture places a strong emphasis on the pursuit of goals, especially the goal of monetary success. Comparatively less emphasis is placed on the importance of using the normatively prescribed means to realize these goals. Instead, societal members tend to be governed mainly by "efficiency" norms in the selection of means. They are prone to use whatever means are technically expedient in striving to reach their goals, regardless of the normative status of these means. These twin features of culture – the strong emphasis on monetary success goals and the weak emphasis on normative means – are part of the dominant cultural ethos of the society, i.e. they are intrinsic to the "American Dream". Moreover, for Merton (1964: 226), the "breakdown" in the culture structure associated with the American Dream constitutes the essence of anomie or normlessness: "when a high degree of anomie has set in, the rules once governing conduct have lost their savor and their force".

The second sense in which the social system in the U.S. exhibits "malintegration" involves the interrelationships between culture and social structure. Merton underscores the extent to which the cultural goals are universalistic; they apply to everyone. However, social structure distributes access to the normatively approved means differentially. Opportunities to reach the cultural success goals through legitimate means vary in accordance with social position, especially class position. It is precisely this disjuncture between features of social structure (inequality of opportunity) and elements of culture (universal success goals) that undermines the integrity of the culture and leads to anomie. To quote Merton (1968: 216–217): "... the social structure strains the cultural values, making action in accord with them readily possible for those occupying certain statuses within the society and difficult or impossible for others. The social structure acts as a barrier or as an open door to the acting out of cultural mandates. When the cultural and the social structure are malintegrated, the first calling for behavior and attitudes which the second precludes, there is a strain toward the breakdown of norms, toward normlessness."

Merton thus advances a provocative explanation for deviance and crime that is radically sociological in the sense that it is cast in terms of the basic properties of social systems and their interconnections rather than individual propensities or psychological states. High rates of deviant behavior can be traced to anomie, a cultural imbalance in the emphasis on goals versus means, which in turn is generated by a system disjuncture – an intrinsic incompatibility between universalistic goals and unequal opportunities.[3] *Figure 1* depicts schematically the underlying analytic model of SS&A.

Figure 1: The Analytical Model of System Disjunction and Crime in SS&A



Despite his self-conscious attempt to develop a sociological explanation of crime and deviance, Merton's analytic model suffers from several serious limitations. One, upon close examination, it becomes apparent that he employs a highly restrictive conceptualization of social structure. Merton is keenly sensitive to the role of social *stratification* in determining access to legitimate means and the implications of such stratification for the distribution of deviance within society. The strain towards anomie should be strongest for those at the bottom of the social hierarchy, those for whom opportunities are limited. Thus, crime and deviance should vary inversely with social class. However, Merton is largely silent about other aspects of social structure. Where do major social institutions other than the stratification system come in? What is the role of the polity? The family? The schools? A major deficiency in the Mertonian anomie tradition, in other words, is the lack of systematic attention to the broader range of social institutions and the interrelationships among them.

There is also something lacking in Merton's discussion of the connections between culture and social structure. Merton provides an insightful description of the core elements of American culture and of the cultural ethos of the American Dream. He also identifies an important tension between one aspect of culture – universal success goals – and an important feature of social structure – inequality of opportunity. However, he never examines the *complementarities* between culture and social structure. How

3 Merton recognizes that the structural strains towards anomie can elicit different responses on the part of the members of a society, and he develops his well-known typology of modes of individual adaptation to enumerate these responses. Although Merton makes fleeting references to social class differences in family socialization when illustrating various adaptations, he never systematically incorporates his typology of individual adaptations with his abstract model of social system dynamics.

could a cultural ethos, such as the American Dream, or any other overarching cultural framework, persist over time if it were totally at odds with prevailing structural arrangements? A basic principle of sociology is that culture and social structure are intertwined; in a sense, they are two sides of the same coin.

Finally, Merton's explanation for the proximate causes of crime and deviance encompasses an extremely narrow range of sociological factors. Merton quite correctly calls attention to the salient role of norms as inhibitors of misbehavior. Widespread crime and deviance are indeed likely when such internal cultural restraints are weak. However, Merton fails to incorporate into his explanation other social controls, especially those emphasized in influential sociological theories of crime such as bonding theory (e.g. Hirschi 1969). Bonding theory underscores how ties to the conventional order, established largely through the performance of institutional roles, encourage socially approved behavior. The formulation of a comprehensive sociological theory of crime and deviance thus requires a broader analytic framework than that incorporated in SS&A.

III. An Institutional-Anomie Theory of Crime

In formulating institutional-anomie theory, Rosenfeld and I remain faithful to SS&A in a fundamental sense: we too adopt a systemic model of social organization and attempt to incorporate both cultural and structural dynamics. Our approach to "culture" stays particularly close to Merton's. We emphasize the "goals" and "means" elements of culture, but we also consider the role that "values" play in governing social interactions. Values of course refer to the standards that are used to evaluate persons and performances.

Where we part company with Merton at the conceptual level is in our approach to the other basic component of social organization – social structure. As noted earlier, social structure refers in very general terms to regular, patterned social relationships. Merton limits his structural analysis to the patterned social relationships expressed in the stratification hierarchy. In contrast, we focus on those patterned social relationships that ensure that the basic survival requirements of the society are fulfilled, i.e. on *social institutions*. Our approach to social institutions is informed by Parsons' (1951) classic treatment of the functional requisites of social institutions and his AGIL framework. Specifically, four basic institutions play a central role in our analysis of crime: the economy, the polity, the family, and the educational system.

The *economy* is the social institution that enables people to adapt to their natural environment and meet the subsistence needs of human organisms (the need for food, clothing, shelter, etc.). The *polity* (or political system) mobilizes and distributes power to realize collective goals (e.g. defend against invaders, respond to natural disasters). The *family* consists of relationships that provide for the literal reproduction of the population over time, and for the socialization, nurturance, and care of societal members. Finally, the *educational system* is responsible for socialization (like the family), but it also facilitates the creation and transmission of knowledge.[4]

4 According to the Parsonian framework of functional requisites, the economy fulfills the adapta-

It is with these basic conceptual tools that we attempt to provide a sociological explanation of crime, and like Merton, we use the United States as an illustrative case study. The U.S. is a strategic case for analysis because of its unusually high rates of serious predatory crime when viewed in comparison with other advanced nations.[5] What is it about the social organization of the U.S. that might account for its notorious reputation as a leader of the developed world in crime and violence?

Clearly, Merton is on the right track in suggesting that there is a critically important role for culture in understanding crime in the U.S., and that the distinctive feature of culture is the ethos of the "American Dream". Merton himself never formally defines the "American Dream", but we use the term to refer to "a broad cultural ethos that entails the commitment to the goal of material success, to be pursued by everyone in society, under conditions of open, individual competition" (Messner and Rosenfeld 2001: 5). This cultural ethos is based on a distinctive set of value commitments.

One such value commitment is that of *achievement orientation*. There is a very strong emphasis in the culture on success as a sign of social worth. People are evaluated not on the basis of who they are, or how they relate to others, but on what they have done, what they have achieved. This has important implications for social norms. People are encouraged to be oriented toward results rather than process, ends rather than means.

A second important value orientation in American culture is *individualism*. Bellah et al. (1985: 142) describe the salience of individualism to the American identity as follows: "[Americans] ... believe in the dignity, indeed the sacredness, of the individual. Anything that would violate our right to think for ourselves, judge for ourselves, make our own decisions, live our lives as we see fit, is not only morally wrong, it is sacrilegious."

This strong individualism has important implications for the pursuit of personal goals. When striving for success, people are encouraged to make it on their own. Others are competitors and rivals. This kind of cultural orientation makes it difficult for strong sentiments of mutual obligation to emerge, sentiments that might restrain people in their pursuit of personal goals.

A third value orientation is *universalism*. This of course is the feature of goal-orientations highlighted by Merton. Everyone is encouraged to aspire to success, and everyone is susceptible to evaluation on the basis of achievement. As a result, virtually no one escapes the pressures to succeed despite socially structured differentials in the opportunities for success.

Finally, there is a curious preoccupation with money in American culture, a preoccupation that Taylor et al. (1973: 94) refer to as a *monetary fetishism*. To be sure, people in many cultures are hedonistic. They value material comfort and attempt to accumulate riches. The special feature of American culture, however, is the extent to which

---

tion (A) requirement; the polity is directed towards goal attainment (G); the family and the educational system serve latent pattern-maintenance functions (L).

5 The claim of "American exceptionalism" in crime is not universally accepted. For example, Zimring and Hawkins (1997) make the case that it is homicide, and not crime in general, that distinguishes the U.S. from other developed nations. See Messner and Rosenfeld (2001: 18–21) and Savolainen et al. (2000) for extended discussions of this controversy.

money *signifies* success; it is the *metric* of success. Orru (1990: 235) expresses the point nicely in the following terms: "Money is literally, in this context, a *currency* for measuring achievement."

These value orientations crystallize into the American Dream, a cultural ethos that places very strong emphasis on the importance of realizing goals, especially the goal of monetary success. At the same time, the ethos places relatively weak emphasis on means. The cultural mandate is to succeed "by any means necessary". This type of cultural orientation is conducive to widespread anomie, a situation in which norms in general lack regulatory power. When norms are weak, deviant behavior, including criminal behavior, is likely to be frequent.

Culture, however, is only part of social organization. It is ultimately expressed in, and sustained by, social structure. Hence, to fully explain crime, both cultural and structural dynamics need to be considered. To understand these structural dynamics, we introduce the concept of the "institutional balance of power".

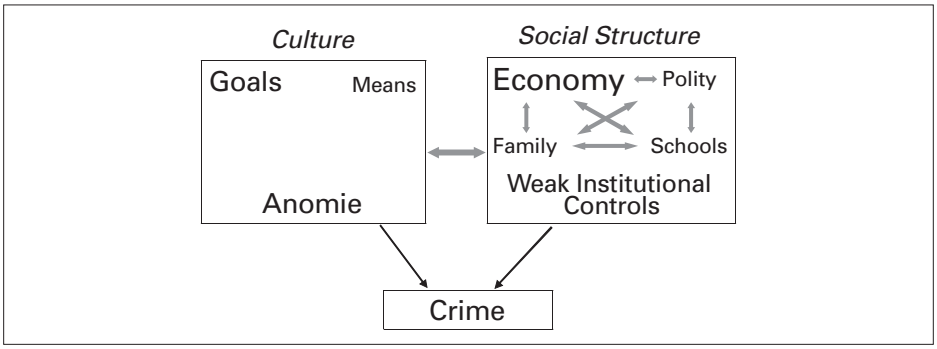
Our systemic model of social organization presupposes that social institutions are interdependent. The functioning of any one has implications for the functioning of others. Moreover, for society to survive, there has to be some degree of coordination among them. To illustrate, the family must socialize individuals with the motivational commitments necessary to promote economic activity (cf. Parsons 1951). But this coordination is never perfect. The various institutional roles can make competing demands on people and can invoke different kinds of orientations. For example, market exchanges are typically governed by universalistic orientations. Buyers and sellers are rational, economizing actors, and their interactions are governed by the abstract and impersonal pricing mechanism. In contrast, interactions within the family are governed by particularistic orientations and are rich in affect. Personal characteristics and status-relationships are central to the nature and content of interactions among family members. In the course of their everyday lives, people in a society of any complexity shift back and forth between the orientations associated with the respective institutional realms.

We maintain that the distinctive feature of the social structure of the U.S. is that the economy tends to *dominate* the institutional balance of power. This kind of institutional arrangement resembles that of the "self-regulating market" as described in Polanyi's (1957 [1944]) classic writings. Under such conditions, economic activity becomes "disembedded" from other institutions, and other institutions necessarily become dependent on the market (see also Currie 1991; Messner and Rosenfeld 2000).

Economic dominance is manifested in three principal ways. One is *devaluation*. Non-economic institutional roles tend to be devalued relative to economic roles. A second manifestation of economic dominance is *accommodation*. People feel pressures to sacrifice other roles to economic roles when conflicts emerge. The third manifestation of economic dominance is *penetration*. The logic of the marketplace intrudes into other realms of social life. This is reflected in the widespread use of extrinsic rewards, like wages, to motivate behavior in non-economic realms. In addition, economic metaphors permeate public discourse and begin to color the ways in which people think about social relationships, even the most intimate of relationships (Schwartz 1994).

The structural condition of economic dominance implies that other institutions are rendered feeble. The roles of these institutions become relatively unattractive, and people fail to develop strong attachments to them. This is relevant to crime, because as explained by conventional bonding theory (Hirschi 1969), institutional attachments are important inhibitors of crime. Thus, in the U.S., the weak cultural control associated with anomie in the culture is accompanied by weak institutional controls in the social structure. The end result is a high level of crime. The full analytical model of the interconnections between culture, social structure, and crime underlying IAT is depicted in *Figure 2*.

Figure 2: The Analytical Model of Social Organization and Crime in IAT



A comparison of *Figures 1* and *2* highlights the ways in which IAT builds upon and attempts to go beyond SS&A. Both approaches explain crime with reference to the interplay between cultural and structural dynamics, and both identify an anomic imbalance within the culture between goals and means as an important source of cirminogenic pressures. However, IAT expands the conceptualization of social structure to encompass the core institutions in society and their interrelationships. In addition, whereas SS&A focuses on an anomaly in the interplay between culture and social structure (system disjuncture) IAT directs attention to the complementarities of culture and social structure, represented by the double arrows in *Figure 2*. Economic dominance in the institutional balance of power is a structural arrangement compatible with an anomic culture. Indeed, it is the structural foundation for a culture wherein goals, especially monetary goals, are emphasized over means. Such cultural orientations, in turn, tend to generate the social relationships that sustain economic dominance. In this way, a high level of crime is not an aberration for a social system with this type of social organization; it is a normal, in the sense of predictable, outcome.

Finally, a comparison of Figures 1 and 2 reveals the ways in which IAT represents an effort at a more synthetic explanation of crime than that offered in SS&A. For the latter, the proximate causes of crime are exclusively the cultural forces associated with the disproportionate emphasis on goals relative to means. IAT acknowledges these processes but incorporates weak institutional controls as well.

IV. Quantitative Tests of IAT

Tests of IAT with quantitative data are rather sparse. To some extent, this reflects the newness of the theory. It has been introduced relatively recently and is just beginning to be disseminated within the profession. In addition, IAT is cast at a very high level of abstraction. Translating the abstract theoretical claims of IAT into specific empirical propositions is thus a challenging, if not daunting, task.

Nevertheless, some promising efforts along these lines have appeared in the literature. The first systematic test of IAT with quantitative data is that of Chamlin and Cochran (1995). These authors focus on the criminogenic consequences of poverty. They reason that IAT and the traditional anomie tradition lead to slightly different predictions about the effects of poverty on crime. According to the traditional anomie perspective, alleviating poverty should reduce crime because it enhances opportunities to realize monetary success goals. IAT, in contrast, maintains that major social institutions are interconnected, and thus the effect of an economic condition such as poverty on crime should be contingent on features of other institutions. Specifically, improvement in economic conditions should reduce crime rates only when accompanied by the strengthening of non-economic institutions. This leads Chamlin and Cochran to hypothesize that, according to IAT, the effects of poverty on crime should *interact* with the vitality of non-economic institutions. In a standard regression framework, this hypothesis implies that a product term for a measure of poverty and indicators of the strength of non-economic institutions should exhibit a significant effect on crime rates.

Chamlin and Cochran assess this hypothesis using cross-sectional data for the 50 U.S. states in 1980. They focus on property crime as their dependent variable, arguing that IAT is most directly relevant to offenses with a profit motive. Their property crime measure is the rate per 1,000 population of robberies, burglaries, larcenies, and auto thefts. Poverty is measured as the percentage of families below the poverty level.

The non-economic institutions under investigation in Chamlin and Cochran's analysis include the family, religion, and the polity. The measure of the strength of the family is the ratio of the yearly divorce rate per 1,000 population to the yearly marriage rate per 1,000. The polarity of the measure is such that it reflects *family disruption* or weakness. Participation in religious institutions is operationalized as the rate of church membership per 1,000 population. The indicator of the strength of the polity is the percentage of the voting age population who voted in 1980 congressional elections.

The authors' analytic strategy is to compute product terms for poverty and each of these indicators of non-economic institutions. Past theorizing and research indicates that poverty tends to increase property crime rates, but IAT implies that strong non-economic institutions should mitigate such positive effects of poverty. Thus, the product terms between poverty and the indicators of church membership and voting should yield significantly negative effects on the property crime rate in a multiple regression equation. The product term for poverty and the indicator of the family should exhibit a significantly positive effect, given the "reverse polarity" of the family indicator (it reflects weak rather than strong families).

The results of their weighted least squares regressions offer strong support for IAT. The coefficients for each of the product terms are significant, and the signs are consistent with theoretical expectations. To assess the robustness of the results, Chamlin and Cochran repeat their analyses with alternative measures of economic deprivation. These additional results generally confirm those yielded in the initial analyses.

A study by Piquero and Piquero (1998) entails a very similar analytic strategy to that employed by Chamlin and Cochran. Once again, the distinctive hypothesis derived from IAT is that of an interaction between poverty and indicators of the strength of non-economic institutions. Also similar to the earlier work, Piquero and Piquero conduct cross-sectional analyses with data for the 50 U.S. states.

The study by Piquero and Piquero nevertheless differs from the early research in several respects. It applies IAT to violent as well as property offenses, thereby assessing the scope conditions of the theory. It introduces additional measures of non-economic institutions and estimates the regression models with data for a later decade (1990). In addition, Piquero and Piquero assess the sensitivity of the results to different operationalizations of key concepts.

The specific dependent variables for their analyses are the property crime rate per 100,000 population (burglary, larceny theft, and motor vehicle theft) and the violent crime rate per 100,000 (murder, forcible rape, robbery, and aggravated assault). The measure of economic conditions – poverty – is the conventional indicator, i.e. the percentage below the poverty level. Three non-economic institutions are considered: the family, the polity, and the educational system. A single measure of the family is used: the percentage of single parent families. For the polity, two measures are included. One is the percentage of the population who receive public aid; the other is the percentage of the population who voted in the 1988 presidential election. Three measures of the educational system are employed: the proportion of the population enrolled full-time in college; the percentage of high school dropouts; and the ratio of the salary of teachers to average annual pay of citizens.

Piquero and Piquero follow procedures very similar to those of Chamlin and Cochran and estimate regression models with product terms for the interactions of poverty with indicators of non-economic institutions. The results indicate that for the property crime rate, the interaction between poverty and education measured as college enrollment is significantly negative, consistent with IAT. The product terms for poverty and family, and for poverty and polity measured as public aid recipients, are non-significant. For violent crime rates, the interactions for both education and the polity support IAT, while the interaction for the family is non-significant.

These initial results offer some support for IAT and suggest its applicability to violent as well as property offending. However, Piquero and Piquero also conduct sensitivity analyses by substituting alternative measures of education and the polity. The expected interactions do not emerge in these models. Piquero and Piquero accordingly caution that conclusions about IAT may be sensitive to operationalization, and they call for further work on the measurement of the key concepts of the theory.

In addition to these tests with data for subnational units within the U.S., IAT has been applied to the explanation of cross-national variation in violent crime. Research by Rosenfeld and myself (Messner and Rosenfeld 1997) has focused on the balance be-

tween the polity and the market, and on the implications of this balance for homicide rates. We borrow the concept of the "decommodification of labor" as developed by Esping-Andersen (1990). The decommodification of labor refers to the extent to which people's basic well-being is dependent on market performance. When a person's fate depends heavily on the market, labor is highly "commodified". In contrast, when the state insulates well-being from market forces by providing various kinds of social support (e.g. unemployment insurance, family allowances, social security and pension payments), labor is decommodified.

We propose that the degree to which labor is decommodified reflects the balance between the polity and market. A high degree of decommodification signals that the polity is taming the market. Meager decommodification, on the other hand, is a reflection of relative dominance of the market economy. Given this premise, we predict that nations with a greater degree of decommodification of labor should have lower rates of homicide than those with a lesser degree of decommodification.

To test this hypothesis, we construct a proxy measure of decommodification that is informed by Esping-Andersen's work. Esping-Andersen created a decommodification index using indicators of ease of access to welfare benefits, their income-replacement value, and the expansiveness of coverage across different statuses and circumstances for a sample of 18 advanced nations. We use his index as a criterion measure to develop our proxy indicator based on data from the International Labour Office. This proxy measure of decommodification can be computed for a much larger sample than that considered by Esping-Andersen (45 rather than 18 nations).

The dependent variable for our analyses is the national homicide rate per 100,000 from the mortality statistics of the World Health Organization. The decommodification proxy serves as the theoretically strategic independent variable. The models also include controls for the level of economic development, demographic structure, income inequality, a measure of economic discrimination against social groups, and the sex ratio.

The results of multiple regression analyses reveal the expected negative effect of decommodification on homicide rates. Consistent with IAT, nations that "tame the market" by providing generous, extensive governmental welfare programs exhibit comparatively low homicide rates, net of controls. Moreover, the effect of decommodification on homicide rates is quite robust across different model specifications.

Savolainen (2000) also applies IAT to the explanation of cross-national variation in homicide rates, but he derives a different proposition about the effect of decommodification. Returning to the earlier strategy introduced by Chamlin and Cochran, Savolainen emphasizes the importance of interactive relationships. He suggests that the decommodification measure can be regarded as an indicator of the strength of non-economic institutions more generally, and not simply the strength of the polity relative to the market economy. The social policies embodied in decommodification, for example, are likely to bolster the institution of the family. Moreover, he asserts that the finding of a negative main effect of decommodification on homicide rates is consistent with multiple theoretical interpretations. The truly distinctive hypothesis to be derived from IAT, according to Savolainen, is that the positive effect of dimensions of economic inequality on homicide rates should be strongest where the economy dominates

the institutional balance of power. This implies negative effects in regression analyses of product terms for measures of economic inequality and the measure of decommodification (an indicator of a "tamed" economy).

Savolainen assesses his general hypothesis with two data sets. One is the original data set used by Rosenfeld and myself. The other is a "parallel" data set featuring a different sample of nations and partially different measures. The measures for the Messner/Rosenfeld data set are the same as those in the original study with the addition of two product terms for decommodification and the Gini index of income inequality, and for decommodification and a measure of economic discrimination. In the supplementary data set, a measure of governmental spending on social security and welfare as a percentage of total expenditures replaces the decommodification index (no measure of economic discrimination is available for this sample). The supplementary data set also allows for the disaggregation of homicide rates by sex. Thus, sex-specific homicide rates serve as the dependent variables in these analyses.

The results based on the Messner/Rosenfeld data set offer some support for IAT. The two interaction terms are negative as expected but significant only for the product term with the economic discrimination measure. However, the measure of income inequality is problematic for this sample because the time of measurement is 10 to 20 years earlier than that for homicide rates and decommodification. The alternative data set allows for more time-appropriate measurement. With the alternative data set, the strategic interaction term (income inequality and welfare spending) is negative and statistically significant for both male and female homicide rates, net of controls. Savaolianen concludes that one of the most well-documented findings in the cross-national literature on crime, that of a positive effect of income inequality on homicide rates, needs to be qualified. As anticipated by IAT, the effect of economic inequality on homicide rates depends on the strength of other non-economic institutions.

These four studies all offer some support for IAT, but they constitute partial assessments in a very important respect. They evaluate claims about the effect of the "institutional balance of power" on crime, but they do not explicitly address the role of culture, the other key component of social structure. In the past few years, efforts to explore the cultural aspect of IAT have also begun to appear.

One noteworthy study is that by Stowell (2000). Drawing on both SS&A and IAT, Stowell focuses on two core elements of the cultural ethos of the American Dream that allegedly increase the likelihood of criminal involvement: the fetishism of money and the a-moral orientation to means (i.e. the willingness to pursue goals "by any means necessary"). He introduces a very clever strategy for operationalizing these cultural factors using data from the General Social Survey (GSS) in the U.S. in the mid 1970s (these were the only years during which the relevant questions were asked).

To measure the "by any means necessary" element of culture, he selects a GSS item stating that there are no right or wrong ways to make money. Agreement with this statement would seem to indicate a calculating, amoral orientation to the normative means for pursuing monetary success. The fetishism of money, or "materialism", is operationalized by combining three items. These items reflect the respondent's belief that money is the most important thing in life (next to health) and the respondent's willingness to continue to work even if he or she could live comfortably without work-

ing and even though he or she does not receive intrinsic satisfaction from work (ostensibly under these circumstances, money is the main reason for wanting to continue to work). The measure of an amoral orientation towards the means for making money and the indicators of materialism are then combined into a composite measure of the strength of commitment to the "American Dream". Stowell's main hypothesis is that this cultural indicator will be positively related to criminal involvement.

To test the hypothesis, Stowell operationalizes criminal involvement with a dummy variable for having been arrested. Three indicators of access to the legitimate means serve as additional independent variables, given that traditional anomie theory implies an inverse relationship between such indicators and criminal involvement. These measures of access to legitimate means include working less than full time, educational level (highest grade completed), and perceived social class (lower, working, middle, and upper). Several demographic control variables are also included in the models.

The results of logistic regression analyses indicate that the only indicator of access to legitimate means with a significant effect on arrest probability is educational level. Consistent with traditional anomie theory and prior research, those with higher educational attainment are less likely to have been arrested. The most original and intriguing finding, however, is that the measure of strength of commitment to the American Dream exhibits the predicted positive effect on arrest probability, net of the measures of access to legitimate means and the control variables. Respondents with greater commitment to the American Dream, as reflected in a "by any means necessary" orientation towards norms and a materialistic orientation towards work, are significantly more likely to have been arrested than those with lesser commitment.

Stowell thus takes advantage of the rich questions contained in the GSS to assess an individual-level premise of IAT about the cultural underpinnings of criminal involvement. Buchner and Baumer (2002) similarly use GSS data to evaluate the cultural claims of IAT, but they do so at the macro-level. Specifically, they aggregate responses from the GSS into the sixty-eight geographic areas represented by the Primary Sampling Units of the survey (PSUs). Their cultural indicators are very similar to those used by Stowell. They select the item on there being no right or wrong way to make money to represent an amoral orientation to means, and the item on money being the most important thing to represent commitment to material success. To permit macro-level analysis, they compute the percentage agreeing with these statements for the sixty-eight macro-level units and combine these percentages into a composite index referred to as "cultural imbalance".

Along with this cultural factor, Buchner and Baumer consider the strength of four non-economic institutions. The male divorce rate (percentage of males age 15 and older who are divorced) serves as a measure of strength of the family. Commitment to the polity is operationalized with a standardized index based on percentage of persons age 18 and older who were registered to vote and the percentage who voted in recent congressional elections. Commitment to religion is measured with a standardized scale combining the percentage of residents who attend religious events at least weekly and the percentage who belong to religious organizations. Commitment to other community institutions is measured with an index based on the mean number of groups in which residents are involved, the percentage involved in youth organizations, the per-

centage involved in service organizations, and the percentage involved in other community organizations.

Along with these measures of theoretically strategic independent variables, Buchner and Baumer include an array of standard structural control variables. These measures reflect levels of resource deprivation, population size and density, age structure, unemployment, and region. The dependent variable is the robbery rate, averaged over the four years encompassed by the survey (1973–1976).

Buchner and Baumer first estimate models with the measure of cultural imbalance and the indicators of strength of non-economic institutions. The results reveal a significant positive effect of cultural imbalance on robbery rates, consistent with IAT. The coefficients for two measures of institutional strength also yield findings supportive of IAT. Commitment to religion yields a significant negative effect on robbery rates, and the male divorce rate (weak families) exhibits a significant positive effect.[6]

The results are quite different, however, when the structural control variables are entered into the model. The effect of cultural imbalance is rendered non-significant in the fully specified equation, and only one of the measures of institutional strength retains its significance, the male divorce rate. Buchner and Baumer (2002: 14) conclude that the degree of support for IAT depends on whether "the effects of culture structure and institutional strength are specified in the theory as net of the standard structural covariates". If net effects are required to demonstrate non-spuriousness, then the theory is not supported. Alternatively, one might argue that the structural variables themselves reflect social organization, in which case models with cultural, institutional, and standard structural variables may contain redundancies.

An additional attempt to assess both the cultural and institutional claims of IAT is the recent research by Martin (2002). In contrast with the studies discussed thus far, Martin employs a pooled, cross-sectional time series design. His units of analysis are selected states in the U.S. over the 1969–1998 period.

Martin introduces a novel indicator of cultural orientations: revenues from state-run lotteries. He reasons that heavy involvement with lotteries indicates the "fetishism of money" described in IAT. He also incorporates into his analyses an indicator of the strength of the educational system, a non-economic institution. His measure is educational expenditures per student for public elementary and secondary schools. The dependent variable for the analysis is the robbery rate per 100,000 population.

Martin discovers that the effects of lottery revenues and educational expenditures on robbery rates are highly complex and that they depend on the economic health of states and the purposes for which lottery expenditures are used. He stratifies states into four categories based on the state's economic health and whether or not lottery proceeds are used to support education. The coefficients for his cultural and institutional measures vary across these strata. Interestingly the effect of lottery revenues is negative in states where lottery proceeds are used to support education. Martin (2002: 17) concludes that IAT needs elaboration, and he speculates that "the influence of the 'cul-

6 Buchner and Baumer also consider the possibility that effects of cultural and institutional factors are multiplicative rather than additive by creating product terms and introducing these product terms into the regression equation. None of the product terms is statistically significant, indicating additive rather than interactive effects.

tural fetishism of money' on crime may operate differently when the fetish is *designed* to *support* social institutions" (2002: 17).

In sum, the quantitative research to date provides some support for IAT. Perhaps the most consistent evidence supporting the theory is the finding that the effects of economic deprivation on crime are moderated by the vitality of non-economic institutions. This predicted interaction has been observed with cross-national data and data for jurisdictions within the U.S. Evidence concerning the cultural claims of IAT is more ambiguous. Theoretically informed measures of cultural orientations have been shown to be associated with crime in the expected direction, but the importance of these measures relative to other predictors has not been established.

V. Directions for Future Research on IAT

The research to date on IAT indicates that there are significant challenges that must be confronted to enhance its utility in the study of crime. One particularly important challenge is the interrelated task of conceptual clarification and measurement. Like the anomie tradition more generally, IAT employs concepts that are highly abstract and amenable to alternative interpretations. Such concepts can be rich in meaning, but they defy easy operationalization. This is illustrated vividly in the difficulties researchers have encountered in trying to measure the "institutional balance of power" and in the varying interpretations of a proposed measure of it for cross-national inquiry – the indicator of the decommodification of labor. The formulation of more explicit definitions of key concepts and the specification of appropriate measurement strategies would greatly facilitate the further application of the theory in empirical research.

Another important task involves the elaboration of the basic analytical model underlying IAT. As noted above, IAT attempts to compensate for Merton's exclusive structural focus on the stratification system by directing attention to the basic social institutions of society that emerge to meet functional requisites and the interrelationships among these institutions. IAT helps to explain how institutional imbalances can generate and reinforce widespread anomie. However, as Bernberg (2002: 738) observes, IAT largely ignores "Merton's insight on the role of the unequal distribution of people's objective conditions in translating the anomic ethic into crime and deviant behaviour". A comprehensive theory of the structural sources of crime should be capable of explaining both the overall levels of crime and its social distribution.[7] For the latter purposes, SS&A still has much to contribute. A richer analytic model of social organization and crime would thus include an explicit role for the stratification system.

Finally, an analytic model is just that. It sets out the general concepts that are required to understand a phenomenon and their logical connections with one another. It

7 A brief section in *Crime and the American Dream* (Messner and Rosenfeld 2001: 79–83; 106–108) addresses the application of IAT to the explanation of gender and race differences in crime, and another section considers the kinds of changes in the stratification system that would be required to reduce economic dominance in the institutional balance of power. However, a full integration of Merton's arguments about differential access to the legitimate means with the core arguments of IAT is never developed.

is not, however, a formal causal model. Much more work is needed to clarify how IAT can be used to generate explicit causal propositions. The research by Buchner and Baumer (2002) points to some of the questions that must be addressed. Should the structural variables typically examined in criminological research exert distinctive effects on crime net of institutional structure and cultural orientations, or are these variables themselves a reflection of the type of social organization under investigation? More generally, if culture and social structure are intimately intertwined – two sides of the same coin – does it make any sense to try to assess the effect of one holding constant the other? Under a strong assumption of cultural and structural interdependence, the respective indicators of these two fundamental features of social organization would be interchangeable. The efficacy of one over the other in any given empirical analysis would then merely reflect the relative accuracy of measurement. Further development of IAT will require that these kinds of ambiguities be addressed.

In *Crime and the American Dream*, Rosenfeld and I argue that anomie theory is best regarded "as a work in progress" (2001: 14). We go on in the book to quote Albert Cohen's (1985: 233) apt assessment of both the contributions and limitations of SS&A: "Merton has laid the groundwork for an explanation of deviance [and crime] on the sociological level, but the task, for the most part, still lies ahead." IAT represents an attempt to realize more fully the promise of the sociological paradigm in the study of crime by placing cultural and institutional interrelationships at the forefront of inquiry. An admittedly small but growing body of research suggests that IAT may indeed move us forward as we pursue this worthy goal. Nevertheless, there is still much ground to be traversed as we proceed along this journey.

References

Bellah, Robert N., Richard Madsen, William M. Sullivan, Ann Swidler and *Steven M. Tipton*, 1985: Habits of the Heart: Individualism and Commitment in American Life. Berkeley: University of California Press.

Bernberg, Jon Gunnar, 2002: Anomie, Social Change and Crime. British Journal of Criminology 42: 729–742.

Buchner, Brian, and *Eric P. Baumer,* 2002: An Empirical Test of Institutional Anomie Theory. Presented at the Annual Meeting of the American Society of Criminology. Chicago, IL, November: 13–16.

Chamlin, Mitchell B., and *John K. Cochran,* 1995: Assessing Messner and Rosenfeld's Institutional Anomie Theory: A Partial Test. Criminology 33: 411–429.

Cohen, Albert K., 1985: The Assumption that Crime is a Product of Environments: Sociological Approaches. Pp. 223–243 in: *Robert F. Meier* (ed.), Theoretical Methods in Criminology. Beverly Hills: Sage.

Currie, Elliott, 1991: Crime in the Market Society: From Bad to Worse in the Nineties. Dissent (Spring): 254–259.

Durkheim, Emile, 1964 (1895): The Rules of Sociological Method. New York: Free Press.

Durkheim, Emile, 1966 (1897): Suicide: A Study in Sociology. New York: Free Press.

Esping-Andersen, Gosta, 1990: The Three Worlds of Welfare Capitalism. Princeton, NJ: Princeton University Press.

Hirschi, Travis, 1969: Causes of Delinquency. Berkeley, CA: University of California Press.

Kaufman, Michael T., 2003: Robert K. Merton, Versatile Sociologist and Father of the Focus Group, Dies at 92. New York Times: 24 February [On-line obituary at http://www.nytimes.com/2003/02/04/obituaries].

Liska, Allen E., and *Steven F. Messner,* 1999: Perspectives on Crime and Deviance. 3rd Ed. Upper Saddle River, NJ: Prentice Hall.

Martin, Robert A., Jr., 2002: A Dollar and an American Dream: A Time-Series, Propositional Test of Insitutional Anomie Theory. Presented at the Annual Meeting of the American Society of Criminology. Chicago, IL, November: 13–16.

Merton, Robert K., 1938: Social Structure and Anomie. American Sociological Review 3: 672–682.

Merton, Robert K., 1964: Anomie, Anomia, and Social Interaction. Pp. 213–242 in: *Marshall B. Clinard* (ed.), Anomie and Deviant Behavior. New York: Free Press.

Merton, Robert K., 1968: Social Theory and Social Structure. New York: Free Press.

Messner, Steven F., 1988: Merton's 'Social Structure and Anomie': The Road Not Taken. Deviant Behavior 9: 33–53.

Messner, Steven F., and *Richard Rosenfeld,* 1997: Political Restraint of the Market and Levels of Criminal Homicide: A Cross-National Application of Institutional Anomie Theory. Social Forces 75: 1393–1416.

Messner, Steven F., and *Richard Rosenfeld,* 2000: Market Dominance, Crime, and Globalisation. Pp. 13–26 in: *Susanne Karstedt* and *Kai-D. Bussmann* (ed.), Social Dynamics of Crime and Control: New Theories for a World in Transition. Portland, Oregon: Hart Publishing.

Messner, Steven F., and *Richard Rosenfeld,* 2001 (1994): Crime and the American Dream. 3rd Ed. Belmont, CA: Wadsworth.

Orru, Marco, 1990: Merton's Instrumental Theory of Anomie. Pp. 231–240 in: *Jon Clark, Celia Modgil,* and *Sohan Modgil* (ed.), Robert K. Merton: Consensus and Controversy. London: Falmer.

Parsons, Talcott, 1951: The Social System. New York: Free Press.

Pfohl, Stephen J., 1985: Images of Deviance and Social Control: A Sociological History. New York: McGraw-Hill.

Piquero, Alex, and *Nicole Leeper Piquero,* 1998: On Testing Institutional Anomie Theory with Varying Specifications. Studies on Crime and Crime Prevention 7: 61–84.

Polanyi, Karl, 1957 (1944): The Great Transformation: The Political and Economic Origins of Our Time. Boston: Beacon.

Savolainen, Jukka, 2000: Inequality, Welfare State, and Homicide: Further Support for the Institutional Anomie Theory. Criminology 38: 1021–1042.

Savolainen, Jukka, Steven F. Messner and *Janne Kivivuori,* 2000: Crime is Part of the Problem: Contexts of Lethal Violence in Finland and the USA. Journal of Scandinavian Studies in Criminology and Crime Prevention 1: 41–55.

Schwartz, Barry, 1994: The Costs of Living: How Market Freedom Erodes the Best Things in Life. New York: Norton.

Stowell, Jacob I., 2000: American Dreamers: Examining the Relationship Between Cultural Values and Criminal Behavior. Presented at the Annual Meeting of the American Society of Criminology. San Francisco, CA, November: 15–18.

Taylor, Ian, Paul Walton and *Jock Young,* 1973: The New Criminology: For a Social Theory of Deviance. New York: Harper & Row.

Zimring, Franklin E., and *Gordon Hawkins,* 1997: Crime is Not the Problem: Lethal Violence in America. New York: Oxford University Press.

DIE EROSION ZEITLICHER ORDNUNGEN

Ein neuer Aspekt von Anomie als Quelle politischer Delinquenz?

Olaf Morgenroth und Klaus Boehnke

Zusammenfassung: Angesichts der gegenwärtigen Erosion zeitlicher Ordnungen stellt sich die Frage, ob das Erleben temporaler Desintegration dazu beiträgt, prekäre Situationen Jugendlicher zu verschärfen, und ob die Akzeptanz fremdenfeindlicher Einstellungen unter Jugendlichen hierdurch zusätzlich begünstigt wird. Dazu wurde ein Datensatz von 443 Berliner Schuljugendlichen mit einem Durchschnittsalter von 14,9 Jahren mittels linearer Strukturgleichungsmodelle analysiert, wobei die sozialen Ressourcen der Jugendlichen und ihre soziale Lage besondere Berücksichtigung fanden. Das Erleben temporaler Desintegration war unter den Jugendlichen stärker verbreitet als das Gefühl der Normlosigkeit. Die Ergebnisse der geprüften Strukturgleichungsmodelle zeigten, dass a) temporale Desintegration nur zum Teil als individuelles Erleben von Anomie im herkömmlichen Sinne, also als Anomia verstanden werden kann. Sie zeigten weiterhin, dass b) temporale Desintegration sich unabhängig von Anomia auf die sozialen Beziehungen der Jugendlichen auswirkte, wobei die Stärke und Richtung dieses Einflusses vor allem von der generationalen Zugehörigkeit des Kommunikations*partner*s abhing. Sie zeigten weiterhin, dass c) intensive soziale Beziehungen Jugendlicher sich generell hemmend auf die Genese fremdenfeindlicher Einstellungen auswirken, wobei die Stärke dieser hemmenden Wirkung aber vom Kommunikations*inhalt* abhing. Die Befunde werden als jugendspezifisch bewertet, da Jugendliche auf Grund der ihnen gestellten Aufgabe, eine eigene Identität zu entwickeln, durch das Erleben temporaler Desintegration möglicherweise stärker belastet werden als Angehörige anderer Altersgruppen.

I. Einleitung

In der soziologischen Theoriebildung und empirischen Forschung über abweichendes Verhalten kam dem von Durkheim in die Soziologie eingeführten Begriff der Anomie (Durkheim 1893, 1897) von jeher eine hohe Bedeutung zu. Sieht man von der ursprünglichen Wortbedeutung eines Zustandes der Gesetz- bzw. Normlosigkeit ab, dann hat das Anomiekonzept immer wieder unterschiedliche theoretische Eingrenzungen und Reformulierungen erfahren, deren vollständige Darstellung hier nicht zu leisten ist.[1] Angesichts dieser Mehrdeutigkeit spricht Thome (2003) von einem „sensitizing concept", welches im weitesten Sinn Regelungsdefizite und ihre Folgen beschreibt, die auf gesellschaftlicher (Anomie) und/oder individueller Ebene (Anomia) verortet werden.

Anomie ist für unterschiedliche Formen politischer Delinquenz unter Jugendlichen immer wieder als Ursache diskutiert worden. Interessanterweise lag der Fokus dabei bis

1 Siehe z.B. Wakenhut (1983) für eine kurze begriffsgeschichtliche Darstellung.

in die siebziger Jahre hinein eher auf der Erklärung politischer Apathie (Wasmund 1979), während das Konzept seitdem vorrangig zur Erklärung der Genese von Ethnozentrismus, Rechtsextremismus und Jugendgewalt im Kontext modernisierungstheoretischer Annahmen verwendet wird. In Deutschland sind hier vor allem die Beiträge der Bielefelder Arbeitsgruppe um Wilhelm Heitmeyer zu nennen. Heitmeyer (1992) sieht in den Individualisierungsschüben der entstehenden Risikogesellschaft (Beck 1986) eine zentrale gesellschaftliche Grundlage, die für das Entstehen rechtsextremer Orientierungen von Bedeutung ist. Nach diesem Individualisierungstheorem befindet sich der Mensch in modernen Gesellschaften in einer „strukturell ambivalenten Situation" (Endrikat et al. 2002: 37). Einerseits existiert in modernen, hochgradig differenzierten Gesellschaften ein weitreichender Handlungsspielraum mit vielfältigen Möglichkeiten und Chancen der Selbstverwirklichung auf Grund einer individualisierten Lebensführung. Andererseits steigt das Risikopotenzial eines möglichen Misslingens vor dem Hintergrund wachsender sozialer Desintegration. Die verschiedenen Formen dieser Desintegration verorten Bohle et al. (1997) bzw. Endrikat et al. (2002) auf drei Ebenen: sozial-strukturell z.B. als Verunsicherung hinsichtlich des Lebensstandards, institutionell, z.B. als Delegitimation von sozialen Normen und sozial-emotional, z.B. als Verlust sozialer Bindungen.

Für die Genese von Ethnozentrismus lassen sich daraus zwei Folgerungen ableiten: Erstens erhöht soziale Desintegration die Gefahr des subjektiven Erlebens mangelnder sozialer Anerkennung. Wenn Menschen Anerkennung nicht mehr ausreichend erfahren, sinkt jedoch möglicherweise auch ihre Bereitschaft, sie Anderen zu gewähren. Ein weiteres Problem ist in der Überforderung zu sehen, die mit einer individualisierten Lebensführung verbunden sein kann, wenn gleichzeitig bisher wichtige soziale Zugehörigkeiten verloren gehen. Soziale Einbindungen, wie Milieu, Familie oder Nachbarschaft boten dem Individuum übergreifende Deutungs- und Erfahrungszusammenhänge an, die wie ein Puffer zwischen dem Einzelnen und der Gesellschaft wirkten. Infolge der Auflösung dieser vermittelnden Sozialisationsinstanzen schlagen makrosoziale Veränderungen zunehmend direkter beim Individuum als Umbruchserfahrungen durch und führen zu Überforderung, Orientierungslosigkeit und Ohnmacht als negativen Folgen. Unter diesen Bedingungen besteht die Gefahr, dass scheinbar natürliche Unterscheidungsmerkmale, wie z.B. die ethnische Herkunft, die Hautfarbe, das Geschlecht oder auch das Alter verstärkt in kompensatorischer Absicht, d.h. zur Wiedergewinnung von Gewissheiten genutzt werden und Einstellungen begünstigt werden, die in der einen oder anderen Weise insbesondere gegen Angehörige von Minderheiten gerichtet sind.

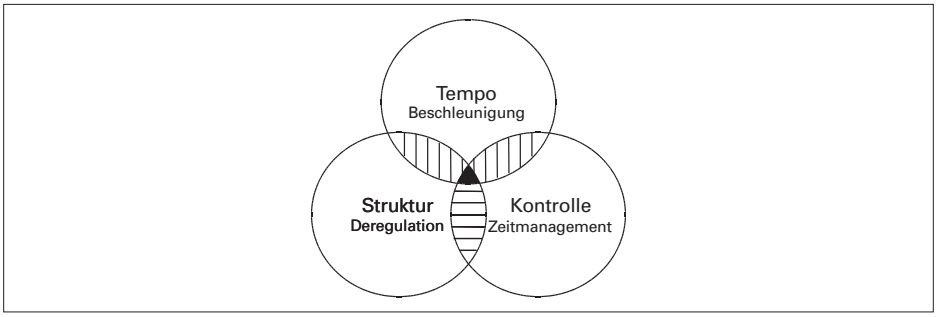
Die Befunde verschiedener Studien bestätigten, dass ethnozentrische Einstellungen durch Anomie begünstigt werden. So prüften Rippl und Seipel (2002) ein theorieintegrierendes Mediatormodell, mit dem sie belegen konnten, dass neben dem Autoritarismus als sozialisationstheoretischer Komponente, Anomia als ein wichtiger Mediator zwischen dem Ausmaß an sozialer Deprivation und der Zustimmung zu fremdenfeindlichen Einstellungen wirksam ist. Herrmann (2001) kommt in ihren vergleichenden Analysen zu einem ähnlichen Ergebnis. Anomia erwies sich als ein wichtiger Einflussfaktor auf den Ethnozentrismus und übernahm zudem für verschiedene Indikatoren sozialer Deprivation die Funktion einer Mediatorvariable. Kühnel und Schmidt (2002)

berichten im Rahmen der so genannten Monitor-Studie der Bielefelder Arbeitsgruppe ebenfalls einen bedeutsamen Einfluss insbesondere von Orientierungsanomia auf Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und andere Komponenten des Einstellungssyndroms „gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit" (vgl. Heitmeyer 2002).

II. Temporale Desintegration und Anomie

Ein Teilaspekt des Modernisierungsprozesses, der zunehmend mehr Beachtung findet, ist die Veränderung in den sozialen Zeitstrukturen, Zeitnormen, Zeithorizonten – kurz: den strukturell und kulturell verankerten Ordnungen sozialer Zeit. Empirische Analysen (z.B. Garhammer 1999) geben Anlass zu der Annahme, dass diese Veränderungen sich als ein Prozess der Erosion zeitlicher Ordnungen charakterisieren lassen und dass diese temporale Desintegration möglicherweise zum Entstehen von Anomie und auch von Formen politischer Delinquenz beitragen könnte. Dennoch fehlen immer noch Studien, die diesen Wandel der sozialen Zeit und seine Wirkungen empirisch untersuchen. Dies ist umso erstaunlicher, da gerade die Zeit in modernen Gesellschaften eines der wichtigsten Orientierungsmittel darstellt (Elias 1988). So enthält z.B. die Aussage „Erst die Arbeit, dann das Vergnügen" unverkennbar die Vorstellung über eine idealtypische temporale Ordnung, die den Charakter einer sozialen Norm hat. Die Einsicht ist nicht neu, dass die Zeit nicht nur ein physikalischer Begleiter sozialer Phänomene ist (Sorokin und Merton 1937). In modernen Gesellschaften unterstützen die verschiedenen Aspekte sozialer Zeit die soziale Integration, sorgen für die Koordination sozialer Handlungen und dienen der Orientierung. Zeit ist daher ein zentraler Bestandteil sozialer Lebenswelten. Wie tiefgehend die temporale Einbettung reicht, kann z.B. während eines Auslandsaufenthalts erfahrbar werden. Die Anpassung an eine andersartige Zeitkultur kann ganz erheblichen Stress verursachen (Spradley und Phillips 1972). Anders als die physikalische Zeit ist die soziale Zeit sehr heterogen. Nach unserer Auffassung können jedoch Tempo, Strukturiertheit und Kontrolle als drei zentrale Aspekte oder Facetten sozialer Zeit voneinander unterschieden werden (vgl. hierzu *Abbildung 1*). In allen drei Bereichen sind gegenwärtig Veränderungen auszumachen, deren Zusammenhänge mit dem Konzept der Anomie nun näher aufgezeigt werden sollen.

Abbildung 1: Drei Facetten sozialer Zeit



Ein erster Aspekt sozialer Zeit ist das Tempo in einer Gesellschaft, also die sozialen Normen hinsichtlich eines angemessenen Tempos relevanter Tätigkeiten. Der Sozialpsychologe Robert Levine (Levine 1998) nennt diesen Aspekt Lebenstempo (Pace of Life) und konnte anhand der Indikatoren Gehgeschwindigkeit, Arbeitsgeschwindigkeit, sowie der Genauigkeit öffentlicher Uhren erhebliche Unterschiede zwischen einzelnen Gesellschaften feststellen. Dabei zeigte sich, dass das soziale Tempo eng an den Modernisierungsprozess gekoppelt ist. Moderne Gesellschaften mit ihrer Betonung zweckrationalen Handelns tendieren dazu, die Zeit als eine knappe Ressource zu betrachten und entwickeln in der Konsequenz ein höheres Lebenstempo als traditionelle Gesellschaften, in denen stabile soziale Positionen und Zugehörigkeiten im Vordergrund stehen.

Hinsichtlich des sozialen Tempos ist ein kontinuierlicher Trend zur *Beschleunigung* festzustellen. Beschleunigung nicht nur beim technischen Fortschritt, in der Informationsübermittlung oder in den Verkehrssystemen, sondern in allen gesellschaftlichen Bereichen ist ein zentrales Motiv des gesamten zwanzigsten Jahrhunderts gewesen. Diese Beschleunigung scheint sich auch gegenwärtig unter dem Vorzeichen der Globalisierung fortzusetzen und zum Teil noch zu verschärfen. Es besteht ein enger Zusammenhang zwischen dem sozialen Tempo einer Gesellschaft und dem Niveau sozialen Wandels (Lauer 1981). Ein hohes soziales Tempo bedeutet, das sich die Dinge schneller verändern, die Gesellschaft insgesamt dynamischer ist. Aus dieser Dynamik folgt nach dem Zeittheoretiker Lübbe (1994), dass die uns gegenwärtig vertrauten Lebensverhältnisse zum einen in immer kürzer werdenden Zeitabständen zu einer vergangenen, uns fremd gewordenen Lebenswelt werden und zum anderen mit einer immer kleiner werdenden Reichweite geeignet sind, uns die Zukunft zu erhellen und zu erschließen. Lübbe hat diese Folge als „Gegenwartsschrumpfung" bezeichnet (Lübbe 1995: 53). Man könnte auch sagen, dass die Haltbarkeitsdauer unserer Erfahrungen, als auch die Prognosekraft unserer Erwartungen stetig abnimmt, und zwar umso schneller, je mehr sich die Zivilisationsdynamik beschleunigt. Für Atteslander (1995) ist die Beschleunigung gesellschaftlicher Prozesse der entscheidende Faktor, der anomische Zustände begünstigt. Problematisch wird es dann, wenn die Diskrepanz zwischen dem gesellschaftlichen Tempo und der Kapazität zu sozialem Lernen zu groß wird. Atteslander dazu: „It is not social change that creates difficulties in adaptation and the emergence of anomic situations, but the nature of its acceleration. ... Anomie, as we describe in this book, is the consequence of the fact that the necessary time for social learning is missing" (Atteslander 1995: 6).

Damit knüpft Atteslander an Durkheim an, für den ja ein rapider gesellschaftlicher Wandel die Hauptursache für gesellschaftliche Anomie war.

Die zweite Facette sozialer Zeit ist die Strukturiertheit. Die soziale Zeit weist eine Vielzahl von zeitlichen Festlegungen und Regelungen auf, angefangen vom Alltag bis hin zur Lebensspanne, die als Kontext von Entscheidungen und Handlungen wirksam werden. Eine besonders hohe Bedeutung kommt dabei nach wie vor den Arbeitszeitstrukturen, wie Arbeitstag, Arbeitswoche, oder Arbeitsleben zu. Diese sind nicht nur ein zentraler Zeitgeber in der Gesellschaft, sondern darüber hinaus eine wichtige Grundlage für die Strukturierung und Bewältigung des Alltags, sowie der Lebensführung insgesamt. Dies wird besonders deutlich, wenn z.B. länger andauernde Arbeitslo-

sigkeit zu einem Wegfall dieses Zeitgebers führt, wie dies in der Marienthal-Studie dokumentiert wurde (Jahoda et al. 1978).

Weitere wichtige Zeitstrukturen beziehen sich auf die Alterszuweisung von zentralen Lebensereignissen bzw. die Realisierung von Lebenszielen. In der Biographieforschung sind diese Zeitnormen etwa mit dem Konzept des standardisierten Normallebenslaufes in den Arbeiten von Kohli (1985, 1986, 1994) beschrieben worden, in welchem der Übergang zur Moderne als ein Prozess der Verzeitlichung des Lebens charakterisiert wird. Auch das Konzept der Entwicklungsaufgaben (Havighurst 1972; Oerter 1978) beschreibt eine solche lebenszeitliche Strukturierung von sozialen Handlungserwartungen. Derartige zeitliche Normierungen liefern für das individuelle Handeln wichtige Orientierungshilfen. So konnte Nurmi (1993) zeigen, dass Jugendliche sich in ihren Zukunftsorientierungen auf Inhalte und Aufgaben beziehen, die dem jungen Erwachsenenalter zuzuordnen sind.

Ein wichtiger Aspekt der Strukturiertheit sozialer Zeit sind zeitliche Perspektiven. Für moderne Gesellschaften sind Linearität und Zukunftsorientiertheit zu den wichtigsten Merkmalen zeitlicher Perspektivität geworden (Rinderspacher 1994). Eine optimistische Einstellung gegenüber einer als offen gedachten Zukunft gilt als positiver Ausdruck einer gelungenen sozialen Integration in die Gesellschaft. Damit ist die Zukunftsorientiertheit ein zentrales Moment sozialer Zeit, welches dem Entstehen von Anomie möglicherweise entgegen steht.

Die gegenwärtigen Veränderungen im Bereich der Zeitstrukturen können zusammenfassend als *Deregulation* beschrieben werden. Die allgemeine Verbindlichkeit sozialer Zeitstrukturen wird zunehmend in Frage gestellt und eingeschränkt. Im Bereich der Arbeitszeitstrukturen führt Deregulierung zur Flexibilisierung von Arbeitszeiten, Mehrfacherwerbstätigkeit, befristeter Beschäftigung und Diskontinuität in der Erwerbsbiographie, um nur einige Aspekte zu nennen. Sennett (1998) hat die Folgen dieser Veränderungen in seiner Arbeit über den flexiblen Kapitalismus beschrieben. Ein Kernproblem sieht er in dem Widerspruch zwischen einer auf Langfristigkeit angelegten Persönlichkeitsstruktur, wie sie sich in der Moderne herausgebildet hat, und einer Arbeitswelt, die zunehmend auf Kurzfristigkeit angelegt ist. Zum einen werden hier die menschlichen Bedürfnisse nach Stabilität und Planbarkeit der eigenen Biographie nicht mehr ausreichend erfüllt, zum anderen erfordert der Umgang mit den Ambivalenzen und Unsicherheiten in der Arbeitswelt neue Kompetenzen, die erst zu erlernen sind. Auch Garhammer (1999) kommt in seiner umfassenden Analyse zum globalisierungsbedingten Wandel von Zeitstrukturen in Europa zu einem ähnlichen Ergebnis. Mit der Deregulierung im Bereich der Arbeitszeitstrukturen gehen Sicherheit, Regelmäßigkeit und Planbarkeit der Alltags- und Lebenszeit verloren. Diese sozial integrierenden und Orientierung stiftenden Wirkungen von sozialen Zeitstrukturen müssen nun zunehmend individuell hergestellt werden. Als Endpunkt dieser Entwicklung antizipieren einige Autoren bereits die „Non-Stop-Gesellschaft", in der die Zeitrhythmen des Alltags weitestgehend aufgelöst sind und alles zu jeder Zeit möglich ist (Geißler und Adam 1998).

Ein zentraler Gesichtspunkt der Destrukturierung ist die Verkürzung von Zeitperspektiven, wobei insbesondere die zunehmenden Zweifel an der Gestaltbarkeit von Zukunft hervorzuheben sind (Rinderspacher 1994; Garhammer 1999). Mit der Deregula-

tion sozialer Zeitperspektiven wird die Zukunftsplanung immer mehr zu einer individuellen Aufgabe. Beck (1986) spricht in diesem Zusammenhang von der Aufgabe, sich selbst als „Planungsbüro" der eigenen Biographie zu verstehen (Beck 1986: 217). Erikson (1973) hat jedoch darauf hingewiesen, dass die individuelle Konkretisierung einer offenen Zukunft nur gelingen kann, wenn die Gesellschaft tragfähige Angebote zur Verfügung stellt. Zukunftspessimismus als ein Mangel an Orientierung wurde daher schon frühzeitig mit Anomie in Beziehung gebracht. Bereits in der von Srole (1956) entwickelten Skala zur Bestimmung der Anomia als einem individuell zu messenden Einstellungssyndrom wird Zukunftspessimismus als einer von fünf Aspekten von Anomia operationalisiert. Empirische Studien haben immer wieder einen Zusammenhang zwischen Gefühlen der Anomie und einer geringen Zukunftsorientiertheit festgestellt (vgl. z.B. McClosky und Schaar 1970).

Der dritte Aspekt ist die Kontrolle über die Zeit. Diese kann vereinfacht als auf einem Kontinuum zwischen den Polen Individuum und Gesellschaft liegend gedacht werden. Je höher die durch soziale Zeitstrukturen festgelegte Regelungsdichte ist, umso stärker ist die Externalität der Zeitkontrolle aus Sicht des Individuums. Je weniger hingegen die Verwendung der individuellen Zeit durch soziale Regelungen eingeschränkt ist, umso höher ist die individuelle Kontrolle über die Zeitverwendung, d.h. die Zeitsouveränität. Damit verbunden ist die Frage nach dem individuellen Handlungsspielraum in der Synchronisation zwischen der sozialen Zeit und der „Eigenzeit der Person" (Nowotny 1988). Zur Verdeutlichung des Kontrollaspektes sei auf die subjektive Erfahrung hingewiesen, unter „Zeitdruck" zu stehen. In diesem Fall führt die Synchronisation mit einem sozialen Zeitgeber zu einem Verlust an Zeitkontrolle auf der Seite der Person, was in der Konsequenz dazu führt, dass ihr die Zeit als etwas Fremdes gegenübertritt und Zwang auf sie ausübt, was dann wiederum als Zeitdruck erlebt wird. Zeitdisziplin, d.h. die Tugend der Pünktlichkeit und die Fähigkeit zum Belohnungsaufschub, ist in modernen Gesellschaften eine zentrale Zeitkompetenz, bei der die Balance der Zeitkontrolle im Mittelpunkt steht. Für Elias (1988) ist diese Zeitdisziplin ein Ergebnis des Zivilisationsprozesses. Elias dazu: „... wenn, mit anderen Worten, ein heranwachsender Mensch in einer solchen Gesellschaft nicht frühzeitig lernt, das eigene Verhalten und Empfinden selbst entsprechend der sozialen Institution der Zeit zu regulieren, dann wird es für einen solchen Menschen recht schwer, wenn nicht unmöglich sein, die Position eines Erwachsenen auszufüllen. Die Verwandlung des Fremdzwanges der sozialen Zeitinstitution in ein das ganze Leben umgreifendes Selbstzwangmuster des einzelnen Individuums ist ein anschauliches Beispiel dafür, in welcher Weise ein Zivilisationsprozess zur Ausprägung des sozialen Habitus beiträgt, der zum integralen Bestand jeder individuellen Persönlichkeitsstruktur gehört" (Elias 1988: XVIII–XIX).

Neben der Balance zwischen sozialer Zeit und subjektiver Eigenzeit ist die bereits angesprochene Zukunftsorientiertheit auch unter dem Kontrollaspekt bedeutsam. Trommsdorff (1994) geht davon aus, dass das Interesse an der Zukunft auf gesellschaftlicher wie auf individueller Ebene durch das universelle menschliche Bedürfnis motiviert ist, Gewissheiten aufzubauen. Die Fähigkeit, Veränderungen nicht nur passiv zu erleben, sondern aktiv zu antizipieren und dadurch auch beeinflussen zu können, erscheint besonders dazu geeignet, derartige Gewissheiten zu konstruieren. Mangelnde

Zukunftskontrolle ist in diesem Sinne immer wieder mit Fatalismus, Apathie oder auch Hoffnungslosigkeit in Verbindung gebracht worden.

Die gegenwärtigen Veränderungen der Kontrolle über die Zeit lassen sich zusammenfassend als Individualisierung verstehen, wobei ein erheblich ausgeweitetes individuelles Zeitmanagement von zentraler Bedeutung ist. Der zunehmende Zwang, Zeitmanagement zu betreiben, hängt unmittelbar mit der Deregulierung sozialer Zeitstrukturen zusammen. Je weniger soziale Zeitinstitutionen sozial integrierend, koordinierend und orientierungsleitend wirken können, umso mehr wird Zeitmanagement zu einer umfassenden Lebensaufgabe für den Einzelnen. Diese Zunahme individueller Zeitorganisation im Alltag, wie über die gesamte Lebensspanne lässt sich nicht nur als eine quantitative Verschiebung sehen, sondern als eine Fortsetzung des Übergangs zu einer „vom Ich aus strukturierten und verzeitlichten – Selbst- und Weltauffassung" (Kohli 1994: 126), und damit als Teil des kontrovers diskutierten Individualisierungstrends deuten.

Für einen gewachsenen Bedarf an individuumzentrierten Zeitumgangskompetenzen spricht zunächst schon die Zunahme von Publikationen über Zeitmanagement in den neunziger Jahren.[2] Aber auch die unter dieser Thematik abgehandelten Inhalte haben sich stark geändert. Während es im „klassischen" Zeitmanagement vor allem um die Erkennung und Vermeidung typischer „Zeitfallen" ging, die einer Optimierung der beruflichen Leistung im Wege stehen (Mackenzie 1991), werden in neueren Publikationen u.a. Probleme der Balance zwischen den Lebensbereichen, der Vermittlung zwischen Selbst und Umwelt, des Lebenstempos thematisiert, die darauf hinweisen, dass sich die Anforderungen an das Zeitmanagement erheblich ausgeweitet haben. Aus Zeitmanagement ist umfassendes Selbstmanagement geworden (Seiwert 2000).

Aus *Abbildung 1* geht hervor, dass die drei Aspekte sozialer Zeit und auch ihre Veränderungen im Kontext gegenwärtiger Modernisierungsprozesse nicht unabhängig voneinander existieren, sondern miteinander verflochten sind. Die Ergebnisse der klassischen Marienthal-Studie (Jahoda et al. 1978) sind in diesem Zusammenhang besonders interessant, weil sie empirisch belegen, dass die Veränderung in einem Bereich auch Veränderungen bei den anderen Zeitaspekten hervorrufen kann. So führte z.B. der Zusammenbruch der Arbeitszeitstrukturen zu einer erheblichen Verlangsamung des sozialen Tempos in Marienthal. In Bezug auf den geschilderten Wandel der drei Bereiche sozialer Zeit lässt sich trotz aller Heterogenität im Konkreten doch eine gewisse Kongruenz feststellen, die mit dem Begriff der temporalen Desintegration umschrieben werden kann. Beschleunigung, Deregulation und individualisierte Zeitkontrolle tragen zu einer Erosion sozialer zeitlicher Ordnungen bei. Diese Erosion ist zunächst als ambivalent zu kennzeichnen und muss nicht zwangsläufig zu Anomie bzw. anomiebedingten Negativfolgen führen. Ob der „Balanceakt Zeit" gelingt, ist in Anlehnung an Atteslander (1995) davon abhängig, welche Dynamik dieser Prozess entwickelt und welche Bewältigungskapazitäten zur Verfügung stehen. Dieses Verhältnis wiederum dürfte u.a. auch durch die soziale Lage wesentlich mitbestimmt sein. Einige Überlegungen sprechen dafür, dass Jugendliche möglicherweise in besonderem Maße von der tempo-

2 So z.B. nachgewiesen anhand einer Recherche zum Deskriptor „Time management" in PSYCINFO, siehe Morgenroth (2002).

ralen Desintegration betroffen sein könnten, da die Funktionen sozialer Zeit, Orientierungsmittel zu sein und die soziale Integration zu unterstützen, für Jugendliche auf Grund ihrer Entwicklungssituation besonders relevant sind. So steht etwa die Orientierungsfunktion sozialer Zeit für Jugendliche in Beziehung zur Aufgabe der Identitätsbildung. Nach der insbesondere durch Erikson (1973) geprägten Sichtweise besteht die zentrale Entwicklungsaufgabe Jugendlicher darin, eine eigene Identität zu entwickeln, zu deren Kernbestand das Gefühl innerer Kohärenz und Kontinuität gehört. Identitätsbildung ist daher auf systematische Weise an die Gewinnung zeitlicher Perspektiven gekoppelt. Neuere Arbeiten zur Identitätsbildung setzen an diesem Widerspruch an und erwarten als Folgen nicht nur eine Zunahme diffuser Identitäten, sondern auch die Entwicklung neuer Identitätsformen, so z.B. die von Keupp in die Diskussion eingeführte „Patchwork-Identität" (Keupp 1997: 11).

Bisher haben wir versucht, temporale Desintegration als Teilaspekt von Anomia *und* gleichzeitig als eigenständigen Bedingungsfaktor in der Genese von politischer Delinquenz, in unserem Fall von Fremdenfeindlichkeit, herauszuarbeiten. Wie dieser Zusammenhang von Anomia und temporaler Desintegration einerseits und Fremdenfeindlichkeit andererseits zu konzeptualisieren ist, blieb vage. Ein einfacher, mechanistischer Zusammenhang derart, dass höhere temporale Desintegration/Anomia quasi-automatisch zu höherer Fremdenfeindlichkeit führt, scheint wenig befriedigend (vgl. Scheepers et al. 1992). Plausibler scheint uns eine Mediationsthese. Wir gehen davon aus, dass temporale Desintegration – beginnend mit dem Gefühl des Keine-Zeit-Habens – zu einer Verringerung der Kommunikationsintensität Jugendlicher sowohl mit ihren Peers als auch mit ihren Eltern führt. Durch diese Reduktion von Kommunikation mit signifikanten Anderen, erleiden Jugendliche – so unsere Annahme – einen Einbruch in der Akkumulation von sozialem Kapital *sensu* Coleman. Verringertes soziales Kapital wiederum erhöht die Wahrscheinlichkeit fremdenfeindlicher Reaktionen, weil diesen eine kompensative Funktion zukommt: Jugendliche versuchen geringes eigenes soziales Kapital durch die Ausgrenzung und Herabwürdigung Fremder zu kompensieren. Explorativ soll geprüft werden, in wieweit der postulierte Zusammenhang von Kommunikationsinhalten und von sozialen Milieus moderiert wird. Hierzu prüfen wir, ob reduzierte Kommunikationsintensität – sowohl mit Eltern als auch mit Peers – im persönlichen Bereich (z.B. Sprechen über persönliche Probleme) genauso wie reduzierte Kommunikationsintensität im sozialen und politischen Bereich (z.B. Sprechen über politische Ereignisse) eine Reduktion in der Akkumulation sozialen Kapitals darstellt. Weiter soll geprüft werden, ob die postulierten Zusammenhänge sowohl in jugendlichen Milieus höheren als auch geringeren sozialen Kapitals Geltung haben. Wir nehmen letztere Prüfung vor, indem wir Gymnasiasten mit Schülerinnen und Schülern anderer Schultypen vergleichen.

Zusammenfassend betrachtet stellt der Beitrag die Frage, ob die als temporale Desintegration beschriebene Erosion zeitlicher Ordnungen zum Entstehen eines anomischen Lebensgefühls unter Jugendlichen beiträgt, und inwieweit dadurch Ethnozentrismus bzw. Fremdenfeindlichkeit (hier synonym verwendet) gefördert wird. Im Einzelnen soll geprüft werden,

a) ob temporale Desintegration ein integraler Bestandteil von Anomia ist, oder ob ihr – jenseits ihres Beitrags zu Anomia – mittlerweile ein eigenständiger Einfluss auf die Genese von Fremdenfeindlichkeit zukommt,
b) ob temporale Desintegration – wie auch Anomia – einen Einfluss auf die Kommunikationsintensität von Jugendlichen mit ihren Peers und mit ihren Eltern hat,
c) ob mangelnde Kommunikationsintensität zur Genese von Fremdenfeindlichkeit beiträgt,
d) ob die Bedeutung der Kommunikationsintensität (als einem indirekten Maß der Akkumulation von sozialem Kapital) von Kommunikationsinhalten und Kommunikationspartnern (Eltern vs. Peers) abhängt und
e) ob die postulierten Zusammenhänge – temporale Desintegration/Anomie beeinflussen Kommunikationsintensität, mangelnde Kommunikationsintensität fördert Fremdenfeindlichkeit – von sozialstruktureller Einbindung in verschiedene Bildungskontexte (Gymnasium vs. andere Schultypen) abhängen.

III. Methode

1. Stichprobe

Zur Prüfung unserer Annahmen über die Effekte temporaler Desintegration nutzen wir Daten aus dem vom Zweitautor geleiteten DFG-Projekt „Dominanzideologien, Geschlechtsrollen und Delinquenz im Leben Jugendlicher" (zur theoretischen Anlage der Untersuchung vgl. u.a. Hadjar et al. 2003).[3] Die Daten entstammen der zweiten Erhebungswelle der als Follow-up angelegten Studie; sie wurden zwischen November 2000 und März 2001 in insgesamt knapp 70 Berliner Schulen erhoben. Für die Studie wurden zunächst im Schuljahr 1999/2000 an allen beteiligten Schulen Schülerinnen und Schüler (schwerpunktmäßig) der Klassen 8 und 9 per Minifragebogen daraufhin geprüft, ob sie gegengeschlechtliche Geschwister in einem Altersabstand von ±5 Jahren haben und ob sie mit beiden leiblichen Eltern in einem Haushalt leben. Schülerinnen und Schüler, für die dies zutraf, wurden nach Information darüber, dass es sich um eine Panelstudie handelt, um eine schriftliche Teilnahmeeinwilligung ihrer selbst, ihrer Geschwister und ihrer beiden Eltern gebeten, wobei Schülerinnen und Schüler mit nicht-deutschem Hintergrund nur dann in die Studie einbezogen wurden, wenn ihre Eltern der deutschen Sprache soweit mächtig waren, dass sie ohne jegliche fremde Hilfe einen recht anspruchsvollen Fragebogen ausfüllen konnten. Die in den Schulen erfassten Schülerinnen und Schüler („Zielkinder") wurden in der Schule befragt, ihre Geschwister und ihre Eltern füllten die Fragebögen zu Hause aus und ließen dem Forschungsteam die ausgefüllten Fragebögen in der Regel per Post zukommen. Insgesamt nahmen zunächst 509 Familien an der Studie teil, die damit weltweit eine der größten Stichproben ihrer Art vorzuweisen hat. Im folgenden Jahr wurden die Zielkinder und die Geschwisterkinder, nicht jedoch die Eltern, in gleicher Weise erneut befragt. Bei

3 Es handelt sich um ein Kooperationsprojekt des Zweitautors (DFG-Geschäftszeichen: Bo 929/14–1) mit Prof. Dr. Hans Merkens, FU Berlin (Me 733/9–1) und Prof. Dr. John Hagan, Northwestern University, Evanston, IL, USA (vormals University of Toronto, Canada).

der hier analysierten Stichprobe handelt es sich um die Stichprobe der Zielkinder, die in beiden Erhebungswellen teilgenommen haben (N = 443). Das Durchschnittsalter lag bei 14,9 Jahren (SD = .78). Ein Anteil von 64,3 Prozent der Jugendlichen kam aus Westberlin, die übrigen 35,7 Prozent aus Ostberlin. Der Anteil der Mädchen lag bei 58,9 Prozent, der Anteil der Jungen entsprechend bei 41,1 Prozent. Der überwiegende Teil der Jugendlichen besuchte zum Zeitpunkt der Befragung ein Gymnasium (70,2 Prozent). Nur ein knappes Drittel der Jugendlichen war einem anderen Schultyp zuzuordnen (Realschule 15,3 Prozent, Gesamtschule 13,3 Prozent, sowie Hauptschule 1,1 Prozent). Berücksichtigt man die hohen Hürden, die zu überwinden waren, damit eine Familie überhaupt in die Studie aufgenommen werden konnte (mindestens zwei gegengeschlechtliche Kinder in einem bestimmten Altersabstand, gemeinsamer Haushalt mit den Geschwistern und den leiblichen Eltern, Teilnahmebereitschaft an einer Paneluntersuchung, sehr gute Kenntnisse der deutschen Sprache) und wenn man gleichzeitig bedenkt, dass die Studie in Berlin, inzwischen wohl Singlehauptstadt Deutschlands (Meier 2000) und gleichzeitig einer Stadt mit einem sehr hohen Anteil nicht-deutscher Wohnbevölkerung durchgeführt wurde, so gibt es wenig Anhaltspunkte dafür, dass die analysierte Stichprobe nicht für diese ganz spezifische Population der – ganz überwiegend deutschen – ‚intakten' Berliner Familien mit zwei gegengeschlechtlichen jugendlichen Kindern, also für eine insgesamt wenig delinquente Gruppe von Jugendlichen, repräsentativ ist.

Eine eigentlich überaus wünschenswerte Auswertung von Messwiederholungsdaten ließ sich leider nicht verwirklichen, da das Messinstrument zur temporalen Desintegration, die im Zentrum des Erkenntnisinteresses der hier vorgelegten Auswertungen steht, zum ersten Erhebungszeitpunkt noch nicht Bestandteil des verwendeten Fragebogens war.

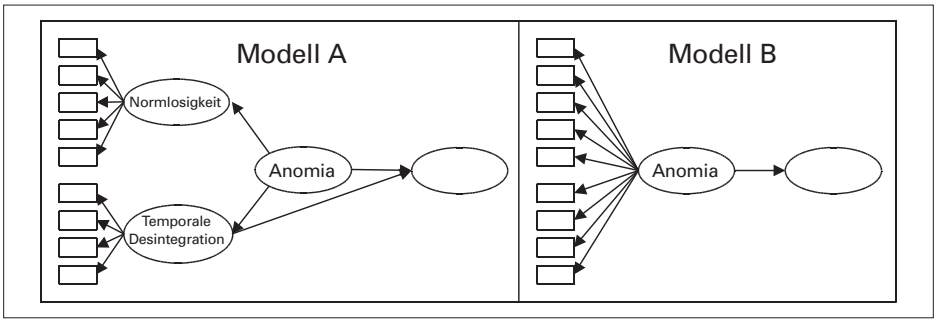
2. Analysestrategie

Die empirische Analyse basiert auf Techniken der Modellierung mittels linearer Strukturgleichungen.[4] *Abbildung 2* verdeutlicht die verwendete Analysestrategie, wobei unsere Hypothesen durch das Modell A repräsentiert werden, während Modell B ein konkurrierendes Modell darstellt.

Die temporale Desintegration wurde als ein Faktor erster Ordnung modelliert. Als zusätzlicher Faktor erster Ordnung wurde Normlosigkeit in das Modell aufgenommen. Aus theoretischer Perspektive gilt Normlosigkeit als ein Kernbestandteil von Anomie und dient sozusagen als Referenzmaß für das Konstrukt der temporalen Desintegration. Anomia wurde als Konstrukt zweiter Ordnung definiert, auf dem beide Faktoren erster Ordnung laden. Diese Modellierung basiert auf der Annahme, dass die temporale Desintegration zumindest partiell als eine Quelle von Anomie zu verstehen ist, aber zugleich ein eigenständiges Konstrukt darstellt. Auf die nachfolgenden Interaktionsvariablen wurden Pfade sowohl von der Anomia als auch der temporalen Desintegration zugelassen. Dieses Modell A wurde als simultaner Mehr-Gruppen-Vergleich für

4 Die Analysen wurden mit AMOS 4.0 durchgeführt.

Abbildung 2: Die Analysemodelle



(1) Schüler, die das Gymnasium besuchten und (2) Schüler, die einen anderen Schultyp besuchten, überprüft. Eine Validierung anhand der ebenfalls vorhandenen Elterndaten ergab, dass sowohl das Familieneinkommen als auch die schulische Bildung beider Elternteile mit dem besuchten Schultyp der Jugendlichen systematisch zusammenhingen (jeweils $p < .001$). Das Zulassen gruppenspezifisch variierender Modellparameter knüpft an die Überlegungen von Bohle et al. (1997) an, wonach anomische Potenziale in Abhängigkeit von der sozialen Lage variieren können. Das in *Abbildung 2* rechts wiedergegebene Modell B spezifiziert konkurrierende theoretische Erwartungen. Anomia wird dort als ein Konstrukt erster Ordnung modelliert, auf dem alle Items gleichermaßen laden. Temporale Desintegration wäre demnach allenfalls ein Bestandteil von Anomia, nicht aber ein eigenständiges Konstrukt. Daher existiert auch nur noch einen Pfad von Anomia auf die nachfolgenden Modellvariablen. Die Berücksichtigung des Schultyps wurde in Modell B beibehalten. Ein Vergleich der Anpassungsgüte der konkurrierenden Modelle A und B wurde über informationstheoretische Maße durchgeführt. Verwendet wurden Akaikes Information Criterion (Akaike 1973, 1987) und das Browne-Curdeck Criterion (Browne und Curdeck 1989).

Korrelierte Fehleranteile wurden in beiden Modellen mit einer Ausnahme nicht zugelassen. Diese Ausnahme bezieht sich auf die Kommunikationsitems, die ja zielpersonenspezifisch, also mehrfach abgefragt wurden. Hier wurden korrelierte Fehleranteile für inhaltlich identische Items zugelassen, soweit sie substanziell waren.

3. Messinstrumente

Zur Bestimmung des subjektiven Erlebens temporaler Desintegration wurden vier von insgesamt neun Items der Anomieskala von McClosky und Schaar (1970) genutzt. McClosky und Schaar (1970) operationalisierten Anomie als ein individuell bestimmbares Syndrom von Einstellungen, Überzeugungen und Gefühlen der Normlosigkeit und Deregulation. Die ausgewählten Items zeichnen sich jedoch besonders dadurch aus, dass sie sich explizit auf den Aspekt der Zeit beziehen, und zwar in genau der Weise, die von uns als temporale Desintegration beschrieben wurde. Die vier Items lauten wie folgt:

1. Heutzutage ist alles so unsicher, dass fast alles passieren kann.
2. Bei dem allgemeinen Zustand der Unordnung weiß man heute kaum noch, was morgen sein wird.
3. Alles verändert sich heutzutage so schnell, dass ich oft Schwierigkeiten habe, den richtigen Weg zu finden.
4. Die Menschen früher waren besser dran, weil jeder wusste, welches Verhalten von ihm erwartet wurde.

Alle vier Items enthalten Aussagen über Veränderungen im Erleben der sozialen Zeit, die sich als Desintegration darstellen. Das erste Item bezieht sich auf das Problem der Zeitkontrolle, welches sich in der Gegenwart verschärft hat. Die Unsicherheit von Ereignissen und möglichen geplanten Ereignisfolgen erschwert die Lebensführung. Das zweite Item fokussiert auf den Verlust der Zukunft. Das dritte Item thematisiert die Desorientierung infolge der Beschleunigung des sozialen Tempos. Das vierte Item thematisiert das Veralten von Normen im Vergleich zwischen Gegenwart und Vergangenheit. Den Items kann inhaltliche Validität ohne weiteres zugestanden werden. Sie lassen sich zudem deutlich gegenüber den übrigen Items der Skala abgrenzen, die diesen temporalen Aspekt entweder überhaupt nicht oder nur sehr indirekt ansprechen (z.B. bei dem Item: „Es scheint mir oft, dass andere Leute leichter entscheiden können, was richtig ist"). Cronbachs α als Maß für die interne Konsistenz der vier Items zur temporalen Desintegration lag bei .62.

Zur Operationalisierung der Normlosigkeit wurden fünf Items eingesetzt, die in Anlehnung an die Skala von Kohn und Schooler (1983) formuliert wurden. Unter Normlosigkeit verstehen Kohn und Schooler (1983) die Akzeptanz illegitimer Mittel zur Verfolgung von anerkannten Zielen. Ein Beispielitem lautet: „Man kann ruhig das Gesetz umgehen, wenn man dabei ungeschoren davonkommt". Die interne Konsistenz der fünf Items betrug α = .79.

Die Nutzung sozialer Ressourcen durch die Jugendlichen wurde zielgruppenspezifisch und themenspezifisch i.S. einer Messung von Kommunikationsintensität erfasst. Das dafür verwendete Erhebungsinstrument umfasst ursprünglich zehn Items und ist erstmals im Rahmen einer Jugendmedienstudie verwendet worden (Boehnke und Münch 1999; Hoffmann et al. 1998; Hoffmann 2002). In Anlehnung an Zinnecker (1982) wurde hier der Gedanke des Eltern- vs. Jugendzentrismus aufgegriffen. Im Vordergrund steht der Aspekt der Orientierung an den Eltern bzw. an den Peers. Die zehn Items sind in ihren Formulierungen denen von Zinnecker angenähert worden. In der vorliegenden Untersuchung sind sechs Items ausgewählt worden, die für Mutter, Vater und Peers getrennt zu beantworten waren. Dabei wurden die Antworten für beide Elternteile gemittelt. Die sechs Items gruppierten sich in einer explorativ durchgeführten Hauptkomponentenanalyse zu zwei Kommunikationsbereichen. Dies waren zum einen persönliche bzw. intime Themen, wie z.B. „Ich glaube, dass ich viel über mich selbst erfahre in der Zeit mit ... meiner Mutter/meinem Vater/meinen Freunden bzw. Freundinnen" und zum anderen soziale Themen, die über die Sphäre des Privaten bzw. Familiären hinausweisen in den gesellschaftlichen Kontext. Ein Beispielitem lautet: „Über politische Themen unterhalte ich mich mit ... meiner Mutter/meinem Vater/meinen Freunden bzw. Freundinnen". Die interne Konsistenz der zielgruppenspezifischen Skalen betrug bei den persönlichen Themen .78 für die Eltern bzw. .76

für die Peers und lag mit .61 (Eltern) bzw. .52 (Peers) bei den sozialen Themen etwas niedriger. Unter Berücksichtigung der geringeren Itemzahl sind diese Werte jedoch immer noch akzeptabel.

Ethnozentrismus wurde als Fremdenfeindlichkeit operationalisiert. Dazu wurden vier Items der Skala von Liebhart und Liebhart (1971) verwendet. Ein Beispielitem lautet: „Es ist nicht gut, viele Ausländer im Land zu haben, weil sie oft unangenehm und anmaßend sind". Die interne Konsistenz der vier Items betrug $\alpha = .83$.

Alle zur Operationalisierung der verschiedenen Konstrukte eingesetzten Items wurden mit einem fünfstufigen Antwortformat mit verbalen Ankern versehen, wobei die Extreme „stimmt gar nicht" bzw. „stimmt völlig" hießen.

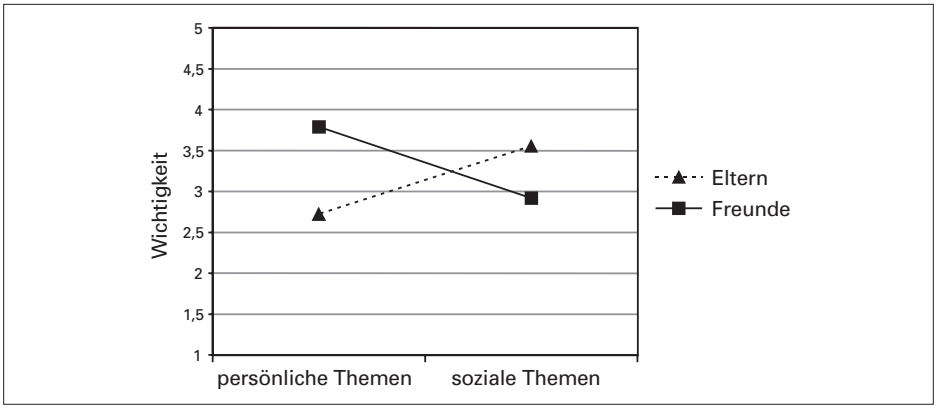
IV. Ergebnisse

Bevor die Ergebnisse der verschiedenen Strukturgleichungsmodelle näher vorgestellt werden, seien zunächst kurz die wichtigsten Verteilungseigenschaften der Modellvariablen anhand varianzanalytischer Befunde berichtet.

Das Erleben der Erosion temporaler Ordnungen und der damit verbundenen Folgen war bei den Jugendlichen erheblich stärker ausgeprägt als die Tendenz zur Normlosigkeit ($M_{Temporal} = 2{,}80$, $SD = .69$; gegenüber $M_{Normlos} = 2{,}45$, $SD = .76$). Die varianzanalytische Prüfung ergab mit $F_{(1/441)} = 76{,}48$ und $p < .001$, dass dieser Niveauunterschied statistisch hoch bedeutsam ist. Darüber hinaus war festzustellen, dass bei Schülern, die das Gymnasium besuchten, das Erleben temporaler Desintegration signifikant niedriger ausgeprägt war als bei Schülern anderer Schulformen ($M_{Gymnasium} = 2{,}68$, $SD = .66$; $M_{and.Schulform} = 3{,}04$, $SD = .70$; mit $F_{(1/441)} = 27{,}04$ und $p < .001$). Im Unterschied dazu war bei der Normlosigkeit kein Unterschied zwischen den beiden Gruppen festzustellen.

Die Wichtigkeit der Eltern und Peers als Kommunikationspartner für die untersuchten Themenbereiche Persönliches und Soziales ist in *Abbildung 3* wiedergegeben.

Abbildung 3: Wichtigkeit von Eltern und Peers in Abhängigkeit vom Themenbereich



Der dominierende Befund hinsichtlich der Kommunikationsstrukturen der Jugendlichen war das Vorhandensein themenspezifischer Präferenzen bei der Wichtigkeit der Gesprächspartner. Eltern wurden bevorzugt für Gespräche über soziale Themen in Anspruch genommen, während mit Freunden insbesondere Gespräche über persönliche Themen geführt wurden. Die varianzanalytische Prüfung der Interaktion der Faktoren Zielperson × Themenbereich unterstreicht mit $F_{(1/442)} = 965{,}15$ und $p < .001$ die hohe Bedeutsamkeit dieses Befundes. Unabhängig von diesem spezifischen Kommunikationsmuster existierte keine Bevorzugung eines Themenbereiches, d.h. die Wichtigkeit der abgefragten Zielpersonen unterschied sich nicht nach den Themenbereichen. Auf Grund der Formulierung der Items ist dem Ergebnis jedoch nicht zu entnehmen, dass die Jugendlichen Gespräche über soziale Themen genauso häufig führten wie Gespräche über persönliche Themen. Als weiteres Ergebnis war eine gewisse Peerorientierung zu konstatieren, d.h. die Jugendlichen schätzten die Wichtigkeit der Freunde insgesamt betrachtet etwas höher ein als die Wichtigkeit der Eltern ($F_{(1/442)} = 26{,}07$, $p < .001$). Unterschiede zwischen den untersuchten Schülergruppen waren mit einer Ausnahme nicht vorhanden. Lediglich bei den Gesprächen über persönliche Themen zeigte sich, dass Gymnasiasten mit ihren Eltern über derartige Themen weniger oft sprachen als dies Schüler anderer Schulformen taten ($F_{(1/441)} = 6{,}51$; $p < .05$)!

Zum Ethnozentrismus ist anzumerken, dass das Niveau fremdenfeindlicher Einstellungen unter den Gymnasiasten deutlich niedriger ausfiel als unter den Schülern anderer Schulformen ($M_{Gymnasium} = 2{,}19$, $SD = .80$; $M_{and.Schulform} = 2{,}64$, $SD = .96$; mit $F_{(1/441)} = 25{,}40$ und $p < .001$).

Die *Abbildungen 4a* und *4b*, sowie *5a* und *5b* informieren über die Ergebnisse der durchgeführten simultanen Mehr-Gruppen-Vergleiche, wobei die Abbildungen 4a/4b das Modell für die Kommunikation über soziale Themen und die Abbildungen 5a/5b das Modell für die Kommunikation über persönliche Themen wiedergeben. Die Ladungen der manifesten Items auf den latenten Konstrukten wurden der Übersichtlichkeit halber in allen Abbildungen neben die Items geschrieben. Auf eine Dokumentation der zugelassenen Fehlerkorrelationen wird verzichtet.[5]

Zunächst ist festzustellen, dass die Indizes zur Anpassungsgüte der Modelle in einem akzeptablen Bereich liegen. Der χ^2-Test führt zwar bei beiden Modellen zu signifikanten Abweichungen, die aber nicht unbedingt auf einen schlechten Fit schließen lassen. Mit der χ^2-Statistik sind eine Reihe von statistischen und theoretischen Problemen verbunden, die inzwischen weithin anerkannt sind und u.a. zur Implementierung einer Vielzahl neuer Gütemaße geführt haben.[6] Das Verhältnis von χ^2/df, welches 2:1 nicht überschreiten sollte, ist mit 1,6 bzw. 1,64 durchaus zufriedenstellend und auch die Werte für den GFI und insbesondere den RMSEA, der den Wert von .06 nicht überschreiten sollte, weisen in dieselbe Richtung.[7]

Bei näherer Betrachtung des in Abbildung 4a/4b wiedergegebenen Mehr-Gruppen-Vergleichs fällt zunächst auf, dass die Normlosigkeit erheblich stärker zur Konstitution

5 Folgende Fehlerkorrelationen wurden zugelassen: im Modell zu Gesprächen über soziale Themen: P_S2 ↔ E_S2 und P_S3 ↔ E_S3; im Modell zu Gesprächen über persönliche Themen: es wurden korrelierte Fehleranteile zwischen allen drei korrespondierenden Items zugelassen.

6 Für eine nähere Diskussion hierzu vgl. z.B. Byrne (2001).

7 Für eine Übersicht zu den verschiedenen Gütemaßen vgl. z.B. Byrne (2001).

Abbildung 4a: Modell A für soziale Themen für Schüler, die das Gymnasium besuchten

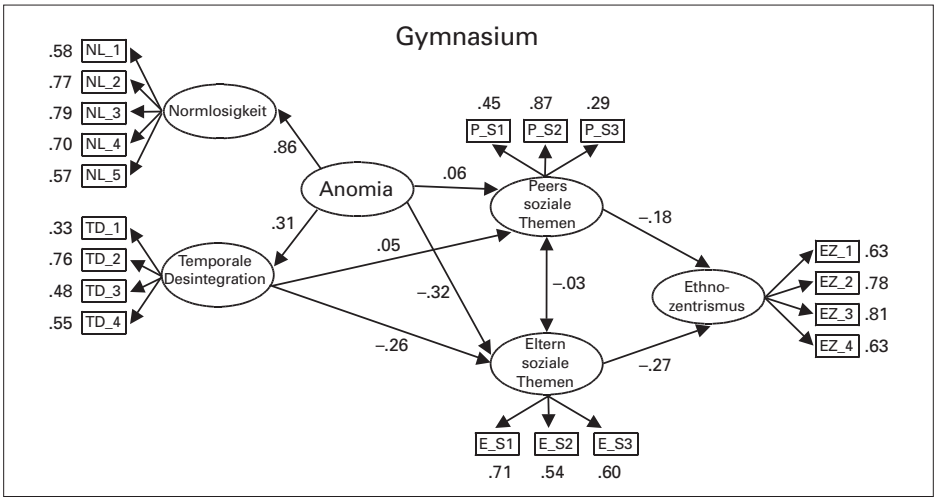
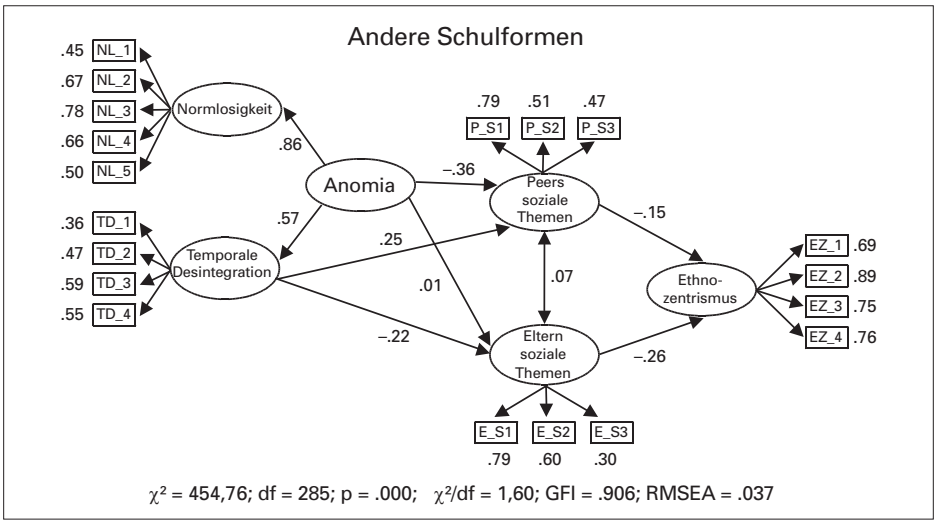


Abbildung 4b: Modell A für soziale Themen für Schüler anderer Schulformen



der Anomia beitrug als die temporale Desintegration, deren Ladung auf der Anomia erheblich niedriger ausfiel, aber immer noch bedeutsam ist. Dies war zu erwarten, da es sich bei der Normlosigkeit um einen klassischen Anomieaspekt handelt. Zusätzlich geht aus dem Vergleich der Abbildungen 4a und 4b hervor, dass die temporale Desintegration bei den Gymnasiasten deutlich weniger zur Anomia beitrug als bei den Schülern anderer Schulformen. Bei den Gymnasiasten stellt sich die temporale Desintegration also in höherem Grad als ein eigenständiges Konstrukt dar, während die Schüler

anderer Schulformen weniger stark zwischen Normlosigkeit und temporaler Desintegration unterschieden.

Zwischen der Intensität der Kommunikation mit den Peers und der Kommunikation mit den Eltern war in beiden Gruppen kein systematischer Zusammenhang festzustellen, die Korrelationen lagen in beiden Gruppen bei nahe Null. Dieser Befund lässt darauf schließen, dass die Kommunikationsstrukturen Jugendlicher bei Berücksichtigung mehrerer Bezugsgruppen sehr unterschiedlich strukturiert sein können und nicht auf die einfache Dichotomie soziale Integration vs. Marginalisierung reduzierbar sind. In beiden Schülergruppen zeigte sich übereinstimmend, dass die Kommunikation mit Freunden und Eltern über soziale Themen negativ zur Zustimmung zu fremdenfeindlichen Einstellungen in Beziehung stand, wobei die Bedeutung der Gespräche mit den Eltern etwas höher ausfiel. Die intensive, generationsübergreifende Nutzung sozialer Ressourcen zur Kommunikation über Themen, bzw. Probleme, die einen gesellschaftlichen Bezug aufweisen, wirkt sich also in jedem Fall günstig auf die Ablehnung ethnozentrischer Einstellungen aus.

Wie stellen sich nun die Effekte von Anomia und temporaler Desintegration auf die sozialen Ressourcen der Jugendlichen zur Bewältigung gesellschaftsbezogener Themen dar? Zunächst ist festzuhalten, dass die temporale Desintegration sich übereinstimmend in beiden Gruppen negativ auf die Elternkommunikation auswirkte. Negative Effekte auf die Kommunikation mit den Peers waren nicht vorhanden. Bei den Schülern anderer Schulformen wirkte sich die temporale Desintegration sogar kommunikationsfördernd aus, d.h. je stärker das Erleben der Folgen temporaler Desintegration bei diesen Jugendlichen war, umso wichtiger wurden die Peers als Gesprächspartner über soziale Themen eingeschätzt. Die Wirkungen der Anomia waren gruppenspezifisch. Während sich die Anomia bei den Gymnasiasten auf die Kommunikation mit den Eltern negativ auswirkte, war bei den Schülern anderer Schulformen die Kommunikation mit den Peers negativ betroffen.

Die Ergebnisse des simultanen Mehr-Gruppen-Vergleichs für die Kommunikation über persönliche Themen sind in den Abbildungen 5a/5b wiedergegeben. Die Ergebnisse zum Messmodell der Anomia sind bereits aus der ersten Analyse bekannt. Zunächst ist festzustellen, dass die Intensität der Kommunikation mit den Eltern und Peers über persönliche Themen – wie z.B. Verliebtheit – für die Zustimmung zu ethnozentrischen Aussagen keineswegs bedeutungslos war. Mit höherer Intensität der Kommunikation war auch hier eine reduzierte Zustimmung zu ethnozentrischen Aussagen verbunden. Diese Effekte wurden jedoch durch die Gruppenzugehörigkeit moderiert. Während sich bei Jugendlichen, die ein Gymnasium besuchten, vor allem die Interaktionen mit den Peers schützend auswirkten, waren es bei den Jugendlichen, die einen anderen Schultyp besuchten, vor allem die Interaktionen mit den Eltern. Darüber hinaus war bei diesen Jugendlichen eine stärkere bezugsgruppenbezogene Polarisierung in den Kommunikationsstrukturen festzustellen. Die negative Korrelation zwischen Peers und Eltern lässt sich so verstehen, dass die Jugendlichen dazu tendierten, persönliche Themen entweder mit den Peers oder den Eltern zu besprechen.

Betrachtet man die Effekte von Anomia und temporaler Desintegration auf die sozialen Ressourcen der Jugendlichen zur Bewältigung persönlicher Probleme, so waren für die Gruppe der Jugendlichen, die ein Gymnasium besuchten, keine gravierenden

Abbildung 5a: Modell A für persönliche Themen für Schüler, die das Gymnasium besuchten

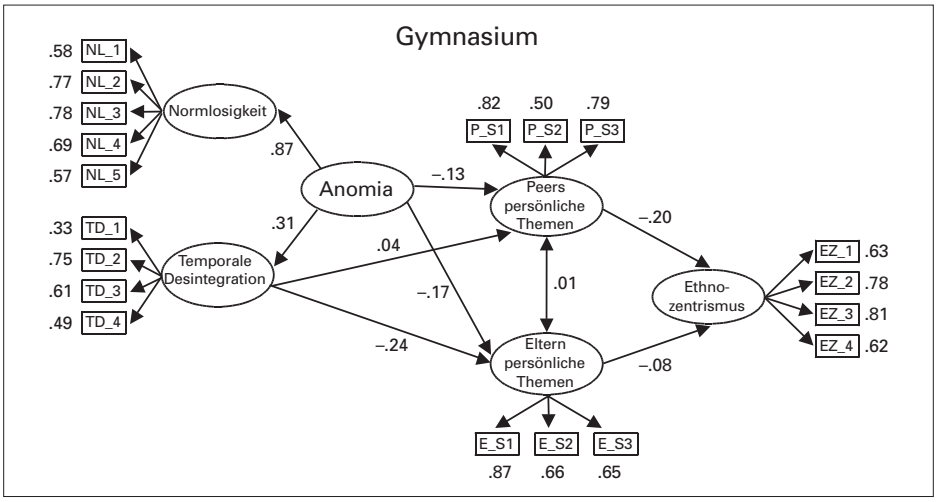
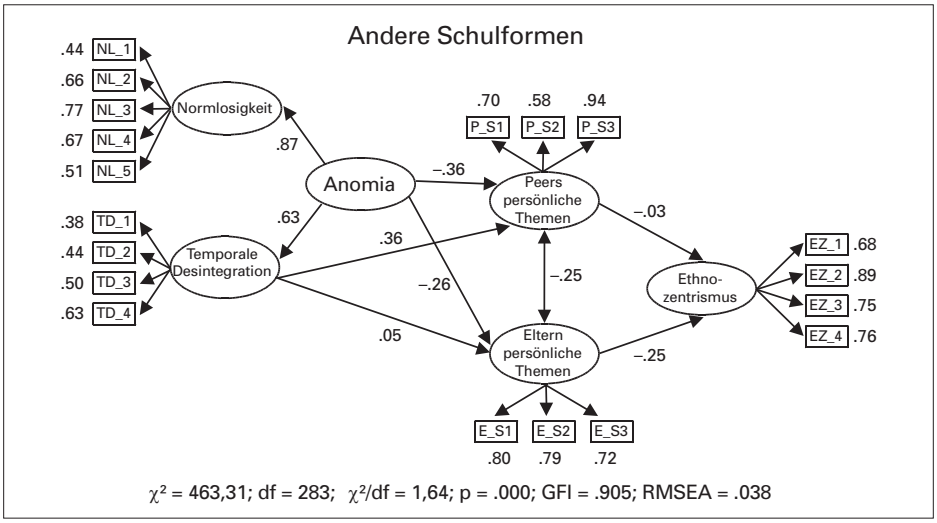


Abbildung 5b: Modell A für persönliche Themen für Schüler anderer Schulformen



Unterschiede im Vergleich zur Kommunikation über soziale Themen festzustellen. Anomia und temporale Desintegration wirkten sich auch hier negativ auf die Intensität der Kommunikation mit den Eltern aus, wobei der Pfad von der Anomia mit –.17 im Vergleich zu –.32 bei der Kommunikation über soziale Themen allerdings deutlich schwächer ausfiel. Die Kommunikation mit den Peers wurde auch für diesen zweiten geprüften Themenbereich nicht wesentlich von Anomia oder temporaler Desintegration beeinträchtigt.

Bei den Schülern anderer Schulformen war die Kommunikation mit den Eltern hingegen nur von der Anomia betroffen, eine zusätzliche Wirkung der temporalen Desintegration konnte nicht festgestellt werden. Die Beeinflussungen der Intensität der Kommunikation mit den Peers durch Anomia und temporale Desintegration sind denen für soziale Themen vergleichbar. Die Anomia wirkte kommunikationshemmend, die temporale Desintegration hingegen förderte die soziale Interaktion mit den Peers.

Zusammenfassend betrachtet, geht aus den durchgeführten Analysen hervor, dass erstens die temporale Desintegration sich zwar zum Teil, aber nicht ausschließlich als Anomia verstehen lässt, wobei die Enge dieser Beziehung von der sozialen Position der Jugendlichen abhing. Zweitens ist festzuhalten, dass die temporale Desintegration sich unabhängig von der Anomia auf die Kommunikation der Jugendlichen auswirkte, wobei die Stärke und Richtung dieses Einflusses vor allem von der generationalen Zugehörigkeit des Gesprächspartners abhing. Hinsichtlich der Eltern erwies sich temporale Desintegration als kommunikationshemmend, mit Blick auf die Peers jedoch zum Teil als kommunikationsfördernd. Drittens erwies sich die Intensität der Einbettung in Beziehungsnetzwerke generell als hemmend für die Akzeptanz fremdenfeindlicher Aussagen. Dieser Effekt war jedoch intensiver, wenn diese Netzwerke zur Kommunikation über gesellschaftsbezogene Themen genutzt wurden.

Die geprüften Modelle basieren auf theoretischen Überlegungen, zu denen durchaus alternative Erwägungen denkbar sind. Wir haben einige solcher Überlegungen in einem konkurrierenden Modell zusammengefasst, deren vergleichende Prüfung nun abschließend berichtet wird. Alternativ zu dem verwendeten Analysemodell könnte man beispielsweise davon ausgehen, dass die temporale Desintegration nicht ein von der Anomia abgrenzbares Konstrukt darstellt, sondern dass letztlich alle eingesetzten Items dasselbe Konstrukt der Anomia erfassen. Daraus folgt, dass es allein anomiabedingte Wirkungen auf die sozialen Ressourcen der Jugendlichen geben kann, die allenfalls in Abhängigkeit von der sozialen Lage der Jugendlichen variieren könnten. Eigenständige Wirkungen temporaler Desintegration sind dann nicht mehr möglich. Diese alternativen Erwartungen wurden in Abbildung 2 im methodischen Teil dieses Beitrages zusammenfassend als Modell B graphisch dargestellt. Da das verwendete Analysemodell und dieses konkurrierende Modell nicht in einer hierarchischen Beziehung zueinander stehen, ist eine Prüfung über die χ^2-Statistik nicht möglich. Daher wurden mit dem Akaike Information Criterion (AIC) und dem Browne-Curdeck Criterion (BCC) zwei informationstheoretische Anpassungsmaße ausgewählt, um einen Modellvergleich durchzuführen. Derartige informationstheoretische Gütemaße gehören zu der Gruppe von Anpassungsmaßen, die nicht nur den statistischen Goodness-of-Fit, also die Abweichung der Daten von dem postulierten Modell bewerten, sondern dabei auch die Komplexität des Modells berücksichtigen, denn mit einem komplexeren Modell lässt sich, zumindest partiell, immer auch der statistische Fit erhöhen. Für die ausgewählten Indizes gilt, dass der BCC die Modellkomplexität stärker „bestraft" als der AIC. Informationstheoretische Anpassungsmaße sind daher in erster Line für Vergleiche zwischen verschiedenen Modellen geeignet und dienen weniger dazu, über die Anpassungsgüte eines einzelnen Modells Auskunft zu geben. Die Ergebnisse dieses Modellvergleiches sind in *Tabelle 1* wiedergegeben. Zusätzlich werden dort die Werte für das so genannte „Independence model" und das „saturierte Modell" berichtet. Diese rein hypotheti-

schen Modelle repräsentieren die Extreme in der Gesamtmenge aller möglichen Modelle, wobei das „Independence model" ein Extrem hinsichtlich der Restriktivität der im Modell enthaltenen Annahmen darstellt, da es die statistische Unabhängigkeit sämtlicher Modellvariablen voneinander postuliert, während das „saturierte Modell" das am wenigsten restriktive Modell darstellt, da bei diesem Modell die Anzahl der frei zu schätzenden Modellparameter der Anzahl der vorhandenen Datenparameter entspricht.

Tabelle 1: Modellvergleiche anhand informationstheoretischer Gütemaße

Postuliertes Modell	Kommunikationsinhalt			
	soziale Themen		persönliche Themen	
	AIC	BCC	AIC	BCC
Saturiertes Modell	760,00	855,53	760,00	855,53
Modell A	644,75	668,63	657,31	681,69
Modell B	780,26	802,89	792,62	815,75
Independence Model	2405,54	2415,01	2818,18	2827,73

Aus der Tabelle ist ersichtlich, dass das postulierte Modell A sowohl bei der Kommunikation über soziale Themen als auch der Kommunikation über private Themen dem konkurrierenden Modell B vorzuziehen ist.[8] Dieses Ergebnis stellt sich sowohl für den AIC als auch für den BCC ein. Die Unterscheidung zwischen Anomia und temporaler Desintegration sowie die Annahme damit verbundener eigenständiger Wirkungen temporaler Desintegration passen besser zu den Daten als die alternative Erwartung, dass hinter den gemessenen Aspekten die Anomia als übergreifende Ursache steht, die beides bewirkt. Darüber hinaus geht aus den Zahlenwerten hervor, dass das postulierte Modell A besser als das saturierte Modell zu bewerten ist, was noch einmal hervorhebt, dass die Favorisierung des postulierten Modells gegenüber dem konkurrierenden Modell nicht mit seiner etwas höheren Komplexität zu erklären ist.

V. Diskussion

Zu Beginn dieses Beitrages wurde darauf hingewiesen, dass das Konstrukt der Anomie immer wieder unterschiedlich theoretisch eingegrenzt und verwendet wurde. Ausgehend von der Analyse zu den gegenwärtigen Veränderungen sozialer Zeit ergab sich die Vermutung, dass Beschleunigung, Deregulation und Individualisierung der Zeitkontrolle die bisherige zeitstrukturelle und zeitkulturelle Einbettung des Menschen aufweichen und zu einer temporalen Desintegration führen. Da der sozialen Zeit für die soziale Integration eine hohe Bedeutung zukommt, wurde vermutet, dass temporale Desintegration möglicherweise eine neue Quelle von Anomie darstellt, und darüber hinaus ethnozentrische Einstellungen wahrscheinlicher werden lässt.

Zunächst zeigten die Ergebnisse der Strukturgleichungsmodelle, dass in Abhängigkeit von der über den Schultyp operationalisierten sozialen Lage der Jugendlichen zwischen 10 und 32 Prozent der Varianz der temporalen Desintegration als herkömmliche

8 Je kleiner der Zahlenwert, umso besser schneidet das Modell ab.

Anomie interpretiert werden können, d.h. Jugendliche, die ein anomisches Lebensgefühl entwickeln, können auch Symptome temporaler Desintegration aufweisen. Dieses Ergebnis deckt sich mit bisherigen empirischen Befunden eines wiederholt festgestellten Zusammenhanges zwischen Anomie und Zukunftspessimismus, der einen Aspekt temporaler Desintegration darstellt. Andererseits waren die Ladungen auf dem Anomiekonstrukt nicht so hoch, dass man davon ausgehen könnte, temporale Desintegration sei eigentlich nichts anderes als Anomie. Die Eigenständigkeit des Konstruktes temporaler Desintegration wurde denn auch durch den durchgeführten Modellvergleich unterstützt, aus dem hervorging, dass das Analysemodell einem konkurrierenden Modell vorzuziehen war, welches postulierte, dass die Items zur temporalen Desintegration lediglich Anomie im herkömmlichen Sinn messen.

Dennoch sind hinsichtlich der Konstruktvalidität weitere Anmerkungen zu machen. So wäre z.B. denkbar, dass die Ladungen auf dem Anomiekonstrukt zweiter Ordnung möglicherweise höher ausgefallen wären, wenn statt der Normlosigkeit ein anderes Referenzkonstrukt verwendet worden wäre, d.h. Items abgefragt worden wären, die z.B. stärker den Aspekt der Orientierungslosigkeit erfasst hätten (Kühnel und Schmidt 2002). Hinzu kommt, dass die eingesetzten Items ja einem Messinstrument entnommen wurden, welches von McClosky und Schaar (1970) ursprünglich entwickelt wurde, um Anomia zu messen. Hier können jedoch einige Detailergebnisse aus den durchgeführten Analysen herangezogen werden, die für eine diskriminative Validität sprechen. Sollte es sich bei der temporalen Desintegration lediglich um Orientierungsanomia handeln, dann wäre zu erwarten gewesen, dass die Pfade von der temporalen Desintegration auf die Intensität der sozialen Interaktion unabhängig von der generationalen Zugehörigkeit des Gesprächspartners immer negativ ausfallen, so wie dies ja auch für die Anomiavariable in den geprüften Modellen zutraf. Dies war jedoch nicht der Fall. Vielmehr zeigte sich, dass negative Pfade nur dann vorhanden waren, wenn es sich bei dem Gesprächspartner um ein Elternteil handelte, während die Pfade zu den Peers entweder unbedeutend waren oder sogar in die positive Richtung wiesen. Anders formuliert, die generationale Zugehörigkeit des Interaktionspartners war für die Stärke und Richtung der Effekte von entscheidender Bedeutung. Vor dem Hintergrund des Konstruktes temporaler Desintegration sind diese Befunde sinnvoll zu erklären. Die Beziehungen zu den Eltern sind von der temporalen Desintegration stärker betroffen als die Beziehungen zu den Gleichaltrigen, weil die generationsübergreifenden Erfahrungs- und Wissensbestände, die als gemeinsam geteilte Wissenshintergründe für eine gelingende Kommunikation zwischen Eltern und Jugendlichen notwendig sind, infolge der temporalen Desintegration abschmelzen. Dieser die Kommunikation erschwerende Effekt ist aber für die Interaktion mit Peers nicht zu erwarten. Im Gegenteil: möglicherweise kann die temporale Desintegration die soziale Integration in die Gruppe der Gleichaltrigen sogar vorantreiben, weil sie von den Jugendlichen als ein für ihre Lebenssituation typischer Aspekt wahrgenommen wird, dessen Bewältigung am ehesten von den Jugendlichen selbst und nicht von der Generation der Eltern erwartet wird. Diese generationsspezifischen Effekte sind mit der klassischen anomietheoretischen Perspektive nur schwer vereinbar und können daher als Hinweis für die diskriminative Validität des Konstruktes der temporalen Desintegration gewertet werden.

Zusammenfassend betrachtet kann gesagt werden, dass die temporale Desintegration nur partiell als ein Symptom herkömmlicher Anomie interpretierbar ist.

Wie ist nun aber die Bedeutung der temporalen Desintegration für die Genese fremdenfeindlicher Einstellungen unter Jugendlichen unter Einbeziehung ihrer sozialen Ressourcen zu bewerten? Der stärkste negative Effekt wurde durch die Interaktion mit den Eltern über soziale Themen vermittelt. Jugendliche mit einem starken Erleben temporaler Desintegration nutzten ihre Eltern als Gesprächspartner für gesellschaftsbezogene Themen weniger intensiv, was wiederum die Akzeptanz ethnozentrischer Aussagen begünstigte. Dieser Effekt bestand unabhängig von der sozialen Position der Jugendlichen. Dieser Befund könnte dahingehend interpretiert werden, dass die Erosion zeitlicher Ordnungen die Bedeutung der Eltern als intermediärer Sozialisationsinstanz schwächt, was sich bei der Kommunikation über gesellschaftsbezogene Themen deutlicher zeigt als bei anderen Themen. Die temporale Erosion könnte dazu beitragen, die elterlichen Deutungs- und Erfahrungsmuster hinsichtlich der Bewältigung gesellschaftlicher Anforderungen in den Augen der Jugendlichen zu entwerten, was zu Orientierungslosigkeit führt und die Gefahr der Anfälligkeit für fremdenfeindliche Einstellungen erhöht. Dass dieser Effekt auf die Eltern beschränkt blieb und nicht auch die Kommunikation mit den Peers erfasste, unterstreicht, dass hier ein spezifischer Wirkungszusammenhang temporaler Desintegration vorliegen könnte, der damit zu tun hat, dass die temporale Erosion von Wissensbeständen und Erfahrungen in systematischer Weise von der generationalen Zugehörigkeit einer Person abhängig ist.

Diese Generationsabhängigkeit der Wirkungen temporaler Desintegration erwies sich bei Jugendlichen, die kein Gymnasium besuchten, als besonders stark. Neben dem eben beschriebenen Zusammenhang zwischen dem Grad temporaler Desintegration, der abnehmenden Intensität elterlicher Kommunikation und zunehmender Akzeptanz von Fremdenfeindlichkeit, war bei dieser Gruppe eine positive Wirkung hinsichtlich der Kommunikation mit den Peers festzustellen, die dazu führte, dass sich fremdenfeindliche Attitüden abschwächten. Die temporale Desintegration erwies sich also zum Teil zugleich als kommunikationshemmend und -fördernd. Möglicherweise führt das Erleben temporaler Desintegration speziell bei Jugendlichen dazu, dass eine Reintegration verstärkt in der Kommunikation mit anderen Jugendlichen gesucht wird, weil z.B. vermutet wird, dass andere Jugendliche in ähnlicher Weise von dem Problem temporaler Desintegration betroffen sind. Dass dieser positive Effekt bei Jugendlichen, die ein Gymnasium besuchten, nicht auftrat, hat möglicherweise zwei Ursachen. Zum einen zeigten die varianzanalytischen Befunde, dass das Erleben temporaler Desintegration bei der Gruppe der Schüler, die ein Gymnasium besuchten, erheblich niedriger war, so dass hier die Motivation zu einer Intensivierung der Kommunikation mit den Peers nicht ausreichte. Zum zweiten wäre auch denkbar, dass Jugendliche, die kein Gymnasium besuchten, hinsichtlich der Lockerung der emotionalen Bindung zu den Eltern und der Hinwendung zu den Peers schon weiter vorangeschritten sind, so dass die temporale Desintegration diesen Prozess weiter verstärkt.

Abschließend stellt sich die Frage nach der Generalisierbarkeit der Befunde zur temporalen Desintegration, denn bei den Befragungsteilnehmern handelte es sich ja um Jugendliche mit einem durchschnittlichen Lebensalter von 15 Jahren. Zunächst gilt es den einschränkenden Generalvorbehalt zu artikulieren, dass die Studie – obwohl

als Follow-up angelegt – aus untersuchungstechnischen Gründen nur querschnittliche Daten vorlegen kann. Dies führt dazu, dass alle berichteten Befunde nur das typische Blitzlicht einer ‚One-Shot-Study' darstellen und nicht als getreue Abbildung von sozialem Wandel missverstanden werden darf. Dennoch legen die dokumentierten Ergebnisse einige Überlegungen zu ihrer Generalisierbarkeit nahe. Die varianzanalytischen Befunde zu Niveauunterschieden im Erleben temporaler Desintegration als auch die moderierende Bedeutung der sozialen Lage hinsichtlich der Höhe der Pfadkoeffizienten in den geprüften Strukturgleichungsmodellen unterstreicht die Richtigkeit der Forderung von Bohle et al. (1997), bei der Analyse von Anomie und möglicher anomischer Wirkungen sozialstrukturelle Unterschiede zu berücksichtigen. Als viel entscheidender für die Replizierbarkeit der Effekte temporaler Desintegration könnte sich jedoch das Lebensalter erweisen, denn einiges spricht dafür, dass die Einbettung in temporale Ordnungen und Strukturen vom Lebensalter abhängt, und dass damit auch die Funktionen sozialer Zeit in unterschiedlicher Weise bedeutsam werden. Für Jugendliche könnte Zeit vor allem unter dem Aspekt der Identitätsbildung bedeutsam sein (Morgenroth 1999: 56f.). Auf Grund dessen wäre zu vermuten, dass das Erleben temporaler Desintegration Jugendliche möglicherweise besonders belastet und deshalb geeignet ist, Einstellungen zu mobilisieren, welche auf die Exklusion von Angehörigen ethnischer oder auch anders definierter Minderheiten gerichtet sind. Hier sind in Zukunft weitere Analysen zur möglichen Altersabhängigkeit temporaler Desintegration erforderlich.

Literatur

Akaike, Hirotugu, 1973: Information Theory and an Extension of the Maximum Likelihood Principle. S. 267–281 in: *B. N. Petrov* und *F. Csaki* (Hg.), Proceedings of the 2nd International Symposium on Information Theory. Budapest: Akademiai Kiado.

Akaike, Hirotugu, 1987: Factor Analysis and AIC. Psychometrica 52: 317–332.

Atteslander, Peter, 1995: Social Change, Development, and Anomie. S. 3–16 in: *Peter Atteslander*, *Bettina Gransow* und *John Western* (Hg.), Comparative Anomie Research. Hidden barriers – Hidden Potential for Social Development. Aldershot: Ashgate.

Beck, Ulrich, 1986: Die Risikogesellschaft. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Boehnke, Klaus, und *Thomas Münch,* 1999: Jugendsozialisation und Medien – Zur Entwicklungsfunktionalität der Medienaneignung im Jugendalter am Beispiel Hörfunk, Musikfernsehen und Internet. S. 36–78 in: *Klaus Boehnke, Werner Dilger, Stephan Habscheid, Werner Holly, Evelyne Keitel, Josef Krems, Thomas Münch, Josef Schmied, Martin Stegu* und *Günter Voß* (Hg.), Neue Medien im Alltag: Von individueller Nutzung zu soziokulturellem Wandel. Lengerich: Pabst Science Publishers.

Bohle, Hans H., Wilhelm Heitmeyer, Wolfgang Kühnel und *Uwe Sander*, 1997: Anomie in der modernen Gesellschaft: Bestandsaufnahme und Kritik eines klassischen Ansatzes soziologischer Analyse. S. 29–65 in: *Wilhelm Heitmeyer* (Hg.), Was treibt die Gesellschaft auseinander? Bundesrepublik Deutschland: Auf dem Weg von der Konsens- zur Konfliktgesellschaft. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Browne, Michael, W., und *Robert Curdeck*, 1989: Single Sample Cross-validation Indices for Covariance Structures. Multivariate Behavioral Research 24: 445–455.

Byrne, Barbara M., 2001: Structural Equation Modeling with AMOS. Basic Concepts, Applications, and Programming. Mahwah, NJ: Erlbaum.

Durkheim, Emile, 1893: De la division du travail social: étude sur l'organisation des sociétés supérieures. Paris: Alcan.

Durkheim, Emile, 1897: Le Suicide: étude de sociologie. Paris: Alcan.

Elias, Norbert, 1988: Über die Zeit. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
Endrikat, Kirsten, Dagmar Schäfer, Jürgen Mansel und *Wilhelm Heitmeyer*, 2002: Soziale Desintegration. Die riskanten Folgen negativer Anerkennungsbilanzen. S. 37–58 in: *Wilhelm Heitmeyer* (Hg.), Deutsche Zustände, Folge 1. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
Erikson, Erik H., 1973: Identität und Lebenszyklus. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
Garhammer, Martin, 1999: Wie Europäer ihre Zeit nutzen. Zeitstrukturen und Zeitkulturen im Zeichen der Globalisierung. Berlin: Edition Sigma.
Geißler, Karheinz A., und *Barbara Adam*, 1998: Alles zu jeder Zeit und überall. Die Nonstop-Gesellschaft und ihr Preis. S. 11–29 in: *Barbara Adam* und *Karlheinz A. Geißler* (Hg.), Die Nonstop-Gesellschaft und ihr Preis. Stuttgart: Hirzel Verlag.
Hadjar, Andreas, Dirk Baier und *Klaus Boehnke*, 2003: Geschlechtsspezifische Jugenddelinquenz. Eine Beurteilung der Power-Control-Theory. S. 174–193 in: *Jürgen Mansel, Hartmut M. Griese* und *Albert Scherr* (Hg.), Theoriedefizite der Jugendforschung. Weinheim: Juventa.
Havighurst, Robert J., 1972: Developmental Tasks and Education. New York: Harper & Row.
Heitmeyer, Wilhelm, 1992: Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen. Empirische Ergebnisse und Erklärungsmuster einer Untersuchung zur politischen Sozialisation. Weinheim: Juventa.
Heitmeyer, Wilhelm, 2002: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Die theoretische Konzeption und erste empirische Ergebnisse. S. 15–34 in: *Wilhelm Heitmeyer* (Hg.), Deutsche Zustände, Folge 1. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
Herrmann, Andrea, 2001: Ursachen des Ethnozentrismus in Deutschland. Zwischen Individuum und Gesellschaft. Opladen: Leske + Budrich.
Hoffmann, Dagmar, 2002: Attraktion und Faszination Medien: Jugendliche Sozialisation im Kontext von Modernisierung und Individualisierung. Münster: Lit.
Hoffmann, Dagmar, Klaus Boehnke, Thomas Münch und *Friederike Güffens,* 1998: Radiohörertypen und Entwicklungsbedarf: Hörfunknutzung im Kontext jugendlicher Entwicklung. Medienpsychologie 10: 131–148.
Jahoda, Marie, Paul F. Lazarsfeld und *Hans Zeisel*, 1978: Die Arbeitslosen von Marienthal: ein soziographischer Versuch über die Wirkungen lang andauernder Arbeitslosigkeit. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
Keupp, Heiner, 1997: Diskursarena Identität: Lernprozesse in der Identitätsforschung. S. 11–39 in: *Heiner Keupp* und *Renate Höfer* (Hg.), Identitätsarbeit heute. Klassische und aktuelle Perspektiven der Identitätsforschung. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
Kohli, Martin, 1986: Gesellschaftszeit und Lebenszeit. In: *Johannes Berger* (Hg.), Die Moderne – Kontinuitäten und Zäsuren. Soziale Welt Sonderband 4: 183–208.
Kohli, Martin, 1985: Die Institutionalisierung des Lebenslaufes. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 37: 1–29.
Kohli, Martin, 1994: Zukunft und Erwartung aus Sicht der Biographieforschung. S. 119–138 in: *Elke Holst*, *Jürgen P. Rinderspacher* und *Jürgen Schupp* (Hg.), Erwartungen an die Zukunft. Zeithorizonte und Wertewandel in der sozialwissenschaftlichen Diskussion. Frankfurt a.M.: Campus.
Kohn, Melvin, Carmi Schooler, Joanne Miller, Karen A. Miller, Catherine Schoenbach und *Ronald Schoenberg,* 1983: Work and Personality: An Inquiry into the Impact of Social Stratification. Norwood, NJ.: Ablex.
Kühnel, Steffen M., und *Peter Schmidt*, 2002: Orientierungslosigkeit. Ungünstige Effekte für schwache Gruppen. S. 83–94 in: *Wilhelm Heitmeyer* (Hg.), Deutsche Zustände. Folge 1. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
Lauer, Robert, 1981: Temporal Man. The Meaning and Uses of Social Time. New York: Praeger.
Levine, Robert. V., 1998: Eine Landkarte der Zeit. Wie Kulturen mit Zeit umgehen. München: Piper.
Liebhart, Ernst H., und *Gerda Liebhart*, 1971: Entwicklung einer deutschen Ethnozentrismus-Skala und Ansätze zu ihrer Validierung. Zeitschrift für experimentelle und angewandte Psychologie 18: 447–471.
Lübbe, Hermann, 1994: Im Zug der Zeit. Heidelberg: Springer.

Lübbe, Hermann, 1995: Schrumpft die Zeit? Zivilisationsdynamik und Zeitumgangsmoral. Verkürzter Aufenthalt in der Gegenwart. S. 53–79 in: *Kurt Weiss* (Hg.), Was ist Zeit? Zeit und Verantwortung in Wissenschaft, Technik und Religion. Frankfurt a.M.: dtv.

Mackenzie, Alec, 1991: Die Zeitfalle. Heidelberg: Sauer.

McClosky, Herbert, und *John H. Schaar,* 1970: Psychologische Dimensionen der Anomie. S. 229–268 in: *Arthur Fischer* (Hg.), Die Entfremdung des Menschen in einer heilen Gesellschaft. Materialien zur Adaptation und Denunziation eines Begriffs. München: Juventa.

Meier, Klaus H., 2000: Allein zu Haus – was kommt nach 2000. Millennium – die Zeitung. Verfügbar als Online-Dokument www.giz-international/millennium/s-l-2.htm.

Morgenroth, Olaf, 1999: Identitätsabsichten türkischer Jugendlicher. Bereichsspezifische Zukunftsorientierungen im Kontext von Familie und Schule. Hamburg: Kovac.

Morgenroth, Olaf, 2002: Jenseits vom Zeitstress. Das psychosoziale Wirkungspotential zeitkultureller Kontexte. Beitrag auf dem 43. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Psychologie, Berlin. Verfügbar als Online-Dokument: www.tu-chemnitz.de/phil/psych/professuren/sozpsy/Forschung/zeitprojekt/publikationen.htm.

Nowotny, Helga, 1988: Eigenzeit. Entstehung und Strukturierung eines Zeitgefühls. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Nurmi, Jari-Erik, 1993: Adolescent Development in an Age-graded Context: The Role of Personal Beliefs Goals, and Strategies in Tackling of Developmental Tasks and Standards. International Journal of Behavioral Development 16: 169–189.

Oerter, Rolf, 1978: Zur Dynamik von Entwicklungsaufgaben im menschlichen Lebenslauf. S. 66–110 in: *Rolf Oerter* (Hg.), Entwicklung als lebenslanger Prozess. Hamburg: Hoffmann & Campe.

Rinderspacher, Jürgen, P., 1994: Zukunft als Weltanschauung, S. 19–44 in: *Elke Holst*, *Jürgen P. Rinderspacher* und *Jürgen Schupp* (Hg.), Erwartungen an die Zukunft. Zeithorizonte und Wertewandel in der sozialwissenschaftlichen Diskussion. Frankfurt a.M.: Campus.

Rippl, Susanne, und *Christian Seipel,* 2002: Ökonomische Lage, Bildungsniveau und Fremdenfeindlichkeit. Die Bedeutung von Autoritarismus und Anomie: ein theorieintegrierendes Modell. S. 79–92 in: *Klaus Boehnke*, *Daniel Fuß* und *John Hagan* (Hg.), Jugendgewalt und Rechtsextremismus. Soziologische und psychologische Analysen in internationaler Perspektive. Weinheim: Juventa.

Scheepers, Peer, Albert Felling und *Jan Peters*, 1992: Anomie, Athoritarianism and Ethnocentrism: Update of a Classic Theme and an Empirical Test. Politics & the Individual 2: 43–59.

Seiwert, Lothar, J., 2000: Wenn du es eilig hast, gehe langsam. Das neue Zeitmanagement in einer beschleunigten Welt. Frankfurt a.M.: Campus.

Sennett, Richard, 1998: Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus. Berlin: Berlin Verlag.

Sorokin, Pitirim A., und *Robert K. Merton*, 1937: Social Time: A Methodological and Functional Analysis. American Journal of Sociology 42: 615–629.

Spradley, James P., und *Mark Phillips*, 1972: Culture and Stress: A Quantitative Analysis. American Anthropologist 74: 518–529.

Srole, Leo, 1956: Social Integration and Certain Corollaries. American Sociological Review 21: 709–716.

Thome, Helmut, 2003: Das Konzept sozialer Anomie als Analyseinstrument. S. 37–59 in: *Peter Waldmann* (Hg.), Diktaturen, Demokratien und soziale Anomie. Schriften der Philosophischen Fakultäten der Universität Augsburg. München: Vögel. Verfügbar als online-Dokument: www.soziologie.uni-halle.de/thome/publikationen.

Trommsdorff, Giesela, 1994: Zukunft als Teil individueller Handlungsorientierungen. S. 45–76 in: *Elke Holst*, *Jürgen P. Rinderspacher* und *Jürgen Schupp* (Hg.), Erwartungen an die Zukunft. Zeithorizonte und Wertewandel in der sozialwissenschaftlichen Diskussion. Frankfurt a.M.: Campus.

Wakenhut, Roland, 1983: Anomie. S. 35–39 in: *Eckehard Lippert* (Hg.), Handwörterbuch der politischen Psychologie. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Wasmund, Klaus, 1979: Konzepte und Ursachen politischer Apathie. S. 17–56 in: *Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung* (Hg.), Politische Apathie. Schriftenreihe der niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung, Gruppenpsychologische Reihe, 2. Wolfenbüttel: Rock & Co.

Zinnecker, Jürgen, 1982: Jugendzentrismus – Orientierung am Gegensatz der Generationen und Altersgruppen. S. 604–671 in: *Jugendwerk der Deutschen Shell* (Hg.), Jugend '81, Bd. 1: Lebensentwürfe, Alltagskulturen, Zukunftsbilder. Opladen: Leske + Budrich.

STADTSTRUKTUR, FREUNDESKREISE UND DELINQUENZ

Eine Mehrebenenanalyse zu sozialökologischen Kontexteffekten auf schwere Jugenddelinquenz

Dietrich Oberwittler

Zusammenfassung: Die Annahme, dass abweichendes Verhalten von Jugendlichen auch durch sozialräumliche Bedingungen beeinflusst werden könnte, hat in der Kriminalsoziologie eine lange Tradition. In jüngster Zeit haben eine Reihe von Studien vor allem in den USA mit Hilfe der Mehrebenenanalyse untersucht, ob die räumliche Konzentration sozialer Benachteiligungen in Wohnquartieren einen Verstärkungseffekt auf Jugenddelinquenz hat. Der Beitrag greift diese Forschungsrichtung auf und berichtet über die Ergebnisse einer 1999 und 2000 durchgeführten schriftlichen Schulbefragung von ca. 5000 Jugendlichen in 61 Stadtvierteln und Gemeinden in zwei westdeutschen Großstädten und einer angrenzenden ländlichen Region. Eine externe Validierung der selbstberichteten Polizeikontakte auf der Aggregatebene der Stadtviertel deutet darauf hin, dass die Befragten realistische Angaben über ihre Delinquenz gemacht haben. Die zentrale Hypothese, dass die räumliche Konzentration sozialer Benachteiligungen einen Verstärkungseffekt auf schwere Jugenddelinquenz ausübt, wird bestätigt. Weitere Analysen zeigen, dass die Existenz von Stadtvierteleffekten entscheidend von der räumlichen Orientierung der Freundeskreise abhängig ist, die auch als Ausdruck der aktiven Auseinandersetzung der Jugendlichen mit ihrem Wohnquartier verstanden werden kann. Zukünftige Untersuchungen sollten auch konkurrierende sozialökologische Einflüsse – insbesondere von Schulen – berücksichtigen.

I. Einleitung

1. Forschungsentwicklung

Albert Cohens Klassiker der Kriminalsoziologie *‚Delinquent Boys. The Culture of the Gang‘* beginnt mit dem Zitat einer fiktiven Mutter, die die Straffälligkeit ihres Sohnes so erklärt: „Mein Johnny ist wirklich ein guter Junge, aber er geriet an falsche Freunde und dann in Schwierigkeiten“ (Cohen 1955: 11, Übersetzung D.O.). Aus verständlichen Gründen macht die Mutter weniger ihren Sohn selbst oder ihre eigene Erziehungsleistung, sondern den ungünstigen Einfluss seiner Freunde für sein Fehlverhalten verantwortlich. Da soziale Kontakte insbesondere bei Kindern und Jugendlichen in aller Regel auf den engeren räumlichen Umkreis bezogen sind, enthält dieser Satz implizit auch eine Annahme über die Existenz *kollektiver*, sozialräumlicher Kontexteinflüsse auf das individuelle Verhalten, in diesem Fall durch das schlechte Vorbild der Freundesgruppe im Stadtviertel oder in der Schule.

Diese vermutlich noch immer verbreitete Alltagstheorie spiegelt sich auch in wissenschaftlichen Erklärungsansätzen abweichenden Verhaltens wider, deren Ursprünge

bis vor die Anfänge der Soziologie zurückreichen. So enthält Henry Mayhews (1861) ethnographische Beschreibung der Londoner Elendsquartiere bereits wichtige lerntheoretische Annahmen über die Mechanismen krimineller Karrieren (für einen knappen historischen Abriss vgl. Albrecht 1993; Bottoms und Wiles 1997). Bis in die 1960er Jahre war es vor allem der von der stadtsoziologischen *Chicago School* entwickelte Desorganisationsansatz, der die Forschung über großstädtische Viertel mit hoher Kriminalitätsbelastung (‚*delinquency areas*') dominierte. Clifford Shaw und Henry McKay (1969) stellten fest, dass bestimmte, durch Armut, ethnische Heterogenität und hohe Fluktuation geprägte Stadtviertel Chicagos über lange Zeiträume hinweg sehr hohe Jugendkriminalitätsraten aufwiesen, und erklärten dies mit der mangelnden Fähigkeit der Bewohner, eine effektive informelle Sozialkontrolle über die Jugendlichen auszuüben, sowie mit der fortwährenden Weitergabe subkultureller Orientierungen von einer Jugendgeneration an die nächste. Ihre Erklärung der Jugendkriminalität zielte also explizit auf die *kollektiven* Eigenschaften der Stadtviertel, nicht auf die *individuellen* Eigenschaften der jugendlichen Bewohner.

Mit dem Aufschwung der Kriminalsoziologie in Deutschland in den 1960er Jahren wurde der Desorganisationsansatz hierzulande aufgegriffen und bildete beispielsweise den theoretischen Ausgangspunkt für die parallel durchgeführten Fallstudien von Karl-Dieter Opp (1968) und Fritz Sack (1969) zu den sozialräumlichen Entstehungsbedingungen von Jugendkriminalität in Köln. Jedoch fielen diese Studien bereits in eine Phase, in der der Desorganisationsansatz wegen seiner theoretischen Beschränkungen und methodischen Probleme in die Kritik geraten war und von neuen Theorieansätzen verdrängt wurde. Infolge dessen hat sich in Deutschland keine starke Tradition sozialökologischer Delinquenzforschung entwickelt, trotz vereinzelter theoretischer (von Trotha 1974) und empirischer Studien (Frehsee 1979; Schwind et al. 1978).

Shaw und McKay (1969) gründeten ihre Untersuchung der Jugendkriminalität in Chicago weitgehend auf amtliche Sozial- und Kriminalitätsdaten, die sie auf der Aggregatebene von Stadtvierteln miteinander korrelierten. Der dabei festgestellte enge Zusammenhang zwischen den Indikatoren von Armut und amtlich registrierter (Jugend-) Kriminalität wurde bis heute in einer Vielzahl auch europäischer Fallstudien immer wieder bestätigt (z.B. kürzlich Eisner 1997; Eisner und Wikström 1999; Oberwittler 2001). Jedoch wurde schon früh kritisiert, dass solche Aggregatdatenanalysen nicht geeignet sind, die zentralen Hypothesen des Desorganisationsansatzes zu testen (vgl. für eine sehr gute Zusammenfassung der Diskussion Bursik 1988). Erstens lässt sich die Annahme, dass Stadtviertel eigenständige Effekte auf das individuelle Verhalten ihrer Bewohner ausüben – unabhängig von und über die jeweiligen individuellen Einflussfaktoren hinaus – anhand von aggregierten Kriminalitätsdaten nicht überprüfen.[1] Hohe Kriminalitätsraten auf der Stadtviertelebene könnten ebenso durch einen hohen

1 Diese Kritik trifft nicht zu, wenn die *tatortbezogene* Belastung von Stadtvierteln mit Kriminalität – gemessen an der Anzahl der Delikte, nicht der dort wohnhaften Täter – untersucht werden soll. Insbesondere Gewaltdelikte werden häufig nicht von den Bewohnern, sondern von Besuchern begangen. Daher stehen in dieser Perspektive nicht die individuellen Eigenschaften der Täter, sondern vielmehr die kollektiven Eigenschaften der Stadtviertel, die Täter und Opfer von Gewalt ‚anziehen', im Mittelpunkt des Interesses (vgl. Sampson et al. 1997; Sessar 1997).

Anteil von dort wohnhaften Jugendlichen mit kriminellen Neigungen erklärt werden; dann läge jedoch kein Kontexteffekt, sondern nur ein Kompositionseffekt vor. Damit ist gemeint, dass schon die Zusammensetzung der Bewohner mit ihren individuellen Eigenschaften ausreichen würde, um das Ausmaß an Kriminalität in einem Stadtviertel zu erklären, und dass zusätzliche kollektive Effekte (die sich möglicherweise aus dieser Gruppenzusammensetzung ergeben) nicht existieren. Zweitens wurden die kollektiven sozialen Prozesse, die der Desorganisationsansatz als ursächlich für die hohe Jugendkriminalität ansah, gar nicht gemessen. Ob Armut und Fluktuation der Bewohner mit mangelnder informeller Sozialkontrolle einhergeht, blieb offen (vgl. schon die Kritik bei Opp 1968: 208). Drittens wurde mit dem Aufkommen des Labeling Approaches und der Befragungstechniken zur selbstberichteten Delinquenz auch die Validität der amtlichen, zumeist polizeilichen Kriminalitätsdaten als Indikator für die ‚tatsächliche' Delinquenzbelastung von Jugendlichen in Frage gestellt. Insgesamt hinkte also in den älteren Gemeindestudien die methodische Umsetzung den theoretischen Annahmen weit hinterher.

Dies änderte sich seit den 1980er Jahren mit der Verfügbarkeit von Befragungsdaten und methodischen Innovationen, die der erforderlichen Trennung von Kompositions- und Kontexteffekten gerecht werden. Eine der ersten ‚neuen' Gemeindestudien, bei der 550 Jugendliche in 12 New Yorker Stadtvierteln nach ihrer Delinquenz befragt wurden, fand Anzeichen geringer Kontexteffekte auf deren Delinquenz (Simcha-Fagan und Schwartz 1986).[2] Sampson und Groves (1989) unterzogen die Hypothese des Zusammenhangs von informeller Sozialkontrolle und Jugendkriminalität erstmals auf der Basis von Befragungsdaten einem direkten Test. Seitdem und insbesondere in den vergangenen Jahren hat die sozialökologische, stadtviertelbezogene Forschung zur Delinquenz ebenso wie zu anderen Aspekten der psycho-sozialen Entwicklung von Kindern und Jugendlichen enorm zugenommen, in erster Linie in den USA (Kubrin und Weitzer 2003; Leventhal und Brooks-Gunn 2000; Sampson et al. 2002). Dass Schulen in dieser Perspektive ebenfalls einen wichtigen Entwicklungskontext darstellen, der nicht immer deckungsgleich mit dem Stadtviertelkontext ist, wird dabei noch nicht durchweg beachtet (Arum 2000; Kubrin und Weitzer 2003: 393). Für den Aufschwung der sozialökologischen Forschung dürfte zum einen die zunehmende soziale und ethnische Polarisierung und Segregation der Wohngebiete und die Herausbildung so genannter ‚Hyper-Ghettos' nicht nur in den US-amerikanischen, sondern auch in einigen europäischen Großstädten verantwortlich sein (Häußermann 2000; Karstedt 2000; Massey und Denton 1993), deren soziale Auswirkungen William J. Wilson in dem einflussreichen Buch ‚The Truly Disadvantaged' (1987, siehe dazu Small und Newman 2001) thematisiert hat. Zum anderen hat auch die Entwicklung der Mehrebenenanalyse als als neues statistisches Instrument die quantitative Erforschung von sozialökologischen Kontexteffekten enorm stimuliert, da hier erstmals die Unterscheidung von Individual- und Kontexteinflüssen und deren Interaktionen in simultanen Regressionsgleichungen ermöglicht wird, ohne – wie bis dahin unvermeidbar – wichtige Annahmen der Regressionsanalyse zu verletzen (DiPrete und Forristal 1994; Raudenbush und Bryk 2002; Snijders und Bosker 1999).

2 Die erste auf Befragungsdaten basierende Studie wurde aber bereits 1962 von Clark und Wenninger veröffentlicht.

In diesem Beitrag soll diese Forschungsperspektive aufgegriffen und mit Hilfe der Mehrebenenanalyse untersucht werden, ob es Anhaltspunkte für Kontexteffekte auf das abweichende Verhalten Jugendlicher durch die sozialräumliche Konzentration sozialer Benachteiligungen gibt. Die empirische Basis hierzu bildet eine Dunkelfeldbefragung von Jugendlichen in einer Reihe von sehr unterschiedlichen Wohnquartieren in zwei Großstädten und einer angrenzenden ländlichen Region in Westdeutschland. Da dieser Mehrebenenansatz in der kriminologischen, ja in der soziologischen Forschung generell noch recht neu ist und erst wenige gesicherte Erkenntnisse hervorgebracht hat,[3] liegt ein Schwerpunkt dieses Beitrages auch auf der Erörterung einiger theoretischer und methodischer Ausgangspunkte und Probleme. Dies betrifft insbesondere die Validität der Befragungsdaten zur selbstberichteten Delinquenz, die die entscheidende Grundlage für die Hypothesenprüfung bilden, sowie die Bedeutung der räumlichen Orientierung der Freundeskreise von Jugendlichen für die Frage, inwieweit Kontexteffekte des Stadtviertels auf ihr Verhalten überhaupt wirksam werden.

2. Theoretische Überlegungen

Der grundlegende Ansatzpunkt der älteren ebenso wie der neueren Forschung zu sozialökologischen Kontexteffekten ist die Annahme, dass die räumliche Konzentration sozialer Benachteiligungen, also vor allem Armut, *zusätzliche* negative Auswirkungen auf die betroffenen Bewohner hat – über die Auswirkungen der individuellen Benachteiligung hinaus (Duncan und Brooks-Gunn 1997; Friedrichs 1998; Friedrichs und Blasius 2000). Insofern ist diese Forschungsrichtung auch als ein Versuch zu verstehen, den seit längerem angezweifelten Zusammenhang von niedrigem Sozialstatus und Kriminalität zu untermauern (vgl. Albrecht und Howe 1991). Sozialräumliche Konzentrationseffekte von Armut auf Kinder und Jugendliche werden für verschiedene Verhaltensbereiche wie Schulversagen und ‚Teenage-Schwangerschaften' (Crane 1991; Crowder und South 2003; Harding 2003), psychisches Wohlbefinden und Problemverhalten (Wheaton und Clarke 2003) bis hin zu Kriminalität (Bellair et al. 2003; Ludwig et al. 2001; Wikström und Loeber 2000) untersucht.

Wenig Klarheit herrscht über die sozialen Mechanismen, die das Zusammenleben der Bewohner von Armutsvierteln prägen und die zwischen den strukturellen Benachteiligungen und dem individuellen Problemverhalten von Kindern und Jugendlichen vermitteln. Die meisten Hypothesen bauen auf den klassischen Theorieansätzen der sozialen Desorganisation und der Subkultur auf, ohne dass bislang ausreichende empirische Bestätigungen vorliegen. Man kann diese Erklärungsansätze grob danach unterscheiden, ob sie die Rolle von *Gleichaltrigen* oder *Erwachsenen* bei der Vermittlung kollektiver Eigenschaften der Stadtviertel auf das individuelle Verhalten von Kindern und Jugendlichen betonen (vgl. ähnlich Jencks und Mayer 1990: 113). Nach dem klassischen Desorganisationsansatz sind es in erster Linie die *Erwachsenen*, die Jugendkriminalität begünstigen, indem sie keine wirkungsvolle kollektive Sozialkontrolle über die

3 Dies gilt unbeschadet einiger richtungsweisender Studien in Deutschland, die schon vor der Entwicklung der heutigen statistischen Möglichkeiten einen Mehrebenenansatz verfolgt haben (z.B. Alpheis 1989; Harder und Pappi 1969; Esser 1988).

Jugendlichen ausüben; man könnte diesen Erklärungsansatz daher auch als ‚kollektive Kontrolltheorie' bezeichnen. Wilson (1987) betont zudem die positive Funktion der Erwachsenen als Rollenvorbild. In den ethnisch und sozial segregierten Armutsvierteln fehlen demnach Mittelschichts-Bewohner mit kontinuierlicher Erwerbsbiographie, die die Werte und Normen der konventionellen Gesellschaft repräsentieren und wertvolle Kontakte z.B. bei der Arbeitssuche herstellen können. Einen ganz ähnlichen Aspekt hat Coleman (1988) in seiner Ausarbeitung des Sozialkapital-Ansatzes herausgestrichen. Der Kontakt von Eltern mit anderen Eltern über ihre Kinder (*intergenerational closure*) eröffnet durch Austausch und gegenseitige Unterstützung zusätzliche, extra-familiäre Ressourcen für eine gelingende Sozialisation. Diese unterschiedlichen Funktionen von Erwachsenen in Nachbarschaftsnetzwerken – Unterstützung und Rollenvorbild einerseits, Kontrolle von abweichendem Verhalten andererseits – werden in dem von Sampson et al. (1997, 1999) entwickelten Ansatz der ‚kollektiven Wirksamkeit' (*collective efficacy*) von Stadtvierteln zusammengeführt, der damit eine aktuelle Weiterentwicklung des klassischen Desorganisationsansatzes darstellt. Kollektive Wirksamkeit definieren Sampson et al. (1997: 919) ganz allgemein als die Fähigkeit von Nachbarschaften, sich erfolgreich für das gemeinsame Wohl einzusetzen. Diese Fähigkeit hängt ihrer Ansicht nach entscheidend von der Kohäsion und dem gegenseitigen Vertrauen zwischen den Bewohnern ab (vgl. Ross et al. 2001).[4] Allerdings ist hier insofern Vorsicht geboten, als eine hohe Kohäsion zwischen Bewohnern nicht in jedem Falle mit der Unterstützung konventioneller Ziele und der Abwehr devianter Verhaltensweisen verbunden sein muss. Dies wäre dann nicht mehr der Fall, wenn deviante und subkulturelle Einstellungen in einem Stadtviertel dominant werden, wofür beispielsweise Anderson (1999) und Browning et al. (2000) empirische Anhaltspunkte liefern.

Andere Erklärungsansätze in der Tradition der klassischen Lern- und Subkulturtheorien setzen gerade an diesem Kritikpunkt an und verweisen auf die ‚Ansteckung' zwischen *Gleichaltrigen* als Ausbreitungsmechanismus von Delinquenz in den Armenvierteln. Ebenso wie Krankheiten werden demnach deviante Einstellungen und Verhaltensweisen durch die gegenseitige Beeinflussung von Jugendlichen weiter getragen (Crane 1991: 1227). Wenn subkulturelle Einstellungen in einem sozial segregierten Wohnquartier durch die Konzentration benachteiligter Familien Fuß fassen, könnte der Kontakt mit den Jugendlichen die Neigung zu delinquentem Verhalten und langfristig auch die devianten Überzeugungen verstärken. Der verstärkende Einfluss der delinquenten Peers auf die eigene Delinquenz ist in der Kriminalsoziologie häufig untersucht worden, jedoch nicht unumstritten (Akers 1998). Denn den lerntheoretischen Ansätzen wird seit langem die These der Selbstselektion entgegengehalten, die die Existenz delinquenter Freunde eher als eine Folge denn als eine Ursache der eigenen Delinquenz ansieht (‚Gleich und gleich gesellt sich gern') (Sampson 1999: 442; Silbereisen und Noack, im Druck). Wahrscheinlich haben beide Perspektiven – Selbstselektion der Freunde auf der Basis vorangehender Dispositionen *und* Verstärkung von Einstellungen und Verhaltensroutinen durch diese Freunde – eine empirische Berechtigung (Espelage et al. 2003; Thornberry 1996).

4 Diese Definition ist weitgehend deckungsgleich mit Robert Putnams (2000: 288) Definition des Sozialkapitals als *‚high levels of trust and civic participation'.*

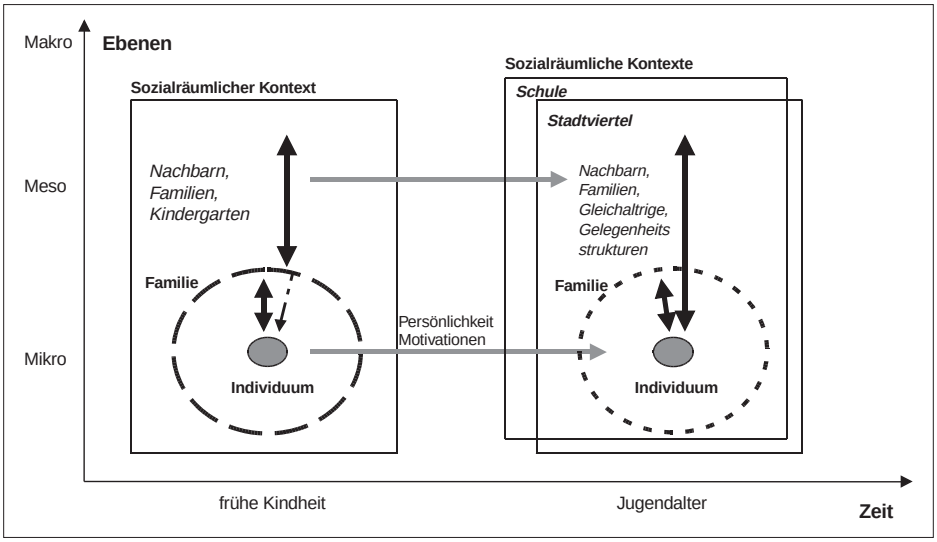
Es ist weder theoretisch noch empirisch entschieden, welcher Mechanismus – soziale Kontrolle durch Erwachsene oder ‚Ansteckung' durch Gleichaltrige – die größere Erklärungskraft für mögliche Stadtvierteleffekte auf das Verhalten von Jugendlichen hat, oder ob beide Perspektiven in Konkurrenz zueinander zu sehen sind oder sich eher ergänzen. Die bisherige Forschung tendiert dazu, entweder die eine oder die andere Richtung zu bevorzugen, und integrierte Ansätze sind sehr selten. Dies spiegelt sich auch in der wichtigen Frage wider, *welche* sozialökologischen Kontexte für Jugendliche als bedeutsam angesehen werden – Stadtviertel oder Schulen, deren räumlicher Einzugsbereich nicht notwendigerweise mit den Stadtviertelgrenzen identisch ist (Friedrichs 1998: 87). Stadtviertelbezogene Studien orientieren sich eher am Desorganisationsansatz, während schulbezogene Studien nahe liegender Weise den Einfluss der Gleichaltrigen betonen. Bronfenbrenners (1979) Definition des ‚Meso-Systems' schließt jedoch ausdrücklich sowohl Stadtviertel als auch Schule als ökologische Einflussfaktoren ein. Dennoch berücksichtigen bislang beinahe alle empirischen Studien nur jeweils einen dieser beiden Kontexte – mit der Gefahr von Scheineffekten. Ein Scheineffekt würde beispielsweise dann auftreten, wenn ein Teil eines Stadtvierteleffekts einem gleichfalls wirksamen, jedoch nicht gemessenen Schuleffekt zuzuschreiben wäre.

Es wird schnell deutlich, dass die Vorstellung sozialökologischer Kontexteffekte auf individuelles Verhalten *an sich,* ohne weitere Differenzierungen, der komplexen Realität nicht angemessen ist. Die Einflüsse des Stadtviertelkontextes sind nicht für alle Jugendlichen gleichermaßen bedeutsam, vielmehr ist wahrscheinlich, dass ihre Wirkung von einer Reihe individueller Faktoren abhängt. Diesen Interaktionen zwischen individuellen und Kontext-Variablen (‚*cross-level interactions*') wird in der gegenwärtigen Forschung besondere Aufmerksamkeit geschenkt. So untersuchen einige Studien, inwiefern insbesondere familiäre Ressourcen einen Schutzfaktor gegen ungünstige Stadtvierteleinflüsse darstellen, und ob sich familiäre und sozialräumliche Risikofaktoren kumulativ verstärken (Crowder und South 2003; Rankin und Quane 2002; Wheaton und Clarke 2003). Eine andere Frage, die auch in diesem Beitrag untersucht werden soll, zielt auf die Bedeutung der räumlichen Ausrichtung der Freundesnetzwerke und Alltagsroutinen von Jugendlichen (Arum 2000: 403; Turley 2003; Wikström und Sampson 2003: 137). Wenn Jugendliche wenig Zeit im eigenen Stadtviertel verbringen und ihre Freunde eher außerhalb dieses Viertels haben, dann sind die sozialräumlichen Einflüsse *ihres* Viertels vermutlich geringer als bei Jugendlichen, die stärker auf ihr Viertel bezogen sind (Sampson et al. 2002: 469). Diese Überlegung relativiert zum einen die Bedeutung der die Rolle von Erwachsenen betonenden Desorganisationstheorie; zum anderen weist sie auf die methodischen Schwierigkeiten der Messung sozialräumlicher Einflüsse hin. So schlagen Wikström und Sampson (2003: 137) die detaillierte Erfassung der Alltagsroutinen und Aktionsräume von Jugendlichen mit Hilfe von Tagebüchern vor.

Weitere Differenzierungen ergeben sich, wenn man die zeitliche Dimension berücksichtigt. Es macht Sinn anzunehmen, dass sozialräumliche Kontexteffekte je nach Lebensalter von unterschiedlicher Art und Intensität sind. Möglicherweise wirkt der Kontext im frühen Kindesalter eher vermittelt über familiäre Faktoren, während die direkten Effekte mit der wachsenden Unabhängigkeit von den Eltern an Bedeutung

zunehmen. Wikström und Sampson (2003) schlagen zudem eine Unterscheidung zwischen kurzfristigen und langfristigen Effekten vor. Während kurzfristige Einflüsse vor allem die aktuellen Gelegenheitsstrukturen für delinquentes Verhalten betreffen (‚*ecological context of action*'), werden durch die langfristigen Einflüsse die stabileren Einstellungen und Neigungen zur Delinquenz geprägt (‚*ecological context of development*'). Wheaton und Clarke (2003) argumentieren auf der Basis von Längsschnittsdaten, dass diese langfristigen, kumulativen Auswirkungen des Stadtviertelkontexts auf jugendliches Problemverhalten weitaus bedeutsamer sind als die kurzfristigen, zeitgleichen Effekte. Dies würde es im Übrigen als unmöglich erscheinen lassen, Kontexteffekte anhand von Querschnittsdaten auch nur annähernd korrekt zu schätzen (siehe dazu unten).

Abbildung 1: Theoriemodell sozialökologischer Kontexteffekte auf Jugenddelinquenz



Einige wesentliche Aspekte der bisherigen theoretischen Überlegungen möchte ich in einem Schema graphisch darstellen (*Abbildung 1*). Das Individuum befindet sich hier in einem Koordinatensystem, das sowohl die räumliche als auch die zeitliche Dimension abbildet. Der Terminologie Bronfenbrenners folgend wird das Individuum selbst und seine unmittelbare familiäre Umwelt als ökologische *Mikro*-Ebene, die schulische und kleinräumliche Umwelt als *Meso*-Ebene und der entfernte regionale und nationale Kontext als *Makro*-Ebene bezeichnet. In der frühen Kindheit ist die Bedeutung der Familie für die Gestaltung der sozialen Umwelt noch sehr groß; Einflüsse der Meso-Ebene auf das Individuum werden kaum direkt, sondern vermittelt durch die familiäre Situation wirksam. Dies ändert sich in dem Maße, wie das Kind direkte soziale Interaktionen mit der Umwelt außerhalb der eigenen Familie aufnimmt. Im Jugendalter ist dementsprechend die familiäre ‚Schutzhülle' um das Individuum dünner und der direkte Interaktionspfeil zwischen Individuum und Meso-Ebene stärker als in der frühen Kindheit. Zudem differenzieren sich die sozialökologischen Kontexte der Meso-Ebene mit der Erweiterung der Aktionsräume des Jugendlichen aus. Stadtviertel- und Schul-

kontext als die beiden wichtigsten Kontexte überlappen sich zwar häufig, sind jedoch nicht identisch. In der zeitlichen Perspektive übt die Meso-Ebene (ebenso wie die Makro-Ebene, deren Effekte hier nicht dargestellt sind) nicht nur unmittelbare, sondern auch zeitlich versetzte, kumulative Wirkungen aus, indem sie längerfristig stabile Einstellungen und Motivationen prägen kann.

3. Methodische Überlegungen

Es gibt zur Zeit erst wenige gesicherte Kenntnisse über die methodischen Aspekte der sozialökologischen Delinquenzforschung mit Hilfe der Mehrebenenanalyse. Zweifelsohne erfordert die optimale Umsetzung dieses theoretischen Gerüsts ein in die relevanten sozialökologischen Kontexte eingebettetes Längsschnittdesign, was empirische Studien besonders aufwendig und teuer macht. Zwar geht die gegenwärtige Forschung genau in diese Richtung,[5] aber die bislang veröffentlichten Studien basieren noch überwiegend auf Querschnittsdaten. Da Querschnittsstudien keine zeitversetzten oder kumulativen Auswirkungen sozialökologischer Benachteiligungen identifizieren können, unterschätzen sie möglicherweise die Bedeutung von Kontexteffekten auf das Verhalten der Jugendlichen (Sampson et al. 2002: 468; Wikström und Sampson 2003), wofür Wheaton et al. (2003) empirische Anhaltspunkte gefunden haben. Auch können Querschnittstudien kaum die räumliche Mobilität von Familien berücksichtigen, die dazu führt, dass viele Jugendliche eine kumulative Erfahrung unterschiedlicher Stadtvierteleinflüsse haben.

Auf der anderen Seite besteht in Querschnittstudien die Gefahr der *Über*schätzung von Kontexteffekten, wenn mögliche Ursachen der Selbstselektion von Individuen in einen Kontext nicht berücksichtigt werden. Dieses Problem ist auch als *‚omitted variable bias‘* bekannt (Duncan und Raudenbush 1999: 36; Leventhal und Brooks-Gunn 2000: 314). Falls zum Beispiel bestimmte Eigenschaften der Familien, die kausal auf das Verhalten der Jugendlichen wirken, auch für die Auswahl der Wohnquartiere durch die Eltern mitverantwortlich sind, sollten diese auch im Modell berücksichtigt werden, um Scheinkorrelationen zwischen den Stadtvierteleigenschaften und dem jugendlichen Verhalten zu vermeiden. Duncan und Raudenbush (1999: 36) nennen als Beispiel die Sorge der Eltern um die Entwicklung ihrer Kinder. Wenn besorgte Eltern, die einen kontrollierenden und autoritativen Erziehungsstil haben, sozial benachteiligte Stadtviertel wegen möglicher Gefahren für ihre Kinder meiden, während andere Eltern einen eher vernachlässigenden Erziehungsstil haben und zugleich auch in benachteiligten Stadtvierteln wohnen, dann könnte der vermeintliche Stadtvierteleffekt ein Effekt des individuellen elterlichen Erziehungsstils sein. Harding (2003) hat jedoch gezeigt, dass die Gefahr der massiven Überschätzung von Stadtvierteleffekten auf Schulabbruch und ‚Teenage-Schwangerschaften‘ durch nicht beobachtete Eltern-Eigenschaften zu-

5 Zur Zeit laufen entsprechende Forschungsprojekte in Deutschland (‚Jugendkriminalität in der modernen Stadt‘, Münster und Duisburg), der Schweiz (‚Zürich Project on the Social Development of Children‘, z-proso), Großbritannien (‚Peterborough Adolescent Delinquency Study‘, PADS; ‚The Edinburgh Study of Youth Transitions and Crime‘, ESYTC) und in den USA (‚Project on Human Development in Chicago Neighborhoods‘, PHDCN).

mindest unwahrscheinlich ist. Angesichts der methodischen Probleme erscheint es insgesamt als ratsam, die Ergebnisse von Querschnittsstudien sehr vorsichtig zu interpretieren und eher von ‚potenziellen' denn von ‚wirklichen' Effekten auszugehen.

Die bisherigen Studien haben überwiegend geringe Effekte des Stadtviertels auf das Verhalten von Jugendlichen ergeben, die in jedem Fall wesentlich schwächer sind als die individuellen Einflüsse (Duncan und Raudenbush 1999: 33; Leventhal und Brooks-Gunn 2000: 328). In ihrer Studie über 12 New Yorker Stadtviertel berichten Simcha-Fagan und Schwarz (1986) über einen Anstieg der erklärten Varianz von 2 bis 4 Prozent durch die Berücksichtigung kontextueller Variablen. Elliott et al. (1996) fanden lediglich 1 bis 2 Prozent zusätzlicher Varianzerklärung in einer Studie zur selbstberichteten Delinquenz von Jugendlichen in Denver und Chicago. Eine weitere Studie aus Chicago ergab potenzielle Stadtvierteleffekte in Höhe von 4 Prozent der Varianz (Rankin und Quane 2002: 88). Diese eher bescheidenen Ergebnisse werfen die Frage auf, ob in europäischen Städten angesichts der vergleichsweise geringeren sozialen und ethnischen Segregation überhaupt mit messbaren Effekten sozialräumlicher Benachteiligung zu rechnen ist. In der Tat haben die wenigen bislang in europäischen Städten durchgeführten Studien keine Anzeichen für solche Einflüsse ergeben (Dahlbäck 1996; Rood-Pijpers et al. 1995; Wikström 2002). Die hier vorgestellten Ergebnisse weisen allerdings auf potenzielle sozialräumliche Kontexteffekte in einer den US-amerikanischen Studien vergleichbaren Größenordnung hin.

Praktisch alle Studien verwenden die Selbstberichte der befragten Jugendlichen als Informationsquelle für ihr abweichendes Verhalten, ohne der Frage nach der Validität dieser Daten größere Aufmerksamkeit zu schenken. Zwar ist dies ein grundsätzliches Problem der Delinquenzforschung (vgl. Junger-Tas und Marshall 1999), jedoch stellt sich hier zusätzlich die Frage, ob die Validität der Selbstberichte möglicherweise mit dem sozialräumlichen Kontext variiert, insbesondere ob es in sozial besonders benachteiligten Stadtvierteln zu einer Unter- oder auch Überschätzung des abweichenden Verhaltens durch eine differenzielle Teilnahmebereitschaft oder unterschiedliches Antwortverhalten von Jugendlichen kommt, was entsprechende Folgen für die Schätzung von sozialräumlichen Kontexteffekten hätte. Schulbefragungen, wie sie auch für die hier berichtete Studie durchgeführt wurden, zeichnen sich einerseits durch hohe Ausschöpfungsraten auch bei Jugendlichen aus unteren sozialen Schichten aus, andererseits gibt es Hinweise darauf, dass die Schüler je nach vorherrschender normativer Orientierung in ihrer Schulklasse ihre Delinquenz unter- bzw. übertreiben könnten (Köllisch und Oberwittler, im Erscheinen; Naplava und Oberwittler 2002). Zu diesen Fragen existieren bislang wenige empirische Erkenntnisse, zumal eine externe Validierung von Angaben zur selbstbericheten Delinquenz naturgemäß sehr schwierig durchzuführen ist.

4. Fragestellungen

Die Kernfrage nach der Existenz sozialräumlicher Kontexteffekte auf Jugenddelinquenz lässt sich so formulieren: Bestehen unter Kontrolle der individuellen Benachteiligung *zusätzliche* Effekte der Konzentration von Benachteiligungen auf die Delinquenz, oder vereinfacht gefragt: Sind Jugendliche deswegen häufiger delinquent, weil sie in einem

‚sozialen Brennpunkt' wohnen? Diese Frage impliziert höhere Stadtviertelmittelwerte der Delinquenz in diesen sozialen Brennpunkten unter Kontrolle individueller Faktoren und lässt sich im Rahmen der Mehrebenenanalyse mit Hilfe des so genannten ‚*random intercept models*' überprüfen, bei dem die Regressionskonstante um einen Zufallseffekt auf der zweiten, kollektiven Ebene erweitert wird (Raudenbush und Bryk 2002: 24). Angesichts bisheriger Forschungsergebnisse, die eine sehr weite Verbreitung abweichenden Verhaltens bei Jugendlichen aller sozialen Schichten belegen, ist es sinnvoll, die Suche nach solchen Kontexteffekten von vornherein auf schwere Formen strafbaren Verhaltens zu konzentrieren, die in stärkerem Maße sozialstrukturell variieren und zudem auch für Täter und Opfer folgenreicher sind.

Die theoretischen Überlegungen legen zudem die Frage nahe, ob die Existenz von Stadtvierteleffekten auf Jugendliche von deren eigenen räumlichen Orientierungen abhängig ist. Inwiefern sind ihre Aktionsräume und Freundeskreise auf das eigene Wohnquartier bezogen und welche Auswirkungen haben diese räumlichen Orientierungen? Damit wird auch die etwas schlichte Vorstellung hinterfragt, dass Jugendliche den Einflüssen ihrer unmittelbaren sozialräumlichen Umwelt ebenso passiv ausgesetzt sind wie Pflanzen dem sie umgebenden Klima, und durch die Vorstellung einer *Interaktion* des Einzelnen mit seiner sozialen Umwelt ersetzt.

Die sich an die Existenz von sozialräumlichen Kontexteffekten anschließende Frage, *welche* sozialen Mechanismen im Stadtviertel diese bewirken, kann mit Hilfe von Prädiktoren untersucht werden, die auf der kollektiven Ebene in das Mehrebenenmodell eingeführt werden. Anhand einer Skala zur Gewaltakzeptanz soll geprüft werden, ob die Ausbreitung devianter Normen unter den jugendlichen Bewohnern eines Stadtviertels im Sinne der Subkulturtheorie zu einer Verstärkung abweichenden Verhaltens führt. Ebenso soll die These des Desorganisationsansatzes, dass eine geringe soziale Kohäsion im Wohnquartier zu mehr Jugenddelinquenz führt, anhand einer Skala zur Dichte intergenerationaler Bindungen überprüft werden.

Zuvor soll jedoch ein Versuch unternommen werden, mit Hilfe der offiziellen polizeilichen Registrierungen von Jugendlichen in den untersuchten Stadtvierteln abzuschätzen, ob die Befragungsdaten realistische Angaben zur selbstberichteten Delinquenz liefern. Sollten sich zum Beispiel Anzeichen für eine spürbare Tendenz des Unterberichtens der Delinquenz in den sozial besonders benachteiligten Stadtvierteln ergeben, so würden vermutlich auch sozialräumliche Kontexteffekte in der Mehrebenenanalyse unterschätzt werden. Entsprechend würde eine Tendenz zum Überberichten in diesen Stadtvierteln eine Überschätzung der Kontexteffekte nach sich ziehen.

5. Daten

Die Daten für die folgenden Auswertungen wurden im Rahmen des am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht durchgeführten Projekts ‚Soziale Probleme und Jugenddelinquenz im sozialökologischen Kontext' erhoben.[6] Das Ziel

6 Das Projekt wurde von der Deutschen Forschungsgemeinschaft von 2000 bis 2003 finanziell gefördert (Ob 134/3-1, –2). Projektleiter war Dietrich Oberwittler, wissenschaftliche Mitarbeiter waren Tom Blank, Tilman Köllisch und Thomas Naplava. Die Durchführung der

des Stichprobendesigns war es, für eine relativ große Zahl von Stadtvierteln, die ein sehr breites Spektrum sozio-demographischer und siedlungsstruktureller Bedingungen abdecken, eine jeweils ‚repräsentative' Auswahl von Jugendlichen im schulpflichtigen Alter zu befragen, wobei der Zugang zu dieser Zielgruppe nicht über die Haushalte, sondern über die räumlich nahe gelegenen Schulen erfolgen sollte. Zunächst wurden zwei westdeutsche Städte, Köln und Freiburg, sowie einige ländliche Gemeinden im Freiburger Umland ausgewählt (zum folgenden siehe ausführlich Oberwittler 2003c). Beide Städte sind in kleinräumliche Verwaltungsbezirke von durchschnittlich ca. 4000 bis 5000 Einwohner eingeteilt, die im Folgenden Stadtviertel genannt werden. Zwar ist die Übernahme administrativer Gebietseinteilungen für soziologische Fragestellungen stets unbefriedigend, jedoch deuten die Ergebnisse einer im Rahmen des Projekts durchgeführten postalischen Bewohnerbefragung darauf hin, dass diese Verwaltungsbezirke relativ gut mit den subjektiven Raumvorstellungen der Bewohner übereinstimmen (Oberwittler 2003b). Aus pragmatischen Gründen wurden sodann in Köln ca. ein Drittel aller Stadtviertel bewusst ausgewählt, die räumlich zusammenhängende links- und rechtsrheinische Untersuchungsgebiete bilden. Ein Vergleich dieser Gebietsstichprobe mit der Grundgesamtheit aller Kölner Stadtviertel ergibt für eine Reihe sozio-demographischer Merkmale keine signifikanten Abweichungen, so dass angenommen werden kann, dass die Stichprobe eine gute Abbildqualität für die Gesamtstadt hat (Oberwittler 2003c: 12).[7] Alle 93 allgemeinbildenden Schulen, die in den ausgewählten Stadtvierteln bzw. Gemeinden oder in ihrer Nähe liegen, wurden gebeten, an der Schulbefragung teilzunehmen; 79 (85 Prozent) von ihnen waren dazu bereit. In Köln verweigerten allerdings alle ausgewählten Gesamtschulen die Teilnahme. Innerhalb der teilnehmenden Schulen wurde jeweils die Hälfte der Klassen in der 8. bis 10. Jahrgangsstufe zufällig ausgewählt, in denen dann Interviewer/-innen eine schriftliche Befragung im Klassenraum durchführten. Ca. 95 Prozent der befragten Jugendlichen waren zwischen 13 und einschließlich 16 Jahre alt. Für die Teilnahme war eine schriftliche Einverständniserklärung der Erziehungsberechtigten erforderlich. Während die räumlichen Gebietseinheiten bewusst ausgewählt wurden, handelt es sich auf der Befragtenebene um eine mehrstufige Zufallsauswahl. Die Ausschöpfungsquote innerhalb der ausgewählten Klassen (bezogen auf die offizielle Schülerzahl) beträgt insgesamt 86 Prozent und schwankt zwischen nur 52 Prozent in Kölner Sonderschulen und über 90 Prozent in den meisten Realschulen und Gymnasien. Am Ende der Interviews wurden die Befragten anhand ihrer Wohnadressen den jeweiligen Stadtvierteln zugeordnet. Ungefähr 4800 der insgesamt 6400 befragten Schüler wohnen innerhalb der definierten Gebietsstichprobe (5300 in einer weiter gefassten Variante), während die übrigen – insbesondere in Köln, wo die innerstädtische Mobilität zwischen Wohnsitz und Schule

Schulbefragung in Köln wurde vom Zentralarchiv für empirische Sozialforschung organisatorisch unterstützt. Eine Reihe technischer Berichte zu den Datenerhebungen und zu den gebildeten Skalen können auf der Website des Projekts abgerufen werden (http://www.iuscrim.mpg.de/forsch/oberwittler1.html).

7 In Freiburg wurden mit Ausnahme von fünf peripheren Stadtvierteln alle Stadtviertel berücksichtigt; ein weiteres Stadtviertel musste wegen einer schlechten Ausschöpfung bei der Schulbefragung ausgeschlossen werden. Im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald wurden vorrangig Gemeinden und zwei Städte südlich von Freiburg ausgewählt, die ein zusammenhängendes Gebiet bilden.

sehr hoch ist – weit über die Gebietsstichprobe hinaus verstreut wohnen und daher in den Mehrebenenanalysen nicht berücksichtigt werden. Zudem wurden viele benachbarte Stadtviertel unter Berücksichtigung ihrer sozio-demographischen Ähnlichkeit in zwei Stufen zu größeren Einheiten zusammengefasst, um eine Mindestzahl von etwa 20 bzw. 50 befragten Schülern pro Raumeinheit zu erreichen. So entstanden auf der zweiten Stufe in Köln aus 100 Stadtvierteln 34 zusammengelegte Gebietseinheiten, in Freiburg aus 32 Stadtvierteln 16 Gebietseinheiten, und im Freiburger Umland aus 16 Gemeinden 11 Gebietseinheiten. Dies ergibt insgesamt 61 Gebietseinheiten mit durchschnittlich ca. 80 befragten Jugendlichen, die im Folgenden der Einfachheit halber weiterhin Stadtviertel genannt werden sollen.

Angesichts der räumlich unscharfen Stichprobenziehung stellt sich die Frage, wie es um die Abbildqualität der realisierten Stichprobe für die jeweiligen Grundgesamtheiten – die 13- bis 16-jährige Wohnbevölkerung in den ausgewählten Stadtvierteln – bestellt ist. Dies lässt sich auf der Stadtviertelebene anhand einiger sozio-demographischer Merkmale überprüfen, für die sowohl Befragungsdaten als auch amtliche Daten vorliegen.[8] Die Korrelation zwischen der amtlichen Sozialhilfequote der 14- bis 17-jährigen Wohnbevölkerung und dem Anteil der Befragten, die bzw. deren Eltern Sozialhilfe empfangen, beträgt in der gesamten Stichprobe der 61 Stadtviertel r = .84 (Köln r = .83, Freiburg r = .80, Freiburger Umland r = .22). Die Korrelation zwischen dem amtlich gemessenen Anteil der nicht-deutschen Kinder in der Grundgesamtheit und dem Anteil der Befragten nichtdeutscher Herkunft beträgt insgesamt r = .92 (Köln r = .91, Freiburg r = .85, Freiburger Umland r = .92). Die auf beiden Seiten aus unterschiedlichen Indikatoren gebildeten Faktorscores der sozialen Benachteiligung[9] korrelieren in Köln mit r = .94 und in Freiburg mit r = .89 miteinander. Diese Ergebnisse sprechen für eine in sozio-demographischer Hinsicht sehr gute Abbildqualität der Stichprobe.

Ebenso kann mit Hilfe der amtlichen Daten geprüft werden, in welchem Umfang die Zusammenlegung benachbarter Stadtviertel zu einem unerwünschten ‚Einschleifen' der sozialräumlichen Unterschiede und damit auch zu einer Erhöhung der internen Heterogenität geführt hat. Hierfür wurden Gini-Koeffizienten der Ungleichverteilung für die ausgewählten Stadtviertel vor und nach der Zusammenlegung berechnet (Oberwittler 2003c: 26). In der Kölner Gebietsstichprobe sinkt der Gini-Koeffizient für die Sozialhilfequote der 14- bis 17-Jährigen durch die Zusammenlegung von 0,30 auf 0,29, in Freiburg von 0,31 auf 0,30; der Gini-Koeffizient der polizeilich registrierten

8 Ausführlicher Oberwittler (2003c: 34). Von den statistischen Ämtern der Städte Köln und Freiburg und vom Amt für Kinderinteressen der Stadt Köln sowie von den Gemeinden im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald wurden uns in großem Umfange kleinräumliche Sozial- und Strukturdaten zur Verfügung gestellt. Allen Beteiligten sei an dieser Stelle für ihre Unterstützung gedankt.

9 Amtliche Daten (Hauptkomponentenanalyse, Varianzanteil 86,3 Prozent): Prozent-Anteil nicht-deutsche Staatsangehörigkeit 0–14 Jahre (Ladung .94), Sozialhilfequote 0–18 Jahre (.95), Wohnfläche pro Einwohner (–.90); Schulbefragung (Hauptkomponentenanalyse, Varianzanteil 80,2 Prozent): mittleres höchstes Wegener-Berufsprestige der Eltern (Ladung –.97), Prozent-Anteil Sozialhilfe oder Arbeitslosigkeit des Haushaltsvorstandes ab 6 Monate Dauer (.86), Prozent-Anteil Vater oder Mutter (Fach-)Hochschulabschluss (–.83), Prozent-Anteil geringe Ausstattung mit Bildungsgütern (–.92).

Tatverdächtigen in der Altersgruppe 14 bis 20 Jahre sinkt in Köln von 0,22 auf 0,18. Der Verlust an sozialräumlicher Differenzierung erscheint demnach als relativ gering.[10]

Die zentrale Skala der Schulbefragung zur Messung der selbstberichteten Delinquenz umfasst 14 Items zum Schulschwänzen und zu strafbaren Handlungen, die häufige Formen der Jugenddelinquenz von Ladendiebstahl und Sachbeschädigung bis hin zu Einbruchsdiebstahl und Raub abdecken (vgl. Oberwittler et al. 2002). Für jedes Delikt wurden die Jugendlichen gefragt, ob sie es *jemals* begangen haben, *wie oft* sie es in den *letzten 12 Monaten* begangen haben, und falls zutreffend, wie oft ‚die Polizei etwas davon erfahren' hat. Die letzte Frage, die auch die Möglichkeit informeller Kontakte mit der Polizei einschliesst und daher nicht mit offiziellen Registrierungen gleichzusetzen ist, wurde auch mit dem Ziel gestellt, das Berichten trivialer Ereignisse zu vermeiden (Elliott und Huizinga 1989).[11] Aus den einzelnen Items wurden angelehnt an juristische Straftatbestände mehrere Subskalen sowie eine Gesamtskala (ohne Schuleschwänzen) gebildet, die jeweils als Prävalenzskalen (im letzten Jahr begangen/nicht begangen) und als Inzidenzskalen (im letzten Jahr n mal begangen) vorliegen.[12] Die Skalen ‚Gewaltdelikte' (Körperverletzung, Raub, Nötigung/Erpressung) und ‚schwere Diebstahlsdelikte' (Einbruch, Autoaufbruch, Diebstahl von Motorfahrzeugen) stehen in den nachfolgenden Analysen im Mittelpunkt. Wie bei Befragungen zur selbstberichteten Delinquenz üblich – insbesondere wenn nach schwerwiegenderen Formen gefragt wird –, sind diese Skalen sehr rechtsschief verteilt und weisen insbesondere sehr viele Nullwerte auf, so dass auch eine logarithmische Transformation keine echte Annäherung an die Normalverteilung bewirkt. Auch wenn die lineare Regression in der Regel robust auf Verletzungen der Normalverteilung reagiert, werde ich in diesem Beitrag Ergebnisse von negativen Binomial-Regressionen vorstellen, die für die Analyse seltener Ereignisse mit sehr schiefen Verteilungen angemessen ist (Osgood 2000; vgl. auch Enzmann et al. in diesem Band).

Der sozio-ökonomische Status (SES) der Eltern wurde durch mehrere Fragen nach dem höchsten Bildungsabschluss, dem zuletzt ausgeübten Beruf und der Arbeitslosigkeit bzw. dem Status als Sozialhilfeempfänger von mindestens sechsmonatiger Dauer operationalisiert. Die offenen Berufsangaben wurden nach der *International Standard Classification of Occupations* (ISCO) in der Fassung von 1968 (ILO 1968) vercodet und anschließend in Werte der Magnitude-Prestige-Skala (MPS) nach Wegener (1988) umgerechnet. Da die Angaben zu den Elternberufen von Befragten vor allem an Haupt- und Sonderschulen häufig sehr unpräzise waren und keinem ISCO-Wert zugeordnet werden konnten, wurde in einem zweiten Durchgang versucht, diesen Nennungen direkt einen Wert auf einer anhand der empirischen Verteilung der MPS-Skala gebildeten 4-stufigen Ordinalskala des Berufsprestiges zuzuordnen.[13] Für die letztlich ver-

10 Tatsächlich fällt der Rückgang des Gini-Koeefizienten deutlich grösser aus, wenn man die Stadtviertel zu der nächst-größeren amtlichen Raumebene (den dreistelligen ‚Stadtteilen') zusammenfasst.

11 Es wurde auch nach dem Wert des zuletzt gestohlenen oder geraubten Gegenstandes gefragt. 48 Prozent von ihnen waren 25 € oder mehr wert (N = 1064 Antworten, 160 fehlende Werte).

12 Für weitere Einzelheiten der Datenbereinigung und Ersetzung fehlender Werte sowie für den Wortlaut der Items siehe Blank et al. (2003: 55ff.).

13 Alle Vercodungen wurden von zwei Ratern vorgenommen; im Falle abweichender Codes entschied ein dritter Rater (Oberwittler und Blank 2003: 12).

wendete Skala des höchsten Berufsprestiges von Vater oder Mutter liegen in 95 Prozent der Befragten gültige Werte vor (Blank et al. 2003: 13).

Die ethnische Herkunft der Befragten wurde anhand des Geburtslandes der Eltern definiert. Wenn Vater *oder* Mutter in Deutschland geboren wurden, gelten die Befragten als ‚deutsch', wenn Vater *und* Mutter im Ausland geboren wurden, gelten sie als ‚nicht-deutsch'; dazu gehören auch Spätaussiedler aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion. In der gesamten Stichprobe sind 1250 Befragte (26 Prozent) nicht-deutscher Herkunft.

Die devianten Orientierungen der Jugendlichen wurden anhand einer drei Items umfassenden Skala zur Gewaltakzeptanz gemessen (*Tabelle A1* im Anhang). Um die Verbreitung devianter Orientierungen unter den Jugendlichen eines Stadtviertels zu messen, wurde der jeweilige Mittelwert dieser Skala durch Aggregierung auf die Stadtviertelebene gebildet. Dieser kann als kollektiver Prädiktor zusätzlich zur individuellen Gewaltakzeptanz in ein Mehrebenenmodell eingeführt werden.

In den 61 ausgewählten Stadtvierteln wurde im Frühjahr 2001 zudem eine postalische Bewohnerbefragung mit ca. 2500 Befragten zwischen 25 und 80 Jahren durchgeführt, bei der Aspekte der sozialen Organisation und des Sozialkapitals der Wohnquartiere erfragt wurden (vgl. Oberwittler 2003b).[14] Die vier Items umfassende Skala ‚kindbezogenes Sozialkapital' aus dieser Befragung dient hier zur Überprüfung der Hypothese, dass ein hohes Maß an kollektivem Sozialkapital Jugenddelinquenz reduziert.[15] Die Befragungsdaten werden durch amtliche Daten zur sozio-demographischen Struktur der Stadtviertel und zu den offiziellen polizeilichen Registrierungen von Jugendlichen ergänzt. Als Leitindikator der Konzentration sozialräumlicher Benachteiligungen wird die amtliche Sozialhilfequote der minderjährigen Bewohner (0 bis unter 18 Jahre) verwendet. Diese zeigt sehr hohe Zusammenhangswerte mit theoretisch relevanten Skalen sowohl der Schul- als auch der Bewohnerbefragung, die noch etwas höher ausfallen als bei einem aus vier Indikatoren gebildeten Faktorscore der sozialen Benachteiligung.[16] Dies lässt darauf schließen, dass die Sozialhilfequote der unter 18-Jährigen tatsächlich eine spezifische Betroffenheit von Kindern und Jugendlichen von Armut und sozialer Benachteiligung misst.

---

14 Die Stichprobe wurde zufällig aus den Einwohnermelderegistern gezogen. Die Ausschöpfungsquote lag in Köln bei 43 Prozent und in Freiburg und Freiburg-Land bei 60 Prozent. Für weitere Informationen siehe Oberwittler und Naplava 2002.

15 Die Items lauten: ‚Die Leute hier kennen die Kinder aus der Nachbarschaft'; ‚Die Eltern wissen, wer die Freunde ihrer Kinder sind'; ‚Dies ist kein guter Ort für Kinder, um groß zu werden'; ‚Hier gibt es Menschen, die ein Vorbild für Kinder sein können'. Die Reliabilität der Skala beträgt $\alpha = .70$, die ‚ökologische' Reliabilität auf der Stadtviertelebene $\lambda = .89$ (Oberwittler 2003b: 25).

16 Der Factorscore wurde neben der Sozialhilfequote der unter 18-Jährigen aus dem Anteil der Bewohner unter 14 Jahren mit nicht-deutscher Staatsangehorigkeit, dem Anteil der Wohnungen in 1- und 2-Familienhäusern und der Bevölkerungsdichte gebildet. Die in der Bewohnerbefragung gemessene Kriminalitätsfurcht korreliert mit r = .82 mit diesem Faktorscore und mit r = .88 mit dem Einzelindikator Sozialhilfequote; die ebenfalls in der Bewohnerbefragung gemessene beobachtete Jugendgewalt korreliert mit r = .73 mit dem Faktorscore und mit r = .83 mit dem Einzelindikator. Die in der Schulbefragung gemessene selbstberichtete schwere Delinquenz korreliert mit r = .62 mit dem Faktorscore und mit r = .67 mit dem Einzelindikator.

Für Köln und Freiburg liegen auch die polizeilichen Daten über registrierte Tatverdächtige vor.[17] Aus einem Individualdatensatz wurden über die räumliche Zuordnung der Wohnsitzadressen aller Tatverdächtigen zu den Stadtvierteln aggregierte Raten gebildet, die alters- und deliktspezifisch der jeweiligen Fragestellung angepasst werden können.[18]

II. Ergebnisse

1. Korrelationen und Validität der selbstberichteten Delinquenz auf der Stadtviertelebene

Ein sinnvoller Ausgangspunkt für die Untersuchung sozialräumlicher Einflussfaktoren auf Jugenddelinquenz ist die ‚klassische' Aggregatdatenanalyse, die einen ersten Überblick über die innerstädtische Verteilung der Delinquenz und über deren Zusammenhänge mit Indikatoren der sozialen Benachteiligung geben kann. Anhand der offiziellen polizeilichen Daten ist es zudem möglich, Hell- und Dunkelfelddaten miteinander zu vergleichen und so die Angaben der befragten Jugendlichen über ihre Polizeikontakte extern zu validieren. Dies kann zur Klärung der wichtigen und naturgemäß schwierigen Frage beitragen, inwiefern die Selbstberichte von Jugendlichen über strafbares Handeln realistisch sind oder ob hierbei die Delinquenz beispielsweise in sozial benachteiligten Stadtvierteln unter- oder überberichtet wird. Für diesen Vergleich wurden Raten der polizeilichen Registrierung gebildet, die hinsichtlich der Altersgruppen (13- bis 16-Jährige), der Deliktgruppen und des Tatzeitraumes (12 Monate vor der Befragung) exakt an die Definitionen der Befragungsdaten angepasst sind. Der entscheidende Unterschied zur *individuellen* Validierung von Befragtenangaben liegt darin, dass hier Eigenschaften von Kollektiven verglichen werden und Rückschlüsse auf Individuen nicht mehr ohne weiteres zulässig sind.[19] Der Unterschied der Mehrebenenanalyse zur individuellen Datenanalyse ist jedoch gerade, dass hier auch Aussagen über Kollektive gemacht werden sollen.

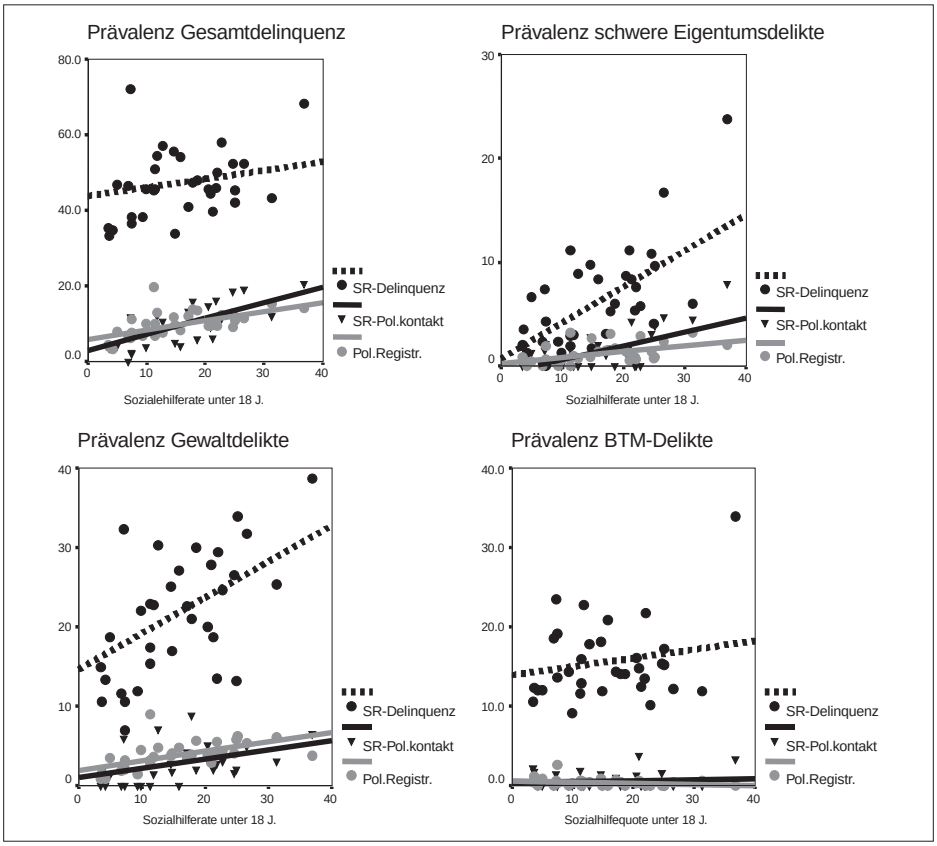
Die bivariate Korrelation zwischen den Prävalenzraten der selbstberichteten und offiziellen Polizeikontakte für die Gesamtskala der Delinquenz liegt mit r = 0.56 in Köln und r = .74 in Freiburg niedriger als die oben berichteten Korrelationen der Statusindikatoren. Für die einzelnen Deliktgruppen fallen sie sogar noch niedriger aus und

17 Die polizeilichen Daten wurden vom Polizeipräsidium Köln und vom Landeskriminalamt Baden-Württemberg zur Verfügung gestellt, deren Unterstützung hier dankend anerkannt wird.

18 Dabei konnten ca. 3,5 Prozent der Wohnsitzadressen der in Köln gemeldeten Tatverdächtigen nicht zugeordnet werden.

19 So ist es denkbar, dass sich unter- und übertriebene Angaben zu den Polizeikontakten auf der Aggregatebene tendenziell gegenseitig neutralisieren. Zudem besteht das grundsätzliche Problem, dass von der Validität der Selbstberichte über offiziell bekannt gewordene Delikte nicht automatisch auf die Validität der Selbstberichte über solche Delikte geschlossen werden kann, die *nicht* ins Hellfeld gelangt sind (Bowling 1990: 484); doch existiert für die Dunkelfelddelinquenz kein besseres externes Validierungskriterium. Über Ergebnisse einer externen Validierung auf der Individualdatenebene berichten Köllisch und Oberwittler (zur Veröffentlichung angenommen).

Abbildung 2: Streudiagramme und Regressionsgeraden des Zusammenhangs der Prävalenzraten selbstberichteter Delinquenz, selbstberichteter und offizieller Polizeikontakte mit der Sozialhilfequote der unter 18-Jährigen (13- bis 16-Jährige, Köln 1999, N=33 zusammengefasste Stadtviertel, N = 2315 Befragte)



SR Delinquenz: selbstberichtete Delinquenz; SR Pol.kontakt: selbstberichtete Polizeikontakte; Pol.Registr.: offizielle Polizeiliche Registrierung als Tatverdächtiger.

sind beispielsweise beim schweren Diebstahl in Köln nicht signifikant. Der Grund hierfür liegt, wie es für seltene Ereignisse typisch ist, in den sehr niedrigen absoluten Fallzahlen, die hinter den Prävalenzraten stehen und die zu großen Zufallsschwankungen führen (vgl. Osgood 2000).[20] Demgegenüber sind die Zusammenhänge sowohl der selbstberichteten als auch der offiziellen Polizeikontakte mit der Sozialhilfequote der unter 18-Jährigen in Köln durchweg höher und in Freiburg zumindest annähend eben-

20 Über alle (abgefragten) Delikte werden in Köln durchschnittlich 38 Jugendliche pro Stadtviertel registriert, bei einfachen Diebstählen liegt der Durchschnitt bei 17,8 und bei Gewaltdelikten bei 14,9. Bei Betäubungsmitteldelikten sind es sogar nur durchschnittlich 1,1, bei Sachbeschädigungen 2,8 und bei schweren Diebstählen 4,2 Registrierungen.

so hoch wie die Korrelationen der Polizeikontakt-Raten untereinander.[21] Dies bestätigt zunächst den aus der älteren Forschung bekannten Befund, dass auf der räumlichen Aggregatebene deutliche negative Zusammenhänge zwischen dem durchschnittlichen Sozialstatus von Stadtvierteln und der Jugendkriminalität bestehen. Dieser Zusammenhang gilt allerdings nur für die Gruppe der deutschen Jugendlichen, während bei den Jugendlichen mit Migrationshintergrund weder in Köln noch in Freiburg ein signifikanter negativer, teilweise sogar ein erwartungswidriger positiver Zusammenhang zwischen dem durchschnittlichen Sozialstatus und Dunkel- und Hellfelddelinquenz feststellbar ist (Naplava 2004; Oberwittler 2003a).

Man kann den recht engen und gleichgerichteten Zusammenhang der selbstberichteten und offiziellen Polizeikontaktraten mit der Sozialhilfequote nutzen, um ähnlich wie bei der Methode der ‚instrumentellen Variablen'[22] mit Hilfe von Regressionsgleichungen *geschätzte* Werte der Prävalenzraten für die einzelnen Stadtviertel abzuleiten. Diese sind um die Zufallsschwankungen der beobachteten Werte bereinigt und lassen sich daher wesentlich besser miteinander vergleichen.[23] In *Abbildung 2* sind diese geschätzten Werte als Regressionsgeraden zusammen mit ihren Punktwolken, die die beobachteten Stadtviertelmittelwerte darstellen, für die Prävalenzraten der selbstberichteten und offiziellen Polizeikontakte sowie zusätzlich der selbstberichteten Delikte (mit und ohne Polizeikontakt) abgebildet. Bei der Betrachtung der Streudiagramme fällt zunächst der große Abstand zwischen den Prävalenzraten der selbstberichteten Delinquenz einerseits und der selbstberichteten und offiziellen Polizeikontakte andererseits ins Auge. Dies bestätigt die seit langem bekannte Tatsache, dass nur ein kleinerer Teil der Jugendlichen, die strafbare Delikte begehen, von der staatlichen Sozialkontrolle erfasst werden. Besonders groß ist diese Lücke zwischen Hell- und Dunkelfeld erwartungsgemäß bei den Betäubungsmitteldelikten (BTM), die äußerst selten polizeilich registriert werden. Zweitens ist zu erkennen, dass die beiden Regressionsgeraden der selbstberichteten und der offiziellen Polizeikontakte sehr nahe beieinander liegen. Dies ist ein entscheidender Hinweis auf die Validität der Befragungsergebnisse, denn beide sollten idealerweise dasselbe Phänomen messen. Allerdings fällt auf, dass die Steigerung der Regressionsgeraden der selbstberichteten Polizeikontakte für die Gesamtdelinquenz und für die schweren Diebstahlsdelikte größer ist als die der offiziellen Polizeikontakte – mit der Folge, dass die Prävalenzraten der selbstberichteten Polizeikontakte in den am wenigsten benachteiligten Stadtvierteln etwas unterhalb und in den sozial am stärksten benachteiligten Stadtvierteln deutlicher oberhalb der offiziellen Raten liegen. Dies könnte auf eine Untertreibungstendenz der Befragten in den ‚besseren' Vierteln

21 In Köln beträgt die Korrelation der Sozialhilfequote mit der Prävalenzrate der selbstberichteten Polizeikontakte (Gesamtskala) r = .74, mit der Prävalenzrate der offiziellen Polzeikontakte r = .76; in Freiburg lauten die entsprechenden Koeffizienten r = .70 bzw. r = .69.

22 Hierbei werden in Kausalmodellen die empirischen Werte einer erklärenden Variable durch geschätzte Werte ersetzt, die durch eine Regression dieser Variable auf andere, unabhängige Variablen gewonnen wurden, die mit der Zielvariablen des Kausalmodels nicht in Zusammenhang stehen (Bowden und Turkington 1990).

23 Bei der Berechnung der WLS-Regressionsmodelle (gewichtet mit der Zahl der in den Stadtvierteln wohnenden 13- bis 16-jährigen Jugendlichen) wurden sowohl das Vorkommen nichtlinearer Zusammenhänge als auch der Einfluss anderer sozialräumlich bedeutsamer Variablen geprüft; es gab jedoch keine Hinweise auf ihre Existenz.

und auf eine Übertreibungstendenz der Befragten in den sozialen Brennpunkten hindeuten (vgl. ausführlicher Köllisch und Oberwittler, im Erscheinen) Allerdings ist davon auszugehen, dass die Befragten auf Grund der Frageformulierung auch informelle Polizeikontakte berichtet haben, die nicht zu einer offiziellen Registrierung geführt haben, und es ist wahrscheinlich, dass solche informellen Polizeikontakte in den sozial benachteiligten Stadtvierteln häufiger sind als in den übrigen Stadtvierteln, da die Polizei hier stärker präsent ist und eher eine pro-aktive Strategie gegen Jugendkriminalität verfolgt. Diese informellen Polizeikontakte würden die höheren Werte in den sozialen Brennpunkten erklären.

Sehr ähnliche Ergebnisse zeigen sich auch, wenn man diesen Vergleichen anstelle der Prävalenzraten die Inzidenzraten zu Grunde legt, die auch die Häufigkeit der Delinquenz und der Polizeikontakte reflektieren. Die geschätzten Werte der Inzidenzraten der selbstberichteten und der offiziellen Polizeikontakte für schweren Diebstahl und für Gewaltdelikte sind praktisch deckungsgleich.[24] Für die Kölner Stadtviertel wird bei einer Sozialhilfequote der unter 18-Jährigen von 30 Prozent auf der Basis der Selbstberichte eine Inzidenzrate der Polizeikontakte deutscher Jungen im Alter von 13 bis 16 Jahren wegen schweren Diebstahls von 7,8 pro 100 Personen geschätzt, während diese Rate auf der Basis der offiziellen Polizeiregistrierungen bei 6,8 pro 100 Personen liegt. Für Stadtviertel mit einer niedrigen Sozialhilfequote von 5 Prozent liegen beide Schätzungen um 1 pro 100 Personen. Bei den Gewaltdelikten betragen die selbstberichteten und offiziellen Inzidenzraten in Stadtvierteln mit einer Sozialhilfequote von 30 Prozent übereinstimmend 8,5 pro 100 deutscher Jungen. Hier ist wiederum zu bedenken, dass bei Berücksichtigung der informellen Polizeikontakte auch eine etwas höhere selbstberichtete Inzidenzrate keinen Anlass zu der Vermutung geben würde, dass die Befragten ihre Polizeikontakte übertreiben.

Insgesamt kann man aus diesem Vergleich der verschiedenen Polizeikontaktraten den Schluss ziehen, dass die Angaben der Befragten insbesondere zu schweren Deliktformen auf der Stadtviertelebene über das ganze Spektrum der sozialräumlichen Bedingungen hinweg als recht valide erscheinen. Diese Schlussfolgerung basiert auf der – allerdings nicht überprüfbaren – Annahme, dass die Befragten, die ihre der Polizei bekanntgewordenen Delikte korrekt berichten, dies auch mit den übrigen, im Dunkelfeld verbliebenen Delikten tun. Wenn die Gefahr einer Verzerrungstendenz besteht, so scheint sie eher in die Richtung des Unterberichtens in den Stadtvierteln mit hoher sozialer Benachteiligung zu gehen. Dieses Ergebnis ist für die Interpretation der später präsentierten Mehrebenenmodelle sehr wichtig; denn es bedeutet, dass etwaige Kontexteffekte der räumlichen Konzentration sozialer Benachteiligungen mit den vorliegenden Befragungsdaten eher konservativ geschätzt würden.

24 Auf Grund der abweichenden Ergebnisse der nicht-deutschen Befragten ist dieser Vergleich auf die Gruppe der deutschen Jungen beschränkt. Jungen haben bei diesen Deliktgruppen erheblich höhere Raten als Mädchen.

2. Mehrebenenanalyse der sozialräumlichen Kontexteffekte auf schwere Jugenddelinquenz

a) Individuelle und kollektive Varianzanteile. Nach diesen ersten Auswertungen auf der Stadtviertelebene sollen nun die beiden Perspektiven der kollektiven *und* der individuellen Einflussfaktoren auf Jugenddelinquenz in der Mehrebenenanalyse zusammengeführt werden. Der erste Schritt bei Mehrebenenanalysen besteht in der Regel in der Berechnung des so genannten ‚leeren Modells' oder ‚Nullmodells' ohne erklärende Variablen, um vergleichbar einer konventionellen Varianzanalyse zu prüfen, ob ein signifikanter Varianzanteil der abhängigen Variable der Aggregatebene zuzurechnen ist (Raudenbush und Bryk 2002: 69). Der Koeffizient der Intraklassenkorrelation (ICC), der aus dem Verhältnis der Varianzanteile auf der individuellen (Level 1) und der Aggregatebene (Level 2) berechnet wird, gibt an, wie groß die Gemeinsamkeit zwischen den Befragten in einer Gruppe ist. Dieser Wert markiert zugleich die maximale Größe eines potenziellen Kontexteffekts. Wenn bereits hier *kein* signifikanter Varianzanteil auf der Aggregatebene feststellbar ist, so erübrigt sich die weitere Anwendung der Mehrebenenanalyse. Denn dies würde bedeuten, dass die abhängige Variable nur durch individuelle Einflussfaktoren erklärt werden kann. Auf der Intraklassenkorrelation aufbauend gibt der Koeffizient Lambda unter Berücksichtigung der durchschnittlichen Anzahl der Befragten pro Gruppe das Maß der so genannten ‚ökologischen Reliabilität' an, die die Ähnlichkeit zwischen den Befragten innerhalb des Stadtviertels reflektiert, ähnlich wie Cronbachs Alpha die Reliabilität von Skalen anhand der Anzahl und Ähnlichkeit ihrer Items misst (Raudenbush und Sampson 1999).

Für die Inzidenzskala der selbstberichteten schweren Delinquenz (Gewalt- und schwere Diebstahlsdelikte) aller Befragten im gesamten Untersuchungsgebiet ergibt das leere Modell einen ICC von 2,1 Prozent (*Tabelle 1*).[25] Dieser Wert liegt im unteren Bereich der aus den USA bekannten Forschungsergebnisse und scheint die Erfahrung zu bestätigen, dass sozialräumliche Kontexteffekte generell gering sind. Dieses Bild ändert sich allerdings dramatisch, wenn man die Gesamtstichprobe differenziert. Zum einen liegt der ICC für deutsche Befragte mit 4,7 Prozent mehr als doppelt so hoch, während nicht-deutsche Befragte keinen signifikanten Varianzanteil auf der Stadtviertelebene aufweisen. Hier spiegelt sich der oben berichtete Befund wider, dass die Delinquenz von nicht-deutschen Jugendlichen auf der Aggregatebene nicht die erwarteten Zusammenhänge mit sozialräumlicher Benachteiligung zeigt. Zum anderen beträgt der ICC für Befragte, deren Freunde überwiegend im eigenen Stadtviertel wohnen, 4,4 Prozent, während Befragte, deren Freunde überwiegend in anderen Stadtvierteln wohnen, keinen signifikanten Varianzanteil auf der Aggregatebene aufweisen.[26] Bildet man die Gruppe der Befragten, die deutscher Herkunft sind *und* deren Freunde überwie-

25 Die leeren Modelle für *Tabelle 3* wurden anders als die späteren Modelle mit *linearen* Regressionen für normal verteilte abhängige Variablen berechnet, da für die Berechnung von ICCs in nicht-linearen Regressionsmodellen noch keine allgemein verbreiteten und praktikablen Methoden existieren. Die Inzidenzraten wurden hierzu log-transformiert.

26 Diese Unterscheidung basiert auf der Frage: ‚Wie viele Deiner Freunde wohnen in Deinem Stadtviertel?', wobei jeweils die Antwortkategorien ‚alle'/‚viele' und ‚wenige'/‚keine' zusammengefasst wurden.

Tabelle 1: Intraklassenkorrelation und ökologische Reliabilität der selbstberichteten Delinquenz (Inzidenzraten) nach Migrationshintergrund und räumlicher Nähe der Freunde (MPI-Schulbefragung 1999/2000)

	Alle		**Freunde im SV[a]**		**Freunde nicht im SV[b]**	
	ICC (%)	λ	ICC (%)	λ	ICC (%)	λ
A schwere Delinquenz (gemeinsamer Index B+C)						
Alle	2,1	.61	4,4	.63	*0,5*	*.15*
Deutsche	4,7	.71	10,5	.74	*0,2*	*.06*
Nicht-Deutsche	*0,7*	*.13*	*1,3*	*.13*	*3,5*	*.23*
B schwere Diebstahlsdelikte						
Alle	2,0	.60	3,5	.58	*0,6*	*.19*
Deutsche	4,4	.70	7,9	.68	1,1	.22
Deutsche, Stichprobe Köln	6,4	.73	6,6	.60	6,5	.54
Deutsche, Stichprobe Freiburg/-Land	2,7	.66	9,4	.75	*0,1*	*.04*
C Gewaltdelikte						
Alle	1,6	.55	3,5	.58	*0,2*	*.06*
Deutsche	3,0	.61	8,1	.68	*0,0*	*.00*
Deutsche, Stichprobe Köln	3,5	.60	7,4	.63	*0,1*	*.01*
Deutsche, Stichprobe Freiburg/-Land	1,7	.54	7,2	.70	*0,1*	*.02*

‚Leere Modelle' berechnet in HLM 5. *Kursiv: nicht signifikant (p > 0,05)*; alle übrigen Werte: p < 0,05.

SV = Stadtviertel; ICC: Koeffizient der Intraklassenkorrelation; α: ökologische Reliabilität.

[a] „alle" oder „viele" Freunde wohnen im eigenen Stadtviertel (54,0 Prozent der Gesamtstichprobe).

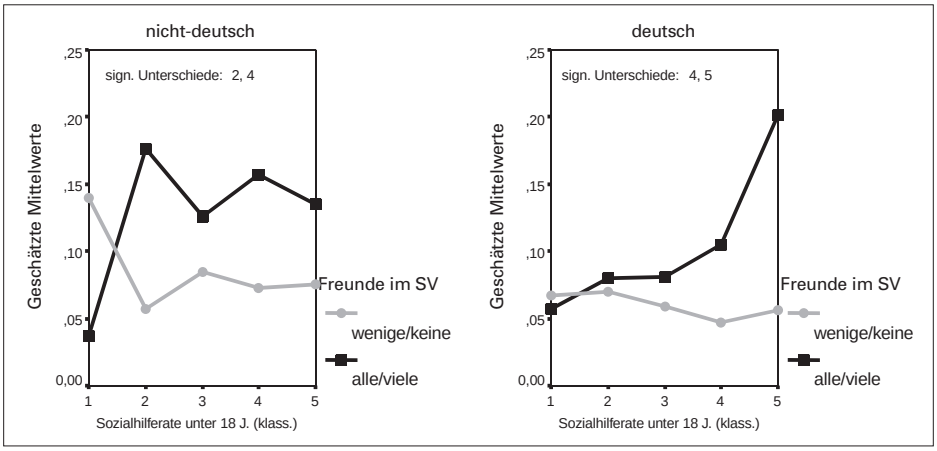
[b] „wenige" oder „keine" Freunde wohnen im eigenen Stadtviertel (46,0 Prozent der Gesamtstichprobe).

gend im eigenen Stadtviertel wohnen, so steigt der ICC sogar auf 10,5 Prozent, was ein erhebliches Potenzial für Stadtvierteleffekte signalisiert. In den Abschnitten B und C von *Tabelle 1* werden diese Befunde weiter für Gewalt- und schwere Diebstahlsdelikte sowie für Köln und Freiburg Stadt/Land ausdifferenziert, wobei sich übereinstimmende Muster zeigen. Die ICCs der deutschen Befragten liegen mehr als doppelt so hoch wie die der Gesamtstichprobe (was zugleich bedeutet, dass die in *Tabelle 1* nicht mehr berichteten ICCs der nicht-deutschen Befragten vernachlässigbar sind), und die ICCs der Befragten, deren Freunde überwiegend nicht im eigenen Stadtviertel wohnen, sind mit einer Ausnahme nicht-signifikant, während die ICCs der deutschen Befragten mit räumlich nahen Freundesnetzwerken zwischen ca. 7 Prozent und 9 Prozent liegen. Über ähnliche Ergebnisse einer Mehrebenenanalyse der US-amerikanischen PSID-Daten[27] berichtet Turley (2003); hier zeigten sich keine Anzeichen von Kontexteffekten für afro-amerikanische Kinder und für solche, deren Eltern nur wenige Kinder aus ihrem Stadtviertel mit Namen kannten.

Diese Ergebnisse weisen auf Interaktionseffekte zwischen individuellen Merkmalen – räumliche Nähe der Freunde und Ethnizität – und dem sozialräumlichen Kontext hin, die in *Abbildung 3* graphisch dargestellt werden. Die Linien zeigen die geschätzten Inzidenzwerte der schweren Delinquenz für vier Kombinationen aus Migrationshinter-

27 Panel Study of Income Dynamics, Child Development Supplement.

Abbildung 3: Geschätzte Inzidenzraten[a] der selbstberichteten schweren Delinquenz deutscher und nicht-deutscher Jugendlicher nach sozialräumlicher Benachteiligung und räumlicher Ausrichtung des Freundeskreises (MPI-Schulbefragung 1999/2000, N = 5453 Befragte)



Freunde im SV = Wohnsitz der Freunde im eigenen Stadtviertel.

[a] ANOVA mit Kovariaten (Alter, Geschlecht, elterlicher Berufsstatus, Familienform, Sozialhilfe/Arbeitslosigkeit ab 6 Monaten Dauer). R^2 = 9,3 Prozent, Interaktionseffekte: Sozialhilferate × räumliche Ausrichtung des Freundeskreises: F = 6,9, p < 0,001; Sozialhilferate × räumliche Ausrichtung des Freundeskreises × Migrationshintergrund F = 4,5, p = 0,004. Diagnostik deutet auf starke Heteroskedaszidität hin.

grund und räumlicher Ausrichtung des Freundeskreises unter Kontrolle weiterer individueller Merkmale der Befragten.[28] Die Stadtviertel wurden hier nach der Sozialhilfequote der unter 18-Jährigen in Quintile eingeteilt, wobei die oberste Gruppe nur die extrem benachteiligten Stadtviertel ab einer Sozialhilfequote von ca. 25 Prozent umfasst. Der Linienverlauf für die nicht-deutschen Befragten zeigt einen unklaren Trend, der wiederum der Erwartung einer mit der sozialräumlichen Benachteiligung ansteigenden Delinquenz widerspricht. Für die Gruppe der deutschen Befragten zeigt sich dagegen ein sehr klarer Interaktionseffekt der räumlichen Ausrichtung des Freundeskreises auf den Zusammenhang von sozialräumlichen Benachteiligung und Delinquenz, der den hohen ICC-Wert bestätigt. Für Jugendliche, deren Freunde nicht im eigenen Viertel wohnen, steigt die Delinquenz mit der sozialräumlichen Benachteiligung nicht an; für die anderen dagegen zeigt sich ein deutlicher Anstieg, der vor allem in den am stärksten benachteiligten Vierteln dramatisch ist.

Die zentrale Bedeutung, die der räumlichen Ausrichtung der Freundesnetzwerke zukommt, legt die Interpretation nahe, dass der Stadtviertelkontext für Jugendliche nur dann bedeutsam ist, wenn ihre Freunde im selben Stadtviertel wohnen; wenn nicht, dann ist der Stadtviertelkontext offenbar völlig bedeutungslos – zumindest der, in dem die Jugendlichen wohnen, wie in beinahe allen Studien angenommen wird! Das wird durch ein weiteres, nicht überraschendes Ergebnis der Befragung unterstützt: Je weni-

28 Siehe Fussnote zu *Abbildung 3*.

ger Freunde im eigenen Stadtviertel wohnen, desto weniger Freizeit verbringen die Jugendlichen dort (Kendall's tau-b –.26, $p < 0{,}001$).[29] Dementsprechend unterliegen sie natürlich auch weniger den Kontexteinflüssen des eigenen Wohnquartiers. Dieses zunächst banal erscheinende Ergebnis könnte eine erhebliche Bedeutung für die theoretische Interpretation sozialräumlicher Kontexteffekte auf jugendliches Verhalten haben. Es scheint ein starkes Argument für Erklärungsansätze in der Tradition der differenziellen Assoziation zu sein, die die Bedeutung der Gleichaltrigen betonen und gegen eine allzu große Reichweite der Desorganisationstheorie zu sprechen. Weit entfernt davon, passive ‚Reaktionsdeppen' (von Trotha 1997) zu sein, entscheiden Jugendliche mit der Ausrichtung ihrer Freundesnetzwerke selbst über die Rolle, die der sozialräumliche Kontext ihres Stadtviertels in ihren Alltagsroutinen und ihrem Verhalten spielt. In der gleichen Zielrichtung betont Arum (2000: 402), ‚that an individual's community is actually both created and defined by an individual's specific social relationships'.

b) Determinanten der räumlichen Orientierung der Freundeskreise. Wegen seiner großen Bedeutung für die Existenz potenzieller Stadtvierteleffekte möchte ich diesen Aspekt hier weiter vertiefen. Was beeinflusst die Jugendlichen bei der räumlichen Ausrichtung ihrer Freundeskreise? Diese Frage kann mit Hilfe einer logistischen Regression zumindest teilweise beantwortet werden, bei der die überwiegende Ausrichtung des Freundeskreises auf das eigene bzw. auf andere Stadtviertel die dichotome Zielvariable bildet (siehe *Tabelle 2*, Modell 1). Jugendliche, die innerhalb der letzten drei Jahre neu in ihr Stadtviertel gezogen sind – dies trifft auf ca. jeden sechsten bis siebten Befragten zu –, haben eine um ca. 70 Prozent niedrigere Chance[30], dass ihre Freunde im selben Viertel wohnen. Offenbar erhalten die meisten dieser Jugendlichen weiterhin ihre Freundschaften im alten Wohnquartier aufrecht. Auch die räumliche Entfernung zur Schule hat einen hoch signifikanten Einfluss auf die Freundeswahl: Die Zunahme der Entfernung um eine Standardabweichung führt zu einer Abnahme der Chance um ca. 20 Prozent, dass die Freunde überwiegend im eigenen Stadtviertel wohnen. Mädchen haben einen räumlich weitaus offeneren Freundeskreis als Jungen. Jugendliche aus Ein-Eltern-Familien haben deutlich häufiger Freunde in anderen Stadtvierteln als Jugendliche aus vollständigen Familien. Schließlich sind auch ein hoher Berufs- und noch mehr Bildungsstatus der Eltern positiv mit einer räumlichen Ausweitung der Freundeskreise auf andere Stadtviertel verbunden. Dagegen haben weder das Alter noch die ethnische Herkunft einen messbaren Einfluss, und auch Jugendliche, deren Eltern längere Zeit von Arbeitslosigkeit oder Sozialhilfe betroffen sind, sind dadurch in der Freundeswahl nicht signifikant häufiger auf ihr eigenes Stadtviertel beschränkt. Dieses Ergebnis widerspricht dem anderer Studien (Neuberger 1997).

Im zweiten Modell (*Tabelle 2*) werden zusätzlich zu diesen sozio-demographischen Hintergrundvariablen weitere Einflussfaktoren berücksichtigt. Nun zeigt sich, dass auch die besuchte Schulform einen bedeutenden Einfluss hat. Hauptschüler haben gegenüber Gymnasiasten eine um 90 Prozent höhere Chance, dass ihre Freunde überwie-

29 Prozentanteil der Befragten, die auf die Frage: ‚Wo hälst Du Dich in Deiner Freizeit überwiegend auf?' bei der Antwortvorgabe ‚in meinem eigenen Stadtviertel' mit ‚oft' (vs. ‚selten' oder ‚nie') geantwortet haben.

30 ‚Chance' wird hier im Sinne der statistischen Odds verwendet.

Tabelle 2: Logistische Regression zur Erklärung der räumlichen Nähe der Freundschaften (‚alle' oder ‚viele' der Freunde wohnen im eigenen Stadtviertel; MPI-Schulbefragung 1999/2000, Köln, N = 1754 Befragte)

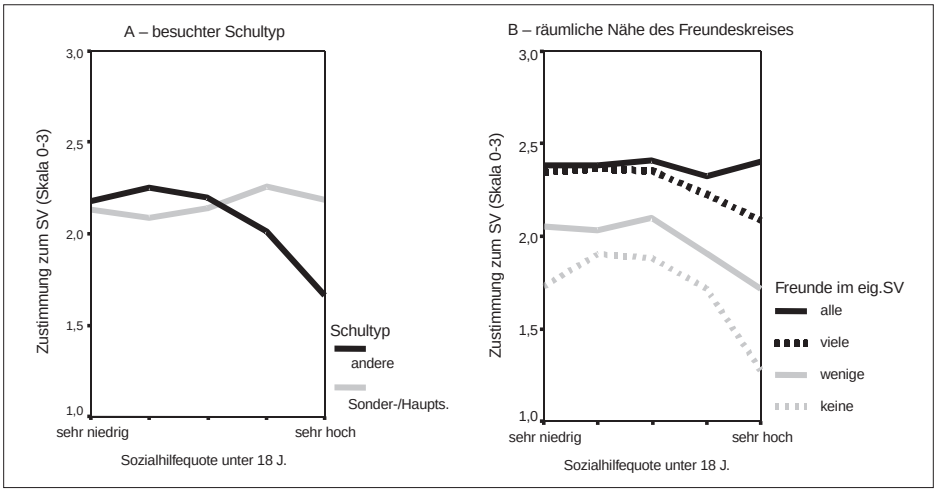
	Modell 1			Modell 2		
	Exp(β)	Wald	Sign.	Exp(β)	Wald	Sign.
Vor maximal 3 Jahren zugezogen	0,34	36,3	0,000	0,32	36,3	0,000
Entfernung zur Schule in km (log.)[a,b]	0,79	17,4	0,000	0,77	19,3	0,000
Anzahl Jugendlicher im Stadtviertel (log.)[a,c]	1,25	16,7	0,000	1,23	13,0	0,000
Geschlecht *(Referenz: männlich)*	0,58	24,1	0,000	0,77	3,8	0,050
Alter[a]	0,99	0,1	0,815	0,89	3,9	0,048
Berufsprestige (Referenz: sehr hoch)		5,8	0,120		2,6	0,460
sehr niedrig	1,42	2,6	0,104	1,16	0,4	0,549
niedrig	1,56	4,8	0,029	1,36	2,1	0,147
hoch	1,18	0,8	0,379	1,19	0,8	0,374
elterlicher Hochschulabschluss	0,69	6,6	0,010	0,83	1,5	0,227
Arbeitslosigkeit/Sozialhilfe > 5 Monate	1,30	2,1	0,152	1,29	1,7	0,191
Familienform (Ref.: biologisch vollständig)						
Ein-Eltern-Familie	0,68	5,8	0,016	0,64	6,9	0,009
Stiefelternfamilie	1,27	1,5	0,225	1,06	0,1	0,797
keine Eltern	0,96	0,0	0,949	0,92	0,0	0,885
Migrationshintergrund (Ref.: einheimisch deutsch)						
GUS-Staaten	0,88	0,2	0,696	0,86	0,2	0,658
Polen, Rumänien	0,75	1,4	0,238	0,76	1,2	0,276
Türkei	1,65	2,0	0,155	1,32	0,6	0,460
EU-Südstaaten, ex-Jugosl., Albanien	1,13	0,4	0,554	1,12	0,3	0,595
Sonstige	0,96	0,1	0,746	0,88	0,7	0,393
Schulform (Ref.: Gymnasium)					13,2	0,004
Sonderschule				1,10	0,1	0,733
Hauptschule				1,91	12,0	0,001
Realschule				1,27	2,2	0,137
Vereinsmitgliedschaft *(Referenz: nein)*				1,49	9,7	0,002
Freizeitorientierung „Action"[a]				1,56	47,6	0,000
Freizeitorientierung „Kreativ"[a]				0,83	7,6	0,006
Gewalttoleranz (quadr.)[a]				1,12	2,9	0,087
Konstante	1,44	3,476	0,062	0,88	0,3	0,59
–2LL		1921,1			1807,9	
Cox & Snell R^2		10,8%			17,2%	

[a] z-transformiert.
[b] Geometrische Entfernung zwischen der Schule und der Mittelpunktkoordinate des Wohnsitz-Stadtviertels.
[c] Amtliche Daten.

241 (13,7 Prozent) fehlende Werte, halbierte Fallzahl durch Sample Split.

gend in ihrem eigenen Stadtviertel wohnen. Hierbei ist zu beachten, dass dies *unter Kontrolle* des durchschnittlich etwas kürzeren Schulwegs der Hauptschüler gilt.[31] Demnach scheint bei Hauptschülern nicht nur das Angebot an Schulkameraden, die in der Nähe wohnen, sondern auch die selektive *Nachfrage* nach solchen ‚lokalen' Freunden größer zu sein als bei anderen Jugendlichen. Auch die Mitgliedschaft in Vereinen erhöht die Chance auf einen räumlich nahen Freundeskreis, ebenso wie ein Freizeitstil, der stark auf ‚Action' ausgerichtet ist, während eine ‚kreative' Freizeitorientierung in die entgegengesetzte Richtung wirkt. Ein ‚Action'-orientierter Freizeitstil beinhaltet die Präferenz für Ausgehen (ins Kino, in die Disco und in Kneipen gehen), sich mit Freunden auf der Straße treffen und mit Mopeds/Motorrollern herumfahren; ein auf Kreativität gerichteter Freizeitstil beinhaltet die Präferenz für Hochkultur, für kreative Hobbys und für Briefe oder Tagebuch schreiben (für die Dokumentation der Skalen siehe Blank et al. 2003: 34). Die Gewaltakzeptanz hat darüber hinaus keine signifikante Bedeutung.

Abbildung 4: Der Einfluss des besuchten Schultyps (A) und der räumlichen Nähe des Freundeskreises (B) auf den Zusammenhang zwischen der sozialräumlichen Benachteiligung und der Zustimmung zum Stadtviertel (MPI-Schulbefragung 1999/2000, N = 5453 Befragte)



Der idealtypische Jugendliche, dessen Freundeskreis eher auf das eigene Stadtviertel bezogen ist, ist demnach männlich, Hauptschüler, bevorzugt ‚Action'-orientierte Freizeitbeschäftigungen, wohnt relativ nah zur Schule und ist in den letzten Jahren nicht über die Stadtviertelgrenzen hinaus umgezogen. Es deutet sich an, dass neben strukturellen Faktoren auch die Präferenzen der Jugendlichen eine Rolle bei der räumlichen Orien-

31 Auf der Basis der Kölner Befragungsergebnisse haben 35 Prozent der Hauptschüler und 52 Prozent der Gymnasiasten einen Schulweg von mehr als 2 km. Die Entfernung bezieht sich auf die geometrische Distanz zwischen den Gauss-Krüger-Koordinaten der Schule und des Mittelpunkts des Stadtviertels, in dem die Befragten wohnen.

tierung der Freundeskreise spielen. Eine wichtige Frage ist beispielsweise, wie Jugendliche in den sozialen Brennpunkten auf das dort vorhandene Ausmaß an devianter Subkultur reagieren. Ist die räumliche Ausrichtung des Freundeskreises auch ein Ausdruck der Akzeptanz oder aber der Distanzierung von diesem subkulturellen Kontext? Die Befragungsdaten erlauben hierzu einige explorative Beobachtungen, die auf Interaktionseffekte zwischen individuellen Eigenschaften der Befragten und ihrem Stadtviertelkontext schließen lassen *(Abbildung 4)*. In der linken Graphik ist erkennbar, dass Sonder- und Hauptschüler konstant hohe Zustimmungswerte zu ihrem Stadtviertel zeigen – unabhängig von dem Grad der sozialräumlichen Benachteiligung –, während Realschüler und Gymnasiasten in den Stadtvierteln mit sehr hoher sozialräumlicher Benachteiligung deutlich unzufriedener sind.[32] Die Zufriedenheit mit dem Stadtviertel hängt wiederum sehr eng mit der Wahl der Freunde zusammen: Je mehr Freunde im eigenen Stadtviertel wohnen, desto besser gefällt es einem dort (Kendall's tau-b .23, $p < 0{,}001$), oder anders herum formuliert: Je höher die Zustimmung zum Stadtviertel, desto eher sucht man sich dort Freunde. In dieser zweiseitigen Perspektive kann man die Linienverläufe in *Abbildung 4* so interpretieren, dass die Jugendlichen mit einer hohen Stadtviertelzufriedenheit auch in den sozial benachteiligten Stadtvierteln lokale Freundeskreise bevorzugen, während hier gleichzeitig der Zusammenhang zwischen geringer Stadtviertelzufriedenheit und Freundeswahl außerhalb des eigenen Viertels besonders eng ist – viel enger als in allen anderen Stadtvierteln. Beide Graphiken zeigen zudem nicht-lineare Trends, dass heißt, dass diese Effekte erst ab einer hohen Konzentration sozialräumlicher Benachteiligung auftreten. Ähnliche Ergebnisse zeigen sich bei dem Zusammenhang zwischen Stadtviertelzufriedenheit und Freundeswahl einerseits und dem Unsicherheitsgefühl im Wohngebiet andererseits: Während sich Jugendliche mit einem lokalen Freundeskreis und einer hohen Zustimmung zum Stadtviertel auch in den sozialen Brennpunkten kaum unsicherer fühlen als in den wenig benachteiligten Stadtvierteln (Kendall's tau-b .06, $p = 0{,}006$ bzw. .08, $p < 0{,}001$), nimmt das Unsicherheitsgefühl bei den anderen Jugendlichen mit der sozialräumlichen Benachteiligung deutlich zu (tau-b .21, $p < 0{,}001$ bzw. .29, $p < 0{,}001$). Diese Unterschiede sprechen zusammen genommen für eine Polarisierung der Jugendlichen in den sozialen Brennpunkten in ‚Anhänger' und ‚Gegner' ihres Viertels, in solche, die sich an die sozialen Zustände im Viertel adaptieren, und solche, die sich von ihnen distanzieren.

Detailliertere Untersuchungen und auch ethnographische Studien könnten diese Vermutungen möglicherweise erhärten und mehr Licht in die ‚Anpassungsstrategien' von Jugendlichen in sozial benachteiligten Stadtviertel bringen.[33] Die empirischen Beobachtungen lassen jedenfalls Raum für die Annahme, dass in der Auseinandersetzung der Jugendlichen mit ihrem Wohnquartier ein Element der Wahl und damit der Selbstselektion enthalten ist. In den sozialen Brennpunkten führt dies offenbar dazu, dass viele Jugendliche mit höherem Bildungsstatus ihr Stadtviertel kritischer beurteilen und ihre Aktionsräume in andere Viertel verlagern, während die übrigen Jugendlichen die sozialräumlichen Verhältnisse vor ihrer Haustür akzeptieren und sich weitgehend

32 Die Zufriedenheit mit dem Stadtviertel wurde mit der Frage: ‚Wie gefällt es dir insgesamt in deinem Stadtviertel?' mit einer vierstufigen Skala gemessen.

33 Vgl. Anderson (1999). Die einschlägige deutsche Literatur (z.B. Dangschat 1996; Mansel und Brinkhoff 1998) liefert hierzu häufig holzschnittartige oder klischeebeladene Bilder.

lokal orientieren. Die pauschale Annahme einer für *alle* Jugendlichen in sozial benachteiligten Stadtvierteln wirksamen Einschränkung der räumlichen Orientierungen ist jedenfalls nicht berechtigt. Dies bedeutet in der Konsequenz, dass die soziale Segregation der Wohnsitze durch eine von den Jugendlichen selbst gesteuerte soziale Segregation ihrer sozialen Netzwerke und Aktionsräume ergänzt und noch übertroffen wird. Das unterstreicht noch einmal die Bedeutung der Gleichaltrigenbeziehungen für Wirkung sozialräumlicher Bedingungen auf Jugenddelinquenz. Methodisch gesehen ist der Einfluss des Kontextes dann jedoch – nicht anders als für delinquente Peers bekannt – eine schwer zu entwirrende Mischung aus Selbstselektion *und* Verstärkungseffekten. Dies gilt es bei der Interpretation der nun präsentierten Mehrebenenmodelle zu berücksichtigen.

c) Individuelle Effekte und Stadtvierteleffekte im Mehrebenenmodell. Im letzten Analyseschritt soll die Hypothese sozialräumlicher Kontexteffekte durch konzentrierte soziale Benachteiligung auf schwere Delinquenz von Jugendlichen durch die Berechnung von Mehrebenenmodellen – getrennt für Gewaltdelikte und schwere Diebstahlsdelikte – überprüft werden. Auf Grund der bisher gewonnenen Erkenntnisse wird die Stichprobe auf der Ebene der individuellen Befragten auf die Gruppe der deutschen Jugendlichen beschränkt, deren Freunde überwiegend im eigenen Stadtviertel wohnen, da sowohl die nicht-deutschen Befragten als auch die mit einem überwiegend in anderen Stadtvierteln verankerten Freundeskreis keine Anzeichen auf potenzielle Kontexteffekte gezeigt haben. Dadurch und durch den Ausschluss von sechs Stadtvierteln reduziert sich die Fallzahl von 4820 auf 1586 gültige Fälle.[34]

In das jeweils erste der beiden Modelle für die zwei Deliktgruppen werden zunächst die erklärenden Variablen auf der individuellen Ebene (Level 1) eingeführt (*Tabellen 3* und *4*, Modell 1). Dazu gehören Alter und Geschlecht, Familienform sowie verschiedene Indikatoren des elterlichen Sozialstatus. Diese sozio-demographischen Variablen sorgen für einen Rückgang der Level 2-Varianz der selbstberichteten Delinquenz gegenüber dem leeren Modell um 30 (schwerer Diebstahl) bzw. 25 Prozent (Gewaltdelikte).[35] Das bedeutet, dass – erwartungsgemäß – ein Teil des potenziellen Kontexteffekts verschwindet, sobald man die soziale Komposition der Befragten kontrolliert. Als besonders bedeutsam unter den sozio-demographischen Variablen erscheint das Aufwachsen in einer Stiefelternfamilie, das mit einem vierfach erhöhten Risiko für

34 Drei ländliche Gemeinden im Freiburger Umland werden ausgeschlossen, da die dort wohnenden Jugendlichen überwiegend in Freiburg zur Schule gehen und dadurch eine besondere Inkongruenz von Stadtviertel- und Schulkontext gegeben ist (Oberwittler und Köllisch 2003). Drei weitere Stadtviertel in Köln werden auf Grund der Residuenanalyse als Ausreißer ausgeschlossen. Da alle drei Stadtviertel wichtige Einzugsgebiete für diejenigen Gesamtschulen sind, die die Teilnahme an der Befragung verweigert haben und zugleich auffällig niedrige Werte der schweren Delinquenz aufweisen, steht zu vermuten, dass die nicht befragten Schüler dieser Gesamtschulen höhere Delinquenzwerte berichtet hätten als die tatsächlich befragten Schüler der anderen Schulformen in diesen drei Stadtvierteln (Oberwittler 2003c: 55). Durch den Ausschluss dieser sechs Stadtviertel verkleinert sich die Zahl der Befragten um ca. 150 Fälle; weitere 150 Fälle gehen durch den listenweisen Ausschluss fehlender Werte verloren.

35 Für die Berechnung aufgeklärter Varianzanteile in hierarchischen Regressionsmodellen siehe Raudenbush und Bryk (2002: 149).

Tabelle 3: Nichtlineare hierarchische Regressionen (negative Binomialverteilung) zur Erklärung der Inzidenz selbstberichteter schwerer Diebstahlsdelikte (MPI-Schulbefragung 1999/2000, nur deutsche Befragte, Freunde überwiegend im eigenen Stadtviertel, N = 1586 Befragte in N = 55 Stadtvierteln)

	Modell 1			**Modell 2**		
	unstand. β-Koeff.	t-Wert	Sign.	unstand. β-Koeff.	t-Wert	Sign.
Fixed effects – L1 (Befragte)						
Geschlecht *(Referenz: männlich)*	–1,51	–6,4	***	–1,51	–6,2	***
Alter[a]	0,18	2,1	*	0,17	1,9	+
Elterl. Hochschulabschluss	–0,08	0,3	n.s.	0,02	0,0	n.s.
Familienform (Ref.: biologisch vollständig)						
Ein-Eltern-Familie	0,57	2,6	**	0,48	2,2	*
Stiefelternfamilie	1,39	5,0	***	1,40	5,0	***
Keine Eltern	0,61	1,2	n.s.	0,76	1,2	n.s.
Berufsprestige (Ref.: sehr hoch)						
Sehr niedrig	–0,20	–0,4	n.s.	–0,28	–0,5	n.s.
Niedrig	–0,31	–0,8	n.s.	–0,29	–0,7	n.s.
Hoch	–0,26	–0,6	n.s.	–0,22	–0,5	n.s.
Arbeitslos/Sozialhilfe > 5 Monate	0,62	2,1	*	0,43	1,7	+
Gewalttoleranz (quadr.)[a]	0,66	7,9	***	0,64	7,4	***
Konstante	–1,64	–3,3	**	–1,77	–4,0	***
Fixed effects – L2 (Stadtviertel)						
Sozialhilfequote u. 18 J. (sqrt.)[a]	–			0,68	3,2	**
Mittelwert der Gewalttoleranz[a]				0,04	0,3	n.s.
Region (Referenz: Köln)						
Freiburg	–			0,48	1,7	+
FR-Umland	–			0,62	1,5	n.s.
	Var.comp.	χ^2	*Sign.*	*Var.comp.*	χ^2	*Sign.*
Random effect – Level 1 (r_{ij})	0,64	213,0	***	0,31	85,0	**
Random effect – Level 2 (u_{oj})	2,10			2,30		

*** p < 0.001; ** p < 0.01; * p < 0.05; + p < 0.10.

Listenweiser Ausschluss von 148 (8,5 Prozent) Fällen.

[a] z-transformiert.

schwere Diebstahlsdelikte verbunden ist.[36] Die ebenfalls auf der individuellen Ebene eingeführte Skala ‚Gewaltakzeptanz' sorgt im Modell zur Erklärung der selbstberichteten Gewaltdelikte (*Tabelle 4*) für eine weitere Reduktion der Level 2-Varianz um 40

36 Die Koeffizienten der negativen Binomial-Regression können wie bei einer logistischen Regression durch die Exponentialfunktion in Odds Ratios umgerechnet werden und geben dann die relative Veränderung der Häufigkeit der Deliktbegehung an. Der unstandardisierte Koeffizient von 1,39 für die Familienform ‚Stiefelternfamilie' gegenüber der biologisch ‚vollständigen Familie' bedeutet, dass die geschätzte Anzahl der Delikte (wenn alle anderen im Modell enthaltenden Prädiktoten den Wert 0 haben) um das Vierfache von $e^{-1,64} = 0,19$ auf $e^{-1,64+1,39} = 0,78$ ansteigt.

Tabelle 4: Nichtlineare hierarchische Regressionen (negative Binomialverteilung) zur Erklärung der Inzidenz selbstberichteter Gewaltdelikte (MPI-Schulbefragung 1999/2000, nur deutsche Befragte, Freunde überwiegend im eigenen Stadtviertel, N = 1586 Befragte in N = 55 Stadtvierteln)

	Modell 1			**Modell 2**		
	unstand. β-Koeff.	t-Wert	Sign.	unstand. β-Koeff.	t-Wert	Sign.
Fixed effects – L1 (Befragte)						
Geschlecht *(Referenz: männlich)*	–0,43	–2,9	**	–0,41	–2,9	**
Alter[a]	0,15	1,9	+	0,15	1,9	+
Elterl. Hochschulabschluss	0,15	0,7	n.s.	0,18	0,7	n.s.
Familienform (Ref.: biologisch vollständig)						
Ein-Eltern-Familie	0,33	1,7	+	0,28	1,4	n.s.
Stiefelternfamilie	0,40	2,5	*	0,40	2,6	**
Keine Eltern	0,36	1,0	n.s.	0,42	1,2	n.s.
Berufsprestige (Ref.: sehr hoch)						
Sehr niedrig	1,00	4,8	***	0,89	4,2	***
Niedrig	0,40	1,8	+	0,35	1,6	n.s.
Hoch	0,63	3,2	**	0,57	2,7	**
Arbeitslos/Sozialhilfe > 5 Monate	0,50	2,7	**	0,44	2,4	*
Gewalttoleranz (quadr.)[a]	0,74	15,4	***	0,73	14,3	***
Konstante	–1,02	–4,4	***	–0,97	–4,4	***
Fixed effects – L2 (Stadtviertel)						
Sozialhilfequote u. 18 J. (sqrt.)[a]	–			0,09	0,6	n.s.
Mittelwert der Gewalttoleranz[a]	–			0,16	2,1	*
Region (Referenz: Köln)						
Freiburg	–			–0,24	–1,6	n.s.
FR-Umland	–			0,02	0,0	n.s.
	Var.comp.	χ^2	*Sign.*	*Var.comp.*	χ^2	*Sign.*
Random effect – Level 1 (r_{ij})	0,16	95,0	**	0,14	80,0	**
Random effect – Level 2 (u_{oj})	5,5			5,5		

*** p > 0.001; ** p > 0.01; * p > 0.05; + p > 0.10.

Listenweiser Ausschluss von 148 (8,5 Prozent) Fällen.

[a] z-transformiert.

Prozent, so dass hier weniger als die Hälfte des ursprünglichen Umfangs des potenziellen Stadtvierteleffekts übrig bleibt; bei der schweren Diebstahlsdelinquenz bleibt dieser Rückgang dagegen aus.[37]

37 Die Skala ‚Gewaltakzeptanz' korreliert eng mit der selbstberichteten Delinquenz (r = .33 mit schwerem Diebstahl, r = .50 mit Gewaltdelikten) und weist selbst einen signifikanten ICC-Wert auf. Da die Einstellung zu Gewalt möglicherweise selbst das Ergebnis längerfristiger sozialräumlicher Einflüsse und bedeutsam für die Selbstselektion in Kontexte ist, kann diese Skala einen Teil des verzerrenden Einflusses der nicht gemessenen Eigenschaften der Befragten kontrollieren, der zu einer Überschätzung der Kontexteffekte führen würde.

Im zweiten Modell werden zwei Kontextvariablen auf der kollektiven Ebene (Level 2) eingeführt, die diese Varianz zwischen den Stadtvierteln erklären sollen: Die amtliche Sozialhilfequote der unter 18-Jährigen als Indikator der sozialräumlichen Benachteiligung und der Mittelwert der Gewaltakzeptanz der befragten Jugendlichen als Indikator einer devianten Subkultur. Hinzu kommen zwei Dummy-Variablen zur Kontrolle etwaiger regionaler Effekte. Für schwere Diebstahlsdelikte (*Tabelle 3*) bestätigt sich, dass die Sozialhilfequote einen signifikanten Prädiktor für die nicht bereits durch die individuelle Benachteiligung erklärte Stadtviertel-Varianz darstellt; ca. 50 Prozent dieser Varianz wird nun zusätzlich erklärt. Die Einführung der Sozialhilfequote auf der kollektiven Ebene führt zugleich zu einer Verminderung des Koeffizienten der *individuellen* Sozialhilfe bzw. Arbeitslosigkeit um etwa ein Drittel. Die Bedeutung dieses Merkmals auf der individuellen Ebene wird demnach ohne Berücksichtigung der sozialräumlichen Ebene deutlich überschätzt. Wenn die Sozialhilfequote auf der Stadtviertelebene um eine Standardabweichung (ca. 9 Prozent) ansteigt, ist dieser Effekt auf die Häufigkeit des schweren Diebstahls größer ($e^{0,68}$ = 1,97) als der Effekt der individuellen Betroffenheit von längerfristiger Sozialhilfe oder Arbeitslosigkeit ($e^{0,43}$ = 1,54). Demnach hat die Konzentration von Sozialhilfeempfängern in sozial benachteiligten Stadtvierteln einen spürbaren zusätzlichen Effekt auf die schwere Eigentumsdelinquenz von Jugendlichen, über den Effekt der individuellen Betroffenheit von Sozialhilfe hinaus.

Die Hypothese, dass die Wirkung der strukturellen Benachteiligung auf die Delinquenz durch eine deviante Subkultur vermittelt wird, kann jedoch nicht bestätigt werden; jedenfalls hat die durchschnittliche Gewaltakzeptanz der Jugendlichen keinen von der Sozialhilfequote unabhängigen signifikanten Einfluss auf die Häufigkeit des schweren Diebstahls. Ebenso zeigt die in der Bewohnerbefragung erhobene Skala ‚kindbezogenes Sozialkapital' keinen signifikanten Einfluss als Kontextvariable unabhängig von der Sozialhilfequote, mit der sie jedoch sehr hoch (r = –.80) korreliert.[38]

Dagegen zeigt sich im zweiten Modell zur Erklärung der Gewaltdelinquenz (*Tabelle 4*), dass die Gewaltakzeptanz der Jugendlichen auf der kollektiven Ebene einen zusätzlichen Einfluss als Kontextvariable unter Kontrolle der individuellen Gewaltakzeptanz hat. Dieser Kontexteffekt ist jedoch deutlich schwächer als der individuelle Effekt (β = 0.16, vs. .73) und erklärt nur 12,5 Prozent der Varianz zwischen den Stadtvierteln. Auch in diesem Modell ist die Skala ‚kindbezogenes Sozialkapital' als Kontextvariable nicht signifikant, so dass die Hypothese des Zusammenhangs von einem spezifischen Typus des kollektiven Sozialkapitals und Jugenddelinquenz nicht bestätigt wird.

III. Zusammenfassung und Ausblick

Die zentrale Frage, ob die räumliche Konzentration sozialer Benachteiligungen Auswirkungen auf das abweichende Verhalten von Jugendlichen hat, muss mit ‚ja' beantwortet werden. Die Mehrebenenanalyse erbrachte klare Anzeichen für die Existenz von

38 Diese Ergebnisse weichen von den in Oberwittler (2004) veröffentlichten Ergebnissen der Mehrebenenanalysen ab, bei denen die Stärke der Kontexteffekte auf Grund eines Fehlers bei der Zentrierung der Variablen überschätzt wurden. Dieser Fehler wird in einem späteren Heft des European Journal of Criminology korrigiert werden.

Verstärkungseffekten sozialräumlicher Benachteiligungen auf schwere Delinquenz, in besonderem Masse auf schwere Eigentumsdelikte wie Autoaufbruch und Einbruchsdiebstahl. Je höher der Anteil der Kinder und Jugendlichen im Stadtviertel, die von Sozialhilfe abhängig sind, desto höher ist die Neigung zu schwerer Delinquenz – unabhängig von der individuellen sozialen Lage der Jugendlichen. Studien, die den häufig angezweifelten Zusammenhang von sozio-demographischen Faktoren und Jugenddelinquenz nur auf der individuellen Ebene untersuchen, unterschätzen die Bedeutung der Sozialstruktur für Kriminalität und begehen damit einen ‚individualistischen Fehlschluss', d.h. sie nehmen implizit an, dass die Ursachen für Delinquenz ausschließlich auf der individuellen Ebene zu suchen sind. Ungeklärt bleibt, warum dieser Kontexteffekt nur für deutsche Jugendliche beobachtet werden konnte und warum Jugendliche mit Migrationshintergrund keine oder sogar entgegengesetzte Zusammenhänge zwischen sozialräumlicher Benachteiligung und Delinquenz zeigen. Hier gibt es einen Komplex von Fragen nach den Lebenslagen und sozialräumlichen Orientierungen nicht-deutscher Jugendlicher besonders *außerhalb* der sozialen Brennpunkte, die weiterer Untersuchungen bedürfen.

Unklar bleibt auch die Frage nach den sozialen Prozessen, die diesen Verstärkungseffekt in den Stadtvierteln mit hohen Armutskonzentrationen bewirken. Bei Gewaltdelikten scheint es die Verbreitung gewaltakzeptierender Normen unter den Gleichaltrigen zu sein, die eine Verstärkung der individuellen Gewaltausübung fördert. Dies wäre eine Bestätigung der Subkulturtheorie. Eine delinquenzmindernde Wirkung von kollektivem Sozialkapital konnte demgegenüber nicht bestätigt werden.

Die Auswertungen brachten zudem klare Anzeichen dafür, dass die Jugendlichen durch die räumliche Orientierung ihrer Freundeskreise und Alltagsroutinen aktiv über die Bedeutung des Stadtviertelkontextes für ihr Verhalten mit entscheiden. Nur wenn die Freunde überwiegend im selben Stadtviertel wohnen, sind Kontexteffekte des Wohnquartiers messbar. Die räumliche Auswahl des Freundeskreises ist höchst wahrscheinlich auch Ausdruck einer Zustimmung oder Ablehnung des Wohnquartiers und der dort anzutreffenden Gleichaltrigen-Szenen nach dem Prinzip ‚Gleich und gleich gesellt sich gern'. Die Bedeutung dieser Interaktionen der individuellen Präferenzen und Routinen mit dem ökologischen Kontext werden zwar in der theoretischen Diskussion über Stadtvierteleffekte anerkannt (Arum 2002; Wikström und Sampson 2003), jedoch in empirischen Studien bislang nicht ausreichend berücksichtigt. Die Bedeutung der räumlichen Orientierung des Freundeskreises auf die ‚Salienz' (Wirksamkeit) von Kontexteinflüssen weist in jedem Fall auf die zentrale Rolle der Gleichaltrigen für die Erklärung von Jugenddelinquenz hin und damit auch auf die Bedeutung lerntheoretischer Ansätze. Dies schließt nicht aus, dass auch die soziale Organisation der Erwachsenen im Wohnquartier Wirkungen auf das Verhalten der Jugendlichen haben könnte, die aber vermutlich schwerer zu messen sind als die Kontexteffekte, die von den Gleichaltrigen ausgehen.

Über die Bedeutung der Gleichaltrigen sollten jedoch zwei andere zentrale Sozialisationsinstanzen, die in den hier präsentierten Modellen fehlen, nicht vergessen werden: Familie und Schule. Man kann annehmen, dass die Qualität der Eltern-Kind-Beziehungen und insbesondere das elterliche Kontrollverhalten als ein Schutzfaktor gegen ungünstige sozialräumliche Einflüsse und damit gegen Jugenddelinquenz wirken. Es ist

deshalb auch in der sozialräumlichen Perspektive wichtig zu untersuchen, wie familiäre und Gleichaltrigen-Einflüsse zusammen wirken.

Die Schule als zweiter sozialökologischer Kontext neben dem Stadtviertel stellt vermutlich das wichtigste Reservoir für die Bildung von Freundschaftsnetzwerken dar. Die Analyse ergab, dass mit der räumlichen und sozialen Distanz der Schule vom Wohnquartier auch die Wahrscheinlichkeit eines lokal begrenzten Freundeskreises sinkt. Damit drängt sich die Frage auf, ob der Schulkontext, der wegen des dreigliedrigen Schulsystems sozial noch stärker segregiert sein dürfte als der Stadtviertelkontext, letztlich sogar der bedeutsamere Kontext für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen ist und ob sich die Erfahrung konzentrierter Benachteiligung in Stadtviertel- *und* Schulkontext kumulativ verstärken kann. Hierfür sind so genannte kreuzklassifizierte Mehrebenenmodelle (*cross-classified multilevel models*) mit mehr als einer Kontextebene, die in der empirischen Sozialforschung bislang kaum angewandt wurden, das geeignete statistische Verfahren, das auch auf die vorliegenden Daten angewandt werden soll (vgl. Browne et al. 2001; Kim 2001).

Die aktuelle Forschungsentwicklung einschließlich der hier vorgestellten Ergebnisse zeigt, dass die Berücksichtigung sozialökologischer Einflüsse auf Delinquenz (wie auch auf andere Bereiche sozialen Verhaltens) eine wichtige Erweiterung ‚konventioneller' Untersuchungsansätze darstellt und zur Korrektur bisheriger Forschungsmeinungen führen kann. Es steht zu erwarten, dass dies erst recht für Längsschnittstudien zur Entwicklung von Kindern und Jugendlichen gelten wird, da hier das methodische Problem der Selbstselektion besser kontrolliert und zudem auch zeitversetzte, kumulative Wirkungen von sozialräumlichen Kontexteinflüssen erfasst werden können.

Anhang

Tabelle A1: Übersicht über Skalen und Variablen (MPI-Schulbefragung 1999/2000, nur deutsche Befragte, Freunde überwiegend im eigenen Stadtviertel, listenweiser Ausschluss fehlender Werte, N=1586)

	Mittelw.	Std.abw.	Min.	Max.
Schwerer Diebstahl, Inzidenz letztes Jahr, 3 Items	0,22	1,18	0	20
Gewaltdelikte, Inzidenz letztes Jahr, 3 Items	0,97	3,21	0	50
Geschlecht (0=männlich, 1=weiblich)	0,49	0,50	0	1
Alter[a]	14,54	1,09	12	18
Höchster elterlicher Bildungsstatus 0 = niedriger oder k.A.; 1 = (Fach-)Hochschulabschluss	0,21	0,4	0	1
Höchster elterlicher Berufsstatus. Magnitude-Prestigeskala von Wegener, basierend auf ISCO 68			1	4
Sehr niedrig	0,18	0,39	0	1
Niedrig	0,34	0,47	0	1
Hoch	0,33	0,47	0	1
Sehr hoch	0,15	0,35	0	1

	Mittelw.	Std.abw.	Min.	Max.
Arbeitslosigkeit oder Sozialhilfe des Haupternährers ab 6 Monaten Dauer (0 = nein, 1 = ja)	0,07	0,25	0	1
Familienform				
Biologisch vollständig	0,75	0,43	0	1
Ein-Eltern-Familie	0,15	0,35	0	1
Stiefeltern-Familie	0,09	0,29	0	1
Keine Eltern	0,01	0,10	0	1
Gewaltakzeptanz (3 Items, α = .72)[a] „Es ist ganz normal, jemanden zu schlagen, wenn man provoziert wird." / „Jeder Streit lässt sich auch durch Reden klären." (r) / „Manche Konflikte lassen sich eben nur mit Gewalt lösen."	1,07	0,78	0	3
Sozialhilfequote unter 18 Jahren (in %)[a]	13,2	8,9	1,44	36,86
Mittelwert der Gewaltakzeptanz[a]	1,04	0,14	0,74	1,48

[a] Im Mehrebenenmodell z-transformiert.

Literatur

Akers, Ronald L., 1998: Social Learning and Social Structure: A General Theory of Crime and Deviance. Boston: Northeastern University Press.

Albrecht, Günter, und *Carl-Werner Howe,* 1992: Soziale Schicht und Delinquenz. Verwischte Spuren oder falsche Fährte? Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 44: 697–730.

Albrecht, Günter, 1993: Kriminalgeographie, Städtebau und Kriminalität. S. 226–236 in: *Günther Kaiser* und *Hartmut Schellhoss* (Hg.), Kleines Kriminologisches Wörterbuch Heidelberg: C.F. Müller.

Alpheis, Hannes, 1989: Kontext- und Mehrebenenanalyse: neue Perspektiven für den Netzwerk-Ansatz. S. 145–158 in: *Ernst von Kardorff* und *Peter Wiedemann* (Hg.), Zwischen Netzwerk und Lebenswelt – Soziale Unterstützung im Wandel: wissenschaftliche Analysen und praktische Strategien. München: Profil-Verlag.

Anderson, Elijah, 1999: Code of the Street: Decency, Violence, and the Moral Life of the Inner City. New York: W. W. Norton.

Arum, Richard, 2000: Schools and Communities: Ecological and Institutional Dimensions. Annual Review of Sociology 26: 395–418.

Bellair, Paul E., Vincent J. Roscigno und *Thomas L McNulty,* 2003: Linking Local Labor Market Opportunity to Violent Adolescent Delinquency. Journal of Research in Crime and Delinquency 40(1): 6–33.

Blank, Tom, Thomas Naplava, Dietrich Oberwittler und *Tilman Köllisch*, 2003: MPI-Schulbefragung 1999/2000: Skalendokumentation (Technische Berichte des Projekts ‚Soziale Probleme und Jugenddelinquenz im sozialökologischen Kontext' Nr. 2). Freiburg: Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht.

Bowden, Roger J., und *Darrell A. Turkington,* 1990: Instrumental Variables. Cambridge: Cambridge University Press.

Bowling, Ben, 1990. Conceptual and Methodological Problems in Measuring ‚Race' Differences in Delinquency. A Reply to Marianne Junger. British Journal of Criminology 30(4): 483–492.

Bronfenbrenner, Urie, 1979: The Ecology of Human Development. Cambridge/Mass.: Harvard University Press.

Browne, William J., Harvey Goldstein und *Jon Rasbash,* 2001: Multiple Membership Multiple Classification (MMMC) Models. Statistical Modelling 1: 103–124.

Browning, Christopher, Robert Dietz und *Seth Feinberg*, 2000: ‚Negative' Social Capital and Urban Crime: A Negotiated Coexistance Perspective. Ohio State University: Internet-Publikation (http://cura.osu.edu/research/publications/data/0007NegSocialCapBad.PDF).

Bursik, Robert J. Jr., 1988: Social Disorganization and Theories of Crime and Delinquency: Problems and Prospects. Criminology 26(4): 519–552.

Cohen, Albert K., 1955: Delinquent Boys. The Culture of the Gang. New York: The Free Press.

Coleman, James S., 1988: Social Capital in the Creation of Human Capital. American Journal of Sociology 94: 95–120.

Crane, Jonathan, 1991: The Epidemic Theory of Ghettos and Neighborhood Effects on Dropping Out and Teenage Childbearing. American Journal of Sociology 96: 1226–1259.

Crowder, Kyle, und *Scott J. South,* 2003: Neighborhood Distress and School Dropout: the Variable Significance of Community Context. Social Science Research 32(4): 659–698.

Dahlbäck, Olof, 1996: Urban Place of Residence and Individual Criminality. British Journal of Criminology 36(4): 529–545.

Dangschat, Jens S., 1996: Du hast keine Chance, also nutze sie! Arme Kinder und Jugendliche in benachteiligten Stadtgebieten. S. 152–173 in: *Jürgen Mansel* und *Andreas Klocke* (Hg.), Die Jugend von heute. Selbstanspruch, Stigma und Wirklichkeit. Weinheim: Juventa.

DiPrete, Thomas A., und *Jerry D. Forristal,* 1994: Multilevel Models: Methods and Substance. Annual Review of Sociology 20: 331–357.

Duncan, Greg J., und *Jeanne Brooks-Gunn* (Hg.), 1997: Consequences of Growing up Poor. New York: Russell Sage Foundation.

Duncan, Greg J., und *Stephen W. Raudenbush,* 1999: Assessing the Effect of Context in Studies of Child and Youth Development. Educational Psychologist 34(1): 29–41.

Eisner, Manuel, 1997: Das Ende der zivilisierten Stadt? Die Auswirkungen von Modernisierung und urbaner Krise auf Gewaltdelinquenz. Frankfurt a.M./New York: Campus.

Eisner, Manuel, und *Per-Olof Wikström,* 1999: Violent Crime in the Urban Community: A Comparison of Stockholm and Basel. European Journal on Criminal Policy and Research 7: 427–442.

Elliott, Delbert S., und *David Huizinga*, 1989: Improving Self-Reported Measures of Delinquency. S. 155–186 in: *Malcolm W. Klein* (Hg.), Cross-National Research in Self-Reported Crime and Delinquency. Dordrecht/Boston/London: Kluwer Academic Publishers.

Elliott, Delbert S., William J. Wilson, David Huizinga, Robert J. Sampson, Amanda Elliott und *Bruce Rankin,* 1996: The Effects of Neighborhood Disadvantage on Adolescent Development. Journal of Research in Crime and Delinquency 33(4): 389–426.

Espelage, Dorothy L., Melissa K. Holt und *Rachael R. Henkel,* 2003: Examination of Peer Group Contextual Effects on Aggression During Early Adolescence. Child Development 74(1): 205–220.

Esser, Hartmut, 1988: Sozialökologische Stadtforschung und Mehr-Ebenen-Analyse. S. 35–55 in: *Jürgen Friedrichs* (Hg.), Soziologische Stadtforschung Opladen: Westdeutscher Verlag.

Frehsee, Detlev, 1979: Strukturbedingungen urbaner Kriminalität: Eine Kriminalgeographie der Stadt Kiel unter besonderer Berücksichtigung der Jugendkriminalität. Göttingen: Otto Schwarz.

Friedrichs, Jürgen, und *Jörg Blasius,* 2000: Leben in benachteiligten Wohngebieten. Opladen: Leske + Budrich.

Friedrichs, Jürgen, 1998: Do Poor Neighborhoods Make Their Residents Poorer? Context Effects of Poverty Neighborhoods on Residents. S. 77–98 in: *Hans-Jürgen Andreß* (Hg.), Empirical Poverty Research in a Comparative Perspective. Aldershot: Ashgate.

Gorman-Smith, Deborah, Patrick H. Tolan und *David B. Henry,* 2000: A Developmental-Ecological Model of the Relation of Family Functioning to Patterns of Delinquency. Journal of Quantitative Criminology 16(2): 169–198.

Häußermann, Hartmut, 2000: Aufwachsen im Ghetto? Diskurs 10(1): 75–81.

Harder, Theodor, und *Franz Urban Pappi*, 1969: Mehrebenen-Regressionsanalyse von Umfrage- und ökologischen Daten. S. 506–530 in: *Hans J. Hummell* und *Rolf Ziegler* (Hg.), Korrelation und Kausalität, Bd. 3. Stuttgart: Enke.

Harding, David J., 2003. Counterfactual Models of Neighborhood Effects: The Effect of Neighborhood Poverty on Dropping Out and Teenage Pregnancy. American Journal of Sociology 109 (3): 676–719.

International Labour Office, 1968: International Standard Classification of Occupations. Revised Edition. Geneva: ILO

Jencks, Christopher, und *Susan E. Mayer*, 1990: The Social Consequences of Growing Up in a Poor Neighborhood. S. 111–186 in: *Laurence E. Lynn* und *Laurence McGeary* (Hg.), Inner-City Poverty in the United States. Washington, DC: National Academy Press.

Junger-Tas, Josine, und *Ineke Haen Marshall*, 1999: The Self-Report Methodology in Crime Research. S. 291–367 in: *Michael Tonry* (Hg.), Crime and Justice. A Review of Research Chicago: University of Chicago Press.

Karstedt, Susanne, 2000: Der urbane Raum als Zentrum sozialer Prozesse – Kriminalität in der polarisierten Stadt. S. 23–28 in: *Wolfgang Ludwig-Mayerhofer* (Hg.), Soziale Ungleichheit, Kriminalität und Kriminalisierung. Opladen: Leske + Budrich.

Köllisch, Tilman, und *Dietrich Oberwittler,* im Erscheinen. Wie ehrlich berichten männliche Jugendliche über ihr delinquentes Verhalten? Ergebnisse einer externen Validierung. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie.

Kubrin, Charis E., und *Ronald Weitzer,* 2003: New Directions in Social Disorganization Theory. Journal of Research in Crime and Delinquency 40(4): 374–402.

Leventhal, Tama, und *Jeanne Brooks-Gunn,* 2000: The Neighborhoods They Live In: The Effects of Neighborhood Residence on Child and Adolescent Outcomes. Psychological Bulletin 126: 309–337.

Ludwig, Jens, Greg J. Duncan und *Peter Hirschfield,* 2001: Urban Poverty and Juvenile Crime. Evidence from a Randomized Housing-Mobility Experiment. Quarterly Journal of Economics 116: 655–680.

Mansel, Jürgen, und *Klaus-Peter Brinkhoff* (Hg.), 1998: Armut im Jugendalter. Soziale Ungleichheit, Gettoisierung und die psychosozialen Folgen. Weinheim: Juventa.

Massey, Douglas S., und *Nancy A. Denton,* 1993: American Apartheid: Segregation and the Making of the Underclass. Cambridge/Mass.: Harvard University Press.

Mayhew, Henry, 1861: London Labour and the London Poor: the Condition and Earnings of Those that Will Work, Those that Cannot Work, and Those that Will Not Work. London: Griffin.

Naplava, Thoma, 2004: Jugenddelinquenz im interethnischen Vergleich. Dissertation, Universität Bielefeld.

Naplava, Thomas, und *Dietrich Oberwittler,* 2002: Methodeneffekte bei der Messung selbstberichteter Delinquenz von männlichen Jugendlichen – Ein Vergleich zwischen schriftlicher Befragung in der Schule und mündlicher Befragung im Haushalt. Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreforrm 85(6): 401–423.

Neuberger, Christa, 1997: Auswirkungen elterlicher Arbeitslosigkeit und Armut auf Familien und Kinder. Ein mehrdimensionaler empirisch gestützter Zugang. S. 79–122 in: *Ulrich Otto* (Hg.), Aufwachsen in Armut: Erfahrungswelten und soziale Lagen von Kindern armer Familien. Opladen: Leske + Budrich.

Oberwittler, Dietrich, 2001: Täter, Opfer, Tatorte. Zu den innerstädtischen Verteilungsmustern der registrierten Gewaltkriminalität und ihren sozialen Korrelaten am Beispiel Kölns. S. 121–146 in: *Jörg-Martin Jehle* (Hg.), Raum und Kriminalität: Sicherheit in der Stadt, Migrationsprobleme. Mönchengladbach: Forum Verlag.

Oberwittler, Dietrich, 2003a: Geschlecht, Ethnizität und sozialräumliche Benachteiligung – überraschende Interaktionen bei sozialen Bedingungsfaktoren von Gewalt und schwerer Eigentumsdelinquenz von Jugendlichen. S. 269–294 in: *Siegfried Lamnek* und *Manuela Boatca* (Hg.), Geschlecht – Gewalt – Gesellschaft. Opladen: Leske + Budrich.

Oberwittler, Dietrich, 2003b: Die Messung und Qualitätskontrolle kontextbezogener Befragungsdaten mithilfe der Mehrebenenanalyse – am Beispiel des Sozialkapitals von Stadtvierteln. ZA-Informationen 53: 11–41.

Oberwittler, Dietrich, 2003c: Das stadtviertel- und gemeindebezogene Stichprobendesign – Anlage und empirische Ergebnisse (Arbeitspapiere des Projekts ‚Soziale Probleme und Jugenddelinquenz im sozialökologischen Kontext' Nr. 9). Freiburg: Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht.

Oberwittler, Dietrich, 2004: A Multilevel Analysis of Neighbourhood Contextual Effects on Serious Juvenile Offending. The Role of Subcultural Values and Social Disorganization. European Journal of Criminology 1(2): 201–235.

Oberwittler, Dietrich, und *Tom Blank*, 2003: Methodenbericht MPI-Schulbefragung (Technische Berichte des Projekts ‚Soziale Probleme und Jugenddelinquenz im sozialökologischen Kontext' Nr. 1). Freiburg: Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht.

Oberwittler, Dietrich, Tom Blank, Tilman Köllisch und *Thomas Naplava,* 2001: Soziale Lebenslagen und Delinquenz von Jugendlichen. Ergebnisse der MPI-Schulbefragung 1999 in Freiburg und Köln. Freiburg: edition iuscrim.

Oberwittler, Dietrich, Tilman Köllisch und *Michael Würger*, 2002: Selbstberichtete Delinquenz bei Jugendlichen. In: *A. Glöckner-Rist* (Hg.), ZUMA-Informationssystem. Elektronisches Handbuch sozialwissenschaftlicher Erhebungsinstrumente. Mannheim: Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen.

Oberwittler, Dietrich, und *Tilman Köllisch*, 2003: Jugendkriminalität in Stadt und Land. Sozialräumliche Unterschiede im Delinquenzverhalten und Registrierungsrisiko. S. 135–160 in: *Jürgen Raithel* und *Jürgen Mansel* (Hg.), Kriminalität und Gewalt im Jugendalter. Hell- und Dunkelfeldbefunde im Vergleich. Weinheim: Juventa.

Oberwittler, Dietrich, und *Thomas Naplava*, 2002: Methodenbericht postalische Bewohnerbefragung (Technische Berichte des Projekts ‚Soziale Probleme und Jugenddelinquenz im sozialökologischen Kontext' Nr. 3). Freiburg: Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht.

Opp, Karl-Dieter, 1968: Zur Erklärung delinquenten Verhaltens von Kindern und Jugendlichen. Eine ökologische Analyse der Kinder- und Jugenddelinquenz in Köln und eine Kritik des kriminal-ökologischen Ansatzes. München: Deutsches Jugendinstitut.

Osgood, D. Wayne, 2000: Poisson Based Regression Analysis of Aggregate Crime Rates. Journal of Quantitative Criminology 16(1): 21–43.

Ostendorf, Heribert, Detlev Frehsee, Günter Albrecht, Wolfgang Heinz, Joachim Jäger und *Stephan Quensel*, 1983: Bericht der Enquete-Kommission zur Untersuchung der Ursachen der Kriminalität in Neumünster.

Putnam, Robert D., 2000: Bowling Alone. The Collapse and Revival of American Community. London: Simon and Schuster.

Rankin, Bruce H., und *James M. Quane,* 2002: Social Contexts and Urban Adolescent Outcomes: The Interrelated Effects of Neighborhoods, Families, and Peers on African-American Youth. Social Problems 49(1): 79–100.

Raudenbush, Stephen, und *Anthony Bryk,* 2002: Hierarchical Linear Models: Applications and Data Analysis Methods (2. Auflage). Thousand Oaks: Sage.

Raudenbush, Stephen, Anthony Bryk und *Richard Congdon*, 2001: HLM. Hierarchical-Linear and Non-Linear Modeling. Program Version 5. Chicago: Scientific Software International.

Raudenbush, Stephen W., und *Robert J. Sampson,* 1999: Ecometrics: Toward a Science of Assessing Ecological Settings, with Appliance to the Systematic Social Observation of Neighborhoods. Sociological Methodology 29: 1–41.

Rood-Pijpers, Elly, Ben Rovers, Frank van Gemert und *Cyrille Fijnaut,* 1995: Preventje van jeugdcriminaliteit in een grote stad. Rotterdam: sanders instituut.

Ross, Catherine E., John Mirowsky und *Shana Pribesh,* 2001: Powerlessness and the Amplification of Threat: Neighborhood Disadvantage, Disorder, and Mistrust. American Sociological Review 66: 568–591.

Sack, Fritz, 1969: Strukturen und Prozesse in einem Delinquenzviertel Kölns: Ein Beitrag zur Kriminalsoziologie. Unveröffentlichtes Manuskript.

Sampson, Robert J., und *W. Byron Groves,* 1989: Community Structure and Crime. Testing Social-Disorganization Theory. American Journal of Sociology 94: 774–831.

Sampson, Robert J., Stephen W. Raudenbush und *Felton J. Earls,* 1997: Neighborhoods and Violent Crime: A Multilevel Study of Collective Efficacy. Science 277: 918–924.

Sampson, Robert J., 1999: Techniques of Research Neutralization (Review Symposion on R. Akers, Social Learing and Social Structure: A General Theory of Crime and Deviance, Boston 1998). Theoretical Criminology 3(4): 438–451.

Sampson, Robert J., Jeffrey D. Morenoff und *Felton J. Earls,* 1999: Beyond Social Capital: Spatial Dynamics of Collective Efficacy for Children. American Sociological Review 64: 633–660.

Sampson, Robert J., Jeffrey D. Morenof, und *Thomas Gannon-Rowley,* 2002: Assessing „Neighborhood Effects": Social Processes and New Directions in Research. Annual Review of Sociology 28: 443–478.

Schwind, Hans-Dieter, Wilfried Ahlborn und *Rüdiger Weiß,* 1978: Empirische Kriminalgeographie: Bestandsaufnahme und Weiterführung am Beispiel von Bochum: „Kriminalitätsatlas Bochum". Wiesbaden: Bundeskriminalamt.

Shaw, Clifford, und *Henry D. McKay,* 1969 [1942]: Juvenile Delinquency and Urban Areas. Chicago: Chicago University Press.

Silbereisen, Rainer K., und *Peter Noack*, im Druck: Kontext und Entwicklung. In: *W. Schneider* und *F. Wilkening* (Hg.), Theorien, Modelle und Methoden der Entwicklungspsychologie. Göttingen: Hofgreve.

Simcha-Fagan, Ora, und *Joseph E. Schwartz,* 1986: Neighborhood and Delinquency: An Assessment of Contextual Effects. Criminology 24(4): 667–704.

Small, Mario L., und *Catherine Newman,* 2001: Urban Poverty after ‚The Truly Disadvantaged': The Rediscovery of the Family, the Neighborhood, and Culture. Annual Review of Sociology 27: 23–45.

Snijders, Thomas, und *Roelof Bosker,* 1999: Multilevel Analysis. An Introduction to Basic and Advanced Multilevel Analysis. London: Sage.

Thornberry, Terence P., 1996: Empirical Support for Interactional Theory: A Review of the Literature. S. 198–235 in: *J. David Hawkins* (Hg.), Delinquency and Crime. Current Theories. Cambridge: Cambridge University Press.

Trotha, Trutz von, 1974: Jugendliche Bandendelinquenz. Über Vergesellschaftungsbedingungen von Jugendlichen in den Elendsvierteln der Großstädte. Stuttgart: Enke.

Trotha, Trutz von, 1997: Zur Soziologie der Gewalt. S. 9–56 in: *Ders.* (Hg.), Soziologie der Gewalt. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Turley, Ruth, 2003: When do Neighborhoods Matter? The Role of Race and Neighborhood Peers. Social Science Research 32(1): 61–79.

Wegener, Bernd, 1988: Kritik des Prestiges. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Wheaton, Blair, und *Philippa Clarke,* 2003: Space Meets Time: Integrating Temporal and Contextual Influences on Mental Health in Early Adulthood. American Sociological Review 68: 680–706.

Wikström, Per-Olof, 2002: Adolescent Crime in Context. Report to the Home Office. Cambridge: Institute of Criminology.

Wikström, Per-Olof, und *Rolf Loeber,* 2000: Do Disadvantaged Neighborhoods Cause Well-Adjusted Children to Become Adolescent Delinquents? Criminology 38: 1109–1142.

Wikström, Per-Olof, und *Robert J. Sampson*, 2003: Social Mechanisms of Community Influences on Crime and Pathways in Criminality. S. 118–148 in: *Benjamin B. Lahey* und *Avshalom Caspi* (Hg.), The Causes of Conduct Disorder and Serious Juvenile Delinquency. New York: Guilford Press.

Wilson, William J., 1987: The Truly Disadvantaged: The Inner City, the Underclass, and Public Policy. Chicago: Chicago University Press.

III. Lebenslauf und Passagen

DESISTANCE FROM CRIME: A THEORETICAL REFORMULATION

Shadd Maruna and Stephen Farrall

Abstract: The topic of desistance from crime has been the subject of considerable research (much of it largely descriptive) but has not received the same amount of theoretical attention. This theoretical re-evaluation of the desistance literature is broken down into four sections. In the first section, we seek a new definitional understanding of what desistance is and how to conceive of it for theoretical purposes. In the second, we very briefly review the major competing paradigms in current desistance theory. Third, we develop Farrall and Bowling's (1999) structuration-based critique of this literature, arguing that greater attention needs to be paid to the interaction between agency and structure in understanding desistance. Finally, we conclude by offering the beginnings of our own theoretical account of the desistance process centring around the notions of self-determination and prosocial labelling.

Although it is true that most adult offenders showed signs of being delinquent children, the majority of juvenile delinquents do not become adult offenders. For most individuals, participation in "street crimes" like burglary, robbery, and drug sales (the types of offences of most concern to criminologists) generally begins in the early teenage years, peaks in late adolescence or young adulthood, and dissipates before the person reaches 30 years of age (Blumstein and Cohen 1987; Weitekamp et al. 2000). This age-crime pattern – which is evident in official conviction statistics (e.g. Grundies 1998), longitudinal research using self-report data (e.g. Farrington 1992), long-term ethnographies with young offenders (e.g. Sullivan 1989), and life history studies (e.g. Shover 1985) – may be among the best known and best established truths in criminology.

As such, it is all the more remarkable how little is known about how and why one-time offenders go straight and desist from crime. In fact, Moffitt (1993: 675) describes the ubiquity of desistance from crime as "at once the most robust and least understood empirical observation in the field of criminology". And, in a recent state-of-the-art review, Weitekamp and his colleagues (2000) describe the desistance phenomenon as "one of the least systematically researched phenomena in criminology". Moreover, the research that does exist is largely descriptive and atheoretical. According to Weitekamp et al. (2000: 212), "The detailed processes and their underlying causal conditions remain a 'black hole'".

One explanation for this hole in criminological knowledge is that the very existence of the desistance phenomenon is notoriously problematic for the disciplinary foundations of criminology. As several scholars have observed, almost all traditional criminological theories either explicitly or implicitly suggest that criminal behaviour is "an amplifying process that leads to further and more serious deviance" (Gove 1985: 118). These accounts have no easy way of explaining why the same persons who were determined to become criminal at Time A (because of their upbringing, genetic make-up, or social position, for instance) might suddenly become oppositely determined at Time B. This rather significant problem with the major criminological theories was first pointed out by David Matza (1964) with his "embarrassment of riches" critique (i.e. that many theories predict an escalation of offending at exactly the moment that many people would appear to desist, see also Glaser 1964: 466), and continues to haunt the discipline.

Some contemporary criminological theorists have chosen to simply sidestep the issue altogether, arguing that desistance requires no theoretical explanation. For instance, in their highly influential "General Theory of Crime", Gottfredson and Hirschi (1990) argue: "Crime declines with age. Spontaneous desistance is just that, change in behavior that cannot be explained and change that occurs regardless of what else happens" (p. 136). This argument rests upon the highly controversial claim that the age-crime curve is invariant across time, place and offence type (see e.g. Greenberg 1994; Steffensmeier et al. 1989; Cain 2000: 242–244). It also presupposes limited variation in the timing and pattern of desistance among offending populations, which has also been contradicted in recent research (Bushway et al. 2001). Still, the notion that desistance needs no explanation and "just happens" seems largely satisfactory to a portion of the criminological community possibly because this dismissal would exempt theories of criminal aetiology from the difficult work of accounting for the temporal specificity of criminality in the life course.

We are among those who argue that "a theory of desistance is *not* a criminological luxury" (Farrall and Bowling 1999: 254). Opening up a theoretical debate about desistance is imperative for improving the state of play in desistance research, which still tends to be "exploratory" and descriptive focusing on when desistance happens and to whom rather than how or why. It is also crucial for improving our understanding of crime as a phenomenon. Desistance theory (with its obvious ties to practices such as corrections, reintegration, aftercare and parole) is likely to have more implications for policy than theories of aetiology. Farrall (2002) has argued that correctional programming could become "desistance-focused" (Farrall 2002: 220–222), for instance, but this is only possible if we have a coherent theoretical model of desistance (see Maruna and LeBel 2003 for a discussion of the lack of theory in reintegration practice generally).

In the essay that follows, we will join others in building this dialogue around desistance theory. We proceed by first re-opening the discussion about how best to characterise and define desistance for theoretical purposes. Second, we try to cluster a variety of existing theories of desistance into four, umbrella paradigms. It is not our intention to provide a formal overview of the growing literature on desistance. Work in this field has been reviewed recently by both ourselves (see Maruna 1999; Farrall

2000, 2002) and others (Laub and Sampson 2001). Rather, our aim is to provide a framework for future theorising about why people stop offending. As such, we describe some of the key considerations any theory of desistance must contend with in the third section of this paper. Our organising structure for this argument is Anthony Giddens' (1984) structuration theory. Finally, we conclude by developing a rough outline of our own theoretical understanding of desistance based on these structuration principles and Maruna's (2001) research.

I. Defining the Immeasurable?

Desistance from crime is a phrase that is used more often than it is understood. On the occasions when definitions are offered, they tend to be something like "the voluntary termination of serious criminal participation" (Shover 1996: 121). This understanding has been widely discussed. Weitekamp and Kerner (1994), for instance, describe this characterization of desistance as a "spontaneous remission" as unclear and theoretically barren. After all, all of the persons we describe as "offenders" often go days, months, even years between offences. As such, it is impossible to know when offending has finally ended until the person is dead.

Even if we were only interested in understanding dead people's desistance, however, this definition still seems unhelpful. Maruna (2001: 23) gives the example of a purse-snatcher who stops offending:

> "Suppose we know conclusively that the purse-snatcher (now deceased) never committed another crime for the rest of his long life. When did his desistance start? Is not the ... concluding moment the very instant when the person completes (or terminates) the act of theft? If so, in the same moment that a person becomes an offender, he also becomes a desister. That cannot be right."

In an inventive response to such criticisms, Laub and Sampson (2001: 11) distinguish between what they call "termination" (the outcome) and "desistance" (the process) in their important reformulation of desistance (see also Weitekamp and Kerner 1994 for a similar theoretical dichotomy). Laub and Sampson write: "Termination is the time at which criminal activity stops. Desistance ... is the causal process that supports the termination of offending." Desistance, according to this reformulation, is the process that "maintains the continued state of nonoffending" (11) beginning prior to termination but carrying on long after.

Although this represents a significant improvement over past working definitions of desistance, Laub and Sampson add new confusion by conflating the causes of desistance with desistance itself. The verb "to desist" means to abstain from doing something. Likewise, in criminology, desistance is almost always used to mean "the continued state of nonoffending" – not the factors that lead to it. Suppose, for instance, that deterrence is identified as a major "causal process" in the "outcome" of termination. Laub and Sampson's definition would seem to suggest that when an individual steals a purse, then is engaged in the process being deterred (i.e. being arrested), he is actively involved in desisting from crime. The definition still ends up confusing criminality with its opposite.

We think this misunderstanding can be clarified by pilfering from the literature on criminal aetiology. A half century ago, Edwin Lemert (1948: 27) introduced considerable clarity into the debate on the origins of deviance by differentiating between two "sharply polarized or even categorical phases" in this developmental process: primary deviation and secondary deviation. Primary deviation involved the initial flirtation and experimentation with deviant behaviours. Secondary deviation, on the other hand, is deviance that becomes "incorporated as part of the 'me' of the individual" (Lemert 1951: 76). Lemert's argument was that "criminal careers are fashioned in the time of personal identity" and that "to deviate over time is to assume a self-understanding consistent with the behavior" (C. C. Lemert 2000: 5).

This two-pronged understanding of deviance allowed Lemert (1951: 75) to avoid "the fallacy of confusing original causes with effective causes".

> "Primary deviation can arise from a wide variety of "causes". ... Each theory may be a valid explanation ... Thus, it can be freely admitted that persons come to drink alcoholic liquors excessively for many different reasons: death of loved ones, exposure to death in battle, ... inferiority feelings, nipple fixation, and many others" (Lemert 1948: 57).

Freed from what he saw as a "burdensome" debate around initial aetiology, Lemert focused on why some primary deviants underwent a symbolic reorganization at the level of their self-identity and others did not.

This same framework might clarify some issues in the study of desistance (for a precedent, see Weitekamp and Kerner 1994). Perhaps there are (at least) two, distinguishable phases in the desistance process: primary and secondary desistance. Primary desistance would take the term desistance at its most basic and literal level to refer to any lull or crime-free gap (see West 1982) in the course of a criminal career. (Incidentally, the term would only apply to the crime-free lulls of secondary deviants, as it makes little sense to talk of desisting from a once-off behaviour or sporadic behaviour. For instance, someone who has tried an occasional cigarette, does not talk about "quitting" smoking). Because every secondary deviant experiences a countless number of such pauses in the course of a criminal career, primary desistance would not be a matter of much theoretical interest.

The focus of desistance research, instead, would be on secondary desistance: the movement from the behaviour of non-offending to the assumption of a role or identity of a non-offender or "changed person". In secondary desistance, crime not only stops, but "existing roles become disrupted" and a "reorganization based upon a new role or roles will occur" (Lemert 1951: 76). Indeed, recent research (Giordano et al. 2002; Maruna 2001; Shover 1996) provides compelling evidence that long-term desistance does involve identifiable and measurable changes at the level of personal identity or "the 'me' of the individual" (Lemert 1951: 76).

Like all definitions of desistance, this dichotomy would be difficult to operationalize. Still, for research purposes, periods of desistance can always be differentiated simply by their lengths. Primary desistance, like primary deviation, could be expected to occur only sporadically, for short periods – a week here, two months there. Secondary desistance, on the other hand, involves a more sustained pattern of demonstrable conformity – a measurable, reflective and more *self-conscious* break with previous patterns

of offending. If researchers had no other access to means of triangulating a measure of secondary desistance (e.g. through self-identification or the views of proximal others), arbitrary lengths of time could be selected to differentiate between the two types of desistance. Indeed, this is how desistance has traditionally been identified in existing research and makes perfect sense on pragmatic grounds. Optimally, the chosen length could be based on a measure of previous experiences of primary desistance. That is, if sample members tended to desist for a week or less between criminal acts, then a six month period of desistance might be enough to qualify as evidence of secondary desistance. Whereas, if a group seems to experience lulls of several months between criminal acts, then a six month cut-off would not be enough evidence that this is a significant change (see Bushway et al. 2001 for an inventive discussion along these lines).

This definition of desistance would not require that the process be "terminal". That is, in our framework, a person might undergo a process of 'proto'-secondary desistance for a year or two, then revert back to offending behaviour. This is consistent with the colloquial understanding of desistance among ex-offenders. While ex-offenders do not describe themselves as "desisting," they do talk about "going straight," "doing good," or "going legit" (Irwin 1970). These phrases imply an on-going work in progress. One goes legit. One does not talk about having turned legit or having become legit. The "going" is the thing.

When conceived as "going straight," desistance is a distinctly subjective and on-going process (as in the Alcoholics Anonymous notion that former alcoholics are always "recovering"). Borrowing from Foote and Frank's (1999) eloquent definition of resistance, then, desistance is "no end state where one can be; rather, it is a perpetual process of arrival" (p. 179). This definitional distinction will have acute implications for the study of desistance. The study of termination or cessation begs the question of "why". If a watch stops ticking or a heart stops beating, we look for the variable or variables that caused this change. The study of maintenance, on the other hand, requires a different explanation, this time begging the question of "how". How do some watches keep ticking, how do some hearts keep beating when faced with stress and trauma. Ironically, then, the study of desistance might best be construed as the study of continuity rather than change. Continuity research (see esp. Caspi and Moffit's encyclopaedic 1995 review) focuses on the dynamic interplay between persons and the social environment.

II. Key Paradigms in Desistance Theory

So, what processes can account for this move from a lull into secondary desistance? Efforts to "unpack" the age-crime relationship have been dominated by three basic paradigms: informal social control theory, differential association theory, and cognitive/motivational theory. A more comprehensive review of the different theoretical approaches can be found in Laub and Sampson's (2001) recent review, so no attempt is made in the space below to be all-inclusive. Additionally, we forgo the standard ritual of discrediting these existing theories, all of which seem to us to be perfectly plausible and even complementary accounts. Still, later in our essay, we do take the opportunity to

add our own speculative interpretation of what may be going on in the desistance process to this list.

Informal Social Control. Sampson and Laub's (1993) theory of informal social control is by far the best developed and best known theory of desistance (although it is rooted in earlier accounts by Greenberg 1981 and Trasler 1979). They argue that desistance is largely the result of social bonds developed in adulthood. Following the control theory axiom that a person who is attached to mainstream institutions will be less likely to risk the consequences of offending, the theory suggests that new opportunities for attachments in young adulthood (esp. to a spouse or a career) account for the process of desistance. They provide the individual with "something to lose" by offending. Sampson and Laub further emphasize the "independent" and "exogenous" impact of these bonds. They argue that these triggering events occur, at least in large part, by "chance" (Laub et al. 1998: 225; see also Horney et al. 1995). If these turning points were entirely the result of the reasoned decisions or personal predilections of individual actors, control theorists admit, they could not argue for "the independent role of social bonds in shaping behavior" (Laub et al. 1998: 225). According to Laub and his colleagues (1998: 237): "'Good' things sometimes happen to 'bad' actors."

Differential Association. Warr (1998, 2002) has provided the best-developed sociological alternative (or, possibly, complement) to Sampson and Laub's theory[1]. Warr counters that change in post-adolescent peer relations, rather than the development of adult attachments like marriage, are at the heart of the desistance process. In his social learning or differential association-based reinterpretation, Warr argues that changes in social networks (e.g. exposure to delinquent peers, time spent with peers, and loyalty to peers) can account for the decline in crime with age. When a person drifts away from adolescent peer networks that promote and rationalize deviant behaviours, they lose both the motivation and the means of committing most types of criminal behaviour.

Cognitive Change. The other well-known rejoinder to the informal social control theory originates in a critique of the claim that salient life events like marriage and employment are mainly exogenous occurrences. Gottfredson and Hirschi (1990: 188), for instance, scoff at the notion that "jobs somehow attach themselves" to individuals, and emphasize that "subjects are not randomly assigned to marital statuses" (p. 188). In fact, in her review of Sampson and Laub's (1993) *Crime in the Making*, Joan McCord (1994: 415) argues that the authors' own qualitative case histories "seem to show that attitude changes precede the attachments which Sampson and Laub emphasize in their theory". Recently, desistance theorists have started to focus on which specific changes at the level of personal cognition (Giordano et al. 2002; Zamble and Quinsey 1997) or self-identity (Burnett 1992; Shover 1996) might precede or coincide with changes in social attachments. Often emerging from a symbolic interactionist tradition, these models suggest that "turning point" events may have a different impact depending on the actor's level of motivation, openness to change or interpretation of the events (Maruna 2001). The most fully developed theory of this sort is probably Giordano et

1 There are some parallels here to the changes in lifestyle and "social behaviour" identified in the Tubingen Comparative Study of Young Offenders (Mischkowitz 1994; Weitekamp et al. 2000).

al.'s (2002: 999–1002) four-part "theory of cognitive transformation". They argue that the desistance process involves the following four stages:
a) A "general cognitive openness to change";
b) exposure and reaction to "hooks for change" or turning points;
c) the envisioning of "an appealing and conventional 'replacement self'";
d) a transformation in way the actor views deviant behaviour.

All of these theories share some common elements and are not necessarily in rivalry with one another. We take the position that all three theoretical perspectives can be seen as "partner-processes" (Warr 1998) and could be more usefully combined rather than competed off one another. In particular, we have argued elsewhere (see Farrall and Bowling 1999; Maruna 1999) that desistance theories need to take into account issues of both agency and structure.

III. The Challenge of Structuration

Farrall and Bowling (1999) argued that traditional accounts of desistance can be divided rather neatly into agency-focused and structure-focused theories. This split seems to be primarily a methodological artefact, with qualitative research most likely to uncover the role of agents in desistance, whereas quantitative research is better suited to testing structural theories regarding objective environmental conditions. Farrall and Bowling (1999: 258) summarise this split thus:

> "The empirical research on desistance from offending has treated individuals as either 'super-agents' who are free to act as they choose and can directly influence the outcome of their lives through their decision making, or as 'super-dupes' who react to wider social forces and situations rather than helping to create these situations through their own actions."

Unfortunately, unravelling the differential impacts of internal and external factors has been a "thorny methodological point" in the empirical study of the desistance process (Laub and Sampson 2001: 41). Although longitudinal studies of desistance can statistically control for unmeasured, stable differences across individuals, these models "only correct for selectivity and omitted variable biases to the extent that the relevant unobservables are person-specific and fixed over time" (Uggen and Piliavin 1998: 1409). More dynamic individual-level factors – including identity, personal goals, and motivation – are therefore not taken into account in these designs, making the study of agency impossible. As such, even prospective, longitudinal designs have difficulty ruling out the argument that changes in the external circumstances were triggered initially by subjective changes in the actor's orientation (or the actor's own choices).

> "When an event such as taking a job, marrying, or having a child occurs prior to desistance from crime, it may be viewed as a sign of orientational change. The orientational change, rather than the event itself, is seen as the true cause of desistance. It may be, however, that the event limits the opportunities, time, and energy available for crime even while subjective motivations remain constant, and that objective constraints are directly responsible for changes in behavior" (Gartner and Piliavin 1988: 302).

In their comprehensive review of the desistance literature, Laub and Sampson (2001: 41) restate this dilemma, deciding, in the end, that there is currently "no way to disentangle the role of subjective vs. objective change as the cause of desistance". Still, they conclude by urging further research into this issue:

> "Given the role of human agency in the desistance process, we need to find a way to measure individual motivation, free will, and ultimately the decision to initiate and embrace the process of change. From our data, men who desisted were "active participants" in the desistance process, and we need to capture changes in decision-making, shifts in the perceptions of risks and rewards of crime, and fluctuations in the meanings of 'doing crime' versus 'going straight'. A creative integration of quantitative and qualitative research methods in this area could lead to a major contribution to our understanding desistance" (55).

Farrall and Bowling (1999) suggest that the framework of structuration theory – introduced by Giddens (1984) and adapted to criminology by Bottoms and Wiles (1992) – may provide a useful way to approach this daunting task. Farrall and Bowling (1999: 261) argue that the process of desistance is "one that is produced through an *interplay* between individual choices, and a range of wider social forces, institutional and societal practices which are beyond the control of the individual" (emphasis in original). Of course, individuals differ in their abilities to structure and avoid being structured by the environment (Bauman 1989: 46), and indeed the same person might have greater or lesser agency at different points in the life course. In particular, childhood and adolescence is a time in which individuals are consistently on the receiving end of structure. These differences in power dynamics may have some relationship with offending behaviour and desistance (see Matza 1964). Below, we outline some of the factors that need to be taken into consideration in devising a theory of desistance from a structuration viewpoint.

1. Agency

In his important, early essay on desistance, Meisenhelder (1977) introduces a simple truism from the world of ex-convicts that continues to complicate criminologists' efforts to understanding desistance. In the words of his interviewees, Meisenhelder writes, "You rehabilitate yourself". Although this is widely understood outside of criminology, this presents a particular challenge to criminologists. Adams (1997) writes:

> "Thinking of criminal reform as self-initiated socialization highlights a side of the equation often ignored by researchers. Substantial and lasting changes in criminal behavior rarely come about only as a result of passive experience, and such changes are best conceptualized as the outcome of a process that involves significant participation by the offender, who, in many respects, acts as his or her own change agent" (334–335).

In a fascinating variation of the so-called "fundamental attribution error" (Jones and Harris 1967), Mischkowitz (1994: 325) found that while social workers in the Tubingen Comparative Study of Young Offenders tended to attribute desistance to external factors (wives, jobs, or changing geographic locations), desisting ex-offenders them-

selves attributed the crime-free behaviour to their own "free will" and personal effort. Similar findings are evident in almost every qualitative study of desistance (see e.g. Maruna 2001). Work by Shover (1983), West (1978), Pezzin (1995) and Sommers et al. (1994) has pointed to a range of factors which motivated the offenders in their samples to stay away from criminal behaviours. These include the desire to avoid negative consequences (such as death or serious injury), realising that legitimate financial gains outweigh criminal gains, wanting to 'lead a quieter life', and embarking upon a committed personal relationship.

The argument these authors make is not that structural opportunities and obstacles are irrelevant, only that external causal factors alone cannot account for the desistance phenomena. Gartner and Piliavin (1988: 299) write:

> "As individuals move into middle age they experience crucial age-related changes in self-concept, motivations, aspirations and attitudes. These subjective changes do not simply accompany changes in the objective sphere of life, but trigger them as well, and determine how external events or physiological states will be interpreted and acted upon."

Giordano et al. (2002), for instance, seek to subtly shift the focus of social control theories to include a greater role for the 'up front' work of social actors seeking to change aspects of their behaviours. "We wish to emphasise the actor's own role in creatively and selectively appropriating elements in the environment" (992).

Frequently, the discussion of "choice" or agency is limited to the "initial" reason an individual might stop his or her offending behaviour or the "decision to quit" (e.g. Cusson and Pinsonneault 1986). This need not be the case. Indeed, it might make more sense that the initial break with crime (primary desistance) results from pure circumstance and is anything but a strategic, intentional move. On the other hand, the longer the desistance process lasts, the more it (might) require some decisive effort on the part of the individual to maintain this abstinence in the face of familiar triggers, obstacles and life's set backs. At some point, however, the desistance process may slowly become 'habitual', requiring less conscious effort as time passes.

Indeed, the ability to maintain abstinence might be wholly unrelated to the initial cause (or one's initial reason) for ceasing the behaviour in the first place. Felton Earls and his colleagues write, "Initiating change is but the first step. The second step involves maintaining the change ... (and) the skills required for initiating behavior change are usually different from those required for maintaining it" (Earls et al. 1993: 291). For instance, in their research on alcoholism, Amodeo et al. (1992) speculate that 'negative' or 'avoidant' motives, such as fear of arrest, physical deterioration, family breakup or job loss might be the most common incentives for "putting down the bottle". Yet, more positive or 'approach' motives such as a sense of purpose in life or a commitment to occupational success might be the more influential force in maintaining sobriety (709). Avoidant motives can be powerful catalysts for action, they suggest, but they may not be able to sustain long-term resolve against powerful temptations.

In a rare, longitudinal study of agency and desistance, Ros Burnett (1992: 66 and 1994: 55–56) suggested that those ex-prisoners who reported that they wanted to stop offending and, importantly, felt they were able to stop offending, were more likely to desist than those who said they were unsure if they wanted to stop offending. In a

ten-year follow-up of this sample (Maruna et al. 2002), an optimistic self-assessment of one's own ability to desist (given during a prison-based pre-release interview) continued to predict who would and would not return to prison, over and above environmental factors (such as problems with employment post-release) suggesting the long-term significance of agency.

2. Structures

Yet, even if "you rehabilitate yourself", it is also well known that will power or agency, alone, is not enough. Structural processes and the actions of 'near' others mediate and influence desistance processes and their outcomes. In their study of child sex offenders living in the community, Brogden and Harkin (2000) for instance demonstrate the role played – often on a daily basis – by friends and family members in helping ex-offenders avoid further offending (see also Warr 2002). This embedding of agency within wider social and interpersonal factors is crucial for understanding desistance.

Thankfully, a number of recent contributions to the field have opened up a much greater and more subtly nuanced understanding of structures conducive to and inhibitive of desistance. Giordano and her colleagues refer to a "cognitive blueprint" which serves as a template of how one is to proceed as a changed individual. This concept is similar to the process which Farrall and Bowling refer to as a 'position-practices'. In his formulation of structuration theory, Giddens suggests that "social identities, and the position-practice relations associated with them, are ... associated with normative rights, obligations and sanctions which, within specific collectivities, form roles" (1984: 282–283). Position-practices are therefore the behaviours normally expected from particular individuals undertaking particular tasks. Thus, social identities are indicative of, and are (commonly) associated with, particular forms of behaviour. An individual's position-practice is the result of what they and others normally expect of someone occupying that particular role. In other words, each social identity describes an appropriate series of roles for members of that identity (see also Coleman 1992).

One of the best examples of a sociologically informed understanding of wider social structures comes from Hagan. Hagan (1997) outlines how social and economic changes at both the macro and meso-levels are conducive to the sorts of social changes in neighbours which will hinder the attempts of many people to both avoid entry into prolonged periods of offending and to escape from such careers. Hagan points to a long-term decline in the stability of the US economy as creating increased rates of unemployment and greater levels of income inequality. This leads in turn, he argues, to increased levels of residential segregation along racial lines, inequalities of pay which see ethnic minority groups receiving lower income and the spatial concentration of poverty.

According to the theory, these trends have led to processes of capital disinvestments at the neighbourhood level whereby legitimate cash streams are diverted elsewhere. This process is self-perpetuating as neighbourhoods without employers have impoverished job information networks and find it hard to attract new sources of legitimate

income. In the place of legitimate employment and career opportunities comes weakened attachment to the labour market and alternative, illegitimate cash streams and careers. Those people without friends, family or neighbours who are regularly working will find it harder to enter the world of work and may see engagement in crime as the solution to the problems of low personal-income and social status. Unless these features are drastically altered, those people trapped in such scenarios will not only find that such "... situations can compel [them] to violate the law", but that once embarked on an offending career, many will find it harder to break with crime (McCarthy and Hagan 1991).

3. Human and Social Capital

Relatedly, the framework of human and social capital as developed by Coleman (1988 and 1990) has started to be employed by criminologists seeking to understand variations in engagement in offending over the life-course (e.g. Rose and Clear 2002). These terms offer a way of conceptualising those social processes which might serve to foster desistance. Human capital refers to the skills and knowledge which individuals possess and which enables them to apply for jobs, hold down work, achieve at work and so on. It "is created by changes in persons that bring about skills and capabilities that make them able to act in new ways" (Coleman 1988: s100). Clearly, poor or inadequate human capital will make gaining and keeping employment, for example, all the harder.

Social capital, on the other hand "is defined by its function" (Coleman 1988: s98). The term refers to the capacity of an individual to draw upon personal ties and social networks to advance some personal interest. For instance, someone with strong social capital could call upon friends and associates to find work or gain admission into a particular educational programme. Coleman explains:

> (Social capital) "is not a single entity but a variety of entities, with two elements in common: they all consist of some aspect of social structures, and they facilitate certain actions of actors – whether persons or corporate actors – within the structure. Like other forms of capital, social capital is productive, making possible the achievement of certain ends that in its absence would not be possible" (1988: s98).

The function of such a conceptualisation is to identify the value of 'social capital' to social actors as resources which they can use to achieve their interests (1988: s101). As such, social capital:

> ... "originates in socially structured relations between individuals, in families and in aggregations of individuals in neighbourhoods, churches, schools and so on. These relations facilitate social action by generating a knowledge and sense of obligation, expectations, trustworthiness, information channels norms and sanctions" (Hagan and McCarthy 1997: 229).

Both parole and probation supervision can be seen as an attempt to improve the human capital of individuals by referring them to employment partnerships or by running short courses in 'thinking skills', safe drug use, and so on. Employment fosters

social capital by increasing contacts amongst typically non-offending others, which reinforces pro-social behaviours and increases future employability. However, as Crow (2000: 121) has noted, studies of employment schemes have frequently been unable to demonstrate an impact on offending, a finding which he suggests is in part due to their being unable to address the wider problem of mass unemployment. In other words, such schemes were ultimately unable to act in such a way as to improve their participant's social capital as they ultimately had little direct control of or influence over wider meso and macro level circumstances – in this case employment rates. This is especially important when considering desistance because employment (or the lack of it) is an important factor for many in the persistence of their offending career:

"Inadequate availability of employment is perhaps the biggest obstacle to successfully traversing the gap between a *troubled* adolescent and the entry into a *more stable* adulthood" (Hagan 1997: 299, emphasis added).

"Under [widespread youth unemployment], the peer group takes on a more important and more enduring dimension as the principal (if not only) source of security, status, sense of belonging and identity" (Graham and Bowling 1995: 97).

These quotes suggest that as some forms of social capital are eroded (in this case, employment) so behaviours are altered, and that this frequently has implications for some people's involvement in crime.

These processes have been highlighted by several studies which have demonstrated that employment and employment stability are frequently associated with desistance (see inter alia Farrington et al. 1986; Uggen 2000; Farrall 2002). Poor employment prospects encourage engagement in offending which may ultimately serve to block subsequent opportunities for legitimate employment and desistance. Hagan argues that western industrialised nations have, during the last quarter of the twentieth century, witnessed an overall slow-down in economic growth. These economic changes have resulted in huge social changes. For example, a significant proportion of young people leaving school will either expect *not* to work, will experience economic instability or may become accustomed to periodic unemployment. As well as helping to maintain the concentration of poverty, such changes will create:

... "a social context that includes poor schools, inadequate job information networks, and a lack of legitimate employment opportunities [that] not only gives rise to weak labour force attachment, but increases the probability that individuals will be constrained to seek income derived from illegal and deviant activities" (Wilson 1991: 10, cited in Hagan 1997: 292).

In other words recent economic changes have resulted in reductions in human and social capital. In less advantaged communities – similar to those in which many of those who become repeatedly involved with criminal justice agencies live – many will have experienced reductions in their and their communities' social capital. Those most likely to be made subject to probation orders, parole and other sanctions are therefore amongst those most likely to have limited legitimate resources both in terms of their human capital and in terms of the skills and knowledge which permeate the communities in which they live.

4. The Importance of Place

Hagan's work (1997) suggested that there are certain meso-level social or community structures which influence individuals' desires, motivations and abilities to engage in, or refrain from, offending. A similar, but often neglected dimension can be found in the work of Meisenhelder (1977), who refers to the spatial dimension of desistance. Not all 'places' (e.g. bars, snooker halls, railway stations, churches) are equal in terms of their ability to either facilitate or confirm a would-be desister's status as an "ex-offender". For example, some places (bars, gambling halls, snooker halls or certain street corners) have a negative effect, suggesting that an individual has not recanted their old ways and is still engaged in illegal or 'shady' activities. Other places are suggestive that an individual has made the break with crime, and these include churches, reputable employers, domestic family homes and other 'conventional' civic associations. Still other places may convey neither positive nor negative messages (for example, a large out of town super-market or a railway station).

The explanation given by Meisenhelder is that the places where an individual lives out his or her life communicates some element of 'who' they are and 'what' they do. Time spent in snooker halls or certain bars suggest a routine engagement with others who may themselves continue to be engaged in illegitimate endeavours. On the other hand, routinely spending time in stable employment, engaged in childcare duties, with other 'benevolent' bodies such as churches or civic groups, or engaged in some other 'constructive' use of one's leisure time can help to create (at least) the image of a reformed or reforming character.

5. Interactions with Race, Age and Gender

Very few of the investigations undertaken so far have considered gender differences and desistance. Graham and Bowling's (1995) study in the UK was one study which did. They found that the processes leading to desistance for men and women appeared to be quite different. For women, becoming an adult (e.g. leaving home, finishing schooling and starting a family) was related to desistance. Yet, the same was not true for men. As this study was not longitudinal and as all respondents were aged 15-25 years old, it is hard to assess the significance of this finding. It could be due to males needing longer to mature – so that if older males had been included in the sample, the gender differences in the processes of desistance may have been less pronounced – or it could be that the processes of desistance for males and females actually *are* quite different. A similar study by the Home Office which extended the upper age limit to 30 (Flood-Page et al. 2000) has since suggested that males *do* need longer to desist, but it did not comment on the processes of desistance for older males and females.

Giordano et al. (2002: 1051–1053) reflect on the issue of gender and its impact on desistance in their sample. They suggest that despite a considerable degree of overlap between males and females in the descriptions they gave of how they changed, females tended to point towards religious conversions and their children than did males. Taken together, the factors associated with female desistance from 'street crime' (as reported

by Sommers et al. 1994) were very similar to those reported in studies of male 'street offenders' (e.g. Shover 1983; Cusson and Pinsonneault 1986; Cromwell et al. 1989). This could, however, be due to the similarities in desistance from such *crimes*, rather than *gender* similarities. Additionally, there are few studies which have sought to investigate the relationship between desistance and race. Exceptions include work by Rand (1987), Elliott (1994) and Hughes (1997 and 1998), although much of this work is exploratory. Indeed, as yet, there is no fully developed theoretical rationale for why the desistance process should differ because of one's ethnic/cultural background.

Age on the other hand has received a great deal more attention. Following the findings of scholars in the USA (e.g. Uggen 2000; Ouimet and Le Blanc 1996), it is now commonly accepted that the impact of various life events upon an individual's offending is age-graded. For example, Ouimet and Le Blanc (1996: 92) suggest that it is only from around the mid-20s that cohabitation with a woman was associated with desistance for the males in their sample. Similarly, Uggen (2000: 542) suggests that work appears to be a turning point in the criminal careers of those offenders aged over 26, whilst it has a marginal effect on the offending of younger offenders. When findings like these are taken into consideration, the importance of structuring the enquiry by age is made apparent.

However, many of the earlier studies concerning the factors associated with desistance were unaware of this caveat and as such their findings that there was no impact of employment or partnership on desistance must be treated accordingly. For example, some of the earliest investigations of the relationship between employment and desistance relied upon relatively young populations. Rand's (1987) sample was under 26 years old, the members of Mulvey and La Rosa's (1986) sample were all between 15 and 20 years old with an average age of 18, and more recently, Graham and Bowling's (1995) sample were aged 17-25. Similarly, early investigations of the relationship between marriage and desistance were also based on relatively young populations: for example, Mulvey and Arber's (1988) sample were aged between 16 and 19 years old and Pezzin's (1995) were between 14 and 22.

6. Structuration and Desistance: Conclusions and Case Examples

As Giordano et al. write, "on a continuum of advantage and disadvantage, the real play of agency is in the middle" (2002: 1036). In other words, agency matters most when the objective chances of desisting are around 50/50. When the scales are less evenly balanced, other factors appear to be of greater importance.

This generality is supported by one recent investigation into the subsequent offending careers of a sample cohort of English offenders sentenced to probation (Farrall 2002). Farrall followed the progress of 200 men and women on probation. Three groups of probationers emerged: 'the confident' who were expected by both themselves and their probation officers to cease offending; 'the optimists' who themselves felt they could stop but whose officers were less convinced; and 'the pessimists' who felt that they could not stop offending. The confidents and optimists had respectively average

predicted reconviction scores[2] of 53 and 61 per cent (Farrall 2002: 103) although most of each did desist (respectively 78 and 71 per cent; ibid: 174). The pessimists had a higher average predicted reconviction score (68 per cent; ibid: 103), and, as expected, far fewer desisted than either the confident or optimists (52 per cent; ibid: 174). However, when case histories of those pessimists who had managed to desist were examined, it became clear that their own agency was an important factor in explaining their desistance.

For example, Clive was, in his own terms, "an alcoholic" who was given probation for attempting to steal vodka from a supermarket. At the first interview Clive said that he wanted to stop offending ("I never wanted to offend in the first place – it's like having a double personality: sober and drunk"), but said he did not know if he could. At the second interview he said he still wanted to stop and was still unsure if he could. However, at the time of the third interview he said he had stopped. What happened to Clive during the course of his order which helped him move from being a regular offender[3] to a non-offending and slightly more 'upbeat' individual? Clive had had an alcohol problem since he had been a child, and this formed a large part of the work which his Officer undertook with him. Clive suggested that he had benefited greatly from his period of supervision:

> "I've learnt more about people and communication and how it affects me. I never used to be like that but people [at the probation office] were asking me if I'm well and how I'm getting on and now I [ask others] too. Before I wouldn't talk. I've learnt that if I get in trouble, that will be it – I'd lose everything I've tried for."

At the third interview – by which time Clive's partner had had their baby – Clive said, perhaps most telling of all: "I've got a family now. *I want to be responsible*" (emphasis added). Clive's case demonstrates the importance of agency (not to the exclusion of all other factors of course) in helping initiate and maintain the processes associated with desistance.

Farrall's findings resonate with the summary of their study provided by Giordano et al. (2002: 1054): "Among highly advantaged men, a show of agency is not all that necessary. At an exceedingly high level of disadvantage, cognitive transformations and associated agentic moves are unlikely to be nearly enough." It might be true that "you rehabilitate yourself", but this does not happen in a hermetically sealed vacuum devoid of other actors.

---

2 The system used to assess predicted reconviction was that developed by the Home Office, and often referred to as OGRS.

3 Clive's first conviction had been when he was 16 years old. He was 30 when he started his order. In the period between his first conviction and the start of his probation order, Clive had amassed 23 convictions, amounting to an annual average of 1.6, or about three convictions every two years.

IV. A Structuration Theory of Desistance

With this structuration framework and the above list of interacting processes in mind, we will conclude this paper by developing the beginnings of our own theoretical account of desistance based on the ideas of agency and prosocial labelling. (An earlier version of this developing theory can be found in Maruna 2001.) This account begins with the assumption that human beings have a natural predisposition "to experience themselves as causal agents in their environment" and to earn the esteem and affection of valued others (Gecas and Schwalbe 1983). Essentially, we buy Bakan's (1966) argument that human motivation can be broken down into strivings for agency and communion[4]. Agency, in this framework, is the assertion of the competence and potency of the self, encompassing strivings for autonomy, achievement, and self-mastery. Communion is the establishment of community and interpersonal bonds, incorporating themes of love, caring, friendship and helping behaviours. Deci and Ryan (2000: 229) characterize these polarities as intrinsic human "needs" or "innate psychological nutriments that are essential for ongoing psychological growth, integrity, and well-being" (ibid). Essentially, humans are drawn toward the "productive realisation of (our) potentialities" (Fromm 1947: 189) through activities which are creative, internally gratifying and socially approved and rewarded.

When social structures constrain one's ability to achieve these things through prosocial means (or in Marxist terms, when the individual is alienated from his labours), the individual might turn to criminal or delinquent behaviours in order to "experience one's self as a cause" rather than an "effect" (Matza 1964: 88)[5]. For instance, Moffitt (1993: 686–687) describes the 5 to 10 year role vacuum that teenagers and young adults face during which "they want desperately to establish intimate bonds with the opposite sex, to accrue material belongings, to make their own decisions, and to be regarded as consequential by adults" only to find they are "asked to delay most of the positive aspects of adult life". Under such frustrating circumstances, delinquency and other behaviours that tempt fate, provoke responses from adults, and generally

4 Bakan may owe this dichotomy to the pre-Socratic philosopher, Empedocles. Dan McAdams and his colleagues (1996: 340) write, "That human lives are animated by two broad and contrasting tendencies resembling Bakan's concepts of agency and communion is an idea that is at least 2,000 years old." Agency and communion themes have also been a central feature of almost every effort to quantify significant aspects of interpersonal behaviour for at least the last 45 years (see the review in Wiggins 1991). Our theoretical account starts with this explicit assumption of the motivation of individual actors, mainly because motivation is such an under-discussed subject in criminology. Jacobs and Wright (1999: 149) suggest: "If there is a bogeyman lurking in our discipline's theoretical shadows, motivation may well be it."

5 This tension between social structure and the need for autonomy is a central component of numerous theories of criminal etiology, most famously that of Merton. We offer no such fully developed theory here. We only suggest that a motivation for crime is understandable under our framework. The various factors – from psychological traits to sociological circumstances – that lead one person to choose crime and another to choose any other sort of adaptation to such structural conditions can be left for others to debate. What is required for an understanding of desistance is an account of persistence in criminality over long stretches (i.e. secondary deviance) despite efforts to deter the individual. Here we largely agree with what others (esp. Braithwaite 1989; Sampson and Laub 1997) have written on the subject.

"make something happen" (Matza 1964) take on an unusually compelling appeal (Katz 1988).

As others have argued (see esp. Sampson and Laub 1997), this deviant behaviour itself can become a kind of "chimera" (Patterson 1993), "mortgaging one's future" (Nagin and Paternoster 1991) by cutting off opportunities for achieving success in employment, education, and even in marriage (on incarceration and "marriageability," see Wilson and Neckerman 1986). When society's reaction to deviants is to stigmatise, segregate and exclude, such persons are left with limited opportunity for achieving self-respect and affiliation in the mainstream – but are welcomed among subcultural groups of similarly stigmatised outcasts (Braithwaite 1989). Hence, the vicious circle of persistent offending.

On the bright side, within this downward spiral, there are many lulls in offending. In our account, a lull can turn into secondary desistance when two things happen. First, the person finds a source of agency and communion in non-criminal activities. They find some sort of "calling" – be it parenthood, painting, coaching, chess or what Sennett (2003) calls "craft-love" – through which they find meaning and purpose outside of crime. In *Respect in a World of Inequality*, Sennett gives the example of his own adolescent cello-playing through which he "experienced a profound pleasure in and for itself, and a sense of self-worth which didn't depend on others". Much criminal behaviour is maintained by rewards that are extrinsic (status, riches) or fleeting (the buzz of a drug). The discovery of an alternative, intrinsically rewarding pursuit can be a necessary, but not sufficient component of the successful abstinence from such highs.

The second part of our desistance formula, like that of Lemert's deviance theory, involves societal reaction. The desisting person's change in behaviour is sometimes recognized by others and reflected back to him in a "delabeling process" (Trice and Roman 1970). Meisenhelder (1977: 329) has described this as the "certification" stage of desistance. "Some recognized member(s) of the conventional community must publicly announce and certify that the offender has changed and that he is now to be considered essentially noncriminal." As with the "degradation ceremony" (Garfinkel 1956) through which wrongdoers are stigmatised, this delabeling is directed not at specific acts, but to the whole character of the person in question (Braithwaite and Braithwaite 2001: 16). Similarly, delabeling might be most effective when coming from "on high," particularly official sources like judges or teachers, rather than from family members or friends – where such acceptance can be taken for granted (Wexler 2001).

There is scattered evidence in support of this sort of Pygmalion effect in the behavioural reform process. For instance, in a now famous experiment, Leake and King (1977) informed treatment professionals that they had developed a scientific test to determine who among a group of patients were most likely to be successful in recovering from alcoholism. In reality, no such test had been developed. The patients identified as "most likely to succeed" were picked purely at random. Still, the clients who were assigned this optimistic prophecy were far more likely to give up drinking than members of the control group. Apparently, they believed in their own ability to achieve sobriety because the professionals around them seemed to believe it so well.

Although this second part of our account shares much with a labelling perspective, we part ways with Lemert's societal reaction theory with the first half of our formula-

tion. We agree with the many modifiers of labelling theory (e.g. Felson 1993) that the traditional societal reaction account portrays the development of self-concept as too passive a process. Of the many reformulations of the notion of the "looking-glass self," we prefer Gecas and Schwalbe's (1983: 79) argument that: "Human beings derive a sense of self not only from the reflected appraisals of others, but also from the consequences and products of behavior that are attributed to the self as an agent in the environment." By emphasizing that self-conceptions are built on the experience of "self as a causal agent" as well as the reactions of others, this is a more "active self" than the image offered by the looking-glass metaphor (ibid; see also Yeung and Martin 2003).

In our formulation, both societal reactions and agentic experiences are necessary, but neither is sufficient alone. Ex-offenders need to be morally and socially reintegrated, but they also have to feel that this reintegration has been justified by their own efforts to "make good" and redress past crimes. Bazemore (1998: 768) calls this a process of "earned redemption". Miller et al. (1975) demonstrated how this combination works in their experimental research on compliance. They found that when untidy students were instructed to keep their classroom neat, the young people complied with these pleadings only as long as they were reinforced with consequences, and no longer. On the other hand, when, during one such period of compliance, a random group of the students was identified and praised by the teacher for being especially tidy individuals, the improvements lasted for several months (see also Strenta and DeJong 1981). People tend to persist more in the pursuit of behaviour that they see as intrinsically determined rather than imposed by external forces (Kelman 1958). Likewise, some research on desistance suggests that secondary desisters avoid crime because they see themselves as fundamentally good (or non-criminal) people, and not because they "have to" to avoid sanctions (Maruna 2001).

V. Conclusions: Theory and Practice

The theory question is, in many senses of the word, an academic issue. It may matter little in practical terms what it is about being employed or being part of a family that helps to sustain desistance. What matters in the "real world" of policy and practice may be simply that ex-offenders are given opportunities to make such attachments regardless of why or how they work. As a parallel, aspirin was used to relieve headaches for over half a century before scientists discovered how and why it worked.

Nonetheless, there is a role for criminological theory in the applied world of corrections. Most criminal justice programming is not based on a coherent theory of desistance from crime or indeed any psychological theory (Gendreau 1996a). The dominant ethos in corrections has been described as "anything goes" (Cohen 1985) with a little of this and a little of that thrown in to please various camps. Much of what is done in the name of "corrections" can be counter-productive – provoking defiance or creating dependence rather than strengthening the person's ability to go straight (see Maruna and LeBel 2003). As such, desistance-enhancing efforts to promote employment can be and often are coupled with desistance-degrading interactions (e.g. stigmatisation and degradation rituals). Such odd coupling can leave promising

efforts looking ineffective in formal evaluations when in fact babies are being thrown out with the bath water. At the very least, then, developing a coherent account of how and why former offenders go straight can help those of us in the research world make sense out of our null findings in corrections research.

More optimistically, correctional programming could become "desistance-focused" (Farrall 2002) and organized around a coherent theoretical model of desistance. By helping to elucidate desistance, theories like the one above would enable criminal justice policies aimed at reducing offending to be 'fine-tuned' and for the elements of these interventions which 'work' best to be more thoroughly understood. Without a theory of why people stop offending it is difficult to envision which policies and practices are needed if offending behaviour is to be addressed by criminal justice agencies.

For example, despite the growing acceptance that desistance is related to issues of social integration and embeddedness, recent work by Farrall (2002) found that probation officers appeared reluctant to help probationers address family and employment problems. Yet, when Officers *did* assist probationers facing these problems, their work appeared to supplement the efforts of the probationers and to be associated with greater rates of success (Farrall 2002: 161, Table 9.2). More effort should be focussed on how officers can support probationers address existing family problems and/or preparing them for events like parenthood. Similarly, more effort should be focussed on getting probationers into employment (see Bridges 1998).

This might entail a shift in the orientation of probation work from its present "offending-related" orientation to one of being "desistance-focused". One probationer who participated in Farrall's (2002) research captured this shift rather elegantly. When asked what would prevent him from reoffending, he replied:

> "Something to do with self progression. Something to show people what they are capable of doing. I thought that that was what [my Officer] should be about. It's finding people's abilities and nourishing and making them work for those things. Not very consistent with going back on what they have done wrong and trying to work out why – 'cause it's all going around on what's *happened* – what you've already been punished for – why not go forward into something ... For instance, you might be good at writing – push that forward, progress that, rather than saying 'well look, why did you kick that bloke's head in? Do you think we should go back into anger management courses?' when all you want to be is a writer. Does that make any sense to you at all? *Yeah, yeah. To sum it up, you're saying you should look forwards not back.* Yeah. I know that you do have to look back to a certain extent to make sure that you don't end up like that [again]. The whole order seems to be about going back and back and back. There doesn't seem to be much 'forward'."

Such a shift would give those employed within the criminal justice system a clearer mandate to help probationers, prisoners and parolees tackle family and employment problems. This may in turn result in a greater involvement of officers in the attempts to tackle such obstacles and greater success in resolving them. Helping probationers address family and employment problems will both in turn help to foster the sorts of ties and social contacts which allow for the development of social capital. It is as yet unclear exactly how well probation services will be able to influence local economic conditions or be able to re-orientate their work towards desistance-focused matters. The suggestion that probation services continue to develop employment schemes (see

Sarno et al. 2000) in which they are able to offer probationers work may be only one amongst a number of implications following from such a shift.

References

Adams, Kenneth, 1997: Developmental Aspects of Adult Crime. Pp. 309–342 in: *Terence Thornberry* (ed.), Developmental Theories of Crime and Delinquency. London: Transaction Press.

Amodeo, Maryann, Norman R. Kurtz and *Henry S.G. Cutter*, 1992: Abstinence, Reasons For Not Drinking, and Life Satisfaction. International Journal of the Addictions 27: 707–716.

Bakan, David, 1966: The Duality of Human Existence: An Essay on Psychology and Religion. Chicago: Rand McNally.

Bauman, Zygmunt, 1989: Hermeneutics and Modern Social Theory. Pp. 34–55 in: *D. Held* and *J. Thompson* (eds.), Social Theory of Modern Societies: Anthony Giddens and His Critics. Cambridge: Cambridge University Press.

Bazemore, Gordon, 1998: Restorative Justice and Earned Redemption: Communities, Victims, and Offender Reintegration. American Behavioral Scientist 41: 768–813.

Blumstein, Alfred, and *Jacqueline Cohen,* 1987: Characterizing Criminal Careers. Science 237: 985–991.

Bottoms, Anthony, and *Paul Wiles,* 1992: Explanations of Crime and Place. Pp. 11–35 in: *David J. Evans, Nicholas R. Fyfe* and *David T. Herbert* (eds.), Crime, Policing And Place. London: Routledge.

Braithwaite, John, and *Valerie Braithwaite*, 2001: Part One. Pp. 3–69 in: *Eliza Ahmed, Nathan Harris, John Braithwaite* and *Valerie Braithwaite* (eds.), Shame Management Through Reintegration. Cambridge: University of Cambridge Press.

Braithwaite, John, 1989: Crime, Shame and Reintegration. Cambridge: Cambridge University Press.

Bridges, And*rew*, 1998: Increasing the Employability of Offenders. Probation Studies Unit Report No. 5.

Brogden, Mike, and *Sharon Harkin*, 2000: Community Rules Preventing Re-Offending by Child Sex Abusers: A Life History Approach. International Journal of the Sociology of Law 20: 45–68.

Burnett, Ros, 1992: The Dynamics of Recidivism, Centre for Criminological Research. Oxford: University of Oxford.

Burnett, Ros, 1994: The Odds of Going Straight: Offenders Own Predictions. Pp. 44–74 in: *University of Loughborough* (ed.), Sentencing, Quality and Risk: Proceedings of the 10th Annual Conference on Research and Information in the Probation Service. Birmingham: Midlands Probation Training Consortium.

Bushway, Shawn, Alex Piquero, Lisa M. Broidy, Elizabeth Cauffman and *Paul Mazerolle,* 2001: An Empirical Framework for Studying Desistance as a Process Desistance. Criminology 39: 496–515.

Cain, Maureen, 2000: Orientalism, Occidentalism and the Sociology of Crime. British Journal of Criminology 40: 239–260.

Caspi, Avshalom, and *Terrie E. Moffitt,* 1995: The Continuity of Maladaptive Behavior: From Description to Understanding in the Study of Antisocial Behavior. Pp. 472–511 in: *Dante Cicchetti* and *Donald J. Cohen* (eds.), Developmental Psychopathology: Vol. 2. Risk, Disorder and Adaptation. New York: Wiley.

Cohen, Stan, 1985: Visions of Social Control: Crime, Punishment and Classification. Cambridge: Polity Press.

Coleman, James S., 1988: Social Capital in the Creation of Human Capital. American Journal of Sociology 94: Supplement, 95–120.

Coleman, James S., 1990: Foundations of Social Theory. London: Belknap Press.

Coleman, James S., 1992: Current Views on the Adolescent Process. Pp. 1–23 in: *James Coleman* (ed.), The School Years, 2nd edition. London: Routledge.

Cromwell, Paul F., J. N. Olson and *D. W. Avary*, 1989: Breaking and Entering. London: Sage.
Crow, Ian, 2000: Evaluating Initiatives in the Community. Pp. 114–27 in: *Victor Jupp, Pamela Davies* and *Peter Francis* (eds.), Doing Criminological Research. London: Sage.
Cusson, Maurice, and *Pierre Pinsonneault*, 1986: The Decision To Give Up Crime. Pp. 72–82 in: *Derek B. Cornish* and *Ronald V. Clarke* (eds.), The Reasoning Criminal. New York: Springer-Verlag.
Deci, Edward L., and *Richard M. Ryan*, 2000: The 'What' and 'Why' of Goal Pursuits: Human Needs and the Self-Determination of Behavior. Psychological Inquiry 11: 227–268.
Earls, Fenton, Robert B. Cairns and *James A. Mercy*, 1993: The Control of Violence and the Prevention of Non-violence in Adolescents. Pp. 285–304 in: *Susan G. Millstein, Anne C. Petersen* and *Elena O. Nightingale* (eds.), Promoting the Health of Adolescents: New Directions for the 21st Century. New York: Oxford University Press.
Elliott, Delbert S., 1994: Serious Violent Offenders: Onset, Developmental Course, and Termination. Criminology 32: 1–21.
Farrall, Stephen, and *Ben Bowling*, 1999: Structuration, Human Development and Desistance From Crime. British Journal of Criminology 39, 253–268.
Farrall, Stephen, 2000: Introduction. Pp. 1–19 in: *Stephen Farrall* (ed.), The Termination of Criminal Careers. Ashgate: Aldershot.
Farrall, Stephen, 2002: Rethinking what Works with Offenders. Cullompton, Devon: Willan Press.
Farrington, David P., 1992: Explaining the Beginning, Progress, and Ending of Antisocial Behavior from Birth to Adulthood. Pp. 253–286 in: *Joan McCord* (ed.), Advances in Criminological Theory: Vol. 3.: Facts, Frameworks, and Forecasts. New Brunswick: Transaction Press.
Farrington, David P., Bernard Gallagher, Lynda Morley, Raymond J. St. Ledger and *Donald J. West*, 1986: Unemployment, School Leaving and Crime. British Journal of Criminology 26: 335–356.
Felson, Richard B., 1993: The (Somewhat) Social Self: How Others Affect Self-Appraisals. Pp. 1–26 in: *Jerry Suls* (ed.), Psychological Perspectives on the Self. Vol. 4. Hillsdale, NJ: Erlbaum.
Flood-Page, Claire, Siobhan Campbell, Victoria Harrington and *Joel Miller,* 2000: Youth Crime: Findings From the 1998/99 Youth Lifestyles Survey (Home Office Research Study, No. 209). London: Home Office Research, Development and Statistics Directorate.
Foote, Catherine E., and *Arthur W. Frank,* 1999: Foucault and Therapy: The Disciplining of Grief. Pp. 157–187 in: *Adrienne S. Chambon, Allan Irving* and *Laura Epstein* (eds.), Reading Foucault for Social Work. New York: Columbia University Press.
Fromm, Erich, 1947: Man for Himself. New York: New American Library.
Garfinkel, Harold, 1956: Conditions of Successful Degradation Ceremonies. American Journal of Sociology 61: 420–424.
Gartner, Rosemary, and *Irving Piliavin*, 1988: The Aging Offender and the Aged Offender. Pp. 289–311 in: *Paul B. Baltes, David L. Featherman* and *Richard M. Lerner* (eds.), Life-Span Development and Behavior, Vol. 9. Hillside, N.J.: Erlbaum.
Gecas, Victor, and *Michael L. Schwalbe*, 1983: Beyond the Looking-Glass Self: Social Structure and Efficacy-Based Self-Esteem. Social Psychology Quarterly 46 (2): 77–88.
Gendreau, Paul, 1996: Offender Rehabilitation: What We Know and What Needs to be Done. Criminal Justice and Behavior 23: 144–161.
Giddens, Anthony, 1984: The Constitution of Society. Cambridge: Polity Press.
Giordano, Peggy C., Stephen A. Cernkovich and *Jennifer L. Rudolph*, 2002: Gender, Crime and Desistance: Toward a Theory of Cognitive Transformation. American Journal of Sociology 107: 990–1064.
Glaser, Daniel, 1964: Effectiveness of a Prison and Parole System. Indianapolis: Bobbs-Merrill.
Gove, Walter, 1985: The Effect of Age and Gender on Deviant Behavior: A Biopsychosocial Perspective. Pp. 115–144 in: *Alice S. Rossi* (ed.), Gender and the Life Course. New York: Aldine.
Gottfredson, Michael R., and *Travis Hirschi*, 1990: A General Theory of Crime. Stanford: Stanford University Press.
Graham, John, and *Benjamin Bowling*, 1995: Young People and Crime (Home Office Research Study, No 145). London: Home Office Research, Development and Statistics Directorate.

Greenberg, David F., 1981: Delinquency and the Age Structure of Society. Pp. 586–620 in: *Sheldon L. Messinger* and *Egon Bittner* (eds.), Criminology Review Yearbook. Beverly Hills, CA: Sage.

Greenberg, David F., 1994: The Historical Variability of the Age-Crime Relationship. Journal of Quantitative Criminology 10: 361–373.

Grundies, Volker, 1998: The Freiburg Cohort Study. Pp. 29–32 in: *Hans-Jörg Albrecht* and *Helmut Kury* (eds.), Research on Crime and Criminal Justice at the Max Planck Institute. Freiburg i. Br.: edition iuscrim.

Hagan, John, and *Bill McCarthy*, 1997: Mean Streets. Cambridge: Cambridge University Press.

Hagan, John, 1997: Crime and Capitalization: Toward a Developmental Theory of Street Crime in America. Pp. 287–308 in: *T. Thornberry* (ed.), Developmental Theories of Crime and Delinquency. New Brunswick: Transaction Press.

Horney, Julie, D. Wayne Osgood and *Ineke Haen Marshall,* 1995: Criminal Careers in the Short Term Intra-Individual Variability in Crime and its Relation to Local Life Circumstances. American Sociological Review 60: 655–673.

Hughes, Margaret, 1997: An Exploratory Study of Young Adult Black and Latino Males and the Factors Facilitating their Decisions to Make Positive Behavioural Changes. Smith College Studies in Social Work 67 (3): 401–414.

Hughes, Margaret, 1998: Turning Points in the Lives of Young Inner-city Men Forgoing Destructive Criminal Behaviours: A Qualitative Study. Social Work Research 22: 143–151.

Irwin, John, 1970: The Felon. New Jersey: Prentice Hall.

Jacobs, Bruce A., and *Richard Wright,* 1999: Stick-up, Street culture and Offender Motivation. Criminology 37: 149–173.

Jones, Edward E., and *Victor A. Harris,* 1967: The Attribution of Attitudes. Journal of Experimental Social Psychology 3: 1–24.

Katz, Jack, 1988: Seductions of Crime. New York: Basic Books.

Kelman, Herbert C., 1958: Compliance, Identification and Internalization: Three Processes of Opinion Change. Journal of Conflict Resolution 2: 51–60.

Laub, John H., and *Robert J. Sampson*, 2001: Understanding Desistance From Crime. Pp. 1–78 in: *Michael H. Tonry* and *Norval Norris* (eds.), Crime and Justice: An Annual Review of Research, Vol. 26. Chicago: University of Chicago Press.

Laub, John H., Daniel S. Nagin and *Robert J. Sampson,* 1998: Trajectories of Change in Criminal Offending: Good Marriages and the Desistance Process. American Sociological Review 63: 225–238.

Leake, George J., and *Albert S. King*, 1977: Effect of Counselor Expectations on Alcoholic Recovery. Alcohol Health and Research World 1: 16–22.

Lemert, Charles C., 2000: Introduction. Pp. 1–15 in: *Charles C. Lemert* and *Michael F. Winter* (eds.), Crime and Deviance: Essays and Innovations of Edwin M. Lemert. Lanham, Maryland: Rowman and Littlefield Publishers.

Lemert, Edwin M., 1948: Some Aspects of a General Theory of Sociopathic Behavior. Proceedings of the Pacific Sociological Society. Research Studies, State College of Washington 16: 23–29.

Lemert, Edwin M., 1951: Social Pathology: Systematic Approaches to the Study of Sociopathic Behavior. New York: McGraw-Hill.

Maruna, Shadd, 1999: Desistance and Development: The Psychosocial Process of 'Going Straight.' Pp. 1–35 in: *Mike Brogden* (ed.), British Society of Criminology Conference Selected Proceedings, Vol. 2. Belfast, UK: British Society of Criminology.

Maruna, Shadd, 2001: Making Good: How Ex-Convicts Reform and Rebuild Their Lives. Washington DC: American Psychological Assocation Books.

Maruna, Shadd, and *Thomas P. LeBel*, 2003: Welcome Home? Examining the Reentry Court Concept from a Strengths-based Perspective. Western Criminology Review 4: 91–107.

Maruna, Shadd, Thomas P. LeBel, Ros Burnett, Shawn Bushway and *Christopher Kierkus,* 2002: Internal and External Factors in Desistance from Crime. Paper Presented at the American Society of Criminology Conference, 21 November 2002. Chicago, Il.

Matza, David, 1964: Delinquency and Drift. New York: Wiley.

McAdams, Dan P., Barry J. Hoffman, Elizabeth D. Mansfield and *Rodney Day,* 1996: Themes of Agency and Communion in Significant Autobiographical Scenes. Journal of Personality 64: 339–377.

McCarthy, Bill, and *John Hagan*, 1991: Homelessness: A Criminogenic Situation? British Journal of Criminology 31 (4): 393–410.

McCord, Joan, 1994: Crimes through Time. Review of R. J. Samson and J. H. Laub Crime in the Making: Pathways and Turning Points through Life. Contemporary Sociology 23: 414–415.

Meisenhelder, Thomas, 1977: An Exploratory Study of Exiting from Criminal Careers. Criminology 15: 319–334.

Miller, Robert L., Philip Brickman and *Dennis Bolen*, 1975: Attribution Versus Persuasion as a Means of Modifying Behavior. Journal of Personality and Social Psychology 31: 430–441.

Mischkowitz, Robert, 1994: Desistance from a Delinquent Way of Life? Pp. 303–327 in: *Elmar Weitekamp* and *Hans-Jürgen Kerner* (eds.), Cross-national Longitudinal Research on Human Development and Criminal Behavior. London: Kluwer Academic Publishers.

Moffitt, Terrie, 1993: 'Life-Course Persistent' and 'Adolescent-Limited' Antisocial Behaviour: A Developmental Taxonomy. Psychological Review 100: 674–701.

Mulvey, Edward P., and *M. Aber,* 1988: Growing Out of Delinquency: Development and Desistance. Pp. 99–116 in: *Jenkins, Richard L.* and *Waln K. Brown* (eds.), The Abandonment of Delinquent Behaviour: Promoting the Turnaround. New York: Praeger.

Mulvey, Edward P., and *John F. LaRosa*, 1986: Delinquency Cessation and Adolescent Development: Preliminary Data. American Journal of Orthopsychiatry 56: 212–224.

Nagin, Daniel S., and *Raymond Paternoster*, 1991: On the Relationship of Past and Future Participation in Delinquency. Criminology 29: 163–190.

Ouimet, Marc, and *Marc Le Blanc,* 1996: The Role of Life Experiences in the Continuation of the Adult Criminal Career. Criminal Behaviour and Mental Health 6: 73–97.

Patterson, Gerald R., 1993: Orderly Change in a Stable World: The Antisocial Trait as Chimera. Journal of Consulting and Clinical Psychology 61: 911–919.

Pezzin, Liliana E., 1995: Earning Prospects, Matching Effects and the Decision to Terminate a Criminal Career. Journal of Quantitative Criminology 11: 29–50.

Rand, Alicia, 1987: Transitional Life Events and Desistance from Delinquency and Crime. Pp. 134–62 in: *Marvin E. Wolfgang, Terence P. Thornberry* and *Robert M. Figlio* (eds.), From Boy to Man, From Delinquency to Crime. Chicago: University of Chicago Press.

Rose, Dina, and *Todd Clear Todd,* 2002: Incarceration, Reentry and Social Capital: Social Networks in the Balance. Paper Presented at the 'From Prison to Home' Conference, 30 January 2002. New York: Urban Institute.

Sampson, Robert J., and *John H. Laub,* 1993: Crime in the Making: Pathways and Turning Points Through Life. London: Harvard University Press.

Sampson, Robert J., and *John H. Laub*, 1997: A Life-Course Theory of Cumulative Disadvantage and the Stability of Delinquency. Pp. 133–162 in: *Terence Thornberry* (ed.), Developmental Theories of Crime and Delinquency. London: Transaction.

Sarno, Chris, Ian Hearnden, Carol Hedderman, Michael Hough, Claire Nee and *Victoria Herrington*, 2000: Working Their Way Out of Offending (Home Office Research Study, No 218). London: Home Office Research, Development and Statistics Directorate.

Sennett, Richard, 2003: Respect in a World of Inequality. New York: Norton.

Shover, Neal, 1983: The Later Stages of Ordinary Property Offender Careers. Social Problems 31: 208–218.

Shover, Neal, 1985: Aging Criminals. Beverley Hills: Sage.

Shover, Neal, 1996: Great Petenders: Pursuits and Careers of Persistent Thieves. Oxford: Westview.

Sommers, Ira, Deborah R. Baskin and *Jeffrey Fagan*, 1994: Getting Out of the Life: Crime Desistance by Female Street Offenders. Deviant Behaviour 15: 125–149.

Steffensmeier, Darrell J., Emilie A. Allan, Miles D. Harer and *Cathy Streifel,* 1989: Age and the Distribution of Crime. American Journal of Sociology 94: 803–831.

Strenta, Angelo, and *William DeJong*, 1981: The Effect of a Prosocial Label on Helping Behavior. Social Psychology Quarterly 44: 142–147.

Sullivan, Mercer, 1989: Getting Paid: Youth Crime and Work in the Inner City. Ithaca: Cornell University Press.

Trasler, G., 1979: Delinquency, Recidivism and Desistance. British Journal of Criminology 19: 314–322.

Trice, Harrison M., and *Paul M. Roman,* 1970: Delabeling, Relabeling and Alcoholics Anonymous. Social Problems 17: 538–546.

Uggen, Christopher, and *Irving Piliavin,* 1998: Asymmetrical Causation and Criminal Desistance. Journal of Criminal Law and Criminology 88: 1399–1422.

Uggen, Christopher, 2000: Work as a Turning Point in the Life Course of Criminals: A Duration Model of Age, Employment and Recidivism. American Sociological Review 67: 529–546.

Warr, Mark, 1998: Life-Course Transitions and Desistance from Crime. Criminology 36: 183–215.

Warr, Mark, 2002: Companions in Crime. Cambridge, UK: Cambridge University Press.

Weitekamp, Elmar, and *Hans-Jürgen Kerner*, 1994: Epilogue: Workshop and Plenary Discussions, and Future Directions. Pp. 439–449 in: *Elmar Weitekamp* and *Hans-Jürgen Kerner* (eds.), Cross-National Longitudinal Research on Human Development and Criminal Behavior. Dordrecht: Kluwer Academic.

Weitekamp, Elmar, Hans-Jürgen Kerner, Wolfgang Stelly and *Jürgen Thomas,* 2000: Desistance from Crime: Life History, Turning Points and Implications for Theory Construction in Criminology. Pp. 207–228 in: *Susanne Karstedt* and *Kai-D. Bussmann* (eds.), Social Dynamics of Crime and Control: New Theories for a World in Transition. Oxford, UK: Hart.

West, Donald J., 1982: Delinquency: It's Roots, Careers and Prospects. London: Heinemann.

West, G. W., 1978: The Short Term Careers of Serious Thieves. Canadian Journal of Criminology 20: 169–190.

Wexler, David, B., 2001: Robes and Rehabilitation: How Judges Can Help Offenders 'Make Good.' Court Review 38: 18–23.

Wiggins, Jerry S., 1991: Agency and Communion as Conceptual Coordinates for the Understanding and Measurement of Interpersonal Behavior. Pp. 89–113 in: *Dante Cicchetti* and *William M. Grove* (eds.), Thinking Clearly About Psychology. Minneapolis: University of Minnesota.

Wilson, William J., and *Katherine M. Neckerman,* 1986: Poverty and Family Structure: The Widening Gap between Evidence and Public Policy Issues. Pp. 232–259 in: *Sheldon H. Danziger* and *Daniel H. Weinberg* (eds.), Fighting Poverty: What Works and What Doesn't. Cambridge: Harvard University Press.

Wilson, William J., 1991: Studying Inner-City Social Dislocations: The Challenge of Public Agenda Research. American Sociological Review 56: 1–14.

Yeung, King-To, and *John Levi Martin*, 2003: The Looking Glass Self: An Empirical Test and Elaboration. Social Forces 81: 843–879.

Zamble, Edward, and *Vernon Quinsey*, 1997: The Criminal Recidivism Process. Cambridge: Cambridge University Press.

THE SHAME IN THEIR GAME

Homelessness, Youth Crime, and Transitions Toward Work

John Hagan and Bill McCarthy

Abstract: This paper tests the thesis that childhood experiences of parental abuse and violence, and the resulting shame spirals these produce, may be predisposing life experiences that interact with later criminal justice sanctions to intensify involvements in crime and diversion from contacts and experiences that lead to legal work. Yet not all street youth have these destructive experiences or react to their environments in this way, with resilience being in this sense the alternative reaction of a significant number of street youth to their time on the street. Our data on street youth confirm that family backgrounds of crime and abuse interact with the experience of homeless youth being charged by the police and becoming further involved in theft behavior, while alternatively it is the minority of homeless youth who escape police contact and the shaming process it intensifies who are more likely to associate with legally employed peers. We argue that it is most often the latter less scathed street youth who can move along an important avenue of escape that can lead to legal employment and away from the street.

I. Introduction

Risk and resilience are salient themes in the transitions to adulthood of homeless youth. Perhaps the most prevalent risk for homeless youth in the period of emerging adulthood is the prospect of escalating contact with the juvenile and criminal justice systems. Homeless youth not only may be involved in crime, but they also by definition lack access to private space and therefore disproportionately occupy the public space of the street, where they are at elevated risk of contact with the police. These encounters can have a self-fulfilling quality, with police contacts not only bringing potential punishment, but as well perpetuating stigmatized feelings of shame and embarrassment that amplify identification and involvement with street subcultures of crime.

The result is that homeless youth tend to travel the streets that they occupy in one way – in the direction leading away from adults and peers who can assist them in forming links into employment opportunities that facilitate escape from homeless. Still, not all homeless youth are caught up in the criminal justice system, and the implication is that some homeless youth can reverse the course of their lives by pursuing employment opportunities that lead away from adult criminals and peers and their high risk lives on the street. The challenge is to capture the realities of both risk and resilience on the street and their relationship to one another. For policy purposes, the challenge is to distinguish those youth who are caught in the life of the street from those who are not, so as to increase our understanding and ideally our leverage over

those factors that may be amenable to changes and that can improve the odds of successful transitions to adulthood among homeless youth. The thesis of this paper is that limited contact with the justice system is a crucial factor, especially for emotionally vulnerable youth, in preserving the prospects for successfully leaving the street for the more conventional world of legal work.

II. Studying the Street

UNICEF (1989) estimates that approximately 100 million children and adolescents live on the streets of cities worldwide. Although conditions obviously vary, homeless youth represent an important and sizable proportion of the adolescents living in high-risk settings of both developed (Wright 1991) and developing nations of the world (National Research Council 1993: 182; UNICEF 1998; see also Aptekar 1988; Wright, Wittig and Kaminsky 1993; Campos, Raffaelli and Ude 1994). Although an estimated two-fifths of the world's street youth live in Latin America (Barker and Knaul 1991), with a majority of these youth living on the streets of Brazil (Campos et al. 1994), homeless youth sleep on the streets in Europe (Avramov 1998); Russia (Stephenson 2001; Stoecker 2001); India (Ganesan 1996); the rest of Asia, Africa (Swart 1990) and Australia (Downing-Orr 1996). In the United States, 1999 estimates from the Department of Health and Human Services indicate that the street youth population ranged from one-half to one and a third million (also see Shane 1989).

The risk and resilience themes that characterize the lives of homeless youth place them at the focal point of a recent critique by Loic Wacquant (2002) of urban street ethnography. The most notable target of Wacquant's critique is, for our purposes, Katherine Newman's (1999) book, *No Shame in My Game: The Working Poor in the Inner City*. While Newman's study does not focus on homeless youth per se, it addresses an issue that we have already noted is apparent among these young people, namely, that against all odds, some socially and economically disadvantaged street youth find and pursue legal employment.

Newman emphasizes in her research that paid legal work is an important part of life in even the most impoverished African-American communities. This attention to the working poor is intentionally contrasted in Newman's work with the focus on the jobless underclass that is central to the writing of Wacquant and his mentor, William Julius Wilson (e.g., Wacquant and Wilson 1993). Newman argues that Wacquant is too preoccupied with what we have identified as the first theme above – the risks that link poverty to crime and arrest – to properly appreciate a second theme that characterizes life in the inner city, the resilience of the working poor. As Newman (2002: 1578–1579) explains,

> "Ethnographic work on the inner city has fixated on deviant behavior. However, a central contention of my book is that life in the African-American inner city is not predominately focused on Wacquant's under-class end of the street. Sociologists have so emphasized the presence of gangs, drugs, and hustlers that they have forgotten that paid work has been and remains a central and defining activity for many African-American residents of the ghetto. Even in the most impoverished neighborhoods in the Urban Family Life Survey at the University of Chicago to which Wacquant

contributed, more than one-third of the respondents in the poorest neighborhoods were working and over half were either in the labor force or in school ... Where are the ghetto workers in the research and theory that emerged from the underclass tradition? They are barely mentioned."

The same point can and should be made about homeless and working street youth, because there are homeless youth who successfully find legal work and escape all contact with the justice system, and their success needs to be noted and explained.

Wacquant's (2002: 1512) response to Newman is that she is too sanguine about the choices and possibilities that western, post-industrial labor markets present poor and minority youth with. Wacquant sees a myopic optimism in Newman's view of contemporary class circumstances:

... "in language evocative of 19th century ideologues of ascending industrial capitalism (and contemporary neoconservatives), Newman presents most ghetto youths as 'free to choose' between drug dealing and legitimate employment, between welfare check and paycheck, and between the shame of state 'dependency' and the honor of servile wage work ... Couching these alternative paths in (and out of) the local socio-economic structure in terms of individual volition and discretion thwarts *the analysis of the mechanisms and conditions under which differently positioned youth follow this or that circuit and with what consequences"* (emphasis added).

This critique is both methodological and theoretical, with Wacquant arguing (2002: 1504) that by focusing in her study largely on youth who are employed, Newman effectively samples on the dependent variable and thereby occludes the source of variation in employment outcomes that is necessary to test the mechanisms and conditions that lead away from the street and joblessness.

Newman actually does give attention to youth who do not get jobs and she is fully aware of the constraints as well as the choices that destitute youth confront. What more clearly distinguishes Newman from Wacquant is her focus on resilience in the lives of the young, working poor, and the possibility that these young people at least sometimes can find routes that lead away from the alternative risks of urban street life. Newman (2002: 1579) insists that these youth are a crucial part of the story of the streets:

"Their inclusion is critical because the workplace is one of the sites where the intersection between middle- and working-class people and the ghetto poor – alleged to have disappeared – actually takes place. Working, even at minimum wage jobs, encourages mainstream models of behavior, in part because the workplace creates a social space and friendships that buttress and intensify conventional aspirations and mores. In addition, the long hours and exhausting schedules of low-wage jobs draw low-wage workers away from 'street' friends, partying, and hanging out. Being ridiculed by street acquaintances for working at a 'chump change' job reinforces that distance."

It is the latter focus on staying away from, resisting and leaving the street behind, that is especially crucial for our purposes. The title of Newman's book – with its resilient rejection of the ridicule, stigma and shame of the "Mcjobs" she studies – speaks powerfully, albeit not yet completely, to the analytic question Wacquant importantly asks about who takes and rejects these jobs and why.

III. The Influence of Dissonant Contexts

Several processes may help explain why some experiences can change the direction of youthful lives, including those of homeless youth, in positive as well as negative ways. Rosenberg's (1975) theory of dissonant contexts offers one possibility beyond the basic and often meager economic returns provided by entry-level employment. According to Rosenberg, social locations act as powerful frames of reference for people. These contexts include one's place in the larger social structure and cultural milieu, as well as the more specific contexts – for example, networks and neighborhoods – that people inhabit. Rosenberg notes further that people often find themselves in conflicting contexts; situations that are not inherently dissonant but which become incompatible because of a person's experiences. For example, Rosenberg suggests that the self-esteem of black youth who enter integrated schools declines only if such youth represent a small fraction of the overall school population. In these cases, the lack of black peers means that the integrative experience is dissonant with the youths' previous schooling. Conversely, youth who enter settings where black and white youth are more equally represented encounter less conflicting social milieus; thus, they experience considerably less dissonance and are less likely to alter their self-images. The goal is to build on rather than diminish existing strengths and to encourage further movement into constructive contexts.

In general, Rosenberg's theory suggests that people who experience contextual dissonance resolve it in three ways: (1) by changing their views of themselves; (2) by modifying their perceptions of their environment; and (3) by exiting the dissonant context and increasing their involvement in non- or less-dissonant situations. Those whose reactions include the third path resolve their dissonance by withdrawing from the situation that has the fewest social, psychological, or economic rewards, security, and status.

The demands of a job are also inconsistent or discordant with a homeless or street-focused lifestyle. Although some homeless youth create work on the street, through panhandling, cleaning vehicle windows or providing other services, this work is inconsistent and mostly unstructured (Dachner and Tarasuk 2002; Gaetz and O'Grady 2002). In contrast, extended involvement in work requires a commitment to scheduling, a continual delay of gratification, and a responsiveness to the authority and demands of others; these are sharp contrasts to the relatively unconstrained use of time, alcohol, and drugs that characterize street life. Thus, as street youth's awareness of and exposure to employment opportunities increase, for example, through contacts with employed friends, they may experience dissonance from their simultaneous locations in the two opposing worlds of work and the street (Rosenbaum et al. 1990).

Furthermore, friends who are employed in legal work can provide important information about job openings or connections for future employment opportunities (Granovetter 1974), thereby increasing one's prospects of involvement in the work world. As well, these personal ties can establish obligations and connections to the conventional employment frameworks and settings in which they are located. So there are opportunities and incentives, even on the street and available to homeless youth, that represent dissonant contexts favoring employment and toward which these youth may

be drawn and move. This is why in this paper we are particularly interested in whether and how homeless youth come to concentrate their contacts with peers who are legally employed or unemployed.

IV. The Shame in Their Game

In an important part of his critique, Wacquant refuses to relieve Newman from the implications of her fundamental insight that the pursuit of low end, legal work involves overcoming and counteracting the humiliation and resulting feelings of shame associated with legal work. In the face of what he calls Newman's "relentless cheerfulness", Wacquant (2002: 1506) insists that "fast-food work is widely reviled not only because it is precarious, dull, soiling, and pays a pittance, but also because those who hold such jobs must display subservience to management and servility toward customers even when the latter are rude, scornful, and aggressive". This is the constant threat of shame in the legal work experience.

This sobering reality takes us back to the question of why some impoverished youth accept such jobs, and its predictable but crucial answer about which Newman and Wacquant agree: "that ghetto youths pursue paid employment in clothing outlets, pharmacies, and bodegas, cosmetics and sporting goods stores, as well as security firms and fast-food establishments, first and foremost, to gain protection from *the pressures of the street and to escape trouble at home and in the neighborhood"* (Wacquant 2002: 1505; emphasis added).

Most homeless youth stand precisely at the crossroads of home, street and neighborhood pressures, where they confront the unappealing prospect of low end, legal work. The emotional divide that must be crossed in accepting this demeaning work prominently includes feelings of humiliation and shame that may often already have been oppressively prevalent for these youth at home as well as on the street and its neighborhoods. The result is that although for most homeless street youth, low end jobs are the most promising of the unwelcoming legal routes to temporarily if not more permanently leave the street, their access to this legal work is emotionally and practically blocked. In addition to the emotional obstacles already noted, standing at the gates to low end work as the unappealing escape route from the street is the most intractable barrier that Wacquant (2002: 1471) demands we acknowledge and engage: "the ongoing construction of the *neoliberal* state and its 'carceral-assistential complex' for the management of the poor, on and off the street".

The iron fist of Wacquant's state-based carceral complex is first and frequently wielded by the police through their discretion to arrest homeless street youth in their sometimes willful and often aimless wanderings through the public spaces of our urban lives. The police are in this way an explanatory factor that Wacquant argues Newman neglects in describing who "chooses" to do low paid, low end legal work as a means of leaving and/or staying off the street. Of course, the police do not act alone or in a vacuum.

Homeless youth encounter two sometimes interconnected institutional sources of social control in their childhood and early adolescent lives – their parents and the po-

lice – both of whom can be exclusionary not only in an instrumental sense, but also in the subjective and symbolic sense of creating intense feelings of shame. Braithwaite (1989) optimistically notes that family and criminal sanctions can potentially be sources of reintegration as well as rejection. We can refer to these alternative possibilities as involving inclusive and exclusive shaming. Braithwaite observes that inclusive shaming occurs when reacceptance follows expressions of disapproval of deviance, for example, in benign family settings and in legal systems such as that of Japan. Alternatively, exclusive shaming is more typical of abusive families and criminal sanctioning in North America, where the person is punished and stigmatized as much as or more than the behavior. In these environments, there is usually little or no provision for reintegration or inclusion, and the shame of being sanctioned is unabated. The key to Braithwaite's distinction is that reintegrative shaming includes rituals of reincorporation and inclusion, whereas stigmatic shaming is an unremitting source of exclusion. Thus social inclusion through the transition to legal work may require successfully eluding the damaging effects of family and state shaming processes, so that the added humiliating conditions of the available jobs can be further tolerated. The problem is that many and perhaps most homeless youth do not escape their homes and the street emotionally unscathed, and so they may be poorly prepared in emotional terms to withstand the further humiliation of menial, low-end, legal work.

Scheff and Retzinger (Scheff 1988; Scheff and Retzinger 1991) add further micro-level detail to our understanding of shame and sanctioning at the hands of the family and the state by analyzing their impact on interpersonal bonds. The core of Scheff and Retzinger's theoretical contribution builds on the premise that disapproval which leads to unconfronted or unacknowledged shame (i.e., unresolved through reintegration) results in anger. They call this a "feeling trap" (see also Lewis 1971). Scheff (1988: 397) notes that such shame-induced feeling traps have inter- as well as intra-personal implications:

> "When there is a real and/or imagined rejection on one or both sides ... the deference-emotion system may show a malign form, a *chain reaction* of shame and anger between and within interactants. This explosion is usually brief, perhaps a few seconds. But it can also take the form of bitter hatred and can last a lifetime .... I refer to such explosions as *triple spirals* of shame and anger (one spiral within each party and one between them)."

Scheff (1988: 397) suggests that this kind of shaming can be especially persistent, observing that "the unlimited fury of shame/rage in a triple spiral may explain why social influence can be experienced as absolutely compelling".

Scheff and Retzinger (1991: 30) note the direct connection between their formulation and the work of Braithwaite. They observe that although Braitwaite considers punishment at the macro-level, they reach the same conclusion: "that normal shame and shaming produce social solidarity, whereas pathological shame and shaming produce alienation". Our further point is that there is likely a sequential and consequential connection between the experience of unresolved and personally experienced shame and rejection within the family and unmitigated state stigmatization. This combination of family and state shaming contains the seeds of powerful alienating feelings that, for

example, make subsequent and benign integration into menial and demeaning employment environments unlikely.

In particular, the physical and sexual abuse that street youth have often experienced in the families they have fled may make them especially sensitive to further humiliation. Thus youth who have experienced repeated abuse at home may be exposed on the street into continually escalating shame-rage spirals that are exacerbated by legal authorities as well as prospective employers. Braithwaite anticipates (1989: 80) this kind of possibility when he notes that "just as the evidence shows that aggression and delinquency are the reaction to excessive use of punishment and power assertion as the control strategy within the family, we might expect rebellion against a demeaning punitiveness on the street to be all the more acute when families have eschewed authoritarianism in favor of authoritativeness".

Scheff and Rezinger (1991: 164) bring this point directly into the employment context by noting that employers, as well as parents and teachers, increasingly recognize large numbers of highly "touchy", angry young people ready to punish any available target for the sins of their past insulters, starting with the shame they have felt as children from rejection by caretakers. An implication is that police-imposed sanctions may often be the sequelae that set off spirals or sprees (see also Katz 1988) of criminal activity by youth previously subjected to brutal and/or arbitrary family punishment, making these youth especially unlikely prospects for successful employment in low-end, menial and demeaning jobs.

Lawrence Sherman (1993) similarly emphasizes the explosive and persistent nature of youthful reactions to criminal sanctions and draws on the work of Braithwaite and Scheff and Retzinger in developing what he calls a *defiance theory of the criminal sanction*. Sherman begins by observing that similar criminal sanctions often have opposite or varying effects in different social settings, on different kinds of offenders and offenses, and at different levels of analysis. He suggests that this heterogeneity of outcomes can be explained by closer attention to connections between kinds of offenders and sanctions.

In a key part of his formulation, Sherman (1993: 458–459) draws on Braithwaite and on Scheff and Retzinger to identify interactions that involve the defiant recidivist reactions of sanctioned criminal offenders. Sherman (1993: 459) reasons that the question of when criminal sanctions lead to defiant responses is addressed by Scheff and Retzinger's sociology of emotions, and that "a great deal of evidence suggests the best name for this proud and angry emotion – and the retaliation it causes vicarious victims – is defiance". The implication is that when the kind of unresolved personal shame emphasized by Scheff and Retzinger interacts with the unremitting criminal stigma emphasized by Braithwaite, a defiant criminal response is likely to follow. That is, family-based experiences of shame and rejection can interact with state-imposed criminal stigma to provoke what earlier labeling theory referred to as secondary deviance (Lemert 1967). This kind of background experience may therefore be especially likely to lead street youth into secondary behaviors that direct them away from adults and peers who can link them to opportunities to leave the street and find employment.

The kind of chain reaction postulated by Scheff and Retzinger (1991) parallels Rutter's (1989) further discussion of chains of adversity in the life cycle (see also Caspi and Elder 1988) that can stretch from childhood through adulthood, including long term employment problems. Rutter (1989: 27) writes that "the impact of some factor in childhood may lie less in the immediate behavioral change it brings about than in the fact that it sets in motion a chain reaction in which one 'bad' thing leads to another". Rutter further observes that "anti-social behavior ... will influence later environments through the societal responses it induces – such as custodial or correctional actions that may serve both to 'label' and to strengthen antisocial peer group influences" (42). As noted, these antisocial peer group influences likely include diversion away from links to employment possibilities.

Peggy Thoits (1983) also points to the multiplicative, chain effects of stressful life events. She observes that "a person who has experienced one event may react with even more distress to a second ... to the person, life might seem to be spiraling out of control. This would produce ... [an] interaction between event occurrences; two or more events would result in more distress than would be expected from the simple sum of their singular effects" (69). Thoits continues by offering a vulnerability model of interaction in which early stressful events set the foundation for adverse reactions to subsequent events. In this model, "predispositions are remote, enduring physiological and psychological characteristics that ... enhance ... the impacts of current life experiences" (80). Again, childhood and adolescent experiences can cumulate in a compounding fashion to create long term trajectories that include diversion from legal employment scenarios.

The sum of the work we have reviewed supports our thesis that childhood experiences of parental abuse and violence, and the resulting shame spirals these produce, may be predisposing life experiences that interact with later criminal justice sanctions to intensify involvements in crime and diversion from legal work. This is a model of secondary deviance in which childhood victimization constitutes a family context and a set of informal sanctioning experiences that interact with later formal sanctions imposed by the criminal justice system. Drawing on the theoretical leads of Braithwaite, Sherman, and Scheff and Retzinger, we propose that these violent childhood events can initiate sanction sequences that, in interaction with police charges, can increase the likelihood of defiantly persistent criminal behavior and legal unemployment. This notion of interaction and cumulation is consistent with the kinds of feeling traps, chain reactions, and resulting crime sprees and spirals depicted in a diverse set of recent formulations. It is crucial also to note, however, that not all street youth have these destructive experiences or react to their environments in this way. Resilience is in this sense the flip side of the high risk scenarios confronted by many street youth.

VI. The Transition Toward Work

Research on homelessness tends to focus cross-sectionally on studies of adults, families, children and adolescents (see Rossi 1989), rather than longitudinally on the transitions of homeless youth into adulthood. As well, much of the traditional research on adolescents conceptualized these youth as runaways and concentrated on the origins of leaving home rather than on the consequences of being on the street (e.g., Adams and Munro 1979; Liebertoff 1980). In the post-1960 period, an increasing number of studies have focused on family physical and sexual abuse as important determinants of leaving home (Brennan et al. 1978; Nye 1980; Farber et al. 1984; Garbarino, Wilson and Garbarino 1986; Janus et al. 1987; Kipke et al. 1997; Whitbeck and Hoyt 1999).

Notwithstanding these contributions, few studies have explored the experiences of youth after they arrive on the street. The available studies (e.g., Whitbeck and Hoyt 1999) reveal that youth who leave and stay away from home encounter many of the problems that are well-documented and extensively studied among homeless adults (Momeni 1989; Rossi 1989; Wright 1989; Blau 1992; Burt 1992; Snow and Anderson 1993; Jencks 1994). Thus like their adult counterparts, homeless street youth experience unemployment, poverty, hunger, lack of shelter, criminal victimization, sexual harassment, trouble with the police, and solicitation into crime (Baron and Hartnagel 1997; Kipke et al. 1997; Whitbeck and Hoyt 1999). What is missing is a developmental understanding of how these problems are connected among the homeless in adolescence and adulthood.

The descriptive research we have paints a mostly grim picture of the daily lives of urban street youth in the period when their home and school oriented peers are taking their first steps toward adulthood. While most young people invest the largest part of their daily energies in benign settings, homeless youth spend most of their time less profitably and more dangerously on the street and in parks, social assistance offices, shelters, and abandoned buildings. Together with friends acquired on the street, they spend a large part of their time looking for food, shelter, and money. As we will see, although some homeless youth actively seek and find work, most remain unemployed, spending their time hanging out, panhandling, partying, and foraging in the shadow of the street.

Although research on the transition to adulthood among homeless youth is rare, we are able to draw on our own study of 16 to 24 year old street youth conducted in the early 1990s in Toronto and Vancouver, Canada (Hagan and McCarthy 1997). The study involved a one summer panel design in which 257 homeless youth were interviewed at three points in time. In a manner rather similar to that reported by Katherine Newman, many of these youth were involved in the legal labor market. For example, in the second wave of the study, more than a quarter (27.2 percent) of the youth were working, and in the third wave, toward the end of the summer, nearly one third (29.6 percent) were legally employed. Meanwhile, even among those who were unemployed, more than half (59 percent) were searching for work, checking want ads, and visiting agencies and prospective employers. In fact, almost half of those without work indicated that they had applied for at least one job in the two weeks prior to the second interview. The latter applications rarely resulted in employment, but the combina-

tion of the quarter to a third of these homeless youth who were working, and the majority of the remaining who were looking for work, indicate that the prospect of work was a major part of their everyday lives.

Not surprisingly, many of those homeless youth who fail to find work ultimately abandon their search efforts. By the time of the third interview, the proportion of unemployed youth still searching for work in the want ads dropped from well over 59 percent to well under half (44 percent). The proportion who applied for work also fell, from nearly half (47 percent) to over one third (38 percent). Yet, by the third wave of the summer panel, nearly one third of the homeless youth were still employed. As expected, the majority of jobs were low-skill, service kinds of employment. However, a wide range of work was involved. In addition to the conventional fast-food, janitorial, and retail work characteristic of youth oriented Mcjobs, respondents found jobs as rickshaw pullers, participants in research experiments, crossing guards, chicken catchers, and live-bait procurers. Several respondents successfully found employment in skilled jobs less typical of youth work. They worked as welders, meat cutters, carpenters, mechanics, and in other trades; some found employment in offices working as receptionists, title searchers, and counselors; and a few worked in entertainment as disc jockeys, piano players, models, and dancers.

The picture that emerges from these data, as in Newman's research, is that a solid minority of homeless youth were working. Still, a majority were not working and increasing numbers of the latter youth were moving away from networks and opportunities of legal employment. Wacquant questions why and how this happens and suggests that the carceral assistance complex, whose gatekeepers are the police, is central to the answer.

The argument we add in this chapter is that perhaps more important than actually having a job is the exposure to the network of contacts, primarily friends, that would lead to a job and keeping it over the longer term. As the proportion of one's friends who work increases, the opportunities and incentives to become and stay employed increases, as do also the prospects of leaving the culture of the street behind. We have argued that crossing over into this world of legal work involves overcoming the barrier of humiliation and potential feelings of shame that holding low-end Mcjobs involves. As one of our respondents who was holding on to his job put it, "I wasn't treated like a human being, I wasn't paid like a human being, but I stuck with it, just to get a little bit further ahead ... It's just one notch out." Yet youth who have experienced humiliation and shame in their family histories, and who experience further feelings of humiliation and shame at the hands of authorities such as the police, may be especially ill-disposed to endure the further humiliation and shame of low-end work and may pursue street crime as the alternative. These are the competing possibilities of risk and resilience to which homeless youth are exposed.

VII. Stolen Opportunities

We can further explore the relationship between family and police sanctions and involvement in street theft and with employed peers with the Vancouver and Toronto

summer panel data described in *Table 1*. These data include specific measures of abusive sanctioning by mothers of young people living on the street. We hypothesize that the violent behavior of mothers toward their children may be experienced as an especially powerful source of residual feelings of shame as a result of the emphasis placed in traditional sex roles on the nurturing role of mothers and the resulting sensitivity of youth to feelings of rejection and humiliation in response to violations of these expectations.

It is important to note, of course, that such maternal violence may be causally linked to violence that mothers experience at the hands of spouses. Furthermore, Simons et al. (1994) note that because women are assigned the more burdensome roles in child care, their parenting is more vulnerable to the influence of external stressors. The following comment by a member of our homeless youth sample reflects both of the preceding possibilities.

> I wasn't getting along with my mother. She likes to hit. She broke my jaw, and I told her I'm not taking it no more, so I just left. My mom freaks out about anything. I didn't do well in school, so I got a broken jaw. So I said I'm leaving. They're [mother and stepfather] too wild anyway. They're violent people and they're alcoholics, and my sister does a lot of drugs. So I don't want to be in that.

The challenge is how to measure this kind of maternal violence against young people and methodologically capture its lasting effects.

There may be doubts as to the retrospective validity of reports about childhood abuse provided during late adolescence and early adulthood. Conflicting and perhaps counterbalancing concerns are raised about such reports. On the one hand, these reports might be inflated by the desire to excuse later disreputable behavior. On the other hand, it is also possible that constraints about social desirability suppress the willingness to report these events. We incorporated multiple measures of parental mistreatment to counter these kinds of problems in our research.

Five items asked how often the respondent's mother was the first to do the following when she had differences with the respondent: threaten to hit; throw something; slap, kick, bite or hit with a fist; hit with an object; or beat him/her. Strauss (1979, 1990) developed such measures for similar purposes, and they are as reliable in our research as in many prior studies, with alpha reliability coefficients above .8.

We focus on two outcomes in our analysis which seek to measure movement into and away from the street subculture of crime. The first crime outcome is involvement in theft while on the street during the two weeks before the second wave of our summer panel. Four self-reported measures included shoplifting of items valued between $10 and $50, shoplifting over $50, breaking into and stealing from a house/store/other building, and breaking into and stealing from a locked car. Hindelang et al. (1981: 216) indicate that self-reported theft items of this kind are the best predictors of official delinquency. The second outcome, reflecting movement away from the street subculture of crime, is the percentage of street friends employed full-time at the second wave survey. Our hypothesis is that abusive maternal violence and police sanctioning experiences have an exclusionary shaming effect in many street youths' lives that inten-

Table 1: Variables and indicators; means and standard deviation

Variable Name	*Indicator*	*means;*	*sd*
Age	In years	19.910;	2.468
Gender	Female=0, male=1	.662;	.474
Race	Other=0, white=1	.686;	.465
Intact family	Other=0, lived with two biological parents=1	.710;	.454
Maternal drug addiction	Not a problem=1, somewhat of a problem=2, a serious problem=3	.210;	.666
Violent mother	Scale (a=.898) of 5 items measuring how often mothers were the first to do the following when they had differences with the respondent: threaten to hit; throw something; slap, kick, bite or hit with a fist; hit with an object; beat. Never=0, once or twice=1, sometimes=2, often=3, always=4	4.987;	5.518
Sexual abuse	Scale of (r=.810) 2 items measuring if a parent or other family member ever had or tried to have sexual relations with the respondent. Never=0, once or twice=1, sometimes=2, often=3, a lot of the time=4	.652;	1.784
Family member arrested	Family member arrested for a criminal offense. None=0, 1=sibling, 2=parent, 3=sibling and parent	.822;	.893
Home theft	Scale (a=.690) of 4 items measuring how often the respondent did the following before leaving home: shoplifted something worth between $10 and $50; shoplifted something worth more than $50; broke into and stole from a house, store or other building; broke into and stole from a locked car. Never=0, 1=1, 2=2, 3–4=3, 5–9=4, 10–19=5, 20–29=6, 30–59=7, >59=8	3.197;	5.434
Home charged	Charged with a criminal offense (see theft at home for codes)	.884;	1.555
City	Toronto=0, Vancouver=1	.298;	.458
Year left home	Year left home	86.681;	3.278
Adversity	Scale (a=.776) of 5 items measuring how often the respondent went hungry, spent nights walking the streets, slept in bus stations, stayed all night in a restaurant, and slept in a park: Never=0, rarely=1, sometimes=2, often=3, always=4	7.955;	4.629
Illegal opportunities	How often the respondent had a chance to make money illegally when living on the street. Never=0, rarely=1, a few times a month=2, a few times a week=3, a few times a day=4	2.776;	1.504
Deviant beliefs	Scale (a=.654) of 5 items measuring how strongly the respondent agreed or disagreed with the following statements: Unless in self-defense, it is always wrong to hit others; It is always wrong to take other's property; It should be illegal to take drugs; It is wrong to break the law; It is always better to be honest. Strongly agree=1, agree=2, uncertain=3, disagree=4, strongly disagree=5	11.798;	3.797

Table 1 (continued):

Variable Name	*Indicator*	*means;*	*sd*
Street unemployment, 1st wave	Employed=1, previously employed, currently unemployed=2, continuously unemployed since leaving home=3	2.050;	.748
Percent street friends employed, 1st wave	Percentage of street friends employed full-time. None=0, 1% to 10%=1, 11% to 20% ... 91% to 100%=10	3.864;	2.91
Percent street friends involved in crime, 1st wave	Scale (a=.784) of 3 items measuring the percentage of street friends who had done the following: Sold drugs; stole; been arrested; worked in the sex trade; spent time in jail or prison (see percent street friends employed for codes)	13.997;	6.062
Street theft, 1st wave	Scale (a=.771) of 4 items measuring how often the respondent stole in the two week period before the second wave interview (see theft at home for items and codes)	5.646;	7.630
Street charged, 1st wave	Charged while on the street (see theft at home for codes)	1.693;	2.094
Street theft, 2nd wave	Scale (a=.603) of 4 items measuring how often the respondent stole in the two week period before the second wave interview (see theft at home for items and codes	.473;	2.176
Street arrests, 2nd wave	Scale (r=.626) of 2 items measuring how often the respondent had been arrested in the two weeks before the second wave interview	.191;	.666
Percent street friends employed, 2nd wave	Percentage of street friends employed full-time at 2nd wave. (See 1st wave measure for codes)	3.279;	3.633

sifies their involvement in the subculture of street crime, and which in turn directs them away from working peers and the further humiliation of paid, legal employment.

Our more specific argument is that maternal violence and police sanctioning may have a chain-like interaction effect on subcultural involvement on street theft. This is a kind of intergenerational sanctioning effect on criminal behavior that is anticipated by Hagan and Palloni (1990), and the connected effect of this legally labeled and punished behavior in leading youth away from others who are employed and can provide links to legal work is anticipated by Hagan (1993). Yet both of these previous analyses are based on a longitudinal study of British schoolboys who came of age in the 1950s. The current analysis is based on a longitudinal study of North American street youth during the last decade.

There are many alternative hypotheses that must be taken into account in assessing the causal processes proposed in this discussion. These include a number of background and foreground factors presented in *Table 1* that may be extraneous sources of influence on the crime and friendship outcomes we seek to explain. We take into account the age, gender, race, city and family structures the respondents come from, as well as time since having left home, involvement in theft and criminal charges at home, as well as on the street, including street arrests, other family members who have

been arrested, and percent of street friends involved in crime. We further take into account whether the mother was an addict in addition to being violently abusive toward the respondent and any sexual abuse. We consider illegal opportunities encountered on the street, deviant beliefs (i.e., about the propriety of involvement in crime) and unemployment while on the street.

Table 2: Second wave theft among homeless youth (n=376)

	Model 2.1		Model 2.2	
	b	se	b	se
Age	.003	.062	–.009	.059
Gender	.340	.259	.296	.248
Race	–.466+	.242	–.416*	.233
Intact family	.062	.236	.088	.226
Maternal drug addiction	.555**	.167	.542**	.160
Violent mother	.019	.020	.014	.019
Sexual abuse	–.030	.063	.003	.060
Family member arrested	.181	.121	.161	.116
Home theft	–.027	.021	–.033	.021
Home charged	.089	.075	.067	.072
City	.037	.254	.001	.243
Year left home	–.028	.044	–.017	.042
Adversity	–.024	.031	–.028	.029
Illegal opportunities	–.096	.078	–.059	.075
Deviant beliefs	.139**	.037	.148**	.035
Street unemployment, 1st wave	.224	.155	.184	.148
Percent street friends employed, 1st wave	.009	.038	.020	.036
Percent street friends in crime, 1st wave	–.017	.017	–.015	.016
Street theft, 1st wave	.046*	.018	.054**	.017
Street charged, 1st wave	.062	.064	.005	.062
Family member arrested X 1st wave street charged	—	—	.029**	.008
Violent mother X 1st wave street charged	—	—	.239**	.052
Intercept	1.061		.176	
Adjusted R^2	.160		.234	

* $p \leq .05$, $p \leq .01$ (two-tailed); + $p \leq .05$ (one-tailed).

Finally, we estimate second wave street theft, second wave arrest, and second wave percent of street friends who are employed in change score models. That is, these models include measures of these outcomes from the first wave survey, so that the effects found on the outcomes represent changes that have occurred between waves of the summer survey. The first wave measures of the second wave outcomes in this way represent controls for extraneous sources of variation that are not otherwise included among the variables in our models.

The first OLS regression equation of second wave street theft estimated in *Table 2* produces several expected main effects. These effects indicate that white homeless street youth whose mothers were addicted to drugs and who themselves held deviant beliefs and were involved in street theft in the first wave are more likely to be involved in street theft in the second wave. These effects remain significant in the second equation estimated in *Table 2*.

Two further interaction effects are also statistically significant in *Table 2*. The first interaction replicates Hagan and Palloni's (1990) finding in the 1950s British school-

Table 3: Second wave arrest among homeless youth (n=376)

	Model 3.1		Model 3.2	
	b	se	b	se
Age	–.001	.020	.001	.021
Gender	.016	.086	.020	.086
Race	.051	.080	.064	.081
Intact family	.075	.078	.079	.078
Maternal drug addiction	–.026	.055	–.005	.056
Violent mother	.005	.007	.006	.007
Sexual abuse	–.011	.021	–.011	.021
Family member arrested	–.031	.040	–.035	.040
Home theft	–.002	.007	–.002	.007
Home charged	.018	.025	.020	.025
City	.144	.084	.148	.085
Year left home	.001	.015	.001	.015
Adversity	.017	.010	.017	.010
Illegal opportunities	–.027	.026	–.028	.026
Deviant beliefs	.013	.012	.014	.012
Street unemployment, 1st wave	.033	.051	.034	.052
Percent street friends employed, 1st wave	–.009	.012	–.008	.012
Percent street friends in crime, 1st wave	–.001	.006	–.001	
Street theft, 1st wave	.001	.006	.034*	.013
Street charged, 1st wave	.042*	.021	.041+	.022
Family member arrested X 1st wave street charged	—	—	–.001	.003
Violent mother X 1st wave street charged	—	—	.012	.018
Intercept	.508		.627	
Adjusted R^2	.091		.091	

* $p \leq .05$, $p \leq .01$ (two-tailed); + $p \leq .05$ (one-tailed).

boy sample that, all else constant, street youth who are charged by the police and are from families with other members charged by the police are more likely to be involved in theft in the two weeks prior to the second wave of the panel. The second interaction confirms our further hypothesis that street youth who have been subjected to maternal violence are also, all else constant, more likely to be involved in theft in the two weeks prior to the second wave of the panel. Our interpretation is that the latter youth are especially likely to be caught in intense objective and subjective cycles of exclusionary shaming from which they find it difficult to escape.

The issue of escape from the street is the point with which our analysis concludes. We have argued that a key process in escaping the street and adopting a more conventional lifestyle involves moving from deviant to conforming friendship networks made up of youth who are employed in legal work. Yet we have emphasized that moving into this world of legal, low-end work involves acceptance of the shame and humiliation that these employment conditions involve. We have argued that youth whose past and present experiences already subject them to exclusionary shaming are emotionally ill-disposed to make this transition. The regression equation for second wave arrest among homeless youth estimated in the first equation in *Table 3* indicates that these youth who are charged in the first wave are also more likely to be charged in the second wave. On the other hand, the second equation estimated in this table indicates that the shaming interactions that effect theft behavior do not influence arrest. Apart from the theft behavior, it is those who are charged previously who are most at risk of

Table 4: Second wave employed friends of homeless youth (n=376)

	Model 4.1		Model 4.2	
	b	se	B	se
Age	.187*	.083	.182*	.083
Gender	–.120	.347	–.137	.347
Race	.299	.324	.304	.327
Intact family	–.260	.316	–.255	.316
Maternal drug addiction	–.079	.224	–.082	.224
Violent mother	.024	.027	.021	.027
Sexual abuse	–.152+	.084	–.142+	.085
Family member arrested	–.303+	.163	–.306+	.163
Home theft	–.050+	.029	–.052+	.029
Home charged	.073	.101	.064	.101
City	–1.006**	.341	–1.019**	.341
Year left home	–.045	.059	–.042	.059
Adversity	–.026	.041	–.028	.041
Illegal opportunities	–.002	.105	.010	.105
Deviant beliefs	–.030	.050	–.028	.050
Street unemployment, 1st wave	–.105	.086	–.118	.208
Percent street friends employed, 1st wave	.052	.050	.055	.050
Percent street friends in crime, 1st wave	–.022	.023	–.021	.023
Street theft, 1st wave	.072**	.024	.075**	.024
Street charged, 1st wave	–.150+	.086	–.170+	.088
Family member arrested X 1st wave street charged	—	—	.065	.073
Violent mother X 1st wave street charged	—	—	.011	.011
Intercept	6.524		6.345	
Adjusted R^2	.061		.062	

* $p \leq .05$, $p \leq .01$ (two-tailed); + $p \leq .05$ (one-tailed).

being charged again. Of course, the implication of our first set of models in the previous table is that the shaming interactions contribute to the theft behavior that leads to being charged by the police. Meanwhile, being charged by the police carries its own subsequent exclusionary risks, in a self-perpetuating process.

The final regression equations we estimate are for the percentage of employed friends reported by the second wave street youth in our sample. The results of both these equations estimated in *Table 4* confirm that street youth charged by the police are less likely to report having legally employed friends, while the interaction terms are non-significant and theft itself actually has a positive effect, once the effect of prior charges is removed. Youth in Vancouver, where the street subculture is especially strong and social programs are especially scarce, are least likely to have legally employed street friends. Meanwhile, these findings suggest that theft itself is not the problem; the problem is that involvement in theft increases the risk of police charges, and these charges lead away from contacts with legally employed youth. Our thesis is that it is being charged by the police that makes movement into the world of Mcjobs and the youth who work in these jobs emotionally unappealing. One kind of shaming experience is likely to compound the other, and those who have already experienced exclusionary shaming at the hands of the police are less likely to risk more shame at the hands of employers and customers, and this makes staying on the street and in the subculture of street crime more likely.

Ironically, our results indicate that those street youth who have engaged in theft and have escaped unscathed by police charges are more open to legally employed friends. The early labeling theorist, Franklin Tannenbaum (1938), would have called this a benefit of "the refusal to dramatize evil". In Newman's terms, these are the street youth who remain most able to proclaim "no shame in their game" and to pursue legal employment as an avenue leading away from the street.

VIII. The Perilous Passage

Our central point is that it is less involvement in theft itself than being charged by the police that leads homeless youth away from legally employed peers. A key policy question is why this is so. What is it about police charges that leads homeless youth to be disassociated from their employed peers? Our argument is that this result is the outcome of an exclusive shaming process that begins for many of these youth at home with parents, including fathers who have themselves been caught up in the criminal justice system and mothers who physically and abusively punish their children. We have shown that both kinds of family backgrounds interact with the experience of homeless youth being charged by the police and becoming further involved in theft behavior, which in turn leads to further police charges. Meanwhile, it is the minority of homeless youth who escape police contact who are most likely to associate with legally employed peers. We have argued that the latter youth may move along an important avenue of escape that can lead to legal employment and away from the street.

It may be important to add to this picture a further point about the employed peers themselves. A key to understanding why police charges have the effect we have found in deterring contacts with legally employed youth may involve the *re*actions of the latter youth. That is, legally employed youth may intentionally avoid homeless youth who have been charged by the police because they are so intent on resisting the same criminal fate. Katherine Newman (1999) makes this point in detailed descriptions of the strategies followed by three young people in her sample.

Newman describes Jamal (1999: 12) as a popular young man in his neighborhood who avoids involvements with a group he systematically evades, saying "his 'associates' from the neighborhood like him and invite him along on their escapades, but Jamal resists because he knows that is a road to trouble with the law". Stephanie (ibid: 66) is described as a young woman who is striving through her work to stay away from the "heat" of the drug trade, reasoning "... that an honest job for low pay is preferable to getting mixed up with people in the illegal sector". Juan (ibid: 110–111) is described as a youth who is determined to remain apart from his peers who have wound up "on the wrong side of the law": "what Juan does is try to maintain a cordial relationship with these guys, but put as much distance between himself and them as he can without giving offense".

Newman's point is not that the youth in her legally employed sample dislike their peers who have run afoul of the law. The sense instead is that the former and latter youth have much in common and may often have experimented with many of the same illegal behaviors. Yet becoming known to the police as a part of this criminal un-

derworld places their persistent efforts at staying legally employed at risk. This kind of reaction from employed peers may become another powerful part of the exclusionary shaming process that keeps homeless youth out of the legal labor market. If this is so, then the everyday risks and background imperatives that commonly lead homeless youth into conflict with the law may make it that much more remarkable that such a large minority do find legal employment and display a resilience that can elude or overcome feelings of shame and lead away from the street and into a more promising adulthood. Oppressive police charging practices, that are the opening gates to the "carceral-assistential complex" that Wacquant describes, work against this perilous passage from the street.

References

Adams, Gerald, and *Gordon Munro*, 1979: Portrait of the North American Runaways and Throwaways. Adolescence 20: 715–724.

Aptekar, Lewis, 1988: Street Children of Cali. Durham, NC: Duke University Press.

Avramov, Dragana, 1998: Youth homelessness in the European Union. Brussels: FEANTSA.

Barker, G., and *F. Knaul,* 1991: Exploited Entrepreneurs: Street and Working Children in Developing Countries. New York: Childhope USA.

Baron, Stephen W., and *Timothy F. Hartnagel,* 1997: Attributions, Affect, and Crime: Street Youths Reactions to Unemployment. Criminology 35: 409–434.

Blau, Joel, 1992: The Visible Poor: Homelessness in the United States. New York: Oxford University Press.

Braithwaite, John, 1989: Crime, Shame and Reintegration. Cambridge: Cambridge University Press.

Brennen, Tim, David Huizinga and *Delbert Elliott*, 1978: The Social Psychology of Runaways. Lexington, MA: Lexington.

Burt, Martha, 1992: Over the Edge: The Growth of Homelessness in the 1980s. New York: Russell Sage Foundation.

Campos, Regina, Marcela Raffaelli and *Walter Ude*, 1994: Social Networks and Daily Activities of Street Youth in Belo Horizonte, Brazil. Child Development 65: 319–330.

Caspi, Avshalom, and *Glen Elder,* 1988: Emergent Family Patterns: The Intergenerational Construction of Problem Behaviors and Relationships. In: *R. Hinde* and *J. Stevenson-Hinde* (eds.): Relationships within Families: Mutual Influences. Oxford: Clarendon Press.

Dachner, Naomi, and *Valerie Tarasuk*, 2002: Squeegee Kids: Food Insecurity and Daily Survival. Social Science and Medicine 54: 1039–1049.

Downing-Orr, Kristina, 1996: Alienation and Social Support: A Social Psychological Study of Homeless Young People in London and in Sydney. Brookfield, VT: Aldershot.

Farber, Edward, Cecilia Kinast, W. Douglas McCoard and *Deborah Falkner*, 1984: Violence in Families of Adolescent Runaways. Child Abuse and Neglect 8: 295–299.

Gaetz, Stephen, and *Bill O'Grady,* 2002: Making Money: Exploring the Economy of Young Homeless Workers. Work, Employment and Society 16: 433–456.

Ganesan, Arvind, 1996: Police Abuse and Killings of Street Children in India. New York: Human Rights Watch.

Garbarino, James, James Wilson and *Anne Garbarino,* 1986: The Adolescent Runaway. In: *James Gabarino, Cynthia Scellenbach* and *Janet Sebes* (eds.): Troubled Youth, Troubled Families. New York: Aldine de Gruyter.

Granovetter, Mark, 1974: Getting a Job: A Study of Contacts and Careers. Cambridge: Harvard University Press.

Hagan, John, 1993: The Social Embeddedness of Crime and Unemployment. Criminology 31: 465–491.

Hagan, John, and *Bill McCarthy,* 1997: Mean Streets: Youth Crime and Homelessness. New York: Cambridge University Press.

Hagan, John, and *Alberto Palloni*, 1990: The Social Reproduction of a Criminal Class in Working Class London, Circa 1950–1980. American Journal of Sociology 96: 265–299.

Hindelang, Michael, Travis Hirschi and *Joseph Weis*, 1981: Measuring Delinquency. Beverly Hills: Sage.

Jencks, Christopher, 1994: The Homeless. Cambridge: Harvard University Press.

Janus, Mark-David, Arlene McCormack, Ann Wolbert Burgess and *Carol Hartman,* 1987: Adolescent Runaways: Causes and Consequences. Lexington, MA: Lexington.

Katz, Jack, 1988: Seductions of Crime: Moral and Sensual Attractions in Doing Evil. New York: Basic Books.

Kipke, Michele D., Thomas R. Simon, Susanne B. Montgomery, Jennifer B. Unger and *Ellen Iverson,* 1997: Homeless Youth and Their Exposure to Violence While Living on the Streets. Journal of Adolescent Health 20: 360–367.

Lewis, Helen, 1971: Shame and Guilt in Neurosis. New York: International Universities Press.

Liebertoff, Ken, 1980: The Runaway Child in America: A Social History. Journal of Family Issues 1: 151–164.

Momeni, Jamshid (ed.), 1989: Homelessness in the United States. New York: Greenwood.

National Research Council, 1993: Losing Generations: Adolescents in High Risk Settings. Washington, DC: National Academy Press.

Newman, Katherine, 1999: No Shame in My Game: The Working Poor in the Inner City. New York: Russell Sage Foundation and Knopf.

Newman, Katherine, 1999: Review Symposium: Newman. American Journal of Sociology 6: 1577–1599.

Nye, F. Ivan, 1980: A Theoretical Perspective on Running Away. Journal of Family Issues 1: 274–299.

Rosenbaum, James, Takehiko Kariya, Rick Setterstern and *Tony Maier,* 1990: Market and Network Theories of the Transition from High School to Work: Their Application to Industrialized Societies. Annual Review of Sociology 16: 263–99.

Rosenberg, Morris, 1975: The Dissonant Context and the Adolescent Self-Concept. In: *Sigmund Dragastin* and *Glenn Elder* (eds.): Adolescence in the Life Cycle: Psychological Change and Social Context. New York: Halstead Press.

Rossi, Peter, 1989: Down and Out in America: The Origins of Homelessness. Chicago: University of Chicago Press.

Rutter, Michael, 1989: Pathways from Childhood to Adult Life. Journal of Child Psychology and Psychiatry and Allied Disciplines 30: 23–51.

Scheff, Thomas, 1988: Shame and Conformity: The Deference-Emotion System. American Sociological Review 53: 395–406.

Scheff, Thomas, and *Suzanne Retzinger,* 1991: Emotions and Violence: Shame and Rage in Destructive Conflicts. Lexington, MA: Lexington.

Shane, Paul, 1989: Changing Patterns among Homeless and Runaway Youth. American Journal of Orthopsychiatry 59: 208–14.

Sherman, Lawrence, 1993: Defiance, Deterrence, and Irrelevance: A Theory of the Criminal Sanction. Journal of Research on Crime and Delinquency 30: 445–473.

Simons, Ronald, Les Whitbeck, Janet Melby and *Chyi-In Wu,* 1994: Economic Pressure and Harsh Parenting. Pp. 207–222 in: *Rand Conger* and *Glen Elder* (eds.), Families in Troubled Times. New York: Aldine de Gruyter.

Snow, David, and *Leon Anderson*, 1987: Down on Their Luck: A Study of Homeless Street People. Berkeley: University of California Press.

Stephenson, Svetlana, 2001: Street Children in Moscow: Using and Creating Social Capital. The Sociological Review 49: 530–547.

Stoecker, Sally W., 2001: Homelessness and Criminal Exploitation of Russian Minors: Realities, Resources, and Legal Remedies. Demokratizatsiya: The Journal of Post-Soviet Democratization 9: 319–336.

Straus, Murray, 1979: Measuring Intrafamily Conflict and Violence: The Conflict Tactics [CT] Scale. Journal of Marriage and the Family 41: 75–88.

Straus, Murray, 1990: The Conflict Tactics Scales and its Critics: An Evaluation and New Data on Validity and Reliability. Pp. 49–73 in: *Murray Straus* and *Richard Gelles* (eds.): Physical Violence in American Families: Risk Factors and Adaptations to Violence in 8,145 Families. New Brunswick, NJ: Transaction Publishers.

Swart, Jill, 1990: Malunde – The Street Children of Hillbrow. Johannesburg: Witwatersrand University Press.

Tannenbaum, Franklin, 1938: Crime and Community. Boston: Ginn.

Thoits, Peggy, 1983: Dimensions of Life Events that Influence Psychological Distress: An Evaluation and Synthesis of the Literature. In: *Howard Kaplan* (ed.): Psychosocial Stress: Trends in Theory and Research. New York: Academic Press.

UNICEF, 1989: Annual Report. New York: UNICEF.

UNICEF, 1998: Progress of Nations Report. New York: UNICEF.

Wacquant, Loic, 2002: Scrutinizing the Street: Poverty, Morality, and the Pitfalls of Urban Ethnography. American Journal of Sociology 6: 1468–1532.

Wacquant, Loic, and *William Julius Wilson,* 1993: The Cost of Racial and Class Exclusion in the Inner City. Pp. 25–42 in: *William J. Wilson* (ed.): The Ghetto Underclass: Social Science Perspectives.

Whitbeck, Les B., and *Dan R. Hoy,* 1999: Nowhere to Grow: Homeless and Runaway Adolescents and Their Families. New York: Aldine de Gruyter.

Wright, James, 1989: Address Unknown: Homelessness in Contemporary America. Hawthorne, NY: Aldine de Gruyter.

Wright, James, 1991: Health and the Homeless Teenager: Evidence from the National Health Care for the Homeless Program. Journal of Health and Social Policy 2: 15–35.

Wright, James, Martha Wittig and *Donald Kaminsky*, 1993: Street Children in North and Latin America: Preliminary Data from Projecto Alternativos in Tegucigalpa and Some Comparisons with the U.S. Case. Studies in Comparative International Development 28: 81–92.

ÜBERRASCHENDE BEZIEHUNGEN: LEBENSLAUF, KRIMINALITÄT, GESCHLECHT

Lydia Seus und Gerald Prein

Zusammenfassung: Thema dieses Beitrags ist die Analyse der Beziehung zwischen Geschlecht und Kriminalität auf der Grundlage einer Lebenslauftheorie. In einem ersten Teil werden die theoretischen Beziehungen der Begriffe Geschlecht, Deliquenz und Lebenslauf rekapituliert. Überraschenderweise scheint „Geschlecht" immer noch eine weitgehend vernachlässigte Kategorie in der kriminologischen Längsschnittforschung zu sein, obwohl viele Studien zeigen, dass die Strukturkategorie Geschlecht – mehr als alle anderen Faktoren – für Unterschiede in der Deliquenzbelastung verantwortlich ist. Auf der Basis der Ergebnisse eines Längsschnittforschungsprojekts an der Universität Bremen zeigen die Autoren, dass statistische Modelle zwar geschlechtsspezifische Unterschiede aufzeigen können, deren Erklärung aber nur partiell bleibt, da in standardisierten Daten geschlechtsspezifische Formen informeller sozialer Kontrolle untererfasst bleiben. Dagegen machen stärker interpretativ ausgerichtete Untersuchungsansätze deutlich, in welchem Umfang geschlechtsspezifische Lebenslaufmuster und „Normalbiographien", unterschiedliche Typen sozialer Kontrolle sowie ungleiche biographische Optionen und Perspektiven mit der unterschiedlichen Kriminalitätsentwicklung junger Männer und Frauen in Beziehung gebracht werden können.

I. Einführung

Um die im Titel genannten Beziehungen sinnvoll betrachten zu können, will der folgende Beitrag die Fragestellung aus einer begrenzten kriminologischen Perspektive herausführen und stärker in einen allgemein sozialwissenschaftlichen Kontext einbinden. Diese Position ist nicht neu; sie entspricht den Prämissen einer kritischen Kriminologie, wie sie in den siebziger Jahren populär war. Damit soll einem Trend entgegengewirkt werden, der in der kriminologischen Diskussion der letzten Jahre eine Renaissance erfährt: es wird wieder in steigendem Maße über Möglichkeiten der Erklärung von delinquentem Handeln und der Prognose „krimineller Karrieren" diskutiert. Hierbei werden soziologisch orientierte Ansätze in Frage gestellt und im öffentlichen Diskurs zunehmend durch biologische, psychologische oder aber mikroökonomische Herangehensweisen ersetzt: Wir beobachten die mehr oder weniger soziologisch gewendete Wiederauferstehung des „geborenen Verbrechers" (vgl. etwa Wilson und Herrnstein 1986; Bock und Goode 1996; Caspi et al. 2002) und des „rationalen Kriminellen" (Cornish und Clarke 1986). Damit einher geht eine verbreitete neue Straflust. So stimmten in einer Untersuchung, die gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zum Gegenstand hat, im Jahre 2002 etwa 87,5 Prozent von 3000 befragten Personen der Aussage zu „Verbrechen sollten härter bestraft werden"; insgesamt 80,1 Prozent fanden

„Um Recht und Ordnung zu bewahren, sollte man härter gegen Außenseiter und Unruhestifter vorgehen" (Heitmeyer und Heyder 2002: 60).

Anders als in den siebziger Jahren und damit neu wird der kriminalsoziologische Diskurs in diesem Beitrag u.a. auf eine Kategorie gelenkt, die in der soziologischen Ungleichheitsforschung als zentral gilt, überraschenderweise aber wenig in den Blick genommen wird, wenn es um die empirische Analyse devianten Verhaltens geht: die Kategorie Geschlecht. Dass es gravierende Unterschiede zwischen der Delinquenzbelastung von Männern und Frauen gibt, wird zwar von allen Autorinnen und Autoren konstatiert, dieser Befund gilt vielen aber nicht als erklärungsbedürftig. Dass das Geschlecht als soziale Strukturkategorie Unterschiede im Erwerbsverlauf wesentlich bestimmt, ist in der soziologischen Lebensverlaufforschung inzwischen Allgemeingut. Was geschieht aber nun, wenn man Kriminalsoziologie und Lebenslaufforschung zusammenbringt, um den Einfluss von Geschlecht auf die Delinquenzentwicklung zu analysieren? Inwieweit lässt sich auf einer solchen Grundlage die Bedingtheit geschlechtsspezifischer Differenzen der Delinquenzentwicklung durch geschlechtsspezifische Entwicklungen in anderen wesentlichen gesellschaftlichen Bereichen nachweisen?

Ein solcher Ansatz ist von einer Teilgruppe des Projekts A3 „Ausbildungsverlauf, Beruf und Delinquenz" im Rahmen des Sonderforschungsbereichs 186 an der Universität Bremen verfolgt worden. Aus den Ergebnissen dieser Analysen soll hier berichtet werden, denn sie stellen teils überraschende Beziehungen her und fordern zu neuen Fragestellungen heraus. Hierzu soll in drei Schritten vorgegangen werden: Zunächst werden der Stand der soziologischen Diskussionen und die bilateralen Beziehungen von Lebenslauf und Delinquenz, Lebenslauf und Geschlecht sowie Geschlecht und Delinquenz kurz rekapituliert. Anschließend werden exemplarische Ergebnisse aus unserer eigenen Forschungsarbeit dargestellt. Zum Schluss werden wir diskutieren, welche Schlussfolgerungen hieraus gezogen werden können und welche neuen Perspektiven sich eröffnen.

II. Theorien

1. Lebenslauf und Delinquenz – Fragen der Kriminalsoziologie

Die Soziologie des Lebenslaufs hat die sozialwissenschaftliche Theoriebildung in vielen Feldern wesentlich vorangebracht. Innerhalb der statistisch orientierten Soziologie hat die Lebensverlaufforschung zudem zu einer grundlegenden Verlagerung des Fokus von statischen Modellen sozialer Strukturen hin zur Analyse sozialer Prozesse geführt. Damit hat sich das zu Grunde liegende Erklärungsmodell verändert: An Stelle des Nachweises von Kovarianz zwischen abhängigen und unabhängigen Variablen strebt eine längsschnitt- und lebenslauforientierte Soziologie heute an, die Prozesse aufzuzeigen, durch die soziale Phänomene entstehen, reproduziert und modifiziert werden (vgl. Holland 1986; Blossfeld und Rohwer 2002). Damit verschiebt sich zugleich der analytische Fokus von einem Vergleich unterschiedlicher Gruppen hin zur Analyse unterschiedlicher gesellschaftlicher Situationen (vgl. Rohwer und Pötter 2001: 214ff.), die

durch bestimmte, immer jedoch auch zeitbezogene Merkmale gekennzeichnet sind und eine jeweils spezifische Vorgeschichte haben.
In Bezug auf kriminalsoziologische Fragen bedeutet dies, dass nicht mehr im Vordergrund steht, welche Personen oder gesellschaftlichen Gruppen nun „kriminell" oder „krimineller" sind, sondern wie Kriminalität als gesellschaftliches Phänomen entsteht und wie es als solches aufrecht erhalten wird. „Entstehung von Kriminalität" soziologisch zu erklären, verweist allerdings auf ein ganzes Bündel unterschiedlicher Fragen, wie zum Beispiel: Unter welchen gesellschaftlichen Bedingungen treten welche kriminalisierbare Verhaltensweisen auf? Wie verbreitet und wie stabil sind sie im Lebensverlauf sozialer Akteure? Unter welchen Bedingungen wird diesen Verhaltensweisen das Etikett „Kriminalität" zugeschrieben? Welche Folgen haben solche Zuschreibungen? Wie wirkt dies auf Lebensverläufe zurück?

Dass es einen engen Bezug zwischen Lebenslauf und Kriminalsoziologie gibt, erscheint zunächst fast selbstverständlich, spielt doch die Analyse von Längsschnittdaten in der kriminologischen Forschung eine bedeutende Rolle. Wie aber bereits Schumann (2003b: 14ff.) betont hat, bedeutet Längsschnittforschung zu betreiben nicht automatisch auch, eine Lebenslaufperspektive einzunehmen: Wenn von Kriminalität und Lebenslauf die Rede ist, wird in der Kriminologie zumeist nur die so genannte „crime-age-curve" thematisiert: Das Ausmaß kriminalisierbaren Verhaltens – so dieser empirische Befund – steigt im Laufe der Jugendphase an, um dann im jungen Erwachsenenalter wieder zurück zu gehen. Abweichendes und damit auch zum Teil kriminalisierbares Verhalten könnte somit eine Art Durchgangsphase im Prozess des Erwachsenwerdens sein. Wenn im Rahmen der Kriminologie darüber hinaus Längsschnittforschung betrieben wird, dient dies in der Regel dazu, potenzielle Straftäter frühzeitig zu identifizieren (vgl. etwa Moffit 1993) oder Rückfallprognosen (vgl. Göppinger 1977) zu begründen. Dies alles hat allerdings nur wenig mit Fragen einer am Lebenslauf orientierten Kriminalsoziologie zu tun, die sich dafür interessiert, wie, d.h. über welche Prozesse, soziale Phänomene entstehen.

Suchen wir nach Ansätzen, die einen expliziten Lebenslaufbezug haben, so finden wir diese vor allem in den Theorien von Sampson und Laub, insbesondere der 1997 formulierten „Life-Course Theory of Cumulative Disadvantage". Auf der Grundlage der Stigmatisierungstheorie und hierbei insbesondere dem Theorem der „sekundären Devianz" (vgl. Lemert 1974; Paternoster und Iovanni 1989) postulieren Sampson und Laub (1997), dass (strafrechtliche) Sanktionen neben anderen Effekten zu einer Einschränkung konventioneller Lebenschancen führten, und zwar sowohl in der Berufssphäre als auch im Bereich sozialer Netzwerke. Darüber verstärke sich die Orientierung an delinquenten Peers; zugleich verlören die Bindungen an gesellschaftliche Werte und Institutionen an Bedeutung. Hierdurch wiederum würde delinquentes Verhalten verstärkt, so dass dieser Prozess in eine Feed-back-Schleife geriete und sich dabei fortwährend verstärkte. Mit diesem Entwurf eines kumulativen Prozesses der Kriminalisierung versuchen Sampson und Laub, den gesellschaftlichen Prozess der Entstehung von Kriminalität nachvollziehbar zu machen.

Eine noch zu entwickelnde Kriminalsoziologie des Lebenslaufs müsste also die Frage beantworten, welche Rolle bestimmte Ereignisse im Lebensverlauf für die Genese und Persistenz kriminalisierbaren Verhaltens spielen. Wozu etwa der Verlust des Ar-

beitsplatzes, der Erfolg einer Berufsausbildung, die Gründung einer stabilen Partnerschaft, Elternschaft, oder Kriminalisierung führen.

Betrachten wir nun die klassischen Längsschnittstudien der Kriminologie und Kriminalsoziologie (vgl. Wolfgang et al. 1972; Glueck und Glueck 1957; West und Farrington 1973; Göppinger 1983) unter der Fragestellung, welche Rolle die Kategorie Geschlecht bei der Entwicklung von Delinquenz spielt, so ist man schnell enttäuscht, denn hierzu können diese Studien nichts beitragen: Frauen kommen in den Stichproben nicht vor, denn Delinquenz scheint ausschließlich „Männersache" zu sein. Und selbst die Lebenslauftheorie von Sampson und Laub basiert empirisch nur auf einem rein männlichen Sample, da die beiden Autoren auf eine Reanalyse der Glueck-Daten zurückgreifen.

2. Geschlecht und Delinquenz

Ähnliche Beobachtungen lassen sich lange Zeit in der Geschichte der Beziehung zwischen Geschlecht und Kriminalität in der deutschsprachigen Kriminologie finden. Sie war bis vor etwa zwei Jahrzehnten durch das Paradox geprägt, dass trotz der auffälligen Diskrepanz der Belastung mit registrierter Kriminalität bei Männern und Frauen die Kategorie Geschlecht ignoriert wurde.

Was die quantitativen Unterschiede angeht, so sind Mädchen und Frauen in allen Bereichen der Kriminalitätsbelastung unterrepräsentiert. Bei einem Frauenanteil von 51,7 Prozent in der Bevölkerung (Heinz 2002: 135) liegt laut polizeilicher Kriminalstatistik 2001 der durchschnittliche Anteil weiblicher Tatverdächtiger für alle Delikte im gesamten Bundesgebiet bei 22,9 Prozent (Bundeskriminalamt 2002: 72), noch geringer ist er, wenn man die so genannten „Gewaltdelikte" in den Blick nimmt. Bei den Tatverdächtigen im Bereich Raub sind nur 9,2 Prozent weiblich; bei Mord und Totschlag 13,4 Prozent. Ähnliche Zahlen finden wir bei dem in der Adoleszenz weitverbreiteten Delikt „Gefährliche und Schwere Körperverletzung": auch dort sind nur 12,7 Prozent der Verdächtigen weiblich (Bundeskriminalamt 2002: 85).

„Dieser Befund einer insgesamt deutlich geringeren Belastung von Frauen mit ‚registrierter' Kriminalität gilt international und lässt sich seit Führung amtlicher Statistiken belegen. Es gibt kein Merkmal, das so stark hinsichtlich offiziell registrierter und bestrafter Kriminalität unterscheidet wie das Merkmal ‚Geschlecht'" (Heinz 2002: 135). Das Gleiche gilt für nationale und internationale Dunkelfeldstudien (vgl. Cain 1990: 3; Mischau 1997: 88; Franke 2000: 29).[1] Auch in der Verurteiltenstatistik werden geschlechtsspezifische Unterschiede deutlich. Je höher die Eingriffsintensität der Sanktionen, desto geringer wird der Anteil von Frauen: So beträgt er 18,6 Prozent bei den Verurteilten, 7,6 Prozent der zu stationären Sanktionen Verurteilten und lediglich 4 bis 5 Prozent an allen Gefängnisinsassen. Dieses erstaunlich stabile Ergebnis kriminologischer Studien – national wie international mit nur kleinen Abweichungen über die Jahre und Jahrzehnte – überrascht nicht mehr; es verlangt aber nach Erklärungen.

1 Beide Autorinnen weisen allerdings darauf hin, dass sich geschlechtsdifferenzierende Dunkelfelduntersuchungen häufig auf Jugendliche und Heranwachsende beziehen und eine Generalisierung deshalb problematisch erscheint.

Die Zahlen dokumentieren – neben der Relevanz der Kategorie Geschlecht – aber auch die Bedeutung der Kategorie Alter; lebenslauftheoretisch gewendet, die besondere Einbettung von Kriminalität in den unterschiedlichen biographischen Phasen. Während sich in der frühen Pubertät die Anteile weiblicher Tatverdächtiger denen männlicher annähern, sinken in den folgenden Lebensjahren die der Mädchen, während es bei den Jungen zu einem Anstieg kommt (vgl. Heinz 2002: 131; Bundeskriminalamt 2001: 72). Der Belastungsgipfel ist bei den jungen Frauen also wesentlich früher erreicht als bei den jungen Männern.

3. Geschlecht als Strukturkategorie des Lebenslaufs

Die Sichtweise, Geschlecht als soziales Strukturierungsprinzip der Gesellschaft systematisch mit einzubeziehen, ist in der soziologischen Lebenslaufforschung nicht selbstverständlich. Noch für Martin Kohli (1985) ist der Lebenslauf wesentlich durch eine Sequenz von Bildungs-, Erwerbs- und Ruhestandsphase strukturiert. Hinter einer solchen Klassifikation des Lebenslaufs steht nach Annemette Sørensen das Konzept, dass Lebenschancen durch die Stellung im Arbeitsmarkt bestimmt werden. „Diese Überlegung ist richtig, bezieht sich allerdings nur auf das Leben von Männern" (Sørensen 1990: 305). Weibliche Lebensläufe würden in einem solchen Konzept zum „Sonderfall" der männlichen werden, denn es fehlte der Einbezug der zweiten zentralen Institution des Lebenslaufs, der Familie. René Levy (1977) war der Erste, der Geschlecht als systematische gesellschaftliche Strukturkategorie in seine Lebenslauftheorie aufgenommen hat. Mit dem Begriff der „Normalbiographie" gelingt es ihm, auf die Unterschiede zwischen männlicher und weiblicher Biographie aufmerksam zu machen. Die Differenz der beiden Standardbiographien liegt für ihn in unterschiedlich großen Teilhabechancen im Erwerbs- und Familiensystem. Indem er der Familie als weiteren lebenslaufrelevanten Bereich neben der Erwerbssphäre einen zentralen Stellenwert einräumt, öffnet er den Blick für die potenzielle „doppelte gesellschaftliche Verortung von Frauen". Dieses von Regina Becker-Schmidt (1987) geprägte Theorem bedeutete in den 80er Jahren eine Neuorientierung durch die folgenreiche Erkenntnis, dass alle relevanten gesellschaftlichen Strukturen und sozialen Beziehungen „geschlechtlich" geprägt sind; neben der Erklärung der sozialen Konstruktionen von Männlichkeit und Weiblichkeit zielte der Begriff vor allem auf Stratifikationseffekte. Für die Kriminalsoziologie wurde der Begriff fruchtbar, weil die doppelte soziale Einbindung von Frauen in der Privat- und Erwerbssphäre gleichermaßen ihre Entsprechung in einer doppelten sozialen Kontrolle fand (Lamott 1995; Seus 2001: 124f.).

Auf diesen Konzepten aufbauend stellte Annemette Sørensen (1990) fest, dass das askriptive Merkmal „Geschlecht" Lebenserwartungen und Lebenspläne einer Person in Bezug auf Schule, Arbeit und Familie wesentlich prägt, dass es folglich einen männlichen und einen weiblichen Lebenslauf gibt. Anfang der 90er Jahre hatten sich Lebensläufe von Frauen und Männern zwar angenähert, nicht aber vollständig angeglichen, denn noch immer überantwortete die Gesellschaft der Frau das Familienleben (Sørensen 1990: 308). Trotz der Gleichstellung in schulischen Abschlüssen konstatiert sie weiterhin eine Benachteiligung von Frauen in der Erwerbssphäre; am deutlichsten

zeigen sich diese Unterschiede in den Dimensionen Geld und Macht (Sørensen 1990: 317).

Dem individualisierungstheoretischen Diskurs, der der Strukturkategorie Geschlecht einen Bedeutungsverlust zugeschrieben hatte (vgl. Beck 2000), widersprechen empirische Resultate. So konstatierte Geißler zehn Jahre später, dass sich die besseren Schulabschlüsse der Frauen nicht in bessere Berufschancen hatten umsetzen lassen: „In der Arbeitswelt sind die Männerprivilegien widerstandsfähiger als im Bildungssystem" (Geißler 2000: 46). Interne Barrieren, wie der zum Nachteil von Frauen geschlechtsspezifisch geteilte Arbeitsmarkt, führten weiterhin zu schlechteren Arbeitsbedingungen, niedrigeren Einkommen und höheren Armuts- und Arbeitsplatzrisiken (Geißler 2000: 47). Weiterhin gilt: Je höher die Ebene der beruflichen Hierarchie, umso kleiner der Anteil der Frauen; Ähnliches gilt für den Bereich der Partizipation an politischer Macht.

Claudia Born und Helga Krüger setzten sich kritisch mit der Individualisierungsthese auseinander und versuchten die Relevanz der anhaltenden doppelten Vergesellschaftung von Frauen im sozialen Wandel näher zu bestimmen. In der Perspektive von „Normalbiographie" untersuchten sie u.a., ob sich Indizien dafür finden lassen, „dass sich die Lebensführungen von Männern und Frauen, die sich bislang hinsichtlich der Organisation der gesellschaftlichen Arbeit zwischen Familie und Erwerbsarbeit als ausgeprägt geschlechtsspezifische und -differente darstellen, im Sinn einer Angleichung wandeln". Ihre Frage lautete: „Lassen sich Prozesse ausmachen, die dem Lebenslauf ‚sein Geschlecht' nehmen?" (Born 2001: 29). Die Autorin entwickelte diese Konzeptionen auf der Basis von empirischen Untersuchungen zur Erwerbsstrukturierung weiblicher Lebensläufe in unterschiedlichen Kohorten.

Die Interpretation des Materials im Rekurs auf das Theorem der „doppelten Vergesellschaftung" zeigte, dass es einen Konflikt gibt im Verhältnis von Institutionen und Handlungsmustern. Die Prozesse des sozialen Wandels hinsichtlich des Bedeutungsverlusts der Kategorie Geschlecht unterscheiden sich grundlegend, je nachdem, welche Ebene man betrachtet. Auf der kulturell-normativen Ebene lassen sich große Veränderungen feststellen. Die Lebensführungen der jungen Generation haben sich deutlich ausdifferenziert, sowohl was die Pluralität der Lebensformen angeht, als auch was Erwerbstätigkeit betrifft. Auf dieser Ebene ist das traditionelle, ausschließlich familienzentrierte Frauenbild längst dem Modell der Doppelorientierung gewichen, in dem Frauen selbstverständlich neben der Familie eine Einbindung in Beruf und Karriere fordern. Die konkrete Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die sonstige Ausgestaltung der familialen Lebensführung ist nicht länger fraglos vorgegeben, sondern erfordert Aushandlungsprozesse zwischen den Partnern. Anders das Fazit auf der sozial-strukturellen Ebene: Born kommt zu dem Schluss: „Umso mehr überrascht es, dass dieser Innovationsschub ebenso markante Grenzen hat. Denn es lassen sich strukturelle Angleichungen der Lebensführungen zwischen den Geschlechtern *nicht* ausmachen" (Born 2001: 39, Herv. im Orig.). Auf der sozial-strukturellen Ebene überwiegen die „Innovationsresistenzen ...; an die Stelle des Wandels tritt die Beharrung" (39). Es sind nach wie vor die Frauen, die nach der Geburt des ersten Kindes zu Hause bleiben, die Elternzeit wahrnehmen, ihre Erwerbsarbeit unterbrechen oder reduzieren, während die Männer in der Regel voll erwerbstätig bleiben (Born 2001: 39).

Wagt man einen resümierenden Ergebnisüberblick über die Studien zu Lebenslauf und Geschlecht, besticht das gleichzeitige, widersprüchliche In- und Nebeneinander von Momenten des Wandels und Momenten der Kontinuität im Geschlechterverhältnis. „Eines allerdings ist evident: Das ‚Neue' am Neuen besteht nicht in einem entscheidenden Schritt hin zu einem Mehr an Gleichheit" (Hornung 2000: 10).

Im kriminologischen Kontext interessiert nun, inwieweit sich aus der unterschiedlichen Gestaltung weiblicher und männlicher Biographien die unterschiedliche Belastung mit Delinquenz erklären lässt. Was bedeutet die unterschiedliche gesellschaftliche Verortung von Frauen und Männern z.B. für ihre soziale Kontrolle? Wenn wir aus der Lebenslaufforschung wissen, welch hohen Stellenwert Arbeit und Beruf für Männer haben, so wäre zu erwarten, dass männliche Jugendliche ihre delinquenten Aktivitäten einstellen, sobald die berufliche Sphäre in ihrer Biographie relevant wird, also in der Qualifikationsphase. Wenn die doppelte und widersprüchliche Vergesellschaftung bedeutet, dass Frauen ihre Konstruktionen von Weiblichkeit gleichermaßen in der Erwerbs- und Privatsphäre konstruieren, bedeutet das gleichzeitig eine doppelte, höhere soziale Kontrolle? Auf diese und andere Fragen sollen die folgenden Ergebnisse Auskunft geben.

III. Ergebnisse aus der Studie des Bremer Sonderforschungsbereichs

Da sich die bislang vorgestellten kriminologischen Studien vorrangig auf registrierte Delinquenz bezogen, soll im Folgenden auf eigene Analysen aus dem Teilprojekt A3 „Berufsbildung, Arbeit und Delinquenz" des Sonderforschungsbereichs 186 der Universität Bremen zurückgegriffen werden.[2] Diese Längsschnittstudie wurde von 1988 bis 2001 durchgeführt und beschäftigte sich mit Rückgang, Fortdauer oder Verfestigung kriminalisierbaren Verhaltens vor dem Hintergrund des Ausbildungsverlaufs, Berufsstarts und den Bemühungen um eine dauerhafte berufliche Plazierung. Dabei wurden die Definitionsprozesse abweichenden Verhaltens in ihrer geschlechtsspezifisch unterschiedlichen Relevanz untersucht und hinsichtlich ihrer Bedeutung für soziale Integration und Ausgrenzung überprüft. Die Untersuchungsgruppe bildeten Jugendliche, die 1989 von Bremer Haupt- und Sonderschulen abgingen. Auf der individuellen Ebene wurde die Gruppe von Bildungsbenachteiligten mittels standardisierter und leitfadengestützter Erhebungen bei ihrem Versuch, sich eine „Normalbiographie" aufzubauen, begleitet. Die Erhebungen umfassten fünf Panelwellen. Bei der standardisierten Befragung war eine Vollerhebung geplant. In der ersten Welle im Sommer 1989 konnten 732 Personen des entsprechenden Abgangsjahrgangs erreicht werden. Ab der folgenden Befragung wurden Angaben zur Delinquenz erhoben. Die zweite Welle aus dem Jahr 1992 umfasst 426 auswertbare Interviews, die dritte (Erhebungsjahr: 1995) 376 Personen, die vierte (1997) 370 und die fünfte (2000) immerhin noch 333. Die Panelausfälle wurden im Rahmen der Möglichkeiten auf Verzerrungen hin kontrolliert (vgl. Böttger et al. 2003: 44ff.). Da nur in wenigen Einzelwellen relevant erscheinende Un-

2 Dem Team gehörten von 1988 bis 2001 neben dem Projektleiter Karl F. Schumann die MitarbeiterInnen Andreas Böttger, Gerhard-Uhland Dietz, Beate Ehret, Volker Mariak, Eduard Matt, Fred Othold, Gerald Prein und Lydia Seus an.

terschiede festgestellt wurden, soll hier von weitgehend zufälligen Ausfällen ausgegangen werden. Die standardisierten Daten umfassen neben demographischen Angaben detaillierte Längsschnittinformationen zum Berufsverlauf, zur Familien- und Wohnbiographie, zur Einbindung in informelle Netzwerke sowie zu kriminalisierbarem Verhalten. Delinquenz wurde in Anlehnung an die Bremer Studie zur Generalprävention (vgl. Schumann et al. 1987) über Selbstberichte zur Häufigkeit delinquenter Handlungen erhoben und in fünf ungewichtete Summenindizes (Gesamt-, Drogen-, Eigentums-, Gewalt- und Restindex) zusammengefasst.[3]

Im Oktober 1989 wurde ein Teilsample von 30 weiblichen und 30 männlichen Jugendlichen ausgewählt (Mikropanel); dieses wurde zusätzlich zur standardisierten Erhebung in Abständen von zwei Jahren insgesamt fünfmal mittels offener, leitfadengestützter Interviews befragt. Die qualitativ erhobenen Daten ermöglichten eine Nachzeichnung der subjektiven Deutungs- und Handlungsmuster der Befragten während ihrer Statuspassage von der Schule über die Ausbildung in den Beruf und ihrer Interaktionen mit Polizei und Justiz. Auf der institutionellen Ebene fand eine Befragung von 40 Ausbilderinnen und Ausbildern statt, außerdem eine Erhebung von registrierter Kriminalität auf der Basis von Auskünften beim Bundeszentralregister und eine Analyse von Strafakten bei der Bremer Staatsanwaltschaft.[4]

Eine Besonderheit der Studie war – neben der Tatsache, dass die Kategorie Geschlecht systematisch berücksichtigt wurde – ihre Lebenslauforientierung; sie ermöglichte es, über einen längeren Zeitraum die Entwicklung sowohl registrierter als auch selbstberichteter Delinquenz von Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu verfolgen.

In der folgenden Ergebnisdarstellung, ihrer Interpretation und Einordnung in den Kontext anderer Studien, wird der Schwerpunkt auf die Ausbildungsjahre gesetzt, auf die Jugendzeit als einer spezifischen Phase der männlichen und weiblichen Normalbiographie.

1. Die Verlaufskurven und Modelle weiblicher und männlicher Delinquenz

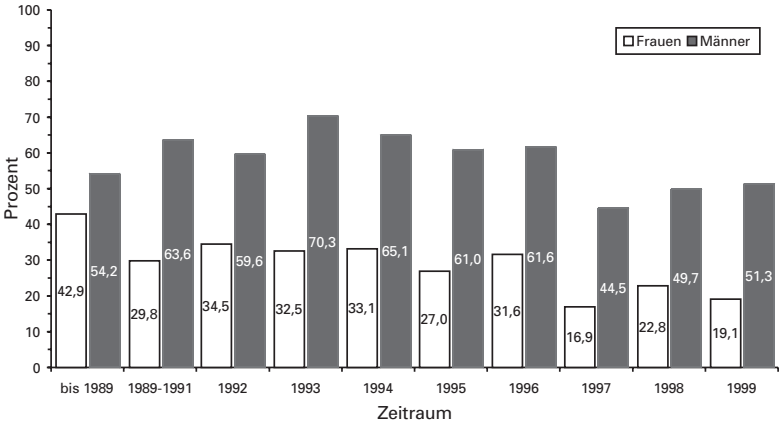
Abbildung 1 zeigt als erste deskriptive Annäherung die Anteile von Männern und Frauen der Untersuchungsgruppe im Zeitverlauf, die angegeben hatten, im entsprechenden Zeitraum Delikte begangen zu haben. Hierbei werden interessante Unterschiede in Be-

3 Der so genannte *Drogenindex* umfasst die Umschreibung folgender Delikte: Gebrauch weicher Drogen (in Welle 4+5: Cannabis), Handel mit weichen Drogen (in Welle 4+5: Cannabis), Gebrauch harter Drogen (in Welle 4+5 differenziert nach Heroin, Kokain, Ecstasy), Handel mit harten Drogen (in Welle 4+5 differenziert nach Heroin, Kokain, Ecstasy); der *Eigentumsindex:* Betrug, Diebstahl am Arbeitsplatz, Diebstahl aus Kfz., Einbruch, sonstiger (einfacher) Diebstahl, Hehlerei, Gebrauchsanmaßung, Kfz.-Diebstahl, Ladendiebstahl; der *Gewaltindex* Körperverletzung (ohne Waffe), Körperverletzung (mit Waffe), Raub (ohne Waffe), Raub (mit Waffe), Gruppenschlägereien (draußen), Gruppenschlägereien (drinnen) und der *Restindex* Fahren ohne Führerschein, Fahrerflucht, Hausfriedensbruch, Sachbeschädigung (beklebt etc.), Sachbeschädigung (zerstört etc.), Trunkenheit am Steuer, Urkundenfälschung, Waffenbesitz und Waffenhandel. Der *Gesamtindex* wurde aus der Summe der vier Einzelindizes gebildet.

4 Eine ausführliche Darstellung des Designs durch das Projektteam findet sich im von Karl Schumann herausgegebenen Band (vgl. Böttger et al. 2003: 35ff.).

zug auf die Entwicklungsdynamik deutlich: Während der Schulzeit liegt der Anteil delinquenter Mädchen mit etwa 43 Prozent zwar unter dem der Jungen (etwa 54 Prozent); diese Unterschiede sind allerdings deutlich geringer als zu allen späteren Zeitpunkten. Im weiteren Zeitverlauf nimmt die Delinquenzbelastung der jungen Frauen ab, während die der jungen Männer zunächst bis 1993 ansteigt, um dann – wesentlich langsamer als bei Frauen – zurückzugehen (vgl. auch Othold und Schumann 2003: 74ff.).[5]

Abbildung 1: Gesamtprävalenz nach Geschlecht im Zeitverlauf



Die Zeiträume umfassen in der Regel ein Jahr; Ausnahmen bilden die ersten beiden: Der erste umfasst die Zeit vom 14. Lebensjahr (Strafmündigkeit) bis zum Schulabgang (im Durchschnitt mit 16,6 Jahren), der zweite die Zeit vom Schulabgang 1989 bis Ende 1991 (ca. 19 Jahre). Der Beobachtungszeitraum endet durchschnittlich im Alter von 27 Jahren.

Aus diesen einfachen Befunden lassen sich bereits zwei wesentliche Punkte festhalten: Offensichtlich gibt es eine geschlechtsspezifische Entwicklung, die dazu führt, dass bereits in der Schulzeit mit Einsetzen der Strafmündigkeit der Anteil männlicher Delinquenter höher ist als der weiblicher. Hinsichtlich der Abnahme des Anteils delinquenter junger Frauen setzt diese bereits lange vor dem Zeitpunkt ein, zu dem die Frauen beginnen, in festen Partnerschaften zu leben und/oder Kinder zu bekommen.

Diese Unterschiede sind allerdings nicht stabil über den weiteren Lebensverlauf: Während bei männlichen Jugendlichen die Delinquenzbelastung zunächst zunimmt, ist sie bei weiblichen Jugendlichen nach Beendigung der Schulzeit rückläufig. Es ist daher sinnvoll zu fragen, welche Prozesse im weiteren Lebensverlauf bei der einen Gruppe zu einem Anstieg des Anteils delinquenter Personen führen, und welche Prozesse bei der anderen schon früh zu einem deutlichen Rückgang.

Aus diesem Grunde wurde die Delinquenzentwicklung multivariat untersucht. Um dabei der Frage nach der Entwicklung delinquenten Verhaltens im Lebensverlauf nach-

5 Je nach betrachteter Deliktgruppe sind diese Entwicklungen zwar unterschiedlich stark ausgeprägt, diese Differenzierungen hier einzuführen sprengte allerdings den Rahmen dieses Beitrags.

gehen zu können, wurde auf Verfahren der Verlaufsdatenanalyse zurückgegriffen, die es erlaubten, *Veränderungen* in der Häufigkeit delinquenten Verhaltens in Abhängigkeit von anderen *Prozessen* im Lebensverlauf zu modellieren. Da die selbstberichteten Informationen zur Delinquenz nicht hinreichend zeitgenau vorlagen, um den Einsatz von Modellen für stetige Zeit zu rechtfertigen, wurde auf diskrete Ratenmodelle (vgl. Yamaguchi 1991) zurückgegriffen.

Der abhängige Prozess bei diesen Analysen ist die Veränderung der Häufigkeit kriminalisierbarer Handlungen im jeweiligen Zeitraum, nicht das Ausmaß der Delinquenzbelastung selbst. Da die AutorInnen einer Metrisierung von selbstberichteter Delinquenz skeptisch gegenüberstehen, wurden die Angaben zur Delikthäufigkeit in vier Klassen (kein Delikt, 1 bis 5 Delikte, 6 bis 10 Delikte sowie mehr als 10 Delikte) zusammengefasst. Auf dieser Basis wurde unter Kontrolle des Ausgangsniveaus jeweils ein logistisches Regressionsmodell für den Anstieg der Delikthäufigkeit und eines für die Abnahme geschätzt.[6] Bei Personen, die auf Grund von Nichterreichbarkeit oder Verweigerung nicht an allen Wellen teilgenommen hatten, wurden Delinquenzangaben bis zur letzten gültigen Welle berücksichtigt und die Verlaufsangaben von diesem Zeitpunkt an als rechtszensiert betrachtet. Unter Kontrolle anderer Faktoren, die in gängigen kriminalsoziologischen Theorien mit der Delinquenzentwicklung in Verbindung gebracht werden,[7] konnte so der Einfluss der Geschlechtszugehörigkeit auf die Delinquenzentwicklung analysiert werden.

6 Diese Trennung wurde vorgenommen, da die Faktoren, die verhindern, dass Jugendliche (in verstärktem Maße) kriminalisierbare Handlungen begehen, nicht dieselben sein müssen, die zu einer Reduktion der Delikthäufigkeit beitragen. Da es nicht unbedingt dieselben Situationen und Erfahrungen sind, die die Entwicklung von Gewaltdelinquenz und Cannabiskonsum erklären, wurden neben einem Modell für den so genannten „Gesamtindex" zusätzlich Modelle für bestimmte Deliktgruppen geschätzt. Diese Modelle sind in einzelnen Punkten recht heterogen, unterscheiden sich allerdings nicht wesentlich hinsichtlich der hier behandelten Frage. Daher soll hier auf das Gesamtmodell Bezug genommen werden. Die differenzierten Modelle finden sich ebenfalls in Prein und Schumann (2003: 204ff.), eine Diskussion verschiedener Modellierungsstrategien in Prein und Seus (1999: 47–51).

7 Folgende Variablen wurden kontrolliert: Geschlecht; Elternschaft; Instanzenkontakte und Sanktionen; Cliquenzugehörigkeit im jeweiligen Jahr als Indikator für die Entwicklung oder Persistenz alternativer Wert- und Normensysteme; Wohnformen als Proxy-Variable für unterschiedliche Formen informeller sozialer Kontrolle; die höchste bisherige Belastung in den einzelnen Deliktgruppen; der aktuelle Erwerbsstatus sowie Angaben zur Berufsbiografie: Scheitern an der ersten Schwelle, Ausbildungsabbruch, keine Etablierung nach der Ausbildung und kumulierte Arbeitslosigkeit (in Jahren). Der Erhebungszeitraum als Proxy für das Alter wurde über Dummy-Variablen einbezogen, um auch nichtlineare Effekte zuzulassen. Schließlich wurden Interaktionseffekte von Ausbildungsabbrüchen sowie anderen beruflich negativen Entwicklungen mit Sanktion (Einstellungen durch die Staatsanwaltschaft gemäß § 45 JGG (Jugendgerichtsgesetz), Einstellungen durch das Gericht nach § 47 JGG oder Verurteilungen) kontrolliert. Alle Variablen mit Ausnahme von Geschlecht sind zeitveränderlich und geben jeweils die Situation zu Beginn des jeweiligen Zeitraums (i.d.R. ein Kalenderjahr) wieder. Die Häufigkeitskategorie, aus der heraus der Wechsel stattfand, wurde als Kontrollvariable einbezogen, da die Wahrscheinlichkeit einer Veränderung je nach Ausgangszustand modellbedingt unterschiedlich sein kann – und ist.

Das Modell für die Gesamtdelinquenz zeigt *Tabelle 1*.[8] In diesem Modell erweisen sich allerdings nur wenige Faktoren als erklärungskräftig: Geschlecht, Alter, Peer-Group-Kontakte und strafrechtliche Sanktion. Bei Männern fällt die Zunahme von Delinquenz stärker und die Abnahme schwächer aus als bei Frauen. Im letzten Erhebungszeitraum 1997–1999 ist die Zunahme von Delinquenz wesentlich reduziert: Mit steigendem Alter scheint sich die Häufigkeit kriminalisierbaren Verhaltens kaum noch zu erhöhen. Hingegen steigern sowohl Cliquenzugehörigkeit als auch Verurteilungen die Wahrscheinlichkeit von Delinquenz. Im Abnahmemodell erhöhen Verfahrenseinstellungen durch die Staatsanwaltschaft die Wahrscheinlichkeit, dass Delinquenz sinkt, während sich im Zunahmemodell Verfahrenseinstellungen durch das Gericht delinquenzverstärkend auswirken. Dies kann als Hinweis dafür gewertet werden, dass Gerichtskontakte und insbesondere formale Sanktionen Delinquenz eher verstärken, ein Hinweis auf die Plausibilität im Sinne des Theorems sekundärer Devianz (vgl. Lemert 1974; Paternoster und Iovanni 1989). Hingegen weisen aktuelle Erwerbslosigkeit, beruflicher Misserfolg ebenso wenig wie private Lebensumstände in diesem Modell Beziehungen zur Delinquenzentwicklung auf – ein Befund, der zumindest in Bezug auf die Jugendphase gängigen anomie-, kontroll- oder nutzentheoretischen Annahmen deutlich widerspricht.

In diesem und fast allen anderen geschätzten Modellen bleibt einer der stärksten Faktoren das Geschlecht. Offensichtlich verschwindet dieser Effekt auch dann nicht, wenn die Parameter kontrolliert werden, die als relevante Einflussgrößen für die Delinquenzentwicklung im Lebensverlauf gelten. Damit stellt sich nun die Frage, inwieweit sich der Geschlechtseffekt – zumindest partiell – soziologisch auf der Grundlage der anderen relevanten Parameter erklären lässt, wenn man berücksichtigt, dass es einerseits geschlechtsspezifische Selektionseffekte gibt – so treffen beispielsweise formale Sanktionen Männer in höherem Maße als Frauen – und andererseits bestimmte Parameter geschlechtsspezifische unterschiedliche Bedeutungen haben.

a) Schon in der Kindheit gibt es ein auffälliges Auseinanderdriften in Bezug auf Delinquenz. Die in der statistischen Auswertung gefundenen Unterschiede zwischen weiblichen und männlichen Jugendlichen hinsichtlich ihrer Delinquenzbelastung sind nicht überraschend, aber erklärungsbedürftig. Zu ihrer Interpretation werden im Folgenden Ergebnisse aus der qualitativen Teilstudie vorgestellt. Die Deutung der Interviewaussagen liefert Einsichten, warum die Delinquenzbelastung bereits in einem so frühen biographischen Stadium auseinanderklafft.

Die Ergebnisse erscheinen plausibel, wenn man lebenslauftheoretische Annahmen zu Grunde legt. Aus der besonderen gesellschaftlichen Verortung von Mädchen und Frauen ergibt sich eine besondere Struktur der sozialen Kontrolle, die privat und informell wirkt und bereits im Kindesalter bedeutsam wird. Vergesellschaftungsprozesse von Frauen und Männern gestalten sich sowohl als gesellschaftliche Integration der Individuen von außen – z.B. durch die Zuordnung auf öffentliche und private Räume – als auch im Inneren. „Neben den äußeren Strukturen, den zugeschriebenen Geschlechts-

8 In der Tabelle ausgewiesen sind odds und odds ratios. Bei den Parametern weisen Werte über eins auf eine Steigerung der Wahrscheinlichkeit hin, Werte unter eins auf eine Verringerung.

Tabelle 1: Diskretes Ratenmodell zur Veränderung von Delinquenz gegenüber dem vorherigen Erhebungszeitraum (logistische Regression)

Parameter	Abnahme exp(β)	Zunahme exp(β)
Konstante	1,123	0,466***
Geschlecht (R = Mann)	1,735***	0,434***
Kind (R = kein Kind)	1,096	0,879
Cliquenzugehörigkeit (R = nicht in Clique)	0,573***	1,718***
Wohnen (R = bei Eltern)		
– Single, Wohngemeinschaft, Wohnheim etc.	0,885	1,011
– mit Partner	1,031	0,978
Erwerbsstatus (R = qualifizierende Ausbildung)		
– Haus- und Familienarbeit	1,395	1,046
– qualifizierte Tätigkeit	0,916	0,946
– Arbeitslosigkeit	1,294	0,881
– unqualifizierte Tätigkeit	1,184	1,060
– berufsvorbereitende Maßnahme (BVJ, BGJ etc.)	1,156	1,025
– Sonstiger Erwerbsstatus	1,419	0,554*
Berufsbiografie		
– keine Berufsausbildung begonnen	0,862	0,757
– Berufsausbildung abgebrochen (wenn eine Ausbildung begonnen wurde)	1,090	1,334+
– keine berufliche Etablierung (wenn eine Ausbildung erfolgreich abgeschlossen wurde)	0,833	1,116
– bisherige Zeiten der Arbeitslosigkeit kumuliert (Jahre)	0,855	1,106
Sanktionen		
– Einstellung durch die Staatsanwaltschaft nach § 45 JGG	1,501+	0,965
– Einstellung durch das Gericht nach § 47 JGG	0,721	1,782**
– verurteilt	0,680*	1,413*
Interaktionseffekte mit Sanktion (§§ 45, 47 JGG oder verurteilt)		
– Ausbildungsabbruch	1,111	0,919
– beruflicher Abstieg	0,889	0,928
Zeitraum (R = bis 1992)		
– 1993–94	0,900	0,703+
– 1995–96	0,799	0,826
– 1997–99	1,383	0,245***
Delikte im vorherigen Zeitraum (R = ≥ 10 bei Abnahme; 0 bei Zunahme)		
– bis 5	0,570***	0,620***
– bis 10	0,991	0,739+
Maximaler Wert bisher im Index		
– Gewalt	0,999	1,004
– Drogen	0,991**	1,000
– Eigentumsdelikte	0,995	1,001
– Rest	0,998	1,004**

Signifikanz: + $p \leq 0{,}1$; * $p \leq 0{,}05$; ** $p \leq 0{,}01$; *** $p \leq 0{,}001$.

rollen und den gesellschaftlich konstruierten Bildern von Mann und Frau, ist die Frage nach den inneren Strukturen entscheidend für das, was die weibliche Erfahrungswelt [und das gilt genauso für die männliche, L.S./G.P.]), ihren Lebenszusammenhang hervorbringt" (Lamott 1995: 30). Es stellt sich die Frage, ob die von außen an sie herangetragenen Geschlechterkonstruktionen von den Akteurinnen und Akteuren übernommen werden und welchen Eigenanteil Mädchen und Jungen an der Tradierung dieser Bilder haben.

Bei den Mädchen der von uns untersuchten Gruppe zeigte sich die stärkere Zuordnung auf den privaten Raum bereits im Kindesalter; sie waren sozialen Kontrollmechanismen ausgesetzt, die konformes Verhalten förderten. Die ehemaligen Hauptschülerinnen wurden in weitaus höherem Maß als ihre Brüder an der Hausarbeit und der Geschwisterversorgung beteiligt, was sie in den meisten Fällen akzeptierten:

„Aber das war schon immer, seit meinem sechsten Lebensjahr oder so, hab' ich schon immer irgendwas mitgeholfen ... . Und das ist jetzt immer noch so. Auch, wenn ich von der Arbeit komm' und bin kaputt oder so, dann schlaf ich 'ne Stunde und denn mach' ich meine Sachen da, die meine Mutti mir vorgeschlagen hat ... . Das ist einfach so drinne schon" (Anne, I, 13).[9]

Die Jungen blieben weitestgehend von solchen häuslichen Verpflichtungen verschont; von daher erlebten sie die Familie in erster Linie als Versorgungsinstanz, während die Mädchen sie oft als Kontrollinstanz erlebten. Entsprechend häufiger berichteten diese von Konflikten mit den Eltern über deren Kontrolle in Bezug auf Freizeit und den Umgang mit Freunden/Freundinnen. Aus Angst um ihre körperliche und sexuelle Unversehrtheit wurden Töchter sehr viel stärker unter die Aufsicht ihrer Eltern gestellt, ihr Spielraum und ihre Teilhabe am öffentlichen Leben damit stark eingeschränkt (Seus 1993: 142ff.).

Die Ergebnisse unserer Untersuchung stützen u.a. die Befunde, die John Hagan et al. in ihren empirischen Studien zur Überprüfung der von ihnen entwickelten „Power-Control-Theory of Gender and Delinquency" (Hagan et al. 1979, 1988) fanden. Ihr Ergebnis: Das Etikett „kriminell" sei für Jungen und Männer reserviert, da es gelinge, Mädchen durch informelle Kontrolle zur Konformität zu bewegen. „... if our findings are generalizable, then there may be reason to assume that women are oversocialized, more specifically, overcontrolled" (Hagan et al. 1979: 34). Es seien die gleichen sozialen Kontrollmechanismen, die einerseits die Chancen für Mädchen und junge Frauen an gesellschaftlicher Teilhabe einschränkten als auch zu ihrer höheren Konformität beitrügen (Hagan et al. 1988).

Auch sozialisationstheoretische Ansätze belegen, dass die Selbstkonstruktion als Junge oder Mädchen mit der Geburt beginnt und sie ein Leben lang begleitet. In ihrem sozialen Handeln und in all ihren Lebenstätigkeiten stellen Kinder ihre Geschlechtszugehörigkeit symbolisch dar. Ihnen werden „männliche" und „weibliche" Eigenschaften zugeschrieben, die ihre Entwicklungsmöglichkeiten beinträchtigen können. So zeigen Mädchen ein selbsteinschränkendes Verhalten, leben ihre Bedürfnisse nach Aktivität und raumgreifendem Verhalten nicht aus, zeigen sehr viel weniger kriminalisierbares

9 Es handelt sich hier um Zitate aus den Interviews; die römische Zahl kennzeichnet die Interviewwelle.

Verhalten (vgl. Focks 2002). Das „Brav-Sein", als eine Verhaltensweise, kann aber zu Problemen führen: Es sind eher die Mädchen, die unter körperlichen, psychischen oder sozialen Anspannungen leiden, „denn sie versuchen Probleme entsprechend den gesellschaftlichen Erwartungen eher nach innen gerichtet, introvertiert und zum Teil auch selbstaggressiv zu bewältigen" (Keddi und Wittmann 1996: 22). Diese und andere theoretischen Annahmen und empirischen Ergebnisse tragen zur Erklärung bei, warum es bereits bei Kindern auf Grund unterschiedlicher Konfliktbearbeitungsmechanismen zu geschlechtsspezifischen Unterschieden bei kriminalisierbarem Verhalten kommt.

b) Die unterschiedliche Entwicklung setzt sich in der Adoleszenz fort. Die Bremer Studie zeigte, dass die Diskrepanz in der Delinquenzbelastung bei den beiden Geschlechtern mit Beginn der Adoleszenz noch größer wurde, was zu der Frage veranlasst, ob die „klassischen" Kriterien von Jugend (Schonraum, Experimentierfeld) auch für die weibliche Jugend zutreffen oder ob für sie (auch) andere Bestimmungsmomente wichtig sind. Die beschriebene Einengung der kindlichen Handlungsspielräume erlebt eine weitere Zuspitzung in der Adoleszenz. Diese Phase wird als eine Zeit relativer Freiheit gedeutet, in der Jugendliche nicht mehr der rigiden elterliche Kontrolle der Kindheit und noch nicht den Anforderungen des Erwachsenenlebens ausgesetzt sind. Den Jugendlichen wird zugestanden, sich auszuprobieren, mit Lebensentwürfen zu experimentieren, sich zu orientieren. Dabei wird mit Konflikten, mit aggressivem und provokantem Verhalten gerechnet; die Rebellion gegen geltende Normen wird in gewissem Rahmen als gesund und notwendig erachtet. D.h. die Adoleszenz könnte eine Chance sein, einengende geschlechtliche Zuschreibungen zu überwinden. Es ist aber umstritten, inwieweit Jugendkulturen jungen Frauen andere Orientierungsmöglichkeiten oder Freiräume bieten, in denen sie Widerstand gegen die herkömmlichen Lebenskonzepte im Rahmen einer weiblichen Normalbiographie erproben können. Männern und Frauen werden bestimmte Eigenschaften, Rollen, Denk- und Handlungsweisen zugeschrieben. Obwohl viele Stereotype und Klischees an Geltung verloren haben, ist die normative Ausrichtung von Männlichkeit nach wie vor stark an Rationalität, Stärke, Durchsetzungsfähigkeit, geringer Emotionalität orientiert; demgegenüber betonen die normativen Vorgaben für Weiblichkeit das Fehlen von körperlichen Aggressionen, die Fürsorge, Rücksichtnahme und Anpassungsfähigkeit.

Das bedeutet, dass die biographische Phase der Jugend für weibliche und männliche Jugendliche einen unterschiedlichen Verlauf nimmt: Während die Konzepte von „Männlichkeit" und „Adoleszenz" optimal aufeinander abgestimmt sind, gestaltet sich das Verhältnis der Konzepte von „Weiblichkeit" und „Adoleszenz" sehr viel widersprüchlicher. Freiräume der Adoleszenz werden jungen Männern in weit größerem Maße zugebilligt als jungen Frauen; auch wenn sie gegen strafrechtliche Normen verstoßen, bewegen sie sich innerhalb des Geschlechterarrangements.

Neben der Widersprüchlichkeit der normativen Anforderungen für weibliche Jugendliche in dieser biographischen Phase betonen Adoleszenztheorien den starken Verlust des Selbstwertgefühls (Zinnecker et al. 2002: 93). Der Prozess der „inneren Vergesellschaftung" (Becker-Schmidt 1991: 387) als subjektive Anpassungsleistung an die wahrgenommenen Widersprüche ist ein doppelter, da in ihm Anpassung und Wider-

spruch gleichermaßen angelegt sind. Auf die Wahrnehmung des Widerspruchs zwischen Selbstbild und Fremdbild reagieren junge Frauen durchaus mit Widerstand und unter Umständen mit kriminalisierbarem Verhalten. Meist werden aber Adoleszenzkonzepte den Weiblichkeitszuschreibungen untergeordnet. Viele Mädchen sehen sich gezwungen, ihre authentischen Bedürfnisse aufzugeben zugunsten von Verhaltensweisen, die in Übereinstimmung mit gesellschaftlich erwünschten Weiblichkeitsmustern stehen; so wird z.B. die Mitgliedschaft in delinquenten Cliquen für Mädchenfreundschaften oder feste Beziehungen aufgegeben. Denn, so Becker-Schmidt und Knapp: „Nicht-Identität kann ängstigen und verunsichern, wenn sie mit Anpassungs- und Konformitätsbedürfnissen kollidiert. Der Wunsch nach Anerkennung und Geliebtwerden führt dann zur Erfüllung und Übererfüllung des Solls" (Becker-Schmidt und Knapp 1989: 150).

In der Bewältigung von Konflikten wählen Mädchen in der Regel Strategien, die nicht so sehr nach außen gerichtet sind; sie lösen ihre Schwierigkeiten innerhalb ihres persönlichen Bereichs (Hurrelmann 1991: 59f.); bei autoaggressiven Bewältigungsmechanismen wie Ess-Störungen oder dem Ritzen der Haut liegt der Anteil der Mädchen bei 85–95 Prozent (Beyer 1999: 54; 58). Frauen, die „aus der Rolle fallen", sich z.B. körperlich aggressiv, gewalttätig verhalten, wird eine zweifache Abweichung attestiert: Neben der Verletzung der Strafrechtsnormen überschreiten sie Grenzen der Zuschreibung von akzeptierter Weiblichkeit. Letzteres zeigt sich gerade in der Einstellung zu Sexualität; dahinter verbirgt sich eine Doppelmoral, die die Handlungsspielräume für das männliche Geschlecht ausdehnt und gleichzeitig für das weibliche einengt. Junge Männer werden dazu ermutigt, sexuelle Erfahrungen zu sammeln; dies trägt zu ihrem Ruf bei, ein „toller Hecht" zu sein. Das gleiche Verhalten bei Mädchen wird als abweichend definiert, führt zu einer Rufschädigung. In der Bremer Studie waren sich die Mädchen darin einig, dass ihr „guter Ruf" über die Kategorie Sexualität vermittelt sei; ihr sexuelles Verhalten oder das Gerede darüber entschied, ob sie als „anständige Mädchen" anerkannt oder als „Schlampe" diffamiert wurden. Die jungen Männer bezogen den Begriff sehr viel stärker auf ihre Arbeitsleistungen. Ihre sexuellen Abenteuer oder das Protzen damit bewirkten keine Schmälerung ihres Ansehens, im Gegenteil, sie verstärkten noch die Reputation der männlichen Jugendlichen (Seus 1993: 201).

Als besonders wirksam erwiesen sich die verinnerlichten sozialen Kontrollmechanismen bei unserer Untersuchungsgruppe, den Arbeitertöchtern, die z.T. in ihrer Lebensplanung auf einen männlichen (Mit-)Ernährer angewiesen waren. Anpassung oder Resignation als coping-Strategien bei dem Auftreten von Widersprüchen zwischen Aspirationen und Umsetzung blieben charakteristisch für die weitere Biographie der jungen Frauen.

Als eines der bedeutsamsten Regelungsinstrumente gesellschaftlicher Handlungsstrukturen erwiesen sich Ausbildungs- und Arbeitsmarkt, deren Strukturen die Chancen der Hauptschülerinnen, sich eine qualifizierte Berufsausbildung zu sichern, drastisch einschränkten.

Die jungen Frauen erfuhren den Widerspruch zwischen ihren Aspirationen und Wünschen und den Möglichkeiten, diese durchzusetzen, hier am stärksten. Nicht alle waren bereit zu akzeptieren, dass ihre Geschlechtszugehörigkeit in den meisten Fällen ausschlaggebender war, als ihre Fähigkeiten und schulischen Leistungen. Sie verweiger-

ten die Umlenkung auf typisch „weibliche" Berufstätigkeiten und stiegen aus dem Qualifikationssystem aus. Nur eine kleine Gruppe von Frauen reagierte auf die negativen Erfahrungen mit Widerstand bis hin zu einem Leben in der Subkultur (Dietz et al. 1997: 258f.). Bei der überwiegenden Mehrheit hingegen führten sie zu einer Restabilisierung traditioneller Muster weiblicher Lebensführung, dem Rückzug ins Private und damit gleichzeitig zu einem Rückzug aus der Öffentlichkeit und einer Reduktion von Delinquenz. Der Verarbeitungsmodus entsprach dem Prinzip der Reproduktion der eigenen Herkunftsschicht. Bei Frauen, die bei Scheitern ihrer Qualifikation auf weitere Anstrengungen verzichteten und teilweise frühe Mutterschaft akzeptierten, war die Basis für dauerhafte Abhängigkeit vom männlichen Ernährer gelegt und damit ein sozialer Aufstieg in der Regel blockiert: die eigene berufliche Existenz wird auf das Dazuverdienen beschränkt bleiben.

Hier zeigte sich der enge Zusammenhang zwischen Konformität und niedrigem sozialen Status. Während sich durch Berufsausbildung und qualifizierte Berufstätigkeit von Frauen die weibliche Normalbiographie gerade für gewisse Zeiträume (bis zur Geburt des ersten Kindes) allgemein der männlichen sehr angenähert hat, trifft das auf unsere Untersuchungsgruppe nicht gleichermaßen zu. Für ehemalige Haupt- und Sonderschülerinnen kumulieren die Benachteiligungen durch Geschlecht und soziale Herkunft, was sich besonders darin zeigte, dass es ihnen oft nicht gelang, einen qualifizierten Beruf auszuüben, der ihnen eine eigene Existenzsicherung ermöglichte (vgl. Grobbin et al. 2003). Solange die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung fortbesteht, werden männliche und weibliche Normalbiographien systematisch differieren.

2. Der Peer-Group kommt eine große Bedeutung für die unterschiedliche Delinquenzbelastung zu

Weitere Ergebnisse der statistischen Auswertungen legten die Erklärung nahe, dass die unterschiedliche Delinquenzbelastung bei jungen Männern und Frauen mit der unterschiedlichen Bedeutung zusammenhängt, die sie der Cliquenzugehörigkeit beimaßen.

Die Variable „Cliquenzugehörigkeit", die im o.g. Modell kontrolliert wurde, erfasste auf der Grundlage von Selbstauskünften, ob die Jugendlichen und jungen Erwachsenen im entsprechenden Jahr eine feste Freundesgruppe hatten, die man als Clique bezeichnen konnte. Insgesamt zeigten Jugendliche in festen Gruppenbezügen mehr delinquentes Verhalten als Gleichaltrige, die sich keiner Clique zuordneten. An anderer Stelle zeigt Othold (2003), dass diese Variable für recht unterschiedliche Tatbestände steht: Unter anderem haben „Cliquen" – zumindest in der Jugendphase – eine deutlich unterschiedliche Bedeutung im Leben junger Frauen und Männer. Ein Indikator hierfür ist, dass junge Frauen durchschnittlich weniger Zeit in solchen Gleichaltrigengruppen verbringen als junge Männer; die Relation betrug z.B. für das Jahr 1992: 8,5 Stunden pro Woche bei den weiblichen Jugendlichen im Gegensatz zu 13,7 Stunden bei den männlichen Jugendlichen (Othold 2003: 130).

Die qualitativen Ergebnisse der Bremer Studie zeigten, dass die Gleichaltrigenkultur Jugendlicher ihre Ambivalenz darin entfaltete, dass sie zum einen positive Funktionen für die Selbstfindung Heranwachsender erfüllte, zum anderen aber auch den Raum darstellte, der vieles an riskantem und kriminalisierbarem Verhalten förderte. Dies galt

für Jungen und Mädchen gleichermaßen. Auch die Mädchen, die sich in der frühen Pubertät gerne in Cliquen aufhielten, zeigten delinquentes Verhalten; es machte ihnen Spaß, sich Verfolgungsjagden mit der Polizei zu liefern, „im Schutz" der Gruppe adoleszentes Verhalten auszuleben und Gefühle von Stärke und Macht zu genießen:

„Fühlte man sich auch irgendwie immer ... toll. So, man konnte halt mal eben einen 16jährigen anlabern, man hatte ja einen 18jährigen hinter sich. Also, der war dann noch einen Kopf größer oder so ... Denn, auf dem Schützenfest oder so, und denn ham'se alle schon den Schwanz eingezogen, wenn wir denn ankamen. Das war irgendwie immer ganz toll" (Kerstin, I, 18).

Bei den wenigen Frauen, die über die Schulzeit hinaus in der Clique blieben oder deren Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe, z.B. den Punks, ihr Leben in der Subkultur entscheidend prägte, dauerte ihre Delinquenz an. Typischer aber war, dass die Mädchen ihre Clique sehr früh verließen; sie maßen ihren besten Freundinnen einen weitaus größeren Stellenwert bei. Auch in reinen Mädchencliquen hatte delinquentes Verhalten keinen identitätsstiftenden Charakter; dort wurden eher traditionelle Muster von Weiblichkeit tradiert; wobei sich die Mädchen auch an Ausgrenzungsprozessen ihrer Geschlechtsgenossinnen beteiligten, wenn sich diese in ihren Augen abweichend verhielten (Seus 1993: 202). Mit der Unterstützung von sozialen Mechanismen zur Anpassung leisteten sie gleichzeitig ihren Beitrag zu Einschränkungen der Ausgestaltung von Weiblichkeit. In ihrer späteren Biographie kam den Partnern gegenüber der Clique eine größere Bedeutung zu.

Anders bei den jungen Männern: Für sie stellten ihre Cliquen homosoziale Zusammenschlüsse dar, in denen sie mittels verschiedener Praxen – zu denen auch Delinquenz gehörte – vielfältige Facetten ihrer Männlichkeit herstellen und erproben konnten. Dies geschah u.a. durch solidarisches Kämpfen gegen Herausforderungen, durch Machtspiele mit Kontrollinstanzen, das Austragen von Rivalitäten und Mutproben. Das Ausleben von Bedürfnissen nach spannenden, Abwechslung bietenden Erlebnissen in Form von Grenzüberschreitungen und Bewährungsproben trug einerseits zur Gruppenidentität bei, überschritt aber schnell die Grenze zu kriminalisierbarem Verhalten. Auch die Sichtbarkeit von Cliquen an öffentlichen Plätzen (Kneipe, Fußballplatz), oft verbunden mit einem hohen Alkoholgenuss, machte die jungen Männer anfälliger für polizeiliche Kontrollen und damit für Kriminalisierungsprozesse. In der Gruppendynamik der Peer-group, im Zusammenhang mit Schlägereien, wurde immer wieder auf das Deutungsmuster der Solidarität unter Freunden verwiesen: Johann, ein junger Mann aus dem qualitativen Sample, beschrieb es so:

„Sagen wir mal so, unsere Sachen sind nicht so gewesen, dass die irgendwie dermaßen brutal oder so sind; es sind immer so Sachen gewesen, wo wir gesagt haben: pass auf, wir sind Freunde, wir sind Kumpels. Wir halten zusammen; wenn du da Probleme hast, dann helfen wir dir. ... Und wenn mein Freund mich anruft, ich häng' inner Scheiße, hier wollen fünf Leute mir was aufs Auge hau'n, dann setz' ich mich ins Auto, fahr da hin und helf' ihm. Da überleg' ich nicht, was für Konsequenzen es hat; das hat einfach nur damit zu tun, ich seh' nicht ein, dass mein Kumpel da irgendwelche anne Backen kriegt. Und das ist eben ... so 'ne Art Kodex, sagen wir mal so. Das ist einfach Freundschaft, ne" (IV, 43f.).

Böhnisch interpretiert die Befunde zur Peer-group-Sozialisation so, dass Mädchen zwar ebenso wie Jungen in der Gleichaltrigengruppe präsent sind, dass sie aber unter dem Aspekt der Herstellung von Geschlecht nicht so sehr auf die Clique angewiesen sind (Böhnisch 1997: 141).

Der sehr viel langsamere Ausstieg der Männer aus Delinquenz erklärt sich z.T. daraus, das sie auch im Erwachsenenalter noch viel (Frei-)Zeit in ihren Cliquen verbringen. Neben der Anpassung an die männliche Normalbiographie in Arbeit und Beruf versuchen sie, Teile ihrer Konstruktion von „jugendlicher Männlichkeit" in das Erwachsenenleben zu integrieren, was auch zu einer Beibehaltung delinquenter Aktivitäten führen kann.

3. Überraschendes Ergebnis: Erfolgreiche Jugendliche führen ein „Doppel-Leben"

Wie aus den Analysen der Zeitreihen zur Delinquenzbelastung deutlich wird (Othold und Schumann 2003: 71–76), findet bei den jungen Männern ein deutlicher Anstieg nach dem Ende der Schulzeit statt. Eine lebenslauftheoretische Erklärungshypothese hierfür könnte darin bestehen, dass sich ein Teil der Jugendlichen bei dem Übergang an der ersten Schwelle oder im Verlauf der Berufsausbildung mit Schwierigkeiten konfrontiert sähe. Enttäuschungen im Verlauf der Berufsfindung oder Statusverluste durch Ausbildungsabbrüche wären in einer solchen Sichtweise die Mechanismen, die zu einem Anstieg abweichenden – und damit zum Teil auch delinquenten – Verhaltens führten. Betrachten wir zudem die gesellschaftlichen Erwartungen, so trifft es insbesondere auf junge Männer zu, dass bei ihnen ein „normalbiographischer Verlauf" eine relativ bruchlose Sequenz von allgemeiner Schulausbildung über Wehr- oder Zivildienst und Berufsausbildung hin zu unbefristeter Vollzeiterwerbstätigkeit beinhaltet, während bei jungen Frauen Nichterwerbsphasen, wenn sie als Zeiten der Reproduktionsarbeit definiert werden, durchaus sozial anerkannt werden können. Abweichungen in der Sequenz müssten auf Grund des Fehlens sozial anerkannter Alternativrollen gemäß dieser Denkfigur in prekären Situationen bei jungen Männern zu einem höheren Maß an Statusverunsicherung – und damit zugleich zu mehr delinquentem Verhalten führen. Dies entspräche dem klassischen ätiologischen Denkmuster, nach dem Scheitern in der Qualifikationsphase oder Erwerbslosigkeit strafbares Handeln wahrscheinlicher mache.

Umso überraschender die Ergebnisse des Bremer Projekts: Gerade in der Phase der Berufsausbildung sind es nicht die „Verlierer", sondern eher die beruflich erfolgreichen jungen Männer, die eine erhöhte Delinquenzbelastung zeigen. So begingen Auszubildende häufiger Eigentumsdelikte als Erwerbslose (vgl. Schumann 1995). Diese Befunde korrespondierten mit Ergebnissen, die in der qualitativen Teilstudie gefunden wurden. Hier konnte ein nicht zu vernachlässigbarer Teil der männlichen Jugendlichen dem Typus „Doppelleben" (Matt 1995; Dietz et al. 1997) zugeordnet werden. Es handelt sich um Jugendliche, die neben einer erfolgreichen Berufsausbildung in ihrer Freizeit über einen längeren Zeitraum Delikte verübten, die über Bagatellen hinausgingen.[10]

10 In der gleichen biographischen Phase fanden sich im Typus „Marginalisierung" fast ausschließlich delinquente junge Frauen, die in der Ausbildung gescheitert waren und eine traditionell

Einige der Jugendlichen begannen ihr „Doppelleben" bereits in der Schulzeit: *„Du warst in der Woche der, der Brave, der zur Schule gegangen ist, und am Wochenende warst du der, den meine Mutter nie kennengelernt hat ..."* (Elmar, V, 38); der Schwerpunkt dieses Phänomens lag aber in der Ausbildungszeit. Schumann (2002) kam angesichts dieser unerwarteten Befunde zu dem Schluss: „... wenn Lehrlinge ihre Ausbildung erfolgreich absolvieren, gehören sie mit großer Wahrscheinlichkeit zu jenen, die die *meisten* (und nicht die wenigsten) Straftaten begehen" (147). Einer von ihnen war Fliege, der einen guten Einstieg in seinen Wunschberuf fand: *„Lief ohne Probleme, lief glatt ... . Ja, das ist jetzt mein Traumberuf"* (I, 4). Die Zufriedenheit hielt an; zwei Jahre später nach erfolgreicher Zwischenprüfung erzählte er: *„Also, ich komm' eigentlich überall klar; ob jetzt zu Hause oder Schule, Arbeit, komm' ich gut klar. Das läuft echt prima"* (II, 21). Die Freizeit verbrachte Fliege überwiegend in seiner Clique; sein liebstes Hobby war Fußball. Wegen Diebstahl, Raub und gemeinschaftlicher Körperverletzung kam es zu Kontakten mit der Polizei und einer Gerichtsverhandlung, was sich nicht negativ auf seinen beruflichen Werdegang auswirkte. Er beendete seine Lehre und wurde vom Ausbildungsbetrieb übernommen. Die jungen Männer des Typus „Doppelleben" zeigten in der Arbeitssphäre ein hohes Maß an Anpassungs- und Leistungsbereitschaft, legten eine hohe Arbeitsdisziplin an den Tag und äußerten sich in der Regel zufrieden mit ihrer Ausbildungssituation. Die Deutungsmuster für Delinquenz waren „Spaß haben", „action", mit der Clique zusammensein, jugendtypische Aktivitäten, die nicht als Straftaten interpretiert wurden.

Es stellte sich die Frage, wie eine solche Doppelgleisigkeit in einem beträchtlichen Ausmaß überhaupt möglich war; erscheint es doch kontraintuitiv, dass abweichendes Verhalten und Sanktionserfahrungen mit Polizei und Justiz nicht zu Brüchen in der Berufsbiographie führen. Für die Beantwortung erwies sich die Ebene der beteiligten Institutionen wesentlicher als die der Individuen. Experteninterviews mit Ausbildern in den Betrieben machten deutlich, dass delinquentes Verhalten von Auszubildenden nur unter der Voraussetzung als Problem angesehen wird, dass dieses Verhalten negative ökonomische Konsequenzen für den Betrieb haben kann. So würden Hoteliers keine Auszubildenden einstellen, die wegen Eigentumsdelikten erwischt wurden. *„Nein, würd' ich nicht machen, weil das hier ein sehr freizügig geführtes Hotel ist, und jeder Mitarbeiter kann eigentlich an alle Sachen 'ran"* (Mariak und Kluge 1998: 179). Ansonsten wurde der Bereich der „Arbeitsmoral", d.h. Sekundärtugenden wie Fleiß, Gehorsam und Pünktlichkeit, die als Grundvoraussetzung für ein reibungsloses „Funktionieren" der Jugendlichen im Betrieb erachtet wurden, deutlich abgetrennt betrachtet vom privaten Lebenswandel: Ausbilder machten in ihren Aussagen deutlich, dass delinquentes Verhalten Jugendlicher für sie so lange kein Grund für negative Sanktionen im Betrieb darstellt, wie dies getrennt vom Bereich der Arbeit und Ausbildung ablief. Bei Jugendlichen wird deviantes Verhalten im Freizeitbereich sogar als eine Art Verhalten akzeptiert, das in dieser Lebensphase als normal gilt. So ein Malermeister:

---

ausgerichtete Weiblichkeit, etwa als Hausfrau und Mutter vehement ablehnten (Dietz et al. 1997: 250ff.).

„Wir hatten mal einen Lehrling, der hatte Hauereien und musste dann sechs Wochen in's Gefängnis. Aber wir selber als Firma hatten da nichts mit zu tun, bis auf, dass er seinen Urlaub dafür opfern musste. Er hat uns die Sache erklärt. Wir haben dann auch immer so gesagt, solange er keine goldenen Löffel klaut ... Also, das sind Dinge, die entstehen können nach Genuss von Alkohol ... Es gibt ja auch Hobbyhauer, und er war z. B. einer, der sich aus Spaß an der Freud gewamst hat. Ja, und da haben wir gesagt, ist gut. Ansonsten war er ein unheimlich netter Kerl; da muss man schon was tolerieren können ... Ich weißes, dass da auch die meisten größeren Firmen Verständnis für haben, weil die eben einfach unterscheiden, wie er sonst so ist auf der Arbeit. Ist das okay, dann ist alles klar, nicht" (Mariak und Kluge 1998: 97f.).

In der Ausbildungsphase, d.h. der Phase des Lebensverlaufs, in dem die Delinquenzentwicklung bei jungen Männer und jungen Frauen deutlich unterschiedlich verläuft, entsteht für die männlichen Jugendlichen eine sozial akzeptierte Trennung zwischen zwei Lebenssphären oder „Territorien", dem Territorium der „Erwerbsarbeit" und dem des „Privaten". Für letzteren Bereich spielen gerade bei jungen Männern die Peer-Groups mit teilweise alternativen Normen und Handlungsmustern eine prägende Rolle.

Bei den jungen Frauen hingegen findet dieses „Ausklammern" von Freizeitdevianz nicht statt, da bei ihnen die oben skizzierte Trennung unterschiedlicher Lebenssphären mit Möglichkeiten des „Ausprobierens" von Lebensstilen weniger akzeptiert ist; bei ihnen wirkt informelle soziale Kontrolle über die Grenzen der verschiedenen Lebensbereiche hinweg.

Das „Doppelleben" bei Männern gelingt auch deshalb, weil die erfolgreiche Etablierung einer männlichen Normalbiographie zwar nicht vor „Kriminalität" schützt, wohl aber vor Kriminalisierung. „Soziale Kontrollinstanzen und AusbilderInnen scheinen darin übereinzustimmen, Delinquenz bei Jugendlichen nicht zu deren Nachteil zu sanktionieren, wenn diese sich als gute Auszubildende darstellen ... D.h. Jugendliche, die der ideologischen Erwartung entsprechen und durch regelmäßige Lohnarbeit die Vorraussetzungen für rechtsmäßiges Einkommen schaffen, werden nicht so schnell kriminalisiert" (Dietz et al. 1997: 249f.).

In einer Strafaktenanalyse konnte nachgewiesen werden, dass männliche Jugendliche, deren Berufsverlauf sich an normalbiographischen Erwartungen orientierte, vor Gericht Vorteile gegenüber denen hatten, die nicht erwerbstätig waren oder deren Berufsbiographien Brüche und Diskontinuitäten aufwiesen. Die Ergebnisse der Bremer Studie legen nahe, dass die Kategorie „Arbeit" sowohl bei Ausbildern als auch bei Vertretern der Justiz eine prägende Kraft für ihre Entscheidungsfindung hat, auch wenn die so genannte männliche Normalbiographie unter den derzeitigen Entwicklungslinien des Arbeitsmarktes nicht länger als allgemeingültiges Muster der Lebensplanung und -führung gelten kann (Panter et al. 2001: 182f.).

Eine vergleichbare Analyse von Strafakten bei jungen Frauen konnte nicht vorgenommen werden, weil nur sehr wenige über formale Sanktionserfahrungen verfügten. Die Deutungsmuster in den vorliegenden Einzelfällen verwiesen jedoch darauf, dass die Entscheidungskriterien bei weiblichen Jugendlichen stärker über Zuschreibungen einer akzeptierten Weiblichkeit wie Fürsorge verliefen (Panter et al. 2001: 172).

IV. Schluss

Um die Zusammenhänge zwischen Lebenslauf, Geschlecht und Abweichung zu beleuchten, hat sich ein sozialwissenschaftlicher Zugang als fruchtbar erwiesen. Die Analyse der unterschiedlichen Vergesellschaftung von Männern und Frauen ermöglicht nicht nur Einsichten in die Besonderheiten der Erfahrungs- und Konfliktzusammenhänge der Lebensplanung und Lebensführung der beiden Geschlechter. Sie kann auch als strukturelle Voraussetzung für deviante oder konforme Handlungen zu Grunde gelegt werden. Anders ausgedrückt, die Konstruktion einer traditionellen Männlichkeit fördert und verfestigt eher Jugenddelinquenz und verlängert diese bis ins Erwachsenenalter, während die Konstruktion einer traditionell ausgerichteten Weiblichkeit eher eine Fortsetzung von Delinquenz blockiert.

Insgesamt zeigen die Ergebnisse, wie in der biographisch bedeutsamen Phase der Jugend einerseits Männlichkeit und Weiblichkeit im jeweiligen interaktionistischen Kontext hergestellt werden, andererseits aber den Akteurinnen und Akteuren diese Konzepte auch als reale geschlechtsspezifische Strukturierungen der sozialen Welt, wie im Ausbildungsmarkt oder dem Strafrecht, entgegentreten. Die inhaltliche Ausgestaltung der unterschiedlichen gesellschaftlichen Verortung von Männern und Frauen lässt ihre unterschiedliche Delinquenzbelastung plausibel erscheinen.

Wechseln wir von der Ebene der Akteurinnen und Akteure auf die der sozialen Kontrolle, so ergibt sich im kriminologischen Kontext durch die doppelte gesellschaftliche Verortung der Frauen eine doppelte soziale Kontrolle in Bezug auf gesamtgesellschaftlich als auch geschlechtsspezifisch gültige Normen. Neben dem Konzept ‚Arbeitsmoral' bildet die soziale Konstruktion ‚Weiblichkeit' die Folie, auf der die Definitionen von ‚Normalität' und ‚Abweichung' gespiegelt werden. Die theoretischen Vorüberlegungen fanden ihre Bestätigung in den Ergebnissen der Bremer Studie „Ausbildungsverlauf, Beruf und Delinquenz". Bestimmte man den Stellenwert des Strafrechts im Rahmen des gesamten Ensembles gesellschaftlicher Mechanismen der Integration und Kontrolle, so spielte er im Leben der untersuchten jungen Frauen eine äußerst marginale Rolle. An seine Stelle trat ein Netzwerk von informellen, privaten Kontrollen, das bereits sehr früh durch die Eltern durchgesetzt wurde, später ergänzt durch die Restriktionen im Ausbildungssystem und die informelle Kontrolle durch Partner. Lebenslauftheoretisch gewendet, kommt hier die These der geschlechtsspezifischen Strukturierung der Institutionen zum Tragen (Born und Krüger 2001: 11). Für die beiden Geschlechter gelten unterschiedliche normative Muster des Zugangs (segregierter Ausbildungsmarkt) und der sozialen Verpflichtung (Verantwortung für Familienarbeit). Von diesen Verpflichtungen (Kindererziehung, Pflege der Alten) sind Männer sehr viel stärker entbunden. Diese Spezifik des weiblichen Lebenslaufs erklärt gleichzeitig die geringere Delinquenz bei Frauen, die sich bereits in der Adoleszenz herauskristallisiert und im weiteren Lebenslauf stabilisiert.

Der lebenslauftheoretische Ansatz stellt den Prozesscharakter in den Vordergrund, bezieht sich auf Interaktionen und analysiert turning points in den Biographien daraufhin, ob sie einen Einstieg, eine Verfestigung oder einen Ausstieg aus Delinquenz erleichtern. Seine Anwendung in der Kriminologie führt konsequenterweise zu einer soziologischen Perspektive, da neben den Bereichen Delinquenz und Kriminalisierung vielfältige weitere Lebensweltdimensionen in die Analyse einbezogen werden und der

Blick für die Komplexität und Widersprüchlichkeit der Zusammenhänge zwischen Kriminalität, Lebenslauf und Geschlecht geschärft wird. Die neuen Perspektiven, die sich aus diesen Erkenntnissen ergeben, verweisen im Grunde genommen auf „alte" Positionen der kritischen Kriminologie. Sie war angetreten, Prozesse der Kriminalisierung in einem gesamtgesellschaftlichen Kontext zu betrachten, sie einzubetten in einen weiteren sozialwissenschaftlichen Diskurs. Neu ist die systematische Einbeziehung der Strukturkategorie Geschlecht. Diese neue „alte" Sichtweise erlaubt es, Prozesse der sozialen Zuschreibung sowohl von Geschlecht als auch von Kriminalität im Lebenslauf sichtbar zu machen und ihre Beziehungen untereinander aufzudecken.

Literatur

Beck, Ulrich, 2000: Freiheit statt Kapitalismus (Gespräch mit Richard Sennett). DIE ZEIT Nr. 15 vom 06.04.2000.

Becker-Schmidt, Regina, 1991: Individuum, Klasse und Geschlecht aus der Perspektive der Kritischen Theorie. S. 383–394 in: *Wolfgang Zapf* (Hg.), Die Modernisierung moderner Gesellschaften. Verhandlungen des 25. Deutschen Soziologentages in Frankfurt am Main 1990, hg. im Auftrag der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. Frankfurt a.M. u.a.: Campus.

Becker-Schmidt, Regina, 1987: Die doppelte Vergesellschaftung – die doppelte Unterdrückung: Besonderheiten der Frauenforschung in den Sozialwissenschaften. S. 10–25 in: *Lilo Unterkircher* und *Ina Wagner* (Hg.), Die andere Hälfte der Gesellschaft. Österreicher Soziologentag. Wien: Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes.

Becker-Schmidt, Regina, und *Gudrun-Axeli Knapp*, 1989: Geschlechtertrennung – Geschlechterdifferenz. Suchbewegungen sozialen Lernens. 2. Auflage, Bonn: Dietz.

Beyer, Kathrin, 1999: Eßsucht ist weiblich. Über die gesellschaftliche Konstruktion weiblicher Konfliktlösungsstrategien. Hannover: R.T. Verlag.

Blossfeld, Hans-Peter, und *Götz Rohwer*, 2002 (1995): Techniques of Event History Modeling. Mahwah/New Jersey: Erlbaum.

Bock, Gregory, und *Jamie Goode* (Hg.), 1996: Genetics of Criminal and Antisocial Behaviour. Chichester: Wiley.

Böhnisch, Lothar, 1997: Sozialpädagogik der Lebensalter. Weinheim/München: Juventa Verlag.

Böttger, Andreas, Beate Ehret, Fred Othold, Gerald Prein, Karl F. Schumann und *Lydia Seus,* 2003: Methoden der Untersuchung. S. 35–66 in: *Karl F. Schumann* (Hg.), Delinquenz im Lebensverlauf. Bremer Längsschnittstudie zum Übergang von der Schule in den Beruf bei ehemaligen Hauptschülern. Band 2. Weinheim/München: Juventa.

Born, Claudia, 2001: Modernisierungsgap und Wandel. Angleichung geschlechtsspezifischer Lebensführungen? S. 29–53 in: *Claudia Born* und *Helga Krüger* (Hg.), Individualisierung und Verflechtung. Geschlecht und Generation im deutschen Lebenslaufregime. Weinheim/München: Juventa.

Born, Claudia, und *Helga Krüger,* 2001: Das Lebenslaufregime der Verflechtung: Orte, Ebenen und Thematisierungen. S. 11–26 in: *Claudia Born* und *Helga Krüger* (Hg.), Individualisierung und Verflechtung. Geschlecht und Generation im deutschen Lebenslaufregime. Weinheim/München: Juventa.

Bundeskriminalamt (Hg.), 2002: Polizeiliche Kriminalstatistik 2001. Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden.

Cain, Maureen, 1990: Towards Transgression: New Directions in Feminist Criminology. International Journal of the Sociology of Law 18: 1–18.

Caspi, Avshalom, Joseph McClay, Terrie E. Moffitt, Jonathan Mill, Judy Martin, Ian W. Craig, Alan Taylor und *Richie Poulton,* 2002: Role of Genotype in the Cycle of Violence in Maltreated Children. Science 297: 851–854.

Cornish, Derek, und *Ronald Clarke* (Hg.), 1986: The Reasoning Criminal. New York: Springer.

Dietz, Gerhard-Uhland, Eduard Matt, Karl F. Schumann und *Lydia Seus*, 1997: „Lehre tut viel". Berufsbildung, Lebensplanung und Delinquenz bei Arbeiterjugendlichen. Münster: Votum.

Focks, Petra, 2002: Starke Mädchen, starke Jungs. Freiburg/Basel/Wien: Herder.

Franke, Kirsten, 2000: Frauen und Kriminalität. Eine kritische Analyse kriminologischer und soziologischer Theorien. Konstanz: UVK Universitätsverlag Konstanz GmbH.

Geißler, Rainer, 2000: Ungleichheit zwischen Frauen und Männern. Sozialer Wandel in Deutschland. Informationen zur politischen Bildung, hg. von der Bundeszentrale für Politische Bildung. München: Franzis.

Glueck, Sheldon, und *Eleanor Glueck*, 1957: Unraveling Juvenile Delinquency. Cambridge, Mass.: Harvard University Press.

Göppinger, Hans, 1977: Specific Criminological Methods for the Diagnostic Recording of the Offender in His Social Interdependencies and for Prognostic Statements on His Social Dangerousness. S. 283–312 in: Human Aggression and Dangerousness. Overview of Ongoing Research in the Basic Sciences in Connection with the Treatment and Rehabilitation of Delinquents. Vth International Seminar in Comparative Clinical Criminology, June 13–15, 1977. Montreal.

Göppinger, Hans, 1983: Der Täter in seinen sozialen Bezügen: Ergebnisse aus der Tübinger Jungtäter-Vergleichsuntersuchung. Berlin u.a.: Springer.

Grobbin, Alexander, Gerald Prein, Wiebke Reyels und *Lydia Seus*, 2003: Nach der zweiten Schwelle: Zur Bedeutung der beruflichen Etablierung im Lebenslauf. S. 175–213 in: *Karl F. Schumann* (Hg.), Berufsbildung, Arbeit und Delinquenz. Bremer Längsschnittstudie zum Übergang von der Schule in den Beruf bei ehemaligen Hauptschülern. Band 1. Weinheim/München: Juventa.

Hagan, John, John Simpson und *A.R. Gillis,* 1979: The Sexual Stratification of Social Control: A Gender-Based Perspective on Crime and Delinquency. The British Journal of Sociology 30: 25–38.

Hagan, John, John Simpson und *A.R. Gillis*, 1988: Feminist Scholarship, Relational and Instrumental Control, and a Power-Control Theory of Gender and Delinquency. The British Journal of Sociology 39: 301–336.

Heinz, Wolfgang, 2002: Frauenkriminalität. Bewährungshilfe 49: 131–152.

Heitmeyer, Wilhelm, und *Aribert Heyder,* 2002: Autoritäre Haltungen. Rabiate Forderungen in unsicheren Zeiten. S. 59–71 in: *Wilhelm Heitmeyer* (Hg.), Deutsche Zustände. Folge 1. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Holland, Paul W., 1986: Statistics and Causal Inference. Journal of the American Statistical Association 81: 945–960.

Hornung, Ursula, 2000: Stachel „Geschlecht". Der soziologische Diskurs über den Wandel und die Zukunft in Arbeit, Ökonomie und Geschlechterverhältnis – ein Überblick. Soziologie 3: 5–19.

Hurrelmann, Klaus, 1991: Junge Frauen: Sensibler und selbstkritischer als junge Männer. Pädagogik 7–8: 58–62.

Keddi, Barbara, und *Svendy Wittmann*, 1996: „Weil ich ein Mädchen bin!" – Die Mädchengeneration der 90er. Pro Familia Magazin 5: 21–23.

Kohli, Martin, 1985: Die Institutionalisierung des Lebenslaufs: Historische Befunde und theoretische Argumente. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 37: 1–29.

Lamott, Franziska, 1995: Konstruktionen von Weiblichkeit und die „male stream" Kriminologie: Neue Kriminalpolitik 8: 29–32.

Lemert, Edwin M., 1974 (1967): Der Begriff der sekundären Devianz. S. 433–476 in: *Klaus Lüderssen* und *Fritz Sack* (Hg.), Seminar: Abweichendes Verhalten I. Die selektiven Normen der Gesellschaft. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Levy, René, 1977: Der Lebenslauf als Statusbiographie. Die weibliche Normalbiographie in makro-soziologischer Perspektive. Stuttgart: Enke.

Mariak, Volker, und *Susann Kluge,* 1998: Zur Konstruktion des ordentlichen Menschen: Normierungen in Ausbildung und Beruf. Frankfurt a.M.: Gesellschaft zur Förderung arbeitsorientierter Forschung und Bildung (GAFB).

Matt, Eduard, 1995: Episode und „Doppel-Leben". Zur Delinquenz Jugendlicher. Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform 3: 153–164.

Mischau, Anina, 1997: Frauenforschung und feministische Ansätze in der Kriminologie. Pfaffenweiler: Centaurus.

Moffit, Terrie E., 1993: Adolescence-Limited and Life-Course-Persistent Antisocial Behavior: A Developmental Taxonomy. Psychological Review 100: 674–701.

Othold, Fred, 2003: Jugendcliquen und Jugenddelinquenz. S. 123–145 in: *Karl F. Schumann* (Hg.), Delinquenz im Lebensverlauf. Bremer Längsschnittstudie zum Übergang von der Schule in den Beruf bei ehemaligen Hauptschülern. Band 2. Weinheim/München: Juventa.

Othold, Fred, und *Karl F. Schumann,* 2003: Delinquenzverläufe nach Alter, Geschlecht und Nationalitätenstatus. S. 67–95 in: *Karl F. Schumann* (Hg.), Delinquenz im Lebensverlauf. Bremer Längsschnittstudie zum Übergang von der Schule in den Beruf bei ehemaligen Hauptschülern. Band 2. Weinheim/München: Juventa.

Panter, Rosl, Gerald Prein und *Lydia Seus*, 2001: Per Doppelpass ins Abseits! Zur Kontinuität von Interpretations- und Handlungsmustern in Arbeitsmarkt und Strafjustiz und deren Konsequenzen. S. 157–185 in: *Lutz Leisering, Rainer Müller* und *Karl F. Schumann* (Hg.), Institutionen und Lebensläufe im Wandel. Weinheim/München: Juventa.

Paternoster, Raymond, und *LeeAnn Iovanni*, 1989: The Labeling Perspective and Delinquency. An Elaboration of the Theory and an Assessment of the Evidence. Justice Quarterly 6: 359–394.

Prein, Gerald, und *Karl F. Schumann,* 2003: Dauerhafte Delinquenz und die Akkumulation von Nachteilen S. 181–209 in: *Karl F. Schumann* (Hg.) (2003b), Delinquenz im Lebensverlauf. Bremer Längsschnittstudie zum Übergang von der Schule in den Beruf bei ehemaligen Hauptschülern. Band 2. Weinheim/München: Juventa.

Prein, Gerald, und *Lydia Seus*, 1999: „Müßiggang ist aller Laster Anfang?" – Beziehungen zwischen Erwerbslosigkeit und Delinquenz bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Soziale Probleme 10: 43–74.

Rohwer, Götz, und *Ulrich Pötter*, 2001: Grundzüge der sozialwissenschaftlichen Statistik. Grundlagentexte Soziologie. Weinheim/München: Juventa.

Sampson, Robert J., und *John H. Laub*, 1997: A Life-Course Theory of Cumulative Disadvantage and the Stability of Delinquency. S. 133–161 in: *Terence Thornberry* (Hg.), Developmental Theories of Crime and Delinquency. New Brunswick: Transaction Publ.

Schumann, Karl F., 1995: The Deviant Apprentice. S. 91–103 in: *John Hagan* (Hg.), Delinquency and Disrepute in the Life Course: Contextual and Dynamic Analyses. Greenwich: JAI-Press.

Schumann, Karl F., 2002: Ausbildung, Arbeit und kriminalisierbares Verhalten. S. 147–169 in: *Roland Anhorn* und *Frank Bettinger* (Hg.), 2002: Kritische Kriminologie und soziale Arbeit. Weinheim/München: Juventa.

Schumann, Karl F. (Hg.), 2003a: Berufsbildung, Arbeit und Delinquenz. Bremer Längsschnittstudie zum Übergang von der Schule in den Beruf bei ehemaligen Hauptschülern. Band 1. Weinheim/München: Juventa.

Schumann, Karl F. (Hg.), 2003b: Delinquenz im Lebensverlauf. Bremer Längsschnittstudie zum Übergang von der Schule in den Beruf bei ehemaligen Hauptschülern. Band 2. Weinheim/München: Juventa.

Schumann, Karl F., Claus Berlitz, Hans-Werner Guth und *Reiner Kaulitzki*, 1987: Jugendkriminalität und die Grenzen der Generalprävention. Neuwied: Luchterhand.

Seus, Lydia, 1993: Soziale Kontrolle von Arbeitertöchtern. Eine kriminologische Studie über junge Frauen im Berufsbildungssystem. Pfaffenweiler: Centaurus.

Seus, Lydia, 2001: Doing Gender, While Doing Crime? Soziale Kontrolle und Geschlecht in der Kriminologie. S. 109–139 in: *Claudia Born* und *Helga Krüger* (Hg.), Individualisierung und Verflechtung. Geschlecht und Generation im deutschen Lebenslaufregime. Weinheim/München: Juventa.

Sørensen, Annemette, 1990: Unterschiede im Lebenslauf von Frauen und Männern. S. 304–321 in: *Karl Ulrich Mayer* (Hg.), Lebensverläufe und sozialer Wandel. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Sonderheft 31. Opladen: Westdeutscher Verlag.

West, Donald J., und *David P. Farrington,* 1973: Who Becomes Delinquent? Second Report of the Cambridge Study in Delinquent Development. Cambridge Studies in Criminology 34. London: Heinemann.

Wilson, James Q., und *Richard J. Herrnstein,* 1986: Crime & Human Nature. The Definitive Study of the Causes of Crime. New York: Free Press.

Wolfgang, Marving E., Robert M. Figlio und *Thorsten Sellin,* 1972: Delinquency in a Birth Cohort. Chicago u.a.: University of Chicago Press.

Yamaguchi, Kazuo, 1991: Event History Analysis. Newbury Park: Sage.

Zapf, Wolfgang, 1991, Die Modernisierung moderner Gesellschaften: Verhandlungen des 25. Deutschen Soziologentages in Frankfurt am Main 1990, hg. im Auftrag der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. Frankfurt a.M. u.a.: Campus.

Zinnecker, Jürgen, Imbke Behnken, Sabine Maschke und *Ludwig Stecher,* 2002: null zoff & voll busy. Die erste Jugendgeneration des neuen Jahrhunderts. Opladen: Leske + Budrich.

IV. Migration

„ICH WAR GEZWUNGEN, ALLES MIT DER FAUST ZU REGELN“

Delinquenz unter jugendlichen Aussiedlern aus der Perspektive der Entwicklungspsychologie

Eva Schmitt-Rodermund und Rainer K. Silbereisen

Zusammenfassung: Junge Deutsche aus den Ländern des ehemaligen Ostblocks haben zwar oftmals die deutsche Staatsangehörigkeit, sehen sich aber trotzdem mit vielen der üblichen Probleme unter Zuwanderern auch anderer Herkunft konfrontiert. Welche Schwierigkeiten dies sind und wie sich unter einigen der Aussiedler die Folgen im Hinblick auf deren Kriminalitätsbelastung darstellen, ist das Thema der vorliegenden Arbeit. Inwieweit jugendliche Aussiedler tatsächlich delinquenter sind als Einheimische, wie es die Medien und einige Experten nahe legen, wird anhand von Zahlen aus Hell- und Dunkelfeld dargestellt und anschließend vor dem Hintergrund entwicklungspsychologischer Erkenntnisse diskutiert. Ein nächster Abschnitt widmet sich der Frage nach den Ursachen für eine kriminelle Belastung bei Aussiedlern. Dabei sind vor allem Gründe in Betracht zu ziehen, wie sie auch für Delinquenz unter Einheimischen als bedeutsam gefunden wurden, aber auch einige akkulturationsspezifische Ursachen werden genannt und in ein Modell eingefügt, das anhand eigener, querschnittlicher Daten geprüft wird. Das Papier schließt mit den Desiderata zukünftiger Forschung und der Feststellung, inwieweit eine entwicklungspsychologische Perspektive dabei hilfreich ist.

> Konstantin V.: „Zuerst war es in einem Übergangswohnheim, dann sind wir in ein anderes umgezogen. Und da hat genau dasselbe wieder angefangen, wieder diese Schlägereien, die Probleme in der Schule, Probleme mit Deutsch. Ich war gezwungen, alles mit der Faust zu regeln. Einen anderen Ausweg hatte ich nicht, sie konnten nichts anderes verstehen.“
>
> (Strobl und Kühnel 2000: 151, Interview 32, Z. 57–69)

Aussiedler stehen im Verdacht, besonders häufig kriminell oder zumindest auffällig zu sein (siehe dazu die Zusammenstellung von Schwind 2001: 498ff.; Die Welt vom 23.3.03). Erschwert wird die Debatte um eine besondere Kriminalitätsbelastung von Aussiedlern dadurch, dass diese in Statistiken in der Regel als deutsche Staatsbürger geführt werden und so nur schwer auf Grund ihrer Namen oder Geburtsorte von in Deutschland geborenen Personen unterschieden werden können. Ein direkter Vergleich zwischen Einheimischen und Aussiedlern ist allerdings auch dann nicht ganz einfach. Der Anteil jüngerer Personen unter den Aussiedlern ist dank der Geburtenrate höher

als bei Einheimischen. Unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen ist jedoch von vornherein eine höhere Kriminalitätsrate zu verzeichnen als unter älteren. Zudem lassen sich Aussiedler oftmals in Ballungsgebieten nieder, die ohnehin durch höhere Delinquenzraten gekennzeichnet sind (Bundesministerium des Inneren und Bundesministerium der Justiz 2001: 322ff.). Zuletzt ist es nicht leicht festzustellen, wie hoch eigentlich die Grundgesamtheit an Aussiedlern ist, auf die man sich mit der Berechnung vergleichender Prozentangaben zu stützen hat. Es ergeben sich andere Zahlen, wenn als Grundgesamtheit alle Personen angesehen werden, die seit 1950 aus den Ländern des ehemaligen Ostblocks nach Deutschland eingereist sind, als wenn nur die in den vergangenen fünf Jahren eingereisten Aussiedler zu berücksichtigen sind. Dennoch hat es in jüngerer Zeit Bemühungen gegeben aufzuzeigen, wie viele auffällige Aussiedler es überhaupt gibt und wie sich deren prozentualer Anteil im Vergleich zu den Einheimischen darstellt. Zunächst wird die besondere Lebenslage junger Aussiedler kurz umrissen. Wie andere Zuwanderer auch haben Jugendliche aus den Ländern des ehemaligen Ostblocks akkulturationsspezifische, aber auch jugendzeittypische Probleme. Um aufzuzeigen, welche Dimensionen das Problem der Delinquenz unter jungen Aussiedlern überhaupt hat, sollen in einem zweiten Schritt polizeiliche Statistiken dargestellt und in ihren Unterschieden zu anonymen Befragungen diskutiert werden. Die Frage, ob es hinsichtlich der absoluten Delinquenzbelastung junger Aussiedler über die letzten Jahre einen Anstieg gegeben hat, wird dabei ebenso angesprochen, wie Überlegungen dazu, inwieweit es tatsächlich innerhalb dieser Personengruppe über die in Deutschland verbrachte Zeit hinweg eine Zunahme problematischer Verhaltensweisen geben könnte. Dabei verhelfen die entwicklungspsychologische Perspektive und Ergebnisse eigener Arbeiten zu einer Bewertung der jeweiligen Befunde. Ein dritter Schwerpunkt dieses Berichts besteht darin, Ursachen für delinquentes Verhalten unter Aussiedlern zu identifizieren. Selbst wenn man weiß, dass viele Aussiedler mit Problemen bei der Eingewöhnung konfrontiert sind, genügt das nicht, um solche Hürden per se für kriminelles Verhalten verantwortlich zu machen. Die Entwicklungspsychologie kennt eine Reihe von gut bestätigten Modellen zur Entstehung von Delinquenz. Diese werden mit den bisherigen Erkenntnissen aus der Kriminologie, der Soziologie und der Psychologie der Akkulturation zusammengebracht. An eigenen Daten wird der Nutzen einer solchen Kombination deutlich gemacht. Der vierte Abschnitt befasst sich mit Implikationen der Ergebnisse etwa für Fragen der Intervention und damit, welche weitere Forschung erforderlich wäre, um zu neuen Einsichten über die Entwicklung von Delinquenz unter jungen Zuwanderern zu kommen.

I. Die Lebenslage junger Aussiedler

Aufgewachsen in einer traditionellen Umgebung, in der Autoritäten und die eigene Gruppe etwas galten, finden sich junge Aussiedler in Deutschland in einer Umwelt, die eher auf die Leistungen des Individuums abzielt und Selbstständigkeit besonders wertschätzt. Kulturelle Zugehörigkeit wird in Deutschland vor allem an Sprachkenntnissen oder auch am Geburtsort festgemacht, und nicht auf dem Wege der Abstammung. Im Herkunftsland als Deutsche teils diskriminiert, lebte in Großvätern und

Großmüttern der Jugendlichen noch der Wunsch, in das Land der Vorfahren zurückzukehren und dort als Deutsche unter Deutschen zu leben. Die Jugendlichen verstehen sich jedoch nur noch selten ausschließlich als Deutsche. Die deutsche Sprache wird von den weitaus meisten gar nicht oder nur in Form von Liedern oder Gebeten beherrscht. Wer nach Deutschland kommt, trägt einerseits am Familienerbe, möglichst deutsch sein zu sollen, hat aber andererseits anfangs keine der Kompetenzen, die dies erlauben würden, zumal die Einheimischen den Aussiedlern insgesamt eher kritisch gegenüberstehen und sie vor allem als Wirtschaftsflüchtlinge wahrnehmen (Süss 1995; Schmitt-Rodermund 1997; Dietz und Roll 1998).

Immigration ist ein Geschehnis, das die gleichzeitige Bewältigung einer ganzen Reihe von Veränderungen erforderlich macht. Ein anderes Wertsystem, die fremde Sprache, Änderungen hinsichtlich der schulischen und beruflichen Möglichkeiten, Verlust von Freunden und Verwandten und damit Verlust von Ressourcen, gepaart mit der kritischen Haltung der Einheimischen, verbinden sich zu einer schwierigen, von Unsicherheit gekennzeichneten Ausgangssituation. Die Übersiedlung in ein anderes Land gehört damit in die Kategorie kritischer Lebensereignisse (Filipp 1990), und theoretische Überlegungen zu Verlauf und Ergebnis akkulturativer Prozesse gründen sich entsprechend auf Modelle zur Verarbeitung von Stress oder Lebenskrisen (Berry 1997). Auf die Situation der jungen Aussiedler übertragen sind alle für Jugendliche generell bedeutsamen Lebenskontexte betroffen: Die Eltern kennen sich selbst nicht aus, können also keine Ratschläge erteilen, und sind zudem oftmals selbst so aus dem Gleichgewicht, dass sie den Jugendlichen nicht den notwendigen Rückhalt geben können. Die Gruppe der Freunde aus dem Herkunftsland gibt es nicht mehr. Speziell im Jugendalter, einer Zeit, in der die Gleichaltrigen mehr und mehr Wichtigkeit gewinnen und helfen, Unabhängigkeit von den Eltern zu erlangen, fehlt die Unterstützung durch Peers. Auch in der Schule, dem dritten wichtigen Entwicklungskontext, kommt es nicht selten zu Problemen. Durch fehlende Deutschkenntnisse sind Bestätigung und gute Leistungen nur in Fächern wie Mathematik zu erzielen. Ungewohnte Unterrichtsformen und möglicherweise Feindseligkeit seitens der Klassenkameraden erleichtern die Eingewöhnung ebenfalls nicht. Entsprechend sind Einbußen in Befindlichkeit und Gesundheit ebenso wie andere Auffälligkeiten im Verhalten in den ersten Monaten nach der Einreise nicht selten, und viele Jungen und Mädchen berichten von Schulproblemen (Schmitt-Rodermund, Silbereisen und Wiesner 1996; Schmitt-Rodermund und Silbereisen 2002). Wie viele Jugendliche in offiziellen Statistiken als delinquent in Erscheinung treten, und wie viele Jungen und Mädchen aus den Ländern des ehemaligen Ostblocks nach anonymen Befragungen überhaupt auffällig zu sein scheinen, ist Thema des nächsten Abschnitts.

II. Zahlen und Daten zur Aussiedlerdelinquenz

Pfeiffer, Brettfeld und Delzer (1997) berichten, dass die Anzahl der strafrechtlich verfolgten Delikte in niedersächsischen Landkreisen mit der Anzahl dorthin zugewanderter Aussiedlern einher geht und ziehen daraus die Schlussfolgerung, dass die Aussiedler für die Stärke der Kriminalitätsbelastung in den betreffenden Kreisen verantwortlich

sind. Auch Grundies (2000) gibt eine höhere Kriminalitätsbelastung junger Aussiedler im Unterschied zu den Einheimischen an, speziell aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion. Er zeigte an Daten seiner Freiburger Kohortenstudie, dass vor allem jüngere, vor kurzem eingereiste Jugendliche auffällig waren. Analog ergab sich bei einer Analyse der Neuzugänge einer bestimmten Justizvollzugsanstalt, dass der Anteil der Aussiedler mit 14 Prozent deutlich über dem Anteil der Aussiedler an der Bevölkerung lag (Walter und Grübl 1999). Auch der Anteil der 1998 in Jugendstrafvollzugsanstalten einsitzenden Aussiedler war mit 9 Prozent über dem betreffenden Bevölkerungsanteil (Pfeiffer und Dworschak 1999). Letzterer ist etwa 5 Prozent, wenn alle seit 1950 eingereisten Aussiedler eingerechnet werden.

Die getrennte kriminalstatistische Erfassung der Tatverdächtigen und Verurteilten nach Geburtsort ergab jedoch auch entgegengesetzt zu den oben berichteten, stichprobenbezogenen Befunden, dass Aussiedler nicht häufiger auffällig sind als Einheimische, sondern teils sogar eine geringere Delinquenzbelastung aufwiesen (Bundesministerium des Inneren und Bundesministerium der Justiz 2001), und dass demnach „die Anzahl der polizeilich registrierten tatverdächtigen Aussiedler keinen Anlass zur Dramatisierung bietet" (Luff 2000: 191). Auch Elsner, Steffen und Stern (1998) zeigten in einer Analyse der polizeilichen Statistiken der Stadt München, dass sich unter jugendlichen Wiederholungstätern seltener Aussiedler fanden als Angehörige anderer Gruppen. Bei einer über fünf Jahre reichenden Längsschnittuntersuchung von Luff (2000) zeigten sich ebenfalls keine bedeutsamen Unterschiede in der Rate der Wiederholungstäter unter Aussiedlern im Vergleich zu Einheimischen. Die von Aussiedlern verübten Delikte sind in erster Linie einfache Diebstähle (etwa 34 Prozent gegenüber 22 Prozent bei den Einheimischen und 17 Prozent bei den Nichtdeutschen). Nur knapp 7 Prozent aller Straftaten sind dagegen Rauschgiftdelikte, weniger als bei Einheimischen und Nichtdeutschen, wie sich am Beispiel Bayerns zeigte (Luff 2000: 40ff.).

Insgesamt ist aber ein Anstieg der Kriminalitätsbelastung unter Aussiedlern über die letzten Jahre festzustellen. So gab es in der Zeit zwischen 1997 und 1999 in Bayern eine Zunahme der von Aussiedlern verübten Delikte an allen Straftaten von 5,2 auf 7 Prozent (Luff 2000: 38, 60), obwohl sich die Gesamtzahl der neu einreisenden Aussiedler verringert hat. Diese steigende Tendenz scheint vor allem zurückzugehen auf jüngere und erst kürzer in Deutschland lebende männliche Jugendliche. Der Studie von Grundies (2000) zufolge, in der vier verschiedene Jahrgänge junger Aussiedler untersucht wurden, ergab sich, dass ein signifikanter Anstieg der Kriminalitätsbelastung erst für die nach 1991 aus den ehemaligen Sowjetrepubliken zugezogenen Jugendlichen der jüngeren Kohorten (1975 und 1978) zu beobachten war, während sich die anderen Gruppen als weitgehend unauffällig zeigten. Dass insbesondere jüngere Jugendliche eine Problemgruppe darstellen könnten, zeigte sich auch in Auswertungen für Bayern von Luff (2000), der nachwies, dass insbesondere bei den unter 13jährigen Tatverdächtigen sehr viel mehr junge Aussiedler sind, als es ihrem Bevölkerungsanteil entsprechen würde. Anders gesagt ist unter allen polizeilich registrierten Kindern mit deutscher Staatsangehörigkeit jedes dritte ein Aussiedlerkind (Luff 2000: 85f.).

Dunkelfeldstudien, also anonyme Täterbefragungen an unausgelesenen Stichproben, ergeben insgesamt sehr viel höhere Raten von Verhaltensauffälligkeiten. Auf 10 Jungen und Mädchen, die angeben, eine unter Strafe gestellte Handlung ausgeführt zu

haben, kommt lediglich ein Jugendlicher, der als Tatverdächtiger in den polizeilichen Statistiken auftaucht. Hinsichtlich der Zahl der Verurteilten ist das Verhältnis noch ungünstiger (Mansel und Raithel 2003). Insofern ist davon auszugehen, dass der größte Teil aller Straftaten unentdeckt bleibt und nicht zu einer Verurteilung führt. Dies hat einerseits mit der Anonymität der Befragung zu tun, die vor Verfolgung schützt. Wiewohl natürlich auch bei Dunkelfeldbefragungen das Risiko von Fehlinformationen existiert, ist es doch wahrscheinlicher, dass die tatsächliche Situation unabhängig von Anzeigebereitschaft oder Strafverfolgung beschrieben wird. In diesen Studien, die teils auf großen Stichproben beruhen, zeigten sich jugendliche Aussiedler als im Großen und Ganzen ebenso delinquenzbelastet wie Einheimische gleichen Alters, nur Ausländer heben sich deutlich nach oben hin ab (Naplava (im Druck) bietet hierzu einen umfassenden Überblick). Im Bereich von Gewalttaten stachen beispielsweise Ausländer unter den 10.000 Befragten als besonders belastet hervor (Pfeiffer und Wetzels 1999). So gaben 28 Prozent der Neuntklässler türkischer Herkunft an, im vergangenen Jahr Gewalt gegen Personen ausgeübt zu haben. Unter den nicht-deutschen Jugendlichen anderer Herkunft waren dies immerhin noch 17 Prozent. Die befragten Aussiedler unterschieden sich mit 14 Prozent nicht von den Einheimischen. Bei den übrigen Delikten sind über die Gesamtgruppe der Aussiedler hinweg ebenfalls im Großen und Ganzen keine Differenzen zu den Einheimischen festzustellen, weder in dieser noch in anderen Studien (Oberwittler et al. 2001; Wetzels et al. 2001; Mansel 2001; Tillmann et al. 1999; Strobl und Kühnel 2000).

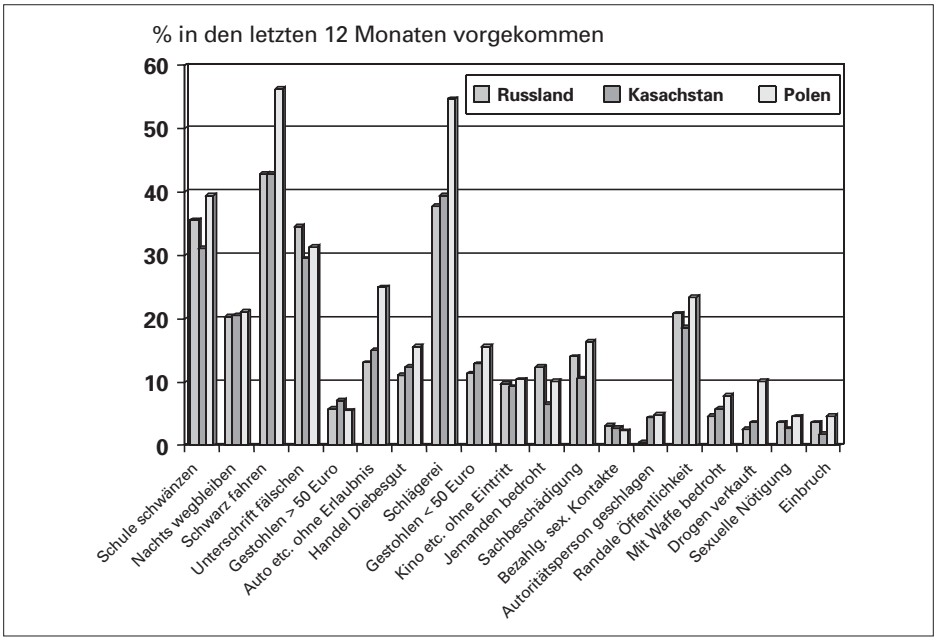
Wohl aber unterscheiden sich die Aussiedler untereinander je nach Herkunftsland. Deutschstämmige Jugendliche aus Polen und Rumänien zeigten sich hinsichtlich selbstberichtetem einfachen Diebstahl, Sachbeschädigung und Drogenkonsum stärker belastet sowohl als die Jugendlichen aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion als auch gegenüber den Einheimischen, wie Naplava (im Druck) in seiner Sekundäranalyse neuerer Daten von Oberwittler, Wetzels und Mansel (Oberwittler et al. 2001; Wetzels et al. 2001; Mansel 2001) zeigt. Dieser Befund steht im Gegensatz zu den Ergebnissen der Analyse von polizeilichen Statistiken, die eine höhere Delinquenzbelastung der Jugendlichen aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion nahe legen (Grundies 2000).

In einer ganz neuen Studie, die zum Ziel hat, mehr als 1000 junge Aussiedler über einen Zeitraum von drei Jahren längsschnittlich zu untersuchen und mit Immigranten nach Israel zu vergleichen, wurden bislang etwa 750 junge deutschstämmige Zuwanderer erstmalig befragt.[1] Davon stammten 550 aus Russland, Kasachstan und Polen. Diese Jungen und Mädchen im durchschnittlichen Alter von 17,0 Jahren wurden für die im Folgenden berichteten ersten Auswertungen herangezogen. Sie hatten für 19 verschiedene Delikte (in der Schwere reichend von Vergewaltigung, Raub oder Körperverletzung bis Schwarzfahren und Ladendiebstahl) angegeben, inwieweit sie diese in den letzten 12 Monaten begangen haben und wie oft dies der Fall war.

1 Vgl. die Studie „The impact of social and cultural adaptation of juvenile immigrants from the former Soviet Union in Israel and Germany on delinquency and deviant behavior"; Projektleitung: Rainer K. Silbereisen und Eva Schmitt-Rodermund für Deutschland; Gideon Fishman, Zvi Cisikovits und Gustav Mesch für Israel; finanziert aus Mitteln der Deutsch-Israelischen Projektkoordination, Ministerium für Bildung und Forschung.

Auch unseren eigenen Befunden nach sind die Jugendlichen aus Polen signifikant auffälliger als die jungen Leute aus den ehemaligen Sowjetrepubliken ($F = 4{,}72$, $p < .01$). Von 19 Delikten haben die jungen Aussiedler aus Polen im Durchschnitt 3,7 in den letzten 12 Monaten zumindest einmal begangen, im Gegensatz von 2,7 bzw. 2,8 in den beiden anderen Gruppen. Ein multivariater Vergleich der drei Herkunftsgruppen über die 19 Einzeldelikte (1 = nie, 4 = fünfmal oder häufiger in den letzten 12 Monaten) ergab ebenfalls einen Unterschied nach Herkunftsland ($F = 1{,}56$, $p < .05$). Auf Ebene der einzelnen Vergehen zeigte sich, dass junge Leute aus Polen häufiger in Schlägereien verwickelt waren ($F = 5{,}22$, $p < .01$), Autos oder Motorräder etc. ohne Zulassung, Führerschein oder Erlaubnis des Besitzers gefahren ($F = 3{,}47$, $p < .05$) sowie Drogen verkauft haben ($F = 7{,}79$, $p < .0001$), und häufiger schwarzgefahren sind ($F = 4{,}84$, $p < .01$). Einen tendenziellen Unterschied in dieselbe Richtung gab es dafür, Autoritätspersonen mit Schlägen gedroht ($F = 2{,}69$, $p < .1$) und mit Diebesware gehandelt zu haben ($F = 2{,}48$, $p < .1$). *Abbildung 1* zeigt in Prozent, wie oft die einzelnen Vergehen bei den drei Gruppen überhaupt vorkamen. Hier ist dargestellt, ob ein bestimmtes Verhalten überhaupt berichtet wurde oder nicht (1 = vorgekommen, 0 = nicht vorgekommen).

Abbildung 1: Auftretenshäufigkeit verschiedener Delikte bei jungen Aussiedlern aus Polen, Russland und Kasachstan



Zum Unterschied der Befunde hinsichtlich der Belastung bestimmter Herkunftsgruppen vermutet Naplava (im Druck), dass der im Durchschnitt noch kurze Aufenthalt zusammen mit dem Wunsch, nicht aufzufallen, bei den befragten Schülern aus den ehemaligen Sowjetrepubliken dazu führt, dass die Jungen und Mädchen nicht wahr-

heitsgemäß ankreuzen, was sie bereits angestellt haben. Jugendliche aus Polen sind dagegen in der Regel bereits in den 80er Jahren nach Deutschland eingereist, kennen die hiesigen Verhältnisse, und sind deshalb möglicherweise nicht so zögerlich, wahrheitsgemäße Angaben über nicht der Norm entsprechende Verhaltensweisen zu machen. Pfeiffer und Wetzels (1999) nehmen dagegen an, dass die Angaben weitgehend wahrheitsgemäß sind, und dass den mit dem längeren Aufenthalt gemachten negativen Erfahrungen der Jugendlichen aus Polen und Rumänien die Schlüsselrolle zur Erklärung der Differenz zwischen den Herkunftsländern zukommt. Sie glauben, dass eine Kumulation von Frustrationen zu höherer Auffälligkeit bei den länger in Deutschland lebenden Aussiedlern beiträgt und prognostizieren für die Jugendlichen aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion, dass diese über kurz oder lang ebenfalls höhere Ziffern in Dunkelfeldbefragungen haben werden. Demnach wäre für alle Aussiedler eine Entwicklung in Richtung auf die noch viel auffälligeren Türken zu erwarten.

Beiden Interpretationen ist gemeinsam, dass sie die in Deutschland verbrachte Zeit für den Unterschied zwischen Aussiedlern aus den ehemaligen Sowjetrepubliken und anderen Aussiedlern verantwortlich machen. Eine dritte These erklärt die Differenzen zwischen Hell- und Dunkelfeld damit, dass Deutsche aus der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten in der Bundesrepublik ganz besonders kritisch beurteilt werden, und zwar deshalb, weil sie als Zuwanderer durch ihre Fremdheit stärker in Erscheinung treten als die europäischeren und ohnehin bereits länger hier lebenden Deutschen aus Polen oder die ohnehin gut deutsch sprechenden Aussiedler aus dem Banat oder Donauschwaben (Mansel und Raithel 2003). Für eine reserviertere Haltung der Einheimischen gegenüber den Deutschen aus den ehemaligen Sowjetrepubliken spricht beispielsweise, dass Russlanddeutsche bei vergleichbarer Qualifikation und Sprachkenntnissen schwieriger Arbeit finden als Aussiedler anderer Herkunft (Janikowski 1999).

Neben den Unterschieden nach der Herkunft bleibt die Frage bestehen, ob es einen Anstieg der Problembelastung junger Aussiedler über die Zeit gibt. Im Gegensatz zu den Ergebnissen polizeilicher Statistiken finden sich über alle jungen Aussiedler hinweg gesehen nach den Befunden der Dunkelfeldstudien keine Anhaltspunkte für einen Anstieg der Auffälligkeit über die vergangenen Jahre. Vielmehr scheint sich sogar eher ein Rückgang abzuzeichnen. So zeigen die wiederholten Befragungen im Rahmen der Studie des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen, dass insbesondere die selbstberichtete Jugendgewalt, aber auch Eigentumsdelikte deutlich zurückgegangen sind (Wilmers et al. 2002). Weiter spricht auch nicht viel für einen generellen Anstieg der Delinquenz mit der in Deutschland verbrachten Zeit. Straffällige Aussiedler begehen ihre erste Straftat teils kurz nach der Einreise, teils später. Die erste Straftat findet im Durchschnitt 27,6 Monate nach der Einreise statt. Es findet sich in der Häufigkeit bestimmter Zeitpunkte für die erste Straftat kein Anstieg nach längerem Aufenthalt (Luff 2000: 100ff.), was gegen die These zunehmender Frustration mit anschließender Delinquenz spricht. Auch für die Annahme, am Anfang trauten sich die Jugendlichen nicht, die Wahrheit zu sagen, gibt es nur wenig Anhaltspunkte. Belastungen wie depressive Verstimmung werden insbesondere gleich nach der Ankunft zugegeben und gehen dann mit der in Deutschland verbrachten Zeit allmählich zurück (wenn sie überhaupt jemals höher waren als unter den Einheimischen üblich, dazu gibt es wider-

sprüchliche Befunde je nach Immigrantengruppe; Schmitt-Rodermund, im Druck; Hernandez und Charney 1998; Al-Issa und Tousignant 1997).

Wird eine eigene Wohnung bezogen, ist die Sprache inzwischen vertrauter, oder haben die Eltern Arbeit gefunden, so verbessert dies die Situation der gesamten Familie und dürfte auch für die Jugendlichen positive Folgen haben (Furnham und Bochner 1986; Gunkel und Priebe 1992; Aronowitz 1984; Gil und Vega 1996; Pawliuk et al. 1996). Dies widerspricht auf den ersten Blick der Auffassung einiger Experten, dass die in Deutschland angetroffenen Schwierigkeiten Problemverhalten hervorrufen und daher generell ein Anstieg der Delinquenz über die Zeit erfolgen sollte (Pfeiffer und Wetzels 1999). Wir konnten für die ersten Jahre des Aufenthalts feststellen, dass sich sowohl die Befindlichkeitsprobleme als auch die Schulschwierigkeiten junger Aussiedler soweit verminderten, dass sie im Durchschnitt nach etwa drei Jahren in Deutschland das Niveau der Einheimischen erreichten (Schmitt-Rodermund und Silbereisen 2002; Schmitt-Rodermund, Silbereisen und Wiesner 1996). Nur bei einer risikobelasteten Minderheit bestanden die Schwierigkeiten fort. Diese Gruppe zeichnete sich dadurch aus, dass sie von Anfang an in einer schlechteren Lage waren als die übrigen und sich auch über die Zeit nicht verbesserten. Sechs verschiedene Risiken wurden als bedeutsam festgestellt, nämlich fehlende Sprachkenntnisse, Streitigkeiten mit den Eltern, depressive Verstimmung der Eltern, Ablehnung durch Gleichaltrige, unfreiwillige Übersiedlung nach Deutschland und die Tatsache, noch keine neuen Freunde gefunden zu haben. Wenn nach kurzem Aufenthalt (unter 1,5 Jahre) drei und nach längerem Aufenthalt (1,5 bis 3,5 Jahre) zwei oder mehr dieser Probleme vorhanden waren, stellte sich keine Verbesserung der Schulleistungen und der Befindlichkeit in den darauf folgenden zwei Jahren ein (Schmitt-Rodermund und Silbereisen 2002). Für Delinquenz, die bekanntermaßen mit Schulnoten und depressiver Verstimmung einhergeht (Elliott, Huizinga und Menard 1989; Jessor und Jessor 1977; Kandel 1986; Kellam et al. 1983), erwarten wir ähnliche Zusammenhänge. Auch hier sollte für besonders risikobelastete Jugendliche gelten, dass diese sich verschlechtern oder zumindest nicht verbessern, wohingegen die Mehrheit aller als Aussiedler zugewanderten Jungen und Mädchen in dieser Hinsicht völlig unauffällig sein dürften. Für die Gesamtgruppe würde das heißen, dass wir keine Zusammenhänge zwischen Delinquenzbelastung und Aufenthaltsdauer erwarten.

Um dieser Annahme nachzugehen, haben wir erneut die etwa 550 Aussiedler unserer neuen Studie herangezogen. Diese waren zwischen einem und zwanzig Jahren im Land, mit einem Mittelwert von 8,9 Jahren (SD = 4,44). Dabei gab es die schon aus anderen Studien bekannten Unterschiede in der Aufenthaltsdauer je nach Herkunftsland. Die Aussiedler polnischer Herkunft lebten im Durchschnitt bereits 13 Jahre in Deutschland und damit im Mittel schon fast doppelt so lange wie die jungen Deutschen aus Kasachstan (8,1 Jahre) und Russland (7,3 Jahre). Dieser längere Aufenthalt spiegelt sich wieder im besuchten Schultyp, für den es Unterschiede je nach Herkunft gibt ($Chi^2 = 46{,}9$, $p < .0001$). Die jungen Zuwanderer aus Polen besuchen vor allem Gesamt- und Realschulen (54,7 Prozent), wenn sie nicht auf die Berufsschule übergewechselt sind (28,1 Prozent). Nur zwei der Jugendlichen waren auf der Hauptschule. Ein im Gegensatz zu den beiden anderen Gruppen beträchtlicher Teil besuchte das Gymnasium (15,6 Prozent). Die Jugendlichen aus Kasachstan und Russland verteilten

sich nahezu gleich mit je einem Drittel auf Hauptschule, Gesamt- und Realschule sowie Berufschule. Nur 9 Prozent (Russland) bzw. 6,4 Prozent (Kasachstan) besuchten ein Gymnasium.

Weil Herkunftsland und Aufenthaltsdauer durch die Besonderheit der früheren Einreise der Aussiedler aus Polen untrennbar konfundiert sind, macht es wenig Sinn, über alle drei Gruppen hinweg nach Effekten der Aufenthaltsdauer auf die Anzahl begangener Delikte zu suchen. Getrennt nach Herkunftsland kann man jedoch ohne weiteres Effekte der Aufenthaltsdauer untersuchen. Wenn wie hier keine längsschnittlichen Daten zur Verfügung stehen, lassen sich mit ansonsten vergleichbaren Personen unterschiedlich langen Aufenthalts zumindest querschnittlich Unterschiede abschätzen. Regressionen mit Lebensalter, Geschlecht und Aufenthaltsdauer ergaben dabei, dass Aufenthaltsdauer und Lebensalter in keiner der drei Gruppen Unterschiede in der Delinquenzbelastung vorhersagten[2] (Zielmerkmal war ein Summenindex, welche der 19 Vergehen in den vergangenen 12 Monaten als überhaupt vorgekommen angegeben wurden, Min = 0, Max = 19). Für zwei der drei Herkunftsländer wiesen Jungen höhere Werte in der Gesamtdelinquenz auf als Mädchen[3] (Russland: $\beta = -.34$; Kasachstan: $\beta = -.34$, Polen: gerade nicht mehr signifikant, aber das gleiche Vorzeichen). Unter der Annahme der Vergleichbarkeit der einzelnen Kohorten der Zuwanderung könnte man vorsichtig schlussfolgern, dass es mit immer längerer in Deutschland verbrachter Zeit in keiner der drei Gruppen einen Anstieg in der Auffälligkeit gibt. Länger in Deutschland lebende Jugendliche haben also keine höheren Werte hinsichtlich der von ihnen begangenen Delikte in den vergangenen 12 Monaten als Jungen und Mädchen, die erst vor kurzem nach Deutschland eingereist sind. Allerdings ist dabei zu berücksichtigen, dass in der Gesamtgruppe der von uns untersuchten Jugendlichen nur 62 einen Aufenthalt hatten, der kürzer als 2 Jahre war, und es darunter nur eine Person aus Polen gab. Vergleicht man die 62 mit dem Rest der jungen Aussiedler aus Kasachstan und Russland, ergibt sich ein signifikanter Unterschied in der Delinquenzbelastung, wonach Jungen und Mädchen, die noch keine zwei Jahre in Deutschland lebten, weniger belastet waren ($F = 7{,}98$, $p = .005$). Zusammengenommen scheint es für einen Unterschied in der Delinquenz nicht bedeutsam zu sein, ob die Jugendlichen bereits 10 oder erst 5 Jahre in Deutschland leben. Ganz neu angekommene Jungen und Mädchen dagegen scheinen in der Tat noch weniger auffällig zu sein. Diese Interpretation ließe sich aber nur dann halten, wenn die einzelnen Gruppen Jugendlicher absolut miteinander zu vergleichen wären. Insofern kann erst eine längsschnittliche Studie zeigen, ob die Schlussfolgerung zutrifft, nach der es ganz zu Anfang noch eine Phase besonderer (möglicherweise jugenduntypischer!) Zurückhaltung gibt.

---

2 Das Lebensalter war durchschnittlich 17,0 Jahre (SD = 2,79). Es gab zwar keinen linearen Effekt des Alters auf die Delinquenzbelastung, wohl aber einen kurvilinearen ($F_{qua} = 8{,}21$, $p < .0001$). Demnach hatte die Delinquenzbelastung etwa im Alter von 17 nach schnellem Anstieg einen Höhepunkt, um dann allmählich wieder abzusinken. Dies entspricht den Annahmen, die sich aus Modellen zum Verlauf der Delinquenz im Jugendalter ableiten lassen, dazu weiter unten mehr Information.

3 Auch für die Gesamtgruppe ergab sich ein Geschlechtsunterschied. Mädchen sind viel seltener delinquent als Jungen. Der Mittelwert der Mädchen beträgt 2,18, wohingegen die Jungen im Durchschnitt in den vergangenen 12 Monaten 4,06 mal delinquent wurden ($F = 55{,}12$, $p < .0001$).

Selbst wenn sich bestätigt, dass im Durchschnitt junge Aussiedler nicht auffälliger sind als Einheimische, und keine Verschlechterung hinsichtlich delinquenten Verhaltens über die Zeit erfolgt, so ist damit freilich nicht gesagt, dass alle aus den Ländern des ehemaligen Ostblocks eingereisten Jugendlichen gleichermaßen eine problemlose Entwicklung nehmen und sich mit der Zeit in Deutschland gut einleben. Einzelne Jugendliche oder sogar ganze Gruppen könnten dauerhaft höhere Delinquenzmittelwerte aufweisen, oder sogar nach und nach immer auffälliger werden. Welches die Ursachen für eine solche Entwicklung sein könnten, inwieweit es hierzu für Aussiedler oder andere Immigranten empirische Befunde gibt, und welche Hinweise Auswertungen unserer eigenen neuen Daten dazu geben, ist Gegenstand des folgenden Abschnitts.

III. Ursachen für Delinquenz unter jugendlichen Aussiedlern

Unabhängig davon, ob man glaubt, Aussiedler seien ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung nach ebenso oft oder häufiger auffällig als Einheimische, lassen sich einige Ursachen für problematische Verhaltensweisen nennen. Traditionell gab es hier in der Kriminologie drei Modelle (einen Überblick über die drei Theorien gibt Schwind 2002: 459ff.). Die Anomietheorie sieht soziale Diskriminierung und Benachteiligung gegenüber Einheimischen als die wichtigste Ursache für delinquentes Verhalten an. Demnach trägt eine soziale Randlage mit geringen Ressourcen zu Frustrationen bei, die sich ihrerseits in Regelüberschreitungen niederschlagen (Pfeiffer und Wetzels 1999; Strobl und Kühnel 2001). Die Kulturkonflikttheorie nimmt einen Konflikt zwischen Eltern und Kindern an, in dessen Verlauf sich die jüngere Generation zunehmend auf die Aufnahmekultur hin zu orientieren versucht, die Eltern im gleichen Maße an Einfluss verlieren und Gruppen von (delinquenten) Gleichaltrigen diesen gewinnen (Schneider 1987: 306). Kontrolltheoretisch orientierte Ansätze stellen die Haltung der Einheimischen in den Mittelpunkt und erklären vor allem die höheren Raten der Auffälligkeit, nicht aber die Auffälligkeit selbst. Üben die Einheimischen durch offiziellen Verfolgungsdruck und generelles Misstrauen gegenüber bestimmten Gruppen stärkere Kontrolle aus, so ist zumindest den Zahlen nach eine Höherbelastung der betreffenden Gruppen die Folge. Implizit ist hier die Annahme, die Ursachen für Delinquenz seien bei Einheimischen und Zuwanderern im Prinzip die gleichen, nur dass bei den Immigranten ungünstige Ausgangssituationen häufiger auftreten (Mansel 2001; Mansel und Raithel 2003).

Im Folgenden wird eine Zusammenstellung bekannter Ursachen für Delinquenz im Allgemeinen und speziell bei Aussiedlern vorgenommen. Diese teilen sich auf in zwei Gruppen. Zum einen gibt es Gründe für Problemverhalten, die gleichermaßen für Jugendliche jeder Herkunft gelten. Entwicklungspsychologische Theorien und Befunde geben hier Auskunft. Zum anderen existieren Ursachen, die durch die Tatsache des Immigrationsprozesses und der damit verbundenen Lebenslage gespeist werden. Letztere werden in der Diskussion um die (möglicherweise vermeintliche) besondere Auffälligkeit der Aussiedler immer wieder genannt. Kaum jemals gab es jedoch Überlegungen dazu, ob nicht die bei Aussiedlern beobachtbaren Prozesse und Zusammenhänge gleichermaßen für Einheimische gelten könnten. Wiewohl diese Aussage eigentlich der

Kontrolltheorie innewohnt, hat es bislang keine Überlegungen gegeben, inwieweit Erkenntnisse über die Mechanismen in der Entstehung von Problemverhalten dazu verhelfen, bei den richtigen Jungen und Mädchen und zur rechten Zeit eine Intervention zu planen.

1. Für alle Jugendlichen vorhandene Risiken in der Verursachung von Auffälligkeit

Die weitaus meisten Jugendlichen sind lediglich während der Jugendzeit auffällig, nicht aber davor und nicht danach. Nur einer unter zehn bleibt auch über das Jugendalter hinaus delinquent (Moffitt 1993). Die beiden Gruppen unterscheiden sich nicht nur im Verlauf ihrer Entwicklung, sondern auch dahingehend, dass erstere während der Kindheit nicht auffällig war, wohingegen die dauerhaft Delinquenten bereits als Kinder Verhaltensprobleme wie Irritierbarkeit, Hyperaktivität oder Aggressivität zeigten (Moffitt, Caspi, Harrington und Milne 2002; Moffitt, Caspi, Rutter und Silva 2001). Diese Jugendlichen werden oftmals bereits bis zu einem Alter von etwa 12 Jahren erstmals straffällig und blicken meist schon in diesem Alter auf eine zumindest fünfjährige Geschichte von Verhaltensauffälligkeit zurück (Stouthamer-Loeber und Loeber 2002). Zusammen mit anderen Risikofaktoren, etwa geringer elterlicher Aufsicht, wenig elterlichem Interesse und Unterstützung sowie inkonsistenter Erziehung ergibt sich eine Kombination, die Kinder mehr und mehr aus einer adaptiven Entwicklung herausholen, indem sie Verhaltensprobleme produzieren, die zur Ablehnung durch Gleichaltrige führen. Die betreffenden Jugendlichen schließen sich dann mit anderen zusammen, die ähnliche oder bereits schlimmere Problemverhaltensweisen zeigen (Shedler und Block 1990; Jessor und Jessor 1977).

Die Delinquenz, die ausschließlich im Jugendalter auftritt, beginnt deutlich später, nämlich erst nach der Pubertät. Als Ursachen sind vor allem jugendspezifische Faktoren und weniger eine ungünstige Temperamentsdisposition verantwortlich. Noch nicht das zu dürfen, was den Erwachsenen an Freiheiten zusteht, dabei jedoch körperlich schon voll entwickelt zu sein, ist für viele Jugendliche schwierig und macht sie anfällig dafür, ihren Selbstwert mithilfe delinquenter (und oft älterer) Peers aufzubessern (Moffitt 1993). Auch hier spielt die Haltung der Eltern ebenso wie die der größeren Umgebung eine Rolle. Fehlende Unterstützung und Aufsicht einerseits und geringe Bindung an Werte, nach denen sich zu streben lohnt andererseits (etwa weil es keine Möglichkeiten gibt, etwas zu erreichen, beispielsweise wenn Ausbildungsplätze nicht zu bekommen sind; Bellair, Roscigno und McNulty 2003), verringern die soziale Kontrolle und erlauben die Orientierung an ihrerseits auffälligen Peers (Elliott, Huizinga und Menard 1989; Jessor und Jessor 1970). Je enger die Beziehung zu den delinquenten Freunden ist, desto größer ist entsprechend der Einfluss (Haynie 2001).

Junge Aussiedler sind ebenso wie Einheimische und Ausländer insbesondere dann auffällig, wenn sie delinquente Freunde haben. In der Untersuchung von Pfeiffer und Wetzels (1999) zeigte sich beispielsweise, dass mehr als die Hälfte aller berichteten Gewalthandlungen von Jugendlichen begangen werden, die angaben, einer devianten Clique anzugehören, was jedoch nur für 10,6 Prozent der Befragten der Fall war. Dabei kam den Normen der Gleichaltrigengruppe besondere Bedeutung zu. Wenn die Freun-

de Gewalt befürworten, ist auch das aktive Gewalthandeln der Jungen und Mädchen selbst signifikant häufiger. Leider haben die Autoren ihr Modell nicht getrennt für die einzelnen Herkunftsgruppen überprüft. Auch wurde für Herkunft nicht kontrolliert. Trotzdem ist anzunehmen, dass auch eine Überprüfung für Aussiedler allein keine unterschiedlichen Ergebnisse erbringen würde (Pfeiffer und Wetzels 1999).

Strobl und Kühnel (2000) fanden, dass die Hintergründe für Problemverhaltensweisen der von ihnen befragten Aussiedler dieselben sind, wie sie sich auch für Einheimische und Ausländer ergaben. Über einige Besonderheiten je Gruppe darin, welche Probleme insbesondere auftraten (Einheimische konsumierten am meisten Alkohol und Drogen, während Delinquenz bei den ausländischen Jugendlichen am häufigsten vorkam), zeigten alle drei Gruppen gleichermaßen eine höhere Delinquenzbelastung, mehr Probleme mit Drogen und Alkohol sowie psychosomatische Symptome, wenn sie andere Werte teilten als die Mehrheit der Einheimischen und Diskriminierung (Benachteiligung gegenüber anderen) empfanden. Die Autoren schließen daraus, dass „Ähnlichkeiten in der Wahrnehmung der Teilhabechancen insbesondere für die Erklärung von Problemverhaltensweisen entscheidender [sind] als ethnische und rechtliche Unterschiede" (Strobl und Kühnel 2000: 197).

Zusätzlich scheint die Familie für das Auftreten von Problemverhalten eine wichtige Rolle zu spielen (Loeber und Stouthamer-Loeber 1986; Cottle, Lee und Heilbrun 2001). Wer zuhause Konflikte erlebt, nicht mit den Eltern kommunizieren kann und familiärer Gewalt ausgesetzt ist, ist häufiger delinquent. Dieser Zusammenhang gilt auch dann, wenn die Familie der Mittelschicht angehört, wiewohl die Wahrscheinlichkeit für schlechte Entwicklungsbedingungen in Familien höher ist, die unter wirtschaftlich schlechten Bedingungen in problematischen Gegenden leben (Beyers et al. 2001).

Zusammengefasst ist anzunehmen, dass junge Aussiedler ebenso wie andere Jugendliche delinquent werden dann, wenn sie entweder bereits als Kinder auffällig waren und Anzeichen von Auffälligkeiten und Störungen zeigen, oder aber, wenn sie als Jugendliche in einer Umgebung leben, die ihnen einen erfolgreichen Übergang ins Erwachsenenalter schwer macht. Fehlende Unterstützung und Streitigkeiten in der Familie, fehlende materielle, bildungs- und arbeitsplatzbezogene Möglichkeiten und Benachteiligung gegenüber anderen bilden ein Bedingungsgefüge, aus dem eine geringe Bindung an die Werte von Gesellschaft und Eltern und der Wunsch nach Bestätigung durch ihrerseits deviante Peers erwachsen. Erst mit diesen beiden Voraussetzungen wächst dann die Wahrscheinlichkeit dafür, dass die Jungen und Mädchen auch selbst Problemverhaltensweisen zeigen.

Die Lebenssituation von Aussiedlern enthält viele der genannten Risiken, so dass die Auftretenswahrscheinlichkeit für delinquente Verwaltensweisen möglicherweise erhöht ist. Zumindest lassen sich so offizielle Statistiken lesen. Die Arbeitslosenquote unter Aussiedlern liegt beispielsweise bei ungefähr 18 Prozent,[4] etwa gleich hoch wie für Ausländer und deutlich höher als die unter den Einheimischen im gleichen Zeitraum ermittelte Zahl der Arbeitslosen. Nicht eingerechnet sind all jene, die in Weiterbil-

4 Dieser Prozentsatz ergibt sich aus der Zahl der im Jahr 2000 als arbeitslos gemeldeten Aussiedler umgerechnet auf die Grundgesamtheit aller seit 1996 bis Dezember 2000 eingereisten als Aussiedler anerkannten Erwerbspersonen.

dungsmaßnahmen oder auf dem zweiten Arbeitsmarkt beschäftigt sind. Auch im Hinblick auf die Bildung der jungen Generation sieht es nicht nach einer für Aussiedler günstigen Situation aus. Junge Aussiedler finden sich selten auf Gymnasien, zumeist wird lediglich ein Hauptschulabschluss erreicht. Von allen Aussiedlern im Land Nordrhein-Westfalen im Schuljahr 2002/2003 (Grundschulen, Sonderschulen, Waldorfschulen nicht eingerechnet) waren ungefähr 42 Prozent auf einer Hauptschule, und nur etwa 13 Prozent besuchten ein Gymnasium (eigene Berechnungen auf Basis des statistischen Jahresberichts, Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein Westfalen 2002). Entsprechend gibt es die Befürchtung, dass die jugendlichen Aussiedler auf dem Arbeitsmarkt einen ebenso schlechten Stand haben werden wie ihre oft mit nicht anerkannten Qualifikationen nach Deutschland eingereisten Eltern (Fochler 1999; Kornmann 1998).

Neben solchen Risiken für Verhaltensprobleme, die eher allgemeinerer Natur sind, gibt es auch Besonderheiten der Immigrationssituation, die demnach zu einer gegenüber Einheimischen erhöhten Delinquenzbelastung beitragen könnten. Um diese soll es im folgenden Abschnitt gehen.

2. Risiken, die insbesondere in einer Immigrationssituation auftreten

Diskriminierung oder eine zumindest kritische Grundhaltung der Einheimischen tragen zu einer ungünstigen Ausgangssituation für die jungen Aussiedler bei. Bereits 1988 äußerten 66 Prozent der befragten Deutschen Zweifel daran, dass die Zuwanderung von Aussiedlern „eine gute Sache“ sei. Nur 17 Prozent sprachen sich für den Zuzug der Deutschstämmigen nach Deutschland aus (Institut für Demoskopie Allensbach 1988). Heute dürften solche Zahlen noch weitaus ungünstiger ausfallen. In der von uns jüngst untersuchten Gruppe von etwa 550 Aussiedlern gaben nur 7 an, in den vergangenen 12 Monaten niemals diskriminiert worden zu sein („Wie oft bist du persönlich während der letzen 12 Monate benachteiligt worden, weil du Aussiedler bist?“, 0 = nie, 1 = 1-2mal, 2 = 3-5mal, 4 = mehr als 10mal). Der Mittelwert für die Gruppe lag bei 1,3 (SD = .52). Demnach wurden also durchschnittlich etwas mehr als ein bis zwei negative Erfahrungen in den drei abgefragten Kontexten gemacht (Schule; Disko, Bar, Restaurant; Geschäfte). Die weitaus meisten, nämlich insgesamt 452, haben in den vergangenen 12 Monaten in allen drei Kontexten Diskriminierung erfahren. Strobl und Kühnel (2000) berichten deutlich niedrigere Zahlen sowohl für Aussiedler als auch für Einheimische (bei Einheimischen war ebenfalls nach der Zahl empfundener Benachteiligungen gegenüber anderen gefragt worden), obwohl die Frage an die jungen Aussiedler nahezu gleich formuliert war und die 1998/99 Befragten ebenso wie unsere derzeitige Gruppe aus Nordrhein-Westfalen stammten. Mit aller Vorsicht könnte man vermuten, dass das Klima der Diskriminierung sich möglicherweise verschärft hat.

Nauck, Kohlmann und Diefenbach (1997) zeigten, dass die ethnische Identifikation mit dem Aufnahmeland Deutschland umso geringer ausfiel, je mehr Erfahrungen von Diskriminierung und Ausgrenzung die betreffenden jungen Einwanderer türkischer Herkunft gemacht hatten. Höhere Bildung, eigene und die der Eltern, sowie bessere Deutschkenntnisse und interethnische Kontakte gingen dagegen mit einer stärker

ausgeprägten ethnischen Identifikation zu Gunsten der Aufnahmekultur einher. Ethnozentristische Orientierungen auf die Herkunftskultur könnten ihrerseits delinquente Neigungen befördern. Je stärker türkischstämmige Jugendliche sich ausgegrenzt sahen und je geringere Bildungserwartungen sie für sich hegten, desto mehr äußerten sie Sympathien für den (fundamentalistischen) Islam. Eine Mehrheit der über 1000 Befragten gab an, der Islam stärke ihren Selbstwert, und 27 Prozent, vor allem junge Männer, befürworteten eine Durchsetzung der Ziele des Islams notfalls auch mit gewalttätigen Mitteln (Heitmeyer, Müller und Schröder 1997; Heitmeyer und Dollase 1996; Müller 1998).

Das heißt freilich nicht unbedingt, dass solchermaßen orientierte Jungen und Mädchen dann auch eher an Schlägereien oder Diebstählen beteiligt sind. Einige Punkte gibt es jedoch, die für einen solchen Zusammenhang sprechen. Fehlende Bindungen an die Werte und Ziele der Elterngeneration ebenso wie der Gesellschaft gelten als eine der Voraussetzungen für delinquentes Verhalten (Elliott, Huizinga und Menard 1989). Diskriminierung oder auch geringe Chancen auf Bildung verhindern Bindungen an die Aufnahmekultur. Die Herkunftskultur als identitätsstiftendes Element tritt an deren Stelle, leistet aber wohl kaum vollständigen Ersatz. Selbst wenn nach Deutschland ausgewanderte Jugendliche bei den im Herkunftsland zurückgebliebenen Verwandten einen hohen Stellenwert hätten (was zumindest bei den türkischen Immigranten nicht der Fall ist), die für eine enge Bindung an Ziele und Werte wichtige Elterngeneration hat wenig Erfolge in Deutschland aufzuweisen und bietet sich auch durch ihre traditionelle Wertorientierung als Vorbild für die Jugendlichen nicht an.

3. Die Verknüpfung beider Perspektiven zu einem Modell der Verursachung delinquenten Verhaltens bei jungen Aussiedlern

Wenn auch die oben aufgezählten Zusammenhänge von der Argumentation her eine längsschnittliche Untersuchung erforderlich machen würden, so können querschnittliche Daten doch immerhin Anhaltspunkte zum Gehalt der einzelnen Annahmen für Aussiedler bieten und sind deshalb als erster Schritt in der Aufklärung der für Aussiedler möglicherweise speziellen Verursachung delinquenten Verhaltens sinnvoll. Aus der Zusammenstellung der Ursachen für Delinquenz hatten sich distalere und proximalere Merkmale ergeben, die bedeutsam sein könnten. Im Folgenden sollen je drei dieser Merkmale als mögliche Prädiktoren für delinquentes Verhalten bei unserer Gruppe der 550 Aussiedler aus Polen, Kasachstan und Russland überprüft werden. Die Annahme war zum einen, dass depressive Verstimmung, delinquente Freunde und delinquente Werte und Überzeugungen mit Delinquenz einhergehen, und weiter, dass diese Merkmale auch untereinander in Beziehung stehen. Zusätzlich wurde erwartet, dass materielle Probleme, Diskriminierung und eine nicht deutsche ethnische Orientierung mit depressiver Verstimmung zusammenhängen. Eine nicht deutsche ethnische Orientierung, so wurde weiter angenommen, sollte sich aus stärker empfundener Diskriminierung sowie materiellem Mangel ergeben, und mit mehr delinquenten Freunden einhergehen. Zusammengefasst wurde also erwartet, dass der depressiven Verstimmung eine Schlüsselrolle in der Entstehung delinquenten Verhaltens zukommt.

Mit den Daten der etwa 550 Jugendlichen aus Polen, Russland und Kasachstan wurde, getrennt für Jungen und Mädchen, ein solches Modell mit der Strukturgleichungssoftware Amos berechnet (Arbuckle und Wothke 1999). Diese bietet gegenüber traditionellen Regressionsanalysen den Vorteil, dass fehlende Werte mit Schätzwerten ersetzt werden, so dass immer Analysen über die Gesamtgruppe gerechnet werden können. Abhängige Variable war dabei der bereits erwähnte Zählindex delinquenter Vergehen in den zurückliegenden 12 Monaten. Der Wert konnte maximal 19 annehmen und war im besten Fall 0. Aufenthaltsdauer und Lebensalter wurden als Kontrollmerkmale einbezogen. Unabhängige Variablen waren Diskriminierung (Durchschnittswert aus drei verschiedenen Kontexten, wo in den letzten 12 Monaten Benachteiligung erfahren wurde; 0 = nie passiert, 4 = mehr als 10 Mal), Geld („Wie viel kannst du dir leisten?"; 1 = viel weniger als einheimische Jugendliche, 5 = viel mehr als einheimische Jugendliche), deutsche ethnische Identität[5] („Ich betrachte mich als Deutscher"; 1 = stimme nicht zu, 6 = stimme zu); depressive Verstimmung (Mittelwert aus neun Items, α = .89; z.B. („Ich fühle mich einsam"; 1 = trifft nicht zu, 6 = trifft zu), delinquente Überzeugungen (Mittelwert aus zwei Items, z.B. „Etwas aus einem Geschäft zu klauen schadet niemandem"; r = .42); und delinquente Freunde (Mittelwert aus vier Items, z.B. „Wie viele deiner engeren Freunde haben während der letzten zwölf Monate absichtlich fremdes Eigentum zerstört?"; α = .83; 1 = keiner, 4 = alle). *Abbildung 2* zeigt die Ergebnisse einer solchen Analyse für Jungen und Mädchen getrennt auf. Das Modell hatte einen guten Fit mit Chi^2 = 15,7, DF = 14, p = .331, RMSEA = .015.

Nach den Ergebnissen der Berechnungen scheint bei Jungen der depressiven Verstimmung tatsächlich die Rolle der Schlüsselvariablen zu delinquentem Verhalten zuzukommen. Wer unglücklich ist, glaubt eher, dass es sich nicht lohnt, ehrlich zu sein, hat daraufhin häufiger Freunde, die ihrerseits delinquent sind, und zeigt mehr delinquentes Verhalten. Darüber hinaus gab es jedoch auch eine nicht über delinquente Überzeugungen und Freunde vermittelte, direkte Beziehung zwischen depressiver Verstimmung und Delinquenz. Wer sich selbst als unglücklich und einsam beschrieb, war häufiger auffällig. Demnach könnte schlechte Gestimmtheit einerseits unmittelbar in den Versuch einmünden, durch delinquentes Verhalten die Stimmung zu verbessern. Andererseits scheint ein schlechtes Befinden auch die Bindungen an allgemein akzeptierte Werte und Normen zu untergraben. Entsprechend könnte man für Jungen sowohl an kurz- als auch an langfristige Effekte depressiver Verstimmung denken, was freilich noch zu überprüfen wäre. Ein interessanter Unterschied zu den Mädchen ergab sich im Hinblick auf den bei Jungen beobachteten Zusammenhang zwischen depressiver Verstimmung und Delinquenz. Diesen gab es bei Mädchen nicht. Wenn Mädchen unglücklich sind, äußert sich dies demnach nicht in externalisierendem Verhalten, ein Befund, der mit den Ergebnissen der Depressionsforschung übereinstimmt (Petersen et al. 1993), die stattdessen besagt, dass Mädchen sich stärker in sich zurückziehen. Bei ihnen wird die Beziehung zwischen Befindlichkeit und Delinquenz ausschließlich über delinquente Überzeugungen vermittelt.

5 Diese ist übrigens weitgehend symmetrisch mit der Abwesenheit der Bezeichnung beispielsweise als Russe oder Aussiedler, obwohl es technisch möglich gewesen wäre, alles Genannte zu sein. Die ethnische Identifikation wurde für jede der Gruppe mit einem eigenen Item erfragt.

Abbildung 2a: Ein Modell für die Verursachung delinquenten Verhaltens bei Jungen

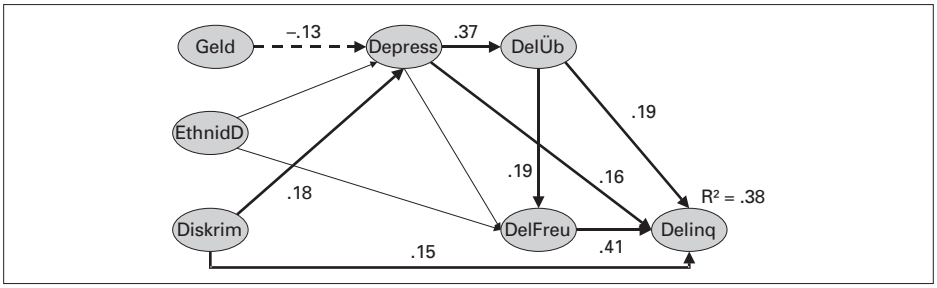
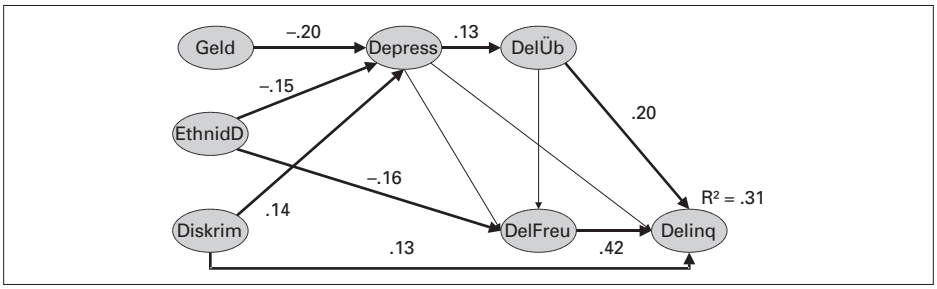


Abbildung 2b: Ein Modell für die Verursachung delinquenten Verhaltens bei Mädchen



Hinweis zu Abbildung 2a und 2b: Die Pfade zeigen Regressionsgewichte aus einer querschnittlichen Auswertung der Daten von 247 männlichen und 334 weiblichen Aussiedlern im Alter von durchschnittlich 17,0 Jahren. Alle Beziehungen wurden kontrolliert für Aufenthaltsdauer und Alter. Die fettgedruckten, durchgezogenen Pfade mit Koeffizient sind signifikant zumindest auf dem .05 Niveau. Der gestrichelte Pfad ist nur tendenziell bedeutsam mit $p < .10$. Die dünneren Linien stehen für Beziehungen, die ebenfalls im Modell enthalten, jedoch nicht signifikant waren.

Diskriminierung und das Empfinden, finanziell schlechter gestellt zu sein als die Einheimischen, sagten das Ausmaß depressiver Verstimmung vorher. Wer sich selbst benachteiligt sah, sei es durch schlechtere Behandlung oder sei es durch fehlende finanzielle Ressourcen, war unglücklicher. Neben der über die Befindlichkeit vermittelten Beziehung zu Delinquenz fand sich auch noch ein direkter Effekt der Diskriminierung auf die Häufigkeit von Verhaltensproblemen in den letzten 12 Monaten, was die Wichtigkeit von Benachteiligungen für den Aufbau einer delinquenten Haltung auch für Aussiedler zu bestätigen scheint.

Ethnische Identität war überraschend bei den Jungen nicht bedeutsam für depressive Verstimmung oder delinquente Freunde. Bei Mädchen dagegen trug eine deutsche ethnische Identität sowohl zu besserer Befindlichkeit als auch zu weniger delinquenten Freunden bei. Die Koeffizienten waren jedoch zu ähnlich, als dass ein Test auf Unterschiedlichkeit signifikant geworden wäre. Vorsichtig interpretiert gilt demnach vor allem für Mädchen, dass eine Orientierung auf die eigene Gruppe das Risiko vergrößern könnte, unglücklich zu sein und mit auffälligen Altersgenossen in Kontakt zu kommen. Ansonsten waren die Pfade für Mädchen und Jungen weitgehend gleich.

Über die in *Abbildung 2* gezeigten Beziehungen hinaus wurden noch die Interkorrelationen zwischen den unabhängigen Variablen mit einbezogen. Auch hier gab es einen interessanten Befund. Weder bei Mädchen noch bei Jungen gibt es einen Zusammenhang zwischen Diskriminierung und deutscher Identität. Dies ist anders als bei Nauck oder Heitmeyer (Nauck et al. 1997; Heitmeyer et al. 1996, 1997) für Immigranten türkischer Herkunft gezeigt, macht aber für den Sonderfall der deutschstämmigen Aussiedler Sinn: Wer Aussiedler ist, kann Diskriminierung empfinden, unabhängig davon, ob er oder sie sich gleichzeitig als Deutsch beschreiben würde. Anders ausgedrückt hindert Diskriminierung Aussiedler nicht daran, eine deutsche Identität zu haben. Schließlich haben die weitaus meisten Jungen und Mädchen auch einen deutschen Pass in der Tasche, woran auch schlechte Behandlung etwa durch die Klassenkameraden nichts ändert.

Was die Kontrollvariablen angeht, fand sich bei Mädchen wie bei Jungen ein Effekt der Aufenthaltsdauer auf die Delinquenz der Freunde. Je länger die Jugendlichen bereits in Deutschland lebten, desto eher berichteten sie, dass einige ihrer Freunde selbst schon ein langes Register von Problemen an den Tag legten. Wie schon weiter oben dargestellt, ist die Länge des Aufenthalts jedoch konfundiert mit der Herkunft, so dass der Zusammenhang zum Aufenthalt ebenso gut einer zum Herkunftsland und damit verbundenen Besonderheiten sein könnte. Darüber hinaus gab es bei den Jungen einen Effekt des Lebensalters und bei Mädchen einen der Aufenthaltsdauer auf die Häufigkeit delinquenter Vergehen in den letzten 12 Monaten. Je älter die Jungen bzw. je länger im Land die Mädchen, desto eher waren sie auffällig (der Effekt der Aufenthaltsdauer erklärt sich dadurch, dass in dem vorliegenden Modell Jugendliche aus Polen mit ihrer höheren Belastung und dem längeren Aufenthalt eingingen, und ist, wie schon oben dargestellt, nur sehr eingeschränkt aussagefähig; zum Lebensalter gilt wie schon zuvor herausgestrichen, dass dessen Beziehung zum Alter eigentlich kurvilinear ist). Nicht zeigen ließ sich, dass die Pfadkoeffizienten von Jungen und Mädchen hier signifikant verschieden waren. Insofern ist die Unterschiedlichkeit der Effekte nur eine scheinbare und nicht überzubewerten.

Bei aller Vorsicht, die in der Interpretation querschnittlicher, also korrelativer Zusammenhänge walten muss, scheint zumindest nichts dagegen zu sprechen, dass die für nicht immigrierte Jugendliche gefundenen Beziehungen und Mechanismen der Verursachung delinquenten Verhaltens auch für Aussiedler gelten.[6] Diskriminierung und materieller Mangel tragen zu schlechter Befindlichkeit bei. Wer abgelehnt und benachteiligt wird oder, vor allem bei den Mädchen, sich die gängige Mode nicht leisten kann,[7] leidet daran. Persönliches Unglück scheint Jugendliche anfällig dafür zu machen, die Bindung an allgemein gültige Normen des Zusammenlebens zu verlieren. Dies treibt vor allem die Jungen in die Arme von ihrerseits auffälligen Peers und macht für beide Geschlechter delinquentes Verhalten wahrscheinlich. Ein weiterer, von Freunden und Wertorientierungen unabhängiger Weg der Entstehung von Problemver-

6 Dies werden wir bald testen können, denn neben den über 1400 Aussiedlern sind dieselben Angaben bei etwa 860 Einheimischen und 290 Zuwanderern anderer Herkunft erhoben worden. Die erste Welle wurde 2003 abgeschlossen.

7 Schon für die von der Weltwirtschaftskrise in den 1920er Jahren betroffenen Jugendlichen wurden solche Zusammenhänge gefunden (Elder und Caspi 1991).

halten scheint in der Erfahrung von Frustrationen, Benachteiligungen und Zurückweisungen zu bestehen. Jugendliche, die unglücklich sind oder sich Einheimischen gegenüber benachteiligt fühlen, sind häufiger auffällig.

Demnach haben Einschränkungen in der Befindlichkeit vor allem zwei Folgen. Zum einen erschweren sie den jugendlichen Aussiedlern eine Orientierung auf die Werte und Normen eines gesellschaftlichen Zusammenlebens entsprechend der Aufnahmegesellschaft. Zum anderen gehen sie wahrscheinlich mit Selbstwertproblemen einher, die zumindest Jungen durch Mutproben, Diebstähle oder dem Auslassen von Aggressionen an anderen kurzzeitig zu beheben versuchen. Beides hat am Ende dasselbe Ergebnis, nämlich häufigere Delinquenz.

IV. Der Beitrag der Entwicklungspsychologie zum Problem der Delinquenz unter jungen Aussiedlern

Mechanismen der Entstehung von Fehlanpassung unter jungen Immigranten scheinen zunächst nicht bedeutend anders zu sein als bei nicht immigrierten Jugendlichen. Vor allem die Zusammenhänge zwischen geringer Bildung und familiären Problemen mit Delinquenz legen diese Schlussfolgerung nahe. Wohl aber kommen bei Immigranten Anlässe für Problemverhalten hinzu, die bei den ansässigen Jugendlichen so nicht bestehen. Hierzu zählen Empfindungen von Fremdheit hinsichtlich von Werten, Gewohnheiten oder Einstellungen ebenso wie Schwierigkeiten beim Spracherwerb oder die Diskriminierung durch Einheimische. Außerdem haben junge Aussiedler ebenso wie andere Immigranten in der Regel Eltern, die selbst nicht vertraut sind mit dem Gastland, sei es im Hinblick auf Ausbildungssystem und Arbeitsmöglichkeiten oder auch bezogen auf Kontakte, Sprachgebrauch und Lebensstil. Vor allem für Immigranten, die erst seit kürzerer Zeit im neuen Land leben, sind solche akkulturativen Erfahrungen typisch und oftmals der Auslöser für zumindest anfängliche Schwierigkeiten, ganz gleich welches Risiko für abweichende Verhaltensweisen sonst noch bestehen mag.

Wiewohl die Forschung über Delinquenz von Immigranten immer wieder Ursachen für Auffälligkeit unter den jungen Einwanderern nennt, die leicht in Modelle zu Mechanismen etwa der Depressionsgenese oder der Entstehung von Verhaltensproblemen überführbar sind, ist eine systematische Verknüpfung der Akkulturationsforschung mit Modellen der Entwicklungspsychologie bislang ausgeblieben. So weiß man über nicht immigrierte Jugendliche, dass fehlende Bindungen an die Werte und Normen der Gesellschaft die Nähe von ihrerseits problematischen Freunden nach sich zieht und Delinquenz wahrscheinlicher macht (Elliott, Huizinga und Menard 1989). Die Immigrationssituation bietet für einen solchen Prozess, wie weiter oben bereits aufgezeigt, allen Anlass: Sie ist schlecht oder gar nicht zu kontrollieren und zu durchschauen, weil Regeln und Anforderungen nicht offen dargelegt und Verhaltensweisen der Aufnahmegesellschaft teils von Vorbehalten geprägt sind. Gefühle der Ausgeschlossenheit und Isolierung sind die Folge (Cropley und Lüthke 1994; Jasinskaja-Lahti und Liebkind 2001; Liebkind und Jasinskaja-Lahti 2000). Solche negativen Akkulturationserfahrungen können leicht vorhandene Bindungen an die neue Gesellschaft belasten oder sie

gar nicht erst zustande kommen lassen. Spätestens dann, wenn der gewünschte Ausbildungsplatz nicht gefunden wird oder wenn klar ist, dass ein Hauptschulabschluss nicht zum erträumten Medizinstudium führt, stellen sich Enttäuschungen ein, die verdeutlichen, dass trotz aller Anstrengung die Chancen auf die Verwirklichung von Zielen im Bereich der sozialen Mobilität und Teilhabe klein sind.

Entwicklungspsychologisch inspirierte Studien sollten zum Ziel haben, dieses komplizierte Netz der Verursachung von Problemverhalten aufzuklären. Zu diesem Zweck sind drei verschiedene Forderungen zu erfüllen. Erstens ist es dafür notwendig, längsschnittliche Designs anzuwenden, denn nur so lässt sich die Frage klären, inwieweit tatsächlich intraindividuell bei einigen Aussiedlern oder Immigranten anderer Herkunft Verschlechterungen auftreten und welche Bedingungen und Risiken diesen Verläufen vorausgehen, inwiefern sich also verschiedene Entwicklungspfade hin zu einer gelungenen oder misslungenen Anpassung nach der Immigration ergeben können. Forschung, die unterschiedliche Generationen von Immigranten oder gar Gruppen unterschiedlicher Herkunft miteinander vergleicht, ist in dieser Hinsicht durch vielfältige Konfundierungen nicht aussagekräftig. International beginnt man nun allmählich, auf diesen Mangel aufmerksam zu werden und Studien zu fordern, die innerhalb einer Personengruppe durch mehrfache Messungen Veränderungen abbilden können (Fuligni 2001). Hier in Deutschland sind wir ebenfalls noch nicht sehr weit gekommen, sieht man einmal von den wenigen längsschnittlich angelegten Studien mit Immigranten ab, die bereits abgeschlossen sind (Silbereisen, Lantermann und Schmitt-Rodermund 1999; Schmitt-Rodermund 1997; Roebers 1997). Würde man die Verursachung von Problemverhalten bei Immigranten besser verstehen, könnte man weitaus besser als bisher den Betroffenen bzw. den mit Immigranten arbeitenden Institutionen Hilfen an die Hand geben.

Der vorliegende Beitrag vermag hier bereits erste Antworten zu geben. Demnach kommt dem Klima und dem Verständnis im Zusammenspiel mit den Einheimischen für die spätere Anpassung junger Aussiedler, aber auch der materiellen Lage der Familie größte Bedeutung zu. Reichen die finanziellen Mittel nicht aus, um den Jugendlichen das Gefühl zu geben, den Einheimischen in etwa gleichgestellt zu sein, und kommt ein Empfinden von Diskriminierung im Alltäglichen hinzu, ergeben sich Gefühle von Benachteiligung und Frustration, die eine Hinwendung zu delinquenten Werten befördert, was Problemverhaltensweisen wahrscheinlicher macht. Interventionen könnten hier das Ziel haben, Diskriminierung abzubauen und Kontakte zu fördern, ebenso wie jungen Aussiedlern aufzuzeigen, auf welche Weise sie in Deutschland Geld verdienen und so besser gestellt sein könnten.

Zweitens fehlen Studien, die den Nutzen von Interventionen prüfen und gegenüber den Kosten abwägen. Wenn es stimmt, dass die meisten jungen Aussiedler sich nach einiger Zeit recht gut mit ihrer Lebenslage arrangieren, müssten Maßnahmen zur Verhütung von Problemverhalten auf ganz bestimmte Gruppen ausgerichtet sein. Ziele sind entsprechend, diese Gruppen zu identifizieren, Programme zu erstellen, die auf deren Bedürfnisse und Schwierigkeiten ausgerichtet sind, diese unter wissenschaftlicher Begleitung durchzuführen und sie anschließend auf ihren Ertrag hin zu analysieren. Der Effekt wäre einerseits, dass dann deutlich würde, welche Aktivitäten Problemverhalten tatsächlich zu verhindern oder verringern helfen. Anderseits wäre anschließend

deutlich, ob die gedachten Mechanismen und Prozesse der Verursachung von Problemverhalten tatsächlich so stattfinden. Anderswo wird letzteres bereits gezielt betrieben. So zeigte eine in Kanada durchgeführte Längsschnitt- und Interventionsstudie, dass Jungen, die im Kindergartenalter als antisozial und unruhig aufgefallen waren, unbehandelt im Alter von 17 Jahren oftmals Anzeichen von schwerer Delinquenz aufwiesen. Hatten die Jungen und deren Eltern dagegen im Alter zwischen 7 und 9 Jahren an einem Interventionsprogramm zu sozialen Fähigkeiten teilgenommen, konnten solche Entwicklungen in den meisten Fällen verhindert werden (Lacourse et al. 2002).

Zum Inhalt solcher auf Immigranten ausgerichteter Interventionen ist deutlich, dass es in der Anfangsphase zu einem gehörigen Teil um Sprachförderung gehen muss. So zeigt beispielsweise die PISA-Studie, dass in Schulen mit hohem Anteil von ausländischen Schülern Probleme vor allem dadurch auftreten, dass diese nicht ausreichend Deutsch können, um dem Unterricht zu folgen (Baumert et al. 2002). Schlechte Noten bzw. unzureichende Kenntnisse und Schulabschlüsse für den deutschen Ausbildungsmarkt sind die Folge, mit den bekannten Implikationen für die weiteren Chancen. Jedoch ist es nach dem derzeitigen Stand der Forschung allein mit Sprachförderung sicherlich nicht getan. Das wird deutlich schon mit Blick auf Befunde über spätere Einwanderergenerationen etwa aus Mittel- und Südamerika, die zumindest in den USA als deutlich belasteter in Auge fallen (Hernandez und Charney 1998). Bei diesen im Aufnahmeland aufgewachsenen jungen Leuten kann man wohl nicht mehr davon ausgehen, dass sie die Sprache nur unzureichend beherrschen. Interventionsprogramme mit dem Ziel sozialer Eingliederung, dem Aufbau höherer Bildungsambitionen oder der Schaffung einer besseren Selbstwirksamkeitsüberzeugung könnten Wege sein, auch für diese Jungen und Mädchen positive Entwicklungen zu erreichen. Der Nutzen solcher Programme wäre wissenschaftlich zu prüfen.

Drittens sollte Forschung die Perspektive der Mehrheit ebenfalls berücksichtigen. Wenn Diskriminierung einen so hohen Stellenwert in der Verursachung von Problemverhaltensweisen einnimmt, wie es nach den bisherigen Ergebnissen den Anschein hat, so wäre zu prüfen, inwieweit gezielte Programme helfen könnten, die Sicht der Einheimischen auf Zuwanderer zu verändern. Dies ist sicherlich die schwierigste Aufgabe unter den bisher genannten, jedoch könnte auch an dieser Stelle psychologische Forschung, hier kombiniert aus Sozial- und Entwicklungspsychologie, helfen. Viele der Mechanismen und Prozesse in der sozialen Interaktion zwischen Gruppen sind bekannt, die zu Vorurteilen beitragen. Es ist bereits eine Vielzahl von Trainings entwickelt worden, die die Verbesserung von Intergruppenbeziehungen zum Ziel haben (Stephan und Stephan 2001). Auch konkret für die Verbesserung interethnischer Beziehungen beispielsweise in Schulklassen existieren Programme (Skuy et al. 1997). Deren Anwendung und Evaluation wäre ein Schritt in die notwendige Richtung. Gleichermaßen kann man an Regelungen auf der Gruppenebene und in der Politik denken, die mehr Raum für Integration lassen. Bekanntermaßen gelingt die Anpassung sehr viel unproblematischer, wenn es für Immigranten möglich ist, zusätzlich zu den neu übernommenen Aspekten der Aufnahmekultur weiterhin ihre eigenen kulturellen Besonderheiten beizubehalten.

Zusammengenommen ist Akkulturationsforschung schon angesichts der zukünftig eher zu- als abnehmenden Immigrationsströme ein äußerst wichtiges Thema, und Pro-

blemverhalten junger Einwanderer wird weiterhin in der öffentlichen Diskussion stehen. Heitmeyer wagt sogar die These, dass die in Deutschland vorhandenen Einwanderer auf dem besten Weg in eine Parallelgesellschaft sind, die sich zukünftig durch ihre zunehmende Isolierung und Größe zu einem der größten gesellschaftlichen Probleme entwickeln wird (Heitmeyer 1997). Die Psychologie, vor allem die Entwicklungspsychologie kann einen zentralen Beitrag dazu leisten, dass das komplizierte Geflecht der Verursachung von Problemverhaltensweisen bei jungen Immigranten, das zu solchen Abspaltungen beitragen dürfte, besser verstanden wird und Maßnahmen getroffen werden können, die dieses verhindern.

Literatur

Al-Issa, Ihsan, und *Michel Tousignant,* 1997: Ethnicity, Immigration, and Psychopathology. New York: Plenum Press.

Arbuckle, John, und *Werner Wothke,* 1999: Amos Users' Guide Version 4.0. Chicago: Small Waters.

Aronowitz, Michael, 1984: The Social and Emotional Adjustment of Immigrant Children: A Review of the Literature. International Migration Review 18: 237–257.

Baumert, Jürgen, Cordula Artelt, Eckhard Klieme, Michael Neubrand, Manfred Prenzel, Ulrich Schiefele, Wolfgang Schneider, Gundel Schümer, Petra Stanat, Klaus-Jürgen Tillmann und *Manfred Weiß* (Hg.), 2002: Pisa 2000 – Die Länder der Bundesrepublik Deutschland im Vergleich: Zusammenfassung zentraler Befunde. Berlin: Max-Planck-Institut für Bildungsforschung.

Bellair, Paul E., Vincent J. Roscigno und *Terry L. McNulty*, 2003: Linking Local Labor Market Opportunities to Violent Adolescent Delinquency. Journal of Research in Crime and Delinquency 40: 6–33.

Berry, John W., 1997: Immigration, Acculturation, and Adaptation. Applied Psychology: An International Review 46: 5–68.

Beyers, Jennifer M., Rolf Loeber, Per-Olof H. Wikström und *M*agda *Stouthamer-Loeber,* 2001: What Predicts Adolescent Violence in Better Off Neighborhoods? Journal of Abnormal Child Psychology 29: 369–381.

Bundesministerium des Inneren und *Bundesministerium der Justiz*, 2001: Erster periodischer Sicherheitsbericht. Juli 2001, Langfassung. Berlin.

Cottle, Cindy C., Ria J. Lee und *Kirk Heilbrun*, 2001: The Prediction of Criminal Recidivism in Juveniles: A Meta Analysis. Criminal Justice and Behavior 28: 367–394.

Cropley, Arthur J., und *Folkert Lüthke*, 1994: Psychologische Aspekte der Adaptation von Zuwanderern. S. 19–32 in: *Arthur J. Cropley, Hartmut Ruddat, Detlef Dehn* und *Sabine Lucassen* (Hg.), Probleme der Zuwanderung, Band 1: Aussiedler und Flüchtlinge in Deutschland. Göttingen: Verlag für angewandte Psychologie.

Die Welt, 2003: Jugendliche Aussiedler verbreiten Schrecken. Die Welt: 23.3.03.

Dietz, Barbara, und *Heike Roll*, 1998: Jugendliche Aussiedler – Portrait einer Zuwanderergeneration. Frankfurt a.M./New York: Campus.

Elder, Glen H., und *Avsholm Caspi*, 1991: Lebensläufe im sozialen Wandel: Soziologische und psychologische Perspektiven. S. 32–60 in: *Anette Engfer, Beate Minsel* und *Sabine Walper* (Hg.), Zeit für Kinder! Kinder in Familie und Gesellschaft. Weinheim/Basel: Beltz.

Elliott, David S., *David Huizinga* und *Scott Menard*, 1989: Multiple Problem Youth: Delinquency, Substance Use, and Mental Health Problems. New York: Springer.

Elsner, Erich, Wiebke Steffen und *Gerhard Stern*, 1998: Kinder- und Jugendkriminalität in München. München: Bayerisches Landeskriminalamt.

Filipp, Sigrun-Heide (Hg.), 1990: Kritische Lebensereignisse. München: Psychologie Verlags Union.

Fochler, Edgar, 1999: Berufliche Integration junger Migranten in Zeiten von Konjunkturrückgang und technischem Wandel. Jugend, Beruf, Gesellschaft: Zeitschrift für Jugendsozialarbeit, Beratungs- und Betreuungsarbeit für junge AussiedlerInnen, 35. Sozialanalyse: 39–44.

Fuligni, Andrew, 2001: A Comparative Longitudinal Approach to Acculturation Among Children from Immigrant Families. Harvard Educational Review 71: 566–578.

Furnham, Adrian, und *Stephen Bochner* (Hg.) 1986: Culture Shock. Psychological Reactions to Unfamiliar Environments. London: Methuen.

Gil, Andres G., und *William A. Vega*, 1996: Two Different Worlds: Acculturation Stress and Adaptation among Cuban and Nicaraguan Families. Journal of Social and Personal Relationships 13: 435–456.

Grundies, Volker, 2000: Kriminalitätsbelastung junger Aussiedler. Ein Längsschnittvergleich mit in Deutschland geborenen jungen Menschen anhand polizeilicher Registrierungen. Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform 83: 290–305.

Gunkel, Stefan, und *Stefan Priebe*, 1992: Psychische Beschwerden nach Migration: Ein Vergleich verschiedener Gruppen von Zuwanderern in Berlin. Psychotherapie, Psychosomatik, medizinische Psychologie 42: 414–423.

Haynie, Dana L., 2001: Delinquent Peers Revisited: Does Network Structure Matter? American Journal of Sociology 106: 1013–1057.

Heitmeyer, Wilhelm (Hg.), 1997: Was treibt die Gesellschaft auseinander? Bundesrepublik Deutschland auf dem Weg von der Konsensgesellschaft in eine Konfliktgesellschaft, Band 1. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Heitmeyer, Wilhelm, und *Rainer Dollase* (Hg.), 1996: Die bedrängte Toleranz: ethnisch-kulturelle Konflikte, religiöse Differenzen und die Gefahren politischer Gewalt. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Heitmeyer, Wilhelm, Jochen Müller und *Helmut Schröder*, 1997: Verlockender Fundamentalismus. Türkische Jugendliche in Deutschland. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Hernandez, Donald J., und *Evan Charney*, 1998: From Generation to Generation. The Health and Well-being of Children in Immigrant Families. Washington: National Academy Press.

Janikowski, Andreas, 1999, Berufliche Integration der Aussiedler und Aussiedlerinnen. S. 113–141 in: *Rainer K. Silbereisen, Ernst-Dieter Lantermann* und *Eva Schmitt-Rodermund* (Hg.), Aussiedler in Deutschland. Akkulturation von Persönlichkeit und Verhalten. Osnabrück: Leske + Budrich.

Jasinskaja-Lahti, Inga, und *Karmela Liebkind,* 2001: Perceived Discrimination and Psychological Adjustment Among Russian-Speaking Immigrant Adolescents in Finland. International Journal of Psychology 36: 174–185.

Jessor, Richard, und *Shirley L. Jessor*, 1977: Problem Behavior and Psychosocial Development: A Longitudinal Study of Youth. New York: Academic Press.

Kandel, Denise B., 1986: Processes of Peer Influence in Adolescence. S. 203–228 in: *Rainer K. Silbereisen, Klaus Eyferth* und *Georg Rudinger* (Hg.), Development as Action in Context. Berlin: Springer.

Kellam, Sheppard G., C. Hendricks Brown, Barnett R. Rubin und *Margaret E. Ensminger*, 1983: Paths Leading to Teenage Psychiatric Symptoms and Substance Use: Developmental Epidemiological Studies in Woodlawn. S. 17–51 in: *Samuel B. Guze, Felton J. Earls* und *James E. Barrett* (Hg.), Childhood Psychopathology and Development. New York: Guilford.

Kornmann, Reimer, 1998: Wie ist das zunehmende Schulversagen bei Kindern von Migranten zu erklären und zu beheben? Vierteljahresschrift für Heilpädagogik und ihre Nachbargebiete 67: 55–68.

Lacourse, Eric, Sylvana Cote, Daniel S. Nagin, Frank Vitaro, Mara Brendgen und *Richard E. Tremblay*, 2002: A Longitudinal-Experimental Approach to Testing Theories of Antisocial Behavioral Development. Development and Psychopathology 14: 909–924.

Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW, 2003: Entwicklungen in Nordrhein-Westfalen. Statistischer Jahresbericht 2002. Düsseldorf: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW.

Liebkind, Karmela, und *Inga Jasinskaja-Lahti*, 2000: Acculturation and Psychological Well-Being Among Adolescent Immigrants in Finland: A Comparative Study of Adolescents from Different Cultural Backgrounds. Journal of Adolescent Research 15: 446–469.

Loeber, Rolf, und *Magda Stouthamer-Loeber*, 1986: Family Factors As Correlates and Predictors of Juvenile Conduct Problems and Delinquency. S. 169–204 in: *Michael Tonry* und *Norval Morris* (Hg.), Crime and Justice: A Review of Research, Vol. 12. Chicago: The University of Chicago Press.

Luff, Johannes, 2000: Kriminalität von Aussiedlern. Polizeiliche Registrierungen als Hinweis auf misslungene Integration? München: Bayerisches Landeskriminalamt.

Mansel, Jürgen, 2001: Angst vor Gewalt. Weinheim: Juventa.

Mansel, Jürgen, und *Jürgen Raithel*, 2003: Verzerrungsfaktoren im Hell- und Dunkelfeld und die Gewaltentwicklung. S. 7–24 in: *Jürgen Raithel* und *Jürgen Mansel* (Hg.), Kriminalität und Gewalt im Jugendalter. Hell- und Dunkelfeldbefunde im Vergleich. Weinheim: Juventa.

Moffitt, Terrie E., 1993: ‚Life-course-persistent' and ‚Adolescence-limited' Antisocial Behaviour: A Developmental Taxonomy. Psychological Review 100: 674–701.

Moffitt, Terrie E., Avsholm Caspi, Honalee Harrington und *Barry J. Milne*, 2002: Males on the Life-Course-Persistent and Adolescence-Limited Antisocial Pathways: Follow Up at Age 26 Years. Development and Psychopathology 14: 179–209.

Moffitt, Terrie E., Avsholm Caspi, Michael Rutter und *Phil A. Silva*, 2001: Sex Differences in Antisocial Behavior. Conduct Disorder, Delinquency, and Violence in the Dunedin Longitudinal Study. Cambridge: Cambridge University Press.

Müller, Jochen, 1998: Jugendliche türkischer Herkunft: Alltagserfahrungen und Orientierungen. Wissenschaft und Frieden 16: 51–53.

Naplava, Thomas, 2003: Selbst berichtete Delinquenz einheimischer und immigrierter Jugendlicher im Vergleich. Eine Sekundäranalyse von Schulbefragungen der Jahre 1995 bis 2000. Soziale Probleme 14: 63–96.

Nauck, Bernhard, 1994: Erziehungsklima, intergenerative Transmission und Sozialisation von Jugendlichen in türkischen Migrantenfamilien. Zeitschrift für Pädagogik 40: 43–62.

Nauck, Bernhard, Annette Kohlmann und *Heike Diefenbach*, 1997: Familiäre Netzwerke, intergenerative Transmission und Assimilationsprozesse bei türkischen Migrantenfamilien. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 49: 477–499.

Oberwittler, Dietrich, Thomas Blank, Tilman Köllisch und *Thomas Naplava*, 2001: Soziale Lebenslagen und Delinquenz von Jugendlichen. Ergebnisse der MPI-Schulbefragung 1999 in Freiburg und Köln. Freiburg: Edition iuscrim.

Pawliuk, Nicole, Natalie Grizenko, Alice Chan-Yip, Peter Gantous, Jane Mathew und *Diem Nguyen*, 1996: Acculturation Style and Psychological Functioning in Children of Immigrants. American Journal of Orthopsychiatry 66: 111–121.

Petersen, A. C., Bruce E. Compas, Jeanne Brooks-Gunn, Mark Stemmler, Sydney Ey und *Kathryn E. Grant*, 1993: Depression in Adolescence. American Psychologist 48: 155–168.

Pfeiffer, Christian, Katrin Brettfeld und *Ingo Delzer*, 1997: Kriminalität in Niedersachsen – Eine Analyse auf der Basis der Polizeilichen Kriminalitätsstatistik 1985–1996. Hannover: KFN Forschungsberichte 60.

Pfeiffer, Christian, und *Birke Dworschak*, 1999: Die ethnische Vielfalt in den Jugendstrafanstalten. Ergebnisse einer Umfrage aus dem Sommer 1998. DVJJ Journal 10: 184–188.

Pfeiffer, Christian, und *Peter Wetzels*, 1999: Zur Struktur und Entwicklung der Jugendgewalt in Deutschland. Aus Politik und Zeitgeschichte B26: 3–22.

Roebers, Claudia M., 1997: Migrantenkinder im vereinigten Deutschland. Münster: Waxmann.

Schmitt-Rodermund, Eva, 1997: Akkulturation und Entwicklung. Eine Studie unter jungen Aussiedlern. Weinheim: Psychologie Verlags Union.

Schmitt-Rodermund, Eva, im Druck: Immigration. In: *Rainer K. Silbereisen und Marcus Hasselhorn* (Hg.), Enzyklopädie der Psychologie. Serie V (Entwicklung), Band 5: Psychologie des Jugendalters. Göttingen: Hogrefe.

Schmitt-Rodermund, Eva, und *Rainer K. Silbereisen*, 2002: Psychosoziale Probleme bei jungen Aussiedlern – Eine Längsschnittstudie. Zeitschrift für Entwicklungspsychologie und Pädagogische Psychologie 34: 63–71.

Schmitt-Rodermund, Eva, *Rainer K. Silbereisen* und *Margit Wiesner*, 1996: Junge Aussiedler in Deutschland: Prädiktoren emotionaler Befindlichkeit. Zeitschrift für Entwicklungspsychologie und Pädagogische Psychologie 28: 357–379.

Schneider, Hans Joachim, 1987: Kriminologie. Berlin: De Gruyter.

Schwind, Hans-Dieter, 2001: Kriminologie. Eine praxisorientierte Einführung mit Beispielen. Heidelberg: Kriminalistik Verlag.

Shedler, Jonathan, und *Jack Block*, 1990: Adolescent Drug Use and Psychological Health: A Longitudinal Inquiry. American Psychologist 45: 612–630.

Silbereisen, Rainer K., Ernst-Dieter Lantermann und *Eva Schmitt-Rodermund* (Hg.), 1999: Aussiedler in Deutschland: Akkulturation von Persönlichkeit und Verhalten. Opladen: Leske + Budrich.

Skuy, Mervyn, Ilana Goldstein, Mandia Mentis und *Peter Fridjhon*, 1997: A Cognitive Approach to Promoting Multcultural Awareness and Co-existance in the Classroom. Journal of Cognitive Education 6: 47–56.

Stephan, Walter G., und *C. White Stephan*, 2001: Intergroup Relations. Thousand Oaks: Sage.

Stouthamer-Loeber, Magda, und *Ralf Loeber*, 2002: Lost Opportunities for Intervention: Undetected Markers for the Development of Serious Juvenile Delinquency. Criminal Behavior and Mental Health 12: 69–82.

Strobl, Rainer, und *Wolfgang Kühnel*, 2000: Dazugehörig und ausgegrenzt. Analysen zu Integrationschancen junger Aussiedler. Weinheim: Juventa.

Süss, Wladimir, 1995: Zur psychosozialen Situation der Aussiedlerkinder und -jugendlichen. Sozialwissenschaften und Berufspraxis 18: 131–146.

Tillmann, Klaus-Jürgen, Birgit Holler-Nowitzki, Heinz G. Holtappels, Ulrich Meier und *Ulrike Popp*, 1999: Schülergewalt als Schulproblem: Verursachende Bedingungen, Erscheinungsformen und pädagogische Handlungsperspektiven. Weinheim: Juventa.

Walter, Joachim, und *Günter Grübl*, 1999: Junge Aussiedler im Jugendstrafvollzug. S. 153–176 in: *Klaus J. Bade* und *Jochen Oltmer* (Hg.), Aussiedler: Deutsche Einwanderer aus Osteuropa. Osnabrück: Universitätsverlag Rasch.

Wetzels, Peter, Dirk Enzmann, Eberhard Mecklenburg und *Christian Pfeiffer* , 2001: Jugend und Gewalt. Eine repräsentative Dunkelfeldanalyse in München und acht anderen deutschen Städten. Baden-Baden: Nomos.

Wilmers, Nicola, Dirk Enzmann, Dagmar Schaefer, Kerrin Herbers, Werner Greve und *Peter Wetzels*, 2002: Jugendliche in Deutschland zur Jahrtausendwende: Gefährlich oder gefährdet? Ergebnisse wiederholter, repräsentativer Dunkelfelduntersuchungen zu Gewalt und Kriminalität im Leben junger Menschen 1998–2000. Baden-Baden: Nomos.

MÄNNLICHKEITSNORMEN UND DIE KULTUR DER EHRE

Empirische Prüfung eines theoretischen Modells zur Erklärung erhöhter Delinquenzraten jugendlicher Migranten

Dirk Enzmann, Katrin Brettfeld und Peter Wetzels

Zusammenfassung: Hellfelddaten und aktuelle Dunkelfeldstudien zeigen für die Bundesrepublik eine deutlich höhere Delinquenzbelastung bestimmter Gruppen jugendlicher Migranten, bei denen zugleich eine sozioökonomische Benachteiligung zu beobachten ist. Dabei ist die höhere Gewaltdelinquenz männlicher Jugendlicher besonders auffällig. Da die höhere Delinquenzbelastung durch sozioökonomische Benachteiligung allein nicht hinreichend erklärt werden kann, wurde anknüpfend an Nisbett und Cohens theoretischen Ansatz der „culture of honor" eine Skala „gewaltlegitimierende Männlichkeitsnormen" (GLMN) als Indikator einer Kultur der Ehre entwickelt. Gestützt auf Befragungsdaten von 11.000 jugendlichen Schülern und in Ergänzung früherer Arbeiten zeigen Regressionsanalysen, dass GLMN einen substanziellen Beitrag zur Erklärung von Gewalt- und auch Eigentumsdelinquenz männlicher und weiblicher jugendlicher Migranten leisten können. Die Befunde legen die Interpretation nahe, dass es sich bei der als gewaltlegitimierende Männlichkeitsnormen operationalisierten Kultur der Ehre weniger um einen ethnisch spezifischen kulturellen Faktor handelt, sondern dass derartige Orientierungen allgemeiner im Kontext von sozialer Benachteiligung und Marginalisierung entstehen.

In der Bundesrepublik finden sich, wie in den meisten europäischen Staaten, deutlich höhere Tatverdächtigen-, Verurteilten- und Inhaftiertenraten bei jungen Migranten im Vergleich zu der jeweiligen einheimischen Mehrheitsbevölkerung (Albrecht 1997; Delzer 1999; Pfeiffer und Dworschak 1999; Rebmann 1998; Steffen 1998; Tonry 1997; Walter 2001). Auch in jüngeren Studien zur selbstberichteten Delinquenz zeigen sich signifikant überdurchschnittliche Raten delinquenter ausländischer Jugendlicher, insbesondere bezüglich selbstberichteter Gewaltdelikte (Heitmeyer et al. 1996; Mansel und Hurrelmann 1998; Strobl und Kühnel 2000). Mit dieser weitgehenden Übereinstimmung von Hell- und Dunkelfelddaten scheint zwar die Debatte, ob junge Migranten tatsächlich in erhöhtem Maße mit strafrechtlich relevantem Verhalten auffällig werden (vgl. Albrecht 1997; Mansel 1994; Reichertz und Schröer 1994) empirisch geklärt zu sein. Wie dies jedoch zu erklären ist, wird in Wissenschaft wie auch in breiterer Öffentlichkeit immer noch sehr kontrovers diskutiert. Recht plastisch wird die Sensibilität und Ideologieanfälligkeit der Behandlung dieses Themas von Eisner (1998) umrissen, der hier von einem Minenfeld spricht.

Übereinstimmend mit den meisten auf Selbstauskünften beruhenden Studien fanden auch wir in der ersten Welle unserer Schülerbefragungen im Jahr 1998 deutliche Hinweise auf eine erhöhte Delinquenzbelastung junger Ausländer. In unseren neun je-

weils regional repräsentativen Studien mit insgesamt etwa 16.000 Jugendlichen fanden sich bei jugendlichen Migranten, insbesondere aus der Türkei und dem ehemaligen Jugoslawien, aber nicht bei Aussiedlern aus Osteuropa, deutlich höhere Täterraten (vgl. Wetzels et al. 2001; Enzmann und Wetzels 2000).

Verschiedentlich wurde darauf hingewiesen, dass für jugendliche Migranten die Anpassung an die Erwartungen der Gastgesellschaft und an die Normen der Gleichaltrigen im Aufnahmeland einerseits sowie die Konfrontation mit den traditionellen Normen ihrer ethnischen Gruppe (insbesondere repräsentiert durch die Familie, aber auch durch Gleichaltrige derselben ethnischen Gruppe) andererseits mit einem inneren Kulturkonflikt einhergehen kann (vgl. Albrecht 1997: 67). Diese Hypothese wird durch unsere Befunde gestützt, wonach innerfamiliäre Konflikte sowie die physische Gewalt, der junge Menschen im familiären Bereich ausgesetzt sind, bei jungen Migranten erheblich stärker verbreitet sind (Wetzels et al. 2001: 245ff.).

Des Weiteren zeigte sich – übereinstimmend mit sozialpsychologischen Studien zu Geschlechtsunterschieden aggressiven Verhaltens (vgl. Krahé 2001) –, dass die Prävalenz wie auch die Inzidenz aktiver Gewalt vor allem der Männer (über alle ethnischen Gruppen hinweg) deutlich erhöht war (Wetzels et al. 2001: 206). Allerdings war auffallend, dass die Geschlechtsunterschiede für Gewaltdelikte in bestimmten ethnischen Gruppen (Türken und Jugoslawen) ausgeprägter und die Unterschiede der Gewalttäterraten zwischen den ethnischen Gruppen für Männer größer waren als für Frauen. In multivariaten Analysen zeigte sich nach Kontrolle des Bildungsniveaus der Jugendlichen, der erfahrenen Elterngewalt in der Kindheit, der sozialen Lage der Familien (Arbeitslosigkeit/Sozialhilfebezug) sowie des Niveaus des elterlichen sozioökonomischen Status nur für männliche jugendliche Migranten noch eine signifikant höhere Rate selbstberichteter Gewaltdelinquenz. Bei den weiblichen Jugendlichen war ein Effekt nicht mehr nachweisbar (Enzmann und Wetzels 2000).

Zusammenfassend ließ sich nach den Ergebnissen unserer Befragungen des Jahres 1998 zunächst auf bivariater Ebene nur für bestimmte ethnische Gruppen und dort vor allem für männliche Jugendliche eine stärkere Involviertheit in jugendliche Gewaltdelinquenz feststellen. Zu einem gewissen Grad konnte dieser Effekt durch sozialstrukturelle Faktoren wie Arbeitslosigkeit (der Eltern) oder das schulische Bildungsniveau erklärt werden. Jedoch auch nach Berücksichtigung solcher sozialstrukturellen Faktoren blieben signifikant höhere Täterraten männlicher jugendlicher Migranten spezifischer ethnischer Herkunft bestehen.

I. Männlichkeitsnormen und die Kultur der Ehre: Ein theoretisches Modell

Wie kann die nach Berücksichtigung sozialstruktureller Faktoren noch nachweisbare höhere Delinquenzbelastung insbesondere männlicher Jugendlicher bestimmter ethnischer Gruppen erklärt werden? Unsere bisherigen Ergebnisse (Wetzels et al. 2001) führten uns zu der Annahme, dass es einen für bestimmte Migrantengruppen charakteristischen, über die soziale Lage hinaus und zudem geschlechtsspezifisch wirksamen Faktor geben sollte, der mit einer Befürwortung bzw. Akzeptanz speziell männlichen gewalttätigen Verhaltens einhergeht (vgl. Enzmann und Wetzels 2000).

In sozialhistorischer Perspektive hat Eisner (2002) die für Europa vorliegenden kriminalhistorischen Befunde zur massivsten Form der Gewalt, den Tötungsdelikten, zusammengetragen und hier auf einen interessanten geschlechts- und kulturspezifischen Aspekt verwiesen, der auch für unsere aktuelle Fragestellung fruchtbar erscheint. Danach kann über die Jahrhunderte nicht nur ein starker Rückgang, sondern auch eine Veränderung der sozialen Situationen, in denen Gewalt geschieht, eine Verlagerung in den Bereich des Privaten beobachtet werden. Tödlich endende Konflikte waren in früheren Jahrhunderten häufig solche zwischen Männern, die ihre Ehre, Familie oder ihr Eigentum im öffentlichen Raum zu verteidigen suchten. Verletzungen oder Bedrohungen von Ehre, Familie und Eigentum wurden in jüngerer Zeit zunehmend nicht mehr öffentlich als rohe Gewalt ausgetragen, sondern fanden in verrechtlichten Formen eine ‚zivile' Zähmung.

Zur Erklärung verweist Eisner auf Durkheim (1991) und Thome (1992). Gewalt ist danach u.a. Ausdruck einer historisch gewachsenen Kultur. Der langfristige Rückgang der Gewalt in Europa, so seine Argumentation, sei nicht allein Resultat des gewachsenen Zwangs- und Disziplinierungspotenzials des Staates, der zunehmenden öffentlichen Kontrolle sowie der Internalisierung der Affektkontrolle bei den diesen Disziplinierungen unterworfenen Bürgern, wie Elias (1976) in seiner Zivilisationstheorie postuliert. Ein wichtiger Hintergrund dieser Entwicklungen sei vielmehr die Freisetzung der Individuen aus kollektiven Verpflichtungen. Gewalt ist oft leidenschaftlichen Emotionen geschuldet, deren Basis starke Bindungen an ein Kollektiv, von dort gespeiste Vorstellungen von Ehre und Ehrbedrohungen sowie daran ausgerichtete Erwartungen sind. Individuelles Gewalthandeln ist demzufolge auch eine Form der Selbstwerterhaltung, die sozial-normativ gefordert sein kann. In dieser Sicht sind für ein Verständnis historischer wie auch kultureller Unterschiede personaler Gewalt die Begriffe der männlichen Ehre und Ehrverletzungen zentral. Basis von in Gewalt eskalierenden Konflikten können demnach historisch und kulturell geprägte Männlichkeitskonzepte sein (vgl. Schmidt 1994). Diesen folgend kann männliche Gewalt unter bestimmten Bedingungen kein Normbruch, sondern ein normativ gefordertes und für das soziale Überleben funktionales Verhalten des Einzelnen sein: „... charakteristisch für eine Gesellschaft, in der ‚Ehre' ein unabdingbares soziales Kapital des (männlichen) Einzelnen als Repräsentant der Gruppe bildet und ihre allfällige Wahrung durch vergeltende Gewalt ein kulturell sanktioniertes Erfordernis darstellt" (Eisner 2002: S. 74).

Bei ihrem Versuch, Unterschiede der Verbreitung von Gewaltkriminalität zwischen weißen Bewohnern der Nord- und der Südstaaten der USA zu erklären, rekurrierten Nisbett und Cohen (1996) ebenfalls auf sozialhistorische Befunde. Ähnlich wie Eisner entwickelten sie ein Konzept der „Kultur der Ehre", das einen deutlichen Bezug zu den Fragen hat, die sich aus unseren früheren Forschungsarbeiten ergeben haben. Auch ihr Ausgangspunkt war das Phänomen, dass Regionen, Teilpopulationen und Kulturen sich – im zeitlichen Querschnittsvergleich ebenso wie in einer historischen Perspektive – im Ausmaß der von Männern begangenen Gewalt unterscheiden. Gewalt verweist ihrer Auffassung nach deshalb auf kulturell geformte, unterschiedliche Auffassungen von Geschlechterrollen.

Ihren Erkenntnissen nach entwickelten sich insbesondere in Gesellschaften, in denen die staatliche Rechtsordnung schwach ausgebildet und die Bewohner für ihren

Schutz auf sich selbst gestellt waren, soziale Strukturen und Kulturen, in denen Gewalt zu einem positiv bewerteten Faktor in sozialen Interaktionen wurde. Gewalthandlungen hatten dort die Funktion, die Identifizierung vermeintlicher Schwäche von vorn herein zu verhindern: „Insults or any challenge indicating that a person could be pushed around had to be met with harsh retaliation so that a man would not be branded as an ‚easy mark'" (Cohen und Nisbett 1997: 1189).

Gewalt dient demzufolge in solchen Gesellschaften dazu, eine Gefährdung der Reproduktion zu vermeiden. Es geht um das zum Überleben wichtige Eigentum, insbesondere Nahrungsmittel bzw. zu deren Herstellung wichtige Güter, sowie die physische Integrität von weiblichen Familienmitgliedern als Garanten der Fortpflanzung und Versorgung des Nachwuchses. Schon deren symbolische Bedrohung muss eindeutig zurückgewiesen und die eigene Stärke demonstriert werden, um den Eintritt von Verlusten schon im Vorfeld zu verhindern und Gefährdungen zu vermeiden. Dies gilt vor allem dann, wenn staatlicher Schutz gering und die verfügbaren Ressourcen knapp sind. Knappe Ressourcen können aus unserer Perspektive sowohl bezogen werden auf wirtschaftliche Güter als auch auf ein fragiles soziales Ansehen bzw. ein labilisiertes Selbstwertgefühl.

Nisbett und Cohen führen eine solche „Kultur der Ehre", die sich durch eine stärkere Akzeptanz von Gewalt als Mittel zur Wiederherstellung der Reputation und Ehre eines Mannes auszeichnet, auf die jeweiligen Produktionsweisen zurück, welche auch die Formen des Überlebenskampfes prägten. In den USA wurden beispielsweise die Südstaaten, die ein deutlich höheres Gewaltpotenzial als die Nordstaaten aufweisen, vorwiegend von Gemeinschaften besiedelt, die als „Viehtreiber-Gesellschaften" bezeichnet werden können, während sich in den Nordstaaten vorwiegend Ackerbauern niederließen. „Herdsman constantly face the possibility of loss of their entire wealth – through loss of their herds. Thus a stance of aggressiveness and willingness to kill or commit mayhem is useful in announcing their determination to protect their animals at all costs" (Nisbett und Cohen 1996: 5). Nisbett und Cohen verweisen auf zahlreiche anthropologische Studien, die konsistent zeigen, dass in verschiedenen Regionen der Welt gerade Viehtreiber-Gesellschaften durch eine solche Kultur der Ehre charakterisiert sind.

Auch aktuell, in unseren modernen Gesellschaften, können sich, vor dem Hintergrund ökonomischer Ungleichheit, derartige Kulturen der Ehre entwickeln bzw. weiter bestehen bleiben. Die Knappheit ökonomischer Ressourcen, soziale Desorganisation der Nachbarschaften und eingeschränkter staatlicher Schutz können bei Einzelnen das Bedürfnis erzeugen, sich selbst zu schützen, indem sie physische Stärke sowie die Fähigkeit der Selbstverteidigung quasi präventiv demonstrieren. Vor diesem Hintergrund kann ethnische Segregation in Kombination mit sozioökonomischer Benachteiligung derartige Männlichkeitskonzepte fördern.

In Gesellschaften, die durch eine Kultur der Ehre geprägt sind, ist es vor allem für Männer notwendig, ihre Reputation ständig zu demonstrieren und zu verteidigen. Für sie ist Gewalt ein angemessenes und auch sozial erwartetes Mittel der Selbst(wert)verteidigung. Entsprechende soziale Normen existieren sowohl auf der Ebene sozialer Institutionen als auch in individuellen Einstellungen und Erwartungen von Interaktions-

partnern. Es sind normative Orientierungen, die im Sozialisationsprozess (u.a. über elterliche Strenge und Gewalt gegenüber Kindern) vermittelt und angeeignet werden.

Gilmore (1990) hat darauf hingewiesen, dass sich in einer Kultur der Ehre die Verhaltensnormen auf die Definition dessen stützen, was einen „echten Mann" ausmacht. Sofern derartige Normen in kulturell definierte Konzepte von Geschlechterrollen integriert sind, wird die gesamte Kultur davon geprägt. Es handelt sich um Normen, die nicht nur Männern vorschreiben, wie sie sich als geachtete Männer zu verhalten haben. Auch Frauen aus solchen Kulturen neigen dazu, diese Normen zu teilen. Es macht einen Teil dessen aus, was ihre – kulturell geprägten – Erwartungen an Männer kennzeichnet. Über Sozialisation, insbesondere harsche Bestrafungen und Gewalt, auch durch Mütter, wird dies an die nächste Generation tradiert (Nisbett und Cohen 1996: 86).

Aus diesem theoretischen Rahmenmodell hatten wir bezogen auf Jugenddelinquenz die Hypothese abgeleitet, dass die verschiedenen ethnischen Gruppen der Zuwanderer auch unterschiedliche Kulturen im Hinblick auf Männlichkeitskonzepte repräsentieren. Das Ausmaß, in dem die Jugendlichen Gewalt als ein angemessenes Verhalten, speziell von Männern, in Fällen der Bedrohung ihrer Familienangehörigen und bei Ehrverletzungen betrachten, sollte sich von daher zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen unterscheiden. Derartige Normen sollten ferner, unabhängig von der ethnischen Herkunft, bei Jugendlichen, die aus Familien in ungünstiger sozioökonomischer Lage stammen, stärker ausgeprägt sein. Über diesen Effekt der sozialen Lage hinaus sollten Differenzen gewaltlegitimierender Männlichkeitsnormen zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen nachweisbar sein.

Des Weiteren nahmen wir an, dass die Zustimmung zu gewaltlegitimierenden Männlichkeitsnormen positiv mit jugendlicher Gewaltdelinquenz korreliert ist. Weiter postulierten wir, dass sich die ethnischen Gruppen bei beiden Geschlechtern signifikant in ihrer Akzeptanz gewaltlegitimierender Männlichkeitsnormen voneinander unterscheiden. Unsere zentrale Hypothese war, dass sich nach Kontrolle sozialstruktureller Variablen die Täterraten der verschiedenen ethnischen Gruppen immer noch signifikant unterscheiden, und zwar vor allem bei männlichen Jugendlichen. Nach zusätzlicher Berücksichtigung gewaltlegitimierender Männlichkeitsnormen sollte sich hingegen kein signifikanter Unterschied der Gewalttäterraten zwischen den ethnischen Gruppen mehr zeigen – weder für Männer, noch für Frauen.

Da in Kulturen der Ehre der Respekt vor fremdem Eigentum besonders stark entwickelt ist, nahmen wir weiter theoretisch an, dass entsprechende Männlichkeitsnormen sich nicht in erhöhten Täterraten im Bereich der Eigentumsdelinquenz niederschlagen. Wenn ein Effekt besteht, dann sollten derartige Männlichkeitsnormen negativ mit Eigentumsdelinquenz korreliert sein. Folglich sollte sich nach Kontrolle sozialstruktureller Faktoren für Personen mit ausgeprägten Einstellungen, die sich als Einbindung in eine Kultur der Ehre umschreiben lassen, deutlich unterdurchschnittliche Raten von Eigentumsdelinquenz finden lassen.

II. Männlichkeitsnormen und die Kultur der Ehre: Empirische Befunde und theoretische Ergänzung

Diese Annahmen haben wir anhand einer zweiten Welle von Schülerbefragungen, die im Jahre 2000 durchgeführt wurden, geprüft (Wilmers et al. 2002: 171–191; zu Stichprobe und Instrumenten siehe unten). Auch in dieser Befragungswelle fanden sich auf bivariater Ebene insbesondere bei männlichen Jugendlichen für einige ethnische Gruppen deutlich höhere Raten von Gewaltdelikten als bei autochthonen Deutschen. Die Analysen ergaben, dass ethnische Unterschiede selbstberichteter Gewaltdelinquenz verschwinden, wenn außer dem sozioökonomischem Status und der Arbeitslosigkeit bzw. dem Sozialhilfebezug der Eltern, dem Schulbildungsniveau der Jugendlichen und der erlebten Elterngewalt in der Kindheit die Ausprägung gewaltlegitimierender Männlichkeitsnormen (GLMN) als Indikator der „Kultur der Ehre" berücksichtigt wurden. Dies galt für beide Geschlechter gleichermaßen. Es fanden sich jedoch zwei Ergebnisse, die nicht mit der Interpretation vereinbar sind, dass es sich bei den gewaltlegitimierenden Männlichkeitsnormen um kulturspezifische Einstellungen handelt, durch die sich bestimmte Gruppen (insbesondere türkische Migranten) speziell auf Grund ihrer ethnischen Zugehörigkeit auszeichnen und die mit einer besonders ausgeprägten Achtung vor dem Eigentum einhergehen: Zum einen haben zwar sowohl männliche als auch weibliche jugendliche Migranten aus der Türkei die höchsten Werte auf der GLMN-Skala, allerdings sind derartige gewaltlegitimierende Männlichkeitsnormen, unabhängig von der ethnischen Zugehörigkeit, auch bei einheimischen Jugendlichen aus Familien mit niedrigerem sozioökonomischem Status deutlich stärker ausgeprägt. Zum anderen ist zwar in Übereinstimmung mit den theoretisch postulierten Werthaltungen einer Kultur der Ehre (in der dem Schutz des Eigentums eine besondere Bedeutung zukommt und von der wir erwartet hatten, dass sie in der türkischen Kultur besonders ausgeprägt ist) die Eigentumsdelinquenz türkischer Jugendlicher nicht höher als die autochthoner Deutscher. Allerdings korrelieren die gewaltlegitimierenden Männlichkeitsnormen selbst positiv mit der Anzahl von Eigentumsdelikten, so dass nach (und nicht vor) statistischer Kontrolle der GLMN die Eigentumsdelinquenz türkischer Jugendlicher sogar signifikant geringer ist.

Die Tatsache, dass gewaltlegitimierende Männlichkeitsnormen auch bei einheimischen Jugendlichen aus Familien mit geringem sozioökonomischem Status ausgeprägter sind, verweist darauf, dass das, was hier zunächst als ein ethnisch spezifischer kultureller Faktor erschien, vielleicht schärfer durch das Zusammenwirken von a) sozialer Benachteiligung, b) Besonderheiten der Bewältigung jugendtypischer und geschlechtsspezifischer Entwicklungsaufgaben sowie c) von – durch Migrantenstatus geförderte – Tendenzen zu kollektivistischen Orientierungen und subkultureller Vergemeinschaftung zu erklären ist. So weist z.B. Hüttermann (2000) im Kontext einer Studie zu einer türkischen „Street Corner-Society" in einem Duisburger Stadtteil darauf hin, dass vor einer kulturalistischen Deutung zu warnen sei: „Das, was ethnisch-kulturell erscheint, ist vielmehr mit Miller aus einem Zusammenwirken klassenkultureller, sozialräumlicher und zugleich entwicklungspsychologischer Ausgangsbedingungen (Konstitution männlicher Geschlechtsehre) und darüber hinaus unter Rekurs auf die aktuell scheiternde Integration in den Arbeitsmarkt zu deuten" (Hüttermann 2000: 290).

Gewaltlegitimierende Männlichkeitsnormen finden sich nicht allein innerhalb von Gruppen jugendlicher Migranten, erfahren dort jedoch unter besonderen soziostrukturellen Bedingungen von Marginalisierung sowie äußeren und inneren Kulturkonflikten eine besondere Ausprägung. Tertilt (1996) zeichnet im Rahmen einer ethnographischen Studie einer türkischen Jugendbande die besondere Situation jugendlicher Migranten nach, deren subkulturelle Vergemeinschaftung sich nicht nur durch eine Abgrenzung von der individualistischen Kultur und Moral der Einwanderungsgesellschaft, sondern auch im Gegensatz zu den Werten und Normen ihrer Eltern vollzieht. Vandello und Cohen (1999) zeigen, dass auch in stark individualistisch geprägten Gesellschaften unter Armutsbedingungen und in Migrantengruppen mit Minderheitenstatus kollektivistische Verhaltensweisen und Normen (auf Aggregatebene) vorherrschen. Der historisch zu beobachtende Rückgang von Gewaltdelikten, den Eisner (2002) am Beispiel von Tötungsdelikten nachgewiesen hat und der mit gesamtgesellschaftlichen Prozessen der Individualisierung erklärbar ist, muss deshalb nicht im Widerspruch zu einer Zunahme von Gewaltdelikten innerhalb bestimmter sozialer Gruppen stehen. So macht Karstedt (2001) unter theoretischem Rückgriff auf Durkheims Konzept des „moralischen Individualismus" die Zunahme kollektivistischer Orientierungen für die Zunahme von Gewalthandlungen (männlicher) Jugendlicher (Rechtsextremismus bei Autochthonen, Gewaltdelinquenz bei ethnischen Minoritäten) verantwortlich.

Die „expressive, Ehre erheischende Machtentfaltung im öffentlichen Raum" (Hüttemann 2000: 286) männlicher, in devianten Cliquen sich zusammenschließender Jugendlicher äußert sich nicht nur in Charakterwettkämpfen und „Beleidigungsduellen" (Tertilt 1996), sondern der Kampf um Status und Anerkennung innerhalb der Gruppe wird auch mit Hilfe von Statussymbolen ausgetragen, wofür auch illegale Erwerbsquellen herangezogen werden. Dies kann den oben beschriebenen Befund, dass gewaltlegitimierende Männlichkeitsnormen mit erhöhter Eigentumsdelinquenz einhergehen, erklären und verweist ebenfalls darauf, dass die GLMN Jugendlicher nicht mit den kollektiven Orientierungsmustern identisch sind, wie sie Nisbett und Cohen für die Kultur der Ehre in den Südstaaten der USA kennzeichnen (siehe Nisbett und Cohen 1996). Selbst wenn die Männlichkeitsvorstellungen Jugendlicher Wurzeln in ethnisch spezifischen Traditionen haben sollten – z.B. könnte der Ehrbegriff *namus* der türkischen Kultur Vorbild für den Ehrbegriff männlicher türkischer Jugendlicher sein[1] –, ist anzunehmen, dass die Jugendlichen die überkommenen traditionellen Wertvorstellungen transformieren und sie den Besitznormen der modernen Konsumgesellschaft einerseits sowie ihren persönlichen Partizipationschancen in der deutschen Gesellschaft andererseits anpassen.

Abgesehen von der in unseren bisherigen Analysen (Wilmers et al. 2002) ungenügenden Berücksichtigung der Befunde, dass gewaltlegitimierende Männlichkeitsnormen positiv mit Eigentumsdelinquenz zusammenhängen und dass sich unabhängig von ethnischer Zugehörigkeit ein deutlicher Zusammenhang von GLMN mit sozialem Status findet, war auch die angewandte statistische Analysemethode nicht optimal: Die Ergebnisse wurden mit Hilfe ordinaler logistischer Regressionsmodelle gewonnen, wozu die

1 Zur Diskussion der türkischen Ehrbegriffe *şeref*, *onur* und *namus* vgl. *Deutsch-Türkisches Symposium* (2000).

Werte der abhängigen Variablen „Inzidenz der Gewaltdelikte" und „Inzidenz der Eigentumsdelikte" jeweils in fünf ordinale Inzidenzklassen transformiert wurden. Diese schöpfen aber den Informationsgehalt der Variablen nicht aus und berücksichtigen die Delinquenz von Intensivtätern nicht ausreichend. Da die abhängigen Variablen Inzidenzen bzw. Ereignisse darstellen, kann kein Normalverteilungsmodell angenommen werden; ein angemesseneres Regressionsmodell wäre hier eine Poisson-Regression. Da aber darüber hinaus die Deliktbegehung ein sehr seltenes Ereignis ist, so dass die Kategorie Null (kein Delikt) deutlich häufiger auftritt, als auf Grund einer Poisson-Verteilung zu erwarten wäre (Überverteilung bzw. *overdispersion*), ist die Methode der Wahl eine negative Binomialregression, bei denen der Dispersionsparameter geschätzt wird (vgl. Cohen et al. 2003; Fox 1997).

Im Folgenden soll deshalb die Bedeutung der Kultur der Ehre bzw. von gewaltlegitimierenden Männlichkeitsnormen für die Erklärung erhöhter Delinquenzraten jugendlicher Migranten mit diesem angemesseneren statistischen Verfahren neu analysiert werden. Die Fragestellung ist, inwieweit sich hiermit die Ergebnisse unserer bisherigen Analysen (Wilmers et al. 2002: 171–191) replizieren lassen und ob die hier vorgestellte Interpretation haltbar ist, dass die als gewaltlegitimierende Männlichkeitsnormen operationalisierte Kultur der Ehre weniger einen ethnisch spezifischen kulturellen Faktor, sondern eher eine Reaktion Jugendlicher auf Marginalisierung und Ausgrenzung darstellt, von der Migranten allerdings in besonderer Weise betroffen sind.

III. Methode: Stichprobe und Messinstrumente

Im Frühjahr 2000 wurde eine multizentrische Studie zu Opfererfahrungen und selbstberichteter Delinquenz Jugendlicher in vier größeren Städten und einer ländlichen Region Deutschlands durchgeführt.[2] Es wurden jeweils regional repräsentative Stichproben von Schulklassen (9. und 10. Jahrgangsstufe), stratifiziert nach Schultyp, befragt.[3] Die Jugendlichen wurden im Klassenraum kontaktiert und beantworteten dort anonym einen standardisierten Fragebogen. Die Beteiligungsrate betrug 95,1 Prozent aller zur Zeit der Erhebung anwesenden und 84,1 Prozent aller in den jeweiligen Klassen registrierten Schüler.

In den fünf Orten wurden auf diese Weise 11.071 Jugendliche erreicht, 50,5 Prozent davon weiblich. Das Durchschnittsalter betrug 15,3 Jahre (*SD* = 0,84). 74,5 Prozent der Stichprobe waren einheimische Deutsche, 4,5 Prozent (Spät)Aussiedler aus

2 Die unter Leitung von Prof. Dr. Wetzels am Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen e.V. konzipierten und durchgeführten Studien wurden durch das BMI, das BMFSFJ sowie die beteiligten Kommunen finanziell gefördert. Als weitere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieses Projektes waren, neben den Autoren dieses Beitrages, Nicola Wilmers (jetzt Universität Hildesheim), Eberhard Mecklenburg, Dagmar Schaefer (jetzt Universität Bielefeld), Tania Lange und Karin Herbers tätig. Prof. Dr. Werner Greve (jetzt Universität Hildesheim) war an der Erarbeitung des Abschlussberichtes des Projektes beteiligt. Die Konzeption dieses Vorhabens wurde durch Justizminister a.D. Prof. Dr. Christian Pfeiffer mitgestaltet.

3 Trotz der Erhebung von Stichprobenclustern (Schulklassen) sind die Intraklassen-Korrelationen für die zentralen Variablen sehr gering, so dass ein potenzieller Designeffekt hier praktisch nicht relevant ist.

Osteuropa, 6,9 Prozent waren eingebürgerte Migranten anderer Herkunft (1,2 Prozent aus der Türkei, 5,7 Prozent aus anderen Ländern), die einen familiären Hintergrund als Migranten der 2. oder 3. Generation haben. Die größte Gruppe der Ausländer ohne deutsche Staatsangehörigkeit kam aus der Türkei (4,5 Prozent), 3,1 Prozent stammten aus Ländern des ehemaligen Jugoslawien, 1,4 Prozent aus anderen südeuropäischen Staaten (Spanien, Portugal u.a.) und 5,1 Prozent aus sonstigen Staaten. 33,0 Prozent der Jugendlichen besuchten ein Gymnasium, 43,9 Prozent eine Real- oder Gesamtschule, 17,6 Prozent eine Hauptschule und 5,5 Prozent waren Schüler aus BVJ-Klassen (berufsvorbereitendes Jahr).

Zur Messung der Inzidenz und Prävalenz jugendlicher Delinquenz wurde eine modifizierte Version der Delinquenzbelastungsskala von Lösel (1975) verwendet. Erhoben wurden Angaben zu zwölf Delikten: Ladendiebstahl, Fahrzeugdiebstahl, Autoaufbruch, Einbruch, Körperverletzung, Drohung mit Waffe, Raub, Erpressung sowie Vandalismus, Graffiti Sprayen, Fahren ohne Führerschein und Schwarzfahren. Für jedes Delikt wurde die Lebenszeitprävalenz sowie die Häufigkeit der Begehung des jeweiligen Delikts während der vergangenen zwölf Monate erhoben.

In den folgenden Analysen werden die Angaben zu den ersten acht Delikten, bezogen auf die Referenzperiode der vergangenen zwölf Monate, betrachtet. Die ersten vier der o.a. Delikte wurden in einem Summenindex für Eigentumsdelinquenz, die nächsten vier zu einem Summenindex für Gewaltdelinquenz zusammengefasst. Neben den Inzidenzmaßen wurden (im Wesentlichen zu deskriptiven Zwecken) auch Prävalenzmaße (d.h. ob in den vergangenen zwölf Monaten jemals ein Eigentumsdelikt bzw. ein Gewaltdelikt begangen wurde) konstruiert.

Die soziale Situation der Familien der Jugendlichen wurde mit zwei Indikatoren erfasst. Als Maß des sozioökonomischen Status wurde der ISEI (International Standard Socio-Economic Index; Ganzeboom et al. 1992) verwendet. Dieses Maß basiert auf Informationen über die Berufsausbildung und den gegenwärtigen Beruf der Eltern. Dazu wurde die Kategorisierung des ISCO Codes (International Standard Classification of Occupations) herangezogen. Ein zweiter binärer Indikator erfasst, ob der Haushaltsvorstand der Familie arbeitslos ist und/oder ob die Familie Sozialhilfe bezieht. Als Maß für das Bildungsniveau der Jugendlichen wurde die von ihnen besuchte Schulform (von BVJ und Hauptschule bis zum Gymnasium) verwendet.

Zur Erfassung familiärer Sozialisationserfahrungen, insbesondere der Viktimisierung durch elterliche körperliche Gewalt in der Kindheit, die nach unseren früheren Erkenntnissen einen deutlichen Effekt auf die Wahrscheinlichkeit gewaltförmigen Verhaltens junger Menschen hat (vgl. Enzmann und Wetzels 2001; Wetzels et al. 2001), wurde eine deutsche Adaptation der „Conflict Tactics Scales“ (Straus 1979) verwendet. Aus Angaben der Jugendlichen dazu, wie häufig sie vor ihrem zwölften Lebensjahr elterliche Gewalt verschiedener Intensitätsgrade – von milden Formen der Bestrafung (z.B. Ohrfeigen) bis zu schweren Formen der Misshandlung (Tritte, Faustschläge ins Gesicht) – erlebt haben, wurde eine Skala der Gewalterfahrungen in der Kindheit konstruiert, die von 1 (nie) über 2 (leicht gezüchtigt), 3 (schwer gezüchtigt), 4 (selten misshandelt) bis 5 (gehäuft misshandelt) reicht (vgl. dazu im Einzelnen Wetzels et al. 2001).

Tabelle 1: Skala „Gewaltlegitimierende Männlichkeitsnormen" (GLMN)

	M	SD	r_{it}
Ein richtiger Mann ist stark und beschützt seine Familie.	3.05	0.83	.45
Ein Mann, der nicht bereit ist, sich gegen Beleidigungen mit Gewalt zu wehren, ist ein Schwächling.	1.75	0.83	.54
Als Vater ist der Mann das Oberhaupt der Familie und darf sich notfalls auch mit Gewalt durchsetzen.	1.58	0.86	.46
Wenn eine Frau ihren Mann betrügt, darf er sie schlagen.	1.38	0.69	.45
Ein Mann sollte bereit sein, Frau und Kinder mit Gewalt zu verteidigen.	2.58	0.97	.51
Einem Mann als Familienvater müssen Frau und Kinder gehorchen.	1.68	0.78	.52
Ein richtiger Mann ist bereit, sich mit körperlicher Gewalt gegen jemanden durchzusetzen, der schlecht über die Familie redet.	1.85	0.85	.65
Männern sollte es erlaubt sein, Schusswaffen zu besitzen, um Familie oder Eigentum zu beschützen.	1.71	0.92	.52

Anmerkung: Gesamtskala: M = 1,95; SD = 0,55; Cronbachs Alpha = 0.80; N = 8578.

Für die Erfassung gewaltlegitimierender Männlichkeitsnormen (GLMN) im Sinne des Konzepts der „Kultur der Ehre" wurde eine aus acht Items bestehende Skala konstruiert (*Tabelle 1*). Die Items wurden aus Nisbetts Beschreibungen von Einstellungen und Verhaltensweisen abgeleitet, die charakteristische Merkmale der Kultur der Ehre darstellen (Nisbett 1993; Nisbett und Cohen 1996). Die Antwortmöglichkeiten reichen von 1 (lehne vollkommen ab) bis 4 (stimme vollkommen zu). Die GLMN Skala ist einfaktoriell; ihre interne Konsistenz (Cronbachs Alpha) in der vorliegenden Stichprobe ist mit .80 zufriedenstellend.

Zur Prüfung der Konstruktvalidität wurden zunächst die Korrelationen dieser Skala mit einer Skala zur Erfassung gewaltbefürwortender Einstellungen (GBE) sowie einer Skala zur Erfassung traditioneller, nicht egalitärer Geschlechtsrollenorientierungen (TGO) analysiert. GBE wurden mit einer aus elf Items bestehenden, einfaktoriellen Skala erfasst, deren Antwortkategorien von 1 (niedrig) bis 4 (hoch) reichen. Die interne Konsistenz ist mit Cronbachs Alpha = .90 recht hoch. In einer früheren Studie hatte sich zudem eine zufriedenstellende Test-Retest-Reliabilität gezeigt (r_{tt} = .78; vgl. Wetzels 2000). Im Mittel liegt die Ausprägung gewaltbefürwortender Einstellungen in der hier untersuchten Stichprobe bei M = 1.88 (SD = .63). Den theoretischen Erwartungen entsprechend überlappen sich zwar beide Konstrukte mit einer positiven Korrelation von r = .66 (p < .001), sind aber mit 44 Prozent gemeinsamer Varianz keinesfalls deckungsgleich.

Zur Messung der Geschlechtsrollenorientierung wurde eine aus neun Items bestehende Skala verwendet, die auch von Strobl und Kühnel (2000) verwendet wurde. Die Items akzentuieren den Aspekt der inner- und extrafamiliären Zuständigkeiten von Mann und Frau (z.B. „Um die Kinder muss sich die Frau kümmern"), geschlechtsbezogene Differenzen sozialer Partizipationsansprüche (z.B. „Es genügt für eine Frau, Hausfrau und Mutter zu sein" oder „Eine gute Berufsausbildung ist für Frauen nicht so wichtig wie für Männer") sowie die Kontrolle von Männern über Frauen (z.B.

„Eine Frau sollte auch ohne ihren Mann in eine Kneipe gehen dürfen."). Die Skala ist ebenfalls einfaktoriell. Ihre interne Konsistenz ist mit Cronbachs Alpha = .83 zufriedenstellend. In der hier untersuchten Stichprobe liegt der Mittelwert der von 1 (nicht traditionell) bis 4 (sehr traditionell) reichenden Skala bei $M = 2.05$ ($SD = .60$). Traditionelle Geschlechtsrollenorientierungen (TGO) korrelieren, wie theoretisch postuliert, gleichfalls positiv mit GLMN ($r = .66$, $p < .001$), ohne dass die Konstrukte mit 44 Prozent gemeinsamer Varianz deckungsgleich wären. Insgesamt sprechen diese Ergebnisse für die Konstruktvalidität der GLMN-Skala, da in die Ausprägung von GLMN neben Gewaltakzeptanz auch traditionelle, nicht egalitäre Geschlechtsrollenorientierungen als konstituierende Merkmale der Auffassung von Männlichkeit eingehen sollten, weshalb eine Überlappung dieser Konstrukte zu erwarten ist.

Zur Prüfung, ob die GLMN-Skala inhaltlich den spezifischen Aspekt der Gewaltlegitimation in Fällen von Ehrverletzung valide abbildet, wurden über zwei Fallvignetten die Reaktionsneigungen der Jugendlichen bezogen auf potenziell ehrverletzende Erlebnisse erhoben. Dazu wurden zwei recht drastische Situationen vorgegeben, die in den Bereich der Sexualität hineinragende Beleidigungen enthalten. Die Befragten wurden gebeten, sich vorzustellen, sie selbst seien Elternteile. Vignette 1 enthält die Vorgabe, die 13-jährige Tochter komme nach Hause und teile mit, dass ein anderes Mädchen in der Schule gesagt habe „Deine Mutter ist eine Hure". Gefragt wurde, welchen Rat die Befragten in der Elternrolle der Tochter geben würden. Vorgegebene Möglichkeiten waren: Die Tochter soll das ignorieren; sie soll Lehrer/in um Hilfe bitten; sie soll mit dem anderen Mädchen reden und es auffordern, damit aufzuhören; sie selbst soll das andere Mädchen verprügeln; sie soll einen befreundeten Jungen bitten, das andere Mädchen zu verprügeln. Zu jedem dieser Ratschläge konnten die Jugendlichen auf einer Skala von 1 (stimmt gar nicht) bis 4 (stimmt völlig) angeben, inwieweit sie den jeweiligen Ratschlag erteilen würden. In ähnlicher Weise wurde in Vignette 2 für einen Sohn gefragt, welchen Rat sie ihm in der Elternrolle erteilen würden, wenn dieser berichten würde, dass er in der Schule von einem Mitschüler als „schwule Sau" beschimpft werde.[4] Auch hier waren gleichartige Ratschläge vorgegeben, von denen einer das Ignorieren und zwei die Aufforderung zur Gewaltanwendung (eigenständig den Jungen zu verprügeln) bzw. Unterstützung bei Gewaltanwendung zu suchen (einen Freund zu bitten, den Jungen zu verprügeln) enthielten.

Personen, die Auffassungen entsprechend dem Konzept der „Kultur der Ehre" vertreten, sollten sich dadurch auszeichnen, dass sie ein Ignorieren einer solchen Beleidigung seltener für die adäquate Reaktion halten und Ratschläge zu gewaltförmigen Reaktionen eher befürworten als Personen, die ein solches Konzept für sich nicht akzeptieren. Die beiden Items, welche ein Ignorieren der geschilderten Beleidigung nahe legen (je ein Item für Sohn und Tochter), korrelieren mit $r = .75$ ($p < .001$). Diese bilden die Skala „Ignorieren". Die vier Items, welche Gewalt als Reaktionsalternative enthalten, laden gemeinsam auf einem Faktor, der 64,5 Prozent der Varianz aufklärt. Die mit diesen vier Items gebildete Skala weist eine interne Konsistenz von Alpha = .88 auf.

4 Hier ist zu beachten, dass in Gruppen türkischer männlicher Jugendlicher (im Gegensatz zu deutschen Jugendlichen) mit „schwul" nicht in erster Linie Homosexualität assoziiert wird, sondern ein passives, nicht souveränes oder unerschrockenes Auftreten (Tertilt 1996: 194ff.).

Wie theoretisch postuliert korreliert die Skala für das Ignorieren von Beleidigungen negativ mit GLMN ($r = -.35$; $p < .001$). Bei hoher Ausprägung von GLMN raten die Jugendlichen also seltener zum Ignorieren einer Beleidigung. Weiter korreliert die GLMN Skala mit der Skala für Gewaltempfehlungen im Falle solcher sexuell konnotierter Beleidigungen positiv ($r = .59$; $p < .001$): Je höher gewaltlegitimierende Männlichkeitsnormen, desto häufiger wird zur Anwendung von Gewalt als Reaktion auf Beleidigungen geraten. Die Ergebnisse stützen somit die Annahme, dass die GLMN-Skala auch in dieser Hinsicht das Konzept der Kultur der Ehre erfasst.

IV. Ergebnisse

Es zeigt sich, dass die soziale Lage der jugendlichen Migranten dieser Stichprobe in mehrfacher Hinsicht durch Benachteiligungen gekennzeichnet ist (*Tabelle 2*). Der sozioökonomische Status ihrer Familien ist signifikant geringer. Dies gilt vor allem für die türkischen Jugendlichen, und zwar auch dann, wenn sie eingebürgert sind. Die Rate jugendlicher Migranten, die ein Gymnasium besuchen, ist ebenfalls signifikant unterdurchschnittlich. Auch das ist für türkische Jugendliche besonders deutlich. Des Weiteren ist der Anteil der Eltern, die arbeitslos sind oder Sozialhilfe beziehen, bei Jugendlichen aus Migrantenfamilien signifikant erhöht.

Im Hinblick auf die Prävalenzen selbstberichteter Delinquenz finden sich ferner, wie zu erwarten war, deutliche Geschlechtsunterschiede, die für Ladendiebstahl relativ gering, für die übrigen Delikte jedoch recht ausgeprägt sind (*Tabelle 3*). So liegen die Prävalenzraten männlicher Jugendlicher etwa drei- bis viermal höher als die der weiblichen Befragten. Speziell Gewaltdelikte werden weit überwiegend von männlichen Jugendlichen begangen. Wegen dieser deutlichen Unterschiede männlicher und weiblicher Jugenddelinquenz wurden die weiteren Analysen nach Geschlecht getrennt durch-

Tabelle 2: Sozioökonomischer Status, Bildungsniveau und Arbeitslosigkeit/Sozialhilfe der Eltern nach ethnischer Gruppe

Ethnizität	ISEI (Mittelwert)	Bildung (Rate jugendlicher Gymnasiasten)	Rate elterlicher Arbeitslosigkeit/ Sozialhilfebezugs
einheimisch deutsch	49,47	**40,3%**	7,9%
Aussiedler (ehem. SU)	38,18[a]	21,8%	**18,9%**
Aussiedler (andere)	40,10[a]	41,5%	7,9%
eingebürgert (Türkei)	38,24[a]	15,5%	**13,4%**
eingebürgert (andere)	46,97	37,7%	10,9%
Ausländer (Türkei)	34,64[a]	10,0%	**13,3%**
Ausländer (ehem. Jugosl.)	37,64[a]	8,0%	**13,3%**
Ausländer (Südeuropa)	37,25[a]	12,9%	9,7%
Ausländer (andere)	47,07	34,4%	**20,6%**
Gesamt[1] (Durchschnitt)	47,67	36,9%	9,3%
	$F = 76.05$***	$\chi^2_{(8)} = 306.3$***	$\chi^2_{(8)} = 115.1$***

Anmerkungen: [1] $n = 9278$; ***: $p < .001$; [a] Sozioökonomischer Status signifikant niedriger als bei Einheimischen (post-hoc Tukey-Test); fett: signifikant über dem Durchschnitt; unterstrichen: signifikant unter dem Durchschnitt.

Tabelle 3: Prävalenz von Gewalt- und Eigentumsdelikten nach Geschlecht und Ethnizität

	Männer[1]		Frauen[2]	
Ethnizität	Gewaltdelikte	Eigentums-delikte	Gewaltdelikte	Eigentums-delikte
einheimisch deutsch	22,8 %	33,6 %	7,8 %	28,2 %
Aussiedler (ehem. SU)	27,2 %	40,7 %	3,2 %	12,0 %
Aussiedler (andere)	25,9 %	35,3 %	7,6 %	**39,2 %**
eingebürgert (Türkei)	**38,5 %**	30,8 %	**17,8 %**	20,0 %
eingebürgert (andere)	**31,7 %**	36,6 %	**13,2 %**	**33,9 %**
Ausländer (Türkei)	**42,3 %**	36,5 %	**19,4 %**	17,7 %
Ausländer (ehem. Jugosl.)	**35,2 %**	34,4 %	11,9 %	28,1 %
Ausländer (Südeuropa)	29,3 %	36,2 %	3,0 %	25,8 %
Ausländer (andere)	27,2 %	31,7 %	8,4 %	27,2 %
gesamt (Durchschnitt)	24,9 %	34,0 %	8,6 %	27,8 %
$\chi^2_{(8)}$	52.31***	3.84	51.79***	37.13***

Anmerkung: [1] $n = 4473$; [2] $n = 4806$; ***: $p < .001$; fett: signifikant über dem Durchschnitt; unterstrichen: signifikant unter dem Durchschnitt.

geführt. *Tabelle 3* zeigt auch, dass es vor allem mit Blick auf Gewaltdelikte deutliche Unterschiede der Delinquenzbelastung der verschiedenen ethnischen Gruppen Jugendlicher gibt. So liegen die Prävalenzraten für Gewaltdelikte bei einheimischen Deutschen signifikant unter dem Durchschnitt. Die höchsten Raten finden sich bei Jugendlichen türkischer Herkunft. Obwohl sich bei den weiblichen Jugendlichen wie o.a. signifikant niedrigere Raten finden, weisen männliche und weibliche Jugendliche ein ähnliches Muster ethnischer Unterschiede auf.

Vor dem Hintergrund der Diskussion über die Bedeutung kultureller Differenzen als einer Erklärung für ethnisch divergierende Delinquenzraten ist bemerkenswert, dass es bezüglich der Eigentumsdelikte männlicher Jugendlicher keine Unterschiede zwischen Jugendlichen türkischer und anderer Herkunft gibt und die Rate von Eigentumsdelikten weiblicher türkischer Jugendlicher sogar signifikant *unter* dem Durchschnitt liegt. Insgesamt sind die Prävalenzraten der türkischen Jugendlichen also für Gewaltdelikte signifikant überdurchschnittlich, während sie für Eigentumsdelikte eher unter dem Durchschnitt liegen.

Aufschlussreich sind auch die Vergleiche der Inzidenzen, insbesondere bezüglich der Unterschiede zwischen den verschiedenen Migrantengruppen und den einheimischen deutschen Jugendlichen (*Tabelle 4* und *Tabelle 5*).[5] Die Exponentialfunktion der Regressionsparameter (e^b) stellt den Faktor dar, um dessen Größe bei einer Veränderung der unabhängigen Variablen um eine Einheit (hier: die dummykodierte Gruppenzugehörigkeit) sich die vorhergesagte Inzidenz verändert (vgl. Cohen et al. 2003). Im Gegensatz zu den Prävalenzraten, bei denen zwischen gelegentlicher und häufiger Delinquenz nicht differenziert wird und die von daher eher die Delinquenz der Mehrheit der weniger auffälligen Jugendlichen widerspiegeln,[6] kommen in den Vergleichen der

5 Negative Binomialregressionen wurden mit *R* Version 1.8.1 (*The R Development Core Team* 2003) berechnet.

6 Ähnliches gilt für Inzidenzklassen, die in unseren ersten Analysen benutzt wurden. Dies erklärt auch die Unterschiede zu den Ergebnissen in Wilmers et al. (2002).

Tabelle 4: Inzidenz von Gewalt- und Eigentumsdelikten in Abhängigkeit von Ethnizität (männliche Jugendliche)

	Gewaltdelikte		Eigentumsdelikte	
UV	***B***	**Exp(*B*)[a]**	***B***	**Exp(*B*)[a]**
Aussiedler (ehem. SU)	–0.35	1.42^{-1}	–0.72*	2.05^{-1}
Aussiedler (andere)	–0.21	1.23^{-1}	0.13	1.13
eingebürgert (Türkei)	0.66	1.94	–0.42	1.52^{-1}
eingebürgert (andere)	0.37	1.44	0.21	1.24
Ausländer (Türkei)	0.78**	2.17	0.22	1.25
Ausländer (ehem. Jugosl.)	0.77**	2.16	0.08	1.09
Ausländer (Südeuropa)	0.16	1.17	0.27	1.31
Ausländer (andere)	0.72**	2.06	0.60**	1.82
$\chi^2_{(8)}$	35.7***		17.7*	

Anmerkungen: Negative Binomialregression mit einheimischen Deutschen als Referenzgruppe; N = 4473; [a] Odds-Ratios < 1 sind als 1/Exp(B) dargestellt; *: p < 05; **: p < .01; ***: p < .001.

Tabelle 5: Inzidenz von Gewalt- und Eigentumsdelikten in Abhängigkeit von Ethnizität (weibliche Jugendliche)

	Gewaltinzidenz		Eigentumsinzidenz	
UV	***B***	**Exp(*B*)[a]**	***B***	**Exp(*B*)[a]**
Aussiedler (ehem. SU)	–2.11***	8.27^{-1}	–1.50***	4.50^{-1}
Aussiedler (andere)	–0.67	1.96^{-1}	–0.03	1.03^{-1}
eingebürgert (Türkei)	0.78	2.18	0.40	1.50
eingebürgert (andere)	0.15	1.16	0.55***	1.73
Ausländer (Türkei)	0.46	1.58	–0.17	1.19^{-1}
Ausländer (ehem. Jugosl.)	0.04	1.04	0.13	1.14
Ausländer (Südeuropa)	–1.88*	6.55^{-1}	0.06	1.06
Ausländer (andere)	0.90*	2.47	–0.25	1.29^{-1}
$\chi^2_{(8)}$	23.6**		38.8*	

Anmerkungen: Negative Binomialregression mit einheimischen Deutschen als Referenzgruppe; N = 4806; [a] Odds-Ratios < 1 sind als 1/Exp(B) dargestellt; *: p < 05; **: p < .01; ***: p < .001.

Inzidenzen auch die (unterschiedlichen) Anteile der Intensivtäter bzw. die Menge der in den jeweiligen Gruppen begangenen Delikte zum Tragen. Dabei zeigt sich als wesentlicher Unterschied zu den Prävalenzraten, dass sich nicht bei eingebürgerten Jugendlichen mit türkischem Hintergrund, sondern bei denjenigen Migrantengruppen, die am stärksten marginalisiert bzw. benachteiligt sind, die höchsten Gewaltdelinquenzraten finden (nicht eingebürgerte türkische Jugendliche, Ausländer aus dem ehemaligen Jugoslawien, und die heterogene Gruppe der anderen Ausländer, unter denen sich als eine bedeutsame Teilgruppe viele Flüchtlinge bzw. Kinder von Flüchtlingen finden). Diese Gruppe zeichnet sich – was die männlichen Jugendlichen betrifft – auch durch deutlich erhöhte Eigentumsdelinquenz aus. Des Weiteren zeigt sich, dass die Aussiedler (vor allem aus der ehemaligen Sowjetunion) auch hinsichtlich der Inzidenz eine geringere Delinquenz als die einheimischen Deutschen aufweisen.

Da auch in den folgenden Analysen die Gruppen der männlichen und weiblichen Jugendlichen getrennt analysiert werden, ist es wesentlich, sich zu vergegenwärtigen, dass die dort beschriebenen Effekte bei deutlich unterschiedlichen Niveaus von Delin-

quenz bestehen: Unabhängig vom Migrantenstatus ist die Inzidenz der Gewaltdelikte bei männlichen Jugendlichen um den Faktor 3,2 höher als bei weiblichen Jugendlichen ($\chi^2_{(1)} = 199.4$, $p < .001$). Hinsichtlich der Inzidenz von Eigentumsdelinquenz ist der Unterschied (wie bei den Prävalenzraten) zwar geringer, aber auch hier ist die Inzidenz männlicher Jugendlicher deutlich höher (um das 2,3-fache; $\chi^2_{(1)} = 194.7$, $p < .001$).

Hinsichtlich der theoretisch zentralen unabhängigen Variablen, der Ausprägung gewaltlegitimierender Männlichkeitsvorstellungen, zeigt *Abbildung 1* das Ergebnis einer zweifaktoriellen Varianzanalyse. Wie erwartet unterscheidet sich die Ausprägung gewaltlegitimierender Männlichkeitsnormen (GLMN) sowohl zwischen den Geschlechtern ($F_{(1, 9274)} = 2196$; $p < .001$) als auch zwischen den ethnischen Gruppen ($F_{(8, 9267)} = 133$; $p < .001$).

Innerhalb der ethnischen Gruppen haben die männlichen Befragten jeweils einen höheren GLMN-Wert als die weiblichen Jugendlichen. Zugleich findet sich bezogen auf die Unterschiede der ethnischen Gruppen für beide Geschlechter ein ähnliches Muster. Offenbar sind auch weibliche Jugendliche der jeweiligen ethnischen Gruppen durch derartige Männlichkeitsvorstellungen beeinflusst. Die höchsten GLMN-Werte weisen Jugendliche türkischer Herkunft auf, die niedrigsten einheimische Deutsche.

Eine hierarchische Regression von GLMN auf Geschlecht, sozioökonomischen Status (ISEI) und Ethnizität zeigt ein weiteres bemerkenswertes Ergebnis (*Tabelle 6*): Zwar bleibt auch nach Kontrolle von Geschlecht und sozioökonomischem Status ein signifikanter Effekt der ethnischen Gruppe bestehen, wenn diese als dummy-kodierte Variable als letzter Block berücksichtigt wird ($F_{(8, 9268)} = 64{,}18$, $p < .001$). Die Unterschiede von GLMN zwischen den ethnischen Gruppen können also nicht allein auf Unterschiede des sozioökonomischen Status zurückgeführt werden. Die Analysen zeigen aber auch, dass unabhängig von ethnischer Zugehörigkeit Jugendliche aus Familien mit niedrigem sozioökonomischem Status gewaltlegitimierende Männlichkeitsnormen stärker bejahen.

Abbildung 1: Gewaltlegitimierende Männlichkeitsnormen nach Ethnizität und Geschlecht (Mittelwerte und 95 Prozent Konfidenzintervalle)

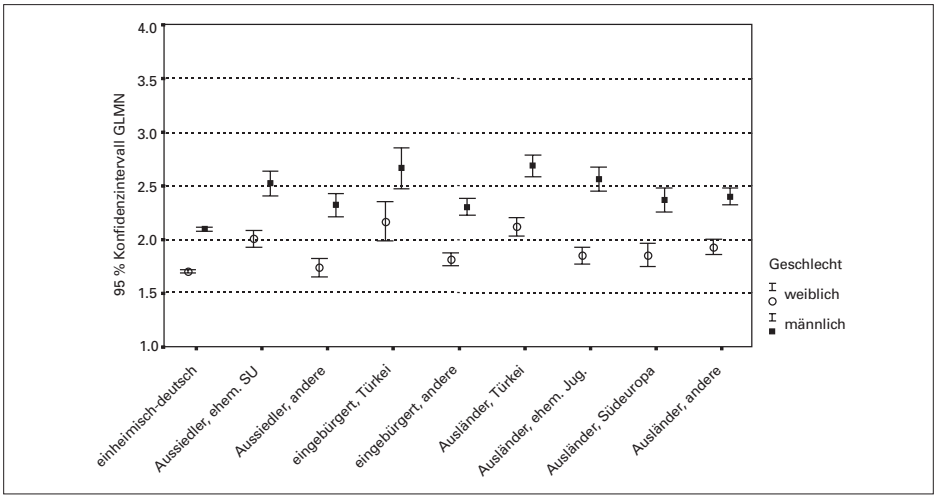


Tabelle 6: Regression von gewaltlegitimierenden Männlichkeitsnormen auf Geschlecht, sozioökonomischen Status (ISEI) und Ethnizität

unabhängige Variable	*b*	*beta*	*t*	*p*
männlich	.43	.39	42.81	< .001
ISEI	–.00	–.15	–15.64	< .001
Aussiedler (ehem. SU)	.30	.08	8.72	< .001
Aussiedler, andere	.09	.02	2.26	.024
eingebürgert, Türkei	.46	.09	9.37	< .001
eingebürgert, andere	.14	.06	6.34	< .001
Ausländer, Türkei	.43	.14	15.47	< .001
Ausländer, ehem. Jugosl.	.24	.07	7.97	< .001
Ausländer, Südeuropa	.15	.03	3.40	< .001
Ausländer, andere	.25	.09	10.15	< .001
(Konstante)	1.93		112.84	.001

Anmerkung: Gesamtmodell: adjustiertes R^2 = *.23,* $F_{(10,\ 9268)}$ = 274,27, p < .001; Ethnizität: R^2-Zuwachs = .04, F-Veränderung $_{(8,\ 9268)}$ = 64,18, p < .001; einheimisch Deutsche sind mit 0 kodiert.

Zur multivariaten Analyse der Relevanz gewaltlegitimierender Männlichkeitsnormen (GLMN) für die Erklärung der Unterschiede der aktiven Gewaltdelinquenz zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen wurden, getrennt für männliche und weibliche Jugendliche, hierarchische negative Binomialregressionsmodelle mit Gewaltinzidenz als Kriteriumsvariable geprüft. Das erste Modell (*Modell 0*, vgl. *Tabelle 4* und *Tabelle 5*) enthält als unabhängige Variable nur die ethnische Gruppe (Dummy-kodierte Variablen der Zugehörigkeit zu den jeweiligen ethnischen Gruppen als Block; Referenzgruppe: einheimische Deutsche). Dieses *Modell 0* dient als Vergleichsmaßstab, um den Effekt von Indikatoren der sozialen Lage, der familiären Sozialisation sowie gewaltlegitimierender Männlichkeitsnormen für die Erklärung ethnischer Unterschiede delinquenten Verhaltens bewerten zu können.

Die im ersten Schritt in das Modell aufgenommenen Variablen der soziostrukturellen Faktoren (Arbeitslosigkeit/Sozialhilfebezug und sozioökonomischer Status der Eltern) haben vor allem bei männlichen Jugendlichen signifikante Effekte auf die Inzidenz von Gewaltdelikten. Nach deren Kontrolle zeigt das im zweiten Schritt aufgenommene Schulbildungsniveau für beide Geschlechter einen sehr massiven und signifikanten Effekt: Je niedriger das Bildungsniveau, desto größer ist das Risiko, dass diese Jugendlichen ein Gewaltdelikt begehen. Die Effekte der soziostrukturellen Variablen werden deutlich geringer. Offensichtlich ist das Bildungsniveau, das mit dem sozioökonomischen Status der Eltern korreliert ist, eine proximalere Variable. Die in Schritt drei aufgenommene Variable „erlittene Elterngewalt in der Kindheit" hat auch nach Kontrolle der soziostrukturellen Faktoren und des Bildungsniveaus für beide Geschlechter noch einen nachweisbaren Effekt auf die aktive Gewaltdelinquenz. Unabhängig von der erfahrenen Elterngewalt in der Kindheit ist die Gewalttäterrate der Jugendlichen aus sozial benachteiligten Familien etwas höher. Nach Kontrolle aller bisher genannten Variablen ist der als Block in die Regressionsgleichung aufgenommene Faktor Ethnizität nicht mehr signifikant, allerdings ist im Einzelvergleich von einheimischen Deutschen und der Gruppe der anderen Ausländer die Gewaltinzidenz männlicher und weiblicher Jugendlicher (auf unterschiedlichem Niveau, s.o) immer noch deutlich (und signifikant) erhöht (männliche Jugendliche: 2,3-fach, weibliche Jugendli-

che: 3,8-fach). Diese erhöhten Inzidenzen lassen sich somit nicht alleine mit Verweis auf die schlechtere soziale Lage dieser Migrantengruppe erklären.

Das Gesamtmodell schließlich zeigt, dass auch nach Kontrolle aller Faktoren (d.h. auch unabhängig von ethnischer Zugehörigkeit) die Ausprägung gewaltlegitimierender Männlichkeitsnormen in beiden Geschlechtern ein starker und signifikanter Prädiktor der Inzidenz von Gewaltdelikten ist (*Tabelle 7* und *Tabelle 8*). Nach Kontrolle auch dieser Variable findet sich in keiner Migrantengruppe mehr eine gegenüber den einheimischen Deutschen erhöhte Gewaltinzidenz. Es ist demgegenüber bemerkenswert, dass im Einzelvergleich Aussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion sogar eine deutlich geringere Gewaltinzidenz aufweisen als einheimische Deutsche. Wenn auch nicht signifikant, so ist doch bei den männlichen Jugendlichen die Gewaltinzidenz fast aller Migrantengruppen ebenfalls geringer als die einheimischer deutscher Jugendlicher. Offensichtlich sind auch bei Anwendung der angemesseneren Analysemethode der negativen Binomialregressionen gewaltlegitimierende Männlichkeitsnormen generell zur Erklärung der Gewaltdelinquenz jugendlicher Migranten bedeutsam. Wie der Vergleich mit *Modell 0* zeigt, werden hier allerdings (im Gegensatz zu den früheren Resultaten, vgl. Wilmers et al. 2002) mittels GLMN nicht in erster Linie Unterschiede zwischen Ethnien, sondern Unterschiede zwischen Migranten mit unterschiedlichem Status erklärt. So verläuft die Trennlinie zwischen den stärker und weniger stark delinquenten Migrantengruppen nicht entlang der ethnischen Zugehörigkeit, sondern entlang der Ausgrenzung aus der deutschen Gesellschaft: Während eingebürgerte männliche Jugendliche ehemals türkischer Nationalität keine signifikant höhere Gewaltinzidenz aufweisen, findet sich bei nicht eingebürgerten türkischen Jugendlichen ebenso wie bei Jugendli-

Tabelle 7: Negative Binomialregression von Gewaltdelinquenz (Inzidenz) auf soziostrukturelle Faktoren, Sozialisationserfahrungen, Männlichkeitsnormen und Ethnizität (männliche Jugendliche)

UV	*B*	*S.E.*	Exp(*B*)[a]
Soziale Lage			
arbeitslos/Sozialhilfebezug	0.33	.15*	1.39
sozioökonomischer Status	–0.00	.00	1.00^{-1}
Schulform (0: Gymnasium)			
BVJ	0.79	.23***	2.19
Hauptschule	0.89	.14***	2.44
Gesamt-/Realschule	0.75	.11***	2.12
Elterngewalt in der Kindheit	0.20	.04***	1.22
Männlichkeitsnormen	1.53	.08***	4.64
Ethnizität (0: einheimisch deutsch)			
Aussiedler (ehem. SU)	–1.07	.33**	2.91^{-1}
Aussiedler (andere)	–0.42	.32	1.52^{-1}
eingebürgert (Türkei)	–0.32	.38	1.37^{-1}
eingebürgert (andere)	–0.11	.20	1.11^{-1}
Ausländer (Türkei)	–0.20	.23	1.22^{-1}
Ausländer (ehem. Jugoslawien)	–0.38	.25	1.46^{-1}
Ausländer (Südeuropa)	–0.27	.36	1.30^{-1}
Ausländer (andere)	0.17	.20	1.18

Anmerkungen: $N = 4473$; $\chi^2_{(15)} = 658.6$***; [a] Faktoren < 1 sind als 1/Exp(*B*) dargestellt; *: $p < .05$; **: $p < .01$; ***: $p < .001$.

Tabelle 8: Negative Binomialregression von Gewaltdelinquenz (Inzidenz) auf soziostrukturelle Faktoren, Sozialisationserfahrungen, Männlichkeitsnormen und Ethnizität (weibliche Jugendliche)

UV	*B*	*S.E.*	Exp(*B*)[a]
Soziale Lage			
arbeitslos/Sozialhilfebezug	–0.46	.24	1.59^{-1}
sozioökonomischer Status	0.03	.00***	1.03
Schulform (0: Gymnasium)			
BVJ	2.47	.42***	11.87
Hauptschule	2.08	.24***	7.99
Gesamt-/Realschule	1.91	.18***	6.77
Elterngewalt in der Kindheit	0.38	.06***	1.47
Männlichkeitsnormen	1.70	.16***	5.50
Ethnizität (0: einheimisch deutsch)			
Aussiedler (ehem. SU)	–2.03	.59***	7.58^{-1}
Aussiedler (andere)	0.71	.53	2.03
eingebürgert (Türkei)	0.67	.65	1.95
eingebürgert (andere)	0.29	.28	1.34
Ausländer (Türkei)	–0.18	.36	1.20^{-1}
Ausländer (ehem. Jugoslawien)	0.23	.40	1.26
Ausländer (Südeuropa)	–2.86	1.00**	17.52^{-1}
Ausländer (andere)	0.36	.34	1.44

Anmerkungen: $N = 4806$; $\chi^2_{(15)} = 447.2$***; [a] Faktoren < 1 sind als 1/Exp(*B*) dargestellt; *: $p < .05$; **: $p < .01$; ***: $p < .001$.

chen aus dem ehemaligen Jugoslawien und in der Gruppe der anderen Ausländer eine deutlich erhöhte Gewaltdelinquenz.

Werden die hier für Gewaltdelikte dargestellten multivariaten Analysen auch für die Inzidenz der Eigentumsdelikte durchgeführt, dann zeigt sich für männliche wie für weibliche Jugendliche, dass auch nach Kontrolle der soziostrukturellen Merkmale insbesondere in der Gruppe der anderen Ausländer die Inzidenz gegenüber den einheimischen Deutschen um das 1,9-fache erhöht und die Eigentumsdelinquenz der Aussiedler um den Faktor 2,4 geringer ist. Wird zusätzlich der Effekt von GLMN berücksichtigt (vgl. *Tabelle 9*), dann findet sich bei den männlichen einheimischen Deutschen eine signifikant höhere Inzidenz der Eigentumsdelinquenz als bei nicht eingebürgerten türkischen Jugendlichen, während die Eigentumsdelinquenz der Jugendlichen aus der Gruppe der anderen Ausländer nicht mehr signifikant erhöht ist. Der direkte Effekt der GLMN ist allerdings auch nach Kontrolle aller übrigen Variablen noch deutlich positiv: Die gewaltlegitimierenden Männlichkeitsnormen selbst erhöhen die Inzidenz der Eigentumsdelinquenz männlicher Jugendlicher um den Faktor 2,3. Für die weiblichen Jugendlichen finden sich (auf unterschiedlichem Niveau, s.o.) gleichartige Effekte (*Tabelle 10*): Auch hier ist nach Kontrolle soziostruktureller Merkmale und GLMN die Inzidenz der Eigentumsdelinquenz der einheimischen Deutschen signifikant höher als die der nicht eingebürgerten türkischen Jugendlichen und GLMN erhöhen unabhängig von ethnischer Zugehörigkeit die Eigentumsdelinquenz direkt um den Faktor 2,1.

Tabelle 9: Negative Binomialregression von Eigentumsdelinquenz (Inzidenz) auf sozio-strukturelle Faktoren, Sozialisationserfahrungen, Männlichkeitsnormen und Ethnizität (männliche Jugendliche)

UV	*B*	*S.E.*	Exp(*B*)[a]
Soziale Lage			
arbeitslos/Sozialhilfebezug	–0.34	.15*	1.40^{-1}
sozioökonomischer Status	0.01	.00	1.01
Schulform (0: Gymnasium)			
BVJ	1.42	.22***	4.14
Hauptschule	0.69	.13***	1.99
Gesamt-/Realschule	0.65	.10***	1.92
Elterngewalt in der Kindheit	0.19	.04***	1.21
Männlichkeitsnormen	0.84	.08***	2.33
Ethnizität (0: einheimisch deutsch)			
Aussiedler (ehem. SU)	–1.06	.32***	2.89^{-1}
Aussiedler (andere)	0.05	.30	1.04
eingebürgert (Türkei)	–0.73	.39	2.07^{-1}
eingebürgert (andere)	0.01	.20	1.01
Ausländer (Türkei)	–0.53	.23*	1.69^{-1}
Ausländer (ehem. Jugoslawien)	–0.28	.25	1.33^{-1}
Ausländer (Südeuropa)	0.26	.36	1.30
Ausländer (andere)	0.35	.20	1.42

Anmerkungen: $N = 4473$; $\chi^2_{(15)} = 314.8$***; [a] Faktoren < 1 sind als 1/Exp(*B*) dargestellt; *: $p < .05$; **: $p < .01$; ***: $p < .001$.

Tabelle 10: Negative Binomialregression von Eigentumsdelinquenz (Inzidenz) auf sozio-strukturelle Faktoren, Sozialisationserfahrungen, Männlichkeitsnormen und Ethnizität (weibliche Jugendliche)

UV	*B*	*S.E.*	Exp(*B*)[a]
Soziale Lage			
arbeitslos/Sozialhilfebezug	0.23	.13	1.26
sozioökonomischer Status	0.00	.00	1.00
Schulform (0: Gymnasium)			
BVJ	0.49	.25*	1.63
Hauptschule	0.43	.13**	1.53
Gesamt-/Realschule	0.14	.09	1.15
Elterngewalt in der Kindheit	0.32	.04***	1.38
Männlichkeitsnormen	0.75	.09***	2.12
Ethnizität (0: einheimisch deutsch)			
Aussiedler (ehem. SU)	–1.53	.29***	4.61^{-1}
Aussiedler (andere)	–0.01	.31	1.01^{-1}
eingebürgert (Türkei)	–0.41	.40	1.50^{-1}
eingebürgert (andere)	0.25	.16	1.29
Ausländer (Türkei)	–0.72	.22***	2.06^{-1}
Ausländer (ehem. Jugoslawien)	–0.05	.24	1.05^{-1}
Ausländer (Südeuropa)	–0.25	.34	1.28^{-1}
Ausländer (andere)	–0.24	.20	1.27

Anmerkungen: $N = 4806$; $\chi^2_{(15)} = 289.3$; [a] Faktoren < 1 sind als 1/Exp(*B*) dargestellt; *: $p < .05$; **: $p < .01$; ***: $p < .001$.

V. Fazit

Ein Ergebnis der hier vorgestellten Analysen ist, dass mit dem angemesseneren statistischen Verfahren der negativen Binomialregression – bei der als abhängige Variablen die Inzidenzen direkt benutzt werden können, ohne sie zuvor in Inzidenzklassen zu transformieren – zentrale Befunde unserer früheren Analysen replizierbar sind.

Allerdings findet sich ein bedeutsamer Unterschied: Die Trennlinie zwischen den stärker und weniger stark delinquenten Jugendlichen verläuft nicht entlang ihrer ethnischen Zugehörigkeit, sondern entlang dem Grad der Ausgrenzung aus der deutschen Mehrheitsgesellschaft. So unterscheiden sich eingebürgerte und nicht eingebürgerte türkische Jugendliche hinsichtlich der Gewaltdelinquenz deutlich. Zusammen mit Jugendlichen aus dem ehemaligen Jugoslawien und der ethnisch heterogenen Gruppe der anderen Ausländer gehören diese Jugendlichen zu den am stärksten marginalisierten Migranten und weisen einen höheren Grad von Eigentumsdelinquenz auf als die einheimischen deutschen Jugendlichen. Bei multivariater Betrachtung verschwindet jedoch die zum Teil deutlich erhöhte Delinquenz einzelner Migrantengruppen oder verkehrt sich in ihr Gegenteil, wenn gewaltlegitimierende Männlichkeitsnormen als zusätzlicher erklärender Faktor berücksichtigt werden.

Diese von unseren bisherigen Ergebnissen abweichenden Befunde unterstreichen die Interpretation, dass es sich bei der als gewaltlegitimierende Männlichkeitsnormen operationalisierten Kultur der Ehre weniger um einen ethnisch spezifischen kulturellen Faktor handelt, als vielmehr um Orientierungen, die über die Ethnien hinweg allgemeiner in Kontexten von sozialer Benachteiligung und Marginalisierung entstehen. Dafür sprechen ebenfalls die schon bisher bekannten Befunde, dass sich nicht nur in Gruppen jugendlicher Migranten, sondern auch bei einheimischen Deutschen mit niedrigem sozioökonomischem Status eine höhere Ausprägung gewaltlegitimierender Männlichkeitsnormen findet und dass darüber hinaus GLMN unabhängig von ethnischer Zugehörigkeit deutliche Effekte nicht nur auf Gewalt-, sondern auch auf Eigentumsdelinquenz haben.

Gewaltlegitimierende Männlichkeitsnormen stehen möglicherweise auch mit Besonderheiten der Bewältigung jugendtypischer (und geschlechtsspezifischer) Entwicklungsaufgaben sowie mit – durch Migrantenstatus verstärkten – Tendenzen zu kollektivistischen Orientierungen im Zusammenhang. So ist denkbar, dass Jugendliche sich in Gruppen zusammenschließen, in denen sie eine milieuspezifische Kultur der Ehre entwickeln. Derartige Orientierungen sind allerdings nicht mit der von Nisbett und Cohen beschriebenen Kultur der Ehre identisch (die ja in den Südstaaten der USA unter besonderen historischen und ökonomischen Bedingungen entstanden ist). Das hier untersuchte Phänomen der Kultur der Ehre dürfte eher jugendtypisch sein und der Entwicklung von Identität und Autonomie (bei gleichzeitiger Abgrenzung von den Werten und Normen der Herkunftsfamilie) unter den Bedingungen von sozialer und kultureller Ausgrenzung aus der Mehrheitsgesellschaft dienen.

Es ist unklar, inwieweit die Verbundenheit mit einer derartigen „Kultur der Ehre" auch tatsächlich eine Hinwendung zu kollektivistischen Orientierungen impliziert, wie sie Karstedt (2001) oder Vandello und Cohen (1999) bei ihren Analysen zum Zusammenhang von Kollektivismus vs. Individualismus und Gewalt im Auge haben. Zwar

zeigt sich auch in der hier untersuchten Stichprobe, dass der Grad der sozialen Ausgrenzung aus der Mehrheitsgesellschaft und soziale Benachteiligung insbesondere in Migrantengruppen mit einer ausgeprägteren religiösen Orientierung (was ein Ausdruck der Neigung zu kollektivistischen Orientierungen ist) und zugleich mit einer stärkeren Gewaltbefürwortung einhergehen (Wetzels und Brettfeld 2003). Kollektivismus vs. Individualismus im Sinne Durkheims ist aber stärker traditionell verankert und stellt eher ein Merkmal größerer sozialer Einheiten dar, während die Befürwortung der hier betrachteten gewaltbefürwortenden Männlichkeitsnormen wahrscheinlich auf milieutypische und eventuell subkulturelle Jugendgruppen beschränkt ist und vermutlich auch ein Ausdruck jugendtypischer Bewältigung von Statusunsicherheit ist.

In diesem Zusammenhang ist weiter der Befund der oben dargestellten Analysen, dass gewaltbefürwortende Männlichkeitsnormen bei weiblichen Jugendlichen ähnlich große direkte Effekte auf Gewalt- und Eigentumsdelinquenz haben wie bei männlichen Jugendlichen (auch wenn das Niveau der Gewalt- und Eigentumsdelinquenz bei weiblichen Jugendlichen deutlich geringer ausgeprägt ist), bemerkenswert. Es erscheint unwahrscheinlich, dass die Auffassung darüber, wie ein „richtiger Mann" auf Ehrverletzungen zu reagieren hat, das delinquente Verhalten weiblicher Jugendlicher kausal beeinflusst. Wesentlich plausibler ist die Annahme von Einflüssen, die sowohl die Befürwortung gewaltlegitimierender Männlichkeitsnormen als auch delinquentes Verhalten (bei weiblichen wie bei männlichen Jugendlichen) erklären können.

In dieser Hinsicht könnte die allgemeine Strain-Theorie von Agnew (1992) ein fruchtbares theoretisches Erklärungsmodell liefern. Agnews Modell postuliert, dass strukturelle soziale Benachteiligungen (*strain*, wie z.B. verminderte soziale Anerkennung, Ausgrenzungs- und Deprivationserfahrungen) sich nicht direkt auf Normkonformität auswirken, sondern erst vermittelt über negative Emotionen, die in einer spezifischen Art und Weise – abhängig von Ressourcen und Bewältigungsstilen – verarbeitet werden. Die für männliche wie für weibliche Jugendliche ähnliche Verfügbarkeit individueller und sozialer Ressourcen zur Bewältigung solcher Erfahrungen wie auch daraus resultierende Ähnlichkeiten der Bewältigungsstrategien selbst können (bei Männern wie Frauen) sowohl die Befürwortung GLMN stimulieren als auch (und unabhängig davon) die Risiken delinquenten Handelns erhöhen. Gewaltlegitimierende Männlichkeitsnormen wären dann ein Kennzeichen der Zugehörigkeit zu bestimmten Teilsegmenten unserer Gesellschaft, und zwar sowohl für männliche wie auch weibliche Jugendliche. Männliche wie weibliche Jugendliche in ähnlichen Lebenslagen und Milieus teilen danach bestimmte soziostrukturelle Erfahrungen und familiäre Sozialisationserlebnisse, was auch auf individueller Ebene ähnliche Bewältigungsstile nach sich ziehen dürfte. Während gewaltlegitimierende Männlichkeitsnormen für männliche Jugendliche auch direkte Wirkungen auf delinquentes Verhalten haben können, entstünde der Zusammenhang zwischen der Befürwortung derartiger Normen und delinquentem Verhalten bei weiblichen Jugendlichen aufgrund der milieuspezifischen gemeinsamen Ursachen für Einstellungen und Verhalten.

Insgesamt lässt sich anhand der vorliegenden Ergebnisse für junge Migranten in der BRD feststellen, dass in bestimmten Milieus in erhöhtem Maße Männlichkeitsvorstellungen und -konzepte existieren, die Gewalt zur Verteidigung von Ehre und als Reaktion auf Selbstwertbedrohungen legitimieren, was wiederum mit einer erhöhten Wahr-

scheinlichkeit einhergeht, Gewaltdelikte zu begehen. Jugendliche mit ausgeprägten gewaltlegitimierenden Männlichkeitsvorstellungen finden sich – wenn auch nicht so zahlreich – auch in der Gruppe der einheimischen Deutschen, und auch dort ist in diesen Fällen eine erhöhte Gewaltdelinquenz nachweisbar. Vor diesem Hintergrund wäre im Rahmen weiterer Forschung zu fragen, in welchem Verhältnis a) die Erfahrung des Migrationsprozesses, daraus resultierende Verunsicherungen und Belastungen einerseits, b) Probleme der Integration in die Aufnahmegesellschaft, soziale Benachteiligung, ethnische sowie milieuspezifische Segregation und die Verfügbarkeit von Ressourcen andererseits, sowie c) des Weiteren spezifische Entwicklungsaufgaben und -probleme Jugendlicher d) vor dem Hintergrund kollektivistischer Orientierungen und kulturell geprägter normativer Vorstellungen von Männlichkeit zueinander stehen und wie sie Einfluss auf die Tendenz zu delinquentem Verhalten entfalten.

Erste Schritte, eine derartig komplexe Fragestellung anzugehen, wären Forschungsprojekte, in denen kollektivistische und jugendtypische normative Orientierungen von Männlichkeit und ihr Zusammenhang mit delinquentem Verhalten sowohl in autochthonen sozialen Randgruppen als auch in den Heimatländern und bei den Eltern solcher jugendlicher Migranten untersucht werden, die in Deutschland durch besonders ausgeprägte gewaltlegitimierende Männlichkeitsvorstellungen auffallen. Ein methodischer Ansatzpunkt wären hier auch Mehrebenenmodelle, in denen die mögliche Kontextabhängigkeit derartiger milieuspezifischer und kulturell verankerter Normen untersucht und die Frage beantwortet werden kann, inwiefern sie vom unmittelbaren sozialen Umfeld der Wohnquartiere geteilt werden. Derartige Ansätze würden es erlauben, bisher überwiegend auf Aggregatdaten gestützte soziologische Studien zum Zusammenhang von Kollektivismus/Individualismus und Gewalt mit auf Individualdaten gestützten entwicklungs- und sozialpsychologischen Analysen zu Sozialisationsbedingungen, Gewalteinstellungen und delinquentem Verhalten zu verbinden sowie Aggregat- und Individualdaten simultan zu analysieren.

Literatur

Agnew, Robert, 1992. Foundation for a General Strain Theory of Crime and Delinquency. Criminology 30: 47–87.

Albrecht, Hans-Jörg, 1997: Ethnic Minorities, Crime, and Criminal Justice in Germany. S. 31–99 in: *Michael Tonry* (Hg.), Ethnicity, Crime, and Immigration: Comparative and Cross-national Perspectives. Crime and Justice. A Review of Research Vol. 21. Chicago: University of Chicago Press.

Cohen, Dov, und *Richard E. Nisbett,* 1997: Field Experiments Examining the Culture of Honor. The Role of Institutions in Perpetuating Norms About Violence. Personality and Social Psychology Bulletin 23: 1188–1199.

Cohen, Jacob, Patricia Cohen, Stephen G. West und *Leona S. Aiken,* 2003: Applied Multiple Regression/Correlation Analysis for the Behavioral Sciences. Mahwah, NJ (3rd ed.): Lawrence Erlbaum.

Delzer, Ingo, 1999: Jugendgewalt in Hamburg. Eine Analyse staatsanwaltschaftlicher Verfahrensakten zu unter 21jährigen Beschuldigten von Raub- und qualifizierten Körperverletzungsdelikten des Jahres 1996. KFN Forschungsbericht. Hannover: Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen.

Deutsch-Türkisches Symposium (Hg.), 2000: Ehre und Würde = Şeref ve onur. Deutsch-Türkisches Symposium 1999. Hamburg: Ed. Körber-Stiftung.

Durkheim, Emile, 1991: Physik der Sitten und des Rechts. Vorlesungen zur Soziologie der Moral. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Eisner, Manuel, 1998: Jugendkriminalität und immigrierte Minderheiten im Kanton Zürich. S. 103–137 in: Schweizerische Arbeitsgruppe für Kriminologie (Hg.), Jugend und Strafrecht. Zürich: Ruegger.

Eisner, Manuel, 2002. Langfristige Gewaltentwicklung: Empirische Befunde und theoretische Erklärungsansätze. S. 58–80 in: *Wilhelm Heitmeyer* und *John Hagan* (Hg.), Internationales Handbuch der Gewaltforschung. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Elias, Norbert, 1976: Über den Prozess der Zivilisation. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Enzmann, Dirk, und *Peter Wetzels,* 2000: Gewaltkriminalität junger Deutscher und Ausländer: Brisante Befunde, die irritieren: Eine Erwiderung auf Ulrich Mueller. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 52: 142–156.

Enzmann, Dirk, und *Peter Wetzels*, 2001. Das Ausmaß häuslicher Gewalt und die Bedeutung innerfamiliärer Gewalt für das Sozialverhalten von jungen Menschen aus kriminologischer Sicht. Familie, Partnerschaft, Recht 7: 246–251.

Fox, John, 1997: Applied Regression Analysis, Linear Models, and Related Methods. Thousand Oaks, CA: Sage.

Ganzeboom, Harry B. G., Paul M. de Graaf, Donald J. Treiman und *Jan de Leeuw,* 1992: A Standard International Socio-Economic Index of Occupational Status. Social Science Research 21: 1–56.

Gilmore, David D, 1990: Manhood in the Making. Cultural Concepts of Masculinity. New Haven: Yale University Press.

Heitmeyer, Wilhelm, Birgit Collmann, Jutta Conrads, Ingo Matuschek, Dietmar Kraul, Wolfgang Kühnel, Renate Möller und *Matthias Ulbrich-Hermann,* 1996: Gewalt: Schattenseiten der Individualisierung bei Jugendlichen aus unterschiedlichen Milieus (2. Aufl.). München: Juventa.

Hüttermann, Jörg, 2000: Der avancierte Fremde. Zur Genese von Unsicherheitserfahrungen und Konflikten in einem ethnisch polarisierten und sozialräumlich benachteiligten Stadtteil. Zeitschrift für Soziologie 29: 275–293.

Karstedt, Susanne, 2001: Die moralische Stärke schwacher Bindungen. Individualismus und Gewalt im Kulturvergleich. Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform 84: 226–243.

Krahé, Barbara, 2001: The Social Psychology of Aggression. Hove: Psychology Press.

Lösel, Friedrich, 1975: Handlungskontrolle und Jugenddelinquenz. Stuttgart: Enke.

Mansel, Jürgen, 1994: Schweigsame kriminelle Ausländer: Eine Replik auf Jo Reichertz und Norbert Schroer. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 46: 299–307.

Mansel, Jürgen, und *Klaus Hurrelmann*, 1998: Aggressives und delinquentes Verhalten Jugendlicher im Zeitvergleich. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 50: 78–109.

Nisbett, Richard E, 1993: Violence and U.S. Regional Culture. American Psychologist 48: 441–449.

Nisbett, Richard E., und *Dov Cohen,* 1996: Culture of Honor: The Psychology of Violence in the South. Boulder, CO: Westview Press.

Pfeiffer, Christian, und *Birke Dworschak*, 1999: Die ethnische Vielfalt in den Jugendstrafanstalten. Ergebnisse einer Umfrage aus dem Sommer 1998. DVJJ-Journal 10: 184–188.

Rebmann, Matthias, 1998: Ausländerkriminalität in der Bundesrepublik Deutschland. Freiburg i.Br.: Max-Planck-Insitut für ausländisches und internationales Strafrecht.

Reichertz, Jo, und *Norbert Schröer,* 1994: Gute Gesinnung oder prüfende Forschung? Eine Erwiderung zu Jürgen Mansels Replik. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 46: 308–311.

Schmidt, Axel, 1994. Wo die Männer sind, gibt es Streit. Ehre und Ehrgefühl im ländlichen Sardinien. S. 193–211 in: *Ludgera Vogt* und *Arnold Zingerle* (Hg.), Ehre. Archaische Momente in der Moderne. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Steffen, Wiebke, 1998: Problemfall „Ausländerkriminalität". S. 663–681 in: *Hans-Jörg Albrecht, Frieder Dünkel, Hans-Jürgen Kerner, Josef Kürzinger, Heinz Schöch, Klaus Sessar* und *Bernd Villmow* (Hg.), Festschrift für Günther Kaiser zum 70.Geburtstag. Berlin: Duncker & Humblot.

Straus, Murray A., 1979: Measuring Intrafamily Conflict and Violence: The Conflict Tactic (CT) Scales, Journal of Marriage and the Family 41: 75–88.

Strobl, Rainer, und *Wolfgang Kühnel*, 2000: Dazugehörig und ausgegrenzt. Analysen zu Integrationschancen junger Aussiedler. Weinheim: Juventa.

Tertilt, Hermann, 1996: Turkish Power Boys. Ethnographie einer Jugendbande. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

The R Development Core Team, 2003: R 1.8.1 – A Language and Environment. Internet: http://www.r-project.org/.

Thome, Helmut, 1992: Gesellschaftliche Modernisierung und Kriminalität. Zum Stand der sozialhistorischen Kriminalitätsforschung. Zeitschrift für Soziologie 21: 212–228.

Tonry, Michael (Hg.), 1997: Ethnicity, Crime, and Immigration. Comparative and Cross-national Perspectives. Crime and Justice: A Review of Research (21). Chicago: University of Chicago Press.

Vandello, Joseph A., und *Dov Cohen,* 1999: Patterns of Individualism and Collectivism Across the United States. Journal of Personality and Social Psychology 77: 279–292.

Walter, Michael, 2001: Migration und damit verbundene Kriminalitätsprobleme. S. 211–230 in: *Jörg-Martin Jehle* (Hg.), Migration und damit verbundene Kriminalitätsprobleme. Mönchengladbach: Forum-Verlag.

Wetzels, Peter, 2000: Ausländerfeindlichkeit und Ethnozentrismus bei Schülerinnen und Schülern: Ergebnisse repräsentativer Befragungen in Rostock und Delmenhorst. Politisches Lernen 18: 50–73.

Wetzels, Peter, und *Katrin Brettfeld,* 2003: Auge um Auge, Zahn um Zahn? Migration, Religion und Gewalt junger Menschen. Eine empirisch-kriminologische Analyse der Bedeutung persönlicher Religiosität für Gewalterfahrungen, -einstellungen und -handeln muslimischer junger Migranten im Vergleich zu Jugendlichen anderer religiöser Bekenntnisse. Münster: Lit Verlag.

Wetzels, Peter, Dirk Enzmann, Eberhard Mecklenburg und *Christian Pfeiffer,* 2001: Jugend und Gewalt. Eine repräsentative Dunkelfeldanalyse in München und acht anderen deutschen Städten. Baden-Baden: Nomos.

Wilmers, Nicola, Dirk Enzmann, Dagmar Schaefer, Karin Herbers, Werner Greve und *Peter Wetzels,* 2002: Jugendliche in Deutschland zur Jahrtausendwende: Gefährlich oder gefährdet? Ergebnisse wiederholter, repräsentativer Dunkelfeldbefragungen zu Gewalt und Kriminalität im Leben junger Menschen 1998–2000. Baden-Baden: Nomos.

V. Gelegenheiten, Entscheidungen und Kontrolle

GELEGENHEITEN, RATIONAL-CHOICE UND SELBSTKONTROLLE

Zur Erklärung abweichenden Handelns in High-Cost- und Low-Cost-Situationen

Christian Seipel und Stefanie Eifler*

Zusammenfassung: Den Ausgangspunkt der Studie bildet die Annahme, dass das in der „General Theory of Crime" von Gottfredson und Hirschi (1990) spezifizierte Persönlichkeitsmerkmal Selbstkontrolle (Self-Control) in Interaktion mit Gelegenheiten (Opportunities) abweichendes Handeln in Alltagssituationen erklären kann. Diese Annahme wird unter Rückgriff auf die in der Rational-Choice-Theorie der allgemeinen Soziologie diskutierte High-Cost-/Low-Cost-These elaboriert. Es wird die These abgeleitet, dass Selbstkontrolle abweichendes Handeln in Low-Cost-Situationen relativ gut erklären kann, während die Rational-Choice-Theorie dasjenige in High-Cost-Situationen besser erklärt. Im Rahmen einer empirischen Untersuchung, die als schriftliche Befragung von 494 Erwachsenen im Alter von 18 bis 80 Jahren durchgeführt wurde, wurden zwei Teststrategien zur Analyse dieser Forschungsfrage verfolgt. Die Ergebnisse für beide Teststrategien zeigen, dass die These einer Interaktion von Selbstkontrolle und Gelegenheiten im hier spezifizierten Sinne generell empirische Unterstützung findet.

Einleitung

Den Ausgangspunkt der vorliegenden Studie bilden theoretische und empirische Analysen im Kontext der 1990 von Gottfredson und Hirschi vorgetragenen „General Theory of Crime" (GTOC). Diese Theorie hat seit ihrem Erscheinen zahlreiche empirische Untersuchungen inspiriert und immer wieder kritische Diskussionen ausgelöst.[1]

---

* Da der wissenschaftliche Beitrag beider Autoren zu dieser Studie äquivalent ist, wurde die Reihenfolge der Autoren in einem Zufallsverfahren bestimmt. Wir danken Susanne Rippl und Kurt Salentin für hilfreiche kritische Anmerkungen zu einer früheren Fassung der Arbeit.

1 Vgl. z.B. die empirischen Studien und kritischen Kommentare zur GTOC von Arneklev et al. (1993, 1998), Benson und Moore (1992), Cochran et al. (1998), Eifler (1997a, 1997b, 1997c, 1998, 2002), Eifler und Seipel (2001), Fetchenhauer und Simon (1998), Grasmick et al. (1993), Greenberg et al. (2002), Higgins (2002), Hope und Damphouse (2002), Longshore et al. (1996), Longshore (1998), Longshore und Turner (1998), Polakowski (1994), Reed und

Eine dieser kritischen Diskussionen wird in dieser Untersuchung aufgegriffen und weitergeführt. Die Autoren der GTOC beanspruchen, mit ihrer Theorie verschiedene Formen abweichenden und kriminellen Handelns zu erklären, und formulieren die These, dass diese Handlungen aus zwei Ursachen wahrscheinlich werden: Zum einen spezifiziert die Theorie ein Persönlichkeitsmerkmal, das Personen als Eigenschaft zugerechnet wird und das beschreibt, in welchem Maße Personen den kurzfristig positiven Konsequenzen kriminellen Handelns zuneigen: das Konzept der *Selbstkontrolle*.[2] Zum anderen spezifiziert die Theorie das Konzept der *Gelegenheit*, das den eigentlich trivialen Umstand beschreibt, dass kriminelles Handeln nur bei Vorliegen entsprechender Handlungsmöglichkeiten auftritt. Während die Autoren das Konzept der Selbstkontrolle sehr präzise definieren, findet sich für das Konzept der Gelegenheit lediglich die ein oder andere Andeutung. Weiterhin formulieren die Autoren der GTOC ihre Vorstellungen zu den Beziehungen der beiden Konzepte Selbstkontrolle einerseits und Gelegenheiten andererseits sehr undeutlich. Aus diesem Grund haben sich zahlreiche Autoren der Klärung dieser Beziehungen gewidmet. Auffällig und problematisch ist nun die Tatsache, dass in der bisherigen Diskussion mehrere Lesarten der Beziehung zwischen Selbstkontrolle und Gelegenheiten bestehen, ohne dass dieser Aspekt der GTOC bislang theoretisch und empirisch befriedigend gelöst worden wäre.

Die vorliegende Studie leistet hier einen innovativen Beitrag im Kontext dieser Diskussion, indem sie auf das sozialpsychologische Konzept der Interaktion von Person und Situation (vgl. hierzu Magnusson 1978; Magnusson und Ekehammar 1978; Magnusson und Stattin 1981) zurückgreift und den Zusammenhang zwischen Selbstkontrolle (Person) und Situation (Gelegenheit) elaboriert. Dabei wird insbesondere das Konzept der Gelegenheit spezifiziert, indem die im Bereich der allgemeinen Soziologie und Umweltsoziologie diskutierte High-Cost-/Low-Cost-These mit den Überlegungen der GTOC verbunden wird (*Abschnitt I*). Neben der Stichprobenbeschreibung werden im *zweiten Abschnitt* zwei Teststrategien und deren Operationalisierungen dargestellt, die herangezogen wurden, um eine Analyse abweichenden Handelns in alltäglichen Situationen durchzuführen. Im *dritten Abschnitt* werden die zentralen Ergebnisse der beiden Teststrategien erläutert und miteinander verglichen. Der Beitrag schließt mit einer zusammenfassenden Diskussion und weist auf Grenzen der vorliegenden Untersuchung hin (*Abschnitt IV*).

I. Die Interaktion von Person und Situation in der Analyse abweichender Handlungen

1. Die Interaktion von Person und Situation in der „General Theory of Crime"

Die „General Theory of Crime" von Gottfredson und Hirschi (1990) wurde als allgemeine Theorie abweichenden Handelns formuliert. Kriminelles Handeln wird im Rah-

Yeager (1996), Seipel (1999a, 1999b, 2000), Stylianou (2002), Vazsonyi et al. (2001), Weinrath (1999), Winfree und Bernat (1998).

2 Hier und im Folgenden bezeichnen wir mit dem Begriff der *Selbstkontrolle* das von Gottfredson und Hirschi (1990) spezifizierte Konzept der *„Self-Control"*. Der Begriff der Selbstkontrolle ist damit im vorliegenden Zusammenhang explizit von der allgemeinpsychologischen Begriffsverwendung abgegrenzt (vgl. hierzu Spada 1992).

men dieses Ansatzes in der Tradition der klassischen Kriminologie als Wahlhandeln konzeptualisiert, das von Akteuren in dem Bemühen ausgeführt wird, Nutzen zu maximieren. Während sich vor allem die Abschreckungstheorie im Anschluss an die klassische Kriminologie einseitig mit den Funktionen von Strafe beschäftigt und die Idee der Verhinderung krimineller Handlungen durch Androhung negativer Sanktionen ausgearbeitet hat, befasst sich die GTOC auch oder vor allem mit den positiven Konsequenzen krimineller bzw. allgemeiner: abweichender Handlungen. Abweichendes Handeln wie beispielsweise Stehlen oder Betrügen kann attraktiv sein, weil es auf eine relativ einfache Art ermöglicht, Dinge zu bekommen, die einem nicht gehören oder nicht zustehen und die auf ehrliche Art und Weise nicht so leicht erhältlich wären. Wie bereits oben kurz erwähnt, spezifizieren die Autoren der GTOC zwei Ursachen für abweichendes Handeln: Das Konzept (geringe) Selbstkontrolle bezeichnet sowohl die Neigung von Personen, bei Handlungsentscheidungen systematisch kurzfristige positive Folgen ihres Handelns zu Grunde zu legen, als auch die Unfähigkeit von Personen, langfristige negative Folgen ihres Handelns zu berücksichtigen. Folglich wird angenommen, dass Personen mit einer in Bezug auf Selbstkontrolle geringen Merkmalsausprägung dazu neigen, eine Vielzahl verschiedener Formen abweichenden Handelns auszuführen. Weiterhin findet sich bei den Autoren des Ansatzes auch eine Beschreibung von Personen mit geringer Selbstkontrolle: Danach zeichnen sich Personen mit geringer Selbstkontrolle durch eine starke Hier- und Jetzt-Orientierung (Impulsivity), eine geringe Sorgfalt, Persistenz und Verlässlichkeit (Simple Tasks), eine starke Abenteuerlust (Risk-Seeking), ein starkes Interesse an körperlicher Aktivität (Physical Activities), eine starke Tendenz, selbstbezogen, indifferent gegenüber anderen und unsensibel zu sein (Self-Centered), und eine geringe Frustrationstoleranz (Temper) aus.

Das Konzept der Gelegenheit wird im Vergleich zu dieser relativ präzisen Bestimmung relativ undeutlich gehalten. Im Text findet sich lediglich ein Hinweis auf den – eigentlich viktimologischen – „Routine Activity Approach" (Gottfredson und Hirschi 1990: 22ff.), wonach eine Gelegenheit als das raum-zeitliche Zusammenfallen von „1) motivated offenders, 2) suitable targets, and 3) the absence of capable guardians" (Cohen und Felson 1979: 589) anzusehen ist. Im Sinne der GTOC ist ein motivierter Täter als eine Person mit geringer Selbstkontrolle aufzufassen. Abweichendes Handeln ist also dann wahrscheinlich, wenn eine Person mit geringer Selbstkontrolle sich einer entsprechenden Tatgelegenheit gegenübersieht.

Implizit wird hier angedeutet, dass Selbstkontrolle und Gelegenheiten in irgendeiner Form zusammen auf abweichendes Handeln wirken. Die diesbezügliche Unbestimmtheit bzw. sogar Widersprüchlichkeit der Ausführungen der Autoren der GTOC (vgl. z.B. Gottfredson und Hirschi 1990: 22ff., 190, 192, 219) hat zahlreiche Diskussionen über angemessene Konzeptualisierungen der Beziehungen zwischen Selbstkontrolle und Gelegenheiten veranlasst. Auf der Grundlage der in der Literatur vorgelegten Explikationen lassen sich bisher vier Deutungen herausarbeiten: Erstens gibt es Wissenschaftler, die der Variable Gelegenheit einen geringen (Lamnek 1994: 143, 157) oder gar keinen Stellenwert in der GTOC zuschreiben (Fetchenhauer und Simon 1998: 301–305, 313). Zweitens findet sich die Auffassung, dass Gelegenheiten einen unabhängigen Einfluss auf abweichendes Handeln haben (Brownfield und Sorenson 1993: 259). Drittens gehen viele Forscher von einem statistischen Interaktionseffekt zwischen

dem Persönlichkeitsmerkmal Selbstkontrolle und situativen Randbedingungen aus (Grasmick et al. 1993; Longshore 1998; Longshore und Turner 1998; Eifler 1998, 1999, 2002; Seipel 1999a, 1999b, 2000). Viertens findet sich die widersprüchliche Auffassung von Hirschi und Gottfredson (1993), die zum Verhältnis zwischen dem Persönlichkeitsmerkmal Selbstkontrolle und Gelegenheiten folgendes ausführen: „In the view of the theory, opportunities to commit one or another crime or analogous acts are limitless. Opportunities to commit a particular crime may be severely limited, however ... Self-control and opportunity may therefore interact for specific crimes, but are in the general case independent ... Further, in many cases, self-control and opportunity are not independent" (Hirschi und Gottfredson 1993: 50). Für eine empirische Überprüfung der GTOC stellen diese unterschiedlichen Explikationen ein Problem dar, denn die zu Grunde gelegte Explikation hat ihrerseits einen Einfluss auf die Operationalisierung der unabhängigen Variable Gelegenheit. Dabei sind die erste und die vierte Explikation der Bedeutung der Variable Gelegenheit in der GTOC von vornherein aus sachlogischen Gründen nicht haltbar. Die erste Position übersieht die in der Literatur bereits vorhandene Diskussion um einen unabhängigen Effekt von Gelegenheiten oder um einen Interaktionseffekt zwischen Gelegenheiten und Selbstkontrolle, während die vierte Position als Immunisierungsstrategie angesehen werden muss. Wir gehen davon aus, dass weder die Variable Gelegenheit noch die Variable Selbstkontrolle alleine ausreichend ist, um abweichende Handlungen zu erklären. Deshalb ist es zunächst notwendig, die Beziehungen zwischen Selbstkontrolle und Gelegenheiten weiter zu elaborieren und im Hinblick auf eine empirische Prüfung zu explizieren.

2. Die Interaktion von Person und Situation: Abweichendes Handeln in High-Cost- und Low-Cost-Situationen

Die Idee, dass menschliches Handeln generell durch Merkmale der betreffenden Akteure selbst sowie der Situationen, denen sie begegnen, ausgelöst wird, ist klassischerweise Gegenstand sozialpsychologischer Konzepte der Interaktion von Person und Situation. Insbesondere David Magnusson (1978; Magnusson und Ekehammar 1978; Magnusson und Stattin 1981) hat im Rahmen interaktionaler Modelle des Handelns die Frage nach der Konsistenz von Handeln über Situationen vs. über Zeiträume hinweg bzw. langzeitliche vs. situationsübergreifende Konsistenz behandelt. In diesem Zusammenhang spricht er von *absoluter Konsistenz*, wenn eine Person ungeachtet der Situation ein bestimmtes Handeln zeigt. Diese Idee der absoluten, situationsübergreifenden Konsistenz entspricht der oben erläuterten Lesart eines reinen Selbstkontroll-Effektes auf abweichendes Handeln: Unabhängig davon, wie günstig oder ungünstig die Gelegenheit ist, wird vermutet, dass eine Person mit geringer Selbstkontrolle immer wieder abweichendes Handeln zeigt. Demgegenüber steht Magnussons Idee einer *Kohärenz*, nach der sich das individuelle Handeln von Situation zu Situation in gesetzmäßiger, konsistenter und teilweise individuumspezifischer Weise ändert, ohne dabei absolut oder relativ stabil zu sein. Diese Idee scheint nach unserer Auffassung geeignet zu sein, um die oben angedeutete, sehr unpräzise Formulierung des Zusammenwirkens von Selbstkontrolle und Gelegenheit begrifflich klarer zu fassen. Sie erlaubt es, Annah-

men über Variationen von Selbstkontrolle und Variationen der Merkmale von Tatgelegenheiten zu spezifizieren, um im Hinblick auf ein Erklärungsproblem Annahmen über die Interaktion von Person und Situation zu treffen.

An dieser Stelle ist es notwendig, das Konzept der Gelegenheit noch einmal genauer zu beleuchten. Im Rahmen kriminalsoziologischer Theorien wird eine theoriegeleitete Analyse der situativen Umstände abweichenden Handelns in jüngerer Zeit vor allem von Clarke, Felson und anderen (Clarke 1980; Clarke und Cornish 1985; Clarke und Felson 1993; Felson 1994) vorgetragen. Abweichendes Handeln wird dort als Wahlhandeln konzeptualisiert, das hinsichtlich seiner konkreten Ausprägung von subjektiven Kosten-Nutzen-Überlegungen bestimmt ist. Es wird angenommen, dass Akteure stets diejenige von mehreren Handlungsoptionen ausführen, die den höchsten Nutzen verspricht. Clarke und Cornish (1985) betrachten eine Gelegenheit als eine Situation, die auf Grund objektiver Gegebenheiten (physical opportunities) die Ausführung einer abweichenden Handlung ermöglicht. Zur Bestimmung derjenigen Merkmale von Situationen, die abweichendes Handeln ermöglichen, greifen Clarke und Cornish (1985) auf den Routine Activity Approach (RAA; vgl. Cohen und Felson 1979) zurück. Der RAA bezieht sich auf die Analyse abweichender Aktivitäten im engeren Sinne, auf „illegal acts in which, someone definitely and intentionally takes or damages the person or property of another" (Glaser 1971: 4; zit. nach Cohen und Felson 1979: 589). Dabei ist die theoretische Analyse auf solche abweichenden Aktivitäten beschränkt, bei denen direkte Kontakte zwischen mindestens einem potenziellen Täter und einem potenziellen Opfer oder einem Objekt, das der potenzielle Täter zu nehmen bzw. zu beschädigen versucht, entstehen. Der RAA ist zwar ursprünglich ein viktimologischer Ansatz, er erlaubt es aber dennoch, die minimalen situativen Bedingungen einer Viktimisierung zugleich als die minimalen situativen Bedingungen abweichenden Handelns zu lesen (vgl. ausführlicher Eifler 1999; Eifler et al. 2001): Es sind diese das raum-zeitliche Zusammenfallen von „1) motivated offenders, 2) suitable targets, and 3) the absence of capable guardians" (Cohen und Felson 1979: 589). Gegeben ein potenzieller Täter, können also im vorliegenden Zusammenhang das Vorhandensein eines attraktiven Objekts (suitable target) und die Abwesenheit von Hinderungsgründen (absence of capable guardians) als die minimalen situativen Bedingungen für die Ausführung abweichender Handlungen aufgefasst werden (vgl. Hess und Scheerer 1997; LaFree und Birkbeck 1991; Sessar 1997).

Zur weiteren Klärung, wie Selbstkontrolle und Gelegenheiten auf die Handlungsentscheidungen individueller Akteure Einfluss nehmen, greifen wir die Überlegung auf, dass Gelegenheiten nach der Wahrscheinlichkeit, entdeckt und bestraft zu werden, klassifiziert werden können (Diekmann 1980; Eifler 2000; Eifler et al. 2001; Opp 1973; Seipel 1999b). Konzeptualisiert man eine Entdeckung und Verfolgung abweichenden Handelns ähnlich wie in der Abschreckungstheorie oder der GTOC als negative Konsequenzen und in der Terminologie des Rational-Choice-Ansatzes damit als „Kosten" abweichenden Handelns, so können Gelegenheiten, in denen ein hohes Entdeckungsrisiko gegeben ist, als kostenträchtige und damit „ungünstige Gelegenheiten", und Gelegenheiten, in denen kaum Gefahr besteht, entdeckt zu werden, als weniger kostenintensiv und damit „günstige Gelegenheiten" betrachtet werden. Diese Überlegung verweist auf eine Diskussion im Bereich der allgemeinen Soziologie, die sich aus-

gehend von Anomalien im Zuge empirischer Analysen der Rational-Choice-Theorie mit differenzierten Konzeptualisierungen von Entscheidungssituationen beschäftigt hat. Wir versuchen im Folgenden, die in der Rational-Choice-Theorie und der Umweltsoziologie stark beachtete High-Cost-/Low-Cost-These für kriminalsoziologische Analysen fruchtbar zu machen und eine engere Verknüpfung zwischen persönlichkeitsbezogenen Überlegungen und Rational-Choice-Ansätzen zur Erklärung abweichender Handlungen zu erzielen (vgl. Abschnitt I.3).

Während sich die Rational-Choice-Theorie mit der Frage beschäftigt hat, warum das Modell des rationalen Akteurs in manchen Situationen nicht erklärungskräftig ist, zielt die Diskussion in der Umweltsoziologie darauf ab, warum Einstellungen (Umweltbewusstsein) nur eine geringe Wirkung auf umweltgerechtes Handeln entfalten. Zur Lösung dieser beiden Fragen wird in beiden Diskussionssträngen auf die High-Cost-/Low-Cost-These Bezug genommen. Wird die Rational-Choice-Theorie dabei als Mikrotheorie angewandt, die individuelles Handeln erklären soll, wird unter anderem davon ausgegangen, dass eine rationale Handlungsentscheidung in High-Cost-Situationen, nicht jedoch in Low-Cost-Situationen angemessen ist (Preisendörfer 1999; Zintl 1989). High-Cost-Situationen zeichnen sich dadurch aus, dass der von außen beobachtete Kostenaspekt für eine bestimmte Handlung dominant ist. Es lastet insofern ein erheblicher Druck auf den Akteuren, da es mit erheblichen Folgen verbunden ist, ob und inwieweit sie situationsadäquat handeln. Erwartet wird eine gemäß den Entscheidungsregeln des Rational-Choice-Modells zu vollziehende Handlungsentscheidung, indem die Bedeutung von subjektiven Dispositionen, Persönlichkeitsmerkmalen, Werthaltungen und Einstellungen weitgehend in den Hintergrund gedrängt wird. In Low-Cost-Situationen entfällt dagegen der starke Kostendruck, wenn die Entscheidungen für die Akteure keine größeren Auswirkungen haben. In Low-Cost-Situationen kann und muss die Entscheidung für oder gegen eine Handlungsoption durch zusätzliche Annahmen erklärt werden. Dazu werden die in High-Cost-Situationen weniger relevanten Variablen (Persönlichkeitsmerkmale, Werthaltungen und Einstellungen) herangezogen.

Im Zusammenhang mit der High-Cost-/Low-Cost-These des Umweltverhaltens, die in der Umweltsoziologie kontrovers diskutiert wird (vgl. z.B. Diekmann und Preisendörfer 1992, 1998; Kühnel und Bamberg 1998), wird argumentiert, dass Umwelteinstellungen das Umweltverhalten am ehesten in Situationen beeinflussen, die mit geringen Kosten verknüpft sind. Kosten können dabei monetäre Kosten, Zeitaufwand, Unbequemlichkeit oder soziale Missbilligung sein (vgl. Preisendörfer 1999; Diekmann und Preisendörfer 1998). Insgesamt geht die High-Cost-/Low-Cost-These nicht von einem additiven Effekt, sondern von einem Interaktionseffekt aus, d.h. dass die Verhaltenswirksamkeit von Einstellungen und Werthaltungen in Abhängigkeit von der Kostenintensität der Situation differiert.

3. Forschungsfrage und Hypothesen

Überträgt man die Ergebnisse der vorgestellten Diskussion auf kriminalsoziologische Fragestellungen, leiten sich daraus interessante Thesen bezüglich der Wirksamkeit von

Persönlichkeitsmerkmalen und entscheidungsrelevanten Variablen (Wahrscheinlichkeit × Bewertung) der Rational-Choice-Theorie zur Erklärung abweichenden Handelns unter Berücksichtigung von Gelegenheiten ab. Gelegenheiten, die abweichende Handlungen erleichtern oder erschweren, werden hierbei unter der Perspektive der High-Cost-/Low-Cost-These spezifiziert. High-Cost-Situationen abweichenden Handelns stellen demnach Situationen dar, in denen die situativen Anreize abweichend zu handeln, eher gering sind (ungünstige Gelegenheiten). Low-Cost-Situationen abweichenden Handelns zeichnen sich dagegen dadurch aus, dass die situativen Anreize abweichende Handlungen eher befördern (günstige Gelegenheiten). In der Rational-Choice-Theorie und der Umweltsoziologie wird die High-Cost-/Low-Cost-These im Zusammenhang mit der Einstellungs-Verhaltens-Forschung diskutiert (Preisendörfer 1999: 83). Wir erwarten, dass diese These auch für ein präziseres Verständnis der Wirksamkeit von Persönlichkeitsmerkmalen eine fruchtbare theoretische Erweiterung darstellt. Obwohl Persönlichkeitsmerkmale relativ zeitstabile Konstrukte darstellen, die sich im Gegensatz zu Einstellungen nicht so leicht ändern lassen, gehen wir von einer ähnlichen Wirkung von Einstellungen und Persönlichkeitsmerkmalen zur Erklärung abweichender Handlungen aus und formulieren die folgende Interaktionshypothese: Einstellungsvariablen und Persönlichkeitsmerkmale sind in High-Cost-Situationen weniger erklärungskräftig als in Low-Cost-Situationen, und die Konstrukte der Rational-Choice-Theorie wirken in High-Cost-Situationen stärker als in Low-Cost-Situationen. Anders formuliert: Bietet sich für einen Akteur eine günstige Gelegenheit, abweichend zu handeln (Low-Cost-Situation), dann tragen Persönlichkeitsmerkmale in hohem Maße zur Erklärung bei; bietet sich für einen Akteur eine ungünstige Gelegenheit abweichend zu handeln (High-Cost-Situation), dann ist die Rational-Choice-Theorie besser geeignet, abweichende Handlungen zu erklären, da der Akteur mit einer Entdeckung rechnen muss und deshalb die möglichen Konsequenzen seiner Handlungen stärker kalkuliert. Die Stärke des Effekts geringer Selbstkontrolle auf die Wahl der abweichenden Handlungsalternative sinkt also mit steigenden Kosten, die bei einer Entdeckung zu erwarten sind, während der Effekt der Rational-Choice-Theorie auf abweichende Handlungen bei zu erwartenden geringeren Kosten sinkt. Diese Interaktionshypothese soll in der vorliegenden Studie untersucht werden. Die Methoden und die Vorgehensweisen werden im nächsten Abschnitt vorgestellt.

II. Methoden

Zur empirischen Analyse der Forschungsfragen wurde eine schriftliche Befragung mittels eines standardisierten Erhebungsinstrumentes (Fragebogen) zu einem Erhebungszeitpunkt (Querschnittstudie) durchgeführt.[3] Die schriftliche Befragung wurde von den insgesamt 21 Teilnehmerinnen und Teilnehmern eines Lehrforschungsprojekts zum

3 Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf die für die empirische Analyse der oben formulierten Fragestellung relevanten Teile der Untersuchung. Eine ausführliche Dokumentation der Gesamtuntersuchung findet sich für interessierte Leserinnen und Leser bei Eifler et al. (2001).

Thema „Gelegenheitsstrukturen und Kriminalität" an der Fakultät für Soziologie der Universität Bielefeld im Januar und Februar 2001 durchgeführt.[4]

1. Stichprobe

Jede Teilnehmerin und jeder Teilnehmer hatte die Aufgabe, 25 Probanden nach einer zuvor festgelegten Quotierung nach den Merkmalen Alter und Geschlecht zu rekrutieren. Der Quotenplan sah vor, männliche und weibliche Probanden aus drei Altersgruppen (18–30, 31–45 und 46–65 Jahre) zu jeweils gleichen Teilen an der Untersuchung zu beteiligen. Folglich wurden insgesamt 525 Personen in einem Schneeballverfahren für die Teilnahme an der Untersuchung gewonnen, wobei die Zustellung der Fragebogen durch die Interviewer persönlich erfolgte. Bei der hier untersuchten Stichprobe handelte es sich um eine Personengruppe, die überwiegend dem Kreis der Familie, Freunde und näheren und weiteren Bekannten der beteiligten Interviewer entstammte. In einer schriftlichen Instruktion wurden die Probanden über den allgemeinen Hintergrund der Studie informiert.

Von den 525 Fragebögen mussten insgesamt 31 wegen unvollständiger Bearbeitung oder wegen widersprüchlicher oder offensichtlich nicht ernst gemeinter Angaben von der weiteren Analyse ausgeschlossen werden, so dass die Daten von 494 Befragten analysiert werden konnten. Von den 494 Probanden waren 49,6 Prozent weiblich und 50 Prozent männlich (die Differenz zu 100 Prozent erklärt sich daraus, dass zwei Personen keine Angaben zu ihrem Geschlecht gemacht haben). Das mittlere Alter der Befragten betrug zum Zeitpunkt der Erhebung ca. 39 Jahre, 50 Prozent der Befragten waren jünger als 36 Jahre, der jüngste Proband war 18 Jahre alt, der älteste 80 Jahre. Bezüglich der Altersverteilung zeigen sich keine Unterschiede zwischen männlichen und weiblichen Befragten. Während das Geschlechterverhältnis in der Stichprobe mit den entsprechenden Angaben im Datenreport 1999 übereinstimmt, zeigt sich, dass die Gruppe der 18- bis 40-Jährigen in der Stichprobe im Vergleich zur Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland überrepräsentiert ist (vgl. Statistisches Bundesamt 2001).

2. Operationalisierung

Zur Überprüfung der High-Cost-/Low-Cost-These werden in der Umweltsoziologie zwei Strategien vorgeschlagen (vgl. Preisendörfer 1999: 83ff.). In der ersten Teststrategie geht es um Handlungen, die sich hinsichtlich der erwarteten Folgekosten unterscheiden, in der zweiten Teststrategie wird das gleiche Handeln angesichts mehr oder weniger günstiger Gelegenheiten untersucht. Um die erste Teststrategie anzuwenden und um zu überprüfen, inwieweit sich die Effekte der Persönlichkeitsvariable Selbst-

4 An dieser Stelle möchten wir allen Teilnehmern und Teilnehmerinnen des Lehrforschungsprojektes für ihre zuverlässige und engagierte Mitarbeit danken: Emek Benli, Christina Bentrup, Martin Genz, Malte Hegeler, Kirsten Lieps, Christian Mersch, Isabel Pessara, Christiane Porr, Melanie Ratzka, Kai Reinhardt, Juan Pablo Saenz, Stefan Schmitt, Claudia Weißenfels, Kristin Werner, Frank Werth und Tim Wobbe.

kontrolle auf die Ausführung von Low-Cost- oder High-Cost-Handlungen unterscheiden, ist es erforderlich, ausgewählte Formen abweichenden Handelns nach dem Ausmaß der mit ihnen verbundenen Folgekosten zu ordnen. Bei der zweiten Teststrategie werden nicht die Effekte von Selbstkontrolle auf verschiedene Handlungen miteinander verglichen, sondern es wird überprüft, ob die Effekte von Selbstkontrolle bei ein und derselben Handlung unterschiedlich ausfallen, je nachdem, ob es sich um eine Low-Cost- oder eine High-Cost-Situation handelt.

Beide Strategien stellen indirekte Prüfungen der Rational-Choice-Theorie dar. Die Verfechter der High-Cost-/Low-Cost-These des Umweltbewusstseins in der Umweltsoziologie (Diekmann und Preisendörfer 1992) favorisieren diese indirekte Überprüfung und wenden sich explizit gegen eine direkte Messung der Rational-Choice-Theorie (Diekmann 1996). Im Gegensatz dazu wird in der vorliegenden Studie zusätzlich ein direkter Test der Rational-Choice-Theorie unter High-Cost- und Low-Cost-Bedingungen durchgeführt. Dabei können die Effekte von Selbstkontrolle und der Rational-Choice-Theorie direkt miteinander verglichen werden. Dies stellt u.E. einen härteren Test dar als der von Diekmann und Preisendörfer (1992, 1998) eingeschlagene Weg über die Formulierung von Brückenhypothesen.

Mit der ersten Teststrategie wird also die differenzielle Erklärungsleistung von Selbstkontrolle und Nutzenerwägungen individueller Akteure im Hinblick auf verschiedene Formen abweichenden Handelns analysiert, die a priori als kostenträchtige oder kostengünstige Handlung definiert wurden. In der zweiten Teststrategie wird den Befragten eine experimentelle Variation der Kostenaspekte in einer vorgegebenen standardisierten Entscheidungssituation vorgelegt, wobei die differenziellen Erklärungsleistungen von Selbstkontrolle und der Rational-Choice-Theorie im Hinblick auf jeweils eine High-Cost- und eine Low-Cost-Situation ermittelt wurden. Damit bezieht sich die Analyse im Rahmen der ersten Teststrategie auf situationsübergreifende kognitive Strategien von Akteuren und situationsübergreifende Kostenaspekte bestimmter Formen abweichenden Handelns, während sich die zweite Teststrategie auf die Entscheidung für eine abweichende Handlung in einer einzigen Situation – sozusagen im Sinne eines Tatereignisses – bezieht.

Die Operationalisierung der Konzepte der Gelegenheit, der Selbstkontrolle und der Rational-Choice-Theorie werden für jede Teststrategie vorgenommen und werden im Folgenden jeweils getrennt für die beiden Teststrategien erläutert.

3. Teststrategie 1: Günstige und ungünstige Handlungen

a) Die unabhängige Variable Gelegenheit. Bei der in der Umweltsoziologie beschriebenen Teststrategie 1 werden verschiedene Formen umweltgerechten Handelns a priori als Low-Cost- und als High-Cost-Handlungen definiert. Zur Überprüfung der Forschungsfrage benötigt man unterschiedliche abweichende Handlungen, die bei einer Entdeckung mit unterschiedlichen Kosten für den Akteur verbunden sind. Aus dem Fragebogen wurden dazu Autofahren unter Alkoholeinfluss (V 152), die Fundunter-

schlagung (V 155) und die Nichtaufklärung eines Wechselgeldirrtums (V 156)[5] herangezogen. Fahren unter Alkoholeinfluss wird als High-Cost-Handlung und die Fundunterschlagung und der Wechselgeldirrtum werden als Low-Cost-Handlungen eingestuft. Diese Einteilung erfolgt auf Grund theoretischer Überlegungen, denn für einen Akteur entstehen bei einer Entdeckung beim Auto fahren, obwohl die Promillegrenze überschritten ist, höhere Kosten als bei den beiden anderen Handlungen. Bei dieser Anordnung der drei Variablen gehen wir von der Überlegung aus, dass dies auch so von den Akteuren perzipiert wird. Einen Hinweis darauf, dass diese Annahme berechtigt ist, stellen die Antworten der Befragten auf die Fragen dar, ob es in Deutschland verboten ist, zuviel ausgezahltes Wechselgeld zu behalten (V 138) und gefundenes Geld an sich zu nehmen und zu behalten (V 139): Nur 22,9 Prozent geben an, dass es verboten ist, zuviel ausgezahltes Wechselgeld zu behalten, und nur 32,8 Prozent geben an, dass es verboten ist, gefundenes Geld zu behalten.[6] Dies deutet darauf hin, dass diese beiden Handlungen in der Perzeption der befragten Personen tatsächlich vergleichsweise kostengünstige Handlungen darstellen.

b) Die unabhängige Variable Selbstkontrolle. Zur Überprüfung der GTOC liegt im amerikanischen Sprachraum eine aus insgesamt 24 Items bestehende Self-Control-Skala von Grasmick et al. (1993) vor, die in mehreren empirischen Untersuchungen eingesetzt wurde. Diese Skala umfasst vier Items für jeden der sechs Bereiche von Selbstkontrolle, die alle in die Richtung „niedriger Selbstkontrolle" formuliert sind. Da in der Literatur nach wie vor Fragen der Dimensionalität von Selbstkontrolle ebenso wie Fragen der messtechnischen Eigenschaften der Skala diskutiert werden (vgl. z.B. Eifler 1997a; Fetchenhauer und Simon 1998; Grasmick et al. 1993; Longshore et al. 1996; Seipel 1999a) und nicht auszuschließen ist, dass die konstante Richtung der Itemformulierungen hier eine Rolle spielt, wurde für die vorliegende Studie eine Übersetzung der Skala von Grasmick et al. (1993) erstellt, in der jeweils zwei Items im Sinne „niedriger Selbstkontrolle" und zwei Items im Sinne „hoher Selbstkontrolle" messen. Diese Methodenvariation sollte zum einen verhindern, dass eine unmotivierte Versuchsperson, die in immer gleicher Weise ankreuzt, als scheinbar extremer Vertreter einer Richtung unerkannt bleibt, zum anderen sollte keine „moralische Richtung" suggeriert werden, um das Problem der sozialen Erwünschtheit zu minimieren. Zur Beantwortung der 24 Items wurden vierstufige Ratingskalen vorgegeben, die von 1 „stimme über-

5 In Klammern steht der Mittelwert (M) und die Standardabweichung (s) für die jeweiligen Items. Folgende Frage wurde gestellt: Im Folgenden nennen wir Ihnen einige Beispiele für kleinere Gesetzesübertretungen. Geben Sie bitte jeweils an, wie oft Sie selbst in ihrem Leben auch so gehandelt haben! Auto gefahren, obwohl Sie die zulässige Promillegrenze mit ziemlicher Sicherheit überschritten hatten (V 152: M: 1,11, s: 1,37); Gefundene Geldscheine mitgenommen und behalten (V 155: M: 0,76, s: 0,93); Zuviel ausgezahltes Wechselgeld wissentlich behalten (V 156: M: 0,93, s: 1,08). Die Antwortvorgaben waren jeweils: noch nie (0), 1mal (1), 2–5 Mal (2), 6–10 Mal (3), 11–20 Mal (4), mehr als 20 Mal (5).

6 Der Fragetext lautet: Bitte geben Sie an, ob die folgenden Verhaltensweisen in Deutschland verboten sind oder nicht: Es ist in Deutschland gesetzlich verboten,
zuviel ausgezahltes Wechselgeld zu behalten (V 138),
... gefundenes Geld zu behalten (V 139).
Die Antwortvorgaben lauten: Ja, gesetzlich verboten; Nein, gesetzlich nicht verboten; weiß nicht.

Tabelle 1: Subskalen und Items zur Erfassung von Selbstkontrolle (Erläuterungen im Text)

		M	s	r_{it}	i
Impulsivity (IMP)	α = .568				
imp 1:	Ich handle oft aus dem Moment heraus.	2.74	.774	.370	2.33
imp 2:	Ich plane normalerweise weit in die Zukunft. (–)	2.37	.791	.483	2.56
imp 3:	Ich mache mir mehr Gedanken über meine ferne als über meine nahe Zukunft. (–)	2.66	.795	.287	2.32
imp 4:	Ich tue oft das, was mir Spass bringt, auch wenn dies in der Zukunft negative Auswirkungen haben könnte.	2.29	.707	.273	2.76
Simple-Task (SIM)	α = .664				
sim 1:	Auch wenn ich es nicht schaffe, eine Aufgabe sofort zu bewältigen, halte ich für gewöhnlich durch. (–)	1.90	.612	.393	3.10
sim 2:	Ich mag Aufgaben, die so schwierig sind, dass sie mich an die Grenzen meiner Fähigkeiten bringen. (–)	2.39	.840	.471	2.54
sim 3:	Ich versuche häufig, schwierigen Aufgaben aus dem Weg zu gehen.	2.24	.720	.511	2.69
sim 4:	Dinge, die leicht zu bewältigen sind, machen mir am meisten Spass.	2.48	.787	.414	2.37
Temper (TEM)	α = .688				
tem 1:	Auch bei ernsten Meinungsverschiedenheiten fällt es mir gewöhnlich leicht, in Ruhe darüber zu reden. (–)	2.35	.685	.456	2.62
tem 2:	Ich verliere ziemlich leicht die Beherrschung.	2.01	.696	.578	2.96
tem 3:	Es fällt mir normalerweise leicht, ruhig zu bleiben, selbst wenn ich gereizt bin. (–)	2.40	.658	.560	2.56
tem 4:	Wenn ich wirklich wütend bin, sollten andere mich lieber in Ruhe lassen.	2.98	.740	.313	2.10
Self-Centered (CEN)	α = .636				
cen 1:	Es fällt mir schwer, meinen Vorteil zu verfolgen, wenn andere einen Nachteil dadurch haben könnten. (–)	2.08	.768	.486	2.89
cen 2:	Es fällt mir im Allgemeinen leicht, mich in die Probleme anderer hinein zu versetzten. (–)	1.99	.678	.309	3.08
cen 3:	Wenn andere sich über mich ärgern, ist das deren Problem.	2.46	.778	.381	2.51
cen 4:	Normalerweise versuche ich, Dinge zu bekommen, die ich haben will, auch wenn andere es dadurch schwerer haben.	2.02	.660	.499	2.96
Physical Activity (PHY)	α = .719				
phy 1:	Ich betätige mich lieber geistig als körperlich. (–)	2.21	.718	.587	2.64
phy 2:	Ich lese lieber und denke nach, als mich draußen zu beschäftigen. (–)	2.58	.750	.504	2.31
phy 3:	Ich fühle mich fast immer besser, wenn ich mich bewege, als wenn ich sitze und denke.	2.64	.773	.548	2.25
phy 4:	Ich scheine mehr Energie und ein größeres Bedürfnis nach Bewegung zu haben als die meisten meines Alters.	2.27	.742	.397	2.68
Risk-Seeking (RISK)	α = .654				
risk 1:	Manchmal gehe ich nur zum Spass ein Risiko ein.	2.16	.807	.521	2.88
risk 2:	Sicherheit ist mir wichtiger als Aufregung und Abenteuer. (–)	2.07	.709	.476	2.91
risk 3:	Hin und wieder gehe ich gern absichtlich kleine Risiken ein.	2.54	.838	.500	2.51
risk 4:	Normalerweise vermeide ich es, Dinge zu tun, die mich in Schwierigkeiten bringen könnten. (–)	2.12	.747	.250	2.88

haupt nicht zu“ über 2 „stimme eher nicht zu“ und 3 „stimme eher zu“ bis 4 „stimme voll und ganz zu“ reichten. Für die anschließende Analyse wurden die Variablen so recodiert, dass numerisch niedrige Werte für geringe Selbstkontrolle stehen. Zur Erfassung der sechs Subdimensionen wurden separate Skalen konstruiert, die befriedigende Reliabilitätsmaße erreichen (vgl. *Tabelle 1*). Die Skala Selbstkontrolle wurde dann aus diesen Subskalen zusammengesetzt. Die messtheoretische Überprüfung wurde mittels einer konfirmatorischen Faktorenanalyse vorgenommen, wobei Selbstkontrolle als latentes Konstrukt und die sechs Subskalen als manifeste Indikatoren eingingen. Auf der Grundlage dieser Überprüfung wurden die vier Dimensionen „Simple Tasks“; „Temper“; „Self-Centered“ und Risk-Seeking" zur Messung von Selbstkontrolle ausgewählt. Die beiden Subdimensionen „Impulsivity“ und „Physical Activity“ wurden auf Grund von Schätzproblemen nicht in die Skala aufgenommen. In *Tabelle 1* finden sich die Formulierung der Items sowie die Mittelwerte (M), Standardabweichungen (s), korrigierten Trennschärfen (r_{it}) und Itemschwierigkeiten (i) sowie Angaben zur Reliabilität jeder Subskala (Cronbachs α).

c) Die unabhängige Variable Rational-Choice. Zur Erfassung des Konzepts Rational-Choice stand im Fragebogen ein Item zur Verfügung, das in einem allgemeinen Sinne die wahrgenommenen Kosten von Gesetzesübertretungen erfragte (V 149): „Wenn ich eine kleinere Gesetzesübertretung im Alltag begehe, könnte das meine berufliche Position und meine Karriere gefährden“. Die Antwortvorgaben lauten: sehr unwahrscheinlich (1), eher unwahrscheinlich (2), weder/noch (3), eher wahrscheinlich (4), sehr wahrscheinlich (5). Der Mittelwert dieses Items beträgt 2,58, die Standardabweichung 1,17.

d) Die abhängige Variable abweichendes Handeln. Als abhängige Variablen wurden in der Teststrategie 1 die Angaben der Befragten zur Lebenszeitprävalenz der drei Formen abweichenden Handelns (self-report) – Autofahren unter Alkoholeinfluss, Fundunterschlagung und die Nichtaufklärung eines Wechselgeldirrtums – erhoben (vgl. Fußnote 5 zu den Mittelwerten und Standardabweichungen dieser Items).

4. Teststrategie 2: Günstige und ungünstige Situationen

a) Die unabhängige Variable Gelegenheit. Die Erfassung der High-Cost- und Low-Cost-Situationen erfolgte mit der so genannten Vignettentechnik. Dabei handelt es sich um ein Verfahren, bei dem hypothetische Situationen in standardisierter Form zur schriftlichen Beantwortung vorgelegt werden (vgl. z.B. Friedrichs 1974; Kreutz 1972; Rossi und Anderson 1982; Schlenker 1980).

In der vorliegenden Studie wurde die Situation des Wechselgeldirrtums betrachtet. Aus dem oben erläuterten Routine Activity Approach (Cohen und Felson 1979) konnten Merkmale von günstigen Gelegenheiten oder Low-Cost-Situationen und Merkmale von ungünstigen Gelegenheiten oder High-Cost-Situationen abgeleitet werden: Danach zeichnet sich eine günstige Gelegenheit (Low-Cost-Situationen) durch die Abwesenheit von potenziellen Beobachtern und das Vorhandensein eines attraktiven Gutes aus,

Abbildung 1: Vignette zur Operationalisierung der Gelegenheit (High-Cost-Situation und Low-Cost-Situation)

High-Cost-Situation
Stellen Sie sich vor, es ist Samstagvormittag, Sie haben gerade Ihren Stadtbummel beendet und wollen von unterwegs noch Brötchen für das anstehende Frühstück mitnehmen. Sie suchen eine Bäckerei auf, die auf Ihrem Weg liegt. Die Verkäuferin begrüßt Sie freundlich (f2). An der Ladentheke stehen neben Ihnen noch weitere Kunden (f1). Sie bestellen Brötchen im Wert von 7 DM, werden sehr zuvorkommend bedient (f2) und bezahlen mit einem Zehnmarkschein. Die Verkäuferin gibt Ihnen auf 100 DM heraus und scheint ihren Irrtum überhaupt nicht zu bemerken.
Low-Cost-Situation
Stellen Sie sich vor, es ist Samstagvormittag, Sie haben gerade Ihren Stadtbummel beendet und wollen von unterwegs noch Brötchen für das anstehende Frühstück mitnehmen. Sie suchen eine Bäckerei auf, die auf Ihrem Weg liegt. Die Verkäuferin blickt ziemlich mürrisch drein (f2). Es befinden sich außer Ihnen keine weiteren Kunden im Laden (f1). Sie bestellen Brötchen im Wert von 7 DM, werden ziemlich unfreundlich bedient (f2) und bezahlen mit einem Zehnmarkschein. Die Verkäuferin gibt Ihnen auf 100 DM heraus und scheint ihren Irrtum überhaupt nicht zu bemerken.

während sich eine ungünstige Gelegenheit (High-Cost-Situationen) durch die Anwesenheit von potenziellen Beobachtern und das Nichtvorhandensein eines attraktiven Gutes kennzeichnen lässt. Diese beiden Situationsmerkmale – „capable guardians" und „suitable targets" – wurden in der vorliegenden Studie systematisch variiert, so dass der Erfassung der High-Cost- und Low-Cost-Situationen ein zweifaktorielles experimentelles Design unterlag, bei dem jeder Faktor zweifach gestuft war (f1: capable guardians ja/nein; f2: suitable targets ja/nein). Zwei dieser experimentellen Bedingungen wurden herangezogen, um je eine High-Cost- und eine Low-Cost-Situation zu operationalisieren (vgl. *Abbildung 1*).

Die Anwendung der Vignettentechnik in schriftlichen Befragungen ist durch Rekurs auf kognitionspsychologische Überlegungen begründbar. Die Skripttheorie von Abelson (vgl. Abelson 1996) formuliert die Idee, dass Personen typische Alltagssituationen in Form sogenannter Skripte kognitiv kodieren. Bezogen auf die hier untersuchte Situation des Wechselgeldirrtums kann man unter bestimmten Bedingungen davon ausgehen, dass alle Befragten gleichermaßen die vorgegebenen Vignetten mit bereits erlebten Ereignis-Schemata assoziieren können. Da die Schemata und das Vermögen, Schlussfolgerungen über diese Schemata hinaus zu tätigen, bei Menschen unterschiedlich ausgeprägt sind, war die Bedingung für die Anwendbarkeit im vorliegenden Zusammenhang die, dass die Szenarien so einfach strukturiert wurden, dass jeder Proband sich in diese hineinversetzen konnte, so dass damit die Enkodierung kategorialer Regelhaftigkeiten erlaubt war.

Jeder Befragte beantwortete eine der vier Versionen der Wechselgeldirrtumssituationen, so dass von den 494 Befragten insgesamt 122 Probanden mit einer High-Cost-Situation konfrontiert wurden und 122 andere Probanden einer Low-Cost-Situation gegenübergestellt wurden. Die Versuchsgruppen waren im Hinblick auf die Merkmale Alter ($f = .037$, n.s.) und Geschlecht ($f = -.008$, n.s.) parallelisiert (vgl. *Tabelle 2*).

Tabelle 2: Parallelisierung der Versuchsgruppen nach Alter, Geschlecht und Lebenschancen

Altersgruppen	Low-Cost		High-Cost		Gesamt	
18 – 29 Jahre	40	51.3%	38	48.7%	78	100.0%
30 – 45 Jahre	40	48.2%	43	51.8%	83	100.0%
ab 46 Jahre	42	52.5%	38	47.5%	80	100.0%
Gesamt	122	50.6%	119	49.4%	241	100.0%
Geschlecht	**Low-Cost**		**High-Cost**		**Gesamt**	
Männlich	61	49.6%	62	50.4%	123	100.0%
Weiblich	61	50.4%	60	49.6%	121	100.0%
Gesamt	122	50.0%	122	50.0%	244	100.0%
Lebenschancen	**Low-Cost**		**High-Cost**		**Gesamt**	
0	26	57.8%	19	42.2%	45	100.0%
1	1	33.3%	2	66.7%	3	100.0%
2	58	43.3%	76	56.7%	134	100.0%
3	10	55.6%	8	44.4%	18	100.0%
4	27	61.4%	17	38.6%	44	100.0%
Gesamt	122	50.0%	122	50.0%	244	100.0%

Weiterhin wurde zur Kontrolle von Störfaktoren sichergestellt, dass sich die Befragten in beiden Versuchsgruppen im Hinblick auf ihren sozioökonomischen Status ähnelten. *Tabelle 2* zeigt anhand eines für die Bestimmung des sozioökonomischen Status bei Blossfeld und Timm (1997) verwendeten Maßes der Lebenschancen, dass keine signifikanten Zusammenhänge zwischen den Lebenschancen der Probanden in beiden Versuchsgruppen bestehen (f = .161).

b) Die unabhängige Variable Selbstkontrolle. Zur Erfassung der Selbstkontrolle wurde die bereits oben beschriebene Übersetzung der Skala von Grasmick et al. (1993) verwendet. Die Datenanalyse erfolgte mittels linearer Strukturgleichungsmodelle. In einem ersten Schritt wurden für die einzelnen Subskalen der Selbstkontrolle jeweils einzelne Messmodelle berechnet, bei denen jeweils die vier zu einer Subskala gehörenden Items im Hinblick auf ihre Beziehungen zu dem durch die Subskala definierten latenten Konstrukt geprüft wurden. Da die Analyse der Strukturgleichungsmodelle stets in den zwei durch die High-Cost- und Low-Cost-Situation definierten Versuchsgruppen erfolgen musste, war es im Sinne eines Bemühens um Validität unbedingt erforderlich, die Messmodelle der Selbstkontrolle für beide Versuchsgruppen zu prüfen und identisch zu gestalten. Da die Versuchsgruppen insgesamt nur die Daten von jeweils 122 Probanden umfassten, konnten aus technischen Gründen entsprechende Messmodelle nur für die Subskalen „Self-Centered" und „Simple Tasks" etabliert werden. Angesichts einer Präferenz für valide und reliable Messmodelle wurde ein Verzicht auf die Analyse der anderen vier Subskalen von Selbstkontrolle jedoch in Kauf genommen.

c) Die unabhängige Variable Rational-Choice. Das Konzept Rational-Choice wurde als Produkt der subjektiven Erwartungen und Bewertungen relevanter Handlungskonsequenzen abweichenden Handelns operationalisiert. Auf der Grundlage sachlogischer Überlegungen wurden sechs relevante Konsequenzen der Nichtaufklärung eines Wechselgeldirrtums berücksichtigt, nämlich soziale Anerkennung, materielle Bereicherung,

Tabelle 3: Itemformulierungen, Mittelwerte und Standardabweichungen der SEU-Items in den Versuchsgruppen (High-Cost- und Low-Cost-Situation)

		Low-Cost		High-Cost	
Items		M	s	M	s
SEU_1	Die meisten Personen, die mir wichtig sind, finden es in Ordnung, wenn ich das gesamte Wechselgeld behalte.	1.197	2.039	.906	1.661
SEU_2	Ich kann mir von dem Geld Dinge kaufen, die ich mir normalerweise nicht leisten kann.	.853	2.317	.838	1.737
SEU_3	Ich werde ein schlechtes Gewissen haben.	–.754	2.553	–.932	2.183
SEU_4	Die Verkäuferin wird ihren Irrtum bemerken und mich zur Rede stellen.	.189	2.235	.328	1.667
SEU_5	Jemand wird mich beobachten und zur Rede stellen.	.639	2.549	.282	1.613
SEU_6	Mein Verhalten kann ein Strafverfahren nach sich ziehen.	1.303	2.612	.872	1.941

schlechtes Gewissen, Entdeckung durch die Verkäuferin, Entdeckung durch Beobachter des Vorfalls, Strafverfahren. Die Befragten wurden gebeten sich vorzustellen, sie behielten als Akteur in der Situation des Wechselgeldirrtums das gesamte Geld. Sie wurden sodann gebeten, die Wahrscheinlichkeit des Eintretens der oben genannten Handlungskonsequenzen sowie ihre Bewertung derselben anzugeben.[7] Die Angaben der Befragten wurden im Sinne des „double negative" recodiert (Heider 1958; zur Diskussion z.B. Fishbein und Ajzen 1975; Ajzen 1991), so dass die Skalen jeweils von –2 (sehr unwahrscheinlich/unangenehm) bis +2 (sehr wahrscheinlich/angenehm) reichten, und sodann für jede Handlungskonsequenz miteinander multipliziert. Bei der Konsequenz soziale Anerkennung (SEU_1) ist beispielsweise der resultierende Nutzen für Befragte gleich, die etwa soziale Anerkennung als sehr unwahrscheinlich und angenehm oder aber als sehr wahrscheinlich und sehr unangenehm perzipieren. *Tabelle 3* enthält Itemformulierungen und Angaben über Mittelwerte und Standardabweichungen der resultierenden sechs SEU-Items.

Auch hier wurden mit linearen Strukturgleichungsmodellen Messmodelle für alle Items zur Erfassung der Handlungskonsequenzen berechnet. Auch hier mussten wieder identische Messmodelle in beiden Versuchsgruppen, d.h. für die Analysen der Einflüsse der Rational-Choice-Theorie in High-Cost- und Low-Cost-Situationen, bestimmt werden. Dabei zeigte sich, dass jeweils die auf den Nutzen einer Entdeckung des Wechselgeldirrtums bezogenen Items SEU_4 und SEU_5 und das auf eine potenzielle Strafver-

7 Die Frageformulierungen und Antwortvorgaben lauten:
Erwartung: Für wie wahrscheinlich halten Sie es, dass die folgenden Konsequenzen eintreten, wenn Sie das gesamte Wechselgeld behalten?
sehr unwahrscheinlich (1), eher unwahrscheinlich (2), weder/noch (3), eher wahrscheinlich (4), sehr wahrscheinlich (5)
Bewertung: Bitte überlegen Sie sich jetzt, wie angenehm oder unangenehm Ihnen dann diese Konsequenzen sind?
sehr unangenehm (1), eher unangenehm (2), weder/noch (3), eher angenehm (4), sehr angenehm (5)

Tabelle 4: Häufigkeit der Intention abweichend zu handeln in High-Cost- und Low-Cost-Situationen

Handlungswahl	Low-Cost (N=122)	High-Cost (N=122)	Gesamtstichprobe (N=494)
Wechselgeld behalten	36 (29,5%)	37 (30,3%)	136 (27,5%)
Irrtum aufklären	86 (70,5%)	85 (69,7%)	358 (72,5%)

folgung bezogene Item (SEU_6) zu reliablen und bezogen auf beide Versuchsgruppen validen Messmodellen zusammengefügt werden konnten.

d) Die abhängige Variable abweichendes Handeln. Im Anschluss an die Beschreibung der Situation des Wechselgeldirrtums wurden die Befragten gebeten sich vorzustellen, wie sie als Akteure in dieser Situation vermutlich handeln würden. Dabei wurden zwei Handlungsmöglichkeiten – das Behalten des Geldes und die Aufklärung des Irrtums – mit jeweils dichotomer Antwortmöglichkeit vorgegeben. *Tabelle 4* enthält Angaben zur Häufigkeit der Intention, abweichend zu handeln, d.h. dem Behalten des Geldes.

An dieser Stelle ist es vielleicht trivial, dennoch sehr wichtig, darauf hinzuweisen, dass im vorliegenden Zusammenhang keine Erfassung tatsächlichen Handelns in natürlichen Situationen erfolgt, sondern lediglich Handlungsintentionen in möglichst alltagsnah simulierten Situationen gemessen werden.

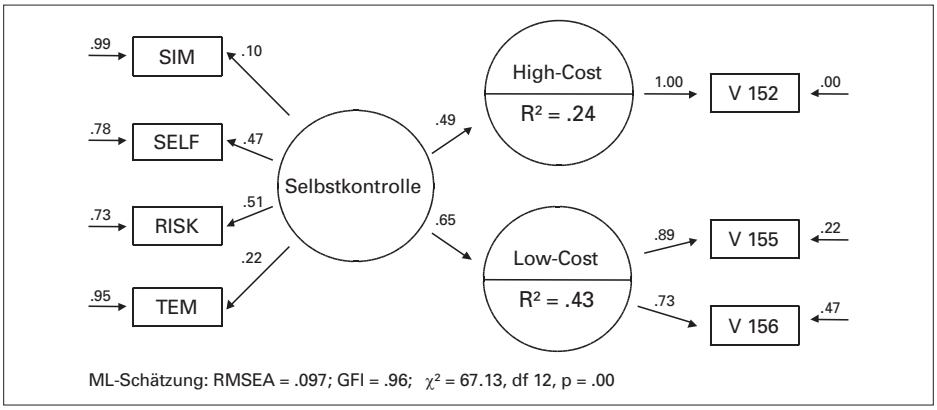
III. Ergebnisse

1. Teststrategie 1: Günstige und ungünstige Handlungen

Die Datenanalysen im Rahmen der Teststrategie 1 basieren auf den Daten aller 494 Befragten. In einem ersten Schritt erfolgt zunächst eine isolierte Prüfung der Einflüsse von Selbstkontrolle und der Rational-Choice-Theorie auf die ausgewählten Handlungen. Im zweiten Schritt erfolgt eine simultane Prüfung der beiden Theorien. Dieser Analyseschritt erlaubt es, differenzielle Aussagen über die Wirkungsweise der beiden Theorien bei Low-Cost- und High-Cost-Handlungen zu treffen. Die Analyse der Zusammenhänge zwischen den Variablen Selbstkontrolle, der Rational-Choice-Theorie und abweichenden Handlungen wird mit Hilfe von linearen Strukturgleichungsmodellen (LISREL Version 8.30, vgl. Jöreskog und Sörbom 1996) durchgeführt. Als Schätzverfahren wurde die Maximum-Likelihood-Methode eingesetzt,[8] und die Güte der Modellanpassung wurde mittels der RMSEA- und GFI-Werte sowie des Chi^2-Wertes beurteilt (vgl. z.B. Bollen 1989). Zur Messung von Selbstkontrolle wurden vier Subdimensionen (Simple Tasks, Self Centered, Risk-Seeking, Temper) ausgewählt (vgl. oben). Die High-Cost-Handlung (Fahren unter Alkoholeinfluss) wurde mit einem Indikator erfasst. Zur Erfassung der Low-Cost-Handlungen wurden zwei Indikatoren he-

8 Die der Analyse von Strukturgleichungsmodellen zu Grunde liegenden Korrelationsmatrizen können bei Interesse jederzeit gerne bei den Verfassern angefordert werden.

Abbildung 2: Strukturgleichungsmodell zum Einfluss von Selbstkontrolle auf High-Cost- und Low-Cost-Handlungen



rangezogen (die Fundunterschlagung und die Nichtaufklärung eines Wechselgeldirrtums).

Wie aus *Abbildung 2* hervorgeht, findet die postulierte High-Cost-/Low-Cost-These empirische Unterstützung. Selbstkontrolle hat einen stärkeren Einfluss auf Low-Cost- als auf High-Cost-Handlungen. Allerdings ergeben sich für beide Handlungen relativ starke Zusammenhänge zum Konstrukt Selbstkontrolle. Die Effekte sind in beiden Fällen deutlich stärker als sie etwa für Einstellungskonstrukte im Kontext der Umweltforschung gefunden wurden. Hier variierten die Zusammenhänge – allerdings ohne explizite Messmodelle – nur in einem Bereich zwischen .10 und .20 (Pearsons Korrelation). Aber auch auf der reinen Korrelationsebene erreicht das Konstrukt Selbstkontrolle im Kontext abweichender Handlungen stärkere Effekte.

In einem nächsten Analyseschritt soll die Wirkung einer direkten Messung der Rational-Choice-Theorie auf High-Cost- und Low-Cost-Handlungen überprüft werden. Zuerst wird die Wirkung der Rational-Choice-Theorie isoliert auf beide Handlungen geprüft. Es wurde die weiter oben beschriebene Operationalisierung der Rational-Choice-Theorie verwendet, um den Zusammenhang mit High-Cost- und Low-Cost-Handlungen zu testen. Auf Grund von Schätzproblemen konnte für die Messung der Low-Cost-Handlung nur ein Indikator verwendet werden (vgl. *Abbildung 3*).

Der isolierte Test bestätigt einen Teil der Annahmen der Rational-Choice-Theoretiker. Die Rational-Choice-Theorie zeigt einen stärkeren Effekt auf die High-Cost-Handlung als auf die Low-Cost-Handlung. Im Vergleich mit dem Persönlichkeitsmerkmal Selbstkontrolle ergeben sich für die Rational-Choice-Theorie deutlich niedrigere Koeffizienten. Allerdings ist hier die relativ schlichte Messung der Rational-Choice-Theorie mit nur einem Indikator in Rechnung zu stellen.

In einem abschließenden Analyseschritt wird die Rational-Choice-Theorie in einem simultanen Test mit dem Persönlichkeitsmerkmal Selbstkontrolle verglichen um zu überprüfen, ob die in den jeweiligen isolierten Theorietests empirisch unterstützten Hypothesen auch unter härteren Testbedingungen zutreffend sind. Dazu wurde ein Modell spezifiziert, in dem beide Konzepte parallel als Prädiktoren auf die High-Cost-

Abbildung 3: Strukturgleichungsmodell zum Einfluss der Rational-Choice-Theorie auf High-Cost- und Low-Cost-Handlungen

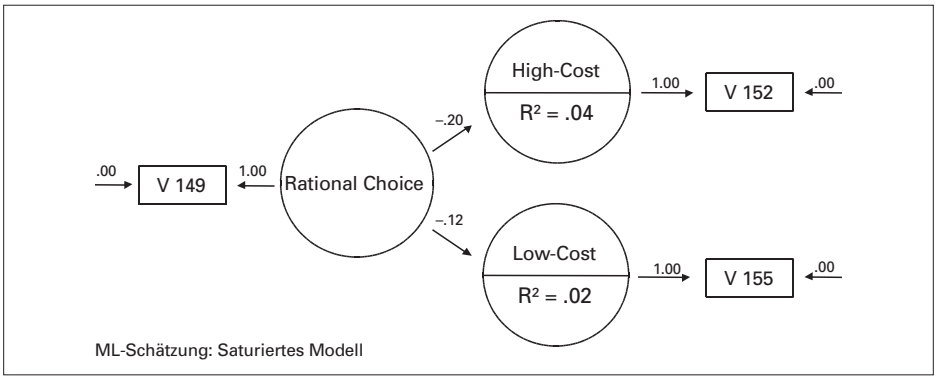
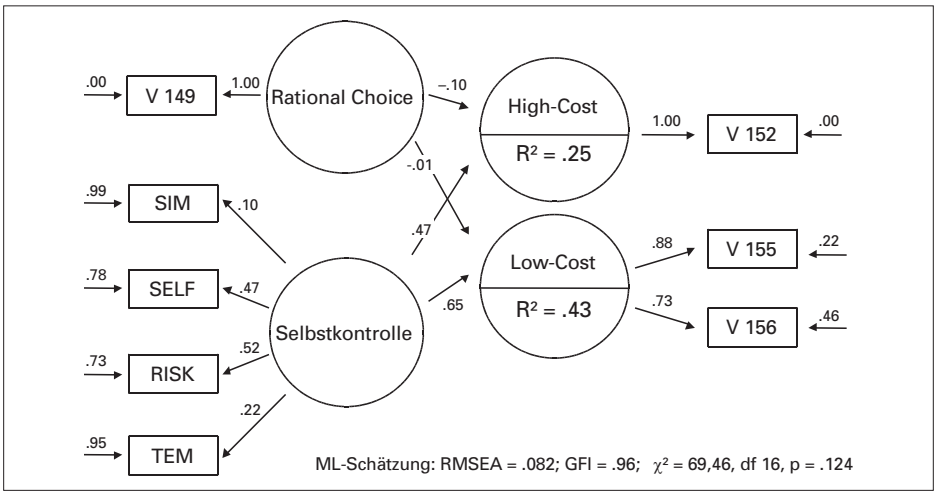


Abbildung 4: Strukturgleichungsmodell zum Einfluss von Selbstkontrolle und der Rational-Choice-Theorie auf High-Cost- und Low-Cost-Handlungen



und die Low-Cost-Handlungen wirken. Die Ergebnisse dieses simultanen Modelltests finden sich in *Abbildung 4*.

Die in den isolierten Prüfungen gefundenen differenziellen Effekte auf beide Handlungen bleiben für beide Konzepte erhalten. Nach wie vor zeigt das Persönlichkeitskonzept Selbstkontrolle einen deutlich stärkeren Einfluss als die Rational-Choice-Theorie. Auch unter Berücksichtigung möglicher „Vorteile" durch die Messfehlerkorrektur für das Selbstkontrollkonstrukt ist zumindest von keiner dominanten Wirkung der Rational-Choice-Theorie im Kontext abweichender Handlungen auszugehen – weder für High-Cost- noch für Low-Cost-Handlungen.

2. Teststrategie 2: Günstige und ungünstige Situationen

Wie bereits oben erläutert, wurden im Rahmen der zweiten Teststrategie Gelegenheiten experimentell manipuliert und den Befragten in Form von Situationsbeschreibungen als High-Cost- und Low-Cost-Situationen vorgegeben. Die Analysen beziehen sich dabei auf die Daten von jeweils 122 Befragten in jeder der zwei Versuchsgruppen (vgl. *Abschnitt II*). Diese Vorgehensweise erlaubte in einem ersten Schritt eine isolierte Prüfung der Einflüsse von Selbstkontrolle und Rational-Choice auf die hier untersuchte Intention, einen Wechselgeldirrtum nicht aufzuklären. In einem zweiten Schritt erlaubte diese Strategie eine simultane Prüfung der Einflüsse von Selbstkontrolle und Rational-Choice auf die Intention, Wechselgeld ungerechtfertigter Weise zu behalten, mit dem Ziel, differenzielle Erklärungsleistungen der beiden theoretischen Konzepte für High-Cost- und Low-Cost-Situationen herauszuarbeiten.[9] Die hier berichteten Ergebnisse der multivariaten Analysen wurden jeweils mittels linearer Strukturgleichungsmodelle mit dem Programm LISREL Version 8.30 (Jöreskog und Sörbom 1996) berechnet. Da die Intention, einen Wechselgeldirrtum nicht aufzuklären, als dichotome Variable erfasst wurde, beruhen die Analysen auf tetrachorischen Korrelationskoeffizienten in Verbindung mit asymptotischen Kovarianzmatrizen.[10] Es wurden WLS-Schätzungen vorgenommen, und die Güte der Modellanpassung wurde mittels der RMSEA- und GFI-Werte beurteilt (vgl. z.B. Bollen 1989; Bollen und Long 1993; Hayduk 1987).

Die aus der GTOC abgeleitete These eines direkten Einflusses von Selbstkontrolle auf die Intention, eine abweichende Handlung auszuführen, zeigte, dass die beiden hier gemessenen Bereiche von Selbstkontrolle – Self-Centered und Simple Tasks – die Handlungsintention in der erwarteten Richtung beeinflussen. Dieser Zusammenhang zeigt sich in der High-Cost- ebenso wie in der Low-Cost-Situation. Für den Bereich Self-Centered zeigt sich allerdings, dass auch in einer High-Cost-Situation Selbstkontrolle einen deutlichen Einfluss auf die Handlungsintention hat. Generell weisen die Modelle auf relativ hohe Erklärungsleistungen der beiden Bereiche von Selbstkontrolle hin und sind den Daten gut angepasst (vgl. *Abbildungen 5* und *6*).

Die isolierte Prüfung der Einflüsse von Nutzenerwägungen auf die Intention, eine abweichende Handlung auszuführen, ergab ebenso Unterstützung für die These, dass unabhängig von der Frage, in welcher Art von Situation die Intention beobachtet wird – ein höherer wahrgenommener Nutzen des abweichenden Handelns die entsprechende Intention wahrscheinlicher werden lässt. Die Maße zur Beurteilung der Modellanpassung zeigen auch hier zufrieden stellende Fit-Werte (vgl. *Abbildung 7*).

Allerdings weisen die isolierten Prüfungen bereits auf einen Befund hin, der auch in der simultanen Prüfung der Einflüsse von Selbstkontrolle und Nutzenerwägungen deutlich wird: Vergleicht man die Stärke der Einflüsse von Selbstkontrolle und Nutzenerwägungen, so deutet sich an, dass Selbstkontrolle in der Low-Cost-Situation einen stärkeren Einfluss auf die Intention, das Wechselgeld zu behalten, hat, und dass Nut-

9 Die empirischen Analysen wurden jeweils auf bivariater Ebene und multivariater Ebene vorgenommen. Aus Platzgründen erfolgt im vorliegenden Zusammenhang jedoch lediglich eine Darstellung der Ergebnisse der multivariaten Prüfungen.

10 Die der Analyse von Strukturgleichungsmodellen zu Grunde liegenden Korrelationsmatrizen können bei Interesse jederzeit gerne bei den Verfassern angefordert werden.

Abbildung 5: Strukturgleichungsmodelle zum Einfluss von Selbstkontrolle (Self-Centered) auf die Handlungsintention in einer High-Cost- und einer Low-Cost-Situation (kursiv gedruckte Werte in Klammern beziehen sich auf die Low-Cost-Situation)

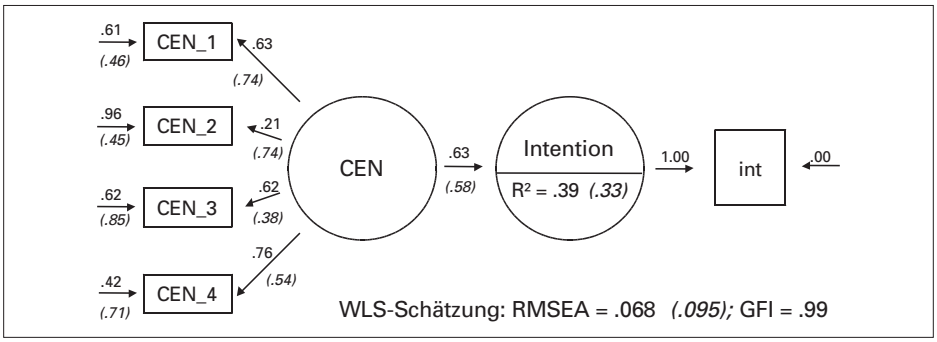
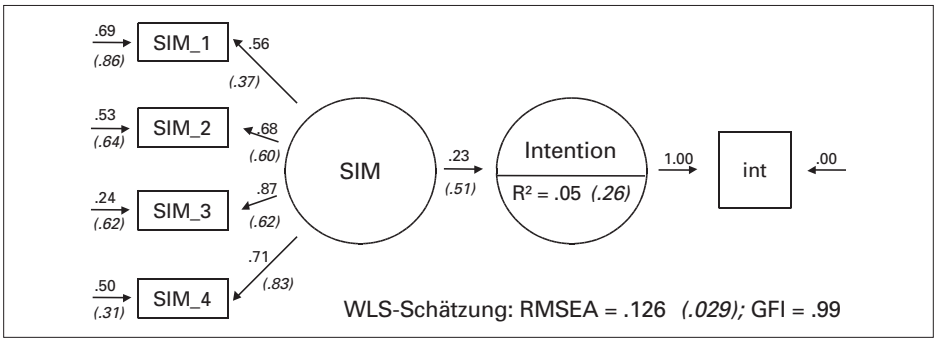


Abbildung 6: Strukturgleichungsmodelle zum Einfluss von Selbstkontrolle (Simple Tasks) auf die Handlungsintention in einer High-Cost- und einer Low-Cost-Situation (kursiv gedruckte Werte in Klammern beziehen sich auf die Low-Cost-Situation)



zenerwägungen in der High-Cost-Situation geringfügig stärkere Erklärungsleistungen erzielen (vgl. *Abbildungen 6* und *7*).

Die in einem dritten Schritt vorgenommene simultane Prüfung der Einflüsse von Selbstkontrolle und Nutzenerwägungen führt zu einem Ergebnis, das prinzipiell für die Angemessenheit der hier entwickelten High-Cost-/Low-Cost-These abweichenden Handelns spricht: Für beide Bereiche von Selbstkontrolle – Self-Centered und Simple Tasks – lässt sich beobachten, dass die Einflüsse des Persönlichkeitsmerkmals auf die Intention, das Wechselgeld zu behalten, in der Situation ohne anwesende Beobachter und gegenüber einer als mürrisch beschriebenen Verkäuferin (Low-Cost) stärker sind als die entsprechenden Einflüsse der Nutzenerwägungen. In einer Situation mit freundlicher Bedienung und anwesenden Beobachtern (High-Cost) ist demgegenüber die Intention, das Wechselgeld zu behalten, stärker als von Selbstkontrolle von der Wahr-

Abbildung 7: Strukturgleichungsmodelle zum Einfluss von Rational Choice auf die Handlungsintention in einer High-Cost- und einer Low-Cost-Situation (kursiv gedruckte Werte in Klammern beziehen sich auf die Low-Cost-Situation)

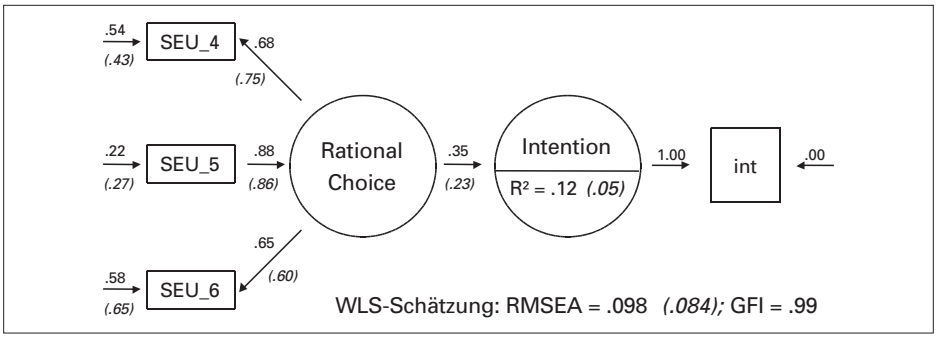


Abbildung 8: Strukturgleichungsmodelle zum Einfluss von Selbstkontrolle (Self-Centered) und Rational Choice auf die Handlungsintention in einer High-Cost- und einer Low-Cost-Situation (kursiv gedruckte Werte in Klammern beziehen sich auf die Low-Cost-Situation)

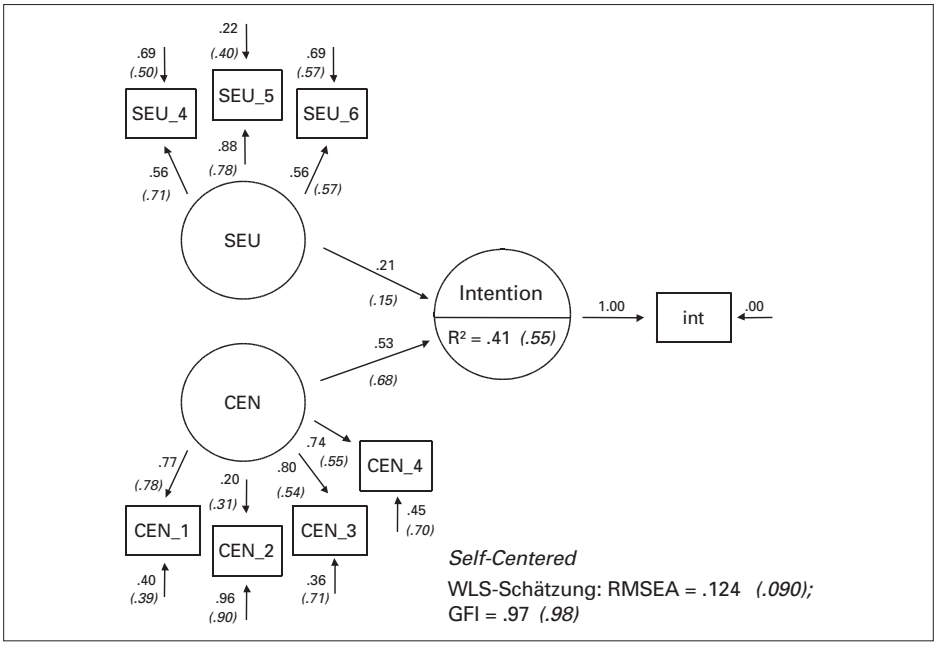
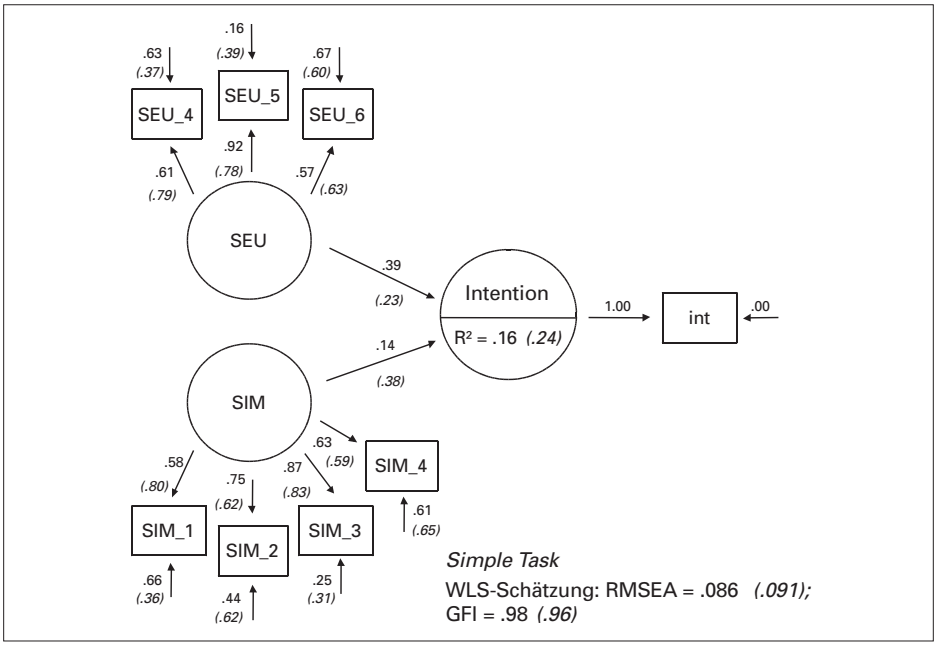


Abbildung 9: Strukturgleichungsmodelle zum Einfluss von Selbstkontrolle (Simple Tasks) und Rational Choice auf die Handlungsintention in einer High-Cost- und einer Low-Cost-Situation (kursiv gedruckte Werte in Klammern beziehen sich auf die Low-Cost-Situation)



nehmung und Bewertung potenziell negativer Handlungsfolgen abhängig (vgl. *Abbildungen 8* und *9*).

Fasst man die Ergebnisse der zweiten Teststrategie zusammen, so zeigt sich, dass erwartungsgemäß die Intention in einer Low-Cost-Situation stärker auf Einflüsse des Persönlichkeitsmerkmals, in einer High-Cost-Situation stärker auf Einflüsse von Nutzenerwägungen zurückzuführen ist.

Betrachtet man die Ergebnisse für beide der hier verfolgten Teststrategien zusammenfassend, so sind sie grundsätzlich als Unterstützung der hier elaborierten und geprüften High-Cost-/Low-Cost-These abweichenden Handelns zu interpretieren: Das Persönlichkeitsmerkmal Selbstkontrolle erweist sich im Vergleich zur Rational-Choice-Theorie sowohl für günstige abweichende Handlungen als auch für abweichendes Handeln angesichts einer günstigen Gelegenheit als stärkerer Prädiktor, während ungünstige abweichende Handlungen ebenso wie abweichendes Handeln in ungünstigen Gelegenheiten eher als Resultat einer rationalen Wahl denn als Resultat eines Persönlichkeitsmerkmals aufzufassen ist.

IV. Diskussion

In dieser Studie konnten wir zeigen, dass die Elaboration des Konzepts der Interaktion von Person und Situation im Rahmen der General Theory of Crime mittels der High-Cost-/Low-Cost-These ein nützliches Unterfangen im Kontext von Analysen abweichenden Handelns in alltäglichen Situationen darstellt. Dabei sind wir davon ausgegangen, dass Persönlichkeitsvariablen in Low-Cost-Situationen (also bei günstigen Gelegenheiten) und die Rational-Choice-Theorie in High-Cost-Situationen (also bei ungünstigen Gelegenheiten) höhere Erklärungsleistungen erzielen.

Eine empirische Überprüfung der Bedeutung von Gelegenheiten im Rahmen der GTOC lässt verschiedene Möglichkeiten der Operationalisierung zu. So arbeiten einige Forscher mit Zusatzannahmen und bilden durch die verwendeten Operationalisierungen von Gelegenheiten nur sehr unspezifisch und sehr allgemein die Variable Gelegenheiten ab (vgl. z.B. Eifler 1998: 97; Grasmick et al. 1993: 19; Longshore und Turner 1998: 88f.). Wenn etwa nach Gelegenheiten in den letzten fünf Jahren gefragt wird, indem abweichende Handlungen „possible to do easily", „gratifying at the moment" und „without much chance that somebody who might do something about it would quickly find out" waren (Grasmick et al. 1993: 19; Longshore 1998: 106) oder wenn Gelegenheiten im Zusammenhang mit der Erklärung der Intensität des Konsums von Tabakwaren über die Verfügbarkeit über Ressourcen, Tabakwaren zu erwerben, operationalisiert wird (Eifler 1998: 97) oder Personen danach gefragt werden „how many of their current friends engage in crime other than illicit drug use" und das Geschlecht als zwei Proxyvariablen zu Operationalisierung von Gelegenheiten herangezogen werden (Longshore und Turner 1998: 88f.), dann lassen sich damit konkrete Situationsumstände nicht kontrollieren. Bei dieser Art der Operationalisierung könnten sich verzerrende Effekte dadurch ergeben, dass sich die Versuchspersonen eigene Vorstellungen über situationale Gegebenheiten machen, die vom Forscher nicht kontrolliert werden können. Da wir die Nachteile der aufgeführten Operationalisierungen vermeiden wollten und in der Forschungspraxis in der Regel kaum Feldexperimente möglich sind, die zudem mit ethischen Prinzipien der Sozialforschung konfligieren würden, haben wir uns für andere Operationalisierungsvarianten entschlossen und dabei die beiden Teststrategien, die im Zusammenhang mit der empirischen Überprüfung der High-Cost-/Low-Cost-These des Umweltverhaltens entwickelt wurden, auf kriminalsoziologische Fragestellungen übertragen.

In der ersten Teststrategie wurden a priori drei verschiedene Handlungen – auf Grund sachlogischer Überlegungen und auf Grund der Perzeptionen der Befragten – in High-Cost- und in Low-Cost-Handlungen eingeteilt. Obwohl mit dieser Methode auch keine konkreten Situationsvorgaben gemacht werden können, ist diese Operationalisierung sinnvoll, da sie es ermöglicht, die Wirkungsweise von Persönlichkeitsmerkmalen und der Rational-Choice-Theorie in High-Cost- und in Low-Cost-Situationen zu testen, die mit den oben beschriebenen Operationalisierungen nicht möglich sind. Über dieses selbstberichtete abweichende Handeln hinaus verwendeten wir zudem in unserer Studie eine Operationalisierung von Gelegenheiten mittels der Vignettentechnik, da es die Vignettentechnik erlaubt, Situationsbeschreibungen in standardisierter Form zur schriftlichen Beantwortung vorzugeben (hier: Nichtaufklärung eines Wech-

selgeldirrtums) und Merkmale von Gelegenheiten experimentell zu manipulieren, so dass kausale Zusammenhänge zwischen Situationsmerkmalen, theoretischen Konzepten und Handlungsintentionen unter weitgehender Kontrolle von Störvariablen herausgearbeitet werden können.

Die Überprüfung der High-Cost-/Low-Cost-These abweichenden Handelns mittels dieser zwei Teststrategien zeigt eine empirische Unterstützung der postulierten Interaktionsthese. Das Persönlichkeitsmerkmal Selbstkontrolle wirkt stärker in Low-Cost-Situationen, die Rational-Choice-Theorie wirkt stärker in High-Cost-Situationen.

Dennoch gibt es auch Schwächen in der hier vorgestellten methodischen Herangehensweise. Ein härterer und ein fairerer Test sowie eine bessere Vergleichbarkeit sowohl zwischen den beiden Theorien als auch zwischen den beiden Teststrategien würde nahezu identische Messinstrumente voraussetzen. Die Operationalisierung des Persönlichkeitsmerkmals Selbstkontrolle ist jedoch für die beiden Teststrategien nicht identisch, in der ersten Strategie konnten vier der insgesamt sechs Subdimensionen, in der zweiten Teststrategie dagegen nur zwei Subdimensionen – und diese auch nur in getrennten Modellen – berücksichtigt werden. Diese Einschränkung ist nicht zuletzt dem Design dieser Studie geschuldet. Operationalisiert man Gelegenheiten über Vignetten und will man verschiedene Situationseinflüsse systematisch variieren, dann ist es nicht sinnvoll, allen Befragten alle Varianten vorzulegen. Insofern mussten kleinere Gruppen befragt werden. Die geringere Fallzahl hat dann aber Einschränkungen hinsichtlich der Auswertungsmöglichkeiten zu gegenwärtigen. So ist die eher schlichte Operationalisierung der Variable Selbstkontrolle in der zweiten Teststrategie erheblichen Schätzproblemen geschuldet, die angesichts der geringen Fallzahlen mit dem WLS-Schätzer aufgetreten sind, weil die Messmodelle über alle Versuchsgruppen konstant gehalten und damit validiert werden sollten. Andererseits stellte der WLS-Schätzer die methodisch angemessene Vorgehensweise dar, da die abhängige Variable nominalskaliert ist. Die Rational-Choice-Theorie wurde nur in der zweiten Teststrategie umfangreich und methodisch angemessen operationalisiert. Die Operationalisierung der Rational-Choice-Theorie in der ersten Teststrategie ist dagegen wesentlich weniger elaboriert, was auch dem Umstand geschuldet ist, dass diese Teststrategie nicht explizit im Fragebogen umgesetzt wurde und es sich insofern um eine Sekundäranalyse der Daten handelt. Es ist deshalb notwendig, in zukünftigen Studien eine möglichst faire Operationalisierung für das Persönlichkeitsmerkmal Selbstkontrolle und die Rational-Choice-Theorie für beide Teststrategien zu Grunde zu legen. In dieser Untersuchung scheint der Aspekt der Operationalisierung weniger problematisch zu sein, da die erwarteten Beziehungen empirisch bestätigt wurden. Problematisch wird es allerdings, wenn man annimmt, dass das vorliegende Ergebnis nur wegen der schlechten Operationalisierung der beiden unabhängigen Variablen zustande gekommen sei. Gegen diese Auffassung spricht jedoch, dass sich in beiden Teststrategien die Interaktionshypothese bewährte und dabei wechselseitig entweder die Variable Selbstkontrolle oder die Rational-Choice-Theorie schlecht gemessen wurden.

Eine weitere Einschränkung liegt im Geltungsbereich der Analyseergebnisse. Wir können noch keine abschließende Aussage darüber treffen, ob die hier gefundene empirische Unterstützung der High-Cost-/Low-Cost-These abweichenden Handelns für alle Arten abweichenden Handelns gilt, da wir uns in unseren Aussagen auf die speziel-

le Form abweichenden Handelns, die hier betrachtet wurde, sowie die vorgelegte Situation beschränken müssen, die hier untersucht wurde. Zudem ist eine Übertragung der Ergebnisse nur auf Personengruppen möglich, die der hier untersuchten Stichprobe ähnlich sind.

Angesichts der Beobachtung, dass die High-Cost-/Low- Cost-These abweichenden Handelns in der vorliegenden Untersuchung deutliche empirische Unterstützung findet, wäre es sehr lohnenswert, die Analyse auszudehnen auf andere Stichproben, auf weitere Situationen und auf verschiedene Formen abweichenden Handelns.

Literatur

Abelson, Robert P., 1976: A Script Theory of Understanding, Attitude, and Behavior. S. 33–67 in: *John S. Carrol* und *John W. Payne* (Hg.), Cognition and Social Behavior. Hillsdale/N.Y.: Erlbaum.

Ajzen, Icek, 1991: The Theory of Planned Behavior. Organizational Behavior and Human Decision Processes: 179–211.

Arneklev, Bruce J., Harold G. Grasmick, Charles R. Tittle und *Robert J. Bursik, Jr.*, 1993: Low Self-Control and Imprudent Behavior. Journal of Quantitative Criminology 9: 225–247.

Arneklev, Bruce J., John K. Cochran und *Randy R. Gainey,* 1998: Testing Gottfredson and Hirschi's „Low Self-Control" Stability Hypothesis: An Exploratory Study. American Journal of Criminal Justice 23: 107–127.

Benson, Michael L., und *Elizabeth Moore*, 1992: Are White-collar and Common Offenders the Same? An Empirical and Theoretical Critique of a Recently Proposed General Theory of Crime. Journal of Research in Crime and Delinquency 29: 251–272.

Bollen, Kenneth A., 1989: Structural Equations with Latent Variables. New York: John Wiley.

Bollen, Kenneth A., und *J. Scott Long* (Hg.), 1993: Testing Structural Equation Models. Newbury Park: Sage.

Blossfeld, Hans-Peter, und *Andreas Timm*, 1997: Der Einfluß des Bildungssystems auf den Heiratsmarkt. Eine Längsschnittanalyse der Wahl des ersten Ehepartners im Lebenslauf. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 49: 440–476.

Brownfield, David, und *Ann Marie Sorenson,* 1993: Self-control and Juvenile Delinquency: Theoretical and an Empirical Assessment of Selected Elements of a General Theory of Crime. Deviant Behavior 14: 243–264.

Clarke, Ronald V., 1980: „Situational" Crime Prevention: Theory and Praxis. British Journal of Criminology 20: 136–147.

Clarke, Ronald V, und *Derek B. Cornish*, 1985: Modelling Offenders Decisions: A Framework for Research and Policy. Crime and Justice 6: 147–185.

Clarke, Ronald V., und *Marcus Felson,* 1993: Routine Activity and Rational Choice. New Brunswick: Transaction Publishers.

Cochran, John K., Peter B. Wood, Christine S. Sellers, Wendy Wilkerson und *Mitchell B. Chamlin,* 1998: Academic Dishonesty and Low Self-Control: An Empirical Test of a General Theory of Crime. Deviant Behavior 19: 227–255.

Cohen, Lawrence E., und *Marcus Felson,* 1979: Social Change and Crime Rate Trends: A Routine Activity Approach. American Sociological Review 44: 588–608.

Diekmann, Andreas, 1980: Die Befolgung von Gesetzen. Empirische Untersuchungen zu einer rechtssoziologischen Theorie. Berlin: Duncker und Humblot.

Diekmann, Andreas, 1996: Homo ÖKOnomicus. Anwendungen und Probleme der Theorie rationalen Handelns im Umweltbereich. S. 89–118 in: *Andreas Diekmann* und *Carlo C. Jäger* (Hg.), Umweltsoziologie. Sonderheft 36 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Diekmann, Andreas, und *Peter Preisendörfer*, 1992: Persönliches Umweltverhalten. Diskrepanzen zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 44: 226–251.

Diekmann, Andreas, und *Peter Preisendörfer*, 1998: Umweltbewußtsein und Umweltverhalten in Low- und High-Cost-Situationen. Eine empirische Überprüfung der Low-Cost-Hypothese. Zeitschrift für Soziologie, 27: 438–453.

Eifler, Stefanie, 1997a: Einflußfaktoren von Alkoholkonsum. Sozialisation, Self-Control und Differentielles Lernen. Wiesbaden: Deutscher Universitäts-Verlag.

Eifler, Stefanie, 1997b: Self-Control und gesundheitsrelevantes Verhalten. Soziale Probleme 8: 62–84.

Eifler, Stefanie, 1997c: Gleich und gleich gesellt sich gern! – Eine empirische Analyse der Einflüsse von Self-Control und differentiellen Assoziationen auf den Genuß von Tabakwaren. Soziale Probleme 8: 199–217.

Eifler, Stefanie, 1998: Machen Gelegenheiten Raucher? Theoretische und empirische Analysen der Beziehungen zwischen Self-Control, Ressourcen und dem Genuß von Tabakwaren. Soziale Probleme 9: 90–116.

Eifler, Stefanie, 1999: Routineaktivitäten und Gelegenheiten – eine quasi-experimentelle Untersuchung situativer Einflüsse auf deviantes Verhalten. Bielefelder Arbeiten zur Sozialpsychologie Nr. 190: Universität Bielefeld.

Eifler, Stefanie, 2000: Zu einer empirisch begründeten Taxonomie von Gelegenheiten. Bielefelder Arbeiten zur Sozialpsychologie Nr. 194: Universität Bielefeld.

Eifler, Stefanie, 2002: Finders are Keepers – Empirical Examinations of Criminal Opportunities using Scenario Techniques. Bielefelder Arbeiten zur Sozialpsychologie Nr. 203: Universität Bielefeld.

Eifler, Stefanie, und *Christian Seipel*, 2001: Eine Skala zur Erfassung von Self-Control. In: *Angelika Glöckner-Rist* und *Peter Schmidt* (Hg.), ZUMA-Informationssystem. Version 2.00. Ein elektronisches Handbuch sozialwissenschaftlicher Erhebungsinstrumente. Mannheim: Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen.

Eifler, Stefanie, Stefan Schmitt, Christina Bentrup, Malte Hegeler, Isabel Pessara, Chistiane Porr und *Melanie Ratzka*, 2001: Gelegenheitsstrukturen und Kriminalität. Soziale Probleme, Gesundheit und Sozialpolitik. Materialien und Forschungsberichte (Nr. 2). Bielefeld: Universität Bielefeld, Fakultät für Soziologie.

Felson, Marcus, 1994: Crime and Everyday Life. Thousand Oaks, CA: Pine Forge Press.

Fishbein, Martin, und *Icek Ajzen*, 1975: Belief, Attitude, Intention and Behavior. An Introduction to Theory and Research. Reading, Mass.

Fetchenhauer, Detlef, und *Josef Simon,* 1998: Eine experimentelle Überprüfung der „General Theory of Crime" von Gottfredson und Hirschi. Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform 8: 301–315.

Friedrichs, Jürgen, 1974: Situation als soziologische Erhebungseinheit. Zeitschrift für Soziologie 3: 44–53.

Gottfredson, Michael R., und *Travis Hirschi*, 1990: A General Theory of Crime. Stanford: Stanford University Press.

Grasmick, Harold G., Charles R. Tittle, Robert J. Bursik, Jr. und *Bruce J. Arneklev*, 1993: Testing the Core Empirical Implications of Gottfresdson and Hirschi's General Theory of Crime. Journal of Research in Crime and Delinquency 30: 5–29.

Greenberg, David, Robin Tamarelli und *Margaret S. Kelley*, 2002: The Generality of the Self-Control Theory of Crime. S. 49–94 in: *Elin Waring und David Weisburd* (Hg.), Crime and Social Organization. New Brunswick: Transaction.

Hayduk, Leslie A., 1987: Structural Equation Modeling with LISREL. Essential and Advances. Baltimore: The John Hopkins University Press.

Heider, Fritz, 1958: The Psychology of Interpersonal Relations. New York: Wiley.

Hess, Henner, und *Sebastian Scheerer*, 1997: Was ist Kriminalität? Skizze einer konstruktivistischen Kriminalitätstheorie. Kriminologisches Journal 29: 83–155.

Higgins, George, E., 2002: Gottfredson and Hirschi's General Theory of Crime: A Structural Equation Modeling Approach. Dissertation Abstracts International 629: 3195-A.

Hirschi, Travis, und *Michael R. Gottfredson,* 1993: Commentary: Testing the General Theory of Crime. Journal of Research in Crime and Delinquency 30: 47–54.

Hope, Trina, L., und *Kelly R. Damphousse,* 2002: Applying Self-control Theory to Gang Membership in a Non-Urban Setting. Journal of Gang Research 9: 41–61.

Kreutz, Henrik, 1972: Soziologie der empirischen Sozialforschung. Theoretische Analyse von Befragungstechniken und Ansätze zur Entwicklung neuer Verfahren. Stuttgart: Enke.

Kühnel, Steffen, und *Sebastian Bamberg,* 1998: Ist die Low-Cost Hypothese noch zu retten? Erwiderung auf Diekmann und Preisendörfer. Zeitschrift für Soziologie 27: 273–275.

LaFree, Gary, und *Christopher Birkbeck,* 1991: The Neglected Situation: A Cross-National Study of the Situational Characteristics of Crime. Criminology 29: 73–98.

Lamnek, Siegfried, 1994: Neue Theorien abweichenden Verhaltens. München: Fink.

Jöreskog, Karl G., und *Dag Sörbom*, 1996: Lisrel 8. User's Reference Guide. Chicago: Scientific Software International.

Longshore, Douglas, 1998: Self-Control and Criminal Opportunity: A Prospective Test of the General Theory of Crime. Social Problems 45: 102–113.

Longshore, Douglas, Susan Turner und *Judith A. Stein,* 1996: Self-control in a Criminal Sample: An Examination of Construct Validity. Criminology 34: 209–228.

Longshore, Douglas, und *Susan Turner*, 1998: Self-Control and Criminal Opportunity. Cross Sectional Test of the General Theory of Crime. Criminal Justice and Behavior 25: 81–98.

Magnusson, David, 1978: On the Role of Situations in Personality Research: An International Perspective. S. 155–178 in: *Lawrence A. Pervin* (Hg.), Current Controversies and Issues in Personality. New York: Wiley.

Magnusson, David, und *Bo Ekehammar*, 1978: Similar Situations – Similar Behaviors? A Study of the Intraindividual Congruence Between Situation Perception and Situation Reactions. Journal of Research in Personality 12: 41–48.

Magnusson, David, und *Hakan Stattin*, 1981: Stability of Cross-situational Patterns of Behavior. Journal of Research in Personality 15: 488–496.

Opp, Karl-Dieter, 1973: Soziologie im Recht. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.

Polakowski, Michael, 1994: Linking Self- and Social Control with Deviance: Illuminating the Structure Underlying a General Theory of Crime and its Relation to Deviant Activity. Journal of Quantitative Criminology 10: 41–78.

Preisendörfer, Peter, 1999: Umweltbewusstsein in Deutschland 1996. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage. Bonn: Bundesumweltministerium.

Reed, Gary E., und *Peter C. Yeager*, 1996: Organizational Offending and Neoclassical Criminology: Challenging the Reach of a General Theory of Crime. Criminology 34: 357–382.

Rossi, Peter H., und *Andy B. Anderson,* 1982: The Factorial Survey Approach. An Introduction. S. 15–67 in: *Peter H. Rossi* und *Steven L. Nock:* Measuring Social Judgements. Beverly Hills: Sage.

Schlenker, Barry R., 1980: Impression Management. The Self-concept, Social Identity, and Interpersonal Relations. Monterey, CA: Brooks/Cole Publishing Company.

Seipel, Christian, 1999a: Strategien und Probleme des empirischen Theorienvergleichs in den Sozialwissenschaften. Rational Choice Theorie oder Persönlichkeitstheorie? Opladen: Leske + Budrich.

Seipel, Christian, 1999b: Die Bedeutung von Gelegenheitsstrukturen in der „General Theory of Crime" von Michael R. Gottfredson und Travis Hirschi (1990). Soziale Probleme 10: 144–165.

Seipel, Christian, 2000: Ein empirischer Vergleich zwischen der Theorie geplanten Verhaltens von Icek Ajzen und der Allgemeinen Theorie der Kriminalität von Michael R. Gottfredson und Travis Hirschi. Zeitschrift für Soziologie 29: 399–412.

Sessar, Klaus, 1997: Zu einer Kriminologie ohne Täter. Oder auch: Die kriminogene Tat. Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform 80: 1–24.

Spada, Hans, 1992: Lehrbuch Allgemeine Psychologie. Bern u.a.: Huber.

Statistisches Bundesamt (Hg.), 2001: Datenreport 1999. Aktualisierte Auflage. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Stylianou, Stelios, 2002: The Relationship Between Elements and Manifestations of Low Self-Control in a General Theory of Crime. Deviant Behavior 23: 531–557.

Vazsonyi, Alexander T., Lloyd E. Pickering, Marianne Junger und *Dick Hessing*, 2001: An Empirical Test of a General Theory of Crime: A Four-Nation Comparative Study of Self-Control and the prediction of Deviance. Journal of Research in Crime and Delinquency 38: 91–131.

Weinrath, Michael, 1999: Development of a Risk Assessment Tool for High Risk and Drunk Drivers. Journal of Applied Sociology 16: 51–68.

Winfree, L. Thomas, Jr., und *Frances P. Bernat*, 1998: Social Learning, Self-Control, and Substance Abuse by Eighth Grade Students: A Tale of Two Cities. Journal of Drug Issues 28: 539–558.

Zintl, Reinhard, 1989: Der Homo Oeconimicus: Ausnahmeerscheinung in jeder Situation oder Jedermann in Ausnahmesituationen? Analyse und Kritik 11: 52–69.

WIDERSPRÜCHLICHE GEFÜHLE

Rationalität und Emotionalität im Entscheidungsverhalten von jugendlichen Straftätern*

Willem de Haan und Jaco Vos

Zusammenfassung: Der Rational-Choice-Ansatz erhebt den Anspruch, alle Formen von Kriminalität zu erklären und sieht Täter als von rationaler Überlegung geleitete Akteure an, die rationale Entscheidungen auf der Grundlage strategischer Wahlen treffen. Der Beitrag zielt auf eine kritische Auseinandersetzung mit dem heuristischen Potenzial dieses Ansatzes. Vorrangig geht es dabei um die Frage, inwiefern der Rational-Choice-Ansatz geeignet ist, eine spezifische Form von Kriminalität, in diesem Fall Straßenraub, zu erklären. Auf der Grundlage einer empirischen Analyse von Berichten und eigenen Erklärungen von Jugendlichen, die einen Straßenraub begingen, wird gezeigt, dass die Rational-Choice-Theorie wesentliche Aspekte dieser Form von Kriminalität, nämlich Impulsivität, moralische Ambiguität und Expressivität, nicht konzeptionalisiert und daher vernachlässigt. Daraus ziehen die Autoren den Schluss, dass die affektiven Aspekte kriminellen Verhaltens und die normative Bedeutung, die die Täter dem eigenen Verhalten vor, während und nach Begehung der Straftat selbst geben, entscheidende Bedeutung für das Verstehen und Erklären von Kriminalität haben.

I. Einleitung

Vor einigen Jahren nahm die Amsterdamer Polizei folgende Anzeige von einer 68-jährigen Frau auf, die Opfer eines Straßenraubs geworden war: „Um etwa 18.40 Uhr wurde ich beim Einkaufen von einem etwa 22-jährigen Mann verfolgt. Er kam von hinten und hatte ein zehn Zentimeter langes Messer in der Hand. Ich hörte ihn sagen: ‚Dein Geld oder ich steche zu.' Ich nahm meine Geldbörse aus meiner linken Manteltasche und zeigte ihm, dass darin zwei Scheine von zehn und einer von fünfundzwanzig Gulden waren und gab ihm die fünfundvierzig Gulden. Daraufhin wollte er auch noch meine Halskette. Aber ich sagte ihm, diese sei nicht echt. Ich sah, wie er sich daraufhin an die Wand lehnte und anfing zu weinen. Ich hörte, wie er sagte: ‚Ich habe so was noch nie gemacht, aber ich brauche einhundert Gulden für meine Mutter.' Anschließend gab er mir mein Geld zurück. Ich gab ihm daraufhin zwanzig Gulden und ging nach Hause."

* Teile dieses Aufsatzes wurden in einer früheren Fassung in Theoretical Criminology 7, 2003, 1: 29–54, veröffentlicht. An dieser Stelle möchten wir Martina Althoff und den Herausgebern Dietrich Oberwittler und Susanne Karstedt für ihre Hilfe bei der Bearbeitung und beim Übersetzen dieses Textes herzlich danken.

Von den fast fünftausend Anzeigen, die wir im Rahmen unserer Forschung zum Thema Straßenraub in Amsterdam untersuchten, ist der Fall von dem weinenden Straßenräuber eine deutliche Ausnahme. Dies allerdings nicht, weil der Täter verzweifelt war, denn bei vielen Fällen von Straßenraub handelt es sich um Verzweiflungsakte. Ungewöhnlich ist hier, dass der Täter so offen seine widersprüchlichen Gefühle im Hinblick auf seine Tat zeigte. Vielleicht schämte er sich, weil das Opfer im Alter seiner Mutter war. Oder aber er fühlte sich schuldig und entschloss sich deshalb, dem Opfer das Geld zurückzugeben. Was wirklich in diesem uns unbekannten Täter vorging, werden wir nicht erfahren. Im Kontext eines Forschungsprojektes haben wir allerdings mit einer Anzahl von Straßenräubern über ihre Motive und ihre Gefühle bei der Begehung der Tat gesprochen.

Im Allgemeinen wird Straßenraub in der Kriminologie als ein opportunistisches Delikt betrachtet; als ein Akt der Verzweiflung, der von „Desperados" entweder spontan oder aus Langeweile begangen wird oder von „Versagern", die unvorhergesehen bei einem Diebstahl oder Einbruch entdeckt werden und sich daraufhin entschließen, die Person, die sie entdeckt hat, zu berauben. Im typischen Fall eines Straßenraubs besteht keine direkte Beziehung zwischen den verwendeten Mitteln und dem zu ereichenden Ziel. Dies zeigt vor allem das extreme Beispiel des Überfalls auf eine Frau, die sich weigerte, ihre Handtasche den zwei Männern zu überlassen. Daraufhin wurde sie von den beiden mit einem eisernen Rohr geschlagen und mit ihrer Tasche in einen Kanal geworfen. Wie sind solche exzessiven Gewalttaten zu verstehen, die eine derartige Diskrepanz zwischen dem geringen Gewinn für die Täter und dem massiven Angriff auf die persönliche Integrität des Opfers aufweisen? In diesem Aufsatz werden wir eine der derzeit populärsten Erklärungen für kriminelles Verhalten, die Rational-Choice-Theorie, mit den Aussagen von Straßenräubern über ihre Tat konfrontieren, die wir aus Einzelinterviews und Gruppendiskussionen gewonnen haben.

Auf diese Weise wollen wir das heuristische Potenzial des Rational-Choice-Modells überprüfen. Es ist nicht die Absicht dieses Aufsatzes, die Rational-Choice-Theorie im engeren Sinne empirisch zu überprüfen. Im Grunde genommen handelt es sich nicht um eine Theorie, sondern um ein heuristisches Modell, das nicht widerlegt, sondern nur im Hinblick auf seinen Nutzen bewertet werden sollte. Deshalb beschränken wir uns darauf zu untersuchen, inwieweit die Rational-Choice-Perspektive hält, was sie verspricht: Jegliche Formen kriminellen Verhaltens, einschließlich der impulsiven oder irrationalen, so zu beleuchten, dass diese verstehbar werden. Aber bevor wir diesen Weg einschlagen, soll der Anspruch der Rational-Choice-Perspektive kurz dargestellt werden.

II. Die Rational-Choice-Perspektive

1968 hatte der Ökonom Gary Becker (1968: 170) behauptet, eine nützliche Theorie kriminellen Verhaltens könne ohne spezielle biologische, psychologische oder Erklärungen der sozialen Ungleichheit und anomischer gesellschaftlicher Zustände auskommen und müsse einfach nur eine ökonomische Analyse von Entscheidungsprozessen durchführen. Clarke und Cornish (1985) griffen dies als erste unter den Kriminologen auf

und legten ein Konzept von Kriminalität vor, das auf der ökonomischen Analyse kriminellen Verhaltens basierte und Kriminalität als Resultat von rationalen Wahlen und Entscheidungen betrachtete. Ein charakteristisches Merkmal ihres Rational-Choice-Ansatzes ist die Ablehnung von deterministischen und pathologischen Erklärungen von Kriminalität zu Gunsten einer Erklärung von kriminellem Verhalten, in dessen Zentrum die zielgerichteten und rationalen Entscheidungen von *reasoning criminals* stehen. Sie geben allerdings zu, dass rein ökonomische Modelle zu abstrakt und idealisiert sind, um für die empirischen Sozialwissenschaften von großem Nutzen zu sein. Ihr Ausgangspunkt ist deshalb die Annahme, dass Täter durch ihr kriminelles Verhalten einen Vorteil suchen und dass es sich dabei immer um Wahl- und Entscheidungsprozesse handelt, wie rudimentär diese auch sein mögen. Sie gehen ferner davon aus, dass diese Prozesse ein gewisses Maß an Rationalität ausdrücken, und zwar im Rahmen der Beschränkungen von Zeit und der Verfügbarkeit von relevanten Informationen (Cornish und Clarke 1986a: 1). Außerdem haben sie nachdrücklich betont, dass ihr Modell lediglich ein „Idealbild" von Entscheidungsprozessen darstellt (Clarke und Cornish 1985: 170) und ihre Variante der Rational-Choice-Theorie eher „informeller Art" sei. Aus ihrer Sicht müssen Erklärungen kriminellen Verhaltens nicht „vollständig" sein. Einfache und sparsame Erklärungen können ihrer Auffassung nach einen beträchtlichen heuristischen Wert haben, „gut genug", um der aktuellen Forschung zu genügen, neue Wege der empirischen Forschung aufzuzeigen und neue Hinweise für die Verhütung und Bekämpfung von Kriminalität zu geben. Deshalb haben sie ihren Ansatz bewusst als Rational-Choice-*Perspektive* und nicht als Rational-Choice-*Theorie* gekennzeichnet.[1] Wenn wir akzeptieren, dass die Rational-Choice-Perspektive keine Theorie, sondern ein idealisiertes Entscheidungsmodell ist, macht es wenig Sinn, dieses empirisch zu überprüfen, da ein heuristisches Modell per Definition nicht empirisch widerlegt, sondern nur im Hinblick auf dessen heuristische Erklärungskraft bewertet werden kann.[2] Die Brauchbarkeit des Rational-Choice-Modells erweist sich dann, wenn in der Anwendung sichtbar wird, inwieweit es kriminelles Verhalten verstehbar und nachvollziehbar macht.

Deshalb wird im Folgenden untersucht, inwieweit die Rational-Choice-Perspektive tatsächlich hält, was sie verspricht: einen umfassenden Einblick in die verschiedensten Formen von Kriminalität zu verschaffen, so dass auch impulsive oder irrationale Formen kriminellen Verhaltens wesentlich verständlicher werden. Dabei wird insbesondere der Frage nachgegangen, inwieweit die Rational-Choice-Perspektive hilfreich ist, einen bestimmten Typus von Kriminalität, den Straßenraub, besser zu verstehen. Unser Lackmustest besteht darin zu untersuchen, inwiefern die Begehung eines Straßenraubs ‚verständlicher' wird, wenn die damit verbundene Handlungsweise als Resultat eines Entscheidungsprozesses betrachtet wird, in der die Täter Vor- und Nachteile gegeneinander abwägen. Clarke und Cornish (1985: 177) konstatieren hier eine erhebliche Lücke in unserem empirischen Wissen: Wie werden die Vor- und Nachteile von Straf-

1 McCarthy (2002) differenziert jedoch deutlich zwischen dem Rational-Choice-Ansatz und Cornish and Clarkes „reasoning offender approach".

2 Außerdem sollte eine kritische Analyse des Rational-Choice-Ansatzes die grundlegenden Annahmen und Beschränkungen des theoretischen Modells in Frage stellen (Karstedt und Greve 1996: 173).

taten gegeneinander abgewogen, wie gehen die Täter mit den Spannungen um, die aus ihrer unmoralischen Handlungsweise entstehen, und welches sind die Effekte von Emotionen wie Beleidigung und Wut? Die vorliegende Untersuchung konzentriert sich vor allem auf die Frage, inwieweit Gefühle und Emotionen überhaupt in die Rational-Choice-Perspektive integrierbar sind. Am Beispiel des Straßenraubs werden wir untersuchen, ob und inwiefern drei Aspekte kriminellen Handelns – Impulsivität, moralische Ambiguität und Expressivität – mit der Grundannahme der Rational-Choice-Perspektive, dass menschliche Handlungen am besten als Resultat rationaler Entscheidungsprozesse zu verstehen sind, vereinbart werden können.

III. Wahlen und Entscheidungen

Im Rahmen unseres Forschungsprojektes wurden Interviews und Gruppendiskussionen mit Jugendlichen geführt, die wegen Straßenraubs verhaftet oder verurteilt worden waren. Insgesamt nahmen 45 männliche und 4 weibliche Jugendliche im Alter von 12 bis 18 Jahren an den Interviews und Gruppendiskussionen teil.[3] Einige der Interviewpartner waren inhaftiert, während andere eine alternative Strafe verbüßten oder bereits wieder entlassen waren. Einige galten als Verdächtige, aber die meisten waren wegen Straßenraubs vorbestraft. Sicherlich bilden diese jugendlichen Interviewpartner keine repräsentative Stichprobe hinsichtlich ihrer Straftaten. Aber für das hier formulierte Vorhaben, die Rational-Choice-Perspektive heuristisch zu bewerten, ist dies unseres Erachtens kein gravierendes Problem.

Wenn wir verstehen wollen, warum Menschen Straftaten begehen, müssen wir berücksichtigen, was sie selbst darüber zu sagen haben und dabei ihre Gefühle und Emotionen als authentisch respektieren (Katz 1988: 5). Abgesehen von wenigen Ausnahmen werden Erklärungen von Tätern in der Kriminologie jedoch kaum ernst genommen.[4] Einer der Gründe dafür ist, dass die Validität solcher Erklärungen angezweifelt wird. Was Menschen sagen, ist nicht notwendig identisch mit dem, was sie „wirklich" denken, fühlen und tun. Ein weiterer Grund, die Zuverlässigkeit von Tätererklärungen zu bezweifeln, liegt darin, dass Menschen dazu neigen, sozial erwünschte Antworten zu geben und somit ihr Verhalten im Nachhinein vor sich selbst und anderen zu entschuldigen oder zu rechtfertigen. Werden aber solche Entschuldigungen oder Rechtfertigungen als „falsch" und „unwahr" interpretiert und deshalb vernachlässigt, geht die Möglichkeit verloren, Einblick in den Prozess zu gewinnen, wie Täter ihrer Tat Sinn zuschreiben, und wie sie versuchen, ihren Straftaten vor, während und nach der Begehung einen Sinn zu geben. Statt ihre Aussagen als ungültig und unwahrhaftig zu bezeichnen und sie deshalb als irrelevant abzutun, sollten wir solche Erklärungen nutzen und sie in dem Kontext interpretieren, in dem sie gemacht wurden. Wenn wir davon

3 Die Diskussionen mit Fokusgruppen wurden von W. de Haan im Rahmen des Curriculums einer alternativen offenen Strafanstalt für Jugendliche durchgeführt. Die Interviews wurden von beiden Autoren durchgeführt.

4 Agnew (1990) hat zum Beispiel auf die Bedeutung von Tätererklärungen hinsichtlich der Möglichkeit hingewiesen, sich anhand solcher Erklärungen ein Urteil darüber zu bilden, ob die kriminologischen Erklärungen bestimmter Formen kriminellen Verhaltens „adäquat" seien.

ausgehen, dass es immer eine Beziehung – wie unklar diese auf den ersten Blick auch zu sein scheint – zwischen den Erfahrungen von Menschen und ihren oft widersprüchlichen Formulierungen dieser Erfahrungen gibt (Hollway und Jefferson 2000), dann können wir ihre Aussagen als vorsichtige Versuche betrachten, sich selbst und anderen ihr Handeln zu deuten und zu erklären. Ihre Erklärungen können z.B. Hinweise darauf geben, welche Bedeutung Gewalt für sie hat, und wie sie es selbst erfahren, gewalttätig zu sein. In der hier vorgestellten Untersuchung wurden die Erklärungen der Interviewten zunächst aus einer Rational-Choice-Perspektive analysiert und interpretiert, um damit die folgenden Fragen zu beantworten: Was waren ihre Ziele? Welche Überlegungen wurden hinsichtlich spezifischer Vor- und Nachteile des Straßenraubs angestellt? Warum haben sie den Raubüberfall gegenüber anderen Formen der Gewalt- oder Vermögenskriminalität bevorzugt?

Aus der Analyse der Erklärungen von Tätern[5] im Rahmen der Rational-Choice-Perspektive lässt sich schließen, dass die meisten Täter aus finanziellen Gründen einen Straßenraub begehen. Zwei der Interviewpartner finanzierten damit ihren Lebensunterhalt und drei erklärten, damit sogar „gut" leben zu können. Andere nannten den Straßenraub als eine Möglichkeit, um gegenüber ihren Freunden Männlichkeit zu demonstrieren oder mit Luxusartikeln zu imponieren; aber es gab auch Täter, die „einfach mal etwas Anderes probieren" wollten. Drei Interviewpartner, die zunächst finanzielle Aspekte als Grund angaben, verwiesen darauf, dass für sie auch das Bedürfnis nach Spannung eine Rolle spielte. Ein Täter erinnerte sich mit viel Witz an den damit verbundenen Streich, und wiederum ein anderer daran, wie er allein der Spannung wegen ein besonders „schwieriges Opfer" ausgewählte. Und schließlich verwies einer auf den „Kick", den er spürte, wenn die Opfer Angst vor ihm bekamen. Nur ein Täter gab die mit dem Straßenraub verbundene Spannung und den „Kick" als ausschließliche Motivation an. Für die meisten war der finanzielle Aspekt entscheidend und der mit der Tatbegehung verbundene Stress schwerwiegender als die damit verbundene Spannung. Einen Straßenraub als reines Vergnügen zu begehen, erschien ihnen eher seltsam.

Ausgehend von der Rational-Choice-Perspektive sollen jedoch nicht nur die Vor-, sondern auch die Nachteile des Straßenraubs näher betrachtet werden. Ein offensichtlicher Nachteil des Überfalls auf willkürlich ausgewählte, den Tätern unbekannte Passanten ist, dass den Tätern vorab nicht bekannt sein kann, was das Opfer als potenzielle Beute mit sich führt, und dass aus diesem Grund oft „wenig dabei herauskommt". Ein zweiter Nachteil besteht darin, dass Straßenraub durchweg nicht als prestigeträchtig in der Bezugsgruppe der Täter gilt. Während das Berauben von Männern noch als akzeptabel oder sogar als heroisch gilt, wird der Handtaschenraub an älteren Frauen eher abgelehnt, „es scheint merkwürdig, aber es gilt nicht als echtes Geschäft". Ein dritter Nachteil ist das Risiko, auf frischer Tat ertappt zu werden, entweder von der Polizei oder, was als noch schlimmer angesehen wird, von Umstehenden und Augen-

5 Aus Platzgründen und zu Gunsten der Lesbarkeit werden wir im Folgenden darauf verzichten, stets auch die weibliche Form von Personen – oder Funktionsbezeichnungen zu nennen. Die Leserinnen und Leser mögen sie freundlicherweise jeweils mitdenken. An dieser Stelle muss zugleich darauf hingewiesen werden, dass die Rational-Choice-Perspektive den *Gender*-Aspekt von Kriminalität und kriminellem Verhalten vernachlässigt. Ein Beispiel dafür, wie das Geschlecht bei der Begehung von Straßenraub relevant wird, bietet Miller (1998; 2002).

zeugen. Allerdings schätzten die meisten Interviewpartner das Risiko, entdeckt zu werden, als sehr gering ein. Ebenso betrachten sie zufällig anwesende Personen kaum als eine Bedrohung, wenngleich sie immer damit rechnen, auf jemanden zu treffen, der stärker ist als sie selbst.

Nach der Rational-Choice-Perspektive hängt die Art und Weise, wie die Vor- und Nachteile abgewogen werden, eng mit den Zielen, Fertigkeiten und Erfahrungen, dem Selbstbild und der moralischen Haltung des Täters sowie den jeweiligen Tatumständen zusammen (Clarke und Cornish 1985: 167). Für die meisten der interviewten Täter wiegen die Nachteile, wie z.B. die Ungewissheit und das geringe Prestige, am schwersten, so dass sie die Alternative, „etwas anderes zu machen", bevorzugen. Für sie ist die Begehung eines Raubüberfalls immer nur die zweite Wahl. Ein Straßenraub wird häufig nur in Erwägung gezogen, wenn die Situation sich anders entwickelt, als die Täter sie eingeschätzt und geplant hatten und ihnen „keine Wahl" blieb. Für die 12- bis 18-Jährigen ist der Nachteil, dass ein Straßenraub finanziell meist kaum etwas einbringt, kaum relevant, da sie noch kein ausgeprägtes Verhältnis zu Geld und Geldwert entwickelt haben. Sehr junge Straßenräuber sind bereits mit sehr geringen Erträgen zufrieden. Für diese Tätergruppe ist der entscheidende Vorteil eines Raubüberfalls, dass „es so einfach ist". Die Risiken machen die Straftat für diese Tätergruppe jedoch attraktiver, weil auf diese Weise ihr Bedürfnis nach Aufregung oder Spannung befriedigt werden kann. So wie sie Zeit, Ort und Vorgehensweise bestimmen und ein als „schwierig" angesehenes Opfer auswählen, erhöhen die Risiken der Begehung eines Straßenraubs dessen Attraktivität durch den damit verbundenen „Kick". Mit zunehmendem Lebensalter der Straßenräuber kann sich dies allerdings ändern: „Dann möchtest du mehr Geld verdienen und fängst an nachzudenken". Das Verständnis für den Geldwert ändert sich, und die Risiken des Straßenraubs werden ernster genommen. Für einige Täter ist gerade die Überlegung, dass Straßenraub im Verhältnis zu den eingegangenen Risiken mit einem zu geringen finanziellen Gewinn verbunden ist, ein Grund, eher andere Straftaten in Betracht zu ziehen.

Zusammengefasst und aus einer Rational-Choice-Perspektive interpretiert, erhält man den Eindruck, dass Straßenräuber die Vor- und Nachteile tatsächlich gegeneinander abwägen. Kriminelles Verhalten besteht jedoch auch aus impulsiven Handlungen und emotionalen Reaktionen oder Verhaltensweisen, wobei die Täter ohne Nachdenken handeln: Sie fühlen sich gezwungen, können sich nicht entscheiden oder handeln widersprüchlich. Auch wenn der Überfall auf einen Passanten im technischen Sinne als ganz „einfach" dargestellt wird, kann die Realisierung für den Täter dennoch ein Problem bedeuten: „Man muss es können, du bist ängstlich, du fühlst dich schuldig und schämst dich zutiefst über dich selbst." Was kann aus einer Rational-Choice-Perspektive darüber, wie die Täter die Begehung von Straßenraub selbst erfahren, gefolgert werden? Was bedeutet es für sie, einen unbekannten Menschen zu berauben und was ist dabei wichtig für sie? Was für ein Selbstbild haben die Täter, und vor allem welche *moralischen Überlegungen* sind mit einem Straßenraub verbunden? Ist es möglich, diese Aspekte im Rahmen der Rational-Choice-Perspektive sinnvoll zu deuten?

IV. Impulsivität

Der erste Aspekt von Straßenraub, der hier diskutiert werden soll, betrifft die Impulsivität des Tathandelns. In der von uns durchgeführten Untersuchung trafen wir auf Beispiele von Raubüberfällen, bei denen der Täter ohne jegliche Planung vorging oder seine Absichten plötzlich änderte, ohne dass er dafür nachträglich eine rationale Erklärung zu geben vermochte. Die Rational-Choice-Perspektive geht davon aus, dass bei der Begehung einer Straftat Kosten und Nutzen vom Täter in seine Erwägungen einbezogen werden, und dass deren Analyse kriminelles Verhalten verständlicher oder wenigstens nachvollziehbar macht.

Die Forschung zeigt jedoch, dass Straßenräuber und Taschendiebe Kosten und Nutzen nur selten gegeneinander abwägen und dazu meist auch kaum in der Lage sind (Shover und Honaker 1992). Die meisten Fälle von Straßenraub müssen als „opportunistisch" beschrieben werden (Conklin 1972). Sie werden von impulsiven Jugendlichen in einer zumeist chaotischen Lebenssituation begangen, die ihre Straftaten nur selten vorbereiten und auch nicht im Stande sind, diese vorausschauend zu planen (Silberman 1978: 51, 54). Silberman verweist auf eine Studie von Feeney und Weir (1975), die mit mehr als zweihundert Straßenräubern und Taschendieben gesprochen haben. Feeney (1986) hat retrospektiv daraus die Schlussfolgerung gezogen, dass beide Delikte häufig „en passant", also ohne jegliche Vorbereitung begangen werden. Ein Drittel der Täter gab sogar an, dass sie niemals vorgehabt hätten, einen Raubüberfall zu begehen, sondern dass dies „einfach geschehen" sei. Die Hälfte der befragten Täter hatte dabei überhaupt nicht in Erwägung gezogen, dass sie von der Polizei entdeckt und verhaftet werden könnten. Ein Fünftel der erwachsenen Männer und ein Drittel der männlichen Jugendlichen waren mehr oder weniger „aus Versehen" an den Raubüberfällen beteiligt. In all diesen Fällen kann deshalb kaum von rationalem Verhalten gesprochen werden. Jacobs und Wright (1999: 167) haben kürzlich herausgefunden, dass die Entscheidung, einen Raubüberfall zu begehen, in einem Kontext stattfindet, in dem Rationalität nur sehr begrenzt möglich und praktisch kaum vorhanden ist.

Cornish und Clarke (1986a: 6) räumen zwar ein, dass Raubüberfälle in vielen Fällen impulsiv und ungeplant seien, verweisen aber zugleich darauf, dass sich Täter in Situationen, in denen sich unerwartet die Möglichkeit für eine Straftat ergibt, immer noch spontan entscheiden müssen, ob sie diese Lage ausnutzen wollen oder nicht (ebd. 1986b: 6). Cornish und Clarke (1986a: 14) sehen darin ein „substanzielles Maß an Rationalität". Aus ihrer Perspektive scheinen die Voraussetzungen einer substanziellen Rationalität ziemlich einfach zu erfüllen zu sein. Selbst wenn die vorgenommenen Wahlen und die getroffenen Entscheidungen der Täter am Ergebnis gemessen bei weitem nicht optimal sind, können sie für die Täter immer noch einen Sinn haben und mit den größten Anstrengungen verbunden sein, das Ergebnis zu optimieren (ebd. 1985: 164). Clarke und Cornish scheinen damit dem Täter ein gewisses Maß an – bewusster oder unbewusster – Rationalität zuzuschreiben. Ebenso wie Cornish and Clarke geht auch Feeney (1986: 66) davon aus, dass impulsiv getroffene Entscheidungen von Straßenräubern insofern als rational betrachtet werden können, als die Begehung einer solchen Straftat notwendig ein Mindestmaß an Überlegungen voraussetzt. Als einzige Ausnahme wird hier die Begehung eines Raubüberfalls unter Einfluss von Alko-

hol oder anderen Drogen gesehen. Während Feeney (1986: 67) bezweifelt, dass solche Fälle noch als rational betrachtet werden können, hält Walsh (1986b: 50) auch solche Taten und Täter für rational, da sich die Täter selbst im Stande „fühlen", rational zu handeln. Aus dieser Sicht wäre kriminelles Verhalten rational, sobald nur ein Rahmen denkbar ist, in dem dieses Verhalten als funktional und als Mittel zum Zweck betrachtet werden kann. Da ein solcher Rahmen (fast) immer denkbar ist, führt dies zu der Schlussfolgerung, dass die Rational-Choice-Perspektive tautologisch ist und daher nicht widerlegt werden kann. Die entscheidende Frage ist deshalb, inwieweit eine Rational-Choice-Perspektive kriminelles Verhalten tatsächlich „verständlicher" macht.

In dem von uns durchgeführten Forschungsprojekt begegneten wir Tätern, die erhebliche Schwierigkeiten oder „keine blasse Ahnung hatten", nachträglich zu erklären, warum sie einen Straßenraub begangen hatten. Dies soll an dem Fall eines Überfalls auf eine Parfümerie illustriert werden, bei dem die Täter im Vorbeigehen das Geld aus der Kasse nahmen. Die Antworten auf die Fragen, die während einer der Gruppendiskussionen gestellt wurden, zeigen, wie schwierig es für die Täter ist, sich vorzustellen, dass die Begehung einer Straftat mit einer Wahl verbunden ist.

Interviewer:	In welchem Moment hättet ihr euch entscheiden können, es nicht zu machen?
Andy:	Entscheiden können, es nicht zu machen? Wenn wir das Preisschild nicht gesehen hätten.
Interviewer:	Welches Preisschild?
Andy:	Wo wir standen, sahen wir Flaschen von siebzehn-, achtzehn-, sechzehnhundert Gulden, und da wurden wir ein bisschen paranoid, du weißt schon ...
Ahmed:	Eine Flasche?
Andy:	Eine Parfumflasche, Mann, von sechzehnhundert, Mann, „Giorgio Beverly Hills" ... Ja, Mann, wir wurden total paranoid.
Ahmed:	Was wolltet ihr eigentlich damit machen?
Andy:	Wir wollten gar nichts machen, wir hatten kein Geld, Mann, wir dachten schön' viel Kohle.
Interviewer:	Das kam so plötzlich als Idee, ihr hattet euch nicht vorher überlegt, diesen Laden zu überfallen?
Andy:	Nee, nicht wirklich ... Ja als wir vorbeiliefen und sahen, dass da niemand in dem Laden stand ...
Interviewer:	Aber war das nicht ein Moment, in dem ihr eure Meinung noch hättet ändern können?
Andy:	Nee! Mann ... wir hatten einfach zu viel Mut an dem Tag, wir gingen einfach los ... Ja, Fehler, ja.
Interviewer:	Und durch das Schaufenster kamt ihr auf die Idee?
Andy:	Ja, so kann man es sehen, ja, dann kriegten wir noch mehr Mut, als wir das sahen ... Sechzehnhundert ... ich dreh' durch, wenn ich einen Parfumladen seh' ... Ich guck' nie mehr nach Parfum.

Wenn wir Andy direkt danach gefragt hätten, mit welchem Ziel er die Kasse entleerte, hätte er sicherlich dieselbe Antwort wie in der Gruppendiskussion gegeben: „Wir hatten kein Geld." Es ist eine Antwort, die so sehr auf der Hand liegt, dass sie zugleich auch bedeutungslos wird. Solche Antworten sind ebenso unbefriedigend wie die Antwort eines Bankräubers auf die Frage eines amerikanischen Fernsehmoderators, warum er eine Bank überfallen habe: „Na klar, weil dort das Geld ist." Solche Fragen zu stel-

len, wäre ein Fragen um des Fragens willens. Aber aus der Rational-Choice-Perspektive ist es unvermeidlich, dass Täter danach gefragt werden, was sie mit ihrem Verhalten beabsichtigten, auch wenn bereits bekannt ist, dass sie auf der Suche nach Geld und Obdach sind und dabei gleichzeitig versuchen, der Polizei aus dem Weg zu gehen. Die Rational-Choice-Perspektive geht davon aus, dass „a priori" Wahlen und Entscheidungen getroffen werden, und dass das Vorgehen von Tätern am besten in einem Bezugsrahmen von Rationalität und Zielgerichtetheit verstanden werden kann. Die Frage bleibt aber, ob tatsächlich Entscheidungen getroffen werden und ob Täter immer zielorientiert sind. Selbst wenn dies offensichtlich nicht der Fall ist, kann Straßenraub dennoch verstehbarer werden, wenn wir so tun, als ob dies der Fall sei.

Aus einer Rational-Choice-Perspektive kann die Impulsivität von Straßenräubern retrospektiv ohne weiteres rekonstruiert werden, als würden die Täter in Bruchteilen von Sekunden rationale Entscheidungen treffen, auch wenn sie sich selbst dessen nicht bewusst sind. Sicherlich lassen sich bestimme Formen kriminellen Verhaltens besser verstehen, wenn man die Erzählungen der Täter und ihre Überlegungen hinsichtlich der Vor- und Nachteile kennt, die wir vielleicht nicht geahnt oder uns anders vorgestellt haben. Aber Straftaten, bei denen Entscheidungen impulsiv oder intuitiv ohne genaue Abwägung der Vor- und Nachteile verschiedener Handlungsweisen getroffen werden, werden nicht verständlicher, wenn man sie aus einer Rational-Choice-Perspektive betrachtet.

Im Rahmen der Rational-Choice-Perspektive könnte man zu der Schlussfolgerung gelangen, dass Andy sich der Nachteile nicht bewusst sein *konnte*, weil er sich selbst in eine Lage manövriert hatte, in der die Vorteile für ihn zu offensichtlich waren. Im Rahmen einer „beschränkten Rationalität" könnte sogar dieser Straßenraub als rational betrachtet werden. Aber aus einer Rational-Choice-Perspektive ist es unmöglich zu verstehen, warum Andy sich selbst in diese Lage gebracht hatte und fest entschlossen war, den Raubüberfall zu begehen. Andy hat Schwierigkeiten damit, sein Verhalten als eine Wahl zu erklären, und schafft es auch nicht, „rational" zu erklären, was ihn in dem Moment des Überfalls überkam. Er gibt zu, dass etwas schief ging, und versucht auch zu erklären, wie das passieren konnte: Er hatte an dem Tag einfach „zu viel Mut". Eine Rational-Choice-Perspektive versagt dabei zu erklären, was es bedeutet, zu viel Mut zu haben, wie diese Emotionen entstehen und wozu sie führen. Aus der Rational-Choice-Perspektive müssen wir uns damit zufrieden geben, diese Art kriminellen Verhaltens als Ergebnis eines Entscheidungsprozesses und einer Kosten-Nutzen-Analyse zu begreifen. Zu viel Mut zu haben, könnte als eine Form der „Rationalisierung" beurteilt werden, indem wir zum Beispiel unterstellen, dass es sich nur *scheinbar* um einen Fall mangelnder Planung handelt (Cornish und Clarke, 1986a: 53).

Die Motivation eines Täters als eine „Rationalisierung" zu bezeichnen, suggeriert, dass dieser versucht, sich besser darzustellen, indem er Ausreden liefert, statt eine ‚wahre' und ‚wahrhaftige' Erklärung für sein Verhalten zu geben. Hier wird eine (externe) Bewertung der Gültigkeit einer Motivation vorgenommen, indem das Verhalten eines Anderen von Außen betrachtet wird. Aber wie schon zu Beginn dargelegt, dürfen Motivationen hinsichtlich der Ziele, Gründe sowie dringender oder zwingender Umstände nicht nur als Entschuldigungen und Rechtfertigungen angesehen werden, sondern müssen ebenso als ernsthafte Versuche, das eigene Verhalten zu verstehen oder zu er-

klären, interpretiert werden. Wenn Menschen versuchen, ihr Verhalten als sinnhaft zu verstehen, gehen ihre Erklärungen meist Hand in Hand mit Rechtfertigungen und Entschuldigungen. Die Impulsivität des Handelns liefert dem Täter nicht nur eine Entschuldigung, sondern klärt zugleich darüber auf, was er vor, während und nach der Begehung der Straftat erfahren hat. Wenn solche Erklärungen als pure Rhetorik abgetan werden, wird die Chance vertan, Einblick in die für den Täter bedeutenden Motive zu erhalten. Statt die Erklärungen des Täters als nicht überzeugend und damit als irrelevant zu betrachten, sollte man sie in der Weise respektieren, dass man sie in dem Kontext, in dem sie zum Tragen kamen, analysiert und aus der Perspektive der Täter interpretiert.

Ein Beispiel für eine solche Vorgehensweise liefert Katz (1988; 1991), der nicht davon überzeugt ist, dass kriminelles Verhalten grundsätzlich auf Entscheidungen beruht. Ebenso wenig geht er davon aus, dass diejenigen, die sich für einen außen stehenden Beobachter in nicht vorhersagbarer und nachvollziehbarer Weise verhalten, „sich eben dazu entschlossen haben" (Katz 1988: 5). Katz meint vielmehr, dass dazu mehr zu sagen sei, insbesondere, weil in dem Moment der Begehung einer Straftat etwas kausal Entscheidendes (causally essential) geschieht (ebd.: 4). Um dieses Geschehen zu bestimmen und zu analysieren, sei es notwendig zu verstehen, wie es ist, eine Straftat zu begehen, und wie der Täter sich dabei fühlt. Dazu müssen die Definition und die emotionale Dynamik der Situation sowie der Modus Operandi genauer betrachtet werden. Um eine adäquate Antwort auf die Frage zu erhalten, warum Menschen Straftaten begehen, sei es erforderlich, genau darauf zu hören, was diese Menschen selbst darüber zu sagen haben. Katz geht davon aus, dass bei der Begehung von Straftaten bestimmte moralische Emotionen immer eine Rolle spielen[6] und dass die Täter die „Ursachen" für ihr Verhalten selbst mehr oder weniger bewusst inszenieren (ebd.: 216). Für Straßenräuber heißt dies, dass die Begehung eines Raubüberfalls für sie mehr bedeutet als auf einfache Art und Weise Geld zu erhalten. Menschen zu berauben hat eine „größere und weitergehende Faszination für die moralisch kompetente Existenz" (ebd.: 272). Die Impulsivität eines Straßenräubers ist letztendlich nicht denkbar ohne seine tief verankerte Überzeugung, dass er eigentlich ein „richtiger Krimineller" ist.

V. Moralische Ambiguität

Wie andere Menschen auch, versuchen viele Täter, die Straftat vor sich selbst und anderen zu rechtfertigen. Sykes and Matza (1957) haben in ihrem klassischen Aufsatz verschiedene solcher so genannter Neutralisationstechniken beschrieben, die dabei zum Einsatz gelangen. So verneinen die Täter zum Beispiel, dass sie selbst (mit-)verantwortlich sind für das, was geschehen ist, dass es dabei Schäden oder Verletzungen oder überhaupt ein Opfer gegeben hat. Sie machen das Opfer verantwortlich oder stellen sich selbst als eigentliches Opfer dar. Auch sprechen sie anderen das Recht ab, ihr Verhalten zu verurteilen. Das offensichtliche Bedürfnis, sich für das eigene Verhalten zu

6 Als Beispiele für solche moralischen Emotionen nennt Katz (1988: 9) unter anderem die hier relevanten Gefühle der Erniedrigung, Arroganz, des Zynismus und der Rache.

rechtfertigen, ist ein Indiz dafür, dass es Gefühle von Schuld und Scham gibt, die mit Hilfe solcher Neutralisationstechniken beseitigt werden können, selbst wenn es sich dabei um „Trugschlüsse" handelt. Anhand dieser Neutralisierungstechniken wollen wir versuchen, die Rolle der Gefühle von Schuld und Scham bei der Begehung von Straftaten besser zu verstehen.

Gefühle von Schuld und Scham können im Allgemeinen nur indirekt aus den Äußerungen von Tätern abgeleitet werden. Das überraschendste Resultat der Interviews und Diskussionen in Fokusgruppen war, dass die Mehrheit der Gesprächspartner Straßenraub keineswegs besonders attraktiv fand oder ihn positiv bewertete, sondern vielmehr viele das Begehen eines Straßenraubs sogar ablehnten. Die meisten betrachteten den Straßenraub als einen „letzten Strohhalm" oder haben es zumindest so beschrieben. Für Irene zum Beispiel war der Taschenraub „das Letzte", und sie nahm an, dass man sie deswegen keines Blickes mehr würdigen würde. Ihr erster Taschenraub war ein Akt der Verzweiflung, den sie beging, nachdem sie ihrem Opfer, einer älteren Frau mit einem Laufgestell, dabei geholfen hatte, eine Treppe hinauf zu steigen. Sie sah die Handtasche am Laufgestell hängen, und da sie dringend Drogen brauchte, „musste" sie die Tasche einfach mitnehmen. Den zweiten Straßenraub beging sie an dem Tag, an dem das Sozialamt ihren Antrag auf finanzielle Unterstützung abgelehnt hatte und sie – zurück auf der Straße – etwas Rohypnol genommen hatte, um ihre Frustration darüber zu bewältigen. Sie begann, sich zu allem in der Lage zu fühlen. Als sie einer älteren Frau begegnete, hatte sie nur noch deren Handtasche im Blick. Sie schaute sich nicht einmal mehr um, um zu kontrollieren, ob vielleicht Passanten zur Stelle waren, die der Frau eventuell Hilfe leisten könnten.

Straftäter, die den Straßenraub als einen Akt der Verzweiflung zu rechtfertigen versuchen, sind nur ein Beispiel dafür, wie Neutralisierungstechniken angewendet werden, um Gefühle von Schuld und Scham zu beseitigen oder mit ihnen fertig zu werden. Erstaunlicherweise umgeht die Rational-Choice-Perspektive die Frage, ob diese Neutralisierungstechniken retrospektiv als Rechtfertigung verwendet werden oder ob sie dem Täter möglicherweise bereits vor der Tat ermöglichen, sie ohne Gewissensbisse zu begehen (Hamlin 1988). Aus der Rational-Choice-Perspektive sind die Neutralisierungstechniken lediglich Teil eines Kosten-Nutzen-Kalküls. Weder die „Wahrhaftigkeit" noch die Funktion dieser Rationalisierungen sind aus Sicht der Rational-Choice-Perspektive von Bedeutung. Bestenfalls verschaffen sie uns einen Einblick in die Begrenzungen der Rationalität eines Täters. In diesem Rahmen würde zum Beispiel Andys Aussage, dass er an dem Tag, als er eine Parfümerie überfiel, „einfach zu viel Mut hatte", als ein Indiz für die Beschränkung seiner Rationalität bewertet werden, ob generell oder nur im Augenblick der Tatbegehung, sei dahingestellt. Indem man sich der Frage entzieht, inwieweit solche Neutralisierungstechniken vor oder nach der Begehung einer Straftat eingesetzt werden, wird deren Bedeutung für den Täter falsch beurteilt oder zumindest unterschätzt. Demgegenüber ist davon auszugehen, dass diese Rechtfertigungen der Täter sowohl retrospektive Rationalisierungen als auch Hinweise auf die Motive sind, die es dem Täter ermöglichen, eine Straftat ohne Angst oder Gewissensbisse zu begehen. Mit anderen Worten, die Motivation umfasst Rechtfertigungen *und* Erklärungen. Sie liefern Hinweise auf aktuelle wie bereits erlebte Gefühle (oder die Erinnerung daran wie im Falle von Andy), Gedanken, Wünsche und Fantasien. Die Art und

Weise, wie Täter Erklärungen für ihr Verhalten liefern, ist ein Indiz dafür, was sie für relevant und wichtig halten. So war die Atmosphäre während der Gruppendiskussionen oft derartig gespannt, dass man die Erregung, die offenkundig mit der Begehung eines Straßenraubs verbunden ist, spüren konnte.

Aus Sicht der Rational-Choice-Perspektive ist es kaum von Interesse, wie Straftäter ihre Emotionen bewältigen oder was diese für sie bedeuten. Stattdessen geht es vor allem um die Frage, inwieweit deren Gedanken und Gefühle im Rahmen eines Kosten-Nutzen-Kalküls betrachtet werden können. Die Anwendung einer Rational-Choice-Perspektive führt dazu, dass Gedanken und Gefühle im Hinblick auf ihre Funktionalität (für das Ziel und Endergebnis) beurteilt und Gefühle dabei vornehmlich negativ bewertet werden. Emotionen werden hier einer formalen Argumentation untergeordnet, und Akteure verhalten sich aus einer Rational-Choice-Perspektive insoweit „rational", als sie Gefühle, die sie vom Erreichen ihrer Ziele abhalten, eliminieren oder unterdrücken. Emotionen gelten demnach lediglich als Elemente innerhalb des Kosten-Nutzen-Kalküls und werden kaum als Hinweis darauf gewertet, dass Entscheidungen auf sehr verschiedene Art und Weise zu Stande kommen und solche Emotionen hierbei treibende Kräfte sein können. Die funktionale Sichtweise der Rational-Choice-Perspektive, dass Neutralisierungstechniken lediglich dazu dienen, Gefühle zu unterdrücken, weist Emotionen eine außerordentlich beschränkte Rolle beim Begehen von Straftaten zu. Jedoch kann die Angewohnheit einiger der interviewten Straßenräuber, zunächst Drogen und Alkohol zu konsumieren und laute, aggressive Rapmusik zu hören, bevor sie „Spaß haben", kaum als Unterdrückung von Emotionen verstanden werden, sondern deutet eher auf das Gegenteil hin. Moralische Ambiguität zeigt sich darin, dass Gefühle nicht nur unterdrückt, sondern auch *erzeugt* werden. Täter müssen das Gefühl haben, dass sie zu allem in der Lage sind, dass sie über alles die Kontrolle behalten und dass sie in dem Augenblick, in dem sie von den Umständen verführt oder getrieben werden, einen Straßenraub zu begehen, letztendlich doch fähig sind, über diese hinauszuwachsen bzw. sie zu transzendieren. Das Verhalten von Straßenräubern kann dann nur insoweit als „rational" betrachtet werden, als sie innerhalb ihrer eigenen beschränkten und von ihnen erzeugten Rationalität handeln. Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet dienen Drogen und Alkohol dazu, das Kosten-Nutzen-Kalkül so zu manipulieren, dass subjektiv die Kosten abnehmen und der Nutzen zunimmt. Unseres Erachtens tragen jedoch Drogen und Alkohol viel mehr dazu bei, eine Kosten-Nutzen-Analyse zu verwerfen und das Gebot, „rational" zu denken und zu handeln, herauszufordern.

Die emotionale und moralische Bedeutung von Straßenraub wird nicht vor der Straftat, sondern erst danach hergestellt. Bis zu dem Augenblick, in dem die Täter und Opfer eine Situation als Straßenraub definieren, befinden sie sich in einem Zustand, der durch Angst, Spannung und Ungewissheit geprägt ist. Für den Straßenräuber stellt sich zum Beispiel die Frage, wie viel Zwang notwendig sein wird, damit das Opfer jeden Gedanken an Widerstand aufgibt und sich in einem Zustand der Gehorsamkeit gefügig zeigt. Für die Opfer ist es nicht immer direkt deutlich, welche Beute die Täter vor Augen haben und wie weit sie gehen werden, um ihr Ziel zu erreichen. Es erscheint uns deshalb übertrieben zu sein zu behaupten, dass sogar in solchen Fällen die Akteure fähig sind oder wenigstens als fähig angesehen werden sollten, rational zu han-

deln. Nach unserer Auffassung trifft es in keiner Weise den Kern dessen, was sich in solch einem Moment abspielt, also das „entscheidende Geschehen", das Katz im Auge hat.

Unsere Forschung zeigt, dass Straßenräuber sich selbst moralische Grenzen setzen. Um einen Straßenraub zu begehen, müssen sie eine relativ hohe moralische Barriere überwinden, und dabei hilft, dass sie sich selber „aufputschen". Bei einem Straßenraub besteht immer die Gefahr, dass eine Situation entsteht, die außer Kontrolle gerät und dabei moralische Grenzen überschritten werden, die der Täter nicht überschreiten möchte. Wenn der Täter verhindern will, in eine Situation zu geraten, in der das Ziel jedes Mittel rechtfertigt, wird er dies eher antizipieren, anstatt „auf seinen gesunden Menschenverstand zu vertrauen". Aus diesem Grund lehnte es einer der Teilnehmer der Gruppendiskussionen grundsätzlich ab, ein Messer bei sich zu tragen; er fürchtete, jemanden in blinder Wut mit dem Messer zu erstechen: „Man trägt ein Messer nur aus einem bestimmten Grund", so sein Kommentar.

Entgegen der Rational-Choice-Perspektive scheint es wesentlich adäquater, kriminelles Verhalten hier so zu interpretieren, dass dabei die häufig ambivalenten emotionalen und moralischen Aspekte ernst genommen werden. Wenn einer der Gesprächspartner sich in der Nähe einer Geldwechselstube aufhält, kann dies nicht nur als das Warten auf ein geeignetes Opfer und einen möglichst großen Profit interpretiert werden. Es muss auch als eine Form „moralischen Aufwärmens" verstanden werden, das dazu beiträgt, im Ernstfall nicht nur gefühllos zu *erscheinen,* sondern es im entscheidenden Moment auch wirklich zu *sein* (Katz 1988: 173). Solche *moralischen Strategien* dienten für unsere Interviewpartner dazu, sich bis zu dem Augenblick „aufzuladen", in dem jemand „keine andere Möglichkeit mehr sieht" oder „einfach zu viel Mut hat", und fest daran glaubt, mit einem Raub „davonkommen zu können". Aus der Sicht des Kosten-Nutzen-Kalkül sind solche moralischen Strategien völlig bedeutungslos. Wenn das tatsächliche Begehen eines Straßenraubs nicht eine Frage des rationalen Abwägens der Vor- und Nachteile ist, sondern vielmehr ein kontingentes Resultat von ambivalenten Gefühlen und moralischem „warming up", dann wird offensichtlich, dass die Rational-Choice-Perspektive der Rolle von Emotionen bei der Begehung von Straftaten zu wenig Aufmerksamkeit schenkt.

Tunnell (1992), der die Rational-Choice-Theorie zum Ausgangspunkt für seine Forschung nahm, entdeckte zum Beispiel, dass Emotionen tatsächlich beim Begehen von Straßenraub eine große Rolle spielen. Seine Interviewpartner betonten, dass sie in einigen Fällen zögerten, einen Straßenraub zu begehen, und zwar nicht, weil sie sahen oder gemerkt hatten, dass etwas nicht stimmte, sondern weil sie das unbestimmte *Gefühl* hatten, dass nicht alles so war, wie es sein sollte (ebd.: 106). Die Einbeziehung solcher inneren oder gefühlsmäßigen Motive könnte die Reichweite der rationalen Entscheidungstheorien erhöhen und würde zugleich dazu beitragen, mehr Einsicht in den Prozess zu gewinnen, wie Straftäter und Nicht-Straftäter tatsächlich ihre Entscheidungen treffen (ebd.: 108). Wahrscheinlich sind Irenes Überlegungen zum Teil für uns nachvollziehbar, es ist jedoch schwierig, sich vorzustellen, was die Rational-Choice-Perspektive dazu beitragen könnte, wenn sie den Akzent darauf legt, Irenes Handlung als rationalen Entscheidungsprozess zu betrachten. Im Rahmen der Rational-Choice-Perspektive können moralische Gefühle in einer formalen Analyse der subjektiven Kosten

und des subjektiven Nutzens berücksichtigt werden. Aber die Frage ist, ob uns dies dabei hilft, die Gefühle und deren Bedeutung für die Täter zu verstehen. Die Annahme der Rational-Choice-Perspektive, dass ambivalente Gefühle ausgeschaltet werden können, indem die Vor- und Nachteile einer Handlungsweise rational bewertet werden, ist ein Versuch, die emotionale Ambiguität durch eine erhebliche Vereinfachung plausibel zu machen. Aber im wirklichen Leben sind moralische Entscheidungen selten sehr einfach.

VI. Expressivität

Ein dritter Aspekt von Raubüberfällen, bei dem sich die Frage stellt, inwiefern dieser mit den grundlegenden Annahmen der Rational-Choice-Perspektive vereinbar ist, betrifft die Expressivität der Tat. Alle Formen von Handlungen enthalten instrumentelle und expressive Aspekte (Blok 2001: 107–108). Auf der einen Seite können wir überlegen, welches die Funktion einer konkreten Form von Verhalten und welcher Zweck damit verbunden ist. Auf der anderen Seite können wir nach der Bedeutung einer bestimmten Handlung suchen, nach dem, was der Täter mit seiner Handlung deutlich machen möchte. Blok geht davon aus, dass die expressiven Aspekte von (krimineller) Gewalt häufig vernachlässigt werden. Gewalt wird als „sinnlos" verworfen, weil ein zu erkennendes Ziel offensichtlich fehlt (2001: 189). Wenn aber Formen von Verhalten als instrumentell betrachtet werden, bedeutet dies nicht automatisch, dass expressive Aspekte dabei gänzlich fehlen (Lofland 1969: 105; Lejeune 1977: 125). Innerhalb der Rational-Choice-Perspektive kann der Akt des Raubüberfalls als „rational" verstanden werden, weil sein Erfolg besonders von dem Überraschungseffekt abhängt, den der Täter beim Opfer hervorruft (Cornish und Clarke 1986a: 14; Walsh 1986: 42, 44). Um die Angst und Unsicherheit, welche die Opfer erfahren, zu nutzen, darf der Täter in dem Augenblick gerade nicht nachdenken, sondern muss einfach handeln. Auch wenn die Begehung eines Straßenraubs kaum mit einem wohlüberlegten Plan verbunden ist, kann Impulsivität oder exzessive Gewalt dennoch als rational betrachtet werden. Innerhalb einer solchen funktionalen Interpretation von Straßenraub kann selbst eine irrationale Haltung gegenüber Gewalt und und ihre Anwendung rational genannt werden, weil der Täter die Konfrontation mit etwas Unvorhersehbarem hätte kalkulieren können.

Wie bereits erwähnt, ist kriminelles Verhalten aus dieser Perspektive rational, und zwar unter der Voraussetzung, dass ein Rahmen entwickelt wird, innerhalb dessen die Handlung als instrumentell aufgefasst wird, auch wenn dieser Rahmen nur retrospektiv konstruiert werden kann. Auf diese Weise kann jede Art von Straßenraub als instrumentell und deshalb rational interpretiert werden. Dies führt zu der Frage, ob die qualitative Erforschung der Täterperspektive überhaupt Sinn macht, wenn alles a priori als rational betrachtet werden kann. Unserer Meinung nach zeigt dies die „Armut" des Rational-Choice-Ansatzes und seines „über-rationalisierten" Menschenbildes. Er führt uns weg vom Feld und dem Leben der Handelnden (Täter), also von dem, was wir eigentlich verstehen wollen. Statt die Ziele kriminellen Verhaltens aufzudecken, indem diese aus größtmöglicher Nähe betrachtet werden, entfernt sich der Rational-Choice-

Ansatz vom ethnographischen Forschungsfeld und verliert damit die Möglichkeit, sein gesamtes heuristisches Potenzial zu entwickeln.

Dies soll am Beispiel einer Gruppendiskussion über die Frage verdeutlicht werden, wie ein Straßenräuber im Fall des Widerstands durch das Opfer reagieren sollte.

Marciano:	Wenn du jemanden beraubst und willst ihm nicht wehtun und wenn er sich dann wehrt, dann bleibt dir nichts anderes übrig, als ihn niederzustechen. Ich meine, du kannst auch wegrennen, aber dann bist du ganz schön blöd.
Interviewer:	Warum bist du dann blöd?
Marciano:	Ja, wenn du schon einen Raub machst, dann musst du ihn auch zu Ende führen, [sonst] denkt der Mann nachher noch, „das geht ja leicht". Abhauen, wenn du eine Waffe in der Hand hast und gerade jemanden überfallen hast ...
Interviewer:	Aber, warum wäre es denn so komisch, einfach wegzulaufen?
Marciano:	Du beraubst ihn doch, ich meine, warum solltest du dann wegrennen?
Robin:	Entweder du machst es, oder du machst es nicht.
Marciano:	Daran denkst du nicht, wenn du jemanden überfällst, dann denkst du nicht an wegrennen, sondern vielmehr, schnapp ihn dir mal gleich ... Nicht dass du ihn gleich niederstechen willst, aber wenn er sich wehrt, dann wirst du einfach blind ... Und dann, hopps, stichst du ihn nieder.
Onno:	Es ist einfach die Aufregung, und dann ist er derjenige, der sich dir in den Weg stellt, und dann, ja ...
Marciano:	Ja, ich meine, natürlich kannst du abhauen. Aber dann kommt er dir noch hinterher und dann tritt er dir in die Eier. Na, dann geht's dir aber Klasse. „Was hast Du gestern Abend gemacht? Na ja, ich habe jemanden überfallen, aber ich habe bloß Schläge bekommen, ansonsten nicht viel verdient."

Marcianos Gewaltverhalten kann als funktional interpretiert werden. Er beabsichtigt, dem Opfer deutlich zu machen, dass er es sehr ernst meint, und er will das Opfer daran hindern, wegzulaufen. Es muss sich jedoch noch zeigen, ob dies tatsächlich Marcianos Intention war. Nicht ohne Grund war die Frage nach der Funktionalität seines Verhaltens überraschend für Marciano. Ebenso wie Andy wusste auch Marciano nicht, wie er auf die Frage nach dem Augenblick seiner Entscheidung reagieren sollte. Bei der Begehung eines Raubüberfalls realisiert Marciano nicht, was er eigentlich tut; er „macht es einfach". Einen Raubüberfall zu begehen, erfüllt für ihn keine besondere Funktion, sondern ist Ausdruck seiner Gedanken und Gefühle in diesem spezifischen Moment.

Die Rational-Choice-Perspektive berücksichtigt diesen Aspekt der Expressivität bei der Begehung von Raubüberfällen nicht, sondern fokussiert ausschließlich die Funktionalität der Bedeutungen und Sinngebungen, die zur Erreichung eines bestimmten Ziels eingesetzt werden. Will man die Perspektive der Täter berücksichtigen, um das Begehen von Raubüberfällen besser zu verstehen, dann genügt es nicht, die Elemente eines Straßenraubs innerhalb eines funktionalen Rahmens zu betrachten. Die Begehung eines Raubüberfalls hat eine Bedeutung für den Handelnden, und diese Bedeutung geht weit über das direkte Ziel dieser Handlung hinaus. Da sie auf der Basis falscher Annahmen die falschen Fragen stellt, ist die expressive Bedeutung, die der Täter mit seiner Handlung verbindet, mit Hilfe der Rational-Choice-Perspektive nicht aufzuspüren. Ein theoretischer Ansatz abweichenden Verhaltens, der offen gegenüber dem Aspekt der Expressivität ist, begreift einen Raubüberfall nicht als gesonderte Handlung, die in ei-

nen funktionalen Kontext gebracht und in Begriffen von Rationalität bewertet werden kann, sondern „als Teil eines größeren ethnischen oder subkulturellen Projektes" (Katz 1988: 272). Wenngleich es kaum eine Möglichkeit gibt, herauszufinden, ob Marciano wirklich die Absicht hatte, das Opfer am Weglaufen zu hindern, befriedigt die auf diese Weise Marcianos Verhalten unterstellte Funktionalität nicht. Aus seiner eigenen Perspektive ist Funktionalität nicht der Kern. Im Gegenteil kann sein Verhalten nur als Teil eines größeren subkulturellen „Identitätsprojekts" (Giddens 1991) verstanden werden.

In unserer Forschung wurden wir mit verschiedenen Beispielen solcher „Projekte" konfrontiert, deren Kern in der Norm der „Rücksichtslosigkeit" zu liegen scheint. In einer der Gruppendiskussionen erklärt Rico Glenn die Bedeutung von „Rücksichtslosigkeit":

Rico:	Cool, keine Witze, echte Kerle.
Glenn:	Nur Mut, sich trauen, sich mit der Polizei zu schlagen.
Rico:	Für nichts, aber wenn du rücksichtslos bist, dann musst du dich auch nach anderen Leuten umschauen, zum Beispiel, ich hänge mit so einem rum, er ist ein cooler Antillianer, ich bin ein cooler Antillianer, wir haben ein paar Freunde, die sind auch cool.

Für Rico und Glenn liegt die der Begehung von Raubüberfällen teilweise zugewiesene Bedeutung in ihrer subkulturell bewerteten Haltung, „cool" und „rücksichtslos" zu sein. Diese wird jedoch nicht allein durch dominante subkulturelle Normen und Werte bestimmt. Der Täter selbst stellt diese Normen und Werte aktiv her. Durch das Begehen von Raubüberfällen geben sie ihrem Leben Gestalt. Die Risiken, die mit dem Begehen von Straßenraub verbunden sind, werden auf eine provozierende und nicht rationale Weise behandelt. Sie gebieten über Respekt, wenn nicht von Seiten der Gesellschaft, dann schließlich voreinander und innerhalb ihrer Gruppe, und dies befähigt sie, das Geschäft des Straßenraubs fortzusetzen (Katz 1991; Shover und Honaker 1992). Sie entwickeln nicht nur einen persönlichen Stil des Überfalls, sondern auch ein damit korrespondierendes Selbstbild. Die Begehung eines Raubüberfalls spiegelt wider, wer der Täter ist. Auf diese Weise wird der Straßenraub Teil des Lebensstils, und der Täter betrachtet seine Taten als ein „Identitätsprojekt" (Giddens 1991).

Ein Leben zu leben, in dem der Straßenraub mit einem unkontrollierten Konsum von Sex, Drogen, Alkohol und Glücksspiel einhergeht, kreiert Umstände, die einen konstanten Druck auf den Täter ausüben, weitere Raubüberfälle zu begehen. Obwohl viele der interviewten Täter angaben, keinen Straßenraub mehr durchführen zu wollen und die Intention äußerten, damit aufzuhören, setzten die meisten die Überfälle nach kurzer Zeit fort. Die Begehung von Straßenraub verschafft ihnen die Möglichkeit, einen Lebensstil zu führen, an den sie sich gewöhnt haben und der ihnen angemessen erscheint, ungeachtet der damit verbundenen Risiken. Warum sie trotzdem den Überfall auf Passanten als verzweifelte Handlung etikettieren, ist nur zu verstehen, wenn ihre ambivalenten Gefühle berücksichtigt werden.

Für den Straßenräuber ist es nicht die zentrale Frage, wie er seine Gefühle unterdrücken kann und auch nicht, wie er seinen Verstand benutzen kann, sondern im Gegenteil, wie er diese hervorruft, wie er bestimmte Gedanken erfolgreich verbannen

kann und auf diese Weise „seiner Vernunft nicht nachgibt" (Katz 1988: 236). Jedes Mal, wenn der Täter einen Raubüberfall begeht, muss er zeigen, dass er es ernst meint, und dass es keinen anderen Weg gibt. Die Expressivität der Begehung von Raubüberfällen ist mit der Überzeugung des Täters verbunden, dass er tut, was getan werden muss. Diese innere Überzeugung ist entscheidend. Die Fähigkeit, Raubüberfälle zu begehen und dabei die Bereitschaft zu haben, wenn nötig auch Gewalt anzuwenden, verlangt Zähigkeit auf Seiten der Täter. Es ist eine Herausforderung für sie, sich selbst am Aufgeben zu hindern (Katz 1988: 194). Der Einsatz von Gewalt dient als Bestätigung ihrer Entscheidung, den Straßenraub zu vollenden und „rücksichtslos" zu sein. Da es praktisch kaum möglich ist, „rücksichtsloses" Verhalten vorzutäuschen und Gewalt nur zu gebrauchen, wenn es sich ergibt, „muss die Verpflichtung zur Devianz auch gelebt werden. Du musst es wirklich wollen" (Katz 1988: 193).

VII. Schlussfolgerung

Innerhalb der Kriminologie beansprucht die Rational-Choice-Perspektive, jegliche Formen von Kriminalität, einschließlich der impulsiven oder irrationalen, zu beleuchten, um diese verstehbar zu machen. Um diesen Anspruch zu überprüfen, haben wir untersucht, inwiefern eine spezifische Form von Kriminalität, der Straßenraub, als rationale und bewusste Wahl betrachtet werden kann. Die Rational-Choice-Perspektive wurde an die Erklärungen der Täter angelegt, die wir im Rahmen unserer Forschung erhoben.

Auf den ersten Blick scheint es so, als ob der Täter sich für die Begehung eines Raubüberfalls nach reiflicher Abwägung der damit verbundenen Vor- und Nachteile bewusst entscheidet. Nach einer genaueren Analyse der Frage, in welchem Ausmaß Impulsivität, moralische Ambiguität und Expressivität Sinn machen, wenn sie als Teil einer rationalen Wahl betrachtet werden, entstanden jedoch Zweifel, ob die spontanen und moralischen Aspekte kriminellen Verhaltens innerhalb der Annahme, dass Kriminalität das Ergebnis einer rationalen und bewussten Entscheidung ist, zu begreifen sind.

Vor, während und nach der Begehung eines Delikts erleben Täter häufig widersprüchliche Gefühle. Neben Erleichterung und Stolz durchleben sie Gefühle von Angst, Bedauern, Scham und Schuld. Aus der Rational-Choice-Perspektive können diese emotionalen Aspekte kriminellen Verhaltens ohne weiteres in einen funktionalen Kontext gestellt werden, ebenso wie aus dieser Perspektive Ziele wie Spannung, Status, Freundschaft oder Respekt selbstverständlich „rational" genannt werden können (Clarke und Cornish 1985: 163; Cornish und Clarke 1986b: 7). Auch wenn diese Gefühle in verschiedenen Phasen der Tatbegehung auftreten und nicht notwendigerweise inkonsistent mit der Annahme eines rationalen Entscheidungsprozesses der Abwägung von Kosten und Nutzen sind, konnte gezeigt werden, dass die drei Dimensionen Impulsivität, moralische Ambiguität und Expressivität essenziell für das Verstehen von Raubüberfällen sind. Die Rational-Choice-Perspektive kann diese Dimensionen nicht berücksichtigen, ohne abstrakt und artifiziell zu werden. Tatsächlich, so Bouffard, Exum und Paternoster (2000: 166), sind Rational-Choice-Theoretiker bisher nicht in

der Lage gewesen, den emotionalen Zustand einer Person in ihre Erklärung menschlichen Verhaltens adäquat einzubeziehen.[7]

Eine weitere Schlussfolgerung ist, dass sich die Rational-Choice-Perspektive nicht ernsthaft mit der Frage auseinandersetzt, wie die Täter selbst solche Formen von Kriminalität wahrnehmen und erfahren. Impulsivität kann nicht als wirklich „echte" Entscheidung verstanden werden, Gefühle wie Angst, Schuld oder Scham können nicht einfach „theoretisch" neutralisiert werden, und Expressivität ist etwas anderes als nur ein Ziel. Die Vorgehensweise, wie das Rational-Choice-Modell Impulsivität, Expressivität und Gefühle von Angst, Scham und Schuld integriert, erlaubt uns kein besseres Verstehen dieser entscheidenden Aspekte kriminellen Verhaltens (vgl. auch Karstedt und Greve 1996). Jede Entscheidung, einschließlich der Entscheidung, gegen eine moralische Norm oder ein Gesetz zu verstoßen, entsteht in einem kontinuierlichen Prozess innerhalb der menschlichen Existenz und wird durch vorhandene situative und subkulturelle Bedingungen vermittelt (Bottoms und Wiles 1992: 19). Genauer gesagt wird die Entscheidung für einen Raubüberfall „aktiviert, vermittelt und kanalisiert durch die Teilnahme an der Straßenkultur und ihren konstituierenden und leitenden Normen" (Jacobs und Wright 1999: 150). Das Rational-Choice-Modell vernachlässigt diese Möglichkeiten und ignoriert die wechselseitigen Beziehungen, die den Entscheidungsprozess des Täters beeinträchtigen, vermitteln oder entlasten. Das heißt nicht, dass die Befürworter der Rational-Choice-Perspektive die Bedeutung von Erklärungen durch die Täter selbst prinzipiell bestreiten. Auf der einen Seite stimmen sie durchaus damit überein, dass „die persönlichen Erklärungen für die Entwicklung der Kriminalitätstheorie und -politik eine große Rolle spielen" (Agnew 1990: 268). Auf der anderen Seite wird jedoch die Täterperspektive nicht ernsthaft als empirische Evidenz für die Notwendigkeit einer Weiterentwicklung der Rational-Choice-Perspektive in Betracht gezogen. Schließlich distanziert sich die Rational-Choice-Perspektive von dem Ausgangspunkt ethnographischer Analyse, dass die Vernunft der Handelnden selbst eine Art Priorität für die Erklärung habe. Die Folge ist, dass es trotz großzügiger Lippenbekenntnisse ihrer Vertreter der Rational-Choice-Perspektive nicht gelingt, den Bedeutungen, die der Täter seinen Handlungen selbst zuschreibt, tatsächlich gerecht zu werden. Die Gründe, die der Handelnde seinen Handlungen zuweist, werden als unzulänglich oder „irrational" betrachtet, und sie müssen im Nachhinein rationalisiert werden, um sie verstehbar zu machen. Streng genommen wird den Erklärungen der Täter von Straßenraub innerhalb der Rational- Choice-Perspektive keine Priorität bei der Erklärung und dem Verstehen kriminellen Verhaltens zuerkannt. Auf diese Weise entsteht eine fundamentale Diskrepanz zwischen den Gründen, die der Täter selbst für seine Handlungen benennt und der „Rationalität", welche nach der Rational-Choice-Perspektive sein Verhalten erklären soll (Turner 1992: 191).

Für die Rational-Choice-Perspektive ist es nicht entscheidend, ob der Täter selbst eine rationale Analyse von Kosten und Nutzen im Moment seiner Handlung aufgestellt hat, sondern vielmehr, ob sein Verhalten retrospektiv als rational im Hinblick auf

7 Allgemein und mit wenigen Ausnahmen (Matza 1964; Katz 1988) tendieren Kriminologen dazu, den emotionalen Aspekt von Straftaten und Kriminalität ebenso wie die ursächliche Rolle moralischer Gefühle bei der Begehung von Straftaten zu ignorieren (vgl. De Haan und Loader 2002).

seine spezifischen Ziele interpretiert werden kann. Dadurch, dass diese Ziele retrospektiv rekonstruiert werden, entsteht eine tautologische Argumentation. Die Motive des Täters werden deshalb irrelevant, weil „die unterstellten Ursachen der Handlung in einer zirkulären Weise und auf der Basis dessen, was faktisch ausgewählt wurde, rekonstruiert werden" (Turner 1992: 193). Eine solche Erklärung kriminellen Verhaltens unterstellt, dass der Täter andere Mittel und Wege zur Erfüllung seiner Bedürfnisse in Erwägung gezogen hat. Konkret wird behauptet, dass der Entscheidungsprozess durch frühere Erfahrungen beeinflusst wird, die es dem Täter ermöglichen, sich impulsiv und zugleich erfolgreich zu verhalten. Eine weitere Unterstellung ist, dass der Entscheidungsprozess durch moralische Sichtweisen beeinflusst wird, die dem Täter eine Rechtfertigung seines Verhaltens und eine Neutralisierung seiner Schuldgefühle ermöglicht (Sykes und Matza 1957). Und schließlich wird behauptet, dass der Entscheidungsprozess durch sein Selbstbild – seine Identität – beeinflusst wird, das sich wiederum in seinem Verhalten ausdrückt und durch dieses unterstützt wird (Clarke und Cornish 1985: 167).

Auf diese Weise wird innerhalb der Rational-Choice-Perspektive selbst dem Anschein nach sinnloses kriminelles Verhalten als „kalkulierend" interpretiert; dies setzt voraus, jegliche Bedürfnisse der Täter in dieses Kalkül einzubeziehen (Cornish und Clarke 1986b: 7; vgl. Karstedt und Greve 1996). Durch die Verwendung der Heuristik der rationalen Rekonstruktion ist jedes Verhalten als rational zu begreifen. Für die Anhänger des Rational-Choice-Ansatzes ist selbst ein emotionaler Ausbruch kein Problem: Er hat Vor- und Nachteile und kann deshalb als eine Entscheidung interpretiert werden (Turner 1992: 193). Aus dieser Perspektive ist die „Rationalisierung von allem die Lösung, nicht das Problem" (Turner 1992: 193). Dies hindert uns jedoch zu verstehen, warum die Täter das Gefühl haben, „zu tun, was getan werden muss".

Unseres Erachtens ist es nicht möglich, kriminelles Verhalten zu verstehen und zu erklären, ohne dabei der Art und Weise, wie die Täter selbst versuchen, die Begehung ihrer Taten zu verstehen und zu erklären, besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Nimmt man die emotionalen Aspekte kriminellen Verhaltens ernst und ebenso die moralische Bedeutung, die die Täter ihren Handlungen beimessen, erfordert dies eine Theorie, die beidem gerecht wird, dem rationalen Aspekt der Begehung von Straftaten *und* den moralischen Gefühlen eines Täters vor, während und nach der Tat. Eine eher angemessene Erklärung von Kriminalität muss die affektiven Aspekte kriminellen Verhaltens, die normativen Bedeutungen, die der Täter seinem eigenen Verhalten zuschreibt und die sozialen und kulturellen Umstände, wie sie aus der Perspektive des Täters erscheinen, berücksichtigen. Um kriminelles Verhalten zu erklären, ist daher eine Theorie erforderlich, die die Täter nicht ausschließlich als rational handelnde Akteure begreift, sondern von der Annahme ausgeht, dass sie in der Regel ebenso wie alle Anderen geistig entwickelte moralische Subjekte sind, die aufgefordert sind, ihrem Leben einen Sinn zu geben.

Literatur

Agnew, Robert, 1990: The Origins of Delinquent Events: An Examination of Offender Accounts. Journal of Research in Crime and Delinquency 27(3): 267–294.

Becker, Gary S., 1968: Crime and Punishment: An Economic Approach. Journal of Political Economy 76(2): 169–217.

Blok, Anton, 2001: Honour and Violence. Cambridge: Polity Press.

Bottoms, Antony, und *Paul Wiles,* 1992: Explanations of Crime and Place. S. 11–35 in: *David Evans, Nicholas Fyfe* und *David Herbert* (Hg.), Crime, Policing and Place. Essays in Environmental Criminology. London: Routledge.

Bouffard, Jeffrey, M. Lyn Exum und *Raymond Paternoster*, 2000: Wither the Beast? The Role of Emotions in a Rational Choice Theory of Crime. S. 159–178 in: *Sally S.Simpson* (Hg.), Of Crime and Criminality. The Use of Theory in Everyday Life. Thousand Oaks, CA: Pine Forge Press.

Clarke, Ronald V., und *Derek B. Cornish,* 1985: Modelling Offenders'. Decisions: A Framework for Research and Policy. S. 147–185 in: *Michael Tonry* und *Norval Morris* (Hg.), Crime and Justice. An Annual Review of Research. Vol. 6. Chicago, IL: The University of Chicago Press.

Conklin, John E., 1972: Robbery and the Criminal Justice System. Philadelphia, PA: Lipincott.

Cornish, Derek B., und *Ronald V. Clarke* (Hg.), 1986a: The Reasoning Criminal. Rational Choice Perspectives on Offending. New York: Springer Verlag.

Cornish, Derek B., und *Ronald V. Clarke,* 1986b: Situational Prevention, Displacement of Crime and Rational Choice Theory. S. 1–16 in: *Kevin Heal* und *Gloria Laycock* (Hg.), Situational Crime Prevention: From Theory into Practice. London: HMSO.

De Haan, Willem, und *Ian Loader*, 2002: On the Emotions of Crime, Punishment and Social Control. S. 243–254 in: *Dies.* (Hg.), Theoretical Criminology 6(3). Special issue: Crime, Punishment and the Emotions.

Feeney, Floyd, 1986: Robbers as Decision-Makers. S. 53–71 in: *Derek B. Cornish* und *Ronald V. Clarke* (Hg.), The Reasoning Criminal. Rational Choice Perspectives on Offending. New York: Springer Verlag.

Feeney, Floyd, and *Adrianne Weir,* 1975: The Prevention and Control of Robbery. Criminology 13(1): 102–115.

Giddens, Anthony, 1991: Modernity and Self-Identity. Self and Society in the Late Modern Age. Cambridge: Polity Press.

Hamlin, John E., 1988: The Misplaced Role of Rational Choice Theory in Neutralisation Theory. Criminology 26(3): 425–438.

Hollway, Wendy, und *Tony Jefferson*, 2000: Doing Qualitative Research Differently. Free Association, Narrative and the Interview Method. London: Sage.

Jacobs, Bruce A., und *Richard T. Wright,* 1999: Stick-up, Street Culture, and Offender Motivation. Criminology 37(1): 149–173.

Karstedt, Susanne, und *Werner Greve,* 1996: Die Vernunft des Verbrechens. Rational, Irrational oder Banal? Der „Rational-Choice"-Ansatz in der Kriminologie. S. 171–210 in: *Kai-Dieter Bussman* und *Reinhard Kreissl* (Hg.), Kritische Kriminologie in der Diskussion. Theorien, Analysen, Positionen. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Katz, Jack, 1988: Seductions of Crime. Moral and Sensual Attractions in Doing Evil. New York: Basic Books.

Katz, Jack, 1991: The Motivation of the Persistent Robber. S. 277–306 in: *Michael Tonry* (Hg.), Crime and Justice. A Review of Research. Vol. 14. Chicago, IL: University of Chicago Press.

Lejeune, Robert, 1977: The Management of a Mugging. Urban Life 6(2): 123–148.

Lofland, John, 1969: Deviance and Identity. Englewood Cliffs, NJ: Prentice-Hall.

Matza, David, 1964: Delinquency and Drift. New York: John Wiley.

McCarthy, Bill, 2002: New Economics of Sociological Criminology. Annual Review of Sociology 28: 417–442.

Miller, Jody, 1998: Up It Up: Gender and the Accomplishment of Street Robbery. Criminology 36(1): 37–65.

Shover, Neal, und *David Honaker,* 1992: The Socially Bounded Decision Making of Persistent Property Offenders. The Howard Journal 31(4): 276–293.
Silberman, Charles, 1978: Criminal Violence, Criminal Justice. New York: Random House.
Sykes, Gresham, und *David Matza,* 1957: Techniques of Neutralization: A Theory of Delinquency. American Sociological Review 22(6): 664–679.
Tunnell, Kenneth D., 1992: Choosing Crime. The Criminal Calculus of Property Offenders. Chicago, IL: Nelson-Hall.
Turner, Stephen, 1992: Rationality Today. Sociological Theory 9(2): 191–194.
Walsh, Dermot, 1986: Victim Selection Procedures among Economic Criminals, the Rational Choice Perspective. S. 39–52 in: *Derek B. Cornish* und *Ronald V. Clarke* (Hg.), The Reasoning Criminal. Rational Choice Perspectives on Offending. New York: Springer Verlag.

THE GENERAL THEORY OF CRIME IN THE EUROPEAN CONTEXT: REVISITING HEDONIC CALCULUS*

Alexander T. Vazsonyi

Abstract: The self-control-deviance relationship has been well established in the criminological literature. However, though Gottfredson and Hirschi elaborated extensively on the importance of other "restraining" variables, such as sanctions, as part of understanding deviance, few studies have examined this empirically. The current investigation further tested the important elements of the hedonic calculus in deviance, namely both low self-control and perceived sanctions, in samples from Europe and the United States. Data were collected from 8,417 middle and late adolescents in Hungary, the Netherlands, Switzerland, and the United States to assess the theory's claim about the universal importance of perceived sanctions and self-control in deviance. Consistent with predictions by the General Theory, findings indicated that both low self-control and perceived sanctions (personal, family/friends, and legal) had independent and additive effects on a variety of deviance measures. Final predictive models explained on average 38 percent of the variance in total deviance across all groups. Follow-up analyses also indicated few differences in the relationships between low self-control and deviance as well as between perceived sanctions and deviance across the four countries.

I. Hedonic Calculus

Central to Gottfredson and Hirschi's (1990) *A General Theory of Crime* is the concept of *hedonic calculus*, namely the idea that crimes or deviant acts will be committed by an individual if pleasurable consequences of the act exceed painful ones. In their book, Gottfredson and Hirschi elaborate that the Latin *sanctio* translates into "any thing which serves to bind man" (1990: 5) – in other words, any personal, social, legal or other system or group of influences on an individual and his/her behavior that exerts a controlling effect and provides social control. They also comment on how today sanctions most commonly include legal sanctions for behaviors that are labeled illegal by a society or a state. The implication here is also that this excludes other important sanctioning systems which may have been discussed as part of the classical school of criminology, but which are largely ignored today (cf. Grasmick and Bursick 1990; Grasmick

* In memoriam Dick Hessing – a kind and generous human being and a true scholar. This research was supported in part by a grant to the author from the Auburn University Competitive Research Grant-in-Aid Program. I would also like to thank Marianne Junger for supporting the Dutch data collection and Jennifer Crosswhite for her assistance with some data analysis; thank you also to all administrators, teachers, and students for making this study possible. Please send requests to: Alexander T. Vazsonyi, Auburn University, Department of Human Development and Family Studies, 284 Spidle Hall, Auburn, AL 36849, USA (e-mail: vazsonyi@auburn.edu).

et al. 1993a; Grasmick et al. 1993b), especially in empirical investigations of the *General Theory*. Whereas a relatively large number of studies have examined and provided support for the measurement of low self-control and the relationship between low self-control and deviance, reckless behaviors or accidents (Grasmick et al. 1993a; Junger and Tremblay 1999; Pratt and Cullen 2000, Vazsonyi et al. 2001), few studies have more closely examined the relationship between low self-control, perceived sanctions, and deviance.

The importance of further examining these relationships lies in the following ideas elaborated by Gottfredson and Hirschi (1990: 95):

> "The object of the offense is clearly pleasurable, and universally so. Engaging in the act, however, entails some risk of social, legal, and/or natural sanctions. Whereas the pleasure attained by the act is direct, obvious, and immediate, the pains risked by it are not obvious, or direct ... It follows that, though there will be little variability among people in their ability to see the pleasures of crime, there will be considerable variability in their ability to calculate potential pains. But the problem goes further then this: whereas pleasures of crime are reasonably equally distributed over the population, this is not so for pains. Everyone appreciates money; not everyone dreads parental anger or disappointment upon learning that money was stolen."

It is the potential calculation of pains (what restrains an individual) that seems central in understanding variability in crimes and deviance and in understanding more fully the basic propositions of the *General Theory*. Gottfredson and Hirschi consider the rational process of engaging in norm-violating conduct as "the decision to commit a criminal act". In fact, Gottfredson and Hirschi (1990: 95) suggest that "the dimensions of self-control are, in our view, factors affecting calculation of the consequences of one's acts". Furthermore, restraining or sanctioning systems in a person's life will have both a long-term impact on *hedonic calculus* (e.g., family socialization, for many years) through the development of a trait-like self-control in the individual; in addition, sanctioning systems may also operate above and beyond the effect on a person's level of self-control – personally, through family and friends, or through society.

Therefore, the current investigation examined the interplay between low self-control, perceived sanctions (personal, interpersonal, and legal), and measures of deviance. This study then is not so much an extension of the General Theory, but rather an extension of empirical efforts to test basic tenets of the General Theory of Crime, since so few investigations have ventured beyond the low self-control construct to operationalize what binds human beings, what enters into the hedonic calculus, and therefore, what prevents them for committing deviant and criminal acts. Furthermore, an additional central claim by the theory is that basic tenets of the General Theory are universally applicable – across different cultural, ethnic, or national groups. Thus, the current study tested these relationships in three European samples (Dutch, Hungarian, and Swiss youth) and one from the United States (for additional rationale for cross-national comparative analyses as well as for the four countries studied, see Vazsonyi 2003; Vazsonyi et al. 2001, 2002).

II. Revisiting Hedonic Calculus

Gottfredson and Hirschi (1990) elaborated in the General Theory, that the individual, trait-like tendency of low self-control, situational factors, and other properties of the individual enter into a person's decision to commit a deviant act. Therefore, social control, namely what binds a human being to society and to conforming social conduct, includes low self-control and situational choices, or decisions, which are influenced by the consequences of an act that in turn are regulated by both formal and informal social control agents, *sanctions or restraining mechanisms*. Hirschi and Gottfredson suggest that "[t]he element common to these [deviant and criminal] acts (and all other criminal and deviant acts) is an unrestrained offender; a person willing to risk long-term costs for immediate personal benefits" (2001: 89). Furthermore, in directly tying the General Theory to Bentham's classic work on sanctions and to a series of sanctioning systems and mechanisms, including legal, social, and moral or religious ones, Hirschi and Gottfredson also note, "So, according to the theory, the difference between offenders and nonoffenders is their awareness of and concern for the long-term costs of crime – such things as arrest, prison, disgrace, disease, and even eternal damnation" (2001: 90).

Numerous empirical efforts have established the relationship between low self-control and crime or deviance, based on behavioral and non-behavioral measures (Pratt and Cullen 2000); yet, surprisingly few studies have ventured beyond this initial layer of the General Theory. In fact, it seems as if criminological investigations have polarized to either being in support (theoretically or empirically) of the General Theory with its concept of self-control based on early socialization that is predictive of later norm-violations versus not being supportive. A number of investigations have simply focused on the low self-control-deviance relationship as being the General Theory, thereby omitting the complexity and nuances of it.

Gottfredson and Hirschi recognize both "the simultaneous existence of social and individual restraints on behavior" (1990: 88), both social sanctioning mechanisms and individual-level trait-like tendencies. Illustrating how the overemphasis of low self-control has contributed to perhaps only partial tests of the General Theory, Gottfredson and Hirschi argue that "lack of self-control does not require crime and can be counteracted by situational conditions or other properties of the individual" (1990: 89). In addition, in their recent essay, Hirschi and Gottfredson further illustrate this point by the following:

> "Theories explain facts by stating general propositions from which specific facts may be derived. For example, in Newton's theory, apples fall to earth *because* every particle of matter in the universe is attracted by every other particle. The larger the particle, the stronger the attraction. We often condense this explanation into one word, *gravity*, but the truth and value of the explanation are not reduced by this practice. By the same logic, in self-control theory, people commit criminal acts because they fail to consider their long-term consequences. This explanation, too, *may be condensed into a single concept, (low) self-control, but its truth and value or not reduced by this practice"* (Hirschi and Gottfredson 2001: 91; emphasis added).

This is the very essence of the current investigation and the very essence of how self-control theory may have been partially misconstrued in previous empirical efforts.

Self-control is a quintessential, multidimensional trait-like quality of an individual that accounts for criminality; low self-control does not invariably lead to crime. In fact, Hirschi and Gottfredson consider the low self-control-deviance relationship a probabilistic one – "we explicitly propose that the link between self-control and crime is not deterministic, but probabilistic, affected by opportunities and other constraints" (1993: 53). Thus, the self-control construct does not represent the true complexity or the full breadth of the General Theory of Crime that defines deviant and criminal behavior as the result of an unrestrained individual. Therefore, theoretically, other *restraints* may be ascribed to *sanctioning mechanisms*, formal and informal ones, stable and enduring qualities or qualities that can also be situationally dependent.

The current investigation was interested in assessing the importance of these "other properties of the individual" that serve as restraining mechanisms in the decision process to engage in norm violating conduct. Based on the writing by Gottfredson and Hirschi, it was expected that there exists variability among individuals characterized as being low on measures of self-control with respect to other restraining mechanisms, namely on measures of formal and informal sanctions – "arrest, prison, disgrace, disease, and even eternal damnation". Thus the current study is a more comprehensive test of the potential hedonic calculus – the evaluation of potential restraints – that takes place in the decision process leading to norm-violating conduct. In the following section, select previous empirical work on restraints, namely perceived sanctions, is reviewed.

III. The Importance of Sanctions

Grasmick and colleagues (1980, 1990, 1993, 2002) extended the deterrence perspective by including "non-legal" rational-choice consequences and deterrent effects such as "internalized norms and significant others as sources of compliance and noncompliance with the law" (Grasmick and Bursik 1990: 839; see also Anderson et al. 1977; Paternoster et al. 1983). More specifically, based on writing by Wrong and consistent with Bentham's early thinking about sanctioning systems (also discussed in Gottfredson and Hirschi 1990), Grasmick and Green (1980) suggested that in addition to legal sanctions, individuals violating social norms also face personal fear of immorality and social disapproval by family members and peers. In other words, norm-violating behaviors may be inhibited by three types of informal and formal sanctions, namely "guilt", loss of respect by significant others, and physical and material deprivation (legal sanctions). In their work, Grasmick and Green (1980) found empirical support for unique and additive effects by each of the three types of perceived sanctions on illegal behaviors.

Although cross-national comparative studies are generally rare in criminology, even though they represent one of the most powerful avenues of quasi-experimental empirical and theoretical comparisons (Vazsonyi 2003), in a very recent study, Grasmick and Kobayashi (2002) examined whether the same logic about perceived sanctions could be extended to a different cultural context. In their investigation, they examined workplace deviance in a sample of 255 health professionals in Japan, a culture generally characterized by comparatively low levels of crime. Based on cultural and historical evi-

dence about socialization and rates of crime, the authors predicted that perceived sanctions (shame and embarrassment) would be more strongly associated with deviance in the Japanese culture in comparison to the American one. The authors found that shame accounted for the most variability in deviance and that embarrassment had a limited or no deterrent effect on three measures of "non-serious" deviance. Interestingly, these findings were consistent with previous work completed in the United States. This study suggested that although the Japanese culture might be more "collectivistic" (interdependent) in general orientation in comparison to the more individualistic (independent) United States, for example, the relationships between perceived sanctions and deviance were very similar. It is important to note that, although low self-control was not explicitly tested by the authors, they extensively discussed how the findings from their study fit with social and self-control theories, in a sense, theories of restraint. They interpret Gottfredson and Hirschi's work as having departed from Hirschi's original work by excluding all causes of deviance external to the individual. This stands in contrast to the central argument of the current study and the *General Theory*. As argued previously, the General Theory includes restraint mechanisms that can be considered both internal and external, proximate and distal causes, in the explanation of crime and deviance.

Other work has recognized that predictions by the *General Theory* include both stable individual differences and rational choice elements in a single model of criminality (e.g., Nagin and Paternoster 1993, 1994). In fact, discussing the importance of the rational choice element in the General Theory by Gottfredson and Hirschi and Wilson and Herrnstein's conception of criminal propensity, Nagin and Paternoster note that "neither of these two theories argues that persons who, in the parlance of Gottfredson and Hirschi, lack self-control are wholly unresponsive to incentives or devoid of capacity to reason. Quite to the contrary; both theories treat individuals as rational decisionmakers who respond to perceived incentives" (1993: 470). In their study, Nagin and Paternoster found evidence that individuals low in self-control perceived the potential rewards of crime more valuable and the associated costs (e.g., shame, sanctions) less repelling. In addition, they found that "contextual factors" "significantly affect respondents' perceptions of the costs and benefits of offending" (1993: 485) and that "while poor self-control plays a major role in explaining variation in intentions to offend, it is by no means the sole determinant of such intentions" (1993: 486). Interestingly, the authors conclude as having found empirical support for two traditions in criminology, namely the individual differences tradition and the more proximate, situational influences tradition (i.e., rational choice and routine activities), despite the fact that a clear conceptual argument was presented by the authors that the *General Theory* includes both proximate and more distal restraining mechanisms.

In conclusion, a number of open issues regarding empirical work on the *General Theory* require further efforts and elaboration. First, not enough work has examined the full breadth of theoretical predictions by the General Theory beyond the simplistic low self-control-deviance relationship. Gottfredson and Hirschi have clearly argued for low self-control as one important, probabilistic construct representing the successful or unsuccessful socialization efforts directed at instilling restraint, and consequently, conformity. Secondly, theoretical predictions by the theory include both proximate and

distal variables – persistent individual differences established early in life, namely low self-control, as well as other decisionmaking factors or restraining mechanisms, such as perceived formal and informal sanctions. Thus, in addition to examining the importance of low self-control, the current study tested the importance of guilt, loss of respect by significant others, and legal sanctions above and beyond the effects by the low self-control construct. The study also explored potential synergistic or interaction effects between low self-control and perceived sanctions. Finally, one of the hallmarks of any universal theory is replicability. In the General Theory, Gottfredson and Hirschi propose that the hypothesized relationships between both individual differences and decisionmaking factors will replicate across groups, cultures, and nations. Therefore, based on theory and on previous empirical work, similarities in the observed relationships were expected by sex and by nationality (e.g., Grasmick and Kobayashi 2002; Vazsonyi et al. 2001). In addition, Gottfredson and Hirschi propose that the same causal processes should be observable for trivial norm violating conduct as well as more serious law violating behaviors (versatility). Thus, the importance of low self-control and perceived sanctions was examined on a variety of deviance measures in three European samples and a sample from the United States.

Based on the theory and previous empirical evidence, the following hypotheses/predictions were tested:

1. Individuals who reported the lowest levels of self-control will manifest variability in the relationships between perceived sanctions and deviance.
2. Perceived sanctions will be negatively associated with a variety of deviant behavior measures (alcohol use, drug use, vandalism, school misconduct, general deviance, theft, assault, and total deviance).
3. Both low self-control and perceived sanctions are independently and additively predictive (main effects) of a variety of deviant behaviors (alcohol use, drug use, vandalism, school misconduct, general deviance, theft, assault, and total deviance). In subsequent exploratory analyses, the study also tested for potential interaction effects between low self-control and perceived sanctions in the prediction of deviance.

IV. Methods

1. Procedures

Data were collected as part of the International Study of Adolescent Development (ISAD), a multinational, multisite investigation consisting of about 8,400 subjects from four different countries (Hungary, the Netherlands, Switzerland, and the United States; Vazsonyi et al. 2001, 2002). The purpose of ISAD was to examine the etiology of adolescent problem behaviors and deviance utilizing large representative samples from different countries. A standard data collection protocol was followed across all study locations. It was approved by a university IRB and consisted of a self-report data collection instrument that included instructions on how to complete the survey, a description of the ISAD project, and assurances of anonymity and confidentiality. The questionnaires were administered in classrooms by project staff or teachers who had re-

ceived extensive verbal and written instructions. This was done to maintain a standardized protocol across all study locations. Students had a 1 to 2 hour period to complete the survey. Much attention was given to the development of the ISAD survey instrument, particularly by developing new or employing existing measures that could be used cross-culturally without losing nuances or changing meanings. The survey was translated from English into the target languages (Dutch, German, and Hungarian) and back-translated by bilingual translators. Surveys were examined by additional bilingual translators, and when translation was difficult or ambiguous, consensus was used to produce the final translation.

2. Sample

Data were collected from a total of N = 8,417 adolescents from four different countries (Hungary, n = 871; Netherlands, n = 1,315; Switzerland, n = 4,018; United States, n = 2,213). In all locations, medium sized cities of similar size were selected for participation. For each country, different schools were selected to obtain representative samples of the general population. For the European samples, this included schools for university-bound students (Gymnasium) as well as schools specializing in vocational/technical training for students in apprenticeships. The Swiss sample was collected in the German speaking part of the country. In the United States, the samples included high school students, community college students, and university students (for additional sample selection information and sample details, see Vazsonyi et al. 2001).

Because these various schools represented an age range of approximately 14 to 22 years old, a group of students within a specific "age band" was selected for cross-national comparisons. Age frequencies indicated that there were about 1,000 students in each group of a cross-section of the total sample representing 15 to 20 year olds (15 year olds, n= 1,099; 16 year olds, n = 1,542; 17 year olds, n = 1,580; 18 year olds, n = 1,504; 19 year olds, n = 1,189). Thus, this age band was selected and 1,503 (17.9 percent of the total sample) students were not used in the current investigation, reducing the sample to N = 6,914 (82.1 percent of the total sample). After this age band selection, some slight differences in mean age by country remained; specifically, the Hungarian and Dutch samples were slightly younger than the other two. However, due to the procedure used for calculating scores on both the dependent and independent variables, due the fact that analyses were run separately by males and females in each country, and due to the fact that age was partialled out in these individual analyses, remaining age effects were removed. The final study sample included n = 797 Hungarians (mean age = 16.7, sd = 1.2), n = 1,040 Dutch (mean age = 16.4, sd = 1.0), n = 3,561 Swiss (mean age = 18.1, sd = 1.3), and n = 1,516 adolescents from the United States (mean age = 18.2, sd = 1.6). There were n = 3,913 males (mean age = 17.5, sd = 1.3) and n = 2,939 females (mean age = 17.5, sd = 1.3).

3. Measures

Subjects from all countries were asked to fill out the same questionnaire including age, sex, demographic and background variables, low self-control, perceived sanctions, and deviance.

Background/Community/Neighborhood Variables:

Age. Participants were asked to indicate the month and year in which they were born. In order to maintain anonymity of subjects, we did not ask for the day. The 15th day of the respective month was used to calculate subjects' ages.

Sex. Subjects were asked to indicate their sex on a single item: "What is your gender?" Responses were given as 1 = male and 2 = female.

Socioeconomic Status. Subjects were asked to indicate the type of work performed by the primary wage earner in the family to assess socioeconomic status. Six categories collapsed from Hollingshead's (1975) original nine categories and modified to be applicable in each of the four countries were specified that would readily map on professions found in each of the four study countries. Each category contained descriptions of sample jobs that would fit into each of them. Responses were given by indicating the number of the category that contained the closest or most accurate description of the family's primary wage earner's job. The categories, listed here with condensed descriptions, were as follows: 1 = owner of a large business, executive; 2 = owner of a small business, professional; 3 = semiprofessional, skilled laborer; 4 = clerical staff; 5 = semiskilled laborer; and 6 = laborer or service worker.

Low Self-Control. A revised version of Grasmick et al.'s (1993) low self-control scale was used to measure self-control (Vazsonyi et al. 2001). This scale included 22 items in 6 subscales (impulsiveness, simple tasks, risk-seeking, physical activity, self-centeredness, and temper). All items in the low self-control scale were worded as originally suggested (i.e., none of them were reverse-worded) and responses were given on a 5-point Likert type scale (1 = strongly disagree, 2 = disagree, 3 = neither disagree nor agree, 4 = agree, 5 = strongly agree). A high score indicated low self-control. The measure was reliable for the total sample (alpha = .86).

Perceived Sanctions. Perceived sanctions were assessed by a series of 24 items developed for the current investigation based on some previous conceptual and measurement work by Grasmick and Bursick (1990). Three sets of eight items measured "perceived guilt/shame" (personal sanctions), "potential loss of respect" by people who mattered/are close (social/family/friends), "the likelihood of getting caught" (society/legal sanctions) on a series of descriptions of deviant behaviors. Deviant behaviors ranged from acts of vandalism ("smashing bottles on the street or damaging a street sign") to assault ("using a weapon, e.g., a knife, gun, blunt object, or stick, to hit someone or to injure them"). Specific questions for the three scales included: "Would you feel guilty, shameful, or would you regret if you ..." ("guilt"), "Would most people, whose opinion is important to you, loose respect if you ..." ("respect"), and "Do you think someone would find out if you ..." ("catch"). The following responses format was em-

ployed: "1 = absolutely not", "2 = probably would not", "3 = probably would", and "4 = yes". Three scale scores were computed by taking the average of all eight items in the section. Items were reverse scored for analyses, where a high scale score on the guilt measure indicated that an individual did not feel any remorse for engaging in a deviant act, for example. Reliability estimates suggested that each scale was internally consistent (alpha range: .86 to .91). *Table 1* includes reliability estimates for all scales part of the study by country.

Deviance. Lifetime deviance was measured by the 55-item Normative Deviance Scale (NDS; Vazsonyi et al. 2001). The purpose of this scale was to measure adolescent deviance in a manner that would capture norm-violating conduct in all cultures in the present investigation to improve cross-national comparative efforts (see also Junger-Tas 1988). Specifically, Junger-Tas (1988) suggested including instrument items that tap a more normal distribution of responses, especially in low-level delinquency cultures. The current investigation examined lifetime (*have you ever ...*) alcohol use, drug use, vandalism, school misconduct, general deviance, theft, assault, and a measure of total deviance. Responses for all items in the NDS were given on a 5-point Likert-type scale and identified lifetime frequency of specific behaviors (1 = never, 2 = one time, 3 = 2–3 times, 4 = 4–6 times, and 5 = more than 6 times). Reliability coefficients of the deviance subscales for the entire sample ranged from α = .76 to α = .89 (total deviance α = .95).

Table 1: Reliability of Low Self-Control, Perceived Sanctions, and Deviance Measures

	American	Dutch	Hungarian	Swiss
Low Self-Control	.88	.84	.83	.80
Perceived Sanctions				
Guilt	.91	.88	.92	.87
Respect	.92	.91	.93	.89
Catch	.89	.87	.89	.83
Deviance				
Vandalism	.86	.83	.85	.83
Alcohol Use	.90	.76	.83	.81
Drug Use	.90	.87	.83	.90
School Misconduct	.82	.74	.76	.77
General	.83	.79	.86	.82
Vandalism	.83	.73	.83	.84
Assault	.79	.71	.76	.76
Total Deviance	.96	.95	.96	.96

V. Results

Table 2 includes descriptive information on key background variables part of the study, while *Table 3* presents descriptive information on the main scales, namely on measures of low self-control, three measures of perceived sanctions (guilt, respect, and catch), and measures of deviance. Because some of the more serious deviant behaviors were positively skewed (> 1), log transformations were used in subsequent analyses. The transformations reduced skew in all deviance measures to less than 1.

Table 2: Descriptive Statistics of Background Variables (percentages)

	Demographic Variables	Country			
		American	Dutch	Hungarian	Swiss
Sex	Males	42.5	47.8	69.2	63.4
	Females	57.5	52.2	30.8	36.6
Age	Mean age (years)	17.88	16.45	16.66	17.86
Home Situation	Two biological parents	70.9	87.2	79.6	83.5
	One biological parent (only)	13.9	5.8	9.5	8.3
	One stepparent and one biological parent	10.8	4.0	6.8	3.3
	Other (e.g., biological parent & significant other etc.)	4.5	3.0	4.0	5.0
Parental Education Mother	She finished elementary or junior high school (9 years)	20.0	51.0	44.1	72.6
	She finished technical school	23.0	17.7	34.9	7.9
	She finished high school	29.5	22.9	18.4	10.9
	She has a college/advanced/ graduate degree	26.6	5.4	2.0	4.6
Father	He finished elementary or junior high school (9 years)	14.8	33.9	38.3	58.3
	He finished technical school	15.8	12.6	35.3	14.1
	He finished high school	28.6	33.3	19.1	6.2
	He has a college/advanced/ graduate degree	37.2	15.8	3.3	15.8
SES	Executive	33.8	19.1	16.0	6.0
	Professional	40.3	37.8	22.5	35.0
	Semi-Professional	13.4	27.9	17.6	31.7
	Clerical	6.9	11.5	33.3	12.4
	Semi-Skilled	4.6	2.7	9.0	3.2
	Laborer	.9	1.0	1.5	1.7

Notes: Participants were given the option to answer "Does not apply" for parental education and employment; these figures are not included in the table (they are treated as missing data) and make up the difference between the sum of all categories and 100 percent.

Table 3: Descriptive Statistics of Mean Scale Scores

	N	Mean	SD	Skew Mean	Skew SE	Kurtosis Mean	Kurtosis SE
Low Self-Control	6597	2.61	.50	.34	.03	1.17	.06
Guilt	6717	2.02	.79	.62	.03	–.27	.06
Respect	6701	2.08	.80	.57	.03	–.34	.06
Catch	6723	2.52	.69	.24	.03	–.09	.06
Vandalism	6785	1.61	.73	1.75	.03	3.18	.06
Alcohol Use	6782	2.31	1.03	.54	.03	–.54	.06
Drug Use	6776	1.93	1.05	1.02	.03	.01	.06
School Misconduct	6770	2.06	.77	.91	.03	.60	.06
General	6759	1.92	.72	1.06	.03	1.09	.06
Theft	6745	1.47	.69	2.19	.03	5.24	.06
Assault	6734	1.58	.69	1.67	.03	3.17	.06
Total Deviance	6792	1.89	.68	1.11	.03	1.11	.06

Table 4: Partial Correlations between Perceived Sanctions (Guilt, Respect, Catch), Low Self-Control, and Total Deviance

	Guilt	Respect	Catch	Low Self-Control	Total Deviance (log)
Guilt		.52	.35	.30	.49
Respect			.28	.17	.29
Catch				.13	.16
Low Self-Control					.41
Total Deviance (log)					

Note: All correlations statistically significant p > .001. Controls include age, sex, family structure, SES, and country.

Table 4 includes partial correlations between low self-control, the three measures of perceived sanctions, and total deviance; controls included age, sex, family structure, SES, and country of residence. As expected, low self-control was strongly associated with deviance, as were each of the three measures of perceived sanctions. Of the three sanctions measures, guilt was the most highly correlated with total deviance. In addition, low self-control was moderately associated with measures of perceived sanctions (range r = .13 to .30).

In a next step, hierarchical regression analyses were completed to determine the explanatory power of both low self-control and measures of perceived sanctions. For this purpose, analyses were completed by sex and by country to more fully examine the contextual impact of country of residence. Additionally, analyses examined whether interaction terms of low self-control and perceived sanctions explained unique variance in deviance after the main effects. To further understand the unique explanatory power of perceived sanctions above and beyond low self-control, the variability of guilt in individuals lowest on measures of self-control were plotted graphically. For this purpose, each of eight groups (sex and country) was divided into low self-control tertiles. Next, the relationship between (lack of) guilt and total deviance was plotted based on the group that scored the highest on measures of low self-control. *Figure 1* displays the best fitting line and 95 percent confidence intervals by sex and by country, including the total amount of variance explained by guilt in total deviance. Findings suggested that guilt was consistently associated with a measure of total deviance in this "highest" low self-control group and that situational perceived sanctions accounted for a sizeable amount of additional variance in total deviance. It is important to note that the amount of variance explained was variable across the eight groups – lowest in Hungarian youth and highest Dutch and Swiss youth (average: 17.3 percent).

Based on this evidence of the importance of perceived sanctions in accounting for variability in deviance, set hierarchical regression analyses were used by sex and country that included six steps of entry into the model: age, family structure, SES, low self-control, perceived sanctions, and three interaction terms of low self-control X perceived sanctions (guilt, respect, and catch). *Table 5* includes the findings based on these analyses for total deviance. Results indicated that perceived sanctions added a substantial amount of total variance explained after controls and after low self-control. More specifically, the three measures accounted for between 6.4 percent (Hungarian males) to 22.7 percent (Swiss females; average across eight groups: 13.6 percent). Inter-

Figure 1: Lack of Guilt with Total Deviance (log) in Highest Tertile of Low Self-Control Measure

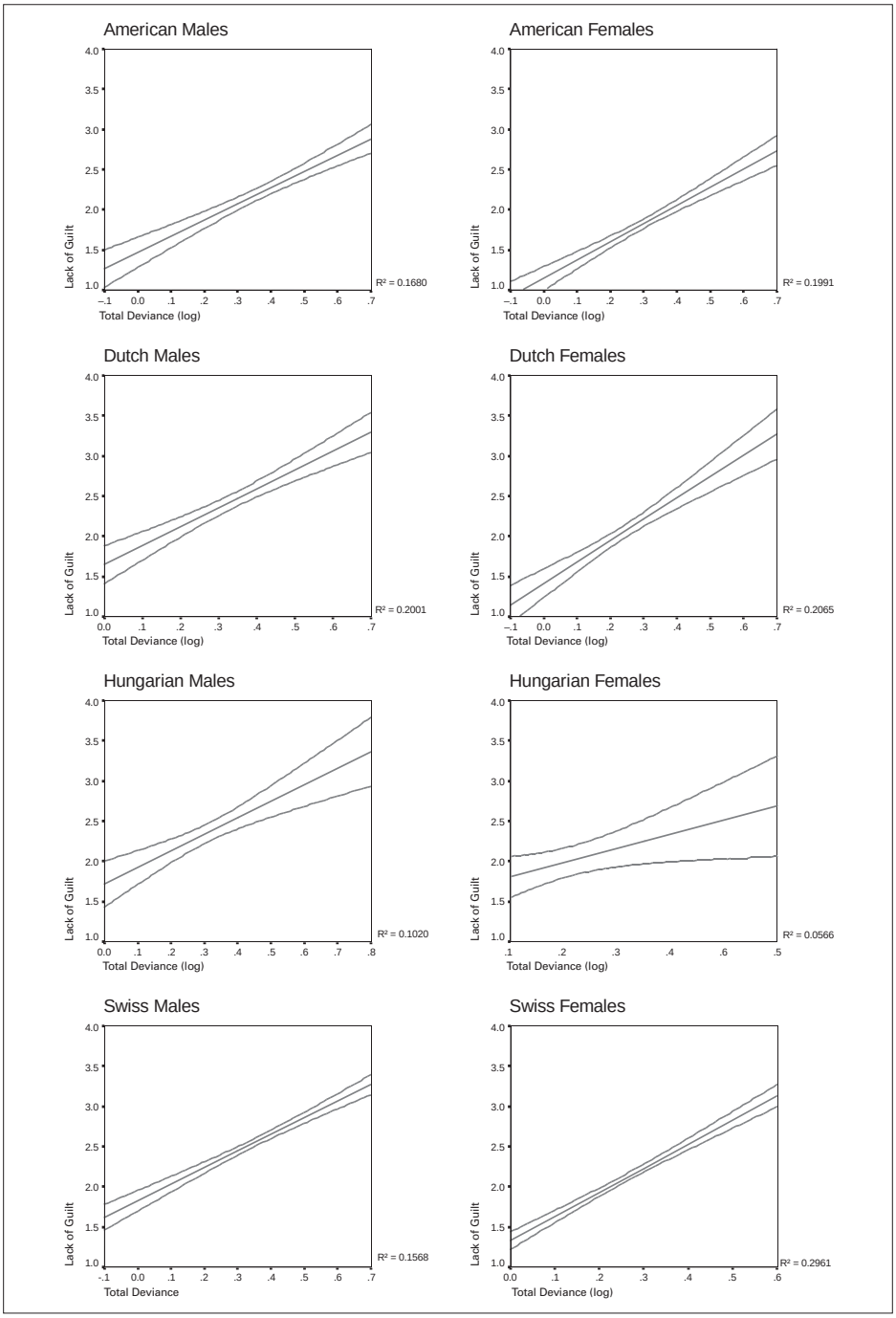


Table 5: Hierarchical Regression Analyses Predicting Total Deviance by Sex and Country

	American				Dutch				Hungarian				Swiss			
	Males		Females		Males		Females		Males		Females		Males		Females	
	β/SE	ΔR^2	β/SE	ΔR^2	β/SE	ΔR^2	β/SE	ΔR^2	β/SE	ΔR^2	β/SE	ΔR^2	β/SE	ΔR^2	β/SE	ΔR^2
1. Age	.29/.03	.06	.25/.03	.03	.15/.04	.04	.12/.04	.01*	.19/.04	.04	*.07/.06*	.01	.12/.02	.01	.08/.02	.00
2. Family Structure		*.01*		*.01*		*.02*		*.01*		*.01*		*.03*		.02		.03
3. SES	–.08/.04*	*.00*	*–.04/.03*	*.00*	–.15/.04	.03	–.17/.04	.03	–.08/.04*	*.00*	*–.04/.06*	*.00*	–.05/.02	*.00*	*–.08/.02*	.01
4. Low Self-Control	.51/.12	.21	.40/.09	.27	.38/.16*	.20	.35/.15*	.22	*.13/.14*	.15	.40/.19*	.20	.58/.07	.13	.44/.08	.14
5. Sanctions		.15		.15		.13		.11		.06		.08		.18		.23
Guilt	*–.09/.18*		*.02/.18*		*.31/.24*		*–.31/.22*		*.34/.29*		*.80/.54*		.57/.13		.48/.18	
Respect	.57/.18*		.61/.19		*–.05/.21*		.42/.21*		*–.45/.27*		*–.20/.57*		*–.13/.13*		*.10/.17*	
Catch	*.17/.15*		*–.01/.13*		*.13/.25*		*.26/.21*		*–.05/.23*		*–.07/.40*		.43/.12		.33/.16*	
6. Interactions		*.01*		.01*		*.00*		.01*		*.01*		*.00*		.01		.00*
Guilt X LSC	.51/.23*		.46/.23*		*.10/.29*		.87/.28		*–.11/.33*		*–.60/62*		*–.15/.16*		*–.06/.22*	
Respect X LSC	–.47/.21*		–.70/.23		*.06/.24*		*–.47/.26*		*.57/.31*		*.11/.63*		*.16/.15*		*.03/.21*	
Catch X LSC	*–.31/.20*		*.10/.18*		*–.21/.30*		*–.29/.27*		*.05/.28*		*.24/.25*		–.64/.15		–.42/.20*	
Total Model R^2		.43		.47		.41		.39		.27		.33		.35		.41

Note: All regression coefficients and set regression F values (for ΔR^2) are statistically significant at $p < .01$ unless noted: * $p < .05$. Non-significant coefficients or F values are italicized (ΔR^2). Regression coefficients reported are from last model step when all variables were entered. No coefficient is provided for family structure as this variable was dummy coded into six different variables.

estingly, although respect was more predictive of total deviance for American and Dutch youth, guilt and catch were more salient for Swiss youth. Finally, interactions terms of low self-control and perceived sanctions were examined. In general, findings indicated a very small additional amount of explained variance for American, Dutch, and Swiss females only (.4 percent for Swiss to 1.4 percent for Dutch adolescents). Of the three interaction terms, low self-control X guilt was the most consistent predictor for American and Dutch females, although the low self-control X catch was statistically significant for Swiss females. Surprisingly, for American males and females, the low self-control X respect term was negatively associated with total deviance; this was inconsistent with expectations. Nevertheless, in general the effects by interaction terms above and beyond main effects were negligible, and in almost all cases, accounted for less than 1 percent of the variance in total deviance. The total model R^2 ranged from 27 percent for Hungarian males to 47 percent for American females.

In a final series of regressions, the same model was tested for the seven different deviance measures. *Table 6* includes the ΔR^2 for each deviance subscale. For simplicity's sake the amount of variance explained by individual controls were omitted from the table (age, family structure, and SES), although the total model R^2 included their effects. In general, results were very consistent with previous analyses on total deviance, although the total amount of variance explained was slightly smaller for individual deviance subscales. With a few exceptions, there was a striking amount of consistency across the eight groups on how much variance the model accounted for. Also, the explanatory power for low self-control and perceived sanctions was very similar across groups. Therefore, the final step assessed whether these slight differences in amount of variance explained were meaningful or not. In other words, did these relationships vary by country or not?

For this purpose, two different analytic strategies were employed to compare the relationships between low self-control, perceived sanctions, and measures of deviance. Interaction terms were omitted from this comparison because of very little evidence of any consistent relationship. First, an efficient, model-free LISREL analytic technique was used, where four 11 × 11 covariance matrices were simultaneously compared (low self-control, three measures of sanctions, and seven deviance subscales) after residualizing the scores by age, sex, family structure, and SES (for details, see Vazsonyi et al. 2001). Good fit would indicate that the matrices were not different, and therefore, the relationships were similar across the four groups. Secondly, a more conservative pairwise approach was employed to compare each partial unstandardized regression coefficients of the four predictors regressed on total deviance by country (e.g., Cohen and Cohen 1983); betas by sex and by country are included in *Table 5*. This meant that for each predictor, 6 pairwise comparisons for the four groups were completed or 24 pairwise comparisons in total. However, a number of partial coefficients were not statistically significant; therefore, comparisons were only completed on significant regression coefficients which resulted in 13 possible comparisons.

Results from model-free LISREL analyses indicated great similarities in the patterns of associations between low self-control, guilt, respect, catch, and the seven measures of deviance across the four countries. Although the chi square (587.91, df = 66) was statistically significant, which is quite common for large samples, alternative fit indices

Table 6: Hierarchical Regression Analyses Predicting Different Measures of Deviance by Sex and Country

		American		Dutch		Hungarian		Swiss	
		Males	Females	Males	Females	Males	Females	Males	Females
Outcome	Predictor	ΔR^2	ΔR^2	ΔR^2	ΔR^2	ΔR^2	ΔR^2	ΔR^2	ΔR^2
Vandalism	LSC	.20	.19	.18	.19	.17	.10	.13	.12
	Sanctions	.11	.12	.12	.08	.08	.08	.13	.13
	Interactions	.01*	.01	*.00*	*.01*	*.01*	*.00*	.01	*.00*
	Model R^2	.35	.35	.35	.31	.28	.19	.29	.26
Alcohol	LSC	.11	.15	.08	.12	.08	.18	.08	.11
	Sanctions	.06	.08	.05	.03	.03	.04	.12	.14
	Interactions	*.01*	*.01*	*.01*	*.01*	*.00*	*.00*	.01	*.00*
	Model R^2	.28	.33	.20	.24	.21	.27	.23	.29
Drug Use	LSC	.11	.18	.14	.09	.07	.12	.08	.10
	Sanctions	.13	.14	.10	.11	.08	.05	.14	.20
	Interactions	*.01*	.01*	*.01*	*.01*	*.01*	*.03*	.01	*.00*
	Model R^2	*.32*	*.35*	*.36*	*.28*	.21	*.23*	.27	.34
General	LSC	.19	.21	.18	.19	.12	.14	.11	.12
	Sanctions	.11	.09	.08	.09	.04	.09	.12	.16
	Interactions	*.00*	*.01*	*.00*	*.02*	*.01*	*.00*	.01	.01*
	Model R^2	.39	.35	.31	.32	.20	.27	.26	.31
School Misbehavior	LSC	.18	.21	.12	.13	.13	.12	.07	.06
	Sanctions	.12	.09	.09	.05	.02	.03	.08	.11
	Interactions	*.00*	*.00*	*.00*	*.01*	.01*	*.01*	.01	.00
	Model R^2	.34	.34	.29	.22	.23	.22	.19	.23
Theft	LSC	.14	.15	.12	.12	.06	.09	.09	.06
	Sanctions	.15	.11	.09	.12	.05	.09	.15	.13
	Interactions	.01*	.02	*.00*	.04	*.00*	*.02*	.00	.01*
	Model R^2	.33	.32	.27	.30	.13	.21	.27	.27
Assault	LSC	.14	.14	.16	.12	.10	.02	.07	.03
	Sanctions	.08	.08	.07	.03	.03	.08	.06	.02
	Interactions	*.01*	.02	*.00*	*.01*	.02*	*.03*	.00*	.00
	Model R^2	.27	.31	.26	.18	.14	.16	.15	.07

Note: Controls entered prior to low self-control; model R^2 includes control variables. LSC = low self-control. All regression coefficients and set regression F values are statistically significant at $p < .01$ unless noted: * $p < .05$. Non-significant ΔR^2 are italicized.

indicated adequate fit (CFI = .99, RMSEA = .065). In the 13 pairwise comparisons (6 low self-control, 6 guilt, and 1 respect) using the partial unstandardized regression coefficients from analyses predicting total deviance, no differences were found by country for low self-control (American, Dutch, Hungarian and Swiss: .095, .079, .091, and .083). On the other hand, 5 of 6 comparisons for guilt (exception: Americans versus Dutch) were significantly different; guilt was most strongly associated with total deviance for Swiss, followed by Americans, Dutch, and Hungarians (unstandardized coefficients: .084, .070, .068, and .037). Finally, comparisons also indicated that partial regression coefficient for respect were significantly different as reported by American and Swiss youth, where the coefficient was stronger for American adolescents (.025 versus .009). In summary, comparative findings indicated great similarity across the four countries with some indications based on pairwise comparisons of individual unstandardized partial regression coefficients that the importance of perceived guilt differed by national context, and therefore had a differential impact on criminality. Furthermore, the data also indicated that among the three sanctions tested, (lack of) guilt had by far the greatest impact on variability in total deviance as reported by these adolescents. Both respect and catch were only weakly related to deviance and not statistically significant in most cases (exceptions: respect for American and Swiss youth and catch for Swiss youth only).

VI. Conclusion

The central argument in current paper was that most empirical investigations of the General Theory have focused almost exclusively on the low self-control-deviance relationship and that few have considered the full complexity of the theory, namely both the self-control construct as well as additional restraint mechanisms. Strong empirical support exists for the low self-control-deviance relationship both in the United States (e.g., Pratt and Cullen 2000) as well as cross-nationally (Vazsonyi et al. 2001); in addition, empirical support also exists for the situational impact of both formal, and particularly, informal sanctions in the decision to commit norm-violating behaviors (e.g., Anderson et al. 1977; Grasmick and Green 1980; Grasmick and Bursik 1990). This includes recent cross-national evidence (Grasmick and Kobayashi 2002), although no direct comparisons have been completed. However, few studies have considered both the low self-control construct and other formal and informal restraints (cf., Nagin and Paternoster 1993, 1994), especially in samples from Europe and the United States.

The following important findings were made in the current study. First, there exists variability in the relationship between perceived sanctions and deviance in the most extreme group of individuals as assessed by low self-control. In other words, consistent with Gottfredson and Hirschi's probabilistic conceptualization of the self-control construct and consistent with previous work by Nagin and Paternoster (1993), perceived sanctions impacted the decision to commit a norm-violating act in individuals who were characterized as being most prone to crime and deviance – they had very low self-control scores. This finding was consistently found for both males and females as well as for youth from Hungary, the Netherlands, Switzerland, and the United

States. Secondly, perceived formal and informal sanctions were predictive of a variety of deviant behaviors above and beyond low self-control; again, this finding supports the original theoretical idea that other mechanisms impact whether an individual chooses to engage in norm violating conduct or not. This finding was made for behaviors ranging from trivial acts to more serious interpersonal violence (versatility) across all national contexts. In general, perceived sanctions accounted for a slightly smaller amount of variance for Hungarian and perhaps Dutch youth in comparison to American and Swiss youth. Also, although guilt was most consistently related to deviance across the three European countries, loss of respect from family and friends (respect) seemed more important for American youth. In addition, legal sanctions, namely being caught after committing a deviant act, seemed to be a more important predictor for Swiss youth. In testing for interactions between low self-control and perceived sanctions, very limited evidence of moderation effects were found (less than 1 percent of the variance explained).

Third, the combined effect of low self-control and perceived sanctions in explaining deviance was rather sizeable for both males and females as well as for youth from all countries. This effect for total deviance, after controlling for age, family structure, and SES, ranged from 21 percent for Hungarian males to 42 percent for American females (average: 32 percent). The combined amount of variance explained across individual deviance subscales was lower, especially for more serious norm-violating conduct, such as theft (average: 22 percent) and assault (average: 15 percent). These results suggest that what Gottfredson and Hirschi called "other constraints" are important in explaining deviance, and that these findings about the importance of other constraints was found across the all samples part of the investigation.

Finally, in follow-up analyses using both a more liberal model-free LISREL approach as well as a more conservative comparison of individual partial regression coefficients, findings indicated great similarity in the associations between low self-control and deviance as well as between perceived sanctions and deviance. The results did indicate some evidence of differences in the predictive strength of perceived sanctions by country. More specifically, the importance of perceived guilt differed by national context with the exception of American and Dutch youth. Also, for Swiss youth, guilt was the most predictive, whereas for Hungarian youth, it was the least predictive of total deviance. So again, although all associations were in the same expected direction, where less perceived guilt was associated with more deviance in all national contexts, the evidence indicated that the socialization of guilt vis-à-vis norm-violating conduct and the subsequent relationship between guilt and deviance was slightly different.

This latter finding might indicate two things. First, observed relationships between stable individual differences and other decisionmaking variables were largely similar across the national contexts studied; in turn, this lends support to predictions by the *General Theory*. At the same time, these findings also suggest that although the same causal mechanism exists, the strength of the relationships was slightly variable by country. It is difficult based on the current data and analyses to speculate what might be accounting for these small observed differences. It seems that whereas guilt has an almost identical predictive relationship of deviance for American, Dutch, and Swiss youth, the effect of perceived guilt for Hungarians was weaker. Given the recent socio-

political changes in Hungary, and perhaps the most dramatically different socio-political climate in comparison to the other three "Western" nations until very recently, it is plausible that there is and was slightly less emphasis on socializing shame or guilt in individuals following norm-violating behavior. This finding "fits" with Braithwaite's (2001) concept of reintegrative shaming, where he suggests that shaming varies at a societal level and subsequently predicts levels of crime and deviance within a culture. He also suggests that "low shaming" cultures would experience comparatively higher levels of crime – this does not seem to be the case in Hungary. Again, all this is largely speculation at this time, and until additional data from Hungary or other former Soviet block countries are available, this remains an open question.

An alternative interpretation is that Hungarian youth, who grow up in a predominantly catholic country, experience socialization pressures related to religion and internalization of feelings of guilt that result in weaker relationships between perceived guilt and deviance. In effect, most Hungarian youth are taught to feel guilty about norm-violations as part of their upbringing, and therefore, guilt can not account for variability in deviance. Still another interpretation is that Hungarian youth were taught to rely on "external" controls or reinforcements, whereas non-Catholics (i.e., Protestants) are socialized to internalize more, and therefore, we would expect a more potent effect by guilt in such societies. However, because the majority of Swiss youth part of the study, for example, were also "raised Catholic," this explanation does not seem plausible.

In conclusion, the current findings emphasize the general similarities in the predictive relationships between low self-control, guilt, respect, and catch based on these different samples – different in terms of national developmental contexts. These findings further illustrate the parsimony and theoretical elegance of the *General Theory* and associated theoretical propositions as well as the greater complexity of the theory beyond the self-control-deviance relationship. It is important to note that the small differences in the relative importance of perceived sanctions do not seem incompatible or particularly problematic for the General Theory. The theory predicts the almost universal importance of the low self-control construct, but also describes the significance of other social restraints that allow an understanding of and prediction of deviant conduct. In this sense, it appears that the General Theory can be used in the European context to explain crime and deviance among adolescents – largely in a similar fashion as it can be used in the United States.

References

Anderson, L. S., Theodore G. Chiricos and *Gordon P. Waldo*, 1977: Formal and Informal Sanctions: A Comparison of Deterrent Effects. Social Problems 25(1): 103–114.

Braithwaite, John, 2001: Reintegrative Shaming. Pp. 242–251 in: *Raymond Paternoster* and *Ronet Bachman* (ed.), Explaining Criminal and Crime. Los Angeles: Roxbury Publishing.

Cohen, Jacob, and *Patricia Cohen*, 1983: Applied Multiple Regression/correlation Analysis for the Behavioral Sciences. Hillsdale, NJ: LEA.

Gottfredson, Michael R., and *Travis Hirschi*, 1990: A General Theory of Crime. Stanford, CA.: Stanford University Press.

Grasmick, Harold G., and *Robert J. Bursik*, 1990: Conscience, Significant Other and Rational Choice: Extending the Deterrence Model. Law and Society 23: 837–861.

Grasmick, Harold G., Brenda S. Blackwell, Robert J. Bursik and *Suzanne Mitchell*, 1993: Changes in Perceived Threats of Shame, Embarrassment, and Legal Sanctions for Interpersonal Violence, 1982–1992. Violence and Victims 8: 313–325.

Grasmick, Harold G., and *Donald E. Green*, 1980: Legal Punishment, Social Disapproval, and Internalization as Inhibitors of Illegal Behavior. Journal of Criminal Law and Criminology 71(3): 325–335.

Grasmick, Harold G., and *Emiko Kobayashi*, 2002: Workplace Deviance in Japan: Applying an Extended Model of Deterrence. Deviant Behavior 23: 21–43.

Grasmick, Harold G., Charles R. Tittle, Robert J. Bursik and *Bruce J. Arneklev*, 1993: Testing the Core Empirical Implications of Gottfredson and Hirschi's General Theory of Crime. Journal of Research in Crime and Delinquency 30: 5–29.

Hirschi, Travis, and *Michael R. Gottfredson*, 1993: Commentary: Testing the General Theory of Crime, Journal of Research in Crime and Delinquency 30(1): 47–54.

Hirschi, Travis, and *Michael R. Gottfredson*, 2001: Self-Control Theory. Pp. 81–96 in: *Raymond Paternoster* and *Ronet Bachman* (eds.), Explaining Criminal and Crime. Los Angeles: Roxbury Publishing.

Junger, Marianne, and *Richard E. Tremblay*, 1999: Self-control, Accidents and Crime, Criminal Justice & Behavior 26 (4): 485–501.

Junger-Tas, Josine, 1988: Self-report Delinquency Research in Holland with a Perspective on International Comparison. Pp. 17–42 in: *Malcolm W. Klein* (ed.), Cross-national Research in Self-reported Crime and Delinquency. Dordrecht: Kluwer Academic Publishing.

Nagin, Daniel S., and *Raymond Paternoster*, 1993: Enduring Individual Difference and Rational Choice Theories of Crime. Law and Society Review 27 (3): 467–496.

Nagin, Daniel S., and *Raymond Paternoster*, 1994: Personal Capital and Social Control: The Deterrence Implications of a Theory of Individual Differences in Criminal Offending. Criminology 32 (4): 581–606.

Paternoster, Raymond, Linda E. Saltzman, Gordon P. Waldo and *Theodore G. Chiricos*, 1983: Estimating Perceptual Stability and Deterrent Effects: The Role of Perceived Legal Punishment in the Inhibition of Criminal Involvement. Journal of Criminal Law & Criminology 74 (1): 270–297.

Pratt, Travis C., and *Francis T. Cullen*, 2000: The Empirical Status of Gottfredson and Hirschi's General Theory of Crime: A Meta-analysis. Criminology 38(3): 931–964.

Vazsonyi, Alexander T., 2003. Cross-national Comparative Research in Criminology: Content or Simply Methodology. Pp. 179–211 in: *Chester Britt* and *Michael R. Gottfredson* (eds.), Control Theories of Crime and Delinquency. Advances in Criminological Theory (Vol. 12). New Brunswick, N.J.: Transaction Publishers.

Vazsonyi, Alexander T., Lloyd E. Pickering, Marianne Junger and *Dick Hessing*, 2001: An Empirical Test of A General Theory of Crime: A Four-nation Comparative Study of Self-control and the Prediction of Deviance. Journal of Research in Crime and Delinquency 38: 91–131.

Vazsonyi, Alexander T., Lloyd E. Pickering, Lara Belliston, Dick Hessing and *Marianne Junger,* 2002: Routine Activities and Deviant Behaviors: American, Dutch, Hungarian and Swiss Youth. Journal of Quantitative Criminology 18 (4): 397–422.

VI. Märkte der Kriminalität

„DIE UNSICHTBARE HAND DES MARKTES“

Illegaler Drogenhandel in Deutschland, Italien und Russland

Letizia Paoli

Zusammenfassung: Das Ziel dieses Artikels besteht darin, die weit verbreitete These zu widerlegen, dass die illegalen Drogenmärkte – wie auch andere Märkte für illegale Produkte – von einigen wenigen großen Organisationen beherrscht werden. Hier wird stattdessen nachgewiesen, dass diese These zumindest in den drei Ländern jeder empirischen Grundlage entbehrt, in denen die Autorin während der letzten zehn Jahre umfangreiche Forschung vor Ort betrieben hat: Deutschland, Italien und Russland. Tatsächlich regiert die Drogengeschäfte in diesen Ländern sozusagen die „unsichtbare Hand des Marktes“ – und eben nicht große Organisationen. Im Schlussabschnitt wird erklärt, warum es im Gegensatz zu den legalen Märkten in den illegalen Drogenmärkten nicht zur Ausbildung von großen, den Markt dominierenden Firmen kommt: Alle Akteure eines illegalen Marktes sind ausgesprochen starken Zwängen unterworfen, die sich auf die Illegalität der verkauften Produkte zurückführen. Diese Restriktionen verhindern praktisch, dass sich hierarchisch organisierte Firmen ausbilden, welche die ökonomischen Transaktionen im illegalen Markt steuern.

In der öffentlichen wie kriminalpolitischen Debatte findet sich nicht selten die Meinung, dass die wichtigsten illegalen Märkte von einigen streng hierarchisch strukturierten und international agierenden kriminellen Organisationen monopolartig beherrscht und gesteuert werden. Allen voran gelte das für die Drogenmärkte als den heutzutage nach Umsatz und Zahl der Akteure zweifellos umfangreichsten und lukrativsten illegalen Märkten. Entsprechend prägnant formuliert beispielsweise das russische Innenministerium: „Drogenkriminalität ist immer organisiert“ (MVD 2000: 5). Von derartigen Überzeugungen aus ist es ein kleiner Schritt, diese Drogenkriminalität als Drogenmafia und somit als Quelle aller Drogenübel zu charakterisieren. Dies geschieht in Ost wie West gleichermaßen nicht nur durch die Sensationspresse, sondern wird auch von nicht wenigen Politikern und Kriminologen, Strafverfolgungsbehörden und Drogenhilfseinrichtungen, ja, selbst von vielen Drogenkonsumenten so gesehen. An dieser Stelle sei nur darauf verwiesen, dass das Etikett „organisierte Kriminalität“ nicht nur im Russland der Putin-Ära bestimmten Interessengruppen als eine Art Trojanisches Pferd dient – etwa zur Einführung neuer oder Verschärfung bestehender Straftatbestände respektive zur Beschränkung bestimmter Bürgerrechte (Fijnaut und Paoli 2004).

Hier wird stattdessen argumentiert, dass die oben erwähnten Ansichten einer empirisch nachprüfbaren Grundlage zumindest für die Drogenmärkte jener drei Länder entbehren, in denen die Autorin im Laufe der letzten zehn Jahre Forschung zum Thema betrieben hat: Italien, Deutschland und Russland. Das gilt ungeachtet der Tatsache, dass im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten das Thema illegale Drogenmärkte in Europa bislang noch nicht systematisch erforscht worden ist. Insofern ist es symptomatisch, dass diese Märkte noch Mitte der 1990er Jahre in einer bibliographischen Sammlung einer im Auftrag des European Monitoring Centre on Drugs and Drug Addiction (EMCDDA) forschenden Arbeitsgruppe die am wenigsten untersuchte Art der Beziehungen zwischen Drogen und Kriminalität ist (Parket et al. 1998). Ungeachtet der Defizite der europäischen Forschung finden sich auch in den wenigen ethnographischen Studien, die in verschiedenen Städten und Regionen der Welt in den letzten zwanzig Jahren durchgeführt worden sind, praktisch keine unumstrittenen Beweise für eine monopolartige oder hierarchische Organisation der Drogenmärkte (für die USA: Reuter 1983, 1985; Reuter und Haaga 1989; Adler 1993; Murphy, Waldorf und Reinarman 1990; Bourgois 1995; für Europa: Arlacchi und Lewis 1986; 1990a und 1990b; Ruggiero 1992; Korf und Verbraeck 1993; Bovenkerk 1995; Schroers 1998; Klerks 2000; Pearson und Hobbs 2001; Zaitch 2002; vgl. auch Fijnaut et al. 1998).[1]

Anders sieht es aus, wenn statt ethnographischer Studien nur einige der bekanntesten Akteure des Weltdrogenhandels wie etwa die kolumbianischen Kokain-Kartelle beschrieben werden oder wenn die sich fast ausschließlich auf offizielle Quellen stützenden Studien über lokale Drogendistributionssysteme einbezogen werden. Auf dieser Basis ist es nicht schwer, die These vom überaus effizient organisierten Drogenhandel zu postulieren (Lee 1989; Williams und Florez 1994; Atasoy et al. 2000; Podshivalkina et al. 2000; Gasparishvili et al. 2000; die Gegenargumente finden sich bei: Krauthausen und Sarmiento 1991; Thoumi 1995; Krauthausen 1997).

In diesem Beitrag sollen mit Bezug auf die ethnographische Forschungsliteratur und insbesondere auf die Ergebnisse eigener Forschungsprojekte vor allem folgende, in der Fachdiskussion vielfach thematisierte, Thesen widerlegt werden:

1. der monopolartige Charakter des Drogenmarktes und die Konzentration des Geschäfts durch einige wenige kriminelle Gruppen;
2. die italienische und russische Mafia als einer Art Drogenfirma;
3. die relativ einheitliche ethnische und soziale Herkunft der Drogenhändler;
4. der Drogenmarkt als geschlossener konkurrenzarmer Markt mit einer relativ langen Verteilungskette; und
5. die Entwicklung illegaler Unternehmen hin zu multinationalen Firmen oder Konzernen.

Gegen diese Thesen spricht nicht zuletzt ein zentrales Spezifikum aller illegalen Märkte: die Produktillegalität und die daraus notwendig folgenden Nachteile. Anders gesagt, in jedem einigermaßen funktionierenden Rechtsstaat müssen sich alle Akteure eines il-

1 Studien über die Drogenmärkte in 17 nicht-europäischen und nicht-nordamerikanischen Städten wurden Ende der 1990er Jahre vom United Nations Drug Control Program und dem United Nations Interregional Crime and Justice Research Institute finanziert und koordiniert. Leider sind die meisten Studien noch nicht offiziell veröffentlicht worden (vgl. Joe Laidler et al. 2000; Treerat et al. 2000).

legalen Marktes erheblichen, aus der Illegalität ihrer Produkte stammenden Zwängen unterwerfen und sowohl ohne als auch gegen den Staat wirtschaftlich handeln (Reuter 1983, 1985). Diese These, sie ist das Thema des letzten und umfangreichen Abschnittes, liefert auch die Erklärung, inwiefern diese Restriktionen insbesondere das Entstehen großer, hierarchisch organisierter illegaler Firmen oder gar multinationaler Konzerne verhindern. Zumal es aus dem gleichen Grund in der illegalen Wirtschaft auch keine immanente Tendenz zur Konsolidierung großer moderner Verwaltungsapparate gibt. Wie überhaupt all jene Faktoren, welche in der legalen Wirtschaft das Entstehen von Bürokratien fördern und voraussetzen – etwa die aus der Spezialisierung, Arbeitsteilung und Unternehmensgröße resultierenden ökonomischen Vorteile –, im Bereich der illegalen Wirtschaft praktisch nicht zur Wirkung kommen. Doch zunächst ein kurzes Wort über die empirischen Ausgangs- und Bezugspunkte der hier vertretenen Thesen.

I. Die wissenschaftlichen Grundlagen: Forschung vor Ort

Der illegale Drogenmarkt und -handel ist ohne Zweifel eines der komplexesten und differenziertesten Phänomene der Kriminalität weltweit. Auch wenn nun eine der hier vertretenen Hauptthesen lautet, dass die weitaus meisten Akteure eben nicht dem organisierten Verbrechen oder der Mafia zugerechnet werden können, so ist für das Verständnis der Struktur, Funktion und unternehmerischen Organisation des Drogenmarktes eine fundierte Kenntnis der jeweiligen Erscheinungen und Aktivitäten dieser Kriminalitätsformen unerlässlich. Das zeigen die Ergebnisse der drei im Folgenden skizzierten Forschungsprojekte, welche die wesentliche empirische Grundlage dieses Beitrags bilden, und die durch ein weiteres, noch nicht abgeschlossenes Projekt zum Weltheroinmarkt bestätigt werden.[2]

1. Die italienische Mafia

Beim ersten Projekt handelt es sich um eine Langzeitstudie über die spezifische Kultur, organisatorische Struktur und die diversen Aktionen und Geschäfte der italienischen Mafia (Paoli 1997a). Grundlegend für diese Studie über die sizilianische Cosa Nostra und die kalabresische 'Ndrangheta – als den beiden mächtigsten und mit je circa 100 Clans oder so genannten Familien und insgesamt 7500 Mitgliedern auch größten süditalienischen Mafiageheimbünden – war die mehrjährige Arbeit der Autorin für das italienische Innenministerium sowie für die Direzione Investigativa Antimafia (DIA); eine nach dem Vorbild des amerikanischen FBI 1991 speziell zur Bekämpfung des organisierten Verbrechens gegründete Polizeiinstitution, deren Spezialisten aus der Polizia di

2 In dem gemeinsam mit Peter Reuter und Victoria Greenfield durchgeführten Projekt „Modeling the World Heroin Market" werden auf der Grundlage zahlreicher in den wichtigsten Märkten (China, Indien, Iran, Kolumbien, Pakistan, Thailand, Tadschikistan, Türkei sowie den USA und der EU) gewonnener empirischer Daten mittels eines mathematischen Modells erstmals die Mengenbewegungen sowie die Gesamtgröße des Weltmarktes berechnet.

Stato, den Carabinieri und der Guardia di Finanza rekrutiert wurden. Praktisch nur auf Grund ihrer Tätigkeit konnte die Autorin die damals ansonsten nicht zugänglichen Vernehmungsprotokolle von mehr als 40 ehemaligen Mafiamitgliedern respektive Kronzeugen (so genannte „pentiti" oder „Reuige") auswerten, die Akten von über 200 Strafverfahren bezüglich Zugehörigkeit zum organisierten Verbrechen detailliert analysieren und mehr als 100 der zum Teil wichtigsten Richter, Staatsanwälte und Strafverfolgungsbeamte des Landes eingehend befragen. Die Ergebnisse dieser Untersuchung wurden in zwei Monographien (Paoli 2000a, 2003) und in mehreren Aufsätzen publiziert (Paoli 1998, 1999, 2002).

2. Der illegale Drogenhandel in Russland

Das zweite Forschungsprojekt wurde in den Jahren 1999 und 2000 im Auftrag der Vereinten Nationen durchgeführt (Paoli 2001a). Es handelt sich dabei um die erste wissenschaftliche Studie zum Drogenhandel in Russland als dem größten osteuropäischen Drogenmarkt. Dazu wurde die Situation in acht russischen Städten und einer Teilrepublik untersucht: In den drei größten Städten des Landes Moskau, St. Petersburg und Nischnij Nowgorod am Ural, darüber hinaus in der südrussischen Industriestadt Rostow am Don, in Balakowo in der Nähe der Grenze zu Kasachstan als auch im sibirischen Krasnojarsk sowie Khabarowsk und Wladiwostok im fernen Osten respektive am pazifischen Ozean und schließlich noch in der russischen Teilrepublik Nordossetien im Kaukasus. Insgesamt wurden rund 100 Schlüsselzeugen (Polizei-, Zoll- und Geheimdienstbeamte, Verbindungsbeamte ausländischer Regierungen und Dienste, Drogenexperten und -therapeuten sowie Wissenschaftler) und mehrere Dutzend Drogenkonsumenten nach dem Schneeballsystem ausgewählt und anhand detaillierter Leitfrageninterviews intensiv befragt. Zudem konnten in Kooperation mit dem Moskauer Forschungsinstitut der russischen Generalstaatsanwaltschaft die Akten von über 50 drogenspezifischen Strafverfahren eingehend analysiert werden (Paoli 2001b).

3. Die illegalen Drogenmärkte in Frankfurt und Mailand

Das dritte hier relevante Projekt ist noch in Bearbeitung. Seit dem Jahr 2000 betreibt die Autorin eine vergleichende Studie der illegalen Drogenmärkte zweier in dieser Hinsicht ebenso repräsentativer wie bedeutender Metropolen Westeuropas: Frankfurt am Main und Mailand. In Auftrag gegeben wurde die bereits abgeschlossene erste Projektphase von der Europäischen Union bzw. dem European Monitoring Centre on Drugs and Drug Addiction (EMCDDA) in Lissabon. Bis jetzt wurden in jeder der beiden Städte über 60 Tiefeninterviews mit Drogenkonsumenten und Drogenhändlern durchgeführt, über 30 Schlüsselzeugen (Staatsanwälte, Richter, Polizeibeamte, Drogentherapeuten, -berater und -experten) befragt und die Akten von über 50 relevanten Strafverfahren analysiert. Zusätzlich wurden die drogenspezifischen Pressemeldungen von Tageszeitungen mit lokaler Berichterstattung (Frankfurter Rundschau, Corriere della Sera) der letzten 30 Jahre gesammelt und ausgewertet (Paoli 2000b).

II. Der Drogenmarkt: Pluralität statt Monopole

Es ist eine nicht wenig verbreitete Ansicht, dass die internationalen Drogenmärkte von großen, firmenartig strukturierten kriminellen Organisationen monopolartig beherrscht werden. Auf der Basis der drei eigenen Forschungsprojekte und der Forschungsliteratur wird hier die entgegengesetzte These vertreten: Auf den Drogenmärkten dominieren nicht Mafia-Monopole, sondern Pluralität und Konkurrenz. Zudem wird die Mehrzahl aller Drogengeschäfte – selbst solche mit enormen Drogenmengen – von zahlreichen, relativ kleinen und oft nur kurzlebigen „Unternehmen" abgewickelt.

Es sind also gerade nicht große kriminelle Organisationen, sondern unter Anspielung auf den berühmten Ausdruck des schottischen Ökonomen Adam Smith die „unsichtbare Hand des Marktes" respektive *die diversen Konkurrenz- und Regulativkräfte eines freien Marktes*, welche die Drogengeschäfte in Mailand wie in Frankfurt, in Moskau oder in Wladiwostok charakterisieren. In den Worten eines hochrangigen Moskauer Polizeioffiziers: „Es gibt hier keine kolumbianischen Drogenkartelle. Stattdessen hat man es mit vielen kleinen Gruppen zu tun, deren Mitglieder zur gleichen Nationalität oder ethnischen Gruppe gehören. Es gibt nicht einen einzigen großen Fluss, sondern viele unabhängig voneinander fließende Ströme" (Paoli 2001a: 101f.). Das führt unmittelbar zu der Frage, in welcher Beziehung die einzelnen Akteure (Drogenimporteure, Groß- und Kleinhändler, Zwischenlieferanten, Dealer, Pusher, Konsumenten) zueinander stehen, beziehungsweise durch welche Organisationstypen ihre illegalen Unternehmen charakterisiert und kategorisiert werden können.

1. Familienunternehmen

In allen von der Autorin untersuchten Drogenmärkten findet sich zunächst der Geschäftstyp des Familienunternehmens. Dieses setzt sich *aus miteinander blutsverwandten Mitgliedern* – und zwar Männern wie Frauen – zusammen, die das Unternehmen auch führen. Nur von Fall zu Fall wird für besonders riskante Aufgaben (etwa Kurierdienste oder grenzüberschreitende Drogentransporte) auf ein Netzwerk aus nichtverwandten Freunden und Vertrauensleuten zurückgegriffen (PPF 1996: 36). Ein typisches Beispiel ist die Gruppe von „Caddy", einem früher im Frankfurter Drogengroßhandel engagierten Dealer: „Wir waren eine kleine Organisation, die ich aufgebaut hatte, bestehend aus sechs Personen: Verwandte und sehr enge Freunde. Organisiert waren wir entsprechend den Drogen. Ich und meine Frau handelten mit Haschisch und LSD, mein Schwager und seine Frau mit Kokain, Heroin und Speed. Mein Freund und seine Frau dealten im kleineren Rahmen. Auch hatten die Gruppenmitglieder eine unterschiedliche Kundschaft. Die Frauen haben meist die Termine gemacht. Die Organisation fiel auseinander, als mein Schwager verhaftet wurde" (Paoli 2000b: 63). Dieses Zitat verdeutlicht unmittelbar die *Vor- wie Nachteile* dieses Unternehmens- oder Geschäftstyps: einerseits ein hohes Maß an Vertrauen, Zuverlässigkeit und Stabilität, sowie relativ wenig Kontrolle der Mitarbeiter; andererseits ein begrenztes personelles Potenzial und somit kaum Expansionsmöglichkeiten, sowie der problematische Ersatz respektive die Gefahr einer Unternehmensauflösung beim Verlust von Mitgliedern.

Nicht zuletzt auf Grund dieser schwerwiegenden Nachteile folgen weit mehr Drogengeschäfte einem nicht-familienbezogenen Organisationsmuster.

2. Stabile Lieferanten-Dealer-Beziehungen

Bei diesem Typ eines illegalen Unternehmens sind die einzelnen Mitglieder nicht oder nicht notwendigerweise miteinander verwandt. Häufig ist *der eigentliche Kopf einer solchen Gruppe* – die durchaus ein beachtenswertes Maß an Stabilität erreichen und eine rudimentäre Arbeitsteilung aufweisen kann – *eine Art charismatische Führergestalt*. Dazu ein im Gefängnis interviewter Frankfurter Drogenhändler: „Da gibt es sozusagen einen Chefdealer, der dann weiß Gott wie viele Kleinere kontrolliert, die alle für ihn arbeiten, auf der Straße verkaufen, auch privat verkaufen. Die richtigen Dealer verkaufen heute selbst nicht mehr, haben auch nichts in der Hand. Das wickeln alles andere Leute für sie ab" (Paoli 2000b: 69).

Trotz dieses Frankfurter Beispiels sind in der Mainmetropole gleichwohl die meisten Dealer und insbesondere die Konsumenten-Dealer ausgesprochen frei bei der Wahl ihrer Drogenquelle. Nicht selten haben sie zur gleichen Zeit mehrere Lieferanten (ebd.: 101ff.). Gleichwohl ist dieser Typ einer zeitlich meist relativ stabilen und dauerhaften Lieferanten-Dealer-Beziehung *in Mailand verbreiteter als in Frankfurt*. Zumindest in den 1980er und frühen 1990er Jahren waren in der mit etwa 1,5 Millionen Einwohnern zweitgrößten Metropole Italiens viele Straßenhändler für so genannte harte Drogen wie Heroin und Kokain an einen bestimmten Lieferanten dauerhaft gebunden. Für eine solche Beziehung sprechen nicht zuletzt *Geschäfte auf Kreditbasis als entscheidender Vorteil:* Die Dealer bekommen die Drogen vom Lieferanten regelmäßig gegen Kredit oder für eine geringe Vorauszahlung und begleichen ihre Schulden erst mit der nächsten Lieferung. Insofern hat jeder Lieferant – so der italienische Ausdruck – seine eigenen „cavalli" (Pferde) respektive relativ fest gebundene Straßendealer.

3. Crews und Netzwerke

Als dritter – und wohl verbreitetster – Unternehmenstyp finden sich in Deutschland wie auch in Italien und Russland so genannte Drogen-Crews: ein relativ loser Verband von Personen, die erst bei entsprechender Gelegenheit zusammenarbeiten, sich anschließend trennen und gegebenenfalls wieder zusammenkommen. Mit der Folge: *Crews sind keinesfalls exklusiv, die diversen Positionen und Aufgaben sind normalerweise austauschbar*. Und tatsächlich sind nicht wenige Crew-Mitglieder zur gleichen Zeit und mit teils unterschiedlichen Aufgaben in mehreren illegalen Unternehmen engagiert. Diesen Zustand kommentiert treffend ein hoher Frankfurter Polizeibeamter aus der Abteilung für Organisierte Kriminalität: „Diese Strukturen, diese stabilen hierarchischen Strukturen oder auch familiäre Strukturen wie sie in Italien vorherrschend sind, die gibt es in Deutschland praktisch nicht. ... Man spricht in Deutschland deshalb auch zurecht von einer Netzstruktur, und die lässt sich auch nachweisen. Das heißt: wenn Leute eine Straftat ausführen wollen, dann überlegen sie sich, wo die Spezialisten

sind, und die werden dann angegangen. Beispielsweise jemand, der einen Tresor aufbrechen kann, oder einer, der schießen kann, oder ein anderer, der gut fahren kann. Derartige Spezialisten werden dann für eine Straftat rekrutiert. Anschließend wird die Beute geteilt und man trennt sich wieder. Ganz selten findet man kleine Banden, die derart fest gefügt sind, dass sie auf Dauer gemeinsam Straftaten begehen" (Paoli 2000b: 67).

Ein langjähriger Frankfurter Drogengroßhändler bestätigt diese Analyse aus seiner Perspektive: „In Deutschland gibt es im Drogenhandel keine vertikalen Strukturen. Es gibt nur horizontale Strukturen. Das heißt, ich kenne diese Person oder ich kenne jene Person, und mit der versuche ich dann ins Geschäft zu kommen" (ebd.: 68). Wie im Falle Frankfurts noch gezeigt werden wird, arbeiten dort relativ viele Drogenanbieter ausgesprochen selbstständig; zumal dann, wenn sie keine Verbindung zur Unterwelt oder zur organisierten Kriminalität haben oder mit relativ geringen Drogenmengen handeln.

Das alles bedeutet: Speziell in Deutschland sind die im Drogengeschäft aktiven illegalen Unternehmen vor allem als Netzwerke organisiert. Wie überhaupt die Drogen der südamerikanischen oder asiatischen Produzenten nicht schlechthin durch die Mafia oder die organisierte Kriminalität als solche, sondern mittels einer regelrechten Kette aus vielen Einzelpersonen, Crews und kleinen Gruppen den deutschen Endkonsumenten erreichen. Das gilt nicht nur für Drogen: Auch die meisten anderen illegalen Waren – von gestohlenen Autos bis hin zu zur Prostitution gezwungenen Frauen – werden in der Regel auf diese Art und Weise von einem Land ins andere transferiert. Auch vor diesem Hintergrund kommen mehrere fundierte wissenschaftliche Studien zu dem eindeutigen Ergebnis, dass Netzwerke – und eben nicht der hierarchisch organisierte Mafiaclan oder eine Art großer illegaler Firma – *die in Deutschland typische Erscheinungsform der organisierten Kriminalität* sind (Rebscher und Vahlenkamp 1988; Weschke und Heine-Heiß 1990; Kinzig und Luczak 2004).

Zweifellos sind Netzwerke ein äußerst hilfreiches theoretisches Hilfsmittel, um eine weitverbreitete Art der Distribution illegaler Drogen zu beschreiben. Gleichwohl *sind die Stärke und Kohärenz der meisten Netzwerke begrenzt* und dürfen nicht überbewertet werden. Und obwohl sich durchaus längerfristige Beziehungen zwischen den Mitgliedern eines Netzwerks ausbilden können, handelt es sich meist um *relativ kurzfristige Verkäufer-Käufer-Kontakte*. Die wiederum sind weder exklusiv noch werden sie übergeordnet organisiert. Anders gesagt, auf Grund ihrer Kontakte zu mehreren Lieferanten und wegen der zahlreichen aktuellen und potenziellen Kunden und Abnehmer gehören die meisten Unternehmer im illegalen Drogengeschäft normalerweise mehreren Netzwerken gleichzeitig an und können bereits für die nächste Transaktion die Partner wechseln. Außerdem kennen die einzelnen Mitglieder innerhalb eines Netzwerks in der Regel nur ihren jeweils unmittelbaren Lieferanten und Kunden und sind deshalb über das genaue Ausmaß und die exakte Struktur des gesamten Unternehmens bestenfalls vage informiert. Schließlich sind illegale Netzwerke relativ unbeständige Konstruktionen: Sie ändern fortlaufend ihre Form, Zusammensetzung und Größe, indem neue Partner aufgenommen oder Mitglieder für einige Zeit oder für immer ausgeschlossen oder ersetzt werden, wenn sie ins Visier der Strafverfolgungsbehörden geraten. Um das Argument noch einmal zu verdeutlichen: Nicht irgendwelche Monopole, sondern viele

unterschiedliche Gruppen prägen das illegale Drogengeschäft. Damit kommen wir zu der Frage, in welcher Unternehmensform die größten und bekanntesten Gruppen der organisierten Kriminalität auf den internationalen Drogenmärkten aktiv sind.

III. Zwei angebliche „Big Players": Die italienische Mafia ...

Um einem Missverständnis vorzubeugen: Trotz der auch hier vertretenen Ansicht, dass das Drogengeschäft als solches desorganisiert ist (Reuter 1983), soll die Existenz großer krimineller Gruppen und ihre Aktivität im Drogenhandel keineswegs bestritten werden. Im Gegenteil, speziell in Italien finden sich heutzutage Mafiosi und Mafiaclans auf allen Ebenen des Drogenverteilungssystems – und zwar sowohl in ihrer süditalienischen Heimat als auch im Norden des Landes. Ja, insbesondere Mafiafamilien oder -clans der Cosa Nostra und der 'Ndrangheta als den zwei größten und mächtigsten kriminellen Organisationen können durchaus *lokale Drogenmärkte regulieren und partiell monopolisieren* (Paoli 2000a, 2003). Dies trifft vor allem auf bestimmte Dörfer, Wohnviertel und Städte des sizilianischen respektive kalabresischen Ursprungsgebietes einer „cosca" (Mafiafamilie) zu, wo sie mitunter die Geschäfte anderer Drogenhändler regelrecht besteuern kann. Gleichwohl gilt: Diese Mafiaclans können *im restlichen Italien keine derartige Kontrolle* ausüben. Sie müssen sich stattdessen in harter Konkurrenz mit einer immensen Anzahl anderer Händler und Lieferanten die Drogenmärkte teilen.

1. Die Cosa Nostra und der Drogenhandel

Historisch gesehen reichen die Drogengeschäfte der sizilianischen Cosa Nostra – einem exklusiven Geheimbund aus rund 100 Mafiaclans – bis in die 1940er Jahre zurück, als einige Mitglieder mit der Organisation illegaler Drogentransaktionen begannen (CPMS 1976, 1976). Der Drogenhandel wurde *in Sizilien jedoch erst in den 1970er Jahren bedeutsam* in dem Sinn, dass er zu einer ebenso signifikanten wie permanenten wirtschaftlichen Aktivität für einen Großteil der Mafiafamilien bzw. für einzelne Mitglieder wurde. Mit dem Import von Morphium und seiner Verarbeitung zu Heroin von den späten 1970er bis Mitte der 1980er Jahre, so ein Mafiaaussteiger, „kam der Reichtum, wurden wir alle reich. Mit Zigaretten hatten wir gut verdient, aber es war keine übermäßige Einnahmequelle. Erst die Drogen veränderten das Leben der Cosa Nostra, sie brachten ihr eine Unmenge Geld und ließen sie verrückt werden" (CPM 1992: 319). Allerdings gab es nicht wenige traditionelle Mafiaführer, die das Drogengeschäft äußerst distanziert betrachteten oder sogar kategorisch ablehnten als mit der „Mafiosità" unvereinbar.

Im Falle der Cosa Nostra war der Drogenhandel die *Haupteinnahmequelle bis wenigstens Mitte der 1980er Jahre*, als er durch die äußerst lukrative finanzielle Manipulation der staatlichen Investitionsaufträge und öffentlichen Finanzen abgelöst wurde (Paoli 2000a, 2003). Zudem wurde der Handel mit illegalen Drogen in den frühen 1980er Jahren auch zu einer wichtigen Finanzquelle für die Mitglieder des zweitgrößten italienischen Mafiabundes, der kalabresischen 'Ndrangheta – ein Zusammenschluss

von etwa 100 Mafiafamilien mit insgesamt 4500 Mitgliedern –, und für zahlreiche andere süditalienische Mafiagruppen, Pseudo-Mafia- und Gangster-Gruppen.

Ungeachtet der immensen Gewinne wird jedoch der Drogenhandel wie auch die meisten anderen illegalen Aktivitäten *von keiner Mafiagruppe als solcher systematisch geplant, bürokratisch organisiert und zentral koordiniert*. Dies gilt noch weniger für den Zusammenschluss mehrerer Clans zu einem Mafia-Konsortium. Stattdessen herrscht prinzipiell bei der Planung und im Management aller illegalen Mafia-Geschäfte ein sehr hohes Maß an Diversität, Variabilität, Flexibilität und nicht zuletzt auch: Rivalität. Schon deswegen hat sich bislang innerhalb der Mafia kein dominantes Geschäfts- oder Unternehmensmodell herausgebildet. Dem widerspricht keineswegs, dass manche Aktivitäten von den Chefs einzelner Mafiaclans persönlich geführt werden oder dass die Profite mitunter mehr oder weniger gleichmäßig zwischen den Mafiosi aufgeteilt werden; dies ist eine Praxis, die mittlerweile speziell innerhalb der 'Ndrangheta derart institutionalisiert wurde, dass die Mitglieder zum Teil ein regelrechtes Monatsgehalt von rund 1500 Euro erhalten (Paoli 2000a: 197–203).

Zusammenfassend kann formuliert werden: Trotz der außerordentlichen Bedeutung des illegalen Drogengeschäfts bilden die beteiligten Mafiosi, Mafiaclans und Mafia-Konsortia keine in sich geschlossene unternehmerische Einheit. Weder in der Realität und schon gar nicht in ihrem Selbstverständnis sind sie eine Art Drogenfirma. Insofern ist es völlig abwegig, in ihnen – bei ansonsten gleichen funktionalen und organisatorischen Strukturen – das illegale Gegenstück zu einer entsprechenden Firma der legalen Wirtschaft zu sehen. Kurzum: Die Mafia ist kein Drogenunternehmen, sie hat Drogenunternehmer. Wie nun lassen sich diese Unternehmer und ihre Drogenunternehmen charakterisieren?

2. Die Ausnahme: Ganze Mafiaclans im Drogengeschäft

Auch wenn die Mafia als solche bei Drogengeschäften nicht als Einheitsunternehmen fungiert, so gibt es doch den interessanten Sonderfall der *Kooperation mehrerer Mafiaclans bei Großtransaktionen*. Doch auch hier kann der Unternehmenstyp nicht als Drogenfirma charakterisiert werden, handelt es sich doch stets um *gemeinsame Geschäfte nach Art eines Joint venture*. Das zeigen insbesondere Ermittlungen in den 1990er Jahren, welche die Existenz zahlreicher solcher Joint ventures aufdeckten, die verschiedene Koalitionen kalabresischer 'Ndrangheta-Clans zum Import immenser Drogenmengen eingegangen waren. Zwei Beispiele: Eine Untersuchung der Direzione Distrettuale Antimafia in Reggio Calabria beweist, dass einige 'Ndrangheta-Clans 1989 regelrecht eine Art „Kartell" gegründet hatten, um den Import mehrerer Heroinlieferungen von jeweils bis zu 500 Kilogramm und Kokainlieferungen bis zu je 300 Kilogramm gemeinsam zu finanzieren und zu organisieren (PrRC 1993). Außerdem zeigen die Untersuchungen der Turiner Staatsanwaltschaft, dass die im März 1994 beschlagnahmten 5,5 Tonnen Kokain – immerhin bis 1999 die größte jemals außerhalb von Südamerika vorgenommene Sicherstellung – von einer Koalition sieben 'Ndrangheta-Clans aus Dörfern der Provinz Reggio Calabria finanziert und importiert worden waren. Die selben Mafiafamilien finanzierten in den beiden nächsten Jahren rund sieben weitere Ko-

kainlieferungen mit einer Gesamtmenge von elf Tonnen (TrTO 1994). Entscheidend in beiden Fällen ist nun nicht Art und Umfang der geschäftlichen Kooperation, sondern deren offensichtliche Beschränkung auf ein organisatorisches wie unternehmerisches Mindestmaß.

Auch in Sizilien haben in einigen Fällen die den einzelnen Mafiaclans *übergeordneten Koordinationseinrichtungen der Cosa Nostra* – die so genannten „commissioni" – bei den einzelnen Mafiafamilien um *Gelder für Großinvestition nachgefragt*. Speziell während der 1970er Jahre, als diverse Cosa Nostra Mitglieder in den internationalen Heroingroßhandel eingestiegen waren und dann für einige Jahre große Mengen Morphium zu Heroin weiterverarbeiteten und in die Vereinigten Staaten exportierten. Angeblich hielten sie dort einen Markanteil von bis zu 30 Prozent (Arlacchi 1988: 196).

Diese Beispiele zeigen: Wenn auch nicht die Mafia als solche das illegale Drogengeschäft betreibt, so treten nicht nur einzelne oder mehrere Mafiosi als Drogenunternehmer auf, sondern es können auch ganze Mafiafamilien oder Clans und selbst die Kommissionen der Cosa Nostra nach dem Typ eines Joint ventures gemeinsam im Drogengeschäft aktiv sein. Dies geschieht jedoch praktisch nur dann, wenn außerordentlich große, die Finanz- und Organisationskraft eines Clans weit übersteigende Drogenmengen finanziert, importiert und verkauft werden sollen. Kurzum: Aufs Ganze gesehen handelt es sich bei diesen Großgeschäften um Sonderfälle oder Ausnahmen.

3. Die Regel: Einzelne Mafiosi als selbstständige Unternehmer

In weitaus den meisten Fällen betreiben nicht die vielen Mafiafamilien oder die Kommissionen das illegale Drogengeschäft, sondern einzelne „Ehrenmänner" – so die Selbstbezeichnung voll initiierter Mafiosi. Sie handeln und treten dabei gewissermaßen als selbstständige und eigenverantwortliche Unternehmer auf, die praktisch nach Belieben Geschäftspartnerschaften mit anderen Mitgliedern ihres eigenen oder mit denen eines anderen Mafiaclans oder sogar mit Nicht-Mafiamitgliedern eingehen können.

Mit anderen Worten: *die unternehmerische Unabhängigkeit und Selbstständigkeit der einzelnen Mafiosi ist extrem hoch*. Dem widerspricht nicht, dass der Chef („capo") eines Mafiaclans insbesondere junge, rangniedrige Mitglieder für nach außen sichtbare und deshalb nicht ungefährliche Arbeiten verpflichten kann. Etwa für Kurierdienste oder Drogenlieferungen. Gleichwohl sind insbesondere langjährige Mafiosi prinzipiell nicht verpflichtet, den Clanchef oder andere Mitglieder an ihren Drogengeschäften zu beteiligen; wenngleich sie ihm oder dem gesamten Clan durchaus einen Teil der Gewinne freiwillig abtreten können. Nochmals das Entscheidende: die unternehmerische Freiheit reicht für einen Mafioso so weit, dass er wirtschaftliche Beziehungen nicht nur mit seinem Clan, sondern eben auch mit Mafiosi anderer Clans und sogar mit Nicht-Mafiamitgliedern unterhalten kann.

Trotz der insgesamt relativ vielen Einzelgeschäfte *agiert jedoch weder ein Mafiaclan noch eine gesamte Mafiavereinigung als eine Art unternehmerischer Einheit*. Dementsprechend formuliert ein Gerichtsurteil bezüglich einer der mächtigsten, in Norditalien aktiven Mafiafamilien der kalabresischen 'Ndrangheta: „Zwischen den verschiedenen ‚locali' [die für je unterschiedliche Geschäfte verantwortlichen Zweige eines Clans]

scheint es keine festen Verbindungen bei der konkreten Tatausführung zu geben; häufig sind allerdings Käufer-Verkäufer-Verbindungen festzustellen" (Tribunale di Milano 1994: 1209; sowie: 1993, 1997).

Zweifellos, die gemeinsame und exklusive Mitgliedschaft in einem Mafiaclan – mit seinen streng reglementierten Verhaltenskodices, spezifischen Normen und Gesetzen sowie einer auf Ehre und Schweigen gegründeten Sonderkultur – verlangt und erzeugt ein außerordentliches Vertrauensklima, das seinerseits die Entwicklung und Konsolidierung *wechselseitiger Geschäftsbeziehungen unter Mafiosi* stark fördert (Paoli 2003: 65–100). Das alles kann jedoch gerade nicht verglichen werden mit den Regeln, Normen, Gepflogenheiten und Beziehungen, wie sie etwa innerhalb und zwischen den Geschäftsabteilungen einer Firma der legalen Wirtschaft unverzichtbar sind. Statt dessen handelt es sich bei den diversen Geschäften zwischen Mafiosi derselben oder auch verschiedener Mafiafamilien um *Transaktionen zwischen separaten Unternehmen;* und zwar derart, dass ungeachtet der engen Bande einer gemeinsamen Mafiamitgliedschaft speziell die Vertragserfüllung mit all jenen für die Mafia typischen Mitteln garantiert wird – einschließlich der Androhung und Anwendung von Gewalt bis hin zum Mord.

4. Das Grundmodell: „Action sets" als Koalitionen auf Zeit

Weit davon entfernt, zentralisierte und auf Dauer angelegte Wirtschaftseinheiten zu sein, gleichen viele von Mafiosi betriebene Unternehmen dem, was auf die Mafia spezialisierte Anthropologen „Action sets" nennen: Koalitionen auf bestimmte Zeit, die *für ein spezifisches Ziel eingegangen und danach wieder aufgelöst werden* (Schneider und Schneider 1976; Blok 1988: 136ff.). Sicher, unter bestimmten Umständen kann – wie schon erwähnt – die „cosca" (Mafiafamilie) als solche direkt ein illegales Geschäft betreiben. In aller Regel sind es gleichwohl die Einzelmitglieder eines Clans, die als selbstständige Unternehmer illegale Aktivitäten organisieren und durchführen. Gerade auf Grund ihrer unternehmerischen wie finanziellen Unabhängigkeit sowie wegen der heterogenen Zusammensetzung und relativ kurzen Dauer der meisten Geschäfte halten sie ihre Aktivitäten durchweg scharf getrennt vom eigenen Clan.

Auch wenn ein Spezifikum der von Mafiosi eingegangenen Action sets die Anwendung exzessiver und mitunter solidarisch vom ganzen Clan geleisteter Gewalttätigkeit ist, operieren diese Gruppen im Großen und Ganzen ähnlich zu den von Nicht-Mafiamitgliedern gebildeten Crews. Genau wie letztere müssen sich auch die Mafiaunternehmen der starken Konkurrenz des Drogenmarktes stellen. Wie schon gesagt, können sie den lokalen Drogenhandel nur in einigen Dörfern, Wohnvierteln und Städten Süditaliens kontrollieren oder monopolisieren. Im Rest Italiens und besonders im reichen Norden mit den größten Drogenmärkten sind jedoch die Mafia-Drogengeschäfte nur einige wenige neben vielen anderen (Paoli 2000a; 2000b: 100–117). Wenn aber die italienische Mafia als Beweis ausscheidet für die These einer Beherrschung der Drogenmärkte durch große, firmenartig strukturierte illegale Unternehmen, wie sieht es dann mit dem zweiten „big player" der internationalen organisierten Kriminalität aus?

IV. ... und die russische Mafia

Bei der organisierten Kriminalität in Russland handelt es sich im Gegensatz zur sizilianischen Cosa Nostra, kalabresischen 'Ndrangheta und neapolitanischen Camorra um ein relativ junges Phänomen. Auch wenn ihre Wurzeln in der einen oder anderen Form weiter zurückreichen, hält man sie nicht ohne Grund für ein Produkt der späten Sowjetunion respektive der geradezu chaotischen Transitionsphase bei deren Untergang. Und obwohl sie offensichtlich weder über eine vergleichbare Geschichte, Struktur und Kultur verfügt noch aus sich verwandtschaftlich oder rituell konstituierenden „Familien" besteht, sieht man diese Kriminalitätsform oft allzu schnell und allzu einfach nur in Analogie zur italienischen Mafia (Shelley 2004). Das beginnt beim russifizierten Namen „Mafiya" und reicht über gewisse nicht nur von der Presse verbreiteten Stereotypen einer angeblich tödlichen „Russian Mafia" (Rawlinson 2001) bis hin zur verzerrten wissenschaftlichen Analyse ihrer Strukturen und Geschäfte. Auch vor diesem Hintergrund geht es hier um die Frage: In welcher Organisationsform oder als welcher Unternehmenstyp ist die russische Variante der organisierten Kriminalität auf dem nationalen illegalen Drogenmarkt aktiv?

1. Statt Riesensyndikate nur lose Konföderationen autarker Gruppen

Um es gleich vorweg zu sagen: Noch weniger als die italienische Mafia kann die russische Mafia den heimischen Drogenmarkt oder auch nur die wichtigsten lokalen Märkte kontrollieren oder gar monopolisieren. Im Gegenteil, es gibt seriöse Hinweise für die Annahme, dass die meisten der großen kriminellen Organisationen zumindest *zur Zeit am Drogengeschäft ausgesprochen wenig Interesse* zeigen. Wenngleich speziell einige ihrer jüngeren Mitglieder durchaus mit illegalen Drogen handeln. Und wie im Fall der italienischen Mafia gilt: Auch die russischen Gruppen sind oder bilden keine in sich geschlossene, hierarchisch strukturierte und bürokratisch organisierte Wirtschaftsunternehmen in Analogie zu Firmen oder Konzernen der legalen Wirtschaft.

Stattdessen sind die diversen Gruppen – so ein hoher russischer Strafverfolgungsbeamter – grundsätzlich „sehr viel kleiner und weitaus loser organisiert, als es ausländische Journalisten oft behaupten" (Paoli 2001a: 116). Und anders als in vielen Presseberichten und einigen wissenschaftlichen Arbeiten behauptet (etwa: Roth und Frey 1995; Handelman 1995; Lallemand 1997) existieren schlichtweg keine Gruppen oder Syndikate mit mehreren tausend Mitgliedern.

Diese kriminellen Organisationen – und zwar sowohl die Solntsewskaya, Ismailowskaya oder Kurganskaya in Moskau als auch die Tambowskaya, Kazanskaya oder Malishews-Gruppe in St. Petersburg – müssen hingegen als lose Konföderation oder Bündnisse einer ganzen Anzahl unabhängiger Einzelgruppen verstanden werden. Wobei sich die Gruppen bilden und zusammengehalten werden entweder auf Grund der *gleichen geographischen Herkunft* ihrer Mitglieder, durch *die Stadt oder Region ihrer Aktivitäten* oder durch die Anerkennung der *gleichen Führerfigur*. Vier Beispiele: Der Name der Kurganskaya führt auf Kurgan, eine Stadt im Ural, zurück, von wo aus die meisten Mitglieder nach Moskau kamen. Entsprechend kommen die meisten Mitglie-

der der Kazanskaya aus Kazan, der Hauptstadt der südrussischen Republik Tatarstan. Der Name der berühmt-berüchtigten Solntsewskaya leitet sich vom südwestlichen Moskauer Stadtteil Solntsewo ab. Und die Ismailowskaya nennt sich nach dem Ismailow, einem großen Markt unter freiem Himmel im Nordosten Moskaus (Gilinsky et al. 2000: 54–84; Paoli 2001a: 113–121).

Allerdings, selbst wenn sich einzelne Gruppen auf eine gemeinsame Führerfigur einigen und deren Namen annehmen, so hat – im Gegensatz zur Praxis der italienischen Mafiafamilien – dieser *gemeinsame Führer keineswegs eine Art höchster Machtstellung*. Ein typischer Fall ist die St. Petersburger Malishew-Organisation. Sie wurde von A. Malishew gegründet und entwickelte sich schon bald zu einem Bündnis einiger dutzend Gruppen, die gewissermaßen nur unter dem gleichen Dach, ansonsten aber völlig unabhängig voneinander, operierten. Anfänglich sollten die Führer der Einzelgruppen Malishew für den Gebrauch seines Namens bezahlen; eine Sonderentwicklung, die man als „McDonaldisierung" der organisierten Kriminalität in Russland bezeichnete (Abadinsky 1987). Diese Praxis verschwand jedoch wieder, als immer weniger Kriminelle Malishews „Eigentumsrecht" am gemeinsam benutzten Namen anerkannten.

Auch die anderen kriminellen Organisationen sind *gerade nicht riesige Einheitssyndikate*. So halten beispielsweise die russischen Experten Gilinsky, Kostjukowsky und Rusakova gerade die Kazanskaya für keine einheitliche Organisation mit einem einzigen unumstrittenen Führer. Es handelt sich *stattdessen um verschiedene unabhängige Einzelgruppen,* die von Zeit zu Zeit Zweckbündnisse eingehen. Die meisten dieser Gruppen oder Gangs bestehen zudem *aus mobilen Kommandos*, die als solche nur zeitweise in St. Petersburg operieren. Sie verüben dort eine Serie von Verbrechen, bevor sie sich wieder nach Tatarstan zurückziehen und ihre Position von der nächsten Crew übernommen wird („Vakhta"-Methode). Dauerhaft leben in St. Petersburg nur einige wenige Mitglieder (Gilinsky et al. 2000: 53f.).

Das *Paradebeispiel* für diesen Organisationstyp ist die bekannteste kriminelle Organisation der Hauptstadt: die *Solntsewskaya* in Moskau. Bereits ihr Name ist eine Sammelbezeichnung; anfangs handelte es sich um eine Vielzahl kleiner Jugendgangs, die sich in den 1980er Jahren im Stadtteil Solntsewo mit Erpressung und Diebstählen einen gewissen Namen gemacht hatten. In den späten 1980er und frühen 1990er Jahren verdienten einige Gruppenführer immense Summen durch den Import von Computern und anderen elektronischen Geräten. Später folgten Geschäftsbetrug und illegales Glücksspiel. Für verschiedene Jahre galt Sergej Michailow als der Führer der Gruppe, wenngleich unklar bleibt, wie weit seine Macht reichte. Mittlerweile sind sich die Moskauer Strafverfolgungsbehörden sicher: „Die Solntsewskaya existiert nicht mehr als eine einzige Organisation" (Paoli 2001a: 117f.). Sie sei stattdessen *in mehrere kleinere Gruppen zerfallen*, die um die Kontrolle des Territoriums und dessen Ressourcen heftig konkurrieren. So kam es in den späten 1990er Jahren zwischen rivalisierenden Fraktionen zu verschiedenen Schießereien – eine spektakuläre sogar unmittelbar neben dem Kreml (ebd.).

2. Reichtum auch ohne illegale Drogen

Wie die Führer der Solntsewskaya kamen Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre die Chefs fast aller bekannten Gruppen der organisierten Kriminalität zu geradezu sagenhaftem Reichtum im ökonomischen wie gesetzlichen Niemandsland nach dem Ende der Planwirtschaft. Obwohl sie durchaus auch Schutzgelderpressung und organisierten Betrug betrieben, stammte – im Gegensatz zur Cosa Nostra und 'Ndrangheta – der wesentliche Teil ihres Reichtums *aus dem Import und Verkauf legaler Waren und Dienstleistungen*. Dies kann durchaus auch so gesehen werden: Unter Anwendung einer Mischung aus Unternehmergeist, Korruption und Gewalt belieferten sie die riesigen, unterversorgten Märkte mit all jenen Produkten, die noch in der letzten Phase der sowjetischen Kommandowirtschaft unerschwinglich oder unerreichbar waren: Computer, Fahrzeuge, Elektronika, Luxusartikel, Glücksspiel. Mit anderen Worten: *Das mangelnde Interesse krimineller Gruppen an dem illegalen Drogenhandel* erklärt sich nicht zuletzt aus den zahllosen Chancen zur legalen und illegalen Bereicherung sowie aus den außerordentlichen unternehmerischen Möglichkeiten der Jahre des ebenso abrupten wie unkontrollierten Übergangs zur Marktwirtschaft. Das zumindest behaupten viele der für die Studie befragten Schlüsselzeugen; beispielsweise ein hochrangiger Strafverfolgungsbeamter in Moskau: „Sie haben derart enorme Möglichkeiten, Geld in der so genannten legalen Wirtschaft zu machen, dass der Drogenhandel für sie keinen Sinn macht" (ebd.: 118).

3. Der postsowjetische Drogenmarkt

Trotz des wenig ausgeprägten Geschäftsinteresses der russischen Mafia respektive der organisierten Kriminalität ist seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion sowohl der Handel als auch der Verbrauch illegaler Drogen im Land immens gewachsen – was auch für die meisten anderen früheren Staaten des Warschauer Paktes zutrifft (Paoli 2001a; 2001c). Sicher, bestimmte psychoaktive Substanzen wurden schon vor 1991 illegal gehandelt und konsumiert; nicht zuletzt im Zusammenhang des Krieges und der Besetzung Afghanistans. Gleichwohl hielt sich während des kommunistischen Regimes die Anzahl der Konsumenten in Grenzen, und der allgemeine Zugang zu illegalen Drogen blieb stark beschränkt. Mit der Folge: In der früheren UdSSR gab es auf Grund zahlreicher Reise- und Handelsbeschränkungen weder einen nationalen Drogenmarkt noch partizipierte das Land als Abnehmer oder Lieferant illegaler Substanzen in signifikanter Weise am internationalen Drogenaustausch.

Dieser Zustand änderte sich grundlegend während der 1990er Jahre mit der rasanten Integration Russlands in den grenzüberschreitenden Drogenhandel: *Der relativen Selbstversorgung folgte ein Drogenmarkt von internationaler Bedeutung*. So werden heute nicht nur große Drogenmengen via Russland zu den Endverbrauchern nach Ost- und Westeuropa transportiert. Die steigende heimische Nachfrage wird zudem immer mehr durch aus dem Ausland importierte stärkere und in ihrer Handhabung einfachere Drogen (etwa Heroin und in geringerem Umfang Kokain und Ecstasy) gedeckt.

Eine weitere Konsequenz des seit den 1990er Jahren enorm gestiegenen Drogenkonsums und -handels ist die *Entwicklung des nationalen Systems der Drogendistribution* in Russland. Darunter versteht man die Lieferung der illegalen Drogen vom Importeur oder Produzent zum Verbraucher durch Vollzeit- oder Teilzeithändler und -dealer. Ähnlich zur Entwicklung in Westeuropa und den USA bis Mitte der 1970er Jahre existierten beide Gruppen in Russland vor den frühen 1990er Jahren nicht. Anders gesagt, erst als sich das Drogenangebot diversifizierte und das Land am internationalen Drogenhandel teilnahm, brauchte es die Profession des Drogenverteilers, um insbesondere die großen städtischen Zentren mit einer Vielzahl illegaler Drogen aus fernen Landesteilen oder dem Ausland regelmäßig zu versorgen. Gleichwohl scheint bis heute die Konsumentennachfrage durch *keine großen hierarchisch-organisierten Drogenunternehmen mit Monopolstellung* befriedigt oder gefördert zu werden. Dies zumindest ist das eindeutige Ergebnis der in acht russischen Metropolen sowie einer Teilrepublik durchgeführten Forschungsstudie (ebd.).

Einen Beweis für die Existenz großer krimineller Organisationen im Drogenhandel ergeben auch nicht die 52 drogenbezogenen Strafverfahren, welche die Autorin in Zusammenarbeit mit dem Moskauer Forschungsinstitut der russischen Generalstaatsanwaltschaft analysierte (Paoli 2001b). Und das, obwohl die Delinquenten häufig zu drakonischen Strafen auf Grund der Mitgliedschaft in einer „organisierten Gruppe" abgeurteilt worden waren. Tatsächlich blieb bei der Auswertung der Verfahren in den meisten Fällen die Existenz derartiger Gruppen entweder völlig unbewiesen oder war ganz offensichtlich eine rein juristische Konstruktion der Anklage.

Der Grund für dieses Vorgehen liegt in der Praxis der russischen Rechtsprechung. Sie betrachtet bereits eine Drogentransaktion zwischen einem Käufer und Verkäufer, ja, sogar den gemeinsamen Erwerb illegaler Drogen durch zwei Konsumenten, als ausreichend für die Anwendung des *Straftatbestandes „Gruppe aus dem organisierten Verbrechen"*. Diese Annahme hat sogar dann Bestand, wenn außer dem Angeklagten alle anderen Mitglieder der behaupteten Gruppe vollkommen unbekannt bleiben. Was in nicht weniger als 36 der 52 analysierten Strafverfahren der Fall ist (Paoli 2001a: 91–101). Und obwohl es sich – nicht nur für westliche Standards – in den meisten Fällen um *geradezu minimale Drogenmengen* handelt, wurden von der Anklage nicht selten verschärfende Umstände geltend gemacht auf Grund einer angeblich „extrem großen Menge" sichergestellter Drogen.[3] Damit zu den konkreten Akteuren der Märkte.

V. Die Drogenhändler: Ethnische Minderheiten und Normalbürger

Die Mitglieder einiger ethnischer Minderheiten sind im Drogenverteilungssystem vieler europäischer und russischer Städte überrepräsentiert. Das legen nicht nur die zahlreichen Interviews der Autorin mit Schlüsselzeugen, Drogenkonsumenten und Dealern nahe, sondern auch langjährige kriminalstatistische Erhebungen. Wie lässt sich diese

3 Einige eklatante Beispiele: Mehr als fünf Jahre Gefängnis erhielten Angeklagte für den Kauf und teilweisen Verkauf von Mengen, die von 3,3 ml Vint (einer relativ leicht herzustellenden und in den späten 1980er und frühen 1990er Jahren populären Methamphetamin-Lösung) über 0,15 und 0,17 Gramm Opium bis hin zu 0,091 und 0,0058 Gramm Heroin reichen.

überproportionale Präsenz von Ausländern auf der Angebotsseite des Drogenmarktes erklären?

1. „Ethnic succession" – Der Drogenmarkt als Verdrängungsmarkt

Zweifellos kam es innerhalb weniger Jahre auf den deutschen wie italienischen Drogenmärkten zu einem Verdrängungsprozess: Die niedrigsten und gefährlichsten Aufgaben, welche früher die am meisten marginalisierten Drogenkonsumenten ausübten, werden inzwischen oft von erst kürzlich eingewanderten Ausländern mit und ohne Aufenthaltserlaubnis und von Asylbewerbern übernommen. In den Worten von „Andrea", einer 39-jährigen ehemaligen Heroin- und momentanen Crackkonsumentin aus Frankfurt: „Am Anfang habe ich nur mit deutschen Leuten zu tun gehabt. Später hat sich das geändert, dann kam ein Jugoslawe, und jetzt im Kokainbereich Araber und Afrikaner" (Paoli 2000b: 58). Ähnliches berichtet ein Mailänder Dealer für Haschisch und Kokain: „Vor zehn Jahren waren die Dealer überwiegend Italiener, heute sind sie überwiegend Ausländer" (ebd.: 112). Wesentlich auf Grund der in Deutschland früher als in Italien einsetzenden Immigrationsbewegung hat sich die Verwicklung von Ausländern in den Drogenhandel in Frankfurt jedoch gradueller entwickelt.

Um nur einige wenige *Gründe für diese Gesamtentwicklung* zu nennen: Analog zu anderen Verbrechensarten in der Vergangenheit nutzt offensichtlich ein Teil der Immigranten die Verwicklung in den größten und lukrativsten illegalen Markt als eine Art „Leiter der sozialen Mobilität" (Bell 1988). Zudem haben es Einwanderer heute weitaus schwerer, in der legalen Wirtschaft Fuß zu fassen. Und nicht zuletzt auf Grund der von den meisten westeuropäischen Staaten eingeführten Restriktionen finden manche ihr Auskommen leichter oder ausschließlich in der informellen Schattenwirtschaft und illegalen Wirtschaft. Schließlich konsumiert ein Teil dieser Immigranten selber Drogen und finanziert den Eigenkonsum oft über ihren Verkauf.

Im Groß- und Kleinhandel finden sich *selbst in Russland relativ häufig Dealer aus ethnischen Minoritäten* – vor allem Roma, Kaukasier, Tadschiken und Afghanen. Nach mehreren Quellen sollen momentan speziell tadschikische Dealer den boomenden russischen Heroinmarkt dominieren. Dazu ein 19jähriger russischer Drogenkonsument: „In Moskau gibt es zur Zeit jede Menge tadschikischer Händler" (Paoli 2001a: 105). Diese Tadschiken haben einige wichtige Vorteile: Sie sprechen meist die Landessprache, haben auf Grund ihrer Herkunft aus einer ehemaligen Sowjetrepublik keine Probleme mit der Einreise nach Russland und sie verfügen zudem nicht selten über eine Aufenthaltsgenehmigung und oft über zahlreiche persönliche Kontakte.

Allerdings sind diese Dealer in der Regel gerade *nicht professionelle Kriminelle, sondern tadschikische Bauern und Kleinhändler*, die mit dem Drogenhandel ihr meist recht bescheidenes Einkommen aufbessern. Wie überhaupt die immensen Profite aus dem Heroinschmuggel auf die verarmten Tadschiken und Afghanen als ein unwiderstehlicher Anreiz wirken müssen. Beispielsweise kostet ein Gramm Heroin in Tadschikistan kaum mehr als 3 US Dollar (oder 86 Rubel nach dem Wechselkurs aus dem Jahr 2000). In Afghanistan liegt der Preis sogar noch niedriger. Hingegen wird in Moskau oder jeder anderen großen russischen Stadt die gleiche Menge im Großhandel für min-

destens 400 Rubel (10,5 $) und im Kleinhandel für 1000 Rubel (35 $) angeboten (ebd.; Paoli 2001c).

2. „Unbescholtene Bürger" im Drogengeschäft

Selbstverständlich werden illegale Drogen keineswegs ausschließlich von Mitgliedern ethnischer Minoritäten oder von Immigranten produziert, gehandelt oder verkauft. Im Gegenteil, in allen drei von der Autorin erforschten Drogenmärkten handeln mit Drogen gerade auch so genannte unbescholtene Normalbürger aus der Mitte der Gesellschaft ohne jede Beziehung zur organisierten Kriminalität. Dieser Typ des Drogenhändlers findet *sich meist im Kleinhandel für Kokain, Haschisch und Partydrogen* – also vor allem im Geschäft für relativ geschlossene Kreise der Drogenszene. Zwei durchaus typische Beispiele aus Mailand: Für „Raffaele" sind seine sechs Kokainlieferanten, „alles normale Menschen, die mit Kokain dealen, um ihren Lohn aufzubessern. Sie sind alle Italiener und Mailänder" (Paoli 2000: 115). Ähnlich charakterisiert ein anderer Konsument seinen Haschischdealer als „eine seriöse Person, wenngleich es schon komisch klingt, dies von einem Drogenpusher zu sagen. Er ist kein Heißsporn, sondern er handelt vernünftig, er geht einem Beruf nach, er hat eine Freundin, zwei Hunde, er ist ein Fan von Bodybuilding. Ja, er ist eine ebenso normale Person, wie ich es bin: Ich rauche Haschisch – er dealt damit" (ebd.).

Eine in Italien und in Deutschland durchgeführte Aktenanalyse zu drogenspezifischen Strafverfahren ergibt: *Viele Drogenimporteure und -dealer gehören nicht zur organisierten Kriminalität*, sind also weder Mitglied der Mafia, noch anderer krimineller Organisationen oder der so genannten Unterwelt. Sicher, manche von ihnen waren vor dem Einstieg ins Drogengeschäft durchaus an anderen illegalen Aktivitäten beteiligt. Einige dieser Drogenhändler scheinen jedoch über jeden Verdacht erhaben: Oft haben sie eine abgeschlossene Berufsausbildung und gehen meist einer regelmäßigen Arbeit nach. Zwei Beispiele aus Frankfurt: Jahrelang betrieb dort ein etablierter türkischer Getränkehändler Heroinhandel im großen Stil, indem er nicht zuletzt die illegalen Geschäfte hinter der Fassade einer legalen und seriösen Firma tarnte. Der Handel wäre wohl problemlos weitergelaufen, wenn nicht seine deutsche Freundin unter Alkoholproblemen gelitten und im Rahmen einer Entziehungskur über die Heroingeschäfte gesprochen hätte. Ein weiteres besonders eklatantes Beispiel: In den 1980er und frühen 1990er Jahren importierte eine Bande große Mengen Haschisch und Kokain; ihre vier Mitglieder sind: ein Autohändler, ein Ingenieur, ein Rechtsanwalt und sogar ein Beamter der Stadt Frankfurt.

Solche nach außen völlig unbescholtene Personen handeln nicht nur mit geringen Drogenmengen. So waren *zwei der größten Mailänder Kokainimporteure* der letzten Jahre gerade keine Mafiamitglieder oder Kriminelle, sondern stammten *aus dem Milieu der bürgerlichen Wirtschaftskriminalität*: Umberto Orio, der seinen Profit aus dem Kreditwuchergeschäft im Drogengroßhandel reinvestierte, und so in der Lage war, pro Lieferung 600 bis 800 Kilogramm Kokain direkt aus Kolumbien zu importieren. Zum anderen Pasquale Centore, ein früherer Bankmanager aus Neapel, der für mehrere Kokainlieferungen in der Größenordnung von 400 bis 700 Kilogramm verantwortlich

war. Beide Männer versorgten wiederum eine Vielzahl anderer Großhändler, etwa in diversen Teilen Italiens lebende Mitglieder süditalienischer Mafiagruppen (TrMI 1999).

Ähnliche Beobachtungen lassen sich auch in Russland machen. In den Worten von Ludmila Markoryan, der Leiterin einer NGO in der südrussischen Stadt Balakowo: „Es ist nicht einfach, die Drogenhändler unserer Stadt einer spezifischen sozialen Gruppe zuzuordnen. Ein Drogenhändler, das kann ein Arbeitsloser, eine Hausfrau oder ein Geschäftsmann sein. Und nicht weniger enorm variiert das Durchschnittsalter der Drogendealer: neben jungen Leuten finden sich genauso Pensionäre" (Paoli 2001a: 110). Was nun sind die Hauptcharakteristika dieser illegalen Märkte?

VI. Offene Märkte – kurze Verteilungsketten

Die in den drei Ländern untersuchten Drogenmärkte sind zweifellos offene Märkte in dem Sinn, dass die geschäftlichen Beziehungen zwischen den mit Drogen handelnden Personen und Gruppen im Normalfall durch harte Konkurrenz statt durch Kooperation geprägt sind. Ebenso gibt es praktisch auch kein relevantes Hindernis für den Neueintritt eines Anbieters in den Markt. Sicher, einige Drogenlieferanten wie etwa die süditalienischen Mafiagruppen erreichten gelegentlich für kurze Zeit durchaus eine Art monopolistischer Stellung in einem lokal begrenzten und meist kleinen Markt. Gleichwohl wird den in den europäischen und russischen Städten untersuchten Drogenunternehmen der Preis in der Regel vom Markt diktiert – nicht umgekehrt. Ein wichtiges Argument dafür, dass sie *keine Preis- und Marktbeherrschung über die Warenmenge* ausüben können. Anders gesagt, bei zu vielen Anbietern und zu viel Konkurrenz besitzt kein Lieferant eine Preiskontrolle vorzugsweise über die verkaufte oder zurückgehaltene Drogenmenge. Insofern ist es kein Zufall, dass in den letzten Jahren – mit der Ausnahme von Cannabis – in Italien ebenso wie in Deutschland und in Russland die Preise der gebräuchlichsten Drogen sowohl im Groß- als auch im Kleinhandel stetig gefallen sind (Paoli 2000b: 69–74; 118–124; Paoli 2001a: 101–112).

1. Freie Konkurrenz und freier Markt

Ein essentielles Charakteristikum für einen offenen Markt ist das weitgehend freie Spiel der Marktkräfte und die überragende Bedeutung der ungehindert wirkenden Konkurrenzkräfte. Um das mit zwei repräsentativen Beispielen zu belegen:

a) Für den *Mailänder Drogenmarkt* gab es nach der Aussage des Chefs der Polizeisondereinheit „Squadra Mobile" nur eine einzige kurze Periode, in der eine Einzelperson eine signifikante Kontrolle über einen Teil des Drogengeschäfts ausüben konnte, nämlich in den frühen 1980er Jahren, als Angelo Epaminonda – ein Gangster aus dem sizilianischen Catania – den Kokainimport und -verkauf an einen ebenso wohlhabenden wie exklusiven Kundenkreis forcierte. Umgehend verhinderten jedoch der offene Drogenmarkt der Stadt und die freien Konkurrenzkräfte eine Monopolstellung: Als andere Drogenunternehmer dieses hochlukrative Geschäft erkannten, stiegen sie in dieses

Marktsegment ein, so dass umgehend die Einfuhrmengen und somit das Kokainangebot sowie die Zahl der Verkäufer in die Höhe schnellten. Von diesem Einzelfall abgesehen blieb der Mailänder Drogenmarkt über Jahrzehnte hinweg stets ein offener Markt: Wer immer wollte, konnte sein Glück mit der Einfuhr, der Herstellung oder dem Verkauf von Drogen versuchen und so die Konkurrenz im Markt verschärfen.

Anders gesagt: Zu keiner Zeit ist es je einem kriminellen Drogenunternehmen gelungen, diesen Markt – oder auch nur ein relevantes Marktsegment – dauerhaft zu kontrollieren. Selbst dann nicht, als in Mailand während der 1980er Jahre verschiedene Mafiaclans und kriminelle Gruppen eine Monopolstellung in ihren Stadtvierteln respektive Wohn- und Einflussbereichen auch mit Gewalt durchzusetzen versuchten, indem sie die örtlichen Zwischen- und Straßendealer zwangen, nur bei ihnen Drogen zu kaufen. Dazu der prägnante Kommentar des Polizeichefs der Mailänder Antidrogeneinheit: „Nicht die Droge, sondern der Markt ist frei" (Paoli 2000b: 101f.).

b) Insbesondere beim *Frankfurter Drogenmarkt* ist der offene Marktzugang und die freie Konkurrenz der Anbieter gewissermaßen garantiert durch die relative Nähe der Stadt zu den Niederlanden. Seit den 1970er Jahren versorgen sich dort – praktisch nach Belieben – Drogendealer und Konsumenten gleichermaßen mit illegalen Substanzen. Insofern ist es keine Überraschung, dass ein ganz erheblicher Teil der befragten Frankfurter Händler und Konsumenten Drogen in den Niederlanden selber eingekauft hat oder immer noch einkauft. Und ein mindestens ebenso großer Teil bezog oder bezieht seinen Bedarf von dort indirekt über Mittelsmänner. Wie einfach das in den Zeiten eines praktisch kontrollfreien europäischen Grenzverkehrs ist, beschreibt der Gelegenheitsdealer „Luigi", der sich dort regelmäßig mit Ecstasy, Amphetaminen und LSD versorgte. „Am Wochenende kannst du in vier Stunden in Amsterdam sein. Du fährst um vier Uhr los und bist um acht Uhr abends dort. Es ist schön dunkel, da kann man super zurückfahren. Um Mitternacht oder gegen ein Uhr bist du zurück und übergibst die Drogen. Früh um sieben Uhr gehe ich wieder auf die Arbeit" (ebd.: 50 ff.).

Welche überragende Bedeutung dem niederländischen Markt sicher nicht nur für Frankfurt, sondern für die meisten benachbarten Drogenmärkte Westeuropas zukommt, lässt folgender Umstand erahnen: Ein Großteil der befragten Dealer und Konsumenten hält die Niederlande keineswegs für richtiges Ausland. Entsprechend spontan verneinen viele die Frage, ob sie jemals im Ausland Drogen erworben hätten. Erst bei einer Nachfrage oder genauerem Nachdenken erinnern sie sich, dass sie Drogen in den Niederlanden gekauft haben; wie sie auch eine mitunter mehrstündige Auto- oder Bahnreise dorthin für keineswegs außergewöhnlich halten.

2. Die Verteilungskette: Abschied vom quasi-hierarchischen Sechs-Ebenen-Standardmodell

Die nicht nur in Deutschland weit verbreitete Praxis des direkten Einkaufs auf dem niederländischen Drogenmarkt führt zu einer wichtigen Konsequenz: Das System der Drogenverteilung ändert sich und die Distributionskette wird ausgesprochen kurz. Ja, genau genommen kann man kaum noch von einer nationalen Distribution sprechen, wenn die Dealer und Konsumenten selber im Ausland einkaufen; zumal sie auf diese

Art und Weise den gesamten deutschen Groß- und Kleinhandel übergehen. Jedenfalls ermöglicht *die Nähe zum niederländischen Markt einige wenige Transaktionen* zwischen Drogenimporteur und Endverbraucher. Diesen Befund bestätigen nicht zuletzt deutsche Gerichtsakten zu Drogenstrafverfahren. Sie gehen beim Drogenkauf in den Niederlanden von einer Verteilungskette mit meist nur drei Ebenen aus: Der Importeur, der manchmal auf einen oder mehrere Kuriere zurückgreift, der Händler und schließlich der Endverbraucher.

Von Frankfurt abgesehen ist das System der Drogenverteilung mit gewöhnlich nicht mehr als drei bis vier Transaktionen in Deutschland ausgesprochen kurz geworden. Mit der Konsequenz, dass ein *derartiges System nicht mehr dem quasi-hierarchischen „Sechs-Ebenen-Modell" entspricht*, wie es Edward Preble und John Casey am Beispiel des New Yorker Heroinmarktes 1969 entwickelt haben. Immerhin eine Art Standardmodell, das auf allen Ebenen zwischen Importeur und Konsument jedem Akteur eine fest umrissene und kaum austauschbare Funktion, Position oder Rolle zuordnet. Ein solches System galt lange Zeit als eine adäquate Beschreibung gerade auch der Struktur der europäischen Heroinmärkte; darüber hinaus sprach man ihm eine erhebliche Aussagekraft auch für die Art und Weise der Distribution anderer Drogen zu (Arlacchi und Lewis 1990).

Sicher, nicht für jede Droge und nicht überall finden sich heute nur noch sehr kurze Verteilungsketten. So hängt deren Länge respektive die Anzahl der Transaktionen in den meisten westeuropäischen oder auch russischen Städten in der Hauptsache von der importierten Drogenmenge ab und erst in zweiter Linie von den diversen Verbindungen und Geschäftsbeziehungen des Importeurs, Zwischenhändlers oder Endverbrauchers. So kommt es unter bestimmten Umständen durchaus zu zahlreichen Transaktionen, womit sich die Drogenverteilung dem Modell von Preble und Casey annähert.

Allerdings legen zwei gewichtige Argumente eine kritische Distanz zum – wenn nicht gar einen Abschied vom – Sechs-Ebenen-Modell als praktisch allgemeingültiges Standardmodell der Drogendistribution nahe. Zunächst: Selbst *das gegenwärtige System zur Heroinverteilung* – immerhin Prebles und Caseys Paradebeispiel – ist in Europa im Vergleich zu früher wesentlich kürzer geworden. Anders als vorher die türkischen Schmugglerringe sind die Kosovo-Albaner, denen momentan eine zentrale Rolle im europäischen Heroinschmuggel zukommt, zum *Verzicht auf den Import großer Drogenmengen* übergegangen. Sie deponieren die Ware in osteuropäischen Ländern und lassen das Heroin durch westliche Kuriere in relativ kleinen Mengen und in deren Autos in die EU einschmuggeln. Anschließend wird die Droge sofort weiterverteilt und erreicht den Endverbraucher bereits nach höchstens zwei Transaktionen (PrMI 1998). Dazu ein hochrangiger Mailänder Polizist: „Der albanische Importeur verkauft das Heroin in Italien an einen nordafrikanischen Dealer. Der nimmt ein halbes Kilogramm ab und verkauft dann direkt an die Straßendealer. Die wiederum versorgen die Drogenkonsumenten" (Paoli 2000b: 117).

Das zweite Argument zielt gegen den quasi-hierarchischen Aspekt des Standardmodells: Mittlerweile sind selbst bei einem mehrstufigen Verteilungssystem die Akteure weniger als je zuvor auf eine bestimmte Rolle festgelegt. Einzelpersonen und selbst ganze Gruppen können relativ einfach ihre Funktion und Position wechseln oder je

nach Droge in verschiedenen Verteilungsketten unterschiedliche Rollen einnehmen. Anders gesagt, *Hierarchien, Funktionen und Verteilungsebenen haben stark an Exklusivität verloren.* Dazu ein Beispiel aus Mailand: Zwei in der Stadt lebende Mitglieder der sizilianischen Cosa Nostra importierten mit ihrer Bande Kokain aus Kolumbien in Mengen von jeweils circa 100 Kilogramm. Gleichzeitig traten diese beiden Kokain-Importeure bei einer anderen Droge als Zwischenhändler auf und verkauften Heroin in Mengen von ein oder zwei Kilogramm an Kleindealer (TrMI 1996).

Mit anderen Worten: Prebles und Caseys Sechs-Ebenen-Modell mit seinen für die diversen Akteure relativ festumrissenen Funktionen, Positionen und Rollen ist mittlerweile keineswegs mehr eine Art allgemeingültige Blaupause, sondern eben nur eine mögliche Form der Drogenverteilung, wie sie speziell in den urbanen Heroinmärkten der 1970er Jahre zu finden war. Heute hingegen ist für die meisten Drogen die Verteilungskette mit zwei bis drei Transaktionen zwischen Importeur und Endverbraucher sehr viel kürzer. In diesen Fällen muss von einem realitätsfernen und insofern überholten Standardmodell Abschied genommen werden.

VII. Die Zwänge der Illegalität

Nachdem das Problem zumindest indirekt schon angesprochen wurde, soll abschließend der zentralen Frage nachgegangen werden, warum die mit Drogen handelnden illegalen Unternehmen letztlich nicht eine ähnliche Entwicklung nehmen wie legale Wirtschaftunternehmen; zumal illegale Märkte und insbesondere die Drogenmärkte mit den Märkten der legalen Wirtschaft auf den ersten Blick durchaus viel gemeinsam haben. Immerhin: „Es gibt Käufer und Verkäufer, Großhändler und Einzelhändler, Zwischenhändler, Importeure und Verteiler, Preisstrukturen, Bilanzaufstellungen, Profite und – wenngleich seltener – Verluste“ (Arlacchi 1998: 204).

Trotz solcher Gemeinsamkeiten und Ähnlichkeiten bestehen jedoch eklatante Unterschiede respektive Spezifika, welche durchaus die These rechtfertigen, dass es sich bei illegalen Märkten um die Domäne des „disorganized crime“ handelt (Reuter 1983); vor allem lassen sie *keine simple Analogie mit den legalen Märkten* zu. Insofern ist es abwegig, für Drogenunternehmen die gleichen Entwicklungstrends legaler Firmen zu postulieren, oder sie gar in groben Zügen mit multinationalen Unternehmen gleichzusetzen. Hingegen sind Drogenunternehmer, auch wenn sie oft die „animalischen Geister“ des Kapitalismus in ihrer Vollform zu verkörpern scheinen, in ihrer aktuellen Geschäftspraxis wie potenziellen Expansionsmöglichkeit ganz erheblichen Restriktionen unterworfen. Zwänge, die primär dadurch bedingt sind, dass alle Teilnehmer eines illegalen Marktes grundsätzlich auf zweierlei Art und Weise agieren müssen.

1. Illegales Wirtschaften ohne den Staat

Gerade weil ihre Waren und Dienstleistungen verboten sind, können die Akteure eines illegalen Marktes bei Bedarf nicht auf staatliche Institutionen und Gesetze zurückgreifen. Mit anderen Worten, aus der Illegalität der Geschäfte folgt notwendigerweise der

Verzicht auf eine staatlich garantierte Rechtssicherheit. Um nur einige Beispiele zu nennen: Weder können irgendwelche Verträge legitimiert, noch eine Vertragserfüllung eingeklagt respektive eine Vertragsverletzung gesetzlich sanktioniert werden. Genauso wenig kennt der Bereich der Illegalität eine neutrale und souveräne Machtinstanz, die eine Partei im Falle von Ansprüchen auf Schadensersatz anrufen könnte (Reuter 1985). Wie überhaupt illegale Geschäfte praktisch ausschließlich auf der Basis gegenseitigen Vertrauens stattfinden müssen – eine höchst fragile Geschäftsgrundlage. Zumal sich dieses Vertrauen erst im Laufe wiederholter Transaktionen bilden und bewähren muss. Dagegen ist bei fast jedem Geschäft mit Täuschung, Betrug und Gewalt zu rechnen. Und einigermaßen ehrliche und friedliche Geschäftsbeziehungen sichern meist nur die Aussichten auf zukünftige Geschäfte oder die Konfrontation mit einer ebenbürtigen Macht (Weber 1972: 640).

Damit nicht genug, der Zwang zum Verzicht auf eine vom Staat garantierte und sanktionierte Rechtssicherheit bedingt noch weitere eklatante Nachteile: So ist beispielsweise Eigentum rechtlich völlig ungeschützt, Eigentumsrechte sind nicht einklagbar und Beschäftigungsverträge können nicht formalisiert werden. Schon deshalb wird praktisch jede Entwicklung hin zu größeren, formell organisierten und auf Dauer angelegten Unternehmen extrem behindert. Nicht zuletzt bedingt das Fehlen einer formalen Instanz zur Garantierung der Vertragssicherheit *den Verzicht auf externe Kapitalmärkte* respektive die Unmöglichkeit ihrer Ausbildung – was zusätzlich die Kapitalkraft und somit Expansion illegaler Unternehmen erheblich einschränkt. Doch ohne geprüfte Geschäftsbücher, ohne einen ausreichenden Nachweis an Sicherheiten und ohne jeden Schutz durch Recht und Gerichte bedeutet jede Investition in ein illegales Unternehmen ein extrem hohes Risiko. Da ein solches Unternehmen seine Existenz zudem oft ganz und gar einem einzigen Unternehmer verdankt, wird ein Kreditgeber bei dessen Inhaftierung oder im Fall seines Todes das investierte Kapital wohl nur schwerlich zurückbekommen (Reuter 1985).

2. Illegales Wirtschaften gegen den Staat

Wo immer Geschäfte außerhalb des Rechtsbereiches, ja, explizit gegen das Gesetz betrieben werden, und die gehandelten Waren per Definition entweder verboten sind oder ganz außerordentlichen Restriktionen unterliegen, gilt: alle Anbieter illegaler Waren sind zwangsläufig mit den Strafverfolgungsbehörden und somit einer *ständig drohenden Verhaftung und Besitzkonfiszierung* konfrontiert. Selbstverständlich hängt dieses Risiko stark von der jeweiligen Situation und den staatlichen Gegenspielern ab. Es ist umso geringer, je mehr es den illegalen Geschäftsleuten gelingt, die Akteure staatlicher Institutionen zu korrumpieren oder einzuschüchtern. Gleichwohl kann ein solches Risiko auf lange Sicht in den meisten westlichen Staaten – und mit Einschränkungen auch in Russland – kaum ignoriert werden. Es braucht folglich Gegenstrategien und Sicherheitsmaßnahmen. Zwei der wirkungsvollsten sind: Die Abwicklung möglichst aller Drogentransaktionen durch eine Art Netzwerk aus engen Verwandten und Freunden sowie die Beschränkung auf wenige Kunden und Mitarbeiter, da beide Gruppen

Schwachpunkte darstellen für Verrat und die Weitergabe von Informationen (Reuter 1983; Moore 1974: 15–31; van Duyne, 1998).

Derartige Sicherheitsmaßnahmen und Gegenstrategien können für illegale Geschäfte ausgesprochen restriktiv wirken. Um nur *die wichtigsten Nachteile* zu nennen:

a) Illegale Unternehmen haben in der Regel *weit weniger Expansionsmöglichkeiten* speziell für eine vertikale Geschäftsintegration. In der Sprache der Ökonomie: Für illegale Firmen gibt es nur wenige wirtschaftlich sinnvolle Anreize sowohl für eine Upstream-Integration, also zur Herstellung von ansonsten extern zugekauften Rohprodukten oder Halbfabrikaten, als auch für eine Downstream-Integration. Dabei verlagert man durch die vermehrte Verarbeitung von Halbfabrikaten die eigenen Geschäfte in Richtung Endprodukt und verstärkt durch einen intensiven Groß- und Kleinhandel den direkten Absatz beim Konsumenten (Scherer und Ross 1990: 94). Allerdings gilt vollkommen unabhängig von der Integrationsrichtung: Die Ausweitung eines bestehenden oder der Einstieg in einen neuen Geschäftsbereich bedingen unweigerlich ein größeres Risiko der Entdeckung, Verhaftung und Besitzkonfiszierung sowie höhere Managementkosten für eine größere und weniger homogene Belegschaft. Außerdem ist es alles andere als einfach, die Leistung von Mitarbeitern zu kontrollieren, die auf Grund der Illegalität der Geschäfte unter konspirativen Bedingungen agieren müssen und dabei wegen stets möglicher Aktionen der Strafverfolgungsbehörden weitgehend auf schriftliche Dokumente und Verträge verzichten sollen.

b) Aus der Illegalität der Waren folgt ein nicht unwesentlicher *Zwang zur räumlichen Geschäftsbegrenzung*. Die Gründe dafür liegen in der schwierigeren Kontrolle von entfernt operierenden Mitarbeitern sowie in den erheblich größeren Risiken der Kommunikation mit und des Warentransports zu ihnen. Ein weiterer signifikanter Aspekt betrifft die notwendige Passivität der Strafverfolgungsbehörden. Sie kann dann zum Problem werden, wenn der illegale Unternehmer sie etwa durch Korruption oder Einschüchterung nicht oder nicht mehr sicherzustellen vermag. Weil diese Passivität jedoch ein immenser Geschäftsvorteil ist, kann sich eine dauerhafte Beschränkung der Geschäfte auf solche Gebiete auszahlen, in denen man die örtliche Polizei persönlich kennt und manipulieren kann (Reuter 1985).

c) Zusätzlich bestehen für illegale Unternehmer im Vergleich mit den Geschäftsleuten der legalen Wirtschaft einige wichtige *zeitbedingte Zwänge und Restriktionen*. Das heißt zunächst, jede Polizeiaktion, Besitzkonfiszierung oder verhängte Gefängnisstrafe kann das unmittelbare Ende für alle Aktivitäten bedeuten (van Duyne 1998). Insofern müssen derartige Geschäfte unter erheblich ungünstigeren zeitlichen Bedingungen geplant, organisiert und ausgeführt werden. Kurz, der Zeitfaktor ist für illegale Unternehmer alles andere als ein positiver Geschäftsfaktor. Was auch für die Existenzdauer ihres Unternehmens gilt: Einmal, weil derartige Unternehmen sich kaum problemlos respektive mit der Aussicht oder gar der Sicherheit auf dauerhaften Geschäftserfolg vererben lassen. Zum anderen kann ein illegal agierender Unternehmer sein Geschäft aus Altersgründen nur schwerlich am Markt offerieren und verkaufen. In der Regel muss er stattdessen sukzessive und mitunter relativ frühzeitig einen immer größeren Teil seiner Gewinne abziehen und in solche legalen Vermögenswerte investieren, die sich problemlos an seine Erben weitergeben lassen. Beides jedoch, die für die Zukunft ungesi-

cherte Geschäftsexistenz wie auch der permanente Kapitalabfluss, muss letztlich die Ertragskraft und Expansion eines illegalen Unternehmens erheblich beeinträchtigen.

d) Nicht zuletzt unterliegen illegale Firmen auch noch dem *Zwang zum Verzicht auf Werbung*. Werbung würde sie umgehend ins Visier der Strafverfolgungsbehörden bringen und damit den Geschäften schaden. Sie müssen also notwendigerweise auf eine eigene Marke, einen Markennamen und ein Markenprodukt ebenso verzichten wie auf den Versuch, Kunden durch Werbung dauerhaft zu binden. Ein immenser Nachteil, zumal heute praktisch kein Wirtschaftssektor von Bedeutung ohne den Einsatz von Werbung vorstellbar ist, und die Vorteile einer landesweiten Vermarktung und Bewerbung der eigenen Produkte auf der Hand liegen. Wie überhaupt Werbung als ein ganz wesentlicher Faktor gilt für das Entstehen und den Aufstieg moderner Großunternehmen. Entsprechend sehen mittlerweile die meisten Ökonomen in der Produktwerbung die wichtigste Einzelvoraussetzung für die diversen Vorteile solcher Konzerne (Scherer und Ross 1990: 130–138).

Bereits diese Gründe sind gewichtige Argumente gegen das Szenario eines international operierenden organisierten Verbrechens samt seiner dann im wahrsten Sinne grenzenlosen Mobilität, schier unbegrenzten Expansionskraft und folglich extremen Gefährlichkeit. Dabei kreieren oft erst Überzeichnungen à la „Die Verbrecher-Holding. Das vereinte Europa im Griff der Mafia" jenes Schreckgespenst – mit nicht unerheblichen Auswirkungen bis hinein in die publizistische und politische Diskussion.

3. Illegale Konzerne – ein Phantasieprodukt

Zusätzlich zu den genannten Aspekten, die gegen das Entstehen großer, hierarchisch organisierter illegaler Firmen oder gar multinationaler Konzerne sprechen, gibt es noch einen weiteren ganz wesentlichen Grund: die notwendige, aber hier praktisch unmögliche Ausbildung einer der Komplexität der Geschäfte und Größe der Firma entsprechenden bürokratischen Verwaltung. Kurz, es gibt in der illegalen Wirtschaft *keine immanente Tendenz zur Konsolidierung großer moderner Verwaltungsapparate*. Zumal all jene Faktoren, welche in der legalen Wirtschaft das Entstehen bürokratischer Verwaltungsapparate fördern und voraussetzen – etwa die aus der Spezialisierung, Arbeitsteilung und Unternehmensgröße resultierenden ökonomischen Vorteile –, im Bereich der illegalen Wirtschaft wegen der aus der Produktillegalität folgenden negativen Konsequenzen praktisch nicht zur Wirkung kommen.

Um das nochmals am Beispiel des ältesten und berühmtesten Akteurs der organisierten Kriminalität zu verdeutlichen: Nicht einmal die süditalienischen Mafiafamilien konnten und können sich diesen Zwängen und Nachteilen entziehen. Selbst sie bilden für das äußerst lukrative Geschäft mit illegalen Drogen keine Einheitsfirmen mit zentralisierter Verwaltung und Organisation. Im Gegenteil, statt der Führungsspitze samt Aufsichtsrat eines Mafia-Konzerns betreiben das Drogengeschäft bis auf einige Ausnahmen einzelne Mafiamitglieder in Eigenverantwortung. Faktisch sie allein, und nicht irgendwelche Abteilungsdirektoren oder anonyme Verwaltungsapparate treffen die wichtigen Entscheidungen; etwa mit welchen anderen Mafiosi oder Nichtmafiamitgliedern Joint ventures, Crews oder Teams gebildet werden. Wobei diese Crews gerade keine

stabilen und dauerhaften Einheiten sind, die sich mit den Niederlassungen oder Filialen einer Firma der legalen Wirtschaft vergleichen ließen. Kurzum, die Mafia und andere Formen der organisierten Kriminalität sind mit Sicherheit teils hochkomplexe Organisationen, gleichwohl sind sie noch sehr weit davon entfernt, sich – wenn überhaupt – zu illegalen Firmen oder multinationalen Konzernen entwickeln zu können.

VIII. Schlussbemerkungen

Ein wesentliches Ziel dieses Artikels bestand im Nachweis, dass die Mehrzahl aller Drogengeschäfte – selbst solche mit sehr großen Mengen – von vielen, relativ kleinen und oft kurzlebigen Drogenunternehmen abgewickelt werden. Mit anderen Worten, in Mailand wie in Frankfurt, in Moskau wie in Wladiwostok beherrschen gerade nicht große kriminelle Organisationen die Drogenmärkte, sondern es regiert die „unsichtbare Hand des Marktes" respektive die Konkurrenz- und Regulativkräfte eines freien und offenen Marktes. Eben Pluralität statt Monopole. Unentbehrlich für diesen Nachweis erwies sich eine intensive Auseinandersetzung mit den beiden angeblichen „big players" der organisierten Kriminalität: der italienischen und russischen Mafia. Sie sind in ihren unterschiedlichen Erscheinungsformen gerade keine Drogenfirmen respektive Riesensyndikate. Außerdem: die organisierte Kriminalität in Russland zeigte bislang ausgesprochen wenig Interesse am Drogengeschäft, und auf dem Gesamtmarkt kommt den süditalienischen Mafiavereinigungen mittlerweile nur wenig mehr als eine marginale Rolle zu. Auch das liegt wesentlich am Konkurrenzcharakter des offenen Drogenmarktes.

Wie groß dieser Wettbewerb sein kann, verdeutlichen zwei letzte Beispiele: So beschreibt ein Mailänder Drogenkonsument das schier unerschöpfliche Reservoir der Kleinhändler mit den Worten: „Für fünf verhaftete Marokkaner sind mindestens fünfzig andere bereit, den Job sogar für weniger zu machen" (Paoli 2000b: 118). Und selbst die Verhaftung von Großhändlern oder die Konfiszierung riesiger Mengen ändern meist kaum etwas am generellen Drogenangebot. Zu groß ist die Zahl der Händler, von denen jeder über seine eigenen unabhängigen Lieferquellen verfügt. Entsprechend erinnert ein Spezialist der Drogenpolizei daran, dass zwar 1994 auf einen Schlag über fünf Tonnen Kokain im Wert mehrerer hundert Millionen Euro beschlagnahmt werden konnten, „was jedoch nicht die Nachricht des Tages war, sondern die Tatsache, dass auf dem Mailänder Markt das Kokain nicht für einen halben Tag knapp wurde" (ebd.).

Literatur

Abadinsky, Howard, 1987: The McDonald'sization of the Mafia. S. 43–54 in: *Timothy S. Bynum* (Hg.), Organized Crime in America: Concepts and Controversies. Monsey: Criminal Justice Press.

Adler, P.A., 1993 [1988]: Wheeling and Dealing. An Ethnography of an Upper-Level Drug Dealing and Smuggling Community. New York: Columbia University Press.

Arlacchi, Pino, 1988: Mafia Business: The Mafia Ethic and the Spirit of Capitalism. Oxford: Oxford University Press.

Arlacchi, Pino, 1998: Some Observations on Illegal Markets. S. 203–215 in: *Vincenzo Ruggiero, Nigel South* und *Ian Taylor* (Hg.), The New European Criminology, Crime and Social Order in Europe. London: Routledge.

Arlacchi, Pino, und *Roger Lewis*, 1986: Analisi del mercato delle droghe pesanti e sua influenza ai fini della determinazione della categoria giuridica della modica quantità. Unveröffentlichtes Manuskript.

Arlacchi Pino, und *Roger Lewis* 1990a: Droga e criminalità a Bologna. Micromega 4: 183–221.

Arlacchi Pino, und *Roger Lewis* 1990b: Imprenditorialità illecita e droga. Il mercato dell'eroina a Verona. Bologna: Il Mulino.

Atasoy, Sevil, Neylan Ziyalar, Ersi Abaci Kalfoglu, Ümit Yazman, Tanil Baskan und *Zekai Genç*, 2000: Istanbul. Report submitted to the United Nations Interregional Crime and Justice Research Institute for the Project „Global Study on Illicit Drug Markets". Unveröffentlichtes Manuskript.

Becchi, Ada, 1996: Italy: Mafia-Dominated Drug Market? S. 119–130 in: *Nicholas Dorn, Jörgen Jepsen* und *Ernesto Savona* (Hg.), European Drug Policies and Enforcement. London: Macmillan.

Bell, Daniel, 1988 [1953]: Crime as an American Way of Life. S. 127–150 in: *Daniel Bell* (Hg.), The End of Ideology. Cambridge: Harvard University Press.

Blok, Anton, 1988: The Mafia of a Sicilian Village, 1860–1960: A Study of Violent Peasant Entrepreneurs. New York/Oxford: Polity Press.

Bourgois, Philippe I., 1995: In Search of Respect: Selling Crack in El Barrio. Cambridge/New York: Cambridge University Press.

Bovenkerk, Frank, 1995: La Bella Bettien. Amsterdam: Meulenhoff.

CPM, Commissione Parlamentare d'inchiesta sul fenomeno della mafia e sulle altre associazioni similari, 1992: Audizione del collaboratore di giustizia Antonino Calderone. 11 novembre, XI legislatura. Roma: Camera dei Deputati.

CPMS, Commissione Parlamentare d'inchiesta sul fenomeno della mafia in Sicilia, 1976 [1972]: Sintesi delle conclusioni cui era pervenuto nel corso della V Legislatura il comitato per le indagini sui casi dei singoli mafiosi, sul traffico di stupefacenti e sul legame tra fenomeno mafioso e gangsterismo americano. Enclosed to Relazione sul traffico mafioso di tabacchi e stupefacenti nonché sui rapporti tra mafia e gangsterismo italo americano. Relatore: Zuccalà, doc. XXIII, no. 2, VI legislatura: 447–93. Roma: Camera dei Deputati.

CPMS, Commissione Parlamentare d'inchiesta sul fenomeno della mafia in Sicilia, 1976: Relazione sul traffico mafioso di tabacchi e stupefacenti nonché sui rapporti tra mafia e gangsterismo italo americano. Relatore: Zuccalà, doc. XXIII, no. 2, VI legislatura: 329–567. Roma: Camera dei Deputati.

Duyne, Petrus C. van, 1998: Die Organisation der grenzüberschreitenden Kriminalität in Europa. S. 259–295 in: *Gerhard Wolf* (Hg.), Kriminalität im Grenzgebiet. Berlin: Springer Verlag.

Fijnaut, Cyrille, Frank Bovenkerk, Gerben Bruinsma und *Henk van der Bunt*, 1998: Organised Crime in the Netherlands. The Hague: Kluwer.

Fijnaut, Cyrille, und *Letizia Paoli* (Hg.), 2004: Organised Crime in Europe: Conceptions, Patterns and Policies in the European Union and Beyond. The Hague: Kluwer.

Gasparishvili, Alexander, Elmara Faustova, Alaudin Musaev, Valeri Revin, Boris Tselinsky und *Anatoly Sadchikov* 2000: The Moscow Drug Market. Report submitted to the United Nations Interregional Crime and Justice Research Institute for the Project „Global Study on Illicit Drug Markets". Unveröffentlichtes Manuskript.

Gilinsky, Yakov, Yakov Kostjukovsky und *Maya Rusakova*, 2000: Site Report on Drug Markets, Drug Trafficking, and Organised Crime in St. Petersburg. Unveröffentliches Manuskript.

Handelman, Stephen, 1995: Comrade Criminal. Russia's New Mafyia. New Haven: Yale University Press.

Joe Laidler, Karen A., David Hodson und *Harold Traver*, 2000: The Hong Kong Drug Market. A Report for UNICRI on the UNDCP Global Study on Illicit Drug Markets. Online: http://www.unodc.un.or.th/material/document/Kong.PDF.

Kinzig, Jörg, und *Anna Luczak*, 2004: A Passe-Partout Definition Encompassing Different Phenomena, in: *Cyrille Fjnaut* und *Letizia Paoli* (Hg.), 2004: Organised Crime in Europe: Conceptions, Patterns and Policies in the European Union and Beyond. The Hague: Kluwer.

Klerks, Peter H. M., 2000: Groot in hasj. Theorie en praktijk van de georganiseerde criminaliteit. Alphen aan den Rijn: Samson.

Korf Dirk J., und *Hans Verbraeck,* 1993: Dealers en dienders. Amsterdam: Universiteit van Amsterdam/Criminologisch Instituut „Bonger".

Krauthausen, Ciro, 1997: Moderne Gewalten: Organisierte Kriminalität in Kolumbien und Italien. Frankfurt a.M.: Campus.

Krauthausen, Ciro, und Sarmiento Luis Fernando 1991: Cocaina & Co. Un Mercado Ilegal por Dentro. Bogotà: Tercer Mundo Editores.

Lallemand, Alain, 1997: Die Russische Mafia. Der Griff zur Macht. Das Netzwerk zwischen Moskau, Berlin und New York. München: Lichtenberg.

Lee, Rensselaer W., 1989: The White Labyrinth: Cocaine and Political Power. New Brunswick: Transaction Publishers.

Lewis, Roger, 1994: Flexible Hierarchies and Dynamic Disorders. S. 42–54 in: *John Strang* und *Michael Gossop* (Hg.), Heroin Addiction and Drug Policy. The British System. Oxford: Oxford University Press.

Moore, Mark H., 1974: The Effective Regulation of an Illicit Market in Heroin. Lexington: Lexington Books.

MVD, Russian Ministry of the Interior, 2000: Kontrol sa narkotikami i predypresdenie prestypnosti v Rossijskoj Federazii. Organisovannaja prestypnost i nesakonnij oborot narkotikov v Rossijskoj Federazii [Drug Control and Crime Prevention in the Russian Federation. Organised Crime and Illicit Drug Trafficking in the Russian Federation]. Moskau: MVD.

Murphy, Sheigla, Dan Waldorf und *Craig Reinarman*, 1990: Drifting into Dealing: Becoming a Cocaine Seller. Qualitative Sociology 13(4): 321–343.

Paoli, Letizia, 1997a: The Pledge to Secrecy: Culture, Structure, and Action of Mafia Associations. Ph.D. dissertation. Firenze: European University Institute.

Paoli, Letizia, 1998: The Pentiti's Contribution to the Conceptualisation of the Mafia Phenomenon. S. 264–285 in: *Vincenzo Ruggiero, Nigel South* und *Ian Taylor* (Hg.), The New European Criminology, Crime and Social Order in Europe. London: Routledge.

Paoli, Letizia, 1999: Die italienische Mafia: Paradigma oder Spezialfall der organisierten Kriminalität? Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform 6: 425–440.

Paoli, Letizia, 2000a: Fratelli di Mafia: Cosa Nostra e 'Ndrangheta. Bologna: Il Mulino.

Paoli, Letizia, 2000b: Pilot Project to Describe and Analyse Local Drug Markets – First Phase Final Report: Illegal Drug Markets in Frankfurt and Milan. Lisbon: EMCDDA.

Paoli, Letizia, 2001a: Illegal Drug Trade in Russia. A Research Project Commissioned by the United Nations Office for Drug Control and Crime Prevention. Freiburg: edition iuscrim.

Paoli, Letizia, 2001b: Drug Trafficking in Russia: A Form of Organised Crime? Journal of Drug Issues 31 (4): 1005–1034.

Paoli, Letizia, 2001c: The Development of an Illegal Market: Drug Consumption and Trade in Post-Soviet Russia. British Journal of Criminology 42: 21–39.

Paoli, Letizia, 2002: The Paradoxes of Organised Crime. Crime, Law and Social Change 37: 51–97.

Paoli, Letizia, 2003: Mafia Brotherhoods: Organised Crime, Italian Style. New York: Oxford University Press.

Parker, Howard, Peter Blanken, Jane Fountain, Uwe Kemmesies, Letizia Paoli und *Karen Ellen Spannow*, 1998: Workgroup Review: Exploring Relationships Between Illicit Drugs and Crime. Online: http://qed.emcdda.eu.int/resources/workgroups/crime/crime.shtml.

Pearson, Geoffrey, und *Dick Hobbs*, 2001: Middle Market Drug Distribution. London: Home Office.

Podshivalkina Valentina, *Michael Glugovsky*, *Alexander Pantelejmonov*, *Dmitry Reshetnikov*, *Natalia Miroshnichenko*, *Michael Levinsky* und *Yurii Vandin*, 2000: The Odessa Drug Market. Report submitted to the United Nations Interregional Crime and Justice Research Institute for the Project „Global Study on Illicit Drug Markets". Unveröffentlichtes Manuskript.

PPF, Polizeipräsidium Frankfurt a.M., 1996: Rauschgift Kriminalität: Lagebericht 1995. Frankfurt a.M.

Preble Edward, und *John J. Casey,* 1969: Taking Care of Business: The Heroin User's Life on the Street. International Journal of the Addiction 4: 1–24.

PrRC, Procura della Repubblica di Reggio Calabria. Direzione Distrettuale Antimafia, 1993: Richiesta di applicazione di misure cautelari nei confronti di Morabito Giuseppe + 161. 5 novembre.

Rebscher Erich, und *Werner Vahlenkamp*. 1988: Organisierte Kriminalität in der Bundesrepublik Deutschland. Bestandsaufnahme, Entwicklungstendenzen und Bekämpfung aus der Sicht der Polizeipraxis. Wiesbaden: Bundeskriminalamt.

Reuter, Peter, 1983: Disorganised Crime. The Economics of the Visible Hand. Cambridge: The MIT Press.

Reuter, Peter, 1985: The Organisation of Illegal Markets: An Economic Analysis. Washington: National Institute of Justice.

Reuter, Peter, und *John Haaga*, 1989: The Organisation of High-Level Drug Markets: An Exploratory Study. Santa Monica: Rand.

Ruggiero, Vincenzo, 1992: La roba. Economie e culture dell'eroina. Parma: Pratiche editrice.

Roth, Jürgen, und *Marc Frey*, 1995: Die Verbrecher-Holding. Das vereinte Europa im Griff der Mafia. München: Piper.

Scherer, Frederic M., und *David Ross,* 1990: Industrial Market Structure and Economic Performance. Boston: Houghton Mifflin.

Schneider, Jane, und *Peter Schneider*, 1976: Culture and Political Economy in Western Sicily. New York: Academic Press.

Schroers, Artur, 1998: Ecstasydealer – Beobachtungen zu einem bisher unerforschten Segment der Partykultur. S. 212–223 in: *Bettina Paul* und *Henning Schmidt-Semisch* (Hg.), Drogendealer: Ansichten eines verrufenen Gewerbes. Freiburg: Lambertus.

Shelley, Louise, 2004: Contemporary Russian Organized Crime: Embedded in Russian Society. In: *Cyrille Fjnaut* und *Letizia Paoli* (Hg.), 2004: Organised Crime in Europe: Conceptions, Patterns and Policies in the European Union and Beyond. The Hague: Kluwer.

Thoumi, Francisco E., 1995: Political Economy and Illegal Drugs in Colombia. Boulder: Lynne Rienner.

Treerat, Nualnoi, Noppanun Wannathepsakul und *Daniel Ray Lewis*, 2000: Global Study on Illegal Drugs: The Case of Bangkok, Thailand.
Online: http://www.unodc.un.or.th/material/document/Thailand.PDF.

TrMI, Tribunale di Milano, Ufficio del Giudice per le Indagini Preliminari, 1994: Ordinanza di custodia cautelare in carcere nei confronti di Zagari Antonio + 155. 12 gennaio.

TrMI, Tribunale di Milano, Sezione Penale, 1996: Sentenza nella causa penale contro Avalos Osorio Jorge Enrique + 23, Procedimento nr. 2278, 5564, 3571, 3572/94. 17 febbraio.

TrMI, Tribunale di Milano, Ufficio del Giudice per le Indagini Preliminari, 1997: Sentenza nella causa penale a carico di Agil Fuat + 132. 11 giugno.

TrTO, Tribunale di Torino. Ufficio del Giudice per le Indagini Preliminari, 1994: Ordinanza di custodia cautelare in carcere nei confronti di Belfiore Salvatore + altri. 23 giugno.

Weber, Max, 1972 [1921]: Wirtschaft und Gesellschaft: Grundriß der verstehenden Soziologie. Tübingen: Mohr.

Weschke, Eugen, und *Karla Heine-Heiß*, 1990: Organisierte Kriminalität als Netzstrukturkriminalität. Berlin: Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege.

Williams, Phil, und *Carl Florez*, 1994: Transnational Criminal Organizations and Drug Trafficking. Bulletin on Narcotics XLVI(2): 9–24.

Zaitch, Damian, 2002: Trafficking Cocaine: Colombian Drug Entrepreneurs in the Netherlands. The Hague: Kluwer Law International.

MACHT, UNGLEICHHEIT UND KORRUPTION: STRUKTURELLE UND KULTURELLE DETERMINANTEN IM INTERNATIONALEN VERGLEICH

Susanne Karstedt

Zusammenfassung: Seit den 1990er Jahren ist Korruption in der Bundesrepublik zunehmend zum Gegenstand der Aufmerksamkeit der Medien geworden und hat Anlass zu öffentlicher Beunruhigung und Initiativen seitens des Gesetzgebers geboten. Diese nationale Entwicklung war eingebettet in eine globale und internationale Bewegung der Skandalisierung von Korruption, an der internationale Organisationen ebenso beteiligt waren wie sie Länder in Europa, Südamerika und Asien erfasste. Damit rückten sowohl die Ursachen wie die Folgen von Korruption in den Mittelpunkt des internationalen Interesses und der vergleichenden Korruptionsforschung aus sozialwissenschaftlicher Perspektive. Der Beitrag gibt einen Überblick über die Faktoren, die derzeit aus einer „neo-liberalen", „demokratietheoretischen", „sozialstrukturellen" und „kulturellen" Perspektive diese Forschung dominieren, und kristallisiert einen Ansatz heraus, in dem egalitäre mit hierarchisch-elitären Kontexten anhand struktureller und kultureller Dimensionen kontrastiert werden. An einer Auswahl von 37 Ländern wird dieses Modell überprüft, wobei Korruption mit Hilfe des Corrruption Perception Index gemessen wird. Es zeigt sich, dass vor allem das kulturelle Muster, das den hierarchisch elitären Kontext bestimmt, korrupte Transaktionen begünstigt.

I. „Skandalisierung und Entdramatisierung" – nationale und internationale Perspektiven

Böse Zungen haben die Bundesrepublik eine „Bananenrepublik ohne Sonne" genannt (vgl. Berg 1997). In der Tat war bereits der Weg der jungen Republik von Korruptionsskandalen begleitet, die etwas beschwichtigend Affären genannt wurden. Trotz ihres keineswegs geringfügigen Ausmaßes und ihrer durchaus beträchtlichen Zahl in Bund, Ländern und Gemeinden war dies jedoch die Meinung einer Minderheit. Im Prinzip sonnte man sich in der (alten) Bundesrepublik in dem Bewusstsein, dass die preußischen Tugenden in Bürokratie und Politik immer noch lebendig und wirksam waren, und konnte damit die so genannten Affären als wenn auch bedauerliche Entgleisungen Einzelner abtun. Das hat sich seit 1990 geändert. Zu diesem Zeitpunkt wurde Korruption auf allen Ebenen zum Gegenstand der Aufmerksamkeit der Medien und Anlass zu öffentlicher Beunruhigung. Hand in Hand damit einher ging eine Intensivierung der Strafverfolgung und die Verabschiedung neuer Gesetze zur Bekämpfung der Korruption im Jahre 1998. Dieser Diskurs, den Höffling (2002: 13) treffend als „Dialektik zwischen Skandalisierung und Entdramatisierung" charakterisiert hat, ist seither nicht abgerissen. Auch wenn Politiker aller Parteien, die im Jahrzehnt zuvor keineswegs unbefleckt aus dem Flick-Skandal hervorgegangen waren, Entschlossenheit im Kampf gegen die Korruption demonstrierten, sahen sie sich verpflichtet, auf die

Ehrbarkeit der Amtsträger hinzuweisen: Im Gegensatz zu den „wirklichen" Bananenrepubliken war Korruption in der Bundesrepublik eben „nicht in jeder Amtsstube zu Hause" (zit. nach Höffling 2002: 13). Das war nicht falsch, aber auch nicht entlastend: Die Korruptionsskandale der Bundesrepublik lassen sich überwiegend als schwere oder „grand corruption" (Moody-Stuart 1995; Rose-Ackermann 2002; Karstedt 2001a), also als Korruption, in die vor allem die Eliten involviert sind, kennzeichnen.

So sehr der Vergleich mit der Korruption auf internationaler Ebene beschwichtigen mochte, so war die Entwicklung in der Bundesrepublik keineswegs unabhängig von der internationalen und globalen Entwicklung. Italien wurde Ende der 1980er bis weit in die 1990er Jahre von einer Welle von Korruptionsskandalen erschüttert, deren juristische Aufarbeitung als „Aktion der sauberen Hände" bekannt wurde (della Porta und Vannucci 1999, 2002). Ebenso wie in Frankreich war hier entscheidend, dass die Strafverfolgungsbehörden (vor allem die Untersuchungsrichter) unabhängiger von den übergeordneten Ministerien arbeiten konnten (vgl. Blankenburg 2001). Zudem zeigte sich bei einer Reihe von Korruptionsskandalen, insbesondere bei der so genannten „Leuna-Affäre", dass die westeuropäischen Länder einschließlich der Bundesrepublik in einem Netzwerk korrupter Beziehungen miteinander verbunden waren und sich ein erheblicher Teil der Korruption, die der Bundesrepublik und ihren Bürgern (Bürgerinnen sind selten involviert) zugerechnet werden konnte, keineswegs in den heimischen Amtsstuben, sondern in den Suiten internationaler Hotels abspielte (vgl. zu einem Überblick über Europa della Porta und Mény 1997).

Hinzu kam eine erheblich gesteigerte Sensibilität für das Problem internationaler Korruption auf Seiten der internationalen Organisationen, insbesondere in der Weltbank und im Internationalen Währungsfond (IWF/IMF). Während der Finanzkrisen in Asien und Lateinamerika, die sich während der 90er Jahre abspielten, wurde im Zuge der von diesen internationalen Organisationen entwickelten und durchgesetzten Maßnahmen schnell klar, dass Korruption nicht nur eine Rolle in diesen Krisen gespielt hatte, sondern ebenso Maßnahmen zu ihrer Bewältigung und zukünftigen Verhinderung konterkarierte. Ferner war unübersehbar, dass ein Teil der Finanzkrisen in den Entwicklungsländern der einheimischen wie der internationalen Korruption, vor allem von Seiten der westlichen Geberländer, geschuldet war. Die problematische Lage der Entwicklungsländer und die sich z.T. dramatisch verschlechternde Lage in den ärmsten Ländern wurde auf grassierende Korruption in den Eliten zurückgeführt, die die internationalen Gelder systematisch abschöpften (Moody-Stuart 1995). Schließlich hatte sich auch gezeigt, dass astronomische Summen, die in die Staaten der ehemaligen Sowjetunion als Hilfs- und Aufbauleistungen geflossen waren, sich in der in diesen Staaten endemischen Korruption gewissermaßen in Luft aufgelöst hatten (Glinkina 1998; Shelley 2001; Karstedt 2003). Insbesondere die hier zu Tage tretenden internationalen Korruptionsbeziehungen machten deutlich, dass Politik und Wirtschaft der westlichen Industriestaaten keineswegs unschuldig waren, und mit ihrer Bereitschaft, die geforderten Summen zu zahlen, der Korruption in den genannten Ländern vor allem auf der höchsten Ebene erheblichen Vorschub leisteten. Eine weitere wichtige Rolle in der globalen Skandalisierung von Korruption spielten die internationalen Handelsabkommen, die die Märkte öffnen sollten, und damit auch die internationalen Märkte für Regierungsaufträge. Hier dürften im Prozess der zunehmenden Problemati-

sierung von Korruption in der globalen Wirtschaft der Prozess der Globalisierung selbst, wie auch die darin wirkenden Kräfte der Hegemonie und Machtdurchsetzung, aber auch des Wettbewerbs zwischen den Staaten,[1] eine bedeutende Rolle gespielt haben (vgl. Braithwaite und Drahos 2000).

Neben dem IWF und der Weltbank haben internationale Organisationen im letzten Jahrzehnt eine Reihe von Initiativen und Abkommen gegen Korruption in die Wege geleitet. Dazu gehört insbesondere das Abkommen der OECD aus dem Jahre 1999, das die Mitgliedstaaten verpflichtete, Korruption und Bestechung auch dann zu verfolgen, wenn diese von ihren Bürgern außerhalb ihres Rechtsgebietes begangen worden waren (vgl. Bannenberg 2002: 36f.). Damit sollte vor allem der „Zahlungsbereitschaft" der mächtigen westlichen Industriestaaten ein Riegel vorgeschoben werden. Derzeit wird in den Vereinten Nationen ein internationales Abkommen zur Korruptionsbekämpfung vorbereitet, das einheitliche Korruptionsgesetze in den nationalen Gesellschaften schaffen soll. Die Weltbank hat ein Forschungsprogramm aufgelegt, mit dessen Hilfe entscheidende Mechanismen der Verursachung von Korruption und ihrer Verhinderung und Bekämpfung identifiziert werden sollen (z.B. in den Programmen „Anticorruption" und „Administrative and Civil Service Reform", The World Bank Group).

Darüber hinaus haben auf der globalen Ebene vor allem NGOs, also nicht-staatliche Organisationen, eine führende Rolle gespielt. Transparency International war die erste Organisation, die sich die Aufgabe der Bekämpfung der internationalen Korruption exklusiv zu eigen gemacht hatte. Seit 1995 veröffentlicht die Organisation den *Corruption Perceptions Index (CPI)*, der auf der Grundlage von Befragungen von internationalen Experten und Managern, von internationalen Wirtschaftsberatungsunternehmen, sowie von Bevölkerungsumfragen erstellt wird und derzeit 133 Länder umfasst.[2] Von Transparency International selbst vorgenommene oder initiierte vergleichende Auswertungen (siehe www.globalcorruptionreport.org) sollen dazu dienen, die Faktoren zu identifizieren, die Länder für Korruption besonders anfällig machen, und zeigen, auf welche Weise und durch welche Gesetze und Maßnahmen Korruption eingedämmt werden kann. Auf dieser Grundlage wirbt die Organisation für ein Bündel spezifischer Maßnahmen, wozu vor allem die Transparenz der Vergabe von Regierungsaufträgen sowie generell aller Vorgänge in der Administration und Politik gehören, in der Bundesrepublik vor allem symbolisiert durch die Forderung nach dem ‚gläsernen Abgeordneten'. Seit 1999 wird der *Corruption Perceptions Index* durch einen *Bribe Payers Index (BPI)* ergänzt. Dieser Survey wurde 2002 zum zweiten Male durchgeführt und umfasst 21 Länder, darunter die wichtigsten Exportnationen, neben den westeuropäischen Ländern und den USA Malaysia, Hongkong (als selbstständige Einheit), Taiwan, China und Russland. Es zeigt sich, dass die Länder, die dem OECD-

1 Ungehinderte Korruption und korrupte Beziehungen, die z.T. auf kolonialen Traditionen beruhen, gelten als wettbewerbsverzerrend. Insofern haben insbesondere die Industrienationen ein Interesse daran, dass Korruption möglichst gleichmäßig in allen Ländern verfolgt wird.

2 Eine ausführliche Beschreibung der Methoden und zusätzliche Indikatoren finden sich unter <www.transparency.org/surveys/index.html> für jeden einzelnen Index. Inzwischen liegen auch weiter zurück reichende Rankings vor, so für 1980–1985 und 1988–1992 (Internet Centre for Corruption Research, Universität Göttingen).

Abkommen nicht beigetreten sind, eine deutlich höhere Tendenz haben, Bestechungsgelder zu zahlen. Im Gegensatz zur landläufigen Meinung sind es nicht die internationalen Firmen, sondern die nationalen, die eine höhere Bereitschaft zur Zahlung von Bestechungsgeldern aufweisen. Während die ‚global players' inzwischen unter einen erheblichen internationalen Druck geraten sind und infolgedessen auch interne Kontrollmechanismen entwickelt haben und einsetzen, gilt dies offensichtlich weniger für nationale Unternehmen (Bribe Payers Survey 2002, complete report, www.transparency.org/survey/index.html; vgl. Rose-Ackermann 2002).

Diese Aktivitäten auf internationaler Ebene sind gewissermaßen auch Instrumente der Skandalisierung und damit der sozialen Kontrolle im globalen Raum, als sie die betreffenden Länder, die besonders schlecht abschneiden, an den Pranger stellen, und möglicherweise Auswirkungen auf wichtige wirtschaftliche und politische Entscheidungen auf internationaler Ebene haben. Es gibt bislang wenig Beweise, ob und wie solche Prozesse internationaler sozialer Kontrolle tatsächlich funktionieren (vgl. Braithwaite und Drahos 2000). Aber es wurde schon in Deutschland zur Kenntnis genommen, dass die Bundesrepublik keineswegs das von Korruption freie Land war, als das sie sich weitgehend selbst gesehen hatte. Unter den 41 Ländern, die im CPI 1995 vertreten waren, belegte sie einen wenig ehrenvollen 13. Platz weit hinter Neuseeland, Dänemark, Singapur und Finnland, die die ersten Plätze innehatten, und vor Chile, den USA und Österreich. Die Position zwischen Ländern wie Israel, Großbritannien, Japan, Belgien, Hongkong und Chile hat sich bis 2003 wenig verändert, jedoch hat sich der relative Rangplatz innerhalb der wachsenden Zahl von Ländern verschoben, wobei die neu hinzugekommenen allerdings eher im unteren Bereich rangieren.[3] Repräsentierte der 13. Platz 1995 noch einen Rang ganz am Ende des ersten Drittels (relativer Rangplatz: .31), so rückte die BRD 2003 nahe an die ersten zehn Prozent heran (.12). Jedoch spricht die relativ stabile Position in der Ländergruppe, in der die Bundesrepublik platziert ist, für eher geringfügige Veränderungen. Das gilt ebenso für den Rang der BRD innerhalb der (west-)europäischen Länder: Auch wenn die Bundesrepublik deutlich hinter den skandinavischen und Ländern wie den Niederlanden rangiert, so doch konsistent vor Frankreich, Spanien oder Italien (vgl. auch Scheuch 2002; della Porta und Mény 1997). Noch problematischer, aber wahrscheinlich realistisch, war dann der 9. Rang unter 19 Exportnationen im Bribe Payers Index, den die Bundesrepublik mit den USA ganz am Ende der oberen 50 Prozent und hinter Schweden, Australien, Kanada und Österreich auf den ersten Plätzen teilte. Schließlich betraf ein guter Teil der aufgedeckten Korruptionsskandale Exporte, zumeist von Militärgütern.

Insgesamt kann man für die Bundesrepublik vermuten, dass die während der 90er Jahre „nicht nachlassende Skandalisierung (und der damit) erzeugte Problemdruck" (Höffling 2002: 13) sowohl durch nationale wie internationale Faktoren bedingt waren, die sich in einer der führenden Exportnationen naturgemäß wechselseitig verstärken mussten. Sowohl Höffling (2002) als auch Bannenberg (2002), die die umfassendsten und neuesten Untersuchungen zu diesem Prozess vorgelegt haben, betonen die Veränderung des nationalen öffentlichen Klimas, wie es sich in der Presse, in der

3 Dabei handelt es sich vor allem um die Nachfolgestaaten der UdSSR sowie afrikanische Staaten, die ganz überwiegend auf den unteren Rangplätzen zu finden sind. Damit rücken naturgemäß die anderen Länder in einen höheren relativen Rang vor (vgl. Karstedt 2003).

Strafverfolgung und gesetzgeberischen Aktivitäten widerspiegelt.[4] Dies deutet im Wesentlichen darauf hin, dass nicht die Korruption selbst zugenommen hat, sondern deren Skandalisierung in Rahmen der nationalen Debatte. Dies lässt sich durchaus als Zeichen eines reifer gewordenen demokratischen Bewusstseins deuten. Jedoch hat sich die Bundesrepublik immer schwer getan, gesetzgeberische Konsequenzen zu ziehen, und ist bis heute zögerlich, sich z.B. auf dem Gebiet der Parteienfinanzierung wie auch bei der Offenlegung der Einkünfte von Abgeordneten an die inzwischen entwickelten internationalen Standards anzupassen (von Arnim 1996; von Alemann 2002).

II. Unmoralischer Tausch und „Corrupt Exchanges" – Ursachen und Folgen von Korruption im internationalen Vergleich

Korruption gilt geradezu als exemplarischer Fall für die Konstruktion abweichenden Verhaltens durch kulturelle Normen, öffentliche Meinung und durch Skandalisierung. Dazu trägt die erhebliche Variabilität in der rechtlichen und strafrechtlichen Definition, in der Verfolgung von Korruption und schließlich ihrer moralischen Verurteilung durch die Bevölkerung bei. Diese Variabilität lässt sich nicht nur historisch, sondern auch im internationalen Vergleich feststellen (vgl. Scheuch 2002). Das Geben und Nehmen von Geschenken (siehe Gransow 1991 zu China), die Bevorzugung von und Fürsorge für die eigene Familie, ethnische Gruppe oder eine Klientel (Currie und Ray 1984 zu Kenia; della Porta und Vannucci 1999 zu Italien; vgl. hier auch Banfield 1958) gehören zu einem kulturellen Muster, das korrupt eher aus der Sicht westeuropäischer Demokraten und Bürokraten erscheint. In einer wuchernden Bürokratie ist Korruption oft die einzige Möglichkeit, Dinge überhaupt oder innerhalb vernünftiger Fristen zu erledigen (Killias 1998). Höffling (2002: 15f.) identifiziert daher drei Dimensionen der Korruption, zum einen eine „Verdichtung des Unmoralischen", zum zweiten Korruption als „qualifizierter Normenverstoß" und zum dritten als eigentliches Delikt und als Kriminalität. Diese drei Dimensionen können durchaus unabhängig voneinander variieren, wie unten gezeigt werden wird, und sie produzieren vor allem „Grauzonen des Zulässigen (Höffling 2002: 54ff.). Korruption und deren Skandalisierung eignen sich daher hervorragend als ein Instrument im politischen Konflikt. Wer was wann und wie als Skandal definiert oder definieren kann, ist abhängig von der Verteilung der Macht im Rahmen der Institutionen und des politischen Prozesses. Insofern sind es speziell die Perioden des Machtwechsels, in denen Korruptionsskandale nicht nur überproportional häufig sind, sondern geradezu als Instrument des Machtwechsels und der Etablierung neuer Eliten dienen.[5] Es ist dieser Zusammenhang von Macht, Moral und Recht, der Korruption als Demonstrationsobjekt für soziologische und kritische Analysen in der Kriminologie geradezu prädestiniert.

4 Beide Arbeiten bieten einen hervorragenden Überblick über die Literatur und die Entwicklung der öffentlichen Meinung während der 1990er Jahre.

5 Dieser Prozess spielte sich vor allem regelmäßig in der ehemaligen Sowjetunion ab (vgl. Karstedt 2001a, 2003 und die dort angegebene Literatur; Clark 1993). Jedoch finden wir auch in Japan die Regelmäßigkeit von großen Korruptionsskandalen und daran anschließenden ritualistischen ‚Säuberungen' von betroffenen Beschuldigten (Girling 2002: 162).

Aus dieser Perspektive ist die Skandalisierung der Korruption der entscheidende Prozess und eigentliche Gegenstand der soziologischen Analyse (vgl. Blankenburg 1990; Blankenburg, Standhammer und Steinert 1989; Blankenburg 2002; Käsler 1991). Der Skandal ist hier ein Medium der Verdeutlichung der Norm oder überhaupt ihrer Etablierung und macht ein spezifisches Verhaltensmuster zu Korruption im Sinne eines Verstoßes gegen moralische und rechtliche Normen. Als ‚Institution' kann er dann den ‚Checks and Balances' innerhalb des demokratischen Prozesses zugerechnet werden. Diese Perspektive geht jedoch von einem engen Zusammenhang und einer hohen Kongruenz zwischen einem kulturell geprägten Muster der Akzeptanz, Beteiligung und moralischen Verurteilung sowie der tatsächlich vorhandenen Korruption aus. Diese Perspektive der Kongruenz von moralischer Bewertung und faktischer Verbreitung von Korruption – also von Korruption als kulturellem Muster – verliert an Überzeugungskraft, wenn empirische Daten herangezogen werden. Killias (1998) fand in einer Analyse des Internationalen Survey zur Viktimisierung im Bereich der Wirtschaft und von Unternehmen keinen Zusammenhang zwischen der moralischen Verurteilung von Korruption und der Bereitschaft, solche Vorfälle den Strafverfolgungsbehörden anzuzeigen. Dies wird im Prinzip durch eigene Analysen der Autorin mit einem international vergleichenden Datensatz (siehe unten) bestätigt. Vergleicht man nämlich die Rangordnungen des Corruption Perceptions Index von 1996 bis 1998 mit dem Rang, den die betreffenden Länder im World Value Survey 1990–1993 (Inglehart, Basanez und Moreno 1998, ohne Seitenangabe) hinsichtlich der moralischen Verurteilung von Korruption einnehmen, ergibt sich ein sehr differenziertes Bild.[6] So zeigt sich für Länder wie Argentinien, Brasilien, Indien und China, dass sie einerseits zwar besonders korruptionsbelastet sind, jedoch andererseits hinsichtlich des Rangplatzes der moralischen Verurteilung weit oben rangieren, so z.B. Argentinien auf dem ersten Platz. Hier sind die stärksten Differenzen zwischen moralischer Norm und faktischem Verhalten zu beobachten. Für zwei Länder, die oft als Kulturen genannt werden, in denen Korruption keineswegs verurteilt, sondern als Geben und Nehmen von Geschenken oder als Nepotismus und Klientelismus, also als Sorge für einen Familienverband allgemein akzeptiert wird, Japan und Südkorea, zeigt sich eine interessante Überschneidung: Während Südkorea weit oben auf dem 10. Rang der moralischen Verurteilung platziert ist, nimmt es einen ausgesprochen niedrigen 34. Rang im CPI ein. In Japan ist es umgekehrt: Es nimmt einen 17. Platz im CPI ein, kurz hinter der Bundesrepublik, während die moralische Verurteilung dort ausgesprochen niedrig ist (34. Rang). Wir können daraus schließen, dass – wie in anderen Fällen auch – Normalität nicht mit Legitimität gleichgesetzt werden kann und moralische Verurteilung und faktischer moralischer Habitus und Praktiken weitgehend differieren können, und dies zwischen Ländern, die aus der Außenperspektive eher als vergleichbare Kulturen wahrgenommen werden.

6 Im World Value Survey wurden eine Reihe von Fragen zur moralischen Verurteilung bestimmter Verhaltensweisen gestellt. Die Befragten gaben auf einer Skala von 1 bis 10 an, ob ein solches Verhalten „immer" oder „nie" gerechtfertigt war, in diesem Fall das Annehmen eines Bestechungsgeldes. Die Rangordnung ergibt sich aus dem Anteil der Befragten in 38 Ländern, die das Verhalten für „nie" gerechtfertigt hielten.

Um den eng gesteckten Rahmen der Skandalisierungsperspektive zu überwinden und Korruption unabhängig von moralischen und rechtlichen Bewertungen zu untersuchen, bietet es sich an, von Korruption als einer spezifischen „sozialen Beziehung" (Höffling) auszugehen. Korruption erscheint hier als eine Form des „unmoralischen Tauschs" (Neckel 1995), als Versuch, „die Loyalität von Funktionsträgern gegenüber ihrer Organisation durch illegitime Mittel zu untergraben" (Röhl 1987: 431), und als eine Transaktion, bei der für etwas gezahlt wird, was eigentlich nicht käuflich sein sollte. Es ist eine Transaktion, bei der beide Partner illegitime Vorteile zu Lasten anderer, einer Organisation oder der Allgemeinheit erhalten, und die den Missbrauch von Macht einschließt, ebenso wie einen Interessenausgleich zwischen den involvierten Partnern unter Ausschluss und zum Nachteil Dritter. „Corrupt exchanges" (della Porta und Vannucci 1999; della Porta und Rose-Ackermann 2002; Höffling 2002) kennzeichnen eine Bandbreite von ‚unmoralischen Transaktionen', die Abweichungen von akzeptierten und/oder rechtlichen Transaktionsnormen darstellen und die immer eine verdeckte und geheime Form des Entscheidungsprozesses oder einer Beteiligung an diesem Prozess annehmen. Eine solche auf der Basisform der korrupten Interaktion aufbauende Konzeption kann zwischen der Skylla einer rein relativistischen Auffassung von Korruption als Skandalisierung und der Charybdis der engen (straf-)rechtlichen Definition eine brauchbare Grundlage schaffen, die sich vor allem für den internationalen Vergleich anbietet. Sie ist nicht an die (straf-)rechtlichen Definitionen von Korruption gebunden, die prinzipiell auf Amtsträger in der öffentlichen Verwaltung oder in der Politik beschränkt sind, sondern kann Transaktionen einbeziehen, die innerhalb anderer Rechtsgebiete geregelt und sanktioniert werden. Vielmehr lassen sich hier auch andere Formen des „unmoralischen Tausches" subsumieren, wie z.B. die Parteienfinanzierung, wenn Angestellte von Wirtschaftsunternehmen Vorteile bei Aufträgen und Geschäftsabschlüssen für sich einfordern (und erhalten), Formen der Ämterpatronage, des Nepotismus und Klientelismus sowie die Ausbeutung der Bevölkerung durch Amtsträger (siehe Warren 2004 zu einer ausführlichen Diskussion). Insofern erlaubt diese Definition, eine Bandbreite von Phänomenen auszuleuchten, die über den Bereich der öffentlichen Verwaltung hinausreichen, und kann Wirtschaftsunternehmen und Märkte einbeziehen; sie greift ferner auch dort, wo beispielsweise wie in Planwirtschaften solche Unterscheidungen nicht möglich sind, aber Korruption endemisch ist. Im Prinzip lässt sich jedoch als kleinster gemeinsamer Nenner auf internationaler Ebene Korruption als Transaktion bezeichnen, bei der die Loyalität von Funktionsträgern der öffentlichen Verwaltung durch illegitime Mittel untergraben wird und dies zu Lasten der Allgemeinheit geht, wobei dem Begriff des „public good" hier u.U. eine große Reichweite zugestanden wird (Warren 2004).

Ausgehend von dieser wenn auch globalen Definition stellen sich Fragen nach den Ursachen einerseits und den Folgewirkungen andererseits von Korruption. Welches sind die institutionellen Arrangements, die solche Beziehungen fördern, innerhalb welcher Netzwerke florieren sie, und welche kulturellen Muster leisten ihnen Vorschub und legitimieren sie? Welche Wirkungen hat Korruption selbst auf Institutionen, Sozialstruktur oder kulturelle Muster? Betrachtet man die Ursachen wie die Folgewirkungen von korrupten Beziehungen, dann schiebt sich eine Perspektive in den Vordergrund, bei der die Dysfunktionen des politischen Systems und Ungleichgewichte zwi-

schen seinen Subsystemen im Vordergrund stehen (vgl Huntington 1968). Aus dieser Perspektive erscheint Korruption als eine Reaktion auf Dysfunktionalitäten des politischen Systems selbst und ist insofern funktional, als sie insbesondere in schwachen Staaten und einer schlecht funktionierenden Bürokratie ein Mindestmaß an Effizienz und über Klientelismus ein Minimum an Partizipation sicherstellt. Auf diese Weise produziert Korruption soziale Mobilität oder sorgt dafür, dass Ressourcen zumindest innerhalb von bestimmten Gruppen verteilt werden (della Porta und Vannucci 1999; della Porta und Rose-Ackermann 2002). Insbesondere in den ehemaligen kommunistischen Staaten scheint die weit verbreitete Korruption ein solches Minimum an Funktionsfähigkeit in der Planwirtschaft gesichert zu haben (vgl. Los 1988, 1990; Karstedt 1999, 2003 sowie dort angegebene Literatur; Clark 1993).

Die Funktionalität von Korruption in diesem Sinne geht jedoch mit einer Reihe von Folgewirkungen einher, die die strukturellen Probleme und damit die Ursachen von Korruption selbst perpetuieren (vgl. Nye 1989; Myrdal 1989). So weist Galtung (1994) darauf hin, dass Nepotismus und Klientelismus im Dienste der eigenen ethnischen Gruppe die Kluft und sozialen Konflikte zwischen diesen Gruppen erheblich verstärken können, bis hin zum Ausbruch kollektiver Gewalt. Klientelismus und Privilegiensysteme, wie sie in der Bürokratie der Plan- und Staatswirtschaften vorherrschten, können ein allgemeines Gefühl der Recht- und Machtlosigkeit in der betroffenen Bevölkerung nähren und damit die normativen Grundlagen für Korruption festigen und ausweiten. Wird soziale Mobilität nahezu ausschließlich durch korrupte Transaktionen wie Nepotismus und Klientelismus hergestellt, dann wird dies die soziale Ungleichheit fördern, die verantwortlich für diese Mechanismen ist. Insofern sind korrupte Transaktionen in rekursive Prozesse und dynamische Rückkoppelung eingebunden.

Zu den negativen Folgen von Korruption lassen sich eine Reihe von weiterreichenden Auswirkungen innerhalb des politischen Systems und des Gemeinwesens zählen. Warren (2004) hat diese für demokratisch verfasste Staaten als „Schäden für die Demokratie" zusammengefasst. Er rechnet hierzu einen allgemeinen Vertrauensverlust in Politik und Administration als Folge von Ineffektivität, Willkür und undurchsichtigen Entscheidungen; ferner die Unterminierung von Rechtsstaatlichkeit und individuellen Rechten; einen Verlust an zivilgesellschaftlichem Engagement und schließlich den Verlust des Vertrauens in das Funktionieren von Märkten. Dies sollte vor allem in Transformationsstaaten verschärft zum Tragen kommen (vgl. auch Girling 2002), z.B. in Osteuropa und den Nachfolgestaaten der Sowjetunion, wo Korruption die demokratischen Institutionen erheblich gefährdet und zu ihrer Destabilisierung beiträgt (Shelley 2001; Karstedt 2003; Der Spiegel 2003).

In erster Linie für die Länder der Dritten Welt ist Korruption für Armut und tief greifende soziale Ungleichheit verantwortlich gemacht worden, oder zumindest für deren Verschärfung bzw. Stabilisierung. Gupta, Davoodi und Alonso-Terme (1998) fanden in einer Auswahl von 37 Ländern, dass Korruption sowohl auf soziale Ungleichheit als auch auf Armut einen verstärkenden Effekt hatte. Es zeigte sich ferner, dass dieser Effekt auch nach einer Kontrolle der kausalen Richtung Bestand hatte.[7] Dies

7 Dies wurde mit Hilfe so genannter instrumenteller Variablen kontrolliert, d.h. mit Variablen, die mit Korruption korrelierten, nicht jedoch mit den beiden abhängigen Variablen.

spricht keineswegs gegen soziale Ungleichheit und Armut als verursachende Faktoren, sondern vielmehr eher für die dynamische Interdependez von Korruption, Armut und Ungleichheit. Sowohl Husted (1999) als auch Swamy et al. (2001) sehen beide Faktoren eher als Ursachen der Korruption, zumal die strukturellen eng mit kulturellen Faktoren verbunden sind. Soziale Ungleichheit geht mit kulturellen Mustern einher, die die Akzeptanz von Autorität und soziale Distanz zwischen den gesellschaftlichen Hierarchie-Ebenen fördern, und innerhalb eines solchen Umfeldes hat Korruption in der Tat die wichtige Funktion, soziale Distanzen zu überbrücken (vgl. auch della Porta und Vannucci 1999). In ähnlicher Weise sind Bruttosozialprodukt, Investitionen und Korruption als dynamischer Zusammenhang untersucht worden (vgl. Lambsdorff 1999a und die dort angegebene Literatur), wobei der signifikante negative Zusammenhang zwischen BSP, Investitionen und Korruption ebenfalls als kausaler Prozess in beide Richtungen gedeutet werden kann.

Bündelt man die Faktoren, die in der vergleichenden Forschung als kausale Faktoren von Korruption untersucht worden sind, so kristallisieren sich institutionelle, strukturelle und kulturelle Faktorengruppen heraus, die wiederum unter vier übergreifenden Perspektiven untersucht werden. Aus einer „neo-liberalen" und überwiegend ökonomisch dominierten Perspektive werden die Übermacht des Staates (oder seine Zentralisierung), der staatliche Eingriff in Märkte, der Ausschluss von internationaler Konkurrenz und die Effizienz bzw. das Ausmaß der Bürokratie als ursächlich für Korruption angesehen (vgl. Elliott 1997; Treisman 1999a; Huther und Shah 1998; zusammenfassend Lambsdorff 1999a). Insgesamt sind die Resultate wenig überzeugend, bestenfalls widersprüchlich, und stützen im Prinzip die neo-liberale Perspektive nicht.

Die „demokratietheoretische" Perspektive fasst institutionelle Faktoren zusammen, die im Rahmen des demokratischen Prozesses Offenheit und Transparenz, ‚Checks and Balances' oder eine funktionierende Justiz sicherstellen. Pressefreiheit scheint einen erheblichen abschreckenden Effekt auf Korruption zu haben (Brunetti und Wedner 1998), ebenso eine unabhängige Justiz und die Vorhersehbarkeit (predictability) justizieller Entscheidungen (World Bank 1997: 104, 168). Während sich für einzelne demokratische Institutionen durchaus Effekte nachweisen lassen, gilt dies nicht für zusammengefasste Indizes wie z.B. den Gastil Index demokratischer Institutionen (Paldam 1999, Treismann 1999b), dessen Effekt nach Kontrolle des Bruttosozialprodukts pro Kopf nicht mehr signifikant ist. Der demokratietheoretischen Perspektive lassen sich auch im weitesten Sinne Untersuchungen zurechnen, die zivilgesellschaftliche Faktoren wie Vertrauen und Sozialkapital untersuchen. So stellten La Porta et al. (1997) fest, dass Vertrauen sowohl in der Form generalisierten Vertrauens als auch als Institutionenvertrauen einen signifikanten negativen Effekt auf Korruption hat. Insgesamt sind die Effekte demokratischer Institutionen nicht eindeutig. Warren (2002) führt eine Reihe von Gründen an, warum Demokratie zwar einerseits Korruption verhindern kann, sie jedoch andererseits auch fördert; er nennt unter anderem die höhere staatliche Aktivität in demokratischen Wohlfahrtsstaaten, die intensivere bürokratische und rechtliche Regulierung, die Anreize zu ihrer Umgehung bietet, den „Handel" mit politischen und wirtschaftlichen Ressourcen, die Komplexität, die aus Differenzierung und Dezentralisierung resultiert, und vor allem Verhandlungen und Mediation in der Politik fördert (della Porta und Vannucci 1999; Rose-Ackermann 1999).

Die „sozialstrukturelle" Perspektive konzentriert sich in erster Linie auf Indikatoren sozialer Ungleichheit (Ward 1989). Korruption ist demzufolge vor allem in Gesellschaften weit verbreitet, in denen Eliten ungehindert politische und wirtschaftliche Macht akkumulieren und infolgedessen kaum kontrolliert werden können, in denen soziale Mobilität gering ist und demzufolge Klientelismus und Nepotismus Wege des sozialen Aufstiegs eröffnen, und wo sich geschlossene Netzwerke innerhalb der Eliten etablieren, die korrupte Transaktionen fördern und zugleich wirksam gegen Außeneinsicht abschotten (vgl. Karstedt 1998, 2001a, 2003). Indikatoren sozialer Ungleichheit haben sich als Prädiktoren von Korruption bisher am konsistentesten bewährt (Lambsdorff 1999a).

Die „kulturelle" Perspektive schließlich hat sich in erster Linie auf die Untersuchung einzelner Kulturen und integrierter kultureller Muster konzentriert und dabei mit Fallstudien einen holistischen Ansatz verfolgt (vgl. z.B. Gransow 1991 für China; Currie und Ray 1984 zu Kenia). Jedoch weisen eine Reihe von Fallstudien auf generalisierbare kulturelle Faktoren hin. Dazu gehören einerseits kulturelle Muster, die traditionell Familienverbände und kollektivistische Orientierungen begünstigen (vgl. die frühe Studie von Banfield 1958; Hooper 1995), sowie ferner jene kulturellen Orientierungen, die mit sozialer Ungleichheit verbunden sind und nicht-egalitäre Gesellschaften bestimmen (Cohen, Pant und Sharp 1996; Takyi-Asiedu 1993; Karstedt 1998). Die vergleichende Untersuchung kultureller Faktoren, die kulturelle Muster als Kontinuum konzipiert, hat sich insbesondere auf diese beiden Faktoren konzentriert, die mit den Skalen von Hofstede (1984, 1997) in quantifizierter Form vorliegen (siehe *Abschnitt IV*). Husted (1999) fand für diese Dimensionen, die er um zwei weitere kulturelle Dimensionen aus Hofstedes Untersuchung erweiterte – die Vermeidung von Unsicherheit und einen Maskulinität-Index, der materialistische Orientierungen misst –, dass diese einen positiven Effekt auf Korruption haben, und postuliert ferner, dass sie ebenso einen Effekt auf die Akzeptanz von Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung haben, wobei er sich hier auf lateinamerikanische Länder beschränkt (Hustedt 2002). In anderen Studien ist Religion als Indikator für spezifische Korruption begünstigende bzw. eindämmende kulturelle Muster untersucht worden. Protestantische Länder weisen ein signifikant geringeres Niveau an korrupten Praktiken auf (Treismann 1999b), wobei dies möglicherweise weniger einer spezifischen Version der protestantischen Ethik als den eher egalitären Orientierungen in diesen Ländern geschuldet sein mag. La Porta et al. (1997; 1999) haben Religion als Indikator für hierarchische Orientierungen eingesetzt, wobei Katholizismus, orthodoxe und islamische Religion als hierarchisch und non-egalitär und damit korruptionsfördernd gesehen werden. Hier zeigten sich allerdings nur schwache Effekte auf Korruption.

Insgesamt legen diese und andere Studien nahe, dass eine erhebliche Lücke zwischen theoretischer Analyse und diesen überwiegend faktoriell angelegten Studien besteht (vgl. Lambsdorff 1999a). Insofern suggeriert die hier vorgestellte Zusammenfassung in verschiedenen Ansätzen eine stärkere Kohärenz als tatsächlich vorhanden ist. Ferner ergibt sich aus der Notwendigkeit, relativ große Stichproben von Ländern für die Analyse zusammenzustellen, dass hier sehr unterschiedliche Ländergruppen zusammengefasst werden, in denen die Faktorengruppen jeweils unterschiedliche Wirkungen entfalten können. So ist vorstellbar, dass institutionelle Faktoren möglicherweise stär-

ker in den westlichen Industriestaaten zum Tragen kommen, während die strukturellen oder kulturellen Faktoren hier einen geringeren Effekt haben. Schließlich wird ein Mangel an ausgearbeiteten theoretischen Konzepten deutlich, die strukturelle und kulturelle Faktoren integrieren oder institutionelle Faktoren unter einer übergreifenden Perspektive zusammenfassen, wie es Warren (2002, 2004) für den demokratietheoretischen Ansatz versucht. In der folgenden empirischen Untersuchung werden strukturelle und kulturelle Faktoren sozialer Ungleichheit konzeptuell integriert und hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf Korruption an einer Auswahl von 37 Ländern untersucht.

III. Soziale Ungleichheit und Korruption: Strukturelle und kulturelle Determinanten

Die Untersuchung greift das Ergebnis einer Vielzahl von Studien zur Korruption auf, die zeigen, dass sowohl strukturelle wie kulturelle Faktoren sozialer Ungleichheit Korruption begünstigen. Ausgangspunkt ist eine idealtypische Kategorisierung der soziokulturellen Kontexte als „egalitär" und „hierarchisch-elitär" und die Annahme, dass korrupte Praktiken in hierarchisch-elitären Gesellschaften weiter verbreitet sind. Korrupte Praktiken sind durch zwei strukturelle Merkmale gekennzeichnet: Sie sind zum einen hierarchisch, d.h. sie stellen eine Transaktion zwischen Hierarchie-Ebenen dar, wozu hier auch die Transaktionen zwischen bürokratischer Hierarchie und ‚Publikum' gerechnet werden, und zwar von „unten" nach „oben", und sie sind zum zweiten in eine spezifische, verdeckte und geheime Form personaler Netzwerkbeziehungen eingebettet, die sowohl vertikale wie laterale Beziehungen miteinander verbinden. Hierarchisch-elitäre Kontexte bieten einmal eine Reihe struktureller Voraussetzungen für solche Transaktionen an und machen weiterhin Korruption zu einem Mechanismus, der sich hervorragend eignet, Probleme und Dysfunktionen innerhalb dieser Kontexte zu bewältigen.

Tabelle 1: Strukturelle und kulturelle Dimensionen sozialer Ungleichheit

Egalitäre Gesellschaften	Hierarchisch-elitäre Gesellschaften
Strukturelle Dimensionen	
Hohe soziale Mobilität	Niedrige soziale Mobilität
Wandel/Austausch der Eliten	Stabilität der Eliten
Lose verknüpfte Netzwerke	Eng verknüpfte Netzwerke
Hohe soziale Kontrolle der Oberschichten und Eliten	Niedrige soziale Kontrolle der Oberschichten und Eliten
Hohe soziale Kontrolle der staatlichen Verwaltungen und Institutionen	Niedrige soziale Kontrolle der staatlichen Verwaltungen und Institutionen
Kulturelle Dimensionen	
Individualistische Wertorientierungen	Kollektivistische Wertorientierungen
Egalitäre Wertorientierungen	Autoritäre Wertorientierungen
Hohes Ausmaß an generalisiertem Vertrauen	Niedriges Ausmaß an generalisiertem Vertrauen
Niedriges Ausmaß an Unsicherheit	Hohes Ausmaß an Unsicherheit

Tabelle 1 stellt beide Kontexte anhand derjenigen Dimensionen einander gegenüber, die ganz besonders entscheidend für das Ausmaß von korrupten Transaktionen sind. Soziale Mobilität ist in egalitären Gesellschaften höher und basiert auf individuell zurechenbaren Leistungen. Insofern, und im Zusammenhang mit meritokratischen Orientierungen verhindert sie Korruption vor allem in der Form von Nepotismus und Klientelismus. Hohe soziale Mobilität im egalitären Kontext garantiert ferner ein höheres Ausmaß an Wandel innerhalb und Austausch von Eliten; auf diese Weise wirkt sie gegen die Bildung korporatistischer und vergleichsweise stabiler und eng geknüpfter Elitennetzwerke, und zwar sowohl innerhalb wie zwischen den Funktionseliten, die eher typisch für den hierarchisch-elitären Kontext sind. Das meritokratische Ethos im egalitären Kontext unterwirft Eliten, Oberschichten und Träger von Positionsmacht generell einer höheren sozialen Kontrolle, sei es durch die Öffentlichkeit, sei es durch bestimmte gesetzliche Regelungen. Umgekehrt machen es diese Prozesse den Eliten und Positionsträgern schwerer, Kontrolle abzuwehren oder eigene Formen einer ausschließlich internen und Selbstkontrolle zu entwickeln.[8] Eliten und Oberschichten werden in egalitären Gesellschaften stärker zur Verantwortung gezogen, und das gilt ebenso für die Kontrolle von Verwaltungen und Institutionen. Es gibt also prinzipiell vergleichsweise besser ausgebildete – wenn auch nicht immer funktionierende – Mechanismen der Kontrolle von „unten" und eine stärkere und besser regulierte Durchlässigkeit zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen, die Korruption als Mechanismus der Interaktion zwischen hierarchischen Ebenen wenn nicht obsolet, dann doch im Prinzip kostenreicher und damit weniger günstig machen.

Dies ist in unserer idealtypischen Gegenüberstellung im hierarchisch-elitären Kontext nicht der Fall. Hier reproduzieren sich Eliten selbst aus ihren eigenen Gruppen, sie bilden hochgradig abgeschottete Netzwerke innerhalb wie zwischen Funktionseliten aus und entziehen sich damit einer Kontrolle von unten. Stabile Netzwerke sind häufig eingebettet in Familienbeziehungen oder ethnische Gruppen. Der hierarchisch-elitäre Kontext wird vor allem dort verstärkt, wo die hierarchischen Linien kongruent zu den Grenzen zwischen ethnischen oder regionalen Gruppen verlaufen (siehe hierzu della Porta und Vannucci 1999). Korruption in der Form von Nepotismus und Klientelismus wird damit zu einem kompensatorischen Mechanismus des sozialen Aufstiegs und der Transaktionen zwischen Hierarchie-Ebenen, die im hierarchisch-elitären Kontext auf dysfunktionale Weise voneinander abgeschottet sind. Statt regulierter, kontrollierbarer und in diesem Sinne universalistischer Beziehungen sind es personalisierte und partikularistische Beziehungen, Privilegierungen einzelner oder Tauschbeziehungen in Form von Klientelismus, die zwischen den hierarchischen Ebenen vermitteln. Korruption ist somit nicht nur der wahrscheinlich kostengünstigste, sondern auch erfolgversprechendste Weg des sozialen Aufstiegs und für Transaktionen zwischen den Hiearchie-Ebenen.

Diesen Strukturmerkmalen entsprechen spezifische Wertorientierungen, die empirisch hoch mit diesen korrelieren (vgl. Hofstede 1980, 1984, 1997; Inglehart 1997). Individualistische Wertorientierungen kennzeichnen in diesem Kontext Wertorientie-

8 So werden z.B. die korrupten Praktiken in der Parteienfinanzierung in der Bundesrepublik auf einen Mangel an externer Kontrolle und darauf zurückgeführt, dass man allzu ausschließlich auf Mechanismen der Selbstkontrolle vertraut (von Alemann 2002).

rungen, nach denen individuelle Leistung hoch und unabhängig vom Gruppenkontext bewertet wird und generell eine eher ‚kosmopolitische' Orientierung. Der Gegenpol kollektivistischer Orientierungen ist durch ein kulturelles Muster charakterisiert, in dem die Zugehörigkeit zur Gruppe und die Gruppenleistung im Vordergrund stehen sowie die Abhängigkeit von einer Gruppe. Dies eher partikularistische und ‚lokale' Muster führt auch zu einer stärkeren Abgrenzung von Gruppen gegeneinander. Dies entspricht der Tendenz zu abgeschotteten Netzwerken und Gruppen in hierarchisch-elitären Gesellschaften, in denen sich über die Funktionseliten hinweg ein ‚Esprit de Corps' entwickelt. Egalitäre Wertorientierungen und kulturelle Muster betonen in einem geringeren Ausmaß hierarchische Unterschiede zwischen Personen und Gruppen, während autoritäre Orientierungen diese Distanz hervorheben und auf hierarchische Unterschiede abstellen. Insofern reflektieren sie die hierarchisch-autoritären strukturellen Komponenten. Sowohl kollektivistische als auch autoritäre Muster schränken die Entwicklung von generalisiertem Vertrauen erheblich ein, d.h. des Vertrauens in andere über die engeren Grenzen der eigenen Gruppe hinaus (vgl. Karstedt 2004). Vertrauen ist hier dicht, konzentriert und gebündelt innerhalb der In-Group und ausgedünnt im sozialen Raum zwischen den Gruppen, so dass sich ein Ungleichgewicht der gesellschaftlichen Integration entwickelt, das die In-group begünstigt. Die soziale Distanz und die hohen Machtdifferentiale zwischen den einzelnen hierarchischen Ebenen und gesellschaftlichen Statusgruppen, ebenso wie das geringe Ausmaß an Vertrauensbeziehungen zwischen den abgeschotteten Gruppen-Netzwerken dürften vor allem Transaktionen zwischen den hierarchischen Ebenen mit einem erheblichen Ausmaß an Unsicherheit belasten und insofern wird die Tendenz innerhalb eines solchen Kontextes hoch sein, die so entstehende Unsicherheit zu vermeiden (Granovetter 1992).

Das Bündel der Wertorientierungen, die insgesamt das hierarchisch-elitäre Syndrom ausmachen, begünstigt, unterstützt und legitimiert Korruption in mehrfacher Weise. Kollektivistische Orientierungen begünstigen korrupte Transaktionen in Form von Nepotismus und Klientelismus, jedoch auch korrupte Transaktionen zwischen Funktionseliten, die sich derselben Gruppe zugehörig fühlen. Die Betonung von Machtdifferentialen legitimiert diejenigen in Machtpositionen – und zwar bereits auf den unteren Ebenen der Bürokratie –, für ganz normale Leistungen persönliche Vergünstigungen einzufordern und ihre Dienste als „Privilegien" zu vergeben. Sie schreckt außerdem die soziale Kontrolle von unten ab, sowohl im öffentlichen Raum als auch innerhalb der Bürokratie in Form von Whistle-Blowing, also durch die Aufdeckung solcher Transaktionen durch Mitglieder der Organisation oder Behörde (vgl. Husted 2002). Das geringe Ausmaß generellen Vertrauens zwingt zu Interaktionsbeziehungen, die dieses Vertrauen dann auf „unmoralische" Weise herstellen, und begünstigt die partikularistischen und in Gruppenbeziehungen eingebetteten Vertrauensbeziehungen, in denen Korruption gedeiht. In einem solche Kontext werden Korruption und die entsprechenden „Beziehungen" zu einem Mechanismus, Unsicherheit zu vermeiden, indem Entscheidungen weniger arbiträr, sondern vorhersehbar – eben durch ‚gute Beziehungen', auf die man sich verlassen kann – gemacht werden. Insofern muss gerade die Vermeidung von Unsicherheit als integraler Bestandteil des hierarchischen Musters gesehen werden, als hier für die „ausgeschlossenen Dritten" auch kein Anreiz besteht, Korruption zu bekämpfen, um die eigene Sicherheit zu erhöhen, sondern im Gegen-

teil, sich dieses Mechanismus selbst zu bedienen (vgl. dagegen Lambsdorff 1999a: 13; Lambsdorff 2002).

Diese Kontrastierung von hierarchisch-elitären und egalitären Mustern erlaubt es, strukturelle und kulturelle Faktoren in ihrem Zusammenspiel zu analysieren und sie als integrale Bestandteile eines Musters zu untersuchen, das Korruption begünstigt – so in hierarchisch-elitären Gesellschaften – oder vergleichsweise einschränkt wie in egalitären Gesellschaften. In dem folgenden internationalen Vergleich werden integrierte soziokulturelle Kontexte verglichen und die relativen Auswirkungen von strukturellen und kulturellen Faktoren multivariat analysiert.

IV. Daten und Methoden

Datensatz: Die empirische Analyse basiert auf einer Auswahl von 37 Ländern, für die sowohl kulturelle Indikatoren als auch Daten für den Korruptionsindex (Corruption Perceptions Index, CPI) vorlagen. Ausgangspunkt war hier die Gruppe der Länder, für die Hofstede (1980, 1984, 1997) vier kulturelle Faktoren identifiziert hatte, die noch einmal ergänzt wurde durch ein Rating von weiteren Ländern, das von Hofstede selbst und führenden Forschern auf dem Gebiet des kulturellen Vergleichs vorgenommen wurde (Suh et al. 1998).

Dabei handelte es sich um folgende Länder und Ländergruppen: Europa ist mit Deutschland, Österreich, der Schweiz, Belgien, Frankreich, den Niederlanden, Irland, Großbritannien, Dänemark, Norwegen, Finnland, Schweden, Italien, Griechenland und Spanien vertreten, Süd- und Mittelamerika mit Argentinien, Brasilien, Chile, Kolumbien, Peru, Venezuela und Mexiko. Kanada und die USA repräsentieren Nordamerika, der Nahe wie Ferne Osten und pazifische Raum umfasst die Türkei, Israel, Indien, Pakistan, Japan, die Philippinen, Singapur, Hongkong, Taiwan, Thailand sowie Australien und Neuseeland, Afrika ist ausschließlich durch Südafrika vertreten. In der Auswahl sind die europäischen Länder überrepräsentiert, und es fehlen alle ost- und mitteleuropäischen Länder, wie auch weltweit postkommunistische Staaten, aus Gründen, die weiter unten erläutert werden. Grundsätzlich dürfte diese Auswahl jedoch eine relativ hohe Streuung sowohl hinsichtlich der Verbreitung von Korruption wie auch hinsichtlich der kulturellen und strukturellen Dimensionen sozialer Ungleichheit aufweisen.

Korruption: Korruption wurde mit Hilfe des Corruption Perceptions Index (CPI) gemessen. Der CPI ist ein von aktueller Strafverfolgung und nationaler rechtlicher Definition unabhängiger Index, der ganz auf den Einschätzungen von Managern nationaler und internationaler Firmen und der Beschäftigten in nationalen und internationalen Organisationen beruht und deren Eindruck wiedergibt, in welchem Ausmaß Korruption das wirtschaftliche und soziale Leben bestimmt. Insofern ist er ein „Meta-Survey" („Polls of polls"), der jedoch nur Surveys und Messungen aufnimmt, die verschiedene Länder mit einer identischen Methodologie abdecken.

Dazu werden die Berichte und Risiko-Einschätzungen für Investoren herangezogen, die von internationalen Wirtschaftsberatungsfirmen und Marktforschungsinstituten erstellt werden und zwischen 250 und 3000 Befragte umfassen, je nach Gruppe der Befragten. Einige Surveys sind auf bestimmte Regionen spezialisiert. Zu den befragten Personenkreisen gehören sowohl Führungskräfte wie das mittlere Management in Wirtschaft und Verwaltung. Die in allen Quellen zu Grunde ge-

legte Definition von Korruption bezieht sich ausschließlich auf die Korruption von Amtsträgern in Politik und öffentlicher Verwaltung und den Missbrauch von Amtsmacht zur persönlichen Bereicherung; sie schließt die Zahlung von Bestechungsgeldern an Amtsträger, verdeckten Zahlungen bei öffentlichen Aufträgen (Kickbacks) und die Veruntreuung öffentlicher Gelder ein, und nur diese Daten werden im CPI verwendet (Lambsdorff 1999b). Die in den CPI eingehenden Daten werden nach Regionen und Subgruppen standardisiert und falls erforderlich in metrische Daten transformiert. Darüber hinaus wird angegeben, wie stark diese Einschätzungen für das jeweilige Land differierten, so dass die Validität des jeweiligen Ranking abgeschätzt werden kann.[9] Der CPI ist so aufgebaut, dass hohe Werte ein niedriges Niveau an Korruption indizieren und niedrige Werte ein hohes Ausmaß, wobei 10 der höchste zu erzielende Wert ist und den Pol absoluter Freiheit von Korruption markiert. Zur besseren Anschaulichkeit wurde er für diese Untersuchung invertiert, so dass niedrige Werte mit einem niedrigen Niveau an Korruption zusammenfallen.[10] Für diese Untersuchung wurde der mittlere Wert der Jahre 1996–1998 verwendet, um Zufallsschwankungen sowie die Effekte von unterschiedlichen Datengrundlagen auszugleichen, die in den einzelnen Jahren herangezogen wurden und für die Länder differierten.

Eine solche Messung von Korruption favorisiert die Geberländer, d.h. vor allem die westlichen Industriestaaten in unzulässiger Weise, was durch den „Bribe Payers Index" wie oben beschrieben ausgeglichen werden soll.[11] Zusätzlich ergeben sich jedoch aus der Tatsache, dass die Datenquellen selbst divergieren, nicht einheitlich für alle Länder sind sowie selbst mit einer Reihe von Messfehlern behaftet sind, weitere Probleme hinsichtlich der Präzision dieses Messinstrumentes und der darauf basierenden Rangordnungen. Transparency International hat zu diesem Zweck ein Instrumentarium an Tests entwickelt, mit dem einerseits die Reliabilität der Quellen überprüft wird und andererseits die Rangordnungen einer Prüfung durch eingehende Analysen in regionalen Subgruppen unterzogen werden.[12] Diese im Vergleich zu anderen internationalen Indikatoren sehr kritische Prüfung des CPI und seine ständige Verbesserung machen ihn jedoch zu einem relativ genauen Instrument der Messung von Korruption, das inzwischen allgemein akzeptiert ist (vgl. Lambsdorff 2001).

Kulturelle Determinanten: Die kulturellen Faktoren wurden der exemplarischen Studie von Hofstede (1980, 1984, 1997) entnommen, der in einer groß angelegten internationalen Studie zu Arbeitsorganisation- und -werten sowie zur Arbeitsmotivation vier kulturelle Dimensionen oder Wertmuster herauskristallisierte.[13] Sie repräsentieren

9 Vgl. zu einer detaillierten Beschreibung der jeweiligen Quellen und Verfahren für die einzelnen Jahre <www.transparency.org/surveys/index.html>. In den letzten Jahren sind auch vermehrt Haushaltsbefragungen und repräsentative Sample einbezogen worden. Dies ist jedoch für die Jahre 1996 bis 1998 nicht der Fall.

10 Dabei wurde der Originalwert von 10 subtrahiert.

11 CPI und BPI korrelieren allerdings hoch (r = .75, eigene Berechnungen für CPI 1996–1998 und BPI 1999), jedoch gibt es erhebliche Differenzen hinsichtlich der Determinanten. So konnte kein Einfluss struktureller Ungleichheit und nur ein selektiver der kulturellen Determinanten festgestellt werden, was sicherlich auf die spezifische Zusammensetzung der Länder für den BPI mit einer Mehrheit an westlichen Industriestaaten zurückgeführt werden muss.

12 Dabei zeigt sich beispielsweise, dass insbesondere für die westeuropäischen Länder eine relativ hohe Präzision erzielt wird, während die relative Rangordnung der mittel- und osteuropäischen weniger präzise ist.

13 Hofstede untersuchte die Praktiken und Werthaltungen von Managern, Angestellten und Arbeitern in Niederlassungen von IBM in 66 Ländern in den Jahren zwischen 1968 und 1972.

Orientierungen, Praktiken und Routinen, die gleichzeitig bestimmen, wie sich in verschiedenen Kulturen die Menschen selbst und im Verhältnis zu anderen, insbesondere Gruppen, definieren. Die Zentralität, die Arbeit in kulturellen Werten und Praktiken hat, spricht dafür, dass Hofstede hier grundlegende kulturelle Muster identifizieren konnte, die sich nicht nur auf Leistung und Leistungsmotivation, sondern ebenso auf soziale Hierarchien, Autorität und Macht bezogen. Es ist wahrscheinlich, dass – insbesondere in den Ländern, die zum Zeitpunkt der Studie 1968–1972 als Entwicklungsländer galten – vor allem die Wertorientierungen der jüngeren Altersgruppen und aufstrebenden Mittelschichten erfasst wurden, da die Untersuchung im Kontext eines internationalen Unternehmens mit modernster Technologie durchgeführt wurde (es handelte sich um IBM). Gleichwohl differenzieren alle vier Dimensionen eindeutig zwischen Industriegesellschaften und Ländern der Dritten Welt. Die Tatsache, dass die Studie in den nationalen Niederlassungen eines internationalen Unternehmens durchgeführt wurde, hat den im Vergleich zu anderen interkulturellen Werteforschungen unschätzbaren Vorteil, dass sie an einer einheitlichen Population durchgeführt werden konnte. Zugleich bedeutete dies jedoch den Ausschluss aller damals kommunistischen Staaten sowie der afrikanischen Staaten mit Ausnahme Südafrikas. Hofstedes Dimensionen sind auch als „kulturelle Syndrome" (Triandis 1993) bezeichnet worden und mithin als multi-dimensionale Konzepte, die sowohl die innerhalb einer Kultur geteilten Praktiken als auch die geteilten und gültigen Bedeutungen und Sinngebungen umfassen.

Hofstede identifizierte die folgenden Dimensionen, die jeweils als Kontinuum konzipiert sind und zwei „Pole" miteinander kontrastieren: Kollektivismus vs. Individualismus, Machtdistanz mit den Polen „egalitär" und „hierarchisch-elitär", die Vermeidung von Unsicherheit mit den Polen einer hohen Vermeidung von Unsicherheit bzw. einem ausgeprägten Gefühl der Unsicherheit vs. einer niedrigen Vermeidung von Unsicherheit, und ein „Restfaktor", der die Pole „Maskulinität" und „Femininität" gegenüberstellt.[14] Unter diesen vier Faktoren hat insbesondere der erste eine herausragende Bedeutung für die interkulturelle Forschung erlangt und eine einflussreiche Forschungsrichtung in der interkulturellen Sozialpsychologie begründet (Triandis 1990, 1995). Er ist in vielfachen Kontexten reanalysiert, validiert und eingesetzt worden (vgl. Hofstede und Bond 1984; Suh et al. 1998; Hofstede 1997), so bei der Erforschung von Rechtskulturen (Gibson und Caldeira 1996) oder Gewalt (Bond 2004; Karstedt 2001b). Insbesondere zeigt sich im Vergleich mit jüngeren Studien zur internationalen Werteforschung, dass Hofstede in der Tat fundamentale und stabile Dimensionen des Kulturvergleichs gefunden hatte. Zieht man Ingleharts (1997) Studie heran, die die

Ein Datensatz mit 60.000 Fällen aus 39 Ländern stand schließlich für Analysen auf Aggregatdatenniveau zur Verfügung. Hofstede extrahierte vier Faktoren oder Dimensionen, für die Skalen gebildet und standardisiert wurden, die noch einmal im Hinblick auf die spezifischen Landesbedingungen und Zusammensetzung des Personals überprüft wurden.

14 Bei dem letzteren Faktor handelt es sich um einen „Restfaktor", der im Prinzip das Ausmaß materialistischer Orientierungen gegenüber eher an „Lebensqualität" orientierten Werthaltungen abbildet. Dieser Faktor wird selten verwendet und ist insgesamt instabiler als die anderen drei. Vgl allerdings Husted (1999), der einen Einfluss auf Korruption feststellte sowie neuere Arbeiten von Hofstede (1998) selbst. Dieser Faktor wird in der folgenden Untersuchung nicht verwendet.

Mehrheit der Länder aus Hofstedes Untersuchung einschließt, ergibt sich nicht nur eine hohe Koinzidenz der Verlaufskurven des Wertewandels in beiden Studien, sondern ferner, dass die relative Position der Länder in dem durch analoge Faktoren aufgespannten Raum eine erstaunliche Stabilität aufweist (Inglehart 1997: 82, 93, 98, 335, 43, 89; Hofstede 1980: 312, 176–184). Das spricht für eine hohe Stabilität relativer kultureller Differenzen trotz der ohne Zweifel massiven Modernisierungsprozesse während der letzten Dekaden und vor allem dafür, dass die auf Daten von 1968 bis 1972 basierenden kulturellen Dimensionen auch Ende des Jahrhunderts kulturelle Muster gültig abbilden können.[15]

Kollektivismus vs. Individualismus repräsentiert am Pol ‚hoher Individualismus' eine Orientierung, in der individuelle Leistung und Erfolg im Mittelpunkt stehen, sich die Einzelnen (emotional) unabhängig von ihrer Familie oder Gruppe fühlen und eine insgesamt eher kosmopolitische Orientierung. Das steht im Gegensatz zu gruppenbezogener Leistung und Erfolg, einer stärkeren Abhängigkeit von Gruppen und Organisationen und einer eher ‚lokalen' Mentalität am Pol ‚hoher Kollektivismus'. Kollektivistische Kulturen betonen eher Unterordnung und Gehorsam, Verpflichtung und Opfer für die Gruppe, und Kooperation und Unterstützung werden im Gegenzug von der Gemeinschaft erwartet. Dieser starke Bezug auf die eigene Gruppe verhindert oder schränkt die Bildung von Beziehungen zwischen Gruppen ein, vielmehr werden scharfe Grenzen gezogen; Kontakte sind eher seltener und durch Misstrauen und Diskriminierung geprägt. In allen westlichen Industriegesellschaften ist Individualismus das dominierende kulturelle Muster, während in Lateinamerika und den islamischen Ländern kollektivistische Orientierungen vorherrschen. Asiatische Länder befinden sich eher im mittleren Bereich des Spektrums. Individualismus korreliert hoch mit all denjenigen strukturellen Indikatoren, die als treibende Kräfte im Modernisierungsprozess angesehen werden: Schulbildung und höhere Bildung, soziale Sicherheit, soziale Gleichheit und Gleichheit der Geschlechter (Hofstede 1980: 237 sowie eigene Berechnungen; vgl. auch Karstedt 2001b).

Machtdistanz repräsentiert das kulturelle Syndrom, das mit sozialen Hierarchien und sozialer Schichtung verbunden ist und soziale Unterschiede in allen Bereichen der Gesellschaft legitimiert und absichert und reflektiert insofern die Wertorientierungen, die an soziale Ungleichheit geknüpft sind. Niedrige Werte indizieren die Dominanz egalitärer Wertorientierungen, hohe Werte elitäre und autoritäre kulturelle Muster. Die westlichen Industriegesellschaften rangieren mit Ausnahme der romanischen europäischen Länder wie Frankreich, Italien und Spanien am unteren Ende der Skala, während die lateinamerikanischen und asiatischen Länder sich am entgegengesetzten Pol hoher Machtdistanz befinden. Diesen kulturellen Mustern entsprechen strukturelle Faktoren, die hohe soziale Ungleichheit und geringe soziale Mobilität (z.B. gemessen am Anteil der Ausgaben für Bildung und Erziehung am Sozialprodukt) indizieren. Zudem zeigt sich, dass Gesellschaften mit einer hohen Machtdistanz eher von Männern dominiert und patriarchalisch organisiert sind, so z.B. an einem niedrigen Anteil von

15 Die ursprünglichen Daten von Hofstede wurden mit späteren Messungen verglichen (Suh et al. 1998); dabei zeigt sich für einen reduzierten Datensatz, für den zwei Messungen vorliegen, eine hohe Korrelation der Rangordnungen (rho=.85, eigene Berechnungen).

Schülerinnen im Sekundarbereich und von Frauen in technischen Berufen und Professionen (Hofstede 1980: 306–307; eigene Berechnungen; Karstedt 2001b).

Die *Vermeidung von Unsicherheit* reflektiert als kulturelles Muster das kollektive Streben nach Sicherheit und äußert sich in starker Regelorientierung und Abhängigkeit von Experten und Autoritäten (Hofstede 1980: 153, 176–177). Die Vermeidung von Unsicherheit ist im Prinzip in eher individualistischen und egalitären Ländern niedriger. Dies gilt für alle nord- und westeuropäischen Länder, die USA und Kanada, Australien und Neuseeland, jedoch müssen zu dieser Gruppe auch die südostasiatischen „Tigerstaaten" wie Hongkong, Singapur und die Philippinen gezählt werden. In Südeuropa, den lateinamerikanischen Ländern sowie Japan und Taiwan ist dagegen die Vermeidung von Unsicherheit und Risiken das dominierende Muster. Prinzipiell nimmt die Vermeidung von Unsicherheit als kollektives Muster im Prozess der strukturellen und kulturellen Modernisierung ab, wozu insbesondere Urbanisierung, Bildungsniveau und die Systeme der Gesundheitssicherung beitragen (Inglehart 1998: 102; Hofstede 1980: 184–187, 203–212; Karstedt 2001b). Diese Zusammenhänge zeigen sich nicht nur im Vergleich zwischen den reicheren und ärmeren Ländern, sondern auch innerhalb der reicheren (Industrie)Länder.

Alle drei Dimensionen sind miteinander verbunden und repräsentieren an den Polen ziemlich exakt unsere idealtypische Gegenüberstellung von egalitären und hierarchisch-elitären Gesellschaften. Egalitäre Gesellschaften wie die west- und nordeuropäischen Länder, die USA und Kanada, Australien und Neuseeland sind durch ein kohärentes Muster von Individualismus, niedriger Machtdistanz und geringer Unsicherheitsvermeidung gekennzeichnet,[16] während die südeuropäischen, lateinamerikanischen und einige asiatische Länder eher dem Typ der hierarchisch-elitären Länder mit hohem Kollektivismus, hoher Machtdistanz und hoher Unsicherheitsvermeidung zuzuordnen sind. Hierzu gehören auch Japan und Taiwan, während die anderen asiatischen Länder überwiegend eine Position im Mittelfeld einnehmen, wobei in der Regel hoher Kollektivismus mit einem mittleren Ausmaß an Machtdistanz und unterschiedlichen Ausprägungen der Vermeidung von Unsicherheit einhergeht.

Zusätzlich zu diesen Dimensionen wurde das Ausmaß *generalisierten Vertrauens* in die idealtypische Kontrastierung aufgenommen. Die Daten wurden dem World Value Survey 1990–1993 entnommen und bilden den Anteil der Bevölkerung ab, die ganz generell anderen eher vertrauen als misstrauen (Inglehart, Basanez und Moreno 1998, ohne Seitenangabe). Diese Form des Vertrauens in andere ist stärker in den egalitären Gesellschaften ausgeprägt, also in nord- und westeuropäischen Ländern und den USA und Kanada, während südeuropäische und lateinamerikanische Länder durch ein notorisch niedriges Vertrauen in andere gekennzeichnet sind (Inglehart 1997; vgl. Karstedt 2001b). Asiatische Länder fügen sich in dieses Schema mit einigen Ausnahmen ein.

Strukturelle Indikatoren: Es wurden in erster Linie solche Indikatoren ausgewählt, die soziale Ungleichheit, soziale Mobilität sowie die Exklusivität von Elitenetzwerken messen können.

16 Eine gewisse Ausnahme bildet die BRD (alte Länder) mit einem vergleichsweise hohen Ausmaß an Unsicherheit.

Zur Messung sozialer Ungleichheit wurde der Gini-Koeffizient der Verteilung von Haushaltseinkommen verwendet, wobei vorliegende und eigene Berechnungen aus den Jahren bis 1995 verwendet wurden (United Nations 1998, 2001; World Bank 1997; Deininger und Squire 1996; www.worldbank.org/research/growth/dddeisqu.htm).[17] Soziale Mobilität wurde als Anteil der Schülerinnen in Bildungseinrichtungen des Sekundarbereichs gemessen, wobei davon ausgegangen wurde, dass die soziale Mobilität von Frauen ein besonders ‚starker' Indikator allgemeiner sozialer Mobilität ist (UNESCO 1997; World Bank 1997, 1999). Diese Überlegung lag auch der Wahl des Indikators für die Exklusivität von Netzwerken in Bürokratie und Verwaltung zu Grunde (World Bank 1997). Wir gingen davon aus, dass ein hoher Anteil von Frauen in Positionen in Politik, Regierung und Administration bedeutet, dass insbesondere patriarchalische Netzwerke oder ‚Old Boys' Clubs' weniger wichtig werden und dass generell die Verwaltungshierarchie offener und durchlässiger ist (vgl. dagegen die eher kulturelle Interpretation dieses Faktors bei Swamy et al. 2001). Da sowohl die kulturellen als auch die strukturellen Faktoren mit dem volkswirtschaftlichen Reichtum in engem Zusammenhang stehen, wurde das Bruttosozialprodukt pro Kopf der Bevölkerung als Kontrollvariable eingesetzt (World Bank 1997).[18]

Methodisch wurden zwei Wege beschritten. Um kulturelle und sozio-kulturelle Kontexte zu kontrastieren, wie das Modell nahe legt, wurden die jeweiligen Skalen am Median getrennt und zu Gruppen zusammengefasst, die hohe bzw. niedrige Ausprägungen des betreffenden kulturellen Musters und soziokulturellen Kontextes aufwiesen; für diese Gruppen wurden t-Tests durchgeführt.[19] In einem zweiten Schritt wurde in univariaten und multivariaten Analysen der Effekt der Indikatoren auf das Ausmaß an Korruption untersucht. Die kleine Größe des Datensatzes erlaubte keine Berechnung von interaktiven Effekten in den Modellen, und darüber hinaus konnten die kulturellen Variablen auf Grund der Multikollinearität nicht simultan in die Modelle aufgenommen werden, was insbesondere die beiden Dimensionen Individualismus/Kollektivismus und Machtdistanz betraf. Wie in internationalen Vergleichsstudien üblich, die naturgemäß auf einer relativ kleinen und nicht zufälligen Auswahl von Ländern basieren, werden auch hier Signifikanzniveaus berichtet. Dies geschieht aus zwei Gründen: Zum einen wurden sie bei der Auswahl der multivariaten Modelle herangezogen, und zum zweiten geben sie einen Eindruck von der relativen Bedeutung der untersuchten Faktoren. Insofern sind sie mit der gebotenen Vorsicht und deskriptiv zu interpretieren.

17 Es wurden weitere Indikatoren wie das Ausmaß der ökonomischen Diskriminierung ethnischer Gruppen verwendet, die sich jedoch in den Modellen nicht durchsetzten. Dies gilt auch für die anderen Faktoren der sozialen Mobilität und Abschließung von Netzwerken. Es wurden jeweils verschiedene Indikatoren getestet. Hier werden nur diejenigen Indikatoren vorgestellt, die in die Modelle aufgenommen wurden.

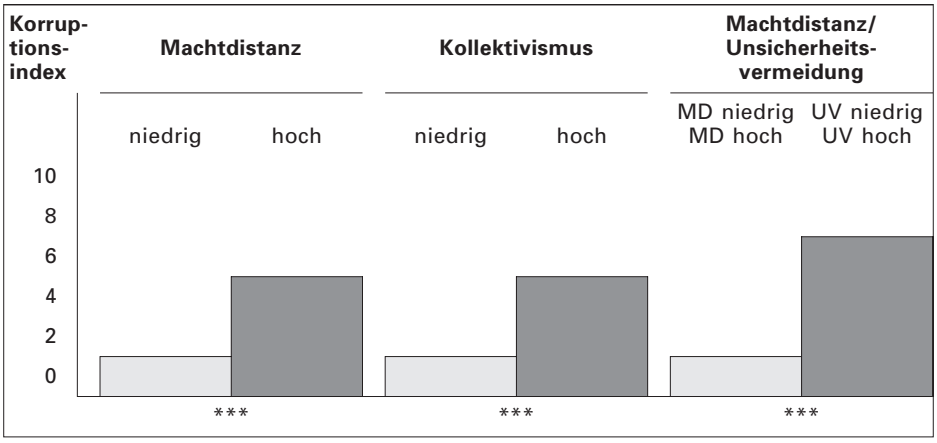
18 Soweit möglich wurden die strukturellen Indikatoren sowohl für den Zeitraum der Erhebung von Hofstede (zwischen 1968 und 1972) als auch für den relevanten Zeitraum von ca. 1990 bis 1995/96 erhoben. Beide Messzeitpunkte korrelierten hoch miteinander (zwischen r = .85 und r = .93). In den Modellen wurden die aktuellen Messungen verwendet.

19 Da, wie oben gezeigt, die kulturellen Muster in Clustern zusammenfallen, ließ sich die ganz überwiegende Mehrheit der Länder entweder der Gruppe mit hohen oder niedrigen Ausprägungen zuordnen, so dass nur eine kleine Zahl von Ländern in dem Sinne inkonsistente Ausprägungen aufwies. In die Vergleiche wurden nur die Länder mit ‚konsistenten' Mustern einbezogen, wodurch sich ein Datensatz von knapp unter 30 Fällen ergibt.

V. Ergebnisse

Im Vergleich der Ländergruppen zeigt sich, dass dort, wo kollektivistische Orientierungen vorherrschen und wo die Beziehungen zwischen den gesellschaftlichen Schichten durch autoritäre Machtdistanz charakterisiert sind, Korruption ein signifikant höheres Ausmaß erreicht (*Abbildung 1*). Dies entspricht den Annahmen unseres Modells zu egalitären und hierarchisch-elitären Gesellschaften. Die kulturelle Orientierung, die auf die eigene Gruppe bezogen ist, begünstigt nicht nur Nepotismus und Klientelismus, sondern stellt auch jene stabilen Netzwerke zur Verfügung, die die Voraussetzungen für verdeckte und geheime korrupte Tauschbeziehungen bieten. Sie begünstigt Korruption zwischen ‚Gleichen' und damit vermutlich vor allem jene „grand corruption", die sich auf den höchsten Ebenen zwischen Politik und Wirtschaft abspielen. Ebenso nimmt in jenen Gesellschaften, in denen die soziale und Machtdistanz zwischen den gesellschaftlichen Gruppen betont wird, Korruption ein signifikant höheres Ausmaß an. Der „funktionale" Charakter von Korruption wird deutlich, wenn das integrierte Muster von Machtdistanz und Unsicherheitsvermeidung herangezogen wird. Ist beides hoch, nimmt der CPI den höchsten mittleren Wert an. Dort, wo das gesellschaftliche Leben durch Hierarchien bestimmt ist, die Interaktion mit hierarchisch Höhergestellten in Politik, Wirtschaft und Verwaltung demzufolge mit erheblicher Unsicherheit belastet ist und Entscheidungen eher willkürlich gefällt werden, fügt sich Korruption als Mechanismus, solche Unsicherheiten durch partikulare und illegale Tauschbeziehungen einzuschränken, in ein gesamtes kulturelles Muster der Unsicherheitsvermeidung ein.

Abbilddung 1: Wertorientierungen und Korruption (Korruptionsindex (CPI) 1996–1998)



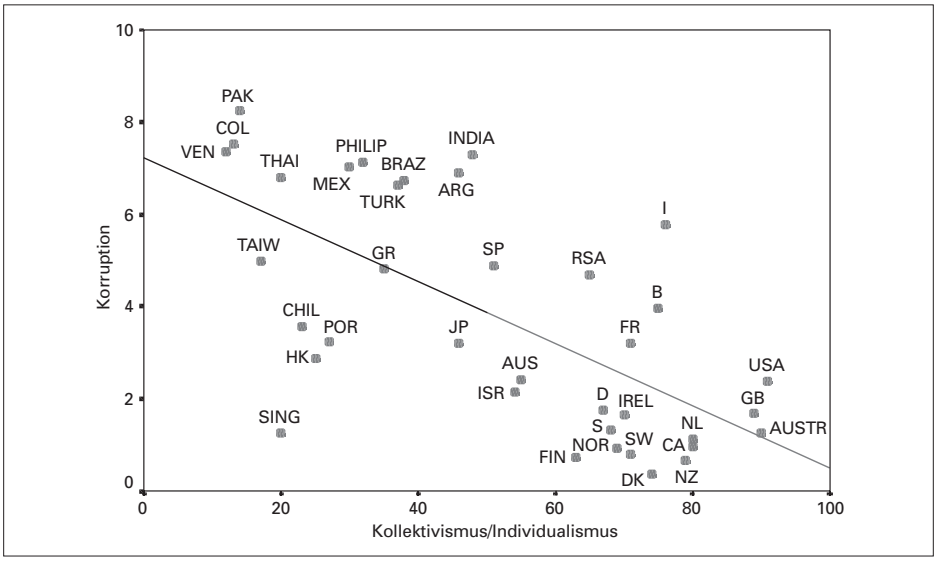
*** $p \leq .01$

Die Ergebnisse für die entsprechenden integrierten soziokulturellen Kontexte bestätigen diese Analyse kultureller Muster. Ist die soziale Ungleichheit hoch und wird durch hierarchisch-elitäre Wertorientierungen abgesichert und bestärkt, dann ist das Ausmaß an Korruption signifikant höher. Der funktionale Aspekt der Korruption in einem solchen

Umfeld wird deutlich, wenn integrierte Kontexte von eher ‚egalitären' Ländern mit hoher sozialer Mobilität den hierarchisch-elitären Ländern mit niedriger sozialer Mobilität gegenübergestellt werden. Der massive und signifikante Unterschied im Ausmaß an Korruption weist auf Korruption als Mechanismus des sozialen Aufstiegs und der sozialen Öffnung hin, der in einem solchen Umfeld insbesondere durch Klientelismus und Nepotismus erzielt wird. Zusammengenommen mit der – wenn auch nicht so ausgeprägten – analogen Differenz zwischen Ländern mit hohem Kollektivismus und niedriger Mobilität bzw. dem umgekehrten Muster deutet sich an, dass die Restriktionen sozialer Mobilität in Verbindung mit *lateraler Exklusivität* wie mit *vertikaler Exklusivität* von Gruppen korrupte Beziehungen fördern, wobei im ersten Fall die mangelnde soziale Durchlässigkeit von Eliten und ihre geringe Kontrolle, im letzten Fall Korruption als Vehikel des Aufstiegs eine Rolle spielen (nicht abgebildet, beides $p \leq .01$).

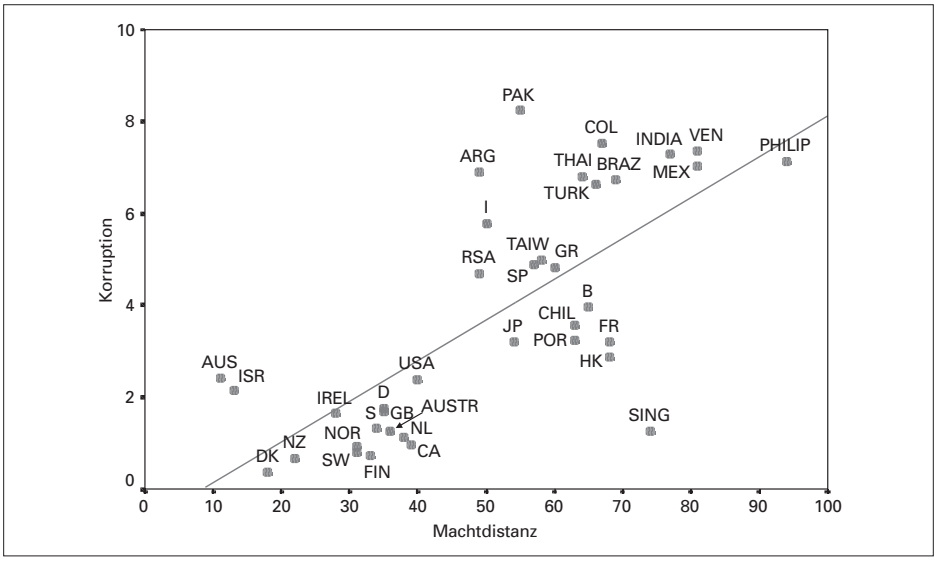
In uni- und multivariaten Analysen wurden Stärke und Art des Zusammenhangs zwischen den kulturellen und strukturellen Faktoren und dem Ausmaß der Korruption untersucht. *Abbildung 2* und *3* sprechen für einen relativ starken und linearen Einfluss der beiden kulturellen Dimensionen Individualismus/Kollektivismus (r = .66) und Machtdistanz (r = .72), während der Einfluss der Unsicherheitsvermeidung weniger ausgeprägt ist (r = .45; nicht gezeigt). Insbesondere für egalitäre kulturelle Muster zeigen sich drei Cluster, die aus den west- und nordeuropäischen Ländern sowie lateinamerikanischen und asiatischen Entwicklungsländern an den jeweiligen Polen bestehen und in der Mitte aus einer Gruppe, die die romanischen Länder Europas mit den Schwellenländern bündelt. Aufschlussreich sind die Länder, die auffällig von der Regressionsgeraden abweichen. So gehört Italien hinsichtlich der individualistischen

Abbildung 2: Korruption und Kollektivismus/Individualismus (Corruption Perceptions Index (CPI) 1996–1998)



Korrruption = 7.237 + (–0.067 * Kollektivismus/Individualismus); $R^2 = 0.44$.

Abbildung 3: Korruption und Machtdistanz (Corruption Perceptions Index (CPI) 1996–1998)



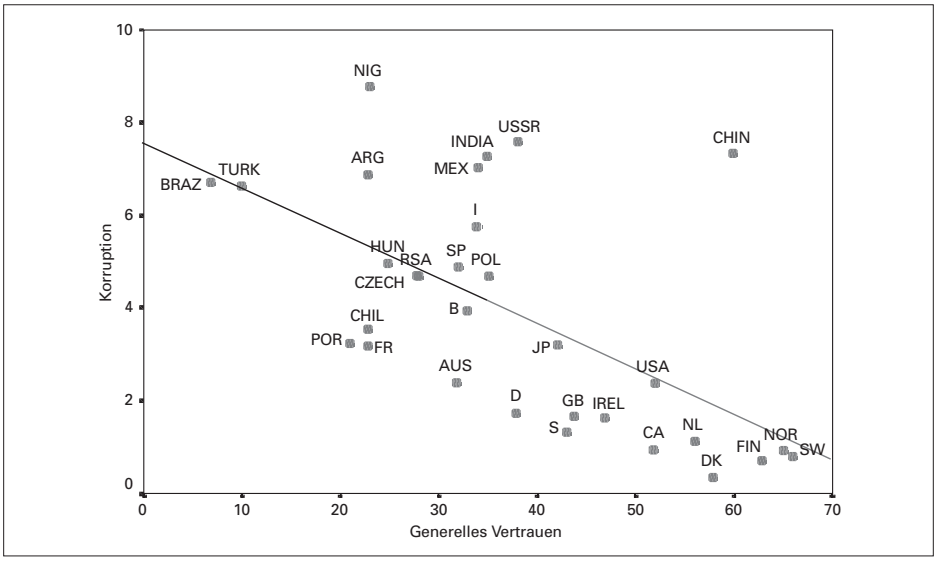
Korruption = –0.762 + (0.087 * Machtdistanz); $R^2 = 0.52$.

Orientierungen im Prinzip zum Kreis der europäischen Länder, hat jedoch ein deutlich höheres Ausmaß an Korruption als zu erwarten wäre. Hier spielen möglicherweise regionale Unterschiede eine Rolle, die Putnam (1993) zwischen dem Norden und Süden beobachtete, für den insbesondere eher kollektivistische Orientierungen und der von Banfield (1958) so genannte „amoralische Familismus" charakteristisch sind. Umgekehrt dominieren in Singapur eindeutig kollektivistische Orientierungen, hier ist jedoch das Ausmaß der Korruption erwartungswidrig niedrig. Die Sonderstellung Singapurs bestätigt sich auch hinsichtlich der kulturellen Dimension der Machtdistanz; Singapur gehört zu den hierarchisch-elitären Ländern, ist jedoch hier ebenfalls der Ausnahmefall. Es ist das einzige asiatische Land, das in dem relevanten Zeitraum einen Platz unter den ersten zehn Ländern einnimmt, wozu möglicherweise eine intensive Strafverfolgung beigetragen hat.

Sowohl kollektivistische als auch hierarchisch-autoritäre kulturelle Muster schränken das generalisierte Vertrauen in andere ein, und Korruption fungiert als kompensatorischer Mechanismus partikularen Vertrauens (vgl. Lambsdorff 2002). *Abbildung 4* zeigt, dass dort, wo das generalisierte Vertrauen über die Grenzen von Gruppen und hierarchischen Ebenen hoch ist, also in den egalitären Gesellschaften, entsprechend wahrscheinlich auch das Vertrauen in Institutionen größer (vgl. Karstedt 2001c; Rothstein und Stolle 2002), das Ausmaß von Korruption jedoch geringer ist.[20]

20 *Abbildung 4* beruht auf einem nicht identischen Datensatz von Ländern, der jedoch überwiegend deckungsgleich mit dem für die anderen kulturellen Faktoren verwendeten ist. China ist hier eindeutig ein Ausreißer, was wahrscheinlich auf die spezifische Messung generalisierten Vertrauens zurückzuführen ist.

Abbildung 4: Korruption und generelles Vertrauen (Corruption Perceptions Index (CPI) 1996–1998)



Korruption = 7.605 + (–0.098 * Vertrauen); R^2 = 0.38.

Für die beiden strukturellen Indikatoren der sozialen Mobilität, wie Durchlässigkeit und Offenheit von Institutionen, ergeben sich ebenfalls deutliche lineare Zusammenhänge in der erwarteten Richtung. Ein hoher Anteil von Schülerinnen im Sekundarbereich (r = –.59) wie auch von Frauen in Regierungspositionen (r = –.46) senkt das Ausmaß der Korruption. Für den Indikator sozialer Ungleichheit – die Verteilung der Haushaltseinkommen (Gini) – ergab sich zwar der erwartete positive Zusammenhang, jedoch kein linearer Effekt; vielmehr ist der entscheidende Effekt auf Korruption im Übergang von Ländern mit geringeren zu solchen mit hohen Einkommensunterschieden zu beobachten, der sich dann auf diesem Niveau deutlich abschwächt, wobei der Gini-Index in dieser Form durchaus erklärungskräftig ist (R^2 = .37).

In multivariaten Modellen wurde der relative Einfluss der kulturellen und strukturellen Faktoren überprüft; dabei wurden Modelle für Individualismus und Machtdistanz getrennt berechnet, da beide hoch miteinander korrelierten; aus demselben Grund wurden für die beiden Faktoren der sozialen Mobilität und institutionellen Durchlässigkeit und Offenheit verschiedene Modelle gebildet. Alle Modelle enthielten das Bruttosozialprodukt pro Kopf als Kontrollvariable. Die endgültig ausgewählten drei Modelle genügten dem Durbin-Watson-Kriterium für diese Stichprobengröße, und erreichten die höchste Varianzaufklärung (*Tabelle 2*). Alle drei Modelle weisen erwartungsgemäß einen relativ starken negativen Effekt des Bruttosozialprodukts auf, der eine Reihe von weiteren Merkmalen abdeckt. Strukturelle soziale Ungleichheit in Form der Einkommensverteilung hatte keinen signifikanten Effekt; bei den verschiedenen Modellrechnungen (hier nicht gezeigt) zeigte sich vielmehr, dass sich die kulturellen Faktoren so-

Tabelle 2: Kulturelle und strukturelle Determinanten von Korruption

Variablen	Modell 1 β	Modell 2 p	Modell 3 β
Machtdistanz	.32***	.32***	.37**
Unsicherheitsvermeidung	.21**	.21**	–
Vertrauen	–	–	–.30*
% Frauen mit Sekundarbildung	–.25*	–.25*	–
Einkommensungleichheit (GINI-Index)	.03	–	–
BSP pro Kopf	–.34**	–.35**	–.33**
ang. R^2	.74	.75	.74
F (sign.)	.00	.00	.00
Durbin-Watson	2.2	2.2	1.6
N	35	35	25

wie die strukturellen Mobilitätsfaktoren durchsetzten konnten.[21] Von den beiden strukturellen Faktoren der Mobilität, dem Anteil der Schülerinnen im Sekundarbereich und der Frauen in Regierungspositionen erzielte der erstere die besseren Modellwerte und bestätigte damit den stärkeren Effekt in der univariaten Analyse.[22] Allerdings liegt er mit p = .06 knapp außerhalb des Signifikanzniveaus von .05.

Entscheidend ist jedoch die Rolle der kulturellen Faktoren, die sich in allen Modellen mit hochsignifikanten und relativ starken Effekten gegenüber strukturellen durchsetzten konnten. Zunächst zeigt sich, dass Individualismus/Kollektivismus als kulturelle Dimension keinen von strukturellen Faktoren unabhängigen Effekt hat, und sein Effekt in erster Linie durch das Bruttosozialprodukt pro Kopf kontrolliert wird, sowie ferner durch die anderen strukturellen Faktoren. Dies entspricht prinzipiell den Ergebnissen von Husted (1999). Dagegen setzen sich die beiden kulturellen Dimensionen, die das hierarchisch-autoritäre Muster charakterisieren, gegenüber allen strukturellen Faktoren durch; ihr Einfluss auf Korruption ist relativ stark und im Fall der Machtdistanz hochsignifikant (Modell 1 und 2). Aufschlussreich ist, dass sich damit die für Korruption eher ‚kausale Komponente' der Machtdistanz wie die ‚funktionale Komponente' der Unsicherheitsvermeidung erklärungskräftig erweisen. In einem dritten Modell (Modell 3) wurde daher mit Einführung des generalisierten Vertrauens ein weiterer Indikator für die funktionale Komponente korrupter Praktiken, in diesem Fall für den partikularen vertrauensbildenden Mechanismus, untersucht. Erwartungsgemäß zeigt sich ein negativer Effekt auf das Ausmaß an Korruption, der allerdings das Signifikanzniveau von p = .05 knapp verfehlt (p = .06). Jedoch eliminiert dieser Faktor den strukturellen Faktor der sozialen Mobilität. Insgesamt demonstrieren diese Modelle die dominanten Wirkungen einer ‚Kultur der Ungleichheit' auf Korruption gegenüber der

21 Der Gini-Index wurde entsprechend den Ergebnissen der Kurvenanpassung sowohl in einfacher wie auch quadrierter Form in die Modelle einbezogen. Alle Modelle wurden sowohl unter Ein- wie unter Ausschluss des Gini-Index berechnet.

22 Die Variable ‚Anteil der Frauen in Regierungspositionen' wies zudem eine sehr schiefe Verteilung auf, was zu nicht akzeptablen Werten des Durbin-Watson Koeffizienten führte.

strukturellen Ungleichheit, und hier wiederum die Bedeutung ‚hierarchischer Exklusivität' gegenüber der ‚lateralen Exklusivität', die das kollektivistische Muster prägt.

VI. „Macht korrumpiert, und absolute Macht korrumpiert absolut"

Der bekannte Aphorismus von Lord Acton (zitiert nach Girling 2000: 2) scheint sich in den Ergebnissen dieser Untersuchung zu soziokulturellen Kontexten von Korruption wie auch hinsichtlich des relativen Einflusses kultureller Faktoren zu bestätigen. Ausgangspunkt war eine idealtypische Kontrastierung von egalitären und hierarchisch-autoritären Gesellschaften und die These, dass Korruption dort hoch ist, wo strukturelle Ungleichheit und diese legitimierende und stützende kulturelle Wertorientierungen und Praktiken stark ausgeprägt sind. Sowohl die Kontrastierung von kulturellen und soziokulturellen Kontexten als auch die uni- und multivariaten Analysen zeigen deutlich, dass die kulturellen Praktiken und Orientierungen eine entscheidende Rolle für das Niveau an Korruption spielen, und prinzipiell die äquivalenten strukturellen Faktoren dominieren. Dabei geht der entscheidende Einfluss von kulturellen Mustern der vertikalen Exklusivität aus, während die der lateralen Exklusivität (Individualismus/ Kollektivismus) zwar durchaus Korruption fördern, sich jedoch in Konkurrenz zu äquivalenten strukturellen Faktoren nicht durchsetzen können. Die beiden Faktoren des hierarchisch-autoritären Musters, die in den Modellen zum Tragen kommen, weisen sowohl auf kausale Ursachen der Korruption hin wie auf ihre Funktion als kompensatorischer Mechanismus, der partikulare Vertrauensbeziehungen eröffnet und dazu beiträgt, Unsicherheit hinsichtlich der Entscheidungen von Amtsträgern zu minimieren.

Insofern bestätigen diese Ergebnisse die kulturelle Perspektive in der Korruptionsforschung, jedoch aus dem spezifischen Blickwinkel der „Kultur" sozialer Ungleichheit. Sie stützen jedoch keineswegs eine relativistische Auffassung oder legen nahe, dass dort, wo Korruption in hierarchisch-autoritären Gesellschaften weit verbreitet ist, sie gleichzeitig legitim sein müsse. Dagegen spricht vor allem, dass Korruption gerade in diesen Gesellschaften oft mit hohen Kosten für diejenigen verbunden ist, die am wenigsten profitieren und am stärksten von vertikaler Exklusion betroffen sind – wie möglicherweise aufstrebende Mittelschichten; dies mag eine Ursache dafür sein, dass sich diese Gruppen z.B. in Argentinien an „Aufständen" gegen Korruption beteiligten (Auyero 2003). Korruption fungiert als Mechanismus, die Probleme der vertikalen Exklusion in diesen Gesellschaften auszugleichen, und wahrscheinlich vor allem dort, wo Modernisierungsprozesse den Aufstieg von Mittelschichten gefördert haben, wie in Lateinamerika und einigen Staaten Südostasiens.

Wie lässt sich erklären, dass sich kulturelle Praktiken und Orientierungen deutlich gegenüber den strukturellen Faktoren sozialer Ungleichheit durchsetzen? Kulturelle Muster sind zwar in strukturelle Arrangements eingebettet und an diese geknüpft, jedoch werden kulturelle Muster hierarchischer sozialer Organisation vor allem im *institutionellen Kontext* der Gesellschaft realisiert. Sie bestimmen die Praktiken in den Institutionen von Politik und Verwaltung und die Wertorientierungen des Personals in staatlichen Bürokratien wie auch in den Hierarchien von Wirtschaftsunternehmen. Sie geben den Praktiken Form und Sinn, die Bürgerinnen und Bürger im Umgang mit

diesen Institutionen einsetzen, wenn sie versuchen, ihre Anliegen durchzusetzen. Der institutionelle Kontext, der tief greifend durch diese Muster geprägt ist, weist wahrscheinlich eine erhebliche ‚Trägheit' und Wandlungsresistenz auf und ist der eigentliche soziale Raum, in dem die kulturellen Praktiken der hierarchischen Über- und Unterordnung tradiert werden, die das Ausmaß von Korruption determinieren. Institutionelle Faktoren wurden in dieser Studie nicht überprüft und insofern ist nicht auszuschließen, dass die Dominanz der kulturellen Faktoren in den Analysen die Rolle exogener institutioneller Faktoren reflektiert.[23] Unabhängig davon weisen die Ergebnisse auf die bedeutsame Rolle normativer Orientierungen und kultureller Praktiken für das Ausmaß korrupter Beziehungen in Verwaltung und Wirtschaft hin und mithin auch auf Wege, die bei der Bekämpfung von Korruption beschritten werden können. Sie legen nahe, dabei vor allem auf Praktiken der vertikalen Exklusivität und Exklusion in diesen Institutionen zu zielen, und Kontrolle, Verantwortlichkeit und Entscheidungssicherheit zu verankern.

Literatur

von Alemann, Ulrich, 2002: Party Finance, Party Donations and Corruption: The German Case. S. 102–117 in: *Donatella della Porta* und *Susan Rose-Ackerman* (Hg.), Corrupt Exchanges. Empirical Themes in the Politics and Political Economy of Corruption. Baden-Baden: Nomos.

von Arnim, Hans H., 1996: Die Partei, der Abgeordnete und das Geld. München: Knaur.

Auyero, Javier, 2003: Relational Riot: Austerity and Corruption Protest in the Neoliberal Era. Social Movements Studies 2: 117–144.

Banfield, Edward C., 1958: The Moral Basis of a Backward Society. Chicago: Free Press.

Bannenberg, Britta, 2002: Korruption in Deutschland und ihre strafrechtliche Kontrolle. Eine kriminologisch-strafrechtliche Analyse (BKA Polizei und Forschung, Bd. 18). Neuwied und Kriftel: Luchterhand.

Berg, Wolfhart, 1997: Bananenrepublik Deutschland. Korruption – der ganz alltägliche Skandal. Moderne Verlags Gesellschaft: München.

Blankenburg, Erhard, 1990: Korruption und Skandal: Zwei Seiten derselben Medaille. S. 141–154 in: *Hans Oswald* (Hg.), Macht und Recht: Festschrift für Heinrich Popitz zum 65. Geburtstag. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Blankenburg, Erhard, 2001: Judicial Anti-Corruption Initiatives: Latin Europe in a Global Setting. S. 925–942 in: *Arnold J. Heidenheimer* (Hg.), Political Corruption: Concepts and Contexts. 3. Aufl. New Brunswick/London: Transaction Publ.

Blankenburg, Erhard, 2002: From Political Clientelism to Outright Corruption. The Rise of the Scandal Industry. S. 149–168 in: *Stephen Kotkin* (Hg.), Political Corruption in Transition: A Sceptic's Handbook. Budapest: Central European University Press.

Blankenburg, Erhard, *Rainer Standhammer* und *Heinz Steinert*, 1989: Political Scandals and Corruption Issues in West Germany. S. 213–234 in: *Arnold J. Heidenheimer, Michael Johnstone* und *Victor T. LeVine* (Hg.), Political Corruption: A Handbook. New Brunswick: Transaction Books.

Bond, Michael, 2004: Culture and Aggression – From Context to Coercion. In: *Charles D. Spielberger* (Hg.), The Handbook of Applied Psychology. New York: Academy Press (im Erscheinen).

23 Der Anteil von Frauen in Regierungspositionen kann als institutioneller Faktor interpretiert werden; er hat sich in anderen Untersuchungen als erklärungskräftig erwiesen (Swamy et al. 2001), konnte sich jedoch in diesem Datensatz trotz des univariaten Einflusses nicht in den multivariaten Modellen durchsetzen (vgl. Fn. 22).

Braithwaite, John, und *Peter Drahos*, 2000: Global Business Regulation. Cambridge: Cambridge University Press.

Brunetti, Andrea, und *Bernd Weder,* 1998: A Free Press is Bad News for Corruption. Discussion Paper No. 9809. Wirtschaftswissenschaftliches Zentrum der Universität Basel. Basel.

Cohen, Jeffrey R., Laurie W. Pant und *David J. Sharp*, 1996: A Methodological Note on Cross-Cultural Accounting Ethics Research. International Journal of Accounting 31: 55–66.

Clark, William A., 1993: Crime and Punishment in Soviet Officialdom. Combating Corruption in the Political Elite, 1965–1990. Armonk/London: M.E. Sharpe.

Currie, Kate, und *Larry Ray*, 1984: State and Class in Kenya. Notes on the Cohesion of the Ruling Class. The Journal of Modern African Studies 22: 559–593.

Deininger, Klaus, und *Lynn Squire*, 1996: A New Data Set Measuring Income Inequality. The World Bank Economic Review 10: 565–593.

Della Porta, Donatella, und *Yves Mény* (Hg.), 1997: Democracy and Corruption in Europe. London/Washington: Pinter.

Della Porta, Donatella, und *Alberto Vannucci*, 1999: Corrupt Exchanges. Actors, Resources and Mechanisms of Political Corruption. New York: Aldine de Gruyter.

Della Porta, Donatella, und *Susan Rose-Ackerman*, 2002: Corrupt Exchanges: An Introduction. S. 8–19 in: *Donatella della Porta* und *Susan Rose-Ackerman* (Hg.), Corrupt Exchanges. Empirical Themes in the Politics and Political Economy of Corruption. Baden-Baden: Nomos.

Della Porta, Donatella, und *Alberto Vannucci*, 2002: Corruption and Public Contracts: Some Lessons from the Italian Case. S. 58–88 in: *Donatella della Porta* und *Susan Rose-Ackerman* (Hg.), Corrupt Exchanges. Empirical Themes in the Politics and Political Economy of Corruption. Baden-Baden: Nomos.

Der Spiegel, 2003: Boom in Bakschikistan. Heft 51, S. 120–122.

Elliott, Kevin A., 1997: Corruption as an International Policy Problem: Overview and Recommendations. S. 175–233 in: *Ders.* (Hg.), Corruption and the Global Economy. Washington D.C.: Institute for International Economics.

Galtung, Fredrik (Hg), 1994: Zum Beispiel Korruption. Göttingen: Lamuv Verlag.

Gibson, Jonathan L., und *Giorgio A. Caldeira*, 1996: The Legal Cultures of Europe. Law and Society Review 30: 55–85.

Girling, John, 2002: Corruption, Capitalism and Democracy. London/New York: Routledge.

Glinkina, Selinka, 1998: The Ominous Landscape of Russian Corruption. Transitions 5: 16–23.

Granovetter, Mark, 1992: Economic Action and Social Structure: The Problem of Embeddedness. S. 53–81 in: *Mark Granovetter* und *Robert Swedberg* (Hg.), The Sociology of Economic Life. Boulder: Westview.

Gransow, Bettina, 1991: Die Gabe und die Korruption. Form- und Funktionswandel des Tausches in China. Internationales Asienforum 22: 343–360.

Gupta, Sanjeev, Hamid Davoodi und *Rosa Alonso-Terme*, 1998: Does Corruption Affect Income Inequality and Poverty? Washington: International Monetary Fund Working Paper.

Höffling, Christian, 2002: Korruption als soziale Beziehung. Opladen: Leske + Budrich.

Hofstede, Geert, 1980: Culture's Consequences: International Differences in Work-Related Values. 1. Aufl. 1980, 2. gekürzte Aufl. 1984. Beverly Hills: Sage.

Hofstede, Geert, 1997: Cultures and Organizations: Software of the Mind. New York: McGraw Hill.

Hofstede, Geert, 1998: Masculinity and Femininity: The Taboo Dimensions of National Cultures. Thousand Oaks: Sage.

Hofstede, Geert, und *Michael Bond*, 1984: Hofstede's Cultural Dimensions. An Independent Validation Using Rokeach's Value Survey. Journal of Cross-Cultural Psychology 15: 417–433.

Hooper, John, 1995: The New Spaniards. London: Penguin Books.

Huntington, Samuel P., 1968: Political Order in a Changing Society. New Haven: Yale University Press.

Husted, Bryan W., 1999: Wealth, Culture and Corruption. Journal of International Business Studies 30: 339–359.

Husted, Bryan W., 2002: Culture and International Anti-Corruption Agreements in Latin America. Journal of Business Ethics 37: 413–422.

Huther, John, und *Albert Shah*, 1998: A Simple Measure of Good Governance and its Application to the Debate on the Appropriate Level of Fiscal Decentralization. Washington D.C: World Bank Working Paper No. 1894.

Inglehart, Ronald, 1997: Modernization and Postmodernization. Cultural, Economic and Political Change in 43 Societies. Princeton: Princeton University Press.

Inglehart, Ronald, Martin Basanez und *Alfonso Moreno*, 1998: Human Values and Beliefs: A Cross-Cultural Sourcebook. Political, Religious, Sexual and Economic Norms in 43 Societies. Findings from the 1990–1993 World Values Survey. Ann Arbor: University of Michigan Press.

Käsler, Dirk, 1991: Der politische Skandal. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Karstedt, Susanne, 1998: Inequality, Power and Morals. Criminality of Elites and their Impact on Society. Platypus Magazine. The Journal of the Federal Australian Police 58: 81–91.

Karstedt, Susanne, 1999: Social Transformation and Crime. A Crisis of Deregulation. S. 308–326 in: *Adam Czarnota* und *Martin Krygier* (Hg.), Rule of Law After Communism. Aldershot: Dartmouth.

Karstedt, Susanne, 2001a: Elite Deviance and the Demoralization of Society. The Impact of Elite Crimes on Social Codes of Order. S. 347–366 in: *Antonio Febrajo, Vittorio Olgiati* und *David Nelken* (Hg.), European Handbook in the Sociology of Law. Milano: Giuffre Publishing.

Karstedt, Susanne, 2001b: Die moralische Stärke schwacher Bindungen: Individualismus und Gewalt im Kulturvergleich. Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform 84: 226–243.

Karstedt, Susanne, 2001c: The Production of Trust in Modern Societies. A Cross-National Study of Cultural and Structural Factors. 35. Kongress des International Institute of Sociology, Krakov 2001.

Karstedt, Susanne, 2003: Legacies of a Culture of Inequality. The Janus-Face of Crime in Post-communist Countries. Crime, Law and Social Change 40: 295–320.

Karstedt, Susanne, 2004: Typen der Sozialintegration und Gewalt: Kollektivismus, Individualismus und Sozialkapital. S. 269–292 in: *Wilhelm Heitmeyer* und *Hans Soeffner* (Hg.), Gewalt: Neue Entwicklungen und alte Analyseprobleme. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Killias, Martin, 1998: Korruption: Vive la repression! – Oder was sonst. S. 239–254 in: *Hans-Dieter Schwind, Friedrich Kube* und *Hans-Heiner Kühne* (Hg.), Kriminologie an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. Festschrift für Hans Joachim Schneider zum 70. Geburtstag. Berlin/New York: Springer.

Lambsdorff, Johann Graf, 1999a: Corruption in Empirical Research. A Review. International Anti-Corruption Conference, Durban, South Africa (Worldbank).

Lambsdorff, Johann Graf, 1999b: The Transparency International Corruption Perceptions Index. Framework Document. Transparency International und Universität Göttingen.

Lambsdorff, Johann Graf, 2001: How Precise are Perceived Levels of Corruption? Background Paper to the 2001 Corruption Perceptions Index. Transparency International and Göttingen University (www.transparency.org/cpi/2001/dnld/methodology).

Lambsdorff, Johann Graf, 2002: What Nurtures Corrupt Deals? On the Role of Confidence and Transaction Costs. S. 20–36 in: *Donatella della Porta* und *Susan Rose-Ackerman* (Hg.), Corrupt Exchanges. Empirical Themes in the Politics and Political Economy of Corruption. Baden-Baden: Nomos.

La Porta, Roberto, Frederico Lopez de Silanes, Andrew Shleifer und *Ronald W. Vishny,* 1997: Trust in Large Organisations. The American Economic Review, Papers and Proceedings. CXXXVII: 333–338.

La Porta, Roberto, Frederico Lopez de Silanes, Andrew Shleifer und *Ronald W. Vishny*, 1999: The Quality of Government. The Journal of Law, Economics and Organization XV: 222–239.

Los, Maria, 1988: Communist Ideology, Law and Crime. London: MacMillan.

Los, Maria, 1990 (Hg.): The Second Economy in Marxist States. New York: St. Martin's Press.

Moody-Stuart, George, 1995: Schwere Korruption in der Dritten Welt. Kursbuch 120: 115–147.

Myrdal, Gunnar, 1989: Corruption as a Hindrance to Development in South-East Asia. S. 265–280 in: *Arnold J. Heidenheimer, Michael Johnstone* and *Victor T. LeVine* (Hg.), Political Corruption: A Handbook. New Brunswick: Transaction Books.

Neckel, Sighard, 1995: Der unmoralische Tausch. Eine Soziologie der Käuflichkeit. Kursbuch 120: 9–16.

Nye, Joseph S., 1989: Corruption and Political Development: A Cost-Benefit Analysis. S. 281–302 in: *Arnold J. Heidenheimer, Michael Johnstone* und *Victor T. LeVine* (Hg.), Political Corruption: A Handbook. New Brunswick: Transaction Books.
Paldam, Mark, 1999: The Big Pattern of Corruption: Economics, Culture and the See-saw Dynamics. Unpublished Paper. Aarhus: Aarhus University.
Putnam, Robert, 1993: Making Democracy Work. Civic Traditions in Modern Italy. Princeton: Princeton University Press.
Röhl, Klaus, 1987: Rechtssoziologie. Köln: UTB.
Rose-Ackermann, Susan, 1999: Corruption and Government. Causes, Consequences and Reform. Cambridge: Cambridge University Press.
Rose-Ackermann, Susan, 2002: „Grand" Corruption and the Ethics of Global Business. Journal of Banking & Finance 26: 1889–1918.
Rothstein, Bo, und Dietlind Stolle, 2002: How Political Institutions Create and Destroy Social Capital. An Institutional Theory of Generalized Trust. Project on Honesty and Trust. Workshop 2, Collegium Budapest. Budapest.
Scheuch, Erwin K., 2002: Korruption als Teil einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung. Kriminalistik 2: 79–91.
Shelley, Louise, 2001: Crime as the Defining Problem: Voices of Another Criminology. Annales Internationales de Criminologie 39: 73–88.
Suh, Eunkook, Ed Diener, Shigehiro Oishi und *Harry C. Triandis*, 1998: The Shifting Basis of Life Satisfaction Judgments Across Cultures: Emotions versus Norms. Journal of Personality and Social Psychology 74: 482–493.
Swamy, Anand, Stephen Knack, Young Lee und *Omar Azfar*, 2001: Gender and Corruption. Journal of Development Economics 64: 25–55.
Takyi-Asiedu, Stephen, 1993: Some Socio-cultural Factors Retarding Entrepreneurial Activity in Sub-Saharean Africa. Journal of Business Venturing 8: 91–98.
The World Bank Group: Administrative and Civil Service Reform. www1.worldbank.org/publicsector/civilservice/posabout.
Transparency International, 2002: Bribe Payers Survey 2002. Complete Report. www.transparency.org/surveys/index.html.
Transparency International, 2003: The Transparency International Global Corruption Barometer. www.transparency.org/surveys/barometer/dnld/barometer.
Treisman, David, 1999a: Decentralization and Corruption: Why are Federal States Perceived to be More Corrupt? Annual Meeting of the American Political Science Association, Atlanta. Los Angeles: University of California.
Treisman, David, 1999b: The Causes of Corruption: A Cross-National Study (unpublished paper). Los Angeles: University of California.
Triandis, Harry C., 1990: Cross-Cultural Studies of Individualism and Collectivism. S. 41–133 in: *John Berman* (Hg.), Nebraska Symposium on Motivation. Lincoln: University of Nebraska.
Triandis, Harry C., 1993: Collectivism and Individualism as Cultural Syndromes. Cross-Cultural Research 27: 155–180.
Triandis, Harry C., 1995: Individualism and Collectivism. Boulder: Westview.
UNESCO, 1997: Statistical Yearbook 1996. Paris: UNESCO und Bernan.
United Nations, 1998: Statitical Yearbook 1995. New York: United Nations.
United Nations, 2001: Statistical Yearbook 1998: New York: United Nations.
Ward, Peter M. (Hg.), 1989: Corruption, Development and Inequality: Soft Touch or Hard Graft. London/New York: Routledge.
Warren, Mark E., 2002: Corrupting Democracy. Annual Meeting of the American Political Science Association, Boston. Washington D.C.: Georgetown University.
Warren, Mark E., 2004: What does Corruption Mean in a Democracy? American Journal of Political Science 48: 328–343.
World Bank, 1997: World Development Report 1997: The State in a Changing World. Oxford: Oxford University Press.
World Bank, 1999: World Development Report: Knowledge for Development. Washington D.C.: World Bank.

VII. Strafjustiz und Kriminalpolitik

TRANSKONTINENTALE MIGRATION VON STRAFGEFANGENEN: DAS BEISPIEL AUSTRALIEN

Ein Beitrag zur Soziologie der Strafe*

John Braithwaite

Zusammenfassung: Eine wenig beachtete Ursache der amerikanischen Revolution war die Nutzung von Virginia und Maryland durch England, um sich seiner gefährlichen Klassen zu entledigen. Die amerikanischen Kolonialisten begannen, Sklaven den Strafgefangenen als Plantagenarbeiter vorzuziehen. Damit wurde Australien zur zweitgrößten Strafkolonie des 19. Jahrhunderts (nach Sibirien). Es steht fest, dass ein erstaunlich hohes Maß an Verfahrensgerechtigkeit und Reintegration von Sträflingen die Kriminalitätsraten in der australischen Gesellschaft im Verlauf des 19. Jahrhunderts in bemerkenswerter Weise reduziert hat. Im Gegensatz dazu ist die amerikanische Sklavengesellschaft durch Verfahrensungerechtigkeit, Exklusion und Stigmatisierung gekennzeichnet, was hohe Kriminalitätsraten zur Folge hatte. Wenn man Heimer und Staffens (1995) Theorie folgt, entwickeln sich Strategien der Reintegration und Verfahrensgerechtigkeit immer dann, wenn die Mächtigen von den potenziell Non-Konformen abhängig sind. Akuter Arbeitskräftemangel war die Grundlage für ein reintegratives Zuweisungssystem für australische Strafgefangene: Sie arbeiteten in einer freien Gemeinschaft, die ihnen ihrerseits einen Platz in und ein Interesse an dem neuen Land gab und damit an konformem Verhalten. So „schlimm" sie auch waren, wurden diese Immigranten doch so dringend in der neuen Gesellschaft gebraucht, dass ihnen die Türen zur Macht geöffnet wurden und sie durch Landbesitz Zugriff auf Vermögenswerte erhielten. Diese Immigranten haben sich nicht zu einem sozialen Problem entwickelt, sondern eröffneten neue Wege der wirtschaftlichen Entwicklung.

I. Die transnationalen Ströme von Arbeitskräften und sozialer Wandel

Foucaults Ansatz (1977) und alle anderen wichtigen soziologischen Theorien der Strafe und Strafjustiz haben die Bedeutung der Deportation von Strafgefangenen innerhalb der Sozialgeschichte des Strafens mit katastrophalen Konsequenzen vernachlässigt. Foucault hielt die Deportation für ein vorübergehendes Phänomen und übersah daher, wie fundamental sie für die Strafrechtsdebatte in beiden Ländern war, in Benthams Eng-

* Weite Teile dieses Aufsatzes sind eine modifizierte Version eines längeren Aufsatzes, der im Modern Law Review erschienen ist (Braithwaite 2001).

land und in seinem eigenen Land, Frankreich. Alle großen Mächte des 19. Jahrhunderts – Großbritannien, Frankreich und Russland – nutzten Sträflingsdeportation extensiv. Wir werden sehen, wie Großbritannien seine Seemacht nutzte, um schwächere Mächte wie die deutschen Staaten und sogar Frankreich davon abzuhalten, als diese planten, die Westküste Australiens mit Strafgefangenen zu kolonialisieren und dem Beispiel dieser bemerkenswert effizienten Strategie der Kolonialisierung zu folgen, die aus der alten Gesellschaft deren ‚gefährliche Mitglieder' aussonderte und sie in eine neue eingliederte.

Die transnationalen Ströme von Menschen stellen eine der wirkungsvollsten Dynamiken sozialen Wandels dar: Bei den Römern diente die Bewegung der Eroberung, chinesische Reiche eroberten weite Teile Asiens, der Islam später Afrika und Europa, und später folgten die ausgesprochen vielfältigen transnationalen Migrationsbewegungen des Christentums in Form von Kreuzzügen, Missionierung und Kolonialisierung. Daran schließt sich die Migration italienischer, jüdischer und armenischer Diaspora-Gruppen zum Zwecke des globalisierten Handels im Mittelalter an, etwas später die Bildung chinesischer Diaspora-Gruppen von Kaufleuten, die Asien untereinander sowie mit Europa verbanden, es folgen der afrikanische Sklavenhandel nach Nord- und Südamerika im 17. Jahrhundert sowie die irische Emigration in die USA im 19. Jahrhundert, vorangetrieben durch Hungersnot, und nach Australien als politische Gefangene. Das 20. Jahrhundert sieht dann die Ströme von Flüchtlingen, von Arbeitsmigranten und -migrantinnen, die im Haushalt oder als Prostituierte arbeiten, und schließlich von Managern transnationaler Unternehmen. Aufnehmende Länder haben einen guten Teil ihrer wirtschaftlichen und sozialen Dynamik wie auch ihrer Spannungen aus der Pluralität bezogen, die solche transnationalen Migrationsströme hervorrufen. Während Immigranten zum Zeitpunkt ihrer Ankunft zumeist als soziales Problem angesehen werden, werden sie im Laufe der Zeit eher als Humankapital wahrgenommen, das die ökonomische Entwicklung vorantreibt, wie an dieser Fallstudie Australiens zu zeigen sein wird.

Kein Gebiet der Soziologie ist von der Bedeutung dieses Phänomens unberührt geblieben – von der Wirtschaftssoziologie, der Soziologie sozialer Bewegungen, der Geschlechtersoziologie bis hin zur Soziologie der Musik. Im Vergleich dazu wurde die Soziologie der Kriminalität davon kaum beeinflusst. Die Chicago School interessierte sich ohne Zweifel dafür, inwieweit sich die Kriminalitätsbelastung der europäischen Immigranten in die USA von der ersten zur zweiten Generation veränderte, und Strategen der Drogenfahndung und Drogenpolitik interessieren sich derzeit für die internationalen Heroin- und Kokainnetzwerke. Aber im Allgemeinen interessierten sich Kriminalsoziologen nur wenig für die oben erwähnten transnationalen Migrationsbewegungen; das änderte sich erst mit der transnationalen terroristischen Bewegung nach 2001. In diesem Aufsatz werde ich versuchen, diese umfassende Vernachlässigung wieder gut zu machen, indem ich analysiere, dass die Deportation von Strafgefangenen keine bedeutungslose historische Episode war, sondern eine Bewegung, die Millionen Menschen betraf. Sie hatte enorme Auswirkungen auf das Strafrechtsdenken in den Staaten, die die Gestaltung der Strafrechtspolitik während der letzten beiden Jahrhunderte international nachhaltig beeinflussten – die USA, Großbritannien und Frankreich –, und

ebenso in Dutzenden von Ländern, die Strafgefangene aufgenommen und eine Reihe bedeutender Reformbewegungen wie z.B. die Bewährung hervorgebracht haben.

II. Zwei ‚Frontier'-Gesellschaften im 18. und 19. Jahrhundert

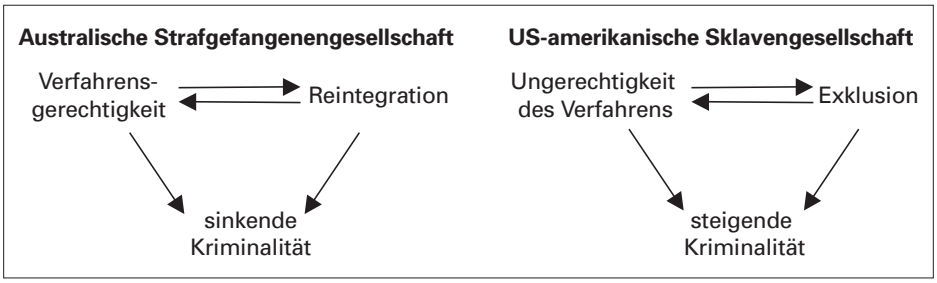
Die USA und Australien haben viele Gemeinsamkeiten. Sie waren beide *‚Frontier'*-Gesellschaften während derselben historischen Epoche und wurden aus Wellen von Immigranten von relativ ähnlicher Herkunft zusammengeschmiedet. Beide *Frontier*-Gesellschaften waren reich und litten unter chronischem Arbeitskräftemangel. Beide waren von einer ersten Welle englischer Immigranten dominiert, beide erlebten eine ausgesprochen einflussreiche irische Immigration während des 19. Jahrhunderts, einen großen Zustrom von Chinesen während ihres Goldrausches Mitte des Jahrhunderts, und erst später einen Strom kontinentaleuropäischer Immigration. Beide verschoben ihre Grenzen mit Gewalt, die gegen die Ureinwohner des Landes gerichtet war, das sie besetzt hielten, in der Tat bis hin zum Genozid an einigen Stämmen. Einflussreiche Historiker beider Nationen haben behauptet, dass ihre nationale Identität in diesen Grenzkämpfen geschmiedet wurde (besonders Turner 1948 für die USA, Ward 1958 für Australien).

Sie haben noch eine andere Gemeinsamkeit: An dieser außer-kontinentalen Grenze Europas entwickelten sich die einflussreichsten Ideen zum Strafrecht des 19. Jahrhunderts. Diese Tatsache ist in der amerikanischen Geschichtsschreibung immer anerkannt worden, war jedoch ein in der australischen Historiographie bislang unterschlagener Tatbestand. Die amerikanischen strafrechtspolitischen Ideen waren gemessen an ihren Intentionen ein Fehlschlag, obwohl sie von den Amerikanern selbst und von Europäern als erfolgreich interpretiert wurden. Die australischen Ideen waren in diesem Sinne ein Erfolg, und dennoch begannen die Australier, die sie zunächst für erfolgreich gehalten hatten, der englischen Analyse des Strafrechtssystems (von Bentham 1830) anzuhängen und sie entsprechend für einen Misserfolg zu halten. Tocqueville war der zweite Europäer, der Einfluss darauf nahm, amerikanische Strafanstalten zu einem Erfolg und die Deportation von Strafgefangenen als Misserfolg zu erklären (de Beaumont und de Tocqueville 1964). Diese erhebliche Verzerrung der Wahrnehmung hatte ihre Wurzeln darin, dass Australien sich seiner Vergangenheit schämte und die Amerikaner stolz auf die ihre waren. Die Amerikaner waren in der Tat von einem unbeirrbaren Stolz auf ihre republikanischen Strafanstalten in den 1820er und 1830er Jahren erfüllt. Benjamin Rush, Unterzeichner der Unabhängigkeitserklärung, kontrastierte sie mit der „Todesstrafe ... als dem natürlichen Ergebnis einer monarchischen Regierungsform" (Rothman 1995: 114). In genau dem Augenblick in der amerikanischen Geschichte, in dem die republikanischen Freiheiten ihre umfassenste Bedeutung erhielten, brüsteten sich die USA mit Institutionen der Unfreiheit (Rothman 1971). Sie hingen dann bis in die Gegenwart dem Mythos an, dass Kriminalität der Preis für Freiheit, und diese Freiheit so gefährlich sei, dass sie nur durch unerbittliche Unfreiheit kontrolliert werden könne. Die Rate der Freiheitsstrafen in den USA ist beträchtlich und kontinuierlich seit Mitte des 19. Jahrhunderts angestiegen (Calahan 1979; Clifford and Harding 1985: 50), wohingegen sie in Australien während des gesamten 19. Jahrhunderts und

darüber hinaus fiel. Australiens Strafgefangenenrate sank natürlich als ein Ergebnis des Endes der Deportation und der zunehmenden Ankunft von freien Immigranten. Dieser Trend hielt jedoch ebenso massiv noch lange nach Beendigung der Transporte an, von 500 pro 100.000 in den 1850er Jahren[1] auf 50 im Jahr 1920 (Mukherjee et al. 1985: 154).

Ich behaupte, dass Australien während des 19. Jahrhunderts von einer *high crime Frontier*-Gesellschaft zu einer *low crime*-Gesellschaft transformiert wurde, während sich die USA von einer *low crime*- zu einer *high crime*-Gesellschaft entwickelten. Der Hauptunterschied ist hier, dass die USA des 19. Jahrhunderts gewissermaßen als Sklavengesellschaft und Australien als Strafgefangenengesellschaft verstanden werden müssen. Das bedeutet natürlich nicht, dass ein Großteil der Bürger Strafgefangene oder Sklaven waren, genauso wenig wie *Frontier*-Gesellschaft bedeutet, dass die meisten Bürger an dieser Grenze der Kolonisierung lebten. Es heißt vielmehr, dass das Sklavensystem, das Strafgefangenensystem und die *Frontier*, die Kolonisierungsgrenze insgesamt und zusammengenommen signifikante und andauernde Wirkungen auf diese Gesellschaften hatten. Im Fall der Sklaverei müssen wir diese Institution als einen zentralen Bestandteil in unsere systematischen Analysen einbeziehen, um zu verstehen, warum wir noch lange nach der Abschaffung der Sklaverei die Unterschiede in den Kriminalitätsraten US-amerikanischer Städte erklären können, indem wir in unsere Regressionsgleichungen Variablen wie z.B. den Anteil der afro-amerikanischen Bevölkerung, Einkommensunterschiede zwischen Afro-Amerikanern und anderen Gruppen europäischer Herkunft, oder Süd- und Nordstaaten aufnehmen (vgl. dazu die These der Subkultur der Gewalt in den Südstaaten, Gastil 1971). *Abbildung 1* fasst die theoretischen Annahmen darüber zusammen, wie sich dieser Unterschied auswirkt.

Abbbildung 1: Ausgangsmodell für die Analyse einer Strafgefangenen- und Sklavengesellschaft



In diesem Aufsatz wird nur die linke Seite der Abbildung entwickelt, eine umfassendere, aber dennoch unvollständige Entwicklung der These zur Sklavengesellschaft in den USA habe ich anderweitig vorgelegt (Braithwaite 2001). Der Fall der USA dient daher in diesem Zusammenhang nur als Hintergrund, mit dem die Leserinnen und Leser eher vertraut sind und der dazu beitragen soll, meine spezifische Interpretation der aus-

1 Seit den 1850er Jahren war die Deportation nach Australien mit der Ausnahme von West-Australien beendet, das den letzten Transport 1868 aufnahm.

tralischen Immigration und Reintegration im Rahmen einer politischen Ökonomie der Inklusion und Exklusion zu vermitteln.

Die folgenden entscheidenden Unterschiede zwischen den zwei außer-kontinentalen Grenzen Europas stehen in engem Zusammenhang. England verschiffte bis zur amerikanischen Revolution Strafgefangene nach Nordamerika, wenn auch in viel geringerer Zahl als später nach Australien. Während anfänglich die amerikanischen Kolonialisten diese Strafgefangenen als Arbeitskräfte begrüßten, wurden die afrikanischen Sklaven nach Beginn der Revolution profitabler und waren eine mehr oder weniger befriedigende Lösung für ihren Arbeitskräftemangel. Die Auswahl der kräftigsten afrikanischen Arbeiter gewährleistete eine höhere Arbeitsproduktivität, als sich von England die am wenigsten erwünschten Arbeitskräfte schicken zu lassen. Es war eine der vielen Beschwerden der Kolonialisten gegen England, dass es seine unerwünschten Kriminellen einfach nach Nordamerika schickte. „Schickt ihnen Klapperschlangen zurück", war Benjamin Franklins Retourkutsche. George III leistete 1783 in einem Brief an seinen Premier Lord North einen Schwur, was er tun würde, wenn der Krieg gegen die Revolutionäre gewonnen sei: „Es steht außer jedem Zweifel, dass die Amerikaner keine Gunst von Mir erwarten noch erhalten können außer dass Ich sicherlich einem Erlass zustimmen werde, dass sie diejenigen Männer bekommen können, die es nicht würdig sind, auf dieser Insel zu bleiben" (Clark 1962: 64). Andererseits erfüllte die Regierung Virginias nach jahrzehntelangen erfolglosen Versuchen, England zu einem Ende der Deportation von Strafgefangenen zu bewegen, 1740 eine Forderung Englands und schickte ihm ehemalige Strafgefangene für den spanischen Krieg (Shaw 1966: 32)! 1775 verhinderten die Amerikaner mit körperlichem Einsatz die Landung von Strafgefangenen, und schickten ebenso 1789 eine Schiffsladung von Nova Scotia nach Haus zurück. Dies alles kann als Motiv für die amerikanische Revolution leicht unterschätzt werden, ebenso wie das Gefühl moralischer Überlegenheit gegenüber England als Erklärung für den post-revolutionären Stolz auf amerikanische Strafanstalten.

Stattdessen wurde Australien das Auffangbecken für die gefährlichen Klassen Englands und Irlands, nachdem der Revolutionskrieg verloren worden war. Es wurde in der Tat mit expliziter Absicht als Strafkolonie kolonialisiert. England hat zu keinem Zeitpunkt die Besiedlung Australiens mit Sklaven in Erwägung gezogen, denn zu diesem Zeitpunkt war die englische Bewegung gegen Sklavenhandel bereits voll im Gang.

Zudem gilt es festzustellen, dass die Gesellschaft des 19. Jahrhunderts weit mehr mit Eugenik beschäftigt war als die vorangegangener Jahrhunderte, und die Deportation lieferte ein natürliches Experiment zur genetischen Erklärung von Kriminalität. Im 19. Jahrhundert hängte England seine gefährlichsten Verbrecher und nur die, die im Vergleich zu den Exekutierten als weniger gefährlich angesehen wurden, wurden deportiert. Die Strafgefangenen waren aus der Sicht Englands nicht mehr als ein wertloses Residuum der Bevölkerung. Tasmanien hatte die höchste Strafgefangenenrate von allen australischen Staaten (42 Prozent des gesamten Sträflingsaufkommens), und nur diejenigen, die schwerste Delikte begangen hatten, wurden für dieses Gebiet ausgewählt und eher dorthin als auf das Festland geschickt; Tasmanien hatte entsprechend die geringste freie Migration und nahm bis 1853 fortlaufend Transporte auf (nur Westaustralien nahm noch länger Transporte auf). Demzufolge stammte ein weitaus höherer Anteil der Bevölkerung als in anderen australischen Staaten bis zum Ende des

19. Jahrhunderts direkt von Strafgefangenen ab. Jedoch hatte Tasmanien bereits zu diesem Zeitpunkt eine viel geringere Kriminalitätsrate als das restliche Australien. Ich werde zeigen, dass es um 1880 einer der friedfertigsten Orte auf Erden geworden war. Während die nach Australien deportierten Häftlinge aus den Slums britischer Städte kamen, die eine hohe Kriminalitätsbelastung hatten, rekrutierten die US-amerikanischen Sklavenhändler Männer und Frauen in Gesellschaften, in denen – soweit wir über ethnographische Daten und Beweise verfügen – Diebstähle durch Verbannung und Wiedergutmachung geregelt wurden. Die amerikanischen Sklavenhändler rekrutierten darüber hinaus die gesündesten Sklaven, die sie auf dem Kontinent finden konnten, also diejenigen mit ausreichender körperlicher und geistiger Widerstandskraft, um die schreckliche Reise nach Amerika zu überleben. Es waren Menschen, die zu verlieren sich die exportierende Gesellschaft am wenigsten leisten konnte.

III. Verfahrensgerechtigkeit in der australischen Strafkolonie

Ein Ergebnis dieser Untersuchung ist, dass sich die nach Australien deportierten Strafgefangenen und ihre Kinder von ihrem früheren Leben und ihrer Involvierung in Kriminalität abwandten. Dennoch ist es nicht meine Absicht zu behaupten, dass die Deportation eine gute Sache war. Sie war es nicht. Man bedenke das schreckliche Leiden auf den gefährlichen Überfahrten nach Australien und den Kummer und Schmerz der Strafgefangenen, sich von ihren Familien verabschieden zu müssen. Zudem war die Deportation eine Form der Kolonialisierung, die anderen an Brutalität in nichts nachstand; hier sind der Massenmord an den Aborigines und die Zerstörung ihrer Kultur zu nennen.

Ich komme ferner nicht zu dem Schluss, dass es der Strafkolonie an Brutalität mangelte. Im Gebrauch der Peitsche und des Galgens war sie ungemein brutal. Historiker sind unterschiedlicher Meinung darüber, ob die Peitsche im australischen Strafgefangenensystem oder im amerikanischen Sklavensystem brutaler eingesetzt wurde. Ich vermute, dass die Beantwortung dieser Frage davon abhängt, welchen Zeitraum und welchen Ort man wählt, um den Vergleich zwischen den beiden Kontinenten zu ziehen. Aber es ist sicher, dass kein Ort in Amerika so grauenhaft war wie Captain Logans Siedlung in Brisbane, für dessen Ermordung sich sowohl die Aborigines als auch die Strafgefangenen verantwortlich erklärten (Evans und Thorpe 1992). Alles in allem schließe ich aus den verstreuten Berichten über die Häufigkeit und Stärke des Auspeitschens, dass das Auspeitschen der australischen Strafgefangenen wahrscheinlich brutaler als das der nordamerikanischen Sklaven war. Bis 1817 war es nicht nur auf Männer beschränkt; die Anzahl der Peitschenhiebe, die ein einzelner Strafgefangener erhielt, war furchterregend, und in den schlimmsten Fällen war das Gesicht des Auspeitschers mit Blut bedeckt und Fleischfetzen flogen auf den Boden (siehe Neal 1991: 36–37; besonders in Moreton Bay (heute Brisbane), Evans und Thorpe 1992; siehe dagegen Nicholas 1988: 180–183; Hirst 1983).

Auch wenn sie brutaler war, wurde die Auspeitschung in Australien in einer Weise angeordnet, die verfahrensmäßig fairer war. Während amerikanische Sklavenhalter ihr Eigentum mit der Peitsche regierten und diese an Ort und Stelle einsetzten, mussten

australische Herren die Strafgefangenen zu einer Anhörung vor dem Magistrat schicken, bevor die Peitsche von einem Wachtmeister der Justiz eingesetzt wurde. Man bedenke den historischen Kontext, in den diese Verfahrensinnovation eingebunden ist. Die Herren von Strafgefangenen mussten sich die körperliche Bestrafung von einem Gericht genehmigen lassen, und zwar zu derselben Zeit, als britische Marine- und Militärkommandeure nicht in dieser Weise eingeschränkt waren, als Lehrherren nach englischem Gesetz ihre Lehrlinge und unfreien Arbeiter auf der Stelle auspeitschen und Lehrer ihre Schüler in dieser Weise züchtigen konnten, und Ehemänner gar das Recht und die Pflicht hatten, ihre aufsässigen Frauen körperlich zu züchtigen.

Australische Strafgefangene hatten ein Recht auf Eigentum und auf Klage, um es zu verteidigen, sie konnten sich für ihre Arbeit bezahlen lassen, als Zeugen vor Gericht erscheinen und Bittgesuche an den Gouverneur schreiben, der sie meistens auch ernst nahm. Englische Gefangene hatten diese Rechte nicht. Australische Strafgefangene konnten ihre Herren wegen schlechter Behandlung verklagen und taten es auch, etwas, das heute in australischen Gefängnissen unmöglich ist (Hirst 1983: 109–111). Strafgefangene taten allerdings gut daran, sich ihrer Sache ganz sicher zu sein, bevor sie zu Gericht gingen. Atkinson (1979) berichtet, dass 1833 dem Gericht in Scone, einer ländlichen Stadt in Neu-Süd-Wales, 210 Klagen von Herren gegen die ihnen überlassenen Strafgefangenen vorlagen, verglichen mit nur sechs von Strafgefangenen gegen ihre Herren. Aber alle sechs waren erfolgreich. Obgleich die *Magistrate Courts* (Friedensgerichte) in Rechtsprechung und Strafvollzug sehr hart waren, und zwar deutlich härter als die vergleichbare untere Ebene der Gerichtsbarkeit heute, wurden dennoch zwischen einem Viertel und einem Drittel der Angeklagten vor kolonialen Strafgerichten freigesprochen (Hirst 1983: 113). Möglicherweise ist die Tatsache am bemerkenswertesten, dass Strafgefangene, die für Landbesitzer arbeiteten, eine gerichtliche *Habeas-Corpus*-Verfügung erhalten konnten, die sie davor schützte, ohne Prozess inhaftiert zu werden. Ohne Gerichtsbeschluss konnte ein Strafgefangener nicht in Eisen gelegt werden, es sei denn, um seine Flucht zu verhindern. In einem berühmten Fall bestätigte Richter Stephen 1827 die *Habeas-Corpus*-Verfügung für einige Sträflinge, die fünf oder sechs Wochen wegen Viehdiebstahls inhaftiert gewesen waren, ohne einem Richter vorgeführt worden zu sein. Der Richter verfügte die umgehende Freilassung der Gefangenen und befand, dass „die Rechte von Gefangenen in den Augen des Gesetzes so heilig sind wie die von freien Menschen“ (Hirst 1983: 118). Heutzutage und ungefähr vergleichbar würden Strafrechtler dies als eine Ausdehnung der Rechte von Angeklagten (*Habeas Corpus*) auf Strafgefangene im Rahmen der Anfechtung einer administrativen Vollzugsentscheidung ansehen, den Strafgefangenen nach einer weiteren Straftat vom offenen Vollzug in ein Hochsicherheitsgefängnis zu überstellen. Das war ein mutiges Urteil, aber Oberrichter Forbes unterstützte Richter Stephen, als dieser unter politischen Druck geriet. Dies war kein Einzelfall. Ein Jahr nachdem englische Gerichte entschieden hatten, dass Fragen nach vorangegangenen Delikten nicht während eines Strafprozesses gestellt werden können, weigerte sich Richter Willis, dem Generalstaatsanwalt von Neu-Süd-Wales zu gestatten, einen Zeugen zu fragen „Warum sind Sie deportiert worden?“ (Hirst 1983: 119). Aus diesem Grund kommt Neal (1991: 25) zu dem Schluss, dass die Gerichte in Australien *de facto* wie Parlamente arbeiteten:

„Die amerikanische und französische Revolution dienten den politischen Akteuren in Neu-Süd-Wales als aktuellste Modelle für die politischen Veränderungen, die sie anstrebten. Weder die Ideologie universeller Rechte noch die Strategie der bewaffneten Revolution wurde in Neu-Süd-Wales übernommen. Die Anwesenheit von Jakobinern, irischen Rebellen und politischen Führern, die mit diesen Ideen und Strategien wohl vertraut waren, garantierte, dass die tatsächlich entwickelten Strategien nicht in Unwissenheit anderer Möglichkeiten übernommen wurden. [Stattdessen] bauten die Protagonisten auf ihre Geburtsrechte als britische Bürger und setzten die Sprache der Rechtsstaatlichkeit (rule of law) ein, um diese zu sichern und eine neue soziale und politische Ordnung für die Strafkolonie in Botany Bay zu schmieden."

Nach der fehlgeschlagenen irischen Rebellion des Jahres 1804 gab es keinen weiteren Sträflingsaufstand. Ein einsamer Siedler, der eine Reihe (manchmal Dutzende) von Strafgefangenen beschäftigte, in der Regel hunderte von Meilen von der Staatsautorität entfernt, hätte Grund zur Furcht haben können. Dennoch hatte die australische Bourgeoisie weniger Angst vor einer Rebellion ihrer gefährlichen Klassen als sie sich in den Befürchtungen der europäischen Bourgeoisie in dieser Zeit manifestierte, oder in der Angst der amerikanischen Plantagenbesitzer vor einem Sklavenaufstand. Das, so behaupte ich, hatte seinen Grund darin, dass sie wussten, dass die Strafgefangenen Hoffnung hatten, sie hatten Aussichten auf eine Zukunft und konnten durchaus mit fairen Verfahren bei der Verhandlung der Ungerechtigkeiten der Gegenwart rechnen. Die sozialpsychologische Literatur zur Verfahrensgerechtigkeit zeigt, dass sogar im Kontext eines sehr harten Systems justizieller Kontrolle wie derzeit in den USA ein für den Einzelnen nachteiliger Ausgang des Verfahrens selbst dann eine höhere Konformität mit Gesetzen nach sich zieht, wenn die Betroffenen das Verfahren als fair und gerecht wahrnehmen (Lind und Tyler 1988; Tyler 1990). Einer der Gründe dafür scheint zu sein, dass, wenn es eine von allen geteilte Identität als Bürger und Mitglied innerhalb einer gerechten gesetzlichen Ordnung gibt, die Bereitschaft besteht, dieser Ordnung auch zu entsprechen (Tyler und Dawes 1993). Damit die Identität des Sträflings mit der des gesetzestreuen Bürgers verbunden werden konnte, mussten diese Strafgefangenen davon überzeugt werden, dass sie sich innerhalb einer Gesellschaft befanden, in der ihnen gesetzliche Regeln praktischen Schutz boten und eben deshalb wert waren, eingehalten zu werden. Brutalität ist leichter zu ertragen, wenn ein Ende in Sicht ist und ihre Exzesse in fairen Verfahren angefochten werden können. Weder australische Aborigines noch amerikanische Sklaven konnten sich ein Ende (ihres Leidens) in derselben Art und Weise vorstellen, wie es australischen Strafgefangenen möglich war. Es ist die Kombination von Not zusammen mit der Erfahrung von Ungerechtigkeit, die zur Missachtung von Gesetzen führt (Sherman 1993).

Auch wenn die Auspeitschungen schrecklich waren, konnte man sie weitgehend vermeiden, wenn man sich an die Regeln hielt. Die Sträflinge befanden sich schließlich in einem völlig offenen Gefängnis, in dem „die Peitsche die Arbeit der Mauern, der Wächter und der Strafzellen übernahm" (Hirst 1983: 68–69). Die führenden Historiker sind sich außerdem darin einig, dass „man an der alten Weisheit festhielt, dass eher Freundlichkeit und Strenge als Härte die besten Methoden waren, mit ihnen umzugehen" (Hirst 1983: 71). Neu-Süd-Wales hatte sogar einen ersten Sozialforscher, der Strafgefangene befragte, ob sie sich besser unter einem guten oder einem schlechten Herrn verhalten würden. Viele fanden die Frage äußerst lächerlich, aber diejenigen, die sich überzeugen ließen, die Frage ernst zu nehmen, meinten, sie würden sich besser

unter einem guten Herrn verhalten (Hirst 1983: 73). Von den Auspeitschungen abgesehen, waren die Lebensumstände der männlichen Strafgefangenen in vieler Hinsicht besser als die der Arbeitnehmer in England. Sie waren besser ernährt als Arbeiter in England. Sie erhielten eine Ernährung, wie sie nach heutigem australischen Standard für junge Männer empfohlen wird, und mehr als schottische Bergarbeiter noch in den 1980er Jahren (Nicholas 1988: 185). Die Strafgefangenen arbeiteten weniger Stunden (Nicholas 1988: 187–188), waren besser untergebracht (Nicholas 1988: 195–5), besser gekleidet (Nicholas 1988: 194–195) und hatten eine bessere Krankenversorgung (Nicholas 1988: 192–194) als amerikanische Sklaven und freie englische Arbeiter (aber siehe dazu die Kritik an dieser Behauptung für Moreton Bay, Brisbane, von Evans und Thorpe 1992).

Wie können wir eine so vergleichsweise gute Behandlung erklären? Und wie die nahezu grenzenlose Zuversicht, die die Verfahrensrechte den Strafgefangenen manchmal gaben, wie der folgende Vorfall beweist:

> „Mach es gefälligst selbst und f*** dich selbst; bestraf mich und sei verflucht", antwortete ein Strafgefangener auf die Frage seines Herrn, warum er seine Arbeit nicht gemacht habe. Als ein Friedensrichter eine junge Frau zu zehn Tagen Isolierhaft auf Grund einer Klage ihres Herrn verurteilte (Frauen durften nach 1817 nicht mehr ausgepeitscht werden), drehte sie sich um und spuckte ihrem Herrn ins Gesicht. Der Friedensrichter erhöhte daraufhin die Strafe auf 30 Tage, was das Maximum war, wie die junge Frau wohl wußte. „Oh, danke, ich bin Euer Ehren sehr verpflichtet; ich liebe ungerade Zahlen, würden Sie so freundlich sein und mir die Gunst von 31 gewähren; bitte, Euer Ehren, ich hätte gern einunddreißig" (Hirst 1983: 70–71).

Die Erklärung für diese Entwicklung ist, dass die Wirtschaft der Kolonie durch Arbeitskräftemangel stark beeinträchtigt wurde. Zunächst vertraten die frühen Gouverneure der Kolonie die Ansicht, dass es das vorrangige Ziel sein musste, die Population der Sträflinge zu willigen Arbeitern zu erziehen, und dass der beste Weg zu diesem Ziel die Institutionalisierung von gerechter Behandlung war. Wir werden sehen, wie die rasche Umsetzung dieser Politik nach anfänglich schwierigen Jahren, in denen die Kolonie an chronischer Hungersnot litt, schon bald Erfolg zeitigte. Zweitens spielten die Richter und das Gerichtswesen eine zentrale Rolle dabei, die Verfahrensgerechtigkeit für Strafgefangene in Australien weit mehr als in England oder Amerika voranzutreiben. Drittens wurden die meisten Strafgefangenen an die Arbeit gebracht, indem man sie Herren überließ, die davon überzeugt waren, dass es den meisten Profit brachte, wenn sie fair, aber streng waren. Es gab brutale Herren, aber diese waren weniger wirtschaftlich erfolgreich als die fairen und strengen Herrn. Kollektive Übereinkünfte unter den Strafgefangenen, langsamer für einen Herrn zu arbeiten, den sie nicht mochten, damit er sie zurückschickte, um dann anschließend einem besseren zugewiesen zu werden, waren erfolgreiche Waffen der Schwachen. Manchmal erreichten die Sträflinge, dass sie sich ihren Herrn selbst auswählen konnten, indem sie sich mit einem reichen Landbesitzer, der als guter Herr angesehen wurde, verbündeten, sie in einer Klage gegen einen schlechten Herrn wegen Misshandlung vor dem Gouverneur oder dem Friedensrichter (der unter Umständen ein Freund des reichen Landbesitzers war) zu unterstützten. Wenn der Gouverneur oder das Gericht die Strafgefangenen dem ungerechten Herrn absprachen, konnte der reiche Landbesitzer sie für sich in Anspruch

nehmen. Oder der Strafgefangene griff seinen Herrn einfach tätlich an und akzeptierte eine Auspeitschung, der dann eine neue Zuweisung folgte.

Auch wenn dies die generellen Tendenzen gut wiedergibt, so bedarf dies allerdings einer erheblichen Einschränkung. Alle frühen Gouverneure genossen weitreichende lokale Befugnisse und alle missbrauchten diese in ungerechtester Weise, wenn es um Fragen ging, die sie für wichtig genug hielten. Das traf besonders auf den visionären und bedeutendsten unter den frühen Gouverneure zu, Lachlan Macquarie, der die reintegrative Politik am stärksten verfolgte (Ritchie 1986). Einer der weniger bedeutenden Gouverneure war Captain Bligh, eher berühmt durch die Meuterei auf der *Bounty*. Sein Beitrag zur Debatte um Verfahrensgerechtigkeit ist unvergessen: „[d]as Gesetz, mein Herr! Sch*** auf das Gesetz; mein Wille ist das Gesetz, und wehe dem, der es wagt, ihm nicht zu gehorchen!" (Kercher 1996: 10). Blighs Regierungszeit wurde durch den einzigen Militärcoup in der australischen Geschichte beendet. Während er eine komplexere Persönlichkeit war, als es die Darstellungen von Errol Flynn und Mel Gibson (Dening 1992) vermuten lassen, war er doch ein Mann, dem es in seinem Leben besser ergangen wäre, hätte er Tom Tylers Untersuchungen zur Sozialpsychologie der Verfahrensgerechtigkeit gelesen.

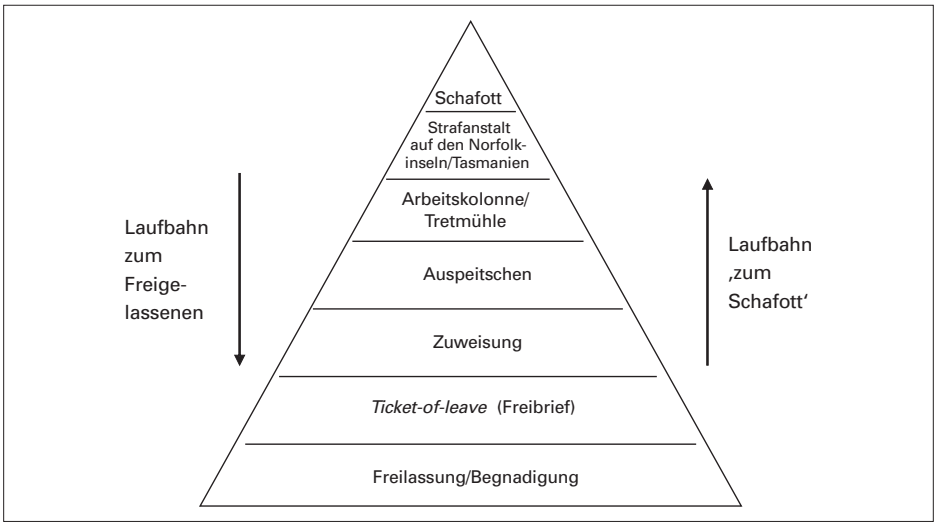
Captain Logans Brutalität in Moreton Bay (Brisbane) wurde weder von den anderen militärischen Kommandeuren in den abgelegenen Strafkolonien erreicht, in die Strafgefangene geschickt wurden, um eine (Zusatz-)Strafe abzubüßen, noch in der Frauenstrafanstalt von Parramatta (heute ein westlicher Vorort von Sydney), wo weibliche Strafgefangene einsaßen. Dennoch konnten sich die meisten der Kommandeure in den Gefängnissen auf den Norfolkinseln vor der australischen Ostküste durchaus an Brutalität und Ungerechtigkeit mit Logan messen. Zwar war eine Arbeitszuweisung, die es erlaubte, sich frei im Land zu bewegen, das Schicksal der Mehrheit der Sträflinge, aber man darf nicht vergessen, dass das Leben der Strafgefangenen in Australien sehr unterschiedlich war. Viele starben in Ketten und unter den Bedingungen einer erbarmungslosen und brutalen Gefangenschaft. Noch mehr starben am Galgen oder auf der Reise. Dennoch ist es notwendig, in das Bild der Deportationszeit, das sich tendenziell ausschließlich auf das Elend und die Hoffnungslosigkeit konzentriert, mehr Ausgewogenheit hineinzubringen.

Vereinfacht kann man sagen, dass es zwei grundlegende Historiographien der Erfahrungen von Sträflingen gibt. Die Geschichte der Mehrheit ist die der Arbeitszuweisung im australischen Busch oder als Dienstpersonal in der Stadt (besonders für Frauen) zu Dienstherren, die fair zu denen waren, die gut arbeiteten. Allerdings konnten solche Herrn durchaus bösartig werden, wenn sich die Strafgefangenen widersetzten. Eine kleine Minderheit von Herren behandelte die Strafgefangenen grundsätzlich schlecht. Widersetzliche Strafgefangene, die brutal behandelt wurden, neigten dazu, noch aggressiver zu werden (so zum Beispiel die Analyse von Richter Thierry, dass Buschklepper (*bush ranger*) sich aus jenen Männern rekrutierten, die wiederholt ungerecht ausgepeitscht worden waren, zitiert von Ward 1958: 138). Das brachte sie dann auf schnellstem Weg zu den Norfolkinseln oder in eine der anderen australischen Höllen, an den Galgen, oder war eben der Beginn einer Karriere als Buschklepper.

Im folgenden Abschnitt geht es um die Geschichte der Mehrheit, die eine Geschichte der Reintegration in eine respektable Gesellschaft und der Rehabilitation von

Menschen ist, die gegen die Strafgesetze verstoßen hatten. Dennoch sollte nicht die Minderheit vergessen werden, die gerade auf Grund ihrer Erfahrungen als Strafgefangene stärker in Kriminalität involviert wurden (*Abbildung 2* fasst die beiden Laufbahnen zusammen). Dieser zweite Karriereweg bestand darin, dass der Strafgefangene wiederholt ausgepeitscht wurde, und wenn ihn das nicht mürbe gemacht hatte, musste er in Ketten im Straßenbau arbeiten oder in der Monotonie der Tretmühle; wenn das schließlich auch nicht half, wurde er in die Hölle eines Gefängnisses wie das auf den Norfolkinseln geschickt.

Abbildung 2: Zwei Karrierewege innerhalb der Pyramide der Strafrechtskontrolle der australischen Sträflingsgesellschaft



IV. Reintegration

Die Arbeitszuweisung war der Hauptmotor der Integration. Es gab Fälle, in denen die Ehefrauen von Strafgefangenen selbst als freie Immigrantinnen nach Australien kamen, kleine Unternehmen gründeten, und es ihnen gelang, ihre Männer als Arbeiter zugewiesen zu bekommen. Eheschließungen wurden allgemein in der Kolonie gefördert, weil man stabile Familienbande als entscheidend für die Rehabilitation von Straftätern ansah. Männer, die in den Kasernen für Strafgefangene in Sydney einsaßen, durften ihre Frauen in der Stadt besuchen und hatten Freitag und Samstag zu ihrer Verfügung, weil sie dadurch bessere Möglichkeiten hatten, ihre Familien zu unterstützen. Strafgefangene, die sich gut führten und Ehefrauen in England hatten, durften ihre Frauen und Kinder kostenlos nach Australien bringen lassen (ab 1816) (Hirst 1983: 80).

Die Politik der ökonomischen Reintegration war noch humaner und innovativer als die der Zusammenführung der Familien. Die meisten Strafgefangenen konnten davon ausgehen, dass sie einem Herren zugewiesen würden, um für ihn zu arbeiten. Das wa-

ren zwar zumeist private Landeigentümer, aber viele arbeiteten als Hausangestellte in der Stadt oder für die Regierung (z.B. im Straßenbau). Strafgefangene erhielten einen bescheidenen Lohn gemäß den von der Regierung für die Arbeit festgelegten Sätzen. Jedoch sicherten sich unter den Bedingungen eines akuten Arbeitskräftemangels viele Herren die besten Strafgefangenen, indem sie sie mit Zusatzzahlungen lockten. Darüber hinaus hatten die Strafgefangenen das Recht, nach freien Marktbedingungen für andere Herren zu arbeiten, wenn sie die ihnen zugewiesene Arbeit oder Stunden erfüllt hatten. Da die Löhne auf dem freien Arbeitsmarkt auf Grund des Arbeitskräftemangels hoch waren, verdienten die Strafgefangenen gutes Geld, so lange wie ihre Arbeitszuweisung dauerte. Gute Führung während der Dauer der Zuweisung berechtigte die Strafgefangenen zu einem *„Ticket-of-leave"*. Mit einem *Ticket-of-leave* konnten Strafgefangene auswählen, für wen sie arbeiteten. Die Idee des *Ticket-of-leave* wurde später in England kopiert und wurde zu der Institution, die wir heute Bewährung nennen. Man beachte, dass der Wunsch des Herrn, seine besten Strafgefangenen auch dann zu behalten, wenn sie ein Recht auf das *Ticket-of-leave* hatten, ein weiterer Grund war, sie während der Zuweisung fair zu behandeln. Und schließlich wurden die Strafgefangenen, die sich gut führten und besonders produktiv waren, in großem Umfang von der Regierung begnadigt.

Man könnte sogar sagen, dass der Begriff *„Restorative Justice"* von Lachlan Macquarie im frühen 19. Jahrhundert erfunden wurde. Macquarie sprach oft davon, die Strafgefangenen wieder in die respektable Gesellschaft einzugliedern (*restore*), und wurde dafür regelmäßig von den freien Siedlern (*exclusives)* kritisiert, die darauf hinwiesen, dass Strafgefangene zum Zeitpunkt ihrer Verurteilung keineswegs Mitglieder der achtbaren Gesellschaft gewesen waren, und Macquarie sie auf diese Weise über den ihnen zukommenden Stand hinaus erhob. Eine andere Erfindung der Regierung von Neu-Süd-Wales war das *„certificate of freedom"*, die Freilassungsurkunde, die Strafgefangene erhielten, wenn sie begnadigt wurden oder ihre Strafe verbüßt hatten. Ein solches Zertifikat war notwendig in einer Strafgefangenengesellschaft, in der Freigelassene beweisen mussten, dass sie tatsächlich Freie waren. Das Zertifikat besagte, dass sein Besitzer „alle Rechte und Privilegien eines freien Menschen" wieder erlangt hatte (Hirst 1983: 108). Dies ist ein weiteres Beispiel dafür, dass die koloniale Gesetzgebung den entlassenen Strafgefangenen mehr Rechte gewährte als die englischen Strafgesetze jener Zeit, für die auch eine Begnadigung nicht ausreichte, um dem ehemaligen Täter alle Rechte wieder zu gewähren.

Freigelassene Strafgefangene erhielten beträchtliche Zuweisungen an Ackerland, Vieh, Geräten und Saatgut, die ausreichten, um sie zu wirtschaftlich lebensfähigen Siedlern zu machen. Viele erwarben beträchtlichen Grundbesitz und wurden Herrn über ihnen zugewiesene Strafgefangene. Ab 1820, vierzig Jahre nachdem die ersten Strafgefangenen Australien erreicht hatten, geboten ehemalige Strafgefangene als Herren über die Mehrheit der Strafgefangenen, besaßen über die Hälfte des Vermögens der Kolonie und dreiviertel des Grund und Bodens (Hirst 1983: 81). An diesem Punkt ist der Gegensatz zur wirtschaftlichen Integration der freigelassenen Sklaven oder deren Fehlen in der amerikanischen Sklavengesellschaft am schärfsten.

Die Freigelassenen ergriffen die ihnen gebotenen Chancen mit beiden Händen. James Ruse war der erste Freigelassene, der 1790 eine Landzuweisung erhielt. Er war

ein erfahrener Bauer aus England und fand heraus, wie man den Boden des südlichen Kontinents bearbeiten musste, um ihn ertragreich zu machen, was den Farmern, die als ehemalige Soldaten aus der kolonialen Armee stammten, nicht gelungen war. Ruse führte auch das erste von vielen folgenden Systemen der Gewinnbeteiligung für die Strafgefangenen ein, die ihm zur Arbeit zugewiesen waren. Freigelassene waren überwiegend fair und sogar großzügig in der Behandlung der verurteilten Strafgefangenen. In einem angespannten Arbeitsmarkt war dies ein weiterer Faktor, der die freien Siedler unter Druck setzte, ihre Strafgefangenen fair zu behandeln, um sie als Arbeitskräfte zu halten.

Auf diese Weise trug nicht nur die wirtschaftliche Integration, die ein Resultat der Arbeitsmarktlage war, zur Verfahrensgerechtigkeit bei, sondern Verfahrensgerechtigkeit trug umgekehrt ebenso zur wirtschaftlichen Reintegration bei. John Busby, ein Ingenieur aus England, der 100 Strafgefangene beim Bau einer Wasserleitung beschäftigte, hat die ausführlichsten Berichte über die Behandlung seiner Arbeiterschaft hinterlassen. Zu Beginn erzielte er gute Resultate, indem Strafgefangene, die sich während der Woche schlecht benommen hatte, samstags zur Arbeit in die Tretmühle der Kolonie schickte. Der von diesen angerufene Friedensrichter wies Busby darauf hin, dass diese Praxis eine illegale Form der Bestrafung war, solange nicht ein Gerichtsbeschluss vorlag. Ehe er die Verzögerungen in Kauf nahm, die mit der Überstellung vor das Gericht verbunden waren, gab Busby den Strafgefangenen eine Arbeitsaufgabe für denselben Tag, und wenn diese erfüllt war, konnten sich die Männer ein zusätzliches Einkommen auf dem freien Arbeitsmarkt verdienen (Hirst 1983: 66).

Vielleicht noch überraschender als die Integration der Freigelassenen in Landwirtschaft und Industrie ist ihre Integration in die Welt der hochqualifizierten Berufe und Professionen. William Redfern wurde zum Leitenden Arzt der Kolonie ernannt und war der erste in einer Reihe Freigelassener, die an die Spitze der medizinische Berufe aufstiegen. Die ersten praktizierenden Rechtsanwälte der Kolonie waren Strafgefangene mit *Tickets-of-leave*. Macquarie ernannte drei Freigelassene, die keine Juristen waren, zu Friedensrichtern. Es liegt auf der Hand, dass dies in England nicht möglich gewesen wäre. Macquaries herausragender staatlicher Baumeister, Francis Greenway, der auch heute noch als der berühmteste Architekt Australiens gilt, war ein Strafgefangener. Der Bildung wurde erst Anfang des 19. Jahrhunderts Priorität eingeräumt, indem man Strafgefangene mit *Tickets-of-leave* zu Lehrern ernannte.

Die vielleicht strategisch wichtigste Form der Integration von Freigelassenen in die Kolonie bestand darin, dass Freigelassene zu einem sehr frühen Zeitpunkt in der Geschichte der Kolonie erfolgreich eine Zeitung herausgeben konnten. Die Presse der Freigelassenen machte den Gouverneuren das Leben vor allem dann schwer, wenn diese sich den Forderungen der freien Siedler allzu sehr beugten (z.B. siehe Clark 1968: 74–75). Allein durch ihre Existenz konsolidierte sie die rechtlichen und wirtschaftlichen Bedingungen, die die Freigelassenen erreicht hatten.

Zusätzlich zur Reintegration in Familie und Wirtschaft profitierten die Strafgefangenen von einem erstaunlich hohen Ausmaß an sozialer Reintegration. Macquarie war der erste Gouverneur, der ehemalige Strafgefangene an seine Tafel bat; diese Geste nahmen ihm die freien Siedler übel. Allerdings respektierten sie die strenge Regel, dass ein Strafgefangener nicht als solcher bezeichnet werden durfte. Die respektvollste Anre-

de war *„government man"* (Regierungsmann). Überall trugen die verurteilten Strafgefangenen höchst unterschiedliche Kleidung und keine Uniform, mit nur wenigen Ausnahmen an besonderen Orten oder unter besonderen Umständen; äußerlich waren sie so von anderen Bürgern nicht zu unterscheiden. Auch wenn sie stigmatisiert wurden, so geschah das doch erheblich seltener und war weniger schwerwiegend als das, was Strafgefangene in England oder in anderen Ländern auszuhalten hatten. Wichtiger noch als die familiale, wirtschaftliche und soziale Reintegration war für Macquarie die Reintegration in die Kirche. Um zu erreichen, dass die Strafgefangenen in den Schoß der Kirche zurückkehrten, wurde die Arbeit der ‚British and Foreign Bible Society' und der Sonntagsschulen unterstützt.

Außer in den Fällen von schwerwiegenden Delikten, die der Polizei nicht verborgen bleiben konnten, wurden Delikte unter Freigelassenen informell, wenn auch nicht immer gerecht in sogenannten *„kangaroo courts"* abgehandelt. Wards (1958: 110–111) Beschreibung, wie „die öffentliche Meinung" und nicht die „Staatsgewalt" die Ordnung auf den Goldfeldern aufrechterhielt, ist in dieser Beziehung aufschlussreich, ebenso wie seine Beobachtung – und er war ein scharfsinniger Beobachter der Institutionen des australischen Busches – , dass *„roll-ups"*, Versammlungen, an denen jeder, der wollte, teilnehmen konnte, auf den Goldfeldern in Westaustralien und in den Minen des Northern Territory noch in den 1930er Jahren die Einrichtung waren, die allen Goldschürfern eine Teilnahme an gerichtlichen Entscheidungen erlaubte.

Dies sind insgesamt die Grundlagen für meine Interpretation, dass die australische Strafgefangenengesellschaft in starkem Ausmaß reintegrativ war, und dass dies wiederum ein hohes Maß an Verfahrensgerechtigkeit förderte und vice versa. Obwohl ich mein entsprechendes entgegengesetztes Argument über die amerikanische Sklavengesellschaft nicht ausgeführt habe, setze ich als nicht kontrovers voraus, dass die Sklavengesellschaft eher von Stigmatisierung als von Reintegration gekennzeichnet war, und dass diese Stigmatisierung ihrerseits ein hohes Ausmaß an Verfahrensungerechtigkeit hervorbrachte. Aber hatten Verfahrensgerechtigkeit und Reintegration – die Politik der *restorative justice* – tatsächlich niedrigere Kriminalitätsraten zur Folge, wie die Theorien der *restorative justice* (Braithwaite 1999), des *reintegrative shaming* (Braithwaite 1989) und der Verfahrensgerechtigkeit (Tyler 1990) postulieren?

V. „Restorative Justice" und Kriminalitätsrate

> „[Dies] ist das erste Mal, dass jemand gewagt hat,
> eine Gesellschaft aus all dem zu formen, was in einer anderen schlecht ist"
> (der Bürger Toulogeon, 3. Januar 1803, zitiert in Forster 1990).

Jeremy Bentham hielt die Deportation für eine Bedrohung seines Panoptikum-Gefängnisses. Er brandmarkte sie daher als eine Strategie der Kriminalprävention, die vollständig versagt hatte. Dies wurde als herrschende Meinung in England übernommen, und Benthams Auffassungen beeinflussten den führenden Intellektuellen der anderen Großmacht jener Zeit, Alexis de Tocqueville. Von der Mitte des Jahrhunderts an folgte die australische Auffassung dann der orthodoxen Haltung in Europa. Im Gegensatz dazu war während der Zeit der Deportation die australische Grundeinstellung, dass Depor-

tation eine wirksame Methode war, um Straftäter zu resozialisieren. Typisch dafür war im Jahr 1840 die Bemerkung des langjährigen Generalstaatsanwalts von Neu-Süd-Wales, John Plunkett, dass das Sträflingssystem „mehr als irgendeine Strafanstalt oder andere Systeme der Bestrafung, die bisher bekannt sind, einen rehabilitierenden Einfluss gehabt hat" (Molony 1973: 121). Während der Zeit der Deportation war dies auch die vorherrschende Auffassung innerhalb der britischen Bürokratie. Allerdings zeigt die britische Parteipolitik ein anderes Bild. Die Tories neigten dazu, Benthams Sichtweise zu übernehmen, dass der Abschreckungseffekt der Deportation unsicher und daher schwach sei. Sie stürzten sich auf Berichte von ehemaligen Strafgefangenen, die ihr Glück gemacht hatten, und bezweifelten, ob auf diese Weise Abschreckung überhaupt funktionieren könne. Sowohl die Whigs (Liberale) als auch die Radikalen tendierten dazu, das Sträflingssystem mit der Sklaverei zu vergleichen. Wilberforce war der Meinung, dass es für christliche Bauern eine Erniedrigung bedeutete, wenn sie Herren von Sklaven waren. Für sie spielten die Berichte von Auspeitschungen und den Verderbtheiten in der Kolonie die entscheidende Rolle. Beide Seiten beriefen sich auf Berichte von Reisenden, dass Homosexualität und Sodomie bei männlichen Strafgefangenen grassierten, und dass weibliche Strafgefangene allgemein als Prostituierte missbraucht würden. Dies war auch der entscheidende Punkt von Tocquevilles Kritik: „Was der australischen Gesellschaft vor allem fehlt, ist Moral. Und wie könnte es anders sein? ... [Frauen] haben jene Bescheidenheit und Tugend verloren, die ihr Geschlecht im Mutterland traditionell kennzeichnen ... ein Viertel der Kinder sind immer noch unehelich" (zitiert in Forster 1996: 104). Wie Tocqueville sah auch Polizeipräsident Biggs, der ausgeschickt wurde, um in Macquaries exzessive Integrationspolitik ordnend einzugreifen, die Notwendigkeit, die „britische ‚Zivilisation' vor den jakobinischen Tendenzen in der *Frontier*-Gesellschaft zu bewahren" (Ritchie 1970: 220).

Es war eine insgesamt kaum angreifbare politische Mixtur aus Überzeugungen von Whigs und Tories, in die darüber hinaus die von den Intellektuellen propagierten Analysen von Bentham und Tocqueville einflossen, die schließlich die Deportation in eine politische Niederlage und Fehlschlag umdefinierte. Innerhalb der australischen und englischen Bürokratie behauptete sich jedoch gegenüber diesem Kurs über viele Jahrzehnte eine positive Bewertung der Deportation. Sowohl Bentham in England als auch Tocqueville in Frankreich verloren die Debatte zu ihren Lebzeiten und erlebten den Bau der von ihnen befürworteten Strafanstalten nicht mehr. Erst im 20. Jahrhundert fingen Historiker an, die australische Erfahrung mit Strafgefangenen in ein neues Licht zu rücken.

Robert Hughes (1987: 103) zieht den weitreichenden Schluss, dass „das Zuweisungssystem in Australien die weitaus erfolgreichste Form der Rehabilitation von Straftätern war, die jemals in der englischen, amerikanischen oder europäischen Geschichte ausprobiert worden ist". Führende Historiker der Epoche der Deportation in Australien stimmen weitgehend darin überein, dass die Kolonie zu Beginn ein gewalttätiger, unzivilisierter, alkoholisierter und moralisch verdorbener Ort war, der dann zunehmend zivilisierter wurde, als die meisten Strafgefangenen sich von der Kriminalität abwandten, um produktive Bürger zu werden, und sie ihrerseits Kinder hatten, die bemerkenswert gesetzestreu waren. Zu nennen sind hier insbesondere die Berichte von Manning Clark (1993), Sir Keith Hancock (1930), John Hirst (1983), Robert Hughes

(1987), Alan George L. Shaw (1966) und Leslie L. Robson (1965). Aber man kann hier bereits die erste wissenschaftliche Geschichte Australiens einbeziehen, die 1831 von Ernest de Blosseville geschrieben wurde, in einer zweiten Auflage 1859 überarbeitet und kürzlich australischen Historikern durch Colin Forster (1996) zugänglich gemacht wurde. Blossevilles Buch erregte großes Interesse in Frankreich, das seinerzeit von Australien fasziniert war; es gewann 1832 den angesehenen Montyon Preis der Académie Française, den im darauffolgenden Jahr de Beaumont und Tocqueville (1964) aus dem anderen Lager der Debatte mit einem Buch gewannen, in dem sie den amerikanischen (Panoptikum-)Typ der Strafanstalt propagierten.

Blosseville glaubte, dass die Kolonie bereits nach vier Jahren in der Lage war, die erste Periode mangelhafter Ordnung und Desorganisation hinter sich zu lassen; schon zu diesem Zeitpunkt habe sich die Kriminalität verringert und die Straßen Sydneys seien sicherer als einige Straßen in London. Er schrieb die den Begnadigungen, der wirtschaftlichen Reintegration von Straftätern sowie der Tatsache zu, dass man Strafgefangene mit besonders gutem Leumund für die Nachtwachen in Sydney einsetzte. Blosseville verließ sich auf eine interessante Quelle, nämlich eine Gesandschaft der französischen Regierung, deren Aufgabe ein Bericht über die Zustände in Australien war, und die sich zu diesem Zweck 1802 für fünf Monate in Neu-Süd-Wales festgehalten hatte. Péron berichtete zusammenfassend für die Mitglieder der Mission:

„Vielleicht niemals zuvor hat sich dem Staatsmann oder Philosophen ein so wertvolles Untersuchungsfeld dargeboten ... Hier waren auf engem Raum die schlimmsten Gauner versammelt, die der Schrecken der Regierung ihres eigenen Landes gewesen waren, ausgestoßen aus dem Schoß der europäischen Gesellschaft ... Die Mehrheit hat ihre Taten mit harter Sklavenarbeit gebüßt und ist wieder in die Reihen der bürgerlichen Gesellschaft aufgenommen. Sie sind nunmehr verpflichtet, zur Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung beizutragen, um das Eigentum, das sie erworben haben, zu schützen; sie sind gleichzeitig Ehemänner und Väter geworden, und sie sind an ihren gegenwärtigen Staat zugleich mit den stärksten und teuersten Fesseln gebunden. Dieselbe Revolution hat mit denselben Mitteln bei den Frauen stattgefunden; elende Prostituierte, die allmählich zu anständigem Benehmen zurückgefunden haben, sind heute heitere und hart arbeitende Familienmütter“ (zitiert in Forster 1996: 11).

Arago, der den Bericht der Expedition von 1802 verfasst hatte, besuchte Sydney noch einmal im Jahre 1819, und zog in geradezu überschwänglichen Formulierungen den Schluss, dass es weitere Fortschritte gegeben habe:

„[Hier] ist ein Fälscher mit nützlicher Arbeit beschäftigt, die ihm erst Land, dann Achtung und schließlich Ehre zuteil werden lässt. Hier kann ein Dieb, der seinen schändlichen Gewohnheiten abgeschworen hat, oftmals das Amt des Friedensrichters ausüben und wird gar zur Geißel der Diebe. Ich habe einen Betrüger getroffen, dem heute von der Regierung ihr berechtigtes Vertrauen geschenkt wird, und der den Kindern Sydneys sowohl durch sein eigenes Beispiel wie durch seinen Unterricht die Prinzipien strengster Tugenden und höchsten Ehrgefühls vermittelt. Man könnte sagen, dass die Luft in diesem Land, obwohl Wilde sie atmen, den Geist reinigt und alle edlen Gefühle darin wachsen lässt“ (zitiert in Forster 1996: 27).

Weitere französische Berichte zu den Vorzügen der australischen Strafkolonie entstanden anlässlich des Wettbewerbs, mit dem die Macon Society 1827 zu Beiträgen zu einer republikanischen Untersuchung der Kriminalstrafe aufrief:

„Stellen Sie dar, wie Fronarbeit durch eine Form der Bestrafung ersetzt werden kann, die – ohne dass sie aufhört, den Notwendigkeiten der Gerechtigkeit zu genügen – den Verurteilten doch weniger das Gefühl der Erniedrigung gibt. Schlagen Sie Maßnahmen vor, die in der Zwischenzeit zu ergreifen sind, so dass Zuchthäusler nach Verbüßung ihrer Strafe nicht länger durch die Ablehnung der Öffentlichkeit ins Elend gestürzt werden und ihre Gegenwart die Gesellschaft nicht länger bedroht, die sie wieder aufnimmt."

Tocqueville war die herausragende Gestalt im andern Lager der Debatte. Er glaubte ebenso wie Bentham, dass die Deportation eine Gesellschaft schuf, die „aus bösartigen Elementen zusammengesetzt, früher oder später zu einem Volk werden würde, das schwierig zu regieren und gefährlich in seiner Freiheit sein würde". Blosseville war ein guter Freund Tocquevilles und kannte dessen Ansichten wohl. Seine Schlussfolgerung, dass Tocqueville alles falsch verstanden hatte, basierte auf Blossevilles sorgfältigem und empirischen Umgang mit den Fakten, die über das Funktionieren der englischen Strafkolonie tatsächlich bekannt waren.

Ich vermute ferner, dass Blosseville und die zeitgenössischen australischen Historiker sorgfältiger mit den Zeugnissen, die wir haben, umgingen als Bentham und Tocqueville. Dies sind zugegebenermaßen keine Beweise und Quellen von solcher Qualität, die für heutige Soziologen definitiv sein können, mich selbst eingeschlossen. Die meisten der großen australischen Historiker scheinen von der Tatsache überzeugt gewesen zu sein, dass englische Kritiker der Deportation unter den Tories, den Whigs und den Radikalen ihren Standpunkt auf abstrakte Argumente stützten, insbesondere auf die von Bentham. Die Australier, die die Meinung vertraten, dass die Deportation eine wirksame Methode war, um Straftäter zu bessern, argumentierten im Gegensatz dazu aus einer reichen empirischen Erfahrung. Sie erzählten konkrete Geschichten von Menschen, die sich geändert hatten, und von einem neuen gesetzestreuen und erfolgreichen Leben. Die meisten englischen Kommentatoren neigten dazu, die australischen Zeugnisse als eigennützige und mit Vorurteilen belastete Meinungen beiseite zu schieben und sahen sie als ein Ergebnis der Profite und Erniedrigungen, die daraus resultieren, dass Menschen andere als Sklaven beherrschen.

Das konnte den australischen Historikern, die die Biographien dieser Männer gelesen hatten, kaum richtig scheinen. Einige von ihnen hatten sich zu der Zeit, als sie ihre Berichte verfassten, nach England zurückgezogen und hatten keine finanziellen Interessen mehr in Australien. Die Bedeutung der Frage, wer hier ein eigennütziger Beobachter war und wer nicht, ist möglicherweise der Grund dafür, warum eine Reihe von australischen Historikern sich eher auf eine andere Quelle verließ, nämlich die Beobachtungen von Besuchern mit unabhängigem Urteil, die die Kolonie selbst bereist hatten. Die am häufigsten zitierte Beurteilung stammt von Charles Darwin, der 1836 auf der *Beagle* in Sydney Cove ankerte: „Als Methode, Menschen sichtbarlich ehrlich und Landstreicher, die höchst nutzlos in einem Land sind, zu aktiven Bürgern in einem anderen zu machen, und auf diese Weise ein wunderbares neues Land zu schaffen, ist diese hier in einem Maße erfolgreich, das beispiellos in der Geschichte ist" (zitiert in Shaw 1966: 244–245). Es ist ferner bemerkenswert, dass Darwin auf derselben Reise ähnlich beeindruckt von den Leistungen indischer Strafgefangener war, die überwiegend für Bandenraub und Mord lebenslänglich nach Mauritius verbannt waren (Nicholas und Shergold 1988: 33).

In einem anderen Zusammenhang (Braithwaite 2001) habe ich versucht, systematischer die beträchtlichen Beweise zu diskutieren, die nahe legen, dass Darwins wie auch die übereinstimmenden Auffassungen führender australischer Historiker des 19. Jahrhunderts richtig gewesen sein könnten. Ich möchte das hier mit Henry Reynolds' (1969) Daten für Tasmanien illustrieren. Reynolds zeigt, dass gemäß der Volkszählung von 1857 50 Prozent der Erwachsenen und 60 Prozent der männlichen Erwachsenen in Tasmanien noch Strafgefangene oder ehemalige Strafgefangene waren. Der Anteil derjenigen mit schweren Delikten unter den Sträflingen und Freigelassenen sank von 93 Prozent im Jahr 1848–1849 auf 70 Prozent im Jahr 1866–1867 und auf 44 Prozent 1875. Diese Zahlen sind durchaus überzeugend im Hinblick auf die Resozialisierung der Sträflinge. Wenn wir berücksichtigen, dass der Anteil der männlichen Strafgefangenen verglichen mit dem Rest der australischen Bevölkerung überproportional hoch war (und unter Berücksichtigung der höheren Deliktrate von Männern in allen Gesellschaften), lässt sich diese Überrepräsentierung recht gut allein durch das Geschlechterverhältnis erklären. Andererseits könnte man vermuten, dass 1875 die Freigelassenen zu alt dafür geworden waren, um weiterhin Delikte zu begehen. Dennoch hatte Tasmanien zu dieser Zeit immer noch eine Inhaftierungsrate, die höher war als alle derzeitigen Raten weltweit, mit Ausnahme der USA (630 pro 100.000 der Bevölkerung).

Der überzeugendste Vergleich in Reynolds' (1969: 21) Daten zeigt, dass Tasmanien zwischen 1857 und 1864 eine beträchtlich höhere Zahl an Verurteilungen durch den Höchsten Gerichtshof (je 1.000 Einwohner) hatte als Neu-Süd-Wales, Viktoria und Südaustralien. Wie Wakefield prognostiziert haben würde, war die Kriminalitätsrate Tasmaniens dreimal so hoch wie die der gesamten Bevölkerung Südaustraliens.[2] Danach allerdings kam es zu einem viel dramatischeren Rückgang der Kriminalitätsrate in Tasmanien als in den anderen australischen Kolonien. In Tasmanien wurden von 1856 bis 1865 noch 44 Todesurteile vollstreckt, zwischen 1866 und 1875 waren es noch vier. 1889 war die Strafgefangenenrate Tasmaniens gemessen an internationalen Standards unter den Durchschnitt abgesunken. Bis zur Dekade von 1911 bis 1920 war sie auf 30 pro 100.000 gesunken, und damit unter dem Stand, der heute in einem beliebigen Entwicklungsland erreicht wird (berechnet von Mukherjee et al. 1989). Der Grund, den Reynolds dafür angibt, ist, dass die Rate der Verurteilungen durch den höchsten Gerichtshofs pro 1.000 der Bevölkerung in ganz Ost-Australien um 90 Prozent *höher* war als in Tasmanien. Dies ist eine umso beeindruckendere Leistung, wenn man bedenkt, dass Tasmanien nicht vom Goldrausch betroffen war und daher bei weitem das am wenigsten attraktive Ziel für freie Immigranten unter den antipodischen Kolonien. Tasmanien hatte sich von einer von Kriminalität am stärksten betroffenen Kolonie zu derjenigen mit den bei weitem niedrigsten Kriminalitätsraten entwickelt. Tasmanien wurde tatsächlich ein unglaublich friedlicher und sicherer Ort. Zwischen 1875 und 1884 gab es nur 22 Verurteilungen wegen Tötungsdelikten. Es folgten dann 32 Jahre ohne eine einzige Verurteilung wegen eines Tötungsdeliktes, die nächstfolgende fand erst 1916 statt (Mukherjee et al. 1989: 440)![3] Im gleichen Zeitraum gab es 25

2 Lord Wakefield propagierte die Idee, Süd-Australien ausschließlich als eine Kolonie von freien Siedlern zu gründen.

3 Es gab einige Mordprozesse, aber keine Verurteilungen wegen Mordes.

Verurteilungen wegen Vergewaltigung, und erst 1900, 16 Jahre später, fand die nächste Verurteilung statt; zwischen 1875 und 1884 sind 59 Verurteilungen wegen Raub verzeichnet, 3 zwischen 1885 und 1894, und keine einzige in der Periode von 1895 bis 1904 (Mukherjee et al. 1989: 445).

Für diese spektakuläre Entwicklung kann eine Reihe von Gründen genannt werden. So wurde Tasmanien wahrscheinlich von den Banden der Buschklepper im späten 19. Jahrhunderts verschont, weil die Banken, die lohnenswerte Ziele für einen Bankraub abgaben, in Viktoria waren. Reynolds erörtert diese Möglichkeit nicht. Ich bin allerdings der Meinung, dass die von ihm erwähnten Möglichkeiten interessanter und plausibler sind. Es scheint, dass man in Tasmanien immer anerkannt hat, dass es ein Problem mit dem Menschenschlag gab, der vom Schicksal ausersehen war, die tasmanische Wirtschaft und Regierung zu führen. In Tasmanien gab es prozentual mehr Strafgefangene als in den anderen Kolonien, mehr von den schwierigsten unter ihnen, und der Zustrom von Strafgefangenen fand über einen längeren Zeitraum als in den anderen australischen Kolonien statt. Ferner gab es weniger Hoffnung als für andere Kolonien, die Beschränkungen des Humankapitals durch (freie) Immigration auszugleichen. Daher investierte Tasmanien in Wohlfahrts- und Polizeiprogramme, die Strafgefangene zu guten Bürgern rehabilitieren konnten. Reynolds zeigt, dass Tasmanien mehr für Gefängnisse und Wohlfahrtseinrichtungen ausgab als andere Kolonien. Diese Ausgaben umfassten 1866, ein Jahrzehnt nach Beendigung der Transporte, 17 Prozent des tasmanischen Budgets, verglichen mit 6 Prozent in Neu-Süd-Wales und 4 Prozent in Viktoria. Tasmanien war ärmer und konnte weniger für staatliche Aufgaben ausgeben als die wohlhabenden Festlandskolonien, aber 1866 wurden 305 £ pro 1.000 Einwohner für wohltätige Zwecke aufgebracht, verglichen mit 138 £ pro 1.000 Einwohner in den Staaten des australischen Festlandes. Reynolds (1969: 30) folgert, dass Tasmanien „eine Wohlfahrtspolitik verfolgte, die höchstwahrscheinlich die fortschrittlichste und mit Sicherheit die teuerste Australiens war". Zusätzlich besuchte die Polizei regelmäßig *ticket-of-leave*-Inhaber und Freigelassene zu Hause. Wenn die Polizei bemerkte, dass sie vom rechten Weg abkamen, ließen sie es wissen, dass man sie beobachtete. Wir können nicht rekonstruieren, welche dieser Wohlfahrts- und Überwachungsstrategien besonders wirkungsvoll war. Aber wir können sicher sein, dass außerordentliche Investitionen getätigt wurden, um ihre Wirkung zu gewährleisten, und dass sich ihre Wirkung nicht nur in einer sinkenden Kriminalitätsrate zeigte. Bis 1889 fiel der Verbrauch von Alkohol ebenfalls auf genau die Hälfte des Verbrauchs von ganz Ostaustralien. 1889 waren es 0.69 Gallonen pro Kopf, während es 1857 noch 2 Gallonen pro Kopf gewesen waren (Reynolds 1969: 22).

VI. Entwicklung einer allgemeinen Reintegrationstheorie

In einem völlig anderen Kontext – dem von Intensivstationen für Neugeborene im heutigen Chicago – haben Heimer und Staffen (1995) eine Theorie entwickelt, die zum einen die Ereignisse in Tasmanien gut erklärt, und zum zweiten, warum in ganz Australien tatsächlich die Knappheit an Arbeitskräften zu der erfolgreichen Reintegration von Strafgefangenen führte. Heimer und Staffen greifen meine Behauptung (Braith-

waite 1989) an, dass die USA eine individualistische Gesellschaft sind, die sich durch Stigmatisierung reguliert, wovon insbesondere die Unterschicht betroffen ist. Diese Kritik entwickeln sie weiter, indem sie einen Kontext zeigen, in dem sich der amerikanische Typ sozialer Kontrolle besonders gegenüber Benachteiligten als äußerst reintegrativ erweist. Der von ihnen untersuchte Kontext betrifft die soziale Kontrolle von Müttern, deren Neugeborene sich auf der Intensivstation befinden. Hier ist das medizinische Personal auf die Mütter angewiesen, die die notwendige Pflege gut durchführen und aufmerksam und nicht nachlässig mit ihren Säuglingen umgehen. Wenn es nicht gelingt, den Müttern beizubringen, „gute Mütter" für diese pflegebedürftigen Kinder zu sein, werden diese über kurz oder lang wieder in die medizinischen Einrichtungen eingeliefert werden und häufig eine neuerliche Intensivbehandlung benötigen. Die Daten von Heimer und Staffen (1995) zeigen in systematischer Weise, dass gerade Mütter aus benachteiligten Gruppen weniger von stigmatisierender Regulierung betroffen sind und eher reintegrativ behandelt werden. Weiße, verheiratete Mütter wurden eher stigmatisierend behandelt, wenn sie den in der Tat hohen Pflegeanforderungen für ihre Säuglinge nicht nachkamen, als die sehr jungen, zumeist unverheirateten afroamerikanischen Mütter. Heimer und Staffen (1995: 636–637) haben die folgende allgemeinere Etikettierungstheorie (Theorie der Stigmatisierung) entwickelt:

1. Negative Etikettierung wird nicht immer in überproportionaler Weise auf negativ bewertete Gruppierungen angewendet;
2. wenn der Ausschluss von Abweichlern kostenreich ist, wird eine Gruppe – sei es eine Gesellschaft, eine Gemeinde (community) oder Organisation – eher zögern, eine Person als deviant zu kennzeichnen; und
3. wenn eine Gruppe auf die Mitarbeit der devianten Mitglieder angewiesen ist, werden sich die Mitglieder mehr für deren Rehabilitierung einsetzen.

Australien brauchte seine Sträflinge, und daher wurden sie – anstatt sie als Strafgefangene zu etikettieren – als *„government men"* an den Tisch des Gouverneurs geladen (zumindest einige von ihnen). Unter den Bedingungen des akuten Arbeitskräftemangels und in einem Arbeitsmarkt, in dem die meisten Erwachsenen Sträflinge waren, konnte es sich Australien nicht leisten, sie (als Bürger und Arbeitskräfte) aufzugeben.[4] Es bedurfte erheblicher Anstrengungen seitens Australiens, seine deportierten Sträflinge zu integrieren und sie nicht zu stigmatisieren. Diese Notwendigkeit war noch zwingender für Tasmanien, da der Zugang zu freien Arbeitskräften eingeschänkt war sowie wegen eines höheren Anteils schwieriger Strafgefangener, mit denen man fertig werden musste. Die Reintegration entfaltete ihre Wirkung überall in Australien, aber noch durchschlagender in Tasmanien, weil die Tasmanier keine Alternative hatten, als sie noch intensiver zu betreiben.

4 Eine entsprechende Regelung wurde tatsächlich in Neu-Süd-Wales institutionalisiert: „... kein Strafgefangener sollte einem Herrn zugewiesen werden, der Strafgefangene mehrfach wegen kleinerer Vergehen zurückgeschickt hatte ohne sich bemüht zu haben, sie zu bessern" (Clark 1968: 196).

VII. Jenseits von Foucault

Diese Sichtweise der australischen Geschichte impliziert in der soziologischen Analyse des Strafens (und ebenso den Hauptrichtungen der Pönologie) in der geradezu exzessiven Obsession Foucaults (1994) *Überwachen und Strafen* und damit die Konzentration auf die ‚Geburt des Gefängnisses' als entscheidenden Punkt der historischen Entwicklung. Statt als entscheidende Differenz die zwischen dem Gefängnis und einer Strafe, die in den Körper eingeschrieben ist, zu konzipieren, möchte ich den Gegensatz zwischen inkludierender (*inclusionary*) und exkludierender (*exclusionary*) Regulation (siehe Cohen 1985) als das historisch fundamentale und wichtigere Thema herausstellen. Es ist geradezu inspirierend in seiner Paradoxie. Stan Cohens (1985) Beitrag zu diesem Problem bestand zunächst darin zu zeigen, wie inkludierende Theorien zu unterdrückenden und exkludierenden Praktiken degenerieren (z.B. durch *net widening*): „gute Theorien werden zu schlechter Praxis". Die australische Geschichte ist eher die einer schlechten Theorie (nämlich England von seinen schlechten Elementen zu reinigen), die jedoch einige gute Praktiken hervorgebracht hat. Der US-amerikanische Staat Georgia ist dagegen ein gutes Beispiel für die Standardversion von Cohens Analyse, wie aus guten Theorien schlechte Praxis wird. James Oglethorpe, ein philantrophischer Gefängnisreformer, gründete Georgia 1733 mit der Idee, eine Kolonie zu entwickeln, in der extreme Ungleichheit von Vermögen und Einkommen ausgeschlossen sein sollte und die ganz explizit gleichermaßen für die Opfer von Gefängnissen und religiöser Verfolgung offen stehen sollte. Sklaverei sollte verboten und größerer Landbesitz per Gesetz untersagt sein. Er wollte Sträflingen helfen und besonders denjenigen unter ihnen, die in Schuldhaft gewesen waren, so dass sie ihre Schulden mit ihrer Arbeit auf amerikanischem Boden abzahlen konnten. Oglethorpes Gesetze und Verordnungen wurden missachtet, als profitorientierte Pflanzer damit begannen, Sklaven einzuschmuggeln, um die Sträflinge zu ersetzen (Johnson 1997: 91). Diese ‚ideale' Kolonie, die anders als Australien eine egalitäre und inkludierende Republik sein wollte, wurde vom Wind der Exklusion weggefegt.

Der Kontrast von Inklusion und Exklusion ist deswegen so interessant und zentral, weil er eine Geschichte von Inversionen mit weitreichenden Folgen aufzeigt. So zeigt unser Bericht über die Deportation eine exkludierende Bewegung, die in eine Inklusion transformiert wird. In vergleichbarer Weise beschreiben Heimer und Staffen (1995) die Situation junger, unverheirateter afro-amerikanischer Mütter, die normalerweise exkludiert, hier jedoch reintegrativ behandelt werden, weil die amerikanische Gesellschaft mit einem Minimum an staatlicher Fürsorge für die gefährdeten afro-amerikanischen Risikosäuglinge auskommen möchte und die Mütter zwingen will, sich selbst um die Kinder zu kümmern. Wenn Herrschende von Ausgeschlossenen abhängig sind, dann kann deren Exklusion in Inklusion umgewandelt werden, und zwar auf eine auf den ersten Blick überraschende Weise.

Foucault nahm die Deportation nicht ernst. Das ist eigenartig, denn er nahm Bentham ausgesprochen ernst, und Bentham wiederum nahm die Deportation so ernst, dass er mehr Energie auf ihre Bekämpfung verwandte als jede andere seiner politischen Ideen, um so seine Alternative des Panoptikum-Gefängnisses zu verteidigen. 1802 publizierte er *Panopticon Versus New South Wales*. Es lässt sich kein massiverer Angriff auf

die Prinzipien von Benthams Panoptikum denken als Sträflinge, die weit entfernt von anderen ihre Herden hüten; eine kontinuierliche Überwachung durch eine Schafherde war nicht das, was Bentham sich vorstellte. Foucault zeigt sich erstaunlich schlecht informiert, wenn er die historische Bedeutung der Deportation negiert. Er behauptet sogar, dass England die Deportation „zu Beginn des 19. Jahrhunderts" aufgab (Foucault 1977: 272). Die Deportation nach Australien wurde jedoch erst 1868 vollständig aufgegeben, und wurde noch bis 1875 nach Gibraltar fortgesetzt, wohin insgesamt 9000 Menschen deportiert wurden. Es gab im zweiten Drittel des Jahrhunderts mehr Sträflingstransporte nach Australien als im ersten Drittel. Weitaus problematischer an Foucaults Analyse ist, dass er nirgends die Bedeutung der Deportation für sein eigenes Land dokumentiert, noch dass er zur Kenntnis nimmt, dass Tocqueville sich in der Debatte in Frankreich nicht durchsetzen konnte und französische Gefangenentransporte bis 1938 andauerten, wenn auch mit geringerem Volumen und weniger kolonialem Erfolg als die der Engländer. Noch im Jahre 1911 machten deportierte Strafgefangene 13,2 Prozent der Bevölkerung Guayanas aus (Nicholas und Shergold 1988: 35), obwohl dies ein flächenmäßig wesentlich kleinerer Bestimmungsort als Neukaledonien war.

Nicholas und Shergold (1988) weisen darauf hin, dass 1820 2,25 Millionen Strafgefangene an ihre Bestimmungsorte transportiert wurden, darunter nach Australien, Sibirien, Singapur, Neukaledonien, Französisch Guayana, Gibraltar, zu den Nicobar Inseln, nach Brasilien und Sumatra, zu den Andaman Inseln, nach Bermuda, Penang, Malakka und Mauritius. Australien ist nur bedeutend auf Grund des Umfanges der Deportation (an zweiter Stelle nach Sibirien), und weil die Wirkung der Deportation am besten dokumentiert ist. Am Ausgang des 19. Jahrhunderts galt Singapur ebenso wie Australien zu Beginn des Jahrhunderts als ein erfolgreiches Modell, wie eine starke ökonomische Infrastruktur mit der Arbeit von Strafgefangenen aufgebaut werden konnte. Ebenso wie die Franzosen 1802 eine Mission nach Sydney gesandt hatten, schickten die Regierungen Japans, Siams (Thailand) und der Niederlande gegen Ende des Jahrhunderts Missionen zu den Sträflingssiedlungen an der Straße von Malakka. Während des ganzen Jahrhunderts warf England sein politisches und militärisches Gewicht in die Waagschale, um andere Staaten daran zu hindern, den gleichen Weg kolonialer Entwicklung zu nehmen, den es selbst eingeschlagen hatte. Zum Beispiel wehrte es Versuche Österreichs, Italiens und Deutschlands ab, Strafkolonien im Pazifik einzurichten. Frankreich war zu mächtig als dass England direkt hätte Widerstand leisten können, aber es gelang, die französische Regierung davon zu überzeugen, dass eine französische Strafkolonie in Westaustralien eine höchst unkluge Politik sei. Der Senat von Hamburg hatte bereits einen Vertrag unterschrieben, dass Hamburg Strafgefangene an die Australian Agricultural Company liefern sollte, jedoch unterband der britische Außenminister Lord Glenel dies im letzten Augenblick, als die Strafgefangenen bereits auf dem Schiff warteten. Preußen gelang es, mit Russland zu verhandeln und schickte einige seiner Strafgefangenen nach Sibirien, und Mecklenburg hinterging die Briten und schickte eine kleine Anzahl nach Brasilien.

Während die Deportation nach 1820 den größten Umfang insgesamt hatte, gab es bereits vorher im 17. und 18. Jahrhundert beträchtliche englische Sträflingstransporte nach Nordamerika und in geringem Ausmaß nach Afrika (Shaw 1966: 32–34). Es gin-

gen ferner während des 17. Jahrhunderts einige schwedische Transporte nach Neu-Schweden (Delaware), und Holland spielte kurze Zeit mit dem Gedanken, Transporte nach Surinam zu schicken (Spierenburg 1995: 58). Während dieser Zeit sowie im 16. und teilweise auch im 15. Jahrhundert schickten Spanien, Frankreich, Österreich und die meisten italienischen und anderen Mittelmeerstaaten ihre Gefangenen als Sklaven auf die Galeeren, jedoch war deren Anzahl im Vergleich zu der Deportation im 19. Jahrhundert eher bescheiden. Garland (1990: 99) weist darauf hin, dass sowohl Portugal als auch Spanien schon seit dem 15. Jahrhundert Strafgefangene als Arbeitskräfte in ihren Übersee-Kolonien und den dortigen militärischen Siedlungen einsetzten. In den großen europäischen Kriegen in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts setzten die kriegführenden Mächte Strafgefangene in den Kämpfen ein und bedienten sich dabei sogar der Straftäter aus anderen Ländern, die diese nicht für ihre Zwecke einsetzen wollten (Rusche und Kirchheimer 1939: 29–30). Zwischen 1650 und 1750 waren 97 Prozent, also fast alle der vom Amsterdamer Gericht ausgesprochenen Strafurteile für Delikte, die nicht mit der Todesstrafe geahndet wurden, Verbannungen (Spierenburg 1995: 62–63). Eine vergleichbare Situation bestand in den amerikanischen Städten dieser Zeit. Da hier eine Polizei nicht existierte, operierte die soziale Kontrolle weitestgehend informell, mindestens so lange, wie unerwünschte Personen ausgeschlossen werden konnten: Neuankömmlinge wurden aus der Stadt „verwarnt", es sei denn, sie konnten für ihren Ruf und ihre Respektabilität mit einem Brief ihres Pfarrers oder mit Eigentum bürgen (Rothman 1995: 112).

Das Problem der derzeitigen Soziologie des Strafens besteht in ihrer Tendenz, Foucault als Historiker zu ernst zu nehmen, besonders hinsichtlich des hier angeschnittenen Problems seiner vollständigen Vernachlässigung der Deportation. Spierenburg (1984) und Finnane (1997) können von diesem Vorwurf ausgenommen werden und ebenso Garland (1985: 7), der zumindest beiläufig den Transporten Mitte des 19. Jahrhunderts einige Bedeutung zugesteht. Nach meiner Auffassung haben wir derzeit eine Soziologie des Strafens, die sich obsessiv mit der Politik des Gefängnisses und der Inhaftierung befasst und dabei die Politik der Exklusion und Inklusion auf einer abstrakten Ebene vernachlässigt (innerhalb derer die Politik des Gefängnisses und der Inhaftierung eine entscheidende Rolle hat). Der Reiz der erklärenden Theorien von Exklusion und Inklusion besteht darin, dass sie sich in die normativen Theorien eines restorativen und retributiven Rechts einfügen lassen. So entsteht eine zentrale theoretische Konfiguration für diejenigen Soziologinnen und Soziologen des Strafens, die erklärende und normative Theorien zu integrieren versuchen (Braithwaite und Parker 1999). Die vergeltende Strafjustiz bedient sich der Exklusion durch Stigmatisierung in der Weise, dass sie eine Person als ‚schlecht' oder ‚böse' (*bad*) definiert. Restoratives (Straf)Recht definiert Straftäter im wesentlichen als Menschen (*good people*), die etwas ‚Böses' (*bad*) getan haben. Die Inklusion in die Gemeinschaft der ‚Anständigen' (*community of the good*) ist fundamental für den Anspruch der restorativen Strategie, weitere Straftaten (*bad acts*) zu verhüten. Vor dem Hintergrund dieser normativen Perspektive ist die Frage, ob jemand in einem Gefängnis einzusperren oder an den Stock zu ketten sei, weniger zentral als die Frage, ob Wiedergutmachung oder Vergeltung angestrebt wird. Die letztere Frage ist aus normativer Sicht entscheidend, weil sie die Frage impliziert, ob überhaupt bestraft werden soll; oder noch weitergehender bedeutet restorati-

ves Recht, dass diejenigen, die beteiligt und betroffen sind (*stakeholders*), sich in einer solchen Weise beraten, dass Bestrafung gar nicht erst als Mittel in Betracht gezogen wird, um symbolische und faktische Wiedergutmachung zu verwirklichen. Daraus folgt, dass Regulation ein fruchtbarerer Gegenstand der soziologischen Forschung als Bestrafung ist, sowohl in Bezug auf eine normative wie erklärende Theorie. Hier gewinnt der späte Foucault der Gouvernementalität (vgl. Garland 1997) eine größere Bedeutung als der Verfasser von *Überwachen und Strafen*. Bestrafung als intentionale Zufügung von Schmerz kann von dem Bestraften kaum anders als ein Akt der Exklusion verstanden werden. Regulation hingegen kann, wie am Beispiel von Heimer und Staffens Arbeit über die Mütter von Risikosäuglingen gezeigt wurde, unterstützend und inklusiv sein. Aus der Perspektive einer normativen Theorie der restorativen Gerechtigkeit gibt es für Regulation die Möglichkeiten des ‚Gesunden' oder ‚Pathologischen', je nachdem, ob sie inkludierend oder exkludierend verfährt. Das bedeutet, dass die Soziologie der Regulation mehr Möglichkeiten für eine Integration von normativen und erklärenden Theorien bietet, als sie sich aus einer Soziologie des Bestrafens ergeben.

Die Deportation nach Australien war das Werk einer hegemonialen Macht. Die transkontinentalen Verschiebungen von Strafgefangenen als Arbeitskräfte besonders durch England und Russland waren ebenso ein Bestandteil der hegemonialen Strategie wie die Transporte von Millionen von Melanesiern, Chinesen und Indern sowie von afrikanischen Sklaven, die als unfreie Arbeitskräfte dorthin transportiert wurden, wo Knappheit am Arbeitsmarkt herrschte. In dem Prozess, in dem die Strafe zu einem Instrument imperialer Expansion wurde, wurde sie gleichzeitig auf paradoxe Weise transformiert. Die Deportation nach Australien zeigt uns, wie wirksam *Restorative Justice* selbst für die Bewohner der Slums der damals größten Metropole sein konnte. In Macquaries Sydney wurde das, was wir heute als restoratives Recht und Gerechtigkeit beschreiben, wieder erfunden, und Macquarie verwendete exakt diesen Begriff (*restoration*). In der Kolonie wurde ferner das *Ticket-of-leave* erfunden, das in England als Modell aufgegriffen und zur Institution der Bewährung wurde (Finnane 1997: 162). Die koloniale Regierung richtete eine Institution für jugendliche Straftäter ein und beendete die öffentlichen Hinrichtungen aus denselben Gründen, aus denen dies dann Jahrzehnte später in England geschah. Als die australische Verwaltungsbehörde für Strafgefangene auf Grund des englischen Einflusses gegen die restorative Justiz und das *Ticket-of-leave* agitierte, brachte sie Edmund du Cane hervor (1885), der in England der führende Theoretiker wurde und als treibende Kraft in der Administration hinter den strengen und zentralisierten staatlichen Gefängnissen stand. Du Cane war sowohl der Verfasser wie der unermüdliche Verfechter und Administrator eines Systems von Berechtigungen für die Strafgefangenen, das auf ‚guter Führung' beruhte und Sträflinge, die gegen das Reglement verstoßen hatten, ausschloss. Der Gouverneur der Strafkolonie auf den Norfolkinseln, Alexander Maconachie, nahm die Gelegenheit wahr, dieses Bewertungssystem für Häftlinge in einer neuen Synthese auszuprobieren, die eine Progression in einzelnen Schritten von der Einzelhaft bis zur Reintegration in die Gemeinde vorsah. Dieses System sollte später entscheidenden Einfluss auf die amerikanischen Reformen nach dem *National Congress of Penitentiary and Reformatory Discipline* 1870[5]

5 Einige Passagen aus der ‚Erklärung zu den Grundsätzen der amerikanischen Gesellschaft für

sowie auf das irische System von Sir Walter Crofton haben (Rotman 1995: 173), und es ist entscheidend für unser Verständnis, wie sich das wohlfahrtsstaatliche Modell aus Bewährung, Gefängnis und vorzeitiger Entlassung auf Bewährung überall herausbildete (Barry 1958). *Assignment*, die Zuweisung zu einem Arbeitgeber, wurde von den Franzosen in ihren Strafkolonien als „*assignation*" übernommen. In den Sträflingssiedlungen an der Straße von Malakka erhielten die indischen Strafgefangenen *Tickets-of-leave* nach australischem Modell, und ebenso wie die australischen Freigelassenen zeigten sie oft großen Unternehmergeist bei ihren Geschäften (Nicholas und Shergold 1988: 33). Es steht ausser Zweifel, dass die Deportation Folgewirkungen in anderen Teilen der Welt gehabt hat, die zu erforschen noch ansteht. Wir können jedoch mit Sicherheit sagen, dass Foucault einen äußerst wichtigen Tatbestand sträflich vernachlässigt hat, als er die Deportation als etwas abtat, das die Engländer „am Anfang des 19. Jahrhunderts" aufgegeben hatten.

VIII. Zusammenfassung

Ende des 19. Jahrhunderts war Australien eine *low crime*-Gesellschaft mit ausgesprochen niedriger Kriminalität, und wahrscheinlich so wohlhabend und egalitär wie nur irgend eine Gesellschaft der damaligen Welt. Das war mit Sicherheit hinsichtlich der Löhne der Arbeiter der Fall, die über denen in den USA oder England lagen. Dort, wo der Anteil der Sträflinge am höchsten war, war der Rückgang der Kriminalitätsrate am massivsten. Ich habe gezeigt, dass dies das Resultat der sich wechselseitig verstärkenden Politik aus Reintegration und Verfahrensgerechtigkeit gegenüber der Mehrheit der Strafgefangenen während der ersten Hälfte des Jahrhunderts der europäischen Besiedlung war. Dies steht im Gegensatz zu den USA, einer anderen *Frontier*-Gesellschaft dieser Zeit, wo Stigmatisierung und Verfahrensungerechtigkeit vor allem gegenüber den Sklaven eine *high crime*-Gesellschaft hervorbrachte. Bis zum Ende des 19. Jahrhunderts und weit darüber hinaus blieben die Nachfahren der Sklaven arm und wurden stigmatisiert, wobei sie von einem quasi explodierenden Reichtum umgeben waren, der außerhalb ihrer Reichweite lag. Während die Kriminalitätsrate der Nachfahren der australischen Strafgefangenen kontinuierlich zurückging und sich ungefähr der der anderen Bevölkerungsgruppen annäherte, begingen die Nachfahren der amerikanischen Sklaven achtmal soviel Gewaltdelikte wie die Nachfahren der freien Bevölkerung.[6]

Australien beendete das 19. Jahrhundert aber auch als eine patriarchalische und rassistische Gesellschaft mit ausgeprägten Traditionen der Korruption und des Machtmissbrauchs. Es hatte die ursprünglichen Eigentümer des Kontinents, die Aborigines, ihr Land und die Wale dezimiert. Im 20. Jahrhundert verlor Australien obendrein seine führende Rolle als besonders wohlhabendes Land mit geringen Einkommensunter-

---

Gefängniswesen' (American Prison Association) stammen Wort für Wort aus Maconchies Schriften.

6 Mein Dank gilt Professor Robert Silverman für den Zugang zu dem US Uniform Crime Report, der für die 1990er Jahre als Rate der Tötungsdelikte für Afro-Amerikaner 39.1 pro 100.000 der Bevölkerung ausweist im Vergleich zu 4.9 für Amerikaner europäischen Ursprungs.

schieden. Wie Russel Ward gezeigt hat, war Amerika eine *Frontier* von rauhen Individualisten, während die australische *Frontier* durch kollektive Orientierungen geprägt war, nämlich durch die Solidarität der Arbeiterklasse und gleichzeitig die Respektlosigkeit von Strafgefangenen gegenüber Autoritäten.[7]

Für den Verfasser von *Überwachen und Strafen* besteht die entscheidende Differenz des Strafens zwischen der Disziplinierung des Körpers im Gegensatz zu der der Psyche, zwischen dem Schafott und dem Gefängnis. Die australische Geschichte illustriert eine tiefere Einsicht, indem sie den Blick auf die höchst fundamentalen und stetig wiederkehrenden historischen Spannungen zwischen Inklusion und Exklusion (siehe Young 1999) sowie zwischen den normativen Idealen der restorativen und retributiven Gerechtigkeit lenkt. Die Tatsache, dass Heimers und Staffens (1995) Theorie sich als relevant für tasmanische Strafgefangene im 19. und afro-amerikanische Mütter im 20. Jahrhundert rekonstruieren ließ, verdeutlicht den Zugewinn an Allgemeingültigkeit in Erklärungen, die sich aus dem Gegensatz von Inklusion und Exklusion ergeben. Heimers und Staffens allgemeines Postulat, das sich mit unseren Daten stützen ließ, besagt, dass diejenigen, die die Macht zur Stigmatisierung haben, sich eher für Reintegration als für Stigmatisierung entscheiden, wenn sie ihrerseits von den Devianten abhängig sind.

Immigration wird typischerweise als soziales Problem oder als ein Phänomen untersucht, das gefährliche Konflikte hervorruft. Die australische Geschichte zeigt, wie Menschen, die im Konflikt mit der alten Gesellschaft lebten – die ‚gefährlichen' Klassen Englands, die politischen Gefangenen aus Irland –, in eine neue Gesellschaft eingegliedert wurden. Die ‚gefährlichen' Immigranten bieten als Gruppe neue Möglichkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung, und sind kein soziales Problem. Man kann die Auffassung vertreten, dass dies ebenfalls die Geschichte der europäischen und asiatischen Immigration in die USA und andere Teile der Neuen Welt war. Wo Aufgaben warteten und Land von freien Immigranten bestellt werden musste, wo Bildungseinrichtungen notwendig wurden, überall dort wurde die Immigration zu einem historischen Instrument dynamischer sozialer und ökonomischer Entwicklung, das die unterschiedlichsten Wunden aus der alten Welt durch Inklusion in die neue geheilt und so beide verbunden hat.

Literatur

Atkinson, Alan, 1979: Four Patterns of Convict Protest. Labour History 37: 28–51.
Barry, John Vincent, 1958: Alexander Maconochie of Norfolk Island: A Study of a Pioneer in Penal Reform. Melbourne: Oxford University Press.
Bentham, Jeremy, 1830: The Rationale of Punishment. London: Robert Heward.
Braithwaite, John, 1989: Crime, Shame and Reintegration. Melbourne: Cambridge University Press.
Braithwaite, John, 1999: Restorative Justice: Assessing Optimistic and Pessimistic Accounts. S. 1–127 in: *Michael Tonry* (Hg.), Crime and Justice: An Annual Review of Research, Vol. 26. Chicago: University of Chicago Press.

7 Es ist eine andere Geschichte, warum es der australischen Arbeiterbewegung nicht gelang, diesen Egalitarismus in die Gegenwart zu retten.

Braithwaite, John, 2000: The New Regulatory State and the Transformation of Criminology. British Journal of Criminology 40: 222–238.
Braithwaite, John, 2001: Crime in a Convict Republic. Modern Law Review 64: 11–50.
Braithwaite, John, und *Christine Parker,* 1999: Restorative Justice is Republican Justice. S. 103–26 in: *Lode Walgrave* und *Gordon Bazemore* (Hg.), Restoring Juvenile Justice: Repairing the Harm of Youth Crime. Monsey, NY: Criminal Justice Press.
Calahan, Margret, 1979: Trends in Incarceration in the United States Since 1880. Crime and Delinquency 25: 9–41.
Clark, Manning, 1962: A History of Australia, Vol. I: From the Earliest Times to the Age of Macquarie. Melbourne: Melbourne University Press.
Clark, Manning, 1968: A History of Australia, Vol. II: New South Wales and Van Diemen's Land 1922–1838. Melbourne: Melbourne University Press.
Clark, Manning, 1992: Manning Clark's History of Australia, abridged by Micheal Cathcart. Ringwood: Penguin.
Clifford, William, und *Richard W. Harding,* 1985: Criminal Justice Processes and Perspectives in a Changing World. S. 25–34 in: *David Biles, Bill Clifford, Peter Grabosky, Richard W. Harding, Peter Loof* und *Satyanshu Mukherjee* (Hg.), Australian Discussion Papers for the Seventh United Nations Congress on the Prevention of Crime and Treatment of Offenders. Canberra: Australian Institute of Criminology.
Cohen, Stanley, 1985: Visions of Social Control. London: Polity Press.
De Beaumont, Gustave, und *Alexis de Tocqueville,* 1964: On the Penitentiary System in the United States and Its Application in France. Carbondale and Edwardsville: Southern Illinios University Press.
Dening, Greg, 1992: Mr. Bligh's Bad Language: Passion, Power and Theatre on the Bounty. Melbourne: Cambridge University Press.
Du Cane, Edmund F., 1885: The Punishment and Prevention of Crime. London: Macmillan.
Evans, Raymond, und *William Thorpe,* 1992: Power, Punishment and Penal Labour: Convict Workers and Moreton Bay. Australian Historical Studies 25: 90–111.
Finnane, Michael, 1997: Punishment in Australian Society. Melbourne: Oxford University Press.
Forster, Colin, 1990: Part I.: Prison and Deportation: Botany Bay and the French Penal Debate, 1814–32. Working Paper in Economic History, No. 136. Canberra: Australian National University.
Forster, Colin, 1996: France and Botany Bay: The Lure of a Penal Colony. Melbourne: Melbourne University Press.
Foucault, Michel, 1977: Discipline and Punish; The Birth of the Prison. Trans. Alan Sheridan. London: Allen Lane.
Garland, David, 1985: Punishment and Welfare: A History of Penal Strategies. Aldershot: Gower.
Garland, David, 1990: Punishment and Modern Society: A Study in Social Theory. Chicago: University of Chicago Press.
Garland, David, 1997: ‚Governmentality' and the Problem of Crime: Foucault, Criminology, Sociology. Theoretical Criminology 1: 173–214.
Gastil, Raymond D., 1971: Homicide and a Regional Culture of Violence. American Sociological Review 36: 412–427.
Hancock, William Keith, 1930: Australia. London: Ernest Benn.
Heimer, Carol A., und *Lisa R. Staffen,* 1995: Interdependence and Reintegrative Social Control: Labeling and Reforming ‚Inappropriate' Parents in Neonatal Intensive Care Units. American Sociological Review 60: 635–654.
Hirst, John B., 1983: Convict Society and Its Enemies: A History of Early New South Wales. Sydney: George Allen & Unwin.
Hirst, John B., 1995: The Australian Experience: The Convict Colony. S. 263–295 in: *Norval Morris* und *David J. Rothman* (Hg.), The Oxford History of the Prison: The Practice of Punishment in Western Society. New York: Oxford University Press.
Hughes, Robert, 1987: The Fatal Shore: The Epic of Australia's Founding. New York: Alfred A. Knopf.

Johnson, Paul, 1997: A History of the American People. London: Phoenix.
Kercher, Bruce, 1996: Debt, Seduction and Other Disasters: The Birth of Civil Law in Convict New South Wales. Sydney: Federation Press.
Lind, E. Allan, und *Tom R. Tyler,* 1988: The Social Psychology of Procedural Justice. New York: Plenum Press.
Molony, John N., 1973: An Architect of Freedom: John Hubert Plunkett in New South Wales, 1832–1869. Canberra: Australian National University Press.
Mukherjee, Satyanshu K., Anita Scandia, Dianne Dagger und *Wendy Matthews,* 1989: Source Book of Australian Criminal and Social Statistics. Canberra: Australian Institute of Criminology.
Mukherjee, Satyanshu K., John Walker und *Evelyn N. Jacobsen,* 1985: Crime and Punishment in the Colonies. Sydney: University of New South Wales Printing Unit.
Neal, David, 1991: The Rule of Law in a Penal Colony: Law and Power in Early New South Wales. New York: Cambridge University Press.
Nicholas, Stephen, 1988: The Care and Feeding of Convicts. S. 180–198 in: *Stephen Nicholas* (Hg.), Convict Workers: Reinterpreting Australia's Past. Sydney: Cambridge University Press.
Nicholas, Stephen, und *Peter R. Shergold,* 1988: Transportation as Global Migration. S. 28–42 in: *Stephen Nicholas* (Hg.), Convict Workers: Reinterpreting Australia's Past. Sydney: Cambridge University Press.
Reynolds, Henry, 1969: ‚That Hated Stain': The Aftermath of Transportation in Tasmania. Historical Studies 14: 19–31.
Ritchie, John, 1970: Punishment and Profit. Melbourne: Heinemann.
Ritchie, John, 1986: Lachlan Macquarie. Melbourne: Melbourne University Press.
Robson, Leslie L., 1965: The Convict Settlers of Australia: An Enquiry into the Origin and Character of the Convicts Transported to New South Wales and Van Diemen's Land. Melbourne: Melbourne University Press.
Rothman, David J., 1971: The Discovery of the Asylum: Social Order and Disorder in the New Republic. Boston: Little Brown.
Rothman, David J., 1995: Perfecting the Prison: United States, 1789–1865. S. 100–116 in: *Norval Morris* und *David J. Rothman* (Hg.), The Oxford History of the Prison: The Practice of Punishment in Western Society. New York: Oxford University Press.
Rotman, Eduado, 1995: The Failure of Reform: United States, 1865–1965. S. 151–177 in: *Norval Morris* und *David J. Rothman* (Hg.), The Oxford History of the Prison: The Practice of Punishment in Western Society. New York: Oxford University Press.
Rusche, Georg, und *Otto Kirchheimer,* 1939: Punishment and Social Structure. New York: Russell and Russell.
Shaw, Alan George L., 1966: Convicts and the Colonies. London: Farber and Faber.
Sherman, Lawrence W., 1993: Defiance, Deterrence and Irrelevance: A Theory of the Criminal Sanction. Journal of Research in Crime and Delinquency 30: 445–473.
Spierenburg, Pieter, 1984: The Spectacle of Suffering: Executions and the Evolution of Repression From a Preindustrial Metropolis to the European Experience. Cambridge: Cambridge University Press.
Spierenburg, Pieter, 1995: The Body and the State: Early Modern Europe. S. 49–78 in: *Norval Morris* und *David J. Rothman* (Hg.), The Oxford History of the Prison: The Practice of Punishment in Western Society. New York: Oxford University Press.
Turner, Frederick Jackson, 1948: The Frontier in American History. New York: Holt.
Tyler, Tom, 1990: Why People Obey the Law. New Haven, Ct.: Yale University Press.
Tyler, Tom, und *Robyn M. Dawes,* 1993: Fairness in Groups: Comparing the Self-Interest and Social Identity Perspectives. S. 87–108 in: *Barbara A. Mellers* und *Jonathan Baron* (Hg.), Psychological Perspectives on Justice: Theory and Applications. Cambridge: Cambridge University Press.
Ward, Russel, 1958: The Australian Legend. Melbourne: Oxford University Press.
Y*oung, Jock,* 1999: The Exclusive Society. London: Sage.

ANGST ESSEN SEELE AUF... BUT IT KEEPS AWAY THE BURGLARS!

Private Security, Neighbourhood Watch and the Social Reaction to Crime

Tim Hope and Alan Trickett

> "The history of risk distribution shows that, like wealth, risks adhere to the class pattern, only inversely; wealth accumulates at the top, risks at the bottom. To that extent, risks seem to strengthen, not to abolish, the class society. Poverty attracts an unfortunate abundance of risks. By contrast, the wealthy (in income, power or education) can purchase safety and freedom from risk" (Beck 1992: 35).

Abstract: This paper explores the micro-level consequences for citizens' private security of the crime governance strategy of 'responsibilisation'. Specifically, it analyses data from the British Crime Survey and the UK Census to identify the correlates of the availability of Neighbourhood Watch (NW) schemes and of individual household participation in them. In general, it finds a strong social class bias affecting both availability and membership. In addition, membership is found to depend upon the mutually-incompatible processes of anxiety about crime risk and community reciprocity. Further, a comparison of the correlates of property crime victimisation and NW availability reveals a bias towards the protection of households at risk only amongst the more affluent sectors of society. An explanation is proposed based upon the idea that middle-income members of society are more able than other social groups to create security 'club goods' for themselves, of which NW is seen as a prime example.

Burglary has been called the 'folk crime of the new millennium' (Mawby 2001: 15). However, while 'domestic' burglary is a common-enough offence of everyday life that invokes worry and anxiety, it may well be that it is an offence more characteristic of the past century than it will be of the future. As the new century unfolds, it is possible that burglary will dwindle in its incidence, at least for the better-off sections of the more affluent societies of the developed world. For national governments, this might appear to be a welcome prospect since burglary contributes voluminously to the current stock of offences that they officially record. They may even be inspired to take some credit for bringing down the crime rate by reducing burglary, even if they remain privately perplexed as to precisely how they have managed to achieve this success with the antiquated policy tools at their disposal (see Garland 2001). Yet, as we shall suggest in this paper, if the incidence of domestic burglary does continue to decline, it will be as a consequence not so much of the renewed vigour of the state in its "crusade against crime" (Home Office 1999: 2) but more a result of the private and collective behavioural adaptations of actors in civil society. Nor will this be necessarily a happy state since, we infer, this absolute decline in traditional volume crime is likely to be ac-

companied by a number of other social phenomena, including (paradoxically) a greater salience of *insecurity about crime* and a greater *social inequality* – both in the risk of household property crime and in access to the goods of private security that afford protection from it. To adapt a phrase, we may be heading towards a society of private security-affluence and public crime-squalor.[1] And if the state has played a role, it is as a collaborator in the growth of private security and hence, unwittingly, in its adverse social consequences.

I. 'Responsibilisation' and the Social Reaction to Crime

1. The decline of household property crime in the West?

In *The Culture of Control*, David Garland (2001) argues that the state's present stance towards its citizens about crime is one of *responsibilisation* – of shifting the burden of responsibility for crime reduction and security onto its citizens – as an adaptation in the face of its inability to alter crime rates. Citizens should do more to provide for their own private security in their everyday lives, especially by changing their routine practices and 'lifestyles'. It is assumed that, if this happens, crime rates will diminish. Yet, this has to be done covertly since there is a consensus (to which Garland also subscribes) that both public anxiety and crime rates are continuing to rise together remorselessly. Governments cannot then afford to admit to failures or uncertainties in crime control because they believe this will not only threaten their legitimacy in the eyes of their electorate but also provoke panic in the streets.

Yet it is a recorded fact – surprisingly little remarked upon in criminology – that household property crime – particularly burglary and vehicle crime (both of recorded crimes and victimisation survey-based rates) – has been declining steadily in the United States and England and Wales. In the case of America, the decline has been continuous, long-term and substantial: with few exceptions, the USA has seen a year-on-year decline since 1973, amounting to a reduction in the rate of burglary of around 74 per cent by 2001.[2] The long-term trend in England and Wales has been somewhat different as a whole, since burglary rates rose sharply during the late-1980s and early-1990s – "the US burglary rate as measured in the victim survey was more than double England's in 1981, but in 1995 the English burglary rate was nearly double America's" (Langan and Farrington 1998: ii). Even so, since then, the burglary rate has dropped by about 45 per cent to the end of 2002 (Povey et al. 2003).

That such a remarkable decline in major volume crime has been overlooked in public discourse is probably due to two factors: first, it is inconsistent with prevailing professional meta-narratives about crime, which predicate high crime rates as a "normal social fact" of modernity (Garland 2001: 106). Although scholarly attention has been paid to 'the crime drop in America' this has been focussed exclusively on the

1 "Private affluence and public squalor" – J.K. Galbraith.

2 Source: National Crime Victimization Survey, property crime trends 1973–2001. ww.ojp.usdoj.gov/bjs/glance/tables/proptrdtab.htm, accessed 24/04/03.

more recent downturn in violent crime and homicide – signifying a continued American preoccupation with the nexus of race, poverty, drugs and violence (Beckett and Sasson 2000; Zimring and Hawkins 1997) – but even so, there is little agreement on its causes (Blumstein and Wallman 2000). Similarly, the other prevailing theory of the growth of crime – 'routine activity theory' (Garland 2000) – has merely relied upon an assumed continuation of the crime trend, and its associated dynamics of social, occupational and spatial mobility (Felson 1998), even though US burglary rates started to turn-down the year following the endpoint of the data-series first used to substantiate the theory (Cohen and Felson 1979). No simple alternative explanation presents itself.

Second, governments themselves might want to take the credit for the property crime drop (which applies also to vehicle crime) as a result of their crime control initiatives and increasing punitiveness (Garland 2001); unfortunately, they are denied this by a public that obstinately believes crime still to be increasing. Recent findings from the British Crime Survey suggest that although there has been a 25 per cent fall in the overall crime rate for England and Wales since 1997,[3] in 2002/03, 73 per cent of respondents still believed that the national crime rate had risen over the previous two years – an increase of 14 percentage points since 1998 (Simmons and Dodd 2003: 128); and, though somewhat more optimistic about their personal circumstances, 53 per cent still believed crime to have increased in their local area (ibid.: 129), and 22 per cent thought it likely that their home would be burgled – despite a survey-estimated risk rate of 3.4 per cent (ibid.: 2003: 131). Finally, although the proportion of respondents who were 'very worried' about burglary fell from 26 per cent in 1994 to 15 per cent (ibid.: 135), 50 per cent of respondents were still 'worried' about burglary – the crime most worried-about by the population at large (ibid.: 133). Clearly, there is a mismatch of perception here: government believes it has been doing good, the public believes otherwise; government tries ever harder to convey its optimistic news to the public, the public persists in 'exaggerating' its risk. Yet part of the difficulty in explaining this apparent paradox lies, not in the correctness or otherwise of the 'evidence', or of the difficulty of getting this message across to a frightened yet ignorant public, but in the shared belief that it is the actions of the state alone that are responsible for changes in the level of crime in society.

Alternatively, we argue that 'anti-crime activity' is not exclusively a property or function of the state, undertaken for the benefit of society as a whole – that is, a public good – but also an activity of private citizens – that is, a private good – in which they seek to engage for their own purposes alongside any greater social benefit that might be had from them doing so (Hope 2000). Even though the permitted scope and framework of their actions is set by the state, within those limits there is substantial scope for the exercise of choice in the amount and type of anti-crime activity in which citizens engage voluntarily. The main form of private citizen anti-crime activity is in acquiring private security, that is, (relative) freedom from the threat of crime in the conduct of their everyday lives. The direct interests of most citizens in acquiring pri-

3 The year that the 'New Labour' Government was first elected with its mandate, in Tony Blair's words to be 'tough on crime, tough on the causes of crime'.

vate security lie first and foremost in self-interest, that is, in protecting their own persons, families and property.

Theories, such as they are, about changes in crime rates fail to acknowledge the role of private citizens in civil society. An exception is the simple but compelling hypothesis of van Dijk (1994), who proposes an 'equilibrium model' – that as crime rates rise, so citizens take private actions to avoid crime risk, for example, by not visiting city centres in their cars or moving to a safer neighbourhood, which reduces the proximity of potential victims to potential offenders, thus limiting the opportunities for the latter to commit crime against the former. As a result of the avoidance behaviour of those who have the means to remove themselves from risk, following an increase, crime rates will reduce to a new equilibrium level. Developing this argument, we might infer two additional attributes: first, that a key driver in this process is *private security consumption*, which is stimulated and sustained by the threat of crime, real or imagined, in the minds of private citizens. Rather than see the fear of crime as necessarily destructive (although it may be for the public sphere) 'fear' may well also play a 'productive' role, functioning as a stimulus for private action and accommodation to risk.[4] Second, if avoidance is crucial, then not all citizens have equal access to the means of crime avoidance; and if, as we shall argue, these means – such as purchasing home security devices, joining-in with neighbours, moving to a 'better' neighbourhood, or even calling the police – depend upon access to economic and related forms of social capital – then, as crime rates reduce to a new social equilibrium, they are likely to produce or *reinforce inequalities in risk and risk-avoidance*, correlated closely with inequalities in the distribution of income and wealth.

2. Responsibilisation and collective citizen action against crime

The strategy of responsibilisation (Garland 2001) – which has been the driving force behind governmental-sponsored efforts at 'community crime prevention' over the past thirty years (Hope 1995) – has almost universally foundered upon a key issue – the *implant problem* (Hope 1997, 1995). Voluntary, collective anti-crime activities are least likely in low-income, heterogeneous, deteriorated, renting, high-turnover, and high crime neighbourhoods (Hope 1995). Mutual suspicion and lack of trust amongst neighbours undermines community anti-crime efforts (Walklate and Evans 1999), especially 'spontaneous' community efforts to mobilise against crime. Thus, only where conditions of mutuality and trust already exist – for instance, in the form of pre-existing community groups and organisations – is it likely that the necessary ingredients of communality can be mobilised into co-ordinated action against crime problems (Hancock 2001; Skogan 1988). Yet the fundamental paradox facing governmental efforts at 'responsibilisation' is that while mutuality may be a necessary ingredient it is not in itself sufficient to generate collective action against crime. As we argue below, this capacity depends upon the availability of a combination of different kinds of *social*

4 Uwe Ewald (2000) advances this argument with respect to the role played by the 'fear of crime' in the adaptation of citizens of the former GDR to German unification.

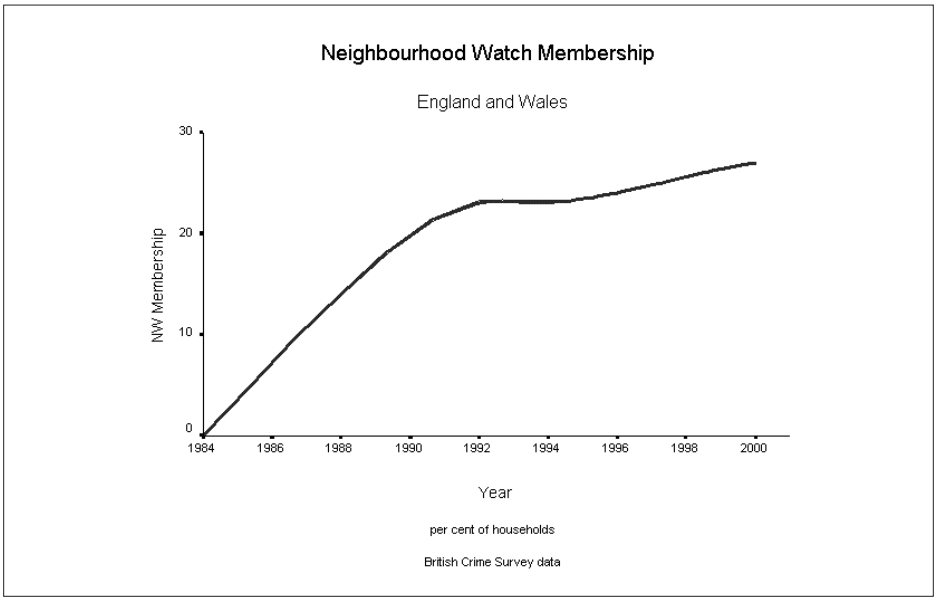
capital. In Britain, the consequences of this problem can be seen in the social distribution of "Neighbourhood Watch" members and organisations.

"Neighbourhood Watch" (NW) is popularly regarded as an informal grouping of households who agree to watch over each others' properties, and adjacent public spaces, and to become acquainted with each others' habits and activity patterns so that, should they witness any 'suspicious' persons or activity in the vicinity, they will be ready and willing to take action, usually by reporting such persons and activities to the police. Since the 1980s, NW has been a major feature of government crime prevention activity in Britain, and police forces have complied in promoting and servicing local Neighbourhood Watch schemes. Substantial government publicity was devoted to promoting the idea of Neighbourhood Watch – including national media advertising campaigns, booklets offering advice and guidance, and special events and conferences. As NW has evolved, it has come to be seen as a convenient agent for liaison between the police and the public about crime prevention and as a means of 'delivering' crime prevention advice and assistance to private households (Laycock and Tilley 1995). During the 1990s, the British Government appeared to have successfully persuaded non-governmental bodies to take responsibility for NW: many insurance companies offered discounts or favourable premiums on home contents insurance for householders who belonged to a NW scheme registered with the police; and one of the largest British insurers provided substantial financial support to establish the National Neighbourhood Watch Association (NNWA) to disseminate and support NW activities around the country.[5]

Nevertheless, periodic analyses of British Crime Survey (BCS) data on the pattern and growth of NW show a consistent bias in its adoption to the more affluent suburban (and hence lower crime) areas of England and Wales (Hope 2001). Prior to its wide-scale introduction, favourable support for the idea of NW appeared highest amongst households living in relatively socially-cohesive areas, and amongst couple-led households, owner occupiers, and those not in the lowest income band (Hope 1988). This pattern of membership has continued with the establishment of actual NW schemes, with a general bias towards the middle- to better-off sectors and communities (Dowds and Mayhew 1994; Sims 2001). Figure 1 charts the growth in NW membership in England and Wales. The biggest growth occurred during the late-1980s reaching a peak of 23 per cent of households by 1992 and then growing more slowly to 27 per cent in the 2000 BCS. Recorded household property crime reached its peak level also in 1992, following a period of sharp increases, and has declined since (Simmons and Dodd 2003). Although probably a coincidence, it is tempting to speculate that the two trends may have some relation since NW participation may encourage greater reporting of incidents to the police and that its effect is likely to be highest at the outset when members are still full of enthusiasm (Hope 1995).

5 See http://www.neighbourhoodwatch.net. The NNWA now receives support from, amongst others, BT Home Monitoring – "the complete protection system for your home".

Figure 1: Neighbourhood Watch Membership



Note: Interpolated trend.

Sources: British Crime Survey. Hope (1988); Dowds and Mayhew (1994); Sims (2001).

3. Social capital, trust relations and Neighbourhood Watch

Why might we expect community anti-crime groups to flourish in middle-class areas? In the first place, this may reflect simply an *institutional bias* on the part of the police – the chief agency in Britain responsible for initiating and servicing schemes. In as much as police culture may be biased towards upholding perceived 'respectable society' and defending its property interests (Reiner 2000), we might expect their main effort to go into supporting schemes directed towards 'deserving' households – those who perceive crime to be an external threat to their property interests and on whose behalf state power should be invested. Indeed, Laycock and Tilley (1995) suggest that the main aims of NW in low-crime areas should be to keep crime rates low, maintain confidence in the police and "symbolically to recognise a collective commitment to a set of standards" (13). Nevertheless, to accept this as the sole reason for the class-bias in the distribution of NW may be to bestow upon the police a purpose of intent and organisational capacity for social engineering (see McConville and Shepherd 1992) that is inconceivable that they could possess in practice. Rather than assume that the police have somehow sought out middle-class areas deliberately, equally it may be that it is the middle-class areas that have offered themselves to the police – thereby providing an amenable location in which to implement the NW concept and thus helping the police to demonstrate publicly their apparent competence in crime prevention.

A primary ingredient for the establishment of voluntary community groups such as NW would seem to be a sense of mutual *reciprocity* amongst neighbours. Prospective support for NW in Britain before its large-scale introduction was highest where people perceived their neighbourhood to be characterised by neighbourly reciprocity,[6] who reported friendship with their neighbours, and who already made informal arrangements to watch each others' homes (Hope 1988). If collective action such as NW depends upon reciprocity, then reciprocity in turn depends upon trust amongst neighbours. Thus, that which generates trust amongst community members – what in recent years has been called *social capital* – may be one of the sufficient ingredients for the development of neighbourhood watch groups.

'Social' capital may be generated as a product of reciprocal relations amongst members of a social network (Coleman 1990). To the extent that members are tied together in relations of mutuality and reciprocal obligation, they are able to generate the necessary 'capital' which will enable members to call upon each other to participate in collective activity and to overcome the free-riding and individualism which otherwise undermine voluntary activity. Groups who are able to generate sufficient social capital may not only have the capacity to control crime informally – by being able to generate and enforce social norms – but also to create effective and sustainable social institutions in support of those norms (Coleman 1990).

Social groups may generate social capital where there is 'closure' within the network of members – that is, where ties and expectations are reciprocated through mutual interests and common obligations (Coleman 1990). One of the main ways in which expectations of mutuality are reinforced is through the *trust* which is shared between members of the network. In the absence of close, personal ties in modern communities, the primary indicator of trustworthiness may be the perception of others' social similarity (homogeneity). In as much as the more affluent are able to live in 'communities of choice' while the poor cannot avoid living in 'communities of fate', the former can be more confident than the latter that their fellow residents will be "just like themselves" – especially not potentially victimising (Loader et al. 2000). Reciprocity can be taken on trust; and social capital can develop, enabling the community to organise itself against crime, if needs be.

As Susanne Karstedt has argued, the types of social capital that produce community cohesion in modern societies should not be confused with the more traditional strong bonds embedded in families and closely knitted groups (Karstedt 2003, in press). Modern civil society needs a particular distribution of different types of bonds and a stock of 'weak ties' (Granovetter 1973) that link individuals and groups to institutions, that build bridges between groups, and that provide generalised trust and tolerance between members. *Bonding* social capital is the type produced within families and small groups; while *Bridging* social capital is embedded in the links and relationships between different groups, for example, between different ethnic groups or different classes and status groups often sharing the same social space. Importantly, however,

6 This was assessed by means of a standard BCS question: Q.: "In some neighbourhoods people do things together and try to help each other while in other areas people mostly go their own way. In general, what kind of neighbourhood would you say you live in?" A.: Help each other, go own way, mixture.

linking social capital is formed through the relationships that exist between individuals (or groups) and the institutions and organisations of the wider society. Linking social capital not only defines specific, legal types of rights and obligations that link people to organisations, but also their trust in such institutions. Individuals participate in the social capital of their groups and build a stock of their own that integrates them into the social fabric and defines their identities (Karstedt 2003, in press). Linking social capital thus embodies the important 'vertical dimension' of communities (Hope 1995) that links them to the wider arena of resources and power in society, especially their capacity to harness public resources.

In particular, it is likely that the more middle class areas have more of the 'bridging' type of social capital that allows such associations to develop since they are more likely to be characterised by 'weak ties' amongst residents – the kind of social order that Baumgartner (1988) typifies as *moral minimalism*. Yet the 'weakness' of such social ties is also its strength (Granovetter 1973) in that it encourages the growth of bridging social capital (Putnam 2000) which may be required as the right social conditions for spreading community-wide organisations (Hope 1995: 70). Conversely, communities lacking in such capacities may also be unable either to generate NW schemes or to enforce collective norms. Despite neighbourliness – that created by bonding social capital – poorer communities may be lacking in 'neighbourhoodism' (Hope 1997) – that created by bridging social capital.

Yet there are also two qualifications to the capacity of bridging social capital to be transformed into an entity like Neighbourhood Watch. First, while lack of income and status may not of themselves inhibit the formation of social networks and the generation of social capital, they may determine, for individuals and groups, access to external, supra-communal sources of power and authority – that is, 'linking' social capital. This 'vertical' dimension of community relations acts as a conduit for bringing additional organisational resources into the community which – by virtue of its demonstrable collective efficacy – in turn strengthens the horizontal dimension of intra-community relations, thereby increasing network closure and generating even more social capital (Hope 1995). To the extent that higher-status groups may be able to generate additional community organisational efficacy by combining bridging and linking social capital, this in turn can be used to generate 'symbolic capital' with external agencies of authority, for example, through pressures – of a persuasive or moral nature – from residents associations and NW itself brought to bear upon local state agencies including the public police. Thus economically-advantaged groups may not only be able to trade their economic capital directly into symbolic capital so as to influence the distribution of protective resources – that is, delivered via a symbiotic institutional bias on the part of the police – but can also capitalise upon their social capital to form groups to lobby for more resources. Thus they may be doubly-advantaged in acquiring protection from the public police (Skogan 1988).

Second, *worry about crime risk* may also mediate the establishment of NW schemes. Voluntary activity entails costs as well as benefits. In low-risk areas, or for groups who are not anxious about crime, there may be little benefit from investing personal effort in organising and networking anti-crime groups (Skogan 1990). Even if such groups generate social capital, there may be little need to direct it towards anti-crime defences.

In contrast, anxiety about crime can undermine trust in one's neighbours and thus may itself become another risk to participation in voluntary activity. Here though, we encounter a central paradox in thinking about the community response to crime (Hope 1995): on the one hand, there is the Durkheimian tradition, which sees the communal reaction to crime as essentially integrative; community solidarity will increase in response to an external moral threat. On the other hand, there is the view that crime is disintegrative: residents of high crime areas may be "deeply suspicious of one another, report only a weak sense of community, have low levels of personal influence on neighborhood events ... and feel that it is their neighbors whom they must watch carefully" (Skogan 1988: 45). It may not be then the direct experience of crime victimisation itself which mediates communities' responses towards anti-crime organisation. Not only may the anxiety which comes to be attached to the perceived threat of crime have sources additional to crime risk itself (Jefferson and Hollway 2000), but interest, commitment and *satisfaction with the neighbourhood* may also shape both anxiety about crime and the form of response towards it, notwithstanding the threat of victimisation itself (Taub et al. 1984). Where either use-values or exchange values are high, residents may feel more inclined to support preservationist activities to defend them (Skogan 1988).

4. The social conditions for community anti-crime groups

In sum, households' participation in community anti-crime groups – taken here to be in the form of 'Neighbourhood Watch' (NW) – may be shaped by a coalescence of a number of (sometimes incommensurate) social conditions: first, the *threat of crime* (shaped through direct experience or mediated by generalised community concerns) – though this need not to be so low as to remove the incentive to join, nor so high as to undermine trust in one's neighbours (Hope 1988). Second, the availability of *bridging social capital*, generated from weak but extensive social ties amongst neighbours, that mediate the introversion of the bonding social capital formed by close-knit family and friendship groups and allow wider, more efficacious, organisational capacity to develop (Granovetter 1973). Such social ties need not to be so strong as to inhibit relations forming beyond friendship cliques, nor so weak as to inhibit trust relations forming amongst strangers. Third, the availability of *linking social capital*, which provides individuals and groups with a sense of trust in wider institutions and a sense of efficacy that their collective efforts will be reciprocated. Although it is difficult to measure social capital directly, we hypothesise further that bridging and linking social capital will be relatively unavailable in economically marginal and socially excluded communities and, in the absence of prior social organisation to implant these forms of capital, anti-crime organisations like Neighbourhood Watch will not arise spontaneously in such communities. Rather it is more likely to be the more affluent, socially-included communities, where bridging and linking forms of social capital may be more abundant, that spawn the most NW groups.

Fourth, however, members will not be able to join unless they are given the *opportunity to participate*. This is likely not so much to be simply an objective measure of

availability – that is, what the police or the state say is being made available to the community – but also what the public *perceive* to be available, which depends both on personal knowledge that NW is available to them and an understanding that they are being invited or permitted to join. In this sense, perceived availability, willingness to participate and actual membership are not independent of each other in the minds of community members and inferences about them may be confounded unless a specific effort is made to disentangle their effects when examining the social distribution of NW membership. Finally, however, as NW groups are simultaneously voluntary but also imply a relationship with the public police, police support for schemes – and hence their actual availability – may also be conditional: the police are unlikely to initiate or service NW schemes in communities that they (the police) perceive cannot generate informal associations; NW groups are unlikely to form or be sustained without police encouragement and support.

Consequently, the social distribution of NW may be the result of the interplay between these often contradictory conditions. In particular, three sets of relations between these conditions are likely to affect an analysis of the social distribution of NW: first, that between NW availability and membership (both actual and perceptual) – where membership is dependent upon availability; second, between the threat of crime (again both actual and perceived) and social reciprocity – where the latter may be related negatively to the former; and third, that between social capital and social class – where there may be a positive relationship between (higher) social class and the forms of social capital necessary to sustain NW. An analysis of citizen participation in NW that fails explicitly to account for these relations amongst the set of explanatory variables may be confounded by them. The next section investigates these issues using data from the British Crime Survey (BCS).

II. Neighbourhood Watch Participation – An Empirical Examination

1. Data, Variables and Method

Data. Data are taken from the 1992 British Crime Survey for England and Wales (BCS), coinciding with the peak of NW membership growth (*Figure 1*). The BCS is a sample of individual respondents (one person aged 16 years or more per household), with each respondent answering questions about themselves and on behalf of their households. The analysis presented in this paper is thus an analysis *at the level of individual respondents*. Nevertheless, we also take advantage of the BCS multistage cluster sampling design which allowed us to attach data from the 1991 National Census to represent the social characteristics of the area in which each respondent resides.[7] These

7 In general, the sampling design first selected a sample of Parliamentary Constituencies (this is weighted towards an over-sampling of 'inner city' areas). Within this, two Postcode Sector areas were also randomly selected. A Postcode 'Sector' comprises part of the UK Postal 'geography', which is a hierarchical system devised to define territories for the delivery of mail. A Postcode Sector covers about 2,500–3,000 households. These are administrative areas for the postal system only and do not necessarily conform either to other administrative regions or recognis-

comprise a set of *area contextual variables* which were then attached to each respondent's case-record. The multivariate statistical models estimated below – *logistic regression models* – are single equation models at the individual-level, which include both individual and area-contextual variables.[8]

2. Modelling NW participation

The principal aim of the analysis was to estimate a multivariate model of the social distribution of NW participation. This would be difficult to estimate reliably in a single model because, as noted above, there are interdependencies amongst the relevant explanatory variables that need to be taken into account so that the findings are not confounded by the relationships amongst the relevant explanatory variables (discussed above). There are also 'sample selection' processes that influence the definition of the sub-sample of NW members; for instance, the BCS question which directly reports household membership of NW is itself censored as a result of the (logical) ordering of questions about NW in the BCS self-report questionnaire. Within the structure of the BCS interview procedure, household membership of NW is defined in three successive stages:

Knowledge of NW – whether the respondent knows about NW. Of the full sample of 11,713 respondents, 92 per cent (n = 10,776) had heard of NW (the 8 per cent who had not were excluded from further analysis). Of those who had heard of the NW concept, 89 per cent said they knew whether or not a scheme existed in their area; the latter constituting the sub-sample of those who had knowledge of NW in their area (n = 9,560).[9]

Perceived NW Availability – whether a NW scheme is believed to be available in the area. Of those who said they had local knowledge of NW (n = 9,560), we excluded cases where there were incomplete responses to one or more of the key variables (n = 1,333) leaving an effective sample of 8,227. Of these cases, 38 per cent said

able 'social' communities. In the BCS sampling scheme, each Sector was divided into four equally-sized segments (comprising groupings of 'unit postcodes', the smallest element of the postal geography containing on average around 15 addresses), each 'segment' containing about 625 households. One segment was sampled in each of the selected postcode sectors. Approx 40 addresses were sampled within each segment, forming the primary (clustered) sampling unit. Data from the 1991 UK Census were attached to each individual respondent's case-record in the BCS by means of common geographical referencing (the national Ordinance Survey Grid Reference system) shared by both Postal and Census geographies in the UK. The permission and assistance of the Office of National Statistics and the Home Office is acknowledged, as is the support of research grants from the Economic and Social Research Council and the Leverhulme Trust.

8 We decided against using multi-level (MLM) or hierarchical linear models (HLM) largely on the basis of previous research on the BCS with similar data which revealed both problems of estimation and added negligibly to the explanatory power of the general single equation model (Trickett et al. 1995).

9 81.62 per cent of the total sample had local 'knowledge of NW'. We did estimate a model comparing this group against the 18.38 per cent who had no local knowledge (n = 11,713) but this is not reported here – results are available on request.

that they believed there was an NW scheme available in the area which covered the household. Our first estimated model – of NW availability – thus estimated the likelihood of the proportion of the NW Knowledge sub-sample (n = 8,227) who said that NW was available (0.38, n = 3,126) as compared to those who said it was not (0.62, n = 5,100).

NW Membership – whether the respondent said the household was a member of NW. Of those who said that NW was available (n = 3,126), 72 per cent said that their household belonged to a NW scheme. Our second estimated model – of NW membership – consequently estimated the likelihood of the proportion of the NW Availability sub-sample (n = 3,126) who said that their household was a member (0.72, n = 2,251) compared to those who said they were not (0.28, n = 875).

Using the appropriate sample, then, separate logistic regression models were estimated for perceived NW Availability (base n = 8,227) and NW Membership (base n = 3,126).

3. Explanatory variables

The Appendix lists the 'explanatory' variables that were used in the estimation of the models. Broadly, three types of variable were used: firstly, a set of *'conceptual'* variables, which sought to operationalise the concepts discussed in Part I of this paper. These were:

Worry about burglary. – The following question was used "could you tell me how worried you are about having your home broken into and something stolen?" For this analysis, *Worry about burglary* was coded as separate binary variables: NVWBURG ('not very worried' = 1, other = 0); FWBURG ('fairly worried' = 1, other = 0); and VWBURG ('very worried' = 1, other = 0). 'Not at all worried' formed the base (aliased) category. This variable was selected in preference to a more generalised 'fear of crime' question since it related specifically to the kind of crime that NW is intended to counter.

Community Reciprocity – This was measured from the question "In some neighbourhoods people do things together and try to help each other, while in other areas people mostly go their own way. In general, what kind of neighbourhood would you say you live in?" The following binary coded variables were derived: GOODSOCO ('people help each other', yes = 1, other = 0); and MIXSOCO ('a mixture' = 1, other = 0). 'Go their own way' formed the base response category. This is the closest approximation to the perceptions of 'social capital' available in the 1992 BCS and does not distinguish between bonding and bridging forms. However, some further elaboration of the types of social capital can be had when looking at this variable together with the socio-economic explanatory variables also in the models (see below).

Area Satisfaction – was measured from the question "Overall, how satisfied or dissatisfied are you with living in this area?". The following variables were derived from the coded responses: VERYSATA ('very satisfied' = 1, other = 0), FAIRSATA ('fairly satisfied' = 1, 0 = other). The responses, 'Fairly' and 'Very' dissatisfied formed the base response category.

Household property crime victimisation – whether respondents reported that their household had experienced one or more incidents (including attempts) of burglary, theft from dwelling or criminal damage in the previous twelve-months. These offences were combined to include a comprehensive measure of the constellation of 'domestic' property offences of which burglary itself is the archetype.

The second type of explanatory variables used relate to *individuals and households* and sought to capture the main social and demographic characteristics at the 'individual' level (i.e. of respondents and their households). A third type of variable relates to the *area-context* in which the household was located, seeking to capture aspects of community status and demographic structure.[10] Some of the set of these census-derived variables exhibited multicollinearity. Guided by the results of a principal components analysis three *portmanteau* variables were constructed, which we have labelled DEPRIVED, AFFLUENT, and YOUNG.[11] We also included a set of indicators (binary coded) referencing the *Standard Regions of England and Wales*. These regional indicators have been found to be significant independent predictors of household and area property crime risk (Ellingworth et al. 1997) and may also reflect, in a crude way, regional variation in the dissemination and implementation of the NW concept.[12]

4. Additional Models

As noted in Part I, the set of 'conceptual' variables used to model perceived NW availability and membership are also likely themselves to be inter-related. Moreover, some indication of the 'system' of relationships amongst them is also likely to illuminate further understanding of the various influences on NW participation. Unfortunately, jointly estimating a system of equations expressing relationships amongst the conceptual variables is likely to be complicated in the current situation not only by the recursive or reciprocal relationships amongst the variables but also by the varying sample sizes (between the NW Availability and NW Membership models) and by the logistic regression method used. In preference, a series of separate models were estimated (in addition to the NW models), using the same set of explanatory variables listed in the Appendix. The significance and direction of the coefficients of the explanatory variables were then used as graphical indicators of relationships, which were then schematised into a hypothetical model (see *Figure 2* below) and which does not represent a single but a number of models. Logistic regression models were estimated for each of the following dependent variables in turn:

10 As described at fn. 9, these were derived from the 1991 UK Census and refer to the Postcode Sector in which the household dwelling was located. The Census characteristics of the postcode sector were then attached to each individual respondent's case-record and analysed subsequently as 'contextual characteristics' for each individual, alongside their individual and household characteristics.

11 Principal components analysis was carried out to indicate how we might combine variables to reduce problems of multicollinearity. For reasons of parsimony and ease of interpretation, we decided to construct 'portmanteau' variables (rather than use the principal components themselves) by standardising and adding together the variables that loaded highest on the three principal components respectively. The individual variables are listed in the Appendix. See also Ellingworth et al. (1997).

12 Or, conceivably, some other regional 'contextual' characteristics of land use distribution, culture, politics or economy not captured by the individual-level or small-area Census 'compositional' variables.

1. *Worry about burglary*: coded as 1 = (VWBURG + FWBURG), 0 = otherwise;
2. *Community reciprocity*: coded as 1 = GOODSOCO, 0 = otherwise;
3. *Area satisfaction*: coded as 1 = (VERYSATA + FAIRSATA), 0 = otherwise;
4. *Household property crime victimisation*: coded as 1 = victimised over previous 12 months, 0 = otherwise.

To ease comparability, each of the above models was estimated using the same subsample as that used to estimate perceived NW Availability (n = 8,227).

5. Modelling strategy

Logistic regression models, using the appropriate sample, were estimated separately for each of the principal dependent variables – that is, perceived NW availability, NW membership – and for each of the additional 'conceptual variables' treated here as dependent variables – worry about burglary, community reciprocity, area satisfaction and property crime victimisation. For each model, in turn, our strategy was to enter initially all the explanatory listed in the Appendix.[13] Our procedure for producing trimmed, parsimonious models was simply to delete non-significant parameters though retaining categorical variables if at least one level of the variable was significant. Thus, although starting off with the same set of explanatory variables for each logistic regression model (i.e. all those listed in the Appendix), the final models differ in their respective sets of variables retained. By comparing the results from each model, we are able to gain some indication, albeit non-quantified, of the inter-relationships amongst the set of 'conceptual variables' these are illustrated in *Figure 2* below. Every model, however, included initially the same set of individual- and area-level explanatory variables which provided a common 'baseline' for comparing the effects of the conceptual variables across each model (see *Table 1*, below). In the interests of brevity, we do not generally report all the coefficients of each model.[14]

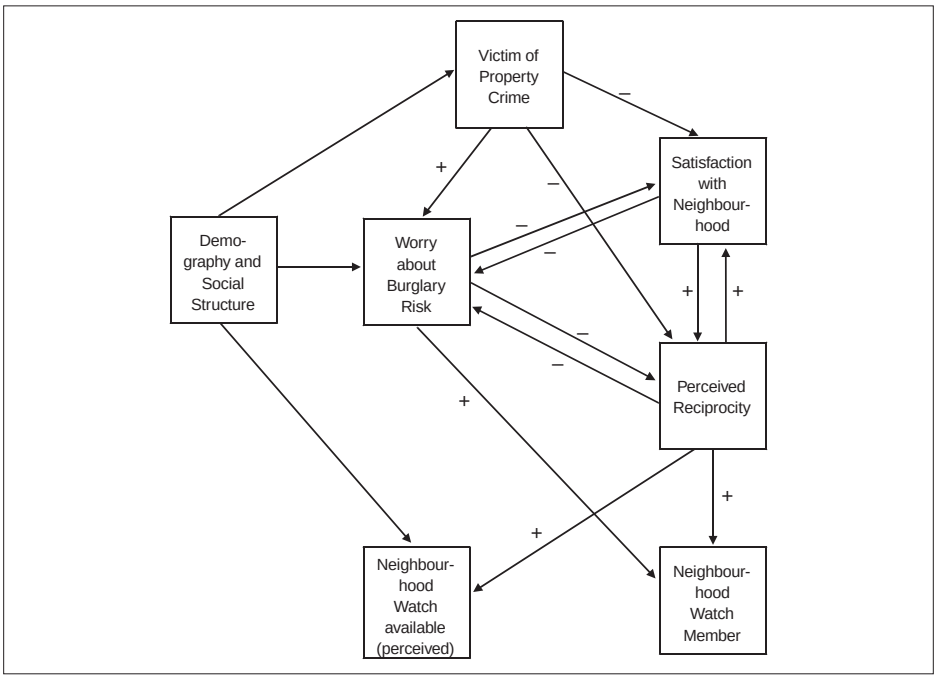
13 The exception to this is that worry about burglary was not included in the model of property crime victimisation because this question is asked at the end of the reference period for victimisation reported in the survey. If victimisation had taken place, the 'causal direction' would be *from* victimisation *to* worry not vice versa.

14 The exception is for perceived NW availability and household property crime victimisation (see Table 2, below). Neither do we report any overall measures of 'goodness of fit' (e.g. pseudo-R^2, Gm, etc.) for our models since such measures in a logistic regression context are not exactly analogous to that of R^2 in an OLS regression model and there is little agreement as to which of the proposed summary model statistics for goodness of fit is most appropriate, reliable or useful (Menard 1995). In any case, we are less interested here in the predictive power than in the explanatory value of our models, especially in view of the large sample size of the BCS.

6. Results

Reciprocity and worry. The pattern of relationships amongst the set of key variables is illustrated in *Figure 2*, and the relevant coefficients from the separate models listed in *Table 1*.[15]

Figure 2: Influences on Neighbourhood Watch: Some Relationships Amongst the Key Variables



Consistent with the idea that social capital is a necessary ingredient for NW, the perceived availability of NW is influenced by the extent of perceived community reciprocity. Similarly, in areas where schemes are available according to the respondents, members of schemes are also more likely than non-members to think that local people 'help each other' even though NW is perceived as available by both. And, it should be noted, these findings hold irrespective of the social characteristics of households and areas. In particular, it is areas where residents are clear that most people "go their own way" which had fewest schemes according to perceptions of residents, and fewer members where schemes were seen as available. Membership also seems to increase with the level of perceived reciprocity. Although those who thought their area had a 'mixture'

15 Of course, since this is not a path or structural equation model, the 'paths' described in Figure 2 are merely illustrative of the significance and direction of effects. They simply summarise the pattern and direction of the results obtained from the *separate* logistic regression models, the key coefficients from which are reproduced in *Table 1*.

Table 1: Influences on Neighbourhood Watch: Some Relationships Amongst the Key Variables (Selected results from logistic regression models)

Logistic regression models for key variables[1]		NW Availability		NW Membership		Worry about burglary		Community Reciprocity		Area Satisfaction		Property crime victimisation	
Base N. (sample size)		8,227		3,126		8,227		8,227		8,227		8,227	
Selected Explanatory Variables[2]		Sig.	Exp(b)	Sig.	Exp(b)	Sig.	Exp(b)	Sig.	Exp(b)	Sig.	Exp(b)	Sig.	Exp(b)
Worry about burglary	nvwburg	.413	1.08	.008	1.56			.016	0.84	.239	1.21	See Note 3	
	fwburg	.235	1.11	.001	1.78			.015	0.84	.010	0.68		
	vwburg	.233	1.12	.000	2.05			.000	0.65	.000	0.38		
Community Reciprocity	mixsoco	.000	1.46	.170	1.35	.412	0.96			.000	1.69	.177	.910
	goodsoco	.000	1.52	.000	1.71	.000	0.84			.000	2.51	.000	.764
Area Satisfaction	fairsata	deleted		deleted		.000	.487	.000	1.76			.000	.451
	verysata	deleted		deleted		.000	.399	.000	2.85			.000	.334
Property crime victimisation		deleted		deleted		.000	1.77	.002	.849	.000	.454		

Notes:

1. As explained in the text, when serving as dependent variables the variables 'Worry about Burglary', 'community Reciprocity' and 'Area Satisfaction' were binary coded
2. Each model also includes significant demographic and social structural variables (not shown), listed in the Appendix. Non-significant variables were deleted from final models (see text).
3. Worry about Burglary was not included in the model of property crime victimisation because this question is asked at the end of the reference period for victimisation reported in the survey. If victimisation had taken place, the 'causal direction' would be *from* victimisation *to* worry not vice versa.

of people who "helped each other" or "went their own way" (MIXSOCO) were 35 per cent more likely to be members than households who thought people 'mostly went their own way', those who believed that local people mostly helped each other (GOODSOCO) were 71 per cent more likely to be members.

Yet although a community's reservoir of social capital may be a necessary ingredient for establishing NW schemes and encouraging membership, it would seem that it is specifically worry about victimisation which distinguishes participants from others. Even though schemes were no more likely to be perceived as available by people who worry about burglary victimisation than by others (which shows that perceptions of availability are independent of worries about crime), households who become members of NW when they have the opportunity are significantly more likely to be worried than are those who do not participate; progressively so: those saying they were "not very worried" (NVWBURG) were 56 per cent more likely to be members than those "not at all worried"; the "fairly worried" (FWBURG) were 78 per cent more likely to be members; and the "very worried" (VWBURG) were twice as likely to be members.

Thus, *both* a high degree of community reciprocity *and* a higher degree of worry about victimisation seem necessary conditions for maximising NW membership. Yet these are themselves negatively correlated (*Figure 2*) – households who see their communities as cohesive are less likely than others to worry about crime victimisation. Consequently, there may be limits to NW participation, for it may be only 'exceptional' households – that is, those who think their community is cohesive but who nevertheless worry about crime risk – who are most likely to become members (Hope 1988).

Comparison between the various models, assisted by reference to *Figure 2*, reveals different ways in which this paradox emerges. In the first place, the experience of crime victimisation, not surprisingly, increases worry about the risk of crime and reduces peoples' sense of community reciprocity; together, these heighten dissatisfaction with the neighbourhood. Neighbourhood dissatisfaction, in its turn, reduces community cohesion and increases worry about crime. In particular, having been a recent victim of household property crime victimisation had no effect on NW membership, nor *vice versa*.[16] Part of the reason for this may be because although property crime victimisation is positively related to worry about crime – a necessary ingredient of NW participation – it is also negatively related to community reciprocity – which is *also* a necessary ingredient of participation. In other words, the two conditions of participation together combine to cancel out the direct relationship between crime victimisation and NW membership, irrespective of the direction of the relationship between them.

To establish that a greater worry about burglary victimisation differentiates members from non-members using cross-sectional data does not, of course, establish the direction of causality. Indeed, we cannot tell from these data whether worry about crime heightens people's need to seek reassurance by joining NW, or whether participation in NW itself actually heightens people's sensitivities towards the risk of crime. Probably both processes operate in what Rosenbaum (1988) calls the "fear arousal" hypothe-

16 As noted, the variable was trimmed from the final models of NW Membership (Table 1) and Crime Victimisation (Table 1 and Table 2).

sis – that people are motivated by anxiety to overcome the costs of participation and join anti-crime groups but that the 'talking-up of crime' in such groups also serves to heighten awareness and thus anxiety about crime (see also Sasson 1995).[17]

Victimisation risk and perceived NW availability. Household property crime victims were no more likely than non-victims to perceive NW schemes available in their areas; nor were NW members less likely to be victims than non-members (*Table 1*). Yet, regardless of any causal connection between the two,[18] it is important to ask whether the social distribution of NW is aligned with the social distribution of household property crime victimisation. For the purposes of this analysis, what we mean by 'alignment' is whether in each separate model – Perceived NW Availability and Crime Victimisation – the respective coefficients for the same variable are similar in significance, direction (sign) and approximate order of magnitude; if not, then the two distributions on that variable can be thought to be out-of-alignment. A comparison between the models for victimisation and perceived NW availability may then reveal the extent to which the social influences (mainly upon the police) in making NW available (and communicate this appropriately to residents) are biased *against* those who have the greatest crime risk. As such, if NW is not targeted where households are most at risk, it is unlikely to have much of an effect on crime reduction overall, even if it nevertheless reinforces the security of those less at risk, thus helping to stop crime spreading to them, thereby containing growth in the crime rate further. The estimated models of property crime risk and perceived NW availability are listed in *Table 2*.

Taking those variables where victimisation-risk and perceived NW availability are in alignment[19] reveals a bias towards responding to the needs of the better-off 'at risk' population. Higher perceived availability of NW is aligned with a greater risk of household property crime victimisation for households where: the head of household was in a non-manual occupation, children were of primary school age (5–11), and residence was in a detached house and/or an affluent area.[20] Taken together, this would seem to conform to the social distribution of the 'comfortable', propertied middle-classes. Those households where perceived NW availability was not in alignment with victimisation risk – that is, where risk was equal to or greater than average but where perceived NW availability was less than average[21] – included those who rented their homes (from either private or social landlords) and/or lived in areas with a high proportion of rental accommodation.[22] Amongst those who were more likely to be victim-

17 Indeed, a careful evaluation of an effort to get community groups to organize block watches in Chicago, IL. found that participants became more worried about crime after attending anti-crime meetings (Lewis, Grant and Rosenbaum 1988; Rosenbaum, Lewis and Grant 1986).

18 Reliable evaluations of the effect of NW tend not to show any impact on members' risk of victimisation (Hope 1995).

19 That is, where the effect of a variable is in the same direction in both models and significantly different from its reference category at $p. < .05$.

20 To be exact, the coefficient for AFFLUENT in the Victimization model shows an even *lower* likelihood than it does for Perceived NW Availability. Residence in a detached house in Britain also usually signifies the affluence of its owners (Hope 1999).

21 That is, where there was a significant difference from the variable mean or the reference category (where appropriate).

22 See the appendix and footnotes with comments by the editors. The proportion of rented accommodation signifies lower income areas in Britain.

Table 2: Alignment of the Likelihoods of Property Crime Victimisation and Perceived Availability of Neighbourhood Watch (Logistic regression models)

	Property Crime Victimisation		NW availability (perceived)	
Sampel Size (N)	8227		8227	
	Sign.	Exp(b)	Sign.	Exp(b)
Age of head of household	.0000	.9868	.0003	1.0062
Occupation *(base: manual)*				
JOBNONM	.0139	1.1480	.0215	1.1254
JOBOTHER	.0167	1.3090	.7430	1.0389
Children in household *(base: none)*				
CHILD1215	.3211	1.0821	.8414	1.0183
CHILD511	.0460	1.1458	.0445	1.1462
CHILDLT5	.5200	1.0478	.0172	.8336
Housing tenure *(base: owns)*				
RENTC	.0015	1.2525	.0000	.6639
RENTO	.7542	1.0303	.0068	.7631
TIED	.0451	1.5786	.1200	.6871
House type *(base: detached)*				
SEMI	.0535	.8449	.0005	.7836
MIDTERR	.0051	.7627	.0000	.5669
ENDTERR	.9014	.9859	.0000	.6240
FLATM	.0003	.6637	.0000	.4497
UCACCOM	.1986	.8205	.0105	.7114
Ethnicity *(base: white)*				
BLACK	.0837	.8459	.0120	.7702
INDIANSC	.2092	.8726	.0001	.6393
OTHERETH	.0296	.5853	.9081	.9730
ETHREF	.4575	1.2405	.7020	.9043
Residential stability *(base: not moved in past 12 months)*				
MOVED	.0021	1.2966		
Neighbourhood satisfaction *(base: not satisfied)*				
FAIRSATA	.0000	.4511		
VERYSATA	.0000	.3341		
Social Cohesion *(base: no cohesion)*				
MIXSOCO	.1768	.9101	.0000	1.4567
GOODSOCO	.0000	.7638	.0000	1.5156
Worry about burglary *(base: not worried)*				
NVWBURG			.4133	1.0755
FWBURG			.2351	1.1098
VWBURG			.2328	1.1206
Area Variables				
ZPUND5HH			.0603	.8972
ZPAGE515	.0357	1.0935	.4734	.9557
ZPINDIAN	.0000	.8418		
ZPOLD1HH	.5085	.9770	.0121	1.1310
ZPSPARHH	.0280	1.0630	.0746	1.0798
ZPCHOUSE			.0581	.9131
ZRENTED	.0003	1.1369	.0000	.7853
ZPHASSOC			.0198	.8558
ZPVACANT			.0005	.8724

Table 1 continued

	Property Crime Victimisation		NW availability (perceived)	
(Area Variables)				
ZPFLATS			.0004	.7879
ZPNONMAN			.0000	1.6113
DEPRIVED			.0004	1.1115
AFFLUENT	.0000	.8456	.0052	.9055
YOUNG			.0006	1.1320
INCITY	.6047	1.0381	.0000	1.3520
Regions (base: South East)				
NORTH	.2596	1.1592	.4504	.9119
YORKS	.0300	1.2718	.2096	1.1356
NWEST	.2662	1.1251	.0002	1.4077
WALES	.1919	.8138	.0000	.2704
WMIDS	.4133	1.1041	.0034	1.3599
EMIDS	.0010	1.4084	.3105	1.1006
EANGLIA	.1026	.7274	.0000	.3884
SWEST	.7210	.9585	.0000	.3884
GLC	.5674	1.0634	.0000	2.1575
Constant	.6368	–.0775	.0000	–1.1814

ised, those who had an unclassified (probably casual) type of job, had moved house recently, and lived in areas that had a greater than average proportion of: children aged 5–15 years and/or lone-parent households, were no more likely than average to believe that NW was available to them.[23] Conversely, then, these households whose risk was not being addressed by NW being made available (or who at least reported that there was no NW available in the neighbourhood) conform to the social distribution of the poor and economically-marginal.

There were also other apparent biases in the availability of NW to specific social groups. First, towards older people, where the police appeared to have made NW available to a greater than average extent above the level of victimisation risk: reported availability increased with the age of the respondent and with living in a community where the proportion of elderly single households was higher. Second, both main ethnic minority groups – Afro-Caribbean/Black British and Indian Sub-Continent/Asian British – had a similar average risk of crime victimisation to whites but perceived significantly fewer than average NW schemes available to them.[24]

Third, while households living in deprived (DEPRIVED), youthful (YOUNG) and inner city (INCITY) areas, faced 'average risks' of property crime, they perceived relatively more NW schemes available to them. At first glance, these results may seem

23 That is, the coefficients – Exp(b)s – for these variables in the NW Availability model were non-significantly different from 1.00 (p. < .05).

24 Interestingly, areas with a higher proportion of 'Asian' residents had a lower risk of property crime victimisation but an average amount of NW schemes available (*Table 1*). Taken with the bias in the opposite direction at the individual-level, this might indicate that NW schemes were being supported more selectively amongst the white residents of areas with an above average proportion of Asian residents. Certainly, Black and Asian people were no less likely than white to report that their households were members of NW (results not shown).

counter-intuitive since it might be expected that these types of areas, by virtue of their urban nature, would have higher crime risks and lower reservoirs of social capital. Nevertheless, it should be noted that in these models the area-related effects are estimated having controlled for household-related effects. Complementary analysis of this data reveals that, generally, while household-related 'risk factors' of property crime victimisation (controlling for area-related variables) work in the direction of affluence, area-related risks (controlling for household-related variables) point in the direction of deprivation. The resulting social distribution of risk – and its avoidance – depends, then, upon the 'ecological' distribution of the individual rich and poor allocated, respectively, to rich and poor areas, creating varying socially stratified 'risk pools' (Beck 1992) of victimisation and safety (Hope 2001). In the present situation, then, we may infer that NW is more likely to be available (and to be perceived a such) to the better-off in poorer, inner city areas, than it is to the poorer residents of those areas (see Hope 2000).

Finally, if significant regional differences (having accounted for individual household characteristics and area variation) in perceived NW availability can be taken as a crude indicator of variations in the implementation policy of the constituent police forces of each region, then there was not a single region where perceived NW availability was in alignment with regional household property crime risk – in 1992, some regions had a greater level of risk than of NW availability, while other regions had the opposite.

III. Discussion: The 'Clubbing' of Private Security

Over the past twenty years or so, by design or default, governments have pursued a strategy of 'responsibilisation' in seeking to shift the burden of crime reduction and community safety onto private citizens and the institutions of civil society (Garland 2001). Between the mid-1980s and the mid-1990s, Conservative governments in England and Wales encouraged and enabled the growth of resident-based, community groups – 'Neighbourhood Watch' (NW) – as a means of providing security goods through collective self-help. This approach was consistent with their prevailing notion of support for the 'active citizen'. More or less willingly, the public police were persuaded to serve as 'agents' for the development and support of NW (Laycock and Tilley 1995). The analysis presented in this paper examines the social pattern of development of NW in England and Wales at the point at which – circa 1992 – its growth rate had peaked (*Figure 1*).

The results from the models presented here offer support for the two broad hypotheses of this paper: first, that the state's 'responsibilisation' strategy, c. 1985–1995, required not only fertile social conditions – in the form of social capital based upon a sense of community reciprocity – but also a strong and ever-present threat of crime in the minds of citizens. In this respect, both victimisation experiences and dissatisfaction with one's neighbourhood fuel worry about crime which, if the social 'soil' is right, and if the level of resulting anxiety has not become too debilitating so as to undermine

reciprocity, can be useful in galvanising people into 'doing something' (albeit in a relatively mild way) about their own risk of crime in their residential locality.

Given these conditions, NW may then go on to serve the useful purpose for the state of responsibilisation, becoming a conduit for delivering and implementing 'private security' into the community. A study of the pattern of self-reported, citizen crime prevention activity in the community – using data from the 1994 British Crime Survey – found a distinct cluster of crime prevention activities associated with NW membership, including, security-marking of household property, asking neighbours to watch the home when away, and having household-contents insurance – activities that reinforce private (target-hardening) security with collective and institutional *reassurance* (Hope and Lab 2001). These are the 'club-goods' associated with NW membership – public police encourage residents to form NW groups, disseminate home security advice and security-consciousness, and introduce them to the idea of marking their property to deter theft and/or aid its recovery; the groups introduce neighbours to each other and encourage them to share their routine activities; and insurance underwriters, accepting their lower risk and confirming their security practices, offer discounted premiums to NW members (Laycock and Tilley 1995).

While such measures individually may have limited value in reducing risk (Hope 1995), they provide, nevertheless, a collection of social *assurances* about risk, presumably addressing the particular needs of property-owners, who may be especially risk-averse (Field and Hope 1990). Crucially, these assurances, deriving from membership in civil associations and institutions, complement and enhance other private, individualised security actions of a physical, target-hardening nature[25] but are only available to those who, in addition to financial capital, also have access to the social capital needed to gain membership. Indeed, the main feature that distinguished participation in the NW cluster of prevention activities from other clusters of physical-based, property prevention activities (all of which were most common amongst the propertied middle-classes), was membership of other community-based groups and associations.

Second, the pattern of the prevalence of NW schemes as reported by respondents in the 1992 British Crime Survey (BCS) supports the notion that there is an 'elective affinity' between certain communities' adoption of NW and the support, sustenance and legitimacy provided to nascent community groups by the public police. This institutional bias revealed itself during a period of rapid growth not only in NW membership but also in recorded crime. Consequently, this was not a bias towards low-risk (affluent) communities *per se* – police forces could hardly be seen to be putting in effort where there was little crime. However, the pattern of alignment between perceived NW availability and victimisation risk (*Table 2*) reveals rather a class-cultural bias towards the better-off sections of those at risk rather than to poor, economically-marginal and ethnic minority communities who were equally, if not more, at risk.

As with the problem of institutional bias on the part of the police more generally (Reiner 2000), it is difficult to ascertain whether these biases result from a socially self-selecting response on the part of the community to invitations from the police to

25 Hope and Lab (2001) found that the other 'factors' associated with private property protection were of a physically protective kind.

form NW groups, or from biased, selective invitations from the police to the community. Whatever the reasons, a biased pattern in perceived NW availability and membership does seem to have been produced through a symbiosis between, on the one hand, community support and capacity, and, on the other hand, a likely police affinity with such groups and communities. Both the power and limitations of the NW concept are revealed by its capacity to integrate certain selected groups of citizens and the public police into a common cultural understanding that addresses material concerns about residence, property and the risks attaching to them. However, that cultural understanding is, by definition, predicated upon the exclusion of others.

Conclusion: the 'clubbing' of private security[26]

Much of the literature on the emergence and distribution of anti-crime community organisations in the United States during the 1970s and 1980s – the period during which residential property crime rates began to decline – displayed a strong tendency for such groups to be initiated, and to survive, as an adjunct of existing organised community activity, particularly that oriented to the 'preservation' of suburban community values (Skogan 1988). Likewise, anti-crime group activity may fail to become implanted in communities where general organised social activities are low (Hope 1995). Further, as Lynn Hancock (2001) shows in her study of community activist groups in Merseyside, crime reduction issues are likely to be addressed, if at all, in ways which are consistent with these groups' wider agenda and purposes – that is, in the politics of urban regeneration – which may not necessarily coincide with the state's specific crime control agenda. In similar vein, Melossi and Selmini (2000) describe the emergence of *comitati di cittadini* (Citizens' Committees) in the older working-class districts of the cities of Emilia-Romagna, which has contributed to an unfortunate coupling of the issues of migration and crime, both perceived as threats to that civic order their members feel they created through their past political activism. In sum, local collective anti-crime activity is embedded in particular community values – not only is it likely to need group activity to develop but it will also reflect the particular concerns of the activist groups.

The web of group activity not only indicates the availability of social capital in the community but also its capacity to spawn further groups as needed. Their success in sustaining themselves – thus countering free-riding – is a result of continuing access to the benefits of belonging to the 'security club', that depends not simply on residing in a conducive area of like-minded people but is also reinforced by the benefits accruing from membership or support of other community groups delivering social and cultural benefits. Thus, members who wish to benefit from security club goods may be unable so readily to free-ride without risking sanction or opprobrium within the other groups in which they also have a continuing interest or need to participate. So, the web of group activity in suburbs may generate not only activists who are able to deal in social capital so as to mobilise community defences in the form of security club goods but

26 Portions of this section are taken from Hope (2001, 2000).

also provide them with a means of enforcing the participation of others (see Olson 1965). Without such social support it is unlikely that the state and its agencies, especially the public police, would be able to sustain these groups over the long term, whatever institutional bias there may be towards them (*pace* McConville and Shepherd 1992). And given that membership of such 'security clubs' overlaps with membership of local groups generally, it is also likely that collective, neighbourhood norms of property security may strengthen over time, eventually becoming self-sustaining, both organisationally and normatively (Coleman 1990).

The principal benefit of a club good to its members is that it is "an institutional solution to the collective action problem that internalises an externality through tolls" (Sandler 1992: 64). With the kinds of social sanctions available, members can trust that their fellow-members will continue to contribute to the collective generation of private security goods and that they will not free-ride, thus undermining and diluting the efforts of those who do participate in private security production. Such social sanctions may become less necessary the more 'exclusive' the club since membership exclusivity ensures that the externalities of individual private security efforts will be retained within the club for the benefit of club-members only and will likewise not be seen to suffer from the threat of congestion of the club's security from external parties wishing to share in the benefit.

Generally, the price-mechanisms of the housing market in Britain tend to ensure that the more affluent suburbs are the most exclusive, usually through increased social and spatial 'distance' placed between themselves and the perceived sources of risk (Hope 1999). Membership exclusivity is preserved by insulating the club's boundaries. In open, urban environments, insulation may come from the 'buffering' effect of being surrounded by similar suburbs. Yet in environments where security is more congested – or where crime is believed to be all pervasive, growing and crowding-in on the suburbs' social order – more specific means of 'policing the boundaries' may be needed to retain security activity within the 'club' of the suburb, to preserve the positional value of its private security against encroachment, and to prevent its dilution from within.

In England and Wales, the growth of Neighbourhood Watch may have been more an expression than a particularly effective cause of this re-ordering of suburban social order. Nevertheless, its social distribution reveals how a self-sustaining social anxiety about the risk of crime victimisation combines with the availability of social capital to produce a socio-cultural mechanism that enhances the 'clubbing' of private security within increasingly 'exclusive' suburbs and captures the symbolic and material resources of the public police for greater protection. Ironically, a means may have been found for solving the responsibilisation problem – for getting private citizens to take greater responsibility for crime prevention and, possibly, for helping to bring down national crime rates. Yet the price to be paid may be the creation of a greater and more sustained inequality not only in crime victimisation risk but also in the means available for its alleviation.

The collective consequence of crime risk avoidance in risk society is the creation of risk pools dictated according to social position. In Britain, the collapsing credibility of the State's 'universal insurance policy' against crime victimisation risk (Garland 2001) may have induced a dynamic which encourages the *clubbing of private security* (Hope

2000). Here, the logic of collective action – albeit the unintended consequence of individualised strategies of risk-pooling and risk-avoidance – may act to reinforce a form of *social exclusion* around crime risk. Thus, the threat of crime victimisation becomes not just a consequence of social exclusion but also a contributory cause. The challenge facing the state remains whether and how to intervene; not just to reduce the crime rate but how to distribute fairly the means for dealing with the socially manufactured risks that produce it.

Appendix – Variables Used in the Analysis

Household-related variables

All household-related variables are categorical-level, binary-coded (1,0) unless indicated.

Age	
AGEHH	Age head of household (interval-level variable)
Occupation (base: manual occupation)	
JOBNONM	Non-manual
JOBOTH	Other
Children in household (base: none)	
CHIL1215	children 12–15 yrs
CHILD511	children 5–11 yrs
CHILDLT5	children less than 5yrs
Tenure (base: owner occupied)	
RENTC	rent from local council (social housing)[27]
RENTO	rent from private landlord (incl. social housing landlords)
TIED	rental tied to occupation
Dwelling type (base: detached)[28]	
SEMI	semi-detached
MIDTERR	mid-terrace
ENDTERR	end-terrace
FLATM	flat or maisonette
UCACCOM	unclassified accommodation
Ethnic identity (base: white)	
BLACK	Afro-Caribbean
INDIANSC	Indian Sub-Continental
OTHERETH	Other ethnicity
ETHREF	Refused
Mobility (base: other)	
MOVED	Household moved in past year
Satisfaction with area (base: not satisfied)	
FAIRSATA	Fairly satisfied
VERYSATA	Very satisfied

27 Sozialer Wohnungsbau, Sozialwohnung (Anm. der Hrsg).

28 Kennzeichnung der Bebauung in Grossbritannien: "detached": frei stehendes Einzelhaus; "semi-detached": Doppelhaus; "midterrace": Reihenhaus in der Mitte; "endterrace": Endhaus; "flat": Mietwohnung. In Grossbritannien beträgt der Anteil der Haushalte mit Hauseigentum über 70 Prozent, in Deutschland unter 40 Prozent (Anm. der Hrsg.).

Neighbourhood Reciprocity (base: people go own way)

MIXSOCO	Mixed
GOODSOCO	People help each other

Worry About Burglary (base: not worried)

NVWBURG	Not very worried
FWBURG	Fairly worried
VWBURG	Very worried

Area-related variables

All variables are at interval-level and standardised to the whole BCS sample mean for each variable, unless indicated otherwise.

ZPUN5HH	Proportion of households with children under 5
ZPAGE515	Population aged 5–15 yrs (per cent population)
ZPINDIAN	Population Indian-Subcontinental identities (per cent population)
ZPOLD1HH	Proportion of one-pensioner households (households)
ZPSPARHH	Lone-parent households (per cent population)
ZPCHOUSE	Households renting from municipal (social housing) landlord (per cent households)[29]
ZRENTED	Households renting from a private sector landlord (per cent households)
ZHASSOC	Households renting from a housing association (non-municipal social housing) landlord (per cent households)[30]
ZPVACANT	Proportion of empty dwellings (of dwellings)
ZPFLATS	Proportion of apartment dwellings (of dwellings)
ZPNONMAN	Households with 'household head' in non-manual occupation (per cent households)
INCITY	This is a binary coded variable indicating residence in an inner city area, it uses the same classification as that used in the BCS sampling process (see footnote 9 in main text).

Portmanteau Variables

The construction of these variables was guided by a principal components analysis. See footnote 13 in main text.

DEPRIVED	The standardised variables added together to produce this variable are: the proportions of households with more than one person per room, households with three or more children, households living in housing association (non-municipal social housing) accommodation, and the percentage of males who were unemployed.
AFFLUENT	The standardised variables added together to produce this variable are: the average number of cars per household plus the proportion of households living in detached houses.
YOUNG	The standardised variables added together to produce this variable are: the proportions of the population aged 16 to 24 years and of single person non-pensioner households.

Standard Regions of England and Wales (base: South East, excluding Greater London). These are binary-coded variables

NORTH	North
YORKS	Yorkshire and Humberside
NWEST	North West
WALES	Wales
WMIDS	West Midlands
EMIDS	East Midlands
EANGLIA	East Anglia
SWEST	South West
GLC	Greater London

29 Anteil der Haushalte, die in Wohnungen des sozialen Wohnungsbaus als Mieter der Gemeinde leben (Anm. der Hrsg).

30 Anteil der Haushalte, die in Wohnungen von Gesellschaften des sozialen Wohnungsbaus leben (Anm. der Hrsg.).

References

Baumgartner, Mary P., 1988: The Moral Order of a Suburb. New York: Oxford University Press.
Beck, Ulrich, 1992: Risk Society. London: Sage.
Beckett, Katherine, and *Theodore Sasson,* 2000: The Politics of Injustice: Crime and Punishment in America. Thousand Oaks, CA: Pine Forge Press.
Blumstein, Alfred, and *Joel Wallman,* 2000: The Crime Drop in America. Cambridge, UK/New York, NY/Melbourne, Aus.: Cambridge University Press.
Cohen, Lawrence E., and *Marcus Felson,* 1979: Social Change and Crime Rate Trends: A Routine Activities Approach. American Sociological Review 44: 588–608.
Coleman, James S., 1990: Foundations of Social Theory. Cambridge, MA.: Belknap Press.
Dowds, Lizanne, and *Patricia Mayhew,* 1994: Participation in Neighbourhood Watch: Findings from the 1992 British Crime Survey (Research Findings 11). London: Home Office.
Ellingworth, Dan, Tim Hope, Denise R. Osborn, Alan Trickett and *Ken Pease,* 1997: Prior Victimisation and Crime Risk. Journal of Crime Prevention and Risk Management 2: 201–214.
Ewald, Uwe, 2000: Criminal Victimisation and Social Adaptation in Modernity: Fear of Crime and Risk Perception in the New Germany. Pp. 166–199 in: *Tim Hope* and *Richard Sparks* (eds.), Crime, Risk and Insecurity. London: Routledge.
Felson, Marcus, 1998: Crime and Everyday Life (2nd ed.). Thousand Oaks, CA: Pine Forge Press.
Field, Simon, and *Tim Hope,* 1990: Economics, the Consumer and Under-provision in Crime Prevention. Pp. 30–40 in: *Rod Morgan* (ed.), Policing Organised Crime and Crime Prevention. British Criminology Conference 1989, Volume 4. Bristol: Bristol Centre for Criminal Justice.
Garland, David, 2000: Ethical and Social Perspectives on Situational Crime Prevention. Pp. 215–224 in: *Andrew von Hirsch, David Garland* and *Alison Wakefield* (eds.), Ethical and Social Perspectives on Situational Crime Prevention. Oxford and Portland, OR: Hart Publishing.
Garland, David, 2001: The Culture of Control. Oxford: Oxford University Press.
Granovetter, Mark, 1973: The Strength of Weak Ties. American Journal of Sociology 78: 360–380.
Hancock, Lynn, 2001: Community, Crime and Disorder: Safety and Regeneration in Urban Neighbourhoods. Basingstoke, Hants.: Palgrave.
Home Office, 1999: The Government's Crime Reduction Strategy. London: Home Office.
*Hope, Tim, 19*88: Support for Neighbourhood Watch: A British Crime Survey Analysis. Pp. 146–160 in: *Tim Hope* and *Margaret Shaw* (eds.), Communities and Crime Reduction. London: HMSO.
Hope, Tim, 1995: Community Crime Prevention. Pp. 21–89 in: *Michael Tonry* and *David P. Farrington* (eds.), Building a Safer Society: Strategic Approaches to Crime Prevention. Crime and Justice, Vol. 19. Chicago: University of Chicago Press.
Hope, Tim, 1997: Inequality and the Future of Community Crime Prevention. Pp. 103–131 in: *Steven P. Lab* (ed.), Crime Prevention at a Crossroads. American Academy of Criminal Justice Sciences Monograph Series. Cincinnati, OH: Anderson Publishing.
Hope, Tim, 1999: Privatopia on Trial? Property Guardianship in the Suburbs. Pp. 15–45 in: *Kate Painter* and *Nick Tilley* (eds.), Surveillance of Public Space: CCTV, Street Lighting and Crime Prevention. Crime Prevention Studies, Vol. 10. New York: Criminal Justice Press.
Hope, Tim, 2000: Inequality and the Clubbing of Private Security. Pp. 83–106 in: *Tim Hope* and *Richard Sparks* (eds.), Crime, Risk and Insecurity. London: Routledge.
Hope, Tim, 2001: Crime Victimisation and Inequality in Risk Society. Pp. 193–218 in: *Roger Matthews* and *John Pitts* (eds.), Crime Prevention, Disorder and Community Safety. London: Routledge.
Hope, Tim, and *Stephen P. Lab,* 2001: Variation in Crime Prevention Participation: Evidence from the British Crime Survey. Crime Prevention and Community Safety: an International Journal 3: 7–21.
Jefferson, Tony, and *Wendy Hollway*, 2000: The Role of Anxiety in Fear of Crime. Pp. 31–49 in: *Tim Hope* and *Richard Sparks* (eds.), Crime, Risk and Insecurity. London: Routledge.
Karstedt, Susanne, in press: 'Linking Social Capital'. Überlegungen zur institutionellen Dimension des Sozialkapitals. In: *Florian Kessl* and *Hans-Uwe Otto* (eds.), Soziale Arbeit und Soziales Kapital. Zur Kritik lokaler Gemeinschaftlichkeit. Leske + Budrich: Opladen.

Karstedt, Susanne, 2003: Typen der Sozialintegration und Gewalt: Kollektivismus, Individualismus und Sozialkapital. Pp. 269–292 in: *Wilhelm Heitmeyer* and *Hans-Georg Söffner* (eds.), Gewalt: Neue Entwicklungen und alte Analyseprobleme. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Langan, Patrick A., and *David P. Farrington,* 1998: Crime and Justice in the United States and in England and Wales 1981–96: Executive Summary. Bureau of Justice Statistics. Washington, DC: US Department of Justice.

Laycock, Gloria, and *Nick Tilley,* 1995: Policing and Neighbourhood Watch: Strategic Issues. Crime Detection and Prevention Series Paper No 60. London: Home Office.

Lewis, Dan A., Grant, John A., and *Dennis P. Rosenbaum,* 1988: The Social Construction of Reform. New Brunswick, NJ: Transaction Books.

Loader, Ian, Evi Girling, and *Richard Sparks,* 2000: After Success? Anxieties of Affluence in an English Village. Pp. 65–82 in: *Tim Hope* and *Richard Sparks* (eds.), Crime, Risk and Insecurity. London: Routledge.

Mawby, Rob I., 2001: Burglary. Cullompton, Devon: Willan Publishing.

McConville, Michael, and *Dan Shepherd,* 1992: Watching Police, Watching Communities. London: Routledge.

Melossi, Dario, and *Rossella Selmini, 20*00: Social Conflict and the Microphysics of Crime: The Experience of the Emelia-Romagna Città Sicure Project. Pp. 146–165 in: *Tim Hope* and *Richard Sparks* (eds.), Crime, Risk and Insecurity. London: Routledge.

Menard, Scott, 1995: Applied Logistic Regression Analysis. Quantitative Applications in the Social Sciences 106. Thousand Oaks, CA: Sage Publications.

Olson, Mancur, 1965: The Logic of Collective Action: Public Goods and the Theory of Groups. Cambridge: Harvard University Press.

Povey, David, Sian Nicholas, and *Heather Salisbury*, 2003*:* Crime in England and Wales: Quarterly Update to December 2002. Home Office Statistical Bulletin 05/03. London: Home Office.

Putnam, Robert D., 2000: Bowling Alone. New York: Simon and Schuster.

Reiner, Robert, 2000: The Politics of the Police. Oxford: Oxford University Press.

Rosenbaum, Dennis P., 1988: A Critical Eye on Neighbourhood Watch: Does it Reduce Crime and Fear? Pp. 126–145 in: *Tim Hope* and *Margaret Shaw* (eds.), Communities and Crime Reduction. London: HMSO.

Rosenbaum, Dennis P., Dan A. Lewis and *John A. Grant,* 1986: Neighborhood-based Crime Prevention: Assessing the Efficacy of Community Organizing in Chicago. Pp. 120–142 in: *Dennis P. Rosenbaum* (ed.), Community Crime Prevention: Does it Work? Beverly Hills, CA: Sage.

Sandler, Todd, 1992: Collective Action. New York: Harvester Wheatsheaf.

Sasson, Ted, 1995: Crime Talk: How Citizens Construct a Social Problem. New York: Aldine de Gruyter.

Simmons, Jon, and *Tricia Dodd* (eds.), 2003: Crime in England and Wales 2002/03. Home Office Statistical Bulletin 07/2003. London: Home Office

Sims, Linsay, 2001: Neighbourhood Watch: Findings from the 2000 British Crime Survey. Research Findings 150. London: Home Office.

Skogan, Wesley G., 1988: Community Organisations and Crime. Pp. 86–113 in: *Michael Tonry* and *N. Morris* (eds.), Crime and Justice: A Review of Research, Vol. 10. Chicago: University of Chicago Press.

Taub, Richard P., Taylor D. Garth and *Jan D. Dunham,* 1984: Paths of Neighborhood Change. Chicago: University of Chicago Press.

Trickett, Alan, Denise R. Osborn and *Dan Ellingworth,* 1995: Property Crime Victimisation: The Roles of Individual and Area Influences. International Review of Victimology 3: 273–295.

van Dijk, Jan J. M,. 1994: Understanding Crime Rates. On the Interactions Between the Rational Choices of Victims and Offenders. The British Journal of Criminology 34: 626–639.

Walklate, Sandra, and *Karen Evans,* 1999: Zero Tolerance or Community Tolerance: Managing Crime in High Crime Areas. Aldershot, Hants.: Ashgate.

Zimring, Frank, and *Gordon Hawkins,* 1997: Crime is Not the Problem: Lethal Violence in America. New York: Oxford University Press.

WIRTSCHAFT UND STRAFRECHT – WER REGULIERT WEN?

Klaus Boers, Hans Theile und Kari-Maria Karliczek

Zusammenfassung: Nach traditionellem Verständnis geht das Strafrecht von einer kausalen Beeinflussbarkeit gesellschaftlicher Teilsysteme wie der Wirtschaft aus. Aus systemtheoretischer Sicht ist die Beeinflussung von Wirtschaft durch das Strafrecht auf Grund der Autopoiesis des Wirtschaftssystems zwar nicht ausgeschlossen, jedoch allenfalls indirekt als Regulierung möglich. Im Rahmen struktureller Kopplungen können Unternehmen strafrechtliche Verhaltensanforderungen deshalb allenfalls beobachten und in ihr eigenes systemisches Operieren einbauen – ein Durchgriff auf das Unternehmen bleibt dem Strafrecht versagt. Im Anschluss an eine begriffliche Klärung von Wirtschaftskriminalität und eine systemtheoretische Analyse der Regulierungsmöglichkeiten durch das materielle und prozessuale Strafrecht stellt der Beitrag Probleme der Regulierung anhand einer im Rahmen eines derzeit laufenden Forschungsprojektes erfolgenden empirischen Fallstudie dar.

Einleitung

Obgleich in den neunziger Jahren die öffentliche Aufmerksamkeit für strafrechtswidriges Verhalten in der Wirtschaft merklich zugenommen hat, bestehen im Bereich der Wirtschaftskriminalität nach wie vor erhebliche theoretische wie empirische Forschungsdefizite (siehe nur Heinz 1999: 671f.; Eisenberg 2000: 97ff.; Boers 2001; Albrecht 2003: 39f.). Dabei ist sowohl in der Wissenschaft als auch in der Praxis die Frage, welchen Einfluss das Strafrecht auf wirtschaftliche Entscheidungen haben kann, von besonderem Interesse. Diese Frage kann anhand kausal-deterministischer Steuerungsmodelle nicht befriedigend beantwortet werden, sondern setzt neben begrifflichen Klärungen die Formulierung einer funktionalen, die systemischen Eigenschaften der Wirtschaft und des Strafrechts berücksichtigenden Forschungskonzeption voraus, die eine Einflussnahme am ehesten als (beiderseitige) Regulierung, nicht jedoch als (einseitige) Steuerung für möglich hält. Solche Überlegungen werden im Folgenden anhand einer Fallanalyse empirisch untersucht. Die Fallstudie wurde im Rahmen eines Forschungsprojektes erhoben, das am Beispiel der Privatisierung der DDR-Betriebe die Verbreitung und Kontrolle von Wirtschaftskriminalität zum Gegenstand hat.[1] Die Befunde deuten auf eine vorrangige Bedeutung strafprozessualer Maßnahmen hin – jedenfalls dann, wenn große Unternehmen der Strafverfolgung unterliegen.

1 In dem von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Projekt arbeiten Kriminologen, Strafjuristen, Soziologen und Ökonomen zusammen. Es wird gemeinsam von der Wirtschaftsstrafjuristin Ursula Nelles und dem Erstautor geleitet.

I. Begriff

Die meisten kriminologischen Autoren gehen seit einigen Jahren davon aus, dass Wirtschaftskriminalität Unternehmenskriminalität ist, es sich hierbei also um Straftaten handelt, die *Unternehmen in Verfolgung ihres wirtschaftlichen Interesses und Nutzens* begehen.[2] Eine solche enge Definition hat mehrere Vorteile.

Zum einen erlaubt sie eine *Konzentration* auf die zentralen Organisationseinheiten wirtschaftlichen Handelns und damit auf den faktisch bedeutsamen Kernbereich der Wirtschaft[3] – nicht zuletzt auch mit Blick auf die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Schäden sowie hinsichtlich des Ressourceneinsatzes zu ihrer Prävention. „Wirtschaftskriminalität" in diesem Sinne bezieht sich mithin auf die Geschäfte und Handlungen, die *Unternehmen* gegeneinander, gegenüber öffentlichen Einrichtungen oder privaten Verbrauchern vollführen, nicht jedoch auf den Leistungsaustausch unter Privatpersonen.[4]

„Wirtschaftskriminalität" in diesem Sinne meint auch nicht die so genannte *„Berufskriminalität"* (Occupational Crime). Diese steht hinter dem berühmt gewordenen White Collar Crime, womit bekanntlich Sutherland in den 1940er Jahren die Wirtschaftskriminalität als diejenigen Straftaten bezeichnete, die „von Personen mit hohem Ansehen und sozialem Status im Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeit" begangen werden (Sutherland 1983: 7). So sehr Sutherland damit die überfällige (und damals für viele provokante) Weiterung des kriminologischen Blicks von der Straßenkriminalität der sozialen Unterschichten auf die Kriminalität der Upperclasses gelungen war, so wenig taugte diese Definition für eine wissenschaftlich und praktisch brauchbare Eingrenzung des Gegenstandes. White Collar Crime greift zu weit und bezeichnet deshalb in entscheidenden Teilen eben nicht nur die Wirtschaftskriminalität. Dem Wortlaut nach würden darunter nämlich auch schon die im Zusammenhang mit der beruflichen Tätigkeit begangenen Delikte erfolgreicher Selbstständiger (Handwerker, Einzelhändler, Ärzte, Rechtsanwälte etc.), vor allem aber auch hochgestellter Beamter und Angestellter im öffentlichen Dienst fallen. Mögen Erstere (im Sinne der Verfolgung wirtschaftlicher Interessen) noch unternehmerisch tätig sein, so sind es Letztere sicherlich nicht. Auch die Straftaten leitender Unternehmensangestellter, die sich zum Nachteil ihrer Firma, zum Beispiel durch Untreue- oder Unterschlagungshandlungen, persönlich bereichern

2 In diesem Sinne schon Opp (1975: 45ff.), siehe Boers (2001: 338ff.; 2002: 99ff.) mit weiteren Nachweisen; zu strafrechtlichen Definitionen Heinz (1998: 20).

3 Obgleich die Größe des Unternehmens (auch im Hinblick auf die Anzahl der Mitarbeiter) demnach definitorisch keine Rolle spielt, wird sie natürlich empirisch im Hinblick auf die ökonomische Stärke und dem damit einhergehenden politischen und gesellschaftlichen Einfluss immer von großer Bedeutung sein.

4 Mit dieser inhaltlichen, am Wesen des wirtschaftlichen Operierens orientierten Sichtweise kommt die Art der Delikte als Unterscheidungskriterium nicht mehr in Betracht, etwa im Stil einer enumerativen Zuweisungsregel für die Sonderzuständigkeit der Wirtschaftsstrafkammern gem. § 74c Gerichtsverfassungsgesetz (GVG). Denn viele der so genannten „Wirtschaftsstraftatbestände" können und werden auch von Privaten begangen (Betrug, Kredit- oder Scheckkartenbetrug, Kredit- oder Subventionsbetrug, Vorteilsgewährung, Bestechung, Steuerhinterziehung). Unter Wirtschaftskriminalität als Unternehmenskriminalität fallen indessen grundsätzlich alle Strafrechtsverletzungen, die im wirtschaftlichen Interesse eines Unternehmens begangen werden.

(so genannte Managerkriminalität), würden demnach zur Wirtschaftskriminalität gehören.

Die Folgen solcher Ungenauigkeiten kann man unter anderem daran erkennen, dass offensichtlich die Überzeugung besteht, man bekämpfe mit der Verfolgung „schwarzer Schafe in den Chefetagen" die Wirtschaftskriminalität. Das meiste, was heute unter „Wirtschaftskriminalität" öffentlich problematisiert wird, betrifft die Kriminalität von (großen wie kleinen) Firmenmitarbeitern (siehe z.B. die Unternehmensbefragungen von KPMG 1999: 12; PriceWaterhouseCoopers 2001: 12).[5] Mitarbeiterkriminalität mag zur sicherheitsrelevanten Problemlage von Unternehmen gehören und auf Grund der größeren Verbreitung „überzeugender" den „Handlungsbedarf" für kommerzielle Präventionsmaßnahmen zur Wirtschaftskriminalität begründen.[6] Es handelt sich indessen nicht um Wirtschaftskriminalität, sondern um etwas, was in der Kriminologie seit langem und undramatischer als „Betriebskriminalität" bekannt ist (vgl. Kaiser und Metzger-Pregizer 1976).

Die Nachteile des Begriffs White Collar Crime ergeben sich im Übrigen nicht allein aus diesen Ungenauigkeiten, sondern auch aus seiner grundsätzlich *personalen* Orientierung. Damit gerät das Wesentliche nicht in den Blick, nämlich, dass sich „Wirtschaft" weniger oder nicht nur auf Personen, sondern ganz wesentlich (auch) auf den strukturellen Kontext eines *bestimmten* Systems bezieht.

II. Umbruchsbedingte Wirtschaftskriminalität

Die historisch einmalige Umbruchssituation nach 1989 ermöglichte es, neue Erkenntnisse über die Verbreitung und strafrechtsorientierte Kontrolle der Wirtschaftskriminalität anhand der Privatisierung von 18.318 Betrieben und Betriebsteilen zu gewinnen, die nach Umwandlungen und Teilungen aus ehemals 8.490 DDR-Betrieben gebildet worden waren.[7] Da an den Privatisierungsvorgängen überwiegend westliche Institutionen und Akteure beteiligt waren, ist davon auszugehen, dass hier auch typische Formen und Strukturen der Wirtschaftskriminalität und der wirtschaftsstrafrechtlichen Kontrolle beobachtet werden können. Insbesondere mit Blick auf die Tatsache, dass ein einigermaßen verlässliches wirtschaftskriminologisches Fundament nicht besteht (vgl. Boers 2001: 336ff.), können diese Ziele derzeit nur im Rahmen einer explorativ konzipierten qualitativen Untersuchung angegangen werden.

Die Privatisierung der Volkswirtschaft der DDR lag in der Verantwortung der Treuhandanstalt (seit 1995: Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben – BvS), die bereits im Juni 1990 durch das noch von der Volkskammer beschlossene Treuhandgesetz zur Eigentümerin aller DDR-Betriebe erklärt worden war. Die Privatisierung stand unter der politischen Vorgabe einer schnellen Abwicklung und Heraus-

5 Z.B. erreichte in diesen Untersuchungen die Unterschlagung mit 50 Prozent die (mit Abstand) höchste Nennung.

6 Und natürlich dürften Unternehmen, sollte es um Unternehmenskriminalität gehen, in ihrem kriminalpräventiven Engagement zurückhaltender sein.

7 Berechnet nach BvS (2000: 22), Ende 1994 waren die DDR-Betriebe nahezu vollständig privatisiert.

lösung aus der staatlichen Verantwortung. Dieses rasche Vorgehen brachte es mit sich, dass nicht in allen Fällen der sachliche und personelle Hintergrund der Vorgänge hinlänglich erhoben und kontrolliert werden konnte. So ergaben sich zahlreiche Gelegenheiten für eine Vielzahl auch strafrechtswidriger Verhaltensweisen. Die Treuhandanstalt versuchte diese Entwicklung ab 1991 durch die Einrichtung einer *Stabsstelle Besondere Aufgaben* unter Leitung beurlaubter oder ehemaliger Staatsanwälte auch strafrechtlich zu kontrollieren (Erbe 1999).[8] Neben betrügerischen Handlungen sowie kollusivem Verhalten von Mitarbeitern spielte vor allem das so genannte Aushöhlen übernommener Unternehmen eine Rolle: Die Käufer entzogen dem Betrieb lukrative Vermögensteile (z.B. Innenstadtgrundstücke, Barvermögen) und überließen den Rest der mit Arbeitsplatzverlusten verbundenen Liquidation.

III. Erhebungsmethode und Forschungsziele

Es sind nicht nur die bekannten Zugangs- und Rücklaufschwierigkeiten, die eine quantitative, das Täter-Dunkelfeld einbeziehende repräsentative Erhebung als kaum möglich erscheinen lassen (Boers 2001: 336 mit weiteren Nachweisen).[9] Der Hauptgrund für einen Verzicht auf quantitative Verfahren liegt vielmehr darin, dass damit angesichts des Mangels an validen und theoriegestützten Forschungsbefunden eine theoriegeleitete, einen grundlegenden Einblick in die strukturellen Zusammenhänge vermittelnde Analyse nicht möglich wäre. Qualitative Interviews mit möglichst allen an einer Privatisierung Beteiligten sind somit zur Zeit die Methode der Wahl.[10]

Im Sinne der von Glaser und Strauss entwickelten „Grounded Theory" (Glaser und Strauss 1998: 49ff.) sollen die im Folgenden zusammengefassten Forschungsziele und theoretischen Überlegungen im laufenden Forschungsprozess konkretisiert und weiterentwickelt werden. Damit unterscheidet sich unsere Vorgehensweise sowohl von Untersuchungen, die ein rein deskriptives Ziel verfolgen, als auch von solchen, die einer reinen Theorieprüfung dienen (vgl. Hopf 1996: 19). Auch wenn die hier entwickelte Konzeption qualitativ-explorativer Art ist, handelt es sich nicht um eine induktive Forschungsstrategie. Wir gehen vielmehr davon aus, dass jeder empirischen Beobachtung gedankliche Überlegungen (theoretische Sensibilisierungen) vorausgehen, die theoriegeleitet, das heißt – in einem freilich *weit* zu fassenden erkenntniskonzeptionellen Sinne – deduktiver Art sind (vgl. Kelle und Kluge 1999). Anders wird es angesichts der Fülle der empirischen Ereignisse gar nicht möglich sein zu entscheiden, warum man eben dieses und nicht etwas anderes beobachtet, warum man eine theoretische Überlegung

8 Mit der polizeilichen Zentralen Ermittlungsstelle für Regierungs- und Vereinigungskriminalität (ZERV; Jankowiak 2000) sowie mit der Staatsanwaltschaft II bei dem Landgericht Berlin wurden zudem unabhängig von der Treuhandanstalt spezielle Behörden zur Verfolgung der vereinigungsbedingten Wirtschaftskriminalität eingerichtet.

9 Sack (1999: 10) meint gar, dass im Bereich der Wirtschaftskriminalität auf quantitative Forschung und ihre methodischen Gütekriterien zu insistieren, einer „wissenschaftlichen Selbstfesselung" gleichkomme.

10 Für einen ersten Zugang zum Forschungsfeld sowie für die Gewinnung von Interviewpartnern wurden zunächst Analysen von Stabsstellen- und Ermittlungsakten durchgeführt.

verwirft und eine andere weiterentwickelt, um so im Verlauf des Forschungsprozesses zu systematischen und damit nachvollziehbaren Aussagen zu gelangen.

Da die Studie einen bestimmten Problembereich untersucht (die Interviewpartner zudem in der Regel über ein nur begrenztes Zeitbudget verfügen), wurden die Interviews problemzentriert, in Form „offener leitfadenorientierter Experteninterviews" (Meuser und Nagel 1991: 441) durchgeführt. Denn die hier relevanten Interviewpartner sind Personen, die auf Grund ihrer Einbindung in eine bestimmte Organisation oder auf Grund ihres Agierens im Zusammenhang mit einer Organisation über singuläre Erfahrungen und Wissensbestände verfügen und somit die institutionellen Handlungsabläufe und Entscheidungsprozesse als Experten beschreiben können (vgl. Liebold und Trienczek 2002: 35ff.).

Die strukturellen Bedingungen eines wirtschaftskriminologischen Falles sind in mehreren Bereichen begründet. Die Erhebungen sind deshalb als Fallstrukturanalyse so konzipiert, dass mit möglichst allen Personen, die an der Privatisierung des Betriebes beteiligt waren oder die Vorgänge aus eigener Wahrnehmung beobachten konnten, ein Interview geführt wird (Tatverdächtiger/Beschuldigter, Polizeibeamte, Staatsanwalt, Verteidiger, Richter, Treuhandmitarbeiter, (konkurrierende) Investoren, Belegschaft und Gewerkschaft). Auf diese Weise werden die verschiedenen Beteiligtenperspektiven mit dem Referenzpunkt eines spezifischen Falles rekonstruiert, um aus den Übereinstimmungen wie Divergenzen – im Sinne einer Validierung durch Triangulation (vgl. Flick 2000 mit weiteren Nachweisen)[11] – interpretative Anhaltspunkte für die in diesem Fall bedeutsamen Strukturbedingungen zu gewinnen. In einem weiteren Schritt ermöglicht sodann eine vergleichende Kontrastierung (Kelle und Kluge 1999: 75f.) aller zuvor nach theoretischen Kriterien ausgewählten Fälle *Verallgemeinerungen* zu den Strukturen der Verbreitung und Kontrolle von Wirtschaftskriminalität. Wir nennen dieses methodische Vorgehen *multikontextuale Fallstrukturanalyse.*

Neben den strukturellen – ökonomischen, politischen und rechtlichen – Bedingungen der Wirtschaftskriminalität und ihrer Kontrolle steht vor allem die Frage, inwieweit eine strafrechtliche Regulierung der Wirtschaftskriminalität möglich ist, im Mittelpunkt des Forschungsinteresses.[12]

IV. Theoretische Konzeption

Ausschließlich der Regulierungsaspekt soll in diesem Artikel anhand einer Fallanalyse behandelt werden. Wir beschränken deshalb die Darstellung der theoretischen Konzeption auf den dafür unseres Erachtens ertragreichsten unter den modernen soziologi-

11 Folgt man den Kriterien von Flick, dann erlaubt unsere Untersuchung wegen der Erhebung verschiedener Datenquellen (Akten, Interviews) sowie vor allem wegen der Befragung verschiedener Personen in Bezug auf denselben Fall zunächst eine so genannte Daten-Triangulation. Da neben der Systemtheorie (siehe unten), auch Organisationssoziologie und Rational Choice-Ansätze den theoretischen Ausgangs- sowie weiterführenden Interpretationshintergrund prägen, spielt darüber hinaus die Theorien-Triangulation eine bedeutende Rolle (Flick 2000: 310).

12 Zur Gesamtkonzeption der Forschung Boers (2001).

schen Ansätzen: die autopoietische Systemtheorie. Sicherlich ist die autopoietische Systemtheorie keine Theorie im klassischen Sinne einer sozialstrukturelle Ursachen gesetzmäßig erklärenden und soziale Wirkungen vorhersagenden Theorie (so Esser 1999: 58ff.). Selbst von Kritikern wird jedoch anerkannt, dass ihre Begriffsdifferenzierungen „sehr genaue Beschreibungen" sowie „ganz neuartige und fruchtbare Sichtweisen" (ebd.: 61) sozialer Phänomene und Prozesse ermöglichen. Und zumindest dies kommt dem Anliegen einer qualitativ-explorativen Studie zur Wirtschaftskriminalität entgegen.

Freilich, für die Analyse der Wirtschaftskriminalität mag es auf den ersten Blick näher liegen, auf Rational Choice-Theorien zur Erklärung delinquenten und Steuerung normkonformen wirtschaftlichen Verhaltens zurückzugreifen. Nicht von ungefähr wurden von Kriminologen sogar Unternehmen als in diesem Sinne „paradigm responsible actor" (Braithwaite und Fisse 1990: 30) bezeichnet. Die Verwendung von Rational Choice-Erklärungen erscheint bei Delikten zur persönlichen Bereicherung, also vor allem für die Manager- (und Mitarbeiter-) Kriminalität plausibel. Wir bezweifeln jedoch, ob diese wegen der Orientierung am Selbstinteresse grundsätzlich *individualistischen* Theorien (vgl. u.a. Diekmann 1999: 140) für die Analyse von *Unternehmen* tragfähig sind (dazu ausführlich Boers 2001: 347ff.).

Die Eigenständigkeit des Operierens von überpersonalen sozialen Gebilden ist indessen das zentrale Thema der Systemtheorie, die in konsequentester Weise in Luhmanns später, der so genannten autopoietischen Systemtheorie[13] entwickelt wurde. Danach sollen die Elemente sozialer Systeme weder aus Personen noch aus Handlungen, sondern aus Kommunikationen bestehen. Diese Sichtweise erlaubt wie keine andere Theorie, den vermuteten transpersonalen Bereich (oder transpersonale Eigenschaften) sowohl von Wirtschaftsprozessen als auch von strafrechtlichen Kontrollprozessen – zumindest analytisch – unabhängig von (individuellen) Motivationen, Absichten oder emotionalen Antrieben beobachten zu können. Ob mit Gewinn, wird sich im Verlauf der Untersuchung zeigen müssen. Für eine systemtheoretische Betrachtung wirtschaftskriminologischer Befunde sind beispielsweise jene Beobachtungen bedeutsam, bei denen bestimmte Delinquenzmuster in Unternehmen über Jahre hinweg bestehen blieben, obwohl die verantwortlichen Akteure schon mehrmals gewechselt hatten (so schon Sutherland 1983: 262). Bevor im folgenden Abschnitt auf die Probleme einer Regulierung (oder Steuerung) sozialer Systeme näher eingegangen werden kann, sollen zunächst einige der dem zu Grunde liegenden systemtheoretischen Grundüberlegungen und Rekonstruktionen zu Begriffen wie Handlung und Kommunikation, normative und kognitive Erwartungen, System, Code und Programm, Selbstreferenz, Autopoiesis, strukturelle Kopplung – möglichst schon mit Blick auf die Besonderheiten der Wirtschaftskriminalität – erläutert werden (ausführlich Boers 2001: 350ff.).

Mit der Umstellung von *Handlung* auf *Kommunikation* als Element sozialer Systeme sollte vor allem ein Komplexitätsgewinn bei der Beschreibung sozialer Prozesse und Interaktionen erreicht werden (Luhmann 1984: 191ff.). Denn mit „Kommunikation", definiert als eine dreifach selektive Einheit aus Information, Mitteilung und Verstehen, wird versucht, einen hohen Grad an sozialer Dynamik und Komplexität soziologisch

13 Erstmals grundlegend in Luhmann 1984 entwickelt; umfassend ergänzt und abgeschlossen in Luhmann 1997; speziell zum Wirtschaftssystem Luhmann 1999.

beobachtbar zu halten. Der Handlungsbegriff ist damit nicht obsolet. Er bezieht sich allein auf das Mitteilungshandeln und dient sozialen Systemen vor allem zur Reduktion kommunikativer Komplexität, indem sie normative Erwartungsenttäuschungen ihrer Umwelt als personale Verantwortung attribuieren können (Kommunikationssysteme werden als Handlungssysteme „ausgeflaggt"; Luhmann 1984: 225ff., 436ff.; 1990: 134ff.):

Erlangt zum Beispiel ein Unternehmen durch wissentlich falsche Angaben von leitenden Angestellten eine staatliche Förderung für die Privatisierung eines Betriebes, dann wird das Rechtssystem dies *normativ* als Subventionsbetrug beobachten. Das heißt: Die Angestellten werden auf Grund ihrer rechtswidrigen Handlungen persönlich verantwortlich gemacht. Die Norm wird so unbeachtet anderer unternehmerischer, sachlich-wirtschaftlicher Implikationen, also kontrafaktisch, durchgesetzt. Man kann aber auch die sachlichen Implikationen berücksichtigen. Dann würde man die Subventionserlangung, beispielsweise in der Wirtschaftsverwaltung oder im Rahmen einer wirtschaftswissenschaftlichen Untersuchung, als *kognitive* Erwartungsenttäuschung beobachten. Dies bedeutet: Die wirtschaftliche (bzw. wirtschaftlich-politische) Kommunikation wird nicht auf eine personal attribuierbare externe Handlung reduziert, sondern die Erwartungsenttäuschung dem Beobachter selbst zugerechnet. Beispielsweise wird gefragt, ob eine Subventionsausschreibung nicht generell wissentlich falsche Beantragungen fördert, oder ob die Förderbedingungen so restriktiv sind, dass sich kaum ein Unternehmen in der Lage sieht, sich an der politisch zwar gewünschten, aber wirtschaftlich riskanten Privatisierung auf rechtmäßige Weise zu beteiligen. Man würde mit anderen Worten an den erwartungswidrigen Fakten die eigenen Programme überprüfen, also lernen. Das Beispiel ist einfach gewählt, deutet aber an, dass man mit Hilfe der Luhmannschen Terminologie kompliziertere Vorgänge im Grenzbereich der rechtlichen Regulierung von Wirtschaft (zumindest begrifflich) präziser analysieren könnte.

Soziale Systeme entstehen dort, wo bestimmte Kommunikationen wiederholt auftreten und somit anschlussfähig werden. Inhaltlich unterscheiden sich soziale Systeme nach ihrem spezifischen Programm und dem darauf aufbauenden Operationscode. So sollen im Wirtschaftssystem Haushalts- oder Finanzpläne den Code Zahlung/Nicht-Zahlung leiten, im Rechtssystem das Recht (verstanden im weiteren Sinne als Gesetz, Rechtsprechung und Rechtslehre) den Code Recht/Unrecht, im politischen System politische (Partei-)Programme den Code Macht/Nicht-Macht (in demokratischen Systemen also: Mehrheit/Minderheit) oder im Wissenschaftssystem Theorien und Methoden den Code Wahrheit/Unwahrheit. Durch Codierung, das heißt: Differenzbildung, gewinnen Ereignisse im Kommunikationsprozess spezifische Informationsqualität. Da die Auswahl eines Ereignisses, die Entscheidung für eine Differenz oder die Mitteilung einer Information vor einem prinzipiell kontingenten Möglichkeitshorizont immer auch anders ausfallen können, dienen soziale Systeme somit ebenfalls der Komplexitätsreduktion, allerdings auf der Ebene von Kommunikation und eben nicht von personaler Handlungszurechnung (Luhmann 1984: 30ff., 47f., 229; 1990: 194ff.). Gleichzeitig müssen Systeme im Verlauf ihrer Entwicklung intern zunehmend Komplexität aufbauen, da sie anders die stets komplexere Umwelt nicht mehr verarbeiten können. („Nur Komplexität kann Komplexität reduzieren", Luhmann 1984: 49.) Dies geschieht

in der Regel im Rahmen von Systemdifferenzierungen in Subsysteme. So führte die Reduktion der möglichen Arten von Güterverteilungen auf Tauschbeziehungen zur Herausbildung eines hochkomplexen Wirtschaftssystems, das mit der Entstehung des allgemeinen Geldäquivalents über den Code Zahlen/Nicht-Zahlen sich selbst reproduziert und seine Umwelt beobachtet. Erst der Geldcode ermöglicht(e) die Befriedigung vielfältiger und wachsender Bedürfnisse aus der Umwelt, aber auch des Systems selbst (eben nur nach Geld) durch Ausdifferenzierung primärer, sekundärer und tertiärer Sektoren, einer unübersehbaren Zahl von Märkten (legalen wie illegalen), von privaten, halbstaatlichen und staatlichen Leistungssystemen (Luhmann 1999: 43ff., 52f.). Die Codierung des Wirtschaftssystems über „Zahlungsfähigkeit" wäre indessen für unser Anliegen zu weit gefasst. Da demnach alle auf Geldzahlungen beruhenden Geschäfte, also auch die des täglichen Bedarfs, wirtschaftliche Kommunikationen darstellen, würde eine wirtschaftskriminologische Untersuchung hinter die zuvor begründete Begrenzung auf die Unternehmenskriminalität als Untersuchungsgegenstand zurückgeworfen (auch wenn es als Ausgangspunkt für eine generelle soziologische Beobachtung des Wirtschaftssystems sinnvoll sein mag). Richtigerweise sollte deshalb die geschäftsmäßige *Gewinn- oder Profiterzielung* (mithin der „Code" Gewinn/Verlust) zu Grunde gelegt werden.[14]

Mit diesem Systemverständnis kann man – zumindest analytisch – nicht nur eine von personalen Motivationen unabhängige Beobachtungsperspektive auf Organisationen und Unternehmen gewinnen. Das vor allem regulierungsstheoretisch Bedeutsame ist darüber hinaus die *selbstreferenzielle* Konstruktion von Systemen. Systeme konstituieren die Elemente, aus denen sie bestehen, selbst (Luhmann 1984: 59). Die durch Codierung gewonnene spezifische Informationsqualität bringt somit die Selbstreferenz eines spezifischen Systems in Gang. Da selbstreferenzielle Systeme notwendigerweise im Selbstkontakt operieren, haben sie „keine andere Form für Umweltkontakt als Selbstkontakt" (ebd.: 59). Dies könnte mithin erlauben, die „Eigenwilligkeit", das heißt die nicht unmittelbar politisch und/oder rechtlich steuerbare Eigendynamik des Wirtschaftssystems, präziser zu beschreiben. Vor allem wegen dieser selbstreferenziellen Eigendynamik erscheinen kausale Steuerungsmodelle[15] als zu einfach („unterkomplex"), um soziale (wie im Übrigen auch psychische und andere Systeme) adäquat beschreiben zu können. Selbstreferenz meint dabei natürlich nicht, dass Systeme abgeschlossen, etwa im Sinne von „autonom", operieren. Dann müsste man sich beispielsweise über eine rechtliche Beeinflussung der Wirtschaft keine Gedanken mehr machen. Grundsätzlich ist Selbstreferenz nur in stetiger Erneuerung der System-Umwelt-Differenz möglich, also bei gleichzeitiger Fremdreferenz (zur Umwelt und ihren Systemen).

14 Dies würde im Übrigen der Luhmannschen Auffassung nicht widersprechen. Profit tritt danach dann ein, wenn „die Zahlung, dem Zahlenden [hier verstanden als wirtschaftliches System oder Subsystem] selbst zugute kommt". Dadurch wird „die Autopoiesis des Systems ein *reflexiver Prozess*": „Man zahlt, um die eigenen Möglichkeiten des Zahlens wieder aufzufrischen und nach Möglichkeit zu vermehren" (Luhmann 1999: 55f.).

15 Sie sind hingegen bei so genannten allopoietischen Systemen, z.B. Produktions- oder Regelkreislaufmaschinen, angemessen. Deren Operationen können durch ein *von außen* eingegebenes Programm vollständig determiniert werden („Trivialmaschine"). Der auf einen bestimmten Input hin erfolgende Output ist steuer- und vorhersehbar. Es gibt mithin keine (relevanten) Intransparenzen oder unkontrollierbare Eigenzyklen (vgl. Willke 1994: 65ff.).

Denn nur dadurch kann ein System seine konstituierende Einzigartigkeit reproduzieren. Systeme sind mit anderen Worten *operativ geschlossen* und gleichzeitig *kognitiv offen.* Sie sind deshalb, wenn auch nicht von außen (kausal) steuerbar, so doch zumindest irritierbar, und zwar in der Weise, dass Erwartungen der Umwelt in die die Selbstreferenz bedingende Systemstruktur „eingebaut" werden können. Hierfür wurde in neuerer Zeit der Begriff *strukturelle Kopplung* verwendet (Luhmann 1990: 38ff.; 1997: 92ff., 776ff.; 1999: 324ff. mit Blick auf die Grenzen einer politischen Steuerung des Wirtschaftssystems).[16] Rechtliche oder politische Erwartungen können demnach vom Wirtschaftssystem verstanden werden, wenn sie sich mit der Unterscheidung zahlungsfähig/nicht-zahlungsfähig beobachten, also wirtschaftlich kommunizieren lassen. So können rechtliche Verbote der Korruption oder Submissionsabsprache als wirtschaftliche Kommunikation verstanden oder (eben) auch nicht verstanden werden, je nachdem, ob sie die Zahlungsfähigkeit fördern oder hindern. In welchen Situationen, unter welchen Bedingungen und unter welchen zeitlichen Perspektiven (z.B. Sicherstellung kurz- oder mittelfristiger Zahlungsfähigkeit) „Verstehen" oder „Nicht-Verstehen" konkret zu erwarten sind, ist („jenseits" der Luhmannschen Abstrahierungskunst) nur auf empirische Weise zu beantworten. Bevor wir dies an einem konkreten Privatisierungsvorgang versuchen, soll als Abschluss der theoretischen Überlegungen die Frage einer Beeinflussung sozialer Systeme unter der Alternative *Steuerung oder Regulierung?* erörtert werden.

V. Kausale Steuerung oder systemische Regulierung?

Der Begriff der Steuerung wird in den Sozialwissenschaften relevant, wenn nach den Möglichkeiten einer Einflussnahme des politischen Systems auf andere soziale Systeme gefragt wird. Das begriffliche Problem, was genau unter Steuerung zu verstehen ist, tritt dabei oft hinter die Frage zurück, wie gesteuert werden kann (vgl. Mayntz 1987: 91). Wurde Steuerung anfangs als die Fähigkeit zur „konzeptionell orientierten Gestaltung der gesellschaftlichen Umwelt durch politische Instanzen" verstanden, sprach man später von „erfolgreicher Handlungskoordination" (ebd.: 92). Um den Begriff der Steuerung zu präzisieren, knüpft Mayntz am kybernetischen Steuerungsbegriff an, indem sie Steuerung als einen Akt bezeichnet, mit dem ein System von einem Ort oder Zustand zu einem *bestimmten* anderen gebracht wird (ebd.: 93)[17].

Dieses Steuerungsverständnis findet eine Entsprechung im Strafrecht, das von jeher Steuerung als kausale Intervention versteht.[18] Das Strafrecht fragt zum einen, ob und

16 Definitorisch wird hier demnach der Begriff *Steuerung* für unmittelbare Einflussnahmen auf (unterkomplexe) allopoietische Systeme verwendet; für Prozesse struktureller Kopplung (komplexer) sozialer oder psychischer Systeme erscheint der Begriff *Regulierung* zutreffend (vgl. dazu Abschnitt VI).

17 Da der Steuerungsakteur niemals die Komplexität eines zu steuernden sozialen Systems vollständig erfassen kann, wandelte Mayntz später ihren Steuerungsbegriff im Sinne eines „absichtsvollen *Beeinflussens* sozialer Prozesse" ab (Mayntz 1996: 157; 164–165). Dies ist jedoch nicht als Abkehr von einer kausalen Steuerungsvorstellung zu werten.

18 Da der kausale Steuerungsanspruch das Strafrecht als der Restgesellschaft übergeordnet ansieht, korrespondiert er grundsätzlich nicht mit dem von Teubner und Willke entwickelten

inwieweit es gelingt, allein durch die bloße Beschreibung und Strafbewehrung bestimmter als strafwürdig und strafbedürftig erachteter Verhaltensweisen in den materiellrechtlichen[19] Straftatbeständen normwidriges Verhalten schon im Vorfeld einer eigentlichen Normverletzung zu unterbinden (Generalprävention). Da Normbrüche stets eine soziale Realität darstellten, fragt es zum anderen, ob und inwieweit es gelingt, im Falle eines Normbruchs im Wege des Strafprozesses den materiellrechtlichen Normappell durchzusetzen, um auf diese Weise normwidriges Verhalten sowohl des Täters (positive und negative Spezialprävention) als auch der Gesellschaft insgesamt (positive und negative Generalprävention) für die Zukunft zu unterbinden.

Vor dem Hintergrund derartiger kausaler Steuerungsvorstellungen erscheint es sinnvoll, für ein systemtheoretisches Verständnis den Begriff der *Steuerung* durch den der *Regulierung* zu ersetzen. Ein solches Vorgehen erlaubt eine deutlichere Abgrenzung gegenüber kausalen Modellen und erfasst in semantischer Hinsicht besser die aus der Autopoiesis resultierende Unmöglichkeit, ein System in Richtung auf bestimmte Steuerungsziele direkt zu beeinflussen.

VI. Systemische Regulierung durch das Strafrecht

Die Autopoiesis sozialer Systeme führt nicht zwingend dazu, dass Systeme gegenüber außersystemischen – etwa strafrechtlichen – Einflüssen vollends resistent sind. Das Strafrecht kann durchaus auf die Wirtschaft im Wege einer Regulierung einwirken, wobei unter Regulierung das Bemühen um die Verringerung einer Differenz zu verstehen ist.[20] Setzt das Strafrecht zu einer Regulierung von Unternehmenstätigkeit an, kann dies jedoch nicht in der Weise geschehen, dass der Gewinncode durch den Strafbarkeitscode ersetzt und damit die wirtschaftliche Autopoiesis aufgehoben wird (vgl. Luhmann 1991: 144; 1998: 126; 1999: 27, 337, 339; 2000: 401). Eine solche Annahme würde den einflussresistenten Charakter des Systemcodes und die Ausdifferenzierung der Gesellschaft in die Systeme Recht und Wirtschaft (bzw. in die Subsysteme Strafrecht und Unternehmen) verkennen. Regulierung ist aber in der Weise möglich, dass das Strafrecht Programme zur Differenzminimierung entwickelt, an denen sich die Unternehmenstätigkeit orientiert (vgl. Luhmann 1999: 345). So kann es darum gehen, dass die Nichtbeachtung strafrechtlicher Vorschriften in Anbetracht des Entdeckungs- und Bestrafungsrisikos in Richtung einer strafrechtskonformen Unternehmenstätigkeit gemindert wird.

Regulierung durch Differenzminimierung findet statt, wenn es auf der Grundlage struktureller Kopplung zwischen Strafrecht und Unternehmen zu einer durch das Strafrecht hervorgerufenen Irritation im Unternehmen kommt, die innerhalb des Un-

---

konsensorientierten Konzept des reflexiven Rechts (Teubner 1982: 13ff.; Willke 1988: 214; kritisch Luhmann 1985: 1ff.).

19 Während das materielle Recht die Voraussetzungen der Strafbarkeit (insbesondere also das pönalisierte Verhalten, daneben aber auch die Sanktionsart und -höhe) beinhaltet, sind im Strafprozessrecht die Voraussetzungen normiert, unter denen der staatliche Strafanspruch durchgesetzt werden kann.

20 Luhmann selbst verwendet für diesen intentionalen Vorgang den Begriff der Steuerung (vgl. etwa Luhmann 1999: 328; 2000: 401ff.).

ternehmens zu einer Erwartungsenttäuschung und gegebenenfalls zu einer Änderung der Strukturen führt (Luhmann 1997: 119, 790f.). Strukturelle Kopplung bedeutet, dass zwei sich beobachtende Systeme das beobachtete Programm des jeweils anderen in ihre eigenen Systemoperationen einbeziehen. Dadurch, dass die Systeme bestimmte Eigenarten ihrer Umwelt dauerhaft voraussetzen und sich strukturell darauf verlassen, beschränken und ermöglichen strukturelle Kopplungen Einflüsse der Umwelt auf das System (Luhmann 1993: 441). Der Begriff der Irritation bezeichnet einen Systemzustand, bei dem ein aus der Umwelt erfolgender Impuls Anlass für weitere Operationen innerhalb des Systems gibt (vgl. Luhmann 1997: 119; Simsa 2002: 153), ohne dass das einwirkende System Einfluss darauf hätte, wie dieser Impuls in die Systemrationalität des aufnehmenden Systems einbezogen wird (Luhmann 1999: 27). So kann eine verstärkte Strafverfolgung in bestimmten Deliktsbereichen etwaige bis dahin in einem Unternehmen vorhandene Erwartungshorizonte, nach denen eine entsprechende unternehmerische Tätigkeit nicht wirksam verfolgt werde, enttäuschen und möglicherweise zu Anpassungsleistungen des Unternehmens an die veränderte Umwelt führen.

Bezogen auf die Gesellschaft als Ganzes dient eine erfolgreiche Regulierung der Funktion des Rechts im Allgemeinen: Die Stabilisierung normativer Erwartungen, die es ermöglicht, wissen zu können, mit welchen Erwartungen man sozialen Rückhalt findet oder nicht (Luhmann 1993: 125, 132; 1998: 130). Eine Straftat stört die auf die Geltungsgegenseitigkeit von Normen gerichteten Erwartungen innerhalb der Gesellschaft (vgl. Velten 2000: 187, 197f.). Derjenige, der gegen dieses Gleichgewicht von Nehmen und Geben in der Gesellschaft verstößt, verschafft sich einen ihm nicht zustehenden und daher illegitimen Vorteil. Im Gegensatz zu anderen Rechtsgebieten soll der spezifische Charakter des Strafrechts darin bestehen, dass die Strafe nicht nur darauf abzielt, die Anmaßung des Vorteils durch den Täter rückgängig zu machen, sondern darüber hinausgehend durch einen dem Täter zugefügten weiteren Nachteil gerade die Geltungsgegenseitigkeit der Normen bzw. der darauf gerichteten normativen Erwartungen zu unterstreichen. Wegen dieser zusätzlichen Nachteilszufügung wird mit einer strafrechtlichen Sanktionierung mehr noch als mit einer außerstrafrechtlichen Sanktionierung die nur empirisch verifizierbare Hoffnung verbunden, dass die strafrechtliche Sanktionierung in besonderer Weise zur Erwartungsstabilisierung geeignet ist.

Über die Funktion der Erwartungsstabilisierung hinaus soll das Strafrecht – jedenfalls seinem Anspruch nach – in Gestalt von Strafzwecken spezifische Leistungen erbringen, die perspektivisch sowohl auf die Vergangenheit als auch auf die Zukunft bezogen sind. Vergangenheitsbezogen ist damit die Leistung der Konfliktlösung, zukunftsbezogen die Leistung der Verhaltensregulierung angesprochen (vgl. Luhmann 1993: 156). Bei der Konfliktlösung besteht die zu verringernde Differenz darin, die bisherige Nichtsanktionierung eines strafrechtswidrigen Verhaltens (tatsächlicher Zustand) zu Gunsten der Sanktionierung (angestrebter Zustand) aufzuheben (strafrechtlich: Unrechts- und Schuldausgleich). Bei der Verhaltensregulierung besteht die zu verringernde Differenz darin, sowohl bei den unmittelbar von der strafrechtlichen Sanktionierung Betroffenen als auch innerhalb der Gesellschaft eine Wirkung dergestalt zu entfalten, dass künftig normwidriges Verhalten zugunsten normgemäßen Verhaltens minimiert wird (strafrechtlich: Spezial- und Generalprävention).

VII. Systemtheorie und strafrechtliche Regulierungsmedien

Auch in „Das Recht der Gesellschaft" hat Luhmann seine Überlegungen niemals ausführlicher auf das Strafrecht bezogen und sich damit begnügt, Vertrag und Eigentum als Medien struktureller Kopplung im Verhältnis (Zivil-)Recht und Wirtschaft bzw. Verfassung im Verhältnis Recht und Politik zu benennen (vgl. Luhmann 1993: 440ff.; Wielsch 2001: 52ff.). Da sich das Strafrecht anders als das Zivilrecht oder das öffentliche Recht gerade im Prozess verwirklicht, ist es überdies nicht überraschend, dass Luhmann auch die prozessuale Komponente allen (und damit eben gerade auch des Straf-) Rechts unter Regulierungsaspekten kaum in seine Überlegungen einbezieht.

Fragt man nach den strafrechtlichen Medien, die sich als Differenzminimierungsprogramme dar- und strukturelle Kopplungen herstellen, ist zwischen der Ebene des materiellen Rechts und der Ebene des Strafprozesses zu differenzieren.

1. Die materiellrechtliche Ebene

Auf der Ebene des materiellen Rechts eröffnen die wirtschaftlich relevanten *Straftatbestände* den Bereich, in dem systemische Regulierung stattfinden kann. In Befolgung des Codes „strafbar/nicht strafbar" pönalisiert das Strafrecht einzelne Verhaltensweisen in den Straftatbeständen, die ein Differenzminimierungsprogramm darstellen. Mit diesem Programm sucht das Strafrecht, die Differenz zwischen einem tatsächlichen (Existenz von bestimmten als strafwürdig und strafbedürftig erachteten Verhaltensweisen) und einem angestrebten Zustand (Nichtexistenz solcher Verhaltensweisen) zu minimieren. Zugleich kann sich in den Straftatbeständen eine strukturelle Kopplung zwischen Strafrecht und Unternehmen verwirklichen, da sowohl das Strafrecht als auch die Unternehmen wechselseitig bestimmte Eigenschaften ihrer Umwelt voraussetzen und sich strukturell darauf verlassen wollen. Reziproke Einflüsse werden dadurch mit komplexitätsreduzierender Wirkung sowohl ermöglicht als auch beschränkt: Die Straftatbestände des materiellen Rechts eröffnen dem Unternehmen die Möglichkeit zu wissen, was strafrechtlich verboten ist und was nicht und stellen auf diese Weise strafrechtliche Einflussmöglichkeiten her. Umgekehrt beschränken die Straftatbestände aber auch die Einflüsse des Strafrechts: Das Strafrecht interessiert sich für die Unternehmenstätigkeit nur insoweit, als sie sich den Straftatbeständen zuordnen lässt.[21]

Die Straftatbestände des materiellen Strafrechts erscheinen auch deshalb als Medium struktureller Kopplung geeignet, als sich in ihnen jenseits der jeweils im StGB positiv normierten Verhaltensverbote negativ die letztlich aus Art. 2 Abs. 1, 12 Abs. 1 Grundgesetz (GG) folgende allgemeine wirtschaftliche Handlungsfreiheit verkörpert. Reichweite und Grenzen des tatbestandlichen Verhaltensverbots bzw. der wirtschaftlichen Handlungsfreiheit können vom Strafrecht und Unternehmen unterschiedlich interpretiert werden. Gerade diese Deutungskontingenz ermöglicht die strukturelle Kopplung zwischen Strafrecht und Wirtschaft (vgl. Luhmann 1993: 453).

21 Straf- und verfassungsrechtlich gesprochen geht es hier um die Garantiefunktion des Tatbestandes gem. Art. 103 Abs. 2 GG bzw. § 1 StGB.

2. Die prozessuale Ebene

Auf der Ebene des Strafprozesses kann eine Regulierung über strafprozessuale Maßnahmen erfolgen. Strafprozessuale Maßnahmen sind zunächst sämtliche Maßnahmen der Strafjustiz und der Polizei, die im Rahmen eines Strafprozesses mit Wirkung auf ein Unternehmen erfolgen: Strafprozessuale Ermittlungshandlungen, Verfahrenseinstellungen oder etwa ein Strafurteil. Überdies können strafprozessuale Maßnahmen – etwa das Beweisrecht oder die Vorschriften für die Ausschließung von Richtern in einem Strafverfahren (Stichwort: Befangenheitsanträge) – aber auch von dem Unternehmen genutzt werden, um auf das Strafrecht einzuwirken. Das Differenzminimierungsprogramm der strafprozessualen Maßnahme kann zu strukturellen Kopplungen führen, da strafprozessuale Maßnahmen wechselseitige Einflüsse ermöglichen und begrenzen: Will das Strafrecht im Rahmen eines Strafverfahrens ein Unternehmen beeinflussen, so kann eine solche Einwirkung über diese Maßnahmen erfolgen; zugleich sind mit ihnen aber die Einwirkungsmöglichkeiten des Strafrechts erschöpft. Auch bei strafprozessualen Maßnahmen ist nicht gewährleistet, dass der mittels einer solchen Maßnahme erfolgende strafrechtliche Impuls entsprechend der Intention des Strafrechts in die Systemrationalität des Unternehmens einbezogen wird. Vielmehr führt die Implementation strafprozessualer Maßnahmen intra-systemisch allenfalls zu einer Irritation, so dass die Implementation strafprozessualer Maßnahmen innerhalb eines Unternehmens gänzlich andere Wirkungen herbeiführen kann, als ursprünglich vom Strafrecht intendiert. Umgekehrt kann ein Unternehmen mit einer von ihm eingesetzten strafprozessualen Maßnahme bestimmte Wirkungen auf das Strafrecht anstreben, ohne Einfluss darauf zu haben, wie die Maßnahme in die Systemrationalität des Strafrechts eingebaut wird.

Da der Strafprozess gegenüber dem materiellen Strafrecht in der dogmatischen Konstruktion eine dienende Funktion hat, lässt sich auf strafprozessualer Ebene von erfolgreicher Regulierung sprechen, wenn es im Anschluss an den Verstoß gegen einen materiellrechtlichen Straftatbestand gelingt, mittels strafprozessualer Maßnahmen den materiellrechtlichen Normappell durchzusetzen bzw. weitere Normverstöße zu vermeiden.

VIII. Systemische Regulierung im Fallgeschehen

1. Das Fallgeschehen

Die Informationen zu dem folgenden Fall resultieren aus einer Analyse der Akten der Stabsstelle Besondere Aufgaben und qualitativen Experteninterviews mit verschiedenen Beteiligten aus Justiz, Polizei, Treuhandanstalt und Verteidigern der Beschuldigten.[22]

Das Frühjahr 1990 markiert den Beginn einer Zusammenarbeit zwischen dem damaligen VEB Metallurgiehandel – einem auch auf dem Weltmarkt bedeutendem Stahlunternehmen – und dem Thyssenkonzern. Während sich Metallurgiehandel (im

22 Die Beschuldigten selbst waren in diesem Fall nicht zu einem Interview bereit. Der Grund liegt nach Auskünften der Verteidiger wohl darin, dass die Beschuldigten an das für sie sehr belastende Ermittlungsverfahren nicht mehr erinnert werden wollten.

Folgenden MH) von der Zusammenarbeit eine Anpassung des Unternehmens an die neuen wirtschaftlichen Bedingungen versprach, engagierte sich der Thyssenkonzern mit dem Ziel, Zugang zum Binnenmarkt der DDR und zu den osteuropäischen Märkten zu erhalten. Im Rahmen dieser Zusammenarbeit wurde ein Vertrag zur Schulung von MH-Mitarbeitern durch Thyssen abgeschlossen. MH zahlte hierfür 40 Mio. DM an die Thyssentochter Thyssen Handelsunion. Nachdem MH im Juli 1990 in das Eigentum der Treuhandanstalt übergegangen war und eine Privatisierung des Unternehmens angestrebt wurde, nahm Thyssen Verhandlungen mit der Treuhandanstalt auf. Aus diesen Verhandlungen resultierte ein Geschäftsbesorgungsvertrag, wonach Thyssen für die treuhänderische Abwicklung des MH 25 Prozent des Abwicklungsgewinnes, mindestens aber 5 Mio. DM pro Jahr erhalten sollte. Ab dem Jahre 1992 kam es zu Differenzen zwischen der Treuhandanstalt und dem Thyssenkonzern, die in die Auflösung des Geschäftsbesorgungsvertrages mündeten. Die Streitigkeiten bezogen sich auf die Bildung von Rückstellungen in der DM-Eröffnungsbilanz und deren Auflösung, die zu hohen Abwicklungsgewinnen und einem entsprechenden Honorar für Thyssen führten. Ein weiterer Streitpunkt resultierte aus dem Personalschulungsvertrag: Da Thyssen im Rahmen der Abwicklung einige Teile des MH mitsamt dem Personal übernommen hatte, war es aus Sicht der Treuhandanstalt nicht gerechtfertigt, dass die Schulung dieses Personals auf Kosten des MH erfolgen sollte. Im Zusammenhang mit diesen Differenzen kam es zu einem ersten strafrechtlichen Ermittlungsverfahren, das mangels hinreichenden Tatverdachts nach § 170 II StPO eingestellt wurde. Die zivilrechtliche Auseinandersetzung wurde im Rahmen eines Schiedsverfahrens[23] beendet: Thyssen verpflichtete sich, rund 240 Mio. DM an die Treuhandanstalt zu zahlen. Das Geschehen veranlasste die Staatsanwaltschaft II,[24] erneut aktiv zu werden. In dem zweiten Ermittlungsverfahren kam es im Jahre 1996 abermals zu Durchsuchungen, zusätzlich aber auch zur vorübergehenden Verhaftung mehrerer Thyssenmanager. Trotz einer umfangreichen Anklage wegen Untreue gem. § 266 StGB[25] gegen zehn Beschuldigte und Eröffnung des Hauptverfahrens durch das Landgericht Berlin wurde das Ermittlungsverfahren nach über drei Jahren auf Grund einer „informellen" Verfahrensabsprache zwischen Staatsanwaltschaft, Gericht und Verteidigung gemäß § 153 a Abs. 2 StPO[26] gegen Zahlung einer Geldauflage in Höhe von 10 Mio. DM eingestellt.

---

23 Während ein normales Zivilurteil gem. § 311 Abs. 1 ZPO durch ein staatliches Gericht im Namen des Volkes ergeht, wird bei einem Schiedsverfahren die Entscheidung durch einen privaten Schiedsrichter getroffen. Der Schiedsspruch hat unter den Parteien lediglich die Wirkungen eines rechtskräftigen Urteils (vgl. § 1040 ZPO).

24 Nachdem bis 1994 eine Arbeitsgruppe bei der Staatsanwaltschaft bei dem Kammergericht mit der Vereinigungskriminalität beschäftigt war, übernahm ab dem 1. Oktober 1994 die Staatsanwaltschaft II beim Landgericht Berlin die Bearbeitung der entsprechenden Verfahren (Stellungnahme der damaligen Senatorin für Justiz vom 13. November 2002).

25 Der Untreuetatbestand erfasst gerade auch Vermögensschädigungen, bei denen es zu keiner persönlichen Bereicherung des Täters kommt.

26 Die Vorschrift des § 153 a StPO ist Ausdruck des Opportunitätsprinzips, das es der Justiz erlaubt, nach pflichtgemäßem Ermessen ein Verfahren einzustellen. Das Opportunitätsprinzip stellt sich als Durchbrechung des Legalitätsprinzips dar, das die rechtliche Verpflichtung der Staatsanwalt bezeichnet, bei Anhaltspunkten für das Vorliegen einer Straftat ein Ermittlungsverfahren durchzuführen und bei hinreichendem Tatverdacht Anklage zu erheben (vgl. §§ 152 Abs. 2; 160; 170 Abs. 1 StPO).

2. Regulierungseffekte

Versucht man, in dem konkreten Fall strafrechtliche Regulierungseinflüsse nachzuzeichnen, so ergeben sich erhebliche Unterschiede mit Blick auf die Fähigkeit des Strafrechts, auf materieller oder prozessualer Ebene Einflüsse auf das wirtschaftliche Handeln von Unternehmen auszuüben.

a) Das Versagen der materiellrechtlichen Regulierung. Die Frage, wieso die Existenz des Untreuetatbestandes nicht ausreichte, um bereits im Vorfeld eine strafrechtlich relevante Unternehmenstätigkeit zu unterbinden, wird von den befragten Interviewpartnern unterschiedlich beantwortet.

Gerade die Verteidiger verweisen darauf, dass die Beschuldigten keine konkret-aktualisierte Vorstellung von der strafrechtlichen Relevanz ihres Verhaltens hatten (9–3–1; 9–3–2; 9–3–3[27]): „Keiner der Beschuldigten ist dort in Sack und Asche durch das Gelände gelaufen und war sich bewusst, dass er sich strafbar macht" (9–3–3). Diese Aussage korrespondiert mit den Angaben eines Betriebsrats, nach denen Thyssen „rechtsfreie Räume" gesucht und „Grauzonen" ausgenutzt habe (7–3–1).

Demgegenüber gehen die befragten Wirtschaftskriminalisten, Staatsanwälte und Richter einhellig davon aus, dass den Beschuldigten bewusst war, dass mit der Abrechnungs- und Bilanzierungspraxis die Grenze zur strafrechtlichen Relevanz überschritten worden sei (2–3–1; 1–3–1; 1–3–2 A; 10–3–1). Typisch sei eine in Wirtschaftskreisen verbreitete hybride Attitüde gegenüber dem Strafrecht gewesen, die ein Staatsanwalt so beschrieb: „Ich (der Unternehmer, Anm. der Verf.) sitze hier im zwanzigsten Stockwerk, werde von tausend Leuten abgeschirmt und mich erreicht das alles nicht" (1–3–1; 2–3–1).

Eine Regulierung auf der Ebene des materiellen Rechts scheiterte, da die mit dem Untreuetatbestand intendierte Differenzminimierung zwischen normtreuem und normwidrigen Verhalten nicht eintrat.

Geht man von einem Unrechtsbewusstsein der Beschuldigten aus, so kommt es auf Grundlage einer durch den Untreuetatbestand bewirkten strukturellen Kopplung zwar zu einer Irritation und Erwartungsenttäuschung im Unternehmen. Das Unternehmen bezieht den wahrgenommenen strafrechtlichen Normappell aber nicht in sein eigenes systemisches Operieren ein.

Legt man dagegen ein fehlendes Unrechtsbewusstsein zu Grunde, so gelingt es dem Strafrecht nicht einmal, eine Irritation in dem Unternehmen herbeizuführen, weshalb erst gar kein Anlass für strukturverändernde Operationen besteht. Es drängt sich die Frage auf, ob der Untreuetatbestand in diesem Fall überhaupt noch einen Bereich struktureller Kopplung bildet: Bei Fehlen jeglichen Unrechtsbewusstseins ist dem Strafrecht und Unternehmen das Medium, auf dessen Grundlage sie miteinander in Verbindung treten können, abhanden gekommen.

Unabhängig davon, ob in diesem Fall ein Unrechtsbewusstsein vorlag oder nicht, führt der fehlende Regulierungserfolg dazu, dass die gesamtgesellschaftliche Funktion des Untreuetatbestandes bedroht ist. Diese Funktion soll unter dem Gesichtspunkt

27 Interviewbezeichnung entsprechend der von uns vorgenommenen Verschlüsselung.

normativer Erwartungsstabilisierung darin bestehen, dass durch die Pönalisierung deutlich gemacht wird, welche Treuepflichtverletzungen als besonders schädlich bewertet werden (das normierte Verhaltensverbot), umgekehrt aber auch, welche Verhaltensweisen aus der strafrechtlichen Perspektive als erlaubt gelten (die allgemeine wirtschaftliche Handlungsfreiheit). Wenn es dem Strafrecht nicht gelingt, seine Verhaltensanforderungen in einer innerhalb der Wirtschaft wahrnehmbaren Weise zu formulieren (Fehlen eines Unrechtsbewusstseins) oder wenn aber die Verhaltensanforderungen des Strafrechts innerhalb der Wirtschaft nicht nur vereinzelt, sondern massenhaft ignoriert werden (Normverweigerung trotz Unrechtsbewusstseins) besteht die Gefahr, dass tatbestandlich normierte Verhaltensverbote keine Stabilitäten mehr erzeugen und die normativen Erwartungen der Gesellschaft ins Leere gehen. Am Beginn des Strafverfahrens steht damit die mögliche Bedrohung der postulierten spezifischen normstabilisierenden Funktion des Untreuetatbestandes.

b) Regulierung im Rahmen des Strafprozesses. Während im Rahmen des materiellen Rechts keine Differenzminimierung erfolgte, erzeugte das Strafverfahren massive Irritationen im Unternehmen. Durch das Strafverfahren versucht das Strafrecht, über die Implementation strafprozessualer Maßnahmen die Differenz zwischen der Nichtsanktionierung und der Sanktionierung des materiellen Rechtsverstoßes zu verringern (Konfliktlösung) sowie dadurch für die Zukunft normwidriges durch normgemäßes Verhalten zu ersetzen (Verhaltensregulierung). Da sich die Interviewaussagen im Wesentlichen auf den Ablauf des Strafverfahrens beziehen, geht es im Folgenden vor allem um die Leistung der Konfliktlösung.

aa) Das Geschehen bis zu der verfahrenserledigenden Absprache. Die erneuten Ermittlungen verliefen zunächst in einer kommunikativen bzw. kooperativen Atmosphäre (9–3–1; 9–3–3). Zwar zeigten sich die Beschuldigten insbesondere wegen der vorherigen schiedsgerichtlichen Schadensregulierung (9–3–1) über die erneuten Ermittlungen empört, nahmen diese aber nicht als Bedrohung wahr (1–3–1; 9–3–3).

Die erneuten Ermittlungen und die damit verbundenen strafprozessualen Maßnahmen stellen damit zwar eine strukturelle Kopplung zwischen dem Strafrecht und dem irritierten Unternehmen her. Jedoch werden die strafprozessualen Maßnahmen (möglicherweise, weil das Verfahren in einer Weise betrieben wurde, die sich von seinem traditionell eher autoritativen Charakter abhob) zunächst nicht als Bedrohung für die Geschäftstätigkeit wahrgenommen.

Dies änderte sich, als die Staatsanwaltschaft in einer spektakulären Aktion die Verhaftung der Beschuldigten veranlasste (7–3–1). Aus Sicht der Verteidigung waren die Verhaftungen – besonders mit Blick auf die vorherige Kooperationsbereitschaft – unangemessen (9–3–3). Der Staatsanwaltschaft sei es zum einen darum gegangen, den Beschuldigten die Ernsthaftigkeit der Ermittlungen zu verdeutlichen (9–3–1) und ihnen die formale Macht der Staatsanwaltschaft zu demonstrieren (9–3–2; 9–3–3). Zum anderen habe die „moralische Ambivalenz" des Falles überspielt und der Öffentlichkeit verdeutlicht werden sollen, dass „Kriminelle am Werk" gewesen seien (9–3–2).

Im Vergleich zur erneuten Aufnahme von Ermittlungen führten die Verhaftungen deshalb zu ungleich stärkeren Irritationen. Legt man die Äußerungen der Verteidiger zugrunde, so versuchte die Staatsanwaltschaft die Sanktionierung des materiellrechtli-

chen Normverstoßes sogar unter Verstoß gegen die Festnahmevorschriften der §§ 112ff. StPO (insbesondere mangels Flucht- und Verdunkelungsgefahr) und damit unter Abkehr von seinem prozessrechtlichen Programm zu erreichen. Interessanterweise beruhte die erhebliche Wirkung der Festnahmen gerade darauf, dass mit den Massenmedien ein drittes gesellschaftliches System in das Geschehen involviert wurde. Dessen gesamtgesellschaftliche Funktion besteht in der ständigen Erzeugung und Bearbeitung von Irritationen, an denen sich andere gesellschaftliche Teilsysteme orientieren (Luhmann 1996: 174ff.). Die dramatisierende strafprozessuale Maßnahme einer Verhaftung rückt in ihrer Wirkung auf den Betroffenen und in ihrer öffentlichen Wahrnehmung sehr stark an die Sanktion einer durch Urteil ausgesprochenen Haftstrafe heran, auch wenn es sich vom Strafrecht aus betrachtet nur um eine verfahrenssichernde Maßnahme ohne jede Schuldfeststellung handelt. Anders als das ausdifferenzierte Rechtsfolgensystem anderer Rechtsgebiete bringt eine Haftstrafe das strafrechtliche Unwerturteil auf denkbar einfache Weise zum Ausdruck und reduziert damit gesellschaftliche Komplexität: Der strafrechtliche Konflikt läuft letztlich auf die Frage hinaus, ob der Beschuldigte freigesprochen oder zu einer (Haft-)Strafe verurteilt wird. Gerade diese Reduktion gesellschaftlicher Komplexität kann die besondere öffentliche Wirkung der Festnahmen und des Vollzugs der Untersuchungshaft erklären. Die öffentliche Skandalisierung der Festnahmen stellt sich aus Sicht eines Unternehmens als Bedrohung für den Vollzug des Gewinncodes dar, da die Orientierung der Gesellschaft an den durch die Massenmedien erzeugten Irritationen dazu führt, dass das Unternehmen selbst mit dem Strafverfahren in Verbindung gebracht wird. Das Unternehmen gilt als stigmatisiert, wodurch die Gefahr eines Ausschlusses aus wirtschaftlichen Prozessen begründet wird.

Mit Blick auf die Funktion des Rechts lassen sich die Festnahmen als Versuch der Staatsanwaltschaft interpretieren, normative Erwartungssicherheit in materieller wie prozessualer Hinsicht zu bewirken. Sollte ein wesentliches Motiv für die Festnahmen auf Seiten der Staatsanwaltschaft darin bestanden haben, gegenüber den Beschuldigten und der Öffentlichkeit die Ernsthaftigkeit des Vorwurfs deutlich zu machen, wird damit unterstrichen, dass das dem gesetzlichen Straftatbestand widersprechende unternehmerische Handeln kriminelles Unrecht darstellt und vom Strafrecht missbilligt wird. Neben dieser auf das materielle Recht bezogenen Verwirklichung von normativer Erwartungssicherheit lassen sich die Festnahmen auch als eine auf das Strafprozessrecht bezogene Verwirklichung normativer Erwartungssicherheit interpretieren. Die normativen Erwartungen der Gesellschaft sind gerade auch auf die Durchsetzungsfähigkeit des Strafrechts gerichtet,[28] die nach Auffassung der Staatsanwaltschaft durch die Nichternstnahme der Ermittlungen seitens der Beschuldigten gefährdet war. Sollte es der Staatsanwaltschaft mit den Festnahmen darum gegangen sein, den Beschuldigten gegenüber die formale Macht der Staatsanwaltschaft zu demonstrieren, handelt es sich mit der Festnahmeaktion um den Versuch, unter prozessualen Gesichtspunkten Erwartungssicherheit zu bewirken. Es wird deutlich, dass das Strafrecht strafprozessuale Maßnahmen benötigt, um normative Erwartungssicherheit sowohl im Hinblick auf das ma-

28 Dies korrespondiert mit der Überlegung Luhmanns, dass Recht vor allem deshalb funktioniert, weil als ultima ratio auf Gewaltmittel zurückgegriffen werden kann (Luhmann 1983: 108ff.; Smid 1986: 516).

terielle Recht als auch im Hinblick auf seine eigene Durchsetzungsfähigkeit zu gewährleisten.

Der Preis für die mit den Festnahmen erzielten Wirkungen bestand jedoch in einem (reaktiven) Regulierungsversuch des Unternehmens. Durch die Verhaftungen herausgefordert, benannte die Verteidigung 800 Zeugen und brachte zahlreiche Gutachten renommierter Bilanzwissenschaftler bei (1–3–2 A.). Zudem war vorauszusehen, dass der Kammervorsitzende vor dem voraussichtlichen Verfahrensende hätte pensioniert werden können, so dass die Einheitlichkeit der Hauptverhandlung gefährdet war (10–3–1).[29]

Die Zeugenbenennungen und die Einholung der Gutachten führten dazu, dass dem Strafrecht Einwirkungen auf das Unternehmen erheblich erschwert wurden. Das Unternehmen griff auf das Beweisrecht als strafprozessuale Maßnahme zurück, um eine Differenzminimierung in der Weise herbeizuführen, dass die mit dem Strafverfahren oder einem Strafurteil verbundene Gefährdung der Unternehmenstätigkeit beendet wurde. Die Verwendung des Beweisrechts führte damit zu so massiven Irritationen der Strafverfolgung, dass deren Operationsfähigkeit in Frage gestellt war.

bb) Die verfahrenserledigende Absprache. Obwohl die Verteidigung schon frühzeitig und mit Sympathie des Gerichts eine nichtstreitige Verfahrensbeendigung anstrebte, machte das Gericht zunächst keine inhaltliche Vorgaben für Verständigungsgespräche, um die Verfahrensherrschaft der Staatsanwaltschaft im Ermittlungsverfahren nicht zu verletzen (10–3–1). Allerdings hatten alle Verfahrensbeteiligten ein Interesse an einer Erledigung außerhalb einer streitig geführten Hauptverhandlung. Für das Gericht war hierbei neben der (auf Grund der nicht ganz eindeutigen Rechtslage) geringen Straferwartung vor allem der Pensionierungsaspekt maßgeblich (10–3–1). Für die Staatsanwaltschaft war entscheidend, dass sie sich mit einer streitig geführten Hauptverhandlung in ein nicht mehr handhabbares Verfahren mit unverhältnismäßiger Ressourcenbindung begeben hätte (1–3–2 A.). Auch der Verteidigung war eher an einer „wirtschaftlichen Lösung" als an den Unwägbarkeiten einer möglicherweise endlos andauernden und sich negativ auf das Unternehmen auswirkenden Hauptverhandlung gelegen (9–3–2).

Nach Eröffnung des Hauptverfahrens und in Vorbereitung der Hauptverhandlung lud der Kammervorsitzende sämtliche Beteiligte mit Ausnahme der Beschuldigten zu einem Gespräch, nachdem seitens des Gerichts bereits deutlich gemacht worden war, dass eine Einstellung nur gegen Zahlung einer „substanziellen Summe" möglich sei (10–3–1). Sowohl der Staatsanwaltschaft als auch dem Gericht kam es darauf an, durch die Eröffnung eines Hauptverfahrens den „hinreichenden Tatverdacht" der Beschuldigten hinsichtlich der Anklagevorwürfe zu „signieren" und ihnen das Argument zu nehmen, das Gericht habe ihr Verhalten nicht als strafbar angesehen (1–3–2 A.; 10–3–1). Im Rahmen dieses Gespräches einigte man sich auf die Einstellung des Verfahrens gegen Zahlung einer Geldauflage, die gleichmäßig auf alle Beschuldigten verteilt (9–3–1) und mit dem Wissen aller Verfahrensbeteiligten von Thyssen gezahlt wurde (9–3–2; 10–3–1). Die Zustimmung zu dieser Einigung basierte auf Seiten der Beschuldigten auf einer „wirtschaftlichen" Entscheidung: „Wir haben ausgerechnet, was

29 Nach § 226 StPO muss die Hauptverhandlung in ununterbrochener Gegenwart der zur Urteilsfindung berufenen Personen erfolgen.

eine dreijährige Hauptverhandlung mit Verteidigergebühren und dem Ausfall in Produktivität von Managern kostet und das mit den Kosten des ‚Freikaufs' verglichen und uns dann für den billigeren ‚Freikauf' entschieden" (9–3–2).

Trotz der Einstellung hatte das Strafverfahren neben den negativen Auswirkungen auf das Unternehmen Thyssen (1–3–1; 7–3–1) empfindliche Konsequenzen für die Karrieren der Beschuldigten, die nicht unerheblich beeinträchtigt wurden. Dieses Phänomen ist nach der übereinstimmenden Aussage sämtlicher Befragter typisch für Wirtschaftsstrafverfahren: Die strafrechtliche Sanktionierung von wirtschaftlichen Akteuren aus höheren Hierarchieebenen habe eine Exklusion aus dem Wirtschaftssystem zur Folge (1–3–1; 1–3–2 B.). Maßgeblich sei der mit einer strafrechtlichen Sanktionierung verbundene Makel, der dazu führe, dass sich die Wirtschaft mit diesem Makel nicht infizieren möchte (9–3–2; 9–3–3; 10–3–1).

Die Verfahrenseinstellung selbst wurde kontrovers bewertet. Einerseits wurde sie als „vernünftige" Lösung betrachtet (9–3–3). Andererseits wurde sie mit dem Hinweis darauf kritisiert, dass sie den Beschuldigten nicht das von ihnen verwirklichte Unrecht bewusst gemacht hätte (1–3–1) und gerade auch wegen der langen Zeitdauer des Verfahrens die präventive Wirkung „gleich null" gewesen sei (9–3–3). Für die Beschuldigten – so ein Verteidiger – war der Verfahrensausgang allenfalls „vernunftmäßig, nicht aber emotional befriedigend", da sie sich nach wie vor unschuldig fühlten (9–3–2).

Der Gegenregulierungsversuch des Unternehmens führte dazu, dass das Strafrecht in seinen Regulierungsbemühungen an Grenzen stieß: Zwar erfuhr der materiellrechtliche Normverstoß eine Sanktionierung. Diese Sanktionierung bestand aber nicht in einem Strafurteil nach mündlicher Hauptverhandlung, sondern lediglich in der Zahlung einer Geldauflage.

Die eine strukturelle Kopplung zwischen Strafrecht und Unternehmen herstellende Maßnahme der Verfahrenseinstellung führte zu wechselseitigen Einflussnahmen zwischen Strafrecht und Unternehmen. Gleichwohl kann nicht gesagt werden, dass sich das Unternehmen allein schon auf Grund der Verfahrenseinstellung gegenüber dem strafrechtlichen Regulierungsanspruch durchgesetzt hatte, denn auch die Einstellungsnorm § 153 a Abs. 2 StPO ist Teil des strafprozessualen Programms. Überdies kommen im Rahmen der Einstellungsgespräche rechtliche Aspekte zum Tragen.[30] So respektierte das Gericht etwa die Verfahrensherrschaft der Staatsanwaltschaft im Vorverfahren. Die „Signatur des Tatverdachts" kann (auch) als Artikulation eines justiziellen Unwerturteils gedeutet werden. Die ausbedungene Zahlung einer „substanziellen Summe" schließlich lässt Aspekte materieller Gerechtigkeit erkennen, da sie zwar nicht an der individuellen Schuld der jeweiligen Beschuldigten, wohl aber an der Gesamtschadenshöhe orientiert ist.

Gegenläufig zu diesen (rechtlichen) Aspekten entfernte sich die Erledigung aber auch von dem binären Strafbarkeitscode und den Anforderungen des § 153 a Abs. 2

30 Das Recht gibt deshalb neben prozessualen teilweise auch materielle normative Vorgaben für die Konfliktlösung vor und überlässt diese nicht vollends dem freien Spiel der Kräfte (so aber Bussmann und Lüdemann 1995: 211f.). Möglicherweise lässt die Verfahrenseinstellung ansatzweise Elemente des reflexiven Rechts erkennen, da sich Justiz und Unternehmen hier gewissermaßen „auf gleicher Augenhöhe" begegnen.

StPO und lässt sich durchaus als „wirtschaftliche Lösung" umschreiben.[31] Dies gilt zunächst im Hinblick darauf, dass diese ursprünglich als Instrument zur Erledigung von Bagatellkriminalität konzipierte Einstellungsnorm in der strafprozessualen Praxis zunehmend dazu eingesetzt wird, nicht mehr handhabbare Verfahren zu erledigen und eine unangemessene Ressourcenbindung der Staatsanwaltschaft zu verhindern. Die Überlegung, dass die Eröffnung des Hauptverfahrens den Beschuldigten und ihren Verteidigern das Argument nehmen sollte, das Gericht habe das fragliche Verhalten nicht als strafbar angesehen, diente dazu, die Institutionen Staatsanwaltschaft und Gericht vor späteren Vorwürfen zu schützen. Dass die Summe gleichmäßig nach Kopfanteilen auf die Beschuldigten verteilt wurde, deutet darauf hin, dass die Bemessung der Geldauflage sich nicht nach der individuellen Schuld der jeweiligen Beschuldigten richtete, sondern nach der Gesamtschadenshöhe. Der Umstand, dass das Unternehmen Thyssen mit dem Wissen sämtlicher beteiligter Justizorgane letztlich die Geldauflage zahlte, ist ein weiterer Hinweis darauf, dass es der Strafjustiz in dieser Phase des Geschehens weniger um die Sanktionierung der beschuldigten Akteure als vielmehr um eine zügige Erledigung des Strafverfahrens an sich ging.

Dasselbe gilt mit Blick auf das Unternehmen. Ironischerweise führte die (verfahrensverlängernde) „Gegenwehr" des Unternehmens dazu, dass sich das Strafverfahren nicht nur zu einer Beeinträchtigung der Funktionsfähigkeit des Strafverfolgungssystems, sondern auch des Unternehmens entwickelte. Gerade die spezifische strafrechtliche Skandalisierungswirkung bewirkte, dass das Unternehmen die Unwägbarkeiten einer langwierigen öffentlichen Hauptverhandlung und ein mögliches Strafurteil gegen seine Mitarbeiter fürchtete. Die Aussage, dass man sich trotz fehlenden Unrechtsbewusstseins „freikaufen" wollte, zeigt, dass sich das Unternehmen zum Zwecke einer möglichst ungestörten Geschäftstätigkeit in gleicher Weise wie die Justiz des Strafverfahrens entledigen wollte.

IX. Mit dem Strafrecht?

Im geschilderten Fall wurde der von der Staatsanwaltschaft konkretisierte Normappell des materiellen Strafrechts, mit fremden Vermögen nicht treuwidrig umzugehen, vom betroffenen Unternehmen nicht angenommen. In materiellrechtlicher Hinsicht kann man durchaus bezweifeln, ob eine nennenswerte Irritation stattgefunden hat – geschweige denn eine Regulierung. Eher das Gegenteil war der Fall: Der Thyssen-Konzern fühlte sich durch den Schuldvorwurf offenbar zum Widerstand herausgefordert.

Zu einer gravierenden Irritation und schließlichen Regulierung führten indessen die öffentlichkeitswirksamen strafprozessualen Maßnahmen. Von Seiten der Staatsanwaltschaft wurde Thyssen damit erheblich unter Druck gesetzt und zum Handeln gezwungen. Der Konzern musste sich dem für das Ansehen eines Unternehmens immer riskanten Strafverfahren stellen. Thyssen wollte in keinem Fall in der Öffentlichkeit als krimineller Konzern dastehen, der sich an der nationalen Aufgabe des ostdeutschen Wiederaufbaus auf Kosten der ostdeutschen Arbeiter und westdeutscher Steuerzahler

31 Kritisch Bussmann und Lüdemann (1995: 221f.).

bereichert haben könnte. Im Ergebnis erlangten die prozessualen Maßnahmen eine bestrafungsähnliche Wirkung. Neben den erheblichen Verfahrenskosten und Geldauflagen führte das Strafverfahren bei einigen der Angeklagten zu gravierenden Karriereeinbrüchen. Natürlich sind diese strafprozessualen Effekte nicht ohne das materielle Strafrecht möglich. Ohne den Verdacht der Verletzung eines materiellen Straftatbestandes können keine prozessualen Maßnahmen ergriffen werden. Das materielle Recht erlangte hier lediglich diese Hintergrundfunktion, sozusagen als Entree für die eigentliche Auseinandersetzung.

Von einer strukturellen Kopplung durch strafprozessuale Maßnahmen kann man nur sprechen, wenn beide beteiligten Systeme mit diesem Medium operieren können. Und dies war eindeutig der Fall. Die Angeklagten des Thyssenkonzerns waren trotz der erheblichen Belastungen und Nachteile durch die staatsanwaltlichen Ermittlungen keineswegs wehrlose Objekte der Strafverfolgung, die sich am Ende nur noch dem staatlichen Strafanspruch unterwerfen konnten.

Nach Erhebung der Anklage und Eröffnung des Hauptverfahrens durch die Wirtschaftsstrafkammer reagierten die Verteidiger sehr geschickt und sehr wirksam. Sie benannten für die Hauptverhandlung 800 Zeugen sowie die besten Bilanzwissenschaftler als Gutachter. Die Staatsanwaltschaft sah sich einem Mammutverfahren gegenüber, das angesichts begrenzter personeller Ressourcen andere Ermittlungstätigkeiten der Wirtschaftsabteilung erheblich eingeschränkt hätte. Sie beteiligte sich deshalb aktiv an den gerichtlichen Verhandlungen über eine Einstellung des Verfahrens nach § 153a StPO. Dabei war natürlich auch von Bedeutung, dass das Gericht mit dem Beschluss zur Eröffnung des Hauptverfahrens die Begründetheit der Anklage im Hinblick auf das Vorliegen eines hinreichenden Tatverdachts bestätigte und des Weiteren, dass Thyssen den Vermögensschaden in Höhe von 240 Mio. DM bereits beglichen hatte.

Aus Sicht der Verteidigung bestanden zwar einige (nicht ganz unberechtigte) Chancen auf einen Freispruch. Den Angeklagten (und v.a. Thyssen) musste es jedoch um ein möglichst schnelles Verfahrensende gehen, weshalb sie letztlich einer Einstellung gegen Zahlung von Geldauflagen in Höhe von insgesamt 10 Mio. DM zustimmten. Wie dieser angesichts des Anklagevorwurfs sowie der Schadenshöhe nicht unbedingt zu erwartende Verfahrensausgang zeigt, war die Prozessposition der Angeklagten also stark genug, um die Möglichkeiten des Strafprozessordnung für ihre Interessen einsetzen zu können. Sie agierten mit der Staatsanwaltschaft alles in allem auf gleicher Augenhöhe. Den Mangel an Zwangsmitteln (dem ureigensten Medium des Strafprozesses) wussten sie erfolgreich durch den Einsatz finanzieller Ressourcen (dem ureigensten Medium des Wirtschaftssystems) zur Akquisition juristischer Kompetenz auszugleichen.

Man sieht hieran auch, dass strukturelle Kopplung kein allseitiges Einverständnis, keine Deckungsgleichheit der Strukturen bedeutet, sondern beiderseitiges Nachgeben erfordert. Nur so bleibt die grundsätzliche Eigenständigkeit der beteiligten Systeme erhalten. Die Autopoiesis der beteiligten Systeme setzte die strukturellen Grenzen der Einigung, markierte den tatsächlich möglichen Bereich der Kopplung. Die Staatsanwaltschaft musste nachgeben, da ansonsten ihre Funktionsfähigkeit als Strafverfolgungsbehörde für Wirtschaftsdelikte in Frage gestanden hätte. Der Thyssenkonzern musste einlenken, da ein weiteres Verfahren mit einer von den Medien intensiv beglei-

teten Hauptverhandlung seine Reputation als seriöser Wirtschaftskonzern (möglicherweise auch für öffentliche Aufträge) nicht unerheblich gefährdet hätte.

Dieser Fall scheint für Auseinandersetzungen zwischen dem Strafrecht und großen, ökonomisch und politisch einflussreichen Unternehmen nicht untypisch zu sein. Man muss in solchen Fällen die folgende Annahme nicht allzu vorsichtig formulieren: Wären die Angeklagten nur als Einzelpersonen und eben nicht als Thyssenmanager (mit dem ganzen Konzern im Rücken) angeklagt worden, dann hätte das Verfahren wahrscheinlich (darauf deuten andere der von uns untersuchten Fälle hin) mit einer Verurteilung geendet. Es ist vor allem deshalb so gelaufen, wie es gelaufen ist, weil sich der Thyssenkonzern selbst angeklagt fühlte. Damit erlangte das Verfahren einen Umfang und eine Komplexität, mit dem ein traditionell am individuellen Schuldvorwurf und darum an der individuellen Strafverfolgung ausgelegtes Strafverfahren strukturell überfordert ist.

Was kann man hieran (einstweilen) im Hinblick auf die strukturelle Kopplung sowie die strafrechtliche Regulierung von Unternehmen lernen?

Erstens: In Anbetracht der geschilderten Komplexität ist eine Einwirkung des Strafrechts auf die Wirtschaft nur als Regulierung denkbar. Im Sinne einer strukturellen Kopplung bedeutet dies, dass die Operationen des einen Systems in Teilen entsprechend den strukturellen Erwartungen des anderen Systems angepasst werden müssten. Das ist für ein autoritativ strukturiertes und am individuellen Verhalten orientiertes Rechtssystem eine kaum zu bewältigende Aufgabe. Ohne Opportunitätsprinzip wäre es damit wohl gänzlich überfordert.

Zweitens: Angesichts dessen erweisen sich kausale Steuerungsvorstellungen von einem direkten Durchgriff des Strafrechts auf die Operationen des Wirtschaftssystems und seiner Unternehmen – zumindest in Fällen wie dem geschilderten – als nicht tragfähig. Denn sie können den Grad an Komplexität, der in den wechselseitigen Irritations- und Regulierungsprozessen zum Ausdruck kam, nicht widerspiegeln.

Zum Schluss bleibt die (immer) zentrale Frage, ob eine rechtliche Regulierung der Wirtschaft auch ohne oder jedenfalls nicht gänzlich unter Ausschluss des Strafrechts möglich ist. Was wir im Moment (auch vor dem Hintergrund der anderen untersuchten Vorgänge) beobachten können, ist eine starke Ambivalenz in der Beurteilung strafrechtlicher Regulierungseffekte.

Auf der einen Seite ist der vermögensrechtliche Konflikt zwischen der Treuhandanstalt und dem Thyssenkonzern auf Grund des Schiedsgerichtsverfahrens (also zivilrechtlich) gelöst worden. Man könnte darüber spekulieren, ob dies nur wegen des ersten Strafverfahrens und der theoretisch möglichen Wiederaufnahme der Ermittlungen – also sozusagen im Schatten des Strafrechts – möglich war. Empirische Anhaltspunkte, dass die Treuhandanstalt im Schiedsgerichtsverfahren ihren Forderungen in diesem Sinne Nachdruck verliehen hätte, konnten nicht gefunden werden. Der (damals) gegenwärtige Konflikt konnte demnach ohne strafrechtliche Intervention geregelt werden. Vor diesem Hintergrund hat das zweite, ironischerweise nicht unwesentlich auf Grund der Feststellungen des Schiedsspruchs eingeleitete Strafverfahren im Thyssenkonzern und unter den Beschuldigten großes Unverständnis über den Sinn solcher Verfahren ausgelöst. Man kann indessen nicht ausschließen, dass in anderen Fällen ohne die Drohung des Strafverfahrens und seine Beweissicherungsmöglichkeiten eine Durchsetzung

zivilrechtlicher Ansprüche nicht erreicht werden kann. In vielen Interviews wird das Bereithalten eines solchen „Hintergrundrisikos" als eine der Funktionen des Wirtschaftsstrafverfahrens betont.

Auf der anderen Seite könnte das zweite, von der Staatsanwaltschaft intensiv geführte und schließlich nach Anklageerhebung mit einer hohen Geldbuße eingestellte Strafverfahren (im Wege einer Markierung des staatlichen Strafanspruchs) dem *zukünftigen* Schutz vermögensrechtlicher Güter gedient haben. Im Sinne negativer Generalprävention sollte offensichtlich verdeutlicht werden, dass derartiges wirtschaftliches Agieren erhebliche strafrechtlich bedingte Kosten zur Folge haben kann. Wir können im Moment davon ausgehen, dass solche Interventionen im Wirtschaftssystem erhebliche Irritationen auslösen. Nicht nur im Hinblick auf die (uns von den Verteidigern übermittelten) Reaktionen der Beschuldigten, sondern vielmehr hinsichtlich anderer Wirtschaftsakteure (strafrechtlich: potenzieller Wirtschaftsstraftäter). Solche Strafverfahren werden in der Wirtschaft offensichtlich aufmerksam registriert. Bemerkenswert dabei ist, dass sich deren Irritationswirkung nicht nur aus den prozessualen Zwangsmitteln oder materiellrechtlichen Sanktionen ergibt, sondern vor allem auch aus der Bedeutung herrührt, die ihnen in der Wirtschaft selbst verliehen wird. Unter anderem aus Hintergrundinterviews mit Vorständen größerer Unternehmen gewinnt man den Eindruck, dass Verlauf und Ausgang eines Strafverfahrens nicht ruhig abgewartet werden. Vielmehr scheint es so zu sein, dass in aller Regel beschuldigte Manager – jenseits aller strafprozessualen Unschuldvermutung – ihrer Funktionen enthoben werden. Dies geschehe vor allem wegen der vermuteten negativen Publizität, aber auch mit Blick auf die eingeschränkte berufliche Belastbarkeit. Die wirtschaftinterne Irritationsverarbeitung erfolgt also schneller und angesichts einschneidender Karrierenachteile mitunter auch heftiger als dies das Strafrecht erwartet.

Ob solche Irritationen allerdings in die richtige Richtung gehen, ist damit nicht ausgemacht. Es könnte durchaus sein, dass angesichts strafrechtlicher Unwägbarkeiten (die im Untreuetatbestand selbst angelegt sein mögen, vgl. dazu Nelles 1991: 1ff., oder die sich aus Ermittlungs- und Sanktionierungsrisiken ergeben), bedachtsame Strategien des wirtschaftlich (prinzipiell) erforderlichen Risktaking in geringerem Maße eingeschlagen werden und stattdessen (immer) häufiger solche Akteure zum Zuge kommen, die ohnehin dazu tendieren, gefahr- und schadensgeneigter zu wirtschaften. Beides wäre weder für die wirtschaftliche Reproduktion noch für deren gesellschaftliche Funktionen wünschenswert. Insofern führen strafrechtlich intendierte Irritationen möglicherweise nur zur Abschreckung wirtschaftlichen Agierens überhaupt, nicht jedoch zu einer Regulierung im Sinne des Schutzes wirtschaftlich relevanter Rechtsgüter. Ob, wo und wie dies ohne das Strafrecht oder anders formuliert: vornehmlich oder gänzlich mit dem Zivilrecht (oder Wirtschaftsverwaltungsrecht) zu erreichen ist, wird weiterhin empirisch zu untersuchen sein.

Literatur

Albrecht, Hans-Jörg, 2003: Forschungen zur Wirtschaftskriminalität in Europa: Konzepte und empirische Befunde. S. 37–65 in: *Hans-Jörg Albrecht* und *Horst Entorf* (Hg.), Kriminalität, Ökonomie und Europäischer Sozialstaat. Heidelberg: Physica Verlag.

Boers, Klaus, 2001: Wirtschaftskriminologie. Vom Versuch, mit einem blinden Fleck umzugehen. Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform 84: 335–356.

Bussmann, Kai-D., und *Christian Lüdemann,* 1995: Klassenjustiz oder Verfahrensökonomie, Aushandlungsprozesse in Wirtschafts- und allgemeinen Strafverfahren. Pfaffenweiler: Centaurus.

Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben, 2000: Bericht über die Aufgabenerfüllung zum 31.12.2000. Vertragsmanagement und Erledigung unternehmensbezogener Treuhandaufgaben. Berlin: BvS.

Braithwaite, John, und *Brent Fisse,* 1990: On the Plausibility of Corporate Crime Theory. S. 15–38 in: *William S. Laufer* und *Freda Adler* (Hg.), Advances in Criminological Theory. Vol. 2. New Brunswick: Transaction Publishers.

Diekmann, Andreas, 1999: Homo ÖKOnomicus. Anwendungen und Probleme der Theorie rationalen Handelns im Umweltbereich. S. 137–181 in: *Jürgen Straub* und *Hans Werbik* (Hg.), Handlungstheorie. Frankfurt a.M./New York: Campus.

Eisenberg, Ulrich, 2000: Kriminologie. 5. Auflage. München: C.H. Beck.

Erbe, Joachim, 1999: Die Stabsstelle Recht der Treuhandanstalt. Neue Kriminalpolitik 3: 26–30.

Esser, Hartmut, 1999: Soziologie. Allgemeine Grundlagen. 3. Auflage. Frankfurt a.M.: Campus.

Flick, Uwe (Hg.), 2000: Qualitative Forschung. Ein Handbuch. Reinbek: Rowohlt.

Flick, Uwe, 2000: Triangulation in der qualitativen Forschung. S. 309–318 in: *Ders.* (Hg.), Qualitative Forschung. Ein Handbuch. Reinbek: Rowohlt.

Glaser, Barney, und *Anselm Strauss,* 1998 [1967]: Grounded Theory. Strategien qualitativer Forschung. Bern: Huber.

Heinz, Wolfgang, 1998: Begriffliche und strukturelle Besonderheiten des Wirtschaftsstrafrechts. Eine Übersicht über die Entwicklung des Wirtschaftsstrafrechts in der Bundesrepublik Deutschland. S. 13–50 in: *Walter Gropp* (Hg.), Wirtschaftskriminalität und Wirtschaftsstrafrecht in einem Europa auf dem Weg zu Demokratie und Privatisierung. Leipzig: Leipziger Universitätsverlag.

Heinz, Wolfgang, 1999: Wirtschaftskriminalität. S. 671–717 in: *Wilhelm Korff* (Hg.), Handbuch der Wirtschaftsethik. Band 4: Ausgewählte Handlungsfelder. Gütersloh: Gütersloher Verlagshaus.

Hopf, Christel, 1996: Hypothesenprüfung und qualitative Sozialforschung. S. 9–21 in: *Rainer Strobl* und *Andreas Böttger* (Hg.), Wahre Geschichten? Zu Theorie und Praxis qualitativer Interviews. Baden-Baden: Nomos.

Jankowiak, Heinz, 2000: Die Zentrale Ermittlungsstelle Regierungs- und Vereinigungskriminalität. 10 Jahre Bilanz nach der Wiedervereinigung. Neue Kriminalpolitik 2: 12–15.

Kaiser, Günter, und *Gerhard Metzger-Pregizer* (Hg.), 1976: Betriebsjustiz. Untersuchung über die soziale Kontrolle abweichenden Verhaltens in Industriebetrieben. Berlin: Duncker & Humblot.

Kelle, Udo, und *Susanne Kluge*, 1999: Vom Einzelfall zum Typus. Fallvergleich und Fallkontrastierung in der qualitativen Sozialforschung. Opladen: Leske + Budrich.

KPMG, 1999: Umfrage zur Wirtschaftskriminalität. (ohne Ort).

Liebold, Renate, und *Rainer Trinczek*, 2002: Experteninterviews. S. 33–70 in: *Stefan Kühl* und *Petra Strodtholz* (Hg.), Methoden der Organisationsforschung. Reinbek: Rowohlt.

Luhmann, Niklas, 1983: Rechtssoziologie. 2. Auflage. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Luhmann, Niklas, 1984: Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Luhmann, Niklas, 1985: Einige Probleme mit „reflexivem Recht". Zeitschrift für Rechtssoziologie 6: 1–18.

Luhmann, Niklas, 1990: Die Wissenschaft der Gesellschaft. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Luhmann, Niklas, 1991: Steuerung durch Recht? Einige klarstellende Bemerkungen. Zeitschrift für Rechtssoziologie 12: 142–146.

Luhmann, Niklas, 1993: Das Recht der Gesellschaft. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Luhmann, Niklas, 1996: Die Realität der Massenmedien. 2. Auflage. Opladen: Westdeutscher Verlag.
Luhmann, Niklas, 1997: Die Gesellschaft der Gesellschaft. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
Luhmann, Niklas, 1998: Ökologische Kommunikation. Opladen: Westdeutscher Verlag.
Luhmannn, Niklas, 1999: Die Wirtschaft der Gesellschaft. 3. Auflage. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
Luhmann, Niklas, 2000: Organisation und Entscheidung. Opladen: Westdeutscher Verlag.
Mayntz, Renate, 1987: Politische Steuerung und gesellschaftliche Steuerungsprobleme. Anmerkungen zu einem theoretischen Paradigma. S. 89–110 in: *Thomas Ellwein, Joachim Jens Hesse, Renate Mayntz* und *Fritz Scharpf* (Hg.), Jahrbuch zur Staats- und Verwaltungswissenschaft Bd. 1/1987. Baden-Baden: Nomos.
Mayntz, Renate, 1996: Politische Steuerung: Aufstieg, Niedergang und Transformation einer Theorie. S. 148–168 in: *Klaus von Beyme* und *Claus Offe* (Hg.), Politische Theorien in der Ära der Transformation. Opladen: Westdeutscher Verlag.
Meuser, Michael, und *Ulrike Nagel,* 1991: Experteninterviews – vielfach erprobt, wenig bedacht. S. 441–471 in: *Detlef Garz* und *Klaus Kraimer* (Hg.), Qualitativ-empirische Sozialforschung. Opladen: Westdeutscher Verlag.
Nelles, Ursula, 1991: Untreue zum Nachteil von Gesellschaften. Zugleich ein Beitrag zur Struktur des Vermögensbegriffs als Beziehungsbegriff. Berlin: Duncker & Humblot.
Opp, Karl-Dieter, 1975: Soziologie der Wirtschaftskriminalität. München: C.H. Beck.
PriceWaterhouseCoopers, 2001: Europäische Umfrage zur Wirtschaftskriminalität. Frankfurt a.M.
Sack, Fritz, 1999: Vorwort. S. 7–11 in: *Eva Wyss:* Kriminalität als Bestandteil der Wirtschaft. Pfaffenweiler: Centaurus.
Simsa, Ruth, 2002: Strukturelle Kopplung: Die Antwort der Theorie auf die Geschlossenheit sozialer Systeme und ihre Bedeutung für die Politik. S. 148–170 in: *Kai-Uwe Hellman* und *Rainer Schmalz-Bruns* (Hg.), Theorie der Politik – Niklas Luhmanns politische Soziologie. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
Smid, Stefan, 1986: Zur Einführung: Niklas Luhmanns systemtheoretische Konzeption des Rechts. Juristische Schulung 7: 513–517.
Sutherland, Edwin H., 1983 [1949]: White Collar Crime. The Uncut Version. New Haven/London: Yale University Press.
Teubner, Gunther, 1982: Reflexives Recht. Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie Vol. LXVIII: 13–59.
Velten, Petra, 2001: Normkenntnis und Normverständnis. Baden-Baden: Nomos.
Wielsch, Dan, 2001: Freiheit und Funktion. Zur Struktur- und Theoriegeschichte des Rechts der Wirtschaftsgesellschaft. Baden-Baden: Nomos.
Willke, Helmut, 1988: Staatliche Intervention als Kontextsteuerung. Kritische Vierteljahresschrift: 214–229.
Willke, Helmut, 1994: Systemtheorie II: Interventionstheorie. Stuttgart/Jena: Fischer.

Die Autorinnen und Autoren

Boehnke, Klaus, 1951, Professor für Social Science Methodology an der International University Bremen. Forschungsgebiete: Jugendforschung und ihre Methoden, insbesondere politische Sozialisation. Veröffentlichungen: Parent-offspring Value Transmission in a Societal Context: Suggestions for a Utopian Research Design – with Empirical Underpinnings, Journal of Cross-Cultural Psychology 32, 2001; Juvenile Delinquency in Times of Rapid Social Change, Sociological Forum 17, 2002 (mit D. Bergs-Winkels); Jugendgewalt und Rechtsextremismus – Soziologische und psychologische Analysen in internationaler Perspektive, Weinheim 2002 (Hg. mit D. Fuß und J. Hagan).

Boers, Klaus, Dr. jur., Professor für Kriminologie an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster; Direktor des Instituts für Kriminalwissenschaften der Rechtswissenschaftlichen Fakultät; Vorsitzender der Regionalgruppe Westfalen-Lippe der Deutschen Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen. Forschungsgebiete: Wirtschaftskriminalität, Kriminologische Längsschnitt- und Karriereforschung, Kriminalitätseinstellungen, Kriminologische Umbruchsforschung. Veröffentlichungen: Kriminalität und sozialer Umbruch in Deutschland, Wiesbaden 1997 (mit G. Gutsche und K. Sessar); Wirtschaftskriminologie, Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform 84, 2001; Economic Crime in Germany, in: P. Ponsaers und V. Ruggiero (Hg.), Economic and Financial Crime in Europe, Paris 2002; Furcht vor Gewalt, in: W. Heitmeyer und J. Hagan: Internationales Handbuch der Gewaltforschung, Wiesbaden 2002; Polizeiliche Videoüberwachung, Münster 2004; Kriminalität und Kausalität, Wiesbaden 2004.

Braithwaite, John, Professor und Direktor des Regulatory Institutions Network an der Australian National University, Canberra, zur Zeit Federation Fellow des Australian Research Council. Forschungsgebiete: Wirtschaftskriminalität, Restorative Justice, globale Regulation. Veröffentlichungen: Crime, Shame and Reintegration, Cambridge 1989 (ausgezeichnet mit mehreren Preisen); Global Business Regulation, Cambridge, 2000 (mit P. Drahos, ausgezeichnet mit dem Hart-Preis für Rechtssoziologie); Shame Management through Reintegration, Cambridge, 2001 (mit E. Ahmed, N. Harris und V. Braithwaite); Information Feudalism, London 2002 (mit P. Drahos).

Brettfeld, Katrin, 1966, Dipl. Jurist, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Kriminalwissenschaften, Abteilung Kriminologie der Universität Hamburg. Forschungsgebiete: Kriminalität und Religion, Jugendkriminalität. Veröffentlichungen: Steigende Gefangenenzahlen – Probleme und mögliche Ursachen, Soziale Probleme 13, 2002 (mit S. Suhling und T. Schott); Junge Muslime in Deutschland: Eine kriminologische Analyse zur Alltagsrelevanz von Religion und Zusammenhängen von individueller Religiosität mit Gewalterfahrungen, -einstellungen und -handeln, in: Bundesministerium des Inneren (Hg.), Islamismus. Texte zur Inneren Sicherheit, Bonn 2003 (mit P. Wetzels*)*; Schulschwänzen Jugendlicher: Ansatzpunkt für Prävention und Intervention in der Sozialen Arbeit? – Ergebnisse einer vergleichenden Studie in Leipzig und anderen Städten, in: T. Fabian und R. Schweikart (Hg.), Brennpunkte der Sozialen Arbeit, Münster 2003 (mit T. Fabian und P. Wetzels).

De Haan, Willem, 1955, Professor für Kriminologie an der Fakultät für Rechtswissenschaft, Universität Groningen, Leiter des Forschungsprogramms Kriminalität und Gewalt im öffentlichen Raum. Forschungsschwerpunkte: Gewaltkriminalität, Kriminalitätsbelastung ethnischer Minderheiten, öffentliche Sicherheit und Kriminalpolitik. Veröffentlichungen: Minorities

and Crime in the Netherlands, in: I. Haen Marshall (Hg.), Minorities and Crime: Diversity and Similarity Across Europe and the United States, Thousand Oaks, 1997; Running Risks and Managing Dangers. Street Robbery as a Matter of Trust, in: V. Ruggiero, N. South und I. Taylor (Hg.), The New European Criminology, London 1998; Explaining the Absence of Violence. A Comparative Approach, in: S. Karstedt und K. Bussmann (Hg.), Social Dynamics of Crime and Control. New Theories for a World in Transition, Oxford, Portland 2000; On the Emotions of Crime, Punishment and Social Control, Theoretical Criminology 6, 2002 (mit Ian Loader).

Eifler, Stefanie, 1967, PD Dr. rer. soc., Wissenschaftliche Assistentin an der Fakultät für Soziologie der Universität Bielefeld. Forschungsgebiete: Kriminalsoziologie, Soziologie abweichenden Verhaltens, Soziologie gesundheitsrelevanten Verhaltens, Methoden der empirischen Sozialforschung. Veröffentlichungen: Einflussfaktoren von Alkoholkonsum. Sozialisation, Self-Control und Differentielles Lernen, Wiesbaden 1997; Soziale Kontexte krimineller Handlungen, Wiesbaden 1999; Kriminalsoziologie, Bielefeld 2002.

Enzmann, Dirk, 1955, Dr. Dipl.-Psych., Mitarbeiter am Institut für Kriminalwissenschaften, Abteilung Kriminologie der Universität Hamburg. Forschungsgebiete: Jugenddelinquenz; Strafhaft und Identitätsentwicklung Jugendlicher, Stress- und Burnoutforschung. Veröffentlichungen: The Burnout Companion to Study and Practice: A Critical Analysis, London 1998 (mit W.B. Schaufeli); Strafhaft für Jugendliche: Soziale und individuelle Bedingungen von Delinquenz und Sanktionierung, in: M. Bereswill und W. Greve (Hg.), Forschungsthema Strafvollzug, Baden-Baden 2001 (mit W. Greve); Self-Esteem Maintenance among Incarcerated Young Males: Stabilization through Accommodative Processes, International Journal of Behavioral Development 27, 2003 (mit W. Greve).

Farrall, Stephen, D.Phil., Research Fellow am Department of Criminology, Keele University, Großbritannien. Forschungsgebiete: Kriminalitätsfurcht, White Collar-Kriminalität und Desistance. Veröffentlichungen: Re-Thinking What Works With Offenders, Cullompton 2002; The Fear of Crime, Aldershot 2000 (Hg. mit J. Ditton).

Garland, David, 1955, Arthur T. Vanderbilt Professor of Law und Professor of Sociology an der New York University und Fellow des Center for Advanced Study in the Behavioral Sciences, Stanford. Forschungsgebiete: Soziologie der Strafe, Entwicklung des Wohlfahrtsstaates und der Kriminalpolitik. Veröffentlichungen: Punishment and Welfare, 1985; Punishment and Modern Society, Oxford 1990; Criminology and Social Theory, Oxford 2000 (Hg. mit R. Sparks); The Culture of Control. Crime and Social Order in Contemporary Society, Oxford 2001.

Hagan, John, 1946, John D. MacArthur Professor of Sociology and Law, Northwestern University, Evanston, IL, University Professor of Law and Sociology, University of Toronto, und Senior Research Fellow, American Bar Foundation; 1990/91 Präsident der American Society of Criminology. Forschungsgebiete: Recht und Gesellschaft, Kriminologie. Veröffentlichungen: Mean Streets: Youth Crime and Homelessness, Cambridge 1997 (mit Bill McCarthy); Northern Passage: American Vietnam War Resisters in Canada, Harvard 2001; Jugendgewalt und Rechtsextremismus, Weinheim und München 2002 (Hg. mit K. Boehnke und D. Fuß); Internationales Handbuch der Gewaltforschung, Wiesbaden 2002 (Hg. mit W. Heitmeyer; englische Ausgabe Dordrecht 2003).

Hess, Henner, Professor für Sozialpädagogik an der Universität Frankfurt. Forschungsgebiete: Kriminologie, Kriminalpolitik, Drogenproblematik. Veröffentlichungen: Rauchen. Geschichte, Geschäfte, Gefahren, Frankfurt 1987; La rivolta ambigua. Storia sociale del terrorismo italiano, Firenze 1991; Mafia and Mafiosi. Origin, Power and Myth, New York 1998; Like

Zealots and Romans: Terrorism and Empire in the 21st Century, Crime, Law and Social Change 39, 2003.

Hope, Tim, Professor für Kriminologie an der Keele University, Großbritannien, und Honorary Research Fellow für Kriminologie sowie Gründungsmitglied der Manchester Quantitative Criminology Group. Er leitete das Schwerpunktprogramm des Economic and Social Research Council zum Thema Kriminalitätsrisiken und Sicherheit. Forschungsgebiete: Kriminologie, insbesondere Viktimologie und kommunale Kriminalprävention. Veröffentlichungen: Crime, Risk and Insecurity: Law and Order in Everyday Life and Political Discourse, London/New York 2000 (Hg. mit R. Sparks); The Road Taken: Evaluation, Replication and Crime Reduction, in G. Hughes, E. McLaughlin und J. Muncie (Hg), Crime Prevention and Community Safety: New Directions, London 2000; The Crime Drop in Britain? Community Safety Journal 2, 2003.

Karliczek, Kari-Maria, Dipl. Sozialwiss., Mitarbeiterin am Kriminalwissenschaftlichen Institut der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, Vorstandsmitglied der Gesellschaft für praxisorientierte Kriminalitätsforschung Berlin. Forschungsgebiete: Wirtschaftskriminologie, Organisationssoziologie. Veröffentlichungen: Informelle Beziehungen zwischen Wirtschaft und Verwaltung. Eine Untersuchung im Bereich der Bauauftragsvergabe, in: G. Gutsche und K. Thiel (Hg.): Gesellschaft und Kriminalität im Wandel. Zur Funktionalität des Verbrechens, Mönchengladbach, 2001; Vom Nutzen qualitativer Forschung in der Kriminologie, in: K.-M. Karliczek (Hg.): Kriminologische Erkundungen (erscheint 2004).

Karstedt, Susanne, Dr. soz. wiss., Chair of Criminology, Keele University, Großbritannien seit 2000; Fellow an der American Bar Foundation, Temple University, Philadelphia; Australian National University. Forschungsgebiete: International vergleichende Forschungen zu Gewalt, Korruption und Wirtschaftskriminalität, zur moralischen Ökonomie moderner Marktgesellschaften, Demokratie und Gewalt, Emotion und Recht, und „Transitional Justice". Veröffentlichungen: Social Dynamics of Crime and Control: New Theories for a World in Transition, Oxford 2000 (Hg. mit K.-D. Bussmann); Comparing Cultures, Comparing Crime, Crime, Law & Social Change 37, 2001; Emotions and Criminal Justice, Theoretical Criminology 6, 2002; Legacies of a Culture of Inequality: The Janus-Face of Crime in Post-Communist Societies, Crime, Law and Social Change 40, 2003.

McCarthy, Bill, 1958, Professor of Sociology, University of California at Davis. Forschungsgebiete: Soziologie, Kriminologie. Veröffentlichungen: Mean Streets: Youth Crime and Homelessness, Cambridge 1997 (mit John Hagan); Uncertainty, Cooperation and Crime: Understanding the Decision to Co-offend, Social Forces 77, 1998 (mit J. Hagan and L. E. Cohen); When Crime Pays: Capital, Competence and Criminal Success, Social Forces 79, 2001 (mit J. Hagan); New Economics of Sociological Criminology, Annual Review of Sociology 28, 2002.

Maruna, Shadd, Ph.D., Dozent am Institute of Criminology, University of Cambridge. Forschungsgebiete: Abbruch krimineller Karrieren, Strafeinstellungen, restorative Justice. Veröffentlichungen: Making Good: How Ex-Convicts Reform and Rebuild Their Lives, Washington 2001; After Crime and Punishment: Pathways to Ex-Offender Reintegration, Cullompton 2004 (Hg. mit R. Immarigeon); Excuses, Excuses: What Have We Learned in Five Decades of Neutralization Research? in Michael Tonry (Hg.), Crime and Justice. A Review of Research, Bd. 32, Chicago 2004 (mit H. Copes).

Messner, Steven F., Distinguished Teaching Professor für Soziologie an der State University New York in Albany, Fellow der American Society of Criminology und Mitglied des National Consortium of Violence Research (NCOVR). Forschungsgebiete: Soziale Organisation und Kriminalität, insbesondere makrosoziologische und international vergleichende Forschungen

zu Gewalt und Tötungsdelikten, Einstellungen zur Todesstrafe. Veröffentlichungen: Crime and the American Dream, Wadsworth 1994 (mit R. Rosenfeld); Crime and Social Control in a Changing China, Westport 2001 (Hg. mit J. Liu und L. Zhang); An Institutional-Anomie Theory of Crime, in: R. Paternoster und R. Bachman (Hg.), Explaining Criminals and Crime, Los Angeles 2001.

Morgenroth, Olaf, 1964, Dr. rer. nat., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Psychologie der Technischen Universität Chemnitz und Leiter des DFG-Projekts „Temporale Einbettungen der Persönlichkeit". Forschungsgebiete: Psychologie der Zeit, Jugendforschung. Veröffentlichungen: Vom Ich zum Wir? Die gesellschaftliche Integration von Schuljugendlichen in der ehemaligen DDR im Spannungsfeld zwischen Schule und Freizeit, Baltmannsweiler 2000; Subjektive Konzepte von Schülern über den Wechsel in die Sekundarstufe I, Erfurt 2001 (mit A. Wessel); Soziale Distanz als Merkmal interethnischer Beziehungen bei deutschen und türkischen Jugendlichen: Unterschiede und Einflussfaktoren, Weinheim 2002 (mit S. Ibaidi).

Oberwittler, Dietrich, 1963, Dr. phil., Marie-Curie Visiting Scholar am Institute of Criminology, University of Cambridge, zuvor wissenschaftlicher Referent am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht Freiburg i.Br., Forschungsgruppe Kriminologie. Forschungsgebiete: Jugenddelinquenz, sozialökologische Forschungsansätze und Stadtsoziologie, Sozialgeschichte der Kriminalität. Veröffentlichungen: Von der Strafe zur Erziehung? Jugendkriminalpolitik in England und Deutschland, 1850–1920, Frankfurt a.M. 2000; Sozialer Wandel des Risikomanagements bei Kindern und Jugendlichen. Eine Replikationsstudie zur langfristigen Zunahme des Anzeigeverhaltens, Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation 24, 2004 (mit Tilman Köllisch); Re-Balancing Routine Activity and Social Disorganization Theories in the Explanation of Urban Violence: A New Approach to the Analysis of Spatial Crime Patterns Based on Population at Risk, Journal of Quantitative Criminology (im Erscheinen).

Paoli, Letizia, 1966, wissenschaftliche Referentin mit C-3-Status am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht Freiburg i.Br., Forschungsgruppe Kriminologie. Forschungsgebiete: Kriminologie und Soziologie. Veröffentlichungen: Fratelli di Mafia: Cosa Nostra e 'Ndrangheta, Il Mulino 2000; Pilot Project to Describe and Analyse Local Drug Markets – First Phase Final Report: Illegal Drug Markets in Frankfurt and Milan, Lissabon 2000; Illegal Drug Trade in Russia. A Research Project Commissioned by the United Nations Office for Drug Control and Crime Prevention, Freiburg 2001; Crime, Italian Style, Daedalus 2001; The Price of Freedom: Illegal Drug Markets and Policies in Post-Soviet Russia, The Annals of the American Academy of Political Sciences 582, 2002; Mafia Brotherhoods: Organized Crime, Italian Style, Oxford 2003; Organised Crime in Europe: Conceptions, Patterns and Policies in the European Union and Beyond, Dordrecht 2004 (Hg. mit C. Fijnaut).

Prein, Gerald, 1956, Dr. phil., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Sozialforschung Halle. Forschungsgebiete: Arbeitsmarkt, Kriminalsoziologie, Lebenslaufforschung, statistische Methoden. Veröffentlichungen: Rational Choice Theory and Large-Scale Data Analysis. Boulder, Colorado 1998 (Hg. mit H.-P. Blossfeld); Per Doppelpass ins Abseits! Zur Kontinuität von Interpretations- und Handlungsmustern in Arbeitsmarkt und Strafjustiz und deren Konsequenzen, in: L. Leisering, R. Müller und K. F. Schumann (Hg.): Institutionen und Lebensläufe im Wandel. Institutionelle Regulierungen von Lebensläufen. Statuspassagen und Lebenslauf, Band 2, Weinheim 2001 (mit R. Panter und L. Seus)

Scheerer, Sebastian, 1950, Professor für Kriminologie an der Universität Hamburg. Forschungsgebiete: Kriminologische Theorie, Theorie der sozialen Kontrolle, Kritik der Strafe, der politischen Gewalt, der Drogenpolitik. Veröffentlichungen: Sucht, Reinbek 1995; Kritik der

strafenden Vernunft, Ethik und Sozialwissenschaften 12, 2001; Die Zukunft des Terrorismus, Lüneburg 2002.

Schmitt-Rodermund, Eva, 1964, Dr. phil., wissenschaftliche Assistentin am Lehrstuhl für Entwicklungspsychologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Forschungsgebiete: Entwicklung über die Lebensspanne, insbesondere Entwicklung der Persönlichkeit im Jugend- und jungen Erwachsenenalter mit den Schwerpunkten Immigration und berufliche Entwicklung. Veröffentlichungen: Determinants of Differential Acculturation of Developmental TimeTables among Adolescent Immigrants to Germany, International Journal of Psychology 34, 1999 (mit R. K. Silbereisen); Psychosoziale Probleme bei jungen Aussiedlern – Eine Längsschnittstudie, Zeitschrift für Entwicklungspsychologie und Pädagogische Psychologie 34, 2002 (mit R. K. Silbereisen); Immigration, in: R. K. Silbereisen und M. Hasselhorn (Hg.), Enzyklopädie der Psychologie. Serie V (Entwicklung), Band 5: Psychologie des Jugendalters (im Druck).

Seipel, Christian, 1965, Dr. rer. soc., Akademischer Rat am Institut für Sozialwissenschaften der Universität Hildesheim. Forschungsgebiete: Methoden der empirischen Sozialforschung, Politische Soziologie, Kriminalsoziologie. Veröffentlichungen: Strategien und Probleme des empirischen Theorienvergleichs in den Sozialwissenschaften. Rational Choice Theorie oder Persönlichkeitstheorie? Opladen 1999; Ein empirischer Vergleich zwischen der Theorie geplanten Verhaltens von Icek Ajzen und der Allgemeinen Theorie der Kriminalität von Michael R. Gottfredson und Travis Hirschi, Zeitschrift für Soziologie 29, 2000; Integrative Sozialforschung. Konzepte und Methoden der qualitativen und quantitativen empirischen Forschung, Weinheim 2003 (mit P. Rieker).

Seus, Lydia, 1954, Dr. phil., Professorin an der Katholischen Hochschule für Sozialwesen Berlin. Forschungsgebiete: Kriminalsoziologie, Geschlechtersoziologie, Jugendsoziologie. Veröffentlichungen: Soziale Kontrolle von Arbeitertöchtern, Pfaffenweiler 1993; Doing Gender While Doing Crime? Soziale Kontrolle und Geschlecht in der Kriminologie, in: C. Born und H. Krüger (Hg.): Individualisierung und Verflechtung. Weinheim 2001; Stigmatisierung in dynamischer Perspektive, in: K. F. Schumann (Hg.), Delinquenz im Lebensverlauf, Weinheim 2003 (mit G. Prein).

Silbereisen, Rainer K., Dr. phil., Professor und Inhaber des Lehrstuhls für Entwicklungspsychologie, Direktor des Center for Applied Developmental Science an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Adjunct Professor of Human Development an der Pennsylvania State University, USA; Präsident der International Society for the Study of Behavioral Development, Editor des European Psychologist, Fellow der American Psychological Society, Mitglied der Academia Europaea, London. Forschungsgebiete: Entwicklung über die Lebenspanne, Kulturvergleich, Akkulturation unter Immigranten, jugendliches Problemverhalten. Veröffentlichungen: Aussiedler in Deutschland. Akkulturation von Persönlichkeit und Verhalten, Opladen 1999 (Hg. mit E. D. Lantermann und E. Schmitt-Rodermund); Negotiating Adolescence in Times of Social Change, Cambridge 2000 (Hg. mit L. A. Crockett); Families and Development in Childhood and Adolescence: Germany Before and After Reunification. Special Issue of the American Behavioral Scientist 44, 2001 (mit J. Youniss); Time and Change: Psychosocial Transitions in German Young Adults 1991 and 1996, in: L. Pulkkinen und A. Caspi (Hg.), Paths to Successful Development. Personality in the Life Course, New York 2002 (mit M. Reitzle und L. Juang); Human Development in Times of Social Change: Theoretical Considerations and Research Needs, International Journal of Behavioral Development (im Druck, mit M. Pinquart).

Theile, Hans, Dr. jur. LL.M., Wissenschaftlicher Assistent am Kriminalwissenschaftlichen Institut der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster. Forschungsgebiete: Wirtschaftsstrafrecht, Wirtschaftskriminologie. Veröffentlichungen: Tatkonkretisierung und Gehilfenvorsatz,

Frankfurt a.M. 1999; Menschenwürde und Mehrfachbelegung im geschlossenen Vollzug, Strafverteidiger 2002; Die Bedrohung prozessualer Freiheit durch materielles Wirtschaftsstrafrecht am Beispiel der §§ 264 a, 265 b StGB, Zeitschrift für Wirtschafts- und Steuerstrafrecht, im Erscheinen.

Trickett, Alan, Dozent für Quantitative Kriminologie an der School of Economic Studies, University of Manchester, Großbritannien, und Leiter der Manchester Quantitative Criminology Group. Forschungsgebiete: Viktimisierung, Wirkungen von Kriminalprävention, quantitative Forschungsmethoden in der Kriminologie. Veröffentlichungen: Modelling Property Crime Using the British Crime Survey: What Have we Learnt? British Journal of Criminology 42, 2002 (mit A. Tseloni, D. Osborn und K. Pease); The Phenomena of Multiple Victimisation: The Relationship Between Personal and Property Crime Risk, British Journal of Criminology 41, 2001 (mit T. Hope, J. Bryan und D. Osborn).

Vazsonyi, Alexander T., Ph.D., 1964, Associate Professor of Human Development and Family Studies an der Auburn University, USA, Herausgeber des Journal of Early Adolescence und Executive Council Member der Division of International Criminology, American Society of Criminology. Forschungsgebiete: Abweichendes Verhalten im Jugendalter, Kriminalität, Gewalt und gesundheitsgefährdendes Verhalten, Bedeutung der Familie für Delinquenz, General Theory of Crime, Methoden des internationalen und interkulturellen Vergleichs. Veröffentlichungen: An Empirical Test of A General Theory of Crime: A Four-nation Comparative Study of Self-control and the Prediction of Deviance, Journal of Research in Crime and Delinquency 38, 2001; Cross-national Comparative Research in Criminology: Content or Simply Methodology? in: C. Britt und M. R. Gottfredson (Hg.), Control Theories of Crime and Delinquency, Advances in Criminological Theory, Bd. 12, New Brunswick 2003; Parent-Adolescent Relations and Problem Behaviors: Hungary, the Netherlands, Switzerland, and the United States, Marriage and Family Review 35, 2003; Cambridge Handbook of Violent Behaviour, Cambridge (im Erscheinen, Hg. mit D. Flannery und I. Waldman).

Vos, Jaco, Dr., 1968, Dozent für Kriminologie an der Nederlandse Politie Academie in Apeldoorn, Niederlande; zuvor wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Fakultät für Rechtswissenschaft, Universität Groningen. Forschungsgebiete: Kriminologie, Rechtstheorie. Veröffentlichungen: A Crying Shame. The Overrationalized Conception of Man in Rational Choice Theory, Theoretical Criminology 7, 2003 (mit Willem de Haan); Het vragende slachtoffer en de wrekende staat; de functie van wrok in een moderne rechtsstaat, Justitiële Verkenningen 5, 2003.

Wetzels, Peter, 1959, Psychologe und Jurist, Professor für Kriminologie an der Universität Hamburg. Forschungsgebiete: Dunkelfeldforschung, Jugendkriminalität, Kriminalität und Religion, innerfamiliäre Gewalt, Kriminalprävention, Evaluationsforschung in der Kriminologie. Veröffentlichungen: Gewalterfahrungen in der Kindheit. Sexueller Mißbrauch, körperliche Mißhandlung und deren langfristige Konsequenzen. Baden-Baden 1997; Fremdenfeindliche Gewalt – Bedingungen und Reaktionen, Zeitschrift für politische Psychologie 9, 2001 (mit W. Greve); Auge um Auge, Zahn um Zahn. Migration, Religion und Gewalt junger Menschen, Münster 2003 (mit K. Brettfeld).

Summaries

Susanne Karstedt and *Dietrich Oberwittler:* **New Perspectives in the Sociology of Crime,** pp. 7–35.

In Germany, the position of the sociology of crime within the disciplinary field cannot be characterised otherwise but as marginal. Whilst during the 1960s and 1970s sociological perspectives initiated and pushed the paradigmatic change in criminology, this however did not result in a longterm change of the marginal position of the discipline neither in sociology nor in criminology. This situation differs significantly from countries like the USA, Great Britain or Australia, where the social sciences have provided the foundation for criminology as well they have contributed to all major developments in the field during the recent decades. This applies to the traditional field of structural analyses, to research on decision making and situations and in particular to the substantial contributions of the sociology of crime to major diagnoses of postmodern societies. New horizons are opening up for the sociology of crime to enhance our understanding of the moral order of postmodern societies from the perspective of crime and punishment.

Keywords: criminology, general sociology, crime, punishment, structural analysis, diagnosis of society, moral order, paradigmatic change

Stichworte: Kriminologie, allgemeine Soziologie, Verbrechen, Strafe, Stukturasnalyse, Gesellschaftsdiagnose, moralische Ordnung, paradigmatischer Wandel

David Garland: **The Culture of High Crime Societies. Some Preconditions of Recent 'Law and Order' Policies,** pp. 36–68.

In a continuing attempt to explain the emergence of new strategies of crime control in the UK and the USA, a theory of cultural adaptation is developed. The paper argues that the political and policy shifts of recent years have been conditioned by prior changes that have occurred at the levels of social structure and cultural sensibilities. A historical account of these changes is outlined, together with a characterization of the culture of high crime societies.

Keywords: crime policies, penal-welfare policies, sovereign state strategy, adaptive prevention strategy, experience of crime and victimization, professional middle classes

Stichworte: Kriminal- und Justizpolitik, Straf-Wohlfahrts-Komplex, Strategie souveräner Staatlichkeit, adaptive Präventionsstrategien, Erfahrungen von Kriminalität und Viktimisierung, professionelle Mittelschichten

Henner Hess and *Sebastian Scheerer:* **A Theory of Crime,** pp. 69–92.

Like art and religion, crime can be seen as being constitutive for a whole province of meaning in societies. Like general theories about art and/or religion, a general theory of crime should encompass not only the behaviour of actors and the power of institutions within the respective Sinnprovinz (Alfred Schütz), but all phenomena deriving their social meaning from its central notion. Making use of contemporary general explanatory (macro-micro-macro) models, the authors propose a structure for such a truly general theory of crime which should integrate the multitude of particular criminological theories and include in its explanation the making of penal legislation, the actions of criminals and control agents, the emergence and functioning of

criminal markets, the production of statistics, the symbolic meanings of crime and crime control, the structure and uses of crime and control discourses as well as the internal and external connections and dynamic feedback processes of all those phenomena.

Keywords: crime theory, macro-micro-macro-link, methodological individualism, career, social control

Stichworte: Kriminalität, Theorie, Makro-Mikro-Ebenen, methodologischer Individualismus, Karriere, soziale Kontrolle

Steven F. Messner: **Die institutionelle Anomietheorie: Kontinuität und neue Wege in der Forschung zu Sozialstruktur und Anomie,** pp. 93–109.

Dieser Beitrag gibt einen Überblick über die institutionelle Anomietheorie der Kriminalität (institutional-anomie theory of crime) und setzt sie in Beziehung zu der traditionellen Anomietheorie in der berühmten Fassung von Merton, die er ihr in „Sozialstruktur und Anomie" gab. Der Autor beginnt mit einer Analyse von Mertons Argumenten und setzt sich insbesondere mit seinem Modell von systemischen Brüchen und kultureller Disintegration und Fehlanpassung auseinander. In einem zweiten Schritt werden die grundlegenden Thesen der institutionellen Anomietheorie vorgestellt und mit der traditionellen Anomietheorie kontrastiert. Erste Ergebnisse der quantitativen Forschung zur institutionellen Anomietheorie werden vorgestellt. Der Beitrag schließt mit einer Auflistung der wichtigsten Herausforderungen, denen sich dieser neue Ansatz einer soziologischen Theorie der Kriminalität in Zukunft zu stellen hat.

Keywords: anomie, institutions, crime, social structure, culture

Stichworte: Anomie, Institutionen, Kriminalität, Sozialstruktur, Kultur

Olaf Morgenroth and *Klaus Boehnke:* **The Decline of Temporal Orders. A New Aspect of Anomie as a Source of Political Delinquency?** pp. 110–134.

The world is not only becoming faster and faster, but temporal orders in general are loosing their social functions, and increasingly the use of time develops into a task fully at the discretion of the individual. The authors reflect on the fact that adolescents, in particular, may find it difficult to cope with this situation, and that xenophobic attitudes could emerge as an unwanted result. Using structural equation modelling techniques, a dataset of 443 adolescents from Berlin (mean age: 14.9 years) was analysed, taking into account social resources and social position. The experience of temporal disintegration proved to be more common among adolescents than general feelings of normlessness. In detail, analyses showed that (a) temporal disintegration can only in part be interpreted as an individual experience of anomie; (b) temporal disintegration has its own impact on adolescents' social relations and communication, whereas the strength and direction of that influence depends mainly on the generational affiliation of the communication partner; and (c) intensive social relations inhibit the emergence of xenophobic attitudes, especially when communication is not limited to private affairs. The authors evaluate these results as being characteristic for adolescents in their process of identity formation, which largely depends on the perception of temporal coherence.

Keywords: anomie, time perception, social change, ethnocentrism, social capital, adolescents

Stichworte: Anomie, Zeitbewusstsein, sozialer Wandel, Ethnozentrismus, soziales Kapital, Jugendliche

Dietrich Oberwittler: **Urban Structure, Friendship Circles and Delinquency: A Multilevel Analysis of Ecological Contextual Effects on Serious Juvenile Delinquency,** pp. 135–170.

The assumption that deviant behaviour of adolescents is influenced also by ecological contexts has a long tradition in criminological theory. In recent years, a number of studies mainly conducted in the U.S. have looked at possible concentration effects of social disadvantage on juvenile delinquency employing multilevel analysis. Taking up this approach, this paper reports results of a school survey of about 5000 adolescents in 61 neighbourhoods in two West German cities and an adjacent rural area conducted in 1999 and 2000. An external validation of self-reported police contacts on the aggregate level of neighbourhoods suggests that respondents gave realistic accounts of their delinquent behaviour. The central hypothesis that the spatial concentration of social disadvantage has an intensifying effect on serious offending is supported by the results. Further analysis reveals that neighbourhood contextual effects are very much dependent on the spatial orientation of friendship networks which reflects an active process of adolescent adjustment towards and choice of neighbourhood conditions. Future analyses should include also competing ecological contexts, especially schools.

Keywords: juvenile delinquency, social structure, human ecology, contextual effect, multilevel analysis, neighbourhood

Stichworte: Jugenddelinquenz, Sozialstruktur, Sozialökologie, Kontexteffekte, Mehrebenenanalyse, Stadtviertel

Shadd Maruna und *Stephen Farrall:* **Der Ausstieg aus der Kriminalität: Auf dem Weg zu einer neuen Theorie,** pp. 171–194.

Das Problem, wie kriminelle Karrieren beendet werden, ist vielfach untersucht worden (wenn auch zumeist eher deskriptiv), hat aber nur geringe Aufmerksamkeit in der kriminologischen Theoriebildung gefunden. Die hier vorgelegte theoretische Neubewertung der Literatur zum Ausstieg aus der Kriminalität (*desistence*) wird in vier Schritten vorgenommen. Im ersten Abschnitt legen die Autoren eine neue Defintion und damit auch ein neues Konzept vor, was mit dem Ausstieg aus der Kriminalität tatsächlich gemeint sein kann, und wie eine solche Konzeption im Hinblick auf eine theoretische Zielsetzung formuliert werden kann. Der zweite Abschnitt bietet einen kursorischen Überblick über die gegenwärtig in der Theorie zur Beendigung krimineller Karrieren konkurrierenden Paradigmen. Im folgenden dritten Teil wird dann die von Farrall und Bowling (1999) auf der Grundlage von Giddens Theorie der Strukturation entwickelte Kritik dieser Ansätze fortgeführt; hier zeigen die Autoren, dass vor allem dem Zusammenwirken von Struktur und Handlung mehr Aufmerksamkeit in den Erklärungen für den Ausstieg aus kriminellen Karrieren gewidmet werden muss. Im vierten und abschließenden Teil stellen die Autoren ihren eigenen theoretischen Ansatz dieses Prozesses vor, der zwei Konzepte in den Mittelpunkt stellt: Selbstbestimmtheit und Entschlussfähigkeit (self determination), sowie pro-soziale Etikettierung (pro-social labelling).

Keywords: desistance, structuration, agency, crime, offending

Stichworte: Abbruch krimineller Karrieren, Ausstieg aus Kriminalität, Strukturierung, Agency, Kriminalität

John Hagan und *Bill McCarthy:* **Stigma und Scham. Jugendliche zwischen Obdachlosigkeit, Kriminalität und Arbeitswelt,** pp. 195–214.

Dieser Beitrag untersucht, inwieweit Erfahrungen von elterlichem Missbrauch und Gewalt und die Spirale der Scham, die durch diesen Missbrauch verursacht wird, als frühe Lebenserfahrungen grundlegende Dispositionen für eine spätere „kriminelle Karriere" bilden und vor allem verhindern, dass Kontakte und Erfahrungen mit der Arbeitswelt gemacht werden. In diesem Prozess dürfte die Spirale der Scham vor allem durch die folgenden Kontakte mit dem Justizsystem und Sanktionserfahrungen intensiviert werden. Gleichwohl haben weder alle Jugendlichen, die obdachlos auf der Straße leben, solche destruktiven Erfahrungen gemacht, noch reagieren sie notwendig auf ihre Umgebung in dieser Weise; Widerstand und Abwehr im Sinne einer geringen Beeinflussbarkeit durch diese Lebensumstände (resilience) sind die alternativen Reaktionen einer nicht unbeträchtlichen Zahl von Jugendlichen auf ihr Leben „auf der Straße". Die hier vorgestellte Untersuchung bestätigt, dass der familiäre Hintergrund von Kriminalität, Missbrauch und Gewalt tatsächlich mit den Erfahrungen der jugendlichen Obdachlosen mit Polizeikontakten zusammenwirkt und so zu einer Intensivierung der Delinquenz in Form von Diebstahl führt. Auf der anderen Seite zeigt sich, dass eine Minderheit dieser Jugendlichen den Polizeikontakten entgehen kann und damit auch dem Prozess der Beschämung und einer Intensivierung der „Schamspirale". Diese Jugendlichen werden eher in Netzwerken von in die Arbeitswelt integrierten Jugendlichen assoziiert sein. Die Autoren ziehen den Schluss, dass es überwiegend diese weniger verletzten und verletzbaren Jugendlichen sind, die den Weg von der Straße in die Arbeitswelt finden können.

Keywords: adolescent homeless, stigma, shame, juvenile delinquency, integration to labor market, police, sanctions

Stichworte: Jugendliche Obdachlose, Stigma und Scham, Jugendkriminalität, Integration in die Arbeitswelt, Polizei und Justizkontakte, Sanktionen

Lydia Seus and *Gerald Prein:* **Surprising Relations: Life Courses, Criminality, and Gender,** pp. 215–239.

The primary issue of this article is the analysis of the relationship between gender and criminality on the basis of life course theory. In a first step the theoretical relation of gender, delinquency, and life course is summarized. Surprisingly, gender still turns out to be a widely neglected analytical category in the domain of longitudinal research in criminology, although many studies show that gender – more than any other factor – seems to be responsible for the greatest difference in delinquent behaviour. On the basis of the findings of a longitudinal research project at the university of Bremen, the authors point out that statistical modelling can capture the gender differences in delinquency and criminalization, but only partially explain them. This is related to the fact that standardized data contain only minimal information about gender specific informal social control. However, an interpretative approach reveals to what extent gender specific normative life course patterns and types of social control as well as unequal biographical options and perspectives can be related to the different development of "criminality" of young women and men.

Keywords: gender, life course, occupational career, delinquency, stigmatization, sociology of crime

Stichworte: Gender, Lebenslauf, Berufsverlauf, Delinquenz, Stigmatisierung, Kriminalsoziologie

Eva Schmitt-Rodermund and *Rainer K. Silbereisen:* **"I was Forced to Settle Matters with my Fist" – Delinquency Among Adolescent Ethnic German Immigrants Seen from the Perspective of Developmental Psychology,** pp. 240–263.

Even though most ethnic German adolescents who emigrated to Germany from the countries of the former Eastern Bloc receive German citizenship upon arrival, they usually face problems similar to immigrants of non-German ancestry. The aim of the present report is to shed light on the nature of these difficulties and problems, especially in terms of delinquency. Whether young ethnic German immigrants are indeed showing more external behavioral problems, as indicated by reports of the media as well as by some experts, is being discussed using current statistics and criminal records against the backdrop of findings and models from developmental psychology. The next paragraph aims at answering the question of the reasons for delinquency among ethnic German, adolescent immigrants. On the one hand, models which explain delinquent behavior for non-immigrant youth are also analyzed and confirmed for immigrant adolescents. On the other, some acculturation-specific strains and stresses are discussed. A model which includes both perspectives is then analyzed using a cross-sectional data set of about 500 adolescent ethnic German immigrants. The paper concludes with some requirements for future research and discusses how a developmental psychological perspective can be helpful in conducting such work.

Keywords: adolescence, migration, ethnic German immigrants, delinquency, integration, discrimination, depression, behavior problems

Stichworte: Akkulturation jugendlicher Aussiedler, Kriminalitätsbelastung, Delinquenz, Diskriminierung, Depressivität, Integration

Dirk Enzmann, Katrin Brettfeld and *Peter Wetzels:* **Norms of Masculinity and Culture of Honor. Empirical Investigation of a Theoretical Model to Explain Elevated Rates of Delinquency Among Juvenile Migrants,** pp. 264–287.

In Germany, official statistics of crimes known to the Police as well as recent self-report studies show that juveniles of certain migrant groups exhibit significantly higher rates of criminal offending. At the same time, these groups live under the most unfavorable socioeconomic conditions. The high rate of violent delinquency of male juveniles is conspicuous. Because the high violent delinquency could not be explained sufficiently by factors of socio-economic disadvantage, a scale was developed to measure "violence legitimizing norms of masculinity" (VLNM) in accordance to Nisbett and Cohen's theoretical concept of the "culture of honor". Based on surveys of 11.000 juvenile students and supplementing earlier analyses, regression analyses show that VLNM can explain a substantial proportion of violent and property crimes committed by male and female juvenile immigrants. The results indicate that VLMN are not likely to represent an ethnic specific cultural factor but are indicative of orientations and attitudes that develop under conditions of social disadvantage and marginal living conditions.

Keywords: juveniles, rate of delinquency, violent crimes, property crimes, social living conditions, social status of migrants, culture of honor, norms of masculinity, negative binomial regression

Stichworte: Jugendliche, Delinquenzbelastung, Gewaltdelikte, Eigentumsdelikte, soziale Lage, Migrantenstatus, Kultur der Ehre, Männlichkeitsnormen, negative Binomialregression

Christian Seipel and *Stefanie Eifler:* **Opportunities, Rational Choice, and Self Control. Explaining Deviant Behaviour in High-Cost and Low-Cost Situations,** pp. 288–315.

In this paper, deviant behaviour is analysed on the basis of ideas derived from the "General Theory of Crime" (Gottfredson/Hirschi, 1990). It is assumed that self-control in interaction with opportunities allows to explain deviant behaviour. This assumption is elaborated using the concept of high-cost and low-cost situations from rational-choice theory. From this point of view the hypotheses are derived that self-control predicts deviant behaviour in low-cost situations while rational-choice variables predict deviant behaviour in high-cost situations. Two methodological approaches to the research questions are employed in an empirical examination of these hypotheses. A standardized questionnaire was presented to a quota-sample of 494 German adults aged 18 to 80. The results of both strategies show that the assumption of an interaction effect between self-control and opportunities are fundamentally supported.

Keywords: rational choice, opportunities, self control, high-cost and low-cost situations, delinquency

Stichworte: Rational Choice, Gelegenheiten, High-Cost- und Low-Cost-Situationen, Selbstkontrolle, Delinquenz

Willem de Haan and *Jaco Vos:* **Conflicting Feelings. Reasons and Emotions in the Decision Making of Adolescent Offenders,** pp. 316–336.

The rational choice perspective claims to explain all forms of crime by conceptualizing offenders as "reasoning offenders", who make rational decisions based on "strategic thinking". This article aims at a critical discussion of the rational choice perspective and its heuristic potential. More specifically, the authors discuss whether rational choice perspectives help to explain street robbery as a specific type of crime. Based on a detailed analysis of offenders' accounts, it is argued that rational choice theory fails to conceptualize adequately some of the essential aspects of this type of criminal behaviour: impulsiveness, moral ambiguity and expressiveness. The authors conclude that the affective aspects of criminal behaviour and the normative meanings that perpetrators attribute to their own behaviour before, during and after the crime, are of decisive importance for the understanding and explanation of criminal behaviour.

Keywords: rational choice, decision making by offenders, affective components, moral emotions, street robbery, violence

Stichworte: Rational Choice Ansatz, Entscheidungsverhalten von Tätern, affektive Komponenten, moralische Emotionen, Straßenraub, Gewalt

Alexander Vazsony: **Die „General Theory of Crime" im europäischen Kontext: Die Rolle hedonistischer Orientierungen in vergleichender Perspektive,** pp. 337–355.

Die Beziehung zwischen Selbstkontrolle und Devianz gilt mittlerweile in der kriminologischen Forschung als gut bestätigt. Allerdings fehlt es weitgehend an empirischen Studien, die sich der Erforschung anderer Faktoren widmen, die die Devianz begrenzen – zum Beispiel Sanktionen –, obwohl die Autoren der ‚General Theory', Gottfredson und Hirschi, die Bedeutung solcher Faktoren herausgearbeitet haben. Die hier vorgestellte Studie untersucht zwei entscheidende Elemente des hedonistischen Kalküls in delinquenten Handlungen, nämlich niedrige Selbstkontrolle und die Wahrnehmung von Sanktionen, an Jugendlichen in Europa und den USA. Mit einer Stichprobe von insgesamt 8.417 Jugendlichen im Alter von 14 bis 22 Jahren aus Ungarn, den Niederlanden, der Schweiz und den USA wurde der Anspruch der Theorie getestet, mit den beiden Faktoren der Wahrnehmung von Sanktionen und der Selbstkontrolle eine universell gül-

tige Erklärung von Devianz zu liefern. Die Ergebnisse zeigen in Übereinstimmung mit den Vorhersagen der „General Theory of Crime“, dass sowohl niedrige Selbstkontrolle wie auch die Wahrnehmung von Sanktionen additive und voneinander unabhängige Effekte auf unterschiedliche Messungen von Devianz haben. Die schließlich entwickelten Modelle erklären im Mittel 38 Prozent der Varianz der gesamten Devianz in allen nationalen Stichproben. In den folgenden Einzelanalysen zeigt sich ferner, dass zwischen den Ländern nur geringe Unterschiede hinsichtlich des Einflusses der Selbstkontrolle wie auch der Wahrnehmung von Sanktionen auf deviantes Verhalten bestehen.

Keywords: low self-control, sanctions, deviance, cross-national comparison

Stichworte: geringe Selbstkontrolle, Sanktionen, Devianz, internationaler Vergleich

Letizia Paoli: **The ‘Invisible Hand of the Market’: Illegal Drug Trade in Germany, Italy and Russia,** pp. 356–383.

The article aims at proving wrong the common thesis that illegal drug markets – as well as other markets for prohibited commodities – are dominated by a few large-scale organisations. This thesis has no empirical backing in at least the three countries in which the author has carried out extensive field research over the past ten years: Germany, Italy, and Russia. In each of the three studied contexts the ‘invisible hand of the market’, and not large-scale organisations, governs the drugs deals. Why the large-scale firms currently dominating legitimate markets have not emerged on illegal drug markets is explained in the last section of the paper. All illegal markets actors are subject to powerful constraints which derive from the illegal status of the products they sell. As a result of these constraints, it is rather unlikely that large, hierarchically organised firms emerge to mediate economic transactions in the illegal marketplace.

Keywords: drugs, drug trafficking, drug markets, organised crime, mafia, Italy, Germany, Russia

Stichworte: Drogen, Drogenhandel, Drogenmärkte, organisierte Kriminalität, Mafia, Italien, Deutschland, Russland

Susanne Karstedt: **Power, Inequality, and Corruption: A Cross-national Analysis of Structural and Cultural Factors,** pp. 384–412.

Since the 1990s, corruption has increasingly attracted the attention of the media, became a topic of public concern, and caused political intervention and the enactment of new legislation in Germany. These national developments were embedded in a global and international movement of scandalizing corruption, which involved all major international organizations, and affected countries in Europe, South America, Asia and Africa. International attention focused on the causes and consequences of corruption, and comparative social research took up the task. This contribution starts with a review of those factors that presently dominate research from a ‘neo-liberal’, ‘democracy’, ‘structural’ and ‘cultural’ perspective. Building on these perspectives, a model is developed that juxtaposes egalitarian and hierarchical-elitist social and cultural contexts. This model is tested for a sample of 30 countries by using the Corruption Perceptions Index as an indicator of the level of corrupt exchanges. The analyses confirm in particular the impact of the cultural patterns of hierarchical-elitist societies, which favour high levels of corruption in these countries.

Keywords: corruption, comparative social research, cultural contexts, Corruption Perceptions Index

Stichworte: Korruption, vergleichende Sozialforschung, Kultur, Corruption Perceptions Index

John Braithwaite: **Tanscontinental Migration of Convicts: The Australian Example. A Contribution to the Sociology of Punishment,** pp. 413–440.

A neglected cause of the American Revolution was England's use of Virginia and Maryland especially as dumping grounds for its dangerous classes. The American colonists came to prefer slave to convict plantation labour. Australia then became the second largest penal colony of the nineteenth century (after Siberia). It is concluded that surprisingly high levels of procedural justice and reintegration in Australian convict society reduced crime rates to a remarkable rate in the nineteenth century. In contrast, American slave society was characterized by procedural injustice, exclusion and stigmatization, which delivered high crime rates. Following Heimer and Staffen's (1995) theory, reintegration and procedural fairness are found to arise in conditions where the powerful are dependent on the deviant. Acute labour shortage was the basis of a reintegrative assignment system for Australian convicts to work in the free community that gave them a stake in the new land and in conformity. "Bad" as they were, these immigrants were so needed in the new society that they were allowed to enter its corridors of power, given access to its wealth through land ownership. These immigrants became not a social problem but an economic opportunity.

Keywords: penal law, crime policy, punishments, offender reintegration, restorative justice, Foucault

Stichworte: Strafrecht, Kriminalpolitik, Resozialisierung, restorative Justiz, Foucault

Tim Hope und *Alan Trickett:* **„Angst essen Seele auf" ... aber schützt vor Einbrechern! Private Sicherheit, nachbarschaftliche Wachdienste und die soziale Reaktion auf Kriminalität,** pp. 441–468.

Dieser Beitrag untersucht auf der Mikro-Ebene die Folgen, die die Präventionsstrategie der britischen Regierung, die Bürgerinnen und Bürger für Kriminalitätsprävention selbst verantwortlich zu machen („responsibilisation"), für deren private Sicherheit hat. Die Studie arbeitet heraus, unter welchen Bedingungen nachbarschaftliche Wachdienste (Neighbourhood Watch) verfügbar sind und sich individuelle Haushalte an ihnen beteiligen. Grundlage sind Daten aus dem British Crime Survey und Zensusdaten aus der britischen Volkszählung. Dabei zeigt sich, dass die Schichtzugehörigkeit einen starken Einfluss sowohl auf die Verfügbarkeit solcher Gruppen wie auch für die Beteiligung an ihnen hat. Darüber hinaus ist die Mitgliedschaft in solchen Gruppen durch die miteinander inkompatiblen Prozesse von Furcht vor Kriminalitätsrisiken einerseits und sozialen Bindungen innerhalb der Nachbarschaft andererseits bedingt. Werden die charakteristischen Bedingungen, Opfer eines Eigentumsdeliktes zu werden, mit den Merkmalen verglichen, die die Verfügbarkeit von nachbarschaftlichen Wachdiensten fördern, dann wird deutlich, dass vor allem diejenigen Haushalte profitieren und eher gegen das Kriminalitätsrisiko geschützt sind, die zu dem besser gestellten Segment der Gesellschaft gehören. Die Autoren schlagen eine Erklärung vor, die davon ausgeht, dass Mitglieder der mittleren Einkommensschichten mehr als andere gesellschaftliche Gruppen in der Lage sind, Sicherheit als ein „club good" oder exklusives Gut für ihre eigene Gruppe zu produzieren. Nachbarschaftliche Wachdienste werden als beispielhaft für solche „club goods" angesehen.

Keywords: community crime prevention, risk society, neighbourhood watch, differential risk of victimization, fear of crime, club goods

Stichworte: kommunale Kriminalitätsprävention, Risiko-Gesellschaft, Nachbarschafts-Wachdienste (Neighbourhood Watch), differentielles Viktimisierungsrisiko, Kriminalitätsfurcht, „club good"

Klaus Boers, Hans Theile and *Kari-Maria Karliczek:* **Economy and Criminal Law: Who Regulates Whom?** pp. 469–493.

According to traditional legal thinking, criminal law can have a direct impact on the economy and economic behaviour. However, systems theory would suggest to reject such a simple understanding, the reason being the autopoietic functioning of social systems, i.e. in this paper law and the economic system. Corporations and economic actors can only observe the demands of criminal law, and then implement these demands into their own operations. Criminal law cannot directly intervene in the operations of a corporation. After defining the term 'economic crime', this article analyses the capacities of substantive and procedural criminal law to regulate the economy from the perspective of systems theory. Finally, an empirical case study from a current research project is used to illustrate these arguments.

Keywords: regulation, systems theory, corporate crime, economic crime, structural coupling, substantive criminal law, procedural criminal law

Stichworte: Regulierung, Systemtheorie, Unternehmenskriminalität, Wirtschaftskriminalität, strukturelle Kopplung, materielles Strafrecht, Strafverfahrensrecht

KZfSS Sonderheft 43/2003
Dietrich Oberwittler und Susanne Karstedt (Hg.), Soziologie der Kriminalität

Autor	Seiten	*Umfang*	*PDF*
Inhalt	5 – 6	2	Inh_SH43
01 Einleitung	7 – 35	29	01Einleitung
02 Garland	36 – 68	33	02Garland
03 Hess/Scheerer	69 – 92	24	03Hess
04 Messner	93 – 109	17	04Messner
05 Morgenroth/Boehnke	110 – 134	25	05Morgenroth
06 Oberwittler	135 – 170	36	06Oberwittler
07 Maruna/Farrall	171 – 194	24	07Maruna
08 Hagan/McCarthy	195 – 214	20	08Hagan
09 Seus/Prein	215 – 239	25	09Seus
10 Schmitt-Rodermund/Silbereisen	240 – 263	24	10Rodermund
11 Enzmann/Brettfeld/Wetzels	264 – 287	24	11Enzman
12 Seipel/Eifler	288 – 315	28	12Seipel
13 de Haan/Vos	316 – 336	21	13deHaan
14 Vaszonyi	337 – 355	19	14Vaszonyi
15 Paoli	356 – 383	28	15Paoli
16 Karstedt	384 – 412	29	16Karstedt
17 Braithwaite	413 – 440	28	17Braithwaite
18 Hope/Trickett	441 – 468	28	18Hope
19 Boers/Theile/Karliczek	469 – 493	25	19Boers
20 Autoren	494 – 499	6	20Autoren
21 Abstracts	500 – 508	9	21Abstracts
Titelei/Impressum		4	TitelSH43/ SH_Impressum